Johannes Hürter
Hitlers Heerführer

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 66

R. Oldenbourg Verlag München 2007

Johannes Hürter

Hitlers Heerführer

Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42

2. Auflage

R. Oldenbourg Verlag München 2007

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2007 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: Oldenbourg Druckerei Vertriebs GmbH & Co. KG, Kirchheim bei München

ISBN 978-3-486-58341-0

Inhalt

Vorwort VII

Prolog: 25 Generale, ein Diktator und kein ganz gewöhnlicher Krieg 1

Einleitung 14

I. Voraussetzungen

Milieu, Laufbahn, Mentalität 21

1. Wurzeln: Kaiserreich 23
   a. Herkunft 23
   b. Bildung 33
   c. Beruf 46
   d. Ethos und Politik 60

2. Umbrüche: Erster Weltkrieg und Republik 70
   a. Kriegserfahrungen 70
   b. Revolution 86
   c. Republik 96
   d. Lehren 111

3. Irrwege: Diktatur 123
   a. Nationalsozialismus 123
   b. Erfolge 142
   c. Feldzüge 1939/40 156
   d. Schattenseiten 1939/40 177

4. Zwischenergebnis 196

II. Ostkrieg

Kriegführung, Besatzungsherrschaft, Verbrechen 203

1. Vorbereitungen 205
   a. Kriegsziele und Feindbilder 205
   b. Militärische Planung 222
   c. Vorbereitung der Besatzungsherrschaft 235
   d. Verbrecherische Befehle 247

Exkurs: Die Oberbefehlshaber im Ostkrieg – Aufgabe, Organisation und Arbeitsalltag 266

2. Operationen ... 279
a. Vormarsch ... 279
b. Erschöpfung ... 302
c. Rückschlag ... 318
d. Militärische Verantwortung und Leistung ... 350

3. Kombattanten ... 359
a. Rotarmisten ... 359
b. Kriegsgefangene ... 377
c. Kommissare ... 393
d. Partisanen ... 404

4. Bevölkerung ... 442
a. In einem fremden Land ... 442
b. Grundsatzpapiere ... 449
c. Unterdrückung ... 465
d. Hunger ... 490

5. Judenmord ... 509
a. Antisemitismus ... 509
b. Grundzüge der Zusammenarbeit mit der SS und Polizei ... 517
c. Die Oberbefehlshaber und der Judenmord – eine Topographie ... 535
Heeresgruppe Nord ... 536
Heeresgruppe Mitte ... 549
Heeresgruppe Süd ... 567
d. Verantwortung ... 596

Ausblick ... 600

Schlussbetrachtung ... 607

Biogramme ... 619

Abkürzungsverzeichnis ... 670

Quellen- und Literaturverzeichnis ... 674
A. Archivalien ... 674
B. Gedruckte Quellen und Literatur ... 679

Register ... 705
Personenregister ... 705
Ortsregister ... 715

Für Jana und Jonas, Franz und Frieda

Vorwort

Geisteswissenschaft als Beruf betreiben zu dürfen, ist ein Privileg, ganz besonders, wenn man etwas geschenkt bekommt, was in der allgemeinen Tendenz zur Kurzatmigkeit unterzugehen droht: Zeit und Muße zum Forschen. Ich danke dem Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Möller, und dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst für die Großzügigkeit, mir nahezu ideale Arbeitsbedingungen gewährt zu haben.

Die Einbindung in das IfZ-Forschungsprojekt „Wehrmacht in der NS-Diktatur" war ein weiterer ganz besonderer Vorzug. Meinen Projektkombattanten, an erster Stelle Dr. Christian Hartmann, daneben Dr. Dieter Pohl, Dr. Peter Lieb und Dr. Andreas Toppe, schulde ich großen Dank für ständigen Gedankenaustausch und Beistand. Unsere Hilfskräfte Judith Schneider, Sabine Bergstermann, Andreas Götz, Steffen Rohr und Christian Schaaf sowie mehrere Praktikantinnen und Praktikanten leisteten wichtige Zuarbeiten. PD Dr. Thomas Raithel entfernte mir immer wieder die Scheuklappen einseitigen Spezialistentums. Unterstützung unterschiedlicher Art verdanke ich außerdem Prof. Dr. Manfred Kittel, Prof. Dr. Udo Wengst, Dr. Hans Woller und Ingrid Morgen, der Verwaltungsleiterin des Instituts für Zeitgeschichte.

Dr. Jürgen Förster, Jörn Hasenclever, Timm C. Richter und Felix Römer gaben mir wichtige Hinweise aus ihrem Wissen über die Wehrmacht. Rüdiger v. Manstein gestattete mir Einblick in einen Teil des Nachlasses seines Vaters.

Ohne die professionelle Hilfe der Archive und Bibliotheken wäre es um den Historiker schlecht bestellt. Besonders den Mitarbeitern des Freiburger Militärarchivs und der „Serviceabteilungen" des Instituts für Zeitgeschichte gebührt mein Dank.

Gabriele Jaroschka betreute kompetent, freundlich und geduldig die Drucklegung. Dr. Katja Klee unterstützte mich beim mühsamen Geschäft des Korrekturlesens.

Das Private eignet sich wenig für öffentliche Bekundungen. Die mir am Nächsten stehen oder standen, sie wissen, was ich ihnen verdanke. Und ich weiß es erst recht.

München, im April 2006 Johannes Hürter

Prolog

25 Generale, ein Diktator und kein ganz gewöhnlicher Krieg

Der 30. März 1941 war ein besonderer Tag der deutschen Militärgeschichte. An diesem Sonntag erläuterte Hitler den wichtigsten Vertretern der deutschen Armee sein größtes, folgenreichstes und letztlich verhängnisvolles Projekt: den Angriff auf die Sowjetunion. Geladen waren die Befehlshaber der für das „Unternehmen Barbarossa" vorgesehenen Großverbände zu Land, Luft und Wasser. Besonders die Kommandeure des Heeres, das die Hauptlast des Feldzugs zu tragen hatte, sollten auf einen durch und durch ungewöhnlichen Krieg eingeschworen werden. Nach der denkwürdigen Ansprache Hitlers an diesem Vormittag konnte keiner der Anwesenden behaupten, er habe nicht gewusst, welche Zumutungen der „Führer" von ihm, dem Offizier alter Schule, verlangte. Die Generale verließen die Reichskanzlei mit dem Wissen, sich auf etwas Ungeheuerliches einzulassen. Ein Zurück gab es nur durch gemeinsamen Protest oder individuelle Verweigerung. Dazu fand sich keiner bereit. Wieder einmal war im Zusammenwirken von konservativer Militärelite und verbrecherischer Ideologie ein Rubikon überschritten. Was sich an diesem Vormittag ereignete, war nicht weniger als eine „Schicksalsstunde des deutschen Heeres"[1].

Der Ort dieser Versammlung hätte nicht besser gewählt werden können. Die erst zwei Jahre zuvor von Hitler bezogene Neue Reichskanzlei im Zentrum Berlins war ein steinernes Symbol des deutschen Wiederaufstiegs zur Großmacht[2]. Die gesamte Architektur zielte auf den Effekt eines eindrucksvollen Kontrasts der gloriosen Gegenwart zur überwundenen „Schmach" von 1918 und zum grauen Dasein der Weimarer Republik. Der Bau Speers verband klassische Strenge mit Monumentalität und suggerierte eine Wiedergeburt Deutschlands durch das Genie des „Führers". Zugleich verwies der an Schinkel gemahnende Klassizismus auf das immer wieder beschworene Bündnis von Tradition und Revolution, auf die alte Größe Preußens und ihre Auffrischung, ja Erweiterung durch eine neue fanatische Ideologie. Dieses Programm setzte sich im Innern der Reichskanzlei fort. Die Gäste mussten einen langen „Prozessionsweg"[3] zurücklegen, ehe sie auf jenen Mann trafen, dessen Erfolge nach dieser geschickten Inszenierung noch gewaltiger erschienen. Die Suggestion begann mit der Einfahrt in den geschlossenen Ehrenhof, der auf die Freitreppe des Haupteingangs zuführte. Der Blick wurde von

[1] Hillgruber, Strategie, S. 527.

[2] Zur Neuen Reichskanzlei und besonders zu den im Folgenden beschriebenen Repräsentationsräumen vgl. Schönberger, Reichskanzlei; Arnold, Reichskanzlei, S. 83–102. Vgl. auch Speer, Architektur.

[3] Koch, Speer, S. 143.

zwei unübersehbaren, den Aufgang flankierenden Kolossalstatuen angezogen, zwei muskulösen Männern, von denen der eine das Schwert, der andere die „Fackel des Glaubens" trug: Wehrmacht und Partei. Diese Bronzeplastiken Arno Brekers hatten nicht nur die begeisterte Zustimmung Hitlers gefunden[4], sondern mussten auch den Generalen schmeicheln, die zwischen ihnen zum Säulenportikus emporstiegen und dann durch den vom Reichsadler bekrönten Eingang die Zentrale der Macht betraten. Schließlich bildeten sie die höchste Elite dieser einen Stütze des nationalsozialistischen Staates, der Armee, die gleichberechtigt neben der zweiten Säule[5], der Partei, stand. Ihre bedeutende Rolle schien durch die Ikonographie der Reichskanzlei nachhaltig bestätigt.

Auf ihrem Weg zu Hitler gelangten die Besucher dann durch eine Vorhalle in den prächtigen Mosaiksaal, der vollständig mit rotbraun und golden schimmernden Inkrustationen in Marmor und Mosaik ausgekleidet war. Die Wanddekoration zeigte Adler, Eichenlaubkränze, Lorbeerzweige und Fackeln, ein deutlicher Hinweis auf Sieg und Ruhm des Deutschen Reichs. Vom Marmorsaal führten Stufen in den Runden Saal hinauf, wie überhaupt der ganze „Prozessionsweg" einem Aufstieg glich. Über den beiden Haupttüren des Runden Saals prangten Marmorreliefs Brekers, der „Kämpfer" und der „Genius". Man schritt über ein Hakenkreuz hinweg und kam in die 146 Meter lange Marmorgalerie, die an Hitlers Arbeitszimmer vorbei zum Großen Empfangssaal führte. Beim langen Gang durch die Galerie fielen die großen Wandteppiche mit Episoden aus dem Leben Alexanders des Großen ins Auge. Der eindrucksvolle Weg durch die Repräsentationsräume der Reichskanzlei endete bei offiziellen Besuchen meist im Empfangssaal. Die Rede Hitlers vor der Generalität wird vermutlich in diesem Raum gehalten worden sein[6], vielleicht aber auch im angrenzenden, kleineren, vollständig holzgetäfelten Reichskabinettssaal, der sich von seiner Größe und Akustik noch besser für diese Versammlung eignete[7].

Die Eindrücke der Generale, die am Vormittag des 30. März 1941 vom Ehrenhof durch die repräsentativen Räume in den Vortragssaal gingen, sind nicht bekannt. Vielleicht achtete nicht jeder von ihnen auf die Herrschaftssymbolik der Reichskanzlei, vielleicht waren einige in Gedanken versunken über die kommenden schweren Aufgaben oder in gespannter Erwartung angesichts des Auftritts Hitlers. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass die Theatralik und Symbolik dieses Gebäudes, das die meisten von ihnen zuvor höchstens ein- oder zweimal betreten hatten, wirkungslos blieben. Auch wenn sie nur wenige der zahlreichen traditionellen und nationalsozialistischen Symbole wahrnahmen, so war doch von keinem zu übersehen, dass diese Architektur die Verbindung des „Genius" Hitler mit

[4] Vgl. Breker, Strahlungsfeld, S. 95.

[5] Dieses „Zwei-Säulen-Modell" darf natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Herrschaftsstruktur der NS-Diktatur wesentlich komplexer war und dass vor allem die SS und Gestapo die Hauptträger des Terrorsystems waren. Vgl. zur Struktur des NS-Staates Broszat, Staat; Rebentisch, Führerstaat.

[6] Vgl. Warlimont, Hauptquartier, S. 176: „Die Zusammenkunft fand in einem großen Saale an dem der Ebertstraße zugewendeten Ende des langen Flurs der Neuen Reichskanzlei statt, den die Teilnehmer, nach Rang und Würden in langen Sitzreihen Platz nehmend, in ganzem Umfang füllten." Warlimont gibt allerdings eine deutlich zu hohe Teilnehmerzahl an (siehe unten).

[7] Vgl. Irving, Göring, S. 480f.

militärischer Stärke und politischem Glauben propagierte, ja feierte. Die Bildersprache vermittelte Respekt gegenüber der Leistung des Gastgebers und Stolz auf das bisher gemeinsam in Krieg und Frieden Erreichte, Stolz auf einen kaum für möglich gehaltenen, durch den Triumph über den „Erbfeind" Frankreich gekrönten Siegeslauf, der keine Widerworte zu dulden schien. So eingestimmt warteten die Generale gespannt auf Hitler, der nur selten und nur zu besonderen Anlässen programmatische Reden in solcher Runde hielt.

Gegen 11.00 Uhr betrat der Diktator den Vortragssaal, in dem sich knapp 100 Offiziere versammelt hatten: die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile Brauchitsch, Göring und Raeder mit ihren Stabschefs und wichtigsten Mitarbeitern, außerdem Keitel, Jodl und weitere Vertreter des OKW, vor allem aber die Kommandeure der für den Ostkrieg eingeplanten Großverbände des Heeres, der Luftwaffe und der Marine[8]. Auf sie zielte Hitlers Rede in erster Linie. Diese etwa 20 Frontbefehlshaber, wohl jeweils in Begleitung ihres Generalstabschefs oder Ersten Generalstabsoffiziers, wurden anders als die Zentraldienststellen erst seit der Jahreswende an den Vorbereitungen des Angriffs auf die Sowjetunion beteiligt[9]. Sie waren von Hitler noch nicht über die strategischen Intentionen und Ziele des Unternehmens informiert worden.

Welche Luftwaffengenerale und Admirale an dieser richtungweisenden Versammlung teilnahmen, ist nicht genau überliefert[10], doch die wichtigste Gruppe bildeten die anwesenden Führer des im Osten aufgebotenen 3-Millionen-Heeres. Von den Oberbefehlshabern der drei Heeresgruppen und neun Armeen sowie den

[8] Über die Teilnehmer dieser Zusammenkunft herrscht in der Literatur große Unklarheit. Der Ursprung der Missverständnisse ist wohl Warlimont, Hauptquartier, S. 175, der von „einer etwa 200–250 Köpfe zählenden Versammlung hoher Offiziere, bestehend aus den Oberbefehlshabern der 3 Wehrmachtsteile, den für den Ostfeldzug vorgesehenen höheren Truppenbefehlshabern von Heer, Marine und Luftwaffe und ihren nächsten Mitarbeitern" spricht. Diese Angabe eines Augenzeugen wurde oft übernommen, etwa von Streit, Kameraden, S. 34, und Gerlach, Morde, S. 87, die den Kreis irrtümlicherweise auf alle Kommandierenden Generale und Divisionskommandeure des geplanten Ostheeres erweitern. Aus einem Befehl Halders vom 21. 3. 1941 (OKH/Gen.St.d.H., Op.Abt. Ia, Nr. 479/41 g.Kdos.Chefs.), in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2670, geht aber eindeutig hervor, dass vom Feldheer lediglich die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen sowie die Befehlshaber der Panzergruppen einbestellt waren. Die Auflistung nennt 13 Positionen. Diese Angabe wird vom KTB/OKW, Bd. 1, S. 371 (30. 3. 1941), Bock, Kriegstagebuch, S. 180 (30. 3. 1941), und Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 270 (30. 3. 1941), bestätigt. Nach Greiner, Wehrmachtführung, S. 370, der sich auf eigene Notizen stützen kann, waren die „höheren Befehlshaber des Heeres, der Luftwaffe und der Marine mit ihren Stabschefs" beteiligt, so dass eine Begleitung der Kommandeure durch ihre Chefs wahrscheinlich ist. Der genannte Halder-Befehl hatte zur vorangehenden Besprechung mit Brauchitsch am 27. 3. 1941 neben den 13 Befehlshabern auch jeweils den „Chef oder Ia" geladen. Wenn man von 13 Heereskommandeuren und vermutlich weit weniger Frontbefehlshabern der Luftwaffe und Marine mit jeweils einem Begleiter sowie den wichtigsten Personen der Zentralbehörden OKW, OKH, OKM und OKL ausgeht, ist die Warlimontsche Zahl von über 200 Teilnehmern viel zu hoch gegriffen. Wesentlich realistischer ist die Angabe des ebenfalls anwesenden Hoth am 30. 4. 1948 vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), in: IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 3053: „In einem ziemlich großen Raum versammelten sich etwa 100 Offiziere aller Wehrmachtsteile."

[9] Vgl. Kapitel II,1.

[10] Vermutlich waren außer Göring und Raeder sowie ihren engsten Beratern auch die Oberbefehlshaber der vier für den Osten vorgesehenen Luftflotten (Keller, Kesselring, Löhr, Stumpff) und zumindest der Seebefehlshaber Ostsee, Vizeadmiral Schmundt, anwesend, nach DRZW, Bd. 4, S. 427 (Beitrag Förster), auch die Befehlshaber der fünf eingeplanten Fliegerkorps (Förster, Greim, Loerzer, Pflugbeil, Richthofen). Allerdings dürften einige dieser Generale durch ihren bevorstehenden Einsatz auf dem Balkan ebenso verhindert gewesen sein wie Kleist und Weichs.

Befehlshabern der vier Panzergruppen, von „unserer" Gruppe also, fehlten nur drei der zu Beginn des Feldzugs eingesetzten Generale[11]. Generaloberst *Nikolaus v. Falkenhorst* (1885–1968), der Oberbefehlshaber der Armee Norwegen, die im äußersten Nordosten auf Murmansk vorrücken sollte, war in Oslo unabkömmlich und wurde vermutlich von seinem Chef des Generalstabs vertreten[12]. Der Oberbefehlshaber der 2. Armee, Generaloberst *Maximilian v. Weichs* (1881–1954), und der Befehlshaber der Panzergruppe 1, Generaloberst *Ewald v. Kleist* (1881–1954), mussten ihre ganze Konzentration zunächst auf den unmittelbar bevorstehenden Balkanfeldzug gegen Jugoslawien und Griechenland richten[13].

Bis auf diese drei Generale und die wenigen im Westen oder Südosten verbliebenen Oberbefehlshaber[14] war die absolute Elite der oberen Truppenführer in der Reichskanzlei erschienen. Diese 13 Heerführer repräsentierten nicht nur die ältere Generalität, sondern auch den Umfang des deutschen Aufmarschs gegen die Sowjetunion. Die schwerste Aufgabe fiel der Heeresgruppe B zu, die im mittleren Frontabschnitt den sowjetischen Widerstand zerschlagen und auf Moskau vorstoßen sollte. Dieser am „Barbarossa"-Tag in Heeresgruppe Mitte umbenannte Großverband wurde von Generalfeldmarschall *Fedor v. Bock* (1880–1945) geführt. Ihm unterstanden die 4. Armee unter Generalfeldmarschall *Günther v. Kluge* (1882–1944) und die 9. Armee unter Generaloberst *Adolf Strauß* (1877–1973), die kurz nach Feldzugsbeginn noch durch die 2. Armee (Weichs) verstärkt wurden. Den motorisierten Stoßkeil dieser schlagkräftigsten Heeresgruppe bildeten die von Generaloberst *Heinz Guderian* (1888–1954) kommandierte Panzergruppe 2 und die Panzergruppe 3 unter Befehl von Generaloberst *Hermann Hoth* (1885–1971).

Für den Vormarsch an der Nordflanke auf den wichtigen und symbolträchtigen Industriestandort Leningrad war die Heeresgruppe C eingeteilt, die ab dem Angriffstag Heeresgruppe Nord hieß und von Generalfeldmarschall *Wilhelm Ritter v. Leeb* (1876–1956) befehligt wurde. Seine Unterführer waren Generaloberst *Ernst Busch* (1885–1945) als Oberbefehlshaber der 16. Armee und Generaloberst *Georg v. Küchler* (1881–1968) als Oberbefehlshaber der 18. Armee. Ihre Zugmaschine war die Panzergruppe 4 unter Generaloberst *Erich Hoepner* (1886–1944). Im Süden sollte der Doyen des aktiven Offizierkorps, Generalfeldmarschall *Gerd v. Rundstedt* (1875–1953), mit seiner Heeresgruppe A bzw. Süd die ukrainischen und südrussischen Industriegebiete erobern. Ihm waren mit der 6. Armee unter Generalfeldmarschall *Walter v. Reichenau* (1884–1942), der 11. Armee unter Generaloberst *Eugen Ritter v. Schobert* (1883–1941) und der 17. Armee unter General der Infanterie *Carl-Heinrich v. Stülpnagel* (1886–1944) drei Infanteriegroßver-

[11] Im Verlauf des ersten Feldzugsjahrs übernahmen neun weitere Generale ein Oberkommando an der Ostfront und komplettierten unsere Gruppe von insgesamt 25 Oberbefehlshabern.

[12] Falkenhorst, Kriegserinnerungen, S. 52, in: BA-MA, N 300/4: „Häufige Besprechungen in Berlin wurden nötig und da ich selber nur selten abkömmlich war, so schickte ich zumeist den Chef des Generalstabes, Oberst Buschenhagen, zum OKW, der dort meine Wünsche vortrug."

[13] Die 2. Armee war zunächst ohnehin nur als Reserve für den Ostfeldzug vorgesehen und daher nicht an den Vorbereitungen beteiligt, während der Panzergruppe 1 Major i.G. v. Pezold zur Bearbeitung der „Barbarossa"-Fragen zugeteilt war, der in diesen Tagen in Berlin weilte.

[14] Vor allem die Generalfeldmarschalle Witzleben (Oberbefehlshaber West, Heeresgruppe D) und List (12. Armee, auf dem Balkan eingesetzt) sowie die Generalobersten Blaskowitz (1. Armee), Dollmann (7. Armee) und Haase (15. Armee).

bände unterstellt. Noch vor Beginn des Angriffs sollte die zunächst in Jugoslawien eingesetzte Panzergruppe 1 (Kleist) zu ihnen stoßen. Sie erhielt den Auftrag, die gegnerische Front für die Heeresgruppe aufzureißen.

Dieser illustre, in den bisherigen Feldzügen hochbewährte und mit Ausnahme Stülpnagels nach dem Sieg gegen Frankreich durch Rangerhöhungen geehrte Kreis von fünf Generalfeldmarschallen, sieben Generalobersten und einem General der Infanterie wartete am späten Vormittag des 30. März 1941 besonders gespannt auf die Worte Hitlers, der durch eine Hintertür kam und nach einer kurzen Meldung sofort mit seiner Ansprache begann[15]. Der Inhalt seiner langen, annähernd 2½ Stunden währenden Rede ist in mehreren authentischen Dokumenten überliefert. Das bekannteste von ihnen ist die Aufzeichnung des Chefs des Generalstabs des Heeres, Generaloberst Franz Halder, für sein Kriegstagebuch[16]. Neben diesem so häufig zitierten Quellentext liegen die kürzere Tagebuchnotiz Generalfeldmarschall v. Bocks[17] sowie die spätere und noch knappere Zusammenfassung durch den Kriegstagebuchschreiber im OKW, Helmuth Greiner, vor[18]. Völlig unbeachtet war dagegen lange eine Aufzeichnung des Befehlshabers der Panzergruppe 3, die sich in den Dienstakten dieses Verbands befindet[19]. Die handschriftlichen Notizen Generaloberst Hermann Hoths haben in etwa die Länge der bekannten Halder-Aufzeichnung, wirken aber unmittelbarer als der sprachlich wie inhaltlich geschliffenere Text des Generalstabschefs und geben einige interessante Ergänzungen. Außerdem sind sie hier besonders aufschlussreich, da sie – wie auch der Tagebucheintrag Bocks – die Rezeption der Rede Hitlers durch einen der anwesenden Truppenkommandeure widerspiegeln.

Das Hoth-Dokument geht als einziges ausführlicher auf den ersten Teil der Ansprache Hitlers ein[20]. Der Diktator versuchte seine Zuhörer zunächst von der alten Sorge eines drohenden Zweifrontenkriegs wie im Ersten Weltkrieg zu befreien, indem er den „Westkampf" als „erledigt" bezeichnete, wenn er auch einräumte, dass die Lage in Nordafrika noch ungeklärt und die Haltung Frankreichs keineswegs sicher sei[21]. Die mangelnde Friedensbereitschaft Englands kritisierte er als Fehler, musste zugleich aber zugeben, dass es der Wehrmacht noch nicht

[15] Vgl. Warlimont, Hauptquartier, S. 176.

[16] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 335–337 (30. 3. 1941).

[17] Bock, Kriegstagebuch, S. 180–182 (30. 3. 1941). Die insgesamt recht zuverlässige Edition Gerbets ist ausgerechnet bei diesem wichtigen Eintrag nicht ganz fehlerfrei, so dass teilweise auf das Original, in: IfZ-Archiv, ED 133/3, Bl. 11 f., zurückgegriffen werden muss.

[18] Greiner, Wehrmachtführung, S. 370 f., auf der Grundlage eigener Notizen.

[19] Aufzeichnung Hoths „Besprechung durch Führer am 30. 3. 41 in Reichskanzlei", in: BA-MA, RH 21-3/40. Jetzt in englischer Übersetzung abgedruckt in: Förster/Mawdsley, Hitler.

[20] Dieser erste, den Ostkrieg nicht unmittelbar betreffende Teil wird von Greiner nicht erwähnt, von Halder lediglich in knappen Stichworten skizziert und nur von Bock etwas eingehender behandelt.

[21] „1.) Für richtigen Standpunkt ausgehen von *Lage Deutschl[ands] im Weltkrieg*. Damals mit Österr[eich], Bulgarien, Türkei verbunden. Ehemaliges Österr[eich] jetzt fast ganz auf unserer Seite, Türkei nicht, dafür Rumänien. Stalin auf unserer Seite. Westkampf erledigt. Frankreich ist mit 8 Div[isionen] kein Gegner. Allerdings Nordafrika. Nicht durchsichtig. Im Herbst ganz besetzt. Aber die Kämpfe weitergeführt. Man müßte mäßige Bedingungen stellen. Muss[olini] dazu veranlaßt. Wenn Italien in Afrika von Tunis her angegriffen wäre Katastrophe für Italien. Noch unentschieden, ob in Fr[an]kr[eich] Richtung Darlan (englandfeindlich) oder de Gaulle. Fesselt nach wie vor Kräfte." Der erste Teil der Aufzeichnung Hoths ist in dieser und den folgenden Anmerkungen vollständig wiedergegeben. Absätze sind durch „//" gekennzeichnet.

möglich sei, den Frieden durch eine Invasion der britischen Insel zu erzwingen[22]. Die Fortsetzung des Kampfes durch England begründete Hitler mit dessen Selbsttäuschung über die eigene militärische Stärke, mit der Hoffnung auf ein Versagen Italiens auf dem Balkan und in Libyen sowie mit Spekulationen auf amerikanische Hilfe[23]. Dabei konstruierte der Diktator einen weltweiten Antagonismus zwischen dem Deutschen Reich und den USA, unterschätzte allerdings die wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten der Vereinigten Staaten. Auch Englands Lage sei im Innern uneinheitlich und militärisch derzeit zu schwach, um eine Landung in Frankreich durchzuführen[24].

Noch ehe er mit einem Wort auf den bevorstehenden Ostfeldzug zu sprechen kam, hatte Hitler die Generale geschickt auf seine strategische Begründung dieses Vorhabens eingestimmt. Er suggerierte, dass es trotz des britischen Widerstands zurzeit keine ernstzunehmende militärische Front im Westen gebe und daher die Ausweitung des Krieges nach Osten keineswegs die Wiederholung der gefürchteten Zweifrontensituation von 1914 bedeute. Zugleich beschwor er jedoch die Gefahr einer Koalition der USA und Großbritanniens gegen das Deutsche Reich, die in wenigen Jahren wirksam werden könne. Der Diktator deutete bereits in diesem Abschnitt seiner Rede die Zeitnot an, die Deutschland zwinge, zu handeln statt abzuwarten, d.h. die Lage auf dem Kontinent zu bereinigen, bevor die deutsche Kriegswirtschaft auf den Kampf um die Weltmacht gegen Amerika und – falls es nicht zum Frieden bereit sei – England umgestellt werden müsse. Der zweite Teil seiner Rede verdeutlichte diese Strategie und ergänzte sie um den weltanschaulichen Aspekt des Kampfes gegen den Bolschewismus. Wegen seiner großen Bedeutung für die Beteiligung der Generalität an diesem Krieg sollen hier Hoths Stichworte vollständig zitiert werden:

[22] „2.) *Lage nach Abschluß der Westoffensive*.//Fehler, daß Engl[and] nicht Frieden schloß. Warum *beendeten* wir nicht?//a.) Transportraum nicht fertig, Kanäle verstopft, Ausbildung der Truppe.// b.) Schlechtes Wetter. Keine 5 Tage Gutwetter. Nötig für zusammengesetzten Angriff."

[23] „Warum *setzt Engl[and] Kampf* fort?//a.) Täuschung durch ‚Erfolg' bei *Dünkirchen*. Wir wissen jetzt erst, daß Engl[and] 400000 t verlor. Dies ungeheurer Erfolg, nie erholt. Täuschung über Erfolge engl[ischer] Luftang[riffe] gegen Häfen u. Ruhrgebiet.//b.) Hoffnung auf *Italiens Versagen*. Italien hat von Anfang an nur milit[ärische] Fehler.//I. Deutscher Vorschlag, hinter H[eeres]-Gr[uppe] C über Oberrh[ein] abgelehnt. Prestige. Dafür frontal gegen Alpenbef[estigung] angerannt. Tapfer, aber unvorbereitet.//II. Angriff gegen Griechenl[and]. Zeitpunkt vor amer[ikanischen] Wahlen. Kreta zweckmäßiger, hierfür Luftlandetr[uppen] angeboten. Ohne uns zu benachrichtigen. Falsche Hoffnung auf geringen Griechen-Widerstand. Haß gegen Italien. Nach Mißerfolg einzelne Bataillone in Kampf geworfen, statt ganzen Entschluß zu fassen. Katastrophale Wirkung nach außen. Auch Jugoslawien.//III. In Libyen kein engl[ischer] Großangriff beabsichtigt. Wirkung von 30 schweren engl[ischen] Panzern, gegen die keine P[an]z[er] Abwehr. Dahinter 300 l[eichte] Kampfw[agen]. Panik. Versagen mittl[erer] u. oberer Führung. Widerstand oder Rückzug? Führung dieses Krieges liegt jetzt eindeutig bei uns.//c.) *Hoffnung auf Amerika*. Grund für Amerika: Wirtschaftl[ichen] Mißerfolg Roosevelts ausgleichen. 2 Weltpole: Berlin u. Washington. Engl[and] für W[ashington] optiert. Amerikas Kapazitäten gegenüber unsern gering. Dauer des Baus von Schlachtsch[iffen]. Kein Frachtraum."

[24] „3.) *Englands Lage*. Keine einheitliche Volksstimmung. Abstimmungen im Unterhaus. Churchill mit kleiner Clique, außerdem Juden u. Emigranten. Rationierung schärfer als im Weltkrieg.//Nutzen durch italienischen Krieg. Engl[ische] Flotte im Mittelmeer, weil unsere U-Boote gering. Einbuße an Transportraum im Mittelm[eer]. Suezkanal. Raummangel so groß, daß Engl[and] keine überseeische Operation ausführen kann. Auch keine Landung in Frankreich. Würde zu viele Schiffe kosten."

„4.) *Notwendigkeit des Angriffs auf Rußl[and].*
a.) *Moralische* Berechtigung. Stalin [hat] Herbst 39 auf Verblutung Deutschl[ands] gerechnet. Wenn nicht Sieg, so heute Russen in Deutschl[and]. Agitation ist nicht eingestellt wie unsere. Spionageorganisationen. Stalin oder Hitler dienen. Geschickte deutsche Politik. Nerven.
b.) *Verbrecherische Neigungen.* Rußl[and] dauernder Herd für Asoziale[25].
c.) Hält Engl[and] 1–1½ Jahre durch, so wird Amerikas Hilfe wirksam. Wir brauchen dann Luftwaffe (Flak) u. Marine, auch Schlachtschiffe. Also Verlegung der Rüstungen auf Luft u. Meer. Nur möglich (Kriegsindustrie!), wenn Heer eingeschränkt wird. 50 Div[isionen], starke P[an]z[er]. Aber erst Rußl[and] niederwerfen[26]. Neues Flakgerät für Nachtschießen.
d.) Für alle Zukunft russ[isch]-asiatische Gefahr (Schatten!) beseitigen. Erst dadurch erhält Deutschl[and] Handlungsfreiheit. Rußl[ands] Koloß belastet uns.
e.) Weltanschauung, Kampf gegen Bolschewismus.
5.) *Einschätzung Rußl[ands].* Starke Luftwaffe, starke Panzer. Unsere Luftwaffe kann feindl[iche] nicht ausschalten. Verluste im Westen u. Raum[27]. Zusammenfassung an wenigen Stellen.
Schwere russ[ische] Panzer mit l[an]g[en] 7,5 Kanonen. In Litauen festgestellt. Träge Masse. Zäher Gegner. Aber Führung.
Rüstungskapazität nicht übertrieben gut. Beispiele.
6.) *Ziel des Angriffs.* Zerschlagung des russ[ischen] Staates[28]. Protektorate Litauen, Weißrußl[and], Ukraine. Sozialistische Republiken ohne Intelligenzen. Niedrig halten. Russ[ische] Rüstungsbetriebe vernichten oder besetzen. Von Öl abschneiden. Finnen nach Leningrad. Einzelvorstöße weiter. Bedeutung einiger Industrieen für russ[ische] Kriegführung, z. B. optische Industrie. Seehandel in Petersburg konzentriert, daher hierher Schwerpunkt der Operationen.
7.) *Kriegführung gegen Rußl[and].* Kein Schema. Gegen Norweger anders als gegen Polen. Justiz zu human. Faßt immer wieder dieselben Verbrecher. Behütet sie, statt sie zu töten. Erschießung von Geiseln durch Musikmeister Leibst[andarte][29]. Verbrechen der russ[ischen] Kommissare. Überall, wo sie hinkamen, Lettl[and], Galizien, Balt[ikum] haben sie asiatisch gehaust. Verdienen keine Schonung. Nicht an Kriegsgericht, sondern sofort durch die Truppe beseitigen. Nicht nach hinten abschieben[30].

[25] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 336 (30. 3. 1941): „Vernichtendes Urteil über Bolschewismus, ist gleich asoziales Verbrechertum. Kommunismus ungeheure Gefahr für die Zukunft."

[26] Ebd., S. 335: „Nur so werden wir in der Lage sein, in zwei Jahren materiell und personell unsere Aufgaben in der Luft und auf den Weltmeeren zu meistern, wenn wir die Landfragen endgültig und gründlich lösen."

[27] Ebd., S. 336: „Problem des russischen Raumes: Unendliche Weite des Raumes macht Konzentration auf entscheidende Punkte notwendig."

[28] Ebd., S. 335: „Wehrmacht zerschlagen, Staat auflösen."

[29] Im Polenfeldzug war gegen den Obermusikmeister der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler", der 50 jüdische Zivilgefangene hatte erschießen lassen, auf Befehl der Generale Reichenau und Rundstedt kriegsgerichtlich vorgegangen worden – offenbar sehr zum Unwillen Hitlers. Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 81 f., und Kapitel I,3,d, in der vorliegenden Studie.

[30] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 336 f. (30. 3. 1941): „Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf. Wenn wir es nicht so auffassen, dann werden wir zwar den Feind schlagen, aber in 30 Jahren wird uns wieder der kommunistische Feind gegenüberstehen. Wir führen nicht Krieg, um den Feind zu konservieren. [...] Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz." Tagebuch Bocks, 30. 3. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 133/3, Bl. 12: „Scharfes Zufassen. ‚Wir sind nicht dazu da, um Verbrecher zu konservieren.' Kommissare." Greiner, Wehrmachtführung, S. 371: Hitler wies „eindringlich darauf hin, daß dieser Kampf nicht nach den allgemeinen militärischen Grundsätzen geführt werden dürfe, es sich vielmehr um den Zusammenstoß zweier entgegengesetzter Weltanschauungen handele, der rücksichtslose Härte verlange. Die Wehrmacht müsse sich daher von den überkommenen Auffassungen und Maßstäben völlig frei machen. Es gelte die Ausrottung des Bolschewismus. Träger der bolschewistischen Idee seien die politischen Funktionäre und die Kommissare der Wehrmacht."

8.) *Illusionen*. Verbündete. Finnen werden tapfer kämpfen. Aber Führung u. Ausrüstung. Dagegen Rumänen keinerlei Hilfe. Feige, korrupt, verdorben. Nur hinter ganz breiten Strömen. Nicht auf sie verlassen.
9.) *Kampf um unser Dasein*. Muß einmal durchgekämpft werden. Jetzt haben wir auf allen Gebieten gewaltigen Vorsprung. Ist nicht immer zu halten. Führer fühlt sich verantwortlich, nicht anderer Generation überlassen[31]. (1918: unsere Kinder.) Nicht wie Ende 19. u. Anf[ang] 20. Jahrhundert abwarten. Selbst handeln. Jetzt Staatsmann u. kongenialer Feldherr mit Gehilfen. Siegeszug ohnegleichen. Entschluß ist schwer, lange mit sich gerungen. Nicht schwerer als Friedr[ich] d.Gr.[, dessen] Aufgabe unlösbar. Wieviel leichter haben wir es heute!"

Die Argumentation Hitlers vor diesem erwählten Kreis der höchsten Generalität, die nirgends so geschlossen wiedergegeben ist wie in den Notizen Hoths, war in ihrer Mischung aus strategischem Kalkül und ideologischem Dogma, ergänzt durch eine gehörige Dosis Selbstüberhebung sowie Unterschätzung des Gegners, charakteristisch für die abenteuerliche nationalsozialistische Kriegspolitik und richtungweisend für den bevorstehenden deutsch-sowjetischen Krieg[32]. Hitler meinte seiner Kriegführung gegen England und künftig auch Amerika die notwendige Handlungsfreiheit verschaffen zu müssen, indem er den politischen und ideologischen Feind im Osten ausschaltete. Die Bedeutung des Feldzugs als eine Art Präventivkrieg gegen den bedrohlichen „Schatten" der „russisch-asiatischen Gefahr" war selbst konservativen und traditionsbewussten Offizieren leicht zu vermitteln. Dass damit auch wirtschaftliche Ziele verfolgt wurden, nämlich die Besetzung und Ausbeutung des europäischen Teils der Sowjetunion für ein blockadefestes, ökonomisch autarkes „Großdeutsches Reich", verstand sich ohne weitere Erläuterung dieses Programms von selbst[33]. Besonders den Generalen, die den internen Reden Hitlers in den Friedensjahren sowie vor dem Polen- und dem Westfeldzug beigewohnt hatten, musste die wiederholte Forderung nach Autarkie und neuem Lebensraum sehr vertraut sein[34].

Dasselbe galt für die immer wieder bemühte sozialdarwinistische Floskel vom „Kampf um das Dasein", der im Krieg zweier Weltanschauungen seine schärfste Ausprägung zu erhalten drohte. Dass Hitler mit dem Angriff auf die Sowjetunion neben dem strategischen Problem der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Rückenfreiheit zur Weiterführung des Krieges im Westen auch das ideologische Problem des Gegensatzes zum Bolschewismus und – an diesem Tag allerdings unausgesprochen – zum Judentum lösen wollte, konnte die Zuhörer kaum überraschen. Allein die Radikalität, mit der er diesen Kampf auch militärisch zu

[31] Bock, Kriegstagebuch, S. 181 (30. 3. 1941), zitiert Hitlers Worte: „Jetzt besteht die Möglichkeit, Rußland mit eigenem freien Rücken zu schlagen; sie wird so bald nicht wiederkommen. Ich wäre ein Verbrecher an der Zukunft des deutschen Volkes, wenn ich nicht zufaßte!"

[32] Zur Interpretation der Rede vom 30. 3. 1941 vgl. vor allem Hillgruber, Strategie, S. 526–531; DRZW, Bd. 4, S. 427f. (Beitrag Förster). Über ein Primat der militärstrategischen oder aber der programmatisch-ideologischen Motive zu streiten (vgl. etwa Gerlach, Morde, S. 44–46), ist müßig. Gerade diese Ansprache Hitlers zeigt die gleichwertige Beziehung von Kalkül und Dogma. Darauf wird im Verlauf dieser Arbeit noch näher und im größeren Zusammenhang zurückzukommen sein.

[33] In diese Richtung ist auch die Randnotiz Halders, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 336 (30. 3. 1941), zu deuten: „Koloniale Aufgaben!"

[34] Auf diese verschiedenen programmatischen Ansprachen Hitlers vor der höheren Generalität wird später noch näher einzugehen sein, vgl. Kapitel I,3.

führen forderte, war bemerkenswert und überstieg selbst das aus dem Polenfeldzug gewohnte Maß. Der „Vernichtungskampf" sollte nicht nur die Rote Armee, sondern den Bolschewismus und seine Vertreter, ja überhaupt den sowjetischen Staat treffen. Der militärische Begriff der Vernichtung der feindlichen Streitkräfte wurde ausgedehnt auf den politischen Begriff der Vernichtung einer Ideologie und eines Reiches. Die völlige „Zerschlagung des russischen Staates" durch Abtrennung der nichtrussischen Westgebiete und Aufsplitterung des Rests in rückständige Teilrepubliken war ein Kriegsziel, das in seiner Radikalität und Konsequenz das traditionelle Großmachtdenken überstieg, selbst die Kriegszieldiskussion im Ersten Weltkrieg.

Ebenso ungewöhnlich war die Forderung Hitlers an die Wehrmacht, sich aktiv an der Vernichtung des politischen Erzfeindes zu beteiligen und die Kommissare schon durch die Truppe „beseitigen" zu lassen. Der Diktator veranschaulichte durch dieses Detail, dass der Feldzug im Osten die herkömmlichen Traditionen und Regeln der europäischen „Kriegskunst" verlassen werde. Hitler wollte einen Kampf nach Art und Intention der Kolonialkriege führen, nicht gegen eine „zivilisierte", sondern gegen eine kulturell fremde, „asiatische" Nation, einen Eroberungskrieg, in dem das „harte Zufassen" nicht durch irgendwelche Rücksichten auf Humanität oder Recht behindert wurde[35]. Die Generale konnten nicht verkennen, was von ihnen erwartet wurde. „Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen", notierte sich Halder an den Rand seiner Aufzeichnung[36]. „Im Osten ist Härte mild für die Zukunft." Dann nannte er die zentrale Forderung Hitlers an die Generalität: „Die Führer müssen von sich das Opfer verlangen, ihre Bedenken zu überwinden." Waren die Generale bereit, dieses Opfer zu bringen und ihre traditionellen Werte und Normen in dem bevorstehenden Feldzug zurückzustellen? Dies war schon damals eine zentrale Frage und muss im Mittelpunkt jeder Untersuchung über das Verhalten der höheren Generalität im deutsch-sowjetischen Krieg stehen.

Hitler hatte den Generalen die Spielregeln seines Krieges im Osten diktiert. Die Ermordung der Kommissare war beschlossen und musste nur noch in Befehlsform gebracht werden. Die Entrechtung der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten, etwa durch die Einschränkung der Militärgerichtsbarkeit, deutete sich bereits an. Dagegen fehlte ein Hinweis auf die geplante Behandlung der Juden in der Sowjetunion. Indem er die willkürliche Ermordung jüdischer Geiseln im Polenfeldzug durch einen SS-Offizier erwähnte und das Vorgehen der Wehrmachtsjustiz gegen dieses Verbrechen kritisierte, unterstrich Hitler aber, dass er in der Sowjetunion noch stärker als in Polen sowohl in der Auseinandersetzung mit dem politischen und bewaffneten Feind als auch im Verhalten gegenüber der Bevölkerung und besonders ihrem jüdischen Teil humanitäre und rechtliche Gesichtspunkte außer Acht gelassen sehen wollte. Die Tendenz war klar ausgesprochen, ohne dass schon jetzt alle Einzelheiten genannt werden mussten.

Wie reagierten die anwesenden Heerführer auf diese spektakuläre, in scharfem Ton vorgetragene Ankündigung eines beispiellosen „Daseinskampfes", eines in

[35] Vgl. auch die Zitate in Anm. 30.
[36] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 337 (30. 3. 1941).

jeder Hinsicht rücksichtslosen Krieges? Nach seiner Ansprache verließ Hitler den Versammlungsraum, ohne seinen Zuhörern die Möglichkeit zur Diskussion zu geben. Später behaupteten Brauchitsch und Halder, nach dem Abgang des Diktators seien die Frontkommandeure, namentlich die Oberbefehlshaber der drei Heeresgruppen Bock, Leeb und Rundstedt sowie einige Armeeführer, „in voller Empörung über diese Zumutung" auf sie eingestürmt[37] und hätten betont, „daß ein derartige Kriegführung für sie untragbar sei"[38]. Dieser Protest habe sich vor allem gegen die Tötung der Kommissare gerichtet. Andere Teilnehmer der Versammlung konnten sich dagegen selbst unter dem Rechtfertigungszwang der Nachkriegszeit nicht an irgendwelche Debatten unter den Generalen im Anschluss an Hitlers Rede erinnern, die in ihrem Stil eher eine Parolenausgabe als ein Akt des rhetorischen Dialogs war[39].

Tatsächlich fehlt jeder zeitgenössische Hinweis auf eine kritische oder gar empörte Reaktion. Weder im Tagebuch Bocks noch in der Aufzeichnung Hoths lassen sich Unbehagen oder Ablehnung spüren[40]. Bock bezweifelte lediglich, dass eine englisch-amerikanische Landung im Westen und damit ein Zweifrontenkrieg zunächst nicht zu erwarten sei, fügte aber sogleich hinzu[41]: „ist glücklicherweise auch nicht meine Sache!" Sein Resümee der Ansprache zeigt, dass er beeindruckt, aber keineswegs erschüttert war[42]: „Alles in Allem Pläne und Aufgaben, die der Führer selbst als gigantisch bezeichnet." Auch beim anschließenden gemeinsamen Mittagessen und den Vorträgen einiger Oberbefehlshaber bei Hitler am Nachmittag, in denen operative Fragen zur Sprache kamen, wurden die schwerwiegenden Worte des Diktators vom Vormittag nicht weiter erörtert[43]. Statt Protest gab es „nichts Neues"[44]. Bock notierte anschließend gerührt, dass „der Führer sich sehr freundlich und besorgt um meine Gesundheit" gezeigt habe[45].

[37] Aussage Halders vor der Spruchkammer München am 15. 9. 1948, in: IfZ-Archiv, ZS 240/6, Bl. 126f.

[38] Aussage Brauchitschs vor dem Nürnberger Tribunal am 9. 8. 1946, in: IMT, Bd. 10, S. 635. Kritische Diskussion der Glaubwürdigkeit dieser Angaben bei Uhlig, Befehl, S. 306–308.

[39] Aussage Hoths vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12) am 30. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 3053: „Nach seiner Ansprache verließ Hitler den Saal; der Saal leerte sich. Zu irgendwelchen Erörterungen mit Hitler war ja gar keine Gelegenheit. Das war die Konferenz. Mir ist nicht in Erinnerung, ob, nachdem Hitler sie verlassen hatte, noch Erörterungen der höheren Führer stattgefunden haben." Warlimont, Hauptquartier, S. 177: „Die Ausführungen Hitlers sollen nach seinem Weggang, wie aus mehreren späteren Aussagen zu entnehmen, bei einzelnen Teilnehmern Proteste und erregte Reaktionen ausgelöst haben. Aus eigener Beobachtung oder auch den bisher bekannten *zeitgenössischen* Aufzeichnungen können dazu jedoch keine Belege beigebracht werden."

[40] Dasselbe gilt für den denkbar knappen, sich auf einen nüchternen Kurzsatz beschränkenden Eintrag Leebs, in: Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 270 (30. 3. 1941): „Führer spricht mit OB über Lage." Die weiter unten (Anm. 51) erwähnten Notizen Küchlers zur Informierung seiner Kommandeure einen Monat später zeugen sogar von einer kritiklosen Übernahme der Argumentation Hitlers.

[41] Bock, Kriegstagebuch, S. 182 (30. 3. 1941).

[42] Ebd., S. 181.

[43] Vgl. Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 337f. (30. 3. 1941). Danach nahmen an diesen Besprechungen Bock, Leeb und Rundstedt sowie einige Unterführer, namentlich Guderian, teil. Vgl. auch Bock, Kriegstagebuch, S. 182 (30. 3. 1941). Über den Inhalt dieser operativen Gespräche mit Hitler am besten Greiner, Wehrmachtführung, S. 371–373.

[44] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 338 (30. 3. 1941).

[45] Bock, Kriegstagebuch, S. 182 (30. 3. 1941).

Die rückblickend behaupteten Ansätze eines gemeinsamen Vorgehens der höchsten Truppenbefehlshaber gegen die Intentionen Hitlers sind unwahrscheinlich und nicht zu belegen. Der Diktator hatte seine Zuhörer sehr geschickt behandelt. Die Skizzierung der strategischen Lage und der sich daraus ergebenden Folgerungen wirkte durchaus schlüssig. Und neben der strategischen musste auch die ideologische Begründung des Ostfeldzugs Anklang finden. Seine scharfen Wendungen gegen den Bolschewismus konnten wohl alle Generale unterschreiben. Sie weckten Erinnerungen und Ressentiments aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Umso wirkungsvoller war der von Hoth überlieferte Hinweis auf den „Siegeszug ohnegleichen", den der „Führer" Hitler mit seinen „Gehilfen" vollbracht habe. Konnten sich die angesprochenen Generale nicht zu den wichtigsten dieser „Gehilfen" zählen, die maßgeblichen Anteil an diesem Erfolg hatten? Selbst die Räumlichkeiten, in die sie geladen waren, spiegelten die neue Größe. All diese Eindrücke waren kaum dazu geeignet, grundsätzlichen Widerspruch aufkommen zu lassen.

Die Rede Hitlers erschütterte offenbar weder das Vertrauen noch das Gewissen der Generale. Im Gegenteil – vermutlich wurde sogar manche Skepsis gegen den Angriff auf die Sowjetunion durch die vorgetragenen Argumente widerlegt[46]. Hitler hatte sein Ziel erreicht, die wichtigsten Frontkommandeure auf sein altes und besonderes Anliegen, den Vernichtungskampf gegen den sowjetischen Erzfeind, einzustimmen. Begeisterung erntete er nicht, dafür war das Vorhaben zu riskant und die Aufträge zu weitgehend. Die meisten Generale werden die Versammlung in ernster Stimmung verlassen haben[47]. Ebenso wenig stieß er aber auf spürbare Ablehnung. Die weiteren Vorbereitungen auf diesen Krieg und die Reaktion der Oberbefehlshaber auf die Umsetzung der Forderungen Hitlers in „verbrecherische Befehle" sollen an anderer Stelle untersucht werden[48]. Schon am 30. März 1941 zeichnete sich aber ab, dass die Truppenführung des Ostheeres bereit war, sich auf eine in Planung, Durchführung und Ziel wahrhaft radikale Kampagne einzulassen.

Die an diesem Tag in der Reichskanzlei versammelten Frontkommandeure besaßen gegenüber den übrigen oberen Truppenführern des Ostheeres, den Befehlshabern der Korps und Divisionen, einen beträchtlichen Informationsvorsprung. Über den Charakter des kommenden Feldzugs konnten sie sich keine Illusionen mehr machen, während ihre Kameraden zunächst nichts als Ahnungen hatten. Von den neun Generalen, die erst im Verlauf des ersten Feldzugsjahrs ein Oberkommando übernahmen, befehligten sieben zunächst noch ein Armeekorps, einer sogar nur eine Division. General der Gebirgstruppe *Eduard Dietl* (1890–1944)

[46] Vgl. etwa die Notizen Hoths „Stellungnahme zum Nationalsozialismus", kurz nach 1945, in: BA-MA, N 503/72: „Absicht, Rußl[and] anzugreifen, erweckt erste Zweifel. Wie ist dieser Krieg zu beenden? Aber dann doch durch Führer von Notwendigkeit überzeugt."

[47] Vgl. die Aussage Hoths vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 30. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 3055: „Ich bin damals aus der Besprechung mit tiefen Gedanken weggegangen, überhaupt schon über die Frage des Russlandfeldzuges und dann über diese Ausrottung Hitlers. Ich habe mir das sehr reichlich überlegt, habe zunächst mit keinem darüber gesprochen, weil ich erst selber mit mir klar werden musste."

[48] Vgl. Kapitel II,1. Dort wird die Ansprache Hitlers in den größeren Zusammenhang der Vorbereitungen des „Unternehmen Barbarossa" gestellt werden.

führte im hohen Norden das Gebirgskorps Norwegen unter dem Oberbefehl Falkenhorsts. Drei waren Kommandierende Generale von Infanteriekorps: General der Infanterie *Gotthard Heinrici* (1886–1971) und sein XXXXIII. Armeekorps sowie General der Infanterie *Richard Ruoff* (1883–1967) mit dem V. Armeekorps sollten im mittleren Abschnitt bei der 4. Armee (Kluge) bzw. 9. Armee (Strauß) eingesetzt werden, während General der Kavallerie *Georg Lindemann* (1884–1963) und das L. Armeekorps noch in Bulgarien stationiert waren und erst später an die Ostfront kamen. Drei weitere standen vor der militärisch reizvollen Aufgabe, Panzerkorps in den Krieg zu führen: General der Infanterie *Erich v. Manstein* (1887–1973) und das LVI. Armeekorps mot. sowie General der Panzertruppe *Hans-Georg Reinhardt* (1887–1963) und das XXXXI. Armeekorps mot. unterstanden der Panzergruppe 4 (Hoepner) im Nordabschnitt, General der Panzertruppe *Rudolf Schmidt* (1886–1957) kommandierte das XXXIX. Armeekorps mot. bei der Panzergruppe 3 (Hoth) im Mittelabschnitt. Generalleutnant *Walter Model* (1891–1945) war noch Divisionskommandeur (3. Panzerdivision) und hatte daher vermutlich zunächst den geringsten Kenntnisstand über das bevorstehende Unternehmen. Dagegen war Generalleutnant *Friedrich Paulus* (1890–1957) als Oberquartiermeister I im OKH und engster Mitarbeiter Halders unmittelbar mit den Vorbereitungen des „Unternehmen Barbarossa" betraut. Dieser Offizier, der als einziger unter den späteren Oberbefehlshabern zu dieser Zeit kein Frontkommando bekleidete, konnte an der Versammlung in der Reichskanzlei nicht teilnehmen, da er zur Vorbereitung des Balkanfeldzugs nach Budapest reisen musste[49].

Aus unserer Gruppe von 25 Generalen nahmen wohl 13 die Ausführungen des Diktators persönlich entgegen. Von den übrigen Generalen werden höchstwahrscheinlich die Armeeoberbefehlshaber Falkenhorst und Weichs sowie der Panzergruppenbefehlshaber Kleist sehr bald über die Rede vom 30. März informiert worden sein. Der Kenntnisstand der Kommandierenden Generale ist ungewisser. Aus der Aufzeichnung Hoths geht hervor, dass er die Worte Hitlers auf Grundlage dieser Notizen an seine beiden Korpsführer weitergab, unter ihnen Rudolf Schmidt[50]. Auch Küchler fasste die Gedanken des Diktators in einem sehr eingehenden Vortrag vor den Divisionskommandeuren der 18. Armee zusammen[51]. Es ist anzunehmen, dass sich der wesentliche Inhalt der Hitler-Ansprache durch die „Multiplikatoren" der anwesenden Truppenführer noch vor dem Angriffstag in weiten Teilen der Generalität des sich formierenden Ostheeres verbreitete. Es ist ebenfalls anzunehmen, dass auch die nachträglich informierten Generale nicht anders auf die Eröffnung der Pläne und Ziele Hitlers reagierten als ihre Kameraden am 30. März. Ablehnende Stimmen sind jedenfalls nicht überliefert.

Hitler hatte in seiner denkwürdigen Ansprache vom 30. März 1941 einen Krieg verkündet, der später mit Recht als „rassenideologischer Vernichtungskrieg"[52]

[49] Aussage von Paulus vor dem Nürnberger Tribunal, 11. 2. 1946, in: IMT, Bd. 7, S. 287.

[50] Vgl. die Notiz am Ende der Aufzeichnung Hoths „Besprechung durch Führer am 30. 3. 41 in Reichskanzlei", in: BA-MA, RH 21–3/40: „Am 12. 4. u. 16. 4. an Gen[eral] Schmidt u. Gen[eral] Kuntzen bekannt gegeben."

[51] Notizen Küchlers für eine Kommandeursbesprechung am 25. 4. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/71; die wesentlichen Auszüge abgedruckt in: Wilhelm, Rassenpolitik, S. 133–139.

[52] Hillgruber, Strategie, S. 530.

und „kolonialer Ausbeutungskrieg“[53] bezeichnet wurde. Schon diese Rede ließ an Hitlers Intentionen und Zielen keinen Zweifel. Er bemühte sich gar nicht erst, die Truppenbefehlshaber, die diesen Feldzug führen sollten, über dessen wahren Charakter hinwegzutäuschen. Dies war um so ungewöhnlicher, als der Diktator die Forderung rücksichtslosen Vorgehens an Offiziere richtete, die von ihrem Alter und Herkommen in ganz anderen militärischen Traditionen wurzelten als der ehemalige Gefreite des Ersten Weltkriegs. Ebenso erstaunlich war, dass diese Generale zunächst keine Anstalten machten, sich diesen Zumutungen zu verschließen. Ihre Beteiligung und damit die Beteiligung von Millionen deutscher Soldaten an einem verbrecherischen Krieg drohte ihren Lauf zu nehmen. Wie konnte es dazu kommen? Und vor allem: Wohin führte es? Was waren das für Heerführer, die Hitler als Erfüllungsgehilfen seiner Kriegspolitik verwendete? Woher kamen sie? Was dachten sie? Und wie handelten sie schließlich in diesem alles andere als ganz gewöhnlichen Krieg?

[53] DRZW, Bd. 4, S. 98 (Beitrag Müller).

Einleitung

Das Unternehmen einer biographischen Studie über deutsche Generale an der Ostfront des Zweiten Weltkriegs wirft einige kritische Fragen auf. Ist die Militärelite der NS-Diktatur nicht schon hinreichend erforscht? Und warum und zu welchem Zweck die Konzentration auf den deutsch-sowjetischen Krieg? Ist der grundsätzlich verbrecherische Charakter dieses deutschen Raub-, Eroberungs- und Vernichtungsfeldzugs nicht längst analysiert? Diesen Zweifeln stehen zwei Tatsachen gegenüber. Die Heeresgeneralität an der Front und gerade an der wichtigsten, der Ostfront, ist eine nach wie vor weitgehend unbeschriebene Gruppe. Und Hitlers Ostkrieg, die größte, verheerendste und folgenreichste militärische Auseinandersetzung im Europa des 20. Jahrhunderts, ist trotz aller, nach langer Vernachlässigung in den letzten Jahren intensivierten Bemühungen weder im Ganzen noch im Detail ein bestelltes Feld der historischen Forschung.

Bei Durchsicht der populären und wissenschaftlichen Literatur über die Wehrmachtsgeneralität fällt auf, dass sich das Interesse bisher einseitig auf die Personen und Strukturen der Zentraldienststellen in Berlin konzentrierte: Kriegsministerium, OKH, OKW[1]. Die Biographien, zumindest aber die Namen der Generale Beck, Blomberg, Brauchitsch, Fritsch, Fromm, Halder, Jodl, Keitel und Reichenau sind nicht nur den Experten geläufig[2]. Von diesen Generalen der Wehrmachts- und Heeresführung bekleidete aber lediglich Reichenau während des Zweiten Weltkriegs ein Frontkommando. Die große Gruppe der höheren Truppenbefehlshaber, beim Heer also die vielen hundert Oberbefehlshaber von Heeresgruppen und Armeen, Kommandierenden Generale von Armeekorps und Kommandeure von Divisionen, ist fast anonym geblieben. Nur ganz wenige ragten bisher etwas aus dieser unerforschten Elite heraus, Rommel und Dietl als „Lieblingsgenerale" Hitlers[3], Guderian und Manstein aufgrund ihrer militärischen Leistungen oder durch den Erfolg ihrer Memoiren[4]. Über Jahrzehnte hinweg schien man sich damit zu begnügen, das Wissen über „die" Wehrmachtsgeneralität auf einen verschwindenden Bruchteil der insgesamt 2344 Generale des

[1] Auch die für die Rolle der Generalität in der NS-Diktatur nach wie vor unverzichtbaren Standardwerke Müller, Heer, und Messerschmidt, Wehrmacht, beschränken sich überwiegend auf diese Institutionen. Außerdem liegt der Schwerpunkt – Müller lässt seine Studie Anfang 1940 enden – auf den Friedensjahren und der ersten Phase des Zweiten Weltkriegs. Vgl. auch Megargee, High Command.

[2] Vgl. vor allem Reynolds, Beck; Schäfer, Blomberg; Löffler, Brauchitsch; Kroener, Fromm; Hartmann, Halder; Scheurig, Jodl.

[3] Unter den zahlreichen Rommel-Biographien sei Fraser, Rommel, genannt. Zu Dietl liegen bisher nur populäre und apologetische Biographien vor (vgl. etwa Kaltenegger, Dietl). Vgl. daher am besten noch die biographische Skizze von Heinemann, Dietl.

[4] Guderian, Erinnerungen; Manstein, Soldatenleben; Manstein, Siege. An wissenschaftlichen Biographien dieser beiden Generale fehlt es aber noch immer.

deutschen Heeres von 1933 bis 1945 zu stützen[5]. Noch ehe die Frontgeneralität überhaupt richtig in den Gesichtskreis der Forschung kam, drohte sie schon wieder gänzlich aus dem Blick zu geraten.

Dies gilt besonders für die Generalität der Ostfront und verbindet sich mit dem immer noch unbefriedigenden Kenntnisstand über diesen Hauptschauplatz des Zweiten Weltkriegs[6]. Wenn selbst über die maßgeblichen Kommandeure im Osten wenig oder nichts bekannt ist, so verdeutlicht dies, wie schwierig es ist, von „der" Generalität oder „dem" Offizierkorps zu reden, geschweige denn von „der" Wehrmacht. Eine abschließende Beurteilung und historische Einordnung des Verhaltens der deutschen Streitkräfte im deutsch-sowjetischen Krieg ist solange nicht möglich, wie man über einzelne Gruppen und Räume noch immer so wenig weiß. Ein Gesamtbild der Wehrmacht in diesem ganz besonderen Krieg ist daher nach dem derzeitigen Forschungsstand und bei der unübersehbaren Zahl an Soldaten vom Gefreiten bis zum Feldmarschall, an Institutionen vom Stoßtrupp bis zur Heeresgruppe, an Kilometern Frontlänge und Quadratkilometern besetzten Gebiets immer noch äußerst schwierig, wenn nicht sogar unmöglich[7]. Dagegen eröffnet die Perspektive auf eine übersichtliche, gut dokumentierte, maßgebliche und auf den gesamten Kriegsschauplatz verteilte Gruppe von hohen Militärs die Möglichkeit, über die Analyse individuellen und symptomatischen Verhaltens wenigstens für einen Teil der militärischen Gesellschaft zu repräsentativen Ergebnissen zu kommen. Der Blick vom „Feldherrnhügel" erleichtert die Übersicht und ist nicht nur eine sinnvolle, sondern eine dringend gebotene Ergänzung der Detailstudien über einzelne Einheiten oder Regionen, die in den letzten Jahren entstanden sind[8].

Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht die kleine Positionselite[9] der Oberbefehlshaber von Heeresgruppen und Armeen an der Ostfront. Diese Heerführer gehörten zugleich zum ranghöchsten wie exklusivsten Teil der Rangelite der Generalität und zum ältesten wie einflussreichsten Teil der Funktionselite des Offizierkorps. Die Untersuchung konzentriert sich auf das Heer, das nicht nur den Löwenanteil der Kriegführung zu bewältigen hatte, sondern anders als die Luftwaffe und Marine auch mit der Besatzungsherrschaft über große Gebiete beauftragt war. Die im Osten eingesetzten, formal ihren Kameraden vom Heer gleichrangigen Oberbefehlshaber der Luftflotten sind daher nicht berücksichtigt. Dagegen werden die

[5] Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 46, zählt 2344 Generale des Heeres, 556 Generale der Luftwaffe sowie 291 Admirale der Marine, insgesamt 3191 Offiziere im Generals- und Admiralsrang 1933–1945. Seine empirische Untersuchung beschränkt sich auf die Herkunfts- und Rangstruktur, berücksichtigt also nicht die Karrierestruktur und politisch-soziale Struktur dieser Elite.

[6] Dass aber auch diese Studie den vorliegenden Überblicksdarstellungen und Detailstudien zum deutsch-sowjetischen Krieg, vor allem den Arbeiten Andreas Hillgrubers und des Militärgeschichtlichen Forschungsamts tief verpflichtet ist, bedarf kaum einer Erwähnung.

[7] Das zeigt auch die jüngst erschienene Studie von Arnold, Wehrmacht, in der erstmals der Versuch einer Gesamtdarstellung der Besatzungsherrschaft der Wehrmacht auf dem sowjetischen Kriegsschauplatz bis Anfang 1942 unternommen wird. Vgl. auch die Zwischenbilanz der Erforschung des Ostkriegs durch Hartmann, Krieg; Hartmann/Hürter/Jureit (Hrsg.), Verbrechen. Vgl. außerdem die Literaturberichte von Müller/Ueberschär, Krieg; Kühne, Vernichtungskrieg, Teil 1–2.

[8] Vgl. als wichtigste Publikationen Gerlach, Morde; Rass, Menschenmaterial; Oldenburg, Ideologie.

[9] Zu diesem Elitebegriff vgl. Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 2–4; Kroener, Generationserfahrungen, S. 219–222. Er umfasst die Inhaber von bestimmten Elitepositionen, in diesem Fall von hohen militärischen Dienststellungen.

Befehlshaber der Panzergruppen, die eigentlich erst mit ihrer Ernennung zu Oberbefehlshabern von Panzerarmeen im Herbst und Winter 1941/42 in die Positionen von Oberbefehlshabern aufrückten, den Armeeführern bewusst zur Seite gestellt. Bei ihnen handelte es sich nicht nur um Kommandeure von Großverbänden, die wie die Armeen aus mehreren Armeekorps bestanden, sondern aufgrund der besonderen operativen, taktischen und technischen Bedeutung der gepanzerten und motorisierten Verbände um besonders wichtige Exponenten der höchsten militärischen Elite.

Um die Gruppe auf eine überschaubare Zahl von Generalen zu beschränken, um die individuellen Biographien nicht hinter sozialhistorischen Massendaten verschwinden zu lassen und um gleichzeitig aber dennoch den Blick auf den Gesamtraum des Ostkriegs zu bewahren, wird der zeitliche Rahmen auf das in jeder Hinsicht richtungweisende erste Jahr begrenzt. Diese zwölf Monate vom deutschen Überfall am 22. Juni 1941 bis zum Beginn der deutschen Sommeroffensive am 28. Juni 1942 waren die wohl aktivste und wichtigste Phase der deutschen Kriegführung in der Sowjetunion. Alle militärischen Formen dieses Kampfes zweier totalitärer Staaten wurden damals sichtbar: der Bewegungs- wie der Stellungskrieg, die Offensive wie die Defensive, der Vormarsch wie der Rückzug, die Strategie der „verbrannten Erde" wie der Partisanenkrieg. In diesem Jahr wurden auch alle Zivilisationsbrüche – die NS- und Kriegsverbrechen auf dem Gefechtsfeld, in den Kriegsgefangenenlagern, in den Städten und auf dem Land – eingeleitet und bereits zu großen Teilen durchgeführt. In dieser Zeit wurden Weichen gestellt, die weit über den Zweiten Weltkrieg hinausreichten. Das rechtfertigt die Konzentration auf diesen Zeitraum.

Die insgesamt 25 Oberbefehlshaber[10] der drei Heeresgruppen und neun Armeen sowie Befehlshaber, dann Oberbefehlshaber der vier Panzergruppen bzw. Panzerarmeen dieser ersten zwölf Monate des deutsch-sowjetischen Ringens von der äußersten Nordostflanke am Eismeer bis zu den südöstlichen Gefilden des Schwarzen Meeres bildeten die höchsten Instanzen des deutschen Heeres an der Ostfront und besetzten damit eine Schlüsselposition. Diese Generale hatten mitentscheidenden Einfluss auf die Kriegführung und Besatzungspolitik in der Sowjetunion. Trotz der Weisungen Hitlers und seiner Zentralstellen besaßen die Oberbefehlshaber doch eigene Gestaltungsmöglichkeiten. Sie verfügten über das Schicksal von vielen Millionen Soldaten und Zivilisten. Sie waren über den gesamten Raum des Ostkriegs von Finnland bis zur Krim und von der Hauptkampflinie bis zur Grenze des zivilen Verwaltungsgebiets verteilt und spiegeln daher in ihrer Tätigkeit den Krieg in der Sowjetunion insgesamt wider. Diese kleine militärische Elite ist also im höchsten Maße relevant und fürs Ganze repräsentativ. Sie soll daher im Folgenden erstmals als Gruppe[11] erfasst und analysiert werden[12].

[10] Die einzelnen Generale wurden im „Prolog" vorgestellt. Vgl. auch die Biogramme am Ende dieser Studie. Nicht berücksichtigt wurde General Ludwig Kübler, der um die Jahreswende 1941/42 für knapp vier Wochen die 4. Armee führte, eine zu kurze Zeit, um tiefere Spuren zu hinterlassen.

[11] Diese Gruppe von 25 Oberbefehlshaber wird im Folgenden der Einfachheit halber häufiger als „unsere" Gruppe, ihre Mitglieder als „unsere" Offiziere bezeichnet. Dem Autor möge aus dieser arbeitsökonomischen Sprachregelung bitte nicht der Vorwurf entstehen, er wolle in einem Anfall von Größenwahn über Generale und Feldmarschalle verfügen.

[12] Vgl. auch Ruck, Bibliographie, S. 25: „Ein zweites Charakteristikum der neueren NS-Forschung

Dieses Vorhaben wird durch eine im Vergleich zur Überlieferung der übrigen Offiziere und Soldaten gute Quellenlage erleichtert. Die Conditio sine qua non jeder Beschäftigung mit den Oberbefehlshabern im ersten Jahr des Ostkriegs sind die Akten der von ihnen geführten militärischen Kommandobehörden[13]. Die Kriegstagebücher, Tätigkeitsberichte, Befehle, Denkschriften, Gesprächsnotizen und Fahrtberichte der Heeresgruppenkommandos, Armeeoberkommandos und Panzergruppenkommandos dokumentieren auch die „Handschrift" ihrer Kommandeure. Zu allen Großverbänden des Ostheers liegen für den untersuchten Zeitraum umfangreiche wie reichhaltige, überwiegend im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i.Br. (BA-MA), zu einem kleinen Teil noch in den National Archives Washington D.C. (NA) aufbewahrte Bestände vor, die zwar die einen oder anderen Lücken aufweisen, insgesamt aber die Tätigkeit jedes Oberkommandos in diesem Jahr dicht belegen[14]. Diese wesentliche Quellengrundlage kann hin und wieder durch die Akten unterstellter Verbände und Einheiten sowie der militärischen und zivilen Zentralbehörden ergänzt werden, etwa durch den Bestand des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete im Bundesarchiv Berlin (BAB).

Wie dieses Archivmaterial für die Kenntnis des dienstlichen Wirkens unverzichtbar ist, so werden für die Einblicke in die Mentalität daneben vor allem persönliche Dokumente benötigt. Die Nachlässe, die sich besonders zahlreich im Freiburger Militärarchiv, teilweise auch in anderen Archiven oder in Privatbesitz entdecken lassen, sind eine noch viel zu wenig ausgeschöpfte Quelle[15]. Die Fährte privater Selbstzeugnisse ist allerdings von Person zu Person höchst unterschiedlich ausgeprägt. Der ideale Zustand, auf Briefe und Tagebücher aller Oberbefehlshaber zurückgreifen zu können, besteht nicht. Neben umfangreichen Nachlässen finden sich kleine, aber aufschlussreiche Splitter und für manche Generale – nichts. Obwohl damit die Überlieferung der „Ego-Dokumente" anders als die in etwa gleichmäßige dienstliche Überlieferung unausgeglichen ist, lassen sich aus ihr neben den individuellen auch viele symptomatische Denk- und Verhaltensweisen ablesen, so dass sie als eine zwar disparate, aber dennoch auch für die gesamte Gruppe bedeutende Quelle genutzt werden kann.

Eine sinnvolle Ergänzung der unmittelbaren Zeitzeugnisse bieten die retrospektiven Dokumente. Die meisten der den Krieg überlebenden Generale haben sich in Erinnerungsaufzeichnungen oder sogar Memoiren gerechtfertigt, von denen allerdings nur diejenigen Guderians und Mansteins veröffentlicht wurden. Besonders die Nachlässe im Bundesarchiv-Militärarchiv und das so genannte Zeugenschrifttum im Institut für Zeitgeschichte (IfZ-Archiv) sind wahre Fundgruben dieser Art von Quellen. Reichhaltig, interessant, wenn auch mit noch größeren Vorbehalten zu benutzen sind die Aussagen in den Unterlagen der alliierten

ist die intensive Beschäftigung mit der Geschichte einzelner Sozialgruppen. [...] Als Schwerpunkte zeichnen sich die Komplexe Justiz, Medizin/Psychiatrie und Universitäten ab; vergleichsweise defizitär sind demgegenüber die Bereiche Verwaltung, Militär und Wirtschaft."

[13] Keine noch so aufwändige Recherche nach deutschen Splitterbeständen in Osteuropa kann die systematische Durchsicht dieser im Freiburger Militärarchiv leicht zugänglichen Akten aufwiegen.

[14] Vgl. hier und für die folgenden Bemerkungen die genauen Nachweise im Quellen- und Literaturverzeichnis.

[15] Man vgl. etwa in den Archivalienverzeichnissen von DRZW, Bd. 4 und 6, wie verschwindend wenig die private Überlieferung für diese Grundlagenwerke genutzt wurde.

Kriegsverbrechertribunale im IfZ-Archiv sowie in den Ermittlungsakten der bundesdeutschen Justizbehörden im Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg (BAL). Auch wenn der nicht selten begrenzte Wert rückblickender Dokumente richtig eingeschätzt werden muss, so wäre es doch falsch, diese Quellen grundsätzlich als unglaubwürdig zu verwerfen. Dieses umfangreiche Material kann bei aller gebotenen Vorsicht durchaus wertvolle zusätzliche Informationen liefern. Nicht näher vertieft werden soll hier allerdings die Frage, inwieweit die Generale dieser Gruppe nach 1945 aus ihren persönlichen Erinnerungs- und Erfahrungssedimenten Deutungen konstruierten, die zu Sinnmustern, Symbolen oder gar Mythen des kollektiven Gedächtnisses der Nachkriegsgesellschaft wurden[16]. Diese interessanten wissenssoziologischen und kulturhistorischen Aspekte sind nicht das Thema dieser Studie[17].

Die insgesamt gute Quellenlage steht im Widerspruch zu den geringen Vorarbeiten der personalhistorischen Forschung, auf denen diese Studie aufbauen kann. Das methodische Vorbild einer Kollektivbiographie über einen Teil der Generalität oder zumindest über eine gleichermaßen überschaubare wie repräsentative Gruppe hoher Funktionsträger des NS-Regimes fehlt[18]. Selbst wissenschaftliche Untersuchungen zu einzelnen Oberbefehlshabern der Ostfront sind rar[19]. Zwei neuere biographische Sammelwerke enthalten einige knappe Lebensskizzen[20], machen aber nicht den Versuch und erheben auch nicht den Anspruch, die nebeneinander stehenden Beiträge zu einer Synthese zu verbinden. Eingehendere Auseinandersetzungen mit dem Verhältnis dieser Militärelite zu Kriegs- und NS-Verbrechen liegen nicht vor. Der Kenntnisstand über die höchste Generalität im Osten ist damit ein Spiegel der gegenwärtigen Forschungslage über den Krieg gegen die Sowjetunion: Die vorhandenen Mosaiksteine ergeben ein Fragment, das einen ersten Eindruck vom möglichen Gesamtbild vermittelt, ohne dass man dieses aber schon jetzt vollständig rekonstruieren könnte. Noch immer ist man auf dem von Jürgen Förster im Jahr 1983 erreichten Stand, dass einzelne Beispiele für das Ver-

[16] Zur Theorie der Erinnerungskultur vgl. etwa Berger/Luckmann, Konstruktion; Halbwachs, Gedächtnis; Assmann, Externalisierung.

[17] Für einen Generalfeldmarschall der Wehrmacht, Albert Kesselring, wurden diese Aspekte jetzt untersucht: Lingen, Konstruktion; Lingen, Schlacht.

[18] Die kollektivbiographische Methodik beschränkte sich bisher vor allem auf die Erhebung und statistische Auswertung von Massendaten (für die Wehrmachtsgeneralität vgl. vor allem Stumpf, Wehrmacht-Elite). Kleinere Personengruppen, die nicht nur empirisch bzw. quantitativ, sondern auch hermeneutisch bzw. qualitativ untersucht werden können, wurden dagegen von der biographischen Forschung bisher vernachlässigt. Eine Ausnahme bildet – anders als die sozialstatistische Analyse von Banach, Elite – die Arbeit von Wildt, Generation, über das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamts, die allerdings aus einer Gruppe von insgesamt 221 Personen nur ein Dutzend exemplarisch behandelt.

[19] Wissenschaftlichen Ansprüchen genügen überhaupt nur vier Arbeiten: Bradley, Guderian; Leeb, Tagebuchaufzeichnungen; Clasen, Reinhardt; Messenger, Rundstedt. Die Werke von Bücheler über Hoepner und Stülpnagel, von Görlitz über Model und Paulus, von Stein über Manstein und Model sowie von Huber über Rundstedt bieten immerhin seriöse Informationen. Vgl. außerdem die Dokumentationen: Bock, Kriegstagebuch; Hürter, Heinrici; Model/Bradley, Model.

[20] Smelser/Syring (Hrsg.), Militärelite; Ueberschär (Hrsg.), Elite. Recht zuverlässige biographische Daten finden sich in Barnett (Hrsg.), Generals; Heuer, Generalfeldmarschälle; Heuer, Generaloberste. Vgl. außerdem das umfassende, aber noch nicht abgeschlossene Lexikon von Bradley [u. a.] (Hrsg.), Generale. Für diese Studie, besonders für die Biogramme, wurden daneben die Personalakten der Oberbefehlshaber im BA-MA ausgewertet.

halten der Generale in Hitlers Ostkrieg bekannt sind, die Frage nach ihrer Repräsentativität aber noch nicht beantwortet werden kann[21].

Eine Antwort auf diese Frage soll im Folgenden wenigstens für die Spitze der Heeresgeneralität im Osten und wenigstens für das entscheidende erste Jahr des Feldzugs gegeben werden. Das Ziel ist weder eine Sammlung von 25 Einzelbiographien „von der Wiege bis zur Bahre" noch eine Gruppenbiographie, die alle Lebensabschnitte und Wirkungskreise gleichmäßig berücksichtigt, sondern die gruppenbiographische Analyse von Denken und Handeln der deutschen Heerführer an der Ostfront im ersten Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges. Der Leitfaden ist die Frage nach dem Anteil dieser Generale an den heute unbestrittenen Völkerrechtsbrüchen und Verbrechen in diesem Krieg. Die Beschäftigung mit diesem Thema verlangt aber über die Suche nach den Belegen entsprechender Befehle, Ereignisse und Meinungsäußerungen von 1941/42 hinaus den Blick auf die Voraussetzungen und Bedingungen, auf das soziale, geistige und fachlich-organisatorische Profil der Gruppe. Oder mit den Worten eines dieser Oberbefehlshaber[22]: „Man kann aber Einstellung und Verhalten eines Mannes von 53 Jahren nicht beurteilen, ohne die vorhergegangenen Eindrücke, Erlebnisse und Handlungen."

Die moderne biographische Methode erlaubt die Analyse des Symptomatischen aus dem Individuellen und die Verbindung verschiedener Ansätze der Sozialgeschichte, Mentalitätsgeschichte, Institutionsgeschichte, Politikgeschichte und Militärgeschichte[23]. Der *erste Teil* der Studie bietet den notwendigen Rückgriff auf die Biographie der Generale vor 1941, auf Herkunft, Erziehung, Karriere und Mentalität sowie das soziale, politische und militärische Umfeld. Die Oberbefehlshaber von 1941/42 waren alle Kinder, Schüler und Berufsoffiziere des Kaiserreichs. Dann machten sie ihre weiteren persönlichen und beruflichen Erfahrungen im Ersten Weltkrieg und in den unruhigen Jahren der Zwischenkriegszeit. Von

[21] DRZW, Bd. 4, S. 1030–1078 (Beitrag Förster). Vgl. etwa ebd., S. 1045: „Welche Haltung hoher Offiziere gegenüber dem Vorgehen der Sicherheitspolizei und des SD in den besetzten sowjetischen Gebieten aber ist typisch oder repräsentativ zu nennen? Da eine Quantifizierung nicht Aufgabe dieses Überblicks über die deutsche Besatzungspolitik sein kann, bleibt nur die beispielhafte Anführung einiger Äußerungen." Vgl. auch ebd., S. 1054, über einen Befehl General v. Mackensens, der sich vom berüchtigten „Reichenau-Befehl" absetzte: „Die entscheidende Frage in diesem Zusammenhang ist die: wie repräsentativ ist dieser Befehl für das Verhalten des deutschen Heeres in der Sowjetunion? Sie kann nur indirekt beantwortet werden, da eine quantifizierende Untersuchung darüber noch aussteht."

[22] Aufzeichnung Hoths „Stellung zum Führer und zur Politik", 1948, in: BA-MA, N 503/86.

[23] Vgl. das Diktum von Jacques Le Goff über die Vereinigung aller methodischen Probleme der Geschichtswissenschaften in der Biographik: „[...] la biographie historique est une de plus difficiles façons de faire de l'histoire. [...] j'ai retrouvé presque tous les grands problèmes de l'enquête et de l'écriture historique auxquels je m'étais affronté jusqu'alors. [...] La biographie confronte aujourd'hui l'historien avec les problèmes essentiels – mais classiques – de son métier d'une façon particulièrement aiguë et complexe. [...] Elle peut-même devenir un observatoire privilégié pour réfléchir utilement sur les conventions et sur les ambitions du métier d'historien, sur les limites de ses acquis, sur les redéfinitions dont il a besoin." Zit. nach Bödeker, Biographie, S. 63, der einen guten Überblick über den Forschungs- und Diskussionsstand zur Biographik bietet. Zur Methodik dieses Genres vgl. auch Klein (Hrsg.), Grundlagen. Die Beschäftigung mit einer kleinen, auch in ihren Einzelpersönlichkeiten fasslichen Gruppe wie in der vorliegenden Studie erlaubt stärker, als das bisher thematisiert wurde, fließende Übergänge zwischen den bereits eingehend diskutierten Konzepten der Kollektivbiographie und der Individualbiographie. Sie passt daher nicht in ein starres methodisches Schema.

diesen Wurzeln und Voraussetzungen ihrer Persönlichkeit und ihres Handelns muss daher zunächst die Rede sein. Das soziale Profil, die Karriere und die Mentalität unserer Gruppe sollen dabei zusammen und im biographischen Verlauf beschrieben werden. Das ist nicht ganz einfach, denn mit dem Weg zurück in die Jugend dieser Generale werden die Quellen immer spärlicher. Für die meisten liegt nicht mehr vor als die nackten Daten ihrer Herkunft und frühen Entwicklung[24]. Stärker als anderswo ist man daher auf Mutmaßungen angewiesen, um dem statistischen Material das Leben einzuhauchen, das seiner Aufbereitung Bedeutung gibt und es zu einem ersten Baustein der Analyse späteren Verhaltens macht. Im Zusammenhang mit den nüchternen Zahlen und Fakten wird daher immer wieder auch das Milieu zu beschreiben sein, in dem die Generale aufwuchsen und das sie für ihr Leben prägte. Dabei entfernt man sich teilweise von der Einzelpersönlichkeit und gelangt zum Allgemeinen, Zeittypischen. Nur so aber kann hinter den Lebens- und Karrieredaten dieser Generale das Panorama des geistigen und politischen Hintergrunds ihres Weges von der Kaiserzeit bis in den Zweiten Weltkrieg entstehen, das zum Verständnis ihres Wirkens notwendig ist.

Auf der Grundlage des biographischen Teils folgt als umfangreicherer *zweiter Teil* die Untersuchung der Kriegführung und Besatzungsherrschaft, die diese 25 Generale in der Jahresfrist vom 22. Juni 1941 bis etwa Ende Juni 1942 verantworteten. Dabei sollen alle wesentlichen Probleme dieses außergewöhnlichen Krieges berücksichtigt werden: die Vorbereitung des Feldzugs, die institutionellen Voraussetzungen und der Berufsalltag, die militärische Leistung, die politischen, wirtschaftlichen und logistischen Rahmenbedingungen, die Behandlung der gegnerischen Soldaten, der Kriegsgefangenen, der Kommissare, der Partisanen, der Zivilbevölkerung, schließlich die NS-Verbrechen gegen die sowjetischen Juden und andere Opfer. Im Wirken der höchsten Frontkommandeure spiegelt sich das gesamte Geschehen im Operationsgebiet der Ostfront wider, denn bei den Oberbefehlshabern und ihren Gehilfen liefen alle Fäden der Kriegführung und Besatzungspolitik zusammen. Funktion und Befehlsgewalt dieser kleinen Elite erlauben den Blick von einem erhöhten Standort über den östlichen Kriegsschauplatz. Daher ermöglicht die Beschreibung ihres Handelns gleichzeitig auch eine Art Gesamtdarstellung des Ostkriegs in seinem ersten Jahr. Die Konzentration muss natürlich trotz dieser geweiteten Perspektive auf den 25 Oberbefehlshabern bleiben. Aus ihrem Handeln kann aber das Ganze, wenigstens ein Grundriss des Ganzen erfasst werden.

Ziel ist das Portrait einer maßgeblichen Gruppe von Truppenbefehlshabern im deutsch-sowjetischen Krieg, das in die Entwicklung der Militärelite seit der Kaiserzeit eingebunden und auf die so unheilvolle Verknüpfung von Kriegführung und Verbrechen bezogen ist. Wenn durch diese „Geschichte von oben", die zugleich den Überblick über einen riesigen Kriegsschauplatz gewährt, ein weiterführender Beitrag zum Verhalten der Wehrmacht in diesem beispiellosen Krieg insgesamt gewonnen werden könnte, wäre der Aufwand gerechtfertigt.

[24] Die zugrunde liegenden biographischen Daten lassen sich in den Biogrammen am Ende der Arbeit überprüfen.

I. Voraussetzungen

Milieu, Laufbahn, Mentalität

Tabelle: Herkunft, Bildung und Berufsweg (bis 1918) der späteren Oberbefehlshaber

	Gesamtgruppe	22. 06. 1941	31. 01. 1942
	(25 Personen)	*(16 Personen)*	*(16 Personen)*
Altersgruppen			
1875–1880	4 (16%)	4 (25%)	1 (6,25%)
1881–1885	11 (44%)	9 (56,25%)	8 (50%)
1886–1890	9 (36%)	3 (18,75%)	6 (37,5%)
1891–1895	1 (4%)	–	1 (6,25%)
Durchschnittsalter	–	58,06	56,12
Konfession			
Evangelisch	21 (84%)	12 (75%)	14 (87,5%)
Katholisch	4 (16%)	4 (25%)	2 (12,5%)
Abstammung			
Adel bei Geburt	9 (36%)	9 (56,25%)	5 (31,25%)
Adel insgesamt	12 (48%)	12 (75%)	6 (37,5%)
Bürgertum bei Geburt	16 (64%)	7 (28%)	11 (68,75%)
Bürgertum insgesamt	13 (52%)	4 (25%)	10 (62,5%)
Väterberuf			
Offiziere	15 (60%)	14 (87,5%)	7 (43,75%)
davon Generale	7 (28%)	6 (37,5%)	3 (18,75%)
Höhere Beamte, Akademiker	6 (24%)	1 (6,255%)	6 (37,5%)
Domänenpächter	2 (8%)	1 (6,25%)	1 (6,25%)
„erwünschte Kreise"	23 (92%)	16 (100%)	14 (87,5%)
Kaufleute, Unternehmer	1 (4%)	–	1 (6,25%)
Subalternbeamte	1 (4%)	–	1 (6,25%)
Schulbildung			
Humanistisches Gymnasium	15 (60%)	7 (43,75%)	11 (68,75%)
Kadettenkorps	10 (40%)	9 (56,25%)	5 (31,25%)
Abitur	20 (80%)	11 (68,75%)	13 (81,25%)
Primareife (Kadetten)	2 (8%)	2 (12,5%)	–
Selekta (Kadetten)	3 (12%)	3 (18,75%)	3 (18,75%)
Berufsweg bis 1918			
preußische Armee	19 (76%)	13 (81,25%)	12 (75%)
bayerische Armee	4 (16%)	3 (18,75%)	2 (12,5%)
sächsische Armee	1 (4%)	–	1 (6,25%)
württembergische Armee	1 (4%)	–	1 (6,25%)
Infanterie	17 (68%)	9 (56,25%)	11 (68,75%)
Kavallerie	4 (16%)	3 (18,75%)	3 (18,75%)
Feldartillerie	4 (16%)	4 (25%)	2 (12,5%)
Schüler der Kriegsakademie	13 (25%)	12 (75%)	6 (37,5%)
davon Absolventen	10 (40%)	10 (62,5%)	5 (31,25%)
Tätigkeit als Adjutant	18 (72%)	11 (68,75%)	11 (68,75%)
Generalstabstätigkeit	22 (88%)	14 (87,5%)	14 (87,5%)
nur Frontdienst	1 (4%)	1 (6,25%)	1 (6,25%)

1. Wurzeln: Kaiserreich

a. Herkunft

Nähern wir uns mit Bedacht, Schritt für Schritt diesen Generalen, beginnen wir am Anfang, mit der Geburt in den Friedensjahren des Kaiserreichs. Der älteste von ihnen, Gerd v. Rundstedt, wurde am 12. Dezember 1875 geboren, der jüngste, Walter Model, am 24. Januar 1891. Zwischen ihnen lagen also 15 Lebensjahre. Zu Beginn des Ostfeldzugs betrug das Durchschnittsalter der Oberbefehlshaber 58 Jahre, verjüngte sich dann aber bis Ende Januar 1942 auf 56 Jahre. Die meisten, nämlich 20 der insgesamt 25 Generale, entstammten dem Geburtsjahrzehnt von 1881 bis 1890, oder, wenn man einen konventionelleren Jahrzehntbegriff verwenden möchte, drei den 70er Jahren, 19 den 80er Jahren und drei den 90er Jahren[1]. Es ist nicht wahrscheinlich, dass die beiden Ältesten, Rundstedt (1875) und Leeb (1876), der Generation der drei Jüngsten, Dietl (1890), Paulus (1890) und Model (1891) anzugehören glaubten. Doch die meisten dieser Gruppe von Generalen werden bei einem Zusammentreffen das Empfinden gehabt haben, ungefähr gleichaltrig zu sein, aus derselben Generation zu kommen.

Wo die Grenzen gezogen wurden, ist freilich ungewiss. Waren politische Daten bestimmend, meinten die 21 unter Kaiser Wilhelm I. oder die 22 in der Kanzlerschaft Bismarcks Geborenen etwa eines Alters zu sein? Oder zählte nur das Lebensalter, etwa bei den 23 Angehörigen der Jahrgänge 1879 bis 1891, die elf Jahre auseinander lagen, oder, enger gefasst, die 18 in den nur sieben Jahren zwischen 1881 und 1888 geborenen Offiziere? Diese letzte Altersgruppe sollte dann in der Wehrmacht einen großen Teil der Kommandierenden Generale und die Mehrzahl der Generalfeldmarschalle und Generalobersten stellen[2]. Es ist also kein Zufall, dass von den 25 Oberbefehlshabern 18 aus diesem „Jahrsiebt" kamen und nur sieben aus den übrigen acht Jahren der genannten Zeitspanne. Dies verdeutlicht die generationelle Geschlossenheit der Gruppe, die ganz überwiegend der – nach Reinhard Stumpf – „älteren Generation" der Wehrmachtsgeneralität angehörte, während nur die drei Jüngsten (Dietl, Paulus, Model) Vertreter der „jüngeren Generation" der nach 1888 Geborenen waren[3].

[1] Vgl. zu diesem Kapitel die Tabelle auf Seite 22.

[2] Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 290.

[3] Vgl. ebd.: Die ältere Generation führte die Wehrmacht „in den Friedensjahren des Dritten Reichs und in der Zeit der ‚Blitzkriege'", während die jüngere Generation dann, „weitgehend auch in den höchsten Rängen, die führende Generation in der zweiten Kriegshälfte" war und von der Ende 1942 eingeführten Leistungsbeförderung profitierte. Von den insgesamt 391 höheren Heeresgeneralen der Wehrmacht (Vollgenerale, Generaloberste, Generalfeldmarschalle) gehörten 198 der älteren (1872–1888), 193 der jüngeren Generation (1889–1902) an. Aus den in unserer Gruppe vertretenen Jahrgängen 1875 bis 1891 kamen 274 höhere Generale. Vgl. die Tabellen ebd., S. 286–288. Lei-

„Generation" ist allerdings ein äußerst vieldeutiger und umstrittener Begriff. Für den Bevölkerungsstatistiker bezeichnet er den durchschnittlichen Abstand zwischen den Geburtsjahren der Eltern und ihrer Kinder, also etwa 20 Jahre. In diesem Sinne zählen alle 25 Generale zu einer Generation. Der Soziologe aber differenziert den Begriff und meint mit Generation alle etwa Gleichaltrigen, die ähnliche kulturelle, gesellschaftliche und politische Erfahrungen, Orientierungen, Einstellungen und Verhaltensformen aufweisen[4]. Neben die „Generation" tritt außerdem die „Alterskohorte", der eine kürzere Spanne, meist etwa fünf Jahre, beigemessen wird. Wann eine Generation oder Alterskohorte einsetzt bzw. endet und was sie prägt, ist allerdings eine Frage der Interpretation. Wie noch häufiger in diesem Kapitel, muss auch hier mit aus der Soziologie übernommenen und in der Sozialgeschichte verwendeten Begriffen gearbeitet werden, die keineswegs fest umrissen sind und dem Historiker einigen Spielraum lassen. Bereits für die hier relevanten Geburtsjahrgänge gibt es verschiedene Modelle. Für die einen sind die in den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts Geborenen die „Frontgeneration" des Ersten Weltkriegs, gefolgt von der „überflüssigen Generation" der nach 1900 Geborenen[5]; andere beziehen sich etwa auf die Prägungen in der Schule und bilden die Generationen nach bestimmten schulpolitischen Abschnitten[6].

Am überzeugendsten ist es, die „politische Generation" nach der entscheidenden Phase der gemeinsamen „politischen Sozialisation" zu bestimmen, also nach der „gleichgesinnten bewussten Auseinandersetzung mit den Leitideen und Werten der politischen Ordnung"[7]. Was aber sind die wichtigsten Lebensjahre für die Aneignung eines Grundbestands an gemeinsamen Kenntnissen, Überzeugungen, Werten und Normen, die das politische Denken und Handeln beeinflussen? Wie die Sozialisation überhaupt ist auch die politische Sozialisation ein lebenslanger Prozess. Jedoch sind ohne Zweifel die ersten Jahre der bewussten, kritischen Beschäftigung mit der sozialen und politischen Umgebung, die in der Regel während der Pubertät einsetzen[8], besonders bedeutsam für die politische Prägung. Diese wohl wichtigste Phase der politischen Sozialisation lag bei allen Generalen unserer Gruppe in den Friedensjahren der Regierungszeit Wilhelms II., der so genannten Wilhelminischen Ära. Bei der Entlassung Bismarcks (20. März 1890) war der Älteste (Rundstedt) 14 Jahre alt und die Jüngsten noch nicht geboren. Bei Aus-

der geht Stumpf nicht auf die politisch-soziale Struktur der Generalität ein, so dass sein Generationsbegriff blass bleibt.

[4] Grundlegend immer noch Mannheim, Problem; Fogt, Generationen. Gute Zusammenfassung bei Kroener, Generationserfahrungen, S. 223f. Vgl. auch Jaeger, Generationen; Schulz, Individuum; Reulecke (Hrsg.), Generationalität.

[5] Vgl. Peukert, Weimarer Republik, S. 25–31, über die vier Generationen verantwortlich Handelnder der Weimarer Republik, zu denen er außerdem noch die „Wilhelminische Generation" der Altersgenossen Wilhelms II. und die „Gründerzeitgeneration" der in den 1870er Jahren Geborenen zählt. Auf die „Kriegsjugendgeneration" der Geburtsjahrgänge nach 1900 konnte sich dann die „kämpfende Verwaltung" des nationalsozialistischen SS- und Polizeiapparats bevorzugt stützen, wie die Studien von Herbert, Best, und Wildt, Generation, zeigen.

[6] Neugebauer-Wölk, Wählergenerationen, S. 10–47.

[7] Fogt, Generationen, S. 21.

[8] Nach ebd., S. 127, liegt die „generationsbildende ‚Prägephase' etwa zwischen dem 16. und 22. Lebensjahr". Fogt geht dabei von einer „Prädominanz der ersten Eindrücke" aus. Allerdings dürfen auch spätere Erfahrungen und Erlebnisse nicht unterschätzt werden, wie im Folgenden noch zu zeigen sein wird.

bruch des Ersten Weltkriegs, als eine in vieler Hinsicht andere Zeit begann, stand der Jüngste (Model) in seinem 24. Lebensjahr. Wenn man die frühen prägenden Jahre der politischen Sozialisation und den unterschiedlichen Charakter der Epochen Bismarcks, Wilhelms II. und des Ersten Weltkriegs zugrunde legt, dann kann man diese Generale als „Wilhelminer" bezeichnen[9].

Die Eigenart der knapp zweieinhalb Jahrzehnte zwischen dem Abgang Bismarcks und dem Beginn des „Großen Krieges", der besondere Geist dieser mit dem Namen Wilhelms II. verbundenen Ära wurde schon von den Zeitgenossen stark empfunden und dann in der Retrospektive immer wieder beschrieben[10]. Die Kennzeichnung dieser Epoche mit den teilweise gegensätzlichen Begriffen Aufbruch, Stillstand, Nervosität, Weltmachtstreben, Sendungsbewusstsein, Fortschrittsglauben und Zukunftsangst ist mehr als nur eine rückblickende Vereinfachung. Sie trifft die von einer nervösen Unruhe getriebene kollektive Stimmung, die zwischen Veränderung und Beharrung hin und her schwankte[11]. Die 25 Personen unserer Gruppe erhielten ihre wesentliche politische Prägung in einer Zeit, die sich von den vorhergehenden eher ruhigen zwei Jahrzehnten nach der Reichsgründung durch ihre zugleich modernere und unsicherere Atmosphäre unterschied. Die vielen Aufbrüche gaben schon eine gewisse Vorahnung der heftigen Umbrüche, die dann den weiteren Verlauf des 20. Jahrhundert bestimmten.

Die Abgrenzung und Charakterisierung der politischen Generation ist mit diesen Bemerkungen allerdings noch sehr allgemein gehalten. Gerade bei dieser kleinen Gruppe von Berufsoffizieren müssen die herkunfts-, schicht- und berufsspezifischen Eigenarten berücksichtigt werden. Daher soll noch ein genaueres, auf das Offizierkorps der Wehrmacht bezogenes Generationsmodell vorgestellt werden. Bernhard R. Kroener unterscheidet in seiner soziographischen Schichtanalyse vier Generationen von Wehrmachtsoffizieren[12]: die Stabsoffiziere des Ersten Weltkriegs (bis etwa Jahrgang 1889), die Frontoffiziere des Ersten Weltkriegs (Jahrgänge 1889–1899), die nicht mehr weltkriegsgedienten Offiziere (1900–1913) sowie die jüngsten Offiziere (1914–1926/27). Nach diesem Modell gehörten nahezu alle[13] Generale unserer Gruppe einer Offiziersgeneration an, die ihre Führerausbildung größtenteils vor dem Ersten Weltkrieg erhielten und von den Wertvorstellungen der „alten Armee" geprägt wurden[14]. Auch Kroeners generationsspezifischer Ansatz ist aber noch zu allgemein. Er bezieht sich auf die gesamte Funktionselite des Offizierkorps, während hier die kleine Positionselite der

[9] Für Doerry, Übergangsmenschen, und auch Peukert, Weimarer Republik, S. 25–31, sind die „Wilhelminer" allerdings eine frühere Generation, nämlich die in den 50er und 60er Jahren geborenen Altergenossen Kaiser Wilhelms II. Hier wird dieser Begriff dagegen nicht für die Generation verwendet, die das „Wilhelminische Zeitalter" prägte, sondern für jene, die von ihm geprägt wurde.

[10] Stellvertretend für die kaum mehr zu überblickende Literatur über die „Wilhelminische Ära" sei hier nur die neuere Einführung von Bruch, Wilhelminismus, genannt.

[11] Zu dieser Stimmung im „Zeitalter der Nervosität" vgl. auch das gleichnamige Buch von Joachim Radkau.

[12] Kroener, Veränderungen; Kroener, Generationserfahrungen.

[13] Und auch die drei nach 1889 Geborenen (Dietl, Model, Paulus) müssen eher zu dieser Gruppe gerechnet werden.

[14] Kroener, Veränderungen, S. 272–274; Kroener, Generationserfahrungen, S. 229 f. Für Kroener besaß diese Generation „zumindest eine partielle Immunisierung gegenüber der NS-Ideologie" (ebd., S. 230) und eine größere Distanz zum NS-Regime als die drei späteren Gruppen.

höchsten Generalität an der Ostfront im Mittelpunkt steht. Je kleiner die Gruppe ist, desto stärker muss auf individuelle Erfahrungen und Besonderheiten geachtet werden. Insofern können hier zunächst nur erste Hinweise gegeben werden. Die nicht unproblematische Frage nach der Generation gleicht einem ersten Herantasten an Sozialprofil und Mentalität dieser 25 Generale. Immerhin liefert sie bereits Indizien für die Geschlossenheit der Gruppe. Sowohl nach dem statistischen als auch nach dem allgemeinen politischen wie dem auf die militärische Elite bezogenen Generationsbegriff waren diese Generale Angehörige einer Generation. Dieser Generationszusammenhalt wird die Suche nach gruppenspezifischem Verhalten erleichtern.

Gehen wir weiter, verlassen wir das Alter und die ersten Spekulationen um den Charakter von Generationen und kommen wir zur Herkunft der Generale. Das preußisch-deutsche Offizierkorps war schon von seiner sozialen Struktur her höchst exklusiv[15]. Sehr lange rekrutierte es sich fast ausschließlich aus dem Adel, in Preußen besonders aus dem protestantischen Kleinadel Ostelbiens, dem ominösen „Junkertum". Dieser Vorrang begründete sich nicht allein materiell durch den Zwang der Versorgung der zweiten Söhne, ihm lag immer auch die Herrschaftsideologie zugrunde, dass sich die Monarchie auf einen ihr unbedingt ergebenen und eng verbundenen Stand stützen konnte, der in Abwehr und Konkurrenz zum aufstrebenden liberalen Bürgertum verharrte. Die Dominanz des Adels wurde allerdings im Laufe des 19. Jahrhunderts durch die ständige Vergrößerung des Heeres und dann durch die Eingliederung der Klein- und Mittelstaaten mit ihren teilweise anderen Traditionen aufgeweicht. Im Kaiserreich entwickelte sich eine „adelig-bürgerliche Amtsaristokratie"[16], die den Staat verwaltete und die Armee führte. Auch wenn in ihr die Standesunterschiede zu verwischen begannen, war diese Führungsschicht der „Staatsdiener" doch durch gleichbleibende Merkmale gekennzeichnet: Herkunft aus Adel und (dann oft nobilitiertem) gehobenem Bürgertum, juristische oder militärische Ausbildung, Korpsgeist, konservative Weltsicht, Treue zur Monarchie. Außenseiter hatten in diesem geschlossenen Gefüge wenig Platz. Das galt für alle, die auch nur ansatzweise in Verdacht gerieten, mit den „Reichsfeinden", den „ultramontanen" Katholiken, den Sozialdemokraten und Demokraten, in Verbindung zu stehen.

Die Exklusivität und Treue des Offizierkorps als elitärster und für den Bestand der Monarchie wichtigster aller Eliten zu bewahren und zugleich den militärpolitischen Erfordernissen des industriellen Massenzeitalters zu genügen, war ein besonderes Problem des kaiserlichen Herrschaftssystems. Wilhelm II., dem man einen gewissen Instinkt für Zeitstimmungen und -strömungen nicht absprechen kann, reagierte darauf in seinem programmatischen Erlass über die Ergänzung des Offizierkorps vom 29. März 1890. Der Kaiser verwies auf die Heeresvermehrung

[15] Zum Folgenden vgl. Demeter, Offizierkorps, S. 1–73; Offiziere im Bild von Dokumenten, S. 68–84; Messerschmidt, Offizierkorps; Deist, Offizierkorps; Bald, Offizier, S. 38–100; Nipperdey, Geschichte, Bd. 2, S. 201–250, besonders S. 219–223; Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 1121–1125. In vielem bereits richtungweisend: Endres, Struktur. Für die Sonderentwicklungen im bayerischen Offizierkorps vgl. Rumschöttel, Offizierkorps. Generell für die deutschen Führungsschichten um 1900 vgl. die Zusammenfassung von Conze, Monarchie. Auf die Offizierkorps der Kaiserlichen Marine, der Reichsmarine und der Luftwaffe kann hier nicht eingegangen werden.

[16] So bereits 1911 Otto Hintze. Zit. nach: Conze, Monarchie, S. 177.

und folgerte daraus, dass es notwendig sei, die für den Offiziersersatz in Frage kommenden gesellschaftlichen Kreise zu erweitern. Nicht allein der „Adel der Geburt", sondern auch der „Adel der Gesinnung" sollte stärker als zuvor dieses Vorrecht erhalten[17]: „Neben den Sprossen der adligen Geschlechter des Landes, neben den Söhnen meiner braven Offiziere und Beamten, die nach alter Tradition die Grundpfeiler des Offizierkorps bilden, erblicke ich die Träger der Zukunft meiner Armee auch in den Söhnen solcher ehrenwerten bürgerlichen Häuser, in denen die *Liebe zu König und Vaterland*, ein warmes Herz für den Soldatenstand und *christliche Gesittung* gepflegt und anerzogen werden."

Die Interpretation eines Berliner Zeitungsjungen – „Janzer Adel abgeschafft. Allens nur noch Seelenadel"[18] – karikierte ungewollt den Spagat zwischen sozialem Wandel und restaurativem Willen in dieser Verfügung. Wilhelm II. suchte die schon länger evidenten Modernisierungstendenzen zu kanalisieren, indem er die soziale Rekrutierung des Offizierkorps liberalisierte und ihr zugleich neue Schranken setzte. Die Offizierslaufbahn wurde nicht generell „dem" Bürgertum geöffnet, sondern nur den „erwünschten Kreisen", die den vom Kaiser sehr eng gezogenen „Adel der Gesinnung" unbedingt gewährleisteten[19]. Zu diesen erwünschten Kreisen innerhalb der Klassengesellschaft des Kaiserreichs gehörten natürlich alle Offiziere, höheren Beamten, Geistlichen, Gutsbesitzer bzw. Gutspächter und jetzt verstärkt auch die besonders „ehrenwerten Bürger" wie Ärzte, Apotheker, Architekten und andere Akademiker. Weniger erwünscht als diese „Bildungsbürger", wenn auch noch akzeptiert war das gehobene Bürgertum, vor allem die „Wirtschaftsbürger", die selbständigen Kaufleute und Unternehmer, sowie – nochmals etwas weniger erwünscht – Journalisten und Künstler[20], da die Vertreter all dieser Berufe von ihren Lebensläufen, ihren Erfahrungen und ihrer Gesinnung heterogener, selbständiger und nicht so stark auf das herrschende System bezogen waren. Als wenig erwünscht galten – jedenfalls in Preußen – Katholiken sowie die Söhne von Unteroffizieren und Subalternbeamten, denen ohnehin meist die Möglichkeiten eines gesellschaftlichen Aufstiegs fehlten. Noch weniger erwünscht waren Bewerber aus „kleinen Verhältnissen" außerhalb des Staatsdienstes (Angestellte, Handwerker, Bauern, Arbeiter). Überhaupt nicht erwünscht waren Angehörige nationaler Minderheiten und Juden[21].

Schon ein erster flüchtiger Blick zeigt, dass die Herkunft der späteren Oberbefehlshaber des Ostheeres genau dieser Vorstellung einer sozial nur begrenzt geöffneten adelig-bürgerlichen Amts- und Militäraristokratie entsprach. Sie entstammten der staatstragenden Schicht aus Geblüt und „Gesinnung", Bürokratie und Militär, Kirche und Bildung. Zudem waren sie mehrheitlich preußisch und ganz

[17] Abgedruckt in: Offiziere im Bild von Dokumenten, S. 197.

[18] Zit. nach: Nipperdey, Geschichte, Bd. 2, S. 221.

[19] Zu diesem noch bis in die Anfänge der Bundeswehr nachwirkenden Rekrutierungsmodell vgl. besonders Bald, Offizier, S. 43–62.

[20] Zur Einteilung des Bürgertums in Bildungsbürgertum, Wirtschaftsbürgertum und „neuem Mittelstand" (Angestellte und Handwerker) vgl. Nipperdey, Geschichte, Bd. 1, S. 374–395; zur „Klassengesellschaft" ebd., S. 414–427. Vgl. auch das stark differenzierte Schichtmodell von Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 191–233.

[21] Zur Ausgrenzung von Juden vgl. Demeter, Offizierkorps, S. 217–224; Angress, Army; Messerschmidt, Juden.

überwiegend protestantisch. Diese Herkunftsmerkmale müssen nun etwas näher betrachtet werden. Dabei sollen bei Möglichkeit entsprechende Daten für das Offizierkorps um 1904, dem durchschnittlichen Dienstalter (Ernennung zum Leutnant) unserer Gruppe, sowie für die Wehrmachtsgeneralität als Vergleich herangezogen werden.

Zunächst zur regionalen Herkunft[22]. 16 der späteren Generale (64%) kamen aus dem Königreich Preußen, unter ihnen zehn aus dem ostelbischen Altpreußen und sechs aus den neuen preußischen Provinzen, davon einer aus dem Rheinland (Busch), drei aus der Provinz Sachsen (Model, Rundstedt, Strauß) und zwei aus den erst 1866 einverleibten kurhessischen Gebieten (Kleist, dessen Familie allerdings zum preußischen Uradel gehörte, und Paulus). Die übrigen neun Personen (34%) wurden in den nichtpreußischen Bundesstaaten geboren, drei im Königreich Bayern (Dietl, Leeb, Schobert) und je einer in den Königreichen Sachsen (Reinhardt) und Württemberg (Ruoff), den Großherzogtümern Baden (Reichenau) und Hessen (Küchler) sowie dem Herzogtum Anhalt (Weichs). Diese regionale Herkunftsstruktur entsprach genau dem Anteil Preußens am Deutschen Reich, der 1910 bei 65 Prozent der Fläche und bei 62 Prozent der Bevölkerung lag, und damit auch der Kontingentierung des Bundesheeres. Auch dass unter den drei übrigen Königreichen Bayern am stärksten vertreten war, stimmte mit der Größen- und Machtverteilung im Reich überein. Von einem unverhältnismäßigen Übergewicht der Preußen in dieser Gruppe kann keine Rede sein. Auffällig ist allerdings der überproportionale ostdeutsche gegenüber dem schwachen nordwest- und westdeutschen Anteil. Hannoveraner und Oldenburger etwa fehlten ganz, das bevölkerungsstarke, aufstrebende, „moderne" Rheinland war nur durch eine Person repräsentiert. Das letztere Defizit war durchaus charakteristisch für die Offiziersrekrutierung in der Kaiserzeit. Zum einen widersprach der hohe Verstädterungsgrad der Rheinprovinz der traditionellen Bevorzugung des ländlichen und kleinstädtischen Milieus im preußischen Militärsystem, zum anderen war das preußisch-deutsche Offizierkorps ein vor allem protestantisches, so dass die rheinischen Katholiken benachteiligt waren.

Von den 25 Generalen waren 21 (84%) protestantischer und nur vier (16%) katholischer Konfession, neben dem Rheinländer Busch noch die Bayern Leeb und Schobert sowie der aus einer niederbayerisch-kurkölnischen Familie stammende Anhaltiner Weichs. Dies entsprach nicht dem höheren katholischen Anteil an der deutschen Bevölkerung (1910: 36,7%), wohl aber dem geringen am Offizierkorps, der 1907 lediglich bei 16,6 Prozent lag[23]. Diese ungleiche Verteilung wurde in den

[22] Dieser Aspekt wurde in der Militärsoziologie bisher vernachlässigt, so dass genaue Vergleichszahlen fehlen. Eine Ausnahme bildet Preradovich, Herkunft, der allerdings nicht vom Geburtsort oder der Familie ausgeht, sondern von der früheren Zugehörigkeit zu den großen Kontingenten des kaiserlichen Bundesheeres. Danach rekrutierte sich die Heeresgeneralität vom 1. 5. 1944 zu 71,2% aus der preußischen, zu 14,5% aus der bayerischen, zu 5,1% aus der sächsischen und zu 3,4% aus der württembergischen Armee. Dies entsprach etwa den Zahlen für unsere Gruppe. Den Rest bildeten ehemalige Offiziere der k.u.k. Monarchie (5,1%) und der Kaiserlichen Marine (0,5%).

[23] Vgl. Bald, Offizier, S. 74–79, besonders die Tabelle S. 77. Für die Wehrmacht liegen Vergleichsdaten nicht vor, doch war der katholische Anteil im Offizierkorps noch deutlich geringer als der in der Bevölkerung, der nach dem „Anschluss" Österreichs und des Sudetenlands 42,6% erreichte

höchsten Rängen geradezu dramatisch, vor allem in der preußischen Generalität, die von 1871 bis 1914 nur zu fünf Prozent aus Katholiken bestand[24]. Selbst im Königreich Bayern war der Prozentsatz der Protestanten im Offizierkorps etwa doppelt so hoch wie in der Bevölkerung (ca. 40% zu 20%)[25]. Die Katholiken waren in den Führungsschichten des Kaiserreichs grundsätzlich unterrepräsentiert, aber wohl nirgends so stark benachteiligt wie im Offizierkorps. Das hatte seine Ursachen in der Bindung des Militärs an die größtenteils protestantischen Herrscherhäuser, die besonders in Preußen zu einer Bevorzugung von Protestanten führte, aber auch – das Beispiel Bayerns weist darauf hin – in dem während der Kaiserzeit noch deutlich niedrigeren durchschnittlichen Bildungsniveau des katholischen Bevölkerungsteils.

Auf den Rückgang des Adels im Offizierkorps wurde bereits hingewiesen. War der Beruf des Offiziers, der als Nachfolger des Ritters in der Regel beritten war[26], Jahrhunderte lang ganz eine Domäne des Adels und in Preußen besonders des Kleinadels, zwangen die militärischen Entwicklungen des industriellen Zeitalters zu einer Vergrößerung, Professionalisierung und damit „Verbürgerlichung" des Offizierkorps. In Preußen führte dies von 1860 bis 1914 zu einer Halbierung des adeligen Anteils von etwa 65 auf 30 Prozent[27], im traditionell eher bürgerlichen Offizierkorps Bayerns sogar von etwa 30 auf 15 Prozent[28]. Allerdings behielten die adeligen Offiziere in den angesehensten Regimentern, besten Standorten und höheren Positionen nach wie vor ihren Vorrang. In Preußen (und Württemberg) waren 1914 immer noch 70 Prozent der Generale adelig[29], und selbst im Königreich Bayern dominierte bis zuletzt der Adel die Generalität[30]. Diese Adelspyramide in der militärischen Hierarchie blieb auch nach dem Ersten Weltkrieg bestehen. So betrug etwa 1932 der adelige Anteil am Offizierkorps der Reichswehr 23,8 Prozent, an der Generalität aber 52 Prozent. Und auch für die Wehrmacht galt: je höher der Rang, desto größer der Anteil des Adels, allerdings bei ständig abnehmenden Prozentzahlen. 1939 waren noch 34 Prozent der Generale adelig, 1943 bei einem deutlich gesunkenen Anteil von 7,1 Prozent am gesamten Offizierkorps nurmehr 19,8 Prozent. Bei der hier vornehmlich interessierenden höheren Heeresgeneralität von den so genannten Vollgeneralen (General der Infanterie etc.) bis

(17. 5. 1939, bei 51,4% Protestanten, Quelle: Statistisches Jahrbuch). Die protestantische Prägung des Offizierkorps währte bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts.

[24] Vgl. Hughes, King's Finest, S. 35.

[25] Vgl. Rumschöttel, Offizierkorps, S. 236–238.

[26] Vgl. Endres, Struktur.

[27] Vgl. Bald, Offizier, S. 85–96; Nipperdey, Geschichte, Bd. 2, S. 220. Die Differenzierung zwischen Uradel, Briefadel und Personaladel wird in der Militärsoziologie allerdings meist vernachlässigt.

[28] Rumschöttel, Offizierkorps, S. 62–65; Bald, Offizier, S. 96–98. Auch in Sachsen und Württemberg waren die Offizierkorps „bürgerlicher" als in Preußen (vgl. Fritsch-Seerhausen, Offizierkorps; Fischer, Offizierkorps).

[29] Vgl. – auch zu den folgenden Daten – die Tabelle bei Bald, Offizier, S. 90. Nach Hughes, King's Finest, S. 12, lag der Anteil der Bürgerlichen in der preußischen Generalität 1871–1914 bei insgesamt 25,6%, allerdings bei innerhalb dieser Jahrzehnte deutlich steigender Tendenz.

[30] Vgl. Rumschöttel, Offizierkorps, S. 69–74. Selbst wenn man die vielen während ihrer Dienstzeit nobilitierten Generale nicht berücksichtigt, bleibt in der höchsten bayerischen Generalität noch ein deutliches Übergewicht des Adels. Vgl. Bald, Offizier, S. 98.

zu den Generalfeldmarschallen waren die Zahlen jeweils günstiger für den Adel, lagen aber insgesamt von 1933 bis 1945 nur noch bei 24 Prozent[31].

Die Zahl der Adeligen in unserer Gruppe ist vor diesem Hintergrund keineswegs ungewöhnlich hoch, auch wenn die Vergleichswerte teilweise überschritten werden. Den neun Adelssöhnen (36%) stehen 16 bürgerlich Geborene (64%) gegenüber. Das entsprach den Relationen zumindest im preußischen Offizierkorps des letzten Jahrzehnts vor dem Ersten Weltkrieg. Wenn man aber die in diesen Jahren noch evidente Bevorzugung des Adels in den höheren Positionen bedenkt, dann war diese Gruppe von ihrer Geburt her eher durchschnittlich privilegiert. In ihr gehörten auch nur fünf dem nochmals bevorzugten Uradel an (Kleist, Manstein, Rundstedt und Stülpnagel dem preußischen, Weichs der kurkölnischen Linie eines niederbayerischen Hauses), während die übrigen vier Adeligen aus dem jüngeren Briefadel kamen (Bock und Falkenhorst dem preußischen, Küchler dem hessischen, Reichenau dem kurpfälzischen). Drei weitere Offiziere erhielten während ihrer Dienstlaufbahn das Adelsprädikat: Kluge 1913 den erblichen preußischen Adel wegen der Verdienste seines Vaters, Leeb 1916 und Schobert 1918 den persönlichen Adel als Träger des bayerischen Militär-Max-Joseph-Ordens. Damit erhöhte sich der Adelsanteil in dieser kleinen Gruppe auf 48 Prozent. Interessant ist, dass zu Beginn des „Unternehmen Barbarossa" im Juni 1941 zehn (62,5%) der 16 Oberbefehlshaber des Ostheeres adelig waren und am Ende des ersten Feldzugjahrs im Juni 1942 nur noch sechs (37,5%). Auch hier lässt sich der Trend zur „Verbürgerlichung" der Generalität erkennen, der sich in der zweiten Kriegshälfte erheblich beschleunigte.

Doch letztlich bleiben dies Zahlenspiele mit geringem Aussagewert. Die Homogenität des Offizierskorps oder einzelner Teile von ihm wurde viel weniger durch die bloße Zugehörigkeit zum Adel als durch andere Faktoren bestimmt. Auf wesentliche Aspekte wie Ausbildung, Waffengattung, Regiment und Standort wird später noch einzugehen sein. Ebenso darf nicht übersehen werden, dass die Verhaltensnormen des ursprünglich ganz adeligen Offizierstandes, also das „adelige Leitbild" einer exklusiven Ehr- und Standesauffassung, auch von den bürgerlichen Offizieren meist übernommen, vertreten und bewahrt wurden[32]. Die „Verbürgerlichung" war ein eher äußerlicher Prozess. Der Gegensatz zwischen Adel und Bürgertum wurde in der neuen „adelig-bürgerlichen Amtsaristokratie" weitgehend aufgelöst. Wichtig allerdings war die Herkunft aus den „erwünschten Kreisen". Adelige mochten bei gleicher Eignung immer noch bessere Chancen haben, doch auch ein begabter bürgerlicher Angehöriger der „erwünschten Kreise" hatte gute Aussichten auf eine Laufbahn bis zum General, während die Herkunft aus den weniger erwünschten oder gar unerwünschten Kreisen schon der Aufnahme in das Offizierkorps und erst recht der Karriere hinderlich sein konnte.

[31] Nach Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 276–284, waren insgesamt 20,3% der Heeresgeneralität adelig (dagegen 13,1% der Luftwaffengeneralität und 10% der Marineadmiralität), etwa 24% der höheren Generale, 21% der Generalleutnants und 18% der Generalmajore. Vgl. auch Preradovich, Herkunft, S. 79: Noch am 1. 5. 1944 gehörten fast zwei Drittel der Generalfeldmarschalle dem Adel an.

[32] Vgl. Bald, Offizier, S. 86–89. Auch darauf wird später zurückzukommen sein.

Die soziale Herkunft richtete sich vor allem nach dem Beruf des Vaters[33]. Die Väter von 23 der 25 Generale und damit 92 Prozent gehörten zu den „erwünschten Kreisen" der Offiziere, höheren Beamten, Gutsbesitzer und Akademiker. Lediglich jeweils einer übte einen Beruf der weniger erwünschten Kreise der Kaufleute und Unternehmer bzw. der wenig erwünschten Kreise der Subalternbeamten aus: Der Vater Hans-Georg Reinhardts war Bankier und Friedrich Paulus kam als Sohn eines Verwaltungsinspektors aus kleinen Buchhalterverhältnissen. Nebenbei sei darauf hingewiesen, dass diese beiden Generale zu Beginn des Ostfeldzugs noch nicht zum erlesenen Kreis der Oberbefehlshaber gehörten, was wieder ein Indiz für eine gewisse Verjüngung, Verbürgerlichung und Modernisierung der höchsten Truppenführung im ersten Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges ist.

Der hohe Anteil der Herkunft aus den „erwünschten Kreisen" lag noch deutlich über den Vergleichswerten der Zeit. 1905 kamen 76 Prozent des preußischen Offiziersnachwuchses aus diesen Kreisen[34], während die Rekrutierung in den Königreichen Bayern, Sachsen und Württemberg etwas liberaler und sozial offener war[35]. Allerdings gab es auch bei der sozialen Herkunft einen der beschriebenen Adelspyramide vergleichbaren Aufbau: je höher die Position, desto exklusiver das soziale Profil. Die preußische Generalität von 1871 bis 1914 rekrutierte sich zu 96 Prozent aus den „erwünschten Kreisen", und selbst bei den im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg (1904–1914) ernannten Generalmajoren waren es noch 91 Prozent[36]. Das kaiserliche Rekrutierungsmodell wurde schließlich im kleinen Offizierkorps der Reichswehr konserviert, die soziale Exklusivität sogar noch verstärkt. Erst in der Wehrmacht wurden die konservativen Prinzipien der militärischen Personalpolitik aufgeweicht. Die schnelle Aufrüstung brachte viele Seiteneinsteiger und Reaktivierte in das Offizierkorps und führte zu einer stärkeren sozialen Mischung. Dieser Wandel der Sozialstruktur betraf aber vor allem die jüngeren Offiziere, während er sich in der Generalität in so kurzer Zeit noch nicht durchsetzen konnte – trotz der vom NS-Regime geförderten Veränderungen in der zweiten Kriegshälfte. Die Heeresgeneralität der Wehrmacht kam insgesamt immer noch zu 68,2 Prozent, die höhere Generalität der Vollgenerale, Generalobersten und Generalfeldmarschalle sogar zu 72,4 Prozent aus den „erwünschten Kreisen"[37]. Der deutlich größere Anteil in unserer Gruppe „älterer" Generale verweist dennoch eher auf die sozial noch homogenere Generalität des Kaiserreichs und der Reichswehr.

Sehen wir uns die Schichtung der sozialen Herkunft etwas genauer an. Auch in den „erwünschten Kreisen" gab es Abstufungen. Besonders die preußische Monarchie bevorzugte traditionell die – ursprünglich fast ganz adeligen – Offiziers-

[33] Vgl. zum Folgenden die in Anm. 14 genannte Literatur.

[34] Vgl. die Tabelle bei Bald, Offizier, S. 45. Die weiteren Zahlen: 16% Selbständige/Kaufleute, 4% Subalternbeamte, 4% Sonstige. Diese Werte blieben bis zum Ersten Weltkrieg in etwa konstant.

[35] So entstammten 1913 nur 64,3% der bayerischen Fahnenjunker den erwünschten Kreisen, dagegen 18,2% den Selbständigen und Kaufleuten, 13,6% den Subalternbeamten und 3,9% sonstigen Berufsgruppen. Vgl. ebd., S. 64, nach Rumschöttel, Offizierkorps, S. 82–91.

[36] Vgl. Hughes, King's Finest, S. 42.

[37] Errechnet aus der Tabelle bei Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 235–241. Die ebenfalls auf diesen Daten beruhende Berechnung von Bald, Offizier, S. 60, ist missverständlich, da sie die Subalternbeamten einbezieht und die freiberuflichen Akademiker (Ärzte etc.) ausklammert.

und Gutsbesitzerfamilien. Diese Tradition wirkte noch bis an das Ende des Kaiserreichs und darüber hinaus nach. In der Gunst der militärischen Personalpolitik folgten nach dieser hochfavorisierten Schicht die Familien der Höheren Beamten und – wieder mit einem gewissen Abstand – der freiberuflichen Akademiker. Unter den Vätern der Oberbefehlshaber finden sich allein 15 Berufsoffiziere (60%): nicht weniger als sieben Generale, nämlich fünf Königlich preußische Generalleutnants (Guderian, Kluge, Manstein[38], Reichenau, Stülpnagel) und zwei Königlich preußische Generalmajore (Bock, Rundstedt), dazu ein Großherzoglich hessischer Oberst und Hofmarschall (Küchler), ein Königlich preußischer Major (Falkenhorst), zwei Königlich bayerische Majore (Leeb, Schobert), ein Königlich preußischer Rittmeister und Oberstallmeister des Herzogs von Anhalt (Weichs) sowie zwei Königlich preußische Militärärzte (Hoepner[39], Hoth) und ein Königlich preußischer Direktor (Oberleutnant) eines Militärwaisenhauses (Busch).

Dieser hohe Grad der Selbstrekrutierung ist ungewöhnlich. Lediglich das kleine, besonders elitäre Offizierkorps der Reichswehr konnte sich bei seiner Nachwuchsauswahl eine ähnliche Quote leisten (1930: 54%)[40]. Der preußische Offiziersnachwuchs kam 1904 dagegen zu 34,3 Prozent aus Offiziersfamilien[41], in Bayern waren es 1913 sogar nur noch 5,2 Prozent[42], in der Wehrmacht dann etwa 30 Prozent[43]. Selbst bei den im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg neuernannten preußischen Generalen erreichte der Anteil der Offizierssöhne „nur" 40 Prozent[44], in der Heeresgeneralität der Wehrmacht 27 Prozent (höhere Heeresgenerale: 33,5%)[45]. Auffällig ist auch die große Zahl von sieben Generalssöhnen (28%), die weit über den Vergleichswerten der preußischen Generalität von 1871 bis 1914 (14,7%) sowie der Heeresgeneralität (10%) und höheren Generalität (14,5%) der Wehrmacht liegt. Diese Selbstrekrutierung, die die soziale Abgeschlossenheit verstärkte, zeigt die traditionelle und konservative Ausrichtung unserer Gruppe. Allerdings bestand ein deutlicher Unterschied zwischen den 16 Oberbefehlshabern zu Beginn des „Unternehmen Barbarossa", unter denen 14 Offizierssöhne waren (87,5%), und denjenigen nach der Winterkrise vor Moskau, die nur noch zu 43,75 Prozent (7 von 16) aus dieser Schicht kamen.

Außer den Offizierssöhnen gehörten auch die Söhne der beiden Domänenpächter (Ruoff, Strauß) den besonders erwünschten Kreisen an. Zu berücksichtigen ist außerdem, dass auch einige der Offiziersfamilien Güter besaßen, etwa die Elternhäuser Guderians und Kluges. Unter den erwünschten Väterberufen der Höheren Beamten und Akademiker dominierten von der Zahl her die drei Lehrer, darunter zwei Gymnasialdirektoren (Kleist, Schmidt) und ein Seminaroberlehrer (Model), vor jeweils einem Richter (Lindemann), höheren Finanzbeamten (Dietl) und Pfarrer (Heinrici). Der Vater Walter Models war dabei der einzige Aufsteiger

[38] Rang des Adoptivvaters, Georg v. Manstein, Der leibliche Vater Mansteins, Eduard v. Lewinski, war sogar General der Artillerie.
[39] Der Vater Hoepners quittierte dann seinen Dienst und machte sich als Arzt selbständig.
[40] Vgl. Bald, Offizier, S. 71–74.
[41] Vgl. ebd., S. 72.
[42] Vgl. Rumschöttel, Offizierkorps, S. 88.
[43] Angaben für 1939 und 1944 bei Bald, Offizier, S. 72.
[44] Vgl. Hughes, King's Finest, S. 42.
[45] Nach Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 235–241.

vom mittleren (Volksschullehrer) zum höheren Beamtenstand (Oberlehrer) und zum angesehenen Rang eines Königlich preußischen Musikdirektors[46]. Insgesamt sind die zivilen Väterberufe in dieser Gruppe deutlich unter-, die militärischen deutlich überrepräsentiert. Interessant ist jedoch, dass die zu Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges überwältigende Dominanz der Herkunft aus Offiziersfamilien in der Gruppe der Oberbefehlshaber bereits sieben Monate später gebrochen war.

Welche Aussagekraft haben diese verwirrend vielen Zahlen und Quoten, mit denen der Leser auf den letzten Seiten konfrontiert wurde? Eins wird allein schon durch die alters- und sozialstatistischen Angaben deutlich: Die Gruppe der Oberbefehlshaber im ersten Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges war eine tief in der Wilhelminischen Kaiserzeit verwurzelte Elite, die nach allen genannten Kriterien das kaiserliche Offizierkorps und in ihm eher den oberen, zu höheren Positionen berufenen Teil repräsentierte. Auch wenn sie in diesen zwölf Monaten nach und nach jünger, „bürgerlicher" und sozial heterogener wurde, so blieb doch insgesamt das traditionelle, ja reaktionäre Sozialprofil dieser Gruppe gewahrt. In der „Übergangselite"[47] der Wehrmachtsgeneralität verkörperte sie das konservative Prinzip der Personalauslese gegenüber der Tendenz zum sozialen Umbruch im nationalsozialistischen Deutschland (und dann im Nachkriegsdeutschland). Ihre im Kontext der NS-Diktatur überdurchschnittliche soziale Geschlossenheit, in der besonders der ungewöhnlich hohe Anteil der Offizierssöhne bemerkenswert war, hatte rückwärtsgewandten, kaum mehr zeitgemäßen Charakter. Das führt zu einer grundlegenden Frage dieser Studie, der Frage nach der Resistenz gegenüber der Kehrseite der „Modernität" des NS-Regimes, der Auflösung alter zivilisatorischer Werte. Das konservative Sozialprofil verweist auf eine konservative Prägung, auf bestimmte Erziehungs- und Bildungsmuster der Kaiserzeit.

b. Bildung

Im März 1909 kam es zwischen dem Generalinspekteur des preußischen Militär-Erziehungs- und Bildungswesens, General v. Pfuel, und dem Chef des Militärkabinetts, General v. Lyncker, zu einem sehr aufschlussreichen Briefwechsel. Pfuel, ein hochgebildeter Offizier und promovierter Jurist, beklagte den „großen Übelstand in der Vorbildung unseres Offizierersatzes", von dem „ja leider" nicht das Abitur und auch nicht immer die Primareife verlangt werde. Auch französische Beobachter hätten bereits die schlechte Allgemeinbildung der preußischen Offiziersanwärter und Leutnants registriert[48]. Dieser pessimistischen Einschätzung konnte Lyncker, eine der wichtigsten Personen in der Entourage Wilhelms II., kaum widersprechen, doch zeigte seine Antwort, dass man in der Schaltstelle der militärischen Personalpolitik der Bildung nicht diesen hohen Stellenwert zuer-

[46] Vgl. Leppa, Model, S. 7–11. Dieser Aufstieg vollzog sich bereits vor der Aufnahme seines Sohnes in die preußische Armee.
[47] Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 192.
[48] Pfuel an Lyncker, Berlin 8. 3. 1909, in: Demeter, Offizierkorps, S. 269.

kennen wollte[49]: „Gewiß ist es erwünscht, daß unser Offizierersatz möglichst gute Schulkenntnisse erwirbt; wir müssen aber mit den Verhältnissen rechnen und uns damit abfinden, daß man, solange eine erhebliche Zahl unserer Leutnantsstellen unbesetzt ist, nicht die Anforderungen erhöhen kann. Für ein großes Unglück halte ich dies auch nicht, wenn es uns nur nicht an Charakteren fehlt."

Die Betonung des „Charakters" gegenüber der Bildung entsprach den Vorstellungen des Kaisers, der am 29. März 1890 den „Adel der Gesinnung" als unbedingte Voraussetzung der offiziersfähigen Kreise genannt und mit den Tugenden *„Liebe zu König und Vaterland*, ein warmes Herz für den Soldatenstand und *christliche Gesittung*" genauer bestimmt hatte[50]. Außerdem forderte er von den Kommandeuren, „Charaktere zu erwecken und großzuziehen" sowie „die Selbstverleugnung bei ihren Offizieren zu heben". Der „Charakter", im militärischen Bereich vor allem verbunden mit den Begriffen Ehre, Pflicht, Treue und Gehorsam, und die „Gesinnung" – monarchisch, patriotisch, militärisch, christlich – wurden in der Militärpolitik unter Wilhelm II. als wichtiger angesehen als eine umfassende Bildung. Damit setzte sich in diesen Jahren der seit der preußischen Reformzeit schwelende Konflikt zwischen dem konservativen Ideal der „Charaktererziehung" und dem bürgerlich-liberalen Ideal der neuhumanistischen Bildung fort[51]. Allerdings sollte die Überhöhung und einseitige Ausrichtung von „Charakter" und „Gesinnung" nicht zu negativ beurteilt werden[52]. Die Armee war das Machtinstrument des monarchischen Staates, der daher ein begründetes Interesse an der Zuverlässigkeit des Offizierkorps haben musste. Auch war das Verständnis von „Charakter" vor allem auf die Bewährung im Krieg ausgelegt[53] und keineswegs so eng gefasst, wie man vermuten könnte. Selbst Wilhelm II. wollte sich nicht auf Schlagworte wie Ehre und Pflicht beschränken, sondern nannte später „feste[n] Wille[n], Tatendrang, Mut der Verantwortung, Selbstvertrauen, Besonnenheit, Phantasie, Menschenkenntnis, Selbstverleugnung und noch manche mehr" als wesentliche Eigenschaften der (höheren) Offiziere[54].

Die genannten Forderungen an den Offiziersersatz verwiesen zunächst auf die Erziehung und Bildung in Elternhaus und Schule[55]. Dass die „richtigen" Anlagen

[49] Lyncker an Pfuel, Berlin 24. 3. 1909, ebd., S. 270.

[50] Erlass Wilhelms II., 29. 3. 1890, in: Offiziere im Bild von Dokumenten, S. 197.

[51] Zu diesem besonders in Preußen ausgeprägten „ständigen Antagonismus zwischen Willenserziehung und Verstandesbildung" vgl. Demeter, Offizierkorps, S. 74–115; Zabel, Kadettenkorps, passim; Bald, Offizier, S. 101–111; Schmitz, Jugenderziehung, S. 134–137 und passim. Vgl. bereits Goeldel, Charaktererziehung, S. 78 f.: „War das politische Glaubensbekenntnis des Liberalismus, daß der frei und voll entwickelte Mensch der höchste Wert für den Staat sei, so stand dagegen der Glaube und das Bekenntnis des Preußentums, daß Gehorsam und Pflicht, Freiheit und Ehre, Wachsamkeit und Festigkeit, Edelmut, Vaterlandsliebe, Gottvertrauen, Glaube, Treue und Todesmut die Grundwerte sind, die unser Volk groß gemacht haben."

[52] Vgl. etwa die sehr zugespitzte und stark auf das NS-Regime und die Kontinuitätsfrage bezogene Darstellung von Bald, Offizier, S. 101–111.

[53] Demeter, Offizierkorps, S. 116–119, sieht im soldatischen Ehrgefühl vor allem einen „Gegenreflex" zur Überwindung der Existenzangst im Gefecht und die damit zusammenhängende „Verlagerung des ideellen Schwerpunktes aus dem Zentrum der Persönlichkeit auf die Umgebung" (ebd., S. 119).

[54] Befehl Wilhelms II., 2. 1. 1912, zit. nach: Bald, Offizier, S. 106.

[55] Unter Erziehung wird hier die planmäßige Formung des Menschen, unter Bildung sowohl der Prozess der Aufnahme und Entwicklung von Kenntnissen, Fähigkeiten, Werten und Normen als auch deren Produkt verstanden. Erziehung und Bildung sind Teilbereiche der Sozialisation und

von „Charakter" und „Gesinnung" vor allem in den „erwünschten Kreisen" vermutet wurden, war naheliegend. Allein schon die Herkunft aus Adel und konservativem Bürgertum schien eine geeignete Vorprägung zu gewährleisten. Über die Erziehung in den Elternhäusern unserer Gruppe ist wenig bekannt, doch kann man davon ausgehen, dass sie viele gemeinsame Züge aufwies. Eine monarchische und nationale Haltung wird von vornherein ebenso selbstverständlich gewesen sein wie der christliche Glauben und die Sympathie mit der Armee, die nach den Einheitskriegen im höchsten Ansehen stand. Die Familien gehörten ganz überwiegend den „höheren Ständen" an, die mit dem Staat eng verbunden waren und von seinem Erhalt profitierten. Und auch der einzige Vertreter der „kleinen Leute", der Vater des späteren Feldmarschalls Paulus, war als preußischer Beamter alles andere als verdächtig, in Opposition zum System zu stehen und entsprechend auf seinen Sohn einzuwirken. Besonders die Offiziere unter den Vätern, die in unserer Gruppe mehr als die Hälfte ausmachen, werden ein ausgeprägtes Standesbewusstsein vermittelt haben, das Bewusstsein, als „erster Stand" eine besondere Verantwortung für den monarchischen Staat zu tragen und dafür eine besondere Stellung beanspruchen zu können. „Der Geist des Hauses meiner Adoptiveltern war durch ihr Christentum und durch die Ehrauffassung des preußischen Offiziers bestimmt", schrieb Erich v. Manstein im Rückblick über seine Erziehung[56]. Die erwünschte „Gesinnung" wurde den preußischen Offizierskindern bereits in die Wiege gelegt. Auch in den Familien der bayerischen oder hessischen Offiziere wird dies nicht grundsätzlich anders gewesen sein, zumal gerade im Militärberufsstand der Stolz über das, was man 1870/71 gemeinsam erreicht hatte, die partikularen Interessen und Stimmungen verdrängte.

Gewiss aber gab es neben diesem auf Autorität, Loyalität und Glauben beruhenden Grundkonsens der elterlichen Erziehung auch einige Unterschiede. Das Milieu und die damit verbundenen Einflüsse waren trotz der weitgehenden sozialen Homogenität nicht immer identisch. Die konfessionellen Gegensätze werden dabei vermutlich weniger ins Gewicht gefallen sein als die regionalen Unterschiede. In den west- und süddeutschen Gebieten war die politische und gesellschaftliche Atmosphäre in der Regel etwas ziviler und liberaler als im ostelbischen „Altpreußen". Allerdings darf man das weder überbewerten noch verallgemeinern. Der Berliner Erich Hoepner wird schon als Kind ganz anderen, „moderneren" Eindrücken ausgesetzt gewesen sein als der Rosenheimer Eduard Dietl. Überhaupt ist der unterschiedliche Charakter und Urbanisierungsgrad der Orte, in denen die späteren Generale aufgewachsen und zur Schule gegangen sind, interessanter als die Klischees über die „Liberalität" des Nordens oder Südens, Westens oder Ostens. Das Statistische Jahrbuch unterschied im Kaiserreich zwischen ländlichen Gemeinden (bis 2000 Einwohner), Landstädten (2000 bis 5000 Einwohner), Kleinstädten (5000 bis 20000 Einwohner), Mittelstädten (20000 bis

lebenslange Vorgänge. In diesem Kapitel stehen das Kindes- und Jugendalter im Mittelpunkt, also die primäre Sozialisation (in der Familie) und die sekundäre Sozialisation (in der Schule etc.), während die tertiäre Sozialisation (im Beruf) in den folgenden Kapiteln behandelt wird. Zur Historischen Sozialforschung vgl. Gestrich, Vergesellschaftungen.

[56] Manstein, Soldatenleben, S. 15.

100000 Einwohner) und Großstädten (über 100000 Einwohner)[57]. Dies bietet einen Anhalt für die Orte der wichtigsten Kinder- und Jugendjahre, wobei allerdings die Kadettenjahre ausgenommen werden müssen, da die militärischen Erziehungsanstalten wieder ein Milieu für sich bildeten.

Das Land spielte in der Kindheit und Jugend der Generale keine oder nur eine untergeordnete Rolle, so dass der alte Gegensatz Stadt/Land keine Bedeutung erhielt. Lediglich Richard Ruoff und Adolf Strauß wuchsen auf den Landgütern ihrer Väter auf und gingen in der Stadt nur zur Schule[58]. Die übrigen waren bis zum Eintritt in die Armee bzw. in die Kadettenanstalt Städter. Diese Gruppe stand viel mehr auf städtisch-bürgerlichem als auf ländlich-feudalem Boden. Auch dies war ein Symptom für den Wandel im Offizierkorps, das sich früher überwiegend auf den Landadel stützte, nun aber mehr und mehr auf die gebildeten Schichten der Städte, in denen auch die meisten höheren Schulen waren, zurückgreifen musste. Dies entsprach der rasanten Urbanisierung im Kaiserreich. Während 1871 nur knapp ein Viertel (23,7%) der deutschen Bevölkerung in Klein-, Mittel- und Großstädten lebte, war es 1910 fast die Hälfte (48,8%)[59]. In der Armee setzte sich diese Tendenz allerdings langsamer durch. Vor dem Ersten Weltkrieg kamen trotz der allgemeinen Wehrpflicht noch die überwältigende Mehrheit der Unteroffiziere und zwei Drittel (1911: 64%) der Rekruten aus der ländlichen Gesellschaft[60]. Auch wenn dieses Ungleichgewicht nicht allein auf eine gezielte Rekrutierungspolitik zurückzuführen war[61], spiegelten sich in ihm doch die Wünsche und Ängste der militärischen Führung. Der Städter galt anders als der Landbewohner nur dann als wirklich zuverlässig, wenn er aus den „erwünschten Kreisen" stammte. Das kaiserliche Modell der „erwünschten Kreise" sollte nicht zuletzt auch die vermeintlichen Risiken der zunehmenden Verstädterung des Offiziersnachwuchses mindern.

Die ganz überwiegende Mehrheit unserer Gruppe verbrachte ihre Kinder- und Jugendzeit im städtischen Milieu, verteilte sich dabei aber auf alle Größen von der wenige tausend Seelen zählenden Kleinstadt Aurich bis zur Millionenstadt Berlin. Busch (Steele), Dietl (Rosenheim), Heinrici (Gumbinnen), Hoth (Demmin), Kleist (Leer, Aurich) und Leeb (Passau) waren nach den Begriffen der Zeit Kleinstädter, Falkenhorst (Liegnitz), Guderian (Colmar), Küchler (Darmstadt), Model (Erfurt, Naumburg) und Reinhardt (Bautzen) Mittelstädter, Bock (Wiesbaden, Berlin-Charlottenburg[62]), Rundstedt (Mainz, Frankfurt a.M.) und Weichs (Dessau, München) erst Mittel-, dann Großstädter, Hoepner (Berlin-Charlottenburg), Lindemann (Hannover), Manstein (Straßburg), Paulus (Kassel), Reichenau (Berlin, Karlsruhe, Düsseldorf) und Stülpnagel (Frankfurt a.M.) Großstädter[63].

[57] Vgl. etwa das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1907, S. 5.
[58] In den Mittelstädten Tübingen und Heilbronn (Ruoff) bzw. Bernburg (Strauß).
[59] Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 512.
[60] Vgl. ebd., S. 1123 f.
[61] Ebd. werden der durchschnittlich höhere Tauglichkeitsgrad der Landbevölkerung sowie die besseren Möglichkeiten und die größere Bereitschaft der Stadtbevölkerung, sich vom Wehrdienst befreien zu lassen, übersehen.
[62] Charlottenburg war zwar bis 1920 eine selbständige (Groß-)Stadt, gehörte aber zur Berliner Stadtlandschaft und besaß den Charakter eines Berliner Stadtbezirks.
[63] Für Kluge, Schmidt und Schobert konnten die Wohnorte dieser Jahre nicht ermittelt werden.

Das Leben in der Stadt war in der Regel – und mit der Größe des Orts steigend – fortschrittlicher, freier und bürgerlicher als auf dem Land und bot der persönlichen Entwicklung mehr Möglichkeiten und Anreize. Dass die beiden Generale, die sich später gegen Hitler wandten und nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet wurden, Hoepner und Stülpnagel, in Großstädten aufgewachsen sind, muss nicht unbedingt, könnte aber vielleicht mehr als ein Zufall sein.

Allerdings darf man dem Begriff „Stadt" keine falsche Bedeutung geben. Von den genannten Städten waren allein Berlin, Düsseldorf, Frankfurt a.M., Hannover, München und vielleicht noch Kassel schnell wachsende Industriestädte moderner Prägung mit sozialer und kultureller Vielfalt und Spannung. Die meisten Kleinstädte und auch viele Mittelstädte besaßen im ausgehenden 19. Jahrhundert noch fast ländlichen, vorindustriellen Charakter. Gotthard Heinrici zeichnete später ein Bild von seiner Heimatstadt Gumbinnen und ihren Einflüssen, das wohl für die frühen Lebensstationen des größten Teils unserer Gruppe symptomatisch war[64]: „Stadt und Landkreis Gumbinnen waren damals konservativ und monarchisch gesinnt. Unsere Eltern und Lehrer hatten bewusst die große Zeit der Reichsgründung erlebt. Ihre und unsere Erziehung fußte auf den Grundlagen der Vaterlandsliebe und Treue zum angestammten Herrscherhaus. Der Charakter Gumbinnens als Beamten- und Soldatenstadt förderte solch eine Einstellung. [...] Es gab noch keine tiefgreifenden innerpolitischen Gegensätze, wie wir sie später kennen gelernt haben, es gab auch noch keine Presse und Agitatoren, die ihren Hauptberuf darin sahen, solche Gegensätze immer neu zu schüren. Dem aufkommenden Sozialismus entzog das Fehlen von Fabriken [...] den Nährboden, die patriarchalischen Verhältnisse auf dem Lande ließen ihn dort schon gar nicht Fuß fassen. Dazu war die Bevölkerung noch ziemlich kirchentreu."

Die meisten genannten Orte waren wie Gumbinnen Beamten-, Verwaltungs- und Garnisonsstädte. Auch hier wirkte sich die große Zahl der Offiziere und Beamten unter den Vätern aus. Bei den Versetzungen nach Aurich, Colmar, Demmin, Mainz, Passau oder wohin auch immer mögen sich das Lokalkolorit und die Landschaft geändert haben; das gesellschaftliche Ambiente dieser als Etappenorte der bürokratischen und militärischen Karrieren typischen Klein- und Mittelstädte war stets annähernd gleich. Überdies blieben die Familien der „erwünschten Kreise", zumal der preußischen, vorwiegend „unter sich", sowohl im Privatleben als auch in Schule und Beruf. Bei den klaren Schicht- und Klassengrenzen des Kaiserreichs war die soziale Zugehörigkeit wichtiger als die Größe oder der Lebensrhythmus des Wohnorts.

Über die Einflüsse des Elternhauses und der heimatlichen Umgebung, also über das, was der Soziologe als primäre Sozialisation bezeichnet, können nur allgemeine Überlegungen angestellt werden. Für die Erziehung und Bildung mindestens ebenso wichtig und etwas genauer zu beschreiben ist die Prägung durch die Schule, also die besonders in den Jahren des Erwachsenwerdens so wichtige sekundäre Sozialisation. Sehen wir uns zunächst wieder die Zahlen und Fakten an. Der Verstädterung und sozialen Abgeschlossenheit der Personen unserer Gruppe, aber auch ihr späterer Aufstieg in die höchsten militärischen Ränge entsprach der

[64] Erinnerungen Heinricis an seine Schulzeit, 1960, in: BA-MA, N 265/24, Bl. 26f.

recht hohe schulische Bildungsgrad. Mit Ausnahme von Bayern, wo seit 1872 das Abitur vorausgesetzt wurde[65], genügte in den deutschen Armeen für den Offiziersberuf die Primareife; in Preußen wurde selbst davon häufig abgesehen[66]. Dennoch gewann das Abitur zunehmend an Bedeutung. Während 1890 nur 35 Prozent der Fahnenjunker in Preußen, Sachsen und Württemberg das Reifezeugnis vorweisen konnten, waren es 1900 bereits 44 und 1912 sogar 65,1 Prozent[67]. Der Anteil in unserer Gruppe war noch deutlich höher, denn 20 der 25 Generale (80%) legten das Abitur ab. Lediglich Bock, Busch, Kluge, Rundstedt und Strauß besaßen „nur" die Primareife, brachten aber als Kadetten andere gute Voraussetzungen mit. Selbst wenn man die vier bayerischen Offiziere nicht mitrechnet, ist die Quote der Abiturienten mit 76,2 Prozent (16 von 21) noch überdurchschnittlich.

Die Primareife oder das Abitur konnten nach dem Besuch eines Humanistischen Gymnasiums, eines Realgymnasiums, einer Oberrealschule (seit 1882) und einer Kadettenanstalt oder aber nach Privatunterricht durch eine staatliche Prüfung erlangt werden. Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein, als noch der Landadel das preußische Offizierkorps dominierte, bestand die Schulbildung der meisten Offiziersanwärter aus dem Unterricht in den Kadettenanstalten oder durch Privatlehrer im Elternhaus. Selbst von den zwischen 1904 und 1914 in den Generalsrang aufgestiegenen preußischen Offizieren waren noch knapp die Hälfte frühere Kadetten, und weitere 37 Prozent hatten Privatunterricht erhalten, während nur etwas mehr als 10 Prozent auf eine Gymnasialbildung verweisen konnten[68]. Erst mit der zunehmenden Verbürgerlichung und Verstädterung des Offizierkorps setzte sich die Absolvierung eines Gymnasiums als häufigster Bildungsweg durch. Um 1900 kam nur noch ein Viertel der Fahnenjunker aus dem Kadettenkorps, und bei den übrigen überwog nun der Besuch eines Humanistischen Gymnasiums, der Schule der „erwünschten Kreise"[69]. Allerdings besaßen die Kadetten immer noch etwas bessere Karriereaussichten als die Absolventen bürgerlicher Anstalten. Auch in dieser Hinsicht nimmt unsere Gruppe eine Stellung zwischen Beharrung und Fortschritt ein. Mit 15 Abiturienten Humanistischer Gymnasien und 10 Kadetten ist der Anteil letzterer überrepräsentiert, wenn ihre Zahl auch im Verlauf des ersten Jahres des Ostfeldzugs deutlich abnahm[70]. Doch auch die Kadetten unter ihnen hatten vor Eintritt in das Kadettenhaus überwiegend Humanistische Gymnasien besucht, so dass die bürgerliche Schulbildung ein Übergewicht besaß, wie es in früheren Offiziersgenerationen noch nicht denkbar gewesen wäre.

Wie „bürgerlich-liberal" war aber das Humanistische Gymnasium im ausgehenden 19. Jahrhundert? Das am Vorbild eines überhöhten „Griechentum" orien-

[65] Vgl. Rumschöttel, Offizierkorps, S. 41–61.
[66] Dazu und zu Folgendem vgl. vor allem Demeter, Offizierkorps, S. 74–115; Bald, Offizier, S. 111–113.
[67] Vgl. Demeter, Offizierkorps, S. 95.
[68] Vgl. Hughes, King's Finest, S. 63.
[69] Vgl. die Zahlen in den Tabellen bei Demeter, Offizierkorps, S. 95 (für Preußen, Sachsen, Württemberg), und Schmitz, Jugenderziehung, S. 158 (für das preußische Kadettenkorps).
[70] Am 22. 6. 1941 waren unter den Oberbefehlshabern neun ehemalige Kadetten, am 31. 1. 1942 nur noch fünf.

tierte neuhumanistische Ideal des gebildeten, selbstbestimmten und freien Menschen war im Kaiserreich weitgehend zur Formel erstarrt und besaß kaum mehr politische Brisanz[71]. Das Humanistische Gymnasium hatte sich vor allem zur elitären und konservativen Schule der höheren Beamten und Akademiker entwickelt, zur „Staatsschule" der politisch-sozialen Führungsschicht. Es war der Schultyp der erwünschten, der staatstragenden Kreise. So wundert es nicht, dass das Humanistische Gymnasium auch in unserer Gruppe die neben der Kadettenanstalt allein vertretene höhere Schule war. Die Exklusivität dieser Schule bekam systemerhaltende Bedeutung und wurde trotz aller Ansätze einer gewissen sozialen Öffnung bis zum Ende des Kaiserreichs bewahrt. Viele Gymnasien hatten eigene Vorschulen, die den Söhnen der gehobenen Schichten den Besuch der egalitären Volksschule ersparen sollten. Die wenigsten unserer Generale mussten vor dem Eintritt ins Gymnasium die Schulbank mit den Söhnen kleiner Angestellter, Handwerker oder gar Arbeiter drücken, bekannt ist es nur von Busch, Dietl, Leeb und Paulus[72].

Trotz seiner Bedeutung für die herrschende Ordnung war aber das Humanistische Gymnasium in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts alles andere als unangefochten. Die wachsende Konkurrenz des griechischlosen Realgymnasiums und der ganz auf die alten Sprachen verzichtenden Oberrealschule führte zu einem regelrechten „Schulkrieg" zwischen dem Ideal der klassischen Bildung und der Forderung nach besseren naturwissenschaftlich-mathematischen und neusprachlichen Kenntnissen. Auch wenn die eine Seite „konservativ", die andere „modern" argumentierte, ging diese schulpolitische Auseinandersetzung doch über alle politischen Gräben hinweg. Kaiser Wilhelm II. etwa stellte sich auf die Seite der Modernisierer und setzte sich für eine Stärkung der Oberrealschulen ein. Der jahrzehntelange Streit endete 1900 vorläufig mit einer maßvollen Reform des Humanistischen Gymnasiums und der formalen Gleichberechtigung des Abiturs an Realgymnasien und Oberrealschulen. Dennoch blieb das Humanistische Gymnasium die Schule mit dem größten Renommee. Die anderen höheren Schulen boten zwar einen moderneren und realitätsbezogeneren Lehrplan, galten aber auch als Hort der aufstrebenden, jedoch weniger etablierten „modernen" bürgerlichen Kreise, der Kaufleute und Unternehmer, der Naturwissenschaftler, Techniker und Ingenieure.

Die Stellung des Humanistischen Gymnasiums als Verteidigerin der Tradition gegen die Moderne besaß auch einen politischen Aspekt. Sie stützte die konservative bürokratische und akademische Klientel gegen fortschrittlich-liberale Kräfte des Bürgertums und erst recht gegen alle „Reichsfeinde". Besonders im Wilhelminischen Deutschland verstärkten sich die autoritären und nationalistischen Züge. An der Loyalität gegenüber Kaiser und Reich gab es ohnehin keinen Zweifel. Die Schüler trugen uniforme Jacken und Mützen, die Disziplin war in der Regel streng, Sedantage und Kaisergeburtstage wurden mit Pathos gefeiert. Die Roman-

[71] Zur Entwicklung der höheren Schulen im Kaiserreich vgl. das Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 4, S. 228–278 und passim; Kraul, Gymnasium, S. 85–126; Nipperdey, Geschichte, Bd. 1, S. 547–561.

[72] Dagegen wurden 16 auf Vorschulen oder im Elternhaus auf die Gymnasialzeit vorbereitet, bei den übrigen konnte es nicht ermittelt werden.

figur des schneidigen Oberlehrers war mehr als ein Klischee und immer häufiger vertreten. Wie der Unterricht und die Prägung auf dem Gymnasium im einzelnen war, lässt sich kaum mehr rekonstruieren, und zweifellos gab es einige, auch regional begründete Unterschiede, herrschte im ostpreußischen Grenzland ein anderer Ton als in der süddeutschen Provinz. Doch in der konservativen Prägung erst durch das Elternhaus, dann durch die Schule wird es keine gravierenden Unterschiede gegeben haben[73]. Der Besuch eines Humanistischen Gymnasiums festigte in der Regel die „Gesinnung" und damit die geforderte ideelle Tauglichkeit für den staatstragenden und exklusiven Beruf des Offiziers.

Und dennoch gab es auch eine andere Seite der humanistischen Gymnasialbildung. Das Humanistische Gymnasium hatte in seiner Rückständigkeit auch etwas altmodisch Ziviles und Wertkonservatives, was nicht mehr recht in die Zeit passen wollte und immer weniger gefragt war. Scheinbar „nutzloses" Allgemeinwissen und Intellektualität standen im gewissen Gegensatz zur technisch-industriellen Aufbruchstimmung der Wilhelminischen Zeit, in der Spezialistentum zunehmend mehr geschätzt wurde als die von ihren Gegnern als „unnütze Grübelei" diffamierte klassische Bildung. Es war bezeichnend, dass Wilhelm II. das Humanistische Gymnasium nicht mochte, seine Weltfremdheit kritisierte und ihm die Erziehung von charakterfesten Patrioten nicht recht zutrauen wollte. Auch die Betonung von „Charakter" und „Gesinnung" gegenüber der Bildung wies in diese Richtung. Sich die neun Schuljahre von der Sexta bis zur Prima ganz überwiegend mit den alten Sprachen, mit Literatur und Geschichte beschäftigen zu müssen, hatte tatsächlich etwas Einseitiges, Lebensfremdes und war außerdem oft mit pedantischer Paukerei verbunden. Doch konnte dadurch der geistige Horizont erweitert, ein differenzierteres Weltbild, ja ein gewisses Gegenbild zur immer enger spezialisierten Berufswelt der Moderne vermittelt werden. Die hehren Ideale waren nicht immer und bei jedem Lehrer nur noch leere Hülsen. Einige Oberbefehlshaber des Ostheeres galten als umfassend gebildet. Hoepner und Stülpnagel waren im Abitur die Jahrgangsbesten ihrer sehr angesehenen Gymnasien und beeindruckten später mit ihrem Wissen – ebenso, wie das offenbar auch Leeb, Model, Schmidt, Reichenau und Weichs aufgrund ihrer vorzüglichen Gymnasialbildung und ihrer Interessen konnten. Man sollte dies nicht überbewerten oder idealisieren, doch immerhin ist es bemerkenswert, dass einige dieser Generale schon von ihrer Bildung her mehr waren als einseitige Soldaten. Der Traditions- und Zivilisationsbruch im deutsch-sowjetischen Krieg erscheint vor diesem Hintergrund in noch grellerem Licht.

Die Kadettenanstalt nahm anders als das Humanistische Gymnasium eine Zwitterstellung zwischen schulischer Bildung und beruflicher Ausbildung ein. Keine zweite Bildungseinrichtung der neueren deutschen Geschichte ist so oft beschrieben, so legendenumwoben und so umstritten wie das Kadettenhaus. Manchen erscheint das Kadettenkorps geradezu als Nukleus des preußisch-deutschen Militarismus. Der Militärberufsstand konnte hier an Kindern und Jugendlichen

[73] Vgl. auch Rumschöttel, Offizierkorps, S. 61, für Bayern: „Inhalt und Gehalt der Gymnasialbildung stimmten überein mit jener Ideologie, die das Offizierkorps vertrat, die höhere Schule erfüllte eine gesellschaftliche und politische Funktion, die die Offiziere mit ihrer konservativen Gesinnung und ihren reaktionären Zielen nur gutheißen konnten."

exemplarisch erproben und vorführen, welche Bildung, aber auch welchen „Charakter" und welche „Gesinnung" er für seinen Nachwuchs als ideal ansah. Auch wenn mit den zehn Kadetten Bock, Busch, Falkenhorst, Guderian, Hoth, Kluge, Manstein, Rundstedt, Schobert und Strauß nur der kleinere Teil der Oberbefehlshaber von 1941/42 die Kadettenanstalt durchlief, lohnt es sich doch, diese besondere Institution etwas genauer zu beschreiben, da man an ihr sehr viel über die Erziehung und Mentalität des Offiziers erfahren kann.

War der erwähnte „Schulkrieg" auch eine Auseinandersetzung zwischen der traditionellen „gebildet gelehrten und beamteten Welt" und der modernen „technisch-naturwissenschaftlichen und wirtschaftlichen Welt"[74], so musste die Position des Militärs und seines eigenen Erziehungs- und Bildungswesens in dieser Debatte recht schwierig sein. Einerseits rekrutierte sich das Offizierkorps überwiegend aus den Schichten, die der klassischen Bildung besonders verbunden waren, andererseits erforderte die zunehmende Technisierung und Professionalisierung des Kriegshandwerks eher eine „realistische" Schulbildung. Der besseren militärisch relevanten Vorbildung auf der Oberrealschule und dem Realgymnasium stand die soziale Homogenität des politisch als zuverlässiger eingestuften Gymnasiums gegenüber. Auch die hohe Bewertung von „Charakter" und „Gesinnung" bot keinen Ausweg aus diesem Dilemma. Das preußische Kriegsministerium machte sich in der schulpolitischen Diskussion für eine Reform des Humanistischen Gymnasiums und des Realgymnasiums stark[75]. Es entsprach dem militärischen Interesse, die Erweiterung des Unterrichts in den modernen Sprachen, in Deutsch, den Naturwissenschaften und Mathematik sowie des Turnunterrichts zu Lasten der alten Sprachen zu fordern. Außerdem sollte im Geschichtsunterricht mehr als bisher die „vaterländische Gesinnung" gestärkt werden. Die Militärs standen im Schulkrieg auf der Seite der „Modernisierer", die auf den Schulkonferenzen von 1890 und 1900 nicht alle, aber einige wesentliche ihrer Reformvorschläge durchsetzen konnten.

In der Kadettenerziehung musste das Militär Farbe bekennen. Die preußischen Kadettenanstalten, die bis auf den Bayern Schobert alle Kadetten unserer Gruppe besuchten, richteten sich seit 1882 nach dem Lehrplan der Realgymnasien und boten eine Schullaufbahn von der Sexta bis zur Obertertia in den Voranstalten, von der Untersekunda bis mindestens zur Obersekunda, auf Wunsch und bei Eignung sogar bis zur Oberprima und zum Abitur in der Hauptkadettenanstalt. Der Unterricht wies gegenüber dem Realgymnasium einige Ausnahmeregelungen auf. Er war stärker auf die militärischen Bedürfnisse bezogen und immer etwas „moderner", mit weniger Latein- und mehr Mathematik-, Französisch- und Englischstunden, auch mit mehr „Körperertüchtigung". Seit 1902 konnte an einigen Voranstalten Russisch als dritte Fremdsprache gelernt werden. Dass der Lehrplan des Kadettenkorps den Humanistischen Gymnasien deutlich und den Realgymnasien einen Schritt voraus war, steigerte in den Jahrzehnten des Schulkriegs sein Ansehen. Die Kadettenanstalt galt plötzlich als fortschrittliche Bildungseinrichtung,

[74] Nipperdey, Geschichte, Bd. 1, S. 550.
[75] Vgl. Messerschmidt, Militär und Schule; Schmitz, Jugenderziehung, S. 78–127.

geradezu als „nationale Musterschule“[76], in der sich das Festhalten am politisch-gesellschaftlichen System mit den Anforderungen der modernen Welt vereinbaren ließ.

Trotz der Lehrplannähe zum Realgymnasium war die Kadettenanstalt nicht mit der zivilen Schule zu vergleichen[77]. Die Kadettenhäuser – die acht Voranstalten und eine Hauptanstalt des preußischen Kadettenkorps sowie die sächsische Kadettenanstalt in Dresden und die bayerische in München – waren militärisch geführte, straff organisierte Internatsschulen, auf denen Kinder und Jugendliche nach strengen Regeln und weitgehend abgeschottet von der Außenwelt die für den Offiziersnachwuchs als ideal angesehene Erziehung und Schulbildung erhalten sollten. Die Kadettenanstalt wurde mit guten Gründen als „totale Institution“ beschrieben, deren Normen sich der Zögling vollständig unterwerfen musste, wenn er nicht ausgesondert werden wollte[78]. Ziel war neben der „realistischen“ Bildung und Ausbildung, die vormittags durch Schulunterricht, nachmittags durch Militärdienst vermittelt wurde, vor allem die „Charaktererziehung“, die man mit den Begriffen „Ehre“, „Pflicht“ und „Gehorsam“ verknüpfte. Dies war im Interesse des Kaisers der „besondere Zweck“ des militärischen Erziehungssystems, das eine der Monarchie unbedingt ergebene und einsatzbereite militärische Elite heranbilden sollte. Die Ideale waren aber nicht so eng gefasst, wie es in rückschauender Betrachtung erscheinen mag. Die Hausordnungen der Kadettenanstalten wollten den „charakterfesten, pflichttreuen, ehrliebenden und sittenreinen Jüngling“, forderten aber auch, dass er sich „offen und wahr“ zeigen sollte, denn die Lüge bekunde „einen Mangel an persönlichem Mut“[79]. Das militärische Gehorsamssystem war alles andere als eindimensional und verlangte gerade vom Offizier neben der Unterordnung immer auch Verantwortung und „Wahrhaftigkeit“.

Die Erziehung war in der Regel hart, besonders in den Voranstalten. Selbst die wohlmeinendsten literarischen Zeugnisse vermitteln noch den Schock, der den 10- bis 12-jährigen Kindern[80] nach dem Übertritt aus dem wohlbehüteten Elternhaus in die raue Welt des Kadettenkorps widerfuhr. Ernst v. Salomon lässt in seinem autobiographischen Roman „Die Kadetten“ einen Offizier zu den neu aufgenommenen Kadetten sprechen[81]: „Sie sind hier, um Sterben zu lernen. Alles, was Sie bisher erlebten, sahen und begriffen, haben Sie zu vergessen. [...] Sie haben

[76] Schmitz, Jugenderziehung, S. 102.

[77] Vgl. auch die Schlussrede Wilhelms II. auf der Schulkonferenz von 1890, zit. nach ebd., S. 100: „Meine Herren, das Kadettenkorps ist etwas ganz Eigenartiges, es hat einen besonderen Zweck, es existiert für sich, steht direkt unter Mir und berührt uns hier gar nicht.“

[78] So vor allem von Zabel, Kadettenkorps, nach der Definition von Erving Goffman, für den „totale Institutionen“ die „Treibhäuser“ sind, „in denen unsere Gesellschaft versucht, den Charakter von Menschen zu verändern. Jede dieser Anstalten ist ein natürliches Experiment, welches beweist, was mit dem Ich des Menschen angestellt werden kann.“ Goffman, Asyle, S. 23. Ebenfalls sehr kritisch gegenüber der Kadettenerziehung Ostertag, Bildung, S. 101–136. Vgl. dagegen die sehr differenzierte Darstellung von Schmitz, Jugenderziehung, S. 127–164. Zum Folgenden auch Driftmann, Grundzüge, S. 52–61; Moncure, Forging the King's Sword.

[79] Hausordnung der Voranstalt Wahlstatt, 1914, zit. nach: Schmitz, Jugenderziehung, S. 137.

[80] Das Kadettenkorps nahm auch 10-jährige Sextaner auf, häufig erfolgte der Eintritt aber – wie bei allen Kadetten unserer Gruppe – erst in der Quinta oder Quarta.

[81] Salomon, Kadetten, S. 34. Zur Thematisierung der Kadettenerziehung in der deutschen Literatur vgl. Gersdorff, Bild.

von nun an keinen freien Willen mehr; denn Sie haben gehorchen zu lernen, um später befehlen zu können." Wie die zehn Kadetten unter den späteren Oberbefehlshabern diese durch Reglementierung, Disziplinierung und Aufgabe der Individualität geprägte Sozialisation erlebten, kann man nicht genau sagen. Doch gerade die ersten Monate und Jahre werden nicht frei von Ängsten und Leiden sehr junger Menschen in einer zunächst fremden und unfreundlichen Umgebung gewesen sein, zumal die meisten von ihnen vor dem Eintritt in das Kadettenkorps noch ein, zwei Jahre das Humanistische Gymnasium besucht hatten. Selbst Erich v. Manstein, der nach eigenem Bekunden gern an seine Kadettenzeit zurückdachte, musste die „harte Erziehung" und „strenge Zucht" einräumen, die „in gewissem Sinne einseitig auf den künftigen Soldatenberuf der Zöglinge zugeschnitten" gewesen sei[82]. Auch Heinz Guderian beschrieb später, wie schwer es für ihn war, „so früh das Elternhaus verlassen zu müssen, für das auch das Kadettenkorps keinen vollwertigen Ersatz zu bieten vermochte. Unsere Jugend verlief dadurch unter dem Zwang einer manchmal harten, bis zu einem gewissen Grade einseitig militärischen Schulung."[83]

Allerdings bot die Kadettenerziehung auch einige Vorteile, die ihre Härte und Einseitigkeit besser ertragen ließen. Da war vor allem das Sozialprestige, das in der Wilhelminischen Zeit ständig wuchs. Das hohe Ansehen des Militärischen im Allgemeinen und des Offiziers im Besonderen bezog sich auch auf den Kadetten, der schon als Kind „des Königs Rock" – die Uniformen waren denen der Gardeinfanterie angepasst – tragen durfte und den militärischen Nachwuchs repräsentierte. Die besondere kaiserliche Gunst und Förderung hob das Selbstbewusstsein und führte um die Jahrhundertwende zu einer immer besseren Ausstattung der Anstalten. Der elitäre Charakter resultierte außerdem aus den vergleichsweise besseren Aussichten auf eine glänzende Offizierslaufbahn und der noch geschlosseneren Herkunft aus den „erwünschten Kreisen", besonders aus Offiziersfamilien, für die das Kadettenhaus ursprünglich geschaffen war[84]. Unter den zehn Kadetten unserer Gruppe waren allein acht Offizierssöhne. Auch die Einseitigkeit der Erziehung, der Vorrang von Körperertüchtigung und „Charaktererziehung" gegenüber der Bildung, wurde von vielen bald als Vorteil empfunden. „Was uns im Korps jedenfalls anerzogen wurde", resümierte Manstein, „waren ausgeprägtes Ehrgefühl, Gehorsam, auch wenn die Pflichten lästig sein mochten, Härte gegen sich selbst, vor allem Überwindung der Furcht durch Stolz oder Pflichtgefühl, und eine unverbrüchliche Kameradschaft"[85]. Vom zivilen Pennäler sah man sich durch eine tiefe Kluft getrennt. Auch die oft beschriebenen Schindereien durch

[82] Manstein, Soldatenleben, S. 20, 22. Vgl. ebd.: „Mancher der kleinen Kerlchen in Uniform mag sich nach der Mutter gebangt haben und wie bei jeder Internatserziehung fiel der Einfluß des Familienlebens weg."

[83] Spätere Aufzeichnung Guderians, zit. nach: Bradley, Guderian, S. 21. Vgl. dagegen die positivere Bewertung in Guderian, Erinnerungen, S. 11.

[84] Vgl. auch Manstein, Soldatenleben, S. 22: „Da die Kadetten fast ausschließlich den gleichen Kreisen – den Offiziers- und Beamtenfamilien – entstammten oder vom Lande kamen, da fast alle den Soldatenberuf ergreifen wollten, hatten sie naturgemäß die gleichen Anschauungen, weitgehend übereinstimmende Interessen und gleiche Erziehungsgrundlagen. Es entwickelte sich ein starker Korpsgeist, der sicherlich die Gefahr der Einseitigkeit in sich trägt, den aber jede Armee braucht."

[85] Ebd., S. 22. Vgl. auch ebd.: „In jedem Falle war die Erziehung in körperlicher Hinsicht gesund, weit besser und moderner als auf den zivilen Schulen."

die Vorgesetzten, die Quälereien durch die Kameraden und die eigenartigen Männlichkeitsrituale schienen einem höheren Zweck, dem angestrebten Offiziersberuf, zu dienen. Und schon dem jungen Kadetten wurde nach und nach Befehlsgewalt und Verantwortung übertragen, besonders nachdem er zum Kadetten-Gefreiten oder gar zum Kadetten-Unteroffizier aufgestiegen war. Die „Zerstörung des alten Ichs und die Stärkung des neuen Ichs" führten bei gelungener Einordnung in das Korps zu einem neuen Selbstwertgefühl[86]. Oder, mit den Worten Mansteins[87]: „Wir haben uns trotz der Härte der Erziehung nicht als ‚Sklaven' gefühlt. Im Gegenteil, wir wurden zu ‚Herren' – in gutem Sinne – erzogen."

Neben dem Selbstwertgefühl wurde auch der persönliche Freiraum der Kadetten mit der Zeit größer. Während die Jahre in den Voranstalten – 1900 waren es acht: Cöslin, Bensberg, Karlsruhe, Naumburg, Oranienstein, Plön, Potsdam und Wahlstatt – entbehrungsreich und isoliert waren[88], erreichten die preußischen Zöglinge mit dem Übertritt auf die Hauptkadettenanstalt Lichterfelde bei Berlin eine höhere Stufe des Kadettendaseins. Sie hatten die harte Grundausbildung überstanden, waren als 15-jährige Untersekundaner keine Kinder mehr und kamen nun auf eine wesentlich größere Anstalt von ganz anderem Glanz und Gepräge[89]. Nicht die Provinz wie bei den meisten Voranstalten, sondern die Metropole Berlin lag vor den Toren der Kadettenanstalt. Die nun großzügiger ausgelegte Sonntagsfreizeit erhielt einen neuen Stellenwert und konnte zum Ausgang in die Großstadt genutzt werden. Die hier stationierten Garderegimenter erhöhten die militärische Ausstrahlung Berlins. Vor allem aber faszinierte die Nähe zum König und Kaiser, dem Chef und Förderer des Kadettenkorps, der immer wieder reges Interesse an „seinen" Kadetten zeigte und dadurch ihre Treue stärkte. Die Kadetten durften jedes Jahr die Parade an „Kaisers Geburtstag" anführen, und die adeligen Primaner und Selektaner der Hauptkadettenanstalt wurden im Winter als Leib- oder Hofpagen auf den großen Hoffestlichkeiten verwendet, ein glänzender, von Manstein in seinen Lebenserinnerungen anschaulich beschriebener Kontrast zum Dienst in Lichterfelde[90].

Der Weg durch die Hauptkadettenanstalt konnte zwei, drei oder vier Jahre dauern. Nachdem der Kadett die Unter- und Obersekunda durchlaufen hatte, musste er die Fähnrichsprüfung bestehen und konnte dann als Fähnrich in die Armee eintreten. Bei hervorragenden Führungszeugnissen und guten Prüfungsnoten wurde er in die Selekta aufgenommen, eine einjährige Sonderklasse, nach deren Bewältigung man sofort als Leutnant einem Regiment überwiesen werden konnte. Die

[86] Schmitz, Jugenderziehung, S. 132. Vgl. ebd., S. 133: „Verbindlich für alle war also das Akzeptieren der übergeordneten Idee, doch innerhalb der einzelnen Gruppen und Untergruppen war der Einzelne unter- und übergeordnet zugleich; erfuhr er Einschränkungen seines individuellen Daseins durch das Gehorsamsprinzip, zugleich aber Aufwertungen seines Selbstwertgefühls durch seine Befehlsgewalt und durch die Zugehörigkeit zu einem sich als exklusive Gemeinschaft verstehenden ‚sozialen Kreis'."

[87] Manstein, Soldatenleben, S. 23.

[88] Busch und Strauß besuchten (zu unterschiedlichen Zeiten) die Bensberger, Bock und Hoth (ebenfalls nicht gemeinsam) die Potsdamer, Falkenhorst die Wahlstatter, Guderian die Karlsruher, Manstein die Plöner und Rundstedt die Oraniensteiner Voranstalt. Bei Kluge konnte die Anstalt nicht ermittelt werden, Schobert gehörte dem bayerischen Kadettenkorps in München an.

[89] 1914 waren von den 2650 Zöglingen des Kadettenkorps 1020 auf der Hauptkadettenanstalt.

[90] Vgl. Manstein, Soldatenleben, S. 23–34.

Selektaner galten als die Spitzenklasse des militärischen Nachwuchses, als „Hauptstütze militärischer Gesinnung und militärischer Tüchtigkeit“[91], und besaßen die besten Karriereaussichten. Doch auch die Akzeptanz des Kadetten-Abiturs stieg mit der Zeit. Bei guten schulischen Leistungen bot sich die Möglichkeit, nach der Fähnrichsprüfung die Unter- und Oberprima zu besuchen, das dem Abitur auf einem Realgymnasium gleichwertige Kadetten-Abitur zu machen und anschließend als Portepee-Fähnrich zu einem Regiment zu gehen. Diesen Weg schlug lange Zeit nur eine kleine Zahl ein. Von den 246 Kadetten, die 1902 auf die Regimenter verteilt wurden, waren 145 Obersekundaner, 67 Selektaner, aber nur 34 Abiturienten[92]. Erst kurz vor dem Weltkrieg sank die Quote derjenigen, die bereits nach der Fähnrichsprüfung abgingen, auf 43 Prozent und stieg die der Abiturienten auf 31 Prozent[93].

In unserer Gruppe waren die Verhältnisse umgekehrt als um 1900 üblich. Den zwei Abgängern nach der Obersekunda (Rundstedt, Strauß) und drei Selektanern (Bock, Busch, Kluge) stehen die fünf Kadetten-Abiturienten (Falkenhorst, Guderian, Hoth, Manstein, Schobert) gegenüber. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Abiturienten zunehmend bessere Chancen auf den Aufstieg in höchste Positionen besaßen als die Obersekundaner und auch den Selektanern gegenüber nicht unbedingt benachteiligt waren. Der Gegensatz zwischen dem militärischen und dem schulischen Teil der Kadettenerziehung wurde allmählich zu Gunsten des letzteren entschieden. Während der Schulunterricht bis zur Obersekunda meist schlecht war und auch in der Selekta das Schwergewicht auf der militärischen Ausbildung lag, profitierte der Kadetten-Abiturient vom besseren, nun ausschließlich von Zivillehrern erteilten Unterricht in der Prima, der sich durchaus mit dem Niveau bürgerlicher Gymnasien messen konnte. Eine gute Schulbildung eröffnete dem Offizier gute Aussichten, nicht wie so viele als Kompaniechef an der „Majorsecke“ hängenzubleiben, sondern in diesem immer stärker spezialisierten Beruf in höheren und anspruchvolleren Dienststellungen Verwendung zu finden.

An der „Charaktererziehung“ und Gesinnung der Kadetten, gleichgültig ob Obersekundaner, Selektaner oder Abiturienten, konnte ohnehin kein Zweifel bestehen. Hermann Hoth gab Jahrzehnte später ein ehrliches Bekenntnis seiner Sicht auf die Vor- und Nachteile dieser Prägung im preußischen Kadettenkorps[94]: „Die Erziehung als Kadett wurde entscheidend für meine ganze innere Entwicklung. Ich habe hier in 8-jähriger Gemeinschafts-Erziehung eine glühende Liebe zum Soldatenberuf in mich aufgenommen, nicht durch Soldatenspielerei, sondern durch das Beispiel meiner militärischen Erzieher u. einen vorzüglichen Unterricht, der auf geschichtlichem Bewusstsein ruhte. Gewiss haben diese Jahre, die unter dem Zwange standen, mich sehr früh u. sehr eng in eine Gemeinschaft ein-

[91] So ein zeitgenössisches Urteil, zit. nach: Schmitz, Jugenderziehung, S. 157.
[92] Vgl. die Tabelle ebd., S. 158.
[93] Zahlen für 1912 ebd.
[94] Aufzeichnung Hoths für das amerikanische „Advisory Committee on Clemency for War Criminals“, Landsberg 1950, in: BA-MA, N 503/86. Zur politischen Ausrichtung dieser Erziehung vgl. auch die Notizen Hoths „Stellungnahme zum Nationalsozialismus“, kurz nach 1945, in: BA-MA, N 503/72: „Kadettenkorps. Königstreue selbstverst[ändlich]. Kaisertum erfüllt alle Wünsche. Sozialdem[okratie] Feind.“

ordnen zu müssen, in mir das Gefühl für Disziplin, Gehorsam, Zurückstellung eigener Wünsche u. Ansichten besonders stark gefördert. Eine gewisse Überschätzung des Autoritätsglaubens, die in diesen Jahren ihren Ursprung hat, habe ich nicht mehr ganz verloren."

Auch die Absolventen Humanistischer Gymmasien galten in ihrer Gesinnung als zuverlässig, besonders wenn sie den „erwünschten Kreisen" entstammten. Das homogene Sozialprofil unserer Gruppe gewährleistete ein zumindest ähnliches Erziehungs- und Bildungsprofil. Allerdings besaßen nur die Kadetten bereits vor Beginn der eigentlichen Ausbildung zum Offizier die gewünschte Standesauffassung sowie jahrelange Erfahrungen im militärischen Dienst und in der Führung von Menschen. Diese militärische Vorbildung fehlte jenen Offiziersanwärtern, die erst mit der Primareife oder dem Abitur in die militärische Welt eintraten. Sie hatten gegenüber den Kadetten einen erheblichen Nachholbedarf, der durch die Offiziersausbildung gedeckt werden musste. Die weitere Formung des Charakters in die von der Kadettenerziehung vorgegebene Richtung war neben der fachlichen Schulung eine wesentliche Forderung an die beruflichen Lehrjahre des Offiziers.

c. Beruf

Die berufliche Sozialisation des Offiziers erhielt durch die Abgeschlossenheit und das Sonderbewusstsein der militärischen Elite eine wohl noch größere Bedeutung als die Sozialisationsetappen in Familie und Schule. Sie setzte bei den Kadetten bereits im Kindesalter ein, während die Absolventen bürgerlicher Schulen erst mit dem Eintritt in „ihr" Regiment die Schwelle zur militärischen Berufswelt überschritten. Bereits die Aufnahme in die Armee war ein Verfahren, das für die dem Kaiserreich immanente Spannung zwischen Tradition und Fortschritt, zwischen „archaischen" adelig-feudalen und „modernen" bürgerlich-professionellen Elementen charakteristisch war. Eine möglichst durch das Abitur nachgewiesene gute schulische Bildung war zwar erwünscht, reichte aber allein nicht aus und war auch nicht immer erforderlich. Die Bewerbung ging nicht an eine Kommission, die nach streng fachlichen Kriterien über die Tauglichkeit zum Offiziersberuf entschied, sondern an den Kommandeur eines Regiments. Dieser ältere Offizier im Rang eines Oberst entschied allein über die Aufnahme des Bewerbers. Erst dann war mit der Fähnrichsprüfung, von der Abiturienten befreit waren, ein gewisser Bildungsnachweis zu erbringen[95]. Mit anderen Worten: Die Herkunfts- und Gesinnungsprüfung durch den Regimentskommandeur stand vor der Bildungsprüfung.

Dieses System sollte die gleichbleibende Rekrutierung aus den „erwünschten Kreisen" gewährleisten, öffnete aber zugleich der Willkür und dem Einfluss persönlicher Beziehungen Tür und Tor. Neben der Geburt wurde zunehmend auch das Geld zu einem wichtigen Auswahlkriterium, denn das Offiziersleben war – besonders bei der Kavallerie – kostspielig und das Gehalt in den ersten Jahren

[95] Vgl. Driftmann, Grundzüge, S. 46–52; Ostertag, Bildung, S. 90–98. Für Bayern: Rumschöttel, Offizierkorps, S. 97–101.

niedrig[96]. Sich mittellos und ohne glänzende Referenzen bei einem Garderegiment zu bewerben, war ein fast aussichtsloses Unterfangen. Wer aus bescheidenen Verhältnissen kam und keine Beziehungen besaß, versuchte es besser bei einem weniger angesehenen Regiment an einem eher unbeliebten Standort; dort war die Bewerberzahl auch entsprechend kleiner. Es gab deutliche Abstufungen der Waffengattungen, der Regimenter und der Standorte[97]. Hier wirkte vor allem das ritterliche Ideal des Kriegers zu Pferde und die Verbindung zum „Lehnsherrn", dem Fürsten, nach. Die Kavallerie genoss geradezu legendären Nimbus, doch auch die Infanterie und mit der Zeit sogar die einst „bürgerliche" Feldartillerie wurden allgemein akzeptiert. Dagegen galten alle technischen Waffengattungen, bei denen nicht einmal die Offiziere beritten waren, die Fußartillerie (d.h. die Festungsartillerie), die Pioniere und andere „Hilfstruppen" (Train, Telegraphie, Eisenbahner etc.), als wenig vornehm. Das Ansehen der Regimenter wurde durch das Alter, die Tradition, den Ruhm und die Nähe zum Herrscherhaus bestimmt. Die begehrtesten Standorte waren Berlin und Potsdam sowie in den übrigen Bundesstaaten die jeweiligen Residenzstädte, während eine abgelegene Provinz- oder Grenzstadt – „weit von jeder fürstlichen Huld entfernt"[98] – natürlich viel weniger attraktiv war. In dieser Wertskala rangierte ein Garde-Kavallerieregiment in Berlin oder Potsdam, dessen Offizierkorps fast ganz adelig war und sich höchstens einen bürgerlichen „Kompromißschulzen" leistete[99], ganz oben, ein Pionier-Bataillon in Glogau oder Neiße, in das sich kaum ein adeliger Offizier verirrte, ganz unten.

Der durchschnittlich sehr guten sozialen Herkunft und Vorbildung unserer Gruppe entsprach die Verteilung auf die Regimenter. Die meisten, nämlich 17, gingen zur Infanterie, während fünf die Feldartillerie (Kleist, Kluge, Küchler, Leeb, Reichenau) und drei die Kavallerie (Hoepner, Lindemann, Weichs) wählten. Später wechselte Kleist von der Artillerie zur Kavallerie. Waffengattungen von geringerem Ansehen sucht man vergeblich, was für die Aufstiegschancen ihrer Offiziere symptomatisch war. 19 Offiziersanwärter traten in die preußische, vier in die bayerische (Dietl, Leeb, Schobert, Weichs) sowie je einer in die sächsische (Reinhardt) und die württembergische Armee (Ruoff) ein. Das war ein fast genaues Spiegelbild des Reichsheeres, das vor dem Ersten Weltkrieg aus 19 preußischen, drei bayerischen, zwei sächsischen und einem württembergischen, also ebenfalls aus 25 Armeekorps bestand. Die preußische Armee enthielt auch Kontingente der kleineren Bundesstaaten. So gehörten Küchler und Stülpnagel Großherzoglich hessischen Regimentern an, und Paulus, der sich erst vergeblich um die Aufnahme in die Kaiserliche Marine beworben hatte, diente in einem Großherzoglich badischen Regiment.

Die Regimenter und Standorte unserer Generale waren überdurchschnittlich gut. Die Spitze bildeten Manstein (3. Garde-Regiment zu Fuß), Bock (5. Garde-Regiment zu Fuß) und Reichenau (1. Garde-Feldartillerie-Regiment), die alle in

[96] Vgl. Endres, Struktur, S. 300f.; Rumschöttel, Offizierkorps, S. 111–128; Ostertag, Alltag, S. 1075–1077. Meist konnte erst der Hauptmann ohne zusätzliche Unterstützung von seinem Gehalt leben.

[97] Vgl. dazu den grundlegenden Aufsatz von Endres, Struktur, besonders S. 287–296. Für Bayern vgl. Rumschöttel, Offizierkorps, S. 65–69.

[98] Endres, Struktur, S. 295.

[99] Ebd.

Berlin stationiert waren. Aber auch das Königlich preußische Grenadier-Regiment Nr. 7 „König Wilhelm I." („Königsgrenadiere") in Liegnitz (Falkenhorst), das Feldartillerie-Regiment Nr. 3 „General-Feldzeugmeister" in Brandenburg (Kleist), das früher zur hannoverschen Garde zählende Königlich preußische Jäger-Bataillon Nr. 10 in Goslar (Guderian), das Königlich bayerische 1. Infanterie-Regiment „König" in München (Schobert), das Königlich bayerische 2. Schwere Reiter-Regiment in Landshut (Weichs), das (1. Großherzoglich hessische) Leibgarde-Infanterie-Regiment Nr. 115 in Darmstadt (Stülpnagel) und das (1. Großherzoglich hessische) Feldartillerie-Regiment Nr. 25 ebenfalls in Darmstadt (Küchler) waren erstklassige, traditionsreiche Regimenter. Es ist kein Zufall, dass bis auf Kleist – der aber einer berühmten Soldatenfamilie entstammte – alle diese Offiziersanwärter die Söhne von – teilweise hochrangigen – Berufsoffizieren waren. Familienbeziehungen und Protegierungen spielten eine große Rolle, und mancher Offizierssohn kam in ein Regiment, in dem auch sein Vater diente oder gedient hatte. Guderian erlebte seinen Vater sogar als Bataillonskommandeur. Doch auch bei den bisher nicht Genannten überwogen die guten Regimenter und Standorte. Lediglich die erst in den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts aufgestellten, also noch nicht kriegserprobten und daher traditionslosen Regimenter von Ruoff (10. Württembergisches Infanterie-Regiment Nr. 180 in Tübingen) und Strauß (2. Unter-Elsässisches Infanterie-Regiment Nr. 137 in Hagenau) fielen aus diesem Rahmen.

Der Ruf des Regiments war die Visitenkarte des Offiziers. Die Dichte der Traditionspflege und Zahl der Traditionsliteratur sind wichtige Indikatoren für den hohen Stellenwert dieser militärischen Institution[100]. Daher kam es entscheidender Bedeutung zu, in welches Regiment der junge Offiziersanwärter aufgenommen wurde. Bei den Kadetten beteiligte sich der Kaiser persönlich an dieser weichenstellenden Entscheidung[101]. Je angesehener Einheit, Ort und Waffe waren, desto bessere Aussichten auf nützliche Bekanntschaften und eine gute Karriere besaß man. Das erste Regiment blieb für den Offizier ein Leben lang „sein" Regiment, das als Beziehungsgeflecht einer studentischen Verbindung ähnlich war. Wie die „alten Herren" bewahrten die Ehemaligen dem Regiment und seinen Offizieren meist lebenslange Treue und Anhänglichkeit. Erich v. Manstein schwärmte noch im Rückblick[102]: „Unser schönes Regiment wurde seinen Angehörigen zur militärischen Heimat, der sie auch nach dem Ausscheiden die Treue hielten. [...] Das Offizierkorps bildete eine Familie, deren Mitglieder, ungeachtet der Rang- und Altersunterschiede – Gleiche unter Gleichen waren."

Die große Rolle persönlicher Netzwerke im militärischen Leben ist in den Quellen allerdings schwer zu greifen. So lässt sich nur ahnen, welche Folgen es etwa für Manstein hatte, dass der spätere Chef der Heeresleitung Kurt Frhr. v. Hammerstein, der spätere Reichskanzler Kurt v. Schleicher und der Sohn des mit

[100] Vgl. die je nach Regiment unterschiedlich dichte, insgesamt aber sehr umfangreiche Traditionsliteratur, die in der Bibliographie von Mohr, Heeres- und Truppengeschichte, verzeichnet ist. Leeb übernahm die Traditionsgeschichtsschreibung seines Königlich bayerischen 4. Feldartillerie-Regiments „König" und legte 1909 und 1937 Regimentsgeschichten vor. Vgl. die Nachweise ebd., S. 647.

[101] Vgl. Schmitz, Jugenderziehung, S. 154.

[102] Manstein, Soldatenleben, S. 35.

ihm überdies verwandten Hindenburg seinem Regiment angehörten[103]. Oder ob es Rudolf Schmidt nützte, dass in „seinem" Regiment auch Rundstedt die ersten Jahre seiner militärischen Laufbahn verbrachte. Dazu kamen die Familienbande, vor allem die Väter und Onkel, aber auch die Schwiegerväter und andere angeheiratete Verwandte, bei Bock etwa Generalstabschef Erich v. Falkenhayn oder bei Manstein dessen Nachfolger, der spätere Reichspräsident v. Hindenburg. Wollte man den Aufwand betreiben, so ließe sich für unsere Gruppe eine Vielzahl von Fäden in die Armee und auch an die Höfe erkennen. Diese Beziehungen waren keine unabdingbare Voraussetzung, erleichterten aber manchem manches. Und mit einer guten Herkunft und einem guten Regiment konnte man bereits beim Eintritt in die Armee als „hoffnungsvoller" junger Mann gelten.

Die Zugehörigkeit zu einem Regiment war wohl nur noch mit derjenigen zu einem Kadettenjahrgang zu vergleichen. Besonders die Selektaner, die das Selbstgefühl der Elite einer Elite besaßen, pflegten und nutzten den Kontakt[104]. Neben diesen nützlichen Beziehungen und der militärischen Vorbildung besaßen die Kadetten noch weitere Vorteile. Die Selektaner traten bereits als Leutnants, also als Offiziere, die übrigen Kadetten als Fähnriche, d.h. im Rang von Unteroffizieren, in die Armee ein. Dagegen mussten die Abiturienten bürgerlicher Gymnasien nach ihrer Aufnahme als Offiziersanwärter (Fahnenjunker) in das Regiment eine harte fünfmonatige Grundausbildung über sich ergehen lassen[105]. Der Aspirant wurde wie ein gewöhnlicher Mannschaftssoldat und zusammen mit ihm in den militärischen Grundlagen ausgebildet, vor allem auf die körperliche Tauglichkeit geprüft, „geschliffen". Diese harte Probezeit bestand nicht jeder, und ausgerechnet von Walter Model, später als „harter" Vorgesetzter gefürchtet, ist überliefert, dass er vor der Schinderei durch seinen Ausbilder beinahe kapituliert und einen anderen Berufsweg eingeschlagen hätte[106].

Nach dem Truppenpraktikum wurde auch der Gymnasialabiturient endlich zum Fähnrich ernannt und konnte die Kriegsschule besuchen. Diesem achtmonatigen Vorbereitungskurs auf das Offiziersexamen mussten sich auch die ehemaligen Kadetten unterziehen – mit Ausnahme der Selektaner Bock, Busch und Kluge, die gleich als Offiziere in ihre Regimenter traten. Die zehn preußischen Kriegsschulen[107] und die bayerische Kriegsschule in München waren neben den Kadettenhäusern die zweite wichtige Institution des militärischen Erziehungs- und Bildungswesens[108]. Die Zeit auf den Kriegsschulen ähnelte dem Leben im Kadettenkorps, so dass die Kadetten auch hier ihren Erfahrungsvorsprung nutzen konnten. Die Kriegsschüler waren weitgehend einkaserniert und einer strengen Disziplin unterworfen. Theoretische und praktische Ausbildung wechselten ei-

[103] Vgl. ebd., S. 35–37.

[104] So feierten etwa die Selektaner, die 1898 in die Armee eintraten, am 15. 3. 1933 ihren 35. Jahrestag. Zu dieser Gruppe gehörten u.a. Fedor v. Bock, Kurt Frhr. v. Hammerstein, Franz v. Papen und Joachim v. Stülpnagel. Vgl. BA-MA, N 22/22. In der kleineren Marine konnte die „Crew", der Offiziersjahrgang, eine ähnliche Bedeutung spielen.

[105] Vgl. Ostertag, Bildung, S. 98f.

[106] Vgl. Leppa, Model, S. 16; Görlitz, Model, S. 15f.

[107] Anklam, Danzig, Engers, Glogau, Hannover, Hersfeld, Kassel, Metz, Neiße und Potsdam. Die Kriegsschulen konnten zwischen 80 und 130 Schüler aufnehmen.

[108] Vgl. Driftmann, Grundzüge, S. 61–68; Ostertag, Bildung, S. 137–142; Rumschöttel, Offizierkorps, S. 101f.

nander ab, waren aber stärker als in der Kadettenanstalt auf die Erfordernisse des Offiziersberufs bezogen. Der Unterricht bestand vor allem aus Taktik, Waffenlehre, Befestigungskunst, Terrainlehre, Heeresorganisation und Geschäftsstil, der praktische Dienst aus Exerzieren, Schießen, Reiten, Turnen, Fechten und Schwimmen. Da die Kriegsschulzeit recht knapp bemessen war und von fast allen Offiziersanwärtern durchlaufen werden musste, war das Niveau nicht sehr hoch. Guderian bemängelte nach dem Besuch der Kriegsschule in Metz, dass alles „zu sehr auf das Mittelmäßige zugeschnitten" sei[109].

Die militärische Ausbildung war aber ohnehin nur ein Aspekt der Lehrzeit auf der Kriegsschule. Die Dienstordnung der Kriegsschulen betonte[110]: „Die *Erziehung steht obenan.* Die sittlichen Kräfte zu pflegen, das Verständnis der Standespflichten und die Sicherheit ihrer Erfüllung heranzubilden, in den Kriegsschülern die Erkenntnis zu befestigen, dass nur in der unbedingten Hingebung an die Person und den Dienst des Allerhöchsten Kriegsherrn der Offizier für seinen Beruf heranreift, sind hohe verantwortungsvolle Aufgaben der Kriegsschulen." Die „Charaktererziehung" noch sehr junger Menschen erhielt erneut ein besonderes Gewicht. Vor allem sollte das Standesbewusstsein, das den Kadetten bereits vorher vermittelt worden war, nun auch den übrigen Offiziersanwärtern eingeimpft werden. Der Zusammenhalt, das elitäre Selbstgefühl und die soziale Abgeschlossenheit wurden gezielt gefördert. „Der Offizierstand in Deutschland gehört zu den höchsten und gebildetsten Ständen, ergänzt sich aus denselben und wird deshalb nur in ihnen seinen Umgang suchen", war ein aus dem Kanon der Kriegsschulen überlieferter Leitsatz[111]. Nach den Schikanen der ersten Monate bei der Truppe mussten die jungen Fähnriche für solche Ideen besonders empfänglich sein. Die Kriegsschulzeit gab den Aspiranten außerdem die Möglichkeit, über bestimmte Regionen oder Waffengattungen hinaus dauerhafte Bekanntschaften mit gleichaltrigen Kameraden zu schließen. So besuchten etwa der Infanterist Heinrici und der Kavallerist Hoepner gemeinsam die Kriegsschule in Hannover[112]. Diese Kontakte außerhalb des eigenen Regiments stärkten das Zusammengehörigkeitsgefühl der Offiziersanwärter, von denen vor Besuch der Kriegsschule allein die Kadetten überregionale kameradschaftliche Beziehungen besaßen[113].

Am Ende der Lehrmonate an der Kriegsschule stand die Offiziersprüfung, in der die Aspiranten sowohl ihre Allgemeinbildung als auch ihr militärisches Fachwissen nachweisen mussten. Die Prüfungsergebnisse und Eignungsbeurteilungen wurden dem Kaiser vorgelegt, der die Besten mit der „Allerhöchsten Belobigung" auszeichnete. Dieses Prädikatsexamen versprach eine gute Karriere. Anschließend musste sich der Fähnrich der Offizierswahl seines Regiments stellen, d.h. das Offizierkorps hatte zu entscheiden, ob er „würdig" sei, als Offizier in das Regiment

[109] Tagebuch Guderians, 6. 4. 1908, zit. nach: Bradley, Guderian, S. 21.
[110] Dienstordnung der Kriegsschulen vom 10. 12. 1906, zit. nach: Ostertag, Bildung, S. 137.
[111] Goltz, Offizierstand, S. 24.
[112] Vgl. das Tagebuch Heinricis, 26. 9. 1941, über eine Begegnung mit seinem „alten Kriegsschulkameraden" an der Ostfront, in: BA-MA, N 265/11.
[113] Auch bei den meisten Kadetten unserer Gruppe gab es zeitliche Überschneidungen im Besuch der Hauptkadettenanstalt in Lichterfelde. Ob sie sich allerdings auch kennen gelernt haben, ist bei der Größe der Anstalt ungewiss.

aufgenommen zu werden[114]. Hatte er auch diese Hürde überstanden, wurde er zur Beförderung zum Leutnant vorgeschlagen, die in der Regel umgehend erfolgte. Abiturienten wurden vorpatentiert, erhielten also ein gegenüber dem Ernennungstag um eineinhalb Jahre älteres Rangdienstalter. Das hatte den Vorteil, dass sie hoffen konnten, bei der nächsten Beförderung entsprechend früher berücksichtigt zu werden.

Die Ernennung zum Leutnant bedeutete die eigentliche Geburtsstunde des Offiziers und wurde als einer der wichtigsten Tage in seinem Leben in Erinnerung gehalten. Nachdem er alle Voraussetzungen der Herkunft und Bildung, der körperlichen, „sittlichen" und gesellschaftlichen Eignung erfüllt und alle Klippen der Aufnahmeprozeduren überstanden hatte, gehörte der kaum Zwanzigjährige bereits zum ruhmreichen „ersten Stand" des durch Kriege zusammengeschmiedeten Deutschen Reichs. Nach einem längeren, die Homogenität und Exklusivität sichernden Selektionsprozess war er Mitglied einer Sonderklasse, in der allgemein weniger ein Berufsstand als ein Gesellschaftsstand gesehen wurde[115]. Anders als in den westlichen Demokratien trug der deutsche Offizier auch außerhalb des Dienstes die Uniform, „des Königs Rock", und den Säbel, dessen sprichwörtliches Rasseln zusätzlich die Aufmerksamkeit auf ihn zog. Der Glanz des Offiziers ging wesentlich auch von seiner äußeren Erscheinung aus. Über die Hochachtung und Hofierung des Militärs in der Kaiserzeit, besonders in der Wilhelminischen Ära, ist viel geschrieben worden. Der Stellenwert schon des Reserveoffiziers und das militärische Gebaren des Kaisers sind die bekanntesten Symptome. Und selbst wenn man von den Figuren der zeitgenössischen satirischen Romane und den Karikaturen des „Simplicissimus" die Übertreibungen abzieht, bleibt genug Wahres über die teilweise ins Groteske gehende Verehrung alles Militärischen. Das stärkte das Selbstgefühl des Offiziers, konnte aber auch zu Arroganz und Selbstüberhebung führen.

Dabei war der Dienstalltag des jungen Offiziers in der Regel alles andere als glänzend[116]. Der Leutnant musste sich als Zugführer mit einer überschaubaren Zahl von Soldaten, meist Rekruten, befassen und stundenlang im Freien exerzieren. Der Dienst bestand aus viel Routine und Leerlauf. Auf ehrgeizige junge Menschen konnte er geradezu nervtötend wirken. Dennoch durfte man in seinem Diensteifer nicht nachlassen, denn die nächste Beurteilung der militärischen Befähigung und Persönlichkeit warf ihren Schatten voraus. Die Karriere des Offiziers war nicht zuletzt von diesen regelmäßigen, zu Beginn jährlichen Qualifikationsberichten der Vorgesetzten abhängig, so dass der Berufsalltag trotz seiner Gleichförmigkeit und Rituale nicht ohne Leistungsdruck war.

Dazu kamen die Zwänge, die aus der Abschließung und dem Kastenbewusstsein des Offizierkorps resultierten[117]. Zwischen den Offizieren eines Regiments bestand nicht nur eine berufliche Verbindung, sondern eine Art Lebensgemeinschaft, deren geselliger Mittelpunkt das Offizierskasino war. Gerade die unverhei-

[114] Vgl. Rumschöttel, Offizierkorps, S. 102; Ostertag, Bildung, S. 139.
[115] Auch hierzu grundlegend und oft wiederholt: Endres, Struktur.
[116] Vgl. Ostertag, Alltag, S. 1070f.
[117] Zu Folgendem vor allem Demeter, Offizierkorps, passim; Rumschöttel, Offizierkorps, passim, besonders S. 129–144, 185–201. Vgl. auch Ostertag, Alltag.

rateten Offiziere blieben überwiegend „unter sich". Wer nicht als Außenseiter stigmatisiert werden wollte, musste die zahlreichen Feiern, Trinkgelage und Glücksspiele mitmachen, auch wenn ihn dies finanziell beträchtlich belastete. Kameradschaft und Korpsgeist wurden gepflegt und beschworen, führten aber auch zu einer subtilen gegenseitigen Überwachung. Das besondere Standesbewusstsein forderte von jedem Angehörigen des Offizierkorps, dass er sich standesgemäß verhielt und standesgemäßen Umgang hatte. Dass etwa der Gardeleutnant Walter v. Reichenau leidenschaftlicher Fußballer des Berliner Sport-Clubs (BSC) war und gegen Arbeiter-Vereine spielte, galt als wenig standesgemäß und erregte Aufsehen[118]. Ein Verstoß gegen das Ehrgefühl des Kollektivs konnte das Verstoßen des „Schuldigen" aus seiner Mitte zur Folge haben. Der Offizier stand gewissermaßen unter Kuratel seines Regiments und war nicht einmal bei der Wahl seiner Ehepartnerin frei und selbstbestimmt. Er musste sich den Ehekonsens des Regiments einholen, das seine Frau gleichsam mitheiratete und ihr von vornherein gesellschaftliche Verpflichtungen abverlangte. Da die sozialen Auswahlkriterien für die Offiziersfrau mindestens genauso streng waren wie für den Offizier selbst[119], kam es nicht selten zur Tragödie von Liebesbeziehungen, die an diesen Normen zerschellten.

Vor diesen Zwängen zu bestehen, erforderte Anpassungsfähigkeit bis zur Selbstaufgabe. Der Glanz und das Selbstbewusstsein des Offiziers in der Gesellschaft wurden durch die starke Unterordnung im beruflichen Umfeld eigentümlich konterkariert. Welche Wirkung der soziale Druck, sich weit über das Berufliche hinaus seinem Regiment zu unterwerfen, auf die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen hatte, lässt sich schwer beurteilen und für unsere Gruppe schon gar nicht entscheiden. Hinter dem äußerlich glatten Verlauf der Karrieren und den scheinbar reibungslosen, standesgemäßen Verehelichungen lassen sich die Brüche in den Biographien dieser Offiziere kaum erahnen. Einige von ihnen werden sich gegen die Vereinnahmungen durch die Gruppe zunächst gewehrt haben. Die Tagebücher des Leutnants Heinz Guderian legen Zeugnis ab von diesem Kampf um das Recht der eigenen Persönlichkeit[120]. Doch der Druck zur Anpassung war in der Regel stärker. Man darf daher vermuten, dass die häufige Unterdrückung des eigenen Willens und die damit verbundene Überbewertung von Pflicht und Ge-

[118] Vgl. die Aufzeichnung Otto Wageners, eines ehemaligen Kameraden, „Feldmarschall v. Reichenau", ca. 1960, in: IfZ-Archiv, ED 60/9, Bl. 89–115, hier Bl. 89f. Vgl. auch Heuer, Generalfeldmarschälle, S. 117f.

[119] Die Offiziere unserer Gruppe heirateten bis auf eine Ausnahme (Weichs) als Leutnants oder Hauptleute. Die Ehefrauen stammten alle aus den gehobenen Schichten. Die „erwünschten Kreise", vor allem die Offiziersfamilien, besaßen auch hier das deutliche Übergewicht. Einige Schwiegerväter waren Fabrikanten (Falkenhorst, Heinrici, Hoepner) und Kaufleute (Hoth), was für die Tendenz der Offiziere, in wohlhabende Familien einzuheiraten, charakteristisch war. Paulus erreichte einen erheblichen sozialen Aufstieg durch die Ehe mit einer rumänischen Aristokratin.

[120] Vgl. Bradley, Guderian, S. 23–27. Vgl. etwa das Tagebuch vom 20. 7. 1908, ebd., S. 23: „Da ich doch anders geartet bin, als die meisten von ihnen, so sollen sie mich doch in Frieden lassen. Sie machen mich doch nicht zu einem der ihrigen." Oder einen Privatbrief vom 31. 12. 1908, ebd., S. 25: „Ich glaube doch nicht, daß einem alle Ideale so schnell entrissen werden können, daß man nachher als blödes Herdenvieh zu betrachten ist." Mit der Zeit besserte sich Guderians Verhältnis zu den Kameraden; die Abwehr gegen den Anpassungsdruck ließ nach.

horsam das Entstehen eines wirklichen, auch gegen Widerstände durchgehaltenen Selbstbewusstseins zumindest behinderte, wenn nicht gar verhinderte.

Einen Ausgleich boten die gesellschaftliche Anerkennung sowie die Hoffnung auf einen beruflichen Aufstieg in Stellungen, die größere persönliche Freiheiten zuließen. Die allgemeine Offizierslaufbahn, die sprichwörtliche „Ochsentour", erforderte aber vor allem eines: Geduld. Anfang des Jahrhunderts benötigte man etwa vierzehn Leutnantsjahre bis zur Beförderung zum Hauptmann, weitere zehn Jahre zum Major[121]. Erst der Krieg beschleunigte die Karrieren. Ausnahmen gab es kaum, denn im Kaiserreich war das Avancement durch das Prinzip der Anciennität geregelt: Nach einem bestimmten Dienstalter stand der Offizier zur Beförderung in den nächsthöheren Rang an. Allerdings rückte er nicht automatisch vor, sondern nur, wenn er durch eine positive Beurteilung den Nachweis seiner fachlichen und charakterlichen Eignung erbringen konnte. Entsprach er den Anforderungen für den nächsten Rang nicht, wurde er übergangen und, wenn er nicht selbst seinen Abschied nahm, zur Disposition gestellt. Viele scheiterten an der berüchtigten „Majorsecke". Dieses Verfahren band das Anciennitätsprinzip wenigstens indirekt an das modernere Leistungsprinzip.

Bevorzugte Beförderungen gab es nur für Generalstabsoffiziere, höhere Adjutanten[122] und Angehörige der deutschen Fürstenhäuser. Bis zur Ernennung zum Hauptmann wirkte sich dies aber in der Regel nicht aus. Fedor v. Bock, der sehr schnell eine außergewöhnliche Laufbahn in der Adjutantur und dem Generalstab einschlug, brauchte dennoch zehn Jahre vom Leutnant bis zum Oberleutnant und weitere vier Jahre bis zum Hauptmann, bevor er Ende 1916 nach über 18 Dienstjahren zum Major befördert wurde. Bis zum Hauptmannsrang besaß er keinen Vorteil im Avancement gegenüber Ernst Busch, der Truppenoffizier blieb und nie nach den höheren Weihen des Stabsdienstes griff, dennoch aber dank der Anciennität nach neun Jahren Oberleutnant und nach weiteren eineinhalb Jahren – durch den Beförderungsschub im Krieg begünstigt – Hauptmann war[123]. Erst dann verliefen die Karrieren unterschiedlich[124].

Die starren Beförderungsregeln führten dazu, dass unsere Gruppe bis in den Ersten Weltkrieg hinein im Avancement kaum Unterschiede aufwies. Dennoch gab es bereits für den jungen Offizier genug Anreize. Er brauchte gute Beurteilungen, um bei den Beförderungsterminen möglichst lange „dabei" zu sein. Und auch sonst bedeuteten seine Leistungen einen Wechsel auf die Zukunft. Daher taten ehrgeizige Offiziere alles, um sich weiter zu qualifizieren und sich durch Spezialkenntnisse aus der grauen Masse hervorzuheben. Eine Möglichkeit waren die Kommandierungen zu anderen Waffengattungen, die zwar ohnehin gang und gäbe waren, deren Dauer und Richtung man aber beeinflussen konnte. Interessant ist, dass in unserer Gruppe nicht nur die üblichen Kommandierungen zwischen Infanterie, Artillerie und Kavallerie vorkamen, sondern auch Interesse an jungen

[121] Vgl. Matuschka, Beförderung, S. 157–167, sowie die übrigen Beiträge in dem Sammelband: Untersuchungen zur Geschichte des Offizierkorps.

[122] Die höhere Adjutantur begann mit dem Adjutantendienst bei einer Brigade.

[123] Auch der etwa gleichalte Hoth, der als Leutnant die Kriegsakademie besuchte, Regimentsadjutant war und zum Großen Generalstab kommandiert wurde, machte keine schnellere Karriere: 1903 Rangdienstalter als Leutnant, 1912 Oberleutnant, 1914 Hauptmann.

[124] 1925 wurde Busch zum Major, Bock jedoch schon zum Oberst ernannt.

technischen Truppenteilen bestand. So verbrachte Küchler einige Monate beim Luftschiffer-Bataillon Nr. 1, versuchte sich Schobert als Flieger und ließen sich mit Guderian und Schmidt zwei Protagonisten der späteren Panzerwaffe für jeweils ein Jahr in einem Telegraphen-Bataillon ausbilden. Dies war ein Mittel, der „Einseitigkeit des infanteristischen Frontdienstes" vorzubeugen[125]. Die Kenntnis anderer Waffen diente auch der Vorbereitung auf anspruchsvollere Aufgaben, denn sowohl der obere Truppenführer als auch der Generalstabsoffizier musste mit den Bedingungen des Kampfes verbundener Waffen vertraut sein. Durch sein Engagement konnte der Leutnant frühzeitig signalisieren, dass er sich zu Höherem als zum Kompaniechef oder Bataillonskommandeur berufen fühlte.

Der nächste Schritt war die Verwendung als Adjutant oder im Generalstabsdienst, die zunehmend bessere Chancen eröffnete als der reine Truppendienst, der sogenannte „Frontdienst". Der Adjutant war wie der Generalstabsoffizier ein „Gehilfe" des militärischen Führers[126]. Den Regimentern und Bataillonen waren keine Generalstabsoffiziere zugeteilt, so dass der Adjutant in diesen Einheiten die Stabsarbeit leisten musste. Der Adjutantendienst galt daher als gute Voraussetzung und Sprungbrett einer Laufbahn im Generalstab. Außerdem bedeutete dieser Dienst einen Vertrauensbeweis und eine Auszeichnung, denn der Kommandeur ernannte in der Regel den fähigsten jüngeren Offizier zu seinem Gehilfen. Die hervorgehobene Stellung des Adjutanten war auch äußerlich gekennzeichnet: Er war beritten, trug die Adjutantenschärpe über die rechte Schulter und erhielt eine Zulage. Die Zahl der Adjutanten unter den 25 Offizieren unserer Gruppe ist erstaunlich hoch. 15 bewährten sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg als Bataillons- bzw. Abteilungs- oder sogar als Regimentsadjutanten[127], drei weitere stießen dann im Krieg zum Adjutantendienst[128]. Diese Offiziere schlugen bereits als sehr junge Offiziere, als Leutnants und Oberleutnants, einen Weg ein, der sie von der Masse der Kameraden trennte und bessere Möglichkeiten zur Profilierung und Qualifizierung bot.

Noch begehrter, angesehener und aussichtsreicher war freilich die Zugehörigkeit zum Generalstab[129]. Besonders die preußischen Generalstabsoffiziere umgab seit den Einigungskriegen ein geradezu legendärer, durchaus auch internationaler Ruf. Schon die jungen Generalstäbler galten als potentielle Feldherrn von morgen, die mit einem Tropfen moltkeschen Öls gesalbt waren. Bis zum Ersten Weltkrieg setzte sich immer mehr die Vorstellung durch, dass nur ehemalige Generalstabsoffiziere dazu befähigt seien, die höchsten Stellen in der Armee zu bekleiden. Dieser

[125] Guderian an seine Frau, 13. 12. 1912, in: Bradley, Guderian, S. 35. Die interessanteste Verwendung vor dem Ersten Weltkrieg konnte allerdings Leeb vorweisen, der 1900/01 am Einsatz des deutschen Ostasiatischen Expeditionskorps in China teilnahm.

[126] Vgl. den Artikel „Adjutant", in: Handbuch für Heer und Flotte, Bd. 1, S. 139–141.

[127] Falkenhorst, Heinrici, Kleist, Manstein, Model, Paulus und Schobert (Bataillonsadjutanten) bzw. Reichenau (Abteilungsadjutant) sowie Bock, Hoepner, Hoth, Reinhardt, Rundstedt, Ruoff und Weichs (Regimentsadjutanten).

[128] Stülpnagel als Regimentsadjutant, Dietl und Strauß auch in der höheren Adjutantur (Brigade und Division).

[129] Zum Generalstab in der Kaiserzeit vgl. Model, Generalstabsoffizier, S. 11–20; Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Abschnitt V, S. 69–72 (dort die folgenden Zahlen). Ausführlicher, wenn auch tendenziös, Förster [u. a.], Generalstab, S. 49–122. Sehr allgemein Görlitz, Generalstab, passim. Vgl. auch den Artikel „Generalstab", in: Handbuch für Heer und Flotte, Bd. 4, S. 138f.

Nimbus förderte den Sonderstatus und das Selbstbewusstsein einer Elite in der Elite. Die Generalstabsoffiziere, die sich mit ihren karmesinroten doppelten Hosenstreifen und Kragenspiegeln auch äußerlich von den Truppenoffizieren unterschieden, fühlten sich hoch über den Rest des Offizierkorps hinausgehoben. Kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs gehörten von den 800000 Mann des Friedensheeres mit seinen 29000 aktiven Offizieren lediglich etwa 650 Offiziere dem Generalstab an. Von ihnen bekleideten etwa 120 die Etatstellen im „Großen Generalstab" in Berlin, dem Allerheiligsten des preußisch-deutschen Militärapparats, Gehirn des gesamten Reichsheeres und Arbeitsinstrument des Nachfolgers Moltkes, des Chefs des Generalstabs. Die übrigen verteilten sich auf den Truppengeneralstab, waren also als Generalstabsoffiziere bei den Kommandobehörden der Armeekorps und Divisionen tätig. Aufgabe der Generalstabsoffiziere war die Unterstützung und Beratung der militärischen Führer.

Welcher junge Offizier wollte nicht zu dieser Elite des Offizierkorps gehören? Der Weg dorthin war steinig. Er führte in der Regel über die Kriegsakademie. Nur besonders begabte (oder protegierte) und bei der Truppe oder als Adjutant bewährte Offiziere konnten in Preußen auch ohne Besuch der Kriegsakademie zum Generalstab kommandiert und als Generalstabsoffiziere ausgebildet werden. Diese außergewöhnliche Auszeichnung wurde zwei Offizieren unserer Gruppe zuteil: Bock kam vom Adjutantendienst, Lindemann vom Frontdienst direkt in den Großen Generalstab. Trotz dieser Ausnahmen wurde die wissenschaftliche Ausbildung auf der Kriegsakademie immer mehr zur stillschweigenden Voraussetzung für den Generalstabsdienst[130]. Eine begrenzte Zahl von Offizieren aller Kontingente – seit 1909 waren es jährlich 160 – konnte zum dreijährigen Lehrgang auf der preußischen Kriegsakademie in Berlin kommandiert werden; die bayerische Armee hatte in München ihre eigene Kriegsakademie, die jedes Jahr 16 Plätze anzubieten hatte. Vorausgesetzt wurden mindestens drei aktive Dienstjahre als Leutnant und ein Abstand von mindestens fünf Jahren bis zur Beförderung zum Hauptmann oder Rittmeister, außerdem körperliche, geistige und charakterliche Eignung, die durch eine Beurteilung des Vorgesetzten nachzuweisen war. Da die Zahl der Bewerber die der Lehrgangsplätze um ein Vielfaches überstieg und nur die fähigsten Leutnants berücksichtigt werden sollten, war eine anspruchsvolle schriftliche Aufnahmeprüfung zu bestehen[131]. Die Prüfungsarbeiten gingen anonym, lediglich durch eine Nummer gekennzeichnet, an eine zentrale Kommission, so dass die Leistungen und nicht Name, Geld oder Beziehungen entschieden. Jedoch konnte die Vorbereitung auf die Prüfung, die den Bewerber meist jahrelang neben dem Dienst beschäftigte, durch kostspielige und daher nicht jedem erschwingliche private Nachhilfestunden erheblich begünstigt werden. Das soziale

[130] Zur Ausbildung an der Kriegsakademie vgl. Scharfenort, Kriegsakademie; Driftmann, Grundzüge, S. 68–73; Ostertag, Bildung, S. 153–163. Vgl. auch die Dienstordnung der Kriegsakademie, 19. 12. 1901, Berlin 1901. Die bayerische Kriegsakademie unterschied sich in den Jahren vor 1914 kaum von der preußischen, vgl. Bald/Bald-Gerlich/Ambros (Hrsg.), Tradition, S. 32f.. Allgemein zur Generalstabsausbildung bis zum Ersten Weltkrieg vgl. Bald, Generalstab, S. 16–74.

[131] Die Prüfungsfächer waren formale und angewandte Taktik, Waffenlehre, Befestigungslehre, Feldkunde, Geschichte und Erdkunde sowie wahlweise Mathematik oder Französisch bzw. später auch Englisch oder Russisch.

Niveau war an der Kriegsakademie und im Generalstab daher noch gehobener und auch „adeliger" als im Offizierkorps insgesamt.

Von den 25 späteren Oberbefehlshabern bestanden 15 die harte Aufnahmeprozedur, während von den übrigen manche noch zu jung waren, um sich vor 1914 für die Kriegsakademie zu bewerben[132]. Hoth, Kleist, Kluge, Küchler, Reichenau, Rundstedt, Strauß und Stülpnagel absolvierten die preußische, Leeb und Weichs die bayerische Kriegsakademie. Guderian, Hoepner und Manstein mussten zu Beginn des Ersten Weltkriegs, als die Kriegsakademie geschlossen wurde, ihren Lehrgang nach nur einem Jahr abbrechen. Heinrici und Schmidt konnten ihren im Oktober 1914 beginnenden Lehrgang nicht mehr antreten. Interessant ist, dass einige dieser Offiziere gemeinsam die preußische Kriegsakademie durchliefen: Hoth, Kleist und Küchler (1910–1913), Reichenau, Strauß und Stülpnagel (1911–1914) sowie Guderian, Hoepner und Manstein (1913/14) gehörten denselben Jahrgängen an[133]. Die stattliche Anzahl der Kriegsakademie-Schüler belegt erneut den exklusiven Charakter unserer Gruppe.

Was lernte man auf der Kriegsakademie? Ursprünglich war die Akademie wie ihre Vorläuferin, die Allgemeine Kriegsschule, eine Einrichtung zur wissenschaftlichen Fortbildung der Offiziere, die in Scharnhorstscher Tradition sowohl allgemein gebildet als auch militärisch ausgebildet sein sollten. Entsprechend besaßen die allgemeinwissenschaftlichen Fächer wie Geschichte, Mathematik und Sprachen einen ebenso großen Stellenwert wie die rein militärischen. Dieser Bildungsanspruch wurde aber mit der Zeit deutlich reduziert. 1910 war der allgemeinwissenschaftliche Anteil von einst über 50 auf 36 Prozent gesunken, außerdem waren fast nur noch die militärischen Fächer obligatorisch[134]. Aus der Kriegsakademie war keine militärische Universität, sondern eine Fachhochschule geworden, die vor allem der Generalstabsausbildung diente[135]. Die wichtigsten Fächer der drei Lehrstufen, die jeweils von Oktober bis Juni währten, waren Taktik und Kriegsgeschichte, in der dritten Lehrstufe auch Generalstabsdienst[136]. Dazu traten als weitere militärische Fächer Waffenlehre, Befestigungskunde (bzw. Festungskriegslehre), Feldkunde, Militärrecht, Verkehrsmittellehre, Militärgesundheitspflege und Seekriegslehre. Im dritten Jahr wurden von einem Juristen zwei Wochenstunden über Staatsverwaltung, Staats- und Völkerrecht gelesen, wobei der Schwerpunkt auf dem Kriegsrecht lag. Von den nichtmilitärischen Fächern war lediglich die allgemeine Geschichte Pflicht. Die Teilnahme an den übrigen Lehrveranstaltungen war freiwillig: Mathematik, Physik, Chemie, Erdkunde, Vermes-

[132] Dies gilt für Dietl, Model, Paulus und Reinhardt. Von Busch, Falkenhorst, Ruoff und Schobert ist nicht bekannt, ob sie sich für die Kriegsakademie bewarben. Bock und Lindemann gelangten ohne Besuch der Kriegsakademie in den Generalstab.

[133] Einige von ihnen, etwa Reichenau und Stülpnagel, die eine lebenslange Freundschaft schlossen (Bücheler, Stülpnagel, S. 61), oder Guderian und Manstein, besuchten sogar denselben „Hörsaal", wie die Klasse an der Kriegsakademie genannt wurde.

[134] Vgl. Ostertag, Bildung, S. 156; vgl. auch Bald, Generalstab, S. 48.

[135] Die preußische Kriegsakademie war auch nicht dem Kriegsministerium, sondern dem Chef des Generalstabs unterstellt.

[136] Zum Lehrplan der preußischen Kriegsakademie nach 1903 vgl. Scharfenort, Kriegsakademie, S. 390f.

sungslehre sowie die Sprachen Französisch, Russisch[137], Englisch und Japanisch. Nach jeder Lehrstufe erfolgte eine Beurteilung durch die Lehrer als Voraussetzung für die weitere Kommandierung an die Kriegsakademie. Die Lehrgangspausen wurden zur praktischen Weiterbildung bei fremden Waffengattungen genutzt. Der dritten Lehrstufe folgte eine dreiwöchige „Schlußübungsreise", bei der man sein taktisches Verständnis und seine Eignung für den Generalstabsdienst unter Beweis stellen konnte.

Das wichtigste Lehrgangsziel war, die Schüler „in die höheren Zweige der Kriegswissenschaften einzuführen und so ihr militärisches Wissen zu vertiefen und zu erweitern, ihr militärisches Urteil zu klären und zu schärfen"[138]. Besonders die preußische Kriegsakademie hatte einen hervorragenden Ruf und galt als Kaderschmiede der fähigsten Offiziere und kommenden Generale. Allerdings hing der Erfolg der systematischen Ausbildung sehr von der Qualität der militärischen und zivilen Lehrer ab, die unterschiedlich war. Von den Erfahrungen der Kriegsakademiker unserer Gruppe ist kaum etwas bekannt[139]. Doch die kriegswissenschaftliche Vertiefung und die besseren Karriereaussichten werden auch für sie nicht die einzigen Vorzüge dieser Jahre gewesen sein. Die Schüler kamen mit begabten Offizieren aller Truppengattungen zusammen, konnten wertvolle Kontakte knüpfen und ihr Elitebewusstsein stärken. Sie lebten in den Großstädten Berlin oder München, in unmittelbarer Nähe zum Hof, zu den wichtigsten militärischen Einrichtungen und zur tonangebenden „Gesellschaft". Das begrenzte Milieu ihres Regiments und ihrer Garnison wurde durchbrochen und besonders in Berlin gegen die „große Welt" eingetauscht, die gerade in diesen Jahren politisch und kulturell pulsierend und aufregend war.

Am Ende des dreijährigen Lehrgangs erhielt der Teilnehmer ein Abgangszeugnis und kehrte zunächst zu seinem Truppenteil zurück. Der Fortgang seiner Karriere wurde von einer abschließenden Beurteilung entschieden, in der die Kriegsakademie seine weitere Verwendung empfahl. Auf dieser Grundlage wurde, obwohl die Akademiezeit als verkappte Generalstabsausbildung galt, lediglich ein Drittel der Absolventen in den Generalstab kommandiert. Die übrigen wurden „nur" für die höhere Adjutantur oder für den Unterricht an den Kriegsschulen als geeignet angesehen oder sogar ganz zur Truppe zurückversetzt. Das strenge Ausleseverfahren ging weiter, denn auch die in den Generalstab kommandierten Offiziere mussten zunächst eine zweijährige Probezeit – meist im Großen Generalstab – überstehen, die als praktische Ausbildung galt und den Aspiranten mit den verschiedenen Bereichen des Generalstabsdienstes vertraut machen sollte. Am Ende dieser Jahre wurden wieder nur etwa 50 Prozent endgültig in den Generalstab übernommen und waren endlich Offiziere „i.G." (im Generalstab).

[137] Im Zusammenhang mit unserem Thema ist es erwähnenswert, dass Bock und Hoth auf der Kriegsakademie Russisch lernten.

[138] Dienstordnung der Kriegsakademie, 19. 12. 1901, Berlin 1901, S. 1. Erst dann folgte: „Neben dieser unmittelbaren Berufsbildung soll ein tieferes Eindringen in einzelne Fächer der allgemeinen Wissenschaften angestrebt und Gewandtheit im mündlichen und schriftlichen Gebrauch einiger neuerer Fremdsprachen erzielt werden."

[139] Allein von Guderian sind retrospektive Aufzeichnungen überliefert, in denen er das hohe Niveau der Vorträge lobt, zugleich aber bemängelt, dass von den Schülern zu wenig Mitarbeit verlangt worden sei. Vgl. Bradley, Guderian, S. 39f.; Model, Generalstabsoffizier, S. 16f.

Von den zehn Offizieren unserer Gruppe, die den Lehrgang an der Kriegsakademie zu Ende brachten, kamen – nach dem üblichen kurzen Intermezzo bei der Truppe – sieben, nämlich Hoth, Kleist, Kluge, Küchler, Leeb, Rundstedt und Weichs, noch im Frieden in den Generalstab[140]. Für Reichenau, Strauß und Stülpnagel reichte die Zeit vor Kriegsausbruch nicht mehr, um mit der geregelten praktischen Generalstabsausbildung zu beginnen. Reichenau und Stülpnagel wurden dennoch im Ersten Weltkrieg sehr bald als Generalstabsoffiziere verwendet, wie überhaupt während dieser Jahre fast alle unsere Offiziere – teilweise nach einer improvisierten Kurzausbildung[141] – in den Generalstab versetzt wurden. Dietl, Ruoff und Strauß wurden wenigstens in der höheren Adjutantur eingesetzt. Allein Busch, obwohl ehemaliger Selektaner, und Schobert mussten sich durchgehend an der Front bewähren.

Doch auch unter den Generalstäblern gab es Abstufungen. Nur Bock, wenn auch ohne Besuch der Kriegsakademie, Leeb und Rundstedt absolvierten die vollständige Generalstabsausbildung der Kaiserzeit. Diese drei Offiziere bekleideten dann im Juni 1941 als Heeresgruppen-Oberbefehlshaber die höchsten Ränge an der Ostfront. Unter den übrigen ragten die acht weiteren voll ausgebildeten Kriegsakademiker hervor[142]. Ihnen folgten Guderian, Hoepner und Manstein, die 1914 den Lehrgang abbrechen mussten, und die sieben ebenfalls erst im Krieg provisorisch ausgebildeten Generalstabsoffiziere[143]. Letztere profitierten vom größeren Personalbedarf des Generalstabs im Ersten Weltkrieg. Dennoch war die Kluft selbst zwischen ihnen und den Frontoffizieren noch recht groß. Eine weitere Auszeichnung war es, einmal im legendären „roten Haus" des Großen Generalstabs in Berlin im Geiste Moltkes und Schlieffens gearbeitet zu haben. Das konnten sieben Offiziere vorweisen, von denen allerdings wieder nur Bock, Leeb und Rundstedt längere Zeit in diesem Tempel des Generalstabs tätig waren[144].

Die Karriere der späteren Oberbefehlshaber an der Ostfront war also bereits vor dem Ersten Weltkrieg außergewöhnlich gut. Schon die überdurchschnittliche Herkunft und Bildung sowie das Ansehen der Waffengattung und des Regiments prädestinierten die meisten dieser Offiziere zu einer ausgezeichneten militärischen Laufbahn. Doch ausschlaggebend war die Bewährung im Dienst, die den Durchschnitt ebenfalls deutlich übertraf. Der überwältigenden Mehrheit dieser Gruppe gelang es, noch während der Friedensjahre des Kaiserreichs erste Schritte zur Verwendung in höheren Stellungen zu unternehmen. Dieser Weg ging immer mehr über den Adjutanten- und Generalstabsdienst. 15 Offiziere betätigten sich vor dem August 1914 als Adjutanten, 13 besuchten die Kriegsakademie, weitere zwei hatten die Aufnahmeprüfung bestanden, neun waren probeweise oder dauerhaft im Generalstab beschäftigt. Mit Busch und Dietl hatten bei Kriegsbeginn lediglich zwei weder als Adjutanten noch als Generalstabsoffiziere gedient noch die Kriegsakademie besucht. Die Tendenz zum Generalstabsdienst war unver-

[140] Außerdem wurden – wie bereits erwähnt – Bock und Lindemann direkt von der Truppe in den Generalstab kommandiert.

[141] Vgl. Model, Generalstabsoffizier, S. 19f., sowie das nächste Kapitel.

[142] Hoth, Kleist, Kluge, Küchler, Reichenau, Strauß, Stülpnagel und Weichs.

[143] Falkenhorst, Heinrici, Lindemann, Model, Paulus, Reinhardt und Schmidt.

[144] Kluge war 1913/14 etwas mehr als ein Jahr, Hoth, Küchler und Lindemann 1914 nur wenige Monate in den Großen Generalstab kommandiert, bevor der Krieg diese Beschäftigung beendete.

kennbar und wurde dann durch den Bedarf an Generalstäblern im Krieg noch gefördert. Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs blieb nur Busch seine gesamte bisherige Karriere auf den reinen Frontdienst beschränkt. Von diesen 25 Offizieren waren nun 20 (80 Prozent) ausgebildete Generalstabsoffiziere.

Was lässt sich aus diesem ungewöhnlichen Ausbildungs- und Berufsprofil schließen? Die langwierige Qualifizierung für eine höhere Verwendung entfernte diese jungen ehrgeizigen Offiziere recht bald vom Frontdienst, der sehr eintönig sein konnte, in dem man aber noch unmittelbar mit den Problemen der Truppen- und „Menschenführung"[145] konfrontiert wurde. Die meisten waren nur in den ersten Leutnantsjahren als Zugführer direkt für eine überschaubare Zahl einfacher Soldaten verantwortlich. Der Weg lenkte sie früher als üblich von der Kompanie in die eher abstrakte Welt der „Stube", in die unmittelbare Umgebung von Bataillons- oder Regimentskommandeuren und dann in die Akademien und höheren Stäbe. Auch bei den späteren für Generalstabsoffiziere obligaten Frontkommandos konnte diese frühzeitige Entfremdung von der Truppe und ihren Offizieren kaum ganz behoben werden.

Die zunehmend größeren Unterschiede zwischen Generalstabsoffizieren und Truppenoffizieren sowie bei letzteren nochmals zwischen den Infanteristen oder Kavalleristen und den immer zahlreicher werdenden technischen Spezialisten war bezeichnend für eine allgemeine Entwicklung: den Druck zur Professionalisierung in der modernen Industriegesellschaft[146]. Das preußisch-deutsche Offizierkorps war immer zugleich eine politisch-soziale und eine professionelle Elite, doch solange der Krieg noch beinahe ausschließlich mit Säbel, Gewehr und Geschütz auf dem Schlachtfeld geführt wurde, waren die beruflichen Ansprüche nicht so vielfältig, dass sie die Homogenität dieser Elite gefährdeten. Entsprechend galt das Offizierkorps vor allem als ein Gesellschafts- und erst in zweiter Linie als ein Berufsstand. Die immer kompliziertere Ausgestaltung des Kriegswesens und die immer deutlichere Tendenz zum technisch-industriellen Krieg führten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch zur stärkeren Spezialisierung und Differenzierung der Arbeit des Offiziers. Man benötigte neben dem Troupier, der seine Männer persönlich in den Kampf führte, immer mehr und immer besser ausgebildete Spezialisten für die Stabsgeschäfte, für die Logistik und für die technischen Waffen. Die Verlagerung des Kriegsakademieunterrichts von den allgemeinwissenschaftlichen zu den militärischen Fächern war dafür nur ein Symptom.

In diesem Bezugsrahmen muss auch die Ausbildung unserer Gruppe gesehen werden. Der Zwang zu arbeitsteiligen Prozessen in der modernen Berufswelt erfordert den Spezialisten. Dagegen war der umfassend gebildete Generalist, den Scharnhorst und seine Nachfolger für den Generalstabsdienst und die höhere

[145] Zu diesem Aspekt vgl. Messerschmidt, Menschenführung.

[146] Vgl. dazu und zu Folgendem den immer noch höchst anregenden Problemaufriss von Müller, Armee: Versuch, besonders S. 11–21, sowie die Forschungen Michael Geyers, zuletzt etwa Geyer, Past. Von der älteren Literatur über die Entwicklung der militärischen Elite vor 1914 vgl. neben den bereits genannten Titeln vor allem von Demeter, Messerschmidt und Rumschöttel noch Kitchen, Officer Corps. Allgemein zur Professionalisierung in der deutschen Gesellschaft vgl. McClelland, Experience, der dem Wilhelminischen Offizierkorps allerdings Modernität nicht zugestehen will (vgl. etwa ebd., S. 75f.), was sich kaum halten lässt. Zur arbeitsteiligen Struktur des modernen Militärwesens vgl. schon Janowitz/Little, Militär, S. 38–48 und passim.

Führung wollten, nun weniger gefragt. Die Generalstabsausbildung war in der späten Kaiserzeit von hohem professionellem Niveau, aber auch von militärisch-fachlicher Einseitigkeit geprägt. Der vielbeschworene „Geist Schlieffens" und sein Kriegsplan kennzeichneten diese Entwicklung: Der Vorrang lag auf der Operation und der offensiv geführten „Vernichtungsschlacht" unter Vernachlässigung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Bedingungen und Folgen[147]. Dass sich die Kriegsakademiker vorwiegend mit Taktik und Kriegsgeschichte befassen mussten, aktuelle politische oder ökonomische Fragen aber höchstens am Rande behandelt wurden, unterstrich diesen Trend zum rein Fachlichen, zum einseitigen „Soldatentum". Die Unterschätzung der allgemeinen Bildung zugunsten einer Reduktion der Ausbildung auf das vermeintlich Wesentliche trug den Keim der moralischen und politischen Deformierung in sich, die uns noch beschäftigen wird.

Die Offiziere dieser militärischen Übergangsepoche vor dem Ersten Weltkrieg befanden sich in einem schwerwiegenden Dilemma, das sie freilich noch nicht erkennen konnten. Zum einen zwangen die immer höheren professionellen Ansprüche zur Konzentration auf einen bestimmten fachlichen Bereich, der die ganze Kraft erforderte. Für den Generalstabsoffizier bedeutete dies vor allem das Streben nach größtmöglicher Kompetenz in operativen und taktischen Fragen. Zum anderen drohte das moderne Kriegswesen mehr denn je nichtmilitärische Belange zu berühren und an Probleme zu stoßen, für deren Bewältigung einseitige Spezialkenntnisse nicht genügten. Dadurch musste die Befähigung zur höheren Führung beeinträchtig werden. Dieses Dilemma, dessen Wurzeln in der Kaiserzeit liegen, wurde zu einer Konstante in der Karriere der späteren Oberbefehlshaber an der Ostfront. Das Janusgesicht der militärischen Professionalisierung wurde erstmals im Ersten Weltkrieg und beim Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschland deutlich. Doch bevor auf die Bewährungen und Erfahrungen unserer Offiziere in diesen Jahren einzugehen ist, muss gefragt werden, welche Wertvorstellungen und Überzeugungen über das enge Fachwissen hinaus sich durch die berufliche Sozialisation bilden konnten.

d. Ethos und Politik

Der zunehmende Professionalismus des Offizierkorps und seine Differenzierung in verschiedene Gruppen von Spezialisten mussten zu schwerwiegenden inneren Wandlungen führen. Die funktionale Homogenität dieser Elite gehörte der Vergangenheit an, und auch die soziale Geschlossenheit drohte aufzuweichen. Um trotz dieser Veränderungen den traditionellen Zusammenhalt zu wahren, wurde stärker denn je der alte Korpsgeist beschworen, der jetzt noch mehr als Bindemittel dienen musste[148]. Ob Kavallerist oder Pionier, Generalstäbler oder Frontoffizier, Adelsspross oder Bürgersohn, allen Offizieren sollte ein gemeinsames, auf

[147] Vgl. Bucholz, Moltke. Zu den Auswirkungen auf die Rüstung und Gefechtsausbildung vgl. Schulte, Armee; Storz, Kriegsbild. Vgl. auch die (teilweise überzogene) Kritik von Ostertag, Bildung, S. 305–314 und passim, an der Bildung und Ausbildung der Offiziere in der Kaiserzeit.

[148] Vgl. Geyer, Past.

„feudalen" Traditionen begründetes Standesbewusstsein und Ehrgefühl eingeimpft werden. Dieses besondere Offiziersethos, von dem bereits mehrfach die Rede war, bildete einen wesentlichen Bestandteil der Mentalität und erhielt entsprechend große Bedeutung für das Handeln der späteren Wehrmachtsgenerale.

Die Offiziersehre diente ursprünglich vor allem dem Zweck, der individuellen Angst im Kampf durch ein korporatives Ehrgefühl Schranken zu setzen[149]. Die militärischen Führer sollten ein Vorbild an Tapferkeit und Pflichttreue geben. Der Anspruch, der „Stand der Ehre" schlechthin zu sein, erhielt in der Monarchie außerdem eine politische Bedeutung. Die Gruppenehre der Offiziere bezog sich vor allem auf die unbedingte Loyalität gegenüber dem Fürsten und „obersten Kriegsherrn". Manstein erinnerte sich später[150]: „Für die Armee war der König der Kristallisationspunkt des Treue- und Pflichtgefühls gewesen, nicht der abstrakte Begriff des ‚Staates' und auch nicht das ‚Volk'. Niemand in der Armee sprach vom ‚Staatsdienst'. Man kannte nur den Begriff des ‚Königlichen Dienstes'."

Die Bindung an die Monarchie musste gerade in den Zeiten des gesellschaftlichen Umbruchs seit Beginn der industriellen Revolution eine akzentuiert systemerhaltende und konservative Note bekommen. Je stärker das monarchische System in Frage gestellt wurde, desto mehr wurden die Begriffe „Treue" und „Gehorsam" als zentrale Bestandteile der Offiziersehre betont. Das Prinzip der „unanfechtbaren inneren Geschlossenheit einer Korporation von Königspaladinen"[151] aufrechtzuerhalten und zu fördern, war ein Lebensinteresse der Monarchie, gerade seit 1871. Bezeichnend für diese innenpolitische Position des Offizierkorps war die Ablegung des Fahneneids. Obwohl fast alle deutschen Länder nach der Revolution von 1848 Verfassungsstaaten waren, leisteten die Offiziere und Soldaten ihren Eid bis zum Ende der Monarchie nicht auf die als „bürgerlich" geltende Verfassung, sondern in „feudaler" Tradition allein auf den Landesherrn[152]. Dieses eidliche Treuegelöbnis gegenüber dem Herrscher wurde in der Weimarer Republik für einige Jahre durch den Verfassungseid ersetzt, ehe dann 1934 mit der Vereidigung auf Hitler wieder bewusst an die alte Gewohnheit der Eidespflicht zu Treue und Gehorsam gegenüber der Person des Staatsoberhaupts angeknüpft wurde[153].

Die Richtschnur für die Offiziersehre der Kaiserzeit war die Einleitungsordre Wilhelms I. zur Ehrengerichtsverordnung vom 2. Mai 1874, die bis 1918 ihre Gültigkeit behielt[154]: „Wahre Ehre kann ohne Treue bis in den Tod, ohne unerschüt-

[149] Zum Ehrgefühl des preußisch-deutschen Offizierkorps grundlegend Demeter, Offizierkorps, S. 116–153; Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Abschnitt IV/2, S. 37–59 (Beitrag Messerschmidt). Für Bayern: Rumschöttel, Offizierkorps, S. 145–206. Sehr kritische neuere Analyse durch Ostertag, Bildung, S. 197–220. Auf die Fragen des Duellwesens und der Ehrengerichte kann hier nicht näher eingegangen werden.

[150] Manstein, Soldatenleben, S. 52.

[151] Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Abschnitt IV/2, S. 38 (Beitrag Messerschmidt).

[152] Vgl. Handbuch für Heer und Flotte, Bd. 3, S. 471 („Fahneneid"). Nach 1871 schworen die nichtpreußischen Soldaten außerdem, den Befehlen des Kaisers Folge zu leisten, was für die Bayern wiederum nur für den Kriegsfall galt.

[153] Zu dieser Kontinuitätslinie vgl. auch Demeter, Offizierkorps, S. 151; Lange, Fahneneid, passim.

[154] Abgedruckt in: Demeter, Offizierkorps, S. 287–290, Zitat S. 288. Von dieser Ordre sollte zukünftig „jeder neu ernannte Offizier des stehenden Heeres und des Beurlaubtenstandes" Kenntnis erhalten. Am 2. 11. 1875 wurde die Verordnung auch für die Offiziere der Kaiserlichen Marine, also

terlichen Mut, feste Entschlossenheit, selbstverleugnenden Gehorsam, lautere Wahrhaftigkeit, strenge Verschwiegenheit, wie ohne aufopfernde Erfüllung selbst der anscheinend kleinsten Pflichten nicht bestehen. Sie verlangt, dass auch in dem äußeren Leben des Offiziers sich die Würde ausdrücke, die aus dem Bewusstsein hervorgeht, dem Stande anzugehören, dem die Verteidigung von Thron und Vaterland anvertraut ist." Ein General unserer Gruppe, Georg Lindemann, bezeichnete diese Ordre noch 1936 als „Fundament für die Auffassung des alten Offizierkorps"[155]. Inwieweit die Indoktrination dieses Tugendkatalogs die Offiziere zu potentiellen Handlangern jeder – selbst einer unverblümt rechtswidrigen, ja verbrecherischen – staatlichen Politik und Kriegführung machte, ist eine grundlegende, doch wohl kaum endgültig zu beantwortende Frage. Immerhin stand in der Ordre Wilhelms I. neben den Grundpfeilern „Treue" und „Gehorsam" und den Tugenden „Mut", „Entschlossenheit" und „Pflichterfüllung" auch die „lautere Wahrhaftigkeit" als allgemeine, in den sittlich-moralischen Bereich gehende Verpflichtung. Auch sei daran erinnert, dass selbst Wilhelm II. und die Kadettenhäuser den Gehorsam nicht verabsolutierten, sondern darüber hinaus Eigenschaften wie „christliche Gesittung", „Sittlichkeit", „Offenheit und Wahrheit" und vor allem „Mut zur Verantwortung" verlangten.

Die Forderung nach Treue und Gehorsam bis zur Selbstverleugnung[156] wurde noch in der Wilhelminischen Zeit durch die Betonung moralischer Werte und der Verantwortung des Offiziers relativiert. Diese Verantwortung bezog sich nicht allein auf den Herrscher, sondern zunächst auf die Untergebenen, dann auf das Staatswesen an sich und letztlich – nach der Terminologie der Zeit – „auf Gott". Sie war im Deutschen Reich größer als in den meisten anderen Staaten, da die Tradition der Auftragstaktik dem einzelnen Offizier eine gewisse Selbständigkeit in der Ausführung von Befehlen ließ[157]. Kann man dennoch bereits für das ausgehende Kaiserreich und seine Offiziere eine deutliche Entwicklung zum „absoluten Gehorsam"[158] und einen „rasch fortschreitenden Verlust an religiöser und moralischer ‚Substanz'"[159] feststellen? Zeigte sich schon hier die „Herauslösung traditioneller Werte wie Gehorsam, Pflichterfüllung, Opferbereitschaft und Treue aus einem größeren Wertzusammenhang", die dann später „nicht nur zur militärischen und politischen, sondern auch zur moralischen Katastrophe" beitrug[160]?

Gewiss, die unbedingte Loyalität gegenüber der Monarchie bekam einen zunehmend großen und innenpolitisch wichtigen Stellenwert. Und der von Hoth eingestandene „Autoritätsglauben" war wohl ausgeprägter als etwa in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dennoch war die seit der Begründung des modernen Offzierstands herrschende Auffassung, dass „Gott, Ehre und Gewissen" letztlich

über die preußische Armee hinaus verbindlich. Vgl. Offiziere im Bild von Dokumenten, S. 191–194.

[155] Lindemann, Kraft, S. 305.

[156] Allgemein zur Geschichte und Soziologie der „militärischen Gehorsamsproduktion" vgl. Bröckling, Disziplin, wo allerdings nicht näher auf das Offizierkorps und die Generalität eingegangen wird.

[157] Vgl. Oetting, Auftragstaktik; Leistenschneider, Auftragstaktik. Vgl. auch Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Abschnitt IX, S. 428 f.; Creveld, Kampfkraft, S. 42–45.

[158] Vgl. Demeter, Offizierkorps, S. 146–153.

[159] Hillgruber, Endlösung, S. 275.

[160] Ebd.

höher stünden als der Befehl[161], nicht vergessen. Auch erhielt im Zeitalter der Nationalstaaten der Begriff des „Vaterlands", also der Staat, die Nation und das Gemeinwesen, eine neue Bedeutung neben der personalen Bezugsgröße des Monarchen. Das Beispiel des preußischen Offiziers Johann Friedrich Adolf von der Marwitz, der „Ungnade wählte, wo Gehorsam nicht Ehre brachte", indem er die von Friedrich II. befohlene Plünderung des Schlosses Hubertusburg verweigerte[162], oder des Generals Ludwig v. Yorck, der 1812 das „Vaterland" über den Befehl des Königs stellte und selbständig die Konvention von Tauroggen abschloss, wurden – um nur die bekanntesten zu nennen – im kollektiven Gedächtnis des Offizierkorps bewahrt. Auch die Ansichten des älteren Moltke über die Grenzen der Gehorsamspflicht waren vielen geläufig[163]. Dass solche Gedanken den Offizieren, die im Kaiserreich erzogen wurden, auch unter den Bedingungen der NS-Diktatur noch nicht durchweg fremd geworden waren, belegt besonders eindringlich die Argumentation Ludwig Becks in seiner bekannten Aufzeichnung vom 16. Juli 1938: „Ihr [der höchsten Führer der Wehrmacht] soldatischer Gehorsam hat dort eine Grenze, wo ihr Wissen, ihr Gewissen und ihre Verantwortung die Ausführung eines Befehls verbietet."[164]

Grundsätzlich wird kaum zu entscheiden sein, wie ausgeprägt und folgenreich das Verständnis von Gehorsam und Treue war, das den späteren Wehrmachtsgeneralen vor dem Ersten Weltkrieg anerzogen wurde. Das komplizierte Verhältnis von Standesethik und Individualethik, von Zwängen der Standesehre einerseits und individuellen Moralvorstellungen andererseits war letztlich eine Frage der Persönlichkeit und konnte sehr unterschiedlich ausfallen. In diese Persönlichkeiten hineinzuleuchten, erlauben die biographischen Quellen unserer Gruppe für die Zeit vor 1914 nicht. Es ist auch wenig wahrscheinlich, dass sich junge Offiziere in den Friedensjahren des Kaiserreichs mit abstrakten Reflexionen über Grenzfälle des Berufsethos beschäftigten. Die Welt vor 1914 schien trotz aller Wandlungen noch heil und gefestigt, die Politik und Kriegführung noch weit entfernt von Situationen, die das Verhalten eines Marwitz oder Yorck gerechtfertigt hätten. Eine gewisse Sorg- und Reflexionslosigkeit ist aber noch kein Indiz dafür, dass diese Offiziere schon in der Kaiserzeit moralisch zu reinen Befehlsempfängern de-

[161] Zu dieser Tradition vgl. Offiziere im Bild von Dokumenten, S. 15.

[162] Noch der Band 6 des als kriegswissenschaftliche Enzyklopädie maßgeblichen „Handbuchs für Heer und Flotte", der 1914 nach Kriegsbeginn erschien, widmete Marwitz einen eigenen Eintrag und erwähnte die Ablehnung des Befehls als Verhalten eines „charaktervollen Mannes" (S. 343).

[163] Ausgerechnet in einer 1941 in Berlin erschienenen Kompilation wird aus dem Entwurf einer (nicht gehaltenen) Rede Moltkes vor dem Reichstag des Norddeutschen Bundes von 1868 zitiert, in: Gedanken von Moltke, S. 38f.: „Der Kommandierende einer Armee, welcher im Begriff steht, ein Unternehmen auszuführen, dessen Folgen nie gesichert sind, oder der Staatsmann, der eine große Politik zu leiten hat, wird sich nicht durch die Besorgnis abhalten lassen, daß er vor ein Kriegsgericht gestellt oder vor das Stadtgericht zu Berlin zitiert werden kann. Er trägt eine ganz andere Verantwortung vor Gott und seinem Gewissen für das Leben von Tausenden seiner Leute und das Wohl des Staates; er hat mehr zu verlieren als bloß seine Freiheit oder sein Vermögen." Allerdings könnte dieses Zitat auch zur Begründung rechtsfreier Räume in der „großen" Politik und Kriegführung missbraucht werden, wie auch der Zusatz Moltkes nahe legt: „Politische Verbrechen werden nur bestraft, weil sie mißlungen sind."

[164] Abdruck in: Müller, Armee: Darstellung, S. 349f. Andere erkannten das Dilemma des Verhältnisses von Gehorsam und Moral nicht oder zu spät, wie etwa Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, der vor dem Nürnberger Tribunal seine Schuld eingestand, nicht gesehen zu haben, „daß auch der soldatischen Pflichterfüllung eine Grenze gesetzt ist" (IMT, Bd. 22, S. 431).

formiert wären – wenn auch vermutlich in diesen Jahren der Keim der Deformation angelegt wurde, gefördert durch die zunehmende Konzentration auf den rein fachlichen Aspekt des Offizierberufs.

Erst viel später kamen die Oberbefehlshaber auf die verschiedenen Aspekte des Gehorsams und ihre Erziehung im Kaiserreich zu sprechen, häufig durch die Fragen der alliierten Ermittlungsbehörden nach dem Zweiten Weltkrieg gedrängt. Diese Äußerungen vermitteln einen gewissen Eindruck von den Prägungen in dieser Zeit, wenn sie auch wegen ihres retrospektiven und rechtfertigenden Charakters keine authentischen Zeugnisse über das Offizierkorps der Wilhelminischen Ära sind. Erich Hoepner etwa erinnerte sich im Winter 1942/43, nachdem für ihn der Widerstreit von Gehorsam und Verantwortung zum Bruch mit Hitler und zum Ausscheiden aus der Wehrmacht geführt hatte, an seine militärische Prägung in der Kaiserzeit[165]: „In der alten Kaiserlichen Armee ist niemals von denkenden Soldaten ein Gehorsam verlangt worden, der die Ausführung eines sinnlosen Befehls forderte. Im Dienstunterricht wurden sogar Fälle besprochen, in denen der Untergebene einen Befehl nicht auszuführen brauchte." Dem „Kadaver-Gehorsam" stellte er ausdrücklich das Verantwortungsbewusstsein und die Selbständigkeit des Offiziers gegenüber, in denen er wichtige Bestandteile des Ehrgefühls sah[166]: „Ein General, dem das Leben von vielen tausenden Deutschen in die Hand gegeben ist, hat dessen Einsatz vor dem ganzen Heere, ja vor seinem Volk zu verantworten. Darin liegt seine Ehre, daß er in solcher Berufsauffassung seine Pflicht tut."

Ging es Hoepner vor allem um Selbständigkeit im taktischen und operativen Bereich, so wurden in den Nürnberger Nachkriegsprozessen auch die darüber hinausgehenden politischen und moralischen Verantwortlichkeiten angesprochen. So wurde Gerd v. Rundstedt 1946 gefragt, ob er während seiner militärischen Ausbildung die Bücher Moltkes gelesen habe[167]. Als er dies – obwohl er „am liebsten Kriminalromane" lese – bejahte, wurde nachgehakt: „Stimmen Sie mit der Losung des preussischen Generalstabs überein, die den Generalstabsoffizieren vorgetragen wurde während ihrer Erziehung: ‚Ein Offizier schuldet niemand Gehorsam, wenn der Befehl gegen seine Ehre geht.'" Der Feldmarschall suchte zunächst auszuweichen – „Ich lasse mich nicht ins Examen nehmen hier, ich bin kein Kadett"[168] –, räumte dann aber ein, er sei „derselben Ansicht wie der alte Moltke, dass man vor Gott und seinem Vaterland für sein Tun verantwortlich ist". Der genaue ethische Bezug wurde offen gelassen, doch gerade Rundstedt legte in Nürnberg großen Nachdruck darauf, dass der traditionelle Ehrbegriff der älteren Offiziere besonders die Werte „Anstand und Ritterlichkeit" enthalte[169]: „Als ältester Soldat des deutschen Heeres erkläre ich zusammenfassend: Wir angeklagten Führer sind in den alten soldatischen, auf Anstand und Ritterlichkeit gegründeten Traditionen erzogen worden, haben danach gelebt und gehandelt, und dies auch

[165] Aufzeichnung Hoepners, Winter 1942/43, in: BA-MA, N 51/6, Bl. 8.
[166] Ebd., Bl. 9. Vgl. auch ebd., Bl. 11: „Die Selbständigkeit der Führer aller Grade in ihrem Rahmen ist eine Forderung der Lehrmeister der Kriegskunst."
[167] Vernehmung Rundstedts durch die IMT-Kommission, 19. 6. 1946, in: IfZ-Archiv, ZS 129, Bl. 35f.
[168] Ebd. „Diese Losung ist mir unbekannt. Es gibt nur eine Losung: ‚Der Generalstabsoffizier muss mehr sein als scheinen.'"
[169] IMT, Bd. 21, S. 40 (12. 8. 1946).

auf die jüngeren Offiziere zu übertragen versucht." Das musste sich vor allem auf das soldatische Verhalten im Krieg und die Behandlung des Gegners beziehen.

Auch Erich v. Manstein sah sich als „alter preußischer Offizier" in diesen Traditionen von Ehre und Anstand[170] – und räsonierte über die Konflikte zwischen der Gehorsamspflicht und der soldatischen Verantwortung bzw. Ehre[171]: „An sich ist der militärische Gehorsam selbstverständlich unbedingt und unteilbar. Es hat aber immer im Laufe der Kriege Fälle gegeben, in denen höhere militärische Führer einen Befehl nicht oder anders ausgeführt haben. Das liegt in der höheren Verantwortung, die ein hoher militärischer Befehlshaber trägt." Er bezog dieses Recht „zur Abweichung vom Befehl" zunächst wieder nur auf taktisch-operative Fragen und verwies dabei auf das Prinzip der Auftragstaktik[172]. Erst im weiteren Verlauf seiner Aussage im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess gestand er prinzipiell auch eine „moralische Pflicht" zum Ungehorsam ein[173]: „[Diese] moralische Pflicht wäre gegeben gewesen zum Beispiel in solchen Fällen wie den Judenexekutionen, aber davon erfuhren wir nichts." Trotz aller Windungen – schließlich ging es um so heikle Fragen wie den Kommissarbefehl und den Judenmord – musste auch Manstein rückblickend zugeben, dass Verantwortung und Moral nach seiner in der Kaiserzeit erworbenen Berufsauffassung letztlich höher stünden als ein unreflektierter Gehorsam.

In dieselbe Richtung gingen auch die Aussagen anderer Befehlshaber unserer Gruppe. Gotthard Heinrici berief sich bei einer Befehlsverweigerung in den letzten Kriegstagen ausdrücklich auf die Verantwortung seinen Soldaten und dem deutschen Volk gegenüber. Den alliierten Untersuchungsbehörden erzählte er diese Episode geradezu als Muster der Pflichten und Möglichkeiten des deutschen Offiziers[174]: „[Keitel] sagte, ich hätte nicht widerzureden, sondern zu folgen. Ich habe geantwortet, ich träge eine Verantwortung hier und auch wenn Sie behaupten, dass Befehle, die Sie geben, mich vor der Verantwortung entlasten, so erkenne ich das nicht an. Ich bin dem deutschen Volk gegenüber verpflichtet und ich werde diese jungen Soldaten nicht opfern, und wenn Sie auf dem Befehl bestehen, so müssen Sie jemand anderen suchen, ich tue es nicht." Und auch als Maximilian v. Weichs gefragt wurde, ob es zum „Berufs-Ethos eines deutschen Offiziers" gehöre, „Befehle krimineller Art auch dann zu missachten, wenn er dabei seine Stellung aufs Spiel setzt", antwortete er ohne Umschweife[175]: „Meiner Ansicht nach ja." Georg Lindemann beantwortete die Zweifel des Vernehmungsbeamten an der angeblichen Nichtweitergabe des Kommissarbefehls[176]: „Sie haben Recht, Befehl ist Befehl, trotzdem haben die älteren Führer nicht jeden Befehl ausgeführt, und ich gehörte auch dazu."

[170] Aussage Mansteins vor dem Nürnberger Tribunal, 10. 8. 1946, in: IMT, Bd. 20, S. 681. Vgl. auch Manstein, Soldatenleben, S. 35: „Was unser Regiment seinen Angehörigen mitgab, war die Treue zum König, das soldatische Pflicht- und Ehrgefühl."

[171] IMT, Bd. 20, S. 664.

[172] Ebd.: In Deutschland sei „diese Selbständigkeit der Unterführer besonders betont worden".

[173] Ebd., S. 679.

[174] Vernehmung Heinricis in Nürnberg, 15. 10. 1947, in: IfZ-Archiv, MA 1569/26. Heinrici hatte sich einem Befehl Keitels zum entschlosseneren Widerstand seiner völlig abgekämpften Truppen widersetzt.

[175] Vernehmung von Weichs in Nürnberg, 12. 2. 1947, in: IfZ-Archiv, MA 1569/77.

[176] Vernehmung Lindemanns in Nürnberg, 29. 9. 1947, in: IfZ-Archiv, MA 1569/42.

Diese Beispiele, die sich beliebig fortführen ließen, belegen – trotz aller Vorbehalte gegen die Quellengattung retrospektiver Rechtfertigungen – immerhin, dass die „höhere Verantwortung" zunächst für die eigenen Soldaten und dann „vor Gott und Vaterland" sowie die „moralische Pflicht" von diesen noch in der Kaiserzeit erzogenen und ausgebildeten Generalen keineswegs vergessen worden waren. Dass sich sehr viele Offiziere nach 1945 auf ihre Eidespflicht gegenüber Hitler beriefen, steht dazu nicht grundsätzlich im Widerspruch. Den Eid auf die Person des Staatsoberhaupts hatte es schon in der Monarchie gegeben. Das änderte nichts am traditionellen Verständnis der Grenzen von Treue und Gehorsam gegenüber einem Einzelnen, das sich auf mehrere allgemein bekannte Präzedenzfälle in der preußisch-deutschen Geschichte berufen konnte. Dieses Verständnis war auch in der Wehrmachtsgeneralität nicht vollständig verschütt gegangen. Die im „alten Heer" aufgenommene Ehrauffassung hatte offensichtlich noch nicht jenen Zustand der Degeneration erreicht, der diese Offiziere jedem noch so unsinnigen oder amoralischen Befehl „absolut" hätte gehorchen lassen. Die Antwort auf die grundlegende Frage, weshalb sich dennoch so wenige Generale gegen Hitler und seine Politik stellten, muss daher komplexer ausfallen. Der Hinweis auf den angeblichen moralischen Verfall schon im Offizierkorps der ausgehenden Kaiserzeit reicht allein nicht aus.

Nicht weniger wichtig als die ethischen Bezugspunkte der Offiziersehre waren die politischen Orientierungen. Von der monarchischen Gesinnung der jungen Offiziere war bereits die Rede. Sowohl die Herkunft aus den „erwünschten Kreisen" als auch die Schul- und Berufsbildung gewährleisteten und festigten diese Grundüberzeugung. Hoth fasste die politische Ausrichtung seiner Erziehung später prägnant zusammen[177]: „Kadettenkorps. Königstreue selbstverst[ändlich]. Kaisertum erfüllt alle Wünsche. Sozialdem[okratie] Feind." Die „jugendliche" und betont militärische Erscheinung Kaiser Wilhelms II. verstärkte diese Einstellung noch. Ewald v. Kleist etwa erinnerte sich später „meines Enthusiasmus für den Kaiser"[178]. Das Offizierkorps war ohne Zweifel eine wichtige Bastion der restaurativen Kräfte, die eine „starke" Politik im Innern und Äußern befürworteten und für die Mitsprachewünsche des Parlaments, der Parteien oder gar der Arbeiterbewegung kein Verständnis zeigten.

Diese früh angelegte politische Haltung hätte freilich durch eine Beschäftigung mit der Tagespolitik differenziert werden können. Dafür gibt es aber für unsere Gruppe vor dem Ersten Weltkrieg kaum Anhaltspunkte. Dass Guderian während der Julikrise von 1914 sein „Interesse für derartige Fragen" bekundete[179], ist noch kein Beleg für eine regelmäßige Auseinandersetzung mit der Gegenwartspolitik. Ein tieferes politisches Interesse mag es bei dem einen oder anderen gegeben ha-

[177] Notizen Hoths „Stellungnahme zum Nationalsozialismus", kurz nach 1945, in: BA-MA, N 503/72.

[178] Kleist, Erinnerungen, Bd. 2, in: BA-MA, N 354/24, Bl. 74.

[179] Guderian an seine Frau, 26. 7. 1914, in: Bradley, Guderian, S. 41. Guderian glaubte, dass „die Haupthetzer Frankreich und Rußland" noch nicht stark genug seien. „Die beiden renommieren zu sehr, als daß alles wahr sein könnte. Man erfährt hier leider alle Nachrichten sehr spät; Du kannst Dir denken, wie mich das bei meinem Interesse für derartige Fragen ärgert. Zum Glück hat mein Hauptmann die Tägl. Rundschau und stellt sie mir immer zur Verfügung." Ein solches Interesse für politische Fragen war in dieser Zeit unter jüngeren Offizieren noch eher die Ausnahme.

ben, die Regel war es gewiss nicht. Wenn überhaupt, wurde der Außenpolitik, die eher die militärischen Belange zu berühren schien, größere Aufmerksamkeit geschenkt als der Innenpolitik oder gar den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen im modernen Industriestaat. Im Rückblick bekräftigten viele Generale ihr Desinteresse „in politicis". Es sei „eine uralte preußische Tradition, dass der Offizier sich um Politik nicht zu kümmern hat", betonte Rundstedt in Nürnberg[180], und Georg v. Küchler sagte aus[181]: „Ich bin schon im 1. Weltkrieg Offizier gewesen und wir haben uns um Politik nicht gekümmert." Auch wenn damit eher die politische Betätigung als die politische Meinung angesprochen wurde[182], bestand offenbar gerade bei jungen Offizieren meist wenig Neigung, sich mit politischen Problemen auseinanderzusetzen. Weichs machte auf diese Defizite aufmerksam, als er einräumte, „dass wir Offiziere aus der kaiserlichen Zeit erzogen worden sind, unpolitisch zu sein. Wir sind wenig dazu erzogen worden, einen klaren Blick für die politischen Verhältnisse zu haben."[183]

Natürlich war der Hinweis auf die „unpolitische" Haltung des Offiziers auch eine taktische Argumentation von Angeklagten, die der gesellschaftlichen Stellung und häufig auch dem persönlichen Interesse nicht zu jeder Zeit entsprach. Gerade in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg kam man an einer Beschäftigung mit politischen Fragen kaum mehr vorbei[184]. Doch in den vergleichsweise ruhigen letzten Friedensjahren des Kaiserreichs wird diese dann insgesamt behauptete Einstellung noch vorgeherrscht haben. 1907 erkannten selbst die für das militärische Erziehungswesen verantwortlichen Stellen eine gewisse Vernachlässigung der politischen Bildung und erweiterten deshalb die Vorträge über moderne Geschichte und Politik an der Kriegsakademie[185]. Die Sorge richtete sich vor allem auf den Generalstabsoffizier, der wegen seiner teilweise über das Militärische hinausgehenden Aufgaben einen weiteren Horizont besitzen musste als der Frontoffizier: „Wenn der Offizier auch keine Politik treiben dürfe, so solle er keineswegs politisch ungebildet und befähigt sein, durch gründliche staatsbürgerliche Bildung Fühlung mit anderen gesellschaftlichen Klassen zu gewinnen."

Dennoch wird sich der junge Leutnant oder Hauptmann in diesen Jahren in der Regel wenig mit Politik, zumal mit Innenpolitik, beschäftigt haben. Die Verhältnisse schienen trotz der zeittypischen „Nervosität" zu stabil, das eigene politische Weltbild war zu festgefügt, um sich über solche Fragen Gedanken zu machen. Der nächste große Krieg wurde zwar erwartet, aber keineswegs als bedrohlich empfunden. Man fühlte sich – je provinzieller die Garnison desto mehr – in seiner Hingabe zu Kaiser, Monarchie und „Vaterland" unangefochten, zweifelsfrei und selbstbewusst. Außerdem bot der Dienst Anforderungen genug. Keiner hat diese Haltung des kaiserlichen Nachwuchsoffiziers kurz vor dem Ersten Weltkrieg später so prägnant zusammengefasst wie ein Wehrmachtsgeneral, der zwar nicht un-

[180] Aussage Rundstedts vor dem Nürnberger Tribunal, 12. 8. 1946, in: IMT, Bd. 21, S. 45.
[181] Vernehmung Küchlers in Nürnberg, 8. 10. 1947, in: IfZ-Archiv, MA 1569/39.
[182] Aussage Rundstedts vor dem Nürnberger Tribunal, 12. 8. 1946, in: IMT, Bd. 21, S. 48: „Einen politischen Standpunkt kann jeder für sich einnehmen; aber ich darf mich nach außen hin nicht politisch betätigen; das verstehe ich unter politischem Standpunkt."
[183] Vernehmung von Weichs in Nürnberg, 31. 1. 1947, in: IfZ-Archiv, MA 1569/77.
[184] Dazu ausführlicher Kapitel I,2.
[185] Scharfenort, Kriegsakademie, S. 303 f., das folgende Zitat S. 303.

serer Gruppe angehörte, aber aus derselben Generation stammte (Jahrgang 1888) und auch für diese gesprochen haben dürfte. Hans Oster wusste in den Gestapo-Verhören nach dem 20. Juli 1944, dass er nichts mehr zu verlieren hatte, als er sich über seinen soldatischen Werdegang vom Kaiserreich bis zur Diktatur äußerte[186]: „Wir sind seinerzeit aus mehr noch kindlicher Passion zum Soldatentum in der Monarchie Offizier geworden. Dass diese Staatsform einmal in die Brüche gehen könnte, war für uns nicht vorstellbar. *Politik gab es für uns nicht. Wir trugen des Königs Rock, und das genügte uns.* Im Kasino das ‚Berliner Tageblatt' oder die ‚Frankfurter Zeitung' zu lesen, war verpönt."

Man muss sich diese mit dem Begriff „kindliche Passion" prägnant charakterisierte, geradezu naive Einstellung der meisten jungen Offiziere vor dem Ersten Weltkrieg vergegenwärtigen, wenn man ihnen gerecht werden will. Die Monarchie stand noch wie ein „rocher de bronce", die Schreckensgestalt zukünftiger Kriege warf kaum ihre Schatten voraus, die Stellung des Offiziers war glänzend. Mit den Worten Ewald v. Kleists[187]: „Eine glanzvolle, glückliche Zeit, so wie sie Deutschland wohl nicht wiedersieht, und doch stand damals der 1. Weltkrieg schon drohend vor der Tür." Alles schien fest, klar, geordnet, gut und aussichtsreich. Nur die Außenpolitik entwickelte sich zusehends unruhig, doch auch hier wurde die Schuld schnell bei den anderen gesucht: England, Russland und Frankreich neideten dem Deutschen Reich seine Weltgeltung. Warum aber sich beunruhigen, wozu grübeln, gehörte man als Offizier doch ohnehin zu den „Tatmenschen" und „Willensmenschen"[188], die der „Grübelei" fern zu stehen hatten. Keiner dieser selbstbewussten, aber unerfahrenen Offiziere konnte ahnen, dass ihr scheinbar so unangefochtenes Ehrgefühl und Weltbild innerhalb nur weniger Jahre und Jahrzehnte in schrecklichen Kriegen und inneren Unruhen, in Revolution, Republik und Diktatur so hart auf die Probe gestellt werden sollte. Alle Gedanken über den letzten Grund der Offiziersehre, über die Grenzen des Gehorsams, über politische Fehlentwicklungen und Alternativen waren vielleicht nicht völlig fremd, jedoch in der Situation vor 1914 sehr abstrakt. Die drohenden Gewissenskonflikte schienen den meisten – wie es Oster formulierte – schlichtweg „nicht vorstellbar". Junge Offiziere wie unsere späteren Oberbefehlshaber werden sich daher mit diesen Fragen kaum befasst haben.

Ist ihnen daraus ein Vorwurf zu machen, war ihr Ethos deswegen hohl, ihre politische Haltung verfehlt? Vorschnelle Urteile ex nunc sollten vermieden werden. Sicher lassen sich bereits in dieser Phase ihrer Entwicklung Tendenzen erkennen, die den späteren Missbrauch ihrer professionellen Fähigkeiten erleichterten: die soziale Abgeschlossenheit, die nationalkonservative, vor dem Hintergrund der Wilhelminischen „Weltpolitik" vermutlich vergröberte politische Gesinnung, die Autoritätsgläubigkeit, die fachlichen Scheuklappen infolge der zunehmenden Professionalisierung und Spezialisierung. Doch all die beschriebenen Voraussetzungen der Herkunft, der Bildung und der Erziehung im kaiserlichen Deutschland prädestinierten diese Offiziere noch lange nicht zwangsläufig zu militäri-

[186] Jacobsen (Hrsg.), Spiegelbild, Bd. 1, S. 302.
[187] Kleist, Erinnerungen, Bd. 2, in: BA-MA, N 354/24, Bl. 16f.
[188] Vgl. Breymayer/Ulrich/Wieland (Hrsg.), Willensmenschen.

schen Handlangern der NS-Diktatur. Die Zukunft war offen, im Positiven wie im Negativen, die persönliche Prägung lange nicht beendet. Diese jungen Männer hatten militärisch, politisch und moralisch ihre Unschuld noch nicht verloren. Umso einschneidender musste sich nach dem August 1914 die Welt für sie ändern, als sie aus ihrem „Dornröschenschlaf"[189] erwachten. Sie sollten nie wieder zu jener so merkwürdigen und letztlich trügerischen Mischung aus Geborgenheit und Glanz zurückfinden, die ihnen „ihre" Kaiserzeit geboten hatte.

[189] Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Abschnitt IV/2, S. 121 (Beitrag Messerschmidt).

2. Umbrüche: Erster Weltkrieg und Republik

a. Kriegserfahrungen

Die jungen Offiziere von 1914 waren auf den Krieg vorbereitet. Mit nichts anderem hatten sie sich seit Jahren befasst. Dennoch wurden sie von ihm überrascht. Mögen auch die Überlegungen von Clausewitz über den „absoluten Krieg“[1] oder von Moltke über den „Volkskrieg“[2] bekannt gewesen sein, mag auch jeder geahnt haben, dass der nächste Krieg nicht ins Zeitalter der Kabinettskriege zurückführen, sondern die Gewalt der beiden bisher am meisten „industrialisierten“ Kriege, des amerikanischen Sezessionskriegs und des deutsch-französischen Krieges[3], weit übertreffen werde, mag auch in der militärischen Führung und der Militärpublizistik der „Totale Krieg“ teilweise schon antizipiert worden sein[4]: Mit diesem jahrelangen, in Gräben, Stacheldraht und Stahl, Dreck und Blut erstarrenden, Mensch und Material bis zu den letzten Ressourcen verschlingenden, zugleich grauen und grauenhaften Ringen der Industrienationen hatte wohl keiner gerechnet. Das galt um so mehr für die jüngeren Offiziere, die noch keinen Blick für das Ganze besitzen konnten. Zu ihnen zählte der im August 1914 23-jährige Leutnant Walter Model ebenso wie der 38-jährige Hauptmann Gerd v. Rundstedt. Doch gleichgültig, ob Fähnrich oder Feldmarschall: Dieser „Große Krieg“ wurde nicht nur im Leben der Völker, sondern auch in der Biographie des einzelnen Menschen zum Wendepunkt, der ein „vorher“ und ein „danach“ markierte. Nach den Erfahrungen im Weltkrieg waren die Maßstäbe des Denkens und Handelns nicht mehr dieselben wie in den Friedensjahren des Kaiserreichs.

Überblicken wir zunächst die Kriegsverwendungen, die „Kriegskarrieren“ unserer 25 Berufsoffiziere, die vom ersten bis zum letzten Kriegstag „im Dienst“ waren. Sie alle bestanden die große Überlebens- und Bewährungsprobe des Ersten Weltkriegs. Das war angesichts der hohen Ausfallquote an Offizieren – in diesem Krieg fiel jeder vierte aktive Offizier[5] – bemerkenswert. Bei einem Sterben oder Scheitern in diesem Ausleseverfahren wären sie weder in die Reichswehr übernommen worden noch in die höchsten Ränge der Wehrmacht aufgestiegen. Im August 1914 zogen sechs von ihnen als Leutnants, dreizehn als Oberleutnants und sechs als Hauptleute in den Krieg; im November 1918 war lediglich Dietl noch im Oberleutnantsrang, während die übrigen als Hauptleute, Bock, Leeb und Rund-

[1] Vgl. Wehler, Krieg.
[2] Vgl. Foerster (Hrsg.), Moltke.
[3] Zu den Tendenzen zum „Totalen Krieg“ in diesen Kriegen, besonders im Sezessionskrieg, vgl. Förster/Nagler (Hrsg.), Road.
[4] Vgl. Boemeke/Chickering/Förster (Hrsg.), Anticipating Total War. Vgl. auch Dülffer, Kriegserwartung.
[5] Vgl. die Anm. 23 in diesem Kapitel.

stedt sogar als Majore aus dem Krieg gingen. Die Bewährung im Krieg hatte bei den meisten dieser Berufsoffiziere zu einer Beschleunigung des Avancements geführt.

Ein weiterer Indikator der Bewährung ist die ungewöhnlich hohe Zahl von Auszeichnungen. Alle erwarben das Eiserne Kreuz 1. Klasse, viele darüber hinaus auch den zweithöchsten preußischen Kriegsorden, das Ritterkreuz des Königlichen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern. Reinhardt wurde die höchste sächsische Tapferkeitsauszeichnung, das Ritterkreuz des Militär-St.-Heinrich-Ordens, verliehen. Besonders begehrt waren die höchsten Orden der beiden größten deutschen Bundesstaaten. Der preußische Pour le mérite wurde im Ersten Weltkrieg nur 687-mal, der bayerische Militär-Max-Joseph-Orden, der mit dem persönlichen Adelstitel verbunden war, lediglich 267-mal vergeben. Für Offiziere unterhalb von Regimentskommandeuren war die Chance, mit diesen Orden ausgezeichnet zu werden, relativ gering[6]. Um so bemerkenswerter ist es, dass mit den Pour-le-mérite-Trägern Bock und Busch sowie den Rittern des Militär-Max-Joseph-Ordens Leeb und Schobert gleich vier Offiziere unserer Gruppe diese geradezu legendären Kriegsauszeichnungen erhielten.

Beim Kriegseinsatz dieser Gruppe zeigt sich zunächst eine große Spannweite, die von der Verwendung als Kompanieführer bis zur Tätigkeit als Generalstabsoffizier ganz unterschiedliche Aufgabenbereiche umfasste. Unterschiedlich war auch die Nähe zur Truppe und zum eigentlichen Kampfgeschehen. Im August 1914 trugen die Kompanieführer Busch, Falkenhorst, Lindemann, Schobert und Stülpnagel sowie der Eskadronführer Kleist direkte Verantwortung für ihre Untergebenen, die sie ins Gefecht bringen und denen sie ein Vorbild sein mussten. Bedingt galt dies auch für Guderian, der als Führer einer Schweren Funkenstation eine technische Truppeneinheit befehligte. Den Frontoffizieren vom Bataillonskommandeur an waren Adjutanten zur Seite gestellt, die nicht nur stabsähnliche Bürodienste verrichten, sondern ihre Kommandeure mit der Waffe in der Hand im Gefecht unterstützen mussten. Besonders bei den Frontalangriffen der ersten Kriegswochen waren sie dem Feuer genauso ausgesetzt wie diese. So gehörten die Bataillonsadjutanten Dietl, Heinrici, Model und Paulus, die Regimentsadjutanten Manstein, Reichenau, Reinhardt und Ruoff sowie – mit Einschränkungen – der Leutnant in einer Fernsprechabteilung Schmidt eher zu den Front- als zu den Stabsoffizieren.

Diesen 16 frontnahen Offizieren standen zu Kriegsbeginn neun Offiziere gegenüber, die in höheren Stäben arbeiteten. Drei von ihnen dienten als Ordonnanzoffiziere in Divisionsstäben (Strauß, Weichs) bzw. im Generalkommando eines Armeekorps (Hoepner), die übrigen sechs waren Generalstabsoffiziere. Während der Erste Generalstabsoffizier (Ia) einer Division Rundstedt und die Quartiermeister in Generalkommandos Bock und Leeb bereits auf langjährige Stabserfah-

[6] Der nur für das Offizierkorps bestimmte Pour le mérite wurde an 533 Heeresoffiziere vergeben, unter denen aber nur 68 Bataillons- und Abteilungskommandeure, 11 Kompanieführer, 1 Batterieführer, 2 Zug- und Stoßtruppführer und je 1 Regiments- und Bataillonsadjutant waren. Den größten Teil erhielten höhere Truppenführer und Generalstabsoffiziere, häufig vor allem als Anerkennung für ihre Truppen oder Stäbe. Vgl. Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften, Bd. 2, S. 583 f.

rungen zurückblicken konnten, kamen Hoth, Kluge und Küchler unmittelbar aus ihrer Lehrzeit im Großen Generalstab in untergeordnete Stabsverwendungen. Wenn man sich an Hitlers Vorbehalte gegen die angeblich frontfremde ältere Generation der Wehrmachtsgeneralität erinnert[7], dann ist es doch erwähnenswert, dass von diesen 25 späteren Oberbefehlshabern im August 1914 zwei Drittel an der Front eingesetzt waren.

Im November 1918 hatte sich das Verhältnis von Frontnähe und Frontferne jedoch mehr als umgekehrt. Nun waren mit 20 etatmäßigen Generalstabsoffizieren vier Fünftel mit Stabsarbeit beschäftigt. Zwei weitere Offiziere waren – wenn auch keine Generalstäbler – ebenfalls dem Kampf an der Front entzogen: Ruoff wurde vertretungsweise in einem Divisionsstab verwendet und Dietl war als Brigadeadjutant in der höheren Adjutantur tätig. Nur noch drei Offiziere, die Bataillonskommandeure Busch, Schobert und Strauß, wurden direkt an der Hauptkampflinie eingesetzt, führten also den Kampf mit der Waffe. Diese eindeutige Tendenz von der Front in die Stäbe hatte verschiedene Ursachen. Vor allem benötigte das Heer im Krieg wesentlich mehr Generalstabsoffiziere, als im Frieden ausgebildet worden waren. Junge Offiziere, die bereits vor Kriegsbeginn erste Schritte zur Generalstabsausbildung unternommen und sich dann im Krieg an der Front bewährt hatten, galten als besonders geeignet, diesen Bedarf zu decken. Der Generalstabsdienst besaß unvermindert große, im Krieg noch gesteigerte Attraktivität. Die Chance, irgendwann die berühmten „roten Hosen" anziehen zu dürfen, wollte sich kaum ein ehrgeiziger junger Offizier entgehen lassen. Nur von Schobert wird von einem bewussten Verzicht auf diese Laufbahn berichtet[8], und auch bei Strauß ist es bemerkenswert, dass er als Absolvent der Kriegsakademie und trotz seiner Verwendung als Ordonnanzoffizier sowie in der höheren Adjutantur dauerhaft zur Truppe zurückversetzt wurde.

Die Ausbildung zum Generalstabsoffizier, die einige bereits in den Friedensjahren begonnen hatten, erhielt nach Kriegsbeginn eine andere, improvisierte Gestalt[9]. Im August 1914 wurden die Kriegsakademien in Berlin und München geschlossen, so dass die Generalstabsanwärter nur noch in der Praxis geschult werden konnten. Zuerst griff man auf die Offiziere zurück, die vor dem Krieg die Kriegsakademien besucht oder bereits aushilfsweise im Generalstab gearbeitet hatten. So wurden Hoepner, Kleist, Lindemann, Manstein, Reichenau, Stülpnagel und Weichs bereits im ersten Kriegsjahr zu höheren Stäben (Division, Korps oder Armee) kommandiert und nach einer mehrmonatigen Probe- und Lehrzeit endgültig „in den Generalstab versetzt". Die praktische Ausbildung sollte den An-

[7] So musste sich – ein Beispiel von vielen – Halder im September 1942 von Hitler beschimpfen lassen: „Was wollen Sie, Herr Halder, der Sie nur, auch im ersten Weltkrieg, auf demselben Drehschemel saßen, mir über [die] Truppe erzählen, Sie, der Sie nicht einmal das schwarze Verw(undeten)abzeichen tragen?" Tagebuch Engels, 4. 9. 1942, in: Heeresadjutant bei Hitler, S. 125. Vgl. auch Hartmann, Halder, S. 331.

[8] Vgl. Leixner, Schobert, S. 20. Danach soll Schobert Ende 1915 das Angebot, die Generalstabslaufbahn einzuschlagen, mit den Worten abgelehnt haben: „Mir is viel lieber, i bleib' bei meinen Leut'n." Diese Mitteilung in einer Propagandaschrift ist allerdings nicht ohne weiteres glaubwürdig.

[9] Vgl. Model, Generalstabsoffizier, S. 19f.

wärter mit den hauptsächlichen Aufgaben des Truppengeneralstabs – Taktik und Operation (Ia), Versorgung (Ib) und Nachrichten (Ic) – bekannt machen.

Im Laufe des Krieges mussten verstärkt Offiziere herangezogen werden, die nicht mehr auf der Kriegsakademie vorgeschult waren. Daher wurden 1917 die vierwöchigen Generalstabslehrgänge in Sedan, die so genannten Sedan-Kurse, eingerichtet. Nach der nun in der Regel einjährigen Lehrzeit in den Stäben mussten sich die Aspiranten einer intensiven theoretischen Kurzausbildung mit schwierigen Abschlussprüfungen unterziehen. An dieser letzten Hürde scheiterte immerhin noch ein Viertel der Kandidaten. So waren Guderians Ängste zu Beginn des Lehrgangs, „daß uns nicht im letzten Augenblick noch alles daneben geht"[10], durchaus verständlich. Umso größer war die Erleichterung, wenn die Beurteilung günstig ausfiel und man sofort nach dem Sedan-Kurs in den Generalstab übernommen wurde[11]: „Du kannst Dir denken, daß ich sehr erfreut bin, das Ziel jahrelangen Strebens nun erreicht zu haben. Ich stürzte mich also heute Vormittag in die seit 3 Tagen bereitliegende rote Hose [...]." Neben Guderian erreichten auch Falkenhorst, Heinrici, Model, Paulus, Reinhardt und Schmidt das Ziel der endgültigen Versetzung in den Generalstab über probeweise Stabsverwendungen 1916/17 und den Sedan-Kurs 1917/18. Obwohl sich ihre Ausbildung erheblich von der langwierigen und gründlichen Generalstabsschulung der Vorkriegszeit unterschied, galten sie als vollwertige Generalstabsoffiziere.

Die meisten Offiziere unserer Gruppe wurden also nach und nach aus der Front zur Stabsarbeit versetzt. Viele von ihnen waren aber bereits zuvor als Brigade- oder Divisionsadjutanten dem unmittelbaren Kampfgeschehen entzogen. Bock, Leeb, Kluge, Rundstedt und Weichs kannten von vornherein nur die Arbeit in den Kommandobehörden, Hoepner, Hoth und Küchler erhielten lediglich für vier Wochen Gelegenheit, bei Kommandierungen zu Fronteinheiten auch in diesem Bereich Erfahrungen zu sammeln. Von den übrigen Offizieren, die zuletzt im Generalstab verwendet wurden, waren nur Falkenhorst, Lindemann, Model, Ruoff und Stülpnagel für wenige Monate sowie Heinrici und Kleist für etwa ein Jahr mit selbständigen Frontkommandos betraut[12]. Dietl war durchgehend Adjutant, zuletzt bei einer Brigade, Strauß die längste Zeit Divisionsadjutant und erst im letzten Kriegsjahr Bataillonsführer. Nur Busch und Schobert waren den gesamten Krieg als Frontoffiziere eingesetzt.

Hinter diesen Fakten verbergen sich ganz unterschiedlichen Kriegserfahrungen[13]. Erstaunlicherweise spielt der Erste Weltkrieg in den niedergeschriebenen

[10] Guderian an seine Frau, Anfang Januar 1918, in: Bradley, Guderian, S. 104. Vgl. ebd.: „Meine Zukunft hängt jetzt also von diesen 4 Wochen ab."

[11] Guderian an seine Frau, 28. 2. 1918, ebd. S. 105. „Damit ist also meine Laufbahn vorläufig festgelegt – wie ich glaube, in dem glücklichsten Sinne, den ich mir wünschen kann."

[12] Guderian und Schmidt waren als Führer von Schweren Funkenstationen bzw. Fernsprechabteilungen Sonderfälle.

[13] Obwohl die Erforschung der Kriegserfahrungen als Teil einer modernen Sozial-, Mentalitäts- und Alltagsgeschichte des Ersten Weltkriegs seit einigen Jahren Konjunktur hat (vgl. etwa Hirschfeld/Krumeich/Langewiesche/Ullmann [Hrsg.], Kriegserfahrungen), blieb das Kriegserlebnis der Offiziere bisher weitgehend ausgeblendet. Rauh-Kühne, Gelegentlich wurde auch geschossen, behandelt einen Einzelfall, dessen Repräsentativität fraglich ist. Vgl. Hürter, Kriegserfahrung. – Der Begriff „Kriegserfahrungen" bezieht sich in diesem Kapitel auf die unmittelbaren, synchronen Erfahrungen, die von den diachronen und analytischen Erfahrungen unterschieden werden müssen.

Erinnerungen der Generale eine geringere Rolle, als man annehmen möchte. Guderian und Manstein handeln diese Jahre in ihren gedruckten Memoiren mit wenigen Sätzen ab[14], Falkenhorst, Reinhardt und Weichs[15] gehen in ihren ungedruckten Erinnerungsberichten gar nicht auf sie ein. Nur in den retrospektiven Aufzeichnungen Heinricis und Kleists werden die Erlebnisse im Ersten Weltkrieg ausführlicher beschrieben[16]. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der ersten Kriegphase 1914 sowie auf dem Zusammenbruch und seinen Folgen im Jahr 1918. Den Offizieren, die spätestens Mitte des Krieges in höheren Stäben untergebracht waren und die Materialschlachten nicht mehr in den vordersten Gräben erleben mussten, werden Beginn und Ende dieses Krieges wohl am eindringlichsten im Gedächtnis geblieben sein.

Die auffallend häufige Ausblendung des Ersten Weltkriegs in den retrospektiven Aufzeichnungen nach 1945 ist mit dem Rechtfertigungscharakter dieser Schriften zu erklären. Die höhere Verantwortung des Generals ließ die persönlichen Erfahrungen des kleinen Hauptmanns als weniger berichtenswert erscheinen. Das bedeutete freilich nicht, dass der Erste Weltkrieg in der Biographie dieser Offiziere einen geringen Stellenwert einnahm. Auch für die vielen „ungeschriebenen Erinnerungen" wird gelten, was Heinrici fast ein halbes Jahrhundert später betonte: dass er „während des Krieges voll und ganz mit meinen persönlichen Erlebnissen beschäftigt war, die heute noch deutlich in meinem Gedächtnis haften"[17].

Das zunächst und nachhaltig prägende Erlebnis war der erste Kriegseinsatz, der für viele zugleich zur „Feuertaufe" wurde[18]. Die jungen Offiziere unserer Gruppe waren, wenn sie nicht zu den wenigen bereits vollständig ausgebildeten Generalstabsoffizieren gehörten, jahrelang für das erste Gefecht, den großen Tag der Bewährung, geschult worden. Die Gefechtsausbildung war im Deutschen Reich wie bei den anderen Großmächten ganz von den Grundsätzen einer offensiven Kriegführung bestimmt, die vor allem von der Infanterie getragen wurde[19]. Der Kampfwillen und Angriffsgeist der von ihren Offizieren gegen den Feind geführten Schützenlinien sollten die immer wirkungsvollere Kriegstechnik überwinden und eine schnelle Entscheidung erzwingen, bevor sich die Technisierung in einem längeren Krieg voll entfalten konnte[20]. Die militärischen Eliten waren so sehr auf diese Doktrin fixiert, dass trotz aller warnenden Stimmen allgemein ein kurzer Krieg erwartet wurde. Das Ziel eines schnellen Sieges schien die einkalkulierten sehr hohen Opfer bei den Angriffstruppen zu rechtfertigen. Die in der Vorkriegs-

[14] Vgl. Guderian, Erinnerungen, S. 12; Manstein, Soldatenleben, S. 44f.

[15] Weichs lässt seine Erinnerungen 1933 beginnen (BA-MA, N 19/5–10), Falkenhorst (BA-MA, N 300/4) und Reinhardt (BA-MA, N 245/22) beschränken sich ganz auf den Zweiten Weltkrieg und seine Vorgeschichte.

[16] Vgl. BA-MA, N 265/23 und 25 (Heinrici); N 354/24 und 25 (Kleist).

[17] Erinnerungen Heinricis „Der Krieg, 1914–1919", 1960, in: BA-MA, N 265/23, Bl. 1.

[18] Lediglich Leeb hatte bereits vor 1914 im Boxer-Krieg ein – wenn auch ganz unbedeutendes – Gefecht mitgemacht. Vgl. Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 17.

[19] Grundlegend über Technik, Taktik und Ausbildung der Landstreitkräfte vor 1914: Storz, Kriegsbild. Vgl. auch Storz, Schlacht; Schulte, Armee; Ostertag, Bildung, S. 240–283.

[20] Zur in Deutschland mit dem Schlieffenplan verbundenen Doktrin des kurzen Krieges vgl. Wallach, Dogma; Förster [u. a.], Generalstab.

zeit verbreiteten sozialdarwinistischen Vorstellungen vom harten Kampf ums Dasein förderten die Bereitschaft, diesen „Blutzoll" zu zahlen.

Die Frontoffiziere hatten eine Vorbildfunktion zu erfüllen und die Garanten der Kampfmoral zu sein. Es gehörte zur selbstverständlichen „Charaktererziehung" des jungen Offiziers, dass er seinen Leuten auch im „Vorsterben" ein Beispiel zu geben habe[21]. Auch wenn jedem hellsichtigen Beobachter klar sein musste, dass die berühmten Kaisermanöver mit ihren geordneten Infanterievorstößen und brillanten Kavallerieattacken kaum der Realität des modernen Krieges entsprachen[22], so war das in ihnen präsentierte Kriegsbild doch bezeichnend für die Überschätzung rückhaltloser und rücksichtsloser Massenangriffe. Die Schulung der Frontoffiziere war sorgfältig und von hohem professionellem Standard, aber einseitig auf den Angriff ausgerichtet. Mit dem Ruf „Sprung auf, marsch, marsch!" sollte die Infanterie von ihren Offizieren zum Angriff gebracht werden und den Feind „packen". Dabei führte auch der Regimentskommandeur, unterstützt von seinem Adjutanten, in der Regel noch in den vorderen Linien.

Die erste Kriegserfahrung der meisten Offiziere war gewöhnlich ein schreckliches Blutbad. Die Taktik des exerziermäßigen Vorwärtsstürmens führte in den ersten Monaten, die an allen Fronten von Angriff und Bewegung geprägt waren, zu den höchsten Verlusten des gesamten Krieges – gerade auch im Offizierkorps, das sein Standesbewusstsein von Draufgängertum und Tapferkeit im Mündungsfeuer der modernen Waffen teuer bezahlen musste[23]. Oberleutnant Gotthard Heinrici erlebte als Bataillonsadjutant das tausendfach gleiche Inferno dieser Kriegführung zuerst am 11. September 1914 bei einem Angriff seines Regiments auf eine russische Stellung in Ostpreußen[24]. Er spürte die Nähe des Todes, als an seiner Seite der Bataillonskommandeur verwundet wurde, als „dicht neben meinem Kopf in Augenhöhe eine Weidengerte zu Boden sank, weil ein Geschoß sie wie mit dem Rasiermesser vom Wurzelteil abgetrennt hatte", als ein Leutnant „dicht neben uns mit seinem Zuge vorgehend von einer Salve russischer Schrapnells gefasst wurde und vor seinen Leuten zu Tode durch Herz getroffen zu Boden fiel". Er sah die sinnlos hohen Verluste durch das heftige Infanterie- und Artilleriefeuer eines unsichtbaren Gegners, der sich unbehelligt zurückziehen konnte, ehe auch nur ein deutscher Soldat seine Stellung erreicht hatte. Von diesem „bösen Tag" war Heinrici ebenso geschockt wie sein Regimentskommandeur, der auf dem Kampfplatz in Tränen ausbrach, „weil die vielen Todesnachrichten ihn ganz aus der Fassung brachten". Das Regiment büßte bei diesem Angriff mit

[21] Vgl. Funck, Tod.

[22] Generalstabschef Moltke bemühte sich seit 1905 um eine realistischere Gestaltung der Manöver und vor allem um eine vorsichtigere Führung der Angriffstruppen. Doch in den Jahren vor Kriegsausbruch bestimmte wieder ganz der vielbeschworene „Angriffsgeist" die Kaisermanöver. Vgl. Storz, Schlacht, S. 269f.

[23] Allein das deutsche Heer verlor bis Ende 1914 etwa 800000 Unteroffiziere und Mannschaften sowie etwa 18000 Offiziere an Toten und Verwundeten. Der September 1914 war der Monat mit den höchsten blutigen Verlusten. Insgesamt fielen auf deutscher Seite im Ersten Weltkrieg 13,3% (1751809) der Unteroffiziere und Mannschaften, 15,69% (35494) der Reserveoffiziere, aber 24,73% (11357) der aktiven Offiziere. Vgl. Ostertag, Bildung, S. 284, und Storz, Schlacht, S. 252, nach den Angaben des Weimarer Untersuchungsausschusses und des Reichsarchivs.

[24] Vgl. zum Folgenden die spätere Aufzeichnung Heinricis „Meine dienstliche Verwendung im 1. Weltkrieg", ca. 1960, in: BA-MA, N 265/23, hier Bl. 58f.

22 Offizieren und über 700 Unteroffizieren und Mannschaften ein Drittel seiner Stärke ein, ohne einen greifbaren Erfolg zu erzielen. Bei Heinrici begannen „Zweifel aufzusteigen, ob unsere Taktik des Vorgehns in Schützenlinien noch richtig war". Doch das Sterben bei „Begegnungsgefechten" in weitgehend ungedecktem Gelände ging zunächst weiter. Zwei Monate später verlor Heinricis Bataillon bei einem Gefecht in Polen so viele Leute, dass es zu einer Kompanie zusammengelegt werden musste[25].

Ähnliche Erlebnisse bestimmten auch die „Feuertaufe" der meisten anderen Offiziere in diesen ersten Kriegsmonaten. Von den 16 Offizieren unserer Gruppe, die nach Kriegsbeginn als Führer oder Adjutanten an der Front zum Einsatz kamen, zogen elf in Infanterie-, zwei in Kavallerieregimentern, einer in einem Artillerieregiment und zwei in Nachrichteneinheiten in den Kampf. Nicht alle kamen so ungeschoren davon wie Heinrici. Die Adjutanten Dietl, Manstein und Ruoff sowie der Kompanieführer Lindemann wurden im Sommer und Herbst 1914 verwundet, Manstein als Regimentsadjutant bei einem Sturmangriff in Polen so schwer, dass er für Monate ausfiel. Die meisten der insgesamt zehn im Ersten Weltkrieg verwundeten späteren Oberbefehlshaber traf es in den ersten und den letzten Monaten des Krieges. Nur Busch und Model erhielten ihre jeweils zwei Verwundungen in den Jahren 1915 bis 1917, während Strauß im Juni 1918, Schobert im Juli 1918 und Brigade-Adjutant Dietl (das zweite Mal) sowie die beiden Generalstabsoffiziere Kluge und Stülpnagel – auch in den höheren Stäben war man nicht völlig sicher – kurz vor Kriegsende verwundet wurden.

Die Kriegserfahrung war zuerst eine Erfahrung des Todes, die des ständig drohenden[26] und im Moment der Schuss-, Granat- oder Gasverletzung sehr nahen eigenen Todes ebenso wie die des Sterbens von Kameraden, Freunden und Verwandten. So verloren Dietl und Stülpnagel bereits 1914 ihre Brüder. Der Aderlass traf fast jede Familie. Besonders schmerzlich mussten diese Erfahrungen zu Beginn des Massensterbens sein, als nach den vielen Friedensjahren die intakten Regimenter mit wenigen Schlägen zertrümmert wurden und die Gefallenen ihren Kameraden häufig schon lange bekannt waren. Erst danach bekam das Sterben anonyme Züge, wurde der Tod zur Gewohnheit. Das Erlebnis der „radikalen Entwertung des Individuums"[27] führte zunehmend zu einer fatalistischen Einstellung gegenüber dem Tod so zahlloser Menschen. Die Standesehre des Offiziers verlangte ohnehin, die hohen Opfer als notwendige Pflicht zu akzeptieren. Als der Regimentsadjutant Carl-Heinrich v. Stülpnagel im November 1914 an die zurückliegenden Kämpfe dachte, befielen ihn „trübe Gedanken" – „unser armes Regiment ist ja kaum mehr wiederzuerkennen, soviel Verluste haben wir gehabt"[28].

[25] Vgl. ebd., Bl. 61 f.: „Fast alle Offiziere des Bataillons waren gefallen oder verwundet, außerdem ging unser gesamter Regimentsstab verloren." Die eisige Kälte, „welche unsere auf dem Schlachtfeld verbliebenen Verwundeten erfrieren ließ", erhöhte noch die Zahl der Opfer.

[26] Vgl. etwa Stülpnagel an seinen Freund Sigurd v. Ilsemann, 9. 11. 1914, in: Bücheler, Stülpnagel, S. 75: „Wie oft denke ich an Dich und wünsche mir, daß es uns vergönnt sein möge, uns nach dem Feldzuge wiederzusehen. Freilich wird es bei diesen schrecklichen Verlusten schwer, zu glauben, daß man selbst ganz ungerupft durchkommt."

[27] Geyer, Stigma, S. 679.

[28] Stülpnagel an Ilsemann, 9. 11. 1914, in: Bücheler, Stülpnagel, S. 75.

Allerdings fügte er gleich hinzu: „Gott sei Dank, daß es sich aber seines alten Namens würdig zeigte."

Dem Schock der hohen Verluste im Bewegungskrieg folgte die Qual der Erstarrung in Gräben und hinter Drahtverhauen. Den zuerst im Westen, dann auch im Osten einsetzenden Stellungskrieg erlebten die wenigsten unserer Offiziere direkt an der Front. Die Verwendungen in den höheren Stäben und Adjutanturen bewahrten vor der ständigen Konfrontation mit dem Tod und Elend dieser neuen, im Frieden kaum geübten Form des Kampfes. Mag auch der eine oder andere Generalstabsoffizier hin und wieder erkundungsweise oder bei kurzfristigen Frontkommandierungen „in den Stellungen und Sappen herumgekrochen" sein[29], so lassen sich diese Erfahrungen doch nicht mit den ständigen Belastungen und Erschütterungen der Frontoffiziere vergleichen. Vom Schützen bis zum Bataillonskommandeur entstand die vielbeschworene und später ideologisch verbrämte „Frontkämpfergemeinschaft", zu der schon der Regimentskommandeur im Führungsbunker und erst recht die Offiziere der höheren Stäbe in den hinteren Quartieren nicht oder nur in Ausnahmen gezählt wurden.

Nur wenige kamen nach 1914 zu einem Fronteinsatz, der über einige Wochen hinausging[30], und lediglich Busch und Schobert mussten sich durchgehend als Kompanie- und Bataillonsführer bewähren. Sie überstanden diesen Überlebenskampf an allen Brennpunkten der Westfront, in der „Hölle von Verdun" 1916 ebenso wie in der „Großen Schlacht in Frankreich" 1918. Die wenigen Informationen über die Erlebnisse dieser Troupiers lassen nur erahnen, was sie und ihre Soldaten durchmachten. Schobert wurde zum „Kriegshelden", dekoriert mit dem bayerischen Militär-Max-Joseph-Orden, als er zu Beginn der Ludendorff-Offensive am 23. März 1918 an der Spitze seines Bataillons den Übergang über den Crozat-Kanal erzwang[31]. Im Juli 1918 erlitt er eine schwere Kopf- und Armverwundung. Busch wurde gleich zweimal, im Mai 1915 und März 1917, verwundet und erhielt im Oktober 1918 den Orden Pour le mérite, weil er mit seinem zusammengeschmolzenen Bataillon an der Nahtstelle zweier Armeen in der Champagne einen französischen Durchbruchsversuch verhindert hatte[32]. Dass diese beiden hochdekorierten Frontkämpfer später zu den wenigen Generalen gehörten, die von Hitler geschätzt wurden, und dass sie der NS-Bewegung ihrerseits Sympathie entgegenbrachten, kann kaum wundern.

Den Fronterfahrungen standen die Stabserfahrungen gegenüber, die für die weitere militärische Entwicklung nicht weniger wichtig waren. Auch wenn der moderne Krieg wohl nirgends so intensiv erlebt wurde wie in den vordersten Li-

[29] Hoepner an seine Frau, 21. 2. 1916, in: Bücheler, Hoepner, S. 36. Vgl. ebd., S. 36–38, die weiteren Schilderungen Hoepners über kurzfristige Frontbesuche und -kommandierungen an der Westfront.

[30] Dietl, Model und Reinhardt waren noch bis zum Sommer/Herbst 1916, Paulus 1916/17 Bataillons- bzw. Regimentsadjutanten, Kleist bis Oktober 1915, Heinrici bis August 1916 und Strauß im Jahr 1918 Frontkommandeure.

[31] Vgl. Der königlich bayerische Militär-Max-Joseph-Orden, S. 217. Vgl. auch Leixner, Schobert, S. 29, nach einem Augenzeugenbericht: „Die plötzlich eintretenden großen Verluste wirkten lähmend. Da rettete Hauptmann Schobert die Lage, indem er aus Leibeskräften ‚Hurra' rief. Alles stimmte ein und stürmte vorwärts. Das MG.-Nest wurde genommen, der englische Kapitän durch Hauptmann Schobert im Zweikampf erledigt."

[32] Vgl. Hildebrand/Zweng, Ritter, Bd. 1, S. 237.

nien und Gräben, besaß die Stabsarbeit doch wenigstens den Vorteil des größeren Überblicks. Der Horizont des Kompanie- oder Bataillonsführers und des Bataillons- oder Regimentsadjutanten blieb auf einen kleinen Frontabschnitt beschränkt, während schon der Erste Generalstabsoffizier (Ia) einer Division seine Bearbeitung taktischer Aufgaben in die größeren operativen Zusammenhänge stellen mußte. Die Offiziere unserer Gruppe, die nach und nach fast alle als Generalstabsoffiziere verwendet und fortgebildet wurden, erhielten andere Möglichkeiten und Pflichten als im Nahkampf: Sie hatten sich mit der oberen Truppenführung, dem Nachrichtenwesen, der Logistik und Besatzungspolitik sowie den übergeordneten strategischen und politischen Absichten zu beschäftigen. Freilich waren die Einblicke sehr unterschiedlich und jeweils von der Stellung und dem Frontbereich abhängig.

Die höchste Stabsverwendung erreichte Major Fedor v. Bock, der seit Juli 1917 der Ia-Offizier der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz im Westen war und bald als einer der fähigsten jüngeren Generalstabsoffiziere galt[33]. Seine Verdienste in der Stabsarbeit für diesen Großverband wurden auf Antrag des Kronprinzen am 1. April 1918 mit dem Orden Pour le mérite belohnt[34]. Auch Leeb erwarb sich den Ruf eines hochbegabten Generalstäblers. Von März 1915 bis Mai 1917 Erster Generalstabsoffizier der an allen Fronten bewährten 11. bayerischen Infanteriedivision, erhielt er für seinen Anteil am Durchbruchserfolg von Gorlice-Tarnow (2. Mai 1915) den Militär-Max-Joseph-Orden[35]. Seit Mai 1917 war Leeb Generalstabsoffizier im Oberkommando der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, zuletzt Oberquartiermeister. Etwas älter als Bock und Leeb, aber nicht ganz so erfolgreich und dekoriert war Rundstedt, der den Krieg als Generalstabschef des XV. Armeekorps beendete.

Neben diesen drei Majoren i.G. gelangten die übrigen Offiziere wegen ihres geringeren Dienstalters nur in nachgeordnete Stellungen des Generalstabs und waren bei Kriegsende überwiegend Ia-Offiziere von Divisionen. Dessen ungeachtet kamen einige von ihnen zu sehr interessanten Verwendungen, Kluge etwa als zeitweiliger Ia des Alpenkorps oder Falkenhorst als Erster Generalstabsoffizier der berühmten Ostsee-Division, die 1918 in Finnland operierte. Auch in den Stäben des Chefs der Feldtelegraphen oder des Kommandierenden Generals der Luftstreitkräfte, in denen Schmidt bzw. Hoth zeitweise beschäftigt waren, sah man sich mit eher ungewöhnlichen Fragen der Kriegführung konfrontiert. Und Model arbeitete von Juni 1917 bis März 1918 als Ordonnanzoffizier der Operationsabteilung im Stab der allmächtigen Dritten Obersten Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff.

Die Stabsarbeit forderte eine intensive Beschäftigung mit den neuen Anforderungen des Krieges, enthielt aber auch viel Routine und Leerlauf. Während der monate- und jahrelangen Stellungskämpfe lagen die Stäbe dauerhaft in festen

[33] Vgl. etwa das Tagebuch Thaers, 29. 11. 1918, in: Thaer, Generalstabsdienst, S. 278: „Hoffentlich wird man Männer wie Bock, Beck und Fritsch auch für eine sehr kleine heruntergesetzte Armee sich reservieren. Alle 3 sind Männer 1. Klasse."

[34] Vgl. Hildebrand/Zweng, Ritter, Bd. 1, S. 124. Der Kronprinz beurteilte ihn als einen „hochbegabten Offizier und eine durch seine unverwüstliche Frische in den Zeiten schwerer und entsagungsvoller Arbeit mir und meinem Chef nie wankenden Stütze".

[35] Vgl. Der königlich bayerische Militär-Max-Joseph-Orden, S. 121.

Quartieren hinter der Front. Nicht jeder Tag brachte die Aufregung eines Großkampftags. An allen Fronten war bis 1918 wenig Bewegung, im Westen noch weniger als im Osten. Das ließ die kühnen Operationen in weiten Räumen, von denen jeder Generalstabsoffizier als kleiner Moltke geträumt haben mag, immer mehr zu reinen Wunschbildern werden. Die größere persönliche Sicherheit und das angenehmere Leben in den Stäben wurden nicht von allen ehrgeizigen Offizieren als Vorteil empfunden. Viele beklagten die Langweile, die Routine und das Nichtstun, die den Arbeitsalltag der höheren Stäbe in den ruhigeren Phasen des Stellungskriegs kennzeichneten, Guderian in Frankreich[36] ebenso wie Stülpnagel in Mazedonien[37].

Die Tagebuchaufzeichnungen Wilhelm Ritter v. Leebs aus dem Jahr 1918 vermitteln einen guten Eindruck vom Tagesgeschäft eines jüngeren Generalstabsoffiziers. Auch Major v. Leeb klagte, dass er „gar nichts zu tun" habe[38], und fühlte sich im Oberkommando der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht unterfordert, zumal er nicht für operative, sondern für rückwärtige Fragen zuständig war. In seinen Aufzeichnungen spiegeln sich die Routine und die gesellschaftlichen Verpflichtungen, die besonders diese exponierte Kommandobehörde immer wieder mit Königen, Fürsten, Politikern und anderen Gästen in Berührung brachte. Daneben belegt Leebs Tagebuch aber auch die eigenständige Beschäftigung eines begabten Generalstabsoffiziers mit den größeren operativen – dann seit Herbst 1918 zunehmend auch politischen – Fragen. Besonders interessant sind seine Gedanken über die große deutsche Frühjahrsoffensive, auf die sich seine Hoffnungen und schließlich seine Enttäuschungen richteten[39]. Sehr bald erkannte Leeb den falschen Ansatz und das Scheitern der Offensive, kritisierte den „Gewaltmenschen" Ludendorff, den er „für vollständig mit den Nerven kaputt" hielt, empörte sich über die „jämmerliche Rolle" seiner Heeresgruppe und beklagte die „nutzlosen Verluste". Der geschulte Generalstäbler konnte nicht verstehen, dass die Oberste Heeresleitung (OHL) „überhaupt keinen bestimmten Operationsplan" hatte, und zog das Fazit: „Mit dem ‚Willen' allein ist es nicht getan. Damit rennt man keine Mauer ein."

Wie Leeb werden auch die meisten anderen Generalstabsoffiziere diese Jahre genutzt haben, sich von ihrem erhöhten Standpunkt aus ein eigenes Bild von diesem bisher vergleichslosen Krieg zu machen. Wenn ein Generalstabsoffizier den Krieg auch nicht so existentiell erlebte wie ein Frontoffizier, boten sich ihm doch bessere Möglichkeiten, das Kriegsgeschehen intellektuell zu erfassen. Das musste nicht weniger nachhaltig sein. Weichs sah es später als Vorteil an, dass er in seinen unterschiedlichen Stabsverwendungen „mit verschiedensten Truppenteilen in

[36] Vgl. Guderian an seine Frau, Rouvrois 23. 3. 1916, in: Bradley, Guderian, S. 93 f.: „Zu tun hatte ich leider heute gar nichts; auch für morgen besteht wenig Aussicht. Nichts ist langweiliger, als wenn man in einer solchen Zeit auf einem Posten steht, wo man nur eine Statistenrolle spielen kann. Das liegt mir in keiner Weise."

[37] Vgl. Stülpnagel an Sigurd v. Ilseman, Stip 6. 2. 1916, in: Bücheler, Stülpnagel, S. 81: „Auch sonst ist es allmählich recht langweilig bei uns geworden, an größere Unternehmungen glaube ich nicht mehr so recht."

[38] Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 132 (15. 8. 1918).

[39] Vgl. besonders ebd., S. 111–117. Die folgenden Zitate (der Reihe nach) auf S. 115 (7. 4. 1918), S. 112 (31. 3. 1918), S. 113 (3. 4. 1918), S. 114 (5. 4. 1918), S. 112 (31. 3. 1918), S. 114 (5. 4. 1918).

Fühlung" gekommen sei[40]. „Daher habe ich damals schon die Schrecken des Krieges kennen gelernt, da ich vor allem an der Westfront tätig war, besonders die Verheerungen der modernen Materialschlacht." Die Erfahrungen im Bewegungs- und besonders im Stellungskrieg werden vor allem die Überlegenheit der Abwehr sowie die Bedeutung der Technik und des Materials vermittelt haben. Auf die Lehren, die daraus gezogen wurden, wird noch einzugehen sein[41]. Dass Leeb später zum großen Theoretiker der Abwehr und Manstein, der 1916/17 im Stab des berühmten „Abwehrlöwen" General Friedrich v. Loßberg tätig war, zum Meister der beweglich geführten Defensive wurde, war kein Zufall. Und dass Guderian, Schmidt und Hoth, die im Telegraphen- und Flugwesen mit modernen Techniken und Waffengattungen umgehen mussten, die Abwehrkunst durch Technik und Bewegung überwinden wollten und in der Wehrmacht zu den bekanntesten Panzergeneralen zählten, kann ebenso wenig erstaunen.

Bei allen Erfahrungen, ob an der Hauptkampflinie oder in den Stäben, war ein Aspekt besonders bedeutsam: die Unterschiede der Kriegsschauplätze im Westen und im Osten. Wie im Zweiten Weltkrieg der deutsch-sowjetische Krieg so wurde im Ersten Weltkrieg die Westfront mit ihren wichtigsten Chiffren „Verdun" und „Somme" bestimmend für das allgemeine Bewusstsein[42]. Der jahrelange menschenverschlingende Stellungskrieg in den begrenzten Räumen Flanderns und der Champagne beeindruckte tiefer als die großzügigere Kriegführung in Polen, Rumänien oder auf dem Balkan. Auch im Osten erstarrten schließlich die Fronten und prägte der Grabenkrieg das Bild, doch waren hier die operativen Möglichkeiten größer, die Stellungen dünner, der Einsatz modernster Artillerie oder neuer Waffen wie Gas, Flugzeuge und Tankwagen nicht so ausgeprägt. Die Westfront galt als das entscheidende „Kriegstheater", hinter dem alle anderen Fronten zurücktraten.

Gerade in Hinblick auf ihre spätere Verantwortung als Oberbefehlshaber an der Ostfront ist es interessant, nach den Osterfahrungen dieser Offiziere im Ersten Weltkrieg zu fragen. Das eindeutige Übergewicht des Westfronterlebnisses ist evident. Zehn von ihnen wurden ausschließlich im Westen verwendet, darunter fast alle, die längere Zeit frontnahe Waffendienste leisteten: Busch, Dietl, Guderian, Hoepner, Küchler, Model, Ruoff, Schobert, Strauß und Weichs. Die übrigen waren zeitweise auch im Osten, einige außerdem auf dem Balkan eingesetzt, allerdings überwog auch bei ihnen oft der Einsatz in Frankreich. Lediglich Kleist und Reichenau waren deutlich länger an der Ostfront. Nach dem Frieden von Brest-Litovsk im März 1918 beteiligten sie sich alle an der großen Entscheidungsschlacht in Frankreich – mit Ausnahme von Falkenhorst, der an der deutschen Intervention in Finnland teilnahm. Den weiten Vormarsch nach Russland und in die Ukraine von 1918 erlebten diese Offiziere nicht. „Der Osten" war für sie in erster Linie der polnische Kriegsschauplatz. Man könnte natürlich auch hervorheben,

[40] Aufzeichnung von Weichs für den Nürnberger Prozess (Fall 7), 24. 8. 1947, in: BA-MA, N 19/11, Bl. 11.

[41] Vgl. Kapitel I,2,d.

[42] Und – muss man leider hinzufügen – für die historische Forschung, die sich bis heute viel weniger mit dem Krieg im Osten und auf dem Balkan beschäftigt hat. Eine Ausnahme bildet Stone, Eastern Front.

dass immerhin die Mehrzahl von 15 Offizieren über Osterfahrungen im Ersten Weltkrieg verfügte. Das ändert freilich nichts an der wesentlich höheren Bedeutung der Westfront auch in dieser kleinen Gruppe. Zumindest in dieser Hinsicht war der Erfahrungsvorsprung gegenüber Hitler, der den Ersten Weltkrieg nur von der Westfront her kannte, gar nicht so groß.

Auch die Einschätzung des Gegners im Westen und Osten war unterschiedlich. Betrachtete man die Engländer und Franzosen trotz aller Vorbehalte als hochstehende Kulturnationen, so mischten sich in die Urteile über die „Ostvölkerschaften", namentlich über die „faulen" Polen („Polenwirtschaft"), „grausamen" Serben, „heimtückischen" Rumänen und „dumpfen" Russen, viele rassistische Ressentiments und ein kulturelles Überlegenheitsgefühl, das schon jetzt im Sendungsbewusstsein einer deutschen „Kulturmission" im Osten gipfelte. Nach der allgemeinen Auffassung bestand zum Beispiel die russische Nation aus einer dünnen kultivierten Oberschicht, der man sich zumindest in Preußen traditionell verbunden fühlte, und einer „dumpfen" und „primitiven" Bauernbevölkerung, die zwar an sich „gutmütig" sei, aber im Frieden in Lethargie erstarre und im Krieg zu barbarischen, „asiatischen" Exzessen neige. Besonders in den ostelbischen Gebieten herrschte eine verbreitete Furcht vor der „russischen Gefahr", die sich mit alten Schreckbildern wie den „Kosaken in Berlin" mischte. Die große Popularität Hindenburgs nach dem Sieg von Tannenberg ist ohne diese „Russenfurcht" nicht zu verstehen.

Die russische Kriegführung in Ostpreußen schien alle Vorurteile gegen die „barbarischen" Russen zu bestätigen[43]. Die Erinnerungen der Offiziere, die 1914 diesen Kriegsschauplatz erlebten, mögen auch von ihren Eindrücken zwanzig Jahre später im Feldzug gegen die Sowjetunion beeinflusst sein, geben aber dennoch einen Nachklang von ihren ersten Erfahrungen im Krieg gegen Russland. Hermann Hoth, der wegen seiner Russischkenntnisse im Stab der 8. Armee Hindenburgs verwendet wurde, war „Augenzeuge der asiatischen Kriegführung der Russen gegen die ostpreussische Bevölkerung. Die Wildheit u. Grausamkeit, zu der sich der sonst so gutmütige Russe damals u. im späteren bolschewistischen Bürgerkrieg aufstacheln liess, machten tiefen Eindruck auf mich."[44] Auch dem Ostpreußen Gotthard Heinrici zeigten sich beim Vormarsch in seiner Heimat „Bilder von blindwütiger Zerstörung und sinnloser Vernichtung, wie wir sie niemals für möglich gehalten hatten"[45]. Zumindest für Offiziere wie Hoth und Heinrici war diese erste Konfrontation mit „dem Russen" ein prägendes Erlebnis.

[43] Nach dem amtlichen Bericht des Reichsarchivs von 1925 wurden während der kurzen russischen Besatzung in Ostpreußen (Mitte August bis Mitte September 1914) 1620 Zivilisten getötet, 433 verwundet und über 10000 verschleppt. Hunderttausende flohen vor den russischen Truppen, 34000 Gebäude wurden durch Kriegseinwirkung und Brandschatzung zerstört. Vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918, Bd. 2, S. 329; Gornig, Ostpreußen, S. 61.

[44] Aufzeichnung Hoths für das amerikanische „Advisory Committee on Clemency for War Criminals", Landsberg 1950, in: BA-MA, N 503/86.

[45] Aufzeichnung Heinricis „Der Krieg", 1960, in: BA-MA, N 265/23, Bl. 2. Auch wenn „die Russen des 1. Weltkrieges im Vergleich zu ihren bolschewistischen Nachkommen des 2. Weltkrieges noch zahme Gesellen" gewesen seien (ebd., Bl. 3), hätten die russischen Truppen doch „Spuren hinterlassen, die zeigten, wie grundlegend sich ihre Auffassungen von den unseren unterschieden" (Aufzeichnung Heinricis „Wiedersehen mit Gumbinnen", 1960, in: BA-MA, N 265/24, Bl. 44). Vgl. ebd.: „Auch Morde oder Verschleppung der Besitzer sollen vorgekommen sein."

Doch auch im Reich und an der Westfront erfuhr man von den propagandistisch aufgebauschten tatsächlichen und vermeintlichen Untaten, die das Überlegenheitsgefühl stärkten und teilweise schon im Ersten Weltkrieg die Vorstellung aufkommen ließen, dass „im Osten" ein anderer Krieg gegen einen anderen Gegner geführt werde.

Der Eindruck, an der Ostfront gegen eine fremde und rückständige Kultur zu kämpfen, verfestigte sich in der Regel nach dem Vorstoß über die russische Grenze. Heinrici erinnerte sich an den Einmarsch in einen polnischen Ort[46]: „Was wir aber dort an ‚Kultura' vorfanden, erschütterte uns zutiefst. Kaftanjuden mit Ringellöckchen, niedrige schmutzige Häuser, Kaufläden, deren Holzläden mit den feilgebotenen Waren primitiv bemalt waren (weil die Käufer Analphabeten waren), keine Bürgersteige, kurz, *so* hatten wir uns Rußland nicht vorgestellt." Einige Wochen später fand er an der Weichsel „eine Gegend vor, in der es nur Sand, verlauste Panjehütten, Sturm und Regen gab"[47]. Im Gegensatz zu den Landschaften Nordfrankreichs mit ihren pittoresken Städtchen und Weingütern, die vor allem den Stäben gute Quartiere und eine gewisse Abwechslung boten, vermittelten die östlichen Operationsgebiete häufig ein gleichbleibendes Bild von Tristesse und Unwirtlichkeit, das keinen der dort eingesetzten Offiziere unbeeindruckt ließ. Die traditionellen Vorurteile gegen die osteuropäischen Staaten und Ethnien sowie die Erlebnisse und Eindrücke im Osten und Südosten – also vor allem in Russisch-Polen, im Baltikum, in Weißrussland und in Rumänien, später auch in der Ukraine – zogen schon im Ersten Weltkrieg eine brutalere Kriegführung und härtere Besatzungspolitik der Mittelmächte nach sich als im Westen und Süden, wenn auch die schrecklichen Dimensionen des Zweiten Weltkriegs längst nicht erreicht wurden[48].

Trotz aller Vorbehalte wurde im Osten wie im Westen der gegnerische Soldat noch nicht als zu hassender Feind, sondern als zu respektierender Gegner gesehen und behandelt. An allen Fronten kam es in den Kampfpausen zu Gesprächen und Kontakten über die Linien hinweg, die von den militärischen Vorgesetzten oft unterbunden, manchmal aber auch stillschweigend geduldet wurden[49]. Oberleutnant Eugen Schobert, seinerzeit Kompanieführer, und einem seiner Zugführer drohten sogar Disziplinarstrafen, als sich „unzweideutig" herausstellte, dass ihre Männer mit ihrem Wissen am 31. März 1915 „mit den im Trichter befindlichen Franzosen Gespräche geführt haben, wobei die Stellungen beiderseits verlassen wurden, und daß bei dieser Gelegenheit von den beiden beschuldigten Offizieren photographische Aufnahmen gemacht wurden"[50]. Der Regimentskommandeur ließ das Verfahren schließlich einstellen, was belegt, dass Vorgänge dieser Art nicht zu ernst genommen wurden. Auch wenn solche Episoden allein schon wegen der Sprach-

[46] Aufzeichnung Heinricis „Meine dienstliche Verwendung im 1. Weltkrieg", ca. 1960, in: BA-MA, N 265/23, Bl. 59.

[47] Ebd., Bl. 61.

[48] Vgl. Liulevicius, Kriegsland.

[49] Erstaunliche Ausmaße nahm dieses Phänomen Weihnachten 1914 an der Westfront an, vgl. Jürgs, Frieden.

[50] Meldung des Kommandeurs des 1. bayerischen Infanterie-Regiments, Combles 4. 4. 1915, in: BHStA-KA München, OP-61621. Die beiden Offiziere wurden vorläufig suspendiert, das Verfahren dann aber bereits am 13. 4. 1915 eingestellt.

kenntnisse an der Westfront häufiger waren als im Osten, genoss der Kombattant doch insgesamt im Ersten Weltkrieg noch ein anderes Ansehen als im Zweiten Weltkrieg und vor allem im deutsch-sowjetischen Krieg. Das wirkte sich auch auf die Behandlung der Kriegsgefangenen aus, die sich zwar in den deutschen Lagern im Laufe des Krieges durch den vermehrten Arbeitseinsatz bei gleichzeitig abnehmender Fürsorge (Ernährungsprobleme) verschlechterte, aber zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd so schlecht war wie im Krieg gegen die Sowjetunion[51].

Allerdings machten sich die Tendenzen zur Nivellierung des Unterschieds von Kombattanten und Nichtkombattanten deutlicher als zuvor bemerkbar. Das betraf zunächst den Kleinkrieg der belgischen Freischärler, der die deutschen Truppen ähnlich wie das Auftauchen der Franktireurs im Krieg von 1870/71 überraschte und belastete. Die Hauptleidtragenden dieses Guerillakriegs und der überzogenen deutschen Gegenmaßnahmen waren jene zahlreichen Zivilisten, die zwischen die Fronten gerieten oder als Vergeltung erschossen wurden[52]. Als Heinrici mit seinem Bataillon am 21. August 1914 in das Städtchen Andenne einrückte, sah er die Spuren der Kämpfe gegen wirkliche oder eingebildete Partisanen am Vortag[53]: „Beim Kampf im Ort waren zahlreiche Zivilisten getötet. Zum Teil lagen die Leichen staubbedeckt im Graben neben der Straße." Kurz darauf wurde „der beliebteste und tüchtigste Offizier unseres Regiments von Partisanen erschossen". Der belgische Freischärlerkrieg blieb jedoch insgesamt nur eine Randerscheinung und gab höchstens einen unbestimmten Vorgeschmack auf den Partisanenkrieg in der Sowjetunion ab 1941.

Mehr als eine Randerscheinung, nämlich charakteristisch für diesen in seiner Größe und Zerstörungskraft bisher beispiellosen Krieg war dagegen die Belastung der Zivilbevölkerung. Der Erste Weltkrieg war entgegen den Hoffnungen der militärischen Planer von 1914 kein Blitzkrieg, der allein von den Armeen auf dem Schlachtfeld ausgetragen wurde, sondern ein langwieriger „technisch-industrieller" Abnutzungskrieg, der eine gewaltige Anstrengung aller Teile der Kriegsgesellschaften erforderte. Die Symptome einer „Totalisierung" des Krieges wurden allgemein erkannt und führten nach 1918 zu einer intensiven militärtheoretischen Diskussion[54]. Die neue Bedeutung der Kriegswirtschaft und Rüstungsindustrie, die Verwüstungen ganzer Landstriche durch die Materialschlachten sowie die Auswirkungen des deutschen U-Boot-Krieges, der britischen Seeblockade sowie – in ersten Ansätzen – der beidseitigen Luftangriffe mit Zepellinen und Bomben-

[51] Vgl. Hinz, Gefangen.

[52] Zu diesem dunklen Kapitel des Ersten Weltkriegs vgl. Wieland, Belgien; Kramer, Greueltaten; Horne/Kramer, Atrocities. Den von der gegnerischen Propaganda leidlich ausgeschlachteten „belgischen Greueln" fielen vermutlich etwa 5500 Zivilisten zum Opfer.

[53] Aufzeichnung Heinricis „Meine dienstliche Verwendung im 1. Weltkrieg", ca. 1960, in: BA-MA, N 265/23, Bl. 56. In Andenne wurden am 20./21. 8. 1914 insgesamt 211 Einwohner getötet, anscheinend teils bei den Kampfhandlungen teils durch deutsche Repressalmaßnahmen. Vgl. Wieland, Belgien, S. 6.

[54] Vgl. Kapitel I,2,d. Neueste Auseinandersetzung mit den Tendenzen zum „Totalen Krieg" an der Westfront 1914–1918: Chickering/Förster (Hrsg.), Great War. Die Bezeichnung des Ersten Weltkriegs als ersten die gesamte Gesellschaft erfassenden „technisch-industriellen Krieg" stammt von Klaus-Jürgen Müller (Müller, Armee: Versuch, S. 19), während Michael Geyer in seinen grundlegenden Studien (vgl. vor allem Geyer, Aufrüstung) für diese Aspekte die Begriffe „Industrialisierung", „Entgrenzung" und „Vergesellschaftung" des Krieges prägte.

flugzeugen auf die „Heimatfront", ihre Ernährung und ihre Moral waren Phänomene, die erstmals in diesem Ausmaß den modernen Krieg bestimmten und jedem sichtbar waren.

An der Front beeindruckten vor allem die Zerstörungen bisher unbekannter Größe. Guderian schickte seiner Frau im September 1915 Aufnahmen von den flandrischen Schlachtfeldern (Ypern) und war froh, dass „all das Elend" und „diese maßlose Zerstörung" der deutschen Bevölkerung bisher erspart geblieben sei[55]. Leeb notierte im Mai 1918 nach einer Fahrt durch das Sommegebiet hinter den Ortsnamen mehrmals knapp ein „vollständig verschwunden" und resümierte[56]: „Alberich- und Sommeschlachtgebiet vollkommen zerstört, Orte zum Teil kaum zu finden." Und auch an der Ostfront stieß man überall auf Bilder der Zerstörung. Kleist erinnerte sich später an die russische Rückzugstaktik und ihre Unterstützung durch die Bevölkerung in Polen[57]: „Stellungen waren durch Civil ausgehoben worden, alle Dörfer geräumt und brennend –‚verbrannte Erde' hörte ich dabei zum ersten Mal."

In einem solchen Krieg blieben Übergriffe auf die Zivilbevölkerung nicht aus, wenn sie auch längst nicht den Umfang wie im Zweiten Weltkrieg erreichten. Auch reagierten viele Vertreter der traditionellen Offizierskaste, die auf ein „ritterliches" Ideal hin erzogen worden war, noch sensibler auf entsprechende Maßnahmen. So weigerte sich Weichs als Ordonnanzoffizier der bayerischen Kavalleriedivision Ende 1914, eine französische Ortschaft niederzubrennen[58]. Bei anderen Offizieren zeigte sich dagegen allmählich ein neues Verständnis dafür, dass die Größe und Härte dieses Krieges ungewohnte Anforderungen stellte, die mit dem traditionellen „Kriegshandwerk" nicht mehr unbedingt vereinbar waren. Der Verweis auf die „Kriegsnotwendigkeiten" erhielt einen neuen Stellenwert und schien in diesem Daseinskampf der Völker letztlich auch den Verzicht auf früher geübte Rücksichten zu rechtfertigen.

Bezeichnend dafür ist ein Tagebucheintrag Hauptmann Heinricis, der sich im Februar 1917 als Nachschuboffizier (Ib) einer Infanteriedivision in Rumänien mit den Problemen der Besatzungspolitik befassen musste. In einem frontnahen Dorf hatte der Zustrom von Flüchtlingen aus der Gefechtszone zu einer katastrophalen Ernährungslage geführt. Heinrici entschloss sich daher, „von den angesammelten Flüchtlingen nur die Weiber und Kinder ins Hinterland abzutransportieren", die Männer dagegen vor Ort als billige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zu verwenden[59]. Obwohl sich bei ihm moralische Bedenken meldeten, rechtfertigte Heinrici diese harte Maßnahme: „Es bedeutet, der Familie ihren Ernährer nehmen, sie ins Unbekannte schicken und den Mann zurückbehalten. Das ist für die Leute sehr grausam. An unseren eigenen Landsleuten ausgeführt, würden wir ihn [!] sicher Barbarismus nennen. Wir brauchen jedoch die männliche Arbeitskraft zur Bestellung der Felder im Frühjahr. Die Burschen können uns manchen Mor-

55 Guderian an seine Frau, 10. 9. 1915, in: Bradley, Guderian, S. 92.
56 Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 124f. (21. 5. 1918).
57 Kleist, Erinnerungen, Bd. 2, in: BA-MA, N 354/24, Bl. 30.
58 Das behauptete er jedenfalls in einer Aufzeichnung für das amerikanische Militärtribunal in Nürnberg, 1. 9. 1947, in: BA-MA, N 19/11, Bl. 1.
59 Tagebuch Heinricis, 22. 2. 1917, in: BA-MA, N 265/8.

gen beackern, der der Heimat zu gut kommt. Das ist wertvoller, als wenn einige Frauen und Kinder der Rumänen verkommen." Am selben Tag gelangte Heinrici an „die Stellen, an denen man auf der Straße 2 Wagen mit Rumänen erfroren vorgefunden, hauptsächlich Kinder und Frauen. An der Straße lagen weit und breit die Bäume für Unterstandsbauten gefällt. Der einzige Gutshof war bis auf die Grundmauern abgesengt. Die schwarzen Krähenschwärme hielten ihre Mahlzeit an Pferdekadavern. Dieser Krieg ist ja nicht zu vergleichen mit dem 30-jährigen. Ein Kinderspiel war es, was er vernichtete gegenüber dem heutigen Krieg."[60]

Diese apokalyptischen Bilder und der Bezug zum Dreißigjährigen Krieg zeigen das Unbehagen, das diesen jungen Offizier überkam, als er den Rückfall zu Formen des Krieges erkannte, die man längst überwunden glaubte. Das neue Kriegsbild wurde vom Einsatz und Verbrauch aller Ressourcen der kriegführenden Nationen bestimmt. Diese Anstrengung schien als Ausgleich die Ausbeutung der besetzten Gebiete zu fordern. Rücksichten auf die fremde Zivilbevölkerung mussten hinter die „Kriegsnotwendigkeiten" zurücktreten. Heinrici nennt diese Kriegführung „Barbarismus", nimmt die Grenzüberschreitung aber dennoch in Kauf. Bereits im Ersten Weltkrieg gab es Anzeichen für schwer zu kontrollierende, „verheerende" Auswirkungen wie im Zeitalter der Glaubenskriege. Eine Rückkehr zur europäischen „Kriegskunst" der „sauberen" Entscheidung auf dem Schlachtfeld, die sich im 18. und 19. Jahrhundert ausgebildet hatte, aber bereits vor 1914 brüchig geworden war, schien angesichts der modernen technischen und moralischen Kampfmittel kaum mehr möglich. Dies war eine wesentliche Erfahrung, die der Erste Weltkrieg vermittelte und die gerade die jüngeren Offiziere beeindruckte.

Das Erlebnis des Ersten Weltkriegs gab einen gewissen Vorgeschmack auf die beispiellose Radikalisierung der Kriegführung und Besatzungspolitik im Zweiten Weltkrieg. Von mehr als „Tendenzen", „Ansätzen" und „Vorahnungen" darf freilich nicht gesprochen werden, dazu waren die beiden Weltkriege doch zu unterschiedlich. Selbst Heinrici, der sowohl mit dem Freischärlerkrieg in Belgien als auch mit den Übergriffen auf die Zivilbevölkerung in Ostpreußen und Rumänien konfrontiert wurde, betonte später, dass er solche Grausamkeiten wie im deutsch-sowjetischen Krieg vorher noch nicht erlebt habe[61]. Die Kontinuitätslinien sollten daher nicht zu stark gezogen werden. Außerdem ist zu bedenken, dass die Vorstellung vom modernen Krieg nicht allein von der unmittelbaren Kriegserfahrung im Ersten Weltkrieg, sondern auch von der militärtheoretischen Rezeption nach 1918 bestimmt wurde.

Eins steht aber außer Frage: Das Kriegserlebnis der Jahre 1914 bis 1918 war eine entscheidende Wendemarke in der Mentalität der späteren Oberbefehlshaber an der Ostfront. Die „Feuertaufe", die Nähe des Todes, die Schrecken dieses in vielen Bereichen bereits „totalen" Krieges sowie die Verbindung von Krieg, Politik,

[60] Vgl. auch ebd.: „Die Schuld des Kriegs rächt sich an diesem Land auch wieder in der brutalsten Form."

[61] Heinrici an seine Familie, 19. 11. 1941, in: BA-MA, N 265/155, angesichts der Verrohung des Krieges, besonders im Hinterland: „6 $^1/_2$ Jahre meines Lebens habe ich ja nun im Kriege zugebracht, aber so etwas habe ich doch nicht erlebt."

Wirtschaft und Gesellschaft zu einem verwirrenden und kaum mehr zu entwirrenden Knäuel waren gleichermaßen professionelle wie existentielle Erfahrungen, die im krassen Widerspruch zur schönen Welt der Offizierskasinos und Kaisermanöver vor 1914 standen. Auch wenn diese Offiziere überwiegend in die Stäbe versetzt wurden und nicht zur „Frontkämpfergemeinschaft" gehörten, war ihr Kriegserlebnis ganz sicher aufwühlend und tief genug, um ihr weiteres Denken und Handeln entscheidend zu beeinflussen. Nicht weniger prägend als die militärische Erschütterung war aber der politische Schock am Ende und im Nachspiel des Ersten Weltkriegs.

b. Revolution

Die deutschen Offiziere erlebten im Herbst 1918 den Zusammenbruch ihrer Welt[62]. Innerhalb nur weniger Wochen verloren sie mit der Monarchie und der Armee die beiden wichtigsten Bezugspunkte ihres Soldatenlebens, wenn nicht ihres Lebens überhaupt. Dabei hatten die Zeichen noch im März 1918 auf Sieg gestanden. Der gespannten Erwartung vor der großen Offensive im Westen folgte ein kurzer Siegestaumel, dann die schrittweise Ernüchterung, schließlich der jähe Absturz in das Eingeständnis der Niederlage. Die Kräfte schwanden, die Fürsten gingen, und zurück blieben Ohnmacht und Leere gegenüber einem nicht für möglich gehaltenen Kriegsausgang, der nur noch von der bedingungslosen Kapitulation von 1945 übertroffen werden sollte. Das Jahr 1918 wurde auch für das deutsche Offizierkorps zum Schicksalsjahr[63].

Die Offiziere unserer Gruppe beobachteten das Ende von der Westfront aus[64]. Der Übergang von Angriff auf Verteidigung im Juli wird sie beunruhigt, das plötzliche Waffenstillstandsersuchen und die Umbildung der Regierung Anfang Oktober schockiert haben. Nicht alle reagierten so besonnen wie Major Wilhelm Ritter v. Leeb, der als Generalstabsoffizier einer Heeresgruppe einen besonders guten Einblick in die Ursachen der Niederlage hatte. Für ihn lag die Schuld keineswegs bei einem imaginären „inneren Feind" an der Heimatfront, sondern in der verfehlten militärischen Führung Ludendorffs. Seine von steigendem Pessimismus getragenen Tagebuchaufzeichnungen dieser Monate kulminieren immer wieder in Anklagen gegen Ludendorff, „der den ganzen Ruin des deutschen Volkes auf dem Gewissen hat"[65]. Noch vor der Revolution erkannte er, dass der Krieg

[62] Georg Lindemann blickte 1936 auf den „größten und enttäuschendsten aller deutschen Kriege" zurück und konstatierte: „Mit dem Sturz aller bis dahin für unumstößlich gehaltenen Begriffe der Staatsform, der nationalen Ehre und Würde, von Pflicht und Recht, von Anstand und Sitte zerbrach für den Offizier ein Weltbild." Lindemann, Kraft, S. 299.

[63] Allgemein zu den Entscheidungen und Wirkungen dieses Jahres vgl. Duppler/Groß (Hrsg.), Kriegsende.

[64] Mit Ausnahme von Falkenhorst, der an der deutschen Finnlandexpedition teilnahm. Schobert und Kluge erlebten das Kriegsende im Lazarett, Stülpnagel befand sich in den letzten vier Wochen zur Dienstleistung im Auswärtigen Amt, Guderian wurde Anfang November 1918 einige Tage als Ia der deutschen Vertretung in Norditalien verwendet.

[65] Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 147 (25. 10. 1918). Vgl. auch ebd., S. 142 (6. 10. 1918), S. 148 (27. 10. 1918). Interessant ist, dass er Seeckt als möglichen Nachfolger ablehnte, ebd. S. 148 (26. 10.

militärisch verloren war, und sprach sich gegen ein sinnloses Weiterkämpfen aus[66]: „Wir müssen Frieden schließen, wir haben keine Aussicht mehr."

Auch in Leebs Tagebuch machte sich im Oktober und November 1918 eine deutliche Politisierung bemerkbar, die aus der innenpolitischen Unruhe und der Angst vor einer „Bolschewisierung" Deutschlands resultierte. Am 2. November 1918 notierte er besorgt[67]: „Lage im Innern sehr ernst. Bolschewiki!" Obwohl in jenen Wochen aus der Gruppe der späteren Oberbefehlshaber nur Falkenhorst direkt mit dem russischen Bolschewismus (in Finnland) konfrontiert war, spukte dieses Schreckgespenst durch alle Köpfe. Schon der Übergang zum parlamentarischen System im Oktober erweckte bei den monarchistischen Offizieren die schlimmsten Befürchtungen. Die heftigen Vorwürfe Hauptmann Gotthard Heinricis werden für die Haltung der jüngeren Offiziere repräsentativer gewesen sein als die ruhigere Meinung Leebs. Heinrici antizipierte am 17. Oktober bereits die „Dolchstoßlegende", als er schrieb[68]: „Jetzt erst wird uns klar, daß in wenigen Tagen, in denen wir ohne zu hören u. zu sehen im Kampf standen, unser ganzes altes Vaterland eingestürzt ist. Was soll das geben? Uns regiert jetzt eine Clique von Juden und Sozialisten, Leuten, denen die Internationale über alles geht." Er befürchtete das „Chaos" und war sich „noch nicht sicher, ob das Beispiel Rußland bei uns nicht Schule machen wird"[69]. Und für die Zukunft ahnte er[70]: „Wenn das sich alles verwirklichen soll, was die Polen, Tschechen, Ungarn u. wie die korrupten Völker alle heißen, jetzt begehren, dann treten wir mit diesem Frieden erst in das Zeitalter der Kriege und Revolutionen ein."

In diesen Äußerungen finden sich bereits die wesentlichen Muster der nationalkonservativen Perzeption des „Novembererlebnisses". Der gesellschaftliche Diskurs über die deutsche Niederlage führte zu den bekannten Legenden und Stereotypen „im Felde unbesiegt", „Dolchstoß" und „Verrat"[71]. „Juden" und „Sozialisten" wurden für den Zusammenbruch verantwortlich gemacht und beschuldigt, dem Bolschewismus und den Gebietsverlusten an die „korrupten Völker" im Osten Vorschub zu leisten. Damit schien der Sündenbock gefunden. Noch im hohen Alter empörte sich Heinrici rückblickend darüber, dass „die Sozialdemokraten durch diesen Dolchstoß dem Reiche Bismarcks den Rest" gegeben hätten[72]. Diese verzerrte Sicht entsprach dem Empfinden der meisten Offiziere im Oktober und November 1918. Der plötzliche militärische und politische Zusammenbruch des Kaiserreichs – das Sinken der militärischen Widerstandskraft, das Abdanken der Monarchen, die Ausrufung der Republik – war nach dem Glanz und Gloria der Wilhelminischen Ära nur durch die Legende einer dunklen Verschwörung von

1918): „Das wäre ein absolut falscher Mann. Er ist der Typ des preußischen ekelhaften Stockjunkers."

66 Ebd., S. 150 (31. 10. 1918). Vgl. ebd., S. 147 (26. 10. 1918), gegen einen „Kampf um einen ehrenvollen Untergang". Vgl. auch schon ebd., S. 138 (30. 9. 1918): „Der Feldzug ist verloren, die militärischen Fehler rächen sich jetzt. Hoffentlich rettet die Diplomatie noch, was zu retten ist."

67 Ebd., S. 150 (2. 11. 1918).

68 Tagebuch Heinricis, 17. 10. 1918, in: BA-MA, N 265/8. Vgl. ebd.: „Wenn sich das in so überstürzter Hast abspielen konnte, dann ist der Zusammenbruch bereits da oder er klopft an die Tür."

69 Tagebuch Heinricis, 15. 10. 1918, ebd.

70 Tagebuch Heinricis, 17. 10. 1918, ebd.

71 Vgl. Barth, Dolchstoßlegenden.

72 Aufzeichnung Heinricis „Der Krieg", 1960, in: BA-MA, N 265/23, Bl. 22.

„Reichsfeinden" im Innern sowie „Verrätern" in der Armee und Bürokratie erklärbar und erträglich. Diese Lebenslüge half über das Unfassbare des Niedergangs eines anscheinend so kraftstrotzenden Systems hinweg. „Unser herrliches deutsches Reich ist nicht mehr," schrieb Guderian kurz nach dem Doppelschlag des 9. und 11. November, „das Werk Bismarcks liegt in Trümmern! Die Offiziere müssen sich ihrer einst so stolzen Uniform schämen! Deutsche Treue ist eitel Lug und Trug; was heißt jetzt Mannentreue, was Fahneneid? Schurken haben alles zu Boden gerissen."[73]

Das Ausmaß „der gewaltigen Enttäuschung [...] nach dem Zusammenbruch 1918, mit all seinen schrecklichen Erscheinungen"[74], ist kaum zu überschätzen. Die Offiziere kehrten von der Front in eine Heimat zurück, in der von der Normalität der Vorkriegszeit und erst recht von der nationalen Begeisterung des August 1914 nichts mehr zu finden war[75]. Das „Novembererlebnis" stand im schroffen Widerspruch zum damaligen „Augusterlebnis". Der „Burgfrieden" im Reich war endgültig zerbrochen. Schon vor dem Waffenstillstand hatten sich in der Armee erste Auflösungserscheinungen gezeigt, doch die Erlebnisse bei der Rückführung der Truppen überstiegen oft die schlimmsten Befürchtungen. Agitation, Unruhe und Zersetzung griffen um sich, in den Etappenorten und Heimatstädten dominierten rote Fahnen das Straßenbild, die Armee schmolz innerhalb kürzester Zeit auf kleine Reste zusammen[76]. Die Offiziere mussten sich mit Soldatenräten herumschlagen und erfuhren nicht für möglich gehaltene Herabsetzungen ihrer Autorität, die aufs Schärfste zur erhabenen Stellung schon des Leutnants in der Kaiserzeit kontrastierten. Den Frontoffizieren zerrannen die Mannschaften zwischen den Fingern, die Generalstabsoffiziere saßen in ihren Stuben und hatten nichts mehr zu befehlen. Viele standen kurz davor, die Uniform auszuziehen und den Offiziersberuf aufzugeben[77].

Dennoch blieben alle unsere Offiziere im Dienst. Schnell fand man wieder eine Betätigung im Aufbau einer Ordnungsmacht im Innern und eines Grenzschutzes nach außen[78]. Wenn schon der Krieg und die Monarchie verloren waren, sollte wenigstens der Bestand des „Reichs", des von Bismarck geschaffenen Einheitsstaats, bewahrt werden[79]. Der neue Feind war schnell ausgemacht. Viele Offiziere nahmen aktiv am Kampf gegen Spartakisten, Unabhängige Sozialdemokraten und andere Gruppierungen teil, die simplifizierend mit dem Sammelbegriff „Bolschewisten" bezeichnet wurden. So waren Heinrici im März 1919 an der Ausschaltung

[73] Guderian an seine Frau, München 14. 11. 1918, in: Bradley, Guderian, S. 108f.
[74] Vernehmung Falkenhorsts in Norwegen, 1945, in: BA-MA, N 300/5, Bl. 141.
[75] Zum „Augusterlebnis" von 1914 und seiner Nachwirkung vgl. Verhey, Geist.
[76] Vgl. Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 155–165 (11. 11.–16. 12. 1918); Aufzeichnung Heinricis „Der Krieg", 1960, in: BA-MA, N 265/23, Bl. 22–26. Guderian erlebte Anfang November 1918 die Auflösung der k.u.k. Truppen in Norditalien, vgl. die Dokumente bei Bradley, Guderian, S. 108. Vgl. auch Schmidt, Heimatheer.
[77] Vgl. etwa Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 162 (6. 12. 1918).
[78] Zur Bildung der Freikorps und ihren Kämpfen vgl. vor allem Schulze, Freikorps; Waite, Vanguard; Barth, Dolchstoßlegenden, S. 229–254. Vgl. auch den Überblick im Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Abschnitt VI, S. 66–83.
[79] Manstein, Soldatenleben, S. 51–58, sah darin die Grundlage des Dienstes der monarchisch gesinnten Offiziere in der Republik. Vgl. auch Hoth an Jacobsen, Goslar 15. 9. 1957, in: IfZ-Archiv, ZS 75.

der „Marinevolkswehr" in Königsberg[80], Hoth, Kleist[81] und Lindemann im Frühjahr und Sommer 1919 an der Niederschlagung von kommunistischen Aufständen in Halle, im Ruhrgebiet und in Hamburg beteiligt. Dietl und Schobert gehörten im April 1919 dem berüchtigten Freikorps Epp an, das die Münchner Räterepublik mit brutaler Gewalt beseitigte. Im gärenden Milieu der bayerischen Revolution und Gegenrevolution gerieten diese beiden Offiziere bereits in den Dunstkreis Hitlers[82]. Vermutlich werden noch weitere Offiziere in den Unruhen der deutschen Revolutionsmonate, die kaum einen unberührt ließen und selbst vorher unpolitische Menschen politisierten, eine aktive Rolle gespielt haben. Die scharfe Frontstellung gegen den „Bolschewismus" und die „Befreiung" des Reichs von der „roten Gefahr" blieben prägende Eindrücke. Die Kommunisten und ihre „hinterlistigen Kampfmethoden"[83] brannten sich 1918/19 als wirkungsvollstes politisches Feindbild tief in die Mentalität der späteren Wehrmachtsgenerale ein.

Es wurde aber nicht nur der innere, sondern sehr bald auch wieder ein äußerer Feind bekämpft. Die Aufstellung und Führung von Freiwilligenverbänden als Polizeitruppe der Gegenrevolution war den Berufsoffizieren eher eine lästige Pflicht, die Verteidigung der Grenzen gegen die Ansprüche der neuen Staaten im Osten dagegen eine selbstverständliche, ihrer Profession angemessene Aufgabe. Der „Grenzschutz Ost" wurde in der Regel von aktiven Offizieren aus Splittern der alten Armee und Freiwilligen improvisiert und stand unter dem Oberbefehl der OHL[84]. Bereits Anfang 1919 gelang es, einige schlagkräftige Verbände aufzustellen, die Ostpreußen vor den im Baltikum vorrückenden Bolschewiki[85] sowie Westpreußen, Schlesien und die verbliebenen Teile Posens vor den Polen verteidigen sollten. In diesen Monaten waren vermutlich die meisten und gewiss alle jüngeren preußischen Offiziere unserer Gruppe im „Grenzschutz Ost" tätig, von elf ist es bekannt[86]. Auch die Generalstabsoffiziere Bock und Rundstedt, die nach Kriegsende in der bis Juli 1919 bestehenden OHL beschäftigt waren, werden mit den Problemen des Grenzschutzes konfrontiert worden sein. Die teilweise erbitterten Kämpfe verstärkten die traditionellen Vorbehalte gegen die Polen und die anderen östlichen Nachbarn. Guderian tobte[87]: „Da will man Teile unseres Landes an die Barbaren ausliefern! Denn halbe Wilde sind die Polen, Litauer und Letten

[80] Vgl. den ausführlichen Erinnerungsbericht Heinricis „Die Jahre nach dem 1. Weltkrieg in Königsberg", ca. 1960, in: BA-MA, N 265/31, Bl. 1–20.

[81] Vgl. Kleist, Erinnerungen, Bd. 4, in: BA-MA, N 354/26, Bl. 23–27.

[82] Vgl. Heinemann, Dietl, S. 99f.; Leixner, Schobert, S. 42. Dietl war 1919/20 eines der ersten 160 Mitglieder der Deutschen Arbeiter-Partei, der späteren NSDAP. Hitler agitierte u.a. in seiner Kompanie. Zu Schobert vgl. auch das Tagebuch Glaises v. Horstenau, 10.–12. 1. 1941, über ein Gespräch mit Schobert, in: Broucek (Hrsg.), General, Bd. 2, S. 631: „Mit dem Führer verbinden ihn seit 1919 persönliche Beziehungen und eine durch nichts zu beeinträchtigende Anhänglichkeit."

[83] Aufzeichnung Hoths für das amerikanische „Advisory Committee on Clemency for War Criminals", Landsberg 1950, in: BA-MA, N 503/86.

[84] Vgl. Schulze, Freikorps, S. 101–125.

[85] Vgl. die Aufzeichnung Heinricis „Die Jahre nach dem 1. Weltkrieg in Königsberg", ca. 1960, in: BA-MA, N 265/31, Bl. 1: „Als geborener Ostpreuße erachtete ich es als meine Pflicht, meine Heimat gegen eine Überflutung durch die Bolschewisten zu schützen."

[86] Falkenhorst, Guderian, Heinrici, Hoepner, Lindemann, Manstein, Model, Paulus, Reichenau, Reinhardt und Stülpnagel.

[87] Guderian an seine Frau, Bartenstein 24. 5. 1919, in: Bradley, Guderian, S. 117. Vgl. auch Manstein, Soldatenleben, S. 66: „Die polnischen Verbände [...] waren zunächst nichts Besseres als bewaffnete Banden. Ihre Kampfesweise war dementsprechend bestialisch."

doch noch. Ärmlich, dreckig, unfähig, dumm und gemein, verkommen und heimtückisch." Das Stereotyp der „Gefahr aus dem Osten" wurde neben das Schlagwort der „bolschewistischen Bedrohung" gestellt und verwischte sich häufig mit ihr. Die „polnischen Banden" und „bolschewistischen Horden" galten gleichermaßen als kulturell fremde und grausame Todfeinde, die man mit allen Mitteln bekämpfen musste.

Die Verbindung der Feindbilder zur „bolschewistische[n] Bedrohung aus dem Osten"[88] zeigte sich nirgends deutlicher als in den Kämpfen der deutschen Freikorps im Baltikum, an denen sich Georg v. Küchler als Generalstabsoffizier der „Brigade Kurland" und Heinz Guderian als Ib-Offizier der „Eisernen Division" beteiligten. Die Freikorps kämpften zunächst mit Duldung der Entente erfolgreich gegen die nach Westen vorrückende Rote Armee und eroberten im Mai 1919 Riga zurück, wurden dann aber sowohl den Balten als auch den Siegermächten unerwünscht und mussten das Baltikum bis Ende des Jahres räumen[89]. Die Briefe Guderians aus dieser Zeit geben einen guten Einblick in die Mentalität eines deutschen „Baltikumkämpfers"[90]. Berichte über die Grausamkeit der Bolschewiki[91] finden sich in ihnen ebenso wie das Selbstgefühl, wie der Major Schill im Jahre 1809 ein Zeichen gegen die Fremdherrschaft zu setzen[92], und die Illusionen von einer Eroberung deutschen Siedlungsgebiets im Baltikum als Ausgleich für die Verluste im Westen[93]. Die zahlreichen Massaker der Freikorps an wirklichen und vermeintlichen Kommunisten in den eroberten baltischen Städten und Gebieten, denen Tausende zum Opfer fielen, werden dagegen verharmlost oder verschwiegen.

Das wirre Gemisch aus Berufssoldatentum und Landsknechtsmentalität führte schnell zu Eigenmächtigkeiten und zum Zerwürfnis mit den Berliner Zentralbehörden. Während sich Küchler bald zurückzog[94], wurde Guderian zu einem der Drahtzieher der Meuterei der „Eisernen Division"[95]. Seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags am 28. Juni 1919 bestand die Reichsregierung für ihn ohnehin nur noch aus „Schurken" und „Verbrechern"[96]. Guderian ersehnte den Zeitpunkt, „wo der Diktator mit brutaler Gewalt diese Schweinehorde zur Frohn zwingen wird"[97], und schrieb am 26. Juli 1919 aus Mitau[98]: „Herrgott, was ist aus unserem herrlichen Deutschland für ein elender Misthaufen geworden! Wo man hinsieht,

[88] Manstein, Soldatenleben, S. 63.
[89] Vgl. Schulze, Freikorps, S. 125–201; Venner, Baltikum; Barth, Dolchstoßlegenden, S. 255–273.
[90] Vgl. Bradley, Guderian, S. 118–132.
[91] Guderian an seine Frau, Mitau 30. 4. 1919, ebd., S. 119: „[Mitau hat] durch den Krieg schon sehr gelitten, aber die Bolschewiki haben allem die Krone aufgesetzt und hier wie die Viecher gehaust." Guderian an seine Frau, Riga 4. 6. 1919, ebd., S. 121 f.: „Im Ganzen haben die Bolschewiki über 4000 Menschen umgebracht."
[92] Guderian an seine Frau, Riga 23.–28. 6. 1919, ebd., S. 122 f.
[93] Guderian an seine Frau, Mitau 30. 4. 1919, ebd., S. 120.
[94] Vernehmung Küchlers in Nürnberg, 29. 3. 1947, in: IfZ-Archiv, MA 1569/39: „Ich machte dann nicht mit, als diese Truppe sich selbständig machen wollte unter dem Awold Bermond." Gemeint ist der russische Oberst Bermondt, der bei Mitau eine „weiße" Freiwilligen-Armee aufbaute, mit der sich einige Freikorps, besonders die „Eiserne Division", verbünden wollten.
[95] Vgl. Bradley, Guderian, S. 127–132.
[96] Guderian an seine Frau, Mitau 8. 7. 1919, ebd., S. 124 f.
[97] Ebd., S. 124.
[98] Ebd., S. 123.

Verbrechen, Wahnsinn, Schlappheit. Wo ist ein Mann? Wer wagt eine einzige befreiende Tat?" Zu einer solchen „Tat" meinten sich die Offiziere der „Eisernen Division" am 23. August 1919 entschließen zu müssen, als sie den Befehl zur Räumung Kurlands verweigerten und ein Bündnis mit russischen antirevolutionären Kräften suchten – diesen Schritt hatte Guderian bereits Ende Juli in einer Denkschrift vorgeschlagen[99]. Die Meuterei konnte freilich gegen die Zwangsmaßnahmen der Reichsregierung nicht durchgehalten werden, blieb aber für Guderian folgenlos.

Auch im „Grenzschutz Ost" kam es nach der Annahme der Friedensbedingungen in der zweiten Junihälfte 1919 zu Selbständigkeitsbestrebungen und Konflikten mit der Regierung[100]. Die Kommandeure und Generalstabsoffiziere im Osten befürworteten mehrheitlich eine Zurückeroberung Posens und die vorübergehende Bildung eines souveränen „Oststaats", der den Versailler Bedingungen entzogen sein sollte. Die Reichsregierung und die OHL unter General Wilhelm Groener wandten sich gegen diesen Plan, so dass er nicht durchgeführt werden konnte. Die Enttäuschung der Offiziere im „Grenzschutz Ost" machte sich in bitteren Vorwürfen Luft. So beklagte sich Heinrici, der als Generalstabsoffizier in Ostpreußen die Aktion vorbereitete, über die „Gesinnungsschweinerei" und „Schuld der Regierung, die uns einfach fallen ließ [...]. Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit war es eben, abzulehnen oder wenn sie unterschrieb, stillschweigend hier bei uns die Dinge geschehen zu lassen."[101] Diese gerade bei jüngeren Offizieren verbreitete Unzufriedenheit mit der republikanischen Staatsführung war eine schwere Hypothek für den Aufbau der Reichwehr.

Der Versailler Vertrag verpflichtete das Deutsche Reich, das Heer auf 100000 Mann einschließlich 4000 Offiziere zu vermindern[102]. Das bunte Provisorium der aus Berufsoffizieren und Freiwilligenverbänden bestehenden, etwa 400000 Mann starken „Vorläufigen Reichswehr" musste erheblich abgebaut werden. Die Zwänge der Reduzierung führten sowohl bei den Freikorps, die nicht vollständig in die Reichswehr übernommen werden konnten, als auch bei vielen Offizieren zu bitteren Enttäuschungen. Von den 38118 aktiven Offizieren bei Kriegsende konnte nur etwa jeder Zehnte berücksichtigt werden. Nach dem Willen Groeners, Reinhardts, Seeckts und der anderen tonangebenden Militärs, die für die Kriterien der Auswahl verantwortlich waren, wurden Generalstabsoffiziere vor Frontoffizieren bevorzugt, um einen Stamm von hochqualifizierten Offizieren als Grundlage des „Qualitätsheeres" der Reichswehr zu schaffen. Die Zusammensetzung der Gruppe der späteren Oberbefehlshaber, die ohne Ausnahme in die Reichswehr überführt wurden, war für diese Personalpolitik bezeichnend.

[99] Vgl. Schulze, Freikorps, S. 172; Barth, Dolchstoßlegenden, S. 268f.

[100] Vgl. Schulze, Freikorps, S. 112–124.

[101] Tagebuch Heinricis, 27. 6. 1919, in: BA-MA, N 265/8. Vgl. ebd.: „Im Zusammenhang damit muß man ganz entschieden gegen den General Gröner Front machen, der schon am 9. 11. 18 eine so zweideutige Politik getrieben [...] hat."

[102] Zu den militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags und zur Heeresverminderung vgl. Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Abschnitt VI, S. 91–100. Die Frist wurde in Versailles auf den 31. 3. 1920 gelegt, dann aber verlängert. Das Heer sollte bis zum 1. 10. 1920 auf 150000 Mann und bis zum 1. 1. 1921 auf die Friedenstärke von 100000 Mann reduziert werden.

Die Jahre 1919 und 1920 waren für jeden Offizier eine Zeit der Ungewissheit über die berufliche Zukunft. Der existentiellen Bedrohung durch den Krieg folgte die Bedrohung der beruflichen Existenz durch die Heeresreduzierung. Während des langen Übergangs von der alten Armee Ende 1918 über die Vorläufige Reichswehr im Frühjahr 1919 und das Übergangsheer von 200000 Mann im Mai 1920 bis zum Hunderttausend-Mann-Heer der Reichswehr am Stichtag des 1. Januar 1921 konnte sich kaum ein Offizier sicher sein, ob er alle Phasen des schrittweisen Personalabbaus überstehen würde. Auch wenn viele Berufsoffiziere nach dem Ende der Monarchie aus politischen Gründen den Dienst quittierten, gab es doch ein Überangebot an jungen Offizieren, die auch in der Republik an ihrer Profession festhalten wollten. Selbst ein so dezidiert antirepublikanischer und nach eigener Aussage „altpreußischer" Offizier wie Guderian, der sich noch im Juli 1919 nicht vorstellen konnte, „unter Verbrechern zu dienen" und „die schwarz-rot-goldene Schandkokarde" anzunehmen, überwand erstaunlich schnell seine Bedenken und drängte in die Reichswehr[103]. Die Neigung zum Offiziersberuf und die Sorge um die berufliche Stellung waren oft größer als die Ressentiments gegen die Republik. Keiner der Offiziere unserer Gruppe verweigerte sich der Neuvereidigung, als im Herbst 1919 alle Beamten und Soldaten der republikanischen Reichsverfassung Treue schwören mussten[104].

Nach dem Abflauen der revolutionären Unruhen Mitte 1919 waren die Offiziere zunächst vorrangig mit ihrer eigenen Laufbahn beschäftigt. Doch bald stellte sich heraus, dass die Revolutionszeit noch nicht endgültig vorbei war. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 war nicht zuletzt auch eine Reaktion auf die Härten des Personalabbaus[105]. In ihm verband sich die Enttäuschung der entlassenen oder von der Entlassung bedrohten Offiziere und Soldaten mit der Hoffnung auf einen „Umschwung zu nationaler Politik"[106], die sich nach der Annahme des Versailler Vertrags erheblich verstärkt hatte. Der Putsch spaltete das Offizierkorps in drei Lager, von denen der mit den gegenrevolutionären Zielen der Putschisten sympathisierende, aber zunächst abwartende Teil größer war als jene beiden anderen, die Kapp und Lüttwitz entweder offen unterstützten oder ablehnten. Das schnelle Scheitern des Umsturzversuchs ersparte den Offizieren eine echte Zerreißprobe.

[103] Vgl. Guderian an seine Frau, Mitau 12. 7. 1919, in: Bradley, Guderian, S. 126f.: „Ob die demnächstige Regierung überhaupt noch ‚reaktionäre' Offiziere im Dienst beläßt, ist fraglich. Außerdem kann man keinem altpreußischen Offizier zumuten, unter Verbrechern zu dienen. Ich müßte also meinen Abschied nehmen. Wo soll ich dann hin? Behalten wir die erdiente Pension? Alles ein großes Fragezeichen! Soll ich etwa unter französischer Kontrolle nachher eine sogenannte ‚Kompanie' ewig meuternder Polizisten führen und mir die schwarz-rot-goldene Schandkokarde mit ‚Eigenlob' an den Hut stecken?" Bereits am 20. 9. 1919 leistete Guderian aber den Eid auf die neue Verfassung (vgl. BA-MA, Pers 6/27) und war in den folgenden Monaten um sein Verbleiben in der Armee sehr besorgt (vgl. Bradley, Guderian, S. 132–144).

[104] Die Offiziere leisteten den Eid in der Fassung vom 14. 8. 1919 in den Monaten September bis November 1919: „Ich schwöre Treue der Reichsverfassung und gelobe, daß ich als tapferer Soldat das Deutsche Reich und seine gesetzmäßigen Einrichtungen jederzeit schützen, dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam leisten will." Vgl. Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Abschnitt VI, S. 105.

[105] Zu Ursachen und Verlauf des Putsches vgl. Erger, Kapp-Lüttwitz-Putsch. Vgl. auch Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Abschnitt VI, S. 242–254; Schulze, Freikorps, S. 244–304.

[106] Guderian an seine Frau, Hannover 23. 11. 1919, in: Bradley, Guderian, S. 135.

Wie sich unsere Offiziere zu diesem Putsch stellten, ist nur in Einzelfällen bekannt. Heinrici stand wie das gesamte Wehrkreiskommando I in Königsberg auf Seiten seines Landsmannes Kapp[107], Dietl hielt sich in München bereit[108], während Bock als Generalstabsoffizier beim Gruppenkommando 1 in Berlin seinem Vorgesetzten Lüttwitz offenbar die Gefolgschaft verweigerte[109]. Stülpnagel verurteilte „das blödsinnige Unternehmen", musste aber „sehr gegen unsere bessere Einsicht mitmachen, da wir schließlich als Soldaten gehorchen mußten"[110]. Die Reaktion der meisten anderen ist nicht überliefert. Sie wird sich aber im Querschnitt kaum vom mehrheitlichen Verhalten des Offizierkorps unterschieden haben: Sympathie mit der restaurativen Stoßrichtung, Abwarten in den ersten Putschtagen, dann Verurteilung der schlechten Vorbereitung und stümperhaften Ausführung, schließlich Distanzierung von diesem überhasteten Umsturzversuch. Auch wenn nahezu alle Offiziere den monarchisch-konservativen Putschisten wesentlich näher standen als der vom Volk gewählten Regierung, fand doch weder die eine noch die andere Seite die eindeutige Unterstützung der Reichswehr. Den meisten Offizieren kam der Putsch ungelegen. Sie waren nach Tradition und Erziehung kaum bereit, ihrer Ablehnung der Republik Taten folgen zu lassen und sich gegen die Regierung zu stellen. Das Scheitern des Putsches schien diese Vorsicht zu rechtfertigen. Rückblickend schrieb Hoth[111]: „Ich empfand das ruhmlose Fehlschlagen als ernste Warnung, die Wehrmacht nicht zu politischen Zwecken zu missbrauchen."

Nach der kurzen Erschütterung durch den Kapp-Lüttwitz-Putsch kam es der Reichswehr sehr gelegen, dass sie sich sogleich wieder geschlossen gegen den inneren Feind der Revolutionsmonate von 1918/19 wenden konnte. Die Bekämpfung der kommunistischen Aufstände im Ruhrgebiet, in Thüringen und im Vogtland, die aus dem Widerstreit von Putsch und Generalstreik entstanden, war für den Zusammenhalt des Heeres und seine Position im republikanischen Staat von großer Bedeutung. Wenn es gegen linksradikale Kräfte ging, stellten sich auch die regimekritischsten Offiziere ohne Vorbehalte in den Dienst der Republik. Besonders der Ruhraufstand der improvisierten „Roten Armee" im März und April 1920 forderte den massiven Einsatz militärischer Kräfte und hohe Opfer auf beiden Seiten[112]. Die Kämpfe verstärkten den Hass zwischen dem konservativen Offizierkorps und den von ihm generell als „Bolschewisten" angesehenen äußersten Linken, erschütterten aber auch das Vertrauen der Arbeiterschaft in die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung, die ihrerseits in der Reichswehr und auf der Rechten kaum neue Freunde gewinnen konnte.

Mit Guderian, Model, Schobert, Stülpnagel und Weichs war nur ein kleiner Teil unserer Gruppe unmittelbar am „Ruhrkrieg" beteiligt. Von Guderian und Model

[107] Vgl. den von Heinrici zusammengestellten Lebenslauf, in: BA-MA, N 265/26, Bl. 17.
[108] Vgl. Heinemann, Dietl, S. 101.
[109] Vgl. Manstein, Soldatenleben, S. 77.
[110] Stülpnagel an seine Schwester, 23. 3. 1920, in: Bücheler, Stülpnagel, S. 95.
[111] Aufzeichnung Hoths für das amerikanische „Advisory Committee on Clemency for War Criminals", Landsberg 1950, in: BA-MA, N 503/86. Vgl. auch Hoth an Jacobsen, Goslar 15. 9. 1957, in: IfZ-Archiv, ZS 75.
[112] Vgl. Eliasberg, Ruhrkrieg; Schulze, Freikorps, S. 304–318; Barth, Dolchstoßlegenden, S. 273–290.

weiß man, dass sie sich als Kompanieführer in erbitterten Gefechten gegen die kommunistischen Aufständischen bewähren mussten[113]. Wieder geben die Briefe Guderians einen Eindruck von der Stimmungslage eines Offiziers in dieser unruhigen Zeit. Die Kämpfe im Ruhrgebiet bestärkten ihn in seiner tiefen Abneigung gegen das „rote Gesindel", für ihn der „verschlagene Feind", der „feige und grausam" bevorzugt aus dem Hinterhalt operiere und „heimtückische Schüsse aus Häusern" abfeuere[114]. Noch größere Verachtung empfand er für die „jammervolle Feigheit des Bürgertums", „die widerliche Demokratie der Mittelparteien" sowie die „Feigheit, Dummheit und Schwäche dieser Jammer-Regierung", während er der extremen Rechten und Linken die „größere Energie" zubilligte[115]. Guderian zog daraus den radikalen Schluss, sich bereits 1920 eine Diktatur zu wünschen[116], und fragte[117]: „Wann endlich wird der Retter kommen diesem Land?"

Die Ereignisse im Frühjahr 1920 und in den eineinhalb Jahren zuvor werden nicht bei allen Offizieren so heftige politische Aversionen provoziert haben wie bei Guderian. Doch bei keinem dürfte diese Phase innerer und äußerer Unruhe ohne eine starke Politisierung, ja Radikalisierung der eigenen Auffassungen vorübergegangen sein. Selbst die Offiziere, die nicht mit der Waffe in der Hand gegen kommunistische Aufständische im Reich oder polnische und bolschewistische Okkupanten im Osten kämpften, blieben von diesen Ereignissen und den Schicksalen ihrer Kameraden nicht unberührt. Manstein empörte sich noch in seinen Memoiren darüber, dass im Ruhrgebiet der ihm persönlich gut bekannte Hauptmann Hasenclever mit seinen Männern „bestialisch abgeschlachtet" worden sei[118]. Vorgänge wie dieser sprachen sich im ganzen Offizierkorps herum und verstärkten die Antipathie gegen den „roten Terror", während die Opfer auf der Gegenseite marginalisiert wurden. „Der" Kommunismus oder „Bolschewismus" wurde in den Auseinandersetzungen mit Spartakisten, Bolschewiki oder radikalen Sozialisten in den Jahren 1918 bis 1920 zum Hauptfeind Nr. 1 im Weltbild der Offiziere. Hoth erinnerte sich, dass er aus dieser Zeit als „erklärter Gegner gegen alle kommunistischen Bestrebungen" hervorgegangen sei[119].

Nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch und dem Ruhraufstand beruhigten sich die Gemüter zunächst wieder. Für die meisten der noch im Dienst verbliebenen Offiziere entschied sich in der zweiten Jahreshälfte 1920, ob sie dem kleinen Offizierkorps des 100000-Mann-Heeres vom 1. Januar 1921 angehörten oder nicht. So war es naheliegend, sich wieder stärker mit seiner beruflichen Karriere zu beschäf-

[113] Vgl. Bradley, Guderian, S. 138–141; Leppa, Model, S. 39–43.

[114] Diese und die folgenden Zitate aus den Briefen Guderians an seine Frau, Dülmen 27. 3. 1920, Seppenrade 1. 4. 1920, Herne 8. 4. 1920, in: Bradley, Guderian, S. 140. Vgl. ebd. (1. 4. 1920): „Der Kampf nimmt dadurch immer erbittertere Formen an."

[115] Vgl. ebd. (27. 3. 1920): „Wenn man diese Antipoden zusammenbrächte, hätte man den Stein der Weisen gefunden."

[116] Vgl. ebd. (27. 3. 1920): „Je eher wir zur Diktatur kommen, desto besser."

[117] Ebd. (8. 4. 1920).

[118] Vgl. Manstein, Soldatenleben, S. 80. Zum Gefecht von Wetter am 15. 3. 1920, in dem Hasenclever und zehn seiner Soldaten von Arbeitern getötet wurden, vgl. Eliasberg, Ruhrkrieg, S. 81 f.

[119] Vgl. die Aufzeichnung Hoths „Stellung zum Führer und zur Politik", 1948, in: BA-MA, N 503/86: „Ich kam in Berührung mit Kommunismus als Macht im Jahre 1919 in Mitteldeutschland (Spartakismus), 1920 in Mitteldeutschland als Reaktion gegen Kapp, 1923 in Sachsen (Hölz). Seitdem erklärter Gegner gegen alle kommunistischen Bestrebungen."

tigen und sich auf die dienstlichen Belange zu konzentrieren. Der Abschluss der Heeresverminderung stellte an die Offiziere ohnehin recht vielfältige professionelle Aufgaben. Nach den politischen Unruhen des Frühjahrs trat mit der Stabilisierung der inneren Verhältnisse eine gewisse Entspannung ein. Die Enttäuschungen und Irritationen, die für viele nationalkonservative Offiziere mit dem Scheitern des Putsches verbunden waren, trugen zusätzlich dazu bei, vom Politisieren vorläufig Abstand zu nehmen und sich in den Dienst zurückzuziehen.

Wenn ein früherer Berufsoffizier des alten Heeres und frischgebackener Offizier der neuen Reichswehr am Ende des Jahres 1920 auf die Zeit seit dem November 1918 zurückblickte, wird er recht verwundert gewesen sein, wie viel sich in diesen zwei bewegten Jahren im Vergleich zu den Jahrzehnten zuvor verändert hatte. Kaiserreich, Königtum und Armee, auf die er sein gesamtes Leben ausgerichtet hatte, waren sang- und klanglos in der Versenkung verschwunden. Die Großmacht und Pracht des Deutschen Reichs waren so schnell zusammengebrochen, wie es niemals für möglich gehalten worden war. An ihre Stelle traten erst die Revolution und der Bürgerkrieg, dann ein verstümmelter, nur bedingt souveräner Staat mit republikanischer Verfassung und einem Armeechen namens Reichswehr! Selbst der Glanz des Offiziers hatte schweren Schaden genommen, zum einen durch die Anfechtungen von links, zum anderen durch eine bisher beispiellose Politisierung der Offiziere und den Putsch eines Teils von ihnen gegen die rechtmäßige Regierung. Diese Umwälzungen waren wahrlich mehr, als ein junger Offizier verstehen und verkraften konnte!

Schon der Krieg hatte neue Anforderungen gestellt und das Bewusstsein verändert, doch die Erfahrungen von Niederlage und Revolution waren für die Mentalität der Offiziere vielleicht noch wichtiger. Der Zusammenbruch von 1918 war eine Katastrophe, für die man eine Erklärung suchte, sie freilich nach dem Selbstgefühl der „Wilhelminer" nicht in systemimmanenten Fehlern finden wollte. Vielmehr wurde die Ursache der Niederlage im Bruch des nationalen Burgfriedens gesehen, den man den demokratischen und sozialistischen Kräften, häufig auch „den" Juden anlastete. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Russland entstand zusammen mit der „Dolchstoßlegende" ein diffuses, ältere Ressentiments übernehmendes Feindbild des „Bolschewismus", das sich je nach Bedarf gegen Kommunisten, Sozialisten, Republikaner, Juden, Russen und andere vermeintliche „Reichsfeinde" richten konnte. Auch wenn nicht jeder monarchisch gesinnte Berufsoffizier zu solch radikalen Forderungen kam wie etwa Hauptmann Heinz Guderian, kann doch allgemein in diesem Kreis eine tiefe Abneigung gegen alle Kräfte, die man für die Zerstörung des Kaiserreichs verantwortlich machte, angenommen werden. Das Gefühl, nach einem langen, schweren Krieg nicht nur um den Ruhm des Offiziers, sondern auch um die Rückkehr in die gewohnte Normalität der Vorkriegsjahre betrogen worden zu sein, saß wie ein Stachel.

Die persönlichen Erfahrungen in den Nachkriegswirren verstärkten die Vorwürfe und die Antipathie gegen den neuen Feind, den „Bolschewismus". Viele Offiziere kämpften im Innern gegen die extreme Linke, nach außen gegen polnische Insurgenten und russische Bolschewisten. Im Rückblick wurde der Kampf „im Grenzschutz gegen die Polen, im Inneren gegen die Bolschewisten" geradezu zum Synonym für die „staatserhaltende Kraft des deutschen Soldatentums", wie

es Georg Lindemann dann als Soldat des „Dritten Reichs" formulierte[120]. Die Radikalität dieser Kämpfe, die teilweise außerhalb jeder kriegsrechtlichen Bindungen als grausame Guerillakriege geführt wurden, schürte den Hass auf beiden Seiten. Für die späteren Wehrmachtsgenerale gingen bereits zu dieser Zeit die Reizworte „Bolschewismus", „barbarische Ostvölker" und „Bandenkrieg" eine Symbiose ein. Die Überzeugung, dass linke Aufständische, Bolschewisten, Polen und Russen heimtückisch und grausam Krieg führten, konnte von da an jederzeit und keineswegs nur bei den „Baltikumkämpfern" leicht angesprochen und abgerufen werden.

Zugleich erwies sich die junge Republik in den Augen dieser Offiziere, die in einer „starken" Monarchie aufgewachsen waren, lange als unfähig, den Bürgerkrieg zu beenden und die Grenzen wirksam zu schützen. Die neue Staatsform wurde von vornherein mit Bürgerkrieg und Chaos im Innern sowie Schwäche nach außen gleichgesetzt. Auch hier blieb der erste Eindruck während der Geburtswehen der Republik prägend und konnte auch durch die Beruhigung der Verhältnisse nach 1920 nicht wesentlich relativiert werden. Der Kontrast zur Welt vor 1914 war einfach zu groß. Dennoch dienten alle Offiziere unserer Gruppe durchgehend in der Wehrmacht der Republik, der Reichswehr.

c. Republik

Am 1. Januar 1921 war der Abbau des Reichsheeres auf seine vertragliche Friedensstärke von 100000 Mann und 4000 Offiziere vollendet. Damit begann eine neue, ungewöhnliche Periode der deutschen Militärgeschichte, die höchstens mit der Heeresreorganisation nach der preußischen Niederlage von 1806/07 vergleichbar ist: die von den Generalen Groener und Reinhardt vorbereitete, dann vor allem mit dem Namen des Chefs der Heeresleitung Hans v. Seeckt verbundene Ausbildung des kleinen Heeres zu einem „Führerheer" und „Qualitätsheer", also zu einer Kaderarmee als Grundlage der späteren Wiederaufrüstung. Dieses auf den gerade verlorenen Großmachtstatus ausgerichtete Ziel sollte zugleich verhindern, dass die Reichswehr sich mit der Rolle einer Polizeitruppe begnügte[121].

Für diese Aufgabe benötigte man vor allem ein hochqualifiziertes Offizierkorps. Da in der Reichswehr die Option der modernen Kriegführung eines wesentlich größeren Heeres bewahrt werden sollte, wurde auf die besondere Befähigung im taktischen und operativen Denken, in der Organisation und Planung, in

[120] Lindemann, Kraft, S. 301. Lindemann zählt dann in seinem Beitrag von 1936 die wichtigsten Stationen dieser Auseinandersetzung auf (ebd., S. 302–304): den Kampf gegen „Polen und Bolschewisten" im Winter und Frühjahr 1918/19, die „Beseitigung der geiselmordenden Räterepublik München" im Mai 1919, die Kämpfe „um die bolschewistische Staatsform" im Ruhrgebiet März/April 1920 sowie gegen die „bolschewistischen Stoßtrupps" in Thüringen und Sachsen im Oktober 1923.

[121] Dazu und zum Folgenden vgl. vor allem die älteren Standardwerke, die das Verhältnis Reichswehr/Republik in den Mittelpunkt stellen: Carsten, Reichswehr; Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Abschnitt VI. Vgl. außerdem Geyer, Aufrüstung, der das Schwergewicht auf die militärischen Bedingungen und Ziele der Reichswehrpolitik legt. Zum Wirken der beiden wichtigsten Gestalter der Weimarer Militärpolitik vgl. Meier-Welcker, Seeckt; Hürter, Groener. Vgl. auch den nach wie vor instruktiven Aufsatz von Müller, Armee: Versuch, besonders S. 21–30.

der Stabsarbeit und Ausbildung Wert gelegt. Diesen Ansprüchen genügten in erster Linie die Generalstabsoffiziere, die daher bei der Übernahme in die neue Armee deutlich vor den Troupiers bevorzugt wurden. Sie galten nach wie vor als Elite der Offiziere und erhielten nun im Eliteheer der Reichswehr ein umso stärkeres Gewicht. Mit dem vielbeschworenen Geist des alten Generalstabs sollte die professionelle Güte des preußisch-deutschen Militärwesens, aber auch die Homogenität und das Selbstbewusstsein des Offizierkorps bewahrt werden.

Alle späteren Oberbefehlshaber an der Ostfront von 1941/42 überstanden das strenge Auswahlverfahren und gehörten Anfang 1921 zu den 4000 übernommenen Berufsoffizieren. Dies glich einem Qualitätssiegel für ihre bisherigen Leistungen. Mit 20 ausgebildeten Generalstabsoffizieren und nur fünf Offizieren ohne „rote Streifen" war unsere Gruppe zu diesem Zeitpunkt ein getreues Abbild der Personalpolitik der Reichswehr. An „Kriegshelden" wie Busch oder Schobert kam man kaum vorbei, doch mussten sich die Frontoffiziere schon außergewöhnlich bewährt haben oder über hervorragende Beziehungen verfügen, um berücksichtigt zu werden. Nicht nur in ihrer professionellen, sondern auch in ihrer sozialen Homogenität, ihrer ganz überwiegenden Herkunft aus den „erwünschten Kreisen" und besonders aus Offiziersfamilien, entsprach diese Gruppe mehr dem Profil des Weimarer Offizierkorps als dem des späten Kaiserreichs und der Wehrmacht[122]. Der starke Personalabbau führte zur Restauration der traditionellen Zusammensetzung des Offizierkorps, das sich zuvor bereits spürbar sozial geöffnet hatte. Zugleich wurde der überproportionale Anteil des Adels für mehr als ein weiteres Jahrzehnt konserviert.

Die Rekrutierung des Offizierkorps der Reichswehr barg vom Standpunkt der jungen Republik aus ein beträchtliches Risiko. Die Auswahl erfolgte nach den Kriterien der professionellen Qualität und inneren Geschlossenheit, während die Loyalität gegenüber der parlamentarischen Demokratie höchstens eine untergeordnete Rolle spielte. Zwar wurden die Offiziere, die sich zu stark gegen die neue Ordnung exponiert hatten, während der Heeresverminderung entfernt, doch republikanisch gesinnte „Außenseiter" waren ebenso wenig erwünscht. Dass dagegen Offiziere wie Dietl, der bereits 1919 offen mit völkischen Gruppierungen in München sympathisierte und Hitler unterstützte, oder der scharf gegen die Republik eingestellte ehemalige „Baltikumkämpfer" Guderian in die Reichswehr übernommen wurden, war aus republikanischer Sicht höchst bedenklich. Wenn diese und zahlreiche andere antirepublikanische Offiziere noch 1919 den Eid auf die Verfassung ablegten, war das für viele nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Die traditionelle Bindung des Offiziers an das Staatsoberhaupt und das von ihm repräsentierte politische System löste sich.

Um den Schaden dieses Widerspruchs zu begrenzen und die Reichswehr vor inneren Erschütterungen zu bewahren, boten 1919 der Erste Generalquartiermeister Wilhelm Groener und dann Seeckt als Chef der Heeresleitung dem Offizierkorps einen abstrakten Staatsbegriff als Ersatz für die verlorene Bindung an die Monarchie an. Der Erhalt des Deutschen Reichs sollte es den monarchisch gesinn-

[122] Vgl. Kapitel I,1, und Demeter, Offizierkorps, S. 52–61; Bald, Offizier, S. 71–74, 89–93. Dort auch die Vergleichsdaten.

ten Offizieren erleichtern, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen und der ungeliebten Republik zu dienen. Dass sich die Reichswehr in den ersten Nachkriegsjahren als Ordnungsmacht bewährte, festigte diese Idee und erneuerte das Selbstbewusstsein. Die Reichswehrführung achtete auf äußerlich überparteiliches und unpolitisches Auftreten der Offiziere. Nach dem Wehrgesetz vom 23. März 1921 war dem Soldaten die politische Betätigung verboten. Er durfte keiner Partei oder politischen Vereinigung angehören, an keiner politischen Versammlung teilnehmen und besaß weder das aktive noch das passive Wahlrecht. Der unbedingte Gehorsam gegenüber der militärischen Führung sollte zusätzlich sicherstellen, dass die Offiziere und Soldaten der Reichswehr sich nicht zu unkontrollierten politischen Unternehmungen verleiten ließen.

Kaum ein zweites Schlagwort hat freilich so große Missverständnisse hervorgerufen wie das von der „unpolitischen Reichswehr". Sowohl der Attentismus Seeckts als auch die anschließende Hinwendung des Reichswehrministers Groener und seines engsten Mitarbeiters Schleicher zur Republik besaßen hohe politische Bedeutung. Auch war die Militärelite keineswegs bereit, ihre in der Monarchie erworbene gesellschaftliche und politische Stellung in der Weimarer Republik aufzugeben[123]. Natürlich blieb der unmittelbare politische Einfluss weiterhin auf sehr wenige beschränkt. Doch gab es ebenfalls nur wenige Offiziere, die nicht an der innen- und außenpolitischen Entwicklung Anteil genommen und bei aller Zurückhaltung nicht doch auch eine gewisse politisch-gesellschaftliche Rolle gespielt hätten. Das galt für den Divisions-, Regiments- oder Bataillonskommandeur in der Garnisonsstadt, der als „Standortältester" großes Ansehen genoss, ebenso wie für den Mitarbeiter im Reichswehrministerium, der sich mit zivilen Behörden und politischen Gremien befassen musste. Der moderne Generalstabsoffizier war geradezu verpflichtet, in seiner militärischen Tätigkeit auch politische, wirtschaftliche und soziale Aspekte zu berücksichtigen.

Erst nach 1945 versuchten viele Generale ihr Verhalten in der NS-Diktatur mit der Behauptung zu rechtfertigen, sie seien in der Reichswehr zu „unpolitischen Soldaten" erzogen worden, die sich ausschließlich auf ihre professionellen Aufgaben beschränkt hätten. Dabei wurden irreführend politisches Interesse und politische Betätigung gleichgesetzt. Die reservierte Haltung gegenüber der Republik besaß eine versteckte politische Sprengkraft, auch wenn sie zumindest in den ruhigeren Jahren des Weimarer Staates nicht zur Parteinahme im politischen Meinungsstreit führte, sondern sich hinter die militärische Tagesarbeit versteckte. Die später behauptete Abneigung gegen die Politik war meist nur eine Ablehnung der „Parteipolitik", nicht ein grundsätzliches politisches Desinteresse. Zwar gab es auch den Typus des „Nur-Soldaten", doch war er kaum repräsentativ für die Mehrheit. Niederlage und Revolution hatten das Offizierkorps stark politisiert. Diese Tendenzen wurden nach 1920 zwar gezähmt und zurückgeschraubt, sie

[123] Auch nach Müller, Armee: Versuch, S. 21 f., hat die Militär-Elite „nicht den möglichen Ausweg beschritten, sich von einer gleichzeitig politischen und professionellen Elite zu einer nur noch professionellen Elite militärischer Fachleute zu wandeln", sondern versucht, „unter den gewandelten politischen und militärischen Rahmenbedingungen an dem traditionellen Doppelanspruch des Offizierkorps, sowohl militärisch-professionelle als auch zugleich politisch-soziale Führungselite zu sein, weiterhin festgehalten".

wandelten sich aber nicht zu politischer Gleichgültigkeit. Dazu war – anders als im Kaiserreich – die Unzufriedenheit mit der militärischen, inneren und äußeren Schwäche Deutschlands im Rahmen der Versailler Nachkriegsordnung zu groß. Hermann Hoth umriss später in Stichworten die zwei Fragen, die ihn in den Jahren nach 1918 bewegten[124]: „Zunehmende Aufspaltung des Volkes durch soziale Spannungen und Radikalisierung der Massen" sowie „Ohnmacht Deutschlands gegenüber feindlichen Nachbarstaaten. Verlust deutscher Gebiete im Osten. Meine Entwicklungsjahre erlebte ich im reichen geachteten Deutschland zu Beginn des Jahrhunderts. Stolz, ein Deutscher zu sein. Zutiefst getroffen durch ungerechte Behandlung Deutschlands durch Großmächte."

„Unpolitisch" waren wohl auch die meisten unserer Offiziere nicht. Das unterstreichen die wenigen erhaltenen Briefe aus dieser Zeit[125]. Gerade einige Generale, die nach 1945 als „Nur-Soldaten" bezeichnet wurden und sich selbst als solche stilisierten[126], zeigten in den bewegten Jahren am Anfang und am Ende der Republik rege Anteilnahme an der politischen Entwicklung. Selbst Manstein ging in seinen Memoiren trotz aller Selbstrechtfertigung nicht so weit, für sich den „a-politische[n] Soldaten als Ideal" zu beanspruchen[127]: „Selbstverständlich muß gerade der Soldat sich mit den politischen Problemen seiner Zeit beschäftigen."

Das schwerwiegende Problem der Integration der Reichswehr und ihres Offizierkorps in die Republik wurde nicht gelöst. Die Weimarer Parteiendemokratie mit ihrem Pluralismus, ihren Gegensätzen und Krisen blieb den meisten Offizieren fremd, ja zuwider. Ihr militärisches und politisches Denken richtete sich auf den Wiederaufstieg Deutschlands zu einem starken Staat und einer europäischen Großmacht. Selbst im Rückblick nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs waren die Jahre von 1918 bis 1933 in den Augen der Offiziere selten mehr als eine Epoche des Bürgerkriegs[128], eine „fürchterliche Zeit"[129], die überwunden werden musste. Noch stärker werden sie zwischen den Kriegen die Weimarer Jahre als eine finstere Übergangszeit zwischen dem Glanz des Kaiserreichs und dem Aufschwung der NS-Diktatur gesehen haben. Dem in der Monarchie aufgewachsenen Berufsoffizier fehlte das Verständnis für das republikanische Experiment. Diese innere Ablehnung wurde durch die kühle Distanz der Reichswehrführung unter Seeckt gefördert und später auch durch die Bemühungen Groeners, die Reichswehr stärker an die Republik heranzuführen und mit den zivilen Instanzen zu kooperieren, nicht nachhaltig verändert.

[124] Aufzeichnung Hoths „Stellung zum Führer und zur Politik", 1948, in: BA-MA, N 503/86.

[125] Vgl. etwa Bradley, Guderian, S. 134, für die Briefe Guderians: „Immer wieder in seinen Äußerungen ist ein stark ausgeprägtes Interesse für Politik zu bemerken. Es kann davon nicht die Rede sein, daß er als ‚Nur-Soldat' nur Interesse für rein Militärisches hatte." Zum Gewicht des Politischen in den Dokumenten Heinricis vgl. Hürter, General, S. 22.

[126] Dies gilt besonders auch für Guderian (vgl. Guderian, Erinnerungen) und Heinrici (vgl. Ryan, Kampf, der sich auf mündliche und schriftliche Äußerungen Heinricis stützt).

[127] Manstein, Soldatenleben, S. 81. Weiter heißt es: „Was er aber nicht darf, ist, sich zum Gefolgsmann oder gar Vollstrecker einer parteipolitischen Richtung zu machen."

[128] Kleist, Erinnerungen, Bd. 4, in: BA-MA, N 354/26, Bl. 52: „Deutschland befand sich tatsächlich von 1918–1933 in einem Bürgerkrieg und wurde von politischen und wirtschaftlichen Fiebern geschüttelt."

[129] Vernehmung Falkenhorsts in Norwegen, 1945, in: BA-MA, N 300/5, Bl. 141.

Auf den Kapp-Lüttwitz-Putsch und seine Nachwehen folgte seit Mitte 1920 zunächst eine gewisse Entpolitisierung des Offizierkorps und seine Rückbesinnung auf den Dienst. Diese Beruhigung wurde vorübergehend durch die schweren Krisen von 1923 – Inflation, Ruhrbesetzung und Hitler-Putsch – gestört, ohne die Reichswehr nochmals auf eine solch harte Probe zu stellen wie 1920. Die Haltung Leebs war symptomatisch für die meisten Offiziere. Er verfolgte die Ereignisse sehr aufmerksam und beklagte sich über den „wirtschaftliche[n] Augiasstall", den „Irrwahn von dem alleinseligmachenden Pazifismus" sowie vor allem über den „innere[n] Zwist und Hader", den man eindämmen müsse, denn sonst sei „an eine Befreiung von dem äußeren Feind nicht zu denken"[130]. Diese Sehnsucht nach Stabilität als Grundlage eines außenpolitischen Revisionismus veranlasste Leeb aber nicht zu konkreten Umsturzgedanken. Dieser gemäßigte Reichswehroffizier vertrat die von Seeckt durchgesetzte Linie, politisch abzuwarten, dem „Staat" loyal, wenn auch ohne Sympathie zu dienen, wohl aber bereit zu sein, wenn die Entwicklung eines Tages doch auf eine noch größere Mitsprache der Reichswehr zutreiben sollte[131]: „Und doch bleibt jedem von uns nichts anderes übrig, als in Geduld zu hoffen, daß unseres Volkes Schicksal uns noch einmal zur Verwaltung in die Hände gelegt wird, zur besseren Verwaltung als bisher, und jeder von uns kann nichts anderes tun, als unentwegt an seinem Platze zu arbeiten."

Die Vorbehalte gegen die Republik waren allenthalben zu spüren, selbst bei diesem „vernünftigen" Offizier, der in jener Zeit noch für die Mehrheit des Offizierkorps stehen mochte. Eine kleine Minderheit dachte und handelte wesentlich radikaler, wie sich beim Konflikt der Reichsregierung mit Bayern und beim Hitler-Putsch im Herbst 1923 zeigte[132]. Der Kompaniechef Dietl, der sich bereits zuvor als Ausbilder der SA in München betätigt hatte, war am 8. November der Ansicht, „daß nun endlich gehandelt werden müßte", und weigerte sich einen Tag darauf, gegen die Putschisten vorzugehen[133]. Auch Schobert scheint in diesen Tagen offen mit dem Putsch Hitlers sympathisiert zu haben[134]. Nach dem kläglichen Scheitern der Aktion erwuchsen den teilweise meuterischen und unverhohlen staatsfeindlichen Offizieren kaum negative Folgen aus ihrem Verhalten. Dietl überstand eine Untersuchung und wurde lediglich aus München versetzt. Das Wehrkreiskommando wurde ausgewechselt. Neuer Stabschef wurde Oberstleutnant Wilhelm Ritter v. Leeb, der mit anderen Verfechtern der Seecktschen Linie die „Reichsraison" wieder stärker zur Geltung bringen sollte[135]. Dass man dabei höchst behutsam vorging und selbst erklärte Verfassungsfeinde wie Dietl in der Reichswehr beließ, während zur selben Zeit die Reichsexekution gegen das „rote Sachsen" kompromisslos durchgesetzt wurde[136], erregte Unverständnis und Verbitterung. Allerdings ermöglichte dieses Verfahren auch, dass die bayerischen Vorgänge

[130] Leeb an Frhr. v. Grießenbeck, 23. 7. 1923, in: Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 26f., Anm 31.
[131] Ebd.
[132] Vgl. Gordon, Reichswehr.
[133] Vgl. Heinemann, Dietl, S. 101 f. Die größten Ausmaße nahm die Meuterei in der Münchner Infanterieschule an, wo sich fast der gesamte Offiziersnachwuchs zu den Putschisten bekannte.
[134] Das behauptet jedenfalls Leixner, Schobert, S. 43f.
[135] Vgl. Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 27f.
[136] Aus unserer Gruppe beteiligte sich Hermann Hoth an dieser Aktion. Vgl. Hoth an Jacobsen, Goslar 15. 9. 1957, in: IfZ-Archiv, ZS 75.

nicht zur wirklichen Belastung für den Zusammenhalt und die „Staatstreue" des Offizierkorps, sondern schnell überwunden wurden.

So kehrte 1924 endlich für mehrere Jahre die Ruhe ein, die ein planvoller militärischer Wiederaufbau dringend benötigte. Nach dem 1923 kurzfristig wiederaufgelebten Politisierungsschub von 1918–1920 kam es zum Rückzug in den Dienst, wenn auch nicht unbedingt zu einer grundsätzlich apolitischen Haltung. Die ruhigeren Jahre der Republik erleichterten es den Offizieren, sich vornehmlich auf ihre militärischen Aufgaben zu konzentrieren. Guderian etwa, der als einer der wenigen jüngeren Offiziere schon vor 1914 großes, in den unruhigen Zeiten nach der deutschen Niederlage noch wesentlich gesteigertes politisches Interesse gezeigt hatte, fand nun im Aufbau der Kraftfahrtruppen und in der Vorbereitung der Panzerwaffe ein professionelles Betätigungsfeld, das nach dem Eindruck seiner Kameraden „sein ganzes Denken beherrschte"[137]. Der Krisenalltag der mittleren Periode des Weimarer Staates mit seinen komplizierten Kabinettsbildungen, Parlamentssitzungen und Kommissionsverhandlungen reizte weniger zur politischen Beschäftigung, zumal den meisten Offizieren diese Vorgänge unverständlich blieben. Das änderte sich erst wieder, als sich die Krise zu Beginn der 30er Jahre erheblich verschärfte und in eine neue Polarisierung und Radikalisierung der innenpolitischen Auseinandersetzung mündete, die auch die Reichswehr ergriff.

Welchen Verlauf nahm die militärische Karriere der Offiziere unserer Gruppe seit dem 1. Januar 1921? In das kleine Offizierkorps des 100000-Mann-Heeres wurden drei Oberstleutnants (Bock, Leeb, Rundstedt) und 22 Hauptleute übernommen. Zwölf Jahre später, als am 30. Januar 1933 mit der „Machtergreifung" Hitlers ein neuer Abschnitt begann, bestand diese Gruppe aus einem General der Infanterie (Rundstedt), zwei Generalleutnants (Bock, Leeb), einem Generalmajor (Kleist), zehn Obristen, neun Oberstleutnants und zwei Majoren (Dietl, Paulus). Waren also diese Offiziere beim Abschluss der Heeresreduzierung noch mehr oder weniger unbedeutend, so gehörte am Ende der Weimarer Republik mehr als die Hälfte zur militärischen Elite der Generale und Obristen, während die übrigen auf dem Weg in diese Oberschicht des Offizierkorps waren. Der Dienst in der Reichswehr der Republik war also ein weiterer wichtiger Abschnitt in dem Ausleseverfahren, das diese Offiziere schließlich 1941/42 in die höchsten Stellungen der Wehrmacht brachte.

Bei den schlechten Aufstiegschancen in der Reichswehr war eine stetige Laufbahn von 1921 bis 1933 alles andere als selbstverständlich. Neben militärischer Stärke und äußerem Glanz fehlte auch die Aussicht auf eine glänzende Karriere, die den Offiziersberuf in der Kaiserzeit so attraktiv gemacht hatte. Viele mussten

[137] Heinrici an Nehring, 14. 3. 1966, in: BA-MA, N 543/1, Bl. 32–39: „Guderian und ich sind – als Bewohner von Zehlendorf West – in jener Zeit häufig in des ersteren Wagen in das Reichswehr-Ministerium gefahren. An solchen Morgen erlebte ich immer wieder, wie Guderian sich schon vor Beginn seiner Arbeit in Kampfstimmung gegen seine Vorgesetzten hineinredete. Selbst bei rein gesellschaftlichen Zusammenkünften war Guderian bald bei seinem Hauptthema ‚Panzerwaffe' angelangt, das sein ganzes Denken beherrschte." Guderian und Heinrici arbeiteten von Oktober 1927 bis Februar 1930 zur selben Zeit im Reichswehrministerium. Zu den Bemühungen Guderians um die „Kraftfahrkampftruppe" in der Reichswehr vgl. Bradley, Guderian, S. 147–189. Guderian, Erinnerungen, betont dieses militärfachliche Engagement und blendet die Politik fast völlig aus.

den Dienst quittieren oder quittierten ihn von sich aus, weil sie unter diesen schwierigen professionellen und politischen Bedingungen keine Perspektive für sich sahen. Das Avancement war nach wie vor durch das Prinzip der Anciennität geregelt[138]. Bevorzugte Beförderungen und das Überspringen von dienstälteren Kameraden waren die Ausnahme, da sie den Korpsgeist gefährdeten. Auch die Karrieren unserer Offiziere verliefen durchweg im formalen Zeitrahmen der Anciennität. Allerdings spielte das Leistungsprinzip eine größere Rolle als zuvor. Der Konkurrenzdruck in der kleinen Reichswehr war so stark, der Stellenkegel so schmal, dass jeder Offizier, der zur Beförderung anstand, einen wesentlich höheren Nachweis seiner Qualifikation erbringen musste als während der Kaiserzeit. Selbst gut beurteilte Offiziere wurden verabschiedet, da nicht genügend Planstellen der höheren Rangstufe zur Verfügung standen und Platz für jüngere Offiziere geschaffen werden sollte.

Die schwerste Hürde war nach wie vor die berüchtigte „Majorsecke", die nach etwa 22 Dienstjahren überwunden wurde oder aber den Endpunkt der Offizierslaufbahn markierte. Der Weg vom Hauptmann zum Major war langwierig und erforderte gleichermaßen Geduld wie – wegen der bescheidenen Besoldung – materielle Entsagung. So wurden Manstein und Paulus 1928 bzw. 1931 nach einer Durststrecke von 13 Hauptmannsjahren zum Major befördert[139]. Erst nach der Ernennung zum Major verkürzten sich die Beförderungsintervalle erheblich[140]. Dass Rundstedt von 1920 bis 1932 beinahe im Dreijahresrhythmus vier Dienstränge vom Oberstleutnant bis zum General der Infanterie aufstieg, wirkt spektakulär, entsprach aber durchaus den zeitlichen Vorgaben der Anciennität. Zwar wurde auch nach dem Majorsrang bei jeder Rangstufe gesiebt, doch wer sich als Major bewährte, hatte bessere Chancen, dass es nun stetig weiterging, und musste wenigstens nicht mehr so lange auf den Entscheid über sein weiteres berufliches Schicksal warten. Besonders die Offiziere unterhalb der Obristen mussten aber die harte Führerauslese der Reichswehr und die im Vergleich zur Kaiserzeit geringeren Karrierechancen bedrücken, um so mehr, da im Offizierkorps jetzt nicht nur die Qualität, sondern auch der Ehrgeiz dichter gesät war als je zuvor. Gute Offiziere drängten zu guten Karrieren. Die drastische Verbesserung der Aussichten durch die Heeresvermehrung nach 1933 wirkte dann wie eine Befreiung von den Fesseln, die dem persönlichen Ehrgeiz zuvor angelegt waren.

Um das Ausleseverfahren der Reichswehr von Stufe zu Stufe zu überstehen, genügte weniger denn je die Beschränkung auf den „Frontdienst". Neben der allgemeinen Bildung und der „Persönlichkeit", also der charakterlichen und körperlichen Eignung, war die fachliche Leistung das wichtigste Kriterium der Bewertung, die über die Karriere entschied. Die fachlichen Ansprüche waren in der Reichswehr sehr hoch. Nach dem Konzept des Führerheers sollte jeder Offizier stets die Anforderungen der nächsthöheren Dienststellung erfüllen, damit im Be-

[138] Vgl. Matuschka, Beförderung, S. 173–175.

[139] Model wurde 1929 nach zwölf, Dietl 1930 nach elf Hauptmannsjahren Major.

[140] Von 1928 bis 1932 wurde man nach durchschnittlich vier Majorsjahren zum Oberstleutnant, nach weiteren drei Jahren zum Oberst und dann wieder nach etwa drei Jahren zum Generalmajor befördert. Vgl. Matuschka, Beförderung, S. 174. Die Offiziere unserer Gruppe wurden nach vier bis fünf Jahren zum Oberstleutnant ernannt, lediglich Manstein und Model benötigten nur etwas mehr als drei Jahre.

darfsfall – bei einer behelfsmäßigen oder kontinuierlichen Heeresvergrößerung – etwa der Kompaniechef sofort als Bataillonskommandeur und der Erste Generalstabsoffizier (Ia) einer Division als Generalstabschef eines Armeekorps eingesetzt werden konnte. Das aktive Offizierkorps sollte die hochqualifizierten Spezialisten stellen, die befähigt waren, ein wesentlich größeres Heer in einem modernen Krieg zu führen. Die kleine Reichswehr besaß daher eine ungewöhnlich hohe Zahl von offenen und verdeckten Stäben. Entsprechend viele Generalstabsoffiziere – „Führergehilfen", wie sie wegen des Versailler Verbots des Generalstabs genannt werden mussten – wurden benötigt, ausgebildet und gefördert.

Der Generalstabsoffizier war stärker noch als in der Kaiserzeit der bevorzugte Offizier mit den besten Karriereaussichten. Zwar wurde nach wie vor auch der reine Troupier gebraucht, doch endete seine Laufbahn meist als Kompanie- oder Bataillonsführer im Hauptmanns- und Majorsrang. Wer höher kommen wollte, durfte weniger denn je bei der Truppe bleiben, sondern musste sich im Reichswehrministerium und in den Stäben bewähren. Die Karriere eines „hoffnungsvollen" Reichswehroffiziers bestand im steten Wechsel zwischen Truppen-, Stabs- und Ministerialdiensten. Den meisten Offizieren unserer Gruppe gelang in den Weimarer Jahren der Sprung in die Elite ihres Standes, der die Zukunft gehörte. Von den 25 Offizieren wurden bereits 20 als Generalstabsoffiziere in die Reichswehr übernommen, weitere zwei, Busch und Ruoff, wurden zum Dienst in höheren Stäben „umgeschult". Mit Dietl, Schobert und Strauß, die nur in Stäben unterhalb der Divisionsebene verwendet wurden, konnten sich lediglich drei der späteren Oberbefehlshaber auch am Ende der Weimarer Republik nicht zum erlauchten Kreis der Generalstabsoffiziere zählen. Schobert und Strauß waren im Januar 1933 aber bereits Obristen und Regimentskommandeure, hatten also ihren Weg in die Spitze des Offizierkorps auch ohne „rote Streifen" gemacht[141]. Sie bilden in unserer Gruppe ebenso eine Ausnahme wie Dietl, der als einziger dieser Offiziere erst in der NS-Diktatur zu den aussichtsreichen Kandidaten gezählt werden konnte[142]. Alle übrigen legten bereits in der Republik den Grundstein für ihren Aufstieg bis zum General. Auch für sie brachte die Entwicklung nach 1933 einen zusätzlichen Karriereschub, jedoch wären sie selbst unter den eingeschränkten Bedingungen der kleinen Reichswehr vermutlich in sehr gute Positionen gelangt – wenn sie es nicht schon waren.

Das belegt auch ein Vergleich der ersten und letzten Verwendungen im 100 000-Mann-Heer der Republik. War der Zuschnitt unserer Gruppe am 1. Januar 1921 mit neun Kompaniechefs, zehn Offizieren in Stabsverwendungen, zwei Offizieren im Reichswehrministerium, zwei Lehrern an Waffenschulen und zwei Adjutanten eher bescheiden, setzte sie sich am 30. Januar 1933 aus dem Besten zusammen, was die kleine Schicht der Berufsoffiziere zu bieten hatte: Die Spitze bildete

[141] Vgl. die Eidesstattliche Erklärung von Strauß, 24. 4. 1946, in: BA-MA, N 431/1495: „Ich habe niemals dem Generalstab oder dem O.K.W. angehört. Ich bin aus dem Frontdienst bis zu meinem Dienstgrad aufgerückt." Das benachteiligte ihn gegenüber einem Generalstäbler wie Fedor v. Bock, der im selben Jahr in die Armee eingetreten war. Als Bock 1931 Generalleutnant wurde, war Strauß noch Oberstleutnant.

[142] Dietl war Anfang 1933 Bataillonskommandeur und einer von zwei Majoren unserer Gruppe, hatte aber gegenüber Major Friedrich Paulus den großen Nachteil, sich anders als dieser nicht jahrelang im Reichswehrministerium und in verschiedenen höheren Stäben bewährt zu haben.

Gerd v. Rundstedt – der „Erste Soldat des Heeres", wie er sich seit Herbst 1932 als dienstältester aktiver Offizier nennen durfte[143] – als einer von zwei Oberbefehlshabern eines Gruppenkommandos und präsumtiver Armeeoberbefehlshaber, gefolgt von drei von zehn Divisionskommandeuren und präsumtiven Kommandierenden Generalen (Bock, Kleist, Leeb) sowie drei von 14 Infanterie- bzw. Artillerieführern und präsumtiven Divisionskommandeuren (Kluge, Küchler, Weichs). Auch die sechs Regimentskommandeure[144], die vier Offiziere in hohen Stabs- bzw. Ministerialverwendungen[145] und die zwei leitenden Ausbilder[146] gehörten bereits zur Oberschicht der Reichswehroffiziere. Von den vier Bataillonskommandeuren konnten sich zumindest die drei, die sich zuvor lange im Reichswehrministerium (Manstein, Reinhardt) oder in höheren Stäben (Ruoff) bewährt hatten, zu ihrem erweiterten Kreis zählen. Dasselbe galt für die beiden Referenten in der Ausbildungsabteilung des Ministeriums, Model[147] und Paulus.

Ohnehin besaß der Dienst im Reichswehrministerium eine große Bedeutung. Hier konnte man eher weiterkommen und der Reichswehrführung durch Leistung auffallen als in der abgelegenen Garnison. Hier beschäftigte man sich auf dem Papier mit den großen und kleinen, den operativen, organisatorischen und politischen Fragen moderner Rüstung und Kriegführung, während der Alltag bei der Truppe immer wieder deprimierend mit den Realitäten der kümmerlichen Ausstattung der Reichswehr konfrontierte. Hier trat man zu zahlreichen anderen Offizieren, aber auch zur Gesellschaft und Politik der florierenden Weltstadt Berlin in lehrreichen und für die eigene Laufbahn oft nützlichen Kontakt, während in der Provinz der Kameradenkreis und Erfahrungshorizont begrenzt blieben. Die Tatsache, dass in dem kleinen, auf 4000 Mann beschränkten Offizierkorps der Reichswehr ein verhältnismäßig großer Prozentsatz zeitweise in der Zentrale beschäftigt war, macht die Legende vom grundsätzlich unpolitischen Reichswehroffizier noch unglaubwürdiger.

Mit 16 Offizieren war auch die Mehrheit unserer Gruppe einige Zeit im Reichswehrministerium tätig. Dabei überwog eindeutig die Referentenverwendung im Truppenamt, dem Nachfolger des in Versailles verbotenen Großen Generalstabs und angesehensten Teil des Ministeriums. Falkenhorst, Guderian, Leeb, Manstein und Paulus arbeiteten innerhalb des Truppenamts in der Heeresabteilung (T 1), wie die Operationsabteilung aus Tarngründen genannt wurde, Heinrici, Hoth und Stülpnagel in der Organisationsabteilung (T 2) und Kluge, Küchler, Model, Paulus und Reinhardt in der Ausbildungsabteilung (T 4). Diese zwölf Offiziere befassten sich also im Ministerium, teilweise gemeinsam oder zeitgleich[148], mit den „vornehmsten" Aufgaben des Generalstabs – Operation, Organisation, Ausbildung.

[143] Vgl. Ziemke, Rundstedt, S. 478.
[144] Busch, Hoepner, Hoth, Lindemann, Schobert und Strauß.
[145] Falkenhorst und Reichenau waren Stabschefs von Divisionen, Heinrici Ia eines Gruppenkommandos, Guderian Stabschef des Inspekteurs der Kraftfahrtruppen im Reichswehrministerium.
[146] Schmidt war Kommandeur der Offizierslehrgänge in Berlin, Stülpnagel Lehrstabsleiter an der Infanterie-Schule in Dresden.
[147] Model war 1932/33 zugleich Chef des Stabes des „Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung".
[148] So arbeiteten etwa Falkenhorst und Paulus, dann Falkenhorst und Guderian zur selben Zeit in der T 1, Hoth und Stülpnagel, dann Heinrici und Hoth in der T 2, Model und Paulus in der T 4, ganz abgesehen davon, dass es auch zwischen den Abteilungen vielfältige Kontakte gab, wie am Beispiel Heinricis und Guderians bereits erwähnt wurde.

Die übrigen Ministerialverwendungen erstreckten sich auf die Inspektionen: Küchler diente zeitweise in der Inspektion der Waffenschulen (In 1), Schobert in der Inspektion der Infanterie (In 2), Busch und Guderian in der Inspektion der Verkehrs- bzw. (seit 1931) Kraftfahrtruppen (In 6), Reichenau und Schmidt in der Inspektion der Nachrichtentruppen (In 7). Guderian, Reichenau und Schmidt erreichten dabei als Stabschefs ihrer Inspektionen exponierte Stellungen. Diese drei Offiziere waren es auch, die sich am meisten mit den modernen technischen Entwicklungen des Kriegswesens auseinandersetzen mussten. Guderian schuf in diesen Jahren die Grundlagen seines späteren Rufs als „Schöpfer der deutschen Panzerwaffe"[149]. Insgesamt war aber die Verwendung unserer Offiziere im Reichswehrministerium – wie auch bei der Truppe – eher konservativ und blieb überwiegend auf die traditionellen Felder der Generalstabsarbeit sowie die klassischen Waffen Infanterie, Artillerie und Kavallerie beschränkt, während in den „modernen" Sektionen, dem Heereswaffenamt und dem Wehramt, keiner der späteren Oberbefehlshaber tätig war.

Interessant ist auch, dass vor 1933 ebenfalls keiner dieser Offiziere Mitarbeiter Kurt v. Schleichers in der Wehrmachtsabteilung und dann im Ministeramt war[150]. Sie gehörten damit alle nicht zum kleinen Kreis „politischer Soldaten", die dem Reichswehrminister in militärpolitischen oder sogar rein politischen Fragen zuarbeiteten. Auch dies bedeutete aber nicht, dass die Offiziere der übrigen Ämter und Abteilungen politisch desinteressiert und desorientiert sein mussten. Nicht nur das Leben in Berlin, sondern auch die Arbeit im Truppenamt und in den Inspektionen brachte die Offiziere immer wieder unmittelbar mit politischen Problemen in Berührung. Manstein, der von September 1929 an drei Jahre als Leiter der Gruppe I in der Heeresabteilung für die geheimen Mobilmachungsvorbereitungen zuständig war, beschreibt in seinen Lebenserinnerungen die politischen Implikationen dieser Aufgabe, die u.a. zur Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt führten[151]. Auch in den anderen Abteilungen musste man sich immer wieder mit den innen- und außenpolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beschäftigen, besonders seit Anfang 1928 in der Amtszeit des Reichswehrministers Wilhelm Groener, der zugunsten einer effizienteren personellen und materiellen Rüstung die enge Kooperation mit den zivilen Stellen suchte[152].

Die Beschäftigung in der Zentrale war für viele Offiziere mit Beobachtungsreisen zu fremden Armeen verbunden, von denen die in die Sowjetunion gewiss am spektakulärsten waren, galt der Staat der Bolschewiki doch den meisten Deutschen als Terra Incognita. Die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee wurde bis zum Ende der Weimarer Republik zunehmend intensiviert[153] und brachte mit Guderian (1932), Hoth (1927), Manstein (1931/32), Model (1931)

[149] Vgl. Guderian, Erinnerungen, S. 13–39; Bradley, Guderian, S. 145–189.

[150] Allerdings war Manstein mit Schleicher aus ihrer gemeinsamen Zeit im 3. Garde-Regiment zu Fuß gut bekannt. Vgl. Manstein, Soldatenleben, S. 201.

[151] Vgl. ebd., S. 105–159.

[152] Vgl. Hürter, Groener.

[153] Vgl. dazu das Standardwerk von Zeidler, Reichswehr, durch das die ältere Literatur überholt ist. Die Zusammenarbeit bezog sich bekanntlich auf die Personalausbildung und Erprobung von Luftwaffe, Panzerwaffe und Gaswaffe in den sowjetischen Orten Lipeck, Kama und Tomka.

und Reichenau (1928) auch fünf der Oberbefehlshaber von 1941/42 in das Land, gegen das sie ein Jahrzehnt später Krieg führen mussten. Erich v. Manstein besuchte die Sowjetunion gleich zweimal. 1931 besichtigte er Einrichtungen der Roten Armee und Industriebetriebe in Moskau, Leningrad, Kiev und Charkov, 1932 nahm er an den Manövern im Kaukasus teil. Dabei erhielt er – wenn man seinen Erinnerungen folgen mag – den Eindruck eines teilweise bereits hochindustrialisierten, doch zugleich von Angst, Armut und Elend geprägten totalitären Staates sowie einer Armee, die sich auf die Masse und Tapferkeit des russischen Soldaten stützen konnte, den technischen Entwicklungen aufgeschlossen war, aber taktisch und operativ zu schematisch geführt wurde[154]. Die Gastfreundschaft und der zum Teil kameradschaftliche Umgang mit den sowjetischen Offizieren, die später fast alle den stalinistischen Säuberungen zum Opfer fielen, beeindruckten ihn ebenso wie die starke Stellung der Kommissare und die Furcht vor ihnen. Dennoch blieb das bolschewistische Großreich für Manstein ein fremdes, unheimliches und letztlich bedrohliches Land[155]: „Denn, mochte das Sowjetregime sich auch auf die westlichen Ideen des Marxismus berufen, mochte es die technischen Errungenschaften der westlichen Welt noch so begierig aufnehmen, die Sowjetunion war nicht mehr Europa! Der Schatten asiatischer Despotie lag über dem Land, den Menschen und allem Geschehen."

Auch wenn von den Russlandreisen der vier anderen Offiziere nicht viel mehr überliefert ist als die Daten und Ziele[156], darf man annehmen, dass ihre Eindrücke nicht wesentlich von den durch Manstein retrospektiv beschriebenen Impressionen abwichen. Die vorübergehende Zweckgemeinschaft führte nicht zu einer wirklichen Annäherung. Der 1918/19 entstandene Antibolschewismus wurde durch das persönliche Erleben der Sowjetunion eher gestärkt als gemildert. Model notierte nach seiner Reise[157]: „Leider wird die bolschewistische Gefahr im Ausland noch stark unterschätzt. Schade, daß nicht alle Spießbürger, die vielfach unbelehrbar scheinen, sie sich nicht drüben in Reinkultur einmal ansehen können. Sie würden alle bekehrt sein." Und ausgerechnet Reichenau, Manstein und Hoth, die zu den Russlandreisenden der Reichswehr gehörten, nahmen dann im Herbst 1941 in ihren berüchtigten Befehlen die Vorgabe Hitlers auf, einen erbarmungslosen Existenzkampf gegen den „jüdischen Bolschewismus" zu führen. Positiv wurde immerhin der oft freundliche Kontakt zu den Offizieren der Roten Armee empfunden, die bei ihren Gegenbesuchen in Deutschland mit weiteren Reichswehroffizieren in Berührung kamen, besonders mit Ausbildungsoffizieren wie den Majoren Paulus und Reinhardt, die 1930/31 hochrangige sowjetische Offiziere in der Generalstabsarbeit und Truppenführung schulten. Einer der Lehrgangsteilnehmer, der spätere Generalstabschef Egorov, sprach Anfang 1934 dem deutschen Militärattaché in Moskau seine „unbegrenzte Verehrung" für diese beiden Offiziere aus[158]: „Wenn die deutsche Armee einmal keinen Raum mehr für

[154] Vgl. Manstein, Soldatenleben, S. 138–159.
[155] Ebd., S. 159.
[156] Zur Zusammensetzung der jährlichen Reisegruppen und ihren Zielorten vgl. Zeidler, Reichswehr.
[157] Brief Models, 27. 12. 1931, in: Leppa, Model, S. 68. Vgl. auch Stein, Model, S. 38.
[158] Hartmann an das Auswärtige Amt, 17. 1. 1934, in: ADAP, Serie C, Bd. 2/1, Dok. 191. Die Reichswehr sei „die trotz der ungenügenden Ausrüstung beste Armee der Welt". Vgl. auch Zeidler, Reichswehr, S. 161. Interessant ist die Reminiszenz Reinhardts in dem Brief an seine Frau vom

P[aulus] und R[einhardt] hat, nehmen wir sie mit offenen Armen auf; es sind unersetzliche Lehrkräfte, die wir besonders brauchen können." Da fast alle am Austausch beteiligten Offiziere der Roten Armee vor dem Zweiten Weltkrieg ermordet wurden, rissen auch solche persönlichen Bande zum späteren Erzfeind.

So blieb als wichtigste Erfahrung der Beziehungen zur Roten Armee – abgesehen von den unmittelbaren praktischen und technischen Erkenntnissen – die Beobachtung eines schon recht modernen und ideologisierten Massenheeres als gefährliche Waffe eines totalitären Regimes. Die spätere Unterschätzung der Roten Armee wird ihren Ursprung kaum in diesen Jahren gehabt haben, denn zur Antipathie gegen den Bolschewismus und die „asiatische" Sowjetunion gesellte sich ein gewisser Respekt vor den militärischen Möglichkeiten dieses Systems. Die Offiziere der kleinen, vom Ausland überwachten und innenpolitisch angefochtenen Reichswehr mag besonders beeindruckt haben, dass die Rote Armee personell und materiell aus dem Vollen schöpfen konnte und dabei von einer fanatischen Ideologie unterstützt wurde. Die in der Zwischenkriegszeit diskutierte Militarisierung der gesamten Nation für den „Totalen Krieg" schien in der Sowjetunion am weitesten gediehen zu sein. In einem Gespräch mit dem Senatspräsidenten von Danzig, Hermann Rauschning, erinnerten sich Reichswehrminister Werner v. Blomberg und der Chef des Wehrmachtsamts Walter v. Reichenau 1934 an ihre Russlandreisen. Nach dem Bericht Rauschnings geriet Blomberg dabei über den sowjetischen Militarismus geradezu ins Schwärmen[159]: „No budget difficulties, and no red tape in the civil service. The people are all enthusiastic about their defence forces. No grumbling at barrackroom life as over here. Every proletarian regards the army as his personal affair, and he is proud of it. That's what we want." Das Urteil war gewiss nicht bei allen so euphorisch, doch die Effizienz einer Diktatur in der militärischen Rüstung wurde von den in die Sowjetunion reisenden deutschen Offizieren bei aller Ablehnung des politischen Systems sehr genau registriert. Kaum andere Vertreter einer ausländischen Macht lernten in diesen Jahren die Sowjetunion so gut kennen wie jene Reichswehroffiziere, die später Hitlers Krieg im Osten führten.

Neben der Arbeit an der anspruchsvollen Aufgabe, schon unter den negativen Vorzeichen der Versailler Beschränkungen die organisatorischen und materiellen Voraussetzungen für eine gewisse Verteidigungsbereitschaft und spätere Heeresvermehrung zu schaffen, war die Ausbildung des Führernachwuchses eine weitere wesentliche Aufgabe. Ein beträchtlicher Teil unserer Gruppe wirkte als Lehrer. Dietl, Küchler, Lindemann, Reinhardt, Strauß, Stülpnagel und Weichs lehrten

16. 7. 1941, also kurz nach Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges, in: BA-MA, N 245/2: „Manchmal fürchte ich beinahe, dass die Brüder bei mir im Unterricht zu viel gelernt haben. Denn wenn meine Schüler auch fast alle tot sind, so haben sie ja doch fast 10 Jahre weitergeben können, was ich ihnen in Berlin gelehrt habe."

159 Rauschning, Makers, S. 25. Vgl. ebd.: „I have seen in Russia what can be got out of the masses. I was not far short of coming home a complete Bolshevist. Anyhow, that trip turned me into a National Socialist. That may seem incomprehensible to you, but you ought to see what they do for their army over there. Everything, I tell you!" Vgl. auch die Einschätzung von Zeidler, Reichswehr, S. 269: „Auf dem Gebiet der militärischen Massenpropaganda, der Mobilisierung einer ‚levée en masse' mit den psychologischen und technischen Mitteln des 20. Jahrhunderts und der umfassenden Vergesellschaftung des Militärischen lagen die stärksten und nachhaltigsten Eindrücke, die die Offiziere des Reichsheeres aus Rußland mitbrachten."

zeitweise an den Waffenschulen in Dresden (Infanterie), Hannover (Kavallerie) oder Jüterbog (Artillerie), Guderian im Kraftfahr-Lehrstab. Besondere Bedeutung erhielt die Generalstabsausbildung, die wegen des Versailler Verbots von Generalstab und Kriegsakademie als „Führergehilfenausbildung" getarnt und improvisiert werden musste[160]. Die ersten beiden der drei Lehrgangsjahre wurden in den Wehrkreisen von Ausbildungsoffizieren der Divisionen durchgeführt, u.a. von Guderian, Kluge, Heinrici, Manstein und Schmidt. Der abschließende 3. Lehrgang fand durch die Heeresausbildungsabteilung des Truppenamts im Berliner Reichswehrministerium statt. An diesem anspruchsvollsten Abschnitt der Generalstabsausbildung beteiligten sich Kluge, Küchler, Model, Paulus und Reinhardt, unter denen sich besonders Reinhardt den Ruf eines hervorragenden Taktiklehrers erwarb. Damit war mehr als die Hälfte dieser Offiziere für jeweils mehrere Jahre in der Offiziersausbildung tätig. Dass dafür nur besonders befähigte Offiziere und namentlich für die Führergehilfenlehrgänge nur die besten Generalstabsoffiziere ausgesucht wurden, da die Reichswehrführung in der Ausbildung das Kapital für eine bessere Zukunft sah, unterstreicht die qualitative Zusammensetzung unserer Gruppe.

Wie im Ersten Weltkrieg richtete sich auch in der Weimarer Zeit der Vorwurf gegen die Generalstabsoffiziere, zunehmend „frontfremd" zu werden. Tatsächlich lag auch bei den späteren Oberbefehlshabern der Schwerpunkt der Verwendung in diesen Jahren auf der Generalstabsarbeit, der Tätigkeit im Reichswehrministerium und der Offiziersausbildung. Die obligaten Truppenkommandos der Generalstabsoffiziere als Kompaniechefs oder Bataillonskommandeure waren nicht mehr als Intermezzi, die den ehrgeizigen Offizier oft in die öde Provinz führten und wenig befriedigten. Wahrscheinlich fühlten sich unsere Offiziere von dem damals häufig thematisierten Gegensatz „Büroоffiziere" versus „Frontoffiziere" nicht angesprochen, konnten sie doch alle darauf verweisen, sich auch als Truppenkommandeure bewährt zu haben[161]. Die Kluft zu den Offizieren, die überwiegend oder durchweg in den kleinen Garnisonen eingesetzt wurden und entsprechend geringe Aufstiegschancen besaßen, war dennoch groß und gab den meisten Vertretern dieser Gruppe bereits in der Reichswehr eine elitäre Aura, die von manchem als „frontfremdes", abgehobenes Spezialistentum ausgelegt wurde.

Entsprechend elitär war ihr in die Kaiserzeit zurückreichendes Traditions- und Standesbewusstsein. Wenn sich in der Reichswehr bereits ein neuer, jüngerer Offizierstypus herausbildete, der die Entwicklung des Offizierkorps zur modernen Berufsgruppe repräsentierte, so gehörten diese Offiziere in der Regel nicht dazu. Unter ihnen dominierte der noch vor 1918 erzogene und ausgebildete Generalstabsoffizier, der in der Weimarer Republik die mittlere und ältere Offiziersgene-

[160] Vgl. Model, Generalstabsoffizier, S. 21–67.

[161] In diesem Sinne auch die Formulierung Seeckts vom 29. 8. 1919, „der Generalstabsoffizier ist Frontoffizier, und zwar hervorgegangen durch Auswahl unter den besten Frontoffizieren". Zit. nach: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Abschnitt VI, S. 97. Vgl. auch den Erlass Heyes, 22. 9. 1927, in: Offiziere im Bild von Dokumenten, S. 246–249, hier S. 247: „Ich hoffe, daß der nach dem Kriege sich bemerkbar machende Gegensatz zwischen Stäben und Front verschwinden wird. Ihm fehlt heute jede innere Berechtigung, denn zu einem Stabe sollen nur Offiziere vorgeschlagen werden, die neben besonderer Fronttüchtigkeit auch den geistigen Anforderungen in einem Stabe entsprechen."

ration beherrschte. Selbst der jüngste Offizier unserer Gruppe, Walter Model, zählte am Ende der Republik zur mittleren Generation, während der älteste, Gerd v. Rundstedt, dem Ruhestand bereits sehr nahe gerückt war[162]. Gerade die ehemals „kaiserlichen" Berufsoffiziere bemühten sich um eine Konservierung des traditionellen Standesbewusstseins mit seinen Ehrbegriffen, Offizierswahlen und Heiratsbestimmungen, seiner Ehrengerichtsbarkeit und Traditionspflege.

Diese Offiziere vertraten auch am ehesten das alte Ideal der „Charaktererziehung", wie es etwa in dem Erlass des Chefs der Heeresleitung Wilhelm Heye am 22. September 1927 beschworen wurde: Vom Offizier müsse die „Charakterstärke" verlangt werden, „daß er die Wahrheit und eine abweichende Ansicht verträgt"[163]. „Wir haben allen Grund aufrechte Persönlichkeiten zu schätzen, auch wenn sie Ecken und Kanten haben." Das Offizierkorps sei dazu berufen, „Männer hervorzubringen, die fähig sind, die Armee durch die Wirren der Zeit zu führen und – über das rein militärische Gebiet hinaus – auf die Entwicklung des Staatslebens fördernd einzuwirken"[164]. Die Botschaft dieses grundsätzlichen Erlasses war deutlich. Die straffe Disziplin und der Gehorsam in der Reichswehr sollten nichts an der Wahrhaftigkeit und Verantwortungsfreudigkeit des Offiziers ändern. Noch war der nur auf sein kleines Fachgebiet bezogene, in diesem Sinne „unpolitische" Offizier, der reine militärische Funktionalist nicht erwünscht. Die Reichswehrführung nahm die mittlere und ältere Generation standesbewusster Offiziere in die Pflicht, dafür zu sorgen, dass aus dem militärischen Führer kein willenloser Befehlsempfänger wurde. Das Selbstbewusstsein des Offiziers zu erhalten, war nach wie vor eine wichtige Aufgabe der Erziehung und Ausbildung.

Eines hatte sich allerdings im Offizierkorps der Reichswehr gegenüber der Kaiserzeit grundsätzlich geändert: Die innere Übereinstimmung mit dem politischen System war verloren. Der Ruf nach „starken Persönlichkeiten" bezog sich letztlich nicht nur auf das Reichsheer, sondern auch auf den Staat. Trotz aller Distanz hofften aber viele Offiziere in den mittleren Jahren der Weimarer Republik auf eine Konsolidierung der politischen Verhältnisse. Die Ablehnung der Republik trat vorübergehend zurück. Nach dem Abgang Seeckts schlug die Reichswehrführung zunächst vorsichtig, dann seit Anfang 1928 unter dem neuen Reichswehrminister Groener mit größerer Intensität einen Integrationskurs ein. Doch die Hoffnungen auf innenpolitische Stabilität als Voraussetzung des Wiederaufstiegs zur Großmacht wurden spätestens zu Beginn der 30er Jahre bitter enttäuscht. Die als „Linkskurs" missverstandene Militärpolitik Groeners stieß zunehmend auf interne Kritik und führte besonders bei den jungen „nationalen" Offizieren zu einer Vertrauenskrise, die im Hochverrat von drei mit der NSDAP sympathisierenden Leutnants in Ulm ihre bekannteste Ausprägung fand[165]. Die mittleren und älteren Offiziere, zu denen die späteren Oberbefehlshaber an der Ostfront gehörten, be-

[162] Model war am 30. 1. 1933 42 Jahre alt, Rundstedt schon 57.

[163] Ebd., S. 247. Gleichzeitig wandte sich Heye gegen die Erziehung von „Schweigern" und „Lakaien".

[164] Ebd., S. 246. Vgl. auch S. 249: „Unsere Zeit verlangt ein Ringen der Geister und Charaktere zum Besten des Vaterlandes und des Heeres zum Trotz gegen die äußeren und inneren Feinde, eine Führung durch starke Persönlichkeiten, deren Grundauffassung die gleiche ist und ein gegenseitiges Vertrauen der Kameraden, Führer und Geführten!"

[165] Vgl. Carsten, Reichswehr, S. 341–360; Hürter, Groener, S. 219–239.

trachteten die politische Entwicklung in der Regel ruhiger als viele Leutnants und Hauptleute. Doch auch bei ihnen machte sich angesichts der immer deutlicheren Krisensymptome eine neue Politisierung bemerkbar, die bei ihnen allerdings nicht – von der Ausnahme Reichenaus abgesehen[166] – in aktives politisches Engagement mündete.

„[In] den Jahren 1931–1933", erinnerte sich Reinhardt später, „war eine meiner größten Sorgen die innerpolitische Entwicklung in Deutschland. Mehrere Male in dieser Zeit lag die Gefahr nahe, dass die scharfen Auseinandersetzungen der Parteien zu inneren Unruhen und damit zum Eingreifen der Reichswehr führen würden."[167] Der Wunsch nach Autorität wurde desto dringender, je heftiger die innenpolitischen Gegensätze wurden und je mehr der Eindruck entstand, dass es so nicht weitergehen könne. Jedoch neigten wohl die wenigsten monarchisch gesinnten Offiziere bereits zu radikalen Lösungen. So schrieb etwa Model im August 1930 in einem Privatbrief[168]: „Wichtig ist, daß der Staat mit immer fester werdender Autorität jede Entgleisung ins Radikale verhindern kann." Auch Heinrici, der die Krise der Republik sehr aufmerksam verfolgte, dachte bei seiner Forderung nach „Ruhe u. Ordnung im Lande"[169] bis zum Januar 1933 nicht an eine Diktatur Hitlers, sondern setzte auf die „vernünftige Rechte" und eine Überwindung der von ihm entschieden abgelehnten Parteiendemokratie durch den Ausbau des Präsidialsystems[170]. Den ersehnten „starken Staat" hätte er auch in einer gemäßigten Spielart akzeptiert. Dass er sich dabei auch von militärischen Aspekten leiten ließ, zeigte seine Enttäuschung, als sich die Deutschnationalen Anfang 1932 einer Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs verweigerten[171]: „Zusammengefasst ist der Wunsch Hindenburgs und der Regierung weiter nichts als der, eine Volksgemeinschaft zum Kampf gegen die Franzosen und Polen zu schaffen. Wenn sie einrücken, können wir zu den Socis nicht sagen: Es ist verboten, mitzukämpfen, denn ihr seid nicht deutschnational."

Die gegen die Weimarer Demokratie, aber nicht auf eine radikale Diktatur, sondern auf die Lösung eines autoritären Präsidialstaats gerichtete politische Haltung wurde von den meisten nationalkonservativen Reichswehroffizieren der höheren Rangstufen geteilt. Entsprechend leicht wird es daher Rundstedt gefallen sein, am 20. Juli 1932 als Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin) den berüchtigten „Preußenschlag" der Reichsregierung unter Papen gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Staatsregierung zu exekutieren[172]. Er vollzog den Befehl mit be-

[166] Vgl. Kapitel I,3,a.

[167] Aufzeichnung Reinhardts für seine Frau „Der zweite Abschnitt meiner militärischen Laufbahn", 1947, in: BA-MA, N 245/22.

[168] Model an seine Schwiegermutter, 5. 8. 1930, in: Görlitz, Model, S. 43. Model arbeitete dann im Herbst 1932 als Stabschef des „Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung" an der Aufgabe, die Wehrverbände zu „zähmen" und an den Staat heranzuführen. Vgl. seinen Brief vom 27. 11. 1932, in: Stein, Model, S. 219: „Hoffen wir, daß die schwer enttäuschte Jugend wieder Ziele und befriedigende Tätigkeit erhält. Es ist höchste Zeit."

[169] Heinrici an seine Eltern, Mergentheim 14. 10. 1931, in: BA-MA, N 265/147, Bl. 57f.

[170] Heinrici an seine Mutter, Osterode/Ostpreußen 19. 3. 1932, ebd., Bl. 76f. Vgl. ebd. auch die zahlreichen anderen Briefe Heinricis aus den Jahren 1931/32, die sein jetzt wieder großes politisches Interesse belegen. Vgl. auch Hürter, General, S. 22–24.

[171] Heinrici an seine Eltern, Osterode/Ostpreußen 5. 3. 1932, in: BA-MA, N 265/147, Bl. 72f.

[172] Vgl. Vogelsang, Reichswehr, S. 246. Nachdem Reichskanzler Papen den Ausnahmezustand über Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg verhängt hatte, übertrug Reichswehrminister Schlei-

merkenswerter Entschlossenheit und Schnelligkeit. Allerdings stellte sich 1932/33 durch das Scheitern erst Brünings, dann Papens und schließlich auch Schleichers ein Gefühl der Ausweglosigkeit der beschrittenen Bahnen ein. Das machte selbst die gemäßigten Offiziere dann doch für eine radikale Wende empfänglich. Weichs bekannte rückblickend[173]: „Versklavung durch den Versailler Vertrag, Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien, ständig wechselnde Regierungen, Wirtschaftskrisen, infolgedessen Zunahme des Kommunismus hatten uns mürbe gemacht für die Versprechungen des National-Socialismus."

Das denkwürdige Zwischenspiel von Reichswehr und Republik näherte sich seinem Ende. In den Weimarer Jahren hatte die Karriere der meisten späteren Oberbefehlshaber einen Auftrieb bekommen, der sie dann bis in die höchsten Positionen der Truppenführung im Zweiten Weltkrieg trug. Sie gehörten zu den besten Vertretern des konservativen und elitären Offizierkorps der Reichswehr. Das band sie innerlich nur an das kleine Heer der Republik, nicht an den Weimarer Staat selbst. Die Intensität und der Erfolg ihrer professionellen Tätigkeit, eigentlich die Garanten des Einklangs mit sich und der Umwelt, standen im Kontrast zur Unzufriedenheit mit den politischen, militärischen und gesellschaftlichen Bedingungen insgesamt. Kaum einer der späteren Wehrmachtsgenerale weinte dem Weimarer „System" eine Träne nach. Sie fühlten sich als Offiziere der Reichswehr, nicht der Republik. Beides jedoch wurde als Provisorium gesehen, besonders in den Jahren der Krise. Um so mehr begrüßten sie den Untergang der parlamentarischen Demokratie, um so bereitwilliger wurden sie Offiziere der Wehrmacht, um so eher akzeptierten sie die Diktatur, auch wenn den meisten die Rückkehr zur Monarchie lieber gewesen wäre. Der Weg in die Katastrophe begann.

d. Lehren

Bevor dieser Weg bis in den Zweiten Weltkrieg hinein verfolgt werden soll, ist kurz innezuhalten und sowohl zurückzublicken als auch vorzugreifen. Die Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkriegs, die das viereinhalb Jahre währende Ringen überlebt und sich dann in einem zerrütteten Land wiedergefunden hatten, waren durch diese Ereignisse in der Regel tief traumatisiert. Der unmittelbaren Erfahrung von Krieg und Revolution folgten ungezählte Versuche, diese Erfahrungen zu verarbeiten. Beim Militärberufsstand verband sich die persönliche Verarbeitung des Erlebten mit der Notwendigkeit einer fachlichen Analyse. Der Berufsoffizier hatte vor allem auch seine professionellen Schlüsse aus den eigenen Erfahrungen und grundsätzlichen Beobachtungen zu ziehen. Diese analytische Aufarbeitung[174] führte in der Zwischenkriegszeit zu militärischen, aber auch zu

cher die vollziehende Gewalt an Rundstedt, der die Regierungsgebäude sofort von seinen Soldaten besetzen und die Vertreter der preußischen Staatsregierung, die seinen Befehlen nicht Folge leisten wollten, umgehend verhaften ließ.

[173] Weichs, Erinnerungen, Bd. 1, in: BA-MA, N 19/5, Bl. 6.

[174] Diese analytische Erfahrung muss von der unmittelbaren, synchronen Erfahrung unterschieden werden. Das ist gerade bei den retrospektiven Quellen sehr schwierig, da sich in ihnen beides mischt und die Beschreibung des Kriegserlebnisses bereits durch spätere Reflexion gebrochen ist.

politischen und gesellschaftlichen Lehren, die für die Einstellung zu Diktatur und Ostkrieg von großer Bedeutung waren. Von diesen Lehren muss nun die Rede sein.

Bereits unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg und der Revolution setzte die intensive militärtheoretische Diskussion über die Ursachen der deutschen Niederlage, die Erfahrungen des zurückliegenden Krieges und den „Krieg der Zukunft" ein[175]. Sie bestimmte die Militärpublizistik der 20er und 30er Jahre und kulminierte im Schlagwort vom „Totalen Krieg", das in Deutschland 1935 von Ludendorff popularisiert wurde[176]. Im Zweiten Weltkrieg wurde dieser Begriff schließlich von nahezu allen kriegführenden Nationen verwendet. Auch wenn es sich nicht in jedem einzelnen Fall nachweisen lässt, wie stark die Offiziere der Reichswehr und Wehrmacht von dieser internationalen Debatte beeinflusst wurden, kann man doch davon ausgehen, dass sie nahezu allen „Professionals" und gerade den Generalstabsoffizieren bekannt war. Ihre Ergebnisse fanden schließlich Eingang in die offiziösen Handbücher und amtlichen Denkschriften der deutschen Armee. Diese Diskussion muss daher in ihren wichtigsten Aussagen skizziert werden.

Der Erste Weltkrieg wurde allgemein als ein Krieg neuen Typs erkannt, für den es zwar bereits in verschiedenen Kriegen seit der Napoleonischen Zeit – besonders im amerikanischen Sezessionskrieg – erste Anzeichen gegeben hatte, der aber erst jetzt in erschreckender Größe in Erscheinung getreten war[177]. So entstand ein neues Kriegsbild, das an ältere Vorstellungen vom „absoluten Krieg" (Clausewitz) oder industrialisierten „Volkskrieg" (Moltke) anknüpfen konnte[178] und doch weit über diese hinausging. Nach dem Scheitern einer schnellen Schlachtentscheidung im Herbst 1914 entwickelte sich ein langwieriger „technisch-industrieller Krieg"[179], in dem die Leistung des Industriearbeiters und der Näherin in der Heimat fast ebenso wichtig wurde wie die Tapferkeit des Kämpfers an der Front. Die „Heimatfront" erhielt eine neue Bedeutung, als Grundlage der eigenen wie als Angriffsziel der gegnerischen Kriegführung. Der deutsche U-Boot-Krieg und – wesentlich wirkungsvoller – die britische Seeblockade richteten sich gegen die Infrastruktur des Feindes. Und für die Zukunft drohte bereits der strategische Luftkrieg, um die Stabilität der „Heimatfront" zu erschüttern.

[175] Vgl. auch die Beobachtung Ernst Buschs von 1937 (Busch, Rolle, S. 11): „Mit der Auswertung der Erfahrungen aus dem Weltkrieg und den Kriegen, die nach ihm ohne Unterbrechung hier und dort stattfinden, beschäftigen sich heute Berufene und Unberufene, Zünftige und Laien in einem Ausmaß, das in der Vergangenheit ohne Beispiel ist."

[176] Vgl. Ludendorff, Der Totale Krieg, der allerdings lediglich die Nachkriegsdebatte zusammenfasst.

[177] Die Entwicklung zum „Totalen Krieg" und ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen werden seit einigen Jahren im internationalen Vergleich diskutiert. Vgl. die auf einer Konferenzserie über das „Zeitalter der totalen Kriege 1861–1945" beruhenden fünf Sammelbände: Förster/Nagler (Hrsg.), Road; Boemeke/Chickering/Förster (Hrsg.), Anticipating Total War; Chickering/Förster (Hrsg.), Great War; Chickering/Förster (Hrsg.), Shadows; Chickering/Förster/Greiner (Hrsg.), World. Vgl. auch die prägnante Zusammenfassung der Ergebnisse durch Stig Förster: Förster, Zeitalter; Förster, Totaler Krieg. Zur Diskussion der 20er und 30er Jahre vgl. Förster (Hrsg.), Schwelle. Über die deutschen militärtheoretischen Schriften der Zwischenkriegszeit vgl. auch die ältere Arbeit von Gerhard Förster, Totaler Krieg, besonders S. 67–83. Vgl. auch Wallach, Dogma, S. 352–359; Bitzel, Konzeption, S. 216–230. Auf diese Literatur stützt sich der folgende Überblick.

[178] Vgl. Wehler, Krieg; Foerster (Hrsg.), Moltke.

[179] Müller, Armee: Versuch, S. 19.

Nicht mehr allein die Armee, das professionelle Militär, sondern das Massenheer und die Zivilbevölkerung, also das gesamte Volk in all seinen Lebens- und Produktionsformen, führten den modernen Krieg. Neben die „Industrialisierung" und „Vergesellschaftung" der Gewalt trat die „Entgrenzung" der Kriegführung[180], an der die Zivilisten gleichermaßen als Handelnde und als Leidende, als Täter und als Opfer beteiligt waren. Die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sehr populären sozialdarwinistischen Vorstellungen förderten die Auffassung, dass ein Krieg zwischen den großen Industriestaaten ein „totaler" Kampf „auf Biegen und Brechen" um „Sein oder Nichtsein", um das nationale Überleben sei. Dieser Existenzkampf, der äußerstenfalls bis zum eigenen Untergang oder zur Vernichtung des Gegners geführt werden sollte, verlangte den rücksichtslosen Einsatz aller eigenen gegen alle feindlichen Ressourcen. Moralische Bedenken und traditionelle Wertvorstellungen drohten hinter den „Kriegsnotwendigkeiten"[181] zurückzutreten. Für diesen „Totalen Krieg" – das einstige Schlagwort ist inzwischen zu einem heuristischen Hilfsmittel der Militärgeschichtsschreibung geworden, mit dem bestimmte Phänomene moderner Kriegführung beschrieben werden – hat die Forschung vier idealtypische Elemente ausgemacht[182]: „totale Mobilisierung" aller gesellschaftlichen und materiellen Ressourcen; „totale Kontrolle" der kriegführenden Nation durch den Staat; „totale Kriegsmethoden" unter Missachtung des Kriegsvölkerrechts; „totale Kriegsziele", da sich der große Aufwand nur rechtfertigte, wenn die Nation durch bedeutende Gewinne entschädigt, der Feind möglichst „bedingungslos" niedergeworfen wurde.

Im Ersten Weltkrieg waren die Tendenzen zum „Totalen Krieg" allgemein sichtbar geworden, doch noch nicht vollständig zur Entfaltung gekommen. Die Zivilisten arbeiteten für den Krieg und litten vielerlei Entbehrungen, waren aber nur in Ausnahmen direkt am Kampfgeschehen beteiligt. Die Besatzungspolitik war noch vergleichsweise konventionell, der Partisanenkrieg eine Randerscheinung, der Luftkrieg noch unterentwickelt. Die Nachkriegsdiskussion um den Krieg der Zukunft spann die vielen Fäden aber weiter und verdichtete sie zu den Horrorszenarien von Tod und Zerstörung durch Luftangriffe, Gas und Bakterien. Dass der nächste große Krieg vermutlich noch stärker als der letzte ein Kampf nicht nur gegen die feindlichen Streitkräfte, sondern auch gegen die Bevölkerung und Industrie sein würde, wurde zum festen Bestandteil des allgemeinen Bewusstseins der 20er und 30er Jahre. Die deutliche Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten wurde zunehmend als ein Relikt aus dem Zeitalter der Kabinettskriege angesehen, das juristisch vielleicht noch relevant war, faktisch aber keine Bedeutung mehr hatte.

Die professionellen Folgerungen aus diesen Erkenntnissen waren sehr vielgestaltig und können hier nicht näher behandelt werden. Über eins waren sich die Fachleute allerdings einig: Nicht nur die Armee, sondern die gesamte Nation musste bereits im Frieden auf den wahrscheinlichen, für viele sogar zwangsläufigen nächsten Krieg vorbereitet werden. Die Mobilisierung und Militarisierung der

[180] Diese Begriffe wurden von Michael Geyer geprägt, der als Vordenker der neueren Erforschung dieser Phänomene gelten kann. Vgl. vor allem Geyer, Aufrüstung.
[181] Zur Tradition dieses Begriffs in Deutschland vgl. Messerschmidt, Völkerrecht.
[182] Vgl. Förster, Zeitalter; Stig Förster, Totaler Krieg.

Gesellschaft und Industrie sowohl für den Kampf an der Front als auch für die Arbeit in der Heimat wurden zur wesentlichen Forderung moderner Rüstungspolitik. Die militärische Vorbereitung im Frieden erhielt mehr denn je den hohen Stellenwert einer nationalen Angelegenheit, die jeden betraf und daher keine Parteigegensätze duldete. Besonders der bedeutende Militärtheoretiker und Reichswehrminister Wilhelm Groener machte die Forderung nach einer „Wehrhaftmachung des Volkes" zur Richtschnur seiner Militärpolitik, die von den Bemühungen um eine Integration der Reichswehr in den republikanischen Staat und um eine Kooperation mit den zivilen Instanzen geprägt war[183]. Diese Militarisierungsbestrebungen in den letzten Jahren der Weimarer Republik standen noch unter dem Vorzeichen eines gemäßigten politischen Systems. Dagegen besaß die personelle, materielle und geistige Hochrüstung der NS-Diktatur von vornherein eine totalitäre und aggressive Tendenz.

Die hier skizzierten Schlüsse aus den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs und dem steten technischen Fortschritt wurden in der Zwischenkriegszeit nicht nur in Deutschland, sondern in allen bedeutenden Militärmächten diskutiert[184]. Diese fachliche Debatte spiegelt sich sowohl in zahlreichen militärtheoretischen Veröffentlichungen und internen Denkschriften als auch in populären Büchern und Romanen wider. Dass sich die Vorstellungen über den zukünftigen Krieg als „Totalen Krieg" dabei keineswegs nur im unverbindlichen Raum freier Diskussion bewegten, sondern Eingang in die Militärdoktrin der Streitkräfte fanden, zeigte sich in allen Ländern, am sinnfälligsten etwa in der konkreten Beschäftigung mit dem Luftkrieg. Auch in der Wehrmacht war der „Totale Krieg" bereits vor 1939 zum wesentlichen Teil des Kriegsbilds geworden, wie an zwei Beispielen belegt werden soll.

1936 erschien der erste Band des „Handbuchs der neuzeitlichen Wehrwissenschaften", das im Auftrag der offiziösen Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften herausgegeben wurde und dessen halbamtlicher Charakter durch das Begleitwort des Reichskriegsministers Blomberg unterstrichen wurde[185]. Das Handbuch sollte die Kriegserfahrungen zusammenfassen und allen interessierten Kreisen, besonders auch den Offizieren, als modernes Nachschlagemittel dienen. Sehr aufschlussreich ist der von Generalleutnant a.D. Adalbert v. Taysen verfasste Artikel „Krieg", in dem festgestellt wird, dass durch die großen technischen Fortschritte nach dem Ersten Weltkrieg „für neuzeitlich gerüstete Staaten ein Krieg in anderer Form als der des totalen, des *Volkskrieges*, überhaupt nicht mehr vorstellbar ist. Sein Ziel ist nicht allein [...] der feindliche Waffenträger, sondern schlechthin das gesamte Volk, nicht allein die feindlichen Kampfzonen, sondern das ganze Feindesland."[186] Der ganze Lebensraum werde zum Kriegsge-

[183] Vgl. Hürter, Groener.

[184] Vgl. Förster (Hrsg.), Schwelle. Zur amerikanischen Diskussion über den „Totalen Krieg" auch Greiner, Beschäftigung. In Deutschland besaßen u.a. die Schriften der Italiener Giulio Douhet und Rocco Morretta sowie der Briten John Frederick Charles Fuller und Basil Liddell Hart größeren Einfluss.

[185] Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften, Bd. 1, S. VII: „Nur das wirkliche Verständnis für das Wesen eines Krieges der Jetztzeit entwickelt in der Nation die Kräfte, welche die Behauptung ihres Volkstums und Lebensraumes auf die Dauer sicherstellen."

[186] Ebd., S. 173. Vgl. auch ebd.: „Die Zeiten der abgesondert und rittermäßig geführten Kriege, die in

biet. „Der Krieg wird zum *totalen Krieg* und trägt wieder die Züge seiner rauhen Urform, des rücksichtslosen Kampfes aller gegen alle." Die Kampfhandlungen werden „gegebenenfalls ihre letzte höchste Steigerung im tragischen Zusammenbruch und Untergang des einen Partners finden. Ein solcher Krieg kennt in seinem Verlauf keine Schonung gegenüber dem feindlichen Volk." Diesem Krieg „vermag ein Volk nur standzuhalten, das einerseits in richtiger Erkenntnis der entsprechenden feindlichen Angriffsflächen entschlossen zu den gleichen Mitteln greift und andrerseits alle Volksgenossen dazu erzogen hat, ausdauernd, verstehend und willig alle Leiden auf sich zu nehmen, die ein Volkskrieg in seinen vielseitigen Erscheinungsformen unweigerlich mit sich trägt"[187].

Das „totale Gepräge" des modernen Krieges wird auch im Anhang einer grundlegenden OKW-Denkschrift vom 19. April 1938 thematisiert, der sich die Frage „Was ist der Krieg der Zukunft?" stellt. Die Antwort ist eindeutig: Es ist der „Totale Krieg", wie ihn die Militärpublizistik seit fast zwei Jahrzehnten beschrieb. „Einsatz, Gewinn und Verlust steigen zu bisher ungeahnter Höhe. Am Ende eines verlorenen Krieges droht nicht nur die Schädigung, sondern die Vernichtung von Staat und Volk. Damit wird der heutige Krieg zu einem Staatsnotstand und zu einem Existenzkampf jedes einzelnen. Da jeder alles zu gewinnen und alles zu verlieren hat, muss jeder alles einsetzen. [...] Der Krieg wird mit allen Mitteln geführt; nicht nur mit der Waffe, sondern auch mit den Mitteln der Propaganda und der Wirtschaft. Er richtet sich gegen die feindliche Wehrmacht, gegen die materiellen Kraftquellen des Feindes und die seelischen Kräfte seines Volkes. Das Leitmotiv seiner Führung muß sein ‚Not kennt kein Gebot'."[188] Auch diese Analyse gelangt beinahe zwangsläufig zur Forderung der „Einheit und Geschlossenheit von Staat, Wehrmacht und Volk". Die militärische Doktrin enthielt unverkennbar eine innenpolitische Komponente, die auch das Verhältnis vieler Militärs zur nationalsozialistischen Diktatur beeinflusste.

Diese beiden Beispiele verdeutlichen, wie sehr die Ergebnisse der militärtheoretischen Diskussion nach dem Ersten Weltkrieg Eingang in das militärische Bewusstsein gefunden hatten. Die Militärs bewegten sich in eine Grauzone hinein, in der zwischen Soldaten und Zivilisten, zwischen Recht und Unrecht, zwischen Moral und Verbrechen immer schwerer zu unterscheiden war. Diese Unsicherheit zeigte auch Manstein, als er vor dem Nürnberger Tribunal über die deutsche Besatzungspolitik in der Sowjetunion aussagte[189]: „Abseits der militärischen Kriegführung, die wir Soldaten machten, wurde der Krieg wirtschaftlich geführt, das heißt zur wirtschaftlichen Ausnutzung der besetzten Gebiete für unsere Kriegführung, also, sagen wir, im Sinne des Schlagwortes ‚Totaler Krieg'. Das war mei-

ihren letzten Ausläufern vom Mittelalter her noch bis in die Neuzeit hineinragten, sind ebenso endgültig vorbei wie die der *Kabinettskriege* [...]." Allerdings habe sich selbst im Ersten Weltkrieg „der Gedanke einer restlosen Ausschöpfung der gesamten Volkskraft" noch nicht voll durchgesetzt.

[187] Ebd., S. 174.

[188] Denkschrift des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht „Die Kriegführung als Problem der Organisation", Berlin 19. 4. 1938, Anhang „Was ist der Krieg der Zukunft?", in: IMT, Bd. 38, S. 48–50.

[189] Aussage Mansteins vor dem Nürnberger Tribunal, 10. 8. 1946, in: IMT, Bd. 20, S. 671.

nes Erachtens wohl eine Neuerung im Völkerrecht, aber – sagen wir mal – kein Verbrechen."

Wenn nach der militärischen Ideologie vom „Totalen Krieg" der Zweck alle Mittel heiligte, wenn im Existenzkampf der Völker letztlich alles erlaubt war, musste die immer wieder beschworene Eigengesetzlichkeit des Krieges eine neue rechtlose und zunehmend auch amoralische Dimension erhalten. Das ohnehin in vielen Fragen alles andere als klare Kriegsvölkerrecht drohte durch die Kraft des Faktischen, die „Kriegsnotwendigkeiten", marginalisiert zu werden. Die gegenüber allen vorherigen Kriegen nochmals wesentlich gesteigerte Brutalisierung von Kriegführung und Besatzungspolitik, wie sie dann im Zweiten Weltkrieg zu Tage trat, wurde geistig vorweggenommen, ehe der erste Schuss gefallen war. Diese verhängnisvolle Entwicklung muss bei der Beschäftigung mit dem Verhalten der Wehrmacht im deutsch-sowjetischen Krieg im Auge behalten werden.

Vor dem Hintergrund der zentralen Erkenntnisse dieser internationalen Debatte ist auch die professionelle Rezeption der Weltkriegserfahrungen und modernen militärischen Entwicklungen durch die Offiziere unserer Gruppe zu sehen. Auch wenn die Einzelbelege meist fehlen, kann man doch voraussetzen, dass jedem von ihnen die Lehrmeinungen über den künftigen Krieg bekannt waren und sie in der Regel manche ihrer eigenen Vorstellungen danach ausrichteten. Die größte Übereinstimmung wird über die Notwendigkeit einer starken „inneren Front" bestanden haben, die es bereits im Frieden aufzubauen galt. Der schroffe Kontrast zwischen dem „Augusterlebnis" von 1914 und dem „Novembererlebnis" von 1918 war vermutlich die bitterste Erfahrung dieser Offiziere. Die Siegeszuversicht der ganzen Nation in jenem sonnigen Sommer und die Depression eines gespaltenen Volks in diesem trüben Herbst markierten die extremen Pole des Glanzes und des Niedergangs ihrer Welt. Der „Burgfrieden" von 1914, der die Stabilität der „Heimatfront" gewährleistete, wurde im Verlauf des Krieges zunehmend brüchig und zerbrach letztlich ganz. Für den konservativen Offizier erwies sich das deutsche Volk als zu wenig „blockadefest" und vergaß in der Krise das Gebot der Einigkeit, so dass die „Reichsfeinde" ihren „Dolchstoß" ansetzen konnten[190].

Nach den traumatischen Erfahrungen des inneren Zusammenbruchs wurde eine geschlossene, kriegsbereite Nation um so mehr zum Ideal, als auch die Vorbereitung auf den „Totalen Krieg" die nationale Einheit mehr denn je zu fordern schien. Die im Herbst 1918 so existenzbedrohende Verbindung von innerer Zwietracht und militärischer Schwäche wurde auch in den Weimarer Jahren nicht überwunden. Bei den meisten Offizieren verschmolzen daher die militärischen mit innenpolitischen Erwartungen. Charakteristisch waren die Kommentare der politischen Entwicklung in den Jahren 1932/33 durch Gotthard Heinrici. In der Politik Hindenburgs und des Präsidialkabinetts Brüning glaubte er im März 1932 das Ziel zu erkennen, „eine Volksgemeinschaft zum Kampf gegen die Franzosen und Polen zu schaffen" sowie für die Rüstungsverhandlungen in Genf „das Volk ge-

[190] Zu diesen Mythen und Mentalitäten, die nicht nur für das Offizierkorps, sondern überhaupt für weite Teile der bürgerlichen Gesellschaft charakteristisch waren, vgl. Verhey, Geist; Barth, Dolchstoßlegenden.

schlossen hinter sich zu bringen"[191]. Als dies misslang, knüpfte er ähnliche Hoffnungen an die Machtübernahme der Nationalsozialisten und verstand es als Programm Hitlers, „das ganze deutsche Volk" zu militarisieren[192]: „Wenn wir je mal wieder Krieg bekommen sollten, dann wird es eins in der Form nicht mehr geben wie vor 15 Jahren: die Miesmacher. Das werden die Nazis dann schon austreiben. Das Volk werden sie schon zu führen wissen." Überhaupt sah Heinrici in den Ereignissen des Frühjahrs und Sommers 1933 eine späte, aber notwendige Gegenbewegung zu der Schmach von 1918/19, „als wir nach Hause kamen und die Matrosen mit roten Armbinden regierten"[193].

Dieser Schock saß tief. Auch die professionelle Aufarbeitung milderte ihn nicht, sondern bestätigte ihn. Niederlage und Revolution standen stets als Negativbeispiele dafür, wie sich die innenpolitischen Verhältnisse angesichts der Bedrohung durch den „Totalen Krieg" nicht entwickeln dürften. Die neuen Dimensionen des Krieges als Existenzkampf „von Volk zu Volk" machten die in der Schlussphase des Ersten Weltkriegs so schmerzlich vermisste nationale Einheit und Kriegsbegeisterung unbedingt notwendig. Die „Volksgemeinschaft"[194] und die „Militarisierung des Volkes" wurden zu wesentlichen Forderungen der modernen Militärs, zu Idealen, die sich im Übrigen auch mit den nationalkonservativen Grundüberzeugungen sehr gut vereinbaren ließen. Bereits im Frieden sollte das Volk geschlossen hinter die militärischen Rüstungen und Vorbereitungen gebracht werden. Das pluralistische System der parlamentarischen Demokratie schien dazu nicht in der Lage, eher schon eine straffer als 1918 geführte Monarchie oder ein Präsidialstaat. Schließlich akzeptierten die meisten auch die totalitäre Alternative. Die Forderung nach „Wehrfreudigkeit" wurde zu einem nicht nur militärischen, sondern auch politischen Kriterium. Die Berufsoffiziere drängten nicht zuletzt aus professionellen Motiven auf einen „starken Staat", der die inneren Bedingungen dafür schaffen sollte, dass Deutschland die nächste existentielle Herausforderung eines umfassenden Krieges bestehen würde. Die Lehren, die von den Militärs aus dem letzten Krieg gezogen wurden, reichten damit tief in die Innenpolitik hinein.

Die Experten mussten sich freilich in erster Linie mit den im engeren Sinn militärischen, den operativen, taktischen und technischen Folgen der Veränderungen in der Kriegführung auseinandersetzen. Zwar gab es über den von Generalleutnant Ernst Busch 1937 zitierten Grundsatz kaum Meinungsunterschiede[195]: „Der Krieg der Zukunft wird ein totaler Krieg sein, ein Krieg, der die drei Dimensionen – Land, Wasser und Luft – ausnutzen wird, ein Volkskrieg, mit allen politischen wirtschaftlichen und psychologischen Kräften." Doch wie dieser Krieg von der Armee geführt werden müsse, war heftig umstritten. Mit den Worten Buschs: „So eindeutig im allgemeinen diese Erkenntnis ist, so vielseitig und widersprechend

[191] Heinrici an seine Eltern, Osterrode/Ostpreußen 5. 3. 1932, in: BA-MA, N 265/147, Bl. 72f.
[192] Heinrici an seine Eltern, Berlin 2. 6. 1933, in: BA-MA, N 265/48, Bl. 57, wo Heinrici mit Blick auf die französische Vormachtstellung prognostizierte: „Erst wenn Hitler das ganze Volk militarisiert haben wird, – was anderes ist ja eigentlich sein Programm nicht, denn auch der Arbeitsdienst ordnet sich dem ein – und wir selbst wieder eine Macht darstellen, dann wird es wohl anders werden."
[193] Heinrici an seine Eltern, Berlin 20. 3. 1933, ebd., Bl. 34f.
[194] Zur „Erfindung der Volksgemeinschaft" aus dem Mythos vom „August 1914" vgl. Verhey, Geist.
[195] Busch, Rolle, S. 11.

tobt der Meinungsstreit auf allen den Krieg der Zukunft berührenden Gebieten." Auch in unserer Gruppe lassen sich unterschiedliche Auffassungen ausmachen, die sehr charakteristisch für die deutsche Diskussion waren.

Die operativen und taktischen Vorstellungen des deutschen Militärs waren seit den Lehren, die Clausewitz und andere aus der Kriegführung Napoleons gezogen hatten, und seit den Erfolgen der Moltkeschen Feldherrnkunst in den Einigungskriegen geradezu dogmatisch auf Angriff und Bewegung fixiert[196]. Dem entsprach die traditionelle Selbständigkeit des Kommandeurs und seines Generalstabs, die eine schnelle und bewegliche Truppenführung überhaupt erst ermöglichte. Eine Folge dieser Angriffsdoktrin waren der Schlieffenplan und die deutsche Kriegführung im Westen von 1914, aber auch die Ratlosigkeit der militärischen Führung nach der Niederlage an der Marne. Auch wenn der Stellungskrieg, der dieser Depression folgte, einige Abwehrspezialisten wie General Fritz v. Loßberg hervorbrachte, wurde schließlich doch wieder einseitig auf das hohe Risiko einer umfassenden Offensive gesetzt, deren Scheitern dann 1918 die Niederlage besiegelte.

Doch anders als in Frankreich, wo die Erfahrungen des Stellungskriegs zu einer ebenso einseitigen Abwehrdoktrin führten, wurde in Deutschland auch nach 1918 das Rezept einer erfolgreichen Kriegführung weiterhin nicht in der starren Abwehr, sondern im beweglichen Angriff gesehen. Gerade für die kleine Reichswehr sollte nach dem Willen Seeckts das Heil in Angriff und Bewegung liegen. Die Schulung der Offiziere und Soldaten war ganz auf das Seecktsche „Evangelium des Bewegungskriegs" ausgerichtet, auch wenn sie sich dabei Aushilfen, Attrappen und der Annahme von für die Reichswehr wirklichkeitsfremden Kriegslagen bedienen musste. Daran konnte auch die realistischere Einschätzung der eigenen Möglichkeiten in der Ära Groener/Schleicher wenig ändern. Das Festhalten an der Offensive stand nicht im Widerspruch zu den Erfahrungen des modernen Krieges. Gerade die Schrecken des „Totalen Krieges" schienen einen kurzen Krieg und eine schnelle Entscheidung zu erfordern. Mit Hilfe der modernen Technik sollte der Krieg in Bewegung gehalten und anders als 1914 das jahrelange Erstarren der Fronten vermieden werden.

Ein vehementer Verfechter des Bewegungskriegs war Heinz Guderian, der sich seit Mitte der 20er Jahre in zahlreichen Denkschriften und Publikationen für die Motorisierung des Heeres und dann mit zunehmendem Eifer für eine selbständige Panzerwaffe einsetzte[197]. Als Offizier der Nachrichtentruppe bereits in der Kaiserzeit technischen Neuerungen aufgeschlossen, hatte Guderian 1914 das Versagen der Kavallerie an der Marne erlebt und aus diesen Erfahrungen die Erkenntnis gezogen, dass diese Waffe „in bezug auf Beweglichkeit und Kampfkraft den an sie herantretenden Anforderungen nicht mehr voll gewachsen" war[198]. An ihre Stelle sollte der Kampfkraftwagen treten und ebenso geschlossen eingesetzt werden wie früher die Kavallerie. Guderian forderte – beeinflusst durch die Schriften ausländischer Autoren wie Liddell Hart und Fuller – den Aufbau und konzentrierten

[196] Vgl. Wallach, Dogma; Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Abschnitt IX. Zu Folgendem vgl. besonders ebd., S. 492–584.

[197] Vgl. dazu ausführlich Bradley, Guderian, passim. Verzeichnis der Schriften Guderians ebd., S. 375–378. Vgl. auch Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Abschnitt IX, S. 574–584.

[198] Guderian, Truppenkörper, Sp. 693. „Die neue Zeit erforderte neue Mittel."

Einsatz von selbständigen Panzerverbänden als kampfentscheidende operative Angriffswaffe, während er die Verwendung von Panzern als untergeordnete taktische Hilfswaffe der Infanterie entschieden ablehnte. Im Panzer sah er die ideale Verbindung von Feuerkraft und Bewegung. Durch die motorisierte Attacke von tief vordringenden Panzerkeilen glaubte er den Stellungskrieg überwinden und den operativen Erfolg ermöglichen zu können.

Auch ein anderer Offizier unserer Gruppe, Georg Lindemann, erkannte in der Bewegung die Voraussetzung des Sieges[199], meldete aber gegen Guderians Zutrauen in einen zusammengefassten Einsatz der Panzerwaffe Zweifel an, die von vielen Offizieren geteilt wurden. Lindemann glaubte, dass der nächste große Krieg zumindest in Westeuropa – für Osteuropa gestand er andere Verhältnisse zu[200] – mit Millionenheeren in sehr engen Räumen geführt werden würde. Diese Raumknappheit erleichtere den Stellungskrieg und erschwere ausgreifende Operationen von Panzerverbänden. Das mache den frontalen Angriff auf Verteidigungsanlagen wahrscheinlich, der nur von der Infanterie zum Erfolg gebracht werden könne. Daher dürften die Panzer nicht allein eigenständig und massiert zum Einsatz kommen, sondern müssten daneben auch den Infanteriedivisionen als Unterstützungswaffe eingegliedert werden. Es wundert nicht, dass Guderian dieser Auffassung in einer Erwiderung heftig widersprach und sich gegen jede Verzettelung des Einsatzes motorisierter Kräfte wandte[201].

Der beinahe radikale Glauben Guderians an Technik und Material stieß auf die Kritik eingefleischter Infanteristen. Unter den späteren Oberbefehlshabern war es vor allem Ernst Busch, der auf der nach wie vor schlachtentscheidenden Rolle der Infanterie beharrte. Er erkannte zwar die wachsende Bedeutung des Motors an[202], wollte der Panzerwaffe aber nur die Aufgabe zusprechen, als Teil der Infanteriedivisionen „der Infanterie im Angriff vorwärts zu helfen"[203]. Busch verband sein Plädoyer für die unveränderte Bedeutung der Infanterie als Offensivwaffe mit den sozialdarwinistischen Gedanken des „Alles oder nichts" und der Auslese[204]: „Die Zone des Angriffs, in der der Infanterist auch im Kriege der Zukunft die Hauptlast des Kampfes tragen wird, ist zugleich die Zone des Siegens oder Sterbens." Für Busch war der Infanterist weitaus mehr als jeder andere Soldat „Kämpfer im wahren Sinne des Wortes", so dass diese Waffe die „besten Männer des Volkes" und die stärkste moralische Kraft erfordere und hervorbringe[205]. In diesem Zu-

[199] Vgl. Lindemann, Feuer, S. 362: „Nur aus der Bewegung entspringt der Sieg."

[200] Vgl. ebd.: „Allerdings wird die Einwirkung der Enge des Raumes geringer werden, je mehr sich der Kriegsschauplatz in den osteuropäischen Raum verschiebt, entsprechend der zunehmenden Breite der europäischen Halbinsel." Zu Folgendem vgl. vor allem ebd., S. 362 f., 376 f.

[201] Vgl. Guderian, Panzerangriff.

[202] Vgl. Busch, Rolle, S. 17: Es sei wohl selbstverständlich, „daß in Zukunft Kriege ohne die Mitwirkung von mechanisierten und vor allem motorisierten Einheiten und auch ohne allgemeine Ausnutzung des Motors im Rahmen des Heeres nicht denkbar sind".

[203] Ebd., S. 23.

[204] Ebd., S. 26. „Er allein faßt den Feind überall, ob er auf freiem Feld, versteckt oder eingegraben, in dichtem Wald, in unwegsamem Gelände oder Ortschaften kämpft, ob er listig und hinterhältig oder feige sich verkriecht. Es ist der Kampf Mann gegen Mann."

[205] Ebd., S. 26 f. „Nur Kampfnaturen, selbständig, entschlußfreudig, hart und zäh, können die an den Infanteristen zu stellenden Forderungen erfüllen." Auch der zweite Frontoffizier unserer Gruppe, Eugen Ritter v. Schobert, beschwor den Wert und die Gemeinschaft der Infanterie. Vgl. Schobert, Einheitsgruppe, etwa Sp. 103: „Die E[inheits]G[ruppe] stellt eine Schicksalsgemeinschaft dar, in

sammenhang zitierte er aus dem Buch „Mein Kampf" des „Infanteristen des Weltkrieges" Hitler und unterstrich damit seine Nähe zur „Frontkämpferideologie", der sich der hochdekorierte Frontoffizier Busch stets verbunden fühlte.

Diese Beispiele belegen eine intensive Beschäftigung mit den operativen und taktischen Anforderungen des modernen Krieges auch in unserer Gruppe. Trotz aller Gegensätze gab es an der Notwendigkeit, das Heer zu motorisieren und zu technisieren, kaum Zweifel. Die kompromisslosen Forderungen Guderians gingen zwar vielen zu weit, doch auch seine Kritiker wie Lindemann und Busch befürworteten die angriffsweise Verwendung der neuen Waffen. Überhaupt kreiste die militärfachliche Diskussion um die Landkriegführung stark um die Frage der Überwindung des Stellungskriegs durch Feuer und Bewegung. Hinter der Betonung des Angriffsgedankens und der Ausrichtung auf die Offensive drohte die Beschäftigung mit der Defensive vernachlässigt zu werden. Eine Ausnahme bildete Wilhelm Ritter v. Leeb, der 1936/37 eine grundlegende Schrift über „Die Abwehr" vorlegte.

Auch Leeb räumte ein, dass der Angriff die Form sei, „die in der Kriegführung und in der Kampfführung die Entscheidung bringt"[206], sprach aber der Abwehr einen wesentlich höheren Stellenwert zu als in diesen Jahren üblich. Gerade bei einem Mehrfrontenkrieg steigere eine planvolle Defensive die Vorteile der inneren Linie und erlaube es, die Gegner durch punktuelle Konzentrationen einzeln zu schlagen. Anstatt sich in kräfteverzehrenden Angriffen zu verzetteln, sei eine kräftesparende Abwehr zu organisieren – strategisch, operativ oder taktisch. Leeb befürwortete eine beweglich geführte Abwehr auch mit motorisierten Verbänden, gab aber ebenso Empfehlungen für die Verteidigung gegen schnelle feindliche Verbände durch ein wirksames Sperrsystem. Dass sein Plädoyer für den Abwehrgedanken ein klares Zeichen gegen die einseitige Thematisierung des Angriffs setzen wollte, wird durch Leebs Resümee am Ende seiner Schrift deutlich[207]: „So haben wir Deutsche in unserer zentralen Lage, umgeben von hochgerüsteten Staaten, in der Abwehr ein bedeutsames, hochwertiges Mittel der Kriegführung und der Kampfführung zu erblicken, deren Kraft und Stärke eine überlegte Führung auszunützen hat. Sie darf nicht, wie vor dem Kriege, in den Hintergrund gedrängt werden, sondern muss vielmehr als ein Spiegelbild unserer politischen und militärischen Lage, bei der Ausbildung und Erziehung von Führung und Truppe den gebührenden Raum erhalten."

Doch diese Auffassung war kaum repräsentativ. Auch in unserer Gruppe kann man ein eindeutiges Übergewicht der Anhänger einer schnellen Entscheidung durch Angriff und Bewegung vermuten. Die Generale, deren Namen am meisten mit den Erfolgen der „Blitzkriege" verbunden werden, finden sich fast ausnahmslos in dieser Gruppe: Guderian, Hoepner, Hoth, Kleist, Kluge, Manstein, Reinhardt und Schmidt. Hitler hätte seine Angriffs- und Eroberungspläne mit einem Militär, das ähnlich starr auf eine Verteidigungsdoktrin festgelegt gewesen wäre

der einer so viel wert ist wie der andere. Sie erhält ihren klaren Auftrag und wird durch den stählernen Willen ihres Gruppenführers geführt."

206 Leeb, Abwehr, Teil 1, S. 683. Zur Schrift Leebs vgl. auch Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 35 f.; Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Abschnitt IX, S. 572–574.

207 Leeb, Abwehr, Teil 3, S. 303.

wie das französische, nicht oder zumindest nicht so bald umsetzen können. Die Wehrmacht mit ihrer traditionell preußisch-deutschen Ausrichtung auf die Offensive war gerade auch in dieser Hinsicht das „richtige" Instrument.

So kam die fachliche Analyse der Weltkriegserfahrungen und der neuen militärtechnischen Entwicklungen zu zwei grundlegenden Ergebnissen, die Hitlers militanter Ideologie entgegenkamen, ohne spezifisch nationalsozialistisch zu sein. Erstens führte sie zur Bekräftigung des alten Dogmas von Angriff und Bewegung. Durch eine offensive und bewegliche Kriegführung unter Ausnutzung des technischen Fortschritts und der Mobilität von Kraftfahrzeugen sollte eine neue Freiheit der Operation gewonnen und ein langwieriger Stellungskrieg vermieden werden. Während sich die französische Armee hinter der Maginotlinie verschanzte, gingen die Reichswehr und dann die Wehrmacht einen anderen Weg. Die Militärelite richtete ihr Denken schon bald wieder auf kühne Angriffsoperationen, die dem hohen Ausbildungsstandard des deutschen Generalstabs angemessener zu sein schienen als die Defensive. Auch wenn nicht die Generalität, sondern Hitler aggressiv in einen neuen Krieg trieb, entsprach der Angriffskrieg der deutschen Militärdoktrin doch wesentlich mehr als der Verteidigungskrieg[208]. Allerdings wurden diese Begriffe gerne gemischt. Die Schlagworte wie „Angriff ist die beste Verteidigung" oder „Lieber Praevenire als Praeveniri" besaßen in Deutschland schon lange einen guten Klang und wurden jetzt zusätzlich aufgewertet.

Zweitens wurde aus den Lehren des Ersten Weltkriegs und der Nachkriegszeit das neue Dogma des „Totalen Krieges" entwickelt. So vielseitig dieser Begriff auch ausgelegt werden konnte, so bestand doch in einigen wesentlichen Punkten allgemeine Übereinstimmung. Die als notwendig erachtete Ausrichtung der gesamten Volkskraft auf den modernen Krieg wurde vor dem Hintergrund des Schocks von 1918 gerade in Deutschland nur noch einer autoritären Staatsform und Regierung zugetraut. Innere Einheit und äußere, militärisch fundierte Stärke wurden gleichgesetzt. Das „Chaos" der Weimarer Jahre passte kaum in dieses Weltbild, das aus militärischen wie nationalistischen Motiven zunächst nach dem „Burgfrieden" und dann nach der „Volksgemeinschaft" verlangte. Ebenso schwerwiegend war die verbreitete Vorstellung, dass der „Totale Krieg" nahezu jedes Mittel rechtfertige. Jede Form der Gewalt schien erlaubt, sofern sie nur der eigenen Kriegführung nutzte. „Rücksichtslosigkeit" wurde zum Signum, ja zur Forderung des modernen Krieges in seiner „totalen" Form. Viele erkannten darin eine nahezu unabänderliche militärische Entwicklung, ein Naturgesetz. Diese Enttabuisierung drohte nicht in einem kurzen „Blitzkrieg" zum Tragen zu kommen, wohl aber in einem jahrelangen Kampf der Nationen, Ideologien und Kulturen.

So steckten sowohl in der Angriffsdoktrin als auch in der Auffassung von der neuen „Totalität" der Kriegführung bereits die Keime von Hitlers Angriffskrieg

[208] Vgl. auch die positive Bewertung von Angriffskriegen im Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften, Bd. 1, S. 174f. (Artikel „Krieg" von Adalbert v. Taysen): „In *Angriffs- und Eroberungskriegen* sucht sich z.B. ein kraftvolles, jugendfrisches und entwicklungsfähiges, aber durch politische und geographische Schranken beengtes Volk den fehlenden Lebensraum zu schaffen, den überalterte, absterbende Staaten zwar noch besitzen, aber nicht mehr auszufüllen und zu nutzen vermögen."

und der von ihm verlangten Brutalisierung der Kriegführung besonders im Osten. Die Affinitäten bestimmter militärischer Folgerungen zu bestimmten Zielen des Nationalsozialismus sind nicht zu übersehen. Die professionellen Lehren, die aus dem Ersten Weltkrieg und den neuen militärischen Entwicklungen gezogen wurden, erleichterten es Hitler, die Wehrmachtsgeneralität für seinen Staat, seine Politik und seinen Krieg einzuspannen. Dennoch sollte man sich vor der Konstruktion vermeintlicher Zwangsläufigkeiten und Determinismen hüten. Wie sich diese gefährlichen Keime entfalten würden, war 1933 und in den Jahren danach noch unklar. Erst der Zusatz der nationalsozialistischen Ideologie ließ diese Keime wuchern. Erst eine verbrecherische Diktatur konnte die materielle Potenz der Wehrmacht und die geistige Haltung ihrer Elite auf ihren Irrweg bringen. Die Frage nach dem Verhalten der Oberbefehlshaber an der Ostfront ist daher eng verknüpft mit dem Problem ihrer Einstellung zum Nationalsozialismus und ihrer Karriere in der NS-Diktatur.

3. Irrwege: Diktatur

a. Nationalsozialismus

Kaum ein zweites Thema der deutschen Militärgeschichte ist so häufig behandelt worden wie die Einstellung der Generalität zur nationalsozialistischen Diktatur[1]. Doch auch hier gilt: Das Interesse richtete sich überwiegend auf die Friedensjahre der NS-Diktatur und einseitig auf einen sehr begrenzten Personenkreis der militärischen Führung, nämlich auf die höchsten Repräsentanten des Reichswehr- bzw. Kriegsministeriums sowie des OKW und OKH: Beck, Blomberg, Brauchitsch, Fritsch, Halder, Jodl, Keitel und Reichenau. Unter ihnen gehörte lediglich Reichenau zu den späteren Oberbefehlshabern an der Ostfront. Erst in zweiter Linie und eher sporadisch wurden die Namen weiterer Generale genannt, aus unserer Gruppe vor allem die drei für viele Jahre wichtigsten Truppenführer Bock, Leeb und Rundstedt sowie – als zeitweilige Mitarbeiter Becks – Manstein und Stülpnagel, außerdem noch Guderian und, vermutlich wegen seines recht ergiebigen Nachlasses, Weichs. Die überwältigende Mehrheit der Generalität wurde bisher aber fast völlig ignoriert.

Trotz dieser Einschränkung lassen sich viele Ergebnisse der bisherigen Forschung auf die höchste Heeresgeneralität an der Ostfront übertragen. Über die „Teilidentität" (Manfred Messerschmidt) mit nationalsozialistischen Ansichten und Zielen besteht kein Zweifel. Die politischen und ideologischen Affinitäten betrafen vor allem die Innenpolitik, die Außenpolitik und die Militärpolitik. In den „nationalen Kreisen" und damit bei nahezu allen Offizieren herrschte Übereinstimmung, dass im Innern ein autoritärer Staat errichtet und nach außen die alte Großmachtstellung wiedererlangt werden müsse. Die Militärelite wollte dabei ihr starkes Gewicht im Staatswesen behalten und die gesamte Nation einschließlich der Arbeiterschaft hinter den nationalen Staat und seine bewaffnete Macht bringen. Der moderne Krieg erforderte eine hochtechnisierte Armee und ein „wehrhaftes" Volk, so dass die materielle, personelle und ideelle Aufrüstung vom professionellen Standpunkt aus eine selbstverständliche Forderung der Offiziere war. Das Verlangen nach Autorität, Integration, Revision und Aufrüstung traf sich mit den Absichten Hitlers. Auch die Ressentiments gegen die parlamentarische Demokratie, den Sozialismus und „Bolschewismus", häufig außerdem gegen die slawischen Völker, vor allem die Polen, und die Juden, waren verbreitet.

[1] Vgl. vor allem die Standardwerke Müller, Heer, und Messerschmidt, Wehrmacht, in denen auch auf die wichtigsten Quellen und Memoiren verwiesen wird. Vgl. auch O'Neill, Army. Weiterführende Gedanken bei Müller, Armee: Versuch; Kroener, Veränderungen. Vgl. auch die wichtigsten Biographien über einzelne maßgebliche Wehrmachtsgenerale: Reynolds, Beck; Hartmann, Halder; Scheurig, Jodl; Löffler, Brauchitsch; Kroener, Fromm; Schäfer, Blomberg.

Das erleichterte das Verständnis für Teile des nationalsozialistischen Programms wie die Ausschaltung der „marxistischen" Parteien und des „jüdischen Einflusses" sowie die Wendung gegen die Sowjetunion. Ohne selbst Nationalsozialisten zu sein und trotz ihrer Ablehnung der radikalen „Auswüchse", begrüßten die meisten konservativen Offiziere zunächst den neuen Staat und hofften, in ihm nach und nach ihre militärischen und politischen Wünsche verwirklicht zu sehen. Zweifel kamen erst später und längst nicht bei allen.

Diese allgemeinen Erkenntnisse sind an den Offizieren unserer Gruppe zu überprüfen. Auch bei ihnen wird eine – unterschiedlich stark ausgeprägte – Abneigung gegen das Weimarer „System" vorgeherrscht haben[2]. Diese Abneigung verschärfte sich, als Demokratie, Parlamentarismus und Pluralismus in den letzten Jahren der Republik durch die ökonomische Krise und innenpolitische Polarisierung erneut schwer diskreditiert wurden. Unter der Decke von Gehorsam und Loyalität gärte eine gefährliche Sehnsucht nach politischen Alternativen, die den Bemühungen der Reichswehrführung um eine Integration des Offizierkorps in den republikanischen Staat zuwiderlief. Die Schwäche und Zerrissenheit der Republik machten die Offiziere – wie es Weichs später formulierte – „mürbe" für die Versprechungen Hitlers[3].

Auf der Suche nach politischen Alternativen hatten die Nationalsozialisten zunächst keine oder höchstens eine untergeordnete Rolle gespielt. Lange galt die NSDAP als zwar besonders laute, aber kleine und eher unbedeutende, zudem regional auf Bayern begrenzte radikale Partei. Lediglich die zwei bayerischen Offiziere Dietl und Schobert kamen bereits kurz nach dem Krieg mit der jungen „Bewegung" in Berührung und verfolgten ihren weiteren Aufstieg mit Sympathie[4]. Hauptmann Eduard Dietl ließ Hitler 1919 in seiner Kompanie agitieren und wurde Mitglied der Deutschen Arbeiter-Partei, der späteren NSDAP, musste sie aber bereits 1920 wieder verlassen, da Berufsoffiziere keiner politischen Partei angehören durften. Im November 1923 zählte er im Münchner Offizierkorps zu den Anhängern des Hitler-Putsches, wurde für sein Verhalten milde gemaßregelt und trat in den folgenden Jahren ebenso wenig politisch hervor[5] wie Schobert oder auch Guderian, der 1919 aus seiner radikalen „völkischen" Gesinnung kein Hehl gemacht hatte. Diese Offiziere mussten aber trotz ihrer politischen Zurückhaltung nach 1923 stets latent anfällig für den Nationalsozialismus bleiben.

Die Mehrzahl der konservativ und monarchisch gesinnten Offiziere stand der NSDAP lange desinteressiert oder ablehnend gegenüber. Der später von Hitler sehr beeindruckte Hermann Hoth stieß 1923 mit den Nationalsozialisten zusammen, da sie die „ausgleichende Tätigkeit" der Reichswehr störten und ihm ihr ra-

[2] Vgl. Kapitel I,2,c.

[3] Weichs, Erinnerungen, Bd. 1, in: BA-MA, N 19/5, Bl. 6.

[4] Vgl. Heinemann, Dietl, S. 99–102. Die Angaben für Schobert in dem ideologisch gefärbten Buch von Leixner, Schobert, S. 42–44, sind nicht ganz sicher. Schoberts Bindung an Hitler (vgl. das Tagebuch Glaises v. Horstenau, 10.–12. 1. 1941, in: Broucek [Hrsg.], General, Bd. 2, S. 631) sowie seine Neigung zum Nationalsozialismus sprechen allerdings für ihre Glaubwürdigkeit. Göebbels bezeichnete Schobert nach dessen Tod als „von Grund auf nationalsozialistisch gesonnen". Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 1, S. 418 (14. 9. 1941).

[5] Dass Hitler und die NS-Propaganda ihn dann im Zweiten Weltkrieg zum „Geburtshelfer des Dritten Reiches" stilisierten, war eine bewusste Übertreibung seiner zuvor sehr untergeordneten Rolle in der NS-Bewegung. Vgl. Heinemann, Dietl, S. 102.

dikales Auftreten „unsympathisch" war[6]. Diese Einstellung änderte sich, als die NSDAP im September 1930 zur zweitstärksten Reichstagsfraktion aufstieg. Hitler und seine Partei wurden mit einem Schlag stärker beachtet und begannen für die „nationalen" Offiziere interessant zu werden. Hoth imponierte bald das „Herangehen an Arbeiter", das für eine Partei des rechten Spektrums ungewöhnlich war. Andere fanden jetzt Hitlers öffentliche, von taktischer Mäßigung geprägte Äußerungen „in vielem sehr richtig"[7]. Der Erfolg dieser politischen Bewegung erweckte bei manchem die Hoffnung, dass zwei wesentliche Wünsche der Nachkriegszeit befriedigt werden könnten: die Integration aller gesellschaftlichen Gruppen in den Staat bei Ausschaltung des „Marxismus" und der „kommunistischen Gefahr" sowie die Revision des Versailler Vertrags[8].

Außerdem beeindruckte viele Offiziere die „Wehrfreudigkeit" der nationalsozialistischen Bewegung, die weite Teile der Jugend erfasste. Ein Hauptproblem der Reichswehr war die mangelnde Reservenbildung, so dass besonders das angeblich „wertvolle Menschenmaterial" der SA als personelles Reservoir galt[9]. Die Legalitätsversprechen Hitlers ließen die NSDAP als kooperationswürdig erscheinen. Im Zusammenhang mit den geheimen Grenzschutzmaßnahmen an der Ostgrenze näherten sich lokale Reichswehrstellen den Nationalsozialisten an, weil sie deren Mitarbeit für unentbehrlich hielten. Vor allem Oberstleutnant Walter v. Reichenau, der Stabschef des Wehrkreises I in Ostpreußen, sondierte 1931/32 bei den Nationalsozialisten, traf sich im Frühjahr 1932 erstmals mit Hitler und bot sich als Vermittler zum Reichswehrministerium an[10]. Minister Groener und sein engster Mitarbeiter Kurt v. Schleicher setzten viele Monate auf die „Zähmung" und Integration der NSDAP, ehe sich Groener im April 1932 mit dem SA-Verbot von dieser Taktik abwandte[11]. In der Fronde der Generalität, die sich gegen diese Maßnahme bildete und zum Sturz Groeners beitrug, tat sich der Kommandeur der 2. Division (Stettin), Generalleutnant Fedor v. Bock, besonders hervor[12]. Er nutzte seine Kontakte zu Hindenburg und lief „gegen die Notverordnung Sturm"[13], weil er offenbar im pommerschen Grenzland auf die Option einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten nicht verzichten wollte.

Die mittlere und ältere Generation der Reichswehroffiziere, der die späteren Oberbefehlshaber am Ende der Weimarer Republik angehörten, also die „Stabsoffiziere" vom Major an, standen dem Nationalsozialismus zu dieser Zeit wohl überwiegend mit wohlwollender, aber abwartender Neutralität gegenüber. Ein Abweichen von seinem Legalitätskurs hätte Hitler vermutlich alle Sympathien ge-

[6] Notizen Hoths „Stellungnahme zum Nationalsozialismus", kurz nach 1945, in: BA-MA, N 503/72.

[7] Heinrici an seine Eltern, Bad Mergentheim 14. 10. 1931, in: BA-MA, N 265/147, Bl. 57f., bezogen auf Hitlers Rede in Bad Harzburg.

[8] Vgl. die Aufzeichnung Hoths „Stellung zum Führer und zur Politik", 1948, in: BA-MA, N 503/86: „*Zwei Fragen* bewegten die Nation in all den Jahren nach 1918. a) Zunehmende Aufspaltung des Volkes durch soziale Spannungen und Radikalisierung der Massen. *Kommunismus* ernste Gefahr. [...] b) Die *Folgen des Vertrages von Versailles*."

[9] Vgl. dazu besonders Vogelsang, Reichswehr, passim.

[10] Vgl. ebd., S. 129; Carsten, Reichswehr, S. 370, 388; Simms, Reichenau, S. 426.

[11] Vgl. Hürter, Groener, S. 307–353; Hürter, Taktik.

[12] Vgl. Carsten, Reichswehr, S. 380–383.

[13] Aufzeichnung Groeners, Oktober 1932, in: Vogelsang, Reichswehr, S. 454.

kostet. Überzeugte Anhänger der NSDAP wie Dietl und Schobert waren in diesen Rangstufen die Ausnahme. Wesentlich größeren Erfolg erzielte die nationalsozialistische Agitation bei den jüngeren Soldaten und Offizieren. Die Stimmung in der Truppe erhöhte den Druck auf die Kommandeure und ihre Bereitschaft, eine Regierungsbeteiligung oder gar Machtübernahme der NSDAP zu akzeptieren. Oberstleutnant Reinhardt, damals Bataillonskommandeur, erinnerte sich später, dass „große Teile meiner Truppe, die Mehrzahl meiner besten Unteroffiziere und Leutnants dem aufsteigenden Nationalsocialismus zuneigten. [...] Nur mit Mühe konnte ich Heißsporne in meinem Bataillon festhalten, vor Unüberlegtheiten schützen, sah aber das Gespenst des Zerfalls vor mir, wenn es zum Einsatz [im Innern] kommen sollte."[14]

Auch aus diesem Grund wirkte es fast wie eine Erlösung, als Hitler am 30. Januar 1933 von Hindenburg zum Reichskanzler berufen wurde[15]. Die „Machtergreifung" ohne Gewalt wurde von den meisten Offizieren begrüßt. „Nach den Wirren der Jahre der Weimarer Republik, nach den Demütigungen, die sie erfahren hatte, hielt man eine nach außen wie nach innen starke Staatsgewalt für die Rettung vor dem Chaos", erinnerte sich Manstein und sprach damit noch im Rückblick vielen seiner Kameraden aus der Seele[16]. Zustimmung, Erleichterung und Hoffnung waren allgemein, doch ihr Stärkegrad hing sehr von der Verwurzelung in der Tradition ab und war daher individuell unterschiedlich. Das Revolutionäre, Neue der politischen Entwicklung wurde erkannt und von vielen „modernen" Offizieren auch bejaht, während es die streng monarchisch-konservativen Soldaten eher befremdete. Den dritten und vermutlich größten Teil bildeten die politisch weniger festgelegten, zunächst unentschlossenen Offiziere, die erst gespannt abwarteten und sich dann überzeugen ließen, als ihre positiven Erwartungen bestätigt wurden.

Auch unter unseren Offizieren lassen sich diese drei Gruppen ausmachen. Die mit Abstand kleinste stellten die Nationalsozialisten aus Überzeugung, zu denen wohl nur Dietl und Schobert zu rechnen waren. Beide gehörten schon vor 1933 zu den Anhängern der Partei, so dass sie nicht erst zur eifrigen Mitarbeit am Aufbau der NS-Diktatur bewegt werden mussten. Besonders Eugen Ritter v. Schobert, den Goebbels später als „von Grund auf nationalsozialistisch gesonnen" lobte[17], profilierte sich als linientreuer, politischer Offizier, wie viele Nationalsozialisten ihn sich wünschten[18]. Im Juni 1935 befahl er als Infanterieführer der 7. Division

[14] Aufzeichnung Reinhardts für seine Frau „Der zentrale Abschnitt meiner militärischen Laufbahn", 1947, in: BA-MA, N 245/22.

[15] Vgl. ebd.: „Gott sei Dank, vor dem Einsatz zum Bruderkampf blieben wir bewahrt, der Nationalsozialismus kam rechtmäßig zur Regierung, ihm nunmehr zu folgen, wie Hindenburg sich seiner bediente, war nunmehr selbstverständliche Pflicht des Soldaten. Überall in der Truppe trat Beruhigung ein, um so mehr, als die nationalen Ziele des Nationalsozialismus dem Wollen und Hoffen des vaterländisch fühlenden deutschen Soldaten verwandt schienen."

[16] Manstein, Soldatenleben, S. 274.

[17] Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 1, S. 418 (14. 9. 1941). „Er war ein politischer General und ein soldatischer Politiker. Solche können wir mehr gebrauchen." Vgl. auch die Charakteristik der „scharf nationalsozialistisch ausgeprägten Persönlichkeit" Schoberts in der Aufzeichnung Witzlebens „Beurteilung der innerpolitischen Lage in München im Spätherbst 1938", o.D., in: IfZ-Archiv, ZS 196.

[18] Vgl. Leixner, Schobert, passim. Schobert durfte 1934 und 1935 auf den Nürnberger Reichsparteitagen jeweils den „Tag der Wehrmacht" organisieren.

(München) die fristlose Entlassung eines ihm unterstellten Wachtmeisters, der sich negativ über die SA geäußert hatte[19]. Schobert begründete diese ungewöhnlich harte Maßnahme mit dem Hinweis, dass man von einem Ausbilder ein besonderes Verständnis für die Zusammenarbeit mit der NS-Bewegung verlangen müsse. Auch Eduard Dietl wurde zu „eine[m] unserer nationalsozialistischen Generäle", über dessen frühzeitigen Tod Hitler „schwerstens niedergedrückt" war[20]. Dietl und Schobert waren auch ohne Parteibuch, das sie als Offiziere nach wie vor nicht besitzen durften[21], überzeugte Parteigänger der NSDAP, gehörten damit allerdings zu den Ausnahmen unter den Berufsoffizieren dieser Jahre.

Die zweite Gruppe bestand aus den älteren, bereits über 50-jährigen, besonders stark in der Monarchie verwurzelten konservativen Offizieren, vor allem den drei ranghöchsten Generalen Bock, Leeb und Rundstedt, neben ihnen auch Kleist, Kluge, Küchler, Strauß und Weichs. Diese Generale stimmten mit einigen Programmpunkten der NSDAP überein und standen der neuen Regierung zunächst verhalten positiv gegenüber[22]. Dem revolutionären Gebaren und brutalen Auftreten dieser Bewegung begegneten sie aber von vornherein mit Ablehnung. Die Ideologie blieb ihnen fremd. Die Bindung an die versunkene Welt der Kaiserzeit und teilweise auch – besonders bei den Katholiken Leeb und Weichs – an den christlichen Glauben machte sich noch deutlich bemerkbar. Vermeintlich positive Aspekte des Nationalsozialismus wurden auf vertraute Traditionen und Werte zurückgeführt. Rundstedt hob noch 1946 in Nürnberg hervor, dass seiner Überzeugung nach das, „was an der nationalsozialistischen Bewegung Gutes war", „zum großen Teil altpreußisches Gedankengut gewesen" sei[23]. Daher hätten er und seine Kameraden das Streben nach Gleichberechtigung Deutschlands, aber auch die nationalsozialistische Sozialpolitik begrüßt.

Der „Tag von Potsdam" am 21. März 1933 schien das Anknüpfen der Nationalsozialisten an preußische Traditionen zu bestätigen. In München hielt Wilhelm Ritter v. Leeb als Wehrkreiskommandeur eine Ansprache zu dieser „historischen Stunde", in der er die „Wiedergeburt unseres vaterländischen Willens" hervorhob[24]. Bezeichnend war jedoch, dass er Hitler und die NSDAP nicht erwähnte, wohl aber den alten preußischen Feldmarschall und deutschen Reichspräsidenten Hindenburg und die Wiedereinführung „unsere[r] alten ruhmvollen schwarz-weiß-roten Hoheitszeichen" herausstellte. Als Hitler im folgenden Monat das Of-

[19] Vgl. Messerschmidt, Wehrmacht, S. 103.

[20] Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 12, S. 542 (24. 6. 1944).

[21] Dietl erhielt von Hitler am 30. 1. 1943 das goldene Parteiabzeichen. Diese Ehrung war mit einer Mitgliedschaft in der NSDAP verbunden (Nr. 9624401), die bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Wehrdienst ruhen sollte. Vgl. BAB, BDC-Akten, Nr. 1938, Parteikorrespondenz, Dietl.

[22] Vernehmung Leebs, 30. 5. 1945, in: BAK, All.Proz. 2/FC6177P: „At first I had the impression that some points of the party program were acceptable." Vernehmung Weichs', 30. 5. 1945, in: BAK, All.Proz. 2/FC6180P: „In the beginning, he states, certain hopes for Germany's ‚Wiederaufrichtung' (re-establishment) were pinned on the National Socialist movement." Aufzeichnung des Bruders Rundstedts, ca. 1951, in: BA-MA, N 252/115: Rundstedt habe „anfänglich Hitlers schönen Worten" geglaubt.

[23] Aussage Rundstedts vor dem Nürnberger Tribunal, 12. 8. 1946, in: IMT, Bd. 21, S. 47.

[24] Münchner Neueste Nachrichten, Nr. 80, 22. 3. 1933. „Dieser Staatsakt [in Potsdam] soll ein feierliches Bekenntnis dafür sein, daß aller innerer Hader, alle Uneinigkeit hinter unserem Volke liegen soll, daß ein einziger starker und mächtiger Wille alle Deutschen umfassen soll, der Wille, mitzuarbeiten an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes."

fizierkorps in München besuchte, redete Leeb in seiner Begrüßung von den „alten Zeiten" und damit nicht nur an seinem Gast, sondern auch an den meisten jüngeren Offizieren vorbei, die Hitlers Worten begeistert zustimmten[25]. Der bayerische Monarchist wollte nicht so recht in die „neue Zeit" passen. Umso dankbarer registrierten ältere Offiziere wie Leeb alle Rückgriffe der Nationalsozialisten auf traditionelle Formen und Ziele.

Das von der NS-Propaganda geschürte Missverständnis von einer Einheit nationalkonservativer und nationalsozialistischer Anschauungen trug dazu bei, dass keine Konsequenzen aus dem teilweise wachsenden Unbehagen gezogen wurden. Trotz aller Fremdheit und Reserve gegenüber der Partei und ihrer Ideologie dienten die älteren Offiziere dem Regime als pflichtbewusste Soldaten. Selbst jene Generale, deren Skepsis stieg oder sogar in eindeutige Ablehnung umschlug, waren zu einer offen oppositionellen Haltung oder wenigstens zu einem Rückzug aus ihrem Beruf nicht bereit. Vielmehr meinten sie, ihre Werte durch eine Art „innere Emigration" in ihre soldatische Welt, in die professionelle Pflichterfüllung, bewahren zu können. So entwickelte sich etwa Kluge allmählich zum Gegner der Nationalsozialisten, schreckte aber bis zuletzt vor einer Unterstützung des Widerstands zurück[26]. Auch Küchler pflegte als Divisionskommandeur in Königsberg zahlreiche Kontakte zu konservativen Professoren und oppositionellen Adeligen, in deren Kreis er und mehr noch seine Frau offenbar kein Geheimnis aus ihren Vorbehalten gegen das Regime machten[27]. Doch diese Kritik führte später weder zur politischen Opposition noch zur Obstruktion der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik im Osten.

Letztlich unterschieden sich Kluge und Küchler in ihrem Verhalten nicht wesentlich von den meisten anderen Generalen ihres Alters, die jede aktive Folgerung aus ihrer inneren Distanz vermieden und sich in das vermeintlich Unpolitische zurückzogen. Besonders Gerd v. Rundstedt war stets bemüht, die Fiktion des „unpolitischen Soldaten" aufrechtzuerhalten[28]. Auch die übrigen älteren Generale vermieden jede klare Festlegung für oder wider die Nationalsozialisten. Doch diese Haltung beruhigte nur unzureichend das eigene Gewissen und wurde spätestens durch die Beteiligung am Ostkrieg Hitlers unglaubwürdig. Mag sich ein General wie Rundstedt äußerlich um Politik „wenig gekümmert" haben[29], so erwies es sich doch als Illusion, zu glauben, dass sich ein Offizier solch hohen Rangs völlig von der politischen Verantwortung lösen könne. Die Unterscheidung zwi-

[25] Nach der Erinnerung Vincenz Müllers (ders., Vaterland, S. 30f.) sprach Leeb „über die Köpfe der anwesenden Offiziere hinweg und verlor den Kontakt zu ihnen". Vgl. auch Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 33, Anm. 61.

[26] Vgl. etwa die Charakteristik Kluges durch seinen Ordonnanzoffizier: Boeselager, Lebenserinnerungen, S. 111–159, in: BA-MA, MSg 1/2741. Vgl. auch Steinbach, Kluge.

[27] Dies bezeugen die zahlreichen Eidesstattlichen Erklärungen, die 1948 während des „OKW-Prozesses" (Fall 12) in Nürnberg für Küchler abgegeben wurden und die in ihrer Fülle und durch die Seriosität ihrer Autoren glaubwürdig erscheinen. Vgl. IfZ-Archiv, MB 31/44. Vgl. auch Friedrich, Gesetz, S. 437–440; Hürter, Mentalität.

[28] Vgl. vor allem seine Aussage vor dem Nürnberger Tribunal am 12. 8. 1946, in: IMT, Bd. 21, S. 28–60. Jedoch schränkte Rundstedt selbst sein Verständnis von „unpolitisch" erheblich ein, ebd., S. 48: „Einen politischen Standpunkt kann jeder für sich einnehmen; aber ich darf mich nach außen hin nicht politisch betätigen; das verstehe ich unter politischem Standpunkt."

[29] Aufzeichnung seines Bruders, ca. 1951, in: BA-MA, N 252/115.

schen „politischen" und „unpolitischen Soldaten" war konstruiert und ging an der Wirklichkeit vorbei.

Die dritte, mit Abstand größte Gruppe bildeten 1933 die mittleren, zwischen 40- und 50-jährigen, nicht nationalsozialistischen, sondern ebenfalls nationalkonservativen, aber anders als ihre älteren Kameraden offeneren, weniger vorgeprägten und festgelegten Offiziere. Im Gegensatz zu Bock, Leeb und Rundstedt hatten sie noch nicht die höchsten Stellungen der Reichswehr erreicht und waren daher in der Regel aktiver, stärker von persönlichem Ehrgeiz geleitet, angepasster, doch auch schwankender, beeinflussbarer, leichter zu beeindrucken, dabei heftiger in ihrer Zustimmung oder Ablehnung. Zunächst verbanden sie ganz überwiegend große Hoffnungen mit der Machtübernahme Hitlers[30]. Selbst Erich Hoepner und Carl-Heinrich v. Stülpnagel, die sich später aktiv am Widerstand beteiligten, begrüßten zunächst die NS-Diktatur[31].

Natürlich gab es auch in dieser Gruppe individuelle Abstufungen. Besonders angetan waren jene „modernen" Offiziere, die sich mit der notwendigen Technisierung der Reichswehr oder mit dem Aufbau eines Massenheeres beschäftigten. Jetzt spekulierten sie auf bessere politische Rahmenbedingungen. Sie hofften, in einer Phase intensiver Aufrüstung als Spezialisten gefragt zu sein und ihre militärischen Vorstellungen verwirklichen zu können. Als Prototyp dieser Offiziere kann Heinz Guderian gelten, der von den neuen Möglichkeiten für „seine" Panzerwaffe geradezu begeistert war[32]. Auch andere Verfechter der Motorisierung und spätere Panzergenerale reagierten positiv – vor allem Hoth[33] und Reinhardt[34], der einen besonderen Enthusiasmus für den „Führer" und seine Taten entwickelte[35]. Jedoch wäre es verfehlt, die Ursache einseitig in der politischen Beschränktheit militärischer Technokraten zu suchen. Wenn Guderian so schnell für

[30] Vgl. als pars pro toto die retrospektive Aufzeichnung Lindemanns, 1946, in: BA-MA, N 431/1495: Er habe die nationalsozialistische Machtübernahme „begrüßt, weil ich davon erhoffte: I. in der Außenpolitik die Beseitigung der für jeden national empfindenden Deutschen erniedrigenden Bestimmungen des Versailler Vertrages, II. in der Innenpolitik: 1. Beseitigung des untragbar gewordenen Parteienwirrwars und Parteigezänks, 2. Beseitigung der Arbeitslosigkeit, 3. Versöhnung der Arbeiterschaft mit dem nationalen Gedanken, 4. Beseitigung der Klassengegensätze durch weitgehendste Fürsorge für die Arbeiterschaft auf allen Gebieten."

[31] Aufzeichnung Helene v. Stülpnagels, in: Bücheler, Stülpnagel, S. 129: „Die allerersten Anfänge des Nationalsozialismus hat mein Mann begrüßt, weil die straffe militärische Disziplin und manche gute Einrichtung ihn sympathisch berührten." Die zuerst positive Haltung Hoepners zum Nationalsozialismus behauptet Faber du Faur, Macht, S. 130, 178.

[32] Vgl. Bradley, Guderian, S. 193–233. Macksey, Guderian, S. 93 f., zitiert aus Briefen der Familie, in denen die neue Regierung gerühmt und die Begeisterung Guderians für Hitler (Juni 1934) erwähnt wird. Vgl. auch die Erinnerung Heinricis in einem Brief an Nehring, 14. 3. 1966, in: BA-MA, N 543/1, Bl. 32–39, dass Guderian „die Machtergreifung durch den Nationalsozialismus zunächst begrüßte. Ausschlaggebend hierfür waren neben anderen Gründen die nationale Haltung der neuen Regierung, die durch sie vorgenommene Aufwertung des Soldatentums und die Zurückdrängung des Kommunismus. Ferner schien ihm die bevorstehende Aufrüstung die Möglichkeit zu bieten, seine Vorstellungen von einer Schlachten entscheidenden Panzerwaffe praktisch zu verwirklichen." Nehring vermerkte dazu: „Den Ausführungen des Generaloberst a.D. Gotthard Heinrici stimme ich voll zu."

[33] Vgl. etwa die Notizen Hoths „Stellungnahme zum Nationalsozialismus", kurz nach 1945, in: BA-MA, N 503/72. Danach wurde er bis Mitte 1934 für den Nationalsozialismus gewonnen. Fortan galt er als Anhänger der Partei.

[34] Vgl. die Aufzeichnung Reinhardts für seine Frau „Der zweite Abschnitt meiner militärischen Laufbahn", 1947, in: BA-MA, N 245/22. Vgl. auch Clasen, Reinhardt, passim.

[35] Vgl. Reinhardts Briefe und Tagebücher von 1939 bis 1945, in: BA-MA, N 245/2–3.

das neue System entflammte, dann knüpfte er damit auch an ältere politische Überzeugungen an, die sich bereits 1918/19 bei ihm bemerkbar gemacht hatten. Ohne selbst Nationalsozialist zu sein, war seine Zustimmung für das NS-Regime sehr groß – nicht nur aus militärischen, sondern ebenso aus politischen Gründen. Auch Offiziere, die alles andere als Technokraten waren, wie der eingefleischte Infanterist und „Frontkämpfer" Ernst Busch, teilten diese Begeisterung[36]. Busch war wohl nach Dietl und Schobert sowie neben Reichenau der Offizier unserer Gruppe, der dem Nationalsozialismus am nächsten stand. Dennoch war auch er kaum Nationalsozialist „im weltanschaulichen Sinne"[37]. Dasselbe wird für Walter Model gegolten haben, der in der letzten Phase des Krieges wegen seines radikalen Durchhaltewillens von Goebbels als nationalsozialistisch eingestuft wurde, obwohl er sich politisch keineswegs so eindeutig exponiert hatte[38]. Allerdings zeigten Generale wie Busch, Guderian, Model und Reinhardt bis zum bitteren Ende einen Grad an Sympathie für das NS-Regime und seinen „Führer", der die Unterscheidung zwischen überzeugten Nationalsozialisten und gefügigen Sympathisanten im Grunde als irrelevant erscheinen lässt.

Ein Sonderfall unter den „modernen" Offizieren wie überhaupt unter den späteren Oberbefehlshabern war Walter v. Reichenau, der als einziger über Jahre hinweg nicht nur politisch interessiert war, sondern Politik machte und zum Musterbeispiel eines „politischen Generals" wurde[39]. Reichenau, schon in der Kaiserzeit als höchst unkonventioneller, sozial aufgeschlossener und sportbegeisterter Gardeoffizier bekannt, war ein ungewöhnlich progressiver Soldat mit großem Verständnis für die technischen und gesellschaftlichen Bedingungen des modernen Krieges[40]. Daher verfolgte er den Aufstieg der „modernen", zugleich sozialen und nationalen Massenbewegung mit großem Interesse und knüpfte bereits vor 1933 Kontakte zur NSDAP, schließlich auch zu Hitler. In den ersten beiden richtungweisenden Jahren der NS-Diktatur war er Chef des Ministeramts und damit der entscheidende politische Berater des Reichswehrministers Werner v. Blomberg. Reichenau propagierte und förderte wie kein zweiter die Eingliederung der Reichswehr in das nationalsozialistische System. Er bekannte sich öffentlich zu einer „nationalsozialistischen Wehrmacht" und verlangte vom Soldaten, dass er „auch *innerlich* auf der Grundlage der *Weltanschauung* stehen" solle[41]. Darunter

[36] Vgl. Mitcham, Busch, S. 20.

[37] Er wird auch von dem in dieser Hinsicht sehr aufmerksamen Goebbels in seinen Tagebüchern nicht als solcher erwähnt, sondern lediglich als „politisch an sich sehr anständig" bezeichnet. Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 12, S. 563 (28. 6. 1944).

[38] Vgl. etwa ebd., Teil II, Bd. 15, S. 616 (28. 3. 1945): „Jedenfalls handelt es sich bei ihm um einen fanatischen Anhänger des Führers und um einen richtigen Nationalsozialisten." Models bisherige Biographen zeichnen – mit gutem Grund – eher das Bild eines politisch naiven „nationalkonservativen" Soldaten. Vgl. Leppa, Model; Görlitz, Model; Stein, Model; Ludewig, Model.

[39] Eine Biographie Reichenaus ist immer noch ein Desiderat (vgl. aber demnächst die Studie von Timm C. Richter), so dass man auf viele verstreute Hinweise in der Literatur angewiesen ist. Vgl. den guten Überblick von Simms, Reichenau, sowie (besonders für seine Politik 1933–1935) Müller, Heer, passim, vor allem die (recht positive) Skizzierung seiner Persönlichkeit und Konzeption S. 52–57. Eine interessante Charakteristik Reichenaus bieten die Erinnerungen Otto Wageners, in: IfZ-Archiv, ED 60/9, Bl. 89–115.

[40] Selbst der sonst sehr kritisch urteilende Modernisierer Guderian bezeichnete ihn als „fortschrittlich denkende[n] Kopf, mit dem mich herzliche Kameradschaft verband", in: Guderian, Erinnerungen, S. 41.

[41] Reichenau, Soldat, S. 241 f. Dieser pamphletartige Artikel erschien 1935 in mehreren Zeitschriften.

verstand er die „ewigen Werte unseres Volkstums von *Blut und Rasse*" sowie den „wahren *Sozialismus der Tat*, der die Grundlage einer alle umfassenden Volksgemeinschaft geworden ist".

Trotz solcher Bekenntnisse und trotz seines Beitrags zur Einführung der NS-Hoheitsabzeichen, zur Anwendung des „Arierparagraphen" in der Wehrmacht und zur Vereidigung auf Hitler war vermutlich selbst Reichenau kein überzeugter Nationalsozialist. Enge Mitarbeiter bestritten rückblickend eine völlige Übereinstimmung dieses schillernden Offiziers mit der NS-Ideologie[42]. Seine Militärpolitik zielte wohl vor allem darauf ab, den militärischen Professionals eine starke Stellung im neuen Staat zu sichern und daher einen Konflikt mit der NSDAP durch Konzessionen zu vermeiden. Außerdem erkannte auch Reichenau die Möglichkeiten, die der „wehrfreudige" Nationalsozialismus einer effizienten Rüstungspolitik eröffnete. Der Komplexität des „Totalen Krieges" kamen Begriffe wie „Volksgemeinschaft" und „Jugendertüchtigung" genauso entgegen wie die Modernisierung der Wehrmacht durch den Aufbau der Luftwaffe und Panzerwaffe. Bei Reichenau verband sich die Militärdoktrin von einer alle Bereiche umfassenden Rüstung mit persönlichem Ehrgeiz, politischen Überzeugungen und einem ausgeprägten Interesse für die soziale Frage, für Technik und für Sport. Aus Fachdenken und Ideologemen entwickelte sich eine Affinität zum Nationalsozialismus, wie sie stärker kaum sein konnte und die in der Extremsituation des Ostkriegs verbrecherische Konsequenzen haben sollte.

Der „Modernismus" Reichenaus, sein Verständnis für revolutionäre Entwicklungen und sein politischer Ehrgeiz waren in der Generalität dieser Jahre eine Ausnahme. Entsprechend isoliert war seine Stellung im Offizierkorps. Besonders von den älteren Generalen wurde er angefeindet. Sie verhinderten mehrmals den Aufstieg dieses unbequemen Außenseiters an die Spitze des Heeres[43]. Der durchschnittliche Wehrmachtsgeneral seiner Generation hatte ein anderes Profil: politisch interessiert, ohne sich politisch zu betätigen, dem Nationalsozialismus gegenüber aufgeschlossen, ohne Nationalsozialist zu sein, von der Person Hitlers und seinen Erfolgen beeindruckt, ohne mit der Partei und der Ideologie in allem übereinzustimmen. Repräsentativ für diese Mehrheit unter den Generalen war Gotthard Heinrici, dessen zahlreiche Briefe dieser Jahre sich geradezu wie ein Kaleidoskop der politischen Anschauungen eines „ganz gewöhnlichen" nationalkonservativen Offiziers lesen[44].

[42] Vgl. besonders die Eidesstattliche Versicherung Heims, ca. Mai 1946, in: BA-MA, MSg 1/3153. Heim glaubte, dass Reichenau „kein Nationalsozialist im weltanschaulichen Sinne" war. „Wenn er also nach aussen hin als ‚Nationalsozialist' erschien, so trog meines Erachtens dieser Schein, aber er hielt es allerdings auch für zweckmässig, diesen Schein zu erhalten. Den Grund sehe ich darin, dass er militärische Ambitionen hatte." Vgl. auch Winter an Heim, 9. 1. 1968, ebd.: „Der Nationalsozialismus war ihm zweifellos ‚Mittel zum Zweck'." Aufzeichnung Heinricis, kurz nach 1945, in: BA-MA, N 265/114, Bl. 153 f.: „Reichenau hat später seinem Chef, dem General Heim, gesagt: Ich sah in dem National Socialismus durchaus nichts Vollendetes. Er wies und weist genug Unvollkommenheiten auf. Aber bei der Wahl zwischen 2 Übeln – nämlich dem Chaos unter Papen u. Schleicher und dem Nationalsocialismus – schien mir der letztere das kleinere Übel zu sein."

[43] Vgl. Müller, Heer, S. 76 f., 262–264. Reichenau war weder als Nachfolger Hammersteins (Januar 1934) noch Fritschs (Februar 1938) durchsetzbar.

[44] Vgl. Hürter, General, S. 16–29.

Heinrici hatte lange gehofft, dass Hindenburg und die „vernünftige Rechte" die innen-, außen- und besonders militärpolitisch notwendige „Volksgemeinschaft" schaffen könnten[45], und die „Nationalsozialisten mit ihrem wilden Radikalismus" abgelehnt[46]. Aber bereits kurz nach der Regierungsübernahme Hitlers begrüßte er die „Zeitwende"[47] und erwartete, „dass wir aus der marxistisch jüdischen Schweinerei nun endlich herauskommen"[48]. Zwar kritisierte Heinrici manche radikale Maßnahme und die schleichende Ausschaltung der ihm politisch nahestehenden Deutschnationalen, doch fand er sich schnell bereit, sein Unbehagen hinter das „große Ziel" zurückzustellen, „Deutschland wieder zu einem nationalen Staat zu machen"[49]. Den Untergang der Weimarer Republik interpretierte er als Revanche der Rechten für die „Demütigung" von 1918/19. Entsprechend genoss er die öffentlichen Demonstrationen der Einheit von Schwarz-Weiß-Rot und Hakenkreuz[50]. Dennoch schwankt in Heinricis Briefen die Stimmung zwischen Begeisterung und Skepsis hin und her. Aber letztlich setzte sich stets die Anerkennung der „großen Linie" und der Leistungen Hitlers durch[51]. Dem Berufsoffizier imponierten vor allem die Maßnahmen der Diktatur zur Restitution innerer Autorität und militärischer Stärke. „Eins muss man lassen und kann es nicht genug betonen: Militärisch haben wir so ungeheuer viel von der neuen Regierung, sie unterstützt alle wehrpolitischen Belange in so hohem Maße, wie wir es nur wünschen können."[52] Heinrici erkannte frühzeitig die „Militarisierung" Deutschlands als Hitlers eigentliches Programm[53] und prognostizierte nüchtern[54]: „Die kommenden Jahre werden sicher sehr aufregende und später schliesslich kriegerische werden." Diese Vorahnung scheint ihn aber nicht tiefgreifend beunruhigt zu haben. Gespannt, manchmal kritisch, häufiger aber fasziniert beobachtete er die politischen Erfolge und Selbstinszenierungen des neuen Regimes[55]. Noch im Rückblick be-

[45] Heinrici an seine Eltern, Osterode/Ostpreußen 5. 3. 1932, in: BA-MA, N 265/147, Bl. 72f.
[46] Heinrici an seine Mutter, Osterode/Ostpreußen 19. 3. 1932, ebd., Bl. 76f.
[47] Heinrici an seine Eltern, Berlin 24. 2. 1933, in: BA-MA, N 265/148, Bl. 19f.
[48] Heinrici an seine Eltern, Berlin 17. 2. 1933, ebd., Bl. 16f.
[49] Heinrici an seine Eltern, Berlin 1. 4. 1933, ebd., Bl. 37.
[50] Vgl. etwa die Briefe an seine Eltern vom 4. 3. 1933 (ebd., Bl. 24), 20. 3. 1933 (ebd., Bl. 34f.) und 11. 11. 1933 (ebd., Bl. 99f.). Vgl. auch ebd.: „Wenn man die damaligen Zustände [von 1918/19] sich vergegenwärtigt und es mit unseren Erlebnissen von heute vergleicht, dann dankt man Gott, dass wir soviel älter geworden sind."
[51] Vgl. Heinrici an seine Eltern, Berlin 20. 7. 1933, in: BA-MA, N 265/148, Bl. 70f.: „Niemand wird verkennen, dass auch Manches Unzweckmässige geschehen ist. Entscheidend ist aber die grosse Linie, und wenn wir ihr die Jahre socialdemokratischer Herrschaft entgegen halten, muss man sie bejahen. [...] Dieser Mann [Hitler] hat ja ein erstaunliches Fingerspitzengefühl für den Augenblick, an dem eingegriffen werden muss."
[52] Heinrici an seine Eltern, Berlin 7. 7. 1933, ebd., Bl. 67. „Das zweite, was ich ebenfalls immer wieder betonen muss, ist, dass endlich mal entschieden gegen das Verbrechertum Front gemacht wird."
[53] Heinrici an seine Eltern, Berlin 2. 6. 1933, ebd., Bl. 57, in Hinblick auf die Vormacht Frankreichs: „Erst wenn Hitler das ganze Volk militarisiert haben wird, – was anderes ist ja eigentlich sein Programm nicht, denn auch der Arbeitsdienst ordnet sich dem ein – und wir selbst wieder eine Macht darstellen, dann wird es wohl anders werden."
[54] Heinrici an seine Eltern, Berlin 24. 2. 1933, ebd., Bl. 19f.
[55] Vgl. etwa seine positiven Bemerkungen zu den Nürnberger Parteitagen 1933 und 1937: Heinrici an seine Eltern, Berlin 8. 9. 1933, ebd., Bl. 87; Heinrici an seine Eltern, Berlin 10. 9. 1937, in: BA-MA, N 265/151, Bl. 106f. Der Enthusiasmus ergriff seine Familie, vgl. den Brief vom 8. 9. 1933: „Auch Gisela [Heinricis Tochter] singt nur noch Hitlerlieder. Neulich marschierten wir beide durch den Garten." Vgl. auch Weichs, Erinnerungen, Bd. 1, in: BA-MA, N 19/5: „Auch der Reichsparteitag

stätigte er seine Einstellung in diesen Jahren[56]: „Die nationale Haltung der NSDAP, ihr Kampf für die Gleichberechtigung des deutschen Volks und der Armee wurden von mir in vollem Umfang bejaht. Vor allem begrüßte ich die Absicht, den Arbeiter wieder an den Staat heranzuführen. Um dieses Zwecks willen nahm ich Manches, was mir im socialen Programm der Partei übertrieben schien, in Kauf."

Diese Auffassung war symptomatisch[57]. Trotz der riskanten Außenpolitik und der Zwangsmaßnahmen im Innern war bei den Offizieren und Generalen mittleren Alters wenig Distanz gegenüber dem NS-Regime zu spüren. Und wenn Kritik aufkam, richtete sie sich eher gegen die Partei als gegen den „Führer". Zunächst gab es wohl kaum einen entschiedenen Gegner des Nationalsozialismus in unserer Gruppe. Eindeutige Ablehnung regte sich vor 1939 offenbar nur bei zwei Offizieren. Für Carl-Heinrich v. Stülpnagel war Hitler bald nur noch ein „Hasardeur"[58], und auch Erich Hoepner wandelte seine Zustimmung in Abneigung, die sich dann auch darin äußerte, dass er Hitler in seinen Briefen nicht mehr als „Führer" bezeichnete, sondern geringschätzig als „Adolf"[59]. Der Weg zum aktiven Widerstand war aber selbst für diese beiden Offiziere noch weit. Für die überwältigende Mehrheit ihrer Kameraden lag ein oppositionelles Handeln ohnehin jenseits jeder Vorstellungskraft. Weichs erinnerte sich später[60]: „Militär-Revolten kannte man damals eigentlich nur bei Balkan-Völkern und in südamerikanischen Staaten, wo sie zu dauernden Unruhen führten."

Dennoch kam es gerade in den ersten Monaten und Jahren zu Konflikten. Das selbstherrliche Auftreten der Partei und ihrer Kampfverbände kollidierte mit den Auffassungen örtlicher Befehlshaber über das staatliche Gewaltmonopol. So protestierte etwa Oberst Hermann Hoth im Juni 1933 als Regimentskommandeur und Standortältester in Braunschweig gegen die nationalsozialistischen Morde an Kommunisten und Sozialdemokraten, erreichte damit aber nichts weiter als seine Versetzung nach Lübeck[61]. Auch sonst blieben Reibungen zwischen Reichswehr und Partei, besonders der SA, nicht aus[62]. Je mehr die Revolutionsarmee des ehr-

war ein Mittel zur Förderung der Massensuggestion. Wir müssen zugeben, daß sich – in den Anfängen wenigstens – auch die Wehrmacht dieser Suggestion nicht entziehen konnte. Doch das alles sind Erwägungen, die post festum angestellt sind. Damals war man noch vertrauensselig."

56 Heinrici an Foertsch, 28. 6. 1951, in: IfZ-Archiv, ZS 66/2. Vorbehalte habe er u.a. auch gegen den radikalen Rassismus und das revolutionäre Gebaren der NSDAP gehabt.

57 Sie wird in nahezu allen retrospektiven Aufzeichnungen dieser Generale zugegeben. Vgl. etwa die Notizen Hoths „Stellungnahme zum Nationalsozialismus", kurz nach 1945, in: BA-MA, N 503/72; Aufzeichnung Lindemanns, 1946, in: BA-MA, N 431/1495; Manstein, Soldatenleben, S. 268–279; Aufzeichnung Reinhardts für seine Frau „Der zweite Abschnitt meiner militärischen Laufbahn", 1947, in: BA-MA, N 245/22; Weichs, Erinnerungen, Bd. 1, in: BA-MA, N 19/5.

58 Heusinger, Befehl, S. 56.

59 Vgl. z.B. Hoepner an seine Frau, Nieborow 26. 9. 1939, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 22f.: „Gestern war Adolf da [...]."

60 Weichs, Erinnerungen, Bd. 2, in: BA-MA, N 19/6, Bl. 19.

61 Vernehmung Hoths in Nürnberg, 6. 11. 1947, in: IfZ-Archiv, MA 1569/29; Aufzeichnung Hoths für das amerikanische „Advisory Committee on Clemency for War Criminals", Landsberg 1950, in: BA-MA, N 503/86. Ebd.: „Nur allmählich konnte ich aus meiner persönlichen Verbitterung herausfinden zu einer sachlichen Anerkennung der Erfolge der neuen Regierung."

62 Vgl. etwa Gersdorff, Soldat, S. 54, über Konflikte der 2. Kavalleriedivision in Breslau (Generalmajor Ewald v. Kleist) mit dem SA-Führer Edmund Heines. Vgl. auch Manstein, Soldatenleben, S. 270. Lindemann will den Parteigrößen und SA-Führern in seinen Garnisonen gedroht haben: „Ich mische mich nicht in die politischen Belange der Partei, mischen Sie sich nicht in meine mili-

geizigen Ernst Röhm als missliebiger Konkurrent gefürchtet wurde, desto stärker hoffte man auf den „vernünftigen" Hitler und umso mehr war man erleichtert, als im Juni 1934 die SA als Machtfaktor ausgeschaltet wurde[63]. Danach trat im Verhältnis zwischen Reichswehr und Partei eine Beruhigung ein. Das Offizierkorps sah in diesen Vorgängen einen Vertrauensbeweis, dass Hitler es mit seiner „Zwei-Säulen-Theorie" ernst meinte. Die Reichswehr schien als einziger „Waffenträger" und militärische Säule des neuen Staates anerkannt, gleichberechtigt und selbständig neben der politischen Säule der NSDAP. Diese Theorie erleichterte es den Generalen, sich mehr und mehr in die Fiktion einer strikten Trennung von Armee und Politik hineinzuflüchten. Für die dunklen Seiten des Regimes schien man nicht verantwortlich zu sein. „Die Partei arbeitete auf dem politischen Gebiet, und wir arbeiteten auf dem soldatischen Gebiet", rechtfertigte Manstein nach dem Krieg diese vermeintlich klare Unterscheidung[64]. Anders als an den Brennpunkten der Weimarer Republik legte man in den Friedensjahren der NS-Diktatur auf innenpolitische Mitsprache oder gar Mitverantwortung keinen Wert.

Während das Offizierkorps dem Weimarer „System" und seinen Regierungen meist zutiefst misstraut hatte, überließ es dem Diktator Hitler vertrauensvoll das Staatswesen. Nachdem Reichspräsident v. Hindenburg am 2. August 1934 gestorben war, legten alle Soldaten ihren problematischen „heiligen Eid" ab, „dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam" bis zum Tod zu leisten[65]. Einigen wird wie Guderian bewusst gewesen sein, dass sie einen „folgenschweren Eid" sprachen[66], doch Bedenken hatten die wenigsten, schien dieser Eid doch die vertraute Tradition des „feudalen" Personeneids wiederaufzunehmen[67]. Die Offiziere unserer Gruppe hatten bereits in der Kaiserzeit der Person ihres Herrschers den Eid geschworen, bevor sie 1919 auf die ungeliebte Weimarer Verfassung vereidigt wurden. Der Eid auf Hitler erneuerte anscheinend nur das alte Treueverhältnis des Offiziers zum Staatsoberhaupt und passte damit gut in die allgemein begrüßten Bestrebungen, die „dunkle Zeit" der Republik zu überwinden und als Episode zu marginalisieren. Dabei wurde offenbar von den meisten übersehen, dass die Verpflichtung zu „unbedingtem Gehorsam" gegenüber Hitler eine neue Qualität der Eidbindung bedeutete, da anstelle des alten Untertanenverhältnisses „eine ideologisch geprägte, absolute Gefolgschaftsverpflichtung" trat, „die keinerlei Einschränkungen mehr zuließ"[68].

Der Eid wurde von den späteren Oberbefehlshabern als bindend empfunden. Diese Generale hielten dem „Führer" bis auf zwei Ausnahmen, Hoepner und Stülpnagel, bis zuletzt die Treue. „Mit dem Begriff des Fahneneides zu spielen,

tärischen Belange, sonst werde ich feindlich." Aufzeichnung Lindemanns, 1948, in: BA-MA, N 431/1495.

63 Dazu und zu Folgendem vgl. vor allem Müller, Heer, S. 88–141.

64 Aussage Mansteins vor dem Nürnberger Tribunal, 9. 8. 1946, in: IMT, Bd. 20, S. 654.

65 Vgl. den Text der Eidesformel vom 20. 8. 1934, in: Müller, Armee: Darstellung, S. 207.

66 Guderian an seine Frau, Berlin 2. 8. 1934, in: Bradley, Guderian, S. 193: „Morgen werden wir den Eid auf Hitler leisten. Einen folgenschweren Eid! Gebe Gott, daß er beiderseitig mit der gleichen Treue gehalten wird zum Wohle Deutschlands. Die Armee ist gewohnt, ihren Eid zu halten. Möge sie es in Ehren tun können."

67 Vgl. Demeter, Offizierkorps, S. 151; Lange, Fahneneid.

68 Ebd., S. 399.

hatten wir nicht gelernt", brachte Manstein die allgemeine Auffassung rückblickend auf den Punkt[69]. In den Jahren der Erfolge schien jeder Gedanke an die Grenzen des Eides ohnehin als abwegig, war doch das Vertrauen in Hitler noch groß. Wie in der Monarchie fühlte man sich auch in der NS-Diktatur an die Person, nicht an den Staat, das Regime oder gar die Partei gebunden. Das „Vertrauen in den Führer" wurde zu einem Topos der Wehrmachtsgeneralität. Die offensichtlichen Mängel und Verfehlungen des Regimes wurden nicht Hitler, sondern seinen Gefolgsleuten oder pauschal der Partei zugeschrieben[70]. Die eher positive Einstellung zu Hitler fand nicht zuletzt darin ihren Ausdruck, dass sich bis zum Kriegsbeginn selbst in den privaten Äußerungen der Generale seine Bezeichnung mit „der Führer" in der Regel durchgesetzt hatte[71].

Mit der Ideologie und den verbrecherischen Zielen dieses „Führers" beschäftigten sich zunächst nur die wenigsten. Immerhin, Hitlers „Mein Kampf" wurde gerade von hohen Funktionsträgern nicht nur ins Regal gestellt, sondern auch zur Hand genommen. In unserer Gruppe lässt sich die Lektüre in einzelnen Fällen nachweisen. Busch und Lindemann zitierten in militärfachlichen Aufsätzen aus Hitlers Buch[72], und Heinrici erinnerte sich, als er im September 1940 erste Anzeichen für die Planung eines Ostfeldzugs wahrnahm, an die „scharfen Ausdrücke in ‚Mein Kampf' gegen Rußland", die „wahrscheinlich nicht nur als leere Worte geschrieben" seien[73]. Eine intensivere theoretische Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus, wie sie Hoth für sich in Anspruch nahm[74], blieb aber wohl eher die Ausnahme. Zwar wurden einzelne Schlagworte wie „Volksgemeinschaft" oder „Kampf dem Bolschewismus" gerne aufgegriffen, besonders, wenn sie älteren ideologischen Rastern entsprachen, zwar redete man in offiziellen Verlautbarungen oft von der „Weltanschauung" und verbeugte sich vor dem Nationalsozialismus[75], doch insgesamt entwickelte die ältere Offiziersgeneration kaum ein tieferes Verständnis für diese Ideologie – und meinte darauf auch verzichten zu können.

Selbst die erschreckend deutlichen Worte, mit denen sich Hitler vor den Spitzenmilitärs bereits frühzeitig zu seinen brutalen politischen und rassenideologischen Zielen bekannte, fanden nicht die gebührende Beachtung. So gibt es etwa kein Anzeichen dafür, dass die berüchtigte Ansprache Hitlers am 3. Februar 1933 von den anwesenden Personen unserer Gruppe – Bock, Leeb, Reichenau und

[69] Manstein, Soldatenleben, S. 270. „Hierbei muß man berücksichtigen, daß traditionsgemäß der Fahneneid immer eine persönliche Bindung bedeutet hatte, weniger eine solche an einen abstrakten Begriff wie eine Verfassung [...]."

[70] Auch ebd., S. 271, bestätigt, „daß – wie die meisten Deutschen – wir Soldaten die unerfreulichen und üblen Erscheinungen des Regimes nicht Hitler, sondern seinen politischen Gefolgsleuten zur Last legten. Ein Fehlurteil, das damals weit verbreitet war."

[71] Beispiele: Guderian an seine Frau, Grafenwöhr 29. 9. 1938, in: Bradley, Guderian, S. 213; Tagebuch Heinricis, 29. 8. 1939, in: BA-MA, N 265/9; Bock, Kriegstagebuch, S. 33 (22. 8. 1939); Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 167 (22. 8. 1939); Reinhardt an seine Familie, Würzburg 30. 10. 1939, in: BA-MA, N 245/21.

[72] Busch, Rolle, S. 26; Lindemann, Kraft, S. 291.

[73] Tagebuch Heinricis, 21. 9. 1940, in: BA-MA, N 265/9.

[74] Notizen Hoths „Stellungnahme zum Nationalsozialismus", kurz nach 1945, in: BA-MA, N 503/72: „In Lübeck mehr Zeit, mich mit Theorie zu beschäftigen. Zustimmung."

[75] Vgl. etwa die Ansprache Heinricis vor Rekruten, Münster 27. 2. 1938, in: BA-MA, N 265/33, Bl. 26f.; Ansprache Schmidts vor Rekruten, Weimar 9. 11. 1937, in: Stahl, Schmidt, S. 218; Verfügung von Weichs „Erziehung im Offizierkorps", 2. 3. 1937, in: Müller, Armee: Darstellung, S. 174–176.

Rundstedt – in ihrer Tragweite erkannt worden wäre[76]. Auch seine Rede vor der Generalität am 28. Februar 1934, in der er seinen Willen zur Eroberung von Lebensraum im Osten wiederholte, löste offenbar keine wirkliche Beunruhigung aus. Maximilian Frhr. v. Weichs, der Hitlers Worte mitstenographierte[77], behauptete später, dass man „diese kriegerischen Voraussagen, die ja in schroffem Widerspruch zu den sonstigen Friedensbeteuerungen standen, nicht für bare Münze" genommen habe[78]. „Der Soldat war gewohnt, die Worte des Politikers nicht immer allzu ernst zu nehmen. Zur Begründung politischer Ziele wählt er oft Gesichtspunkte, die den wahren Absichten nicht zu entsprechen brauchen. Daher wurden wohl diese düsteren Andeutungen bald vergessen." Auch wenn diese Aussage durch den Rechtfertigungszwang der Nachkriegszeit getrübt sein mag, kann man doch davon ausgehen, dass die Skepsis „der" Militärs gegenüber „den" Politikern ein tieferes Verständnis politischer Entwicklungen behinderte.

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die meisten dieser Generale nur höchst selten direkten Kontakt zu Hitler hatten. Eine genaue Einschätzung seiner Persönlichkeit und seiner eigentlichen Ziele war ihnen daher nur schwer möglich. Den noch relativ besten Zugang zum Diktator und seinem „Inner Circle", ja hin und wieder sogar die Möglichkeit zu einem Gespräch unter vier Augen besaßen in den Friedensjahren Reichenau, in den ersten Kriegsjahren die Heeresgruppen-Oberbefehlshaber Bock, Leeb und Rundstedt, zeitweise auch Dietl, Guderian, Kluge und Manstein. Die übrigen Generale unserer Gruppe erlebten Hitler fast ausschließlich in größerer Runde und bei offiziellen Anlässen: bei Ansprachen, Lagebesprechungen, Frontbesuchen und den Verleihungen von Rängen und Auszeichnungen. Dabei bemühte sich der „Führer" in der Regel mit all seinen rattenfängerischen Fähigkeiten, mal betont freundlich und bescheiden, mal betont beredsam und suggestiv, diese Spitzenvertreter der Militärkaste für seine Politik zu gewinnen und an seine Person zu binden. Ein wichtiger Baustein seiner Überzeugungsarbeit war ein reicher Fluss an finanziellen Zuwendungen, Dotationen, Orden und Rangerhöhungen, um die Generale materiell und ideell zu korrumpieren[79]. Ein General wie Hans-Georg Reinhardt war bei den wenigen Treffen immer wieder geblendet von der „genialen" und zugleich so „großzügigen" und „freundlichen" Persönlichkeit Hitlers[80].

[76] Vgl. Wirsching, Rede.

[77] Abdruck in Müller, Armee: Darstellung, S. 195, nach Weichs, Erinnerungen, Bd. 1, in: BA-MA, N 19/5, Bl. 12.

[78] Ebd., Bl. 13.

[79] Vgl. weiter unten in diesem Kapitel.

[80] Vgl. etwa seinen Bericht an seine Familie über die Verleihung des Ritterkreuzes, Würzburg 30. 10. 1939, in: BA-MA, N 245/21: „Wir bauten uns in dem bildschönen Arbeitszimmer des Führers auf, pünktlich 13 Uhr erschien er in Begleitung von Brauchitsch. Er trat vor uns alle und sprach kurz aber außerordentlich eindrucksvoll und herzlich zu uns, so als ob wir wenigen durch unseren persönlichen Einsatz und unsere Truppe den Hauptanteil an den Siegen im Osten hätten. Dann trat er an jeden heran und gab jedem persönlich mit langem Händedruck und unvergesslich herzlichfreudigem Blick die Auszeichnung persönlich in die Hand. [...] Danach ging es zum Essen. Wir saßen in ganz kleinem Kreise nur 18 Personen an ovalem Tisch, der bildschön mit Chrysanthemen geschmückt war und aßen – Feldküche aus Suppentellern! So hat es sicher der Führer besonders gewünscht, wir haben uns herzlich darüber gefreut. Der Führer sah sehr gut aus, war sehr lebhaft und erzählte bei Tisch sehr interessant. Nach dem Essen wurden an seinen kleinen Tisch die 2 Leutnants, Olbricht und ich befohlen, da sich der Führer mit uns über unsere Kriegserfahrungen unterhalten wollte. Wir haben viel erzählt und waren immer wieder erstaunt, wie genau der Führer

Besondere Mühe gab sich Hitler bei den ältesten und höchsten Generalen. Fedor v. Bock war noch nach seiner Verabschiedung von der bevorzugten Behandlung durch den „Führer" eingenommen, wie eine Bekannte im September 1943 erstaunt feststellen musste[81]: „Merkwürdigerweise hat er keinerlei Bitterkeit gegen Hitler, der ihn doch verabschiedet hat. Erzählte hochgeschmeichelt, wie Hitler ihn am Krankenbett besuchte." Auch Wilhelm Ritter v. Leeb nahm immer wieder gerne die Gunstbeweise des Diktators entgegen[82]. Zum Doyen der deutschen Heeresgeneralität im Zweiten Weltkrieg, Gerd v. Rundstedt, pflegte Hitler „persönlich immer ein glänzendes Verhältnis"[83]. Noch nach dem Krieg erinnerte sich Rundstedt nicht ohne einen gewissen Stolz daran[84]: „Jedenfalls – warum weiß ich nicht – war er immer besonders höflich, empfing mich als Einzigen mit Handschuhen in der Hand vor seinem Haus in Salzburg. Bei Besprechungen 44/45, wo ich nur wenn nicht vermeidbar hinging, bot er mir einen Stuhl an und Göring musste stehen! [...] Beim Abschied 1945 März in Berlin dankte er mir für meine Treue!" Obwohl sich Hitler nach der Winterkrise von 1941/42, mehr noch nach der Niederlage von Stalingrad und erst recht nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 gegenüber seinen Vertrauten immer negativer und enttäuschter über die Generalität äußerte[85], warb er doch um sie, solange er lebte. Die „große Säuberung" nach stalinistischem Vorbild blieb aus, da der Diktator im Krieg bis zuletzt auf die professionelle Mitarbeit der alten Militärelite angewiesen war.

eigentlich über alles Bescheid wusste, auch über manche Wünsche und Sorgen, die wir haben. Nur ein Genie, das eben der Führer ist, kann so umfassende Kenntnisse haben." Vgl. auch das Tagebuch Reinhardts, 28. 2. 1942, in: BA-MA, N 245/3, Bl. 28: „10 Uhr schöner Flug zum Führer. 14 Uhr Überreichung des Eichenlaubes, Führer sehr frisch, sehr nett, erkennt das besonders Schwere an, das gerade wir durchgemacht haben." Wie geschickt Hitler die Generale gerade unmittelbar nach der Winterkrise 1941/42 behandelte, zeigt auch das Tagebuch Heinricis, 28. 2. 1942, in: Hürter, General, S. 147f.

81 Tagebuch Ursula v. Kardorffs, Neuhardenberg 6. 11. 1943, in: Kardorff, Aufzeichnungen, S. 112. Vgl. auch ihre Charakteristik Bocks: „Im Profil sieht er gut aus, hat freilich den typischen, schmalen, verklemmten Mund des höheren Offiziers. Betont höfliche Manieren, eitel, verschlossen, glatt und nur für militärische Unterhaltungen zugänglich. [...] Nervös, unruhig, magenleidend. Diese Leute haben keine Ausweichexistenz."

82 Vgl. Ueberschär/Vogel, Dienen, S. 151–157, und weiter unten in diesem Kapitel.

83 So auch die Beobachtung von Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 3, S. 144 (20. 1. 1942).

84 Rundstedt an Blumentritt, 5. 3. 1951, in: BA-MA, N 252/15.

85 Vgl. etwa zwei Beispiele von vielen aus Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 7, S. 503 (9. 3. 1943): „Über die Generalität fällt der Führer nur negative Urteile. Sie beschwindele ihn, wo sie nur könne. Außerdem sei sie ungebildet und verstehe nicht einmal ihr eigenes Kriegshandwerk, was man doch zum mindesten erwarten könne. Daß die Generalität keine höhere Kultur besitze, dürfe man ihr zwar nicht zum Vorwurf machen, denn dafür sei sie nicht erzogen worden. Aber daß sie auch in den rein materiellen Fragen des Krieges so schlecht Bescheid wisse, das spreche absolut gegen sie. Ihre Erziehung sei seit Generationen falsch gewesen. Die Produkte dieser Erziehung sehen wir heute in unserem höheren Offizierskorps vor uns." Ebd., Bd. 8, S. 265f. (10. 5. 1943): „Die Generale hängen dem Führer zum Halse heraus. Es ist eine seiner schönsten Vorstellungen, nichts mehr mit ihnen zu tun zu haben. Er fällt über die gesamte Generalität ein vernichtendes Urteil, das in seiner Schärfe zwar manchmal etwas voreingenommen oder ungerecht ist, aber im großen und ganzen doch wohl zutrifft. [...] Alle Generale lügen, sagt er: alle Generale sind treulos, alle Generale sind gegen den Nationalsozialismus, alle Generale sind Reaktionäre. Das stimmt zwar nicht, aber in mancher Beziehung hat der Führer doch recht. Er mag sie eben nicht mehr. Sie haben ihm zu viel an Bitterem zugefügt. Sie besitzen kein geistiges und kulturelles Niveau und finden deshalb mit dem Führer keine Basis der Verständigung. [...] Er stehe dieser Menschenklasse vollkommen fremd gegenüber und bleibe ihnen in Zukunft mehr denn je fern."

Doch zurück zu den Jahren vor Kriegsbeginn. Schon hier zeigte sich in unserer Gruppe ein eklatanter Mangel an Weitsicht. Das politische Interesse, das die meisten dieser Offiziere zweifellos aufbrachten, wandte sich nicht auf Ideologien, Parteiprogramme und langfristige Pläne. Dem stand wohl auch die traditionelle Neigung des Soldaten zu klaren, greifbaren, auf die Gegenwart bezogenen Lösungen, zur „Realpolitik", entgegen. Sehr real waren freilich die sofort nach der Machtübernahme Hitlers einsetzenden Gewaltmaßnahmen im Innern – die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, die Verfolgung politischer Gegner, die Brutalität von Gestapo, SS und SA, die Errichtung von Konzentrationslagern, die Haltung gegen die Kirchen und vor allem der zur Regierungspolitik erhobene Antisemitismus. Auch wenn diese Maßnahmen teilweise mit zwiespältigen Gefühlen beobachtet wurden, führten sie doch nur bei den wenigsten Offizieren zu einer kritischen oder gar oppositionellen Wendung gegen das Regime. Die grundsätzlich autoritäre Einstellung des Militärs ließ die meisten Offiziere den Aufbau eines autoritären Staats begrüßen und Verständnis für angeblich „unvermeidliche" Härten haben. Ohne Gewalt schienen die Ziele, die auch sie gut hießen – die „bolschewistische Gefahr" zu beseitigen, die „soziale Spaltung" zu überbrücken und eine „wirkliche Volksgemeinschaft" zu schaffen –, nicht erreicht werden zu können[86]. So registrierte Heinrici zufrieden, dass von der neuen Regierung „scharf durchgegriffen" wurde[87], so akzeptierte Guderian, dass die Konzentrationslager keine harmlosen „Genesungsheime" waren[88], so engagierte sich Busch als Laienrichter am „Volksgerichtshof" und unterstützte eine harte Rechtsprechung[89].

Allerdings wurden nicht alle Maßnahmen befürwortet. Besonders die Exzesse der ersten Monate erweckten die Sorge, dass „der Schwung in Willkür" ausarte und „über das Ziel hinausgeschossen" werde[90]. Bekennende Christen wie Hein-

[86] Manstein, Soldatenleben, S. 271. Vgl. ebd., S. 273 f.: „Wir glaubten unter einer autoritären Staatsform zu leben, wie sie in jener Zeitspanne zwischen den beiden Weltkriegen von nicht wenigen Völkern als der Ausweg aus ihren Bedrängnissen angesehen wurde, und erkannten nicht, daß wir uns bereits auf dem Wege zum Totalitarismus befanden." Vgl. auch Heinrici an seine Eltern, Berlin 9. 4. 1933, in: BA-MA, N 265/148, Bl. 39: „Gewollt wird sicher Gutes, und dem deutschen Volk Nützliches. Daß dazu oft Zwang notwendig ist – der nicht allen paßt – und auch manche Härten, steht außer Zweifel."

[87] Heinrici an seine Eltern, Berlin 17. 2. 1933, ebd., Bl. 16 f. „In der Beamtenschaft hat sie ordentlich Luft gemacht. Die Verbote der Berliner Asphalt Presse, die alles in den Dreck ziehn muss, waren mir wirklich aus der Seele gesprochen."

[88] Vernehmung Guderians, 31. 5. 1945, in: BAK, All.Proz. 2/FC6176P. Vgl. auch Heinrici an seine Eltern, Berlin 19. 1. 1937, in: BA-MA, N 265/151, Bl. 6, über eine Ansprache Himmlers: „Er referierte auch ganz interessant über die ihm unterstellten Konzentrationslager. Ich kann mir vorstellen, dass dort teilweise ein fürchterliches Volk zusammengetrieben ist."

[89] Vgl. Schlabrendorff, Offiziere, S. 106: „Eines Tages erzählte er, er sei früher Mitglied des Volksgerichtshofes gewesen. Da er von juristischen Dingen nichts verstehe, habe er sich vorgenommen, alle Angeklagten zum Tode zu verurteilen. Das habe er auch dann durchgeführt, wenn die gelehrten Richter anderer Meinung waren." Seine Richtertätigkeit ist in mehreren Hochverratsprozessen 1934 und 1937 nachweisbar, die allerdings „nur" zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen führten. Vgl. Widerstand als „Hochverrat", Microfiche 8 (1 H 11/34), 15 f. (1 H 23/34, 1 H 24/34), 18 (1 H 28/34, 1 H 29/34, 1 H 36/34), 82 (1 H 67/36), 593 f. (1 H 89/34).

[90] Heinrici an seinen Vater, Berlin 10. 3. 1933, in: BA-MA, N 265/148, Bl. 28–30. Vgl. auch Heinrici an seine Eltern, Berlin 6. 8. 1933, ebd., Bl. 77–79: „Es ist richtig, dass – vor allem in Bezug auf die alles herunterreissende Presse – endlich rigoros durchgegriffen werden musste. Aber die Übung überschreitet etwas sehr das Maß, welches auch der Regierung selbst nützlich ist."

rici, Leeb und Weichs befremdete außerdem die Politik gegen die Kirchen[91]. Sicher gab es auch stille Abscheu. Doch die meisten erblickten in den „Auswüchsen" und der „Sittenverrohung" nicht mehr als eine für Revolutionen typische „Kinderkrankheit", die überwunden werde[92]. Die Beseitigung Röhms und die Entmachtung seiner Revolutionsarmee wurden als willkommene Signale in diese Richtung gedeutet. Nach und nach schien eine Beruhigung einzutreten. Die innenpolitischen und mehr noch die außen- und militärpolitischen Erfolge verdrängten dann die meisten Schatten aus der Wahrnehmung der Generale.

Die Entrechtung der Juden allerdings verschärfte sich kontinuierlich. Dieser Schatten war nicht zu übersehen. Er war den meisten unangenehm, auch wenn viele die antijüdischen Maßnahmen zunächst keineswegs ablehnten. Auch in unserer Gruppe traten wie schon 1918/19 antisemitische Stimmungen zutage. Die Zurückdrängung der Juden aus der Gesellschaft wurde von manchem als notwendig erachtet[93]. Die Radikalität der ersten pogromartigen Übergriffe schockierte zwar, doch suchte man sein Gewissen zu beruhigen, indem die eigenen „Demütigungen" in der Umbruchszeit von 1918/19 als Vergleich herangezogen oder das angeblich „freche" Verhalten vieler Juden als Ursache genannt wurden[94]. Noch nach dem Krieg versuchte Guderian, die verbreitete Antipathie gegen Juden mit der „Einwanderung unerwünschter jüdischer Elemente aus Zentral- und Osteuropa" zu rechtfertigen[95]. Dennoch wird der Radau-Antisemitismus der ersten Monate von den meisten als eine der schlimmsten „Kinderkrankheiten" des Nationalsozialismus angesehen worden sein, während der stille, schleichend fortschreitende Antisemitismus der folgenden Jahre kaum erschütterte.

Aus den ersten Jahren der NS-Diktatur ist überhaupt nur ein Protest eines späteren Oberbefehlshabers gegen eine antisemitische Maßnahme bekannt. Als Blomberg im Februar 1934 befahl, den „Arierparagraphen" des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" auch in der Reichswehr anzuwenden und die Soldaten jüdischer Abstammung zu entlassen, wandte sich der Stabschef des Wehrkreiskommandos III, Oberst Erich v. Manstein, gegen diese Anordnung[96]. Die von ihm eingereichte Denkschrift versuchte den argumentativen Spagat zwischen vordergründiger Anerkennung der nationalsozialistischen Rassen-

[91] Heinrici an seine Eltern, Berlin 4. 2. 1934, in: BA-MA, N 265/149, Bl. 7f.; Aufzeichnung Weichs', 24. 8. 1947, in: BA-MA, N 19/11, Bl. 17f.

[92] Ebd., Bl. 17; Vernehmung Guderians, 31. 5. 1945, in: BAK, All.Proz. 2/FC6176P.

[93] Vgl. etwa Heinrici an seine Eltern, Berlin 20. 3. 1933, in: BA-MA, N 265/148, Bl. 34f.: „Ich habe nie die Juden in Bausch und Bogen verdammt, aber es ist sicher gut, wenn sie und das Centrum auf ihre wirkliche Bedeutung zurückgeführt werden."

[94] Wieder geben die zahlreichen Briefe Heinricis an seine Eltern dafür ein sehr charakteristisches Beispiel: „Die Juden aus ihrer sehr großen Einflußsphäre zurück zu drängen, war nötig. Das Mittel hierzu jedoch verfehlt." (1. 4. 1933, ebd., Bl. 37.) „Es ist ja betrüblich, dass ausgerechnet der brave Dr. Klein mit der Nase aufs Pflaster gestossen ist. Wie war es aber 1919, als wir nach Hause kamen und die Matrosen mit roten Armbinden regierten, als Herr Schöpper am Schreibtisch des Kaisers sass, als überall beschlagnahmt und fortgenommen wurde, als unsereins nicht wusste, ob er in Uniform nicht auf der Strasse vom Mob totgeschlagen wurde?" (20. 3. 1933, ebd., Bl. 34f.) „[Über eine Exilzeitung:] Wenn solche Vertreter das Judentum darstellen, verdient es seine Behandlung. Den anständigen Juden erweisen die geflüchteten damit keinen Dienst." (6. 8. 1933, ebd., Bl. 77–79.)

[95] Vernehmung Guderians, 31. 5. 1945, in: BAK, All.Proz. 2/FC6176P.

[96] Vgl. Manstein, Soldatenleben, S. 209f.; Müller, Heer, S. 83–85. Erlass Blombergs, Berlin 28. 2. 1933, ebd., S. 592f.; Denkschrift Mansteins nebst Anschreiben an Beck, Berlin 21. 4. 1934, ebd., S. 593–598.

ideologie und Bewahrung der autonomen Offiziersehre[97]. Manstein lehnte die nachträgliche – nicht die künftige – Anwendung des Arierparagraphen aus Gründen des Standesethos' ab. Die Preisgabe einiger junger Kameraden glaubte er mit der „soldatischen Ehre" nicht vereinbaren zu können und folgerte mit der weitsichtigen Erkenntnis[98]: „Ein Verstoß auf dem Gebiet des Ethischen muß sich in jedem Fall einmal rächen." Der „alte preußische Offizier"[99] versuchte, die traditionellen Werte seines Berufsstands gegen den radikalen Rassismus der nationalsozialistischen Ideologie zu verteidigen. Ob dagegen die zahlreichen Verbeugungen vor der rassistischen Staatsdoktrin in dieser Denkschrift mehr waren als ein taktisches Manöver, ist schwer zu beurteilen. Trotz ihres zwiespältigen Charakters bleibt sie das seltene Dokument einer Kritik an der Durchführung der antisemitischen Verordnungen.

Doch schon 1934 blieb der Versuch, die Autonomie der Offiziersehre zu schützen, erfolglos und ohne Unterstützung durch die militärische Führung. Es war bequemer, vor der Unterdrückung der Juden die Augen zu verschließen und sich den positiven Seiten des Regimes zuzuwenden. Erst die allen sichtbaren Exzesse des großen Pogroms vom 9./10. November 1938, der so genannten Reichskristallnacht, konnten keinen unberührt lassen. Heinrici war über diesen Ausbruch der Gewalttätigkeit ebenso schockiert wie Weichs, dem sich in Nürnberg ein „erschreckender Anblick" der Verwüstung bot und der sofort den verantwortlichen SA-Führer auf sein Büro zitierte[100]. Allerdings wollte Weichs nicht glauben, „daß der Befehl tatsächlich von Hitler selbst ausging, und nahm an, dass die Idee dem Hirn von Goebbels entsprungen sei"[101]. Auch Bock soll seiner Empörung über diese Vorgänge dadurch Ausdruck verliehen haben, dass er rief[102]: „Kann man dieses Schwein, den Goebbels, nicht aufhängen?" Selbst bei diesem Prestigeverlust der Diktatur zeigte sich, dass die nationalsozialistischen Verbrechen nicht dem so charismatischen und erfolgreichen „Führer", sondern seinem Gefolge und der Partei zur Last gelegt wurden.

Für viel mehr als einen weiteren bedauerlichen „Schönheitsfehler" und eine hoffentlich einmalige Ausschreitung hielten die meisten aber selbst die „Reichskristallnacht" nicht. Die ohnehin nur zaghaften Proteste der Generalität verhallten. Schnell wurde wieder zur Tagesordnung übergegangen. Wer allerdings hören und sehen wollte, dem konnte kaum verborgen bleiben, welche Richtung der nationalsozialistische Antisemitismus einzuschlagen drohte. Der Divisionskommandeur General Heinrici nahm im Januar 1939 als Ehrengast an einer großen

[97] Vgl. schon das Anschreiben an Beck, ebd., S. 594: „Daß wir alle Nationalsozialismus und Rassegedanken restlos bejahen, steht außer Zweifel. Wir dürfen aber daneben m.E. nicht die Soldatenehre vergessen, die uns bisher unlöslich aneinander gekettet hat."

[98] Ebd., S. 596. Vgl. auch S. 597: „Es bleibt aber stets eine moralische Schuld, die *wie jede Schuld einmal bezahlt werden wird!*"

[99] Aussage Mansteins vor dem Nürnberger Tribunal, 10. 8. 1946, in: IMT, Bd. 20, S. 681: „Er [Hitler] war letzten Endes der Revolutionär, und ich war der alte preußische Offizier."

[100] Heinrici an seine Mutter, 18. 11. 1938, in: BA-MA, N 265/152, Bl. 85: „In Berlin sind wie in allen Städten die Judengeschäfte u. Synagogen zerstört. Komischerweise sind ausgerechnet Gerson, Rosenhain, Grünfeld erhalten, denn sie waren eben ‚arisiert'. Man hört überall sehr ablehnende Urteile über alles, was geschehen ist." Weichs, Erinnerungen, Bd. 2, in: BA-MA, N 19/6, Bl. 45–47.

[101] Ebd., Bl. 47.

[102] Krausnick, Vorgeschichte, S. 373.

Parteiveranstaltung in Detmold teil, auf der Reichsleiter Alfred Rosenberg, der Chefideologe der NSDAP, eine seiner berüchtigten Hassreden hielt[103]: „Er sprach 1 Stunde über die greulichen Juden. Die Judenfrage sei erst gelöst, wenn es keinen Juden mehr in Deutschland gebe und sie seien entschlossen, das auch durchzusetzen. Am besten wäre es überhaupt, wenn in ganz Europa kein Jude mehr sei."

Doch selbst diese deutlichen Signale wurden nicht ernst genug genommen. Die Entrechtung und Verfolgung der deutschen Juden, die knapp ein Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten, war bis in den Krieg hinein für die Beurteilung des NS-Regimes durch die Generale ebenso wenig ausschlaggebend wie die übrigen Repressionsmaßnahmen. Hoth traf die Stimmung sehr genau, als er später schrieb, dass er diese Vorgänge zwar mit Besorgnis verfolgt habe, sie ihm aber „unbedeutend gegenüber den sichtbaren Erfolgen der Führung auf sozialem Gebiet, der Ausschaltung der kommunistischen Gefahr und der Wiederherstellung der Gleichberechtigung Deutschlands" erschienen seien[104]. „Ich habe in diesen Jahren nicht das Bewußtsein gehabt, in einem verbrecherischen Staat zu leben." Auch Manstein bestätigte diese kurzsichtige Einschätzung und räumte ein, „daß es moralisch bedenklich war, wenn damals das Gewicht der Erfolge die Mehrheit des deutschen Volkes – und mit ihr uns Soldaten – blind gemacht hat für die Verletzung der ethischen Grundsätze, auf denen der Staat beruhen sollte"[105].

Auch bei diesen Generalen machte sich eine Unterdrückung des Humanums bemerkbar, die für die Gesellschaft jener Jahre insgesamt charakteristisch war und auch in der seelischen Verrohung durch die Kriegs- und Nachkriegserlebnisse ihren Ursprung hatte. In ihrer Einstellung zum Nationalsozialismus unterschieden sich diese Offiziere durchschnittlich kaum von den meisten anderen Vertretern der konservativen Eliten, ja wohl überhaupt von der Mehrheit der Bevölkerung. Obwohl sie überwiegend keine Nationalsozialisten waren und ihnen die Ideologie fremd blieb, herrschte weitgehende Übereinstimmung mit dem nationalsozialistischen Staat und seinen Erfolgen. Sie verkannten Hitler, seine Politik und Ideologie sowie den Unrechtscharakter der Diktatur. Die autoritäre Lebensauffassung des Offiziers begünstigte die Gleichgültigkeit gegenüber dem Mangel an innerer Freiheit. Wesentlich größere Bedeutung wurde dem sozialen Ausgleich beigemessen, der „Volksgemeinschaft", die auch aus militärischen Gesichtspunkten als dringend notwendig erachtet wurde.

Das Interesse der Offiziere an der Innenpolitik wurde wieder deutlich schwächer. Wie in der Kaiserzeit führte die Zufriedenheit mit der Militär- und Außenpolitik dazu, dass man sich weniger mit der inneren Lage beschäftigte, in diesem Sinne wieder „unpolitischer" wurde. Wesentlich interessanter schienen die uner-

[103] Heinrici an seine Mutter, 16. 1. 1939, in: BA-MA, N 265/153, Bl. 6f. „Zum Schluss wandte er sich auch noch gegen die Kirchen, weil sie den Antisemitismus verurteilten. Er führte alle möglichen judenfreundlichen Äusserungen an, von Pfarrers, worauf das ganze Publikum rief: Aufhängen! Aufhängen! (Die Pfarrer)."

[104] Aufzeichnung Hoths „Stellung zum Führer und zur Politik", 1948, in: BA-MA, N 503/86. „Natürlich war die gewaltige soziale Umwälzung, die sich unter diktatorischer Gewalt vollzog, nicht frei von Handlungen und Massnahmen, die auch im Volk Kritik hervorriefen."

[105] Manstein, Soldatenleben, S. 275. „Was aber die grundsätzlichen Fragen des Verlustes der politischen Freiheiten, wie der der Meinungsäußerung, angeht, so hatten sie für die Wehrmacht geringere Bedeutung."

wartet glänzenden Möglichkeiten, die sich nach der nationalsozialistischen Machtübernahme durch die Aufrüstung und Expansionspolitik boten – nicht zuletzt auch für die eigene Karriere. Gegenüber diesen verlockenden Aufgaben und großen Erfolgen wurden alle inneren Mängel des Regimes und seiner Ideologie als marginal eingestuft.

b. Erfolge

Der machtpolitische und militärische Aufstieg des Deutschen Reichs in den 1930er Jahren und die hervorragende Laufbahn vieler Offiziere waren eng miteinander verknüpft. Beides verdichtete sich zu einer Erfolgsgeschichte, die den Schatten des Unrechts überstrahlte. Bereits in den Friedensjahren der NS-Diktatur boten sich dem soldatischen Ehrgeiz neue Möglichkeiten und reizvolle Aufgaben. Das galt besonders für die Offiziere mittleren Alters, die noch den Anreiz des Avancements in die Generalsränge vor Augen hatten. Lediglich die älteren Offiziere wie Bock, Kleist, Leeb und Rundstedt, die bereits in der Weimarer Republik zu Generalen ernannt worden waren und damit ohne Zutun Hitlers den Karrierewunsch jedes Offiziers erfüllt sahen[106], mussten keine allzu großen persönlichen Hoffnungen in die neuen Verhältnisse setzen. Mit Ausnahme Fedor v. Bocks schieden diese Generale schon vor 1939 aus dem aktiven Dienst aus. Ohne ihre Reaktivierung im Zweiten Weltkrieg wären die Jahre der Diktatur für ihre Laufbahn eher Abgesang als Aufbruch gewesen.

Dagegen waren die späteren Oberbefehlshaber bei Hitlers Machtübernahme in ihrer großen Mehrheit „Stabsoffiziere", gehörten also den Rängen vom Major bis zum Oberst an. Da sie überwiegend in der Generalstabsarbeit ausgebildet waren, zählten die meisten von ihnen bereits in der Reichswehr der Republik zur Elite des Offizierkorps und zu den hoffnungsvollen Kandidaten für die höchsten Ränge. Die Aussichten auf den nächsten Karrieresprung stiegen, als nach dem Januar 1933 alles in Bewegung geriet. Die entbehrungsreiche Zeit der kleinen Reichswehr mit ihren Bindungen und Routinen, die weder den Ehrgeiz noch den Betätigungsdrang dynamischer Offiziere befriedigen konnte, näherte sich dem Ende. Die Sorge, trotz Bewährung beim nächsten Beförderungstermin übergangen zu werden, wich dem Selbstbewusstsein, zum kleinen Kreis jener Fachleute zu gehören, die in jeder Aufrüstungsphase unentbehrlich waren. Für diese Offiziere erfüllten sich die Hoffnungen in die „neue Zeit" bereits vor dem Zweiten Weltkrieg. Bis zur Mobilmachung im August 1939, also innerhalb von nur sechseinhalb Jahren, waren sie ausnahmslos, selbst die beiden Majore Dietl und Paulus, in den Generalsrang aufgestiegen.

Dies war nur möglich, weil während der Hochrüstung die Intervalle zwischen den Beförderungen kürzer wurden. In der Republik hatte selbst ein bewährter Offizier wie Rundstedt vom Oberst zum Generalmajor vier Jahre und vom Gene-

[106] Zwei weitere ältere Offiziere unserer Gruppe wurden noch im Frühjahr 1933 zu Generalmajoren ernannt, Kluge im Februar, Weichs im April. Sie profitierten – anders als Reichenau – nicht unmittelbar vom Machtwechsel.

ralmajor über den Generalleutnant zum General der Infanterie fünf Jahre benötigt. Dagegen wurden die 1932/33 zum Oberst beförderten Offiziere unserer Gruppe nach drei Jahren Generalmajor und nach weiteren drei bis vier Jahren Waffengeneral. Trotz dieser Beschleunigung vollzog sich die Karriere in den Friedensjahren aber unverändert nach den Regeln der Anciennität, die erst im Krieg um das Leistungsprinzip ergänzt wurde[107]. Nur drei Generale erlebten in den 1930er Jahren außergewöhnliche Avancements: Der neue Chef des Ministeramts Reichenau wurde im Februar 1933 nach nur einem Jahr als Oberst zum Generalmajor ernannt; Busch und Guderian durchschritten die Stationen Generalmajor, Generalleutnant und General der Infanterie bzw. der Panzertruppe in nur zweieinhalb bzw. zweieinviertel Jahren. Blitzkarrieren waren also selbst in unserer exklusiven Gruppe sehr selten. Erst der Krieg eröffnete noch größere Möglichkeiten.

Nicht nur in den Rangverhältnissen, sondern auch in den Dienststellungen brachten die nur sechseinhalb Jahre vom Frühjahr 1933 bis Spätsommer 1939 große Veränderungen. Waren die Offiziere unserer Gruppe zu Beginn dieser Jahre überwiegend „Gehilfen" in Stabs- und Ministerialverwendungen sowie „mittlere Führer" als Regiments- oder Bataillonskommandeure, so bildeten sie zum Zeitpunkt der Mobilisierung gegen Polen den Kern der „oberen Truppenführung": drei der insgesamt sechs Oberbefehlshaber von Heeresgruppen (Bock, Kluge, Reichenau), dazu Guderian als Chef der Schnellen Truppen, und acht der achtzehn Kommandierenden Generale der Armeekorps, außerdem sieben Divisionskommandeure, unter ihnen zwei Kommandeure der sechs Panzerdivisionen[108]. Lediglich drei Generale befanden sich noch in hohen Stabsverwendungen, die Generalmajore Model und Paulus als Generalstabschefs eines Armeekorps bzw. eines Gruppenkommandos, General der Infanterie Carl-Heinrich v. Stülpnagel in der exponierten Stellung des Generalquartiermeisters I im Generalstab des Heeres. Die drei 1938 verabschiedeten Generale waren zuletzt höchste Truppenführer gewesen, Kleist Kommandierender General, Leeb und Rundstedt Oberbefehlshaber von Heeresgruppen.

Auch in dieser Hinsicht war die Statik der kleinen Reichswehr in die Bewegung der aufrüstenden Wehrmacht übergegangen. Die Offiziere rückten in höhere Verantwortlichkeiten, aus Gehilfen wurden Befehlshaber. Bewegung und Verantwortung bestimmten verstärkt auch ihren Dienst. Die Aufrüstung und Neuorganisation des Heeres, die nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht am 16. März 1935 zusätzlich an Dynamik gewannen, verlangten vom kleinen aktiven Offizierkorps Energie und Arbeitseinsatz weit über das Übliche hinaus. Die Offiziere kamen nach der Machtübernahme Hitlers nicht mehr zur Ruhe. Ständige Improvisation und höchste Arbeitsbelastung prägten ihren Alltag nicht erst im Krieg, sondern bereits in den alles andere als „friedlichen" Friedensjahren. Der Rhythmus der Versetzungen und Aufträge wurde schneller. Ständig wurden neue Divisionen aufgestellt, neue Kommandobehörden gebildet, neue Waffen eingeführt und

[107] Vgl. Matuschka, Beförderung, S. 175 f.; Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 320–340. Nach einer Übergangsphase von 1939 bis 1942 bestimmte seit Herbst 1942 der Leistungsgedanke die Personalpolitik der Wehrmacht.

[108] Schmidt führte die 1., Reinhardt die 4. Panzerdivision.

neues Personal ausgebildet. Dass sich diese Rüstung immer mehr forcierte und von steter Sorge um zu frühe militärische Konflikte begleitet war, verstärkte den Druck. Ruhelosigkeit und Improvisation wurden zu Kennzeichen der Arbeit des verantwortlichen Wehrmachtsoffiziers und erhöhten schließlich auch die Bereitschaft, diese als Charakteristika einer gleichermaßen riskanten Außenpolitik zu akzeptieren.

Gerade die Offiziere in mittleren Jahren und guten Positionen sahen in der gesteigerten Arbeitsbelastung die lang ersehnte Herausforderung. Endlich bot sich ihnen die Chance zur Profilierung. Die Aufrüstung gab ihrem Ehrgeiz einen „besonderen Auftrieb"[109]. Viele übernahmen neuaufgestellte Divisionen, die sie formen und einsatzfähig machen mussten. Die Verwendung im Ministerium oder in höheren Stäben wurde dagegen seltener. Den größten Einfluss in der Berliner Zentrale erhielt Walter v. Reichenau als Chef des Ministeramts bzw. Wehrmachtamts von Januar 1933 bis September 1935. Kluge (Nachrichtentruppen), Küchler (Waffenschulen) und vor allem Schobert und Strauß (Infanterie) besetzten zeitweise die begehrten Spitzenstellungen von Waffeninspekteuren. Auch Guderian, Heinrici, Manstein, Model, Reinhardt, Schmidt und Stülpnagel hatten jeweils einige Jahre wichtige Führungspositionen im Kriegsministerium oder im Generalstab des Heeres[110]. Stülpnagel und besonders Manstein galten als Oberquartiermeister I und Stellvertreter des Generalstabschefs sogar als Kandidaten für die Leitung des Generalstabs. Doch insgesamt führte der Weg von Berlin und den höheren Stäben in die Truppe. Bei Kriegsbeginn waren die meisten obere Truppenführer. Eine Ausnahme bildete Paulus, der nur kurze Zeit ein unbedeutendes Truppenkommando bekleidete und in seiner gesamten Laufbahn nie ein Regiment, eine Division oder ein Armeekorps befehligte[111]. Neben ihm besaß Anfang September 1939 nur Model noch keine Erfahrung in der Führung eines gemischten Verbands[112]. Alle anderen späteren Oberbefehlshaber hatten zu diesem Zeitpunkt bereits eine Division oder sogar ein Armeekorps kommandiert.

Das Ende der Versailler Beschränkungen ermöglichte nicht nur die Heeresvermehrung und bessere Karrieren, sondern auch die Modernisierung und Technisierung der Armee. Die zuvor höchst konservative Verwendung unserer Offiziere lockerte sich. Ein gewisser Modernisierungsschub ist unverkennbar. Hatten sich vor 1933 nur Guderian, Reichenau und Schmidt intensiver mit den modernen technischen Entwicklungen des Kraftfahr- und Nachrichtenwesens befasst, muss-

[109] Aufzeichnung Reinhardts für seine Frau „Der zweite Abschnitt meiner militärischen Laufbahn", 1947, in: BA-MA, N 245/22. Dies sei „allerdings mit einem Mehr an Arbeit, das aus mir und uns allen das Letzte herausholte", verbunden gewesen. Auch die Memoiren Guderians und Mansteins vermitteln eine Vorstellung von der Arbeitsbelastung und dem Aufbruch dieser Jahre.

[110] Guderian als Stabschef der Kraftfahr- bzw. Panzertruppen, Heinrici als Chef der Allgemeinen Abteilung des Wehramts, Manstein als Chef der Operationsabteilung und Oberquartiermeister I, Model als Chef der technischen Abteilung, Reinhardt als Chef der Heeresausbildungsabteilung, Schmidt als Oberquartiermeister III, Stülpnagel als Chef der Abteilung Fremde Heere, Oberquartiermeister II und schließlich Oberquartiermeister I.

[111] Paulus kommandierte von April 1934 bis Oktober 1935 die Kraftfahrabteilung 3 in Berlin. Dies war bis zur Übernahme des Oberbefehls über die 6. Armee im Januar 1942 sein einziges Truppenkommando.

[112] Model war bis Oktober 1935 Regimentskommandeur und arbeitete anschließend bis zum Kriegsbeginn im Kriegsministerium und in einem Generalkommando.

ten sich jetzt weitere Offiziere in die neuen Aufgaben einfinden. Neben Guderian und Schmidt wurden auch Hoepner, Hoth, Reinhardt und Weichs bereits vor dem Krieg zu Kommandeuren von motorisierten Verbänden[113]. Außer Maximilian Frhr. v. Weichs, der sich als Kavallerist der älteren Generation mit der Umwandlung seiner Weimarer Kavalleriedivision in die 1. Panzerdivision offenbar nur schwer abfinden konnte[114], gehörten dann alle diese Generale zu den Protagonisten der deutschen Panzer-Raids der ersten Kriegsjahre[115]. Nicht nur Guderian, sondern auch Model, Paulus und Reichenau förderten die Technisierung des Heeres von den Berliner Zentralinstanzen aus[116]. Sie zählten wie Hoepner, Hoth, Reinhardt und Schmidt zu den innovationsfreudigen Offizieren, die allerdings bei vielen Kameraden, die sich eher den klassischen Waffen Infanterie, Artillerie und Kavallerie verbunden fühlten, auf starke Skepsis stießen. Besonders Guderian galt lange als Außenseiter. In der Gruppe der späteren Oberbefehlshaber an der Ostfront bildeten die Modernisierer die Minderheit, wenn auch eine sehr aktive und wirksame. Von einer Vorherrschaft der Spezialisten und „Technokraten" kann aber keine Rede sein.

Bei aller Begeisterung des national gesinnten Berufssoldaten für die Aufrüstung und Heeresvermehrung wurde eine gravierende Veränderung von den meisten Offizieren unterschätzt: Das Offizierkorps verlor erst schleichend, dann deutlich an Exklusivität. Bestand das Heeresoffizierkorps im Mai 1933 aus nur 3724 aktiven Offizieren und noch im Mai 1935 aus einer lediglich geringfügig erhöhten Zahl, so zählte es im Oktober 1938 bereits 21793 Aktive[117]. Um den erhöhten Offiziersbedarf der Wehrmacht zu decken, musste auf ausgeschiedene Frontoffiziere des Ersten Weltkriegs, Unteroffiziere und Polizeioffiziere zurückgegriffen werden. Bei den Neueinstellungen sollten und konnten nicht mehr nur die Bewerber aus den „erwünschten Kreisen" berücksichtigt werden. Die explosionsartige Vergrößerung des Offizierkorps seit 1935 war gleichbedeutend mit der längst überfälligen sozialen Öffnung, die mit dem Hinweis auf die „Frontkämpfergemeinschaft" und „Volksgemeinschaft" auch ideologisch im Trend lag. Die Rüstungsmaßnahmen und Gleichschaltungstendenzen der Diktatur und schließlich der Krieg bewirkten einen Modernisierungsschub, der die traditionelle Prägung, Homogenität und Exklusivität des Offizierkorps zerstörte. Manche der älteren Offiziere akzeptierten[118], ja förderten diesen Wandel, ohne zu erkennen, dass dadurch

[113] Guderian, Reinhardt, Schmidt und Weichs befehligten Panzerdivisionen, Hoepner eine leichte Division und dann ein motorisiertes Armeekorps, Hoth ein Armeekorps aus leichten Divisionen.

[114] Vgl. Weichs, Erinnerungen, Bd. 1, in: BA-MA, N 19/5, Bl. 21–24.

[115] Dazu kam später noch Ewald v. Kleist, der erst im Krieg einen motorisierten Verband übernahm. Unter diesen Generalen waren nur Hoepner und Kleist Kavalleristen, was der Annahme einer einseitigen Rekrutierung der Panzertruppe aus der Kavallerie widerspricht. Vgl. auch Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 169.

[116] Paulus war von Herbst 1935 bis Herbst 1938 Stabschef des Kommandeurs der Panzertruppen und hatte zuvor eine Kraftfahrabteilung geführt, Model leitete in derselben Zeit die technische Abteilung des Generalstabs.

[117] Vgl. Kroener, Weg, S. 652. Neben diesem grundlegenden Aufsatz vgl. zum Folgenden auch Demeter, Offizierkorps, S. 61–63; Absolon, Offizierkorps; Bald, Offizier; Stumpf, Wehrmacht-Elite.

[118] Vgl. etwa den Befehl Weichs' als Kommandeur der 1. Panzerdivision über die „Erziehung im Offizierkorps", Weimar 2. 3. 1937, in: Müller, Armee: Darstellung, S. 174–176. „Mit der neuen Wehrmacht ist ein deutsches Volksheer entstanden, das im deutschen Volkstum wurzelnd kein Eigenle-

unter totalitären Vorzeichen auch das traditionelle Wertesystem ihres Standes bedroht war. Allerdings blieb die Generalität noch am längsten „unter sich". Das elitäre Bewusstsein, in der Kaiserzeit ausgewählt und in der Reichswehr durchgehend im Dienst geblieben zu sein, wird auch in unserer Gruppe unverändert bestanden haben. Diese Generale wirkten freilich bereits bei Beginn des Krieges wie Relikte einer vergangenen Zeit, die zwar noch gebraucht wurden, doch später einem nationalsozialistischen „Volksoffizierkorps" Platz machen sollten.

Doch nicht nur die soziale, sondern auch die militärpolitische Stellung des Heeresoffizierkorps änderte sich, ohne dass dies in seiner ganzen Tragweite erkannt wurde. Das Heer und seine Führung hatten in der jüngeren deutschen Militärgeschichte immer eine entscheidende Rolle gespielt, in der Armee wie überhaupt im Staat. Das Selbstbewusstsein eines Moltke, Ludendorff oder Seeckt sollte in der neuen Armee bewahrt werden. Dem schien auch die „Zwei-Säulen-Theorie" zu entsprechen. Doch fiel es der Heeresleitung und der Generalität zunehmend schwer, ihren Führungsanspruch zu behaupten. Die jahrelangen Auseinandersetzungen um die Kriegsspitzengliederung blieben ergebnislos, obwohl der Generalstab des Heeres alles daran setzte, die Richtlinienkompetenz für die gesamte Wehrmacht an sich zu ziehen[119]. Stattdessen nutzte die NS-Führung Anfang 1938 die unerwartete Krise um die moralische Integrität Blombergs und Fritschs zum Schlag gegen die Ansprüche des Heeres[120]. Am 3. Februar ernannte Hitler eigenmächtig Generaloberst Walther v. Brauchitsch zum neuen Oberbefehlshaber des Heeres und übernahm einen Tag darauf selbst den Oberbefehl der Wehrmacht. Zugleich schuf er mit dem von Wilhelm Keitel geführten Oberkommando der Wehrmacht (OKW) ein ihm ergebenes Instrument, das fortan in ständiger Konkurrenz zum Oberkommando des Heeres (OKH) stand. Diese Maßnahmen waren ein großer Schritt zur vollständigen Unterwerfung der Wehrmacht unter den Willen des Diktators.

Diese für die gesamte Heeresgeneralität folgenschweren Vorgänge wurden von den meisten Offizieren als schwerwiegend eingeschätzt, nicht aber in ihrer ganzen Bedeutung erkannt[121]. Während der Sturz des wenig beliebten Reichskriegsministers Werner v. Blomberg von vielen nur kühl registriert wurde, erregte der völlig überraschende Fall des als Inbegriff preußischen Soldatentums geschätzten Oberbefehlshabers des Heeres Werner Frhr. v. Fritsch allgemeine Bestürzung. Allerdings darf selbst die Wirkung der Fritsch-Krise nicht überbewertet werden. Zu einer echten und nachhaltigen Vertrauenskrise führte dieser Skandal vorwiegend bei einigen Mitarbeitern, Weggefährten und Altersgenossen Fritschs. In unserer Gruppe waren nur wenige unmittelbar betroffen. In der Berliner Zentrale arbeiteten in diesen Tagen lediglich Manstein, Model und Paulus, von denen nur Erich v. Manstein als engster Mitarbeiter des Generalstabschefs Ludwig Beck tieferen Ein-

ben im alten Sinne mehr führen kann", konstatierte Weichs, wollte aber zugleich das alte Standesbewusstsein in die neue Zeit retten.

[119] Vgl. Müller, Heer, S. 215–243. Zu den Hauptverfechtern der Forderung, dem Oberbefehlshaber des Heeres die gesamte Leitung der militärischen Operationen zu übertragen, wurde im Herbst 1937 neben dem Chef des Generalstabs Beck dessen Stellvertreter, der Oberquartiermeister I Erich v. Manstein. Vgl. Manstein, Soldatenleben, S. 280–295.

[120] Zur Blomberg-Fritsch-Krise vgl. Müller, Heer, S. 255–299; Janßen/Tobias, Sturz.

[121] Das räumt auch Manstein, Soldatenleben, S. 312, ein.

blick erhielt. Zunächst war von den Truppenführern nur Rundstedt als dienstältester und neben Fritsch angesehenster General des Heeres in die Vorgänge eingeweiht. Als Hitler die Wehrmachtsführung am 5. Februar 1938 über die Krise und seine Entscheidungen unterrichtete, wurden auch die Befehlshaber der Heeresgruppen und Wehrkreise hinzugezogen, von unseren Generalen neben Rundstedt also Bock und Leeb sowie die Kommandierenden Generale Guderian, Kleist, Kluge, Küchler, Reichenau und Weichs, außerdem der Divisionskommandeur Hoth[122]. Diese Generale wurden von Hitler so geschickt behandelt, dass sie keineswegs das Vertrauen in ihn verloren, sondern den Diktator für das „Opfer einer Täuschung" hielten und Göring oder Himmler als Drahtzieher einer Intrige verdächtigten[123]. Heinz Guderian schrieb zwei Tage später in einem Privatbrief[124]: „Der Führer hat – wie stets – mit schönster menschlicher Anständigkeit gehandelt." Außerdem war es Hitler bereits vor dieser Besprechung gelungen, die Aufmerksamkeit vom Schicksal Fritschs auf die Regelung der Nachfolge zu lenken. Reichenau witterte seine Chance und reiste auf eigenen Antrieb nach Berlin, um seine Kandidatur für den Posten des Oberbefehlshabers des Heeres zu betreiben[125]. Hitler war der Berufung dieses „politischen Generals" nicht abgeneigt, doch sprach sich Rundstedt „im Namen der Armee" entschieden gegen Reichenau aus[126], während der schwache Brauchitsch von der höheren Generalität akzeptiert wurde.

Viele der späteren Oberbefehlshaber konnten die Ereignisse nur aus der Ferne betrachten. Allein zehn von ihnen waren als Divisionskommandeure vor allem mit der Ausbildung ihrer noch sehr jungen Verbände beschäftigt. „Fern von Berlin", waren sie in die politischen Pläne und Vorgänge nicht eingeweiht[127]. Auch unter ihnen gab es Offiziere, die früher mit Fritsch zusammengearbeitet hatten und daher erschüttert waren. Doch selbst bei ihnen hielt diese Erschütterung in

[122] Aufzeichnung Hoths „Was ich über den Fall Fritsch weiß", Landsberg November 1950, in: IfZ-Archiv, ZS 75. Hoth wurde hinzugezogen, weil er im Herbst ein neu aufgestelltes Korps übernehmen sollte.

[123] Weichs, Erinnerungen, Bd. 2, in: BA-MA, N 19/6, Bl. 14–20, Zitat Bl. 19. Vgl. auch seine Aufzeichnung „Zur Fritsch-Krise", März 1953, in: IfZ-Archiv, ZS 182. Der ebenfalls anwesende Manstein erinnerte sich später des allgemeinen Eindrucks, „daß Hitler ehrlich gesprochen habe, als er sagte, daß er nicht anders handeln konnte". Manstein, Soldatenleben, S. 314, vgl. auch S. 302–306. Vgl. auch die Aufzeichnung Hoths „Was ich über den Fall Fritsch weiß", Landsberg November 1950, in: IfZ-Archiv, ZS 75; Guderian, Erinnerungen, S. 40f. Zur Haltung Kluges gibt Heinrici an Foertsch, 7. 1. 1951, einen Hinweis, in: IfZ-Archiv, ZS 66/2: „Kluge als unser Kommandierender General hielt sich in der ganzen Frage uns Untergebenen gegenüber sehr stark zurück. Das Generalkommando gab nur die Offiziellen Erklärungen, die Berlin veröffentlichte, weiter. Er selbst enthielt sich jeder Stellungnahme. [...] Kluges Verhalten war kennzeichnend für seine Persönlichkeit."

[124] Guderian an seine Schwiegermutter, Würzburg 7. 2. 1938, in: Bradley, Guderian, S. 211.

[125] Vgl. Janßen/Tobias, Sturz, S. 131f.

[126] Vgl. Müller, Heer, S. 263. Rundstedt selbst galt Hitler als „zu alt".

[127] Vgl. die Aufzeichnung Hoths, der 1938 allerdings zu den besser Informierten gehörte, für das „Advisory Committee on Clemency for War Criminals", Landsberg 1950, in: BA-MA, N 503/86: „Fern von Berlin, war ich seit 1935 einer der 40 Divisionskommandeure, deren Zeit voll durch die Ausbildung der Truppe ausgefüllt war. Als Soldat fühlte ich mich nicht berechtigt, politische Massnahmen zu kritisieren. Besorgt, keinen Zwiespalt zwischen militärischer u. politischer Führung aufkommen zu lassen, habe ich zu mir dringenden Gerüchten keinen Glauben geschenkt – vielleicht mehr als gut war."

der Regel nicht lange an[128]. Die meisten oberen Truppenführer waren so sehr durch ihre militärischen Aufgaben ausgelastet, dass sie die Berliner Vorgänge in erster Linie als unwillkommene Störung empfanden. Entsprechend erleichtert waren sie, als die Krise bereinigt war und endlich wieder zur Tagesordnung übergegangen werden konnte. Charakteristisch war die Haltung Heinricis, der als Divisionskommandeur aus Münster schrieb: „Wir alle sind doch sehr erschüttert über die Geschehnisse in Berlin", dann aber die „Hybris" Blombergs für die Krise verantwortlich machte und lediglich den Abgang Fritschs bedauerte[129]. Abschließend konstatierte er beruhigt: „Die neuen Männer sind sehr tüchtige Menschen, die alles für die Sache tun werden. Jedenfalls ist für die Lösung der Krise ein Ausweg gefunden, wie er nach Lage der Dinge nicht besser sein konnte, und wir sind befriedigt über die Geschicklichkeit, mit der man verstanden hat, die Dinge wieder auf feste Füße zu stellen." Ein anderer Divisionskommandeur, Hermann Hoth, wurde durch die Bereinigung der Blomberg-Fritsch-Krise durch Hitler gar „völlig überzeugt"[130].

Auch dass die Krise von Hitler zur Versetzung oder Verabschiedung von mehreren weiteren Generalen genutzt wurde, löste weniger Beunruhigung aus als später behauptet[131]. Dieses Revirement war vor allem ein Ablenkungsmanöver und traf überwiegend Offiziere, die ohnehin bei der nächsten Gelegenheit abgelöst werden sollten[132]. Politische Gründe spielten dabei nur selten hinein. Zwar war die Versetzung des als große Hoffnung des Generalstabs gehandelten Oberquartiermeisters I Erich v. Manstein vermutlich eine gezielte Schwächung der konservativen Gruppe um Beck, doch die Verabschiedung hoher Truppenbefehlshaber wie Leeb und Kleist erfolgte wie die von Rundstedt im Herbst 1938 wohl in erster Linie aus Altersgründen[133]. Allein die übereilte und daher würdelose Form ihrer Verabschiedung empörte[134], während die Verjüngung der Generalität prinzipiell kaum auf Kritik stieß. Die meisten entlassenen Offiziere wurden bald wieder reaktiviert, einige sogar schon wenige Monate darauf während der Sudetenkrise.

[128] Vgl. die Aufzeichnung Reinhardts für seine Frau „Der zweite Abschnitt meiner militärischen Laufbahn", 1947, in: BA-MA, N 245/22: Er sei durch die Verabschiedung „des von mir so hoch verehrten Generalobersten" erschüttert gewesen, habe aber weiter Vertrauen in Hitler gesetzt und Himmler als Drahtzieher gesehen. Insgesamt schätzte er das Jahr 1938 dennoch als erfolgreich und glücklich ein.

[129] Heinrici an seine Mutter, Münster 13. 2. 1938, in: BA-MA, N 265/152, Bl. 11f.

[130] Notizen Hoths „Stellungnahme zum Nationalsozialismus", nach 1945, in: BA-MA, N 503/72: „Erstes Zusammentreffen mit Führer anläßlich Blomberg-Fritsch-Angelegenheit März 38. Bin völlig überzeugt. Bemühe mich, Geltung zu verschaffen."

[131] Nach Janßen/Tobias, Sturz, S. 150, wurden neben Blomberg und Fritsch zwölf Generale verabschiedet, davon aber sechs bei der Luftwaffe. Auf weiteren 51 Positionen sei es zu Veränderungen gekommen, wobei auch die Beförderungen mitgezählt sind. Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 304, spricht von „rund" 17 Generalen, die verabschiedet oder versetzt worden seien.

[132] Vgl. Heinrici an seine Mutter, Münster 13. 2. 1938, in: BA-MA, N 265/152, Bl. 11f.: „Die übrigen verabschiedeten Generäle sollten so wie so zum 1.4. gehen. Das ist, um Blombergs u. Fritschs Abgang nicht so allein geschehen zu lassen, nun etwas vorgezogen worden." Vgl. auch Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 304; Janßen/Tobias, Sturz, S. 150–152 (dort wird irrtümlich auch Hoth genannt).

[133] Kleist, Erinnerungen, Bd. 4, in: BA-MA, N 354/26, Bl. 5f., begründet seinen Abschied allerdings vor allem mit Differenzen mit der SS und seiner Einstellung zur Militärseelsorge. Auch Leeb galt als zu wenig parteinah. Dennoch waren diese beiden Verabschiedungen weder außergewöhnlich noch außerplanmäßig.

[134] Vgl. Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 41–43.

Von der ganzen „Generalskrise" um die Skandale Blomberg und Fritsch blieb bei den meisten aktiven Offizieren und gerade auch in unserer Gruppe keine dauernde Erschütterung, sondern in der Regel nur ein bitterer Nachgeschmack übrig. An diesen Nachgeschmack erinnerte man sich später und stilisierte ihn zur allgemeinen Vertrauenskrise, die es in diesem Umfang im Frühjahr 1938 nicht gegeben hat. Sie konnte sich umso weniger entwickeln, je stärker die Krise von außenpolitischen Erfolgen überdeckt wurde. Im März 1938 begann jener Siegeslauf der Hitlerschen Expansionspolitik, der zu nicht für möglich gehaltenen Triumphen erst im Frieden, dann im Krieg führte. Er versetzte auch die Mehrheit der Generalität bis in das Jahr 1941 hinein wiederholt in ein geradezu rauschhaftes Gefühl der Erfüllung kühnster Träume. Dass zwischen diesen Erfolgen immer wieder Zweifel aufkeimten, sich dann aber anscheinend als unbegründet erwiesen, verstärkte die Euphorie eher noch.

Der erste Schlag war der „Anschluss" Österreichs am 12. März 1938. Der deutsche Einmarsch wurde von Hitler sehr überraschend und kurzfristig befohlen, so dass Beck und der noch kurze Zeit im Generalstab zurückbehaltene Manstein nur wenige Stunden hatten, den Operationsplan auszuarbeiten[135]. Aus dem VII. (Schobert), XIII. (Weichs) und motorisierten XVI. Armeekorps (Guderian) wurde die 8. Armee gebildet, die von Generaloberst Fedor v. Bock und seinem Generalstabschef Ruoff geführt wurde. Damit bestand die gesamte oberste Führung des maßgeblich von Manstein organisierten Einmarsches aus späteren Oberbefehlshabern an der Ostfront. Der Erfolg des Unternehmens und der Jubel der österreichischen Bevölkerung machten den größten Eindruck. Bock berichtete kurz darauf Kesselring „in begeisterten Worten von der Aufnahme der deutschen Truppen"[136], Weichs hatte „niemals solchen Jubel erlebt"[137], Guderian wurde Augenzeuge der „elementaren Begeisterung" beim Einzug Hitlers in Linz[138], und Manstein kam nach Wien in eine Stadt, „die von Begeisterung über den Anschluß erfüllt war"[139]. Auch die nicht in Österreich eingesetzten Offiziere erfuhren von der „ungeheuren Begeisterung" und wurden ebenfalls von ihr erfasst, sahen sie doch alte nationale, „großdeutsche" Hoffnungen verwirklicht[140]. Dieser kampflose Erfolg wurde vor allem Hitler zugeschrieben, der die Stimmung in Österreich und die Reaktion der Mächte richtig eingeschätzt hatte. Das nationale Hochgefühl des März 1938 verdrängte die Unruhe im Offizierkorps über die Blomberg-Fritsch-Krise[141].

[135] Vgl. Manstein, Soldatenleben, S. 320–332. Zum „Anschluss" vgl. Schausberger, Griff.

[136] Kesselring, Soldat, S. 25.

[137] Aufzeichnung Weichs' „Zur Fritsch-Krise", März 1953, in: IfZ-Archiv, ZS 182.

[138] Guderian, Erinnerungen, S. 44. Schon zuvor gab es für die deutschen Soldaten „Händeschütteln, Umarmungen, Freudentränen". Zu Guderians weiteren Eindrücken vgl. ebd., S. 42–50.

[139] Manstein, Soldatenleben, S. 326. „Man kann sich kaum eine Vorstellung davon machen, mit welchem Jubel Hitler bei seinem Eintreffen begrüßt wurde."

[140] Aufzeichnung Reinhardts für seine Frau „Der zweite Abschnitt meiner militärischen Laufbahn", 1947, in: BA-MA, N 245/22. Heinrici sprach in einem Brief an seine Mutter, Münster 13. 3. 1938, in: BA-MA, N 265/152, Bl. 22, von der „Wiedervereinigung": „Wir stehen alle unter dem Eindruck der österreichischen Erlebnisse. [...] Schade, daß man nicht persönlich dabei sein konnte." Vgl. auch die Vernehmung Falkenhorsts in Norwegen, 1945, in: BA-MA, N 300/5, Bl. 143: „Wir freuten uns über das sog. Grossdeutschland, ein Gedanke, der bereits 1848 in der deutschen Geschichte eine Rolle gespielt hat und nun Wirklichkeit geworden war."

[141] Vgl. die Aufzeichnung Weichs' „Zur Fritsch-Krise", März 1953, in: IfZ-Archiv, ZS 182.

Die Annexion Österreichs war weniger riskant und leichter zu realisieren als jene der sudetendeutschen Gebiete, die Hitler als Nächstes in Angriff nahm. Sie war international schwer durchzusetzen und drohte, direkt in einen bewaffneten Konflikt zu führen. Daher musste sie auch in der Generalität auf wesentlich größere Skepsis stoßen. Besonders Generalstabschef Beck wandte sich gegen eine militärische Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei, deren Vorbereitung Hitler bereits Ende April 1938 befohlen hatte[142]. Doch als Brauchitsch die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Kommandierenden Generale am 4. August zu einer Besprechung über die Einwände des Generalstabs versammelte, herrschte zwar Übereinstimmung darüber, dass die Wehrmacht einem großen Krieg noch nicht gewachsen sei, nicht aber über ein von Beck erhofftes geschlossenes Vorgehen gegen Hitlers Vabanque-Spiel. Namentlich Busch, Reichenau und Rundstedt meldeten Bedenken gegen einen solchen Schritt der Generalität an. General Ernst Busch bezweifelte sogar prinzipiell, „ob es richtig und zweckmäßig für den Soldaten sei, sich in Angelegenheiten zu mischen, die Sache des Politikers seien". Becks „sehr heftige" Erwiderung, „daß ein generalstabsmäßig ausgebildeter Offizier in der Lage sein müsse, militär-politische Fragen zu beurteilen und dazu Stellung zu nehmen"[143], verdeutlichte die Unvereinbarkeit der Standpunkte.

Mit seinem Willen, seiner pessimistischen Lagebeurteilung ein oppositionelles Handeln folgen zu lassen, war Beck bereits zu dieser Zeit isoliert. Selbst ihm nahestehende Offiziere wie sein ehemaliger Stellvertreter Erich v. Manstein ließen sich von seinen Argumenten nicht überzeugen. Als Manstein von Becks Widerstand gegen Hitlers Risikopolitik erfuhr, richtete der damalige Divisionskommandeur aus Liegnitz ein langes Schreiben an den Generalstabschef, dessen Konfrontation mit Hitler und Rücktritt er unbedingt verhindern wollte[144]. Er sah in Beck den einzigen General, der den Kampf gegen das OKW um die „notwendige Präponderanz der Heeresführung" durchfechten könne, hielt dazu aber die „Basis eines Vertrauensverhältnisses zwischen dem Führer und dem O.K.H." für unabdingbar. Daher müsse sich Beck „von der Last des Teils der Verantwortung innerlich freimachen, der letzten Endes Sache der pol[itischen] Führung bleibt, und damit die Freiheit gewinnen, die Sicherstellung eines mil[itärischen] Erfolges gegen die Tschechei mit voller Überzeugung in die Hand zu nehmen". Letztlich stand selbst Manstein der Zurückhaltung Buschs näher als dem selbstbewussten Handeln Becks. Dieser Rückzug auf enges militärisches Ressortdenken war symptomatisch für die Generalität des Sommers 1938 und der folgenden Jahre. Die Resignation Becks, der bereits am 18. August seinen Abschied einreichte, war daher nur verständlich.

Freilich konnte die Sorge der Generale um einen verfrühten Krieg gegen die Westmächte auch durch das persönliche Werben Hitlers für seine Politik nicht

[142] Vgl. Müller, Heer, S. 300–344. Zur Persönlichkeit Becks vgl. auch Reynolds, Beck. Insgesamt zum Konflikt um die Sudetenfrage vgl. Rönnefarth, Sudetenkrise.

[143] Weichs, Erinnerungen, Bd. 2, in: BA-MA, N 19/6, Bl. 34, die zugleich die Hauptquelle für diese Besprechung sind, an der neben Busch, Reichenau, Rundstedt und Weichs aus unserer Gruppe vermutlich auch Bock, Guderian, Kluge und Küchler teilnahmen.

[144] Manstein an Beck, Liegnitz 21. 7. 1938, in: BA-MA, N 28/4, Bl. 66–83. Die folgenden Zitate Bl. 82 f.; auch abgedruckt in: Müller, Heer, S. 656–665. Vgl. auch Manstein, Soldatenleben, S. 336.

zerstreut werden[145]. Die wenigsten glaubten seinen Versprechungen, dass der Konflikt mit der Tschechoslowakei isoliert werden könne. Als sich die Sudetenkrise im September 1938 zuspitzte und ein europäischer Krieg drohte, wurde die Stimmung in der Generalität immer gedrückter. Die Fachleute befürchteten, dass „unser Können u. unsere Kräfte dieser Anforderung nur schwer gewachsen" sein würden[146]. Dennoch ist es höchst fraglich, ob die Mehrheit der Generalität einem Angriffsbefehl Hitlers den Gehorsam verweigert hätte. In die äußerst schlecht dokumentierte und schwer greifbare „Septemberverschwörung" um den neuen Generalstabschef Franz Halder waren nur verschwindend wenige Offiziere eingeweiht[147]. Die meisten erfuhren erst nach dem Krieg von diesen Umsturzplänen. Dies galt besonders für unsere Gruppe, die ganz überwiegend in der Truppenführung verwendet wurde und der Zentrale recht fern war[148]. Selbst für den Kommandeur der 1. leichten Division, Generalleutnant Erich Hoepner, auf den die Verschwörer offenbar zählten, ist kein Beleg für eine Mitwisserschaft überliefert[149]. Lediglich Generalleutnant Carl-Heinrich v. Stülpnagel, der als neuer Oberquartiermeister I und zweiter Mann im Generalstab eng mit seinem Freund Halder zusammenarbeitete, wird den Komplott gekannt und unterstützt haben[150]. Das ist umso wahrscheinlicher, da er bereits zuvor als Vertrauter Becks ein Gegner der riskanten Außenpolitik Hitlers war[151].

Doch alle tatsächlichen und vermeintlichen Putschvorhaben brachen zusammen, als das Nachgeben Englands und Frankreichs die Gefahr eines großen Krieges vorerst bannte. Das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 ebnete den Weg für einen weiteren überwältigenden Erfolg Hitlers, der alle Zweifel überdeckte. Seit dem 1. Oktober rückten deutsche Truppen mit Billigung der Mächte in das Sudetenland ein. Der für diese Aufgabe reaktivierte Generaloberst v. Leeb leitete als Oberbefehlshaber der 12. Armee einen Teil des Unternehmens, Manstein war sein Chef des Generalstabs. Viele weitere Offiziere unserer Gruppe beteiligten sich an der Besetzung, etwa Guderian und Weichs als Kommandierende Generale oder Reinhardt als Brigadekommandeur. Alle waren vom Triumph dieses „Blumenkriegs" tief beeindruckt. Der sonst eher zurückhaltende Leeb notierte

[145] Vgl. ebd., S. 336–339, über eine Ansprache Hitlers auf dem Obersalzberg am 10. 8. 1938, und Weichs, Erinnerungen, Bd. 2, in: BA-MA, N 19/6, Bl. 34f., über eine Ansprache des Diktators in Kummersdorf am 15. 8. 1938.

[146] Tagebuch Heinricis, 29. 9. 1938, in: BA-MA, N 265/9. Er glaubte aber auch, dass „weder der Führer noch das Volk" einen europäischen Krieg wünschten. Vgl. Tagebuch Heinricis, September 1938, ebd.: „Man rechnet fest mit dem Krieg. [...] Die Stimmung ist meist gedrückt. Es fehlt die jubelnde Begeisterung von 1914."

[147] Vgl. neben Hoffmann, Widerstand, S. 69–129, und Müller, Heer, S. 345–377, vor allem Hartmann, Halder, S. 99–116, der die unsichere Quellenlage hervorhebt und betont, dass Halder nicht auf den Sturz Hitlers, sondern auf die Verhinderung eines großen Krieges abgezielt habe. Sondierungen bei Rundstedt blieben offenbar erfolglos, vgl. Müller, Heer, S. 359.

[148] Vgl. etwa die Mitteilungen von Weichs, Erinnerungen, Bd. 2, in: BA-MA, N 19/6, Bl. 45, und Manstein, Soldatenleben, S. 141–143, über ihr Nichtwissen. Beide Generale bezweifelten rückblickend, dass ein Putsch im Herbst 1938 die Unterstützung der Wehrmacht erhalten hätte.

[149] Auch Bücheler, Hoepner, S. 75–77, kann eine Mitverschwörung Hoepners nicht nachweisen.

[150] Vgl. Bücheler, Stülpnagel, S. 150–152.

[151] Vgl. vor allem Stülpnagel an Beck, Lübeck 30. 12. 1936, ebd., S. 134f.: „Nun können wir wohl noch eine ganze Weile die Welt in Unruhe erhalten, aber ein Mal hat diese genug und ruft uns zur Ordnung. Diese Ansicht habe ich mir nun einmal gebildet." Vgl. auch Müller, Heer, S. 210, 232f., 301.

in seinem Tagebuch die „ungeheuere Begeisterung der Bevölkerung“[152]. Reinhardt, der in Karlsbad die Parade vor Hitler befehligte, kamen gar „die Tränen der Ergriffenheit“ angesichts des Blumenregens und Jubels der Sudetendeutschen[153]. Guderian schrieb an seine Frau[154]: „So ein Sieg ohne Schwertstreich wurde wohl noch nie in der Geschichte errungen.“ Und über Hitler: „Ein ganz großer Mann!“ Dass bereits bei der Besetzung des Sudetenlands Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei den vorrückenden Truppen folgten und überall gegen „Reichsfeinde“, Tschechen und Juden vorgegangen wurde, störte dagegen kaum – wenn es überhaupt wahrgenommen wurde[155].

Die außenpolitischen Erfolge Hitlers erschienen umso größer, je stärker zuvor die Sorge um eine katastrophale Niederlage gewesen war. Selbst besonnene Generale wie Weichs waren „geblendet durch die aussenpolitischen Erfolge“[156]. Spätestens im Herbst 1938 hatten sie bei den meisten Offizieren „den schlimmen Eindruck der Februarkrise verwischt“[157]. Dass die militärische Elite zunächst durch eine innere Krise erschüttert wurde und dann auf der Woge außenpolitischer Triumphe mitschwimmen durfte, bedeutete ein Wechselbad der Gefühle, unter denen zuletzt Stolz und Befriedigung eindeutig überwogen. Auch bei den Offizieren unserer Gruppe blieb in der Regel nicht die Erschütterung über die Blomberg-Fritsch-Krise und das Gefühl eines Vertrauens- oder gar Machtverlusts zurück[158], sondern vielmehr das Hochgefühl des Truppenführers, an der Spitze seines Verbands in „befreiten“ Gebieten von jubelnden Deutschen gefeiert zu werden. Gleichzeitig stieg die Reputation Hitlers, dem man diesen Erfolg zu verdanken hatte[159]. Nur wenige werden wie Beck und Stülpnagel das Riskante dieser Expansionspolitik erkannt haben, hinter der ganz andere Ziele standen. Für die meisten

[152] Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 48 (20. 10. 1938). Vgl. auch Weichs, Erinnerungen, Bd. 2, in: BA-MA, N 19/6; Guderian, Erinnerungen, S. 51; Manstein, Soldatenleben, S. 340.

[153] Aufzeichnung Reinhardts für seine Frau „Der zweite Abschnitt meiner militärischen Laufbahn“, 1947, in: BA-MA, N 245/22.

[154] Guderian an seine Frau, Karlsbad 5. 10. 1938, in: Macksey, Guderian, S. 122. Vgl. auch Guderian an seine Frau, Grafenwöhr 29. 9. 1938, in: Bradley, Guderian, S. 213: „Die Politik des Führers ist meisterhaft und der Duce sekundiert glänzend.“ Guderian an seine Frau, Grafenwöhr 1. 10. 1938, ebd.: „Alles freut sich, Musiken und Standarten sind herangeholt und wir hoffen auf einen Einzug à la Österreich.“

[155] Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 21–25; Gebel, „Heim ins Reich“, S. 61–80. Weichs kam in diesen Tagen – so erinnerte er sich später – erstmals „zum Bewußtsein, daß bei solchen Besitzergreifungen der allgemein geachteten Truppe höchst unerfreuliche Vertreter der Partei folgten“. Als er gegen die ihm gemeldete Misshandlung einer Tschechin durch die Gestapo protestierte, wurde ihm bedeutet, „daß ich mich als Soldat nicht in politische Dinge zu mischen habe“. Weichs, Erinnerungen, Bd. 2, in: BA-MA, N 19/6, Bl. 42f.

[156] Vernehmung Weichs' in Nürnberg, 31. 1. 1947, in: IfZ-Archiv, MA 1569/77. Zuvor „sah man immer Gefahren, erwartete ernste Verwicklungen; da sie nun nicht eintraten und die Angelegenheiten sich reibungslos vollzogen, war man durch diesen Erfolg ganz entschieden geblendet.“

[157] Guderian, Erinnerungen, S. 52.

[158] Dass die militärische Führung 1938 „endgültig aus ihrer traditionellen Rolle einer politisch-sozialen Machtelite in die untergeordnete einer professionellen Funktionselite verwiesen“ wurde (Kroener, Generationserfahrungen, S. 226), nahmen wohl nur die wahr, die diese Veränderung unmittelbar betraf. Der direkte politische Einfluss war auf wenige Spitzenmilitärs der Heeres-, Marine- oder Luftwaffenleitung beschränkt, während die Truppenführung kaum tiefere Kenntnisse von den politischen Entscheidungen in Berlin besaß.

[159] Vgl. die Notizen Hoths „Stellungnahme zum Nationalsozialismus“, nach 1945, in: BA-MA, N 503/72: „Erneute Stärkung des Vertrauens durch Vermeidung von Blutvergießen beim Einmarsch in Böhmen.“

Generale war 1938 keineswegs ein Jahr des Zweifels und der Beginn des Wegs in den Widerstand, sondern das besonders glückliche, da noch weitgehend unblutige erste Jahr der Expansion über die in Versailles festgelegten Grenzen hinaus.

In der ersten Hälfte des Jahres 1939 verdichteten sich dann für den, der sehen wollte, die Anzeichen einer kaum mehr kontrollierbaren Entwicklung in einen verbrecherischen Krieg hinein. Mit der „Rest-Tschechei" wurde am 15. März 1939 erstmals ein nicht überwiegend von einer deutschsprachigen Bevölkerung bewohntes Territorium von der Wehrmacht besetzt. Die Erbitterung über diesen Schritt in Frankreich und England erhöhte die Möglichkeit eines Konflikts mit den Westmächten. Auch die Besetzung des Memelgebiets am 22. März 1939 verdeutlichte, dass der Annexionshunger des NS-Regimes noch längst nicht gestillt war. Intern machte Hitler kaum ein Geheimnis aus seinen wahren Absichten. Bereits unmittelbar nach seiner Machtübernahme, am 3. Februar 1933, hatte er vor der versammelten Reichswehrführung – unter ihnen die Generale Bock, Leeb, Reichenau und Rundstedt – seine weiteren außenpolitischen Ziele nach Verwirklichung des ersten Ziels der „Wiedergewinnung der politischen Macht" durchblicken lassen[160]: „Vielleicht Erkämpfung neuer Export-Mögl[ichkeiten], vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten u. dessen rücksichtslose Germanisierung." Ein Jahr später wiederholte er vor der Generalität seinen Willen, der deutschen Bevölkerung neuen Lebensraum zu schaffen und dies äußerstenfalls auch durch offensiv geführte Kriege durchzusetzen[161]. Die konkrete Planung zur Lösung der „Lebensraumfrage" ließ Hitler jedoch lange offen und stellte sie zunächst nur dem engsten Kreis der militärischen und politischen Führung vor, vor allem in der bekannten Besprechung mit Blomberg, Fritsch, Göring, Raeder und Neurath vom 5. November 1937 in der Reichskanzlei[162].

Die zögerliche Haltung der Generalität in der Sudetenkrise veranlasste Hitler, Anfang 1939 bei den Generalen gezielt für sein außenpolitisches und rassenideologisches Programm zu werben. Er wollte die militärische Elite auf die Möglichkeit eines Angriffskriegs einschwören und geschlossen hinter sich bringen. Zugleich waren seine Reden auch eine Warnung vor Distanz oder gar Opposition zu seiner Politik. Hitler wählte zwei verschiedene Vorgehensweisen. Dem Gros der Generalität und damit auch unserer Gruppe sprach er am 25. Januar 1939 noch sehr unbestimmt von der Überlegenheit der „nordisch-germanischen Menschen" und ihrer Befähigung zu „Herren der Welt"[163]. Dagegen wurde Hitler vor dem

[160] Aufzeichnung Liebmanns, 3. 2. 1933, in: Vogelsang, Dokumente, S. 434f. Vgl. auch Wirsching, Rede (S. 540–542 Rekonstruktion der Teilnehmerliste).

[161] Vgl. Weichs, Erinnerungen, Bd. 1, in: BA-MA, N 19/5, Bl. 11–13, über eine Ansprache Hitlers am 28. 2. 1934, nach eigenen, zeitgenössischen stenographischen Notizen, abgedruckt auch in: Müller, Armee: Darstellung, S. 195. „Die NSDAP habe die Arbeitslosigkeit beseitigt. Diese Blüte werde aber nur etwa 8 Jahre dauern, dann müsse ein wirtschaftlicher Rückschlag eintreten. Diesem Übel könne man nur dadurch abhelfen, daß man für den Bevölkerungsüberschuß Lebensraum schaffe. Diesen würden uns aber die Westmächte nicht gönnen. Daher könnten kurze entscheidende Schläge nach Westen und dann auch nach Osten notwendig werden." Die Armee „müsse nach fünf Jahren für jede Verteidigung, nach acht Jahren auch für den Angriff geeignet sein". Aus unserer Gruppe nahmen an dieser Besprechung neben Weichs vermutlich noch Bock, Kleist, Kluge, Leeb, Reichenau und Rundstedt teil.

[162] Vgl. die Aufzeichnung Hoßbachs, 10. 11. 1937, in: Müller, Armee: Darstellung, S. 316–323.

[163] Rede Hitlers vor den höheren Wehrmachtsbefehlshabern am 25. 1. 1939 in der Reichskanzlei, ebd.,

kleinen Kreis der Heeresgruppen-Oberbefehlshaber am 10. Februar 1939 wesentlich konkreter[164]. Die Oberbefehlshaber Bock, Kluge und Reichenau sowie vermutlich die Generalstabschefs Paulus und Ruoff, vielleicht auch Guderian als Chef der Schnellen Truppen und Stülpnagel als Oberquartiermeister I werden dem langen Vortrag über „Aufgaben und Pflichten des Offiziers im nationalsozialistischen Staat" beigewohnt haben.

Diese bemerkenswert unverblümte Rede verwies bereits ansatzweise auf den Charakter der nationalsozialistischen Kriegführung und Besatzungsherrschaft in Osteuropa. Hitler wollte den „verantwortlichen Spitzen der deutschen Wehrmacht" die „inneren Beweggründe" seiner Politik verständlich machen und kam dabei schnell auf seine Theorie vom deutschen Mangel an „Lebensraum" zu sprechen. Vor allem die ungenügenden Ressourcen auf dem Ernährungssektor erforderten von einem machtbewussten Volk, „den Lebensraum an die Volkszahl anzupassen". Als Vorbereitung habe der Nationalsozialismus die Volksgemeinschaft geschaffen, die „blutmäßige Zusammensetzung" gestärkt und das Heer aus der Vereinsamung wieder in die Gemeinschaft „hineingebaut". Der nächste Krieg werde ein Überlebenskampf der Völker um Sein oder Nichtsein, „ein reiner Weltanschauungskrieg", „d. h. bewußt ein Volks- und ein Rassenkrieg" sein. Der Offizier müsse in diesem Kampf auch ein weltanschaulicher Führer sein und anders als im Jahr 1938 der Politik Hitlers vertrauen. „Ich habe mir vorgenommen, die deutsche Frage zu lösen, d. h. das deutsche Raumproblem zu lösen. Nehmen Sie es zur Kenntnis, daß, solange ich lebe, daß dieser Gedanke mein ganzes Dasein beherrschen wird [...], daß ich dabei auch vor dem Äußersten nie zurückschrecken werde, weil ich der Überzeugung bin, daß so oder so diese Frage gelöst werden muß." Man müsse „dem Feinde fortgesetzt ganz eng an der Klinge bleiben". „Seien Sie daher nicht überrascht, wenn auch in den kommenden Jahren bei jeder Gelegenheit irgendein deutsches Ziel zu erreichen versucht wird, und stellen Sie sich dann, bitte sehr, im gläubigsten Vertrauen hinter mich."

Konnte auch diese Rede von den anwesenden Generalen bagatellisiert oder „nicht für bare Münze" genommen werden, wie das Weichs rückblickend für die Ansprache vom 28. Februar 1934 behauptete[165]? Inzwischen hatte Hitler durch seine Rüstungs- und Expansionspolitik deutlich gemacht, wie ernst es ihm mit seinen aggressiven Plänen war. Im Frühjahr 1939 konnte kaum mehr ein Zweifel daran bestehen, dass diese Politik auf einen großen Krieg zusteuerte. Nur der Zeitpunkt war noch ungewiss. Auch das nicht allein großmachtstaatliche, sondern nun mehr und mehr offen rassenideologische Motiv konnte kaum übersehen werden. Nicht nur jenen höchsten Generalen, von denen Hitler am 10. Februar 1939 unbedingte Gefolgschaft bei seinen Eroberungsplänen forderte, waren die „inneren Beweggründe" bekannt. Auch der Divisionskommandeur Gotthard Heinrici betonte kurze Zeit später vor seinen Mitarbeitern Hitlers „unendliche Liebe zum deutschen Volk, dessen Lebensraum und Lebensmöglichkeit zu erkämpfen ihm

S. 360–365. Anwesend waren vermutlich die Generale bis zum Divisionskommandeur. Vgl. auch die eigenhändige Mitschrift Heinricis, in: BA-MA, N 265/9.

[164] Vgl. Müller, Heer, S. 383; Thies, Architekt, S. 112–119; Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1075. Abdruck der Rede in: Müller, Armee: Darstellung, S. 365–375.

[165] Weichs, Erinnerungen, Bd. 1, in: BA-MA, N 19/5, Bl. 13.

höchste Aufgabe ist"[166]. Also waren ihm die „Lebensraum"-Visionen des Diktators wenigstens in Umrissen bekannt, gewiss auch das große Risiko, das eingegangen wurde, indem man solche unheilvollen Utopien in die Realität umzusetzen versuchte. Dieser General hatte bereits unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme richtig vorhergesehen[167]: „Die kommenden Jahre werden sicher sehr aufregende und später schliesslich kriegerische werden."

Die Gefahr der militärischen Eskalation hing wie ein Damoklesschwert über der deutschen Politik dieser Jahre. Man gewöhnte sich immer mehr an ein hohes Risiko. Auch die Generale waren – zunächst oft sorgenvoll und zögernd, dann zunehmend enthusiastisch – auf der Welle der außenpolitischen Erfolge mitgeschwommen. Diese Erfolge verknüpften sich mit den persönlichen Erfolgen ehrgeiziger Offiziere, deren berufliche Tätigkeit unvermittelt an Bewegung gewann, eine Bewegung, die neben Beförderungen auch viel Unruhe brachte und doch faszinierte. Die innenpolitischen Schattenseiten, internen Querelen und außenpolitischen Risiken wurden im Hochgefühl dieses hektischen Aufbruchs teils ignoriert, teils verdrängt, teils akzeptiert. Aufrüstung und Expansion erfüllten zahlreiche politische, militärische und persönliche Wünsche. Man wurde nicht „getäuscht", wie das später so oft behauptet wurde, sondern war dem Erfolg verfallen, auch ohne Nationalsozialist zu sein.

Auch unter den späteren Oberbefehlshabern an der Ostfront überwog Anfang 1939 die Zustimmung zu Hitlers Politik. Natürlich gab es in dieser Gruppe trotz aller homogenen Merkmale einige Unterschiede. Der erfahrene Oberbefehlshaber Fedor v. Bock hatte gewiss einen tieferen, daher nüchterneren und wohl auch skeptischeren Blick auf die politischen Vorgänge als der einige Jahre jüngere, dynamische Divisionskommandeur Hans-Georg Reinhardt. Und zwischen dem kritischen Stülpnagel und dem gläubigen Dietl lagen Welten. Sie bildeten aber nur die äußersten Pole, zwischen denen sich die meisten im Auf und Ab von Zurückhaltung und Begeisterung, Zweifel und Jubel letztlich zu einem breiten Konsens der Zustimmung fanden. Selbst ein prononciert konservativer Vertreter des traditionellen Offizierskorps wie Maximilian Frhr. v. Weichs bediente noch rückblickend den Topos, dass Hitler bei einem Ableben vor dem Krieg als ein großer Staatsmann in die Geschichte eingegangen wäre[168]. Diese allgemeine Unsicherheit des Urteils wich auch dann nicht, als die deutsche Politik im Sommer 1939 die letzten Schritte auf den Abgrund des Krieges machte.

[166] Ansprache Heinricis zu Hitlers 50. Geburtstag am 20. 4. 1939, in: BA-MA, N 265/33, Bl. 46.
[167] Heinrici an seine Eltern, Berlin 17. 2. 1933, in: BA-MA, N 265/148, Bl. 19f.
[168] Weichs, Erinnerungen, Bd. 2, in: BA-MA, N 19/6, Bl. 48. Noch positiver die Aufzeichnung Hoths „Die Stellung des deutschen Volkes zum Nationalsozialismus", Dezember 1945, in: BA-MA, N 503/86: „Wäre er 1938 gestorben, so größter Staatsmann aller Zeiten." Vgl. auch die Vernehmung Falkenhorsts in Norwegen, 1945, in: BA-MA, N 300/5, Bl. 145: „Ich kann nur immer wieder sagen, dass bis 1939 kein Anlass vorhanden war, gegen diese Entwicklung Sturm zu laufen."

c. Feldzüge 1939/40

Die rapide Verschlechterung der Beziehungen zu den Westmächten und zu Polen seit dem Frühjahr 1939 ließ einen Krieg immer wahrscheinlicher werden. Bereits am 25. März beauftragte Hitler den Generalstab des Heeres, einen Feldzug gegen Polen zu planen. Am 23. Mai machte er den Spitzen der Wehrmacht unmissverständlich deutlich, dass er die „polnische Frage" durch einen Eroberungskrieg lösen wolle[169]. In den folgenden Wochen ging es immer weniger um den Frieden und immer mehr um den genauen Zeitpunkt des Krieges sowie um seine diplomatische Absicherung und Isolierung. Hitlers Vabanquespiel zielte darauf, sowohl die Westmächte als auch die Sowjetunion aus dem Konflikt mit Polen herauszuhalten. Mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 gelang ihm dies nur im Osten. Zwar konnte die Zweifrontensituation von 1914 vermieden werden, nicht aber der große Krieg gegen England und Frankreich[170].

Die militärische Führung nahm in diesen Monaten zwischen Frieden und Krieg erstaunlich wenig Einfluss auf die außenpolitische Entwicklung und die große Strategie. Sie beschränkte sich fast ganz auf die fachliche Vorbereitung des Angriffs auf Polen („Fall Weiß") sowie die militärische Sicherung der Westgrenze. Von der einst mächtigen Stellung des preußisch-deutschen Generalstabs war bereits 1939 wenig übrig geblieben. Besonders die Heeresleitung hatte Hitlers Kriegspolitik nichts entgegenzusetzen. Brauchitsch, Halder und ihre Mitarbeiter im OKH blieben trotz der hohen militärischen Risiken dieser Politik weitgehend passiv. Aus selbstbewussten Beratern des Staatsoberhaupts waren Funktionäre und Befehlsempfänger geworden[171]. Die obere Truppenführung von den Divisionskommandeuren bis zu den Oberbefehlshabern von Heeresgruppen und Armeen, der die große Mehrheit unserer Gruppe schon zu dieser Zeit angehörte, besaß dagegen ohnehin geringe oder gar keine Einflussmöglichkeiten auf die Entscheidungen in Berlin.

Wie beurteilten diese Offiziere die Entwicklung zum Krieg? Das Urteil hing nicht unwesentlich vom Grad der Information ab, der beim Oberquartiermeister I im OKH, Carl-Heinrich v. Stülpnagel, am größten und bei einem Divisionskommandeur in der Provinz am geringsten war. Die meisten Generale hatten als Truppenkommandeure zunächst keine tiefere Kenntnis der außenpolitischen Lage. Allerdings lebten bei vielen die alten Einkreisungsängste der Kaiserzeit wieder auf. Wenn Heinrici in seiner Ansprache zu Hitlers Geburtstag am 20. April 1939 darauf hinwies, dass „gerade in diesen Tagen" zu erleben sei, „wie die Welt sich zusammenschliessen möchte, um dem Führer und dem deutschen Volk seine Erfolge

[169] Aufzeichnung Schmundts über die Besprechung in der Reichskanzlei am 23. 5. 1939, in: Müller, Armee: Darstellung, S. 379–384. Vgl. besonders S. 380: „Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung, sowie die Lösung des Baltikum-Problems. Lebensmittelversorgung ist nur von dort möglich, wo geringe Besiedelung herrscht." Zum Verhältnis Hitlers zur militärischen Führung in dieser Krise vgl. Müller, Heer, S. 390–421; Hartmann, Halder, S. 122–141.

[170] Zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs vgl. Hofer, Entfesselung; Graml, Weg; Watt, War; Hillmann (Hrsg.), Fall Weiß.

[171] Vgl. das kritische Fazit von Hartmann, Halder, S. 139–141.

streitig zu machen"[172], und wenn auch andere Befehlshaber an diesem Tag „Neid und Mißgunst" der Nachbarn anprangerten[173], so war dies mehr als ein stumpfes Nachbeten offizieller Sprachregelungen[174]. Das Gefühl, von den Westmächten, von Polen und auch von der Sowjetunion aus „Neid" um den Wiederaufstieg Deutschlands bedroht zu werden, war genauso verbreitet wie die Sorge vor einem Zweifrontenkrieg, dem sich die Wehrmacht noch nicht gewachsen glaubte.

Dagegen war ein isolierter Krieg gegen Polen in der Generalität durchaus populär. Der junge polnische Staat wurde seit den Konflikten von 1918/19 als Räuber, Parvenü und Störfaktor gesehen. Die Forderung nach einer Revision des Versailler Vertrags bezog sich viel weniger auf Elsass-Lothringen als auf die alten Grenzen im Osten. Für die kleine Reichswehr und ihr Offizierkorps wurde die antipolnische Einstellung zum Motor ihrer militärischen Vorbereitung. Die Reichswehrführung konzentrierte die Anstrengungen mehr und mehr auf den möglichen Konflikt mit Polen[175]. Die abgeschnürte „Festung" Ostpreußen wurde geradezu zum Symbol des Behauptungswillens. Diese Fixierung auf den polnischen Feind änderte sich auch nicht, als die NS-Diktatur zeitweise zu einem entspannteren Verhältnis zu Polen gelangte. Vor allem herrschte nach wie vor Übereinstimmung, dass die deutschen Ansprüche auf Danzig und den „Korridor" befriedigt werden müssten. Nikolaus v. Falkenhorst erinnerte sich später[176]: „Wer wie ich fast ausschließlich in Garnisonen des Ostens Deutschlands gelebt hat, [...] kann nur ermessen u. verstehen, was für uns im Osten die Abtrennung Westpreußens – der sogenannte Korridor – bedeutete. Für jeden aufrechten Deutschen, für jeden, der sein Vaterland liebte, war diese Bestimmung des Versailler Diktatfriedens je länger je mehr unerträglich u. entwürdigend." Darüber hinaus blieb die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 ein Ziel[177], das nur mit Gewalt erreicht werden konnte. Dazu waren die meisten Offiziere bereit. Eine Stunde vor dem Angriff auf Polen schrieb Erich Hoepner an seine Frau[178]: „Die Polen-Frage *muß* ja einmal gelöst werden."

Als das Heer im August 1939 gegen Polen mobilisiert wurde, konnte kaum ein Zweifel bestehen, dass der Krieg bevorstand. Aus unserer Gruppe wurden zwanzig Generale unmittelbar für den Angriff vorgesehen, weitere vier zur Sicherung der Westgrenzen eingesetzt, während Stülpnagel als Oberquartiermeister I in der

[172] Ansprache Heinricis am 20. 4. 1939, in: BA-MA, N 265/33, Bl. 46: „Wir wissen, daß ihnen das nicht gelingen wird, wenn das deutsche Volk einig und treu seinem Führer folgt."

[173] Vgl. Messerschmidt, Wehrmacht, S. 238, mit Hinweisen auf die Ansprachen Buschs und Küchlers.

[174] Es ist nicht auszuschließen, dass bereits für die Ansprachen am 20. 4. 1939 eine zentrale Sprachregelung vorlag, vergleichbar mit den „Stichworten", die Brauchitsch den Kommandeuren für den Appell am 2. August 1939 (25. Jahrestag des Kriegsbeginns) gab. Vgl. ebd., S. 236–238.

[175] Vgl. Hürter, Groener, passim.

[176] Falkenhorst, Kriegserinnerungen, S. 4, in: BA-MA, N 300/4. Nach Reinhardt war es „für jeden Deutschen selbstverständlich", dass „die Beseitigung des immer als drückend und untragbar empfundenen Polnischen Korridors zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich erreicht werden mußte". Aufzeichnung Reinhardts für seine Frau „Der zweite Abschnitt meiner militärischen Laufbahn", 1947, in: BA-MA, N 245/22.

[177] Vgl. Falkenhorst, Kriegserinnerungen, S. 6, in: BA-MA, N 300/4: „Der Wunschtraum des deutschen Ostens war die alte Ostgrenze von 1914, nicht mehr – aber auch nicht weniger." Auch Hoth bezeichnete später „die Wiederherstellung der Grenzen von 1914" als seinen „nationalen Wunsch". Aufzeichnung Hoths, 1947, in: BA-MA, N 503/86. Vgl. auch Manstein, Verlorene Siege, S. 14–17.

[178] Hoepner an seine Frau, Schoffschütz 1. 9. 1939, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 5f.

Zentrale an der Vorbereitung und Leitung der Operationen mitwirkte. Kleist, Leeb und Rundstedt wurden für die neuen Aufgaben reaktiviert. Es ist unwahrscheinlich, dass sich all diese Generale, die unmittelbar an den Feldzugsvorbereitungen beteiligt waren, mehrheitlich der Täuschung hingaben, die Mobilisierung sei ein weiterer Bluff des diplomatischen Genies Hitlers und münde erneut in eine unblutige Lösung[179]. Zumindest bei den höchsten Truppenführern und ihren Gehilfen, die Hitler am 22. August auf dem Obersalzberg versammelte, dürften mögliche Illusionen schnell verflogen sein. Hitler begründete in seiner Ansprache, der u. a. die Oberbefehlshaber Bock, Kluge, Küchler, Leeb, Reichenau und Rundstedt, die Generalstabschefs Manstein und Paulus sowie der Oberquartiermeister I Stülpnagel beiwohnten, seinen Entschluss zum Krieg gegen Polen[180]. Die günstige außenpolitische Lage, die mittelfristig negative wirtschaftliche Entwicklung und seine eigene begrenzte Lebenszeit erzwängen ein schnelles Handeln „mit rücksichtsloser Entschlossenheit". Das erste Ziel war die Eroberung von Lebensraum im Osten. „Wir brauchen keine Angst vor Blockade zu haben. Der Osten liefert uns Getreide, Vieh, Kohle, Blei, Zink. Es ist ein großes Ziel, das vielen Einsatz fordert." Jedoch: „Die politische Zielsetzung geht weiter. Anfang zur Zerstörung der Vormachtstellung Englands ist gemacht. Weg für den Soldaten ist frei, nachdem ich die politischen Vorbereitungen getroffen habe."

Zugleich versuchte Hitler den Generalen die Sorge vor einem Zweifrontenkrieg zu nehmen, indem er sie über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt informierte und das Eingreifen der Westmächte als wenig wahrscheinlich hinstellte. In einer zweiten Ansprache, vermutlich vor einem kleineren Kreis, räumte er aber am selben Tag die Möglichkeit ein, dass es anders kommen könne[181]. Man müsse nötigenfalls „zum Kampf gegen die Westmächte entschlossen" sein, der ein „Kampf auf Leben und Tod" sei. Neben dieser sozialdarwinistischen Komponente enthielt die zweite Rede Hitlers auch die Forderung um Verständnis für außergewöhnliche Maßnahmen im bevorstehenden Polenfeldzug, eine kleine Vorwegnahme seiner berüchtigten Ansprache vor dem „Unternehmen Barbarossa" am 30. März 1941: „Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen. 80 Mill[ionen] Menschen müssen ihr Recht bekommen. Ihre Existenz muß gesichert werden. Der Stärkere hat das Recht. Größte Härte."

Die Wirkung der Ansprachen Hitlers auf die Generale ist schwer abzuschätzen, da es weder Einwände noch Diskussionen gab[182]. Die nach dem Krieg von einigen

[179] Aufzeichnung Reinhardts für seine Frau „Der zweite Abschnitt meiner militärischen Laufbahn", 1947, in: BA-MA, N 245/22: „An Krieg dachten die wenigsten, auch wir Soldaten nicht, alles sah mit Vertrauen auf den Führer, daß er, der bisher mit diplomatischem Geschick so viel für Deutschland erreicht hatte, auch gegenüber Polen unblutig zum Ziele kommen würde." Auch Weichs behauptete später, die militärischen Vorbereitungen hätten „mehr auf eine militärische Demonstration als auf einen Angriffskrieg" gedeutet. Aufzeichnung Weichs' für den Nürnberger Prozeß (Fall 7), 1. 9. 1947, in: BA-MA, N 19/11, Bl. 23. Auch wenn zu berücksichtigen ist, dass Divisionskommandeure und Kommandierende Generale weniger gut informiert waren als Oberbefehlshaber, ist dieser Grad an Arglosigkeit doch kaum glaubhaft.

[180] Vgl. dazu vor allem die quellenkritische Untersuchung von Baumgart, Ansprache. Zitiert wird im Folgenden die nach Baumgart zuverlässigste Quelle, die Aufzeichnung von Canaris, in: Müller, Armee: Darstellung, S. 387–390.

[181] Aufzeichnungen Canaris', ebd., S. 390f. Welche Generale unserer Gruppe bei diesen Ausführungen Hitlers am Nachmittag des 22. 8. 1939 anwesend waren, ist ungewiss.

[182] So auch die Einschätzung eines Beteiligten: Aufzeichnung Liebmanns, November 1939, in: Baum-

Beteiligten – u. a. von Küchler und Rundstedt – behauptete Auffassung, dass Hitler nur bluffe und es nicht zum Krieg kommen werde[183], ist wenig glaubwürdig. Die unmittelbaren Dokumente sprechen eine andere Sprache. Bock war von Hitlers „glänzender Rede" beeindruckt und beschäftigte sich in seinem Tagebuch mit der Anlage der Operationen, als wenn die endgültige Entscheidung für den Feldzug bereits gefallen sei[184]. Leeb notierte als Ergebnis seiner Reise nach Berchtesgaden[185]: „Führer ist entschlossen, mit Polen Schluß zu machen." Die ernste Stimmung, mit der einige Generale den Obersalzberg verließen, bezog sich nicht auf den Krieg gegen Polen, den man zu führen bereit war, sondern auf die Gefahr eines Eingreifens Englands und Frankreichs[186]. Mit dem überraschenden Coup eines Pakts mit Stalin hatte Hitler zwar die schlimmsten Sorgen zerstreut, nicht aber das Risiko eines großen Krieges gebannt. Von einer Opposition der Generale gegen Hitlers Kriegspolitik war allerdings nichts zu spüren.

Bereits am 25. August 1939 erfolgte der Angriffsbefehl für den kommenden Tag. Die Militärmaschinerie lief an. Jeder General war an seinem Platz und übernahm seine Funktion im militärischen Räderwerk. Die Rücknahme des Befehls nur einige Stunden später kam überraschend und wurde keineswegs nur mit Erleichterung aufgenommen. Viele Generale fühlten sich durch eine unberechenbare Politik in ihrer Arbeit behindert. Der Oberbefehlshaber der 4. Armee, Günther v. Kluge, etwa war „außer sich"[187], und auch Generaloberst Fedor v. Bock, der Oberbefehlshaber der übergeordneten Heeresgruppe, registrierte einen „ersten niederschmetternden Eindruck"[188]. Hatten sich die Generale einmal auf den Angriff gegen Polen eingestellt, wichen ihre Bedenken schnell der professionellen Geschäftigkeit. Nur die im Westen eingesetzten Kommandeure konnten die diplomatischen Kapriolen zunächst gelassener betrachten und sich über die „merkwürdige Sachlage" mokieren[189]: „Der Führer ist bereit Krieg zu führen, aber er

gart, Ansprache, S. 141–148, hier S. 146. Liebmanns Eindruck war: „Im allgemeinen schien mir die Stimmung darauf hinauszulaufen: Wir sind uns zwar klar darüber, daß die Dinge keineswegs so rosig aussehen, wie der Führer sie hinstellte; zu irgendwelchen Einwänden oder Zweifelsäußerungen ist es jetzt aber zu spät. Hoffen wir, daß die Sache gut geht!"

[183] Vgl. die Nachweise ebd., S. 147, Anm. 101. Auch Manstein, Siege, S. 20, behauptet, weder Rundstedt noch er selbst seien zu der Auffassung gelangt, „daß es unter allen Umständen nunmehr zum Kriege kommen werde". Nach einer anderen retrospektiven Quelle meinte Rundstedt nach der Ansprache aber zu seinem Generalstabschef: „Dieser Narr will Krieg." Zit. nach: Müller, Heer, S. 411.

[184] Bock, Kriegstagebuch, S. 33 (22. 8. 1939).

[185] Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 167 (22. 8. 1939).

[186] Vgl. die Aufzeichnung Liebmanns, November 1939, in: Baumgart, Ansprache, S. 146: „Allenthalben sah man viele ernste und besorgte Gesichter, und ich hatte das Gefühl, daß zum mindesten ein großer Teil der Generäle des Heeres meine Bedenken teilte." Liebmann hielt die Wehrmacht für einen Krieg gegen Polen gut gerüstet. „Wer aber konnte im Ernst glauben, daß dieser Krieg sich lokalisieren lassen würde?" Angeblich äußerte sogar Reichenau hinter vorgehaltener Hand Zweifel, zit. nach: Müller, Heer, S. 411: „Der Mann irrt sich gewaltig, wenn er glaubt, daß dieser Krieg in wenigen Wochen beendet sein wird. Das wird kein Krieg von sechs Wochen, das wird ein Krieg von sechs Jahren."

[187] Bock, Kriegstagebuch, S. 35 (26. 8. 1939). Vgl. auch Kluge an seine Frau, Kolberg 27. 8. 1939, in: BA-MA, MSg 1/534: „Wenige Stunden vor Operationsbeginn kam der Befehl ‚alles anhalten'. Du kannst Dir unsere Stimmung denken. Wenn der Führer nicht *große* Gegenleistungen einhandelt, wäre dieses Aufschieben gar nicht zu verstehen."

[188] Bock, Kriegstagebuch, S. 35 (25. 8. 1939).

[189] Tagebuch Heinricis, 29. 8. 1939, in: BA-MA, N 265/9.

findet keinen Gegenpaukanten." Doch sehr bald verstärkte sich wieder der Eindruck, „daß die politische Lage sich verschärft und daß der Krieg unvermeidlich ist", der Krieg nicht nur gegen Polen, sondern auch gegen die Westmächte[190].

Dem deutschen Angriff am 1. September 1939 folgten am 3. September die Kriegserklärungen Englands und Frankreichs an das Deutsche Reich. Damit war eine Lokalisierung des Konflikts gescheitert. Zugleich zerbrachen alle Illusionen, dass ein großer Krieg vermieden werden könne. Die meisten Generale waren über diese Entwicklung enttäuscht, doch wandte sich ihre Enttäuschung nicht unbedingt gegen die eigene Staatsführung. Leeb verlor zwar angesichts des Kriegseintritts der Westmächte in seinem Tagebuch ausnahmsweise die Beherrschung in seiner Beurteilung Hitlers, den auch er meist als „Führer" bezeichnete[191]: „Hitler ist ein verblendeter Narr, ein Verbrecher!" Doch Reaktionen wie diese blieben vereinzelt. Die Haltung der Generale nach der Ausweitung des Konflikts war in der Regel ernst, aber gefasst, keineswegs übermäßig überrascht, beinahe fatalistisch, auf die professionellen Aufgaben konzentriert, voll gespannter Unruhe, wie die militärischen Operationen wohl verlaufen würden[192]. Guderian hatte bereits Ende August 1939 geschrieben, dass man auch einen großen Krieg mit Fassung ertragen könne, und hinzugefügt[193]: „Wir haben nun einmal das Los gezogen, in einer kriegerischen Zeit zu leben und müssen uns damit abfinden." Am 4. September erkannte er, dass „ein neuer Weltkrieg im Entstehen ist. Die Sache wird also lange dauern und wir müssen die Nacken steifen."[194]

Letztlich waren alle Generale unserer Gruppe bereit, Adolf Hitler auf seinem riskanten Weg selbst in einen neuen Weltkrieg hinein zu begleiten. Dabei war es ganz gleichgültig, ob sie seine Expansionspolitik zuvor mit Kritik verfolgt hatten oder nicht. Die Skeptiker und Kritiker waren in der Minderzahl, und nur Stülpnagel wäre vielleicht schon zu dieser Zeit gewillt gewesen, nicht nur zu kritisieren, sondern zu opponieren. Doch selbst er folgte Hitler in den Krieg. Die meisten, die über die außenpolitischen Erfolge der letzten Jahre gejubelt hatten, hielten einen Krieg zur Behauptung dieser erweiterten Machtposition über kurz oder lang ohnehin für unausweichlich. „Wäre der Krieg heute nicht begonnen, käme er in einigen Jahren, wenn England u. Frankreich und Amerika ganz stark und bei Ihnen tatkräftige Männer am Werk sind", glaubte Heinrici. „Im Großen gesehen ist dieser Krieg ein Präventivkrieg, den zu führen wir später doch gezwungen sein würden."[195] Das sozialdarwinistische Ideologem vom „Kampf um Sein oder Nichtsein" der Menschen und Nationen förderte bei vielen die fatalistische Einstellung, dass dieser Krieg um das „Lebensrecht" der Deutschen unvermeidbar sei und jetzt durchgestanden werden müsse. Hoth bekannte später, er sei „in vollem Vertrauen auf die staatsmännische Befähigung Hitlers u. seine persönliche Unantastbarkeit in den Krieg gegangen. Der Krieg [...] war für mich nicht Parteisache; er diente

[190] Bock, Kriegstagebuch, S. 38 (29. 8. 1939). „England gibt anscheinend nicht nach."
[191] Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 172 (3. 9. 1939).
[192] Bock verwies in seinem Tagebuch kommentarlos auf die Kriegserklärung und wandte sich schnell wieder den positiven Eindrücken des Polenfeldzugs zu. Vgl. Bock, Kriegstagebuch, S. 42 (3. 9. 1939).
[193] Guderian an seine Frau, Groß-Born 24. 8. 1939, in: Bradley, Guderian, S. 216.
[194] Guderian an seine Frau, Tuchel 4. 9. 1939, ebd.
[195] Tagebuch Heinricis, 1. 9. 1939, in: BA-MA, N 265/9.

auch nicht ehrgeizigen Plänen. Ich sah ihn als Schicksalskampf des deutschen Volkes, in dem ich meine soldatische Pflicht zu tun hatte."[196] Man ging – wie es ein anderer General rückblickend formulierte – „nicht begeistert, nicht kriegswütig, aber ernst und pflichtbewusst der schweren Aufgabe entgegen in dem Gefühl, dass eine andere friedliche Lösung nicht zu erreichen war"[197].

Die traditionelle Auffassung von Treue gegenüber dem Staatsoberhaupt und von Pflicht gegenüber dem eigenen Land machte es höchst unwahrscheinlich, dass ein General im Moment der – wie es allgemein gesehen wurde – äußeren Bedrohung aus der „Volksgemeinschaft" ausscherte. Ob man den Krieg wollte oder nicht, war zweitrangig. Allein die Vorstellung, sein Land und seine Soldaten „im Stich zu lassen", erschien jedem Offizier als ungeheuerlich. Generalleutnant Hans-Georg Reinhardt, damals Kommandeur der 4. Panzerdivision, gestand nach dem Krieg, dass er gar nicht auf den Gedanken gekommen wäre, „sich zu widersetzen oder seine Truppe zu verlassen. Auch wenn ich damals gewusst hätte, dass dieser Krieg verbrecherischen Charakter hätte, hätte ich damals meine Soldaten nicht im Stich gelassen."[198]

Überdies boten diese hektischen Wochen wenig Zeit zu trüben Gedanken. Die Generale unserer Gruppe mussten ihre ganze Kraft und Konzentration auf die militärischen Vorbereitungen richten. Sie hatten bereits im Polenfeldzug die größte Verantwortung zu tragen. Die Generalobersten Bock und Rundstedt führten die beiden Heeresgruppen, die Generale Kluge, Küchler und Reichenau befehligten drei der fünf Armeen, Busch, Falkenhorst, Guderian, Hoepner, Hoth, Kleist, Schobert, Strauß und Weichs stellten mehr als die Hälfte der in Polen eingesetzten Kommandierenden Generale der Armeekorps. Dazu kamen drei Divisionskommandeure (Dietl, Reinhardt und Schmidt), jeweils ein Generalstabschef einer Heeresgruppe (Manstein), einer Armee (Paulus) und eines Korps (Model) sowie Stülpnagel als engster Mitarbeiter Halders. Lediglich vier Generale waren im Westen mit der für jeden ehrgeizigen Soldaten undankbaren Aufgabe der Grenzsicherung beauftragt: Leeb befehligte die westliche Heeresgruppe, Ruoff ein Armeekorps, Heinrici und Lindemann standen an der Spitze von Divisionen[199].

Die meisten dieser Generale erhielten im Polenfeldzug von vornherein sehr wichtige Aufgaben – nicht allein die fünf Heeresgruppen- und Armeeoberbefehlshaber, die ohnehin die verantwortungsvollsten Positionen besetzten. Guderian, Hoth, Hoepner und Kleist führten motorisierte Korps, die als Stoßkeile den Zusammenbruch der polnischen Armee beschleunigen sollten. Besonders auf Erich Hoepner als Befehlshaber des wohl schlagkräftigsten deutschen Verbands, des XVI. Armeekorps, und den Kommandeuren seiner beiden Panzerdivisionen Schmidt (1. Panzerdivision) und Reinhardt (4. Panzerdivision) lastete der hohe Druck, die Operation im Zentrum auf Warschau voranzutreiben. Diese Aufgabe

[196] Aufzeichnung Hoths für das „Advisory Committee on Clemency for War Criminals", Landsberg 1950, in: BA-MA, N 503/86.

[197] Aufzeichnung Reinhardts „Meine Teilnahme an den Kriegen Hitlers 1938–1945", Nürnberg Oktober 1948, S. 6, in: BA-MA, N 245/22.

[198] Ebd.

[199] Rangstruktur unserer Gruppe zu Beginn des Polenfeldzugs: 3 Generaloberste, 13 Vollgenerale, 6 Generalleutnants, 3 Generalmajore.

beschäftigte den Offizier Hoepner vor Beginn des Feldzugs weit stärker als alle politischen Grundsatzfragen[200]: „Mehrere sind eifersüchtig auf mich, weil ich die Hauptaufgabe habe. Hoffentlich löse ich sie." Die gespannte Erwartung, wie man selbst, die Truppe und die noch nicht kriegserprobten neuen Waffen diese große Bewährungsprobe bestehen würden, nahm fast alle Gedanken in Anspruch. Armeeoberbefehlshaber Günther v. Kluge beklagte zwei Tage vor dem Angriff[201]: „Wenn nur erst diese Ungewissheit von der Truppe genommen würde! Nichts ist schlimmer als auf einen Angriff warten."

Die Ungewissheit und das Warten wichen schnell der Begeisterung über den militärischen Erfolg in Polen[202], der auch die Ernüchterung über den Kriegseintritt der Westmächte vorübergehend ganz überstrahlte. Allen Generalen werden die persönlichen Erinnerungen an die hohen Verluste von 1914 vor Augen gestanden haben. Umso größer war die Erleichterung, als sich schon in den ersten Tagen des Feldzugs abzeichnete, dass die hoffnungslos unterlegene polnische Armee in wenigen Wochen ohne zu hohen Blutzoll besiegt werden konnte. Bock schilderte bereits am vierten Tag bewegt den „Stolz und Jubel der Truppe" sowie den „überwältigende[n] Eindruck auf den Führer", der das II. Armeekorps (Strauß) beim Weichselübergang besuchte[203]. Weichs konnte schon am 6. September von einem „Ruhmestag" seines Korps nach Hause berichten, „wie ich ihn nach Weltkriegserfahrungen nicht für möglich gehalten habe. [...] Wir haben jetzt das erhebende Gefühl, einen großen Sieg erfochten zu haben. Der Feldzug auf diesem Kriegsschauplatz ist wunderbar."[204] Die Zweifel über die Qualität der so rasch hochgerüsteten Armee wurden von der Euphorie verdrängt, „daß wir tatsächlich die beste Wehrmacht der Welt haben"[205]. Reinhardt, der mit seiner 4. Panzerdivision entscheidend zum schnellen Erfolg beitrug, sprach voller Stolz von der „Krönung des Soldatenlebens"[206] und gedachte noch Jahre später in seiner Landsberger Haft wehmütig der „Kämpfe vor Warschau und an der Bzura, wie schön und groß war alles damals"[207]. Und selbst Hoepner, der schon 1939 kritischer als manch anderer

[200] Hoepner an seine Frau, Bunzlau 23. 8. 1939, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 1–4, hier Bl. 2.

[201] Kluge an seine Frau, Gastrow 29. 8. 1939, in: BA-MA, MSg 1/534. Vgl. auch die Aufzeichnung Reinhardts „Meine Teilnahme an den Kriegen Hitlers 1938–1945", Nürnberg Oktober 1948, S. 6, in: BA-MA, N 245/22: „Und nun kam die für einen Führer immer so schwere Spannung, das Warten, wie das erste Vorgehen der Truppe zum Angriff verlaufen würde, das Nichts-tun-können, nur Bangen und Hoffen."

[202] Zu Vorbereitung und Verlauf des Polenfeldzugs vgl. zusammenfassend DRZW, Bd. 2, S. 92–135 (Beitrag Rohde).

[203] Bock, Kriegstagebuch, S. 42 (4. 9. 1939).

[204] Weichs an seinen Schwager, 6. 9. 1939, in: BA-MA, N 19/2. Der Erfolg war der Wartheübergang.

[205] Ebd. „Wir alle, die wir an dem raschen Aufbau mitgewirkt haben, hatten vielleicht Zweifel, ob das Gefüge der Truppe für solche Belastung schon fest genug sei. Die Truppe hat uns u. sich gleich auf allen Fronten bewiesen, daß solche Zweifel unberechtigt waren." Vgl. auch Guderian an seine Frau, Brest-Litovsk 17. 9. 1939, in: Bradley, Guderian, S. 217: „Auf meine Panzerwaffe kann ich besonders stolz sein; sie hat sich glänzend bewährt und wir verdanken ihr die raschen und verhältnismäßig unblutigen Erfolge."

[206] Reinhardt an seine Frau, 22. 9. 1939, in: BA-MA, N 245/2: „Ihr sollt Euch mit mir freuen, dass ich nach dem stolzen großen Erleben als Leutnant und Hauptmann im ersten Weltkrieg jetzt die Krönung des Soldatenlebens erlebe, Führer sein zu dürfen von Truppen an entscheidender Stelle. Divisionskommandeur sein im Felde ist wohl die schönste und höchste Führerstelle, wo der persönliche Einfluß und Zusammenhang zwischen Führer und Geführten noch besteht."

[207] Reinhardt an Eberbach, Landsberg 24. 5. 1949, in: BA-MA, N 260/17. In seiner Aufzeichnung für seine Frau „Der zweite Abschnitt meiner militärischen Laufbahn", 1947, in: BA-MA, N 245/22,

eingestellt war, erlebte „wunderbare Situationen“[208]: „Nun hoffe ich, daß wir diesmal einen siegreichen Krieg noch erleben.“

Es gab wohl kaum einen am Polenfeldzug beteiligten hohen Offizier, der nicht ähnlich empfand. Der glänzende Erfolg der frühzeitig entschiedenen Operationen, die am 6. Oktober 1939 mit der Kapitulation der letzten polnischen Streitkräfte abgeschlossen wurden, begründete den Ruhm der Kommandeure im Osten, während die im Westen eingesetzten Generale sehr bedauerten, nicht „dabei“ zu sein. Die Politik geriet zunächst in den Hintergrund. Das merkwürdige Zweckbündnis mit der Sowjetunion wurde jedoch stark beachtet. In der Beurteilung dieses Bundesgenossen schwankten die Generale zwischen Ideologie und Pragmatismus, zwischen ihren Vorbehalten gegen den bolschewistischen Feind und der Erinnerung an die frühere Zusammenarbeit mit der Roten Armee oder sogar an die große Zeit der preußisch-russischen Freundschaft, die ebenfalls fatale Konsequenzen für Polen gehabt hatte. „Die Meinung, ob es ein ehrlicher Verbündeter ist, sind sehr geteilt“, stellte Heinrici fest[209]. „Ich hoffe jedoch, es ist ein ehrlicher Verbündeter, der das Wort ernst meint. Stets ist es Deutschland u. Rußland gut gegangen, wenn sie zusammen standen.“ Dagegen hatte Kluge „von vornherein“ Bedenken gegen den Pakt mit den Sowjets[210]. Bock warnte seine Truppen an der Demarkationslinie „vor zu naher Berührung mit den Russen“[211]. Dieser Bundesgenosse blieb für die meisten unheimlich, unberechenbar und gefährlich.

Der Erfolg in Polen ließ die Hoffnung aufkeimen, dass die Auseinandersetzung mit England und Frankreich vermieden werden könne. „Schön wäre es, wenn wir nur diesen einen Kriegsschauplatz hätten“, schrieb Weichs schon am 6. September[212]. Als der Sieg gegen Polen sicher war, meinte auch Guderian[213]: „Eigentlich ist der ganze übrige Krieg gegen Frankreich und England damit sinn- und gegenstandslos geworden. Ob unsere Herren Gegner aber schon bis zu dieser Erkenntnis vorgedrungen sind, ist fraglich.“ Ende September 1939 verstärkte sich aber der Eindruck, dass die Westmächte nicht einlenken würden und der Kampf daher immer näher rücke[214]. „Nach den letzten Reden Daladiers u. Chamberlains glaube ich nicht an baldigen Frieden“, meinte Hoepner. Und Heinrici notierte[215]: „Es soll also wohl doch zum Kampf kommen, den im Grunde *kein* Volk will, den aber die englische Regierung für nötig hält, weil sie sich in ihrer weltbeherrschenden Stellung bedroht fühlt.“ Auch nach dem raschen Triumph im Osten war der Krieg im Westen alles andere als populär. Keiner wusste besser als die Heeresgenerale, dass

schrieb er, es wäre „unehrlich und unsoldatisch“, wenn er nicht bekennen würde, wie „stolz und glücklich“ er damals gewesen sei.

208 Hoepner an seine Frau, 6. 9. 1939, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 9f.

209 Tagebuch Heinricis, 13. 9. 1939, in: BA-MA, N 265/9. „Die meisten traun jedoch Herrn Stalin nicht.“ Vgl. dagegen Kleist, Erinnerungen, Bd. 5, in: BA-MA, N 354/27, Bl. 17: „Wir Soldaten alter Seeckt'scher Schule, aber auch das ganze deutsche Volk begrüßten unser Bündnis mit Rußland im Herbst 1939 freudig und ehrlich. Zusammen hätten wir auch ohne Krieg die Welt beherrscht. [...] Ich selbst habe Stalin getraut.“

210 Kluge an seine Frau, Köln 21. 10. 1939, in: BA-MA, MSg 1/534.

211 Bock, Kriegstagebuch, S. 61 (29. 9. 1939).

212 Weichs an seinen Schwager, 6. 9. 1939, in: BA-MA, N 19/2.

213 Guderian an seine Frau, 23. 9. 1939, in: Bradley, Guderian, S. 217.

214 Hoepner an seine Frau, 26. 9. 1939, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 22f.

215 Tagebuch Heinricis, Ende September 1939, in: BA-MA, N 265/9.

die französischen und englischen Streitkräfte ganz andere Gegner waren als die polnische Armee. Der Siegeslorbeer drohte ihnen durch eine Niederlage im Westen wieder entrissen zu werden. Die Schuld an dieser Entwicklung wurde weniger bei Hitler als bei den Westmächten gesucht. Besonders England galt allgemein als Triebfeder des Krieges[216].

Die Reputation Hitlers war durch den Sieg gegen Polen bei vielen Generalen erneut gestiegen. Wieder, ja sogar stärker als zuvor verband sich sein Erfolg mit ihrem militärischen Ruhm. Dem Feldzug folgten Auszeichnungen und Beförderungen. Der neugegründete höchste Kriegsorden, das Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz, wurde nicht nur den Oberbefehlshabern der siegreichen Heeresgruppen und Armeen angeheftet, sondern auch vielen der neuen „Helden" in der Generalität, als die man die Kommandeure von motorisierten Verbänden allgemein feierte. Die Kommandierenden Generale Guderian, Hoepner und Hoth wurden ebenso ausgezeichnet wie der Divisionskommandeur Reinhardt, für den die Ordensverleihung durch Hitler in der Reichskanzlei zu einem bewegenden Ereignis wurde[217]. Doch auch alle anderen Generale unserer Gruppe hatten sich im polnischen Feldzug bewährt und wurden für den Aufstieg in höhere Ränge und Stellungen vorgesehen[218]. Sie gehörten einem immer überschaubareren Kreis von besonders befähigten Generalen an, die nun auch untereinander häufiger in dienstlichen Kontakt traten. Nach und nach formierten sich diese Offiziere zur kleinen Positionselite der Oberbefehlshaber an der Ostfront von 1941/42. Doch zunächst gelangte die Auseinandersetzung mit den Westmächten auf die Tagesordnung der deutschen Kriegspolitik. Bis Ende des Jahres 1939 wurden sie alle – mit Ausnahme des weiter im OKH verbleibenden Stülpnagel – an die Westgrenze verlegt.

Die Euphorie über den Triumph in Polen wurde sehr bald durch die Depression über den ungewissen Fortgang des Krieges abgelöst. Es zeigte sich, dass die Heeresführung im Westen keine andere strategische Konzeption besaß als defensives Abwarten, während Hitler bereits am 27. September 1939 auf einen Angriff drängte. Die nächsten Wochen wurden vom Ringen zwischen dem aktiven Diktator und der eher passiven Generalität um die Westoffensive bestimmt[219]. Die weltkriegserfahrenen Generale fürchteten eine Neuauflage des deutschen Verblutens an der Westfront und hatten großen Respekt vor der französischen Militärmacht. Sie setzten daher auf ein allmähliches „Einschlafen" des ohnehin bisher merkwürdig ruhigen Krieges im Westen und auf eine diplomatische Lösung. Dagegen erkannte Hitler die mangelnde Friedensbereitschaft besonders Großbritanniens ebenso realistisch wie die Grenzen der deutschen Rüstungskapazitäten und wollte daher die „Flucht nach vorn"[220] wagen.

[216] Vgl. auch Hartmann, Halder, S. 189f.

[217] Vgl. den euphorischen Bericht in seinem Brief an seine Familie, Würzburg 30. 10. 1939, in: BA-MA, N 245/21. Reinhardt war zu dieser Zeit von dem „Genie, das eben der Führer ist", völlig überzeugt.

[218] Kluge und Reichenau avancierten im Oktober 1939 zu Generalobersten, Falkenhorst zum General der Infanterie, Weichs zum Armeeoberbefehlshaber. Die übrigen Beförderungen erfolgten vor Beginn des Westfeldzugs.

[219] Vgl. Jacobsen, Fall Gelb, S. 8–64; Müller, Heer, S. 471–573 passim; Hartmann, Halder, S. 157–172.

[220] Ebd., S. 159.

Der Konflikt um diese Grundsatzfrage versetzte die höchste Generalität in eine Krisen-, ja Katastrophenstimmung. Der Entschluss Hitlers, den Angriff durch drei neutrale Staaten „so stark und frühzeitig wie möglich" durchzuführen[221], schien den erneuten Niedergang des Deutschen Reichs einzuleiten. Jene Generale unserer Gruppe, die als Oberbefehlshaber in die Pläne eingeweiht wurden, waren entsetzt. Leeb (Heeresgruppe C) sprach von einem „Wahnsinnsangriff unter Verletzung der Neutralität Hollands, Belgiens und Luxemburgs"[222], und Reichenau (6. Armee) bezeichnete die beabsichtigte Offensive als „geradezu verbrecherisch"[223]. Auch Bock (Heeresgruppe B) und Kluge (4. Armee) bekundeten bereits frühzeitig ihre Ablehnung[224], allerdings weniger entschieden als Wilhelm Ritter v. Leeb, der von allen Truppenführern den entschlossensten Widerstand gegen die Angriffspläne zu leisten bereit war. Die „schwere Sorge um unsere weitere Zukunft" veranlasste ihn am 11. Oktober 1939 zu einer großen, an Brauchitsch gerichteten Denkschrift, in der er sich deutlich gegen einen Angriff aussprach, für ein Abwarten plädierte und besonders auch vor einer Verletzung der Neutralität Hollands, Belgiens und Luxemburgs warnte[225].

Während sich bei Leeb die Ablehnung der Offensivpläne mit einer intern sehr scharfen Kritik an Hitler verband[226], beschränkten sich die meisten anderen Generale auf sachliche Einwände. Charakteristisch war die Haltung Günther v. Kluges, der wegen der englischen Unnachgiebigkeit einen „Krieg bis aufs Messer" befürchtete und seiner Frau gegenüber am 13. Oktober seinen Standpunkt verdeutlichte[227]: „Wenn auch unsere Kampfkräfte moderner als die des Feindes sind, so ist an ein endgültiges Niederringen Englands und Frankreichs nicht zu denken, weil uns einfach die Kräfte fehlen. Es käme nur zu einem gegenseitigen Verbluten ganz großen Stils. [...] Ob es unter solchen Umständen nicht klüger ist, abzuwarten, in unserer Westwallstellung, die von Monat zu Monat stärker wird, und alles zu tun, um die Verbindung zu Russland sicherzustellen? Schließlich müßten sie dann uns doch angreifen und ihrerseits die Neutralität der beiden Staaten verletzen. Ich neige *unbedingt* dieser Lösung zu, denn die andere macht uns genau wie 1914 die ganze Welt zum Feinde." Beinahe versöhnlich gestand Kluge aber abschließend

[221] Weisung Hitlers Nr. 6, Berlin 9. 10. 1939, in: Hubatsch (Hrsg.), Weisungen, S. 32f.

[222] Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 188 (9. 10. 1939). Vgl. auch Bock, Kriegstagebuch, S. 65 (10. 10. 1939), über die „schroff ablehnende" Haltung Leebs.

[223] Aufzeichnung Liebmanns über ein Gespräch mit Reichenau am 9. 10. 1939, in: Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 188, Anm. 104.

[224] Ebd., S. 188 (10. 10. 1939): Bock „trifft ein, wird unterrichtet, scheint ebenfalls nicht sehr von der Durchführbarkeit eines Angriffs überzeugt zu sein". Bock, Kriegstagebuch, S. 65 (11. 10. 1939): „Vormittags Besprechung mit den Armeeführern Kluge und Reichenau über allgemeine Dinge und über die Frage des Angriffs. Beide lehnen ihn zur Zeit ab." Zur Haltung Bocks und Leebs vgl. auch die Tagebucheintragungen der kommenden Wochen. Die übrigen Oberbefehlshaber unserer Gruppe – Rundstedt (Heeresgruppe A), Weichs (2. Armee), Busch (16. Armee) und Küchler (18. Armee) – kamen erst nach und nach aus Polen in den Westen.

[225] Denkschrift Leebs, 11. 10. 1939, in: Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 468–471. Zitat S. 468 im Begleitschreiben an Brauchitsch. Für Leeb wurde „vielleicht auf Jahrzehnte über das Schicksal unseres Volkes" entschieden.

[226] Vgl. etwa ebd., S. 188 (9. 10. 1939): „Die Rede Hitlers im Reichstag [am 6. 10. 1939] war also nur ein Belügen des deutschen Volkes."

[227] Kluge an seine Frau, Köln 13. 10. 1939, in: BA-MA, MSg 1/534. „Hebe diesen Brief auf, er hat vielleicht nochmal historisches Interesse."

zu: „Der Führer ist wenig beneidenswert." Die Schuld an der vertrackten Lage wurde nicht Hitler gegeben.

Als am 19. Oktober 1939 die ersten Anweisungen für den „Fall Gelb" herausgegeben wurden, verstärkte sich das Bemühen der verantwortlichen Truppenbefehlshaber, die Offensive zu verhindern, zumindest aber zu verschieben. Am 25. Oktober betonten Bock, Kluge und Reichenau in einer Besprechung mit Hitler die hohen Risiken der geplanten Operation[228]. Allerdings wurde Bock jetzt „immer klarer, daß der Führer von dem Gedanken des Angriffs nicht abzubringen ist"[229]. Es zeichnete sich ab, dass es nur noch um den Zeitpunkt und die Anlage der Offensive ging, während Hitlers Entschluss nicht mehr zur Disposition stand – und dass nahezu alle Generale bereit waren, sich mit diesem Entschluss abzufinden. Zwar schlugen sich weitere Oberbefehlshaber wie etwa Rundstedt[230] (Heeresgruppe A) auf die Seite der Kritiker, zwar versuchte Leeb dem schwachen Oberbefehlshaber des Heeres das „Rückgrat zu stärken" und war sogar bereit, gemeinsam mit Brauchitsch den Dienst zu quittieren[231], zwar unternahm Reichenau mehrere persönliche Einwirkungsversuche auf Hitler[232], doch all diese Bemühungen konnten angesichts der Entschlossenheit des Diktators und der Halbherzigkeit der Generalität nicht zum Ziel führen. Selbst Leeb resignierte, als ihm Bock und Rundstedt am 9. November mitteilten, sie „werden ihre Pflicht, wenn der Angriff befohlen wird, bestmöglich tun"[233]. Nach dieser Absage an einen gemeinsamen Schritt gab auch Leeb seinen Widerstand auf und verzichtete auf einen demonstrativen Rücktritt, den er im Krieg wohl ohnehin für „Meuterei" hielt[234].

Spätestens ab Mitte November 1939 stand die Westoffensive prinzipiell nicht mehr in Frage, gerungen wurde nur noch um die Einzelheiten, vor allem um den – immer wieder verschobenen – Angriffstermin. An der grundsätzlichen Entscheidung konnten auch die übrigen oberen Truppenführer, die nach und nach von den Operationsplanungen erfuhren und meist die Bedenken der Oberbefehlshaber

[228] Bock, Kriegstagebuch, S. 67–69 (25. 10. 1939). Vgl. auch Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 193 (28. 10. 1939): „H.Gr.- und Armeeführer der Angriffsfront waren beim Führer, haben alle abgeraten, gegenwärtig den Angriff durchzuführen. Generaloberst v. Brauchitsch wurde garnicht gehört. Halder überlastet."

[229] Bock, Kriegstagebuch, S. 69 (26. 10. 1939). „Er hält ihn politisch und militärisch für notwendig. Die Verschiebung des Zeitpunktes aber wird er vielleicht doch als notwendig erkennen."

[230] Ebd., S. 70 (30. 10. 1939). Auch Weichs teilte die Skepsis, ebd., S. 71 (31. 10. 1939).

[231] Vgl. Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 195 (31. 10. 1939), und das Schreiben Leebs an Brauchitsch, 31. 10. 1939, ebd., S. 472, in dem er seine Argumente gegen die Westoffensive wiederholte und die „Friedenssehnsucht" des Volkes betonte, sogar zum „Zugeständnis einer Autonomie für die Tschechei und das Bestehenbleiben eines Reststaates Polen" riet. Brauchitsch möge „seine Auffassung, hinter der der gesamte Generalstab und alle denkenden Teile des Heeres stehen, in aller Form zur Geltung bringen."

[232] Vgl. Bock, Kriegstagebuch, S. 71 (1. 11. 1939), 72 (4. 11. 1939), 74 (11. 11. 1939); Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 199 (9. 11. 1939).

[233] Ebd. „Bock meint, daß Führer sich vom Angriff durch nichts mehr abbringen läßt." Rundstedt besprach am 11. 11. 1939 mit den Generalen seiner Heeresgruppe die bevorstehenden Aufgaben, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-511. Die Zeit der „Erwägungen und Bedenken ist nun abgeschlossen. Dem Heer ist seine Aufgabe gestellt und es wird sie erfüllen!" Er versuchte, sich und seine Unterführer durch einen historischen Vergleich zu beruhigen: „Die Heere der franz[ösischen] Revolution haben, kaum ausgebildet, schlecht bewaffnet und [mit] mässigen Truppenoffizieren, aber geführt von dem Willen eines Napoleon die festgefügten Heere Österreichs und Preussens niedergeworfen."

[234] Vgl. Bock, Kriegstagebuch, S. 201 (21. 11. 1939).

teilten, nichts mehr ändern. Da half auch die „letzte Hoffnung" eines Erich Hoepner nicht, „daß vielleicht doch noch die Vernunft siegt. Alle Soldaten sind meiner Ansicht: Rundstedt, den ich in Koblenz traf, und Bock, der heute bei mir war, wie Reichenau, Halder, Stülpnagel usw."[235] Wie bei Leeb verschärfte sich auch bei Hoepner die Kritik an Hitler: „Wenn nicht ein anderer wahnsinnig ist, möchte man es selbst werden." So weit gingen allerdings die wenigsten. Ein anderer Kommandierender General, Nikolaus v. Falkenhorst, beschränkte sich auf die Meinung, „daß man jetzt im Westen nicht angreifen soll"[236].

Von einigen der späteren Oberbefehlshaber an der Ostfront waren die stärksten Bedenken gekommen. Jedoch waren diese Vorbehalte überwiegend militärfachlich, nicht politisch oder gar grundsätzlich gegen das Regime gerichtet. Allein bei Leeb und Hoepner lässt sich eine Verbindung der fachlichen Kritik mit Ansätzen einer oppositionellen Haltung gegen Hitler erkennen. Doch selbst Leeb wusste nichts von den Staatsstreichplänen, die im Herbst und Winter 1939 wieder aufleb-ten[237]. Auch die Verbindung Hoepners zum Widerstand ist nicht eindeutig[238]. Dagegen kannte Carl-Heinrich v. Stülpnagel, der Vertraute Halders und entschiedene Gegner des Krieges im Westen, diese Pläne, ja war sogar aktiv an den ersten, allerdings sehr vagen Vorbereitungen eines Umsturzes beteiligt[239]. Vorsichtige Sondierungen bei den Generalen der Westfront zeigten ihm aber, dass mit einer Unterstützung durch das Heer nicht zu rechnen war. Stülpnagel soll daraufhin dem zaghaften Halder gemeldet haben[240]: „Du siehst richtig, es geht nicht! Die Kommandeure und die Truppen würden Deinem Ruf nicht folgen." Mitte November 1940 hatten beide resigniert, da ein Staatsstreich offenbar keine realistischen Erfolgsaussichten besaß.

Die fachliche Kritik an dem Angriffsplan im Westen war nicht mit einem allgemeinen Vertrauensverlust in Hitler gleichzusetzen. Viele werden der Meinung Hoths gewesen sein[241]: „Auch mir erschien damals Hitler als die einzige Persönlichkeit, die mit ihrem starken Willen das deutsche Volk durch die Gefahren dieses Kampfes um Sein oder Nichtsein hindurchbringen könnte. [...] Es wäre mir als Verrat an diesem Volk erschienen, Schritte gegen Hitler zu ergreifen, oder das Vertrauen zu ihm durch Kritik zu untergraben, zu der mir die Unterlagen fehlten." Ein zweiter „Dolchstoß", diesmal mit umgekehrten Vorzeichen, schien verwerflich. Zweifel an der Strategie änderten nichts an der politischen Loyalität. Wenn das Attentat Johann Elsers auf Hitler am 8. November 1939 gelungen wäre, hätte

[235] Hoepner an seine Frau, Düsseldorf 7. 11. 1939, in: Bücheler, Hoepner, S. 92.

[236] Bock, Kriegstagebuch, S. 76 (15. 11. 1939). „Bezeichnenderweise spricht neben den militärischen Bedenken bei allen Generalen die Scheu davor mit, die immer wieder versicherte Neutralität zweier Länder zu verletzen."

[237] Vgl. Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 51 f. Zu den Staatsstreichplänen vor allem Hoffmann, Widerstand, S. 146–186; Müller, Heer, S. 471–573; Hartmann, Halder, S. 162–172.

[238] Auch Müller, Heer, S. 544 f., und Bücheler, Hoepner, S. 91–99, können sich nur auf dürftiges retrospektives Material stützen.

[239] Zur Rolle Stülpnagels vgl. Müller, Heer, S. 493–545; Bücheler, Stülpnagel, S. 161–185. Stülpnagels Meinung über den „Hasardeur" Hitler war den Insidern bekannt, auch, dass er zum „Defaitistenklub" im OKH gehörte. Vgl. Heusinger, Befehl, S. 56, 60 f.

[240] Zit. nach: Vollmacht des Gewissens, Bd. 1, S. 402.

[241] Aufzeichnung Hoths „Stellung zum Führer und zur Politik", 1948, in: BA-MA, N 503/86. „Dass in der obersten militärischen Führung gegen den Führer gearbeitet wurde, blieb mir unbekannt."

diese Tat unter den Generalen vermutlich ganz überwiegend Entsetzen ausgelöst. Gotthard Heinrici schrieb erleichtert in sein Tagebuch, „der Führer" sei „tatsächlich durch ein Wunder bewahrt worden. Was wäre geworden, wenn er verunglückt wäre!"[242]

Der Widerstand gegen seine Angriffspläne erschütterte allerdings umgekehrt das Vertrauen des Diktators in die Generalität. Für den 23. November 1939 bat er – nach dem missglückten Attentat von der „Vorsehung" überzeugter denn je – nahezu die gesamte militärische Führung vom Oberbefehlshaber des Heeres bis zu den Kommandierenden Generalen und ihren Stabschefs in die Reichskanzlei, um in einer langen Ansprache seinen „unabänderlichen Entschluß" zur Westoffensive zu untermauern[243]. Dabei wiederholte Hitler nochmals seine Kriegsziele: die Lösung der „Lebensraum"-Frage „nur mit dem Schwert", in einem „Rassenkampf", und die Vorherrschaft in Europa, wobei er auch eine mögliche Auseinandersetzung mit der Sowjetunion zu einem späteren Zeitpunkt andeutete[244]. Jetzt sei der Moment günstig, den Gegner im Westen angriffsweise zu „vernichten" und den Krieg siegreich zu beenden. Das Urteil der Generale, die Wehrmacht sei durch diese Aufgabe überfordert, habe ihn „aufs tiefste gekränkt". Hitler verlangte, „daß die Führung von oben Beispiel einer fanatischen Entschlossenheit gibt". Er selbst werde in diesem Kampf „um Sein oder Nichtsein der Nation" siegen oder untergehen. „Ich werde vor nichts zurückschrecken und jeden vernichten, der gegen mich ist."

Der Fanatismus dieser Rede verfehlte seine Wirkung nicht. Besonders der an das OKH und die Heeresgeneralität gerichtete Vorwurf des Defätismus und die unverhohlenen Drohungen beeindruckten die Generale. „Durch alle Ausführungen leuchtet eine gewisse Mißstimmung gegen die Führer des Heeres", notierte sich Bock[245], war aber bereit, diese Vorwürfe hinzunehmen und seine Lehren aus ihnen zu ziehen. Allein zwei jüngere Generale, Guderian und Manstein, wünschten einen gemeinsamen Protest gegen Hitlers Misstrauensvotum, bemühten sich aber vergeblich um die Unterstützung durch Rundstedt, Reichenau und andere ältere Generale[246]. Resignation und Unsicherheit machten sich breit. Nachdem sich der energische Diktator so leicht durchgesetzt hatte, wollte man ihm zeigen, dass sein Misstrauen unbegründet war und die Generalität bei der Umsetzung des Angriffsbefehls perfekt „funktionierte". Die Zweifel an den Erfolgsaussichten des Westunternehmens blieben, doch war an eine gemeinsame und entschlossene Op-

[242] Tagebuch Heinricis, 10. 11. 1939, in: BA-MA, N 265/9.

[243] Im Folgenden zitiert nach der Niederschrift, in: Lagevorträge, S. 49–54. Vgl. auch die Rekonstruktion von Jacobsen, Fall Gelb, S. 59–64, sowie Bock, Kriegstagebuch, S. 78f. (23. 11. 1939), Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 202f. (23. 11. 1939); Weichs, Erinnerungen, Bd. 4, in: BA-MA, N 19/8, Bl. 4–6; Manstein, Siege, S. 84f. Aus unserer Gruppe dürften alle Generale mit Ausnahme der Divisionskommandeure Dietl, Heinrici, Lindemann, Reinhardt und Schmidt teilgenommen haben. Knapp, aber aufschlussreich ist eine Notiz Reichenaus über die Rede, in: BA-MA, N 372/22, Bl. 24: Die Wehrmacht sei noch nicht „auf seine Gedankengänge eingestellt. [...] Größte Entschlüsse nur von wenigen verstanden. Lebensraum-Anpassung. Zweites Reich – Gelegenheiten verpasst."

[244] Vgl. Lagevorträge, S. 51: „Wir können Rußland nur entgegentreten, wenn wir im Westen frei sind."

[245] Bock, Kriegstagebuch, S. 79 (23. 11. 1939).

[246] Vgl. Guderian, Erinnerungen, S. 76–78. Guderian trug Hitler schließlich selbst vor, dass die Generale seine Äußerungen als ungerecht und kränkend empfunden hätten.

position weniger denn je zu denken. Die Stimmung der Truppengenerale im Winter 1939/40 glich der, die ein Insider für das OKH und namentlich für Brauchitsch feststellte[247]: „Alles ist gereizt. Einer kämpft gegen den anderen. [...] Aber ein Entschluß zum Handeln wird nicht gefaßt. Man ist Soldat, an seinen Eid gebunden, dem Führer treu usw., vor allem aber klebt man an seiner Stellung [...]."

Nachdem die Frage der Strategie zugunsten Hitlers geklärt war, geriet die operative Frage in den Mittelpunkt. Das bot den Generalen eine willkommene Gelegenheit, sich auf ihre professionellen Aufgaben zurückzuziehen[248]. Die immer neue Verzögerung des Angriffstermins erlaubte ein gründliches Durchdenken des Operationsplans. An dieser militärfachlichen Diskussion waren einige Generale unserer Gruppe maßgeblich beteiligt, nicht nur die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen, sondern vor allem der Generalstabschef der Heeresgruppe A, Generalleutnant Erich v. Manstein. Während das OKH und die meisten Frontkommandeure einen nordwestlichen Schwerpunkt des Angriffs nach dem Muster des Schlieffenplans bevorzugten, entwarf Manstein den genialen, aber riskanten Plan, die Heeresgruppe A durch das unwegsame Gelände der Ardennen einen Keil bis zum Ärmelkanal treiben zu lassen. Das langwierige Ringen um diesen später so genannten Sichelschnittplan kann hier nicht nachgezeichnet werden[249]. Interessant ist, dass operativ und technisch progressive Generale wie Manstein und Guderian, der die Idee eines Panzerkeils nachdrücklich unterstützte[250], auf den Widerstand konservativer Generale wie Rundstedt, Bock und Busch stießen[251]. Noch schwerwiegender war der Gegensatz zwischen Halder, der lange unschlüssig ein „Spiel mit drei Schwerpunkten" trieb[252], und seinem lästigen Konkurrenten Manstein. Die Entscheidung brachte wieder Hitler. Obwohl Manstein durch die „Beförderung" zum Kommandierenden General eines abgelegenen Armeekorps in der Heimat kaltgestellt wurde, gelang es ihm am 17. Februar 1940, dem Diktator persönlich seine Pläne vorzutragen. Hitler fühlte sich in eigenen Gedanken bestätigt und stimmte begeistert zu. Damit war nach dem strategischen endlich auch der operative Entschluss gefallen. Der Rest der Vorbereitung war nurmehr militärische Detailarbeit.

Vor den Westfeldzug schob sich die Besetzung Dänemarks und Norwegens, die am 9. April 1940 begann und der Sicherung der Nordflanke, dem Schutz der schwedischen Erzzufuhr sowie der Erweiterung der Operationsbasis gegen England diente[253]. Dieses spektakuläre See-Luft-Landeunternehmen, das von Hitler

[247] Groscurth, Tagebücher, S. 234 (Privattagebuch vom 10. 12. 1939).

[248] Frieser, Blitzkrieg-Legende, S. 70, fasst diese Stimmung treffend zusammen: „Wenn dieser Feldzug schon nicht zu verhindern war, sollte er wenigstens gewonnen werden."

[249] Vgl. Manstein, Siege, S. 91–124; Jacobsen, Fall Gelb; Hartmann, Halder, S. 172–184; Frieser, Blitzkrieg-Legende, S. 71–116.

[250] Vgl. Guderian, Erinnerungen, S. 79–88.

[251] Vgl. etwa Guderian an seine Frau, 21. 1. 1940, in. Bradley, Guderian, S. 221: „Der Abend neulich bei Herrn v. R[undstedt] begann ganz nett und endete mit einer durch ihn und Busch hervorgerufenen Debatte über die Panzertruppe, die ich in ihrer Verständnislosigkeit und zum Teil sogar Gehässigkeit doch nach dem Polen-Feldzug nicht mehr für möglich gehalten hätte." Zum Schwanken Rundstedts und zur Ablehnung Buschs vgl. auch Guderian, Erinnerungen, S. 81 f. Die „vehementeste Kritik" (Frieser, Blitzkrieg-Legende, S. 112) an Mansteins Plan kam allerdings von Generaloberst Fedor v. Bock. Vgl. auch Heusinger, Befehl, S. 84–86.

[252] Bock, Kriegstagebuch, S. 83 (13. 12. 1939).

[253] Vgl. Hubatsch, Weserübung; Ottmer, Weserübung.

und dem OKW unter weitgehender Ausschaltung des OKH geplant wurde, ermöglichte zwei Generalen unserer Gruppe einen unerwarteten Karrieresprung. Der Kommandierende General Nikolaus v. Falkenhorst wurde Ende Februar überraschend nach Berlin gerufen und mit der Leitung des Sonderstabs „Weserübung" betraut, da Hitler und Keitel ihm wegen seiner Finnlanderfahrungen von 1918 gute Kenntnisse der skandinavischen Verhältnisse unterstellten[254]. Falkenhorst leitete die erfolgreiche Operation als Oberbefehlshaber der Armeegruppe XXI, wurde nach Abschluss des Unternehmens zum Generaloberst befördert und verblieb als „Wehrmachtsbefehlshaber Norwegen" im besetzten Land. Noch spektakulärer war der Aufstieg des Kommandeurs der 3. Gebirgsdivision, Eduard Dietl, der erst zu Beginn der Operation zum Generalleutnant ernannt worden war. Dass seine Männer in Narvik der alliierten Übermacht standhielten und damit der größten Krise des Feldzugs trotzten, vergaß der angesichts dieser Gefährdung „seines" Unternehmens äußerst nervöse Diktator ihm nie. Die bevorzugte Beförderung zum General der Infanterie und Kommandierenden General sowie die erstmalige Verleihung des Eichenlaubs zum Ritterkreuz waren sein Lohn. Dietl wurde von einem eher unbekannten Durchschnittsgeneral zur Ikone des Nationalsozialismus, zum „Lieblingsgeneral des Führers"[255].

Die Meinungen der Generale über das „Unternehmen Weserübung" waren geteilt. Hoepner kritisierte die „schwere Belastung. Ganz abgesehen von der politischen Auswirkung auf die Welt ist die militärische Lage recht unglücklich. Wir haben den Kriegsschauplatz erweitert und damit unseren schon nicht übermäßig starken Kräften mehr Aufgaben geschaffen."[256] Dagegen kam Heinrici am selben Tag zu einer völlig anderen Einschätzung[257]: „Das Entscheidende der ganzen Nordlandexpedition ist ja, daß die Erzförderung u. Zufuhr, wenn auch nicht mehr an der norwegischen Küste entlang, uns erhalten bleibt. Im übrigen ist diese Entwicklung ein Hinweis, daß diese skandinavischen Staaten bei einem Sieg zu Trabanten des großdeutschen Reiches werden müßten. Sie werden gegen England gebraucht. Der Entschluß des Führers, sich ihrer zu bemächtigen, ist jedenfalls ein napoleonischer: groß u. kühn." Die Euphorie Heinricis zeigt, dass die hegemoniale Eroberungspolitik Hitlers auf Teile der konservativen Eliten eine große Faszination ausübte. Man gewöhnte sich wieder daran, wie vor 1918 in großen außenpolitischen Dimensionen zu denken. Ob die Haltung Heinricis bereits im Frühjahr 1940 repräsentativer war als die Kritik Hoepners, ist schwer einzuschätzen. Angesichts des völlig ungewissen Ausgangs des bevorstehenden Westfeldzugs werden die meisten Generale die Ereignisse im Norden eher mit zurückhaltender Spannung verfolgt haben[258].

[254] Vgl. Falkenhorst, Kriegserinnerungen, 1948, S. 14–51, in: BA-MA, N 300/4.

[255] Vgl. Heinemann, Dietl.

[256] Hoepner an seine Frau, Düsseldorf 16. 4. 1940, in: Bücheler, Hoepner, S. 103. „Dazu kommt die notwendige Ernährung von neuen 7 Millionen Zivilisten. Bekommen wir dafür wirklich das Erz nunmehr in größerer Menge herein? M.A. ist das jetzt ungünstiger als vorher. Narwik fällt doch aus! Dafür die Riesenverluste unserer Marine? Hat diese überhaupt noch eine Bedeutung? Die Luftwaffe verpufft ihre Überlegenheit in weiten Ausflügen zu Nebenplätzen."

[257] Tagebuch Heinricis, 16. 4. 1940, in: BA-MA, N 265/9.

[258] Charakteristisch dafür sind die Eintragungen in den letzten Wochen vor dem Westfeldzug in: Bock, Kriegstagebuch, S. 111–117.

Das nervenzehrende Warten[259] auf den immer wieder verschobenen Angriff im Westen hatte ein Ende, als der Termin endgültig auf den 10. Mai 1940 festgelegt wurde. Am geradezu sensationellen Erfolg des Westfeldzugs hatten unsere Generale den maßgeblichen Anteil. Sie wurden bis auf Dietl und Falkenhorst alle in diesem Feldzug verwendet. Rundstedt, Bock und Leeb führten die drei Heeresgruppen A, B und C, von denen der Heeresgruppe A im „Sichelschnittplan" die entscheidende Rolle zufiel. Fünf, schließlich sechs der neun eingesetzten Armeen wurden von späteren Oberbefehlshabern an der Ostfront befehligt[260], allen voran die 4. Armee (Kluge) als die wichtigste „Stoßarmee". Die Hauptlast trugen die Kommandierenden Generale der über die Maas auf den Ärmelkanal vorstoßenden Panzerverbände, die sämtlich unserer Gruppe angehörten. Die für diese Aufgabe aufgestellte Panzergruppe Kleist trug den Namen ihres Befehlshabers Ewald v. Kleist. Ihre beiden Panzerkorps wurden von Guderian und Reinhardt kommandiert. Den Vormarsch der Panzergruppe ergänzten und unterstützten weiter nördlich die Panzerkorps Hoths und Hoepners, die schließlich gemeinsam mit dem von Rudolf Schmidt geführten motorisierten Armeekorps die Panzergruppe Hoth bildeten. Diesen Verbänden gelang in weniger als zwei Wochen der Durchbruch zur Küste, der die britischen, belgischen und einen Teil der französischen Streitkräfte am Kanal einkesselte und die Vorentscheidung brachte[261]. Guderian, Hoepner, Hoth, Kleist, Reinhardt und Schmidt zählten seither zu den populärsten deutschen Generalen.

Hinter den Ruhm dieser Oberbefehlshaber und Panzerführer traten die übrigen Generale etwas zurück. Die meisten von ihnen waren Kommandierende Generale von Infanteriekorps, Model und Paulus Generalstabschefs von Armeen. Georg Lindemann war als einziger nach wie vor nur Divisionskommandeur und hinkte gleichaltrigen Kameraden wie Busch oder Reichenau in der Karriere beträchtlich hinterher. Am 30. Mai wurde der bewährte Generalstäbler Friedrich Paulus, bis dahin Generalstabschef der 6. Armee Reichenaus, zum neuen Oberquartiermeister I und Nachfolger Stülpnagels ernannt, der wiederum ein Korps an der Westfront übernahm. Manche dieser Truppenführer kamen erst in der zweiten, weniger spektakulären Phase des Feldzugs zum Kampfeinsatz, im „Fall Rot", dem Vorstoß in die Tiefe Frankreichs nach Abschluss des „Fall Gelb"[262]. So beklagte sich Heinrici, dessen Korps gegen die Maginotlinie eingesetzt wurde, nach dem Feldzug, er habe „im Kriege gerade 2 Kampftage gehabt, an denen ich wirklich im Größeren führen konnte [...]. Immer wieder in 2. Linie zu stehen, ist deprimierend."[263] Heinrici gehörte mit Lindemann, Model und Ruoff zu den wenigen Generalen unserer Gruppe, die auch nach dem Westfeldzug noch nicht besonders he-

[259] Vgl. etwa Hoepner an seine Frau, Düsseldorf 16. 4. 1940, in: Bücheler, Hoepner, S. 103: „Alles wird gehetzt, weil fast schon für jeden Tag auch für uns der Befehl zum Angriff erwartet wird. Emil [Hitler] muß sich doch irgendwie Luft machen. Die Engländer schnüren uns allmählich alles ab."

[260] Busch (16. Armee), Kluge (4. Armee), Küchler (18. Armee), Reichenau (6. Armee) und Weichs (2. Armee), seit Ende Mai auch Strauß (9. Armee).

[261] Vgl. Frieser, Blitzkrieg-Legende, S. 117–361.

[262] Vgl. ebd., S. 395–398.

[263] Tagebuch Heinricis, 21. 9. 1940, in: BA-MA, N 265/9.

rausragten oder bekannt waren[264]. Die Stunde ihrer großen Bewährung und Empfehlung für höhere Stellungen kam später. Darauf brannten sie. Dagegen konnten alle anderen Generale bereits Mitte 1940 als präsumtive Oberbefehlshaber gelten – wenn sie es nicht schon waren.

Der große Erfolg des „Fall Gelb" wurde durch das Entkommen des britischen Expeditionskorps bei Dünkirchen getrübt. Der absurde „Halt-Befehl" Hitlers für die Panzergruppe Kleist am 24. Mai, der diese folgenreiche Evakuierung ermöglichte, zeigte die Unberechenbarkeit eines Diktators, der willkürlich und verhängnisvoll in die militärischen Operationen eingreifen konnte. Der Befehl wurde gegen den Willen des OKH, der Panzergenerale und der meisten übrigen Truppenbefehlshaber gegeben. Nur der konservative Rundstedt, der den Möglichkeiten der Panzerwaffe misstraute und den Tatendrang der Panzerverbände schon vorher gebremst hatte, unterstützte Hitler in seinem Entschluss[265]. Dem Diktator ging es wohl vor allem um eine Demonstration seiner Macht und seines Führungsanspruchs gegenüber der Heeresleitung[266]. Damit gab die Dünkirchen-Episode bereits eine Vorahnung auf die deutsche Kriegführung der kommenden Jahre.

Der schnelle Zusammenbruch des französischen Widerstands verwischte jedoch den negativen Eindruck des „Wunders von Dünkirchen". Am 22. Juni 1940 beendete der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne den Westfeldzug. Der schnelle Sieg über die als stärkste Militärmacht Europas eingeschätzte französische Armee war so unerwartet und überwältigend, dass selbst die größten Skeptiker ihre Begeisterung kaum verbergen konnten[267]. Besonders stark zeigten sich die Offiziere beeindruckt, die an ihre alten Einsatzorte des Ersten Weltkriegs zurückkehrten und nun in wenigen Wochen das verwirklicht sahen, was damals in mehr als vier blutigen Jahren unerreichbar geblieben war[268]. Bereits während des Feldzugs mehrten sich in den persönlichen Aufzeichnungen die Adjektive „phantastisch", „großartig", „ungeheuer"[269]. Statt der befürchteten Katastrophe kam

[264] Dagegen gehörten Paulus und Stülpnagel durch ihre Verwendungen als Oberquartiermeister I bereits zur Elite der Generalität, und Schobert war einer der bekanntesten Kommandierenden Generale.

[265] Vgl. Frieser, Blitzkrieg-Legende, S. 367–369, 373. Dagegen kritisierte der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B den Befehl. Vgl. Bock, Kriegstagebuch, S. 133–135 (24.–26. 5. 1940), und S. 140 (30. 5. 1940): „Das Anhalten der Panzerverbände durch die oberste Führung wirkt sich als schwerer Fehler aus!"

[266] So das Ergebnis der überzeugenden Analyse von Frieser, Blitzkrieg-Legende, S. 363–393. Vgl. auch Hartmann, Halder.

[267] Vgl. die treffende Beobachtung Ernst v. Weizsäckers, in: Hill (Hrsg.), Weizsäcker-Papiere 1933–1950, S. 204 (23. 5. 1940): „Auch diejenigen Generale, die vor dem 10.V.40 einer Offensive gegen Westen abgeneigt waren, sind jetzt von ihrer Zweckmäßigkeit überzeugt, sprechen abfällig vom Gegner und wollen nicht mehr gern an ihre früheren Urteile erinnert werden."

[268] Aufzeichnung Reinhardts für seine Frau „Der zweite Abschnitt meiner militärischen Laufbahn", 1947, in: BA-MA, N 245/22: „Für mich war es ein eigenartiges stolzes Gefühl [...] als Führer meines siegreichen Panzerkorps dieselbe Straße zu fahren, auf der ich als Leutnant 1914 mit meinem Infanterie-Regiment 107 zur Marne-Schlacht vorgegangen war." Bock, Kriegstagebuch, S. 142 (31. 5. 1940): „Heute führte mich der Weg über die Schlachtfelder von Ypern und Langemarck. Der Anblick der ungeheuren Gräberfelder des Weltkrieges ist erschütternd, und die schweren Kämpfe der Garde im Herbst 1914 treten mir in aller Härte wieder vor Augen." Vgl. auch Weichs, Erinnerungen, Bd. 4, in: BA-MA, N 19/8, Bl. 25: „Wir aber hatten unsere Erfahrungen des 1. Weltkrieges zu Grunde gelegt. Der Feldzug zeigte, daß sie nicht mehr zutrafen."

[269] Kluge an seine Frau, 27. 5. 1940, in: BA-MA, MSg 1/534: „Es ist [...] fantastisch, was wir hier er-

die triumphale „Revanche" gegen den Erzfeind von 1918. Wenn Generaloberst v. Bock in seinem Dank an die ihm unterstellten Truppen stolz darauf verwies, dass ein Sieg errungen sei, wie „die Geschichte ihn schöner und größer nicht kennt", und diesen Erfolg mit der „Not und Schande" nach dem Ersten Weltkrieg kontrastierte[270], brachte er jenseits von Propagandafloskeln die allgemeine Stimmung zum Ausdruck.

In die Genugtuung mischten sich Unverständnis und Verachtung für die überraschend geringe französische Gegenwehr. „Ja, es ist noch garnicht zu verstehen, daß diese Armee mit einer großen Tradition so versagen konnte", wunderte sich Hoepner[271]. Für Leeb mehrten sich die Anzeichen, dass „Frankreich ein sterbendes Land" sei, eine Nation im Niedergang[272]. Auch Heinrici hatte den Eindruck „einer abgesunkenen, wenig lebensfähigen Gesellschaft"[273]. In umso strahlenderem Licht erschien der Wiederaufstieg und die Stärke des Deutschen Reichs. Ganz nach der Doktrin vom Überlebenskampf der Völker wurde es nun als Ziel angesehen, „den Franzosen so lange es irgend geht, zu schwächen. Je tiefgreifender dies geschieht, um so später kann er an ein Wiederaufstehn denken, wenn überhaupt ihm das möglich sein wird."[274] Der Enthusiasmus über den deutschen Erfolg ließ einen General wie Heinrici „mit Bewunderung zu einer Staatsführung emporblicken, die es verstanden hat, alle unsere Feinde einzeln und nacheinander vor unsere Klinge zu bringen, angefangen mit Österreich, den Tschechen, den Polen u.s.w., so dass wir immer und stets die grösseren Machtmittel am entscheidenden Punkt zusammen bringen konnten"[275].

Auch wenn die Befriedigung über den glücklichen Ausgang des Frankreichfeldzugs nicht bei jedem General denselben Grad der Begeisterung ausgelöst haben wird, war der Sieg im Westen ein entscheidender Prestigegewinn Hitlers gegen die Zweifel der Generalität. Seine Dynamik und Brutalität hatten gegen alle fachlichen Bedenken Recht behalten. Und die Generale profitierten nun davon, indem sie größten militärischen Ruhm an ihre Fahnen heften konnten. Dem Feldzug folgte eine beispiellose Welle von Ehrungen und Beförderungen. Nach den

leben." Es sei „großartig". Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 226 (18. 5. 1940): „Es ist phantastisch." Ebd., S. 228 (28. 5. 1940): „Ungeheuerer Erfolg!"

270 Bock, Kriegstagebuch, S. 160 (25. 6. 1940): „Das junge deutsche Heer hat seine schwerste Probe vor aller Welt, vor der Geschichte und vor sich selbst bestanden! Was nach dem Weltkrieg an Not und Schande über unser Volk hereingebrochen war, ist ausgelöscht durch Euere Treue und Tapferkeit!" Vgl. auch das Tagebuch Heinricis, 28. 6. 1940, in: BA-MA, N 265/10, über die Siegesfeier seines Korps: „In einer grösseren Rede versuchte ich die Bedeutung unseres Erlebens im Vergleich mit dem Waffenstillstand von 1918 herauszustellen, die Taten des Führers zu würdigen [...]." Aufzeichnung Reinhardts für seine Frau „Der zweite Abschnitt meiner militärischen Laufbahn", 1947, in: BA-MA, N 245/22: „Voll Stolz und Dankbarkeit blickten wir alle von der Panzertruppe auf diesen so unerwartet schnellen ungeheuren Sieg."

271 Hoepner an seine Frau, 18. 6. 1940, in: Bücheler, Hoepner, S. 122.

272 Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 247 (6. 7. 1940).

273 Tagebuch Heinricis, 24. 6. 1940, in: BA-MA, N 265/10. „So wie die Chateaus stellt sich das um sie gescharte Volk dar: eine ziemlich verkommene, dekadent aussehende Gesellschaft. Bezeichnender Weise kämpfte zuletzt nicht mehr der weisse Franzose, sondern nur noch der Schwarze. Dessen Mischlingsspuren findet man immer wieder in der Bevölkerung. Gestern antwortete ein gefangener Student mit typischem Negereinschlag auf die Frage seiner Rasse: Cocktail (Mischung)."

274 Ebd. „Frankreich ist erledigt. Es ist so kaputt, dass es in absehbarer Zeit nicht wieder aufstehen kann."

275 Ebd.

Querelen vom Herbst und Winter 1939/40 registrierten die Generale erleichtert, dass Hitler in seiner „wohl abgewogenen" Reichstagsrede am 19. Juli 1940 „in warmen Worten" der Wehrmacht dankte und „auch das Heer voll zu seinem Recht kommen ließ"[276]. Zugleich verkündete er die Ernennung von zwölf Generalfeldmarschallen, unter ihnen die drei Heeresgruppen-Oberbefehlshaber Bock, Leeb und Rundstedt sowie die Armeeoberbefehlshaber Kluge und Reichenau. Außerdem wurden mit diesem Tag u. a. die Generale Busch, Falkenhorst, Guderian, Hoepner, Hoth, Kleist, Küchler, Schobert, Strauß und Weichs zu Generalobersten befördert. Es war kein Zufall, dass diese 15 in die höchsten Ränge gehobenen Offiziere ein Jahr später 15 der 16 Heeresgruppen, Armeen und Panzergruppen in den Krieg gegen die Sowjetunion führen sollten[277].

Die Massenbeförderung vom 19. Juli 1940 bedeutete eine „Verlaufbahnung" des Ehrentitels des Generalfeldmarschalls, der zuvor in der preußisch-deutschen Militärgeschichte nur für spektakuläre Schlachtenerfolge auf Lebenszeit verliehen worden war, sowie des ebenfalls seltenen Rangs eines Generalobersten[278] und war damit für Hitler auch ein Mittel, nach dem Prinzip des „divide et impera" den Ruhm eines einzelnen „Feldherrn" neben sich nicht zu stark herauszustellen. Dessen ungeachtet überwog bei den Generalen die Dankbarkeit, zumal Hitler den beförderten Generalobersten und Feldmarschallen eine hohe monatliche „Aufwandsentschädigung" gewährte[279]. Der Aspekt der materiellen Bereicherung darf nicht überschätzt, sollte aber ebenso wenig unterschätzt werden. Hitler und sein Regime banden gerade auch die höchste Generalität in ihr umfassendes finanzielles „Bestechungssystem" ein[280]. Manch ein General mag tatsächlich schon nach wenigen Kriegsmonaten an eine künftige Dotation gedacht haben, wie dies der oppositionelle Ex-Botschafter Ulrich v. Hassell im Januar 1942 Fedor v. Bock unterstellte[281]. Und tatsächlich ließen die Geschenke nicht lange auf sich warten. Zu den erwähnten monatlichen Sonderzuwendungen gesellten sich Schecks, die einigen hohen Generalen zu besonderen Anlässen diskret überreicht wurden. So erhielten die Heeresgruppen-Oberbefehlshaber Leeb an seinem 65. Geburtstag (5. September 1941), Rundstedt an seinem 66. Geburtstag (12. Dezember 1941) und Kluge an seinem 60. Geburtstag (30. Oktober 1942) jeweils Bardotationen von 250000 Reichsmark[282]. Leeb bemühte sich 1943/44, also nach seiner Verabschiedung, sogar noch um einen „Nachschlag", da er sich Landbesitz in der Nähe von Passau erwerben wollte[283]. Hitler zeigte sich erneut großzügig und ließ dem konservativen Bayern aus seinem Fonds weitere 638000 RM überweisen. Aus der Gruppe der Oberbefehlshaber kamen auch Ewald v. Kleist im Herbst 1942 (480000 RM) für den Erwerb eines niederschlesischen Ritterguts sowie Heinz

[276] Bock, Kriegstagebuch, S. 163 f. (19. 7. 1940).
[277] Lediglich der spätere Oberbefehlshaber der 17. Armee, Carl-Heinrich v. Stülpnagel, kam über den Rang eines Generals der Infanterie nicht hinaus. Rangstruktur zu Beginn des Ostfeldzugs: 5 Generalfeldmarschalle, 10 Generaloberste, 8 Vollgenerale, 2 Generalleutnants.
[278] Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 131–142.
[279] Vgl. Ueberschär/Vogel, Dienen, S. 101–104. Nach einer Anordnung Hitlers vom 8. 8. 1940 erhielten die Generalobersten monatlich 2000 RM, die Generalfeldmarschalle sogar 4000 RM.
[280] Vgl. ebd., sowie für die gesamte nationalsozialistische Kriegsgesellschaft Aly, Volksstaat.
[281] Hassell-Tagebücher, S. 163 (27. 1. 1940).
[282] Vgl. Ueberschär/Vogel, Dienen, S. 151 f. (Leeb), 157 f. (Rundstedt), 164–166 (Kluge).
[283] Vgl. ebd., S. 152–157.

Guderian Anfang 1944 (1 240 000 RM!) für den Kauf eines Guts im Warthegau in den Genuss von stattlichen Geldgeschenken Hitlers[284].

Angesichts dieser Art von Kriegsgewinnlerei war es nicht unbegründet, wenn Hassell sich schließlich im April 1943 bitter darüber beklagte, „der Mehrzahl der Generale seien die Karriere, die Dotationen und der Marschallstab wichtiger als die großen auf dem Spiele stehenden sachlichen Gesichtspunkte und sittlichen Werte"[285]. Schon nach dem Frankreichfeldzug war es kein Geheimnis mehr, dass die Generale „mit Titeln, Ritterkreuzen und Dotationen gemästet" würden[286]. Für diese Beförderungen, Zuwendungen und Ehrungen, zu denen auch im Sommer 1940 wieder zahllose Ordensverleihungen gehörten[287], erwartete der Diktator als Gegenleistung von seinen Heerführern Loyalität und Gefolgschaft[288]. Bei der „feierliche[n] Übergabe der Feldmarschallstäbe durch den Führer in seinem Arbeitszimmer" am 14. August 1940 ließ Hitler diese Erwartung durchblicken[289]: „Unsere größte Stärke: innere Geschlossenheit und Einigkeit des deutschen Volkes. Auch Aufgabe der Wehrmacht, diese zu erhalten." Beeindruckt durch die Erfolgsserie Hitlers und korrumpiert durch ihre eigenen Erfolge im Fahrwasser seiner Politik, waren die Generale ohnehin weniger als je zuvor geneigt, die vom Diktator geforderte Einigkeit durch offene Kritik zu gefährden. Der Sieg über Frankreich war eine entscheidende Wegmarke. Seither stellte die Generalität ihre fachlichen und oft sogar ihre moralischen Vorbehalte gegen die Kriegspolitik Hitlers zurück.

Ein Ende des Krieges war vorerst nicht in Sicht. Hitlers Hoffnungen auf ein Einlenken Großbritanniens, dem er die Rolle eines „Juniorpartners" bei der Beherrschung der Welt zubilligen wollte, erwiesen sich als Illusion[290]. Die Folge war strategische Ratlosigkeit. Die halbherzigen Vorbereitungen einer Invasion Englands („Unternehmen Seelöwe"), an der bezeichnenderweise nur eine Minderheit der Generale unserer Gruppe beteiligt war, wurden bereits Mitte September 1940 weitgehend eingestellt[291]. Nicht einmal die Luftherrschaft über Südostengland als

[284] Vgl. ebd., S. 166–168 (Kleist), 168–174 (Guderian).
[285] Hassell-Tagebücher, S. 360 (20. 4. 1943).
[286] Ebd., S. 207 (10. 8. 1940).
[287] Wegen ihrer Verdienste im Norwegen- bzw. Westfeldzug erhielten nun auch Busch, Dietl, Falkenhorst, Kleist, Leeb, Lindemann, Manstein, Schmidt, Schobert und Weichs das Ritterkreuz. Damit waren in unserer Gruppe nach dem Sommer 1940 nur Heinrici, Model, Paulus, Ruoff und Stülpnagel keine Träger dieses Ordens.
[288] Diese Erwartungshaltung trat später auch deutlich in Hitlers Enttäuschung über diejenigen Generale zu Tage, die mit dem Attentat des 20. Juli in Verbindung gebracht wurden. So entrüstete er sich am 31. 8. 1944 in einer Lagebesprechung über Günther v. Kluge: „Ich habe ihn persönlich zweimal befördert, habe ihm die höchsten Auszeichnungen gegeben, habe ihm eine große Dotation gegeben, um ihn seßhaft zu machen, und habe ihm einen großen Zuschuß zu seinem Gehalt als Feldmarschall gegeben. Es ist also für mich das Bitterste und Enttäuschendste, was es überhaupt gibt." Heiber (Hrsg.), Lagebesprechungen, S. 618.
[289] Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 251 (14. 8. 1940). Vgl. auch Bock, Kriegstagebuch, S. 165 (14. 8. 1940): „Er betont, wie notwendig auch weiterhin die Geschlossenheit des deutschen Volkes und wie unumgänglich es sei, daß auch die Wehrmacht sich ganz zum nationalsozialistischen Gedankengut bekenne."
[290] Vgl. dazu und zu Folgendem Hillgruber, Strategie, besonders S. 65–277.
[291] Vgl. Klee, Unternehmen; Kieser, Unternehmen; DRZW, Bd. 2, S. 365–416. Die Vorbereitungen beschränkten sich größtenteils auf die 9. und 16. Armee. Neben ihren Oberbefehlshabern Strauß und Busch waren aus unserer Gruppe noch die Kommandierenden Generale Heinrici, Manstein, Reinhardt, Ruoff und Stülpnagel mit ihnen befasst. Vgl. auch Manstein, Siege, S. 152–171; Auf-

Voraussetzung der Invasion konnte errungen werden. Ebenso halbherzig blieben die Bemühungen, England an der Peripherie, in Gibraltar, Nordafrika oder im Vorderen Orient, zu treffen[292]. Alle strategischen Aushilfen der zweiten Hälfte des Jahres 1940 waren für Hitler nur lästige Verzögerungen auf dem Weg zu seinem eigentlichen Ziel, der Eroberung weiteren „Lebensraums im Osten" und der Vernichtung des bolschewistischen Erzfeinds, während die militärische Führung viel stärker auf den Krieg gegen England fixiert war[293]. Welche Richtung Hitlers Kriegspolitik nehmen würde, deutete sich bereits an, als im Spätsommer 1940 mehrere Großverbände in den Osten verlegt wurden[294]. Die unmittelbare Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Krieges begann.

Die Voraussetzungen, die Heeresgeneralität selbst für den riskanten Plan eines Zweifrontenkriegs gegen England und die Sowjetunion zu gewinnen, waren für den Diktator gut wie nie zuvor. Nach dem Westfeldzug stand Hitler auf dem Gipfel seiner Macht und seines Ansehens. Die Generale hatten seit Anfang 1938, noch stärker seit dem Kriegsbeginn ein stetes Wechselbad zwischen tiefster Depression und größtem Triumph erlebt, das sie zugleich erschöpfte und korrumpierte, das zugleich fatalistische Ergebenheit förderte und höchste Begierden weckte. Besonders auf die späteren Oberbefehlshaber an der Ostfront traf dies zu. Die meisten von ihnen hatten sich in Polen, Norwegen und Frankreich von einer noch weitgehend imaginären Gruppe zur Positionselite hervorragend bewährter Truppenführer entwickelt, die dann nicht von ungefähr an die Spitze des Ostheeres gestellt wurde. Es ist bemerkenswert, dass die bisherigen Feldzüge nicht nur zu militärischem Selbstbewusstsein, sondern zugleich zu verstärkter Unterordnung unter den politischen Willen Hitlers geführt hatten. Dem Diktator schien alles zu gelingen, und man selbst profitierte davon! All die gewaltigen Siege waren gegen jede politische und militärische Vernunft erzielt worden. Welche Bedeutung besaß dann überhaupt die Vernunft? Befand man sich nicht mitten in geradezu irrationalen Zeitläuften der Erfüllung kühnster imperialer Träume? Selbst die größten Skeptiker und am weitesten vom Nationalsozialismus entfernten Offiziere dieser Gruppe, Hoepner, Leeb und Stülpnagel, standen zu weiteren Feldzügen bereit, teils aus Pflichtbewusstsein, teils aus Fatalismus, teils aber auch aus echter Überzeugung. Man hatte in den letzten Jahren immer mehr gelernt, seine Bedenken zurückzustellen – auch und gerade die Bedenken gegen die Schattenseiten der deutschen Kriegführung, die sich schon in der ersten Phase des Krieges zeigten.

zeichnung Reinhardts für seine Frau „Der zweite Abschnitt meiner militärischen Laufbahn", 1947, in: BA-MA, N 245/22. Die übrigen Generale wurden in der Heimat oder zu Besatzungs- und Sicherungsaufgaben in Frankreich, Norwegen und Polen verwendet.

[292] Vgl. Schreiber, Mittelmeerraum; Reuth, Entscheidung.

[293] Vgl. Hartmann, Halder, S. 207–224.

[294] Mitte September 1940 wurden die Heeresgruppe B (Bock) mit der 4. (Kluge) und 12. Armee in den Osten verlegt, wo sich bereits die 18. Armee (Küchler) zur Grenzsicherung befand. Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 216–219 (Beitrag Klink).

d. Schattenseiten 1939/40

Der von den Militärs der ganzen Welt erwartete „Totale Krieg", der zum Einsatz aller Mittel zwang, blieb zunächst aus. Die Feldzüge in Polen, Dänemark, Norwegen, Belgien, Holland und überraschend sogar in Frankreich waren zu kurz, um die prophezeiten Ausmaße materieller und moralischer Zerstörungskraft zu erlangen – wenn auch die schweren Luftangriffe auf Warschau und Rotterdam erste Hinweise auf die weitere Entwicklung gaben. Der Krieg war bis in das Jahr 1941 hinein noch recht konventionell. Allerdings gab es besonders im Polenfeldzug bereits einige Abweichungen von der „Normalität" einer herkömmlichen Kriegführung. Und die Besatzungspolitik in diesem Land verließ dann vollends die gewohnten Pfade. Dieser „kleine Ostkrieg" nahm in vielem das Schreckensbild des „großen Ostkriegs" vorweg, allerdings in bescheideneren Dimensionen.

Ungewöhnlich war schon das Ziel dieses Feldzugs. Hitler offenbarte am 22. August 1939 seinen höchsten Generalen, dass es ihm um die „Vernichtung Polens" und „Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie" ging[295]. Anders als der Krieg im Westen war der Polenfeldzug erklärtermaßen der Eroberungskrieg einer größeren, stärkeren gegen eine kleinere, schwächere Nation, der das Recht auf eigene Staatlichkeit genommen werden sollte. Dieses Ziel sollte nach dem Willen Hitlers ohne Mitleid durch „brutales Vorgehen" und „größte Härte" erreicht werden. Das Kriegsvölkerrecht war dem Diktator gleichgültig: „Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf den Sieg. [...] Der Stärkere hat das Recht." Die Generalität äußerte zunächst keinen Widerspruch. Die Abrechnung mit dem alten Feind und „Räuber" von 1918/19 war den meisten willkommen. Schon die Reichswehr der Republik hatte das polnische Feindbild gepflegt. Die Perzeption des Gegners wurde von Stereotypen wie den „polnischen Banden" und den „verschlagenen Slawen" bestimmt. Erich Hoepner befahl seinen Kommandeuren noch vor dem Angriffstag, die Truppe müsse „eingehend über den polnischen Nationalcharakter unterrichtet werden: Hinterhältigkeit, Missverstehen von Milde. Bei Freischärlerkrieg im Rücken sind schärfste Massnahmen durch alle Führer zu ergreifen."[296] Auch in der 4. Armee Kluges wusste man schon vor dem ersten Schuss, dass „mit einem alle denkbaren Mittel ausnutzenden, hinter der Front aufflackernden Kleinkrieg" zu rechnen sei[297].

Nach dem schnellen Durchbruch und Vorstoß der deutschen Truppen kam es tatsächlich immer wieder zu heftigem Widerstand überrollter und versprengter polnischer Truppenteile, die gelegentlich von Zivilisten unterstützt wurden. Gerade den Panzergeneralen musste dieser Kleinkrieg höchst lästig sein, gefährdete er doch ihre Taktik der weitgehend ungesicherten Raids motorisierter Verbände.

[295] Vgl. die Aufzeichnungen Canaris' über Hitlers zweite Ansprache am 22. 8. 1939, in: Müller, Heer: Darstellung, S. 390f. Vgl. auch Kapitel I,3,c. Zur antipolnischen Einstellung Hitlers und der deutschen Führungsschichten vgl. auch Rossino, Hitler, S. 1–28.

[296] Gen.Kdo. XVI. A.K. (mot.), Notizen für eine Kommandeursbesprechung, Ende August 1939, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1366. Darunter von unbekannter Hand: „keine Gnade".

[297] AOK 4, Anlage 1 zum Armeebefehl Nr. 1, 25. 8. 1939, in: NA, T 312/116. Vgl. auch Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 48f.

Die unübersichtliche Kampflage verwischte die Grenzen zwischen regulärer und irregulärer Kriegführung und erzeugte auf deutscher Seite wie 1914 in Belgien eine regelrechte Freischärlerpsychose. Nicht nur die Propagandastellen, sondern auch viele verantwortliche Generale begründeten die um sich greifende Angst vor Heckenschützen einseitig mit der „polnischen Heimtücke". Dabei war jedem Experten klar, dass eher die Anlage der deutschen Operationen als die polnische Kriegführung Kämpfe im Rücken der Front provozierte[298]. Doch ein Spezialist wie Hoepner sprach dieses operative Problem nur intern an, während er sich in einem Brief in die Heimat empörte[299]: „Die Polen sind hinterhältig. Sie schießen im Hintergelände auf Kolonnen und einzelne Leute." In der Erinnerung Reinhardts blieb das Einrücken seiner Panzer in Warschau „unter hinterhältigem Feuer aus Fenstern, Kellern usw.", das ihn zwang, den Rückzugsbefehl zu geben, „da wir gegen die aufrührerischen Bevölkerungsmassen zu schwach waren"[300]. Auch Weichs beschrieb noch rückblickend „eine gewisse Nervosität hinter der Front, die freilich nicht unbegründet war. Der polnische Volkscharakter war bekannt [...]."[301]

Dieses Misstrauen, das von vornherein bestand und durch die Gefechte mit versprengten polnischen Soldaten oder, wenn auch wesentlich seltener, mit wirklichen Freischärlern geschürt wurde, führte zu Gegenmaßnahmen, die Hitlers Forderung nach „Brutalität" und „Härte" entsprachen. Schon in den ersten Kriegstagen tat sich General Ernst Busch, Kommandeur des VIII. Armeekorps, mit Befehlen an seine Truppe hervor, dem „Freischärlerunwesen" mit den „härtesten" und „drastischsten" Mitteln zu begegnen[302]. Das Massaker des „Bromberger Blutsonntags" vom 3. September 1939 verstärkte die antipolnischen Ressentiments noch[303]. Am 6. September befahl das OKH, Freischärler *„im* Kampf zu erschießen", und erlaubte das Geiselnehmen und Geiseltöten als Notstandsmaßnahme, um den Widerstand der Bevölkerung zu brechen[304]. Dabei wurde der Begriff

[298] So war sich Hoepner dieser Gefahr von vornherein bewusst, vgl. die Kommandeursbesprechung, Ende August 1939, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1366: „Wir müssen uns auf den besonderen Charakter des Kampfes einstellen, den wir zu erwarten haben. Sein Kennzeichen ist das *Fehlen zusammenhängender Fronten*. Leicht kann der Eindruck entstehen: Feind ringsum. Aber wir sind es, die das Gesetz diktieren. Für den zersplitternden Verteidiger ist die Lage weit, weit schwieriger. Die hinter dem Angriff folgenden Truppen müssen sich aber darauf einstellen, dass sie dort *nicht voll gesichert* sind. Die voraussichtliche Kampfesweise der Polen zwingt zu wirkungsvollsten Sicherungsmassnahmen der nicht gepanzerten, marschierenden Teile."

[299] Hoepner an seine Frau, 9. 9. 1939, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 11f. Vgl. auch Bock, Kriegstagebuch, S. 49 (14. 9. 1939): „Flüchtlinge, Versprengte, die aus den Wäldern auf unsere Leute schießen."

[300] Aufzeichnung Reinhardts für seine Frau „Der zweite Abschnitt meiner militärischen Laufbahn", 1947, in: BA-MA, N 245/22.

[301] Weichs, Erinnerungen, Bd. 3, in: BA-MA, N 19/7, Bl. 14. „Wenn auch großangelegte und durchorganisierte Partisanenbewegungen, wie wir sie späterhin auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen erleben mußten, in diesen ersten Tagen und Wochen des Krieges nicht in Erscheinung traten, so kamen doch an einzelnen Stellen beachtliche Ausschreitungen vor. [...] Die Kunde über solche Einzelvorkommnisse verbreitete sich, meist in übertriebener Form, hinter der Front und verursachte Unruhe und unüberlegte Handlungen."

[302] Rossino, Hitler, S. 76 bzw. 125, zitiert Befehle Buschs vom 2.9. und 3. 9. 1939.

[303] Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 55–62.

[304] Fernschreiben des Generalquartiermeisters, 6. 9. 1939, zit. nach: Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 45. Dagegen durften aber Freischärler *„nach* beendetem Kampf" nicht ohne Gerichtsverfahren bestraft werden. Am selben Tag unterrichtete das OKH die 4. Armee, dass auf Weisung Hitlers

„Freischärler" nicht nur von den deutschen Landsern, sondern auch von der militärischen Führung in der Regel sehr weit gefasst. Bald galt jeder, der hinter der Front eine Waffe trug, als Freischärler. Das Oberkommando der 10. Armee (Reichenau) bedrohte jeden polnischen Soldaten, der hinter die deutschen Linien geraten war und sich nicht stellte, mit dem Tod[305]. Nach einer Verordnung des Oberbefehlshabers des Heeres war allen polnischen Zivilisten *und* Soldaten hinter dem eng begrenzten Kampfgebiet der Waffenbesitz auf Todesstrafe verboten[306]. Die Urteile sollten durch Standgerichte gefällt, die Strafen „unverzüglich" vollstreckt werden. Dem Gegner wurde das traditionelle Recht auf Widerstand versprengter regulärer Truppen aberkannt, obwohl die schnellen Panzeroperationen eine Fragmentarisierung des Kriegsschauplatzes verursachten wie nie zuvor. Die Parallelen zur späteren deutschen Kriegführung und „Bandenbekämpfung" in der Sowjetunion sind offensichtlich.

Ebenso hart waren die Vorbeuge- und Repressalmaßnahmen[307]. Auf die im OKH-Befehl vom 6. September 1939 gerechtfertigten „Notstandsmaßnahmen" wollten auch die Truppenbefehlshaber zurückgreifen. Am 10. September verfügte der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, Generaloberst Fedor v. Bock[308]: „Wird hinter der Front aus einem Haus geschossen, so wird das Haus niedergebrannt. [...] Wird aus einem Dorf hinter der Front geschossen und ist das Haus, aus dem das Feuer kam, nicht festzustellen, so wird das ganze Dorf niedergebrannt, sofern es zur Unterbringung der Truppe nicht gebraucht wird." Dass im selben Befehl gemahnt wurde, „jede Willkür" auszuschließen und „schärfste Manneszucht" zu wahren, wirkte wie der Versuch einer Quadratur des Kreises. Bock wusste, wie nervös die Truppe durch die Nachrichten und Gerüchte über Grausamkeiten von polnischen Soldaten und Zivilisten war und zu welchen Überreaktionen die Freischärlerpsychose führen konnte. Noch zwei Tage zuvor hatte er bei Brauchitsch „scharfen Einspruch" gegen die „Greuelmärchen" der Propaganda erhoben[309]. Dennoch war er wie Hoepner und andere Kommandeure bereit, bei der Abwehr oder Vergeltung von „polnischer Heimtücke" zum Mittel des Terrors zu greifen. Die Befehlshaber verhielten sich schon im Polenfeldzug nicht selten wie Reiter, die ihren unruhigen Pferden gleichzeitig die Sporen gaben und an den Kandaren zogen – und sie dadurch nur noch nervöser machten.

Die Folgen ließen nicht auf sich warten. Immer wieder kam es zu Übergriffen von Wehrmachtseinheiten gegen die polnische Zivilbevölkerung. So wurden etwa in Bromberg bei der 4. Armee (Kluge/Strauß) und in Tschenstochau bei der 10. Armee (Reichenau) als Vergeltung für die Ermordung von deutschstämmigen Zivilisten sowie für Angriffe aus dem Hinterhalt zahllose unbeteiligte Zivilisten und

„gegen Sabotage und Aufstände im besetzten Gebiet mit den schärfsten Mitteln vorzugehen" sei. Ebd., S. 57.

[305] Befehl des AOK 10 vom 11. 9. 1939, in: Umbreit, Militärverwaltungen, S. 150.

[306] Verordnung Brauchitschs, 12. 9. 1939, in: Verordnungsblatt für die besetzten Gebiete in Polen Nr. 3, 13. 9. 1939. Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 49f.

[307] Zum Komplex der „Vergeltungsmaßnahmen" im Polenfeldzug vgl. Rossino, Hitler, S. 121–152.

[308] Befehl Bocks, 10. 9. 1939, in: Nacht über Europa, Bd. 2, S. 115.

[309] Bock, Kriegstagebuch, S. 45 (8. 9. 1939). Vgl. auch Groscurth, Tagebücher, S. 200f. (Privattagebuch, 8. 9. 1939).

Geiseln von der Wehrmacht erschossen[310]. Neben diesen spektakulären Fällen waren Exekutionen von vermeintlichen und tatsächlichen Freischärlern, Repressalien gegen Landeseinwohner und harte Ahndungen von Waffenbesitz an der Tagesordnung[311]. Allein in den knapp zwei Monaten der Besatzung unter Militärverwaltung ging die Zahl der polnischen Opfer wohl in die Zehntausende. Das militärische Sicherheitsbedürfnis im rückwärtigen Gebiet sowie Ressentiments, ja teilweise Hass und Rachsucht gegen die Polen förderten in der Wehrmacht die Bereitschaft, das Land durch Terror zu „befrieden". Dadurch wurden die „volkstumspolitischen" Mordaktionen der SS und Polizei sowie des „Volksdeutschen Selbstschutzes"[312], denen bis Ende des Jahres 1939 an die 50000 Polen, darunter 7000 Juden, zum Opfer fielen[313], vorbereitet und ergänzt.

Schnell zeigte sich aber, dass die scharfen Befehle der Kommandobehörden und die nationalsozialistische Propaganda zu erschreckenden Disziplinlosigkeiten und Ausschreitungen über den eingeplanten kontrollierten Terror hinaus führten. Die Kommandeure sahen sich bald zu Gegenbefehlen genötigt. Selbst ein so regimefreundlich eingestellter General wie Eugen Ritter v. Schobert bemängelte schon wenige Tage nach Kriegsbeginn, „daß ohne ausreichende Beweise im Affekt Zivilisten auf Anordnung unbefugter Offiziere erschossen wurden"[314]. In einem anderen Befehl kritisierte Schobert die „in der Truppe wegen des polnischen Freischärlertums und einiger Überfälle vorhandene Nervosität, die sich oft in sinnloser Schießerei äußert", und wandte sich scharf gegen Plündereien und Lockerungen der Disziplin[315]. Die dogmatische Polenfeindlichkeit förderte nicht nur wilde Erschießungen von Zivilisten, sondern überhaupt, dass man sich in dem besetzten Land aufführte wie ein Konquistador. Nachdem es sogar „bei der fechtenden Truppe wiederholt zu unberechtigten Ausschreitungen gegen die Bevölkerung und zu Plünderungen gekommen" war, sah sich der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, Generaloberst v. Rundstedt, gezwungen, mit strengsten Strafen zu drohen[316]. Und selbst Reichenau sorgte sich um die „Aufrechterhaltung der

[310] Vgl. Umbreit, Militärverwaltungen, S. 151 f.; Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 46 f., 55–62. Vgl. auch die Meldung der Einsatzgruppe II, 6. 9. 1939, in: IfZ-Archiv, Ms 306, S. 10: „Die militärischen Stellen in Tschenstochau sind sehr nervös. Wenn auch Tatsache ist, dass die deutschen Truppen von Zivilisten angegriffen wurden, so war zum Schluss nicht mehr festzustellen, wer auf wen schoss."

[311] Vgl. neben Rossino, Hitler, vor allem Datner, Crimes committed by the Wehrmacht; Umbreit, Militärverwaltungen, S. 137–156. Ebd., S. 144 und 152, Mutmaßungen über die Opferzahlen. Nach Datner, 55 dni, S. 619 f., wurden bis zum 25. 10. 1939, also unter Militärverwaltung, 16336 Polen ermordet. Etwa 60% der Übergriffe gegen die polnische Bevölkerung wurden von der Wehrmacht begangen.

[312] Zu den Morden dieser Miliz vgl. Jansen/Weckbecker, Selbstschutz.

[313] So die Schätzung von Rossino, Hitler, S. 234.

[314] Korpsbefehl Schoberts (Gen.Kdo. VII. A.K., Ia, Nr. 15), Pilica 7. 9. 1939, in: IfZ-Archiv, MA 113/6, MAR-1532. „Erschießungen von Zivilisten können nur Gerichtsherren befehlen." Vgl. zum Folgenden auch Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 76–78.

[315] Befehl Schoberts (Gen.Kdo. VII. A.K., KG), 5. 9. 1939, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-995. Der Stellvertretende Oberbefehlshaber der 4. Armee, Adolf Strauß, befahl am 9. 9. 1939, „allen unverantwortlichen Gerüchten" über polnische Gräueltaten „scharf entgegenzuwirken", in: NA, T 312/116.

[316] Befehl Rundstedts (H.Gr.Kdo. Süd, OB, Nr. 731/39 geh.), 20. 9. 1939, in: IfZ-Archiv, MA 113/6, MAR-1524. Vgl. auch schon den Befehl Rundstedts, 18. 9. 1939, ebd., MAR-1515. Canaris erzählte am 9. 10. 1939 Groscurth, dass sich Blaskowitz und Rundstedt *„sehr* ernst über die fehlende Disziplin und das Plündern der Truppe unter Führung von Offizieren geäußert haben". Gros-

Mannszucht" und verlangte, dass „zuchtlose und kriminelle Naturen" schärfer bestraft werden[317].

Viele Kommandeure fühlten sich nun in ihren Befehlen zur Härte, die sich vor allem gegen das befürchtete Freischärlerwesen gerichtet hatten, missverstanden und erkannten die Gefahr für die Disziplin der Truppe. Diese Sorge richtete sich zunächst auch auf die Ausschreitungen gegen die polnischen Juden, die für manche durch die NS-Propaganda aufgehetzte Wehrmachtsangehörige nichts als Freiwild und Sündenböcke waren. Der Generalstabschef der Heeresgruppe Süd, Erich v. Manstein, drängte auf die Verurteilung von drei Schützen, die eine jüdische Familie misshandelt hatten[318]. Reichenau ging gegen einen Leutnant vor, der in Konskie eine Schießerei ausgelöst hatte, die 22 zuvor bereits misshandelte Juden das Leben kostete[319]. Dabei bestand in der Generalität durchaus Verständnis für die Problematik der „Judenfrage". Auch konnten viele nachvollziehen, dass die traditionelle Abneigung gegen das „Ostjudentum" und andere antisemitische Ressentiments in Polen eher verstärkt wurden. Weichs leugnete später nicht den negativen Eindruck, den das Juden-Viertel in Lodz auf ihn machte[320]: „Äußerst schmutzige Häuser und Hütten. Der bekannte Typ des polnischen Kaftan-Juden war hier in Massen zu sehen." Er hielt es für notwendig, „dieses Viertel für das Betreten durch Soldaten zu sperren, und durch warnende Befehle die Truppe an Ausschreitungen gegen diesen Bevölkerungsteil zu hindern. Denn es war ja nicht ausgeschlossen, daß Soldaten infolge nationalsozialistischer Einflüsse sich zu solchen hinreißen lassen konnten." Als trotz dieser Maßnahmen ein Leutnant der Feldgendarmerie seines Armeekorps einen Juden ermordete, ordnete Weichs ein kriegsgerichtliches Verfahren an, „um ein Exempel zu statuieren"[321].

Obwohl es immer wieder zu Exzessen von Soldaten gegen Juden kam, war die Wehrmacht insgesamt weniger häufig an antisemitischen Gewalttaten beteiligt als die SS und Polizei[322]. Den Wehrmachtsbefehlshabern waren Teile der SS-Verfügungstruppe und der SS-Totenkopfverbände als Kampftruppen unterstellt, die wiederholt durch besonders brutale Übergriffe gegen die jüdische Bevölkerung auffielen. Trotz der Sonderrolle der SS waren nicht alle Generale bereit, jeden ihrer Morde hinzunehmen. Bekannt wurde der Fall des Obermusikmeisters der SS-

curth, Tagebücher, S. 216 (Privattagebuch, 9. 10. 1939). Groscurths Kommentar in einem Brief an seine Frau vom folgenden Tag, ebd., Anm. 546: „Kein Wunder bei der jahrelangen Erziehung!"

[317] Befehl Reichenaus (AOK 10, OB), Starachowice 28. 9. 1939, in: IfZ-Archiv, MA 113/6, MAR-1519.

[318] H.Gr.Kdo. Süd, Geheime Feldpolizei an Ic/AO, 2. 10. 1939, ebd., MAR-1508, mit Vermerk Mansteins: „Ic. Wie lange dauert es eigentlich, bis die Sache abgeurteilt wird?" Der Ic verwies darauf, dass die Beschuldigten bereits zu 14 bzw. 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden seien.

[319] Vgl. Umbreit, Militärverwaltungen, S. 160, Anm. 350, nach den Gerichtsakten der 10. Armee. Reichenau sorgte dafür, dass das anfangs milde Urteil von einem Jahr auf – freilich immer noch recht geringe – zwei Jahre Gefängnis und Rangverlust verschärft wurde. Auf diesen Vorfall vom 12. 9. 1939 bezieht sich offenbar auch Manstein, Siege, S. 44. Die Regisseurin Leni Riefenstahl wurde zufällig Augenzeugin der Judenmisshandlung in Konskie. Vgl. auch Riefenstahl, Memoiren, S. 350–352.

[320] Weichs, Erinnerungen, Bd. 3, in: BA-MA, N 19/7, Bl. 18f.

[321] Ebd., Bl. 34f. „Auf höheren Befehl wurde jedoch die Durchführung des Verfahrens auf ein Heimatgericht überwiesen und der Angeschuldigte dorthin abgeschoben. Über den weiteren Verlauf habe ich nichts erfahren."

[322] Vgl. Umbreit, Militärverwaltungen, S. 160, 206; Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 63–79. Neueste Darstellung der antijüdischen Maßnahmen im Polenfeldzug von Rossino, Hitler, S. 88–120.

Leibstandarte „Adolf Hitler", der in Blonie 50 jüdische Zivilgefangene erschießen ließ und anschließend behauptete, „auf höheren Befehl" gehandelt zu haben. Dennoch hielt der zuständige Armeeoberbefehlshaber v. Reichenau die vom Kommandeur der 29. motorisierten Division befohlene Festnahme des SS-Manns aufrecht, fragte bei der Heeresgruppe Süd nach der Existenz eines Erschießungsbefehls gegen jüdische Gefangene und machte deutlich, dass er den Vorfall für ein strafwürdiges Vergehen hielt[323]: „In einem ähnlichen Fall habe ich einen Offizier durch ein Kriegsgericht aburteilen lassen." Selbst der mit der NS-Ideologie sympathisierende Reichenau scheute nicht vor einem Konflikt mit der SS zurück, sobald er den Bogen überspannt und die Disziplin gefährdet sah. Rundstedt bestätigte ihm, dass er gegen den Täter kriegsgerichtlich vorgehen könne[324]. Dass nicht nur der SS-Kommandeur Sepp Dietrich, sondern auch Hitler selbst über das Vorgehen gegen einen Angehörigen seiner Garde- und Namenseinheit höchst verstimmt war, bewies sein Hinweis auf diesen Fall in der berüchtigten „Barbarossa"-Ansprache vor den Oberbefehlshabern noch eineinhalb Jahre später[325].

Auch der Oberbefehlshaber der 3. Armee, General Georg v. Küchler, wollte zwischen den Angehörigen der Wehrmacht und der SS keinen Unterschied machen. Als Männer des SS-Artillerieregiments in den ersten Kriegstagen gemeinsam mit einigen Wehrmachtssoldaten bei Rozan etwa 50 Juden ermordeten und das zuständige Gericht der Panzerdivision Kempf dieses Verbrechen nur milde ahndete, hob Küchler das Urteil auf und bemühte sich um härtere Strafen[326]. Außerdem machte er den SS-Kommandeuren schwere Vorwürfe, bezeichnete die SS-Einheit bei dieser Gelegenheit als „Schandfleck der Armee" und bat das OKH um ihre Verlegung aus seinem Befehlsbereich[327]. Während Brauchitsch, Halder und Bock[328] Verständnis für das Verhalten Küchlers zeigten, war Himmler höchst verärgert, konnte den General zunächst aber kaum belangen[329].

Zu Konflikten kam es auch wegen der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei. Diese Sonderformationen waren mit der „Bekämpfung aller reichs- und deutschfeindlichen Elemente in Feindesland rückwärts der fechtenden Truppe" beauf-

[323] Reichenau an H.Gr.Kdo Süd (AOK 10, Ic/AO, Nr. 357/39/geh.), 19. 9. 1939, in: IfZ-Archiv, MA 113/6, MAR-1506. Zu diesem Verbrechen, das sich in der Nacht auf den 19. 9. ereignet hatte, auch Umbreit, Militärverwaltungen, S. 167f.; Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 81f.; Rossino, Hitler, S. 109f.

[324] Rundstedt an Reichenau (H.Gr.Kdo. Süd, OB, Nr. 723/2y geh.), 20. 9. 1939, in: IfZ-Archiv, MA 113/6, MAR-1506. „Ein Befehl zum Erschiessen jüdischer Gefangener ist durch die Heeresgruppe nicht ergangen."

[325] Vgl. das Kapitel „Prolog".

[326] Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 81; Rossino, Hitler, S. 105–107.

[327] Tagesnotiz Tippelskirchs, 20. 2. 1940, in: Müller, Vorgeschichte, S. 113: „H[immler] würde gewisse Armeen und HGr überhaupt nicht aufsuchen, z.B. Küchlers Armee wegen seiner Bemerkung: SS-Einheit (bei Kempf) sei Schandfleck der Armee." Vgl. auch Halder, Kriegstagebuch, Bd. 1, S. 67 (10. 9. 1939).

[328] Bock, Kriegstagebuch, S. 47 (10. 9. 1939): „Ich erfahre, daß Leute der SS-Artillerie Juden zusammengetrieben und ermordet haben; die 3. Armee hat ein Kriegsgericht eingesetzt."

[329] Die bei Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 81, behaupteten dienstlichen Nachteile waren nicht gravierend. Küchler wurde weiter als Armeeoberbefehlshaber verwendet, wenn auch nach einer kurzen, einmonatigen Unterbrechung als Befehlshaber des Grenzabschnitts Nord. Am 5.11. 1939 übernahm er die neugebildete 18. Armee.

tragt[330] und während des Feldzugs formal den Armeen unterstellt, agierten aber faktisch weitgehend selbständig nach den Weisungen Himmlers und Heydrichs[331]. Das Verhältnis der Militärdienststellen zu den Einsatzgruppen war ambivalent. Einerseits wurden sie als Ergänzung und Unterstützung der schwachen militärischen Ordnungskräfte begrüßt, andererseits störte ihr eigenmächtiges Vorgehen. So beschwerte sich General Strauß als stellvertretender Oberbefehlshaber der 4. Armee und „Inhaber der vollziehenden Gewalt" über das selbständige Agieren der Einsatzgruppe IV in Bromberg[332]. Den Kommandeuren wurde die Tätigkeit der Sicherheitspolizei in ihren Befehlsbereichen zunehmend unangenehm, um so mehr, als sich herausstellte, dass es sich dabei nicht allein um notwendige polizeiliche Maßnahmen, sondern um erste Schritte zur Verwirklichung der von Hitler befohlenen bevölkerungspolitischen „Flurbereinigung" handelte. Schon in den ersten Wochen gingen tausende Verhaftungen und hunderte Exekutionen auf das Konto der Einsatzgruppen. Dem Morden der Polizei war wesentlich schwieriger beizukommen als den Exzessen der SS-Kampfeinheiten, die als Verstöße gegen die Disziplin geahndet werden konnten. Wieder war es Küchler, der wenigstens den Versuch unternahm, die Judenmorde der seiner Armee unterstellten Einsatzgruppe V in Mlawa zu bestrafen – vermutlich ohne größeren Erfolg, jedenfalls gelangte die Beschwerde Heydrichs über diese Behinderung der sicherheitspolizeilichen Arbeit bis zu Hitler[333].

Wie groß die Kenntnis und das Entsetzen der Generale über die rigorosen Erschießungen durch die SS und Polizei wirklich waren, ist schwer nachzuweisen. Gewiss muss man bedenken, dass die Truppenbefehlshaber in den wenigen Wochen des polnischen Feldzugs sehr stark durch die militärischen Operationen beansprucht waren. Die Vorgänge jenseits der Kampfhandlungen wurden häufig – wenn überhaupt – nur am Rande wahrgenommen. Sie konnten allerdings auch von keinem übersehen werden und sprachen sich schnell herum. Dass Hitler mit Härte und Brutalität auch die „Beseitigung der lebendigen Kräfte" Polens vorantreiben wollte, war vielen Generalen durch seine Ansprache am 22. August 1939 bekannt. Grundsätzliche Kritik an der brutalen Rassen- und Volkstumspolitik, die sich vor allem gegen die Juden und die polnische Intelligenz richtete, vermied man aber. Eingeschritten wurde vorwiegend nur gegen die schlimmsten Übergriffe, durch die man eine negative Wirkung auf die Moral und Disziplin der Truppe befürchtete.

Erst am 10. Oktober 1939 machte der Oberbefehlshaber Ost, Generaloberst Gerd v. Rundstedt, erstaunlich offen auch „gewisse sogenannte bevölkerungspolitische Maßnahmen, mit denen das Militär nichts zu tun hat", für die noch unvollständige Befriedung der besetzten Ostgebiete verantwortlich[334]. Zugleich betonte

[330] Besondere Anordnungen für die Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei (AOK 10, O.Qu./Qu. 2, Nr. 121/39 geh.), Oppeln 1. 9. 1939, in: IfZ-Archiv, MA 113/6, MAR-1511.

[331] Zu Auftrag und Tätigkeit der Einsatzgruppen in Polen vgl. vor allem Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 32–106. Vgl. auch Umbreit, Militärverwaltungen, S. 162–173.

[332] Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 57–59.

[333] Vgl. ebd., S. 80 f.; Rossino, Hitler, S. 103–105. Vgl. auch Halder, Kriegstagebuch, Bd. 1, S. 99 (7. 10. 1939): „Heydrich beim Führer: Klage über Mlawa. Judenbehandlung. Prüter [O.Qu. der 3. Armee] kommt im Flugzeug."

[334] Befehl Rundstedts, 10. 10. 1939, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2235.

er aber: „Um größeren Unruhen vorzubeugen, ist es erforderlich, daß bereits *jeder Versuch* der Sabotage [...] oder Unbotmäßigkeit bereits im Keime mit den schärfsten Mitteln brutal unterdrückt wird." Rundstedts Befehl offenbarte das widersprüchliche Denken der höchsten Truppenbefehlshaber in Polen. Sie besaßen die vollziehende Gewalt und waren bereit, diese notfalls auch mit Terror gegen die Bevölkerung durchzusetzen. Dazu benötigten sie die Hilfe von Himmlers Polizei, deren selbständiges Vorgehen jedoch ihre Kompetenzen einschränkte und außerdem weit über das militärische Bedürfnis nach „Ruhe und Ordnung" hinausging. Daher distanzierte man sich innerlich von den Aktionen der Polizei und war letztlich doch erleichtert, auf deren Unabhängigkeit verweisen zu können. Dass aber das Heer nicht nur durch den militärischen Erfolg, sondern auch durch seine harten Besatzungsmaßnahmen längst zum Komplizen dieser verbrecherischen Politik geworden war, wurde geflissentlich übersehen.

Allerdings ging Hitler und seinen Paladinen die Komplizenschaft der Wehrmacht nicht weit genug[335]. Der Widerstand einzelner Befehlshaber gegen exzessive Erschießungen vertiefte das Misstrauen gegen die angeblich verständnislose Generalität. Hitler suchte die Morde zu decken, indem er am 4. Oktober die abgeurteilten Täter amnestierte und am 17. Oktober die SS und Polizei der Wehrmachts- bzw. ordentlichen Gerichtsbarkeit entzog und einer Sondergerichtsbarkeit unterstellte. Außerdem wurde die Militärverwaltung in Polen bereits am 25. Oktober 1939 von einer Zivilverwaltung abgelöst, der Hitler mit Recht eine energischere Umsetzung seines „Lebensraum"-Programms zutraute. Die in Polen eingesetzten Generale unserer Gruppe wurden in diesen Wochen sämtlich in den Westen verlegt. Die fortwährende, nun sogar zunehmende Unterdrückung, Entrechtung und teilweise Ermordung der polnischen Bevölkerung und besonders seines jüdischen Teils erlebten sie zunächst nicht mehr aus eigener Anschauung. Die von Anfang an verbrecherische Besatzungspolitik im Osten war schon nach kurzer Zeit ihrem Wirkungskreis entzogen.

Nach den Eindrücken während des Polenfeldzugs konnte es diese Generale aber kaum überraschen, als noch im Herbst 1939 neue Gerüchte und Nachrichten über die deutschen Verbrechen in Polen zu ihnen drangen. Die Mordaktionen der SS und Polizei sowie des „Volksdeutschen Selbstschutzes" gegen die polnische Intelligenz und die Juden, denen in den ersten Monaten der Zivilverwaltung in allen Teilen des besetzten polnischen Gebiets weitere Tausende zum Opfer fielen[336], stießen auf die heftige Kritik der im Osten verbliebenen Militärdienststellen[337]. Vor allem der neue Oberbefehlshaber Ost, Generaloberst Johannes Blaskowitz, protestierte im Herbst und Winter 1939/40 mehrfach gegen die radikale Umsetzung der von Hitler befohlenen „völkischen Flurbereinigung", die sich ungeschminkt vor den Augen der Besatzungstruppen vollzog. Diese Proteste gründeten sich nicht allein auf moralische Empörung, sondern auch auf die Sorge um die Disziplin der Truppe, die Verärgerung über die „Anmaßung" selbständiger Poli-

[335] Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 82–87.

[336] Nach Musial, Zivilverwaltung, S. 106, wurden bis zum Ende des Jahres 1939 insgesamt etwa 50000 Polen ermordet, unter ihnen ca. 7000 Juden. Von dieser Zahl sind die oben in Anm. 311 erwähnten Opfer während der Militärverwaltung abzuziehen. Vgl. auch Broszat, Polenpolitik, S. 38–48.

[337] Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 96–106.

zeikräfte sowie auf die pragmatische Erkenntnis[338]: „Mit Gewaltmaßnahmen allein ist die Sicherheit und Ruhe des Landes nicht herzustellen."

Auch im Westen, wo nun die Mehrheit der Generalität und die Masse des Heeres standen, erfuhr man sehr bald von der Terrorpolitik in Polen. Schon am 20. November 1939 notierte Bock besorgt in sein Tagebuch[339]: „Ich höre hier Vorgänge aus der ‚Kolonisierung' des Ostens, die mich tief erschrecken. Macht man dort weiter so, so werden diese Methoden sich einmal gegen uns kehren!" Immerhin, der Plan einer „Kolonisierung" war ihm offenbar bekannt; auch schien er eher die Methoden als die Ziele zu kritisieren. Das Unbehagen verstärkte sich, als der regimekritische OKH-Offizier Oberstleutnant Helmuth Groscurth die Oberkommandos der drei Heeresgruppen sowie der 1. und der 4. Armee kurz vor Weihnachten aus eigenem Antrieb über den Protest von Blaskowitz gegen die „Zustände im Osten" informierte[340]. Besonders beim Heeresgruppenkommando C herrschte daraufhin „große Erregung"[341]. Oberbefehlshaber v. Leeb forderte Halder auf, um eine starke Stellung des Heeres zu kämpfen, und bemängelte die Zurückhaltung Brauchitschs[342]. Als wesentliche Missstände nannte er „das Auftreten der Polizei in Polen", das „einer Kulturnation unwürdig sei", und die Eigenmächtigkeiten und Übergriffe von SS und Polizei gegen die Wehrmacht, die auf das Ziel deuteten: „Alleinherrschaft der SS in unserem Volke".

Die anderen von Groscurth informierten Oberbefehlshaber waren ebenfalls beunruhigt, wollten aber nicht so weit gehen wie Leeb, der auch in dieser Frage noch die größte Entschlusskraft unter den höchsten Kommandeuren im Westen zeigte. Sein Verhältnis zur SS erreichte in diesen Wochen ohnehin einen Tiefpunkt, weil er sich gegen den „Fortpflanzungserlaß" Himmlers wandte und die SS denunziatorische Gerüchte über die politische Einstellung seiner Frau verbreitete[343]. Außer Leeb wollte nur Kluge die Dinge nicht auf sich beruhen lassen. Der Oberbefehlshaber der 4. Armee erzählte seinem Kameraden Weichs „in tiefster Empörung Nachrichten, die ihm aus Polen zugegangen waren: gewaltsame Umsiedlung im Warthe-Gau, Erschießungen von nationalen Polen und Juden, beabsichtigte Bildung eines Juden-Reservats in Lublin. Kluge war mit Recht der Auffassung, dass eine unfaire Form der Kriegspolitik zu einem üblen Ende führen müsse."[344] In einer Besprechung mit Bock, Reichenau und Weichs verwies er am

[338] Blaskowitz an Brauchitsch (OB Ost, Ic/AO, Nr. 80/39 geh.), Lodz 27. 11. 1939, in: IfZ-Archiv, MA 261. Vgl. auch die Notizen für einen Vortrag von Blaskowitz bei Brauchitsch, Spala 6. 2. 1940, in: IfZ-Archiv, Nürnberger Dokumente, NO-3011.

[339] Bock, Kriegstagebuch, S. 78 (20. 11. 1939).

[340] Groscurth, Tagebücher, S. 238 (Privattagebuch 19. 12., 21. 12. 1939). „So haben wir die wichtigsten Teile der Westfront aufgeputscht. Hoffentlich mit Erfolg!" (21. 12. 1939.) Vgl. auch Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 206 (19. 12. 1939): „Ein Offizier berichtet über starke Übergriffe der Polizei in Polen." Bock, Kriegstagebuch, S. 85 (21. 12. 1939): „Ich erfahre von einem Vortrage des Oberost [Blaskowitz] beim Oberbefehlshaber des Heeres über die ernste Lage im Osten auf innenpolitischem Gebiet."

[341] Groscurth, Tagebücher, S. 238 (Privattagebuch 19. 12. 1939).

[342] Leeb an Halder, 19. 12. 1939, in: Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 473 f.

[343] Vgl. Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 54 f. Zum Streit um den „Fortpflanzungserlass" vgl. unten.

[344] Weichs, Erinnerungen, Bd. 4, in: BA-MA, N 19/8, Bl. 9. Vgl. auch Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 207 (2. 1. 1940): „Generaloberst v. Kluge hier. Seine Auffassung deckt sich mit meiner."

5. Januar 1940 auf „haarsträubende Schilderungen der Verhältnisse im Osten" durch Blaskowitz und bat Bock um Schritte bei der Heeresleitung[345].

Das OKH wünschte aber „das Thema endlich ruhen zu lassen"[346] und hatte selbst bereits Gegenmaßnahmen eingeleitet – allerdings nicht gegen das Vorgehen der SS in Polen, sondern gegen die „Vertrauenskrisis"[347] bei der Generalität. Alarmiert durch das Schreiben Leebs, reiste Halder in diesen Tagen zu den Heeresgruppenkommandos und suchte zu beschwichtigen. Er versicherte Leeb am 3. Januar, dass die Nachrichten aus dem Osten „übertrieben oder falsch" und die „Greuel in Polen im Abklingen" seien. Und Bock beruhigte er drei Tage später mit dem Hinweis, die „Ostfrage" habe nach einer Aussprache zwischen Blaskowitz und Generalgouverneur Hans Frank eine „vorläufige Regelung" gefunden[348]. Eine weitere zaghafte Intervention Bocks wurde mit dem Hinweis auf ein klärendes Schreiben von Brauchitsch, das „unterwegs" sei, abgewehrt[349]. Dieses Schreiben an die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen brachte wenig Neues, bestätigte aber, dass die Heeresleitung– auch wegen des bevorstehenden Westfeldzugs – jede grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Regime vermeiden wollte[350]. Der Oberbefehlshaber des Heeres gab zwar „bedauerliche Mißgriffe" der politischen Stellen zu, die „nach eingehender Rücksprache mit dem Reichsführer SS" abgestellt werden sollten, doch warnte er zugleich davor, durch Kritik „die Einheitlichkeit und Schlagkraft der Truppe zu gefährden". Außerdem übernahm er die den höchsten Generalen hinlänglich bekannte Argumentation Hitlers von der „Sicherung des deutschen Lebensraums", der notwendigen „Lösung volkspolitischer Aufgaben" und dem „bevorstehenden Entscheidungskampf des deutschen Volkes", die „zu sonst ungewöhnlichen, harten Maßnahmen" zwängen. Brauchitsch hatte sich mit der Rolle eines bloßen Erfüllungsgehilfen der Kriegspolitik Hitlers abgefunden.

Doch die gedrückte Stimmung in der Heeresgeneralität besserte sich durch diese Art der „Orientierung" zunächst kaum. Selbst der „älteste Offizier der Armee", der 90-jährige Generalfeldmarschall August v. Mackensen, wurde eingeschaltet, um den „fast täglich" an ihn herangetragenen Sorgen über die „Plünderungen, Tötungen und anderen Ausschreitungen in dem von Polen bewohnten Gebiet vor den Augen der deutschen Besatzungs-Truppen" Ausdruck zu verleihen[351]. Nicht allein die Oberbefehlshaber beunruhigten sich, doch war ihre Unruhe wohl am größten, weil sie von ihrem erhöhten Standpunkt aus gleich mehrere Gefahren erkannten. Sie hatten unmittelbar zuvor ihre schwerwiegenden Bedenken gegen eine Westoffensive hinter den Willen des Diktators zurückstellen

[345] Bock, Kriegstagebuch, S. 87 (5. 1. 1940).
[346] Tagesnotizen Tippelskirchs, 8. 2. 1940, in: Müller, Vorgeschichte, S. 111. Zur defensiven, sich auf das rein Fachliche zurückziehenden Haltung Brauchitschs und Halders gegenüber dem NS-Terror im Osten vgl. Hartmann, Halder, S. 149–155.
[347] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 1, S. 163 (19. 1. 1940).
[348] Bock, Kriegstagebuch, S. 88 (6. 1. 1940).
[349] Tagesnotizen Tippelskirchs, 8. 2. 1940, in: Müller, Vorgeschichte, S. 111.
[350] Brauchitsch an die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen sowie an den Oberbefehlshaber Ost (Nr. 231/40 geh.), 7. 2. 1940, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1799. Die Empfänger unserer Gruppe waren Bock, Leeb und Rundstedt sowie Busch (16. Armee), Kluge (4. Armee), Küchler (18. Armee), Reichenau (6. Armee) und Weichs (2. Armee).
[351] Mackensen an Brauchitsch, Falkenwalde 14. 2. 1940, in: Müller, Heer, S. 675.

müssen, doch ihre Sorge um eine militärische Niederlage blieb. Die Depression um den völlig ungewissen Ausgang des Krieges verknüpfte sich mit dem Eindruck, im Osten „Dreck am Stecken" zu haben. Ginge der Krieg im Westen verloren, müssten sich dann nicht die Verbrechen im Osten gegen das unterlegene Deutsche Reich kehren, wie das etwa Bock und Kluge befürchteten? Ein noch härterer Rückschlag als 1918/19 schien zu drohen. Dieses Risiko wühlte alte Erinnerungen auf, weckte aber bei manchem wohl zugleich das Gefühl, dass man tatsächlich – wie von Hitler immer wieder betont – einen „Kampf um Sein oder Nichtsein" führte.

Und noch etwas anderes kam hinzu. Die Kritik der Generale richtete sich nicht allein gegen die Exzesse in Polen, sondern immer auch gegen die „Anmaßungen" der SS und Polizei. In dieser Frage war die Heeresgeneralität nach ihrer Niederlage in der Auseinandersetzung um den Westfeldzug äußerst empfindlich. Die angeschlagene Stellung des Heeres schien zusätzlich dadurch beeinträchtigt zu werden, dass sich Himmlers Schergen in den besetzten Gebieten als selbständige zweite Kraft etablierten. Nach der Schwächung ihrer Position gegenüber Hitler fürchteten die Generale, von Partei und SS an die Wand gedrückt zu werden. Endlich wurde die SS als Konkurrent ernstgenommen. Für Leeb galt es sogar die „Alleinherrschaft" der SS zu verhindern. Daher hofften er und andere Truppenbefehlshaber auf den energischen Widerstand der Heeresleitung, der jedoch ausblieb. Daher protestierten er und andere Generale, unter ihnen Bock, Rundstedt, Busch und Ruoff, auch gegen den skandalösen Befehl Himmlers vom 28. Oktober 1939, der die SS-Männer zur Fortpflanzung ihres „besten Blutes" auch jenseits ehelicher Bindungen aufforderte[352]. Der Streit über diesen Erlass währte bis in den Februar 1940, lief also parallel zu den Diskussionen über das Verhalten der SS und Polizei in Polen. Dies legt nahe, dass es in diesen Monaten wohl weniger um Hitlers Ostpolitik als generell um das Verhältnis des Heeres zur SS ging.

Deswegen konnte die „Vertrauenskrisis" auch nur durch eine Aussprache der wichtigsten Generale mit Himmler beendet werden. Bezeichnenderweise ging ausgerechnet vom schwachen und immer mehr vor dem Regime zurückweichenden Brauchitsch, der sich offenbar gegen die Kritik aus den eigenen Reihen nicht mehr zu helfen wusste, die Bitte an den Reichsführer SS, die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen persönlich über seine Aufgaben aufzuklären. Doch Himmler sperrte sich zunächst und wollte sich nur mit „Bock, Reichenau, Kluge pp., Männer, zu denen er Vertrauen habe", treffen, während er jedes Gespräch mit Blaskowitz, Küchler und besonders auch dem „hoffnungslosen Fall" Leeb ablehnte[353]. Schließlich kam es am 13. März 1940 im Koblenzer Hauptquartier der Heeresgruppe A aber doch zum Vortrag Himmlers vor den Oberbefehlshabern, unter ihnen die Generale Bock, Busch, Kluge, Küchler, Leeb, Reichenau, Rundstedt und Weichs. Himmler sprach sehr offen über das rassenideologische Pro-

[352] Vgl. Müller, Heer, S. 459–470. Wieder protestierte Leeb am energischsten und stellte sich Anfang 1940 auch vor den Divisionskommandeur Groppe, der für seine eindeutigen Äußerungen gegen die SS belangt werden sollte. Die Affäre um den „Fortpflanzungserlass" endete wegen der Nachgiebigkeit Brauchitschs gegenüber Himmler mit einem höchst unbefriedigenden Kompromiss. Himmler relativierte seinen Befehl etwas, Groppe wurde seiner Stellung enthoben.

[353] Tagesnotizen Tippelskirchs, 20. 2. 1940, in: Müller, Vorgeschichte, S. 112f. „Auch zu Leeb würde er nie fahren, hoffnungsloser Fall, sich mit ihm zu verstehen."

gramm der „Schaffung d. großdeutschen wie des großgermanischen Reiches" und nannte die Exekutionen in Polen „sehr hart – aber notwendig"[354]. Außerdem begründete er die „strengen Polizeimaßnahmen" mit den Sicherheitsbedürfnissen der Besatzungsmacht[355] und traf damit den richtigen Ton in dieser Runde, denn die meisten Generale hatten bereits während des Polenfeldzugs bewiesen, dass auch sie in den besetzten Gebieten mit aller Härte „Ruhe und Ordnung" durchsetzen wollten.

Nach dieser Zusammenkunft ging man im Westen sofort wieder zur militärischen Tagesordnung über. Die Worte Himmlers wurden ähnlich wie Hitlers programmatische Ansprachen des Jahres 1939 hingenommen. Die Kritik verstummte. Offenbar war es dem Reichsführer SS gelungen, seinen Zuhörern das Gefühl zu geben, dass die „Missverständnisse" nun geklärt seien. Die höchsten Heereskommandeure ließen sich allzu schnell von der Beschwichtigungstaktik Brauchitschs und Himmlers überzeugen. An ein geschlossenes Vorgehen der Generalität gegen die Morde in Polen oder sogar grundsätzlich gegen Hitlers „Lebensraum"-Programm war ebenso wenig zu denken wie zuvor an einen anhaltenden Widerstand gegen die Westoffensive. Indem sie vor allem die „Exzesse", nicht die „harte" Besatzungspolitik an sich anprangerten[356], gingen die Proteste von vornherein am eigentlichen Übel vorbei, so dass sie leicht abgewehrt werden konnten – umso mehr, da SS und Polizei in Polen vorübergehend etwas zurückhaltender agierten. Letztlich werden die Generale froh gewesen sein, dass sie für die Vorgänge in den besetzten Ostgebieten keine direkte Verantwortung mehr tragen mussten[357] und sich nunmehr ganz in die immer drängenderen Vorbereitungen des Westfeldzugs flüchten konnten. Die Kritik einiger Generale unserer Gruppe war aller Ehren wert, in manchen Fällen auch mutig, aber wenig konsequent. Das Unbehagen oder sogar die Abscheu über die offensichtlichen Symptome der nationalsozialistischen Gewaltpolitik führten noch lange nicht zur individuellen, geschweige denn zur gemeinsamen aktiven Opposition. Man arrangierte sich immer mehr und sehenden Auges mit einem kriminellen System.

Der Sieg im Westen überdeckte dann vollends das unterdrückte Unbehagen. Das war umso leichter möglich, als der glänzende militärische Erfolg auf diesem Kriegsschauplatz nicht mit brutalen Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung oder gegen Kriegsgefangene kontrastiert wurde – allerdings mit der Ausnahme zahlrei-

[354] Notizen Himmlers für diesen Vortrag, in: IfZ-Archiv, F 37/3. Die Exekutionen richteten sich gegen die „führenden Köpfe der Gegenbewegung". „Wir müssen hart bleiben." In den „Zeiten der Stärke" müsse die „endgültige Eingliederung des Raumes, Bereinigung, Germanisierung" betrieben werden. Die „Schaffung d. germanischen Reiches" sei „gesichert wenn das andere Problem Westen erledigt ist". Die Anwesenden könnten stolz darauf sein, als „Mitarbeiter Adolf Hitlers" an der Verwirklichung seiner großen Pläne mitzuwirken.

[355] Weichs, Erinnerungen, Bd. 4, in: BA-MA, N 19/8, Bl. 9f.: „Er suchte in diesem Vortrag die Nachrichten über Polen zu bagatellisieren, auf übertriebene Gerüchte zurück zu führen. Er habe sehr ernst zu nehmende in der Entstehung begriffene polnische Aufstandsbewegungen durch strenge Polizei-Maßnahmen bekämpfen müssen. Dabei seien nur wirklich Schuldige, niemals Unschuldige bestraft worden." Vgl. auch Müller, Vorgeschichte, S. 108.

[356] Vgl. auch die Tagesnotizen Tippelskirchs, 20. 2. 1940, ebd., S. 113, nach denen er selbst, ein Vertreter des OKH, zu Himmler sagte: „Nicht Härte mißfalle uns, sondern Gefahr der Verrohung."

[357] Vgl. die Eidesstattliche Erklärung Keitels, Nürnberg 18. 3. 1946, in: IMT, Bd. 40, S. 379: „Sicher weiss ich, dass alle Befehlshaber dankbar waren, als sie von der Mit-Verantwortung in Polen enthoben waren."

cher Kriegsverbrechen von Wehrmachtseinheiten an schwarzafrikanischen Soldaten der französischen Armee[358]. Der vorrückenden Truppe folgten keine „flurbereinigenden" Mordeinheiten. Die besetzten Teile Frankreichs und Belgien blieben unter Militärverwaltung, in die zunächst kaum eigenständige Organe der Partei oder Polizei eingriffen. Lediglich mit den kämpfenden Einheiten der SS, die den Heeresverbänden unterstellt waren, kam es hin und wieder zu Reibereien. So beklagte sich Erich Hoepner, der Kommandierende General des XVI. motorisierten Armeekorps, am 29. Mai 1940 über die SS-Totenkopf-Division[359]: „Ich habe z.Zt. eine SS-Div[ision] unter meinem Befehl, die leider unter solchen Verhältnissen noch weniger fechten kann als sonst schon. Es sind die Leute, die im Frieden die Konzentrationslager bewachen, organisierte Raubmörder, die die Städte plündern, Häuser abbrennen und wehrlose Gefangene erschießen, aber fortlaufen, wenn der Gegner schießt." Zwei Tage zuvor hatte eine Kompanie der Totenkopfdivision bei dem Dorf Le Paradis 100 britische Kriegsgefangene massakriert[360]. Trotz dieser Kriegsverbrechen in seinem Befehlsbereich und trotz seiner Abneigung gegen den SS-Divisionskommandeur Theodor Eicke, den er vor dessen Stab als „Schlächter" beschimpft haben soll[361], beharrte Hoepner aber offenbar weder auf konsequenten Ermittlungen noch auf einer Bestrafung der Täter. Der verantwortliche Kompaniechef, SS-Obersturmführer Fritz Knöchlein, kam ungeschoren davon. Um den ganzen Vorfall und andere Ausschreitungen der Totenkopfdivision sollte so wenig Aufhebens wie möglich gemacht werden.

Alle Seiten bemühten sich, keinen bitteren Tropfen in den süßen Wein des Sieges zu träufeln. Und auch die Verhältnisse im Osten sollten die Befriedigung über den unerwarteten Triumph im Westen möglichst nicht trüben. Nach dem glänzenden Erfolg über Frankreich wurde die Besatzungspolitik in Polen weit weniger kritisch gesehen als zuvor. Die Depression war verschwunden, das Selbstbewusstsein gestiegen, die Reputation des „Führers" und seiner Politik auf dem Höhepunkt angelangt. Die Kommandeure der Verbände, die in den nächsten Monaten nach und nach in die besetzten Ostgebiete verlegt wurden, übersahen oder akzeptierten nun die grausame Unterdrückung der polnischen und besonders der jüdischen Bevölkerung vor ihren Augen. Ausgerechnet der Oberbefehlshaber der zuerst nach Polen zurückkehrenden 18. Armee, Generaloberst Georg v. Küchler, der sich im Herbst 1939 noch deutlich gegen das Morden der SS und Polizei gewandt hatte, rechtfertigte jetzt den „im Generalgouvernement durchgeführten Volkstumskampf, z.B. Behandlung der polnischen Minderheiten, der Juden und kirchlichen Dinge" und untersagte seinen Untergebenen jede Einmischung oder Kritik[362]. Der Erfolg hatte selbst diesen konservativen General, dem in Frankreich die

[358] Vgl. dazu demnächst die Studie von Raffael Scheck.

[359] Hoepner an seine Frau, Chateau l'Abbaye/Béthune 29. 5. 1940, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 42. Dieses Dokument wird bezeichnenderweise von Bücheler, Hoepner, S. 109, nur mit wesentlichen Auslassungen zitiert.

[360] Vgl. Sydnor, Soldaten, S. 91–93.

[361] Vgl. ebd., S. 86; Bücheler, Hoepner, S. 110.

[362] Befehl Küchlers (AOK 18, OB, Ic, Nr. 2489/40 geh.), 22. 7. 1940, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1531: „Der an der Ostgrenze seit Jahrhunderten tobende Volkstumskampf bedarf zur endgültigen völkischen Lösung einmaliger scharf durchgreifender Maßnahmen. Bestimmte Verbände der Partei und des Staates sind mit der Durchführung dieses Volkstumskampfes im Osten

Ehre des Einzugs in Paris an der Spitze seiner Truppen widerfahren war, korrumpiert und zu einer erschreckenden „moralischen Indifferenz"[363] geführt.

Diese Indifferenz kennzeichnet auch die Briefe des Kommandierenden Generals Gotthard Heinrici, der erst im Frühjahr 1941 in den polnischen Aufmarschraum seines Armeekorps gelangte[364]. Kühl, distanziert, ohne jedes Zeichen von Empörung schilderte er die Versklavung der Bevölkerung, ihre Verelendung, ihren Hunger, ihre Ghettoisierung. „Polen u. Juden tun Sklavendienste", notierte er, „Rücksichten werden hier zu Lande nicht auf sie genommen. Es ist hier etwa so wie im Altertum, wenn die Römer ein Volk niedergeworfen hatten."[365] Die katastrophalen Zustände einer „rücksichtslosen" Besatzungsherrschaft, mit denen sich die Generale wieder täglich konfrontiert sahen, wurden hingenommen, in der Regel nicht mehr kritisiert, sondern nurmehr nüchtern registriert. Selbst die Misshandlung der polnischen Juden erregte keinen Widerspruch mehr. Der jahrelange staatliche Antisemitismus hatte genauso abgestumpft, wie die unheimliche Energie des NS-Regimes zermürbt und dessen anhaltende Erfolge geblendet hatten. Die Generalität hatte sich auf Gedeih und Verderb mit Hitler eingelassen. Gegenüber den großen Chancen und Risiken dieses Pakts schien das Schicksal der Polen oder Juden, die ohnehin auch in den nationalkonservativen Kreisen nicht sonderlich geschätzt wurden, eine Quantité négligeable zu sein.

Bereits während des Polenfeldzugs zeigte sich diese betonte Rücksichtslosigkeit allerdings nicht nur bei den „volkstumspolitischen" Maßnahmen oder der Bekämpfung von „Freischärlern", sondern überhaupt gegenüber der Zivilbevölkerung. Die schnellen Vorstöße der motorisierten Truppen sowie die Zerstörungen durch Artillerie und Luftangriffe lösten in der Bevölkerung panische und ziellose Flüchtlingsbewegungen aus. Die Vorurteile gegen den „polnischen Volkscharakter" verhinderten meist eine humanitäre Behandlung dieses Problems. Stattdessen wurden die Flüchtlinge als potentielle Spione und Freischärler verdächtigt, von den Straßen gejagt und ihrer Not überlassen. Bezeichnend war die Einstellung Fedor v. Bocks[366]: „Tausende von Flüchtlingen mit Kindern, Vieh und Wagen strömen vom Bug auf der Straße nach Pultusk zurück. Furchtbares Elend, aber es hilft nichts, ich muß die Straßen frei haben." Am folgenden Tag gab er seinen Truppen einen Befehl, der dieses Elend eher verschärfte[367]: „Das Herumziehen der Bevölkerung ist eine Gefahr und begünstigt den feindlichen Nachrichtendienst. Es ist unter diesem Gesichtspunkt zu handeln. Die Vormarschstraßen der Truppen müssen grundsätzlich und unbedingt von Flüchtlingskolonnen freigehalten werden." Misstrauen und Härte gegenüber der durch den Krieg in Not

beauftragt worden. Der Soldat hat sich daher aus diesen Aufgaben anderer Verbände herauszuhalten. Er darf sich auch nicht durch Kritik in diese Aufgaben einmischen."

363 Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 112. Treffend heißt es dort weiter: „Im Scheinzeichen von Gehorsam und Disziplin diente dieser mit NS-Parolen gespickte Befehl der Lähmung eines Gewissens, dessen Regungen unbequem wurden."

364 Vgl. die Briefe Heinricis an seine Familie von April/Mai 1941, in: Hürter, General, S. 56–61.

365 Heinrici an seine Frau, Siedlce 25. 4. 1941, ebd., S. 56.

366 Bock, Kriegstagebuch, S. 46 (9. 9. 1939). Vgl. auch ebd., S. 49 (14. 9. 1939): „Flüchtlinge, Versprengte, die aus den Wäldern auf unsere Leute schießen. [...] Die Armee wird erneut auf die Gefahr hingewiesen, daß bei den Flüchtlingskolonnen und auch sonst im Hinterlande zahllose polnische Soldaten – ganz oder halb in Zivil – sich herumtreiben."

367 Befehl Bocks, 10. 9. 1939, in: Nacht über Europa, Bd. 2, S. 115.

und Verzweiflung getriebenen polnischen Bevölkerung bestimmten auch in der Flüchtlingsfrage das Verhalten der militärischen Stellen. Nur selten regte sich Mitleid, etwa beim Generalstabschef des IV. Armeekorps, Generalmajor Walter Model[368]: „Der polnische Soldat kann einem nur leid tun, ebenso das Volk."

Am deutlichsten zeigte sich das neue Gesicht des Krieges beim deutschen Angriff auf Warschau. Die Bombardierung der eingeschlossenen Hauptstadt mit Brandbomben, die erhebliche Zerstörungen und hohe Verluste unter der Zivilbevölkerung bewirkte[369], war keineswegs nur von Hitler oder der Luftwaffe gewollt. Der Oberbefehlshaber der mit der Einnahme Warschaus beauftragten Heeresgruppe Süd, Generaloberst v. Rundstedt, beantragte am 24. September 1939 beim OKH Maßnahmen, „ohne die ein Erfolg nicht sichergestellt werden kann, die aber entweder militärisch nicht von ihr [der Heeresgruppe Süd] angeordnet werden können oder wegen ihrer völkerrechtlichen Folgerungen nicht ihrer Entscheidung unterliegen können"[370]. So hielt Rundstedt es für „erforderlich, den klaren und uneingeschränkten Befehl zu geben, unter Anwendung jeder Waffengewalt das Herausströmen der Zivilbevölkerung zu verhindern", um die Widerstandskraft der Verteidiger zu lähmen[371]. Außerdem forderte er den uneingeschränkten Einsatz der Luftwaffe „einschl. Brandbomben". Der Einsatz der Brandbomben könne „aber sich nicht auf milit[ärische] Ziele beschränken", da ihr Zweck u.a. „die Zermürbung des Widerstandswillens" sei. Rundstedt beendete seine höchst aufschlussreiche Anfrage mit den Worten: „Der Weg des gewaltsamen Angriffs hat als unausbleibliche Konsequenz die rücksichtslose Anwendung jeder Gewalt. Die Genehmigung hierzu muß beantragt werden. Einstweilen habe ich befohlen, dass auf alles, was sich der Truppe nähert, geschossen wird."

Die Argumentation Rundstedts war charakteristisch und richtungweisend für die gesamte Kriegführung der Wehrmacht im Osten, sei es in Polen, auf dem Balkan oder in der Sowjetunion. Die „rücksichtslose Anwendung jeder Gewalt" als Grundlage des militärischen Erfolgs wurde zum Motto dieser deutschen Feldzüge, die keine konventionellen Ziele, sondern die Durchsetzung eines rassenideologischen Programms verfolgten. Die Generalität konnte sich dabei auf die militärtheoretische Diskussion über den „Totalen Krieg" berufen, wusste aber zugleich, dass eine „rücksichtslose" Kriegführung kaum mehr vom Völkerrecht gedeckt wurde. Allein der schnelle Zusammenbruch der polnischen Armee verhinderte, dass bereits der Polenfeldzug nicht nur vereinzelte Züge, sondern die Gestalt des prophezeiten „Totalen Krieges" annahm. Natürlich waren die Generale erleichtert, dass es nicht dazu kam. Doch waren einige von ihnen offenbar schon im Herbst 1939 bereit, konsequent zu Mitteln zu greifen, die nicht mehr den Kon-

[368] Model an seine Schwiegermutter, 26. 9. 1939, in: Görlitz, Model, S. 71.

[369] Vgl. DRZW, Bd. 2, S. 131 (Beitrag Rohde). Die Luft- und Artillerieangriffe begannen am 25. 9. 1939, am 28. 9. gaben die Verteidiger auf.

[370] Rundstedt an OKH, Kielce 24. 9. 1939, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-80.

[371] „Die gewaltsame Zurückhaltung der Zivilbevölkerung in Warschau ist eine Vorbedingung für den Erfolg." Zugleich räumte er allerdings ein: „Wie weit es völkerrechtlich vertretbar ist, wie weit es bei Tage der Truppe zugemutet werden kann, steht dahin." Rundstedt hatte aber bereits drei Tage zuvor der 8. Armee befohlen: „Ein *Entweichen der Zivilbevölkerung* aus der Stadt durch unsere Linien *ist zu verhindern*." Befehl Rundstedts (H.Gr.Kdo. Süd, Ia), Kielce 21. 9. 1939, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-122.

ventionen „anständiger", die Zivilbevölkerung schonender Kriegführung entsprachen. Die problematische Interpretation der neuen militärischen Anforderungen durch den als besonders konservativ geltenden General v. Rundstedt, der zu dieser Zeit der angesehenste aktive Offizier des Heeres war, verwies darauf – und zugleich darüber hinaus auf Grundelemente des späteren Krieges in der Sowjetunion.

Diese Bereitschaft wurde durch die ideologischen Ressentiments gegen die slawischen Völker gefördert und durch die Sorge um die Disziplin der Truppe gehemmt. Im Westen hingegen musste das eine wegfallen und das andere in den Vordergrund treten. Bereits in Polen waren die Befehlshaber erschreckt über den Verfall der Disziplin, der sich bei Teilen der Truppe angesichts der verordneten harten Behandlung der Bevölkerung zeigte. Die Erkenntnis, dass Leben und Eigentum eines Polen, besonders eines jüdischen Polen, nicht mehr viel galten, verführte vielerorts zu Ausschreitungen und Plündereien. Auch die Bedenken vieler Kommandeure gegen die Morde der SS und Polizei waren nicht zuletzt in den Befürchtungen um eine „Verrohung" der Truppe begründet. Gerade die älteren Generale fühlten sich an die Disziplinlosigkeiten des Westheeres von 1918 erinnert, die für die Niederlage mitverantwortlich gemacht wurden. Sie erkannten dabei durchaus den Zusammenhang zwischen ihren Befehlen zur Härte und einer moralischen Zersetzung. Während des Polenfeldzugs wurde dieser Widerspruch noch weitgehend hingenommen, doch in der Vorbereitung der Offensive im Westen sollte solchen Erscheinungen vorgebeugt werden. Zwischen dem polnischen Krieg und dem Krieg in Frankreich, Belgien und den Niederlanden wurde von vornherein ein grundlegender Unterschied gemacht[372]. Der Westfeldzug sollte „sauberer" und mit geringeren ideologischen Belastungen geführt werden. Anders als im Osten glaubte man im Westen gegen den geachteten, militärisch gleichrangigen Gegner des letzten Krieges einen guten Ruf verlieren zu können.

So wundert es nicht, dass ausgerechnet Rundstedt, der in Polen einen harten Kurs gegenüber der Zivilbevölkerung vertreten hatte, am 11. November 1939 die Oberbefehlshaber, Kommandierenden Generale und Divisionskommandeure seiner Heeresgruppe zur „Aufrechterhaltung der Disziplin" im kommenden Feldzug ermahnte[373]. Dabei verwies er auf die noch ungefestigte Struktur des jungen Massenheeres und die an 1918 erinnernden Ausschreitungen in Polen[374]. Eine Wiederholung solcher Vorgänge sollte im Westen unbedingt vermieden werden, vor allem durch strengste Strafen: „Die Plünderung kann in besonders schweren Fällen mit dem Tode bestraft werden. Ein Vorgesetzter, der Plünderungen oder Ausschreitungen gegen wehrlose Zivilbevölkerung zusieht, ohne einzuschreiten,

[372] Vgl. etwa die Notizen für die Besprechung des Kommandierenden Generals des X. Armeekorps, General Hansen, mit seinen Kommandeuren am 4. 12. 1939, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-428: „Verhalten der Truppen in Holland. Gegensatz zum Osten! Kein Beschießen offener Städte ohne zwingenden militärischen Grund."

[373] H.Gr.Kdo. A, Aufzeichnung der Besprechung Rundstedts mit seinen Kommandeuren, 11. 11. 1939, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-511.

[374] „Wir müssen uns klar darüber sein, dass wir z.Zt. ein Heer haben, das nur zum Teil aus gefestigten Truppen, den aktiven Div[isionen] besteht, während neu aufgestellte Div[isionen] noch dieser Festigung bedürfen, die Masse der rückw[ärtigen] Dienste aber erst zur Truppe gemacht werden muss, die meisten Teile des Heeresgefolges noch unter diesem Niveau stehen. Der Feldzug in Polen hat schon nach kurzer Zeit Bilder gezeigt, die an das Ende von 1918 erinnerten."

ist, gleichgültig, ob es sich um die eigene oder eine fremde Truppe handelt, wegen Feigheit zur Verantwortung zu ziehen."[375] Die fremde Bevölkerung sollte jetzt geschützt werden, um die von Rundstedt mehrmals betonte „Ehre des deutschen Heeres" zu wahren. Dazu waren die meisten Kommandeure bereit. Die Disziplin wurde schon vor dem Beginn der Offensive mit Härte durchgesetzt. So war etwa Reichenau dafür berüchtigt, dass er Soldaten seiner Armee im Rheinland wegen disziplinarischer Vergehen erschießen ließ[376].

Dennoch kam es auch im Westfeldzug zu einzelnen Übergriffen auf die Zivilbevölkerung, nicht nur – wie von Hoepner beklagt – von SS-Einheiten, sondern auch durch Soldaten der Wehrmacht. So sah sich der Kommandierende General Heinrici genötigt, massiv gegen das wilde Requirieren und Beutemachen der Truppe vorzugehen[377]. Und so musste der Armeeoberbefehlshaber Busch seine Kommandeure erneut auf das notwendige „einwandfreie Verhalten der Truppe" hinweisen, nachdem es bei der Einnahme von Verdun zu Plünderungen gekommen war[378]. Manche Kommandobehörden förderten ihrerseits den Rückfall zu einer brutalen Kriegführung wie in Polen, etwa das Armeeoberkommando 18 (Küchler), das den Widerstand in Rotterdam *„mit allen Mitteln"* brechen wollte – *„nötigenfalls* ist Vernichtung der Stadt zu drohen und durchzuführen" – und einen schweren Luftangriff mit der Folge von über 800 Ziviltoten verantwortete[379]. An manchen Stellen tauchte auch die alte „Franktireurpsychose" wieder auf, die nun sofort als solche erkannt und bekämpft wurde[380]. Doch insgesamt forderten die kurzen Feldzüge unter den Zivilisten der westlichen Kriegsgegner nur relativ geringe Opfer. Die verbrecherischen Dimensionen des Polenfeldzugs wurden nicht erreicht, da bewusst größere Rücksicht genommen wurde.

Charakteristisch für die abweichende Einstellung zur Bevölkerung war die veränderte Beurteilung des Flüchtlingsproblems. Auch in Frankreich provozierten die überraschend schnellen deutschen Vorstöße, Evakuierungsmaßnahmen der eigenen Regierung und die Angst vor deutschen Gräueln chaotische Fluchtbewegungen der Bevölkerung[381]. Doch während den polnischen Flüchtlingen in der Regel mit Gleichgültigkeit und Argwohn begegnet worden war, weckten die belgischen und französischen Refugiés das Mitgefühl und die Hilfsbereitschaft der Generale. „Auf Feldern, in Straßengräben kauern die Elenden zusammengedrängt", schrieb General Hoepner aus Frankreich[382]: „Ich habe nun schon meinen

[375] Dabei nahm Rundstedt vor allem auch die Generale in die Pflicht: „Das ‚eine Auge zudrücken' ist der Anfang der Untergrabung der Autorität! [...] Es gehört dazu allerdings, dass auch die höheren Vorgesetzten keinen Verstoss mit ansehen, nur weil sie im Auto sitzend, nicht die Zeit zu haben glauben, sich um solche Dinge zu bekümmern."

[376] Vgl. Görlitz, Paulus, S. 38; Hammerstein, Spähtrupp, S. 99f.

[377] Tagebuch Heinricis, 24. 6. 1940, in: BA-MA, N 265/10: „Nur mit der grössten Rücksichtslosigkeit und Durchgreifen ohne Ansehn der Person kann man die Ordnung aufrechterhalten. Tut man das nicht, dann lösen sich alle Bande frommer Scheu, und es ist beschämend zu sehen, wie oft die Eigensucht hervorbricht. Aber durch brutales Dazwischenschlagen ist es mir gelungen, das Gröbste zu beseitigen."

[378] Befehl Buschs (AOK 16, OB), 17. 6. 1940, in: NA, T 501/37.

[379] AOK 18 (Ia) an Gen.Kdo. XXXIX. A.K., 13. 5. 1940, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1159. Vgl. auch Jacobsen, Luftangriff.

[380] Bock, Kriegstagebuch, S. 136 (26. 5. 1940).

[381] Vgl. Vidalenc, L'exode.

[382] Hoepner an seine Frau, 25. 5. 1940, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 41: „Die Flüchtlingsbewegung ist

Quartiermeister nach meinen Kriegserfahrungen eingespannt, um für Verpflegung, sanitäre Maßnahmen, Unterkunft und Kontrolle zu sorgen." Reinhardt ergriff bei „jeder meiner Fahrten [...] das Mitleid von neuem"[383]. Und Guderian beklagte gar[384]: „Das Mittelalter war human gegen die Jetztzeit." Die traditionelle „Ritterlichkeit" des Offiziers gegenüber dem unterlegenen Gegner, die in Polen stark reduziert worden war, kam jetzt wieder stärker zum Vorschein, nicht nur im allgemeinen Mitleid, sondern oft durch tatkräftige Hilfe. Der Krieg war auch in dieser Hinsicht schon 1939/40 im Westen ein anderer als im Osten.

Der Unterschied der Kriegsschauplätze war allerdings ein gefährliches Kriterium, an das man sich ein Jahr später im Krieg gegen die Sowjetunion gerne orientierte, um sein Gewissen zu beruhigen. Musste man sich nicht den besonderen „Verhältnissen im Osten" anpassen? Zwang nicht die vermeintlich niedere kulturelle Stufe der slawischen Länder und Menschen zu einer Abkehr von den herkömmlichen Kriegsregeln, die man im Westen noch beachten wollte? Der große Ostkrieg, der im Juni 1941 begann, wurde durch den propagierten Gegensatz zum „jüdischen Bolschewismus" noch zusätzlich verschärft. Doch bereits der kleine Ostkrieg in Polen und die Herrschaft in den 1939 besetzten Gebieten nahmen in vielem die verbrecherischen Züge eines ideologischen Eroberungs-, Raub- und Vernichtungskriegs an, ungleich bescheidener zwar noch als nach 1941, aber sichtbar und erschreckend genug. Sie antizipierten die rücksichtslose Unterdrückung und Ausbeutung der Zivilbevölkerung, die brutalen Maßnahmen gegen Partisanen und „Partisanenverdächtige", die Vernichtung der „Lebenskraft" des Gegners sowie die Ermordung von „Funktionären" und Juden, wie sie dann in der Sowjetunion in noch weit größerem Ausmaß die Kriegführung und Besatzungsherrschaft prägten.

Diese Merkmale einer unseligen Verbindung militärischer Nützlichkeitserwägungen und rassenideologischer Kriegsziele legten sich von vornherein wie ein dunkler Schatten auf die deutsche Kriegführung, an der die Generale unserer Gruppe bereits in Polen maßgeblich beteiligt waren. Lediglich vier dieser 25 Generale wurden 1939 nicht im Osten verwendet. Unsere Gruppe besetzte in den Feldzügen von 1939/40 mehr als die Hälfte der höchsten Truppenführung des Heeres und war damit bereits zu dieser Zeit repräsentativ für die kleine Positionselite der Oberbefehlshaber von Heeresgruppen und Armeen, aber auch für die Kommandierenden Generale der Armeekorps. Umso interessanter ist das Verhalten dieser Generale gegenüber dem verbrecherischen Charakter der nationalsozia-

überhaupt eine der auffallendsten und schwierigsten Erscheinungen." Auch Kluge an seine Frau, 27. 5. 1940, in: BA-MA, MSg 1/534, notierte „ein trostloses Bild des Elends". Vgl. auch Bock, Kriegstagebuch, S. 158f. (18. 6. und 21. 6. 1940); Weichs, Erinnerungen, Bd. 4, in: BA-MA, N 19/8, Bl. 23f.

[383] Reinhardt an seine Frau, 26. 5. 1940, in: BA-MA, N 245/2: „Im übrigen könnt Ihr allen Meckerern (wenn es noch welche gibt?) garnicht genug das Schicksal schildern, das hier im Kriegsgebiet die arme Bevölkerung aller Schichten erlebt. Deutschland kann garnicht genug dankbar sein, dass es von solchem Schicksal verschont bleibt. [...] Von ihren Regierungen von Haus und Hof gejagt, um sich vor den ‚Boches!' in Sicherheit zu bringen, irren Frauen, Kinder, Alte usw. auf Wagen aller Art oder in Handwagen ihr wichtigstes Gut mit sich schleppend oder auch nur Koffer tragend in endlosen Haufen auf den Strassen umher."

[384] Guderian an seine Frau, 15. 6. 1940, in: Macksey, Guderian, S. 194: „Infolge der Zwangsräumung herrscht ein unbeschreibbares Flüchtlingselend, und alles Vieh geht zugrunde."

listischen Kriegspolitik, der keinem hohen Militär verborgen bleiben konnte. Dass es Hitler vor allem um die Eroberung von „Lebensraum" ging und auch der Krieg im Westen der Absicherung dieses Ziels im Osten diente, hatte der Diktator mehrfach unmissverständlich deutlich gemacht. Dieses Programm erweckte Unbehagen, aber keinen grundsätzlichen Widerstand. Die Kritik vieler Generale richtete sich gegen bestimmte Exzesse der SS und Polizei, nicht gegen die Ostpolitik an sich, die sie anfänglich sogar durch scharfe Befehle unterstützten. Die „Verrohung" der Truppe erschreckte, doch das grundsätzliche Übel, der Teufelskreis von militärischer Härte und ideologischer Zielsetzung, wurde nicht an der Wurzel gepackt.

Das Unbehagen, ja die Beschwerden über die brutalen Maßnahmen im Osten, die sich im Herbst und Winter 1939/40 mit der Furcht vor einer katastrophalen Niederlage gegen die Westmächte verbanden, verflüchtigten sich durch den Triumph in Frankreich. Die dunklen Seiten wurden nun ignoriert oder sogar gerechtfertigt, die Bedenken erneut zurückgestellt. Der Erfolg schien Hitler und seiner Weltanschauung immer von neuem Recht zu geben – auch das Recht zum Unrecht. Die Generale sahen sich an der Seite des Siegers, der seine Macht nach dem alten Prinzip des „Vae victis" und nach dem neuen Schlagwort des „Struggle for life" nahezu unbegrenzt und unbestraft ausnutzen konnte. „Der Stärkere hat das Recht", hatte Hitler ihnen prophezeit. Die verwirrenden Jahre des steten Wechselbads zwischen Zweifel und Erfolg hatten selbst bei den alten, überwiegend nationalkonservativen und nun militärisch so unerwartet ruhmreichen Offizieren die Maßstäbe verrückt. Auch diejenigen, die noch am weitesten ihren politischen und moralischen Standort zu behaupten wussten, wie Hoepner, Leeb oder Stülpnagel, folgten weiter den Bahnen der Kriegspolitik Hitlers. Mit „Pflichtbewusstsein" allein ist diese Gefolgschaft nicht zu erklären. Charakteristisch war wohl eher eine schwer zu bestimmende und individuell unterschiedliche Mischung aus Sorge, Fatalismus, Zuversicht und Übermut. Das Hin und Her zwischen Skepsis und Euphorie lähmte das Gewissen und trübte das Urteil. Die Generale hatten sich darauf eingelassen, *diesem* Regime, *diesem* Diktator und *dieser* Politik zu dienen. Auf welches Ausmaß an Verbrechen dieser Irrweg zuführte, war noch nicht in vollem Umfang erkennbar. Wohl aber zeigten sich die Schattenseiten immer deutlicher. Doch die überwältigenden Siege von 1939/40 ließen die Generale entweder weiter abwarten oder sogar überzeugt mitmachen. Die jeweilige Einstellung mag verschieden gewesen sein, das Ergebnis war gleich: Die Generalität war nahezu ohne Ausnahme bereit, den nächsten verhängnisvollen Abschnitt des Irrwegs mitzugehen: den Krieg gegen die Sowjetunion.

4. Zwischenergebnis

Der Querschnitt durch die Biographie von 25 Generalen und durch die deutsche Militärgeschichte von der Kaiserzeit bis in den Zweiten Weltkrieg hinein konnte nicht jedes Detail einer Gruppenbiographie sichtbar werden lassen, wohl aber verdeutlichen, in welcher professionellen, politischen und geistigen Landschaft sich diese Offiziere bis zu ihrem exponierten Einsatz im deutsch-sowjetischen Krieg bewegten. Dass ausgerechnet sie mit der Aufgabe betraut wurden, die Heeresgruppen und Armeen im ersten Jahr des gewaltigsten und gewalttätigsten aller von Deutschen geführten Kriege zu befehligen, war weder Zufall noch gezielte Personalpolitik eines Diktators. Vielmehr war die Zusammensetzung dieser kleinen, aber bedeutenden Positionselite das Ergebnis eines sehr langen und konventionellen Ausleseprozesses, der im Kaiserreich begann. Sowohl die Gruppe der Oberbefehlshaber vom Juni 1941 als auch ihr bis zum Januar 1942 auf neun Positionen verändertes und geringfügig verjüngtes Personal bestand durchgehend aus sehr erfahrenen Berufsoffizieren. Die Homogenität dieser konservativen Generalselite ermöglichte die Analyse von Grundzügen gemeinsamer Prägungen und Entwicklungen.

Bereits die Herkunft, Bildung und Ausbildung dieser Offiziere wiesen kaum gravierende Unterschiede auf. Sie kamen fast alle aus den „erwünschten Kreisen" der höheren Beamten und Akademiker, auf die sich die Monarchie stützte – auffallend häufig sogar aus der „zuverlässigsten" aller Schichten, aus Offiziersfamilien. Sie besuchten Humanistische Gymnasien oder Kadettenanstalten, die eine elitäre Schulbildung und nationalkonservative „Charaktererziehung" boten. Sie schlugen unmittelbar nach der Schule den Offiziersberuf ein und legten als Adjutanten, Kriegsakademiker oder Generalstäbler meist schon vor dem Ersten Weltkrieg die Grundlage für eine hervorragende Laufbahn. Zum exklusiven Sozialprofil und einem entsprechend konservativen Erziehungs- und Bildungsprofil kam ein sehr gutes Ausbildungs- und Berufsprofil, das diesen Offizieren mehrheitlich wohl auch ohne Krieg und Diktatur zu Karrieren bis in die Generalsränge verholfen hätte. Die späteren Oberbefehlshaber des Ostheeres wurden aus dem besten Teil des alten Offizierkorps rekrutiert.

Die Verwurzelung in der sozialen und politischen Ordnung des Kaiserreichs hätte stärker nicht sein können. Sie vermittelte den jungen Offizieren das Selbstbewusstsein, zu den staatstragenden Schichten einer starken und aufstrebenden Monarchie zu gehören. Ein weiteres Fundament war ein Standesethos, das die feudalen Traditionen von Ehre, Treue und Gehorsam bewahrte. Die Geborgenheit dieser geordneten Welt ließ die Offiziere in geradezu „kindlicher Passion" ihrem Beruf nachgehen. Die Nervosität der Jahre vor 1914 und die zahlreichen Widersprüche dieser Zeit werden nur die wenigsten beunruhigt haben. Das

Selbstgefühl einer bevorzugten Kaste unterdrückte die Zweifel. Der Gegensatz von Tradition und Moderne gerade auch im militärischen Bereich wurde kaum wahrgenommen.

Das Militärwesen des Industriezeitalters verlangte zugleich den Spezialisten und Generalisten, da die militärischen Aufgaben im Kleinen immer detaillierter und komplizierter, im Großen immer komplexer und immer abhängiger von nichtmilitärischen Faktoren wurden. Die zunehmende Arbeitsteiligkeit im Offiziersberuf förderte jedoch die einseitige Konzentration auf das militärische Fachgebiet und drohte die ursprünglich weiter angelegten Ehrbegriffe wie Pflicht und Gehorsam auf das bloße „Funktionieren" von professionellen Experten zu verengen. Der Einklang mit dem monarchischen System minderte das politische Interesse und die Sensibilität für die Gefährdungen einer gleichermaßen rückständigen und fortschrittlichen Gesellschaft. Soziale Abgeschlossenheit, konservativ-reaktionäre Gesinnung, Autoritätsglauben und einseitiges Spezialistentum erleichterten den Weg von Soldaten, die in einer Ära unterdrückter Spannungen und ungelöster Widersprüche sozialisiert wurden, zu militärischen Handlangern der NS-Diktatur. Dieser Weg war allerdings noch weit und keineswegs zwangsläufig.

Das feste Weltbild des königlichen Offiziers geriet ins Wanken, als sich das Kaiserreich weder der äußeren noch der inneren Herausforderung gewachsen zeigte. Die Erfahrungen in den dramatischen Jahren von 1914 bis 1920 hatten wenig mit der professionell und politisch so „heilen Welt" der Vorkriegszeit gemein. Der moderne Krieg zeigte eine Zerstörungskraft, auf die selbst der Berufssoldat nicht gefasst war. Einsatz und Verlust von Mensch und Material überstiegen die schlimmsten Befürchtungen. Dazu zeigten sich deutliche Tendenzen einer Radikalisierung und „Totalisierung" der Kriegführung, nicht allein in der Verschmelzung von Militär, Politik und Industrie, sondern auch in den Übergriffen auf die Zivilbevölkerung. Die Gewalt dieses Krieges war noch nicht unbegrenzt, aber immer häufiger rücksichtslos. Die in den langen Kriegsjahren front- und mehr noch stabserprobten Offiziere unserer Gruppe erlebten die neuen Dimensionen militärischer Gewalt existentiell und professionell aus nächster Nähe. Die Auswirkungen auf ihre fachliche und moralische Haltung waren tiefgreifend.

Nicht weniger einschneidend und vielleicht noch wirkungsvoller war der Schock der Niederlage und Revolution. Der nicht für möglich gehaltene Untergang der Monarchie und die jähe Auflösung der Armee raubten den fassungslosen Offizieren ihre wichtigsten Bezugspunkte. Das anerzogene Selbstgefühl erschwerte es, die Gründe für diese Katastrophe in den Strukturschwächen und Widersprüchen des Kaiserreichs zu suchen. Vielmehr wurde sie überwiegend denen angelastet, die man für den Bruch des „Burgfriedens" und den „Dolchstoß" verantwortlich machte: Sozialisten, Demokraten und andere „Reichsfeinde", häufig auch schon „die" Juden. Dass die Widerstandskraft und Einheit von Volk und Armee in dieser Sicht nicht durch die militärischen Rückschläge, sondern durch die wirtschaftliche Blockade und innenpolitischen Gegensätze zermürbt wurden, war das vielleicht nachhaltigste Trauma des deutschen Berufsoffiziers.

Die Ereignisse dieser Monate politisierten das Offizierkorps nachhaltig. Die vormals so behüteten „Königspaladine" verloren in den Bürgerkriegs- und Grenzschutzkämpfen gewissermaßen ihre politische Unschuld. Die neuen Tod-

feinde waren schnell ausgemacht: „Bolschewisten" als Synonym für alle extremen linken Kräfte im Innern sowie polnische Nationalisten und russische Revolutionäre im Grenzschutz Ost und im Baltikum. Die Brutalität dieser Auseinandersetzungen jenseits rechtlicher Bindungen prägte sich tief ein. Der Erfolg schien die Rücksichtslosigkeit zu rechtfertigen. Gewalt galt fortan als das einzige probate Mittel gegen „heimtückische" Bolschewisten, Slawen und Freischärler, sei es in Krieg oder Revolution. Die Verschmelzung innerer und äußerer Feindbilder wurde zu einem Signum der Geisteshaltung nationalkonservativer Kräfte.

Erster Weltkrieg, Niederlage und Revolution waren der Dreh- und Angelpunkt für die Mentalität der späteren Wehrmachtsgenerale. Während diese jungen Berufsoffiziere zuvor nur beschränkte Vorstellungen von Krieg und Politik im Zeitalter der Weltkriege hatten, entstanden durch die Erfahrungen jener Jahre konkrete Auffassungen und Feindbilder, die von da an jederzeit angesprochen werden konnten. Vor dem Hintergrund dieser Katastrophe, die Millionen von Toten gefordert hatte, musste der Krieg nicht mehr nur als begrenzter militärischer Konflikt erscheinen, sondern als Existenzkampf um „Sein oder Nichtsein", der das einheitliche Aufgebot der gesamten Volks- und Wirtschaftskraft erforderte und den rücksichtslosen Einsatz nahezu aller Mittel rechtfertigte. Die Nachkriegsdiskussion um den „Totalen Krieg" förderte diese neue Militärdoktrin, die in Deutschland durch die Modernisierung des alten Angriffdogmas ergänzt wurde. Der Kampf gegen Sozialisten, Bolschewisten, Polen und Russen radikalisierte schon vorher bestehende Ressentiments gegen „rote" Staatsfeinde, „barbarische" Slawen und „hinterhältige" Freischärler. Neben den traditionellen „Erbfeind" im Westen traten stärker als zuvor die „Feinde" im Innern und in Osteuropa. Von dieser Mentalität führte zwar keine Einbahnstraße in einen mit „totaler" Brutalität geführten Angriffskrieg gegen die „Ostvölker" und den „jüdischen Bolschewismus", doch bildeten sich in dieser Zeit gefährliche Anlagen, die sich Hitler später zunutze machen konnte.

Alle Offiziere unserer Gruppe dienten der Republik als Berufsoffiziere, obgleich der Unterschied zwischen der Übereinstimmung mit der Monarchie und der Reserve gegenüber dem Weimarer Staat erheblich war. Die innere und äußere Schwäche des Deutschen Reichs diskreditierte in ihren Augen nicht nur den Versailler Vertrag, sondern auch die neue Staatsform, die den monarchistischen Offizieren ohnehin fremd blieb. Gleichwohl nahmen sie gerade in diesen Jahren die wohl wichtigsten Hürden ihrer Karriere, indem sie in der strengen Führerauslese der kleinen Reichswehr die berüchtigte „Majorsecke" überwanden und zum Teil bis zum Oberst oder General aufstiegen. Am Ende gehörten die meisten von ihnen zu den besten Offizieren der Reichswehr, die auch in der Wehrmacht zunächst den Ton angaben. Dieser berufliche Erfolg konnte über die Unzufriedenheit mit dem Versailler und Weimarer „System" kaum hinwegtrösten. Das abstrakte Ideal der „Staatstreue" und der Rückzug aufs Fachliche gewährleisteten eine formale Loyalität, doch wurde das Ende der Republik als Überwindung eines unhaltbaren Provisoriums begrüßt.

Umso schneller arrangierten sich diese Anfang 1933 bereits mittleren und älteren Offiziere mit der NS-Diktatur, auch wenn den meisten von ihnen vermutlich ein autoritäres Präsidialregime oder gar eine monarchische Restauration lieber ge-

wesen wären. Die nationalsozialistische Ideologie war ihnen in vielen Punkten unverständlich. Die gläubigen Anhänger der „Bewegung" bildeten die Minderheit. Die Erfolge der neuen Machthaber schienen aber für sich zu sprechen. Die Überwindung der sozialen Gegensätze und Schaffung einer „Volksgemeinschaft" wurden nicht nur aus politischen, sondern auch aus militärischen Gründen begrüßt, da sie die inneren Voraussetzungen einer modernen Rüstungspolitik schufen. Noch größeren Eindruck machten die Erfolge der gegen die Siegermächte durchgesetzten Aufrüstung und der expansiven Außenpolitik. Die zeitweiligen Sorgen wegen der Risiken dieses Kurses wurden immer wieder von den überraschenden Erfolgen Hitlers verdrängt. Die Erfüllung aller militärischen Forderungen durch die Staatsführung und die Realisierung der kühnsten großdeutschen Träume übertrafen sogar das für die meisten Offiziere maßgebliche Vorbild des Kaiserreichs. Man wurde in einen Taumel von Triumphen gezogen und erlebte auch persönlich einen unerwarteten Aufschwung, denn besonders die Offiziere profitierten in Beruf und Karriere von der Hochrüstung und Expansion.

Dieser Taumel machte zugleich unempfindlich für die Schattenseiten der Diktatur. Das unübersehbare Unrecht, die brutalen Repressionen gegen politische Gegner, die Entrechtung der Juden, die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, die Maßnahmen gegen die Kirchen stießen zwar auf Unbehagen, waren aber nur für die wenigsten ein wirklich ausschlaggebendes Kriterium. Das autoritäre Weltbild des Offiziers und wohl auch eine gewisse moralische Verhärtung durch Krieg und Revolution erleichterten es ihm, solch unangenehme Erscheinungen zu ignorieren, zu verdrängen oder gar zu akzeptieren und das Humanum in sich zu unterdrücken. Anders als in der Republik meinte man sich nicht für die innenpolitischen Vorgänge interessieren zu müssen, solange der Glanz des militärischen und machtstaatlichen Wiederaufstiegs alles überstrahlte. Selbst die militärische Führung verzichtete zunehmend auf politischen Einfluss, auf den sie in Kaiserreich und Republik noch so großen Wert gelegt hatte. Der politischen Enthaltung drohte der moralische Verfall zu folgen. Denn Hitler ließ intern – in zahlreichen Ansprachen vor der Generalität oder wenigstens vor ihrem maßgeblichen Teil – keinen Zweifel daran, dass er sich nicht in den Bahnen einer traditionellen Revisionspolitik bewegen wollte, sondern eine rassenideologische Aggressionspolitik betrieb und auch vor einem Krieg nicht zurückschreckte. Doch selbst dieses hohe Risiko wurde von der Militärelite, betäubt durch den verwirrenden Wechsel von Skepsis und Enthusiasmus, entweder in Kauf oder nicht ernst genug genommen.

Bei allen Nuancen der persönlichen Einstellung zu dieser Politik war der Grad der Zustimmung in der Heeresgeneralität, der auch die Offiziere unserer Gruppe im Sommer 1939 ausnahmslos angehörten, groß genug für die Gefolgschaft in den Krieg. Das Schwanken zwischen Zweifel und Euphorie setzte sich fort. Der Feldzug gegen Polen war populär, gerade bei diesen Generalen, die häufig schon 1918/19 im Grenzschutz Ost eingesetzt waren und nun im Polenfeldzug die wichtigsten Heeresverbände kommandierten. Das Hochgefühl des Schlachtenruhms wurde allerdings durch die Verbrechen der SS, Polizei und teilweise auch der Wehrmacht an der polnischen Bevölkerung getrübt. Die Kritik einiger Generale richtete sich gegen die Exzesse, nicht grundsätzlich gegen die nationalsozialistische „Lebensraum"-Politik und auch nicht gegen eine harte Besatzungspolitik,

die durch manch scharfen militärischen Befehl gefördert wurde. Der kleine Ostkrieg zeigte bereits viele Symptome des großen Ostkriegs, also des Feldzugs gegen die Sowjetunion, wenn auch in bescheideneren Ausmaßen. Bedenklich waren vor allem die ersten Anzeichen einer unheilvollen Verbindung von militärischem Utilitarismus und ideologischen Maßnahmen.

Die Kritik an den Gräueln in Polen mischte sich im Herbst 1939 mit der tiefen Skepsis der Generalität gegen den geplanten Westfeldzug. Das Reich schien militärisch und moralisch auf eine Katastrophe zuzusteuern, aber die Kraft, diese Katastrophe durch ein entschlossenes Vorgehen gegen Hitler zu verhindern, hatten die Generale, zumindest als Gruppe, schon jetzt nicht mehr. In fatalistischer Ergebenheit zog man sich gewöhnlich auf die bloße „Pflichterfüllung" zurück und unterwarf sich dem Willen des „Führers". Der unerwartet schnelle Sieg im Westen zerstreute erneut die Bedenken. Der nationale Wiederaufstieg hatte einen Gipfelpunkt erreicht und den Generalen bisher nichts als Ruhm, Beförderung und Verdienst gebracht. Die kühnsten revisionistischen und revanchistischen Hoffnungen waren erfüllt worden, ja man stieß in ungeahnte imperiale Dimensionen vor. Die Maßstäbe waren in jeder Hinsicht verrückt, die Urteilsfähigkeit und das Gewissen korrumpiert, nicht zuletzt auch durch materielle Zuwendungen, mit denen der Diktator seine Unterfeldherrn in sein Bestechungssystem einband. Umso leichter fiel es den Generalen, sich mit Hitlers unverblümtem Eroberungs- und Vernichtungswillen im Osten abzufinden. Skepsis und Unbehagen verschwanden nicht vollständig, doch trotz aller individuellen Unterschiede waren diese Zweifel bei keinem General unserer Gruppe stark genug, sich Hitlers rassenideologischem Krieg gegen die Sowjetunion zu verweigern.

So waren für Hitler Anfang 1941 die Bedingungen denkbar gut, zur militärischen Durchsetzung seiner verbrecherischen Ziele im Osten auf die professionellen Fähigkeiten dieser bereits älteren, bewährten, erfahrenen und überwiegend konservativen Generalselite zurückzugreifen. Auch wenn sie von ihrer Herkunft und Sozialisation noch in einer anderen Zeit und Tradition, in anderen Werten und Normen wurzelte als der Nationalsozialismus, bestanden doch genügend Dispositionen und Prägungen in den unruhigen Zeitläuften zwischen Weltkriegen, Bürgerkriegen und Revolutionen, um für jene Aufgabe geeignet und bereit zu sein, die Hitler ihr zudachte. Die wichtigsten dieser Voraussetzungen seien nochmals aufgezählt:

1. *Verengung ethischer Grundsätze.* Die Erziehung in der Kaiserzeit und der Zwang zur Spezialisierung im modernen Militärwesen förderten eine unkritische Autoritätsgläubigkeit und die einseitige Auslegung der Ehrbegriffe von „Pflicht und Gehorsam". Politisches und moralisches Verantwortungsbewusstsein waren noch nicht zerstört, konnten aber zugunsten einer erhöhten Bereitschaft zum Rückzug auf das rein Fachliche jederzeit unterdrückt werden. Außerdem minderte die unmittelbare Konfrontation mit Tod und Vernichtung in den Kriegs- und Revolutionsjahren das Verständnis für individuelle Rechte.

2. *Festigung der Feindbilder.* Die traditionellen Ressentiments gegen Sozialisten, Slawen und teilweise auch Juden wurden im Ersten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit erheblich verschärft. Die kulturell geringgeschätzten „Ostvölker" zeigten sich in Krieg und Niederlage als Gegner. Die Sozialisten wurden für den

Untergang des Kaiserreichs und die Schwäche der Republik verantwortlich gemacht, die extremen Linken als „Todfeinde" gesehen und erbittert bekämpft. Die Kulmination aller Feindbilder war häufig der „jüdische Bolschewismus" als neue „Gefahr aus dem Osten".

3. *Radikalisierung der Militärdoktrin.* Der Erste Weltkrieg wurde nicht mehr als ein begrenzter Waffengang erlebt und rezipiert, sondern als ein die gesamte Bevölkerung in all ihren Lebens- und Produktionsformen betreffender Existenzkampf. Dieser übersteigerte sozialdarwinistische Kriegsbegriff schien nach dem Motto „Not kennt kein Gebot" den rücksichtslosen Einsatz aller eigenen gegen alle feindlichen Ressourcen zu legitimieren. Moralische und rechtliche Bedenken drohten hinter den „Kriegsnotwendigkeiten" zurückzutreten.

4. *Neigung zum totalitären Staat.* Die „Totalisierung" der Kriegführung erforderte die am Ende des Ersten Weltkriegs so schmerzlich vermisste Einheit der Nation. Eine „Volksgemeinschaft" als Grundlage militärischer Stärke zu schaffen, wurde der Republik nicht zugetraut, ja selbst die geliebte Monarchie war an dieser Aufgabe gescheitert. Umso größere Anziehungskraft erhielt die totalitäre Option, der es gelang, das Volk auszusöhnen und aufzurüsten. Zugleich erfüllte das NS-Regime die Sehnsüchte nach einer autoritären Regierung sowie persönliche Karrierewünsche.

5. *Erweiterung politischer Zielvorstellungen.* Die inneren, mehr noch die äußeren Erfolge der Diktatur verschoben zunehmend die Maßstäbe. Zunächst dachte man an eine Überwindung des Versailler Systems, dann an die Verwirklichung großdeutscher Träume und schließlich gar an die europäische Vorherrschaft, die selbst die radikalen Eroberungspläne im Osten nicht mehr abwegig erscheinen ließen. Wirtschaftliche Autarkie wurde als Voraussetzung der Existenz und „Blockadefestigkeit" Deutschlands gesehen. Jeder aufkeimende und dann widerlegte Zweifel steigerte nur die Faszination des machtpolitischen Aufstiegs, der die zahllosen Verstöße gegen Recht und Moral überdeckte.

Diese Versatzstücke einer kollektiven Mentalität beeinflussten nicht nur das Handeln der 25 Oberbefehlshaber an der Ostfront 1941/42, sondern prägten – selbstverständlich mit individuellen Unterschieden – den älteren Teil des Offizierkorps insgesamt. Viele dieser Merkmale unserer kleinen Positionselite waren auch symptomatisch für die militärische Funktionselite, teilweise sogar für die konservativen Eliten überhaupt. Hitler konnte zunächst mit guten Gründen darauf verzichten, die Oberbefehlshaber seines Ostheeres nach politischen oder ideologischen Gesichtspunkten gezielt auszuwählen. Die Namen der älteren Generation von Wehrmachtsgeneralen waren austauschbar. Selbst kritischere Köpfe wie Hoepner, Leeb und Stülpnagel fügten sich in Hitlers Feldzugspläne. Unterschieden sie sich grundsätzlich von den Generalen, die nicht für den Ostkrieg berücksichtigt wurden, wie Blaskowitz, List und Witzleben? Hätte sich ein Fritsch oder selbst ein Beck anders verhalten? Obwohl der Transformationsprozess von der elitär-konservativen Reichswehr zum nationalsozialistischen Volksheer in der Generalität noch am wenigsten fortgeschritten war, verließ sich Hitler vor Beginn des Ostfeldzugs auf die Bereitschaft, auf das „Funktionieren" seiner Heerführer im Kampf gegen den bolschewistischen Erzfeind. Die Frage war nun, bis zu welchem Punkt diese Kommandeure seiner rassenideologischen Kriegspolitik folgen würden.

II. Ostkrieg

Kriegführung, Besatzungsherrschaft, Verbrechen

1. Vorbereitungen

a. Kriegsziele und Feindbilder

Hitlers Entschluss zum Krieg gegen die Sowjetunion, mit dem er die militärische Führung Ende Juli 1940 erstmals konfrontierte, gründete sich sowohl auf strategischen Überlegungen als auch auf ideologischen Überzeugungen[1]. Die Frage nach einem Übergewicht des politischen, geostrategischen, militärischen und wirtschaftlichen Kalküls oder aber des weltanschaulichen Dogmas ist überflüssig. Wie in Hitlers gesamter Programmatik und Politik waren gerade auch in dieser Entscheidung machtpolitische und ideologische Motive eng miteinander verwoben. Seinen maßgeblichen militärischen Beratern und Befehlshabern konnte die enge Verbindung von Kalkül und Dogma nicht fremd sein. Der Diktator hatte seit dem Februar 1933 in zahlreichen internen Ansprachen immer wieder als Ceterum censeo und Movens seiner Politik mehr oder weniger offen ausgesprochen oder zumindest durchblicken lassen, dass die angestrebte kontinentale Vormacht und globale Geltung, ja „Sein oder Nichtsein" der deutschen „Herrenrasse" auf Dauer von der Eroberung neuen „Lebensraums im Osten" und der dadurch – anders als im Ersten Weltkrieg – erreichten wirtschaftlichen Autarkie sowie – als scheinbar logische Konsequenz daraus – von der Vernichtung des Bolschewismus, Ausschaltung der Juden und Zurückdrängung der Slawen abhängig seien[2]. Auch die meisten Generale, die nun als Oberbefehlshaber von Heeresgruppen und Armeen „Hitlers eigentlichen Krieg"[3] führen sollten, hatten eine oder mehrere dieser Reden gehört.

Zumindest jedem Insider musste also klar sein, dass Hitler alles andere als begrenzte Kriegsziele verfolgte, als er das OKH am 21. Juli 1940 mit der Planung der

[1] Zu den hier nur skizzierten Intentionen Hitlers vgl. vor allem Hillgruber, Strategie, passim, und die alle wesentlichen Aspekte zusammenfassende Darstellung von Jürgen Förster, in: DRZW, Bd. 4, S. 3–37. Rolf-Dieter Müller, in: DRZW, Bd. 4, S. 98–189 (vgl. auch Müller, Unternehmen), betont stärker die wirtschaftlichen Motive der deutschen Planungen, Ueberschär, Entschluß, die ideologischen Ziele. Vgl. auch Arnold, Wehrmacht, S. 35–62. Die Bemühungen von Gerlach, Morde, das Verhältnis von Kalkül und Dogma zugunsten seiner „Hungerplanthese" (vgl. unten Kapitel II,1,c; II,4,c) neu zu gewichten, können Försters ausgewogene, auf Hillgruber aufbauende Interpretation einer „Symbiose" beider Elemente nicht widerlegen. Auch sollte besonders für die Planung des Ostfeldzugs nicht außer Acht gelassen werden, dass Hitler im „Entscheidungsjahr 1940/41" der bestimmende Faktor der deutschen Kriegspolitik war (so auch Förster, Ort, S. 629).

[2] Vgl. allein die in Kapitel I,3 erwähnten Ansprachen Hitlers vom 3. 2. 1933, 28. 2. 1934, 25. 1. 1939, 10. 2. 1939, 22. 8. 1939 und 23. 11. 1939, bei denen jeweils die wichtigsten Truppenkommandeure, unter ihnen zahlreiche Generale unserer Gruppe, anwesend waren. Dazu kamen die vielen öffentlichen Bekenntnisse Hitlers, etwa in „Mein Kampf" oder in verschiedenen Reichstags- und Parteitagsreden. Zu Hitlers Programmatik insgesamt vgl. Jäckel, Weltanschauung; Kuhn, Programm; Thies, Architekt; Noack, NS-Ideologie; Zehnpfennig, Hitlers „Mein Kampf".

[3] Förster, Ort, S. 634.

militärischen Wendung nach Osten beauftragte[4] und der Wehrmachts-, Heeres- und Marineführung am 31. Juli auf dem Obersalzberg seinen „bestimmten Entschluß" mitteilte, ab Frühjahr 1941 „Rußland zu erledigen"[5]. Die militärstrategische Situation nach dem Westfeldzug war nur eine von mehreren Ursachen, aber zweifellos der Anlass. Hitler begründete seine Entscheidung bis in das Jahr 1941 hinein nahezu ausschließlich mit strategischen Argumenten, indem er wiederholt auf die Notwendigkeit verwies, dem Deutschen Reich durch eine „große Abrechnung"[6] mit der Sowjetunion endgültig die kontinentale Hegemonie zu sichern[7]. Dieser Machtzuwachs sollte das intransigente Großbritannien zum Frieden bewegen oder aber die machtpolitischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Weiterführung des Kampfes gegen die angelsächsischen Staaten schaffen. Die unauflösbare Verbindung dieses strategischen Wegs zum Kriegsgewinn mit den alten rassenideologischen Zielen der Eroberung von „Lebensraum" und der Vernichtung des „jüdischen Bolschewismus" verstand sich von selbst, ohne dass der Diktator diese Ziele zunächst in den Vordergrund rücken musste. Erst nachdem um die Jahreswende 1940/41 die Vorbereitungen der Wehrmacht in ihre konkrete Phase eingetreten waren, kam er im März 1941 auf jene zweite Seite seines Ostkriegs zu sprechen. Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, dass Hitler den Feldzug gegen die Sowjetunion von vornherein „gleichermaßen als Kriegsziel und Kriegsmittel" sah[8].

Wie reagierte die Heeresleitung auf Hitlers Entschluss? Brauchitsch und Halder stimmten mit dem Diktator überein, dass es unbedingt notwendig sei, die militärische Initiative nach dem Frankreichfeldzug in der Hand zu behalten[9]. Als sich im Juli 1940 abzeichnete, dass London den Krieg trotz des „Friedensangebots" in der Reichstagsrede des „Führers" vom 19. Juli bis zum bitteren Ende weiterführen wollte, eine erfolgversprechende Landung auf der britischen Insel so bald nicht zu realisieren war und die USA dem Kriegseintritt auf Seiten Englands zusteuerten, wurde fieberhaft nach strategischen Alternativen gesucht. Lange favorisierten das OKH wie auch das OKW die Option, das britische Empire an der Peripherie zu treffen, zunächst vor allem in Nordafrika und im Mittelmeer, dann eventuell mit sowjetischer Hilfe im Nahen und Mittleren Osten. Daneben stellte die Heeresleitung aber bereits Wochen vor Hitlers „Entschluss" erste Überlegungen an, der Sowjetunion durch einen begrenzten Offensivschlag „die Anerkennung der beherrschenden Rolle Deutschlands in Europa abzunötigen"[10]. Das bolschewistische Reich galt als unberechenbare Größe und wurde längerfristig wieder als ernst zu nehmende militärische Bedrohung gesehen. Auch darum stieß der Grundsatzentscheid Hitlers anders als vor dem Angriff im Westen auf keinen Wi-

[4] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 32f. (22. 7. 1940).
[5] Ebd., S. 49 (31. 7. 1940).
[6] Ebd., S. 165, über eine Besprechung Hitlers mit den Spitzen von OKH und OKW am 4. 11. 1940: *„Rußland.* Bleibt das ganze Problem Europas. Alles muß getan werden, um bereit zu sein zur großen Abrechnung."
[7] Vgl. die in den vorigen drei Anm. genannten Besprechungen sowie die Äußerungen Hitlers vor der militärischen Führung ebd., S. 209–214 (5. 12. 1940); KTB/OKW, Bd. 1, S. 257f. (9. 1. 1941).
[8] DRZW, Bd. 4, S. 32 (Beitrag Förster).
[9] Neben der in Anm. 1 genannten Literatur vgl. Hartmann, Halder, S. 207–241.
[10] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 6 (3. 7. 1940).

derstand, obwohl durch ihn die militärischen Planungen deutlicher nach Osten umgelenkt wurden, als das dem OKH lieb sein konnte. Der Nimbus des „Führers" nach dem Sieg im Westen[11] und das gesteigerte Vertrauen in die eigene Stärke bei gleichzeitiger Unterschätzung des Gegners verstärkten die Bereitschaft, Hitler auf dem Weg in den Krieg gegen die Sowjetunion zu folgen.

Die höchsten Frontkommandeure waren von all dem lange nicht unterrichtet. Es ist bemerkenswert, dass die militärischen Vorbereitungen nach dem „bestimmten Entschluß" Hitlers vom 31. Juli 1940 alles andere als intensiv und zielstrebig betrieben wurden[12]. Der Diktatur kam monatelang nicht mehr näher auf sein ehrgeizigstes Projekt zu sprechen, so dass die tatsächliche Durchführung und der genaue Termin lange in der Schwebe blieben. Die Heeresleitung behandelte den Feldzug gegen die Sowjetunion daher wie eines von mehreren möglichen Vorhaben und beauftragte nur wenige nachgeordnete Stellen mit ersten konkreten Planungen. Die meisten Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen wurden bis zum Dezember weder in sie eingeweiht noch an ihnen beteiligt. Lediglich Generaloberst Georg v. Küchler, der Oberbefehlshaber der 18. Armee, die bereits Ende Juni 1940 als erster Großverband an die Ostgrenze verlegt wurde, wusste von dem Plan eines Angriffs auf den sowjetischen Bündnispartner. Sein Generalstabschef Generalmajor Erich Marcks wurde mit der Ausarbeitung eines ersten Operationsentwurfs betraut. Doch selbst Küchler hielt die Vorbereitungen wohl zunächst für nicht viel mehr als einen Teil der jedem Offizier selbstverständlichen Bemühungen, sich auf alle Eventualitäten einzustellen. Zwischen routinierter militärischer Planungsarbeit und konkreten Schritten zu einem Angriffskrieg war in dieser Phase noch schwer zu unterscheiden.

Als Mitte September 1940 das Oberkommando der Heeresgruppe B unter Generalfeldmarschall Fedor v. Bock die Verantwortung für die „Ostsicherung" übernahm und nach der 18. Armee auch die 4. und die 12. Armee in den Osten verlegt wurden[13], erhielten auch die drei Oberbefehlshaber Bock, Kluge und List gewisse Einblicke in die Vorbereitungen. Doch ist es bezeichnend, dass selbst Bock, der als Führer einer Heeresgruppe in der militärischen Hierarchie unmittelbar hinter dem Oberbefehlshaber des Heeres rangierte, über die weiteren Absichten ziemlich im Unklaren blieb. Im Spätsommer 1940 sah er für sich nur die Rolle einer „Vogelscheuche gegen etwaige russische Gelüste"[14] und resümierte nach einem Gespräch mit Brauchitsch[15]: „Irgendwelche Weisungen für den Osten gibt er noch nicht." Selbst nachdem er am 11. November 1940 mit Hitler gesprochen hatte,

[11] Bezeichnend das von Otto Wagener, Erinnerungen an Reichenau, in: IfZ-Archiv, ED 60/9, Bl. 111, überlieferte rückblickende Bekenntnis Halders: „Bis dahin hatte Hitler mit seinen Ideen immer recht behalten. Man war deshalb leicht dazu verführt, auch diesmal an seinen Stern zu glauben."

[12] Zu den militärischen Planungen bis zur Weisung Nr. 21 vgl. DRZW, Bd. 4, S. 202–242 (Beitrag Klink).

[13] Vgl. ebd., S. 217–219. Die Oberkommandos waren in Berlin bzw. Posen (Heeresgruppe B), Königsberg (AOK 18), Warschau (AOK 4) und Krakau (AOK 12). Der Heeresgruppe B unterstand außerdem als motorisierte Reserve das XIX. A.K. mot. unter Befehl Guderians in Berlin. Oberbefehlshaber der 12. Armee, die dann anders als zunächst geplant nicht in der Sowjetunion, sondern auf dem Balkan eingesetzt wurde, war Generalfeldmarschall Wilhelm List (1880–1971).

[14] Bock, Kriegstagebuch, S. 166 (31. 8. 1940).

[15] Ebd. (1. 9. 1940). „Es scheint, als ob auch er über die große Lage und Absichten kein klares Bild hat, vielleicht auch stehen die Entschlüsse der politischen Leitung noch nicht fest."

wusste Bock nicht wesentlich mehr[16]: „Was im Osten werden soll, ist eine noch offene Frage; die Verhältnisse können uns dort zum Eingreifen zwingen, um einer gefährlicheren Entwicklung zuvorzukommen." Solange der Zeitpunkt des Krieges gegen die Sowjetunion noch nicht feststand und immer noch andere Optionen diskutiert wurden, sollte selbst der Oberbefehlshaber der deutschen Truppen im Osten von diesem hochbrisanten Thema möglichst ferngehalten werden. Als einziger General unserer Gruppe war zunächst Generalleutnant Friedrich Paulus unmittelbar mit den Vorbereitungen befasst. Als Oberquartiermeister I koordinierte der ehemalige Panzerexperte seit Anfang September im OKH die Planungen für einen Ostfeldzug[17].

Alle anderen blieben lange kenntnis- und einflusslos, jedoch wohl kaum ahnungslos. Jeder dieser erfahrenen Offiziere erkannte das strategische Dilemma, in dem sich das Deutsche Reich in der zweiten Jahreshälfte 1940 befand: im Westen ein hartnäckiger, kampfwilliger, schwer zu treffender Gegner, der noch dazu von der nahezu unangreifbaren amerikanischen Großmacht immer stärker unterstützt wurde; im Osten ein unsicherer, politisch-ideologisch antagonistischer, nach Westen expandierender, ständig aufrüstender Vertragspartner. Viel Zeit schien nicht mehr zu bestehen, um diesen gordischen Knoten, der diplomatisch offenbar nicht gelöst werden konnte, militärisch zu zerschlagen, wollte man sich die Initiative und den bisherigen Erfolg nicht wieder entreißen lassen. Auch dass die nächste große Operation des deutschen Heeres gegen die Sowjetunion erfolgen könnte, war kein abwegiger Gedanke. Die eigenen Truppenverlegungen vom September 1940 schienen vielen Offizieren „keine reine Friedensmaßnahme zu sein"[18]. Gerüchte drangen durch. Selbst für einen ranghohen Kommandeur wie Generalfeldmarschall v. Leeb, den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe C, blieben sie zunächst die einzige Informationsquelle[19]: „[Ein] Offizier vom OKH hat sich verplappert, Möglichkeit einer Verwendung H.Gr. C im Osten." Manche erinnerten sich auch daran, dass die Sowjetunion der ideologische Erzfeind des „Dritten Reichs" und der Kampf der Weltanschauungen zwar aus „Nützlichkeitsgründen vertagt", aber „auf die Dauer nicht aufgehoben" war[20]. So werden viele höhere Kommandeure bereits zu einer Zeit, als sich die militärischen Planungen noch auf einen sehr kleinen Kreis beschränkten, voller Spannung und Unruhe nach Osten

[16] Ebd., S. 169 (11. 11. 1940). Bock war allerdings seit Oktober wegen einer Magenkrankheit beurlaubt und konnte bis zum 31. 1. 1941 die Führung der Heeresgruppe nicht wahrnehmen. Hitler besuchte ihn am Krankenlager in Berlin und erörterte „eingehend" mit ihm die „große Lage" (ebd.).

[17] Vgl. die Aussage von Paulus vor dem Nürnberger Tribunal, 11. 2. 1946, in: IMT, Bd. 7, S. 284 f.

[18] Tagebuch Heinricis, 21. 9. 1940, in: Hürter, General, S. 55, über die Einschätzung Karl Hollidts, des Generalstabschefs der 9. Armee. Heinrici selbst hielt die Verlegung „zunächst für weiter nichts als für ein Druckmittel gegenüber einem Partner, der schon einiges gemacht hat (Rumänien), was uns nicht so sympathisch war", schloss aber „für fernere Zeit" einen Krieg gegen die Sowjetunion nicht aus.

[19] Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 253 (25. 8. 1940).

[20] Tagebuch Heinricis, 21. 9. 1940, in: Hürter, General, S. 55: „Daß für fernere Zeit der Kampf gegen den ‚Bolschewismus' als Weltanschauung doch noch einmal wahr wird, möchte ich nicht ablehnen. Was zur Zeit aus Nützlichkeitsgründen vertagt ist, braucht auf die Dauer nicht aufgehoben zu sein. Die scharfen Ausdrücke in ‚Mein Kampf' gegen Rußland sind wahrscheinlich nicht nur als leere Worte geschrieben."

geblickt haben. Der Krieg gegen die Sowjetunion rückte aus pragmatischen und dogmatischen Gesichtspunkten in den Bereich des Möglichen.

Erst langsam jedoch wurden für diese Generale die Möglichkeit zur Wahrscheinlichkeit und die Wahrscheinlichkeit zur Gewissheit. Nach dem gescheiterten Besuch Molotovs in Berlin Mitte November 1940 gewann die Entwicklung nach Monaten des fast schon dilatorischen Umgangs mit der „Ostfrage" an Dynamik. Hitler bemühte sich nun stärker als zuvor, seinen „bestimmten Entschluß" vom Juli, dem bisher kaum Taten gefolgt waren, in Handeln umzusetzen. Eine etwaige Sorge vor einem sowjetischen Überraschungsangriff schon im Jahr 1941, für dessen konkrete Planung es bis heute keinerlei Beweise gibt, spielte dabei keine Rolle, so dass von einem Präventivkrieg nicht ernsthaft die Rede sein kann[21]. In der entscheidenden Besprechung vom 5. Dezember 1940 erkundigte sich der „Führer" bei Brauchitsch und Halder nach dem Stand der Vorbereitungen, die er jetzt mit dem zeitlichen Zielpunkt Ende Mai 1941 „voll in Gang [zu] setzen" befahl[22]. „Die Entscheidung über die europäische Hegemonie fällt im Kampf gegen Rußland."[23] Bereits zwei Tage zuvor hatte der Diktator erstmals auch einem hohen Truppenbefehlshaber seine Absichten offenbart und strategisch begründet. Am 3. Dezember hatte sich Bock nach einem Gespräch mit Hitler notiert[24]: „Die Ostfrage wird akut. Zwischen Rußland und Amerika sollen Fäden laufen; damit ist auch eine Verbindung Rußland-England wahrscheinlich. Das Ende einer derartigen Entwicklung abzuwarten, sei gefährlich. Werden aber die Russen ausgeschaltet, so hat England keine Hoffnung mehr, uns auf dem Kontinent niederzuringen, zumal ein wirksames Eingreifen Amerikas dann durch Japan, das uns den Rücken frei hält, erschwert wird." Der Oberbefehlshaber des stärksten deutschen Großverbands zeigte sich von diesem unmissverständlich ausgesprochenen Vorhaben nicht weiter beunruhigt, sondern lobte die Lagebeurteilung durch den „Führer" als „ruhig und klar".

Da die „Ostfrage" nun „akut" wurde und die Angriffsvorbereitungen nach dem Willen Hitlers forciert werden sollten, musste die Heeresleitung endlich auch alle Oberkommandos der für diesen Feldzug vorgesehenen Großverbände an ihnen beteiligen. Am 13. und 14. Dezember 1940 informierte Halder die Generalstabschefs der Heeresgruppen und Armeen über die strategische Situation und die Besprechung mit Hitler[25]. Dabei wiederholte er Hitlers Formulierung vom Kampf um die Hegemonie in Europa und kündigte den „beteiligten Dienststellen" Aufträge an, sich darauf vorzubereiten, ab Frühjahr 1941, „wenn politische Lage es erfordert, gegen Rußland anzutreten"[26]. Erst jetzt liefen die Vorbereitungen der höchsten Frontkommandobehörden an. Bis zur Jahreswende waren wohl alle

[21] Vgl. Ueberschär/Bezymenskij (Hrsg.), Angriff; Pietrow-Ennker (Hrsg.), Präventivkrieg.
[22] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 210 (5. 12. 1940).
[23] Protokoll Halders über die Besprechung am 5. 12. 1940, ebd., S. 211–214, hier S. 212.
[24] Bock, Kriegstagebuch, S. 170 (3. 12. 1940).
[25] Vgl. die Notizen Halders für die Besprechung am 13. 12. 1940, in: Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 224–231, sowie die Teilnehmerliste ebd., S. 462f. Eingeladen waren nicht nur die Chefs der für den Ostkrieg vorgesehenen, sondern aller Heeresgruppen und Armeen. Am 14. 12. 1940 trug der Generalstabschef der Armee Norwegen außerdem gesondert über den „Aufmarsch gegen Rußland" im äußersten Nordosten vor. Vgl. ebd., S. 231 (14. 12. 1940).
[26] Ebd., S. 227.

Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen durch ihre „Chefs" über den Angriffsplan gegen die Sowjetunion unterrichtet[27]. Ob sie den Angriff im kommenden Frühjahr nur für wahrscheinlich oder schon für gewiss hielten, ist schwer zu beurteilen und war vermutlich sehr verschieden. Die Mitteilungen Halders und selbst Hitlers berühmte Weisung Nr. 21 „Fall Barbarossa"[28] vom 18. Dezember 1940 ließen die Möglichkeit offen, dass man sich lediglich für einen Eventualfall rüstete. Trotz der konkreten Hinweise schien die letzte Entscheidung über das Unternehmen und seinen zeitlichen Beginn immer noch nicht gefallen zu sein.

Nach einer Besprechung mit Brauchitsch und Halder am 31. Januar 1941 war aber zumindest für die drei Oberbefehlshaber der Heeresgruppen, Bock, Leeb und Rundstedt, nicht mehr zu bezweifeln, dass es Hitler tatsächlich ernst meinte. Leeb setzte unmittelbar darauf in sein Tagebuch ein deutliches Ausrufezeichen[29]: „Im Frühjahr Rußland!" Als Generalfeldmarschall v. Bock, der nach langen Krankenmonaten endlich wieder dienstfähig war, sich einen Tag später bei Hitler meldete, ließ der Diktator diesen von ihm besonders umworbenen Befehlshaber erneut in seine strategischen Überlegungen einblicken[30]. Wieder begründete er seinen Entschluss zur „Ausschaltung" der Sowjetunion mit dem Ziel, England zum Frieden zu zwingen. Als Bock bezweifelte, dass der Feldzug gegen die Sowjetunion zu einem schnellen Erfolg führen werde, lehnte Hitler jedes Nachgeben „scharf ab: ‚Ich werde fechten' und: ‚Ich bin überzeugt, daß unser Angriff wie ein Hagelsturm über sie hinweggeht.'" Illusionen über den ernsthaften und zielgerichteten Charakter der befohlenen Vorbereitungen waren nun nicht mehr möglich.

Mit der – dann mehrfach überarbeiteten[31] – Aufmarschanweisung „Barbarossa" des OKH vom 31. Januar 1941 trat die Planungsarbeit in ihre entscheidende Phase. Basierend auf Hitlers Weisung Nr. 21 wurde den für die Ostkampagne vorgesehenen drei Heeresgruppen, acht, später neun Armeen[32] und vier Panzergrup-

[27] Vgl. etwa den Vermerk Grießenbecks, 27. 6. 1941, in: Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 267, Anm. 1: „L[eeb] sagt: ‚Der erste Befehl für Barbarossa kam schon im Dezember 40 an die Heeresgruppe.'" Bock, der immer noch an sein Berliner Krankenlager gefesselt war, wurde offenbar erst Anfang Januar 1941 informiert, vgl. Bock, Kriegstagebuch, S. 172 (2. 1. 1941): „Salmuth unterrichtet mich, daß die Heeresgruppenchefs auf Befehl des Chefs des Generalstabes des Heeres eine Operationsstudie für den Fall eines Krieges mit Rußland bearbeitet hätten." Zu diesem Zeitpunkt waren neben Bock, Leeb und Rundstedt auch Busch, Falkenhorst, Kluge, Küchler, Reichenau, Schobert, Strauß und Weichs Oberbefehlshaber, während Stülpnagel die neuformierte 17. Armee erst einige Wochen später übernahm und wie die Befehlshaber der Panzergruppen (Guderian, Hoepner, Hoth, Kleist) später in Kenntnis gesetzt wurde. Unter letzteren scheint aber Guderian bereits im November oder Dezember 1940 über die Planungen informiert worden zu sein. Vgl. Guderian, Erinnerungen, S. 128.

[28] Hubatsch (Hrsg.), Weisungen, S. 84–88, hier S. 84: „Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England *Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen* (Fall Barbarossa)."

[29] Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 267 (31. 1. 1941). Vgl. auch Bock, Kriegstagebuch, S. 172f. (31. 1. 1941); Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 264 (31. 1. 1941).

[30] Bock, Kriegstagebuch, S. 173f. (1. 2. 1941).

[31] Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 242–248 (Beitrag Klink). Zu den militärischen Planungen vgl. auch Kapitel II,1,b.

[32] Die 2. und die 11. Armee waren zunächst nur als Reserve vorgesehen, während die 12. Armee (List) als Angriffsverband bei der Heeresgruppe Süd eingeplant wurde. Die 12. Armee wurde dann aber schon ab Februar 1941 auf dem Balkan (Bulgarien, Griechenland) verwendet und im Krieg gegen die Sowjetunion von der 11. Armee ersetzt.

pen der operative Rahmen für ihre Vorbereitungen gesteckt[33]. Dass wieder nur von „Vorsichtsmaßnahmen" die Rede war[34], konnte über die unmissverständliche Ausrichtung der deutschen Militärmaschinerie nach Osten nicht hinwegtäuschen. Der Kreis der „voll einzuweisenden Persönlichkeiten" sollte allerdings „solange wie möglich auf die Oberbefehlshaber, Kommandierenden Generale, ihre Chefs der Generalstäbe, Oberquartiermeister und ersten Generalstabsoffiziere" beschränkt werden[35]. Nach den Oberbefehlshabern wurden bis Mitte Februar auch die Befehlshaber der Panzergruppen in die Angriffspläne eingeweiht[36]. Ihnen folgten nach und nach die Kommandierenden Generale der in den Osten versetzten Armeekorps[37], während die Divisionskommandeure als letzte der oberen Truppenführer so spät wie möglich, je nach Aufmarsch ihrer Verbände im April, Mai oder sogar erst im Juni, aufgeklärt und beteiligt wurden[38]. Den verschiedenen Dienststellungen und Aufmarschabschnitten entsprach eine gestaffelte Einweisung. Die meisten Generale unserer Gruppe, von denen lediglich Model als Divisionskommandeur zu den nicht vorrangig hinzugezogenen Offizieren gehörte, waren bis Ende März/Anfang April 1941 eingewiesen.

Nachdem in den Monaten von Dezember 1940 bis Februar 1941 die militärische Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion endlich auf ein geradliniges Gleis gesetzt worden war, hielt Hitler die Zeit für gekommen, die Generalität auch auf den bisher noch nicht offen angesprochenen, wohl aber stets gegenwärtigen ideologischen Aspekt des bevorstehenden Feldzugs einzuschwören. Die Hinweise auf die militärstrategische Notwendigkeit des Unternehmens allein genügten nicht mehr, um die darüber hinausgehenden Kriegsziele zu rechtfertigen und anzusteuern. Am 3. März sprach Hitler gegenüber Jodl aus, dass der Ostfeldzug „mehr als nur ein Kampf der Waffen", nämlich eine „Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen" sei, die nicht allein vom Heer geführt werden könne[39]. Die „jüdisch-bolschewistische Intelligenz" müsse beseitigt, die Sowjetunion in mehrere von Deutschland abhängige Teilstaaten zerschlagen werden. Der Chef des Wehrmachtführungsstabs im OKW erhielt den Auftrag, diese Richtlinien in Weisungen für die Besatzungsverwaltung umzusetzen. Zwei Wochen später wieder-

[33] Vgl. die – sich teilweise ergänzenden – Auszüge der Aufmarschanweisung in: Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 463–469; Fall Barbarossa, S. 151–161.

[34] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 463.

[35] Fall Barbarossa, S. 159. Da die Heeresgruppen und die Armee Norwegen bis Mitte Februar, die Armeen und Panzergruppen bis zum 10. 3. 1941 ihre Absichten vorzulegen hatten (ebd.), war eine intensive Beschäftigung ihrer Kommandobehörden mit dem „Fall Barbarossa" unumgänglich.

[36] Vgl. etwa H.Gr.Kdo. C, Tätigkeitsbericht Ia, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1653: 1. 2. 1941 Eingang der Aufmarschanweisung, 4. 2. 1941 Einweisung Hoths (Panzergruppe 3) durch Leeb, 15. 2. 1941 Einweisung Hoepners (Panzergruppe 4) durch Leeb.

[37] Heinrici, damals Kommandierender General, etwa zeigte sich noch Ende Januar unwissend, vgl. sein Tagebuch, 29. 1. 1941, in: Hürter, General, S. 55: „Die Masse unserer Leute steht im Osten. Sind sie gegen Rußland dort bereitgestellt? Man kann sich das nicht vorstellen." Doch zwei Monate später stand mit der Versetzung des Generalkommandos von Frankreich nach Polen auch Heinricis Einweisung bevor, vgl. Tagebuch, 25. 3. 1941, ebd., S. 56: „Alles geht nach dem Osten, den auch wir bald erleben werden. [...] Bald werden uns dort neue Aufgaben entstehn. Major Knüppel [Ia des XXXXIII. A.K.] wird uns heute von Warschau eingehendere Nachrichten über unsere Zukunft bringen."

[38] Vgl. etwa die weitgehende Unterrichtung der Divisionskommandeure der 18. Armee durch ihren Oberbefehlshaber Georg v. Küchler bereits am 25. 4. 1941 (Notizen Küchlers, in: NA, T 312/805).

[39] KTB/OKW, Bd. 1, S. 341 (3. 3. 1941). Vgl. auch DRZW, Bd. 4, S. 414–416 (Beitrag Förster).

holte Hitler in einer Besprechung mit Halder diese Argumente und kündigte für die großrussischen Gebiete die „Anwendung brutalster Gewalt" an[40]. Zugleich liefen im Hintergrund bereits die Vorbereitungen für entsprechende schriftliche Befehle[41].

Jetzt sollten auch die höchsten Frontkommandeure auf den besonderen Charakter des Ostkriegs vorbereitet werden. Am 27. März 1941 versammelten sich in Zossen, dem Hauptquartier des OKH vor den Toren Berlins, die Oberbefehlshaber der für „Barbarossa" eingeplanten Heeresgruppen und Armeen sowie die Befehlshaber der Panzergruppen mit ihren engsten Mitarbeitern, um „ihre Absichten betr. Aufmarsch und Durchführung Barbarossa vorzutragen"[42]. Brauchitsch kam dabei vor der Heeresgeneralität erstmals auch auf die ideologischen Gesichtspunkte zu sprechen. Die Truppe müsse sich darüber klar sein, dass der Krieg gegen die Sowjetunion ein „Kampf von Rasse gegen Rasse"[43], außerdem ein „Kampf Europas gegen bolschew[istische] u. asiat[ische] Völker u. Auffass[ungen]" sei[44]. Daher sei dieser Kampf „mit nötiger Schärfe"[45] und „diversen Mitteln"[46] zu führen, nicht nur vom Heer, sondern auch von Reichskommissaren mit Unterstützung der SS und Polizei. Diese Ankündigungen erregten offenbar wenig Aufsehen. Ein Teilnehmer resümierte[47]: „Besprechung beim OKH über die Operation gegen Rußland. Lauter Kleinigkeiten!" Es scheint so, als ob den Generalen die politisch-ideologischen Intentionen des geplanten Feldzugs ohnehin selbstverständlich waren, auch ohne dass darüber viele Worte verloren werden mussten.

Brauchitschs knappe Erläuterungen bereiteten die anwesenden Kommandeure auf die Ansprache Hitlers in der Reichskanzlei drei Tage später vor. Auf diese denkwürdige Versammlung vom 30. März 1941 ist bereits ausführlich eingegangen worden[48]. Der Diktator erklärte hier den höchsten Truppenbefehlshabern sowohl die strategischen als auch die ideologischen Beweggründe für seine Ent-

[40] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 320 (17. 3. 1941). „Wir müssen stalinfreie Republiken schaffen. Die von Stalin eingesetzte Intelligenz muß vernichtet werden. Die Führermaschinerie des russischen Reiches muß zerschlagen werden." An der Besprechung nahmen auch Heusinger und Wagner teil.

[41] Vgl. Kapitel II,1,c-d.

[42] Befehl Halders mit Zeiteinteilung und Teilnehmerliste (OKH/Gen.St.d.H., Op.Abt./Ia, Nr. 479/41 g.Kdos.Chefs.), 21. 3. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2670. Die Teilnehmer wurden zugleich zur Versammlung mit Hitler in der Reichskanzlei am 29. 3. (dann auf den 30. 3. verschoben) geladen. Allein die Armee Norwegen (Falkenhorst) und die 2. Armee (Weichs) waren nicht, die 12. Armee (List), die aber ohnehin wegen ihrer Verwendung gegen Griechenland aus den Planungen herausgenommen wurde, und die Panzergruppe 1 (Kleist) nur durch nachgeordnete Offiziere vertreten. Die Besprechung vom 27. 3. 1941 wurde bisher kaum beachtet. Vgl. lediglich DRZW, Bd. 4, S. 416f. (Beitrag Förster).

[43] Aufzeichnung Strachwitz' (AOK 18, Ia) über die Besprechung am 27. 3. 1941, in: NA, T 312/805.

[44] Aufzeichnung Winters (H.Gr.Kdo. A, Ia) über die Besprechung am 27. 3. 1941, in: BA-MA, N 654/18. Vgl. auch die Aufzeichnung des Pz.Gr.Kdo. 3 über diese Besprechung, in: NA, T 313/225 (1): „Kampf Europas gegen Bolschewismus, asiatische Auffassung. Rigorose Schärfe notwendig durch Reichskommissare."

[45] Aufzeichnung Strachwitz', in: NA, T 312/805.

[46] Aufzeichnung Winters, in: BA-MA, N 654/18.

[47] Bock, Kriegstagebuch, S. 179 (27. 3. 1941). Auch Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 330f. (27. 3. 1941), handelt diese Besprechung verhältnismäßig knapp ab. Eine Rolle mag dabei gespielt haben, dass während der Sitzung der Staatsstreich in Jugoslawien bekannt wurde und einen Teil der Aufmerksamkeit ablenkte.

[48] Vgl. das Kapitel „Prolog".

scheidung zum Krieg gegen die Sowjetunion. Hitlers Kriegsziele und Feindbilder sowie die radikalen Forderungen, die sich aus ihnen für die deutsche Kriegführung ergaben, waren damit unmissverständlich ausgesprochen. Dass der anstehende Feldzug nicht allein aus einem strategischen Dilemma helfen, sondern auch radikale rassenideologische und koloniale Pläne verwirklichen sollte, war nicht mehr zu bezweifeln – falls es je bezweifelt wurde. Die Zielrichtung war bis Ende März gegeben, die übrige Vorbereitung bestand nun vor allem aus Detailarbeit. Was dachten aber die Generale, die das Unternehmen „Barbarossa'" an der Front leiten sollten, über diesen ganz besonderen Krieg?

Wie schon erwähnt[49], ist eine Kritik an Hitlers Vorgabe der großen strategischen und politischen Linien nicht zuverlässig überliefert. Überhaupt bleibt es bemerkenswert, dass es in den langen Monaten der „Barbarossa"-Vorbereitungen zu keiner Zeit auch nur ansatzweise zu grundsätzlichen Diskussionen und Auseinandersetzungen zwischen Hitler und der militärischen Führung kam, die dem Ringen um die Westoffensive im Herbst 1939 vergleichbar gewesen wären[50]. Die Autorität des Diktators war nach dem unerwarteten und von den Generalen nicht für möglich gehaltenen Triumph im Westen so sehr gestiegen, dass es am besten schien, sich mehr oder weniger fatalistisch seinem Willen zu unterwerfen. Dem „Führer" schien alles zu gelingen. Offene Kritik wurde gescheut, grundsätzliche Opposition galt als Verrat. Bock empörte sich, als ihm Anfang Februar 1941 das Gerücht über die angebliche Unzufriedenheit und Staatsstreichpläne der Generalität zugetragen wurde[51]: „Das Ganze ist absoluter Unsinn!" Hoth gab noch vor dem Nürnberger Militärtribunal zu[52]: „Ich selbst war der Meinung, dass Hitler der vom ganzen Volk anerkannte Führer war und dass man sich gegen den Volkswillen stellte, wenn man sich gegen Hitler stellte. Ich habe noch 1941 bei Beginn des Russlandfeldzuges volles Vertrauen zu Hitler gehabt."

Doch der Nimbus Hitlers war nicht der einzige Grund für die Zurückhaltung aller Generale unserer Gruppe wie überhaupt der gesamten militärischen Führung. Ebenso bedeutsam war eine wenigstens teilweise Übereinstimmung der Kriegsziele und Feindbilder, die es im Osten anders als im Westen erleichterte, sich von der Notwendigkeit eines riskanten militärischen Unternehmens überzeugen zu lassen. Die Risiken des Feldzugsplans erweckten freilich einige grundsätzliche, wenn auch im Gegensatz zu Ende 1939 weitgehend unterdrückte Bedenken, die überwunden werden mussten[53]. Leebs Behauptung, dass ihm bei der Besprechung mit Brauchitsch am 31. Januar 1941 ein „Muß denn das auch noch sein!" entfahren sei, ist durchaus glaubwürdig[54]. Der Angriff auf das Riesenreich im Osten schien die deutschen Kräfte zu überfordern, zumal die Lage im Westen noch nicht geklärt war und ein Zweifrontenkrieg drohte. Nicht ohne Grund stellte Bock dem Diktator die zweifelnde Frage, wie man die Sowjetunion selbst

[49] Vgl. ebd.
[50] Vgl. Hillgruber, Strategie, S. 211.
[51] Bock, Kriegstagebuch, S. 174 (5. 2. 1941).
[52] Aussage Hoths vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 30. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 3031.
[53] Vgl. auch Arnold, Wehrmacht, S. 46–51.
[54] Aussage Leebs vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 20. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/36, S. 2299. „Wir waren also gegen jede weitere Ausweitung dieses Krieges eingestellt."

nach einem Sieg über die Rote Armee zum Frieden zwingen könne[55]. Reichenau soll einem Freund gegenüber einen Überfall auf die Sowjetunion sogar als „hellsten Wahnsinn" bezeichnet haben[56]: „Statt den noch völlig am Leben befindlichen Hauptgegner England am Kragen zu packen, würde man sich noch einen neuen Gegner auf den Hals ziehen, und ausgerechnet Rußland, das uns Oel und Nahrungsmittel gibt, um den Krieg gegen die Andern überhaupt durchführen zu können." Hoth wollen ebenfalls Zweifel befallen haben, als er von der Absicht hörte, die Sowjetunion anzugreifen[57]: „Wie ist dieser Krieg zu beenden?" Auch Heinrici war nicht „ganz wohl" bei dem Gedanken, „daß auch dort ein neuer Feind entstehen soll. $^3/_4$ der Welt sind dann gegen uns."[58]

Solche Bedenken bedeuteten jedoch noch lange keine Ablehnung der strategischen und ideologischen Argumente für diesen Feldzug. Im Gegenteil: Gerade diese Argumente Hitlers ließen die meisten Generale ihre Bedenken zurückstellen, wenigstens so lange, bis dann die militärische Entwicklung an der Ostfront die alten Sorgen bestätigte. Das Beispiel Hoths, der durch Hitlers Ansprache von der Notwendigkeit des Unternehmens überzeugt wurde[59], war sicher kein Einzelfall, auch wenn manch anderer General durchgehend skeptisch und pessimistisch geblieben sein mag[60]. Die Schwere und das Risiko der bevorstehenden „gigantischen Aufgaben"[61] waren jedem bewusst und ließen keine andere als eine ernste Stimmung zu – trotz der verbreiteten Unterschätzung des Gegners, auf die noch einzugehen sein wird. Die schwierige militärstrategische Lage durch den englischen Widerstandswillen, die amerikanische Gegnerschaft und die sowjetische Unberechenbarkeit war jedoch offensichtlich und schien die Aktion zu rechtfertigen. Der deutsche Generalstab maß dem Gesetz des Handelns traditionell eine hohe Bedeutung zu. Der unbedingte Willen, die Initiative zu behalten, verbot längeres Abwarten und zog die deutsche Kriegführung „zwangsläufig in immer grö-

[55] Bock, Kriegstagebuch, S. 173 (1. 2. 1941): „Ich sage, daß wir die Russen, wenn sie sich stellen, schlagen würden; ich stellte mir aber die Frage, ob es auch möglich sein werde, sie zum Frieden zu zwingen."

[56] Aufzeichnung Wageners über Reichenau, in: IfZ-Archiv, ED 60/9, Bl. 107. Reichenaus „Mißstimmung gegen den Rußland-Feldzug" bezeugt auch Hochrein an Heim, Ulm 22. 1. 1968, in: BA-MA, MSg 1/3153. Auch Weichs konnte sich lange nicht vorstellen, „daß Hitler einen Konflikt mit den Sowjets provozieren konnte, ehe er mit England und Frankreich Frieden geschlossen hatte". Weichs, Erinnerungen, Bd. 4, in: BA-MA, N 19/8, Bl. 36.

[57] Notizen Hoths „Stellungnahme zum Nationalsozialismus", kurz nach 1945, in: BA-MA, N 503/72.

[58] Tagebuch Heinricis, 25. 3. 1941, in: Hürter, General, S. 56.

[59] Notizen Hoths „Stellungnahme zum Nationalsozialismus", kurz nach 1945, in: BA-MA, N 503/72.

[60] Nach Blumentritt, Rundstedt, in: BA-MA, MSg 1/47, Bl. 19, verabschiedete sich Rundstedt im Mai 1941 von seinem Kameraden Leeb mit den Worten: „Dann auf Wiedersehen in Sibirien!" Hoepner bezeichnete den Angriff nach der Erinnerung seines Ordonnanzoffiziers noch im Juni 1941 als „Harakiri", mitgeteilt in: Bücheler, Hoepner, S. 131. Der Arzt Reichenaus erinnerte sich, dass der Feldmarschall ihm noch kurz vor dem Angriff von einer Verstimmung mit Hitler wegen seiner Ablehnung des Ostfeldzugs erzählt habe; Hochrein an Heim, Ulm 22. 1. 1968, in: BA-MA, MSg 1/3153. Dass dann gerade Hoepner und Reichenau die ideologische Argumentation Hitlers übernahmen (s.u.), verdeutlicht den fundamentalen Unterschied zwischen militärischer Skepsis und politischer Ablehnung.

[61] Vgl. Bock, Kriegstagebuch, S. 181 (30. 3. 1941). Auch ebd., S. 191 (6. 6. 1941) und 195 (20. 6. 1941), kam eine gewisse Skepsis durch, die sich bei Bock freilich stärker auf eine Beendigung des Krieges im Westen *nach* dem Ostfeldzug richtete.

ßere Unternehmungen"[62]. „Der erste Erfolg wirft neue Probleme auf, die folgerichtig immer größer werden", konstatierte Heinrici bereits im September 1940[63]: „Vieles ähnelt heute doch Napoleon. Er marschierte doch auch wohl nicht freiwillig nach Moskau, sondern weil der Kampf gegen England ihn dazu zwang." Auch Hoth sah Hitlers Entschlüsse als „zwangsläufige Folgen des Krieges" an[64]. Der Weg zum Krieg gegen die Sowjetunion wurde von manchem geradezu als militärstrategischer Automatismus empfunden, der keine andere Wahl ließ.

Hitler suchte diese Auffassung in seiner Ansprache vom 30. März 1941 zu stärken, indem er der Generalität suggerierte, Deutschland könne durch Beseitigung der sowjetischen Bedrohung wieder Handlungsfreiheit für den Kampf gegen die Westmächte erlangen. Für diese Argumentation waren die Generale sehr empfänglich. In einer weiteren Bedeutung wurde der Ostfeldzug durchaus als Präventivkrieg gesehen, selbst wenn die Militärs keinen unmittelbar bevorstehenden sowjetischen Angriff fürchteten[65]. Das undurchsichtige Regime Stalins und sein Potential wurden mittelfristig als ernste Bedrohung eingestuft, die bei einer Konzentration der deutschen Kräfte gegen England höchst gefährlich werden könnte. Das Misstrauen richtete sich dabei weniger gegen das russische Großreich an sich als gegen das bolschewistische System. Einige konservative Generale sympathisierten sogar mit einer deutsch-russischen Verbindung und hatten den Hitler-Stalin-Pakt zunächst als willkommene Anknüpfung an alte preußische Traditionen, aber auch an die Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee begrüßt[66]. Doch Argwohn und Sorge, zusätzlich geschürt durch die sowjetische Expansionspolitik in Nord- und Osteuropa, erhielten bald wieder die Oberhand.

Wenige Tage vor dem deutschen Angriff glaubte etwa General Hans-Georg Reinhardt zu wissen, dass „der Russe" schon seit längerem ein „falsches Spiel" treibe[67]: „Nur weil er noch nicht fertig ist, ist er freundlich zu uns. Sobald er gerüstet ist, wird er, dessen Führer ja viel verjudet sind, mit England oder für England gegen uns doch Krieg beginnen. So lange dürfen wir nicht warten. [...] Daher Kampf gegen den Bolschewismus in Russland und hoffentlich schneller Sieg!" Das in Niederlage und Revolution von 1918 bis 1920 bei den konservativen Eliten entstandene Feindbild des Bolschewismus trat jetzt wieder wirkungsvoll in den Vordergrund[68]. Es konnte von Hitler leicht angesprochen und mit dem nationalsozialistischen Feindbild „des" Juden verknüpft werden. Ein General wie Her-

[62] Tagebuch Heinricis, 21. 9. 1940, in: Hürter, General, S. 55.

[63] Ebd. Vgl. auch das Tagebuch Heinricis, 25. 3. 1941, ebd., S. 56: „Es scheint fast gesetzmäßig zu sein, daß der Kampf gegen England den Weg nach Rußland führt. Bei Napoleon war es nicht anders. Aber es sind heute zweifellos auch gewichtige Gründe, die für solche Auseinandersetzung sprechen."

[64] Aufzeichnung Hoths „Stellung zum Führer und zur Politik", Mai 1948, in. BA-MA, N 503/86.

[65] Vgl. dazu auch das nächste Kapitel.

[66] Vgl. etwa das Tagebuch Heinricis, 13. 9. 1939, in: BA-MA, N 265/9; Kleist, Erinnerungen, Bd. 5, in: BA-MA, N 354/27, Bl. 17. Vgl. auch die Befragung Guderians durch die Historical Commission der US-Army, Oberursel 7. 9. 1945, in: IfZ-Archiv, ED 368/1: „Als der Vertrag mit Russland abgeschlossen wurde, habe ich mit meinen Freunden eine Flasche Sekt getrunken. [...] Der Zweifronten-Krieg ist ja immer eine Schicksalsfrage für Deutschland gewesen."

[67] Reinhardt an seine Frau, 19. 6. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 7.

[68] Zu diesem Feindbild vgl. auch Kapitel I,2,b; Hillgruber, Rußland-Bild; Förster, Rußlandbild. Zur Einstellung des Offizierkorps zu Hitlers Programm gegen die Sowjetunion vgl. DRZW, Bd. 4, S. 18–25, 440–447 (Beiträge Förster).

mann Hoth gab später zu Protokoll, er habe sich in dieser Zeit daran erinnert, „dass jüdischer Einfluss in Russland stark war. Auf meiner Reise 1927 nach Russland hatten wir in vielen Büros auffallend viel Juden angetroffen."[69] Noch nach dem Krieg bekannte er sich damit freimütig zum Kampf gegen den „jüdischen Bolschewismus" und gab ein sehr glaubwürdiges Bild seiner Haltung im Jahr 1941. Er habe sich, berichtete Hoth weiter, eine wirkliche Verständigung mit Russland immer gewünscht, doch hätten mehrere Gründe gegen sie gestanden: erstens „die unverkennbare Abkehr der Russen vom europäischen Wesen", „dann zweitens der Rückfall in mittelalterliche grausame Methoden" und schließlich „das Expansionsbedürfnis Russlands", das „den deutschen Interessen oder den europäischen Interessen zuwiderlief"[70].

Diese Begründung des Gegensatzes zur Sowjetunion war sehr charakteristisch und mit den Argumenten Hitlers weitgehend identisch. Der „bolschewistische", „verjudete" und „asiatische" Staat des Despoten Stalin wurde als aggressiver Störfaktor gesehen, der sich – so noch einmal Hoth – „wie ein Ölfleck über die Nachbarländer ergoß" und nur auf eine günstige Gelegenheit wartete, mit seiner Kriegsmaschine über Mitteleuropa herzufallen[71]. 1941 habe sich der „letzte Zeitpunkt" geboten, „die Flut des Bolschewismus von den europäischen Grenzen fernzuhalten"[72]. Nicht nur Hoth bewahrte sich vermutlich zeit seines Lebens die Überzeugung von einer „europäischen Aufgabe" des Angriffs auf die Sowjetunion. Auch andere Generale beharrten noch lange darauf, dass die Wehrmacht „dem ganzen Abendland" gedient hätte, wenn durch ihren Feldzug „die bolschew[istische] Gefahr rund 1500 km weiter östlich gebannt worden" wäre, wie es Nikolaus v. Falkenhorst 1948 formulierte[73]. Deutschland habe „stets die vom Osten drohende Gefahr richtig erkannt u. darnach sein Handeln bestimmt"[74]. Die höhere Generalität meinte im Juni 1941 nicht nur gegen die Rote Armee in den Krieg zu ziehen, sondern alte Albdrücke und Erzfeinde schlagen zu müssen, die traditionelle „Gefahr aus dem Osten" ebenso wie die „Roten", die sie, die nationalkonservativen Offiziere, als deutsche Spartakisten und russische Bolschewisten teilweise schon zwei Jahrzehnte zuvor bekämpft hatten[75]. In den Köpfen ging es wieder gegen Liebknecht und Trotzki.

[69] Aussage Hoths vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 3. 5. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 3137.

[70] Ebd., S. 3045 (30. 4. 1948).

[71] Ebd., S. 3047.

[72] Ebd., S. 3049. Vgl. auch ebd., S. 3048f.: „Sollte Deutschland den Zeitpunkt für ein Handeln Russland überlassen? Augenblicklich hatte Deutschland die Hand für den Osten frei, das konnte aber in ein bis zwei Jahren ganz anders aussehen und dann hatten wir den gefürchteten Zweifrontenkrieg, den wir 1941 noch nicht gehabt haben. [...] Ich kann von mir persönlich nur sprechen, aber ich weiss auch von den mir unterstellten Führern, Generalen, Offizieren und Soldaten, dass wir alle den Krieg gegen Russland geführt haben in dem heiligen Glauben, den Bolschewismus von unserer Heimat fernzuhalten."

[73] Falkenhorst, Kriegserinnerungen, 1948, in: BA-MA, N 300/4, Bl. 5.

[74] Ebd., Bl. 7.

[75] Vgl. etwa ebd., Bl. 53: „Nun sollte ich dort oben, 23 Jahre später, erneut mit den tapferen finnischen Soldaten gegen den verhaßten Bolschewismus kämpfen."

Bezeichnend war auch der häufige Vergleich mit Napoleon – etwa, wie bereits zitiert, durch Heinrici oder durch Guderian, der noch 1945 aussagte[76]: „Es schwebten Hitler offenbar die Vereinigten Staaten von Europa vor und dabei wollte er Russland ausschalten, oder jedenfalls als Machtfaktor ausschalten. Er hatte die gleichen Absichten wie Napoleon I." Der Diktator galt gleichermaßen als Ideologe und Machtpolitiker, der in großen imperialen Dimensionen im Stile Napoleons dachte und auf dem Höhepunkt seines Erfolgs mit seinen Visionen auch bei den konservativen Eliten Anklang fand. Die vermeintliche strategische Notwendigkeit des Ostkriegs verband sich mit einem radikalen Antibolschewismus sowie zwei Schlüsselbegriffen der nationalsozialistischen Ideologie: „Lebensraum" und „Autarkie". Das konnte den Generalen nicht verborgen bleiben[77]. Diese Mischung aus Kreuzzug und Raubzug wurde weitgehend akzeptiert. Die Rollen eines „Retters" vom Bolschewismus und eines Eroberers in der Nachfolge des großen Korsen waren positiv belegt, die Pläne für die Zeit nach dem Sieg über die Rote Armee und nach der Besetzung weiter Teile der Sowjetunion allerdings noch sehr verschwommen. Mehr als Hitlers Ankündigung vom 30. März 1941, die Sowjetunion zerschlagen, an der westlichen Peripherie Protektorate bilden und den Rest in sozialistische Republiken aufsplittern zu wollen, war zunächst kaum bekannt. Die wahnwitzigen Siedlungspläne, die Heinrich Himmler durch seine SS-Raumplaner ausarbeiten ließ, etwa im berüchtigten „Generalplan Ost", galten vermutlich, sofern man überhaupt von ihnen wusste, als unrealistisch und nicht ganz ernst zu nehmen[78]. Allerdings fiel die Bemerkung über die „Ausdehnung der deutschen Interessensphäre weit über den Ural hinaus", die der Reichsführer SS Anfang Juni 1941 gegenüber Generalfeldmarschall v. Bock machte, keineswegs überraschend[79]. Solche Zielvorstellungen eines deutschen Ostimperiums und der Begriff „Lebensraum im Osten" waren aus vielen Äußerungen Hitlers vertraut, wurden aber wohl eher wirtschaftlich als im Sinne einer „Germanisierung" interpretiert: der russische Raum als koloniales Ausbeutungsobjekt für das Deutsche Reich. Insgesamt ist wenig wahrscheinlich, dass sich die Generale im Frühjahr 1941 mehr als in vagen Vermutungen mit den Kriegszielen befassten, die über den militärischen Auftrag hinausgingen.

Dessen ungeachtet wurde das strategisch-ideologische Doppelgesicht des bevorstehenden Feldzugs in der höchsten Generalität sofort erkannt. Das belegt auch die Wirkung der Ansprache Hitlers vom 30. März 1941, mit der er zugleich den strategischen Verstand und die ideologischen Ressentiments der Generale an-

[76] Befragung Guderians durch die Historical Commission der US-Army, Oberursel 7. 9. 1945, in: IfZ-Archiv, ED 368/1.

[77] Vgl. z. B. das Tagebuch Heinricis bereits am 21. 9. 1940, in: Hürter, General, S. 55: „Die scharfen Ausdrücke in ‚Mein Kampf' gegen Rußland sind wahrscheinlich nicht nur als leere Worte geschrieben."

[78] Vgl. die Befragung Guderians durch die Historical Commission der US-Army, Oberursel 7. 9. 1945, in: IfZ-Archiv, ED 368/1: „Dann die größenwahnsinnige Idee Himmlers, Deutsche in Russland anzusiedeln. Diese Idee ist jedoch sonst von niemandem ernst genommen worden. [...] Ich hielt den Gedanken Himmlers für hellen Wahnsinn." Zu den Siedlungsplänen vgl. Aly, „Endlösung"; Müller, Ostkrieg.

[79] Bock, Kriegstagebuch, S. 191 (5. 6. 1941): „Letzterer [Himmler] bezeichnet als Ziel des Feldzuges im Osten die Zertrümmerung Rußlands in kleine Einzelstaaten und Ausdehnung der deutschen Interessensphäre weit über den Ural hinaus."

sprach. Generaloberst Hoth, der noch volles Vertrauen zu Hitler besaß und von seinen Argumenten für den Ostkrieg überzeugt wurde, unterrichtete zwei Wochen später die beiden Kommandierenden Generale seiner Panzergruppe auf der Grundlage seiner Mitschrift über die Ansprache des Diktators[80]. Noch aufschlussreicher sind die eigenhändigen Notizen Georg v. Küchlers für eine Besprechung mit den ihm unterstellten Divisionskommandeuren am 25. April 1941, da sie die eigenständige Verarbeitung der Mitteilungen Hitlers durch einen sehr konservativen und traditionsbewussten Vertreter unserer Gruppe zeigen. Der Oberbefehlshaber der 18. Armee ging dabei ausführlich auf den „Sinn dieses Krieges und sein Ziel" ein, so wie er die Absichten Hitlers in der Versammlung vom 30. März verstanden hatte[81].

Und Küchler bewies, dass er sie richtig verstanden hatte, denn seine Ausführungen sind von derselben Mischung aus Kalkül und Dogma geprägt, die auch den Diktator antrieb. Er stellte seinen Kommandeuren den kommenden Krieg als Feldzug zur Errichtung der deutschen Hegemonie über Europa, zur Eroberung wirtschaftlichen „Lebensraums" und zur Vernichtung eines weltanschaulichen Erzfeinds vor. Sinn und Ziel sei es, „eine Befriedung Europas für lange Zeit herbeizuführen, in der das deutsche Volk über einen Raum gebietet, der seine Ernährung und die der anderen europäischen Staaten sicherstellt, ferner daß Deutschland über Rohstoffe – sei es im eigenen Besitz oder im Besitz befreundeter oder abhängiger Staaten – verfügt, die das wirtschaftliche und industrielle Leben garantieren". Der deutschen Vorherrschaft über Europa stehe nur noch die Sowjetunion entgegen[82], „schon nach der Masse seines Landbesitzes ein asiatischer Staat", von Deutschland „weltanschaulich und rassisch" durch einen „tiefen Abgrund" getrennt, mit seiner aggressiven Ideologie gefährlich „wie eine drohende schwarze Wolke im Osten", die sich jederzeit nach Westen entladen könne. Daher müsse „jetzt die Gunst des Augenblicks" genutzt werden, diese Gefahr „mit junger Kraft und überlegener Wehrmacht" für Generationen zu bannen[83] und Russland nicht nur zurückzudrängen, sondern „das europäische Rußland zu vernichten, den russischen europäischen Staat aufzulösen". Dabei wiederholte Küchler die von Hitler knapp skizzierte Perspektive, den Ostseeraum und den reichen Süden zu beherrschen und den Rest in schwache Teilstaaten zu zerstückeln. „Gewaltig ist das Ziel, gewaltig sind die Aufgaben, zu deren Lösung wir mit berufen sind."

[80] Vgl. das Kapitel „Prolog".

[81] Notizen Küchlers für die „Besprechung mit den Divisionskommandeuren" am 25. 4. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/71; die wesentlichen Abschnitte auch in: Wilhelm, Rassenpolitik, S. 133–139. Die folgenden Ausführungen über „Sinn und Ziel" des Ostkriegs zit. nach ebd., S. 133 f. Zu Küchler vgl. auch Hürter, Mentalität.

[82] „Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen und die Balkanstaaten sind niedergezwungen oder von Deutschland abhängig; England ist fast aus Europa verdrängt. Es müßte ein völliger Umschwung der Lage eintreten, wenn England jemals wieder seine Vorkriegsrolle in Europa spielen sollte. Die vom Krieg noch nicht berührten von Deutschland unabhängigen Staaten in Europa – Schweden, Spanien, Schweiz und die Türkei – spielen keine Rolle mehr. Bleibt übrig Rußland."

[83] Küchler übernahm hier die Worte Hitlers: „Der Führer will nicht die Verantwortung für den Bestand Deutschlands auf eine spätere Generation abschieben; er hat sich daher entschlossen, noch in diesem Jahr die Auseinandersetzung mit Rußland zu erzwingen."

Dieser General, der noch im Polenfeldzug mit der SS in Konflikt geraten war, übernahm nun nicht nur bereitwillig das Programm Hitlers, sondern kündigte seinen Kommandeuren außerdem das harte Vorgehen gegen die Kommissare und die Maßnahmen von SS-Sonderformationen an[84]. Küchler hatte sich rechtzeitig vor dem Krieg gegen die Sowjetunion mit den Plänen eines rassenideologischen Vernichtungskriegs und kolonialen Raubkriegs abgefunden. Diese Anpassung fiel ihm offenbar um so leichter, da er, der „Baltikumkämpfer" von 1919, eigene politische und ideologische Ansichten und Wünsche in ihnen wiederfand, die durch die Erfolge der NS-Diktatur verstärkt wurden. Auch hier zeigte sich die Verrückung der Maßstäbe durch den bisherigen Kriegsverlauf. Die Grenze zwischen der Übernahme nationalsozialistischen Gedankenguts und dem Abruf eigener Überzeugungen ist dabei schwer zu ziehen. Auch Küchlers Ansprache vor seinem Stab am Morgen des 22. Juni 1941 belegt, dass sich traditionelle Ressentiments und nationalsozialistische Schlagworte mischten. Er bezeichnete seinen Mitarbeitern den Feldzug als „Fortsetzung eines seit Jahrhunderten durchgeführten Kampfes zwischen Germanentum und Slawentum", um dann zu behaupten[85]: „Seit Tschingis Khan suchen asiatische Horden gegen die rassisch höher stehenden Germanen vorzudrücken und sie von ihrer angestammten Scholle zu vertreiben. Aber der jetzige Krieg ist nicht nur der Kampf zwischen zwei rassisch verschiedenen Völkern, er ist mehr als das, er ist der Kampf zwischen zwei Weltanschauungen, dem Nationalismus [!] und dem Bolschewismus." Slawen, Asiaten und Bolschewisten – lediglich die antisemitische Stereotype wurde von Küchler ausgelassen – verbanden sich zu einem diffusen Bild von Feinden, die Deutschland und Europa mit der „Zerschlagung jeglicher Kultur" bedrohten[86].

Bei keinem zweiten General unserer Gruppe sind Übernahme, Verarbeitung und Weitergabe der Motive Hitlers bereits im Frühjahr 1941 so gut überliefert wie bei Küchler, doch auch andere, knappere Zeugnisse belegen das Verständnis der Generale für „Sinn und Ziel" des Feldzugs. So bezeichnete am 2. Mai 1941 ein Befehl Hoepners zur „Kampfführung" den Krieg gegen die Sowjetunion ganz im Sinne sozialdarwinistischer und rassistischer Dogmatik als „wesentliche[n] Abschnitt im Daseinskampf des deutschen Volkes. Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus."[87] Auch die Forderungen, dass dieser Kampf „die Zertrümmerung des heutigen Rußland" zum Ziel haben und „erbarmungslos", mit „unerhörter Härte", ohne Schonung für die Träger des bolschewistischen Systems geführt werden müsse, waren ein deutlicher Reflex auf Hitlers Vorgaben. Einige Tage darauf übernahm der Kommandierende General Reinhardt wörtlich die Formulierungen seines Befehlshabers Hoepner, vermisste aber offenbar den wichtigen kolonialen Aspekt und fügte daher hinzu, dass es in diesem Daseinskampf „insbesondere um die

[84] Näher dazu Kapitel II,1,d.

[85] Ansprache Küchlers, 22. 6. 1941, 7.30 Uhr an die Führungsabteilung, 9.00 Uhr an die O.Qu.-Abteilung des AOK 18, in: NA, T 312/799.

[86] Dieser Gefahr zuvorzukommen, sei „eine geschichtliche Notwendigkeit, zu der unsere Generation berufen ist".

[87] Befehl Hoepners (Pz.Gr.Kdo. 4, Ia, Nr. 20/41 g.Kdos.Chefs., Anl.) „Kampfführung", 2. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 305.

wirtschaftliche Selbständigkeit Großdeutschlands und des von ihm beherrschten europäischen Raumes" gehe[88]. In den meisten Tagesbefehlen zum 22. Juni 1941 wurden dagegen eher die militärstrategischen und präventiven Rechtfertigungen des Angriffs betont – allerdings in der Regel nicht ohne daneben auch auf die ideologische Komponente des Kampfes gegen „den alten bolschewistischen Feind des nationalsozialistischen Deutschland" zu verweisen[89]. Wieder war es der spätere Widerstandskämpfer Erich Hoepner, der sich damit nicht begnügen wollte und sehr grundsätzlich wurde[90]: „Wir treten morgen zu dem großen Kampfe an, den wir Germanen gegen das bolschewistische Slawentum führen müssen, um unser deutsches Volk und unsere Nachkommen zu erhalten."

Natürlich stecken die zitierten Erläuterungen und Befehle voller stereotyper Floskeln, wie sie teilweise von der Propaganda vorgegeben wurden, und sind daher nicht unbedingt als getreue Wiedergabe der persönlichen Auffassungen der unterzeichnenden Generale zu lesen. Dennoch können sie als Beleg dafür gelten, dass die Richtlinien, die Hitler in der großen Generalsbesprechung vom 30. März verkündet hatte, verstanden, ernst genommen, verwendet und weitergetragen wurden. Sie waren neben der militärischen Planung ein wichtiges Thema der Besprechungen in den höheren Stäben kurz vor Feldzugsbeginn, wie am Beispiel des Oberkommandos der 4. Armee gezeigt werden kann. Am 10. Juni 1941 wurden zwischen Oberbefehlshaber Günther v. Kluge, seinem Generalstabschef Blumentritt sowie den Stabschefs der unterstellten Panzergruppe 2 (Guderian) und der Armeekorps nicht nur die militärischen und politischen Aufgaben im geplanten Feldzug, sondern auch die vermeintlichen oder tatsächlichen militärstrategischen und wirtschaftlichen Zwänge zu diesem Unternehmen ausführlich erörtert[91]. Abschließend wies Kluge „auf die Größe der Aufgabe hin. Es handelt sich um einen ungeheuren Kampf, einen Schicksalskampf des deutschen Volkes. Das Ziel ist die Zerschlagung Rußlands und des Bolschewismus."[92] Welche weitgehenden politisch-ideologischen Vorstellungen durch die Oberkommandos geisterten, wurde deutlich, als Blumentritt bald darauf vor seinen Mitarbeitern ergänzte[93]: „Polenfeldzug war Auftakt, Westfeldzug war gewaltige Angelegenheit. Jetzige Aufgabe ist ‚eine globale Angelegenheit'. [...] Es handelt sich um ‚die Welt', den Kampf um die Welt, wenn wir ein ‚Weltvolk' werden wollen, was uns als Ziel gesetzt [ist]." Der Ostkrieg sei kein „rein milit[ärischer] Krieg". „Führer: rechts Schwert, links Pflug. Weil wir uns den Lebensraum *erobern* müssen."

[88] Befehl Reinhardts (Gen.Kdo. XXXXI. A.K. mot., Ia, Nr. 83/41 g.Kdos.Chefs., Anl.) „Kampfanweisung", 11. 5. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2510.

[89] Tagesbefehl Strauß' (AOK 9, OB), 22. 6. 1941, in: NA, T 313/254 (1): „In diesen Jahren [1939/40] erstand in Rußland an unserer Ostgrenze der neue Feind, bereit, uns in unserem Kampfe gegen England zu ihm passender Zeit in den Rücken zu fallen. Im festen Vertrauen zum Führer werden wir den alten bolschewistischen Feind des nationalsozialistischen Deutschland schlagen und damit den Endsieg über England sichern." Vgl. auch Pz.Gr.Kdo. 1, KTB Ia, 21. 6. 1941, Tagesbefehl Kleists für den 22. 6. 1941, in: BA-MA, RH 21–1/463: „Der Führer hat sich entschlossen, den bolschewistischen Sowjet-Feind zu zerschlagen, bevor er uns – aus altem Hass gegen den Nationalsozialismus – bei unserem Englandkrieg in den Rücken fällt."

[90] Tagesbefehl Hoepners (Pz.Gr.Kdo. 4), 21. 6. 1941, in: BA-MA, RH 21–4/16.

[91] Aufzeichnung über die Chefbesprechung am 10. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20–4/171. Knappere, aber teilweise ergänzende Zusammenfassung in: AOK 4, KTB Ia, 10. 6. 1941, in: NA, T 312/158.

[92] Ebd.

[93] AOK 4, KTB Ia, 20. 6. 1941, Besprechung Blumentritts mit dem Stab, in: NA, T 312/158.

Bei diesem Verständnis seiner Intentionen durch die höchsten Frontkommandeure und ihre Gehilfen war es kaum mehr nötig, dass Hitler am Nachmittag des 14. Juni 1941 den Oberbefehlshabern der Heeresgruppen und Armeen sowie den Befehlshabern der Panzergruppen nochmals persönlich die Gründe des Angriffs auf die Sowjetunion nannte. Diese „umfassende politische Rede des Führers"[94] in der Reichskanzlei wiederholte weitgehend die Argumentation vom 30. März und brachte den Kommandeuren keine neuen Informationen, betonte aber stärker das wirtschaftliche Ziel, durch die Besetzung der Ostgebiete die „Ernährung und Rohstoffversorgung Deutschlands auf absehbare Zeit" zu sichern[95]. Diese Ansprache bestätigte nur das, was die Oberbefehlshaber ohnehin bereits wussten, so dass sie diese Versammlung weit weniger beeindruckt verlassen haben werden als jene von Ende März[96]. Freilich dienten auch diese Erklärungen Hitlers der politischen Instruierung der militärischen Führung und wurden entsprechend verbreitet[97]. Sie waren ein weiterer Baustein der geistigen Vorbereitung auf einen in seinen Zielen und Feindbildern maßlosen Krieg.

Die maßgeblichen Generale des Ostheeres waren im Frühjahr 1941, wenn auch nach Rang und Stellung abgestuft, sehr gut über die verschiedenen Komponenten und den eigentlichen Charakter des geplanten Feldzugs informiert. Das galt besonders für die Oberbefehlshaber und Panzergruppen-Befehlshaber, aber auch für die im Osten eingesetzten Kommandierenden Generale und wohl sogar für die Divisionskommandeure. In unserer Gruppe zählten vermutlich lediglich Weichs und Lindemann, die bis zum deutschen Angriff noch auf dem Balkan eingesetzt waren, zu den schlechter unterrichteten Generalen. Der Mehrheit mussten am Angriffstag die militärstrategischen, politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Motive des Unternehmens vertraut sein. Nur der Massenmord an den sowjetischen Juden war noch nicht abzusehen. Alle anderen Ziele waren ausgesprochen. Ihre Gewichtung konnte allerdings unterschiedlich interpretiert werden, wie ein Brief des Kommandierenden Generals Gotthard Heinrici zeigt, der seiner Frau einen Tag vor dem Angriff die wesentlichen Beweggründe treffend zusammenfasste[98]: „Wenn dieser Brief abfährt, ist der neue Feldzug losgegangen. Er soll einen Nachbarn ausschalten, der uns möglicherweise gefährlich werden kann, wenn es gegen England – sei es am Suez Kanal oder auf der Insel – geht. Er soll ferner uns landwirtschaftliche Gebiete bringen, die in der Lage sind, soviel zu liefern, daß ganz Europa von ihnen leben kann. Das Letztere ist wohl die Hauptsorge,

[94] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 455 (14. 6. 1941), ohne näher auf den Inhalt einzugehen. Vgl. auch Guderian, Erinnerungen, S. 136; Warlimont, Hauptquartier, S. 162.

[95] Bock, Kriegstagebuch, S. 193 (14. 6. 1941). Vgl. auch ebd., S. 194: „Ob und welche Gebiete Deutschland nach errungenem Siege übernehmen wolle, werde überlegt; klar sei, daß der russische Einfluß aus der Ostsee verdrängt werden und Deutschland sich bestimmenden Einfluß im Schwarzen Meer sichern müsse, denn dort lägen jetzt lebenswichtige Interessen für uns, wie z.B. das Öl."

[96] Dafür spricht auch, dass über diese Versammlung weniger überliefert ist.

[97] Vgl. etwa AOK 6, KTB Ia, 18. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20-6/87, Bl. 126: „Der Herr Oberbefehlshaber ist von Berlin zurückgekommen und berichtet vor den Offizieren der in Tarnobrzeg liegenden Teile des Armee-Oberkommandos über seine Eindrücke bei der Besprechung in der Reichskanzlei, insbesondere über die Gründe, die den Führer zur Vorbereitung des Unternehmens ‚Barbarossa' veranlasst haben."

[98] Heinrici an seine Frau, 21. 6. 1941, in: Hürter, General, S. 62.

nachdem Amerika sich bereits inoffiziell im Kriege mit uns befindet. In gewissem Grade spielt natürlich auch der weltanschauliche Gegensatz eine Rolle."

All diese Beispiele verdeutlichen, dass die Verschmelzung von pragmatischen und ideologischen Motiven von den Generalen sehr wohl erkannt und häufig mehr als das, nämlich akzeptiert wurde. Sie wussten zwar nicht im Detail, aber in großen Zügen, worauf sie sich einließen und nach ihrer militärischen Auffassung von Pflicht und Gehorsam auch einlassen mussten. Doch Pflicht und Gehorsam waren nicht die einzigen Gründe für die Gefolgschaft in einen Krieg, der erklärtermaßen nicht nur den militärischen Sieg über einen gegnerischen Staat, sondern die Vernichtung dieses Staates und seiner Elite, die Ausbeutung seiner Ressourcen sowie die Unterdrückung seiner Bevölkerung zum Ziel hatte. Bei vielen, wenn nicht den meisten kam eine zumindest partielle Übereinstimmung der Kriegsziele und Feindbilder hinzu, die es erleichterte, diesen Feldzug nach dem Willen Hitlers als Kreuzzug und Raubzug aufzufassen und zu führen. Abweichende Meinungen wird es vielleicht gegeben haben. Allein: Sie sind nicht überliefert, wenigstens nicht von den Generalen unserer Gruppe. Eine etwaige geballte Faust in der Tasche oder ein etwaiger unausgesprochener Protest gegen „Sinn und Ziel" dieses Feldzugs sind solange nicht relevant, wie sie kein entsprechendes Handeln nach sich zogen. Eine wie auch immer geartete Obstruktion ist für die Vorbereitungsphase des „Unternehmen Barbarossa" nicht dokumentiert.

Auch wenn diese höchsten Vertreter der Truppengeneralität an der Entscheidung zum Angriffskrieg gegen die Sowjetunion nicht beteiligt waren und daher keine direkte Verantwortung für sein Entstehen trugen, hatten sie doch – je nach ihrer Stellung unterschiedlich großen – Anteil daran, dass die deutsche Militärmaschine auf ein Gleis gesetzt wurde, von dem sie später schwer wieder zu entfernen war. Sie ließen sich im Frühjahr 1941 Hitlers Spielregeln eines rücksichtslosen Krieges um „Sein oder Nichtsein" diktieren und gaben diese, soweit man sehen kann bereitwillig, Stufe für Stufe nach unten weiter. Keiner von ihnen wollte bei diesem riskanten, bisher aber so erfolgreichen Spiel zum Spielverderber, in diesem „Schicksalskampf" zum Defätisten oder gar Verräter werden. Manche Generale sahen sich wohl auch in einer Zwangslage, die in den Monaten der Vorbereitung keinen Widerspruch erlaubte. Ein gemeinsames Handeln der Oberbefehlshaber, das schon vor dem Westfeldzug verfehlt wurde, schien angesichts der „gigantischen" Aufgaben im Osten gänzlich ausgeschlossen. Damit war die Grundlinie schon vor dem ersten Kampftag festgelegt. Die Truppenführung wollte und sollte sich jetzt nicht weiter mit den übergeordneten strategischen oder gar ideologischen Aspekten beschäftigen, sondern mit den militärischen Vorbereitungen, von denen die operativen Pläne naturgemäß die größte Aufmerksamkeit beanspruchten.

b. Militärische Planung

Im Krieg steht für den Berufsoffizier und Truppenbefehlshaber die Kriegführung gegen die gegnerische Streitmacht im Mittelpunkt. Diese simple Tatsache muss auch dann im Auge behalten werden, wenn sich das Interesse der Forschung hauptsächlich den Vorgängen jenseits des Gefechtsfelds zuwendet. Die Kriegs-

ziele und Feindbilder Hitlers und seiner Generale waren richtungweisend für den Charakter dieses Feldzugs. In der professionellen Vorbereitung des Ostkriegs spielte allerdings die Frage, wie die Rote Armee besiegt werden könne und wie die Operationen angelegt sein sollten, eine ungleich größere Rolle als die Diskussion nach den Gründen, Zielen und Fernwirkungen der bevorstehenden Kampagne. Während vor dem Westfeldzug nicht nur die Heeresleitung, sondern auch die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und einiger Armeen Einfluss auf die Gesamtstrategie zu nehmen versuchten, beschränkten sich jetzt selbst Brauchitsch, Halder und das OKH weitgehend auf die operative Planung. Mehr noch wurden die höchsten Truppenbefehlshaber mit unumstößlichen strategischen Entscheidungen konfrontiert, die lediglich die Mitsprache bei der operativen Umsetzung erlaubten. Auch der Stoßseufzer Leebs „Muß denn das auch noch sein!" belegt allenfalls eine aus Resignation und Dienstfertigkeit gepaarte Haltung, denn der Feldmarschall zog anders als noch im Herbst 1939 keinerlei Konsequenzen aus seiner Skepsis.

Der Militärelite war eine bestimmte Aufgabe gestellt, nämlich „Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen"[99]. Doch selbst in den operativen Plänen, diesen Auftrag effizient umzusetzen, waren die Militärs nicht mehr so frei, wie es der preußisch-deutschen Tradition entsprach. Die federführende Planungsarbeit durch den Generalstab des Heeres sah sich schon seit Sommer 1940 mit den operativen Vorstellungen Hitlers konfrontiert[100]. Der Diktator dachte militärisch durchaus modern und wollte vor allem die schnelle Eroberung und Ausschaltung der politischen und wirtschaftlichen Ballungsräume im europäischen Teil der Sowjetunion. Daher forderte er eine exzentrische Operation mit zwei oder drei Schwerpunkten (Leningrad, Moskau, Kiev), während Halder und seine Mitarbeiter vor allem die möglichst vollständige Vernichtung der Roten Armee durch eine konzentrische Operation gegen Moskau erreichen wollten. Gemeinsam war beiden Seiten von vornherein nur die leichtfertige Unterschätzung des Gegners, dessen militärische Widerstandskraft man übereinstimmend in wenigen Wochen zu zerschlagen hoffte.

Noch bevor die Generalstäbe der Großverbände, die für den Ostfeldzug vorgesehen waren, an den Planungen beteiligt wurden, einigten sich Hitler und Halder am 5. Dezember 1940 zunächst auf den Kompromiss, jeweils eine Heeresgruppe gegen Leningrad, Moskau und Kiev anzusetzen, der mittleren Heeresgruppe dabei aber das Hauptgewicht zuzusprechen[101]. Bei dieser operativen Grundsatzentscheidung blieb es, trotz mancher Schwankungen im Detail, bis zum deutschen Angriff und durch alle Fassungen der am 31. Januar 1941 zuerst vorgelegten Aufmarschanweisung „Barbarossa"[102]. Die grundlegende Frage nach der Schwer-

[99] Hitlers Weisung Nr. 21 „Fall Barbarossa", 18. 12. 1940, in: Hubatsch (Hrsg.), Weisungen, S. 84–88, hier S. 84.

[100] Vgl. zu Folgendem vor allem Hillgruber, Strategie, S. 352–377, 501–516; DRZW, Bd. 4, S. 190–277 (Beitrag Klink); Hartmann, Halder, S. 224–241, 262–269. Vgl. auch Beer, Fall Barbarossa. Auf die Planungen der Luftwaffe und Marine kann hier nicht eingegangen werden, vgl. zur Luftwaffe DRZW, Bd. 4, S. 277–318 (Beitrag Boog), zur Marine ebd., S. 319–326 (Beitrag Klink).

[101] Vgl. Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 209–214 (5. 12. 1940); KTB/OKW, Bd 1, S. 203–209 (5. 12. 1940).

[102] Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 242–248 (Beitrag Klink).

punktbildung im Anschluss an die erste Phase des Feldzugs, also nach den großen Durchbruchs- und Vernichtungsschlachten gegen die im Westen der Sowjetunion versammelten Feindkräfte, blieb jedoch unbeantwortet. Offenbar vertrauten sowohl der „Führer" als auch sein Generalstabschef Halder auf eine Eigendynamik der operativen Entwicklung, die jeweils ihre eigene Option gegen die andere begünstigen würde – entweder den Vorrang Leningrads und Kievs vor Moskau oder als erstes Ziel Moskau. Dass dieser Gegensatz nicht schon im Vorfeld aufgelöst und der operative Rahmen nur für die ersten Wochen des Feldzugs abgesteckt wurde, war unverständlich, ja unverzeihlich und sollte sich später als schwerwiegender Fehler erweisen.

Mit diesen planerischen Zweideutigkeiten und Mängeln mussten sich bald auch die Generale unserer Gruppe befassen. Unter ihnen war allein Generalleutnant Friedrich Paulus als Oberquartiermeister I im OKH und Stellvertreter Halders schon seit Anfang September 1940 unmittelbar mit den Vorbereitungen beschäftigt. Als wichtigster Bearbeiter und Koordinator der Planungen trug er eine große Mitverantwortung für den insgesamt wenig eindeutigen und noch weniger weitsichtigen Feldzugsplan. Paulus gab sich ebenso optimistisch wie Halder und vertraute auf einen Zusammenbruch der Sowjetunion nach der Vernichtung der Roten Armee zwischen der Demarkationslinie und dem Dnepr noch vor Eintritt des Winters[103].

Die Praktiker an der Front, die das Gros dieser Gruppe ausmachten, waren oft skeptischer. Je nach ihrer Stellung abgestuft, mussten sie seit Anfang 1941 den vom OKH vorgegebenen Rahmen mit operativen oder taktischen Detailplänen ausfüllen: zuerst die drei Oberbefehlshaber der Heeresgruppen Leeb (C/Nord), Bock (B/Mitte) und Rundstedt (A/Süd); dann die Oberbefehlshaber der zunächst vorgesehenen Armeen, die bereits bewährten Armeeführer Falkenhorst (Norwegen), Küchler (18.), Busch (16.), Strauß (9.), Kluge (4.), Reichenau (6.) und – später wegfallend[104] – List (12.) sowie die frisch ernannten Oberbefehlshaber neu aufgestellter Armeen Stülpnagel (17.) und Schobert (11.); außerdem die Befehlshaber der ebenfalls erst Ende 1940 gebildeten Panzergruppen Hoepner (4.), Hoth (3.), Guderian (2.) und Kleist (1.)[105]; schließlich die diesen Verbänden unterstellten Kommandierenden Generale von Armeekorps Dietl (Gebirgskorps Norwegen), Reinhardt (XXXXI. mot.), Manstein (LVI. mot.), Schmidt (XXXIX. mot.), Ruoff (V.) und Heinrici (XXXXIII.)[106]; zuletzt Model als Kommandeur der 3. Panzerdivision[107]. Die Generale Weichs und Lindemann wurden mit ihren Verbänden, der

[103] Vgl. Otto Wagener, Erinnerungen, in: IfZ-Archiv, ED 60/9, Bl. 108–110, über ein Gespräch mit Paulus in dieser Zeit.

[104] Da sich die 12. Armee (List) am Balkanfeldzug beteiligen und anschließend Besatzungsaufgaben übernehmen musste, erhielt die 11. Armee (Schobert) an der Südflanke der Ostfront (Rumänien) deren Aufgaben.

[105] Die Aufzählung erfolgt hier von Nord nach Süd – nach den Unterstellungsverhältnissen der Armeen und Panzergruppen am 22. 6. 1941: Heeresgruppe Nord: 18. Armee, 16. Armee, Panzergruppe 4; Heeresgruppe Mitte: 9. Armee, 4. Armee, Panzergruppe 3, Panzergruppe 2; Heeresgruppe Süd: 17. Armee, 6. Armee, 11. Armee, Panzergruppe 1.

[106] Am 22. 6. 1941 war das Gebirgskorps Norwegen der Armee Norwegen, das XXXXI. A.K. mot. und das LVI. A.K. mot. der Panzergruppe 4, das XXXIX. A.K. mot. der Panzergruppe 3, das V. A.K. der 9. Armee und das XXXXIII. A.K. der 4. Armee unterstellt.

[107] Die 3. Panzerdivision unterstand am 22. 6. 1941 der Panzergruppe 2.

2. Armee und dem L. Armeekorps, viele Monate an der Südostfront (Jugoslawien, Bulgarien) verwendet und anders als die motorisierten Verbände Kleists und Reinhardts, die ebenfalls auf dem Balkan eingesetzt wurden, erst nach Beginn des „Unternehmen Barbarossa" an die Ostfront verlegt[108]. Sie waren daher wohl die einzigen der Oberbefehlshaber von 1941/42, die keinen Anteil an der Vorbereitung des Ostfeldzugs hatten[109]. Die große Mehrheit dieser Gruppe arbeitete dagegen bereits lange vor dem 22. Juni 1941 auf den Feldzug gegen die Sowjetunion hin.

Diese Arbeit bestand aus zahllosen fachlichen und technischen Details, die hier im Einzelnen nicht beschrieben werden können. Sie betraf vor allem die Aufstellung, Ausrüstung, Ausbildung und den Aufmarsch des 3-Millionen-Heeres, das den kurzen Feldzug im Osten durchkämpfen sollte[110]. Bei der Armee Norwegen im äußersten Nordosten und der 11. Armee im äußersten Südosten kamen die Probleme der Koalitionskriegführung mit den Finnen bzw. Rumänen hinzu[111]. Die Überführung der Stäbe und Truppen erfolgte in mehreren Staffeln bis in den Juni hinein. Die Heeresgruppen- und Armeeoberkommandos, Panzergruppenkommandos und viele Generalkommandos übernahmen als erste militärische Kommandobehörden bereits bis April 1941 ihren neuen Befehlsbereich, in streng getarnter Form und lange bevor alle ihre Verbände im Aufmarschraum versammelt waren. Die oberen Truppenbefehlshaber und ihre Stäbe beschäftigten sich immer intensiver mit der Vorbereitung des Feldzugs, die spätestens seit Anfang April ihre ganze Arbeitskraft beanspruchte und durchaus nicht nur aus der operativen Planung bestand, sondern zunehmend auch durch das tägliche Brot unzähliger organisatorischer Kleinigkeiten belastet wurde. Allein schon die Koordination und Bereitstellung einer solch gewaltigen Streitmacht war eine Herausforderung, die viel Kraft forderte und zu grundsätzlichen militärischen oder gar politischen Überlegungen wenig Muße ließ.

Am ehesten konnten und mussten diese Überlegungen von der hohen Warte der Heeresgruppen-Oberbefehlshaber angestellt werden, die sich als wichtigste operative Köpfe des Ostheeres weniger mit der Detailarbeit plagen mussten als die übrigen Truppenkommandeure. Sie waren auch am meisten befähigt, den gesamten Operationsplan zu überblicken und zu beeinflussen. Als Brauchitsch und Halder am 31. Januar 1941 erstmals die „großen Linien der beabsichtigten Operation" mit Bock, Leeb und Rundstedt erörterten, kam die kritische Frage auf, ob sich die Rote Armee auch tatsächlich „vorwärts der Düna-Dnjepr-Linie" zum Kampf stellen werde[112]. Dass Halder einräumen musste, es könne „gut auch anders kommen", wird bei den drei erfahrenen Oberbefehlshabern auf Kopfschüt-

[108] Das AOK 2 bereits Anfang Juli in den Bereich der Heeresgruppe Mitte, das Generalkommando des L. A.K. erst im August zur 16. Armee.

[109] Vgl. Weichs, Erinnerungen, Bd. 5, in: BA-MA, N 19/9, Bl. 14. Lindemann behauptete später, er habe von dem bevorstehenden Angriff erst wenige Tage vor dem 22. 6. 1941 durch den Befehl zum Abtransport nach Ostpreußen erfahren. Beantwortung des Fragebogens Laternsers, 1946, in: BA-MA, N 431/1495.

[110] Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 259–272 (Beitrag Klink).

[111] Vgl. zu den Verhandlungen und Absprachen mit Finnland DRZW, Bd. 4, S. 365–403 (Beitrag Ueberschär), mit Rumänien ebd., S. 327–347 (Beitrag Förster).

[112] Bock, Kriegstagebuch, S. 173 (31. 1. 1941).

teln gestoßen sein, denn die starre Fixierung der Heeresleitung auf eine schnelle Entscheidung beruhte auf einer unsicheren Annahme[113]. Die wirkliche Stärke der Roten Armee, die voraussichtliche Reaktion des Gegners, die eigene Versorgung in den riesigen Operationsräumen und die Schwerpunkte nach der Eröffnungsphase blieben auch in den kommenden Monaten die notorischen Unbekannten der hauptsächlich von Franz Halder verantworteten deutschen Planungen[114]. Noch wenige Tage vor dem Angriff wurde die vage „Beurteilung der operativen Lage durch Gen[eral]Ob[erst] Halder" im Oberkommando der 4. Armee sehr entlarvend zusammengefasst[115]: „Die Lage beim Feinde konnte in den bisherigen Feldzügen besser beurteilt werden. Diesmal ist sie völlig unklar. Es ist fraglich, ob wirklich ein erheblicher Teil des russ. Heeres an der Grenze steht. Man *glaubt* das nur." Dennoch rechne man im OKH mit einer vorentscheidenden Grenzschlacht und einem kurzen Feldzug von Tagen oder Wochen. Den operativ geschulten Köpfen unter den Frontkommandeuren musste dieses planerische Vabanquespiel unverständlich sein.

Besonders Feldmarschall v. Bock, dessen Heeresgruppe die schwierigste Aufgabe zu lösen hatte und daher am besten ausgestattet wurde, waren die vagen und unsicheren Vorgaben der Heeresleitung ein Anlass zur Kritik. Sie richtete sich vor allem gegen die Ungewissheit des weiteren Vorgehens nach den großen Grenzschlachten[116]. Diese Skepsis bewegte ihn allerdings ebenso wenig wie Leeb und Rundstedt zur bestimmten Forderung, die zweite Phase des Feldzugs verbindlich festzulegen und außerdem Alternativen für den Fall eines Stockens oder gar Scheiterns des deutschen Angriffs zu durchdenken. Es ist bemerkenswert, dass sich selbst die drei angesehensten Truppenkommandeure des Heeres, deren operative Befähigung allgemein anerkannt wurde, auf die Umsetzung der operativen Vorgaben beschränkten und vorwiegend auf die ersten Feldzugswochen fixiert blieben. Keiner von ihnen fand sich bereit, die offensichtlichen Mängel der Operationsplanung zu einem gewichtigen Thema der Diskussion mit den Zentraldienststellen zu machen. Offenbar fühlten sie sich in ihren eigenen längerfristigen Prognosen zu unsicher, um gegen den selbstbewusst auftretenden Halder oder gar den selbstherrlichen Diktator entschlossen zu argumentieren. Sich in den Feldzugsplan zu fügen und alles auf einen ersten vernichtenden Schlag gegen die Rote Armee zu setzen, schien der einfachere Weg zu sein.

[113] Dessen ungeachtet versuchte Brauchitsch die Oberbefehlshaber am 27. 3. 1941 davon zu überzeugen, dass sich die Rote Armee „verhältnismässig früh zum Kampf stellen" werde. „Russe will Anlehnung an Ostsee und Schwarzes Meer halten, also an oder bald hinter Grenze Kämpfe." Aufzeichnung des Pz.Gr.Kdo. 3 über die Besprechung in Zossen am 27. 3. 1941, in: NA, T 313/225 (1).

[114] Vgl. Hartmann, Halder, S. 237–239.

[115] Mitteilungen Blumentritts in der Chefbesprechung am 10. 6. 1941, AOK 4, KTB Ia, 10. 6. 1941, in: NA, T 312/158. Blumentritt bezog sich auf die Besprechung der Generalstabschefs am 4. 6. 1941 in Zossen. Nach der Aufzeichnung des AOK 17 (Chef/Ia, Nr. 299/41 g.Kdos.Chefs.) über diese Besprechung, 6. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20–17/23, hatte Halder dabei trotz allem optimistisch vorausgesagt: „Die ganzen Kämpfe können Tage, vielleicht sogar eine erhebliche Reihe von Tagen in Anspruch nehmen, dann aber folgt beim Gegner ein Vakuum, wenn er seine bisherige Gliederung beibehält, die er kaum mehr wesentlich ändern kann."

[116] Vgl. Bock, Kriegstagebuch, S. 179 (27. 3. 1941). In den folgenden Monaten beschränkte aber auch Bock seine operativen Überlegungen vor allem auf die erste Feldzugsperiode.

Unter den übrigen Generalen erkannten und kritisierten noch am ehesten die Befehlshaber der Panzergruppen das Element der Planlosigkeit in den Planungen der Heeresleitung. Die Verwendung schneller, motorisierter Großverbände als tief in den Raum vorgetriebene Stoßkeile legte es nahe, über die ersten Schlachten hinauszublicken. Die Panzergenerale dachten in größeren räumlichen und operativen Dimensionen als ihre Kameraden von der Infanterie, die wegen der wesentlich geringeren Beweglichkeit ihrer Truppen viel stärker dem kleinteiligeren taktischen Bereich verhaftet blieben. Dass die Frage der weiteren Hauptstoßrichtung nach der ersten Feldzugsphase offen blieb, musste einem Guderian, Hoepner, Hoth und Kleist, aber auch den Kommandeuren von Panzerkorps Reinhardt, Schmidt und vor allem dem operativ hochbegabten Manstein unverständlich sein. Die Kritik an dem Operationsplan in den Erinnerungen Guderians und Mansteins wird nicht nur post festum, sondern zumindest in ihrer Tendenz auch für das Frühjahr 1941 gegolten haben[117]. Mit stillschweigender Skepsis wollte sich Hermann Hoth nicht zufrieden geben. Er versuchte nachhaltig, bei seinem Vorgesetzten Bock einen weiten Vorstoß der Panzergruppe 3 durchzusetzen, der bereits den zweiten Abschnitt des Feldzugs vorbestimmt und eingeleitet hätte. „Hoth nimmt die Augen von vornherein hinter Dnjepr und Düna und behandelt die Möglichkeit, den etwa schon weiter vorn sich stellenden Feind anzugreifen und zu schlagen nur nebenbei", wunderte sich Bock[118]. Bezeichnend war allerdings, dass der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B seinem dynamischen Unterführer aus Rücksicht gegenüber den Plänen des OKH eine Abfuhr erteilte, obwohl er von den Vorschlägen Hoths sichtlich beeindruckt war[119].

Die Kritik der Panzergruppen-Befehlshaber am operativen Ansatz des Ostfeldzugs wurde auch durch ihren Widerstand gegen die Einbindung von Infanteriedivisionen in ihre Verbände und gegen die Unterstellung der Panzergruppen unter die infanteristischen Armeen dokumentiert. Diese moderne Avantgarde unter den höchsten Frontkommandeuren sah in den Weiten des Ostens eine faszinierende Gelegenheit, die Qualitäten ihrer jungen Waffe in wilden Raids auszuspielen. So gab Hoth schon frühzeitig die Parole aus[120]: „Schnell und rücksichtslos vorwärts!" Daher pochten diese Generale auf die Freiheit ihrer Panzer, die nicht durch Rücksichten auf die schwerfällige Infanterie gebremst werden sollten. Guderian, Hoepner und Hoth wehrten sich dagegen, dass ihren Panzergruppen auch Infanteriedivisionen eingefügt wurden[121]. Kleist leistete entschiedenen Wider-

[117] Vgl. Guderian, Erinnerungen, S. 128; Manstein, Siege, S. 172–175. Manstein spricht dem „Barbarossa"-Plan sogar den Charakter eines wirklichen Operationsplans ab, räumt aber ein, dass ihm, dem nachgeordneten Kommandierenden General, diese Mängel 1941 nicht in diesem Ausmaß bewusst gewesen seien.

[118] Bock, Kriegstagebuch, S. 177f. (18. 3. 1941).

[119] Vgl. ebd.: „Da die Heeresleitung aber dies letztere für das wahrscheinliche hält und in ihrer Weisung die Vernichtung des im Grenzgebiet sich stellenden Feindes unter Mitwirkung der Panzergruppen fordert, muß ich Hoths Lösung ablehnen, trotzdem sie viel für sich hat."

[120] Befehl Hoths (Pz.Gr.Kdo. 3, Ia, Nr. 25/41 g.Kdos.Chefs.) „Aufmarschanweisung Barbarossa", 12. 3. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2704.

[121] Zu Hoepners Widerstand („höchst unzweckmäßig") vgl. H.Gr.Kdo. C, Tätigkeitsbericht Ia, 19. 3. 1941, in: IfZ-Archiv, MA-1564, NOKW-1653. Vgl. auch Bücheler, Hoepner, S. 128. Zu Hoth, der ebenfalls in seinem Abschnitt keine Infanteriedivisionen haben wollte, vgl. Bock, Kriegstagebuch, S. 176 (27. 2. 1941). Guderian war zunächst einverstanden (ebd.), sprach sich dann aber doch gegen die Unterstellung starker Infanterieverbände aus. Vgl. ebd., S. 186 (14. 5. 1941). Ihre Vorgesetzten

stand gegen die vorübergehende Unterstellung seiner Panzergruppe unter die 6. Armee Reichenaus. Er glaubte durch diese Unterordnung sein ehrgeiziges operatives Ziel gefährdet, „ohne Rücksicht auf die nachfolgende 6. Armee durchzubrechen, den Styr-Übergang zu erzwingen und Kijew zu erreichen, selbst auf die Gefahr hin, daß der Feind sich zwischen Panzergruppe und 6. Armee einschiebt"[122]. So stürmisch und selbstbewusst dachten nach den grandiosen Erfolgen ihrer Waffe im Westfeldzug die meisten Panzergenerale. Umso mehr musste es sie enttäuschen, dass sie ihre weitgesteckten Forderungen nicht durchsetzen konnten[123]. Sie sahen in der Anbindung an die Infanterieverbände, die das OKH und die meisten übrigen Truppenbefehlshaber trotz aller Freiheiten der motorisierten Kräfte nach wie vor für notwendig hielten, einen schweren Konstruktionsfehler des Operationsplans. Die Koordination zwischen den schnellen motorisierten und langsamen infanteristischen Verbänden sollte dann tatsächlich zu einem Hauptproblem der ersten Phase des Feldzugs werden.

Doch auch einige Befehlshaber von Infanterieverbänden hatten gegen den Feldzugsplan Bedenken, nicht nur wegen der Größe der Aufgabe an sich, sondern auch wegen der Anlage der Operationen. So empfand etwa der Oberbefehlshaber in Norwegen, Generaloberst v. Falkenhorst, das ihm aufgetragene Unternehmen gegen Murmansk als eine unnötige und wenig erfolgversprechende Verschwendung wertvoller Kräfte[124]. In der unsicheren Beurteilung des Gegners gab es allerdings zwischen den militärischen Instanzen in Berlin und an der Front kaum gegensätzliche Auffassungen. Die Unterschätzung der Roten Armee, die bei Hitler und seinen Beratern in OKH und OKW besonders ausgeprägt war[125], grassierte auch in der Truppenführung des Ostheeres. Die Ermordung der fähigsten, den deutschen Generalen zum Teil aus den Jahren der Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee persönlich bekannten Offiziere während der „großen Säuberung" sowie die sowjetische Blamage im Winterkrieg gegen Finnland 1939/40 führten zur Überzeugung, einem zwar tapferen, ja fanatischen, aber miserabel geführten und daher auf Dauer nicht widerstandsfähigen Feind gegenüberzuste-

Leeb und Bock befürworteten dagegen die Unterstellung von Infanteriedivisionen unter die Panzergruppen.

[122] Kleist an Rundstedt, 23. 2. 1941, in: BA-MA, RH 21-1/463. Dabei verwies er nachdrücklich auf seine Erfolge in Frankreich und drohte: „Bei Beibehalt der Unterstellung unter 6. Armee und bei dem Einsatz meiner Korps und Divisionen durch die 6. Armee, wie bereits durch die Weisung der 6. Armee geschehen, verspreche ich mir von der operativen Aufgabe der Panzergruppe 1 keinen Erfolg und kann sie nicht mit meinem Namen decken." Das Heeresgruppenkommando hatte alle Mühe, Kleist und seinen Generalstabschef Zeitzler zu beschwichtigen. Vgl. die Unterlagen ebd. Der Konflikt wurde durch das Verhalten des impulsiven Reichenau, der vor „ausfälligen Bemerkungen" über Kleist und Zeitzler nicht zurückschreckte, zusätzlich erschwert. Vgl. etwa Pz.Gr.Kdo. 1, KTB Ia, 27. 3. 1941, ebd.

[123] Allen vier Panzergruppen waren am Angriffstag jeweils mehrere Infanteriedivisionen zugeteilt. Die Panzergruppe 1 wurde vorübergehend der 6., die Panzergruppe 2 der 4. und die Panzergruppe 3 der 9. Armee unterstellt.

[124] So jedenfalls seine recht glaubhafte Darstellung in seinen Kriegserinnerungen, in: BA-MA, N 300/4, Bl. 51–58.

[125] Vgl. Hillgruber, Rußland-Bild; DRZW, Bd. 4, S. 190–202 (Beitrag Klink). Vgl. auch Weichs, Erinnerungen, Bd. 5, in: BA-MA, N 19/9, Bl. 15: „Man begann den Feldzug mit einer kaum zu übertreffenden Unterschätzung des Gegners und mit einer durch den überraschend schnellen Erfolg in den bisherigen Feldzügen verursachten Überheblichkeit."

hen. Die alte Stereotype vom „Koloß auf tönernen Füßen" zog sich wie ein roter Faden durch die überlieferten Dokumente der Frontdienststellen.

So meinte Küchler seinen Divisionskommandeuren prophezeien zu können, dass „der" Russe „an sich zwar ein tapferer Soldat, besonders im zähen Festhalten von Stellungen" sei, die sowjetische Führung aber nach dem ersten Durchbruch nicht fähig sein werde, „einen systematischen Widerstand erneut zu organisieren"[126]. Der Oberbefehlshaber der 18. Armee setzte wie die Heeresleitung alles auf einen „Blitzsieg"[127] durch die Überlegenheit der beweglichen deutschen gegenüber der starren sowjetischen Kampfführung. Auch im Oberkommando der 4. Armee, die im bevorstehenden Feldzug eine besonders wichtige Rolle spielen sollte, machte sich Optimismus breit. Ihr Generalstabschef, Oberst i.G. Günther Blumentritt, zeigte sich von der Möglichkeit eines entscheidenden Sieges innerhalb von 14 Tagen tief überzeugt. Er traute zwar dem sowjetischen Soldaten „als Kämpfer, Analphabet und Halbasiat" hartnäckigen Widerstand zu, baute aber auf die überlegene deutsche Führung und den „Nimbus der Unbesiegbarkeit"[128]. Sein Oberbefehlshaber Kluge teilte diese Sicht und rechnete mit einem blutigen Ringen in den ersten Tagen, hoffte dann aber auf einen „eindeutig klaren Sieg" gegen einen schematisch geführten Gegner[129]: „Wenn wir die Kräfte richtig einsetzen, wird das bestimmt gelingen, besonders auch bei der Psyche (Stumpfsinn) des Russen. Selbst wenn er bereit ist, sich totschlagen zu lassen." Der Panzerfachmann Guderian nährte diesen Optimismus, indem er ergänzte, dass die zahlenmäßig so imponierend starke Panzerwaffe der Roten Armee vorwiegend aus schwach gepanzerten Typen bestehe und von der schlechten Führung nicht schlagkräftig eingesetzt werden könne[130].

[126] Notizen Küchlers für die „Besprechung mit den Divisionskommandeuren" am 25. 4. 1941, in: Wilhelm, Rassenpolitik, S. 133–139, hier S. 136.

[127] Ebd., S. 135.

[128] Denkschrift Blumentritts (AOK 4, Chef/Ia, Nr. 0211/41 g.Kdos.Chefs.), 8. 5. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 255–259, hier S. 258f. Vgl. auch S. 259: „Die ersten 8–14 Tage kann es harte Kämpfe geben, aber dann wird wie bisher der Erfolg nicht ausbleiben, und wir werden auch hier siegen." Vgl. die weiteren Belege für die Haltung Blumentritts bei Wilhelm, Rassenpolitik, S. 141 f. Vgl. daneben Hillgruber, Rußland-Bild, S. 137f.; Förster, Rußlandbild, S. 144f.; sowie das in der folgenden Anm. genannte Dokument. Bezeichnend auch das Privatschreiben Halders an Blumentritt, 3. 4. 1941, in: BA-MA, RH 20-4/258: „Dass das hohe AOK 4 seine Aufgabe nicht nur klar erfasst hat, sondern auch mit seinem ganzen Temperament vorbereitet, entspricht ganz meiner Erwartung. Ich pflege mir zu überlegen, wo ich meine bewährten Kämpen hinsetze. Auf Euch kommt es an; ich bin fest überzeugt, dass Ihr diese Erkenntnis nach unten bis zum Musketier durchsetzt. Bezüglich des Gegners teile ich Ihre Auffassung vollkommen. Manches wird hart erkämpft werden müssen, der Zusammenbruch dann aber total werden."

[129] Notizen über die Besprechung Kluges mit seinen Kommandeuren am 20. 5. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 110–113, hier S. 113. Dass dieser Kampf zwar voraussichtlich nur wenige Wochen dauern, aber äußerst schwer und verlustreich werden würde, war Kluge offenbar weit stärker bewusst als seinem Generalstabschef. Vgl. auch Kluges Ausführungen vor den Stabschefs seiner Verbände am 10. 6. 1941, in: AOK 4, KTB Ia, 10. 6. 1941, in: NA, T 312/158. Interessant ist, dass der Oberbefehlshaber des Heeres auf seiner Informationsreise zu den Armeen kurz vor dem Angriff teilweise wörtlich wie Kluge argumentierte. Vgl. ebd., 12. 6. 1941, über eine Besprechung Brauchitschs mit den Stäben der 4. Armee und der Panzergruppe 2: Er „sei überzeugt, daß die gestellte Aufgabe gemeistert wird. Der Russe wird sich hart schlagen, er muß vor allem in den ersten Tagen einfach totgeschlagen werden." Von der eigenen Truppe müssten „Härte, Zähigkeit und Opfer" verlangt werden.

[130] Notizen über die Besprechung Kluges mit seinen Kommandeuren am 20. 5. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 112f. Guderian verwies dabei auch auf seine Erfahrungen mit sowjetischen Offizieren bis

Selbst die erwähnten Bedenken eines Leeb oder Bock gegen den geplanten Feldzug waren keine Gegenstimmen zur allgemeinen Unterschätzung der Roten Armee und ihrer Führung. Die Sorgen richteten sich allein auf die Schwierigkeiten, den Krieg gegen ein fanatisches Regime und riesiges Reich *nach* dem erwarteten Zusammenbruch des militärischen Widerstands an der sowjetischen Westgrenze zu beenden[131]. Die Prognosen der obersten Führung waren in der Regel zuversichtlicher als die der Truppenbefehlshaber, die sich allerdings auch für weniger kompetent hielten, diese Frage zu beurteilen. Dass es aber gelingen müsse und werde, die Rote Armee durch einen energischen und „rücksichtslosen" Angriff[132] schnell zu zerschlagen, war Allgemeingut. Dabei überdeckte der Zweckoptimismus die Tatsache, dass nicht nur der auf einen „Blitzkrieg" abgestellte Operationsplan überhaupt, sondern auch die Geringschätzung der sowjetischen Kampfkraft auf unsicheren Unterlagen beruhte. Nur bei wenigen Generalen scheint diese Rechnung mit vielen Unbekannten wirkliches Unbehagen ausgelöst zu haben. Heinrici war eher eine Ausnahme, als er kurz vor dem Angriff bekannte[133]: „Wie sich der neue Feind schlagen wird, weiß niemand." Skeptische Töne und die Verwendung des Konjunktivs wurden je näher der Feldzug rückte, desto weniger für opportun gehalten und daher vermutlich von vielen Offizieren bewusst unterdrückt.

Die negative Bewertung der Roten Armee führte auch dazu, dass man der sowjetischen Seite die Fähigkeit zu einem eigenen Angriff oder Präventivschlag weitgehend absprach. Bock etwa beruhigte Anfang April 1941 die ihm unterstellten Armeen[134]: „Ich halte es nach wie vor für ganz unwahrscheinlich, dass der Russe sich zu offensivem Handeln aufrafft und bitte, jede Nervosität und Störung des sonstigen Anlaufens zu vermeiden." Dennoch gehörte es zur militärischen Routine, sich auch auf diese nicht wirklich befürchtete Eventualität, den so genannten

1930, die ihm gezeigt hätten, „daß diese damals sich in ihrem Denken in völlig schematischen Gleisen bewegten". Im Verlauf des Feldzugs behauptete Guderian dann aber, er habe die Schwierigkeiten realistischer eingeschätzt als die „Mehrzahl meiner Kameraden". Brief an seine Frau, 10. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77.

[131] Vgl. etwa Bock, Kriegstagebuch, S. 173 (1. 2. 1941), über ein Gespräch mit Hitler: „Ich sage, daß wir die Russen, wenn sie sich stellen, schlagen würden; ich stellte mir aber die Frage, ob es auch möglich sein werde, sie zum Frieden zu zwingen."

[132] Bezeichnend für diese Angriffsdoktrin und ein Beispiel von vielen waren die Bemerkungen Kluges vor dem Generalkommando des XXXXIII. Armeekorps (Heinrici): „Rücksichtsloses Vorgehen, wenn es heißt ‚Freie Bahn'. Prinzip: Der Gegner darf keinen Augenblick Rast oder Ruhe haben. Es müssen ungeheure Anforderungen gestellt werden. Die Kraft und Energie der Führer aller Grade muß in höchstem Maße eingesetzt werden. Jeder muß sich darüber klar sein, daß es gilt." Bericht über die Fahrt Kluges nach Siedlce am 7. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20–4/171.

[133] Heinrici an seine Frau, 21. 6. 1941, in: Hürter, General, S. 62. „Im Finnenkrieg hat sich seine Führung als sehr schlecht erwiesen. Der einfache Soldat ist wie im Weltkriege zu Anfang sicher kein schlechter Gegner. Die Stimmung in der Truppe soll drüben ganz zuversichtlich sein. [...] Man hofft auf eine schnelle Entscheidung. Es wäre erwünscht, wenn dieses einträte."

[134] Befehl Bocks (H.Gr.Kdo. B, Ia, Nr. 1400/41 g.Kdos.Chefs.), 3. 4. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2691. Brauchitsch hatte den Oberbefehlshabern am 27. 3. 1941 die Einschätzung gegeben: „Russe verschiebt seine Kräfte zur Grenze. Defensivmassnahme gegen unsere Transporte. [...] Offensive der Russen nicht zu erwarten." Aufzeichnung des Pz.Gr.Kdo. 3 über die Besprechung in Zossen am 27. 3. 1941, in: NA, T 313/225 (1). Halder hielt noch im Juni 1941 einen sowjetischen Angriff für „wenig wahrscheinlich" und legte sich fest: „Eine große Feindoperation ist nicht zu erwarten." Aufzeichnung Müllers (AOK 17, Chef/Ia, Nr. 299/41 g.Kdos.Chefs.) über die Besprechung der Armee- und Heeresgruppenchefs beim OKH in Zossen am 4./5. 6. 1941, 6. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20–17/23.

Fall Berta, einzustellen. Wenn überhaupt, wurde am ehesten noch mit einem Präventivangriff aus der Luft gerechnet[135]. Erst in den letzten Wochen vor dem geplanten Angriff verbreitete sich eine gewisse Sorge, dass die sowjetische Seite den massiven deutschen Aufmarsch bemerken und offensiv gegen ihn vorgehen könnte[136]. Diese Unruhe änderte aber nichts daran, dass auch in den Oberkommandos des Ostheeres zu keiner Zeit angenommen wurde, durch das „Unternehmen Barbarossa" einem unmittelbar bevorstehenden sowjetischen Angriff zuvorzukommen. Das „Praevenire" wurde eher dem Gegenüber zugebilligt, doch wegen der angeblichen Schwerfälligkeit der Roten Armee kaum zugetraut. Wenn in der Generalität dennoch die Überzeugung, einen Präventivkrieg zu führen, verbreitet war, dann in der von Hitler eröffneten längerfristigen Perspektive, dass man einen potentiellen und in wenigen Jahren angriffsbereiten Feind ausschalten müsse[137]. Dieses Argument war angesichts der expansiven sowjetischen Außenpolitik auch kaum von der Hand zu weisen.

Wenn auch nicht ein flexibles Reagieren auf einen deutschen Angriff oder eine eigene planmäßige Offensive, so traute man der Roten Armee und ihren Soldaten sonst einiges zu, vor allem Schlechtes. Brauchitsch wies auf seiner Rundreise zu den Oberkommandos kurz vor dem deutschen Angriff nachdrücklich darauf hin, „daß mit russischer Anwendung von Flammenwerfern, Gaskampf und Wasservergiftung sowie besonders mit Bedrohung rückwärtiger Verbindungen zu rechnen ist"[138]. Man stellte sich auf einen „Krieg mit allen Mitteln"[139] ein und war von vornherein bereit, diesen alle bisherigen Feldzüge an Härte und Brutalität übertreffenden Kampf anzunehmen. Am meisten beschäftigte die Generale zunächst der befürchtete Einsatz von Gas, auf den man entsprechend reagieren wollte[140]. Die deutschen Militärs unterstellten dem bolschewistischen Erzfeind bereits vor dem ersten Schuss alles Böse und legitimierten durch diese Annahme ihre eigene Bereitschaft, erbittert und rücksichtslos gegen die Rote Armee zu kämpfen. Schon am 27. März 1941 hatte Brauchitsch in Zossen von den Oberbefehlshabern unter dem Besprechungspunkt „Behandlung des Gegners" gefordert[141]: „Die Truppe muß sich darüber klar sein, daß der Kampf von Rasse gegen Rasse geführt wird,

[135] Vgl. die Äußerung Kluges in der Besprechung mit den Stabschefs seiner Verbände am 10. 6. 1941, AOK 4, KTB Ia, 10. 6. 1941, in: NA, T 312/158: „Der Russe kann immer versuchen, das Praevenire zu spielen, vor allem mit seiner Luftwaffe."

[136] Vgl. dazu auch Arnold, Wehrmacht, S. 69–72.

[137] In der langen und immer wieder auflebenden Diskussion um die „Präventivkriegsthese" konnte bisher ein konkreter sowjetischer Angriffsplan für das Jahr 1941 nicht nachgewiesen, für die folgenden Jahre aber nicht ausgeschlossen werden. Vgl. zuletzt Ueberschär/Bezymenskij (Hrsg.), Angriff; Gorodetsky, Täuschung.

[138] AOK 6, KTB Ia, 11. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/87, Bl. 115. Vgl. auch die Aufzeichnung des AOK 17 (Ia, Nr. 311/41 g.Kdos.Chefs.) über die Besprechung mit Brauchitsch am 10. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20–17/23: „Mit allen Mitteln der modernen Kampfführung rechnen und mit den russischen Neigungen: Flammenwerfer, Gas, starke Fliegereinwirkung [...], Verderben von Vorräten, Wasser usw., Verderben von Betriebsstoff."

[139] AOK 4, KTB Ia, 12. 6. 1941, über die Besprechung mit Brauchitsch am selben Tag, in: NA, T 312/158: „Der Russe wird Krieg mit allen Mitteln führen: Gas, Verderben von Vorräten, Verseuchen von Brunnen."

[140] Vgl. die Bemerkung Blumentritts in der Chefbesprechung am 10. 6. 1941, AOK 4, KTB Ia, 10. 6. 1941, in: NA, T 312/158: „Der Russe wird möglicherweise Gas verwenden. Ein Gleiches wird dann unsererseits erfolgen, doch wird es bis zum ersten Einsatz 5–6 Tage dauern."

[141] Aufzeichnung Strachwitz' (AOK 18, Ia) über die Besprechung am 27. 3. 1941, in: NA, T 312/805.

und mit nötiger Schärfe vorgehen." Wenige Tage später wies auch Hitler mit vieldeutigen Worten in eine eindeutige Richtung[142]: „Die Truppe muß sich mit den Mitteln verteidigen, mit denen sie angegriffen wird." Küchler machte sich diese Gedanken zu eigen, als er seine Divisionskommandeure darauf hinwies, „daß wir gegen rassisch fremde Soldaten kämpfen", gegen deren hinterhältige Kampfweise „mit Schärfe" durchgegriffen werden müsse[143].

Besonders deutlich wurde die vorauseilende Rechtfertigung der eigenen Härte gegen den Feind in den Befehlen und Merkblättern, mit denen die Kommandobehörden ihre Truppen unmittelbar vor dem Angriff auf die erwartete Kampfweise der Russen einstellten. Die Armeeoberkommandos gaben die vom OKW herausgegebenen „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland" nach unten weiter, die u. a. auch vor der „heimtückischen Kampfesweise" der Rotarmisten warnten[144]: „Besonders die *asiatischen* Soldaten der Roten Armee sind undurchsichtig, unberechenbar, hinterhältig und gefühllos." Darüber hinaus ließen sie auf Wunsch Hitlers[145] Merkblätter ausarbeiten, drucken und verteilen, in denen die Truppe eingehend über den erwarteten Widerstand eines weder „anständigen" noch „ritterlichen" Gegners „mit den hinterhältigsten und gemeinsten Mitteln"[146] aufgeklärt wurden. „Die Völker der Sowjetunion sind teilweise Asiaten und stehen unter *bolschewistisch-jüdischer Führung*", hieß es in dem Merkblatt, das vom Oberkommando der 17. Armee erstellt wurde[147]: „Dementsprechend ist ihre Kriegführung *heimtückisch und sadistisch*." Daher müsse die Truppe „mit der *Möglichkeit* folgender Kampfformen rechnen": Überfälle aus dem Hinterhalt, Wiederaufnahme des Kampfes nach Totstellen oder Händehochheben, Ausschreitungen gegen Gefangene, Verwendung von Gas, Vergiften von Lebensmitteln[148], Einsatz

[142] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 337 (30. 3. 1941), über die Ansprache Hitlers in der Reichskanzlei.

[143] Notizen Küchlers für die „Besprechung mit den Divisionskommandeuren" am 25. 4. 1941, in: Wilhelm, Rassenpolitik, S. 138.

[144] Befehl des AOK 16 („Unterabschnitt Ostpreußen I", O.Qu./Qu. 2, Nr. 57/41 g.Kdos.Chefs.), 5. 6. 1941, mit den Richtlinien in der Anlage. Der Text sollte der Truppe unmittelbar vor dem Angriff durch die Bataillonskommandeure bekannt gegeben werden. Vgl. auch den Abdruck der Richtlinien als Anlage 3 der Besonderen Anordnungen Nr. 1 des OKW zur Weisung Nr. 21, 19. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 312.

[145] Befehl des H.Gr.Kdo. Süd (Ic, Nr. 155/41 g.Kdos.Chefs.), 15. 6. 1941, in: BA-MA, RH 21-1/52: „Führer wünscht Vorbereitung von Merkblättern, welche die Truppen vor heimtückischer Sowjetkriegführung warnen." Die Merkblätter sollten in verschlossenen, erst am Angriffstag zu öffnenden Umschlägen an die Truppe ausgegeben werden. Die Themen (Gaskrieg, Vergiftung, Hinterhalte etc.) wurden vorgegeben, darunter auch die „sadistische Behandlung Gefangener und Verwundeter". Interessant ist, dass manche Merkblätter, etwa das in der folgenden Anm. genannte, auf diesen Punkt verzichteten, offenbar, um nicht zu große Unruhe und Sorge in der Truppe zu erzeugen.

[146] Merkblatt „Kennt Ihr den Feind?", in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 318. Vgl. auch das gleichlautende Exemplar in den Akten des AOK 9, in: NA, T 313/254 (1). Andere Merkblätter waren mit „Sieh' Dich vor!" überschrieben. Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 443 (Beitrag Förster).

[147] Befehl des Generalstabschefs der 17. Armee, Vincenz Müller, 16. 6. 1941, mit anliegendem Merkblatt „Wichtig für alle Führer und Soldaten im Falle eines Krieges mit der Sowjetunion!", in: BA-MA, RH 20-17/276. „Nach Weisung der Kommandeure nur mündlich durch die Führer der Einheiten bekannt zu geben, um die Truppe in dem Sinne einer erhöhten Wachsamkeit und Entschlossenheit zu warnen."

[148] Diese Warnung erhielt den bezeichnenden Zusatz: „Daher vor Genuss von Lebensmitteln Kostproben durch Zivilbevölkerung und Gefangene!"

von Fallschirmspringern und Saboteuren in Zivil im Rücken der Front[149]. „Wenn und wo der Gegner solche Verfahren anwendet, werden ihm *unsere Kampfführung*, *unser entschlossenes Handeln* und *unsere Strafen* Achtung, Unterlegenheitsgefühl und Furcht aufzwingen und damit diese Methoden beenden." Auch nach einem Merkblatt im Bereich der Heeresgruppe Mitte sollte für den deutschen Soldaten gelten[150]: „Seid hart und unerbittlich, wo ihr auf solche Kampfmittel trefft – gleichgültig ob es sich um Soldaten oder Zivilpersonen handelt."

Der Oberbefehlshaber im äußersten Nordosten, Generaloberst Nikolaus v. Falkenhorst, ließ ebenfalls eine von ihm persönlich unterzeichnete, sehr scharfe „Warnung vor heimtückischer Sowjetkriegführung" unter seinen Soldaten verbreiten[151]. Danach musste die Wehrmacht anders als bei der „ritterlichen Kampfführung in Norwegen" im Krieg gegen die Sowjetunion „mit den heimtückischsten, verlogensten und unritterlichsten Maßnahmen" rechnen. „Jedes Mittel der Täuschung, der List, der Propaganda wird der Feind skrupellos ausnutzen, er wird auch vor Verbrechen nicht zurückschrecken." Falkenhorst wies „eindringlich" auf die erwarteten Methoden hin, sowohl auf den „Einsatz von chemischen Kampfstoffen und Bakterien" als auch auf den „Kampf mit Hinterhalten und Listen". Vor allem sei der Feind ein „*Meister* in allen Künsten des Kleinkriegs, seine Erfindungsgabe im Erdenken immer neuer Listen, in deren Anwendung er vollkommen *gewissenlos* handelt und zu *jeder sadistischen Bestialität* fähig ist, ist sehr groß". Auch die „unwürdige, sadistische und brutale Behandlung von Verwundeten und Gefangenen" wurde von Falkenhorst vorausgesagt. Es muss offen bleiben, ob der General in diesem Schreckenskanon auch auf seine finnischen Erfahrungen von 1918 zurückgriff oder lediglich die vorgegebenen Stereotypen wiederholte.

Schon lange vor dem ersten Kampftag unterstellten die führenden Planer und Generale des Ostfeldzugs der Roten Armee eine hinterhältige, heimtückische und grausame Kriegführung, die nichts mit den westlichen militärischen Traditionen zu tun habe. Wie bereits zu Beginn des Polenfeldzugs mischten sich ältere, 1918/19 verstärkte Ressentiments gegen Slawen, Bolschewisten und „Asiaten" und ihre angeblich barbarische Kampfweise mit den nationalsozialistischen Propagandafloskeln. Dabei lenkte die Vorverurteilung des militärischen Widerparts davon ab, dass der Ideologe Adolf Hitler seinerseits von den Generalen eine besondere, von ihrem traditionellen Denken abweichende Kriegführung verlangte, die mit dem Rechtsbruch eines Überfalls begann. Die Forderung nach Härte und Rücksichtslosigkeit, in die sich auch die Truppengeneralität fügte, schien durch den angeblichen Fanatismus der „Roten" bereits im Voraus gerechtfertigt. Die mehr auf Vorurteilen als auf Fakten gestützte Annahme eines erbitterten Kampfes mit allen,

[149] Zu den Fallschirmspringern in Zivil ergänzte das Merkblatt „Kennt Ihr den Feind?", in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 318: „Das sind keine Soldaten, sie müssen von uns als Freischärler erledigt werden."

[150] Ebd. Allerdings wurde auch gefordert: „Solange ihr solches Verhalten beim Feind nicht bemerkt, benehmt euch nicht anders als bisher auch."

[151] Merkblatt Falkenhorsts „Warnung vor heimtückischer Sowjetkriegführung" (AOK Norwegen, Ia/Ic), o.D., in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 316f. Dieses Dokument ging weiter über die knappen Vorgaben Hitlers hinaus als die vorstehend genannten Merkblätter im OKH-Bereich. Vgl. auch DRZW, Bd. 4, S. 403 (Beitrag Ueberschär).

auch den grausamsten Mitteln erleichterte das Gewissen, den Befehlen Hitlers nachzukommen. Konnte man gegen *diesen* Gegner anders handeln als vom Diktator gefordert? Nun wurde geradezu erwartet, dass die Rote Armee die finsteren Prophezeiungen bestätigte und dem geplanten harten Vorgehen der Wehrmacht nach der fiktiven auch eine reale Legitimation gab.

Problematisch und erstaunlich zugleich blieb freilich, dass auch die Truppe trotz der negativen Erfahrungen in Polen so eindringlich auf die „feindliche Heimtücke" vorbereitet wurde. Während des Polenfeldzugs hatte ein ähnliches Scharfmachen zu starken Nervositäten und Überreaktionen geführt, die von den Befehlshabern nur mit Mühe disziplinarisch gebändigt werden konnten[152]. Jetzt wiederholten die Zentral- und Frontdienststellen diesen Fehler und heizten die Stimmung der Soldaten durch ihre Instruktionen noch stärker an als im Spätsommer 1939. Der Zusammenhang mit den „Verbrecherischen Befehlen" gegen Zivilisten und Kommissare wird noch zu zeigen sein[153]. Die verteilten Merkblätter richteten sich vor allem gegen den „normalen" Rotarmisten und gehörten damit zur Vorbereitung des militärischen Kampfes. In diesen Kampf wurden die deutschen Landser von ihren Befehlshabern mit der Suggestion geschickt, auf ein Gegenüber zu treffen, „bei dem ihr die Handlungsweise anständiger Soldaten und ritterlicher Gegner nicht voraussetzen könnt"[154]. Das dadurch geschürte Misstrauen begünstigte von Anbeginn an die von Hitler gewünschte brutale „Vernichtung" des bolschewistischen Erzfeinds und seines militärischen Potentials.

Der für die zweite Maihälfte geplante Angriff verzögerte sich durch die deutsche Intervention auf dem Balkan um etwa vier Wochen[155]. Die schnellen Feldzüge gegen Jugoslawien und Griechenland banden deutsche Kräfte, die für den Ostkrieg vorgesehen waren, unter ihnen die 2. Armee (Weichs), die Panzergruppe 1 (Kleist) sowie das L. Armeekorps (Lindemann) und das XLI. Panzerkorps (Reinhardt)[156]. Doch die allgemeine Unterschätzung der Roten Armee ließ diese Verzögerung nicht als schwerwiegend erscheinen[157]. Im Gegenteil: Der leichte Erfolg auf dem Balkan bestärkte das Vertrauen in die eigene Überlegenheit und auf einen schnellen Sieg gegen die Sowjetunion. Der Balkanfeldzug wurde als Beleg dafür gesehen, dass die bewegliche deutsche Kriegführung in der Lage war, selbst eine kurzfristig geplante, eher improvisierte Kampagne in einem weiten Raum und schwierigen Gelände zügig mit einem vollständigen Sieg abzuschließen. Warum sollte dies nicht auch im ähnlich anspruchsvollen „Ostraum" gelingen? Die

[152] Vgl. Kapitel I,3,d.
[153] Vgl. Kapitel II,1,d.
[154] Merkblatt, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 318.
[155] Vgl. Hillgruber, Strategie, S. 504–508. Zum Balkanfeldzug vgl. Olshausen, Zwischenspiel; DRZW, Bd. 3, S. 417–511 (Beitrag Vogel).
[156] Die Balkanerfahrungen der genannten Generale und späteren Oberbefehlshaber an der Ostfront können hier nicht näher analysiert werden. Sie dürfen aber ohnehin wegen der kurzen Dauer ihres Einsatzes nicht überschätzt werden.
[157] Vgl. auch Halder an Blumentritt, 3. 4. 1941, in: BA-MA, RH 20-4/258: Man müsse, „bis die serbisch-griechische Frage liquidiert ist, doch mehrere Wochen rechnen, in denen namhafte Kräfte festliegen. Damit wird für das grosse Unternehmen die Zeit etwas knapp. Aber das wird schon werden, Ihr müsst halt recht rasch vorwärts kommen; dann holen wir den Zeitverlust schon wieder ein."

Möglichkeit, dass die Zeit bis zum Einbruch des Winters nicht ausreichen könnte, wurde nicht als ernsthafte Bedrohung angesehen.

So überwog trotz der beschriebenen Bedenken auch bei den höchsten Truppenbefehlshabern ein mehr oder weniger verhaltener, insgesamt erschreckend leichtfertiger Optimismus, der auf einem Grad an Selbstüberschätzung und Verblendung beruhte, wie er in der Geschichte der deutschen Militärelite wohl einmalig ist. Zwar wurde der bevorstehende Feldzug als die bisher mit Abstand schwerste militärische Aufgabe angesehen, doch hoffte man sich durch eine schnelle und rücksichtslose Kriegführung gegen einen harten, ja brutalen, aber schwerfälligen und überforderten Feind durchsetzen zu können. Das traditionelle deutsche Vertrauen auf die Angriffsdoktrin, die bei einem überraschenden Überfall noch erfolgversprechender schien, sowie der ebenfalls althergebrachte „Primat des operativen Denkens im preußisch-deutschen Generalstab"[158] förderten die Zuversicht. Etwaige Zweifel an der fachlichen Qualität eines Feldzugplans, der einen stark kurzatmigen, improvisierten und hypothetischen Zuschnitt besaß, wurden in der Regel unterdrückt. Nicht einmal die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen intervenierten bei der Wehrmachtsführung und Heeresleitung. Bereits vor dem Angriff zeichnete sich ab, dass die Vorgaben von oben selbst im engeren militärischen Bereich mehr denn je fatalistisch oder blauäugig hingenommen wurden. Die Passivität gegenüber Hitler und seinen militärischen Beratern erreichte einen neuen Höhepunkt. Offene Kritik schien nach dem Sieg im Westen nicht opportun, selbst wenn sie sich auf fachliche Fragen beschränkte. Jeder wollte beim kommenden „Schicksalskampf" gegen den bolschewistischen Erzfeind auf seinem Posten stehen und seine Funktion als Kommandeur erfüllen.

c. Vorbereitung der Besatzungsherrschaft

Die von Hitler als „gigantisch" bezeichneten[159] Pläne und Aufgaben im Osten beschränkten sich nicht darauf, den gegnerischen Staat in einem schnellen Feldzug zum Frieden zu zwingen und durch das Diktat von harten Bedingungen anhaltend zu schwächen. Vielmehr wollte der Diktator die „jüdisch-bolschewistische Bedrohung" ein für allemal beseitigen, das europäische Russland in annektierte Gebiete, Protektorate und Satelliten aufteilen und dem deutschen Machtbereich einverleiben, die wirtschaftlichen Ressourcen ausbeuten, die slawische Bevölkerung als „Helotenvolk" unterjochen und Teile der eroberten Länder langfristig germanisieren[160]. Hitler richtete seine Lebensraum- und Autarkiephantasien auf den Gewinn eines „deutschen Indien" zwischen Bug und Ural[161]: „Der russische Riesenraum berge unermeßliche Reichtümer. Deutschland müsse ihn wirtschaftlich und politisch beherrschen, jedoch nicht angliedern. Damit verfüge es über alle

[158] Hillgruber, Rußland-Bild, S. 128.
[159] Bock, Kriegstagebuch, S. 181 (30. 3. 1941).
[160] Vgl. Dallin, Herrschaft, S. 15–70; DRZW, Bd. 4, S. 18–23 (Beitrag Förster); DRZW, Bd. 5/1, S. 77–79 (Beitrag Umbreit).
[161] Hitler in einer Lagebesprechung am 9. 1. 1941, in: KTB/OKW, Bd. 1, S. 258.

Möglichkeiten, in Zukunft auch den Kampf gegen Kontinente zu führen, es könne dann von niemand mehr geschlagen werden."

Neben den strategischen Motiven, die machtpolitischen, militärischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf gegen England und Amerika zu schaffen, mussten die grundsätzlichen politisch-ideologischen Ziele der Vernichtung des Bolschewismus und der Eroberung von „Lebensraum im Osten" allen klar sein, die wie die höheren Generale seit Jahren immer wieder über Hitlers Programm orientiert wurden. Wie bereits erörtert[162], machte der „Führer" im Frühjahr 1941 aus seinen Absichten kein Geheimnis, so dass sie der am Ostfeldzug beteiligten Generalität mehr oder weniger bekannt waren, wenn nicht in all ihren Ausmaßen, so doch zumindest in ihrer Tendenz. Der als führender Mitarbeiter des OKH besonders gut orientierte General Friedrich Paulus fasste diese Absichten später prägnant zusammen[163]: „Die gesamte Zielsetzung bedeutete die Eroberung zwecks Kolonisierung der russischen Gebiete, unter deren Ausnutzung und Ausbeutung und mit deren Hilfsmitteln der Krieg im Westen zu Ende geführt werden sollte, mit dem Ziele der endgültigen Aufrichtung der Herrschaft über Europa."

Die Wehrmacht hatte als erste und wesentliche Aufgabe den Widerstand der Roten Armee zu brechen und den europäischen Teil der Sowjetunion zu erobern. Bei diesem Auftrag war sie unangefochten und unentbehrlich. Der Besetzung des Landes sollte dann seine dauerhafte Befriedung und Ausbeutung als Kolonie folgen. Hier war die Wehrmacht nur noch eine von mehreren ausführenden Organen. Die Operationsplanung war die eine Seite der Feldzugsvorbereitung. Die andere bestand aus der Planung der Besatzungsherrschaft. Auf sie konnten die militärischen Zentralinstanzen Einfluss nehmen, während die Kommandobehörden an der Front in der Regel nur noch mit bereits gefassten Beschlüssen konfrontiert wurden. Hatten sich die Truppenbefehlshaber, sogar die höchsten unter ihnen, schon bei der operativen Vorbereitung weitgehend auf eine bloße Umsetzung der Vorgaben von oben beschränkt, so traten sie bei der Vorbereitung der weitreichenden Sicherungs- und Ausbeutungsaufgaben völlig zurück. Symptomatisch dafür ist, dass die Generale unserer Gruppe in diesem Kapitel kaum namentlich auftauchen werden, obwohl gerade für die Besatzungspolitik Entscheidungen getroffen wurden, die ihre Stellung und ihren Handlungsspielraum als Oberbefehlshaber und Inhaber der vollziehenden Gewalt maßgeblich bestimmten.

Die Zurückhaltung der höheren Generalität gegenüber der Frage der Besatzungsverwaltung hatte ihre Vorgeschichte. In Polen unterstand das besetzte Gebiet für fast zwei Monate der militärischen Verwaltung[164]. Die Ausübung der vollziehenden Gewalt durch die Armeeoberbefehlshaber und ihre Stäbe wurde allerdings von den ihnen zwar formal unterstellten, faktisch aber mehr oder weniger selbständigen Chefs der Zivilverwaltung (CdZ) durchbrochen, die meist von Hitler ausgesuchte hohe Beamte oder Parteifunktionäre waren. Diese zivil-militärische Mischverwaltung bewährte sich nicht und war den militärischen Stellen eine

[162] Vgl. die Kapitel „Prolog" und II,1,a.
[163] Aussage Paulus' vor dem Nürnberger Tribunal, 11. 2. 1946, in: IMT, Bd. 7, S. 290.
[164] Vgl. Umbreit, Militärverwaltungen, S. 85–119 und passim; DRZW, Bd. 5/1, S. 28–46 (Beitrag Umbreit).

lästige Bürde, zumal in ihren Befehls- und Verwaltungsbereichen vom ersten Tag des Polenfeldzugs an die politischen Maßnahmen des von Hitler angekündigten „harten Volkstumskampfes" durchgeführt wurden. Daher waren die Oberkommandos der in Polen stationierten Verbände erleichtert, als am 26. Oktober 1939 die Verwaltung der besetzten Gebiete auf die zivilen Behörden überging und sie der (Mit-)Verantwortung für die unangenehme, von der nationalsozialistischen Rassenideologie geprägte Besatzungsherrschaft entledigt waren.

Dass Mitte 1940 in den besetzten belgischen und französischen Gebieten eine „reine" Militärverwaltung ohne CdZ errichtet wurde[165], galt dagegen zunächst als unproblematisch, rechnete die Heeresleitung doch in den westlichen Ländern mit einer verhältnismäßig „normalen" Besatzung im Rahmen des Kriegsvölkerrechts. Das Bedürfnis, sich möglichst schnell wieder auf rein militärische Aufgaben beschränken zu können und keine weitere Verantwortung für die besetzten Gebiete tragen zu müssen, war im Westen weit weniger ausgeprägt als im Osten. Doch für den politisch heiklen „Ostraum" wünschten sich die meisten Generale schon seit 1939 das, was der „osterfahrene" Georg v. Küchler nach dem Krieg empfahl[166]: „Vom Standpunkt des militärischen Oberbefehlshabers aus betrachtet, wäre es zu begrüßen, wenn ein besetztes Gebiet – sobald es die Kriegslage zuläßt – unter eine Zivilverwaltung gestellt würde, um die Verantwortlichkeit des militärischen Oberbefehlshabers zu beschränken." Dass die Übergabe der vollziehenden Gewalt an die Zivilverwaltung noch vor Ende des Feldzugs in der preußisch-deutschen Militärgeschichte ein Novum und Traditionsbruch war, wurde offenbar in Kauf genommen.

So kam es der militärischen Führung sehr entgegen, dass Hitler die Zuständigkeiten des Ostheeres für die Besatzungspolitik in der Sowjetunion von vornherein stark beschneiden wollte[167]. Die nahezu widerspruchslose Übernahme seiner Vorgaben durch OKW und OKH sowie die stumme Akzeptanz der entsprechenden Befehle durch die Frontdienststellen zeugen davon. „Dieser kommende Feldzug ist mehr als nur ein Kampf der Waffen; er führt auch zur Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen", erklärte der Diktator am 3. März 1941 dem Chef des OKW/Wehrmachtführungsstabs, General Alfred Jodl, und sprach die Beseitigung der „jüdisch-bolschewistischen Intelligenz" sowie die künftige Gestaltung des eroberten Raums an[168]. „Diese Aufgaben sind so schwierig, daß man sie nicht dem Heere zumuten kann." Am 17. März eröffnete Hitler in einem Gespräch mit Halder, Heusinger und Wagner auch dem OKH diese ideologischen und politischen Pläne, die im „großrussischen Bereich" die „Anwendung brutalster Gewalt" erforderten[169]. Und kurz darauf wurden die Oberbefehlshaber der für den Ostfeldzug vorgesehenen Großverbände am 27. März von Brauchitsch und am 30. März

[165] Vgl. ebd., S. 64–71; Umbreit, Militärbefehlshaber. Dagegen wurden Dänemark, Norwegen, Luxemburg und die Niederlande – in unterschiedlichen Varianten – unter Zivilverwaltungen gestellt.
[166] Aufzeichnung Küchlers für die Historical Division der US-Army, in: Alfred Toppe, Die deutsche Kriegsverwaltung, Study P-033, zit. nach: DRZW, Bd. 5/1, S. 11 (Beitrag Umbreit).
[167] Zum Folgenden vgl. vor allem Dallin, Herrschaft, S. 32–70; DRZW, Bd. 4, S. 413–447 (Beitrag Förster); DRZW, Bd. 5/1, S. 77–95 (Beitrag Umbreit); Arnold, Wehrmacht, S. 109–123.
[168] KTB/OKW, Bd. 1, S. 341 (3. 3. 1941).
[169] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 320.

von Hitler über den besonderen Charakter des bevorstehenden „Vernichtungskampfes" aufgeklärt. Davon war bereits die Rede.

Noch vor Hitlers Ansprache in der Reichskanzlei versuchte Brauchitsch bei den Oberbefehlshabern die Befürchtung zu zerstreuen, dass ihre Truppen und Stäbe in diesem besonderen Krieg zu stark mit politischen Aufgaben belastet würden. Ganz im Sinne des Diktators, der solche „schwierigen Aufgaben" hinter der Front „nicht dem Heere zumuten" wollte, kündigte er eine Aufteilung der Exekutive an. Im „Kampf von Rasse gegen Rasse" müsse zwar auch die Truppe „mit nötiger Schärfe" vorgehen[170], doch der „Kampf Europas gegen bolschew[istische] u. asiat[ische] Völker u. Auffass[ungen]" sei ein „Kampf mit diversen Mitteln", der „von Reichskommissar[en] mit Polizei u. SS zu führen" sei[171]. Eine militärische Verwaltung sei nicht beabsichtigt[172]. „Reichskommissare sollen die Gebiete übernehmen, wenn sie vom Heer nicht mehr gebraucht werden. Das rückwärtige Gebiet soll vom Heer so klein wie möglich gehalten werden (200–250 km)." Außerdem sollten schon in den Armeegebieten Polizei- und SS-Verbände eingesetzt werden[173]. Diese Ankündigung einer Aufgabenteilung wird die anwesenden Truppenführer beruhigt und dazu beigetragen haben, sich mit den radikalen Äußerungen Hitlers drei Tage später abzufinden. Vermutlich glaubten und hofften sie, mit den vom Diktator angesprochenen politischen und „kolonialen" Maßnahmen nicht viel zu tun zu haben. Allerdings musste sie Hitlers Forderung nach Härte und der Beseitigung der Kommissare schon durch die Truppe alarmieren. Auch die Truppenführung setzte freilich auf einen „Blitzkrieg" und eine schnelle Übergabe der Verantwortung an die Zivilverwaltung. Dies erwies sich als Selbsttäuschung.

Inzwischen hatte Jodl nach der Besprechung mit Hitler am 3. März 1941 dafür gesorgt, dass die Instruktionen des Diktators in Weisungen für das Besatzungssystem umgesetzt wurden. Bereits am 13. März unterzeichnete Keitel die „Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21"[174], die den Rahmen für die weiteren Planungen steckten. Dadurch waren die Beschränkung des Operationsgebiets, die Einsetzung von Reichskommissaren sowie die politischen Sonderaufgaben Himmlers und die wirtschaftlichen Kompetenzen Görings im besetzten Gebiet grundsätzlich festgelegt und mussten in den folgenden Wochen vorbereitet werden. Die OKW-Richtlinien wurden vom OKH ohne Widerspruch akzeptiert und als Grundlage für ihre Befehle an das Ostheer verwendet. Darauf deuteten schon die Ankündigungen Brauchitschs in der Besprechung mit den Truppenbefehlshabern am 27. März in Zossen. Am 3. April lagen die von Generalquartiermeister

[170] Aufzeichnung Strachwitz' (AOK 18, Ia) über die Besprechung mit Brauchitsch am 27. 3. 1941, in: NA, T 312/805.

[171] Aufzeichnung Winters (H.Gr.Kdo. A, Ia) über diese Besprechung, in: BA-MA, N 654/18. Vgl. auch die Aufzeichnung des Pz.Gr.Kdo. 3, in: NA, T 313/225 (1): „Rigorose Schärfe notwendig durch Reichskommissare."

[172] Aufzeichnung Strachwitz' (AOK 18, Ia), in: NA, T 312/805.

[173] Ebd.: „In den rückwärtigen Armeegebieten sollen kleinere Einheiten von SS eingesetzt werden, die unterstellt werden. Das rückwärtige Heeresgebiet übernimmt der Reichsführer der SS."

[174] OKW/WFSt, Abt. L (IV/Qu.), Nr. 44125/41 g.Kdos.Chefs., 13. 3. 1941, in: Hubatsch (Hrsg.), Weisungen, S. 88–91. Die Richtlinien gingen an die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile.

Eduard Wagner und seinen Gehilfen ausgearbeiteten „Besonderen Anordnungen für die Versorgung, Teil C" vor[175].

Dieser OKH-Befehl vom 3. April 1941 war eine Art „Grundgesetz" für das Besatzungsregime des Ostheeres. Er regelte die Befehlsgewalt im Operationsgebiet und knüpfte dabei an ältere Bestimmungen an[176], wich aber in einigen wesentlichen Punkten von ihnen ab. So war jetzt vor allem keine Rede mehr davon, dass die vollziehende Gewalt der militärischen Befehlshaber „die gesamte Staatsgewalt" umfasse[177]. Die „Präambel" dieses „Grundgesetzes" wies den rückwärtigen Diensten des Heeres die „Sicherung der großen Verkehrswege und die Ausnutzung des Landes für die Bedürfnisse der Truppe zur Entlastung des Nachschubs" zu, beeilte sich aber anzumerken: „Die planmäßige Verwaltung und Ausnutzung des Landes kann erst eine spätere Sorge sein. *Sie ist nicht Aufgabe* des Heeres." Dadurch wurde von vornherein festgelegt, dass eine systematische Militärverwaltung, wie sie vor dem Krieg geplant war und jetzt etwa in Frankreich bestand, für den sowjetischen Kriegsschauplatz nicht vorgesehen war. Entsprechend knapp war der Abschnitt „Verwaltung und Ausnutzung des Landes" gehalten. Eine „planmäßige Verwaltung" sollte überhaupt erst beginnen, wenn das eroberte Feindgebiet aus der Verantwortung des Heeres ausschied und dauerhaft in Zivilverwaltung genommen wurde, mit deren Vorbereitung Hitler den Reichsleiter und späteren Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg betraute[178]. „Bis zu diesem Zeitpunkt sind nur solche Verwaltungsmaßnahmen zu ergreifen, die zur Sicherung der rückwärtigen Gebiete und Ausnutzung des Landes für die Truppe unbedingt erforderlich sind." Die „notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen" sollten von den Leuten des „Beauftragten für den Vierjahresplan", des Reichsmarschalls Hermann Göring, durchgeführt werden.

Der größte Teil des OKH-Befehls beschäftigte sich mit der „Organisation und Sicherung im rückwärtigen Gebiet". Das Operationsgebiet wurde in Armeegebiet, bestehend aus Gefechtsgebiet und rückwärtigem Armeegebiet, und rückwärtiges Heeresgebiet unterteilt. „Im Armeegebiet üben die Oberbefehlshaber der Armeen vollziehende Gewalt aus und sind für die Sicherung und Ausnutzung des Landes verantwortlich." Hinter das „auf das unbedingt erforderliche Maß" beschränkte Armeegebiet sollte für jede Heeresgruppe ein rückwärtiges Heeresge-

[175] Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/0315/41 g.Kdos., gez. Halder) „Besondere Anordnungen für die Versorgung Anl. 6, Teil C", 3. 4. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 299–304.

[176] Vgl. vor allem die H.Dv.g 90: Versorgung des Feldheeres, Teil 1, Berlin 1. 6. 1938, S. 21–35.

[177] Ebd., S. 21 f.: „Vollziehende Gewalt umfaßt die gesamte Staatsgewalt unbeschadet der Unabhängigkeit der Rechtsprechung. (D.h. auf die Entscheidung des Richters kann kein Einfluß genommen werden.) Die Inhaber der vollziehenden Gewalt können in ihrem Befehlsbereich Rechtsverordnungen erlassen, die von den bestehenden Gesetzen abweichen. Sie können allen Behörden, soweit sie nicht oberste Reichsbehörden oder oberste preußische Landesbehörden sind, sowie den Dienststellen der NSDAP Weisungen erteilen."

[178] Rosenberg wurde am 20. 4. 1941 zunächst zum „Beauftragten für die zentrale Bearbeitung der Fragen des osteuropäischen Raumes" ernannt. Er plante eine Aufteilung der europäischen Sowjetunion in die vier Reichskommissariate Baltenland, Ukraine, Kaukasus und Moskowien. In diesen Zivilverwaltungsgebieten, von denen nur die ersten beiden als Reichskommissariate Ostland und Ukraine realisiert wurden, sollten für die militärischen Belange wie in Norwegen und den Niederlanden Militärbefehlshaber eingesetzt werden, die dem OKW unterstanden. Vgl. Dallin, Herrschaft, S. 56–70; DRZW, Bd. 4, S. 418–421 (Beitrag Förster); DRZW, Bd. 5/1, S. 85–90 (Beitrag Umbreit).

biet gebildet werden, dessen Befehlshaber die vollziehende Gewalt „nach den Weisungen des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe" ausübte. Für die Sicherungsaufgaben waren neun Sicherungsdivisionen sowie kleinere Ordnungs- und Sicherungsdienste wie die Feldgendarmerie und die Geheime Feldpolizei vorgesehen. Von ihnen wie überhaupt von der Truppe wurde gefordert: „Aktiver oder passiver Widerstand der Zivilbevölkerung ist mit scharfen Strafmaßnahmen im Keime zu ersticken. Selbstbewußtes und rücksichtsloses Auftreten gegenüber den deutschfeindlichen Elementen wird ein wirksames Vorbeugungsmittel sein." Daneben sollte der Reichsführer SS in den rückwärtigen Gebieten „mit eigenen Organen selbständig und in eigener Verantwortlichkeit Sonderaufgaben" durchführen.

Diese Bestimmungen bedeuteten eine doppelte Reduzierung der traditionellen Verantwortung der örtlichen Kommandobehörden des Heeres in den von ihren Truppen besetzten Gebieten: Die Militärverwaltung sollte auf einen möglichst kleinen Raum, eine möglichst kurze Zeit und eine möglichst provisorische Tätigkeit beschränkt werden, und außerdem wurde die vollziehende Gewalt der Befehlshaber durch die Sonderaufgaben selbständiger Organe auf sicherheitspolizeilichem und wirtschaftlichem Sektor eingeschränkt. Die noch in den älteren Wehrmachtsvorschriften festgelegte einheitliche Besatzungsherrschaft des Heeres im Operationsgebiet[179] galt als dem „Ostraum" unangemessen. Die angekündigten Sonderregelungen ließen nicht lange auf sich warten.

Sie betrafen zunächst den *Unterdrückungsapparat*. Nach Verhandlungen Wagners mit Reinhard Heydrich erging am 28. April 1941 der OKH-Befehl über die „Regelung des Einsatzes der Sicherheitspolizei und des SD im Verbande des Heeres"[180]. Danach sollten im Operationsgebiet zur „Durchführung sicherheitspolizeilicher Aufgaben außerhalb der Truppe" Sonderkommandos eingesetzt werden, die ihre fachlichen Weisungen vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD (Heydrich) erhielten und den Armeeoberbefehlshabern sowie den Befehlshabern der rückwärtigen Heeresgebiete lediglich „hinsichtlich Marsch, Versorgung und Unterbringung" unterstellt waren[181]. Sie konnten „in eigener Verantwortlichkeit" Aufgaben durchführen, die – unbestimmt und vieldeutig zugleich – im Armeegebiet als Sicherstellung von Objekten „sowie besonders wichtiger Einzelpersonen (führende Emigranten, Saboteure, Terroristen usw.)" und im rückwärtigen Heeresgebiet als „Erforschung und Bekämpfung der staats- und reichsfeindlichen Bestrebungen" bezeichnet wurden. Damit waren sie der Befehlsgewalt der militärischen Stellen weitgehend entzogen. Die eigene Verantwortung umfasste aus-

[179] Vgl. etwa die H.Dv.g 90: Versorgung des Feldheeres, Teil 1, Berlin 1. 6. 1938, S. 25: „Die gesamte Verwaltung des Armeegebiets leitet das Armeeoberkommando (O.Qu.) in eigener Zuständigkeit. Militärische Gesichtspunkte stehen im Vordergrunde."

[180] Befehl Brauchitschs (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/2101/41 geh.) „Regelung des Einsatzes der Sicherheitspolizei und des SD im Verbande des Heeres", 28. 4. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 303 f. Auf die Vorgeschichte dieses grundlegenden Befehls, des so genannten Wagner-Heydrich-Abkommens, kann hier nicht näher eingegangen werden. Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 116–141; DRZW, Bd. 4, S. 421–424 (Beitrag Förster); Ogorreck, Einsatzgruppen, S. 19–41; Gerlach, Morde, S. 81–87; Angrick, Besatzungspolitik, S. 41–58; Arnold, Wehrmacht, S. 125–133.

[181] „Disziplinäre und gerichtliche Unterstellung unter den Chef der Sicherheitspolizei und des SD werden hierdurch nicht berührt."

drücklich auch „Exekutivmaßnahmen gegenüber der Zivilbevölkerung". Allerdings konnten die Armeeoberbefehlshaber die Tätigkeit der SS-Kommandos unterbinden, sofern „durch den Einsatz Störungen der Operationen eintreten können", eine elastische Formulierung, die einige Möglichkeiten zum Eingreifen ließ. Die Sonderkommandos waren auf „ständige enge Zusammenarbeit" mit den Ic-Offizieren angewiesen, um die militärischen und polizeilichen Aufgaben „in Einklang zu bringen". Außerdem sollten sie berücksichtigen, dass die „abwehrpolizeilichen Aufgaben innerhalb der Truppe und der unmittelbare Schutz der Truppe" alleinige Aufgabe der Geheimen Feldpolizei blieb.

Dieser Befehl war trotz seiner teilweise verschlüsselten Sprache kaum misszuverstehen. Schon vor dem Polenfeldzug hatte es eine vergleichbare Übereinkunft gegeben[182], deren Folgen allgemein bekannt waren. Die radikale „Flurbereinigung" gegen die polnischen Eliten und Juden hatte zu einiger Unruhe im Heer und zu Konflikten zwischen einzelnen Frontgeneralen und der SS geführt[183]. Dennoch gab das OKH der Sicherheitspolizei und dem SD jetzt noch größere Freiheiten als in Polen. Die Kommandos der Einsatzgruppen durften bis in die Operationsgebiete der Armeen hinein, also bis nahe an die Hauptkampflinie, auf eigene Verantwortung Exekutivmaßnahmen durchführen. Gegen wen diese Maßnahmen zielten, konnte nach den polnischen Erfahrungen und der unmissverständlichen Frontstellung Hitlers gegen den „jüdischen Bolschewismus" nicht bezweifelt werden[184]. Ob allerdings geahnt werden konnte, dass nicht allein die kommunistischen Funktionäre und besonders die Juden unter ihnen, sondern alle jüdischen Männer und überhaupt alle Juden ermordet werden sollten, ist fraglich und noch näher zu erörtern[185].

Doch auch ohne dieses Wissen bleibt die schnelle und konfliktlose Einigung mit der SS erstaunlich genug. Obwohl die Kommandobehörden des Ostheeres mit der Geheimen Feldpolizei und der Feldgendarmerie ihre eigene Sicherheits- und Ordnungspolizei hatten, durften in ihren Befehlsbereichen weitgehend selbständige Einheiten Himmlers agieren, die in diesem „Weltanschauungskrieg" nichts anderes als Mordkommandos sein konnten. Und auch die Truppenbefehlshaber akzeptieren von vornherein, dass sie die Exekutive im besetzten Gebiet teilweise an die vier Einsatzgruppen und ihre Kommandos sowie andere, in den rückwärtigen Heeresgebieten jeweils einem Höheren SS- und Polizeiführer unterstellte Polizei- und SS-Einheiten abtreten mussten. Einwände von ihrer Seite sind nicht überliefert. Offenbar waren die meisten Frontgenerale froh, dass die Kommandos der Polizei und des SD anders als in Polen „in eigener Verantwortlichkeit" vorgehen sollten, das Heer für deren mörderisches Treiben also formal nicht verantwortlich war. Damit sank zugleich auch die Bereitschaft, erneut gegen die

[182] Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 36–41. Der entscheidende Unterschied zur Vereinbarung vom 28. 4. 1941 war aber, dass die Einsatzgruppen im polnischen Operationsgebiet dem Heer unterstellt waren, während sie in der Sowjetunion „in eigener Verantwortlichkeit" handeln konnten.

[183] Vgl. Kapitel I,3,d.

[184] Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der von Halder unterzeichnete OKH-Befehl vom 2. 4. 1941, der den Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD im Balkanfeldzug regelte, neben den im Befehl vom 28. 4. 1941 genannten Gegnern – „Emigranten, Saboteure, Terroristen usw." – ausdrücklich auch „Juden und Kommunisten" nannte. Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 137.

[185] Vgl. Kapitel II,5.

brutalen Maßnahmen dieser Kräfte einzuschreiten. Symptomatisch dafür war, dass Generaloberst v. Küchler, der sich im Polenfeldzug gegen die Untaten der SS empört hatte, seinen Kommandeuren bereits frühzeitig den Sondereinsatz von „SS-Formationen" im Gebiet der 18. Armee ankündigte und hinzufügte[186]: „Wir wollen uns um ihre Tätigkeit nicht kümmern."

Die zweite Einschränkung der vollziehenden Gewalt bezog sich auf den *Ausbeutungsapparat*. Die wirtschaftliche Ausnutzung der eroberten und besetzten sowjetischen Gebiete war ein wesentliches Kriegsziel. Doch wollte Hitler die längerfristigen Aufgaben des „kolonialen Raubkriegs" dem Heer ebenso wenig „zumuten" wie die polizeilichen Maßnahmen des „rassenideologischen Vernichtungskriegs". Der OKH-Befehl vom 3. April 1941 betonte, dass nur die provisorische Versorgung der Truppe aus dem Lande, nicht aber die „planmäßige Verwaltung und Ausnutzung des Landes" Aufgabe des Heeres sei[187]. Die Wirtschaftsverwaltung im Osten sollte von Göring, dem Beauftragten für den Vierjahresplan, geleitet und vom Wirtschaftsstab Ost organisiert werden[188]. Diese neu geschaffene Zentralbehörde arbeitete in enger Verbindung mit dem OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt sowie dem OKH/Generalquartiermeister, war aber keine reine Wehrmachtseinrichtung, sondern – wie die Wirtschaftsorganisation Ost überhaupt – ein weitgehend eigenständiges zivil-militärisches Mischgebilde, das sich zur einen Hälfte aus Offizieren, zur anderen Hälfte aus Fachleuten der zivilen Reichsbehörden und der Wirtschaft rekrutierte. Ihr nachgeordnet waren für jede Heeresgruppe eine Wirtschaftsinspektion sowie die Wirtschaftskommandos und Gruppen IV Wi bei den Armeen und Feldkommandanturen. Im Operationsgebiet wurden diese Einheiten den Kommandobehörden des Heeres militärisch unterstellt, erhielten ihre fachlichen Weisungen aber weiterhin vom Wirtschaftsstab Ost[189]. Die Wirtschaftsdienststellen sollten im Armeegebiet für die „Unterstützung der Sachbearbeiter des AOK bei der Versorgung der Truppe aus dem Lande", der „Vorbereitung der späteren allgemeinen wirtschaftlichen Ausnutzung für den Vierjahresplan" und der Bearbeitung der rüstungswirtschaftlichen Angelegenheiten, im rückwärtigen Heeresgebiet für die „Leitung der wirtschaftlichen Ausnutzung" zuständig sein[190].

Diese von vornherein komplizierte Wirtschaftsorganisation stand im gewissen Gegensatz zu den für das „Unternehmen Barbarossa" formulierten wirtschaftlichen Zielen, deren Realisierung statt des drohenden polykratischen Gegeneinanders von Versorgungsdiensten und Wirtschaftsstellen ein gleichermaßen effizien-

[186] Notizen Küchlers für die „Besprechung mit den Divisionskommandeuren" am 25. 4. 1941, in: Wilhelm, Rassenpolitik, S. 139.

[187] Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/0315/41 g.Kdos., gez. Halder) „Besondere Anordnungen für die Versorgung Anl. 6, Teil C", 3. 4. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 299–304.

[188] Vgl. zum Folgenden den Befehl des OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt „Gliederung und Aufgaben der im Raum ‚Barbarossa' einzusetzenden Wirtschaftsorganisation", 8. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 310–312. Vgl. auch DRZW, Bd. 4, S. 129–135 (Beitrag Müller); Gerlach, Morde, S. 44–76.

[189] Soweit für die Durchführung dieser fachlichen Weisungen „ihre Weitergabe" an die Truppe oder „der Einsatz des Inhabers der vollziehenden Gewalt" notwendig waren, mussten sie über den Generalquartiermeister (OKH) erteilt werden.

[190] Befehl des OKW/WiRüAmt, 8. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 311.

tes und brutales Ausbeutungssystem erfordert hätte. Die zuständigen zivilen und militärischen Zentralbehörden einigten sich im Frühjahr 1941 schnell auf eine rücksichtslose Raubpolitik, um aus den eroberten Ostgebieten erstens die gesamte Wehrmacht ernähren und zweitens dem Reich die zur Versorgung der Truppe nicht gebrauchten Überschüsse an Ölsaaten, Getreide und Fleisch zuführen zu können[191]. Durch diese ersten Schritte einer anhaltenden und vollständigen kolonialen Ausbeutung sollten die Ernährungsbilanz des Deutschen Reichs entlastet und weitere Rationierungen vermieden werden, damit die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum NS-Regime und seiner Kriegspolitik erhalten bliebe. Als Folge einer solchen radikalen Abschöpfung von Lebensmitteln für die Truppe und die Heimat nahm man den Hungertod von „zig Millionen" Russen von vornherein bewusst in Kauf.

Dieser maßgeblich vom Reichsernährungsministerium (Staatssekretär Herbert Backe) und OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt (General Georg Thomas) ausgearbeitete Plan wurde am 23. Mai 1941 in „Wirtschaftspolitische Richtlinien" des Wirtschaftsstabs Ost gefasst[192]. Sie teilten die europäische Sowjetunion inzwei landwirtschaftliche Großräume, einmal die Überschussgebiete, die „Schwarzerdegebiete" im Süden (Ukraine), Südosten und im Kaukasus, dann die Zuschussgebiete, die „Waldzone" von Weißrussland bis zum Ural einschließlich der Zentren Leningrad und Moskau, aber mit Ausnahme des Baltikums. Die Überschussgebiete sollten zu Gunsten der Wehrmacht, Deutschlands und Europas von den Zuschussgebieten abgeriegelt werden. Dass dies „zwangsläufig ein Absterben sowohl der Industrie wie eines großen Teils der Menschen in den bisherigen Zuschußgebieten" nach sich ziehen musste, wurde ausdrücklich einkalkuliert[193]. Dieses Wirtschaftsprogramm, das „die Billigung der höchsten Stellen" erhielt, da es mit dem politischen Ziel der „Zurückdrängung des Großrussentums" korrespondierte[194], verband in verbrecherischer Weise ideologische und pragmatische Motive.

Die Truppenkommandeure erfuhren von diesen weitgehenden Planungen zunächst nichts. Die Richtlinien vom 23. Mai 1941 waren ein internes Papier, das in den Führungsstellen des Wirtschaftsstabs Ost kursierte. Dass allerdings die im Osten gewonnene wirtschaftliche Autarkie als unabdingbare Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes gegen England und die USA galt und ein wesentliches Ziel

[191] Zu den wirtschaftspolitischen Planungen vor Feldzugsbeginn nach wie vor grundlegend DRZW, Bd. 4, S. 113–157 (Beitrag Müller). Vgl. auch Gerlach, Morde, S. 46–76; Arnold, Wehrmacht, S. 74–109. Frühe Fixierung der wirtschaftlichen Ziele in der Aktennotiz über eine Besprechung der Staatssekretäre vom 2. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 377.

[192] Wirtschaftsstab Ost, Gruppe Landwirtschaft, Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, 23. 5. 1941, in: IMT, Bd. 36, S. 135–157.

[193] Ebd., S. 156. Vgl. auch S. 144 f.: Die deutsche Verwaltung könne wohl bestrebt sein, „die Folgen der zweifellos eintretenden Hungersnot zu mildern und den Naturalisierungsprozeß zu beschleunigen". „Die Hungersnot ist dadurch dort nicht zu bannen. Viele 10 Millionen von Menschen werden in diesem Gebiet überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien auswandern müssen." Dieses Schicksal drohte vor allem der Stadtbevölkerung (S. 141). Diese radikale Planung wurde von Rolf-Dieter Müller als „Hungerpolitik" und „Hungerstrategie" bezeichnet, in: DRZW, Bd. 4, passim. Gerlach, Morde, spricht sogar von einem „Völkermordplan" (S. 48), ja vom „größte[n] Massenmordplan der Geschichte" (S. 1128). Dagegen wird hier der Begriff „Hungerkalkül" bevorzugt, wie noch zu begründen sein wird (Kapitel II,4).

[194] IMT, Bd. 36, S. 140.

des geplanten Feldzugs war, konnte keinem an seiner Vorbereitung beteiligten Offizier verborgen bleiben. Erst unmittelbar vor dem Angriff erhielten die Kommandobehörden des Ostheeres in „Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten" konkrete Angaben zur geplanten Wirtschaftspolitik[195]. In dieser so genannten Grünen Mappe wurde das Hungerkalkül weniger unverblümt und eher zwischen den Zeilen formuliert, doch auch sie ließ keinen Zweifel an den „Hauptaufgaben" der „restlosen" Verpflegung der Truppe aus dem Lande sowie der maximalen Ausnutzung der besetzten Gebiete für Deutschland und ließ die schrecklichen Folgen durchblicken[196]: „Nur diejenigen Gebiete werden wirtschaftlich gefördert und vordringlich in Ordnung gehalten werden müssen, in denen bedeutende Ernährungs- und Mineralölreserven für uns erschlossen werden können. In anderen Landesteilen, die sich nicht selbst ernähren können – also in großen Teilen Nord- und Mittelrußlands –, muß sich die Wirtschaftsführung auf die Ausnutzung der vorgefundenen Vorräte beschränken."

Die Oberbefehlshaber werden sich mit solchen wirtschaftlichen Fragen nicht näher befasst haben, schon gar nicht mit der erst in den letzten aufreibenden Vorbereitungstagen verteilten, dickleibigen „Grünen Mappe". Das war Sache ihrer Oberquartiermeister, die ihrerseits zu dieser Zeit vorwiegend mit den logistischen Problemen des vorgesehenen schnellen und kurzen Feldzugs beschäftigt waren. Die systematische Verwaltung und Ausnutzung der besetzten Ostgebiete sollte ohnehin nicht ihre Sorge sein, so dass sie alle wirtschaftlichen Vorhaben, die über die erste Versorgung der Truppe hinausgingen, vernachlässigen konnten. Erst als der Feldzug wider Erwarten lange währte und das Heer die Besatzungsherrschaft nicht so schnell wie geplant an die zivilen Stellen abgeben konnte, sollte sich zeigen, dass die Wirtschaftspolitik in ihrer Zielsetzung zu einfach und radikal, in ihrer Organisation zu kompliziert und widersprüchlich vorbereitet worden war.

Die Entscheidungen über die Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion wurden den Kommandobehörden des Ostheeres durch die genannten Befehle mitgeteilt und in mehreren Besprechungen mit dem OKH erläutert[197]. Zunächst schärften Generalquartiermeister Wagner und seine Mitarbeiter am 16. Mai 1941 den maßgeblichen Abwehr- und Versorgungsoffizieren der Heeresgruppen, Armeen, Panzergruppen, Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete und Sicherungsdivisionen ein, dass die Verwaltung des besetzten Gebiets anders als in Frankreich nicht Aufgabe des Heeres sei[198]. Der Leiter der Abteilung Kriegsverwaltung beim Ge-

[195] Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches/Wirtschafts-Führungsstab Ost, Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten (Grüne Mappe), Teil I: Aufgaben und Organisation der Wirtschaft, Berlin Juni 1941, in: Fall Barbarossa, S. 363–399. Diese handbuchartige Zusammenstellung war für den Dienstgebrauch nicht nur der Wirtschaftsdienststellen, sondern auch der Truppenführung bestimmt. Die 1. Auflage wurde in 1000, die 2. Auflage vom Juli 1941 sogar in 2000 Ausfertigungen bis zu den Divisionen und Feldkommandanturen verteilt, in: IfZ-Archiv, MA 1563/18, NG-1409. Die „Grüne Mappe" wurde mit einem Begleitschreiben Keitels vom 16. 6. 1941 (OKW/WFSt/WiRüAmt/Stab Ia, Nr. 119/41) versandt (ebd.). Keitel befahl, auch „alle Truppenteile [...] auf die hohe Bedeutung einer vernünftigen Ausnutzung der Ostgebiete für die Weiterführung des Krieges hinzuweisen".

[196] Fall Barbarossa, S. 366.

[197] Vgl. auch DRZW, Bd. 4, S. 424 f. (Beitrag Förster).

[198] Aufzeichnung Mylius' (AOK 16, Qu. 2) über die Besprechung beim Generalquartiermeister am 16. 5. 1941, 19. 5. 1941, in: BA-MA, RH 20–16/1012, Bl. 66–73. Vgl. die einleitenden Bemerkungen Wagners: „Die Aufgabe des Heeres wird nicht wie in Frankreich in der Verwaltung des Landes be-

neralquartiermeister, Major i.G. Johann Schmidt v. Altenstadt, sprach dabei ausdrücklich von einer „Aufteilung der Aufgaben": „Das *Heer* hat den Feind zu schlagen und nur die *militärischen Belange* zu sichern. Alles andere, nämlich wirtschaftliche Ausnutzung des Landes im Interesse der Wehrwirtschaft und Verwaltung des Landes ist Aufgabe des Reichsmarschalls plus Reichsführer SS. Die Sicherung der militärischen Belange wird sich im wesentlichen auf die Sicherung der großen Nachschubstrassen beschränken müssen." Die vollziehende Gewalt werde im Operationsgebiet den Armeeoberbefehlshabern übertragen, jedoch durch die „Teilung der politischen Exekutive mit R[eichs]F[ührer] SS" eingeschränkt. „Die Durchführung politischer Aufgaben des Führers soll nicht Sache des Heeres sein."

Die Besatzungsaufgaben wurden auch auf der Konferenz Halders mit den Generalstabschefs der Heeresgruppen und Armeen am 4. Juni 1941 in Zossen angesprochen. Generalquartiermeister Wagner erklärte, dass die Sowjetunion in einzelne Gebiete aufgelöst und die vollziehende Gewalt im Operationsgebiet zunächst in „4 Säulen" unterteilt werde[199]: „a) Ob[erbefehlshaber] d[es] H[eeres] und Armee-Oberbefehlshaber. b) SS in politischer Hinsicht neben den militärischen Stellen, *soweit die militärischen Forderungen es gestatten.* c) Reichsmarschall mit Wehrwirtschaftsstab für Wirtschaft. d) Rosenberg für politischen Aufbau." Das Heer bleibe aber die „oberste Instanz"[200]. Wagner hob besonders hervor, dass die Oberbefehlshaber über die Absichten der SS- und Polizeikräfte unterrichtet werden müssten und „je nach militärischer Lage zugestehen oder ausschliessen" könnten[201]. Allerdings bestehe an den anderen Sicherungsaufgaben als der Sicherung der Nachschubstraßen und Stützpunkte kein militärisches Interesse[202]. Über die davon getrennten politischen Aufgaben der Sicherheitspolizei und des SD wurden die zuständigen Sachbearbeiter der Heeresgruppen und Armeen nochmals am 6. Juni 1941 in einer Besprechung beim Generalquartiermeister in Berlin informiert, an der auch die vorgesehenen SS-Offiziere teilnahmen[203]. Nach den Worten des Standartenführers Hans Nockemann sollten Himmlers Kommandos „die Grundlagen für die endgültige Beseitigung des Bolschewismus"

stehen, sondern sich auf diejenigen Maßnahmen und Eingriffe beschränken, welche zur *Sicherung der Operationen,* der Versorgungseinrichtungen und der Nachschub-Wege und -Verbindungen erforderlich sind. Daher wird das Heer bestrebt sein, über das für die Unterbringung der Versorgungseinrichtungen unbedingt notwendige Gebiet hinaus möglichst schnell das besetzte Gebiet an die Pol[itische] Verwaltung abzugeben."

199 Aufzeichnung Müllers (AOK 17, Chef/Ia, Nr. 299/41 g.Kdos.Chefs.) über die Besprechung beim OKH am 4./5. 6. 1941, 6. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20–17/23. „Gegenseitiges Abstimmen der 4 Säulen."

200 Aufzeichnung Brenneckes (H.Gr.Kdo. A, Chef/Ia, Nr. 588/41 g.Kdos.Chefs.) über diese Besprechung, 9. 6. 1941, in: NA, T 312/805.

201 Aufzeichnung Müllers (wie oben).

202 Ebd. In der Aufzeichnung Brenneckes (wie oben) heißt es über die Tätigkeit der SS und Polizei lapidar: „Deren ‚Politischer Einsatz' soll das Heer nicht weiter interessieren. Unsere Hauptaufgabe bleibt Sicherung der Rollbahnen und Nachschublinien."

203 Eingeladen wurden zu dieser „Besprechung über Fragen des Einsatzes von SS, SD und Polizeikräften im rückwärtigen Gebiet" neben den Ic, Ib und Qu. 2 der Heeresgruppenkommandos, AOKs und Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete auch: „Einsatzstab Reichsführer SS, höhere SS und Polizeiführer bei den Bef. rückw. H.Geb., Beauftragte des SD bei den AOK und den Bef. rückw. H.Geb." Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV/Qu. 4 B/Org., Nr. II/651/41 g.Kdos.), 26. 5. 1941, in: BA-MA, RH 20–16/1012, Bl. 54.

schaffen[204] – als politisch gefährliche Gruppen wurden u.a. „Juden, Emigranten, Terroristen" genannt – und dabei „mit äußerster Härte und Schärfe" auftreten[205]. Die Dienststellen des Ostheeres konnten sich kaum beklagen, auf das brutale Vorgehen der Polizei und SS nicht genügend vorbereitet zu werden.

Es ist bemerkenswert, dass in all diesen Besprechungen die Sicherungsfragen ungleich eingehender erörtert wurden als die Wirtschaftsfragen. Offenbar hielt das OKH nach den Schwierigkeiten im Polenfeldzug gerade in diesem sensiblen politischen Bereich eine frühzeitige Aufklärung und Abstimmung für erforderlich. Die an sich höchst anspruchsvolle Aufgabe, die kurzfristige Selbstversorgung der Truppe mit dem längerfristigen Ausbeutungsprogramm des Wirtschaftsstabs Ost zu vereinbaren, schien im Vergleich zum Vorgehen selbständiger Polizeikräfte im Operationsgebiet weit weniger problematisch zu sein. Doch die obersten Kommandobehörden des Ostheeres hatten weder gegen das eine noch das andere etwas einzuwenden. Jedenfalls ist kein einziger nachhaltiger Versuch der Einflussnahme oder gar des Protests überliefert. Falls die Heeresleitung Unruhe in der Truppenführung befürchtet haben sollte, so waren solche Befürchtungen unbegründet. Die beschriebenen besatzungspolitischen Weichenstellungen wurden im Wesentlichen unverändert in die Versorgungsanordnungen der Armeen an ihre Verbände übernommen[206] und den nachgeordneten Stäben in Besprechungen erläutert[207].

Besonders die Armeeoberbefehlshaber zeigten ein erstaunlich geringes Interesse gegenüber der Tatsache, dass ihre traditionellen Kompetenzen zur Ausübung der vollziehenden Gewalt durch die Sonderaufträge an weitgehend von ihnen unabhängige Dienststellen der SS und Polizei sowie des Wirtschaftsstabs Ost beschränkt wurden. Ihnen war zwar die Rolle von militärischen Eroberern zugedacht, doch verloren sie ihr exekutives Monopol zur Befriedung und Nutzung des Operationsgebiets. In diesem Krieg mit seinen weitreichenden politischen und ökonomischen Zielen war ihnen eine solche Beschränkung der Aufgaben offenbar sehr recht. Den Kampf gegen die feindliche Armee zu lenken, lag ihnen ohnehin mehr als die lästige Beschäftigung mit den Maßnahmen des Unterdrückungs- und Ausbeutungsapparats, der gerade auf dem sowjetischen Kriegsschauplatz eine besondere Bedeutung zu erhalten drohte. Höchst entlarvend war, dass die Beschneidungen der vollziehenden Gewalt in den Ressorts Polizei und Wirtschaft nach dem Krieg von den Generalen immer wieder als willkommenes Argument genutzt wurden, um die Verantwortung für bestimmte Vorgänge in ihrem Befehlsbereich nachträglich abzuwälzen[208]. Dabei wurde geflissentlich verschwiegen, dass gerade

[204] Aufzeichnung des H.Gr.Kdo. Nord (Ic/AO) über die Besprechungen in Berlin am 5./6. 6. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/722, Bl. 82–86, hier Bl. 84.

[205] Aktennotiz des Ic des AOK Norwegen über diese Besprechung, zit. nach: DRZW, Bd. 4, S. 425 (Beitrag Förster).

[206] Vgl. etwa die „Anordnungen über militärische Hoheitsrechte, Sicherung und Verwaltung im rückwärtigen Gebiet, Beute, Kriegsgefangene" des AOK 16 (O.Qu./Qu. 2, Nr. 55/41 g.Kdos.Chefs.), 5. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20–16/1012, Bl. 76–89; „Besondere Anordnungen für das Operationsgebiet" des AOK 4 (O.Qu./Qu. 2, Nr. 501/41 g.Kdos.), 8. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20–4/877.

[207] Vgl. etwa die Ausführungen Winterfelds und Blumentritts in der Besprechung des AOK 4 mit den Generalstabschefs der Panzergruppe 2 und der Armeekorps, in: AOK 4, KTB Ia, 10. 6. 1941, in: NA, T 312/158.

[208] Geradezu mustergültig etwa die Aussage Küchlers vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12),

die Armeeoberbefehlshaber trotzdem noch über eine beträchtliche Befehlsgewalt verfügten und als „oberste Instanzen" genügend Möglichkeiten besaßen, ihren Willen auch gegenüber den Polizei- und Wirtschaftsstellen durchzusetzen – vor allem mit dem Hinweis auf militärische Notwendigkeiten. Darauf wird bei der Beschreibung der Realitäten des Ostfeldzugs noch zurückzukommen sein.

Diese Realitäten vereitelten schließlich auch den Vorsatz Hitlers und die Hoffnung seiner Generale, dass dem Heer im Rücken des Gefechtsfelds nicht zuviel „zugemutet" werde. Doch im Frühjahr 1941 konnten sich die höchsten Truppenbefehlshaber noch der Illusion hingeben, von den dunklen Seiten des bevorstehenden rassenideologischen und kolonialen Angriffskriegs weitgehend unbelastet zu bleiben. Ihre Verantwortung für die Besatzungsherrschaft sollte zeitlich, räumlich und institutionell begrenzt bleiben. Bei dem geplanten schnellen Verlauf des Feldzugs von einigen Wochen oder wenigen Monaten hofften sie so gut wie überhaupt nicht mit Problemen konfrontiert zu werden, die über die Leitung der Operationen sowie die erste Sicherung und Versorgung der Truppe hinausgingen. Dennoch konnten sie mit diesem Aspekt der Feldzugsvorbereitung nicht vollständig zufrieden sein. Denn Hitler erwartete trotz aller „Schonung" der Wehrmacht auch einen gewissen Beitrag des Heeres zur Vernichtungspolitik im Osten. Statt sich völlig auf die militärische Auseinandersetzung mit der gegnerischen Streitmacht konzentrieren zu können, wurden die Generale doch noch mit Befehlen konfrontiert, die von der Truppe schwerwiegende Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht verlangten.

d. Verbrecherische Befehle

Die genannten Anordnungen über die polizeilichen und wirtschaftlichen Aufgaben der Besatzungsherrschaft waren so gehalten, dass sie nicht unbedingt als Vorbereitung von Massenverbrechen im Operationsgebiet verstanden werden mussten – auch wenn nach den Erfahrungen in Polen, den radikalen Äußerungen Hitlers und den Erläuterungen in den Berliner und Zossener Besprechungen kein Zweifel darüber bestehen konnte, dass der NS-Staat in der besetzten Sowjetunion politischen Mord und ökonomische Ausplünderung organisieren wollte. Immerhin aber förderten der verschlüsselte Wortlaut dieser Befehle und die teilweise Abgabe der Exekutive an polizeiliche und wirtschaftliche Sonderbeauftragte die Selbsttäuschung der Generale, sich um diese Dinge nicht weiter kümmern zu müssen. Ihr Desinteresse an diesem Teil der Feldzugsvorbereitung bestätigt diese Haltung. Allerdings musste ihnen seit der Rede Hitlers am 30. März 1941 bewusst sein, dass sie nicht ganz ungeschoren aus diesem besonderen Krieg herauskom-

29. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31, Bd. 37, S. 2948 f.: „Aber darf ich hier mal eines sagen: Mit der vollziehenden Gewalt war das eine ausserordentliche Durchlöcherung. Ich erinnere mich [...], im Jahre 1914, da war der General Bissing Generalgouverneur in Belgien, und hatte damals die vollziehende Gewalt, d.h. er hatte alles, er hatte die Legislative und die Executive." Hitler habe aber „wesentliche Teile der vollziehenden Gewalt abgespalten. Es war gar keine vollziehende Gewalt. Das auf dem Polizeiweg, die Sauckel-Geschichte, die Wirtschaftssachen, alle diese Sachen, die eigentlich zur vollziehenden Gewalt gehört hätten, die waren den Oberbefehlshabern genommen."

men würden. Der Diktator hatte in der Reichskanzlei Maßnahmen zur Einschränkung der Kriegsgerichtsbarkeit sowie zur Beseitigung der Kommissare angekündigt und von den Truppenführern das Opfer gefordert, „ihre Bedenken zu überwinden"[209]. Bald zeigte sich, dass dies keine leeren Worte waren. Die Frontgenerale erhielten Befehle, die ihren völkerrechtswidrigen Charakter nicht verschleierten und keinen Weg zur Flucht aus der Verantwortung ließen. Vor allem die befohlenen Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung und die Kommissare der Roten Armee, die beiden „verbrecherischen Befehle", aber auch die Anordnungen über das Kriegsgefangenenwesen betrafen ohne Wenn und Aber die Kompetenzen des Ostheeres und zogen seine Befehlshaber von vornherein in den Sog einer verbrecherischen Kriegführung.

Von diesen Befehlen war der *Kriegsgerichtsbarkeitserlass* der schwerwiegendste und folgenreichste, da er die harte Behandlung der Zivilbevölkerung und die pauschale Bekämpfung von „Freischärlern" vorbestimmte[210]. Als Hitler in seinen März-Besprechungen mit der Wehrmachts-, Heeres- und höchsten Truppenführung die „Anwendung brutalster Gewalt"[211] zur Leitlinie der Kriegführung in der Sowjetunion erhob, dachte er auch an die Sicherungsmaßnahmen der Truppe. Der notwendige Kampf „gegen das Gift der Zersetzung" sei „keine Frage der Kriegsgerichte", erklärte er am 30. März 1941 in der Reichskanzlei[212] und kündigte damit die Legitimierung eines abschreckenden, durch keine rechtlichen Bindungen gehemmten Terrors der Besatzungsmacht an. Die Sorge um eine Lockerung der Disziplin suchte er durch den Hinweis zu zerstreuen, dass die Truppe deshalb noch nicht aus der Hand der Führer zu kommen brauche, fügte aber vieldeutig hinzu, die militärischen Führer müssten ihre Befehle „im Einklang mit dem Empfinden der Truppe treffen". Das OKH übernahm die Forderung des Diktators nach vorbeugender Brutalität gegen die „deutschfeindlichen Elemente" in der Bevölkerung[213] und trug sie in die Kommandobehörden des Ostheeres hinein[214].

Noch bevor der Kriegsgerichtsbarkeitserlass vorlag, herrschte bei den maßgeblichen militärischen Stellen in der Zentrale und an der Front Übereinstimmung, dass Teile der sowjetischen Bevölkerung bolschewistisch „verhetzt" seien und den deutschen Truppen feindselig gegenübertreten würden. Ihr Widerstand wurde an-

[209] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 337 (30. 3. 1941). Vgl. auch das Kapitel „Prolog".

[210] Zur Entstehung und Bedeutung des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses vgl. vor allem Messerschmidt, Wehrmacht, S. 407–411; Krausnick, Kommissarbefehl; Streit, Kameraden, S. 33–44; DRZW, Bd. 4, S. 426–435 (Beitrag Förster); Hartmann, Halder, S. 245–248; Gerlach, Morde, S. 87–89; Arnold, Wehrmacht, S. 133–140.

[211] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 320 (17. 3. 1941). Vgl. auch seine Äußerungen vom 3. 3. 1941 gegenüber Jodl und vom 30. 3. 1941 vor den Truppenkommandeuren (s. o.).

[212] Ebd., S. 337 (30. 3. 1941). Vgl. auch die Aufzeichnung Hoths „Besprechung durch Führer am 30. 3. 41 in Reichskanzlei", in: BA-MA, RH 21–3/40: „Justiz zu human. Faßt immer wieder dieselben Verbrecher. Behütet sie, statt sie zu töten."

[213] Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/0315/41 g.Kdos., gez. Halder) „Besondere Anordnungen für die Versorgung Anl. 6, Teil C", 3. 4. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 299–304, hier S. 301: „Aktiver oder passiver Widerstand der Zivilbevölkerung ist mit scharfen Strafmaßnahmen im Keime zu ersticken. Selbstbewußtes und rücksichtsloses Auftreten gegenüber den deutschfeindlichen Elementen wird ein wirksames Vorbeugungsmittel sein."

[214] So wurde etwa schon im „Entwurf der Besonderen Anordnungen zur Neufassung der Aufmarschanweisung Barbarossa" des AOK 6 (O.Qu./Qu. 1, Nr. 31/41 g.Kdos.Chefs.), 9. 5. 1941, in: BA-MA, RH 21–1/328, nahezu wörtlich übernommen: „Aktiver und passiver Widerstand der Zivilbevölkerung ist durch harte *Strafmaßnahmen* im Keime zu ersticken."

gesichts der dünnen Nachschublinien und geringen Sicherungskräfte als ernste Bedrohung empfunden. Das probate Gegenmittel, auf das man auf diesem östlichen Kriegsschauplatz anders als im Westen fast unbeschränkt zurückgreifen zu dürfen glaubte, schien Abschreckung durch Terror zu sein. Die ständige Propagierung von rücksichtsloser Härte gegen einen rassischen und ideologischen Feind durch Hitler traf sich mit dem Verständnis der Generale für die militärische Notwendigkeit, mit möglichst geringem Aufwand und doch möglichst großer Wirksamkeit Ruhe im Rücken der Front zu schaffen. Dennoch werden die Truppenbefehlshaber überrascht gewesen sein, wie weitgehend und unverblümt der gemeinsam von OKW und OKH ausgearbeitete Befehl mit Recht und Tradition brach.

Kaum war die Arbeit der Zentralbehörden an diesem Erlass Mitte Mai abgeschlossen, wurden die Frontdienststellen auf ihn vorbereitet. Am 16. Mai 1941 forderte Generalquartiermeister Wagner in der Besprechung mit den wichtigsten Abwehr- und Versorgungsoffizieren des Ostheeres ein *„aktives* Vorgehen bereits gegen aufkeimendes Aufstehen der Bevölkerung" und überließ es dann Oberst-Kriegsgerichtsrat Erich Lattmann, über die bevorstehenden Weisungen zur „Behandlung der Landeseinwohner" zu informieren[215]: „Im allgemeinen wird die Kriegsgerichtsbarkeit gegenüber Landeseinwohnern aufgehoben. An deren Stelle treten nur Kampfmaßnahmen mit der Waffe." Jeder Freischärler werde erschossen, und gegen Ortschaften, aus denen geschossen werde, könnten „kollektive Gewaltmaßnahmen" erfolgen[216]. Straftaten von Heeresangehörigen gegen Landeseinwohner müssten nicht rechtlich geahndet werden, es sei denn, die militärische Disziplin erfordere es[217]. Und selbst dann sollte die Strafvollstreckung in der Regel „zwecks Bewährung vor dem Feind" ausgesetzt werden. Lattmann fasste den Kern seiner Ausführungen mit der für einen Juristen erstaunlichen Bemerkung zusammen, „daß erfolgreich nur durchgegriffen werden kann, wenn ein Kriegsbrauch mit östlichen Mitteln angewandt wird"[218].

Dieser Ankündigung eines unverhohlenen Bruchs mit dem kodifizierten Kriegsrecht folgte der Führererlass „über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet ‚Barbarossa' und über besondere Maßnahmen der Truppe", der bereits am 13. Mai 1941 von Keitel „i.A." unterzeichnet, aber erst Anfang Juni an das Ostheer weitergegeben wurde[219]. Sein erster Teil betraf die „Behandlung von Straftaten feindlicher Zivilpersonen", die der Kriegs- und Standgerichtsbarkeit bis auf weiteres entzogen wurden. Die Wehrmachtsgerichte sollten sich auf ihre Hauptaufgabe, „der *Erhaltung der Manneszucht*", beschränken und die Abwehr

[215] Aufzeichnung Mylius' (AOK 16, Qu. 2) über die Besprechung beim Generalquartiermeister am 16. 5. 1941, 19. 5. 1941, in: BA-MA, RH 20–16/1012, Bl. 66–73, hier Bl. 72f. Erst nach Abschluss der Operationen und Befriedung des Landes sollte die Gerichtsbarkeit wieder zugelassen werden.

[216] Aufzeichnung des AOK 11 (Ic) über diese Besprechung, 19. 5. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-486. „Nicht anstecken, 30 Mann erschiessen." Vgl. auch die Aufzeichnung Mylius' (s.o.): „Wenn keine Anhaltspunkte für Mitschuld gegeben, müssen 30–40 herausgegriffen werden."

[217] Grundsätzlich galt aber: „Motiv ist entscheidend, Erbitterung gegen Greueltaten." Aufzeichnung des AOK 11 (wie oben).

[218] Aufzeichnung Mylius' (wie oben).

[219] Abdruck in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 306f. Nach dem Begleitschreiben Tippelskirchs, 14. 5. 1941 (ebd., S. 305), sollte eine Weitergabe möglichst nicht vor dem 1. 6. 1941 erfolgen.

jeglicher Bedrohung durch die Zivilbevölkerung der Truppe überlassen, die nun ermächtigt wurde, Freischärler „im Kampf oder auf der Flucht schonungslos zu erledigen" und auch alle anderen angreifenden Zivilpersonen „auf der Stelle mit den äußersten Mitteln" zu „vernichten". Ihre Offiziere konnten außerdem über die Erschießung von „tatverdächtigen Elementen" entscheiden und – vom Bataillonskommandeur aufwärts – „kollektive Gewaltmaßnahmen" gegen Ortschaften befehlen, „wenn die Umstände eine rasche Feststellung einzelner Täter nicht gestatten". Die längere Verwahrung Verdächtiger wurde ausdrücklich verboten. Das drängte die Truppe zur Alternative: Erschießen oder Laufenlassen.

Der zweite Teil korrespondierte mit dem ersten, indem der gerichtliche „Verfolgungszwang" bei Straftaten von Wehrmachtsangehörigen gegen Landeseinwohner aufgehoben wurde – selbst dann, „wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist". Bei der Beurteilung dieser Straftaten sei die Verantwortung des Bolschewismus für den „Zusammenbruch im Jahre 1918, die spätere Leidenszeit des deutschen Volkes und de[n] Kampf gegen den Nationalsozialismus" zu berücksichtigen, die kein Deutscher vergessen habe. Der Gerichtsherr, in höchster Instanz also der Armeeoberbefehlshaber, sollte nur dann gerichtlich einschreiten, wenn die „Manneszucht" oder die Sicherung der Truppe gefährdet sei, etwa bei Sexualverbrechen und sinnloser Zerstörung kriegswichtiger Güter. Dass mit diesen Bestimmungen auch „vorbeugende" Härte gegen „verdächtige" Zivilisten gedeckt werden sollte, ergibt sich aus dem Zusammenhang. Die Zivilbevölkerung drohte zu Freiwild zu werden. In einem dritten Teil wurden die Truppenbefehlshaber persönlich dafür verantwortlich gemacht, dass sie alle Offiziere über den ersten Abschnitt des Erlasses „in der eindringlichsten Form" belehrten, ihre Rechtsberater über die politischen Absichten der Führung informierten und dass die Gerichtsbarkeit nicht gegen diese Absichten verstoße.

Dass der Erlass in dieser scharfen Form doch Unbehagen im OKH auslöste, obwohl sich Halder selbst und keineswegs mildernd in seine Vorbereitung eingeschaltet hatte, zeigte der ergänzende Befehl Brauchitschs, mit dem der Kriegsgerichtsbarkeitserlass Anfang Juni an die Heeresgruppen und Armeen ging[220]. Der Oberbefehlshaber des Heeres sorgte sich um negative Folgen für die Kampfkraft und Disziplin der Truppe. Daher betonte er, dass „Bewegung und Kampf mit der feindlichen Wehrmacht" und nicht irgendwelche „Such- und Säuberungsaktionen" die eigentliche Aufgabe der kämpfenden Truppe seien. Auch interpretierte er den Führererlass in dem Sinn, dass lediglich schwere Fälle der Auflehnung „*schärfstes* Durchgreifen" erforderten, geringere Straftaten hingegen durch mildere Maßnahmen zu bestrafen seien. Die Offiziere müssten unbedingt „willkürliche Ausschreitungen" verhindern und einer „Verwilderung der Truppe" vorbeugen. „Der einzelne Soldat darf nicht dahin kommen, daß er gegenüber Landeseinwohnern tut und läßt, was *ihm* gut dünkt, sondern er ist in jedem Falle *gebunden an die Befehle seiner Offiziere*." Da aber auch Brauchitsch die Behandlung der Zivilbevölkerung nicht an rechtliche, sondern lediglich an disziplinarische Rück-

[220] Befehl Brauchitschs (OB.d.H./Gen.z.b.V.b.OB.d.H./Gr.R.Wes., Nr. 80/41 g.Kdos.Chefs.) „Behandlung feindlicher Zivilpersonen und Straftaten Wehrmachtsangehöriger gegen feindliche Zivilpersonen", 24. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 307f.

sichten band und die Offiziere bis zum Kompanieführer hinab zu den alleinigen Herren über Leben und Tod machte, kann von einer grundsätzlichen Entschärfung des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses über eine stärkere, allerdings recht weit auslegbare Beachtung der „Manneszucht" hinaus nicht gesprochen werden.

Das erkannte auch Generalfeldmarschall v. Bock, der den Erlass am 4. Juni 1941 auf seinem Schreibtisch vorfand und sogleich bemängelte, dass er „praktisch jedem Soldaten das Recht gibt, auf jeden Russen, den er für einen Freischärler hält – oder zu halten vorgibt – von vorne oder von hinten zu schießen"[221]. Die Folgen der „Franktireurpsychose"[222] in Frankreich und stärker in Polen standen Bock noch deutlich vor Augen. Er hielt den Versuch Brauchitschs, den Erlass abzuschwächen, für „unvollkommen" und ließ dem OKH mitteilen, „daß nach meiner Auffassung die Verfügung in dieser Form untragbar und mit der Manneszucht nicht vereinbar sei". Für Bock war die Sorge um die Disziplin das entscheidende Argument, während er gegen die schwerwiegende und völkerrechtswidrige Aufhebung der Rechtssicherheit für die Bevölkerung der besetzten Gebiete offenbar keine grundsätzlichen Bedenken hatte. Er selbst hatte schon im Polenfeldzug kollektive Strafmaßnahmen gegen ganze Dörfer sanktioniert[223].

Die Sorge um die Disziplin bewegte auch seinen wichtigsten Armeeführer. Nach einem Gespräch mit Bock schickte ihm Generalfeldmarschall v. Kluge für seine Verhandlungen mit dem OKH einen Vorschlag zur Änderung des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses, der ausschließlich den zweiten Abschnitt betraf und einen starken Akzent auf die „Manneszucht" sowie die Ahndung von Verbrechen und schweren Vergehen deutscher Soldaten legte – einschließlich der militärischen[224]. Zwar betonte Kluge, dass nicht „jeder Soldat den Landeseinwohnern gegenüber tun kann, was er will", wollte aber ebenfalls gelten lassen, dass die Handlungen gegen die sowjetische Zivilbevölkerung anders zu beurteilen seien als bei einer „nicht bolschewisierten Bevölkerung". Außerdem müsse der Gerichtsherr „die Kriegsnotwendigkeiten, die Einstellung zum Bolschewismus und das Verhalten der feindlichen Zivilbevölkerung" berücksichtigen. Auch bei Kluge war das Bemühen unverkennbar, die gezielt vorbereitete „rücksichtslose Härte" gegen die „feindliche Zivilbevölkerung" vorauseilend zu rechtfertigen – sowohl mit militärischem Pragmatismus als auch mit ideologischen Überlegungen.

Die Motivation für Kluges Änderungsvorschlag wurde auch deutlich, als er am 10. Juni den Stabschefs der ihm unterstellten Verbände den drohenden Erlass ankündigte. Er habe „persönlich Einspruch erhoben. (Verhältnis von Soldat zu Landeseinwohnern!) *Kein Zweifel*: Aufrechterhaltung der Disz[iplin] ist das Entscheidende. *Kdre.* müssen sich immer davon leiten lassen, die Disziplin u. Man-

[221] Bock, Kriegstagebuch, S. 190 (4. 6. 1941). Die Weitergabe des Erlasses über die Armeeoberkommandos hinaus wurde zunächst aufgeschoben. Zur Reaktion des Heeresgruppenkommandos vgl. auch Gerlach, Morde, S. 1115–1118. Nach der Darstellung Gersdorffs, Soldat, S. 86–89, bedrängten Bocks Generalstabsoffiziere, besonders Tresckow, ihn sogar, mit Leeb und Rundstedt nach Berlin zu fliegen und bei Hitler zu protestieren, was der Feldmarschall jedoch abgelehnt habe. Vgl. dagegen Gerlach, Hitlergegner.

[222] Bock, Kriegstagebuch, S. 136 (26. 5. 1940).

[223] Befehl Bocks, 10. 9. 1939, in: Nacht über Europa, Bd. 2, S. 115. Vgl. auch Kapitel I,3,d.

[224] Kluge an Bock (AOK 4, IIa, Nr. 16/41 g.Kdos.), 6. 6. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 323 f. Kluge hatte sich bereits am 4. 6. 1941 mit Bock getroffen und vermutlich auch über den Kriegsgerichtsbarkeitserlass gesprochen. Vgl. Bock, Kriegstagebuch, S. 190 f.

neszucht aufrecht zu erhalten! O.B. wird sie ev. decken. Nap[oleons] Heer ist durch das Laufenlassen der Plünderung zugrundegegangen! O.B.: Als Richtschnur für die Armee bleibt allein die Disziplin!"[225] Ob sich hinter der starken, vom militärischen Standpunkt aus zwingenden Betonung der Disziplin auch eine weitergehende Ablehnung der verordneten Brutalität gegen Zivilisten verbarg, lässt sich nicht beweisen. Zwar ist belegt, dass man sich im Armeeoberkommando 4 über die negative Wirkung des Erlasses nicht allein auf die „Manneszucht" der Truppe, sondern auch auf die Haltung der Bevölkerung Gedanken machte[226], jedoch hatte diese seltene Nachdenklichkeit zunächst keine Folgen. Aufschlussreich ist aber die Bemerkung Kluges, er werde ein disziplinarisches Gegensteuern decken. Hier zeigte sich die Haltung eines selbstbewussten Armeeführers, der glaubte, die Anordnungen von oben in seinem Befehlsbereich noch selbständig gestalten zu können. Aus diesem Grund und weil er wie so viele auf einen schnellen Feldzug hoffte, wollte Kluge den Erlass weder zu ernst nehmen noch auf seiner verbindlichen Abschwächung beharren.

Inzwischen war die Kritik seines Vorgesetzten Bock im Sand verlaufen. Brauchitsch gelang es in einem Telefongespräch am 7. Juni recht leicht, den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B davon zu überzeugen, dass sein Ergänzungsbefehl bei genauem Hinsehen bereits alle Bedenken Bocks vollständig berücksichtige und vor allem „die Aufrechterhaltung der Manneszucht eine entscheidende Rolle spielen" werde[227]. Obwohl Bock sofort einverstanden war, formulierte das Heeresgruppenkommando doch noch eigene „Zusätze" zu Brauchitschs Disziplinarerlass, die deutlicher die disziplinarischen Notwendigkeiten hervorhoben und Exzesse, Sexualdelikte und Plünderungen zu ahnden drohten[228]. Auch diese „Ergänzung der Ergänzung" bedeutete freilich keine grundsätzliche Änderung des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses, der in seinem ersten Teil unangetastet blieb. Weitere Einsprüche, sei es von der Heeresgruppe Mitte, der 4. Armee oder irgendeinem anderen Großverband des Ostheeres, sind nicht bekannt. Selbst die halbherzigen Proteste Bocks und Kluges waren die Ausnahme.

[225] Aufzeichnung des AOK 4 über diese Besprechung, in: BA-MA, RH 20–4/171. Vgl. daneben AOK 4, KTB Ia, 10. 6. 1941, in: NA, T 312/158: Kluge bemerkte, „daß ein Befehl des Führers über die Rechtsausübung auch gegenüber den Landeseinwohnern im russ[ischen] Raum zu erwarten ist. Die Aufrechterhaltung der Disziplin ist entscheidend für das Gelingen der Operation. Napoleons Heer ist in der Hauptsache durch das Gewähren von Plünderungen zu Grunde gegangen." Vgl. auch die Äußerung Blumentritts vor dem Stab am 13. 6. 1941, ebd., „daß der O.B. ausdrücklich befohlen hat, die Manneszucht der Truppe steht über allem. Der Führer habe gesagt, die Wehrmacht soll nicht zum Büttel werden." Blumentritt erinnerte sich später, dass Kluge zu dieser Zeit die Denkwürdigkeiten Caulaincourts über den Russlandfeldzug Napoleons mit der größten Aufmerksamkeit gelesen habe. Blumentritt, Moscow, S. 42. Dieses Buch war jetzt ohnehin eine häufige Lektüre der Militärelite. Vgl. etwa Praun, Soldat, S. 154: „Generaloberst Guderian sprach über die Memoiren des Generaladjutanten Napoleons Caulaincourt, die er vor dem Feldzug gründlich studiert hatte."

[226] Vgl. AOK 4, Tätigkeitsbericht Ic, 14.–16. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20–4/671, Bl. 3: Der Ic-Offizier der Armee, Major i.G. Erich Helmdach, verwies den Chef der Abteilung Wehrmachtspropaganda im OKW, Oberst v. Wedel, auf „die von hier erwartete neutrale, z.T. freundschaftl. Haltung der Bevölkerung. Wunsch diese nicht zu verprellen und Anregung, eine vernünftige, sachliche Politik im Ostraum nicht durch Radikalmaßnahmen zu erschweren."

[227] Bock, Kriegstagebuch, S. 191 f. (7. 6. 1941): „Nun bin ich einverstanden!"

[228] „Zusätze der Heeresgruppe B", 13. 6. 1941, in: BA-MA, WF-03/9121.

Diskussion oder gar Kritik kamen auch nicht auf, als der General z.b.V. im OKH, Generalleutnant Eugen Müller, den Ic-Offizieren und Heeresrichtern der Heeresgruppen, Armeen und Panzergruppen den Kriegsgerichtsbarkeitserlass erläuterte. Am 11. Juni 1941 betonte er vor den zuständigen Offizieren des mittleren Abschnitts in Warschau, „daß im kommenden Einsatz *Rechtsempfinden u.U. hinter Kriegsnotwendigkeit* zu treten haben"[229]. Ebenso entlarvend war seine Bemerkung, der bevorstehende Daseinskampf – „einer von beiden Feinden muß auf der Strecke bleiben" – verlange die „Rückkehr zum alten Kriegsbrauch". Müller gab damit unumwunden zu, dass die Wehrmachtsführung und Heeresleitung das Kriegsvölkerrecht gemäß der Richtlinien Hitlers bewusst ignorieren wollten, um den bolschewistischen Feind ohne rechtliche Bindungen und Rücksichten umso schneller vernichten zu können. Daher sprach er der Zivilbevölkerung das in Artikel 2 der Haager Landkriegsordnung (HLKO) vom 18. Oktober 1907 zugestandene Recht des spontanen Waffengreifens bei einem feindlichen Angriff ab. Zugleich wurde der Begriff „Freischärler" nicht nur auf den bewaffneten irregulären und illegalen Widerstand bezogen, sondern auf jeden erweitert, „der als Zivilist die deutsche Wehrmacht behindert oder zur Behinderung auffordert (z.B. Hetzer, Flugblattverteiler, nicht befolgen deutscher Anordnungen, Brandstifter, Zerstören von Wegweisern, Vorräten, u.a.w.)". Müller forderte harte Strafen in einem harten Krieg und erinnerte an das russische Verhalten gegen die ostpreußische Bevölkerung im Jahr 1914[230]. Besonders weitreichend und problematisch war seine Maßgabe: „In Zweifelsfällen über Täterschaft wird häufig der Verdacht genügen müssen." Dass auch Müller die disziplinarischen Grenzen ansprach und vor „unnötigem Scharfmachen" und „Blutrausch" warnte, wirkte angesichts der von ihm bestätigten Entrechtung der Bevölkerung in den besetzten sowjetischen Gebieten nurmehr floskelhaft.

Die Erläuterungen Müllers waren mehr als Worte, die in internen Besprechungen verhallten. Sie fanden nachweislich Eingang in die Befehle der höchsten Kommandobehörden im Osten, die den Kriegsgerichtsbarkeitserlass in den folgenden Tagen schriftlich bis zu den Divisionskommandeuren verteilten und darüber hinaus „seine Grundsätze" mündlich weitergeben ließen[231]. So erwähnten die „Zu-

[229] Aufzeichnung des Ic der Panzergruppe 3, Tätigkeitsbericht Ic, Januar–Juli 1941, 14. 8. 1941 (gesehen von Hoth am 25. 8. 1941), in: BA-MA, RH 21-3/423. Am 10. 6. 1941 hatte Müller in Allenstein vor den entsprechenden Offizieren des nördlichen Abschnitts (Heeresgruppe Nord, 16. und 18. Armee, Panzergruppe 4) einen offenbar gleichlautenden Vortrag gehalten. Vgl. die Aufzeichnung des H.Gr.Kdo. Nord (Ic/AO), in: BA-MA, RH 19 III/722, Bl. 87f. Interessant ist der Zusatz: „Kämpfe mit Landeseinwohnern untereinander gehen uns nur soweit etwas an, als sie Sicherheit der Truppe berühren." Auch die obersten Kommandobehörden der Heeresgruppe Süd wurden in diesen Tagen von Müller unterrichtet, wie der Befehl des AOK 6 zeigt (s.u.).

[230] „Die Härte des Krieges erfordert harte Strafen (Erinnerung an Weltkrieg: Der Russe in Gumbinnen: Erschiessen aller an der Strecke Tilsit – Insterburg wohnenden Dorfbewohner, falls die Strecke beschädigt würde)." Das weit verbreitete Weltkriegswerk des Reichsarchivs schildert in seinem 1925 erschienenen Bd. 2, S. 324–330, kollektive Repressalmaßnahmen (Niederbrennen von Orten, Erschießungen von Zivilisten) der russischen Truppen in Ostpreußen. Die Russen hätten „vielfach mit wüster Roheit verfahren" und teilweise „asiatische Sitten auf deutsches Kulturland" übertragen (S. 326). Außerdem sei es zu Plünderungen gekommen, bei denen polnische Juden eine große Rolle gespielt hätten (S. 327). Die Stereotype waren bereits ausgebildet, wobei nicht unterschätzt werden darf, dass die kurze russische Besatzung in Ostpreußen tatsächlich zu nicht unbeträchtlichen Opfern und Schäden geführt hatte.

[231] Befehl Brauchitschs (OB.d.H./Gen.z.b.V.b.OB.d.H./Gr.R.Wes., Nr. 80/41 g.Kdos.Chefs.) „Be-

sätze der Heeresgruppe B" zwei Tage nach der Warschauer Besprechung die einseitige Aufhebung des Artikels 2 der HLKO und legten den Freischärlerbegriff großzügig aus[232]. Noch deutlicher wurden die Gedanken Müllers in einem Befehl verarbeitet, in dem das Oberkommando der 6. Armee seinen Kommandierenden Generalen und Divisionskommandeuren den Führererlass auslegte[233]. Auch er propagierte die „Einstellung auf östliche Kampfmethoden", die „Erweiterung des Kriegsbrauches" und eine „Härte, wie sie bei der Kampfführung im [Ersten] Weltkriege bereits im Osten bestand"[234]. Offener als anderswo wurde das Ziel des Erlasses ausgesprochen, „den militärischen Zweck der Niederkämpfung der feindlichen Wehrmacht mit dem politischen Zweck der Ausrottung des Bolschewismus zu verbinden". „Der Russe" müsse so behandelt werden, wie es seiner Mentalität – „eine Mischung von Grausamkeit und gutmütiger Ergebenheit" – entspreche. Ebenso klar erkannte das Armeeoberkommando 6 die Neudefinition des Freischärlerbegriffs, der sich nun auch auf jeden Versuch und Ansatz des unbewaffneten Widerstands bezog[235]. „Also Freischärlerei im erweiterten Sinne!" Diese „Freischärler" seien im Kampf oder auf der Flucht zu „erledigen" bzw. auf Befehl eines Offiziers zu erschießen. Nicht weniger lapidar wurden mögliche Kollektivmaßnahmen genannt: „Abbrennen des betreffenden Dorfes, soweit eigene Unterkunft dadurch nicht gefährdet wird, oder Erschießen der männlichen Einwohner."[236] Oberbefehlshaber Walter v. Reichenau und sein Stab hatten die Intentionen Hitlers und des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses voll erfasst und getreu übermittelt. Es ist beinahe überflüssig zu erwähnen, dass natürlich auch in diesem Befehl trotzdem noch die „Erhaltung der Manneszucht" beschworen wurde[237].

Alle diese Beispiele zeigen, dass wie im Polenfeldzug auch im Krieg gegen die Sowjetunion die Quadratur des Kreises versucht wurde: Jede Form des Widerstands von Zivilisten sollte, und sei es auch nur auf Verdacht, brutal unterdrückt werden, zugleich jedoch die Disziplin bewahrt bleiben. Die wiederholte Betonung des zweiten Aspekts konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Kern

handlung feindlicher Zivilpersonen und Straftaten Wehrmachtsangehöriger gegen feindliche Zivilpersonen", 24. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 307 f.

[232] „Zusätze der Heeresgruppe B", 13. 6. 1941, in: BA-MA, WF-03/9121.

[233] Befehl des AOK 6 (Ic/AO, Nr. 209/41 g.Kdos.Chefs.), 16. 6. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-3459. Dieser von Generalstabschef Heim unterzeichnete Befehl sollte „nach Kenntnisnahme durch die Herren Kommandierenden Generale und Divisionskommandeure" vernichtet werden.

[234] „Zahlreiche Beispiele erbeuteter russischer Befehle vom Jahre 1914 aus Ostpreußen und Galizien und Befehle der alliierten Besatzungstruppen in Oberschlesien aus dem Jahre 1921 mit Drohungen gegenüber kämpfenden Zivilisten und Androhungen von Kollektivmaßnahmen bestätigen, dass der Gegner diese Härte stets anwandte."

[235] „*Neu* ist in dem Erlass, dass auch Zivilpersonen als Freischärler zu behandeln sind, die mit andern Mitteln als mit den Waffen (z. B. Sabotage an Autoreifen, Lochschlagen in den Benzintank, hetzerische Reden, Herstellung und Verbreitung von Flugblättern, Plakatanschläge, Flüsterpropaganda) ihre feindselige Einstellung gegen die deutsche Wehrmacht bekunden und auf diese Weise am Kampf teilnehmen."

[236] Aufschlussreich ist auch der Zusatz: „Kollektivmassnahmen haben sofort durch die Truppe zu geschehen, Abgabe an rückwärtige Dienststellen (SS-Sonderkommandos) haben zu unterbleiben."

[237] Allerdings hatte das AOK 6 eine recht großzügige Auffassung von Disziplin: „Wenn *nach* dem Kampf der Offizier die Entscheidung über Leben und Tod des Freischärlers trifft, der Soldat ihn lediglich vorführt, bleibt die Disziplin am besten gewahrt. Nur *im* Kampf und auf der Flucht entscheidet der Soldat selbstverständlich allein. Bei dieser Handhabung wird einer Verwilderung der Truppe und einer zu weiten Auslegung des Begriffs ‚Freischärlerei' vorgebeugt."

dieses „verbrecherischen Befehls", die nahezu völlige Entrechtung der von vornherein als feindlich eingestuften Bevölkerung, akzeptiert wurde. Die Aufrechterhaltung der „Manneszucht" sollte die Truppe vor der „Verwilderung" und das Ostheer vor der Schwächung seiner Kampfkraft schützen, nicht aber die Bevölkerung vor der Willkür einer Besatzungsmacht, die sogar niedrigrangigen Offizieren den Freibrief für selbstherrliche Repressionsmaßnahmen gab. Ob eine disziplinierte Truppe oder eine wilde Soldateska ein Dorf niederbrennt und seine männlichen Einwohner ermordet, macht vielleicht in der Durchführung, nicht aber im Ergebnis einen Unterschied. Außerdem musste die Rückkehr zum angeblichen „Kriegsbrauch", verdächtige Zivilisten selbst bei so schwer zu bewertenden Vergehen wie „Hetzerei" oder „Flüsterpropaganda" ohne Gerichtsverfahren als „Freischärler" zu erschießen, zwangsläufig zu einer moralischen Verrohung der Truppe *und* der beteiligten Offiziere führen.

Der ganze Widersinn des Nebeneinanders von Radikalisierung und Disziplinierung wurde durch die bereits erwähnten Merkblätter für die Truppe noch verstärkt. Sie wurden in denselben Tagen wie der Kriegsgerichtsbarkeitserlass verbreitet und unterstrichen seine Tendenz, indem sie die Truppe nicht nur gegen die Rote Armee, sondern teilweise auch gegen die Bevölkerung zu Härte und Misstrauen anhielten. So verlangten die OKW-Richtlinien für das „Verhalten der Truppe in Russland" von den Soldaten „rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen *bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden* und restlose Beseitigung jedes aktiven oder passiven Widerstandes"[238]. Mit dem Hinweis, dass ein großer Teil der Bevölkerung den Bolschewismus innerlich ablehne, wurde der Truppe eine Differenzierung zugemutet, wie sie nach dieser Scharfmacherei kaum mehr möglich war. Wie sollte der Landser entscheiden, ob die Zivilisten feindlich oder freundlich gesinnt waren? Sein Misstrauen war durch die Befehle und Merkblätter der Zentralbehörden und Frontdienststellen geweckt, besonders gegen die Juden, die als Hauptträger des „jüdischen Bolschewismus" galten[239]. Dieses Misstrauen vergrößerte die Bereitschaft zu abschreckender, vorbeugender und willkürlicher Gewalt, für die der Weg frei war.

Das Tor zu diesem Weg wurde auch durch die Zusätze, Durchführungsbestimmungen und Merkblätter zum Kriegsgerichtsbarkeitserlass keineswegs geschlossen. Wie viele Offiziere und Soldaten die Schwelle überschreiten würden, musste sich zwar erst in der Wirklichkeit des Ostkriegs erweisen, doch schufen der Erlass und seine Akzeptanz durch die Heeres- und die Truppenführung von vornherein einen rechtsfreien Raum, der das Unrecht geradezu anzog. Falls Brauchitsch und

[238] „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland", als Anlage 3 der Besonderen Anordnungen Nr. 1 des OKW zur Weisung Nr. 21, 19. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 312.

[239] Vgl. etwa ebd. und das Merkblatt des AOK 17 „Wichtig für alle Führer und Soldaten im Falle eines Krieges mit der Sowjetunion", in: BA-MA, RH 20–17/276: „Die Völker der Sowjetunion sind teilweise Asiaten und stehen unter *bolschewistisch-jüdischer Führung*." Symptomatisch war auch der von Generalstabschef Wöhler unterzeichnete Tagesbefehl des AOK 11 (Oberkommando der Truppen des Deutschen Heeres in Rumänien, IIa), 20. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20–11/348, der vor der jüdischen Bevölkerung im rumänischen Aufmarschgebiet warnte: „Die sehr zahlreichen jüdischen Familien sind zu den deutschen Truppen ausserordentlich freundlich. Sie versuchen alles, um Wehrmachtangehörige als Quartiergäste zu bekommen. Diese Machenschaften der Juden sind in Wahrheit nur Tarnung für Spionageabsichten und andere jüdische Vorhaben."

einige höhere Kommandeure tatsächlich geglaubt haben sollten, durch strenge Disziplinarmaßnahmen den zweiten Teil aushebeln und den ersten Teil abschwächen zu können, so war das naiv und außerdem eine Überforderung der subalternen Truppenoffiziere, auf die der größte Teil der Verantwortung abgeschoben wurde. An der wahren Bedeutung des Erlasses änderte dies nichts. Wie 1933 durch die Reichstagsbrandverordnung für das Deutsche Reich und seine Einwohner[240], so wurden nun durch den Kriegsgerichtsbarkeitserlass für die künftig besetzten sowjetischen Gebiete und seine Bevölkerung elementare Grundrechte auf dem Verordnungsweg aufgehoben. Doch anders als im Reich sollte in den Ostgebieten – um die Begriffe Ernst Fraenkels aufzugreifen – der „Normenstaat" nahezu vollständig hinter dem „Maßnahmenstaat" zurücktreten. Die Bevölkerung war der Besatzungsmacht nahezu schutz- und rechtlos ausgeliefert und stand unter dem Generalverdacht der „Freischärlerei", auf die bereits beim geringsten, unbewaffneten Widerstandsakt, ja bereits bei Verdacht oder nur zufälliger Nähe zum Tatort der Tod stehen konnte. Es galten allein die harten Regeln des Ausnahmezustands und „Staatsnotstands".

Dass der Kriegsgerichtsbarkeitserlass einen tiefgreifenden Traditions- und Rechtsbruch bedeutete, wird jedem Offizier, besonders den erfahrenen und altgedienten Oberbefehlshabern und Befehlshabern von Heeresgruppen, Armeen und Panzergruppen bewusst gewesen sein. Die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung waren ebenso bekannt wie die deutsche Besatzungspraxis im Ersten Weltkrieg. Dass Straftaten von Zivilisten gegen die Besatzungsmacht vor den Kriegsgerichten verhandelt wurden, Täter und Verdächtige bis dahin verwahrt wurden und dass jede Straftat von Soldaten gegen Landeseinwohner verfolgt werden musste, waren Selbstverständlichkeiten. Auch der „Rote Esel", das maßgebliche „Handbuch für den Generalstabsdienst im Kriege" vom 1. August 1939, fasste die wichtigsten rechtlichen Bindungen zusammen und legte namentlich auch für die völkerrechtlich noch nicht abschließend behandelte „Freischärlerei" fest, dass bis zur Urteilsvollstreckung derselbe kriegsgerichtliche Verfahrensweg einzuhalten sei wie bei Spionage[241].

Auch die einseitige Auslegung des Freischärlerbegriffs brach eindeutig mit Recht und Herkommen. Der Artikel 1 der HLKO erkannte ausdrücklich auch Freiwillige und Milizionäre als Kombattanten an, sofern sie vier Voraussetzungen erfüllten: verantwortliche Vorgesetzte, aus der Ferne erkennbare Abzeichen, offenes Führen der Waffen, Beachtung der Gesetze und Gebräuche des Krieges. Artikel 2 ging sogar noch weiter und nahm von diesen Bedingungen die Zivilbevölkerung aus, die beim Herannahen des Feindes zu den Waffen griff, ohne Zeit zu haben, sich nach Artikel 1 zu organisieren. Dieses Recht wurde der sowjetischen Bevölkerung grundsätzlich aberkannt. Ebenso ignorierten die deutschen Stellen den Artikel 1, denn die Angehörigen der sowjetischen Wehrverbände wurden von

[240] Vgl. Raithel/Strenge, Reichstagsbrandverordnung.

[241] Vgl. H.Dv.g 92: Handbuch für den Generalstabsdienst im Kriege, Teil 1, Berlin 1939, S. 105–107. Die Verfahrensregelung gegen Spione stützte sich auf die HLKO (Art. 29–31) sowie auf die Kriegssonderstrafrechtsverordnung und Kriegsstrafverfahrensordnung vom 17. 8. 1938 (H.Dv. 3/13). Auf Spionage wie auf Freischärlerei stand die Todesstrafe.

vornherein zu Freischärlern erklärt[242], obwohl man von ihnen noch am ehesten die Beachtung der in der HLKO genannten Voraussetzungen erwarten konnte. Nach dem Kriegsgerichtsbarkeitserlass galt jeder bewaffnete und unbewaffnete Widerstand außerhalb der Roten Armee als Freischärlerei. Anders als im Kriegsvölkerrecht wurde die Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Irregulären gar nicht erst gemacht. Diese Auffassung prägte später die Partisanenbekämpfung.

Ebenso weitreichend und verheerend war der Freibrief für kollektive Gewaltmaßnahmen. Auch wenn sich die deutsche Seite darauf berufen konnte, dass Kollektivstrafen, Repressalien und Geiselnahmen völkerrechtlich nicht ausgeschlossen waren, bestand doch nach den Kriegsbräuchen das Gebot der Verhältnismäßigkeit. Die Empfehlung, Dörfer, aus denen die Truppe beschossen wurde, niederzubrennen und ihre Bevölkerung zu dezimieren, widersprach diesem Gebot. Der „Rote Esel" warnte noch vor der Gefahr, dass Vergeltungsaktionen die gegenseitige Gewalt bis zur faktischen Aufhebung des Kriegsvölkerrechts eskalieren lassen könnten[243]. Außerdem wurden in dieser Druckvorschrift noch „ritterliches Verhalten", „Achtung getroffener Verabredungen" und Einhaltung der „Regeln des Völkerrechts" angemahnt[244]. Von all dem wollten der Kriegsgerichtsbarkeitserlass und seine Kommentatoren kaum mehr etwas wissen.

Umso erstaunlicher ist, dass der Widerstand der Oberbefehlshaber und höchsten Kommandeure des Ostheeres so gering und vereinzelt blieb. Selbst die konservativsten Generale dieser Gruppe schienen sich mit dem Erlass abzufinden. Vermutlich war die Erwartung eines heftigen, aber kurzen Feldzugs das stärkste Argument für diese Zurückhaltung. Auch wird die Anerkennung der „Kriegsnotwendigkeiten" eine wichtige Rolle gespielt haben. Der geplante schnelle Vorstoß mit ganzer Kraft drohte die Versorgungslinien und überhaupt das rückwärtige Gebiet zur Achillesferse der deutschen Kriegführung werden zu lassen. Die Befriedung des Hinterlands durch die schwachen Sicherungstruppen schien die Anwendung rücksichtsloser Gewalt zu erzwingen. Die Militärtheorie der Zwischenkriegszeit hatte für den „Totalen Krieg" die Kriegsnotwendigkeit über das Kriegsrecht gestellt. Daran konnten die deutsche Heeresleitung und Truppenführung ebenso anknüpfen wie an die Erklärung Hitlers, dass der bevorstehende Krieg ein Entscheidungskampf der Rassen und Weltanschauungen sei. Nach den verbreiteten rassistischen und politischen, von der NS-Ideologie zusätzlich geschürten Ressentiments wurde die sowjetische Bevölkerung kaum als „Kulturvolk", der

[242] Vgl. die Aufzeichnung des Ic der Panzergruppe 3, Tätigkeitsbericht Ic, Januar–Juli 1941, 14. 8. 1941 (gesehen von Hoth am 25. 8. 1941), in: BA-MA, RH 21–3/423, über die Erläuterungen Müllers am 11. 6. 1941: Auch „wehrsportliche Vereinigung (Komsomol, Ossoaviachim)" habe kein Recht auf bewaffneten Widerstand. Vgl. auch die Übernahme dieser Erläuterung im Befehl des AOK 6 (Ic/AO, Nr. 209/41 g.Kdos.Chefs., gez. Heim), 16. 6. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-3459.

[243] Vgl. H.Dv.g 92: Handbuch für den Generalstabsdienst im Kriege, Teil 1, Berlin 1939, S. 103: „Eine gegenseitige Steigerung von Vergeltungsmaßnahmen führt notwendigerweise zu einer Verneinung des Völker-(Kriegs-)Rechts überhaupt. Eine sorgfältige Prüfung der Folgen ihrer Anwendung wie ihre etwaige vorherige Ankündigung sind das Gebot kluger Voraussicht."

[244] Ebd., S. 102 f. Allerdings wurde gleichzeitig eine Lockerung der Bindungen in bestimmten Fällen vorbereitet: „Mit den durch Volkscharakter und besondere Umstände bedingten Verschiedenheiten in den Auffassungen über den Kriegsbrauch ist zu rechnen. [...] Die Regeln des Völkerrechts beruhen nur auf gegenseitiger Anerkennung. Eine überstaatliche Macht, die ihre Beachtung erzwingen könnte, gibt es nicht."

„Ostraum" kaum als „Kulturlandschaft" angesehen[245]. Hier schienen eigene Gesetze zu gelten, die den westlichen Kriegsbräuchen und Kriegsrechten widersprachen. Viele Generale hielten den Kriegsgerichtsbarkeitserlass offensichtlich für eine zwar im Einzelnen überzogene, aber in der Tendenz doch gerechtfertigte Reaktion auf die angebliche Eigengesetzlichkeit des bevorstehenden Ostkriegs. Die Folge war vermutlich ein individuell unterschiedliches Schwanken zwischen Zustimmung und Skepsis.

Der Kriegsgerichtsbarkeitserlass wurde hier so relativ ausführlich betrachtet, da er für die Kriegführung und Besatzungsherrschaft im Osten von richtungweisender und dauerhafter Bedeutung war. Er betraf potentiell viele Millionen Zivilisten. Dagegen wandte sich der zweite „verbrecherische Befehl", der *„Kommissarbefehl"*, lediglich gegen eine überschaubare Gruppe von Funktionären und war daher zwar ebenso symptomatisch, aber weniger folgenreich als der erste Erlass, den er ergänzen sollte. Hitler konfrontierte die Generalität bereits am 30. März 1941 mit heftigen Ausfällen gegen die sowjetischen Kommissare, die überall „asiatisch gehaust" hätten und keine Schonung verdienten[246]: „Nicht an Kriegsgericht, sondern sofort durch die Truppe beseitigen. Nicht nach hinten abschieben." Welche Kommissare genau gemeint waren, wurde nicht näher ausgeführt. So einigten sich Halder, General z.b.V. Müller und Oberst-Kriegsgerichtsrat Lattmann am 6. Mai 1941 in vorauseilendem Gehorsam auf einen Befehlsentwurf, der „im Sinne der letzten Führer-Ansprache an die Generäle" die „Beseitigung" *aller* von der Truppe aufgegriffenen politischen Funktionäre vorsah, da – nach den Worten Halders – die Truppe „den weltanschaulichen Kampf mit durchfechten" müsse[247]. So weit wollte aber selbst das OKW nicht gehen. Warlimont und Jodl schwächten den OKH-Entwurf ab, um die direkte Beteiligung des Heeres an diesem „weltanschaulichen Kampf" weitgehend auf die Beseitigung der Kommissare in der Roten Armee zu beschränken und die verabredete Arbeitsteilung zwischen dem Heer und den SS- und Polizeikräften im Großen bestehen zu lassen.

Die „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare", die das OKW der Heeresleitung am 6. Juni 1941 „im Nachgang" zum Kriegsgerichtsbarkeitserlass übersandte, waren freilich radikal genug[248]. Wie der „Führererlass" und die Merkblätter für die Truppe gingen sie von einem unmenschlichen und völkerrechtswidrigen Verhalten des bolschewistischen Feindes aus und erwarteten namentlich von den „politischen Kommissaren aller Art" eine Misshandlung der

[245] Und nur im Krieg zwischen „Kulturvölkern" konnten nach allgemeiner Auffassung die rechtlichen und moralischen Bindungen wirksam werden. Vgl. den Hinweis ebd., S. 102: „Ritterliches Verhalten im Kampf und Achtung getroffener Verabredungen gelten seit altersher als stillschweigender *Kriegsbrauch* zwischen den Soldaten der Kulturvölker."

[246] Aufzeichnung Hoths „Besprechung durch Führer am 30. 3. 41 in Reichskanzlei", in: BA-MA, RH 21–3/40. Vgl. auch das Kapitel „Prolog". In diesem Punkt ist die Aufzeichnung Hoths wesentlich deutlicher als das Kriegstagebuch Halders, Bd. 2, S. 337 (30. 3. 1941).

[247] Ebd., S. 399 (6. 5. 1941). Abdruck des OKH-Entwurfs bei Jacobsen, Kommisssarbefehl, S. 489–491. Zur Entstehung des so genannten Kommissarbefehls vgl. Uhlig, Befehl; Jacobsen, Kommissarbefehl; Messerschmidt, Wehrmacht, S. 402–407; Krausnick, Kommissarbefehl; Streit, Kameraden, S. 44–49; DRZW, Bd. 4, S. 335–340 (Beitrag Förster); Hartmann, Halder, S. 248–251; Arnold, Wehrmacht, S. 140–145.

[248] OKW (WFSt, Abt. L/IV/Qu, Nr. 44822/41 g.Kdos.Chefs., gez. Warlimont) an OKH, 6. 6. 1941, mit Anlage „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare", in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 313 f.

deutschen Kriegsgefangenen. Mit dieser Annahme wurde begründet, dass die Truppe ihrerseits ohne Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme gegen diese „Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden" vorgehen müsse. Anders als vom OKH vorgeschlagen, sollten allerdings die zivilen Kommissare zunächst nicht anders behandelt werden als die sowjetischen Zivilisten überhaupt, d.h. sie waren nur bei Widerstand zu „erledigen". Dagegen sollten die politischen Kommissare der Roten Armee entweder im Kampf niedergemacht oder sofort nach der Gefangennahme abgesondert und liquidiert werden. Der Zusatz Brauchitschs, dass die „Erledigung" der Truppenkommissare „unauffällig" auf Befehl eines Offiziers zu erfolgen habe, war keine Abschwächung der Richtlinien, sondern nur eine Durchführungsbestimmung[249]. Der „Kommissarbefehl" ging schriftlich an die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen, die ihre nachgeordneten Kommandeure dann in den letzten Tagen vor dem deutschen Angriff mündlich über seinen Inhalt informierten.

Der unmissverständliche Mordbefehl gegen „Organe der feindlichen Truppe", wie es die Richtlinien formulierten, also gegen reguläre Kombattanten, erregte nach dem Krieg und auch in der Forschung zunächst wesentlich größeres Aufsehen als der folgenreichere Kriegsgerichtsbarkeitserlass. Dieser Verstoß gegen Recht und Moral ließ keine Ausflüchte zu, sondern nur die Entscheidung dafür oder dagegen. Er traf die Ehre und Verantwortung des Offizierkorps ins Mark. So wundert es nicht, dass im Rückblick nahezu alle befragten Truppengenerale behaupteten, sie hätten den „Kommissarbefehl" zutiefst abgelehnt, gegen ihn protestiert, seine Weitergabe boykottiert und seine Wirkung durch mündliche Gegenbefehle neutralisiert. Diese stereotypen Aussagen sind Legion, auch für die Generale unserer Gruppe, von denen sich die meisten, die den Krieg überlebten, in diesem Sinn äußerten[250]. Der Rechtfertigungschor wurde nur von ganz wenigen Gegenstimmen gestört, aus dieser Gruppe ist lediglich eine überliefert: Allein Hermann Hoth gab gegenüber den amerikanischen Behörden zu, dass er mit Hitlers Einschätzung der Kommissare weitgehend übereingestimmt und daher ein hartes Vorgehen gegen sie nicht grundsätzlich abgelehnt habe. „Denn es war mir durchaus nicht selbstverständlich, dass die Truppenkommissare als reguläre Soldaten anzusehen seien. Ich hatte sie in Russland 1928 in Tätigkeit gesehen, sie trugen durchaus politischen Charakter, ihr Fanatismus schreckte vor nichts zurück, wie auch die Schilderungen aus ihrer Tätigkeit im Baltikum bewiesen. Dasselbe war in dem bevorstehenden Krieg zu erwarten."[251] Daher habe er es als notwendig

[249] Befehl Brauchitschs (OB.d.H./Gen.z.b.V.b.OB.d.H./Gr.R.Wes., Nr. 91/41 g.Kdos.Chefs.) „Behandlung politischer Kommissare", 8. 6. 1941, ebd., S. 313. Der zweite Zusatz betraf die zivilen Kommissare, gegen die nur bei einer *„besonders erkennbare[n] Handlung oder Haltung* gegen die deutsche Wehrmacht" vorgegangen werden sollte. Das stand ebenfalls nicht im Widerspruch zu den OKW-Richtlinien.

[250] Vgl. etwa die Vernehmungen durch die amerikanischen Ermittlungsbehörden in Nürnberg, in: IfZ-Archiv, MA 1569: Heinrici (15. 10. 1947), Küchler (8. 10. 1947), Leeb (25. 9. 1947), Lindemann (29. 9. 1947), Reinhardt (8. 10. 1947), Weichs (12. 2. 1947); die Aussagen Mansteins vor dem Nürnberger Tribunal am 10. 8. 1946 (IMT, Bd. 20, S. 663f.) sowie Rundstedts am 12. 8. 1946 (IMT, Bd. 21, S. 33); die Eidesstattliche Erklärung Strauß', 24. 4. 1946, in: BA-MA, N 431/1495. Guderian, Erinnerungen, S. 138, bezieht seine Ablehnung vor allem auf den Kriegsgerichtsbarkeitserlass und behauptet, den „Kommissarbefehl" nicht erhalten zu haben.

[251] Aufzeichnung Hoths für das amerikanische „Advisory Committee on Clemency for War Crimi-

erachtet, die Truppe gegen die Kommissare zu schützen, und den „Kommissarbefehl" nicht als Verbrechen aufgefasst[252]. „Völkerrechtliche Erwägungen anzustellen, waren nach meiner soldatischen Entwicklung u. Einstellung in meiner damaligen Dienststellung nicht meine Sache."[253] Ihm sei zwar die „ungeheure Zumutung an die Truppe" bewusst und die „Durchführung einer so unbeliebten polizeilichen Maßnahme" unangenehm gewesen, doch den Befehl zu unterdrücken „hätte aufs schärfste meiner Auffassung von Disziplin u. Gehorsamspflicht widersprochen, wie ich sie von Jugend an geübt und gelehrt habe"[254].

Selbstverständlich müssen nicht alle hohen Befehlshaber im Jahr 1941 die von Hoth rückblickend zugegebene Haltung gehabt haben. Vermutlich verbog nicht jeder von ihnen nach dem Krieg die Wahrheit, als er seine Ablehnung des „Kommissarbefehls" beteuerte. Die Tötung der militärischen Kommissare war eine höchst ungewöhnliche und heikle Aufgabe, die in der Tat kaum „beliebt" sein konnte. Bei einigen wenigen Generalen mag vielleicht sogar Empörung angesichts dieser „Zumutung" bestanden haben. Allein, man kommt an der Tatsache nicht vorbei, dass bisher kein einziger authentischer Beleg für die Opposition der höchsten Truppenführer gegen die Kommissar-Richtlinien bekannt ist. Während zumindest vereinzelte Bedenken gegen den Kriegsgerichtsbarkeitserlass überliefert sind, lassen sich für den zweiten „verbrecherischen Befehl" weder die innere Ablehnung noch die äußere Obstruktion in dieser Zeit nachweisen. Das gilt nicht nur für den angeblichen Protest im Anschluss an die Rede Hitlers am 30. März 1941, der nicht nachweisbar und auch kaum glaubwürdig ist[255], sondern für die Monate vor dem deutschen Angriff überhaupt.

Dagegen deuten einige Indizien auf eine Zustimmung oder zumindest Akzeptanz. So muss es zu denken geben, dass ausgerechnet der so dezidiert konservative Generaloberst Georg v. Küchler schon *vor* Ausarbeitung des „Kommissarbefehls" den ihm unterstellten Kommandeuren ganz im Wortlaut Hitlers die „poli-

nals", Landsberg 1950, in: BA-MA, N 503/86. Vgl. auch die Aussage Hoths vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 30. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 3054: „Man hatte da nicht unbedingt die Vorstellung, dass sie kämpfen würden, sondern dass sie irgendwo sitzen würden und hetzen. Was besonders Hitler uns bei der Märzbesprechung sagte über die Kommissare, was sich ja später im grossen bestätigte, das war ungefähr die Vorstellung, die ich mir machte, aus dem, was ich in Russland bei meiner Reise über die Kommissare gesehen hatte, bei den Truppen, bei Manövern usw., und auch aus den Büchern, die ich über russische Kämpfe gelesen habe."

252 Vgl. ebd., S. 3054f., 3057: „Ich stellte mir also durchaus vor, dass diese Leute im Kampf oder bei der Gefangennahme, auch vielleicht noch nach der Gefangennahme, die Regeln des Völkerrechts nicht einhalten würden, und ich hielt es deswegen durchaus für notwendig, dass unsere Truppen darauf aufmerksam gemacht würden, dagegen geschützt würden auch, denn sie waren an eine solch heimtückische Kampfart in keiner Weise gewöhnt bisher." Er habe zu Hitler als Staatsoberhaupt noch das vollste Vertrauen gehabt. „Ich konnte unmöglich annehmen, dass er mit diesem Befehl ein Verbrechen bezweckt. Ich bin auch heute noch der Meinung, dass das an sich nicht die Absicht Hitlers gewesen ist, ich weiss, dass die Absicht von ihm wirklich gewesen ist, die Truppe gegen die Kommissare zu schützen."

253 Aufzeichnung Hoths für das „Advisory Committee on Clemency for War Criminals", Landsberg 1950, in: BA-MA, N 503/86. „Heute bedaure ich, dass ich damals im Drange rein militärischer Arbeiten nicht auf eine einwandfreie Klärung der völkerrechtlichen Stellung der Kommissare gedrungen habe."

254 Ebd.

255 Vgl. das Kapitel „Prolog". Der angeblich an diesem Protest beteiligte Bock erwähnte davon in seinem Kriegstagebuch, S. 181, nichts und notierte lediglich kommentarlos: „Scharfes Zufassen. Kommissare."

tischen Kommissare und G.P.U.-Leute" als Verbrecher bezeichnete, die schnell durch Feldgerichte abzuurteilen seien[256]. Der spätere Widerständler des 20. Juli, Erich Hoepner, unterzeichnete einige Tage später, also ebenfalls *bevor* auch nur der OKH-Entwurf zu den Kommissar-Richtlinien vorlag, einen Befehl, der mit deutlichem Bezug auf die Kommissare betonte, dass es „keine Schonung für die Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems" gebe[257]. Diese Formulierung wurde kurz darauf wörtlich in einen Befehl des Hoepner unterstellen Kommandierenden Generals Hans-Georg Reinhardt übernommen[258]. Der sowjetische Kommissar galt allgemein als geradezu prototypischer Vertreter des „jüdischen Bolschewismus"[259]. Seine „Vernichtung" wurde daher offenbar nicht nur von den willfährigen Offizieren des OKW und OKH, sondern auch von den meisten Truppengeneralen als zwar unangenehme, aber zwangsläufige Erscheinung des kommenden Feldzugs gesehen – auch wenn sie es gewiss bevorzugt hätten, die ergriffenen Kommissare der Roten Armee zur Exekution an die SS und Polizei abzuschieben anstatt die Truppe mit dieser Aufgabe zu belasten.

Neben den sowjetischen Zivilisten und militärischen Kommissaren waren die Kriegsgefangenen die dritte große Gruppe, mit denen sich das Ostheer jenseits seines eigentlichen Kampfauftrags befassen musste. Die *Bestimmungen über das Kriegsgefangenenwesen* werden zwar nicht zu den „verbrecherischen Befehlen" gezählt, waren aber in ihrer Argumentation eng mit ihnen verbunden und intendierten – wenn auch weniger offensichtlich – ebenfalls einen folgenreichen Bruch des Kriegsvölkerrechts[260]. Die Erstversorgung der Kriegsgefangenen durch das Heer gehört zu den klassischen Ressorts der Militärverwaltung. Daher beschäftigten sich bereits die „Besonderen Anordnungen zur Versorgung, Teil C" vom 3. April 1941 mit dieser Frage. Die Kriegsgefangenen sollten – wohl vor allem zur Entlastung der Logistik – noch im Operationsgebiet als „wertvolle Arbeitskräfte" genutzt und hart, aber ihrer „Arbeitswilligkeit" entsprechend auch „fürsorglich" behandelt werden[261]: „Gegen Unbotmäßigkeiten von Gefangenen ist von vornherein scharf einzuschreiten, während williger Arbeitsdienst durch ausreichende Verpflegung und gute Fürsorge zu belohnen ist." Ob diese beiden Vorzüge nur den arbeitenden Kriegsgefangenen zugute kommen sollten oder allen, die nicht „unbotmäßig" waren, geht aus den Anordnungen nicht eindeutig hervor.

[256] Notizen Küchlers für die „Besprechung mit den Divisionskommandeuren" am 25. 4. 1941, in: Wilhelm, Rassenpolitik, S. 138.

[257] Befehl Hoepners (Pz.Gr.Kdo. 4, Ia, Nr. 20/41 g.Kdos.Chefs., Anl.) „Kampfführung", 2. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 305.

[258] Befehl Reinhardts (Gen.Kdo. XXXXI. A.K. mot., Ia, Nr. 83/41 g.Kdos.Chefs., Anl.) „Kampfanweisung", 11. 5. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2510.

[259] Carl-Heinrich v. Stülpnagel hatte schon am 10. 5. 1935 als Chef der Abteilung „Fremde Heere Ost" in einer Denkschrift die Begriffe „Kommissare", „Judentum" und „Bolschewismus" verknüpft, als er das „an die schlimmsten Anfangszeiten der kommunistischen Herrschaft" erinnernde „spitzelhafte Verhalten und Treiben der meist der jüdischen Rasse angehörenden" Kommissare anprangerte. Zit. nach: Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 220.

[260] Zur Vorbereitung des Kriegsgefangenenwesens vgl. vor allem Streit, Kameraden, S. 67–82. Vgl. auch DRZW, Bd. 4, S. 417 f. (Beitrag Förster). Gerlach, Morde, S. 781–785, behauptet ohne hinreichenden Beleg konkrete „Vernichtungsabsichten" gegen die Kriegsgefangenen bereits vor dem 22. 6. 1941.

[261] Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/0315/41 g.Kdos., gez. Halder) „Besondere Anordnungen für die Versorgung Anl. 6, Teil C", 3. 4. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 299–304, hier S. 302–304.

Die OKW-Bestimmungen vom 16. Juni 1941 schlugen eine wesentliche schärfere Tonart an. Ihre unmittelbare Verwandtschaft zu den beiden „verbrecherischen Befehlen" und den Merkblättern über die sowjetische Kriegführung war offensichtlich. Wie gegen den „Sowjetmenschen" überhaupt, gleichgültig ob Zivilist, Rotarmist oder Funktionär, wurde auch gegen den Kriegsgefangenen „äußerste Zurückhaltung und schärfste Wachsamkeit" gefordert, mit den üblichen Floskeln, die den Kommandobehörden und Truppen des Ostheeres in diesen Tagen überdeutlich eingehämmert wurden[262]: „Mit heimtückischem Verhalten insbesondere der Kriegsgefangenen asiatischer Herkunft ist zu rechnen. Daher rücksichtsloses und energisches Durchgreifen bei den geringsten Anzeichen von Widersetzlichkeit, insbesondere gegenüber bolschewistischen Hetzern." Mit scheinbarer Großzügigkeit wurde das Genfer Abkommen vom 27. Juli 1929 als Grundlage für die Behandlung der Kriegsgefangenen genannt, obwohl die Sowjetunion das Abkommen nicht anerkannt habe. Dabei hatten sich die Signatarstaaten, auch das Deutsche Reich, ohnehin selbst dann zur Beachtung des Abkommens verpflichtet, wenn der Kriegsgegner nicht zu den Unterzeichnern gehörte[263]. Daher bedeutete es einen Vertragsbruch, wenn die OKW-Bestimmungen gleichzeitig mit dem angeblichen Entgegenkommen einige wesentliche Ausnahmen befahlen. So sollten die sowjetischen Kriegsgefangenen nicht für ihre Arbeit bezahlt und nicht in den üblichen Listen geführt werden, keinen Kontakt über die Schutzmacht oder Hilfsgesellschaften zur Außenwelt haben, keine Vertrauensleute bestimmen dürfen, aber unbeschränkt bestraft werden können. Am bedrohlichsten war jedoch die Ankündigung: „Über die Verpflegung der Kriegsgefangenen ergeht Sonderbefehl."

Die Verpflegungssätze für die sowjetischen Kriegsgefangenen waren auch am Tag des deutschen Angriffs noch nicht festgelegt, obwohl allein nach den Grenzschlachten mit einem Massenheer an Gefangenen gerechnet wurde[264]. Offenkundig wollte sich die deutsche Seite nicht an die Bestimmungen des Genfer Abkommens (Artikel 11) halten, den Kriegsgefangenen dieselbe Menge und Qualität an Lebensmitteln zukommen zu lassen wie dem eigenen Ersatzheer. Die gefangenen Rotarmisten waren vom ersten Tag an der Willkür einer harten Behandlung und

[262] Befehl des OKW (Abt. Kriegsgefangene, Nr. 25/41 g.Kdos.Chefs.) „Kriegsgefangenenwesen im Fall Barbarossa", Berlin 16. 6. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 315: „Der Bolschewismus ist der Todfeind des Nationalsozialistischen Deutschland. [...] Restlose Beseitigung jedes aktiven und passiven Widerstandes!"

[263] Vgl. das Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen vom 27. 7. 1929, Art. 82, in: Reichsgesetzblatt, Teil II, Nr. 21 vom 30. 4. 1934, S. 251: „Die Bestimmungen dieses Abkommens müssen von den Vertragsparteien unter allen Umständen geachtet werden. Falls in Kriegszeiten einer der Kriegführenden nicht Vertragspartei ist, bleiben die Bestimmungen dieses Abkommens gleichwohl für die kriegführenden Vertragsparteien verbindlich." Das Abkommen trat mit dem 21. 8. 1934 für das Deutsche Reich in Kraft. Vgl. Streim, Behandlung, S. 28–30. Auch die H.Dv.g 92: Handbuch für den Generalstabsdienst im Kriege, Teil 1, Berlin 1939, S. 103, erinnerte daran, dass die Genfer Abkommen (Rot-Kreuz-Abkommen, Kriegsgefangenen-Abkommen) „für alle an dem Abkommen beteiligten Kriegführenden auch dann verbindlich bleiben, wenn ein Kriegführender nicht Vertragspartei der Abkommen ist".

[264] Vgl. die Bemerkung Wagners in der Besprechung vom 16. 5. 1941: „Nach der Grenzschlacht sind gewaltige Gefangenenmassen zu erwarten." Zuvor hatte Major Schmidt v. Altenstadt auf die „außerordentliche Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage" hingewiesen und betont: „Möglichst viel Kriegsgefangene sind im Lande zu beschäftigen und zurückzuhalten." Aufzeichnung Mylius' (AOK 16, Qu. 2), 19. 5. 1941, in: BA-MA, RH 20–16/1012.

ungeregelten Versorgung ausgesetzt[265]. Da die deutsche Kriegführung ohnehin die Ernährungsinteressen der Truppe und der Heimat allem anderen überordnete, kündigte sich für die Gefangenenverpflegung eine lebensbedrohliche Reste- und Mangelwirtschaft „aus dem Lande" an. Wenn auch nicht von der gezielten Vorbereitung eines Hungermords an den sowjetischen Kriegsgefangenen gesprochen werden kann und auch ihre Einbeziehung in das Hungerkalkül der Wirtschaftsdienststellen nicht nachweisbar ist, war doch von Anfang an klar, dass die gefangenen Sowjetsoldaten anders, nämlich deutlich schlechter, behandelt werden würden als die Kriegsgefangenen im Westen. Auch die Oberbefehlshaber der Großverbände, die sich nicht weiter um die unzureichenden Planungen für das Gefangenenwesen kümmerten, hätten das wissen müssen. Die Äußerung Hitlers ihnen gegenüber am 30. März 1941, der bolschewistische Feind sei „vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad"[266], war kaum misszuverstehen.

Die passive Haltung nahezu der gesamten Heeresgeneralität gegenüber den „verbrecherischen Befehlen" provozierte bereits vor dem Angriff auf die Sowjetunion einige gut informierte Oppositionelle in Berlin zu bitterer Kritik[267]. Es bleibt bemerkenswert, mit welcher gleichgültigen oder gehorsamen Ruhe auch die hier untersuchte Gruppe der höchsten Truppengenerale den Kriegsgerichtsbarkeitserlass, die Kommissar-Richtlinien und die Bestimmungen über das Kriegsgefangenenwesen hinnahm. Diese Anordnungen stachelten nicht nur den „Verdacht" gegen alle sowjetischen Soldaten und Zivilisten an, sondern brachen ohne viel Umschweife mit dem Kriegsvölkerrecht. Durch sie wurden drei zentrale Kriegsverbrechen der Wehrmacht im deutsch-sowjetischen Krieg vorbereitet: die Auswüchse der „Partisanenbekämpfung", die Ermordung der Kommissare und die Unterversorgung der Kriegsgefangenen. Diese Verbrechen hatten eine wesentliche Voraussetzung in der Tatsache, dass bereits vor dem deutschen Angriff für die Behandlung von Zivilisten, Kommissaren und Kriegsgefangenen nahezu

[265] Auch die Anordnungen der Armeen und Panzergruppen ließen daran keinen Zweifel. Vgl. etwa das „Merkblatt über Kriegsgefangene" des Pz.Gr.Kdo. 4 (Abt. Qu./Qu. 2), 6. 6. 1941, in: BA-MA, RH 21–4/347: „Die Verpflegung ist grundsätzlich *aus dem Lande* zu beschaffen. Ein Nachschub von Verpflegung kommt *nicht* in Frage." Unter dem Stichwort „Waffengebrauch" hieß es: „Bei dem geringsten Fluchtversuch ist von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Die Abgabe von Warn- oder Schreckschüssen ist verboten." Allerdings sei ein grundloses Erschießen von Gefangenen strafbar. Doch „Widerstand, auch passiver, ist mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln rücksichtslos zu brechen". Weitere Beispiele aus verschiedenen Armeeoberkommandos bei Streit, Kameraden, S. 78f.

[266] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 336 (30. 3. 1941).

[267] Hassell-Tagebücher, S. 257 (15. 6. 1941): „Längere wiederholte Besprechungen mit Geißler [Popitz], Pfaff [Goerdeler] und Hase [Oster] u.a. über die Frage, ob die nunmehr bei den Armeeführern angelangten, von dort aber noch nicht weitergegebenen Befehle bezüglich brutalen, nicht mehr kontrollierten Vorgehens der Truppe gegen die Bolschewiken beim Einmarsch in Rußland nicht endlich ausreichen, um der militärischen Führung über den Geist des Regimes, für das sie fechten, die Augen zu öffnen. Man kam zu dem Ergebnis, daß auch diesmal wieder nichts zu erwarten sei. Brauchitsch und Halder haben sich nun bereits auf das Hitlersche Manöver eingelassen, das Odium der Mordbrennerei von der bisher allein belasteten SS auf das Heer zu übertragen; sie haben die Verantwortung übernommen und durch einige an sich gar nichts ändernde, aber den Schein wahrende Zusätze (über die Notwendigkeit, die Disziplin zu wahren usw.) sich selbst und andere getäuscht. Hoffnungslose Feldwebel! Manche Leute meinen, es würden sich Korpskommandeure usw. doch weigern, die Befehle auszuführen und damit die Sache ins Rollen bringen. Ich bezweifle das [...]."

rechtsfreie Räume geschaffen wurden. Der Willkür der deutschen Besatzer waren lediglich disziplinarische, aber kaum mehr rechtliche Grenzen gesetzt.

Rechtsfreier Raum! Kürzer und präziser lassen sich die Pläne Adolf Hitlers und seiner politischen wie militärischen Handlanger für die besetzte Sowjetunion kaum zusammenfassen. Das gesamte deutsch beherrschte Ostgebiet sollte – ähnlich wie bereits das Generalgouvernement in Polen – zu einem einzigen Konzentrationslager werden, in dem die Landeseinwohner nichts als Unterdrückung und Versklavung, zu großen Teilen auch Ermordung und Hungertod erwarteten. Die Aufgabenteilung war klar. Die Wehrmacht sollte das Gelände für dieses riesige KZ erobern und befrieden, dann aber die polizeilichen Unterdrückungs- sowie die wirtschaftlichen Ausbeutungsmaßnahmen möglichst schnell und vollständig anderen Kräften überlassen. Der Diktator wollte dem Ostheer nicht zu viel zumuten und es weitgehend auf den Kampf gegen die Rote Armee beschränken. Dennoch integrierte er, von den militärischen Zentralbehörden eifrig unterstützt, die Truppe und ihre Befehlshaber an einigen wenigen Punkten in sein rassenideologisches Vernichtungsprogramm. Besonders die „Erledigung" der militärischen Kommissare musste den Frontkommandeuren unangenehm sein, doch bei dem erwarteten „Blitzkrieg" wurde auf eine nur kurze und vorübergehende Belastung mit solch ungeliebten besatzungs- und sicherungspolitischen Aufgaben gehofft.

Die Illusionen über die Dauer des Feldzugs waren der Dreh- und Angelpunkt der Vorbereitungen auf den Ostkrieg. Hitler, die Wehrmachts- und vor allem auch die Heeresführung waren so sehr auf den vermeintlich schnellen Sieg fixiert, dass sie gegen alle militärische Gewohnheit keine strategischen, operativen und logistischen Alternativen zum höchst kurzatmigen Barbarossa-Plan entwickelten. Statt dessen dachte man bereits über die Zeit nach dem erwarteten glänzenden Sieg hinaus. Noch ehe der russische Bär erlegt war, wurde sein Fell zwischen der Wehrmacht und den Dienststellen Himmlers, Görings und Rosenbergs verteilt. Die höchste Truppenführung trat bei diesen grundsätzlichen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Weichenstellungen nicht hervor. Selbst im militärischen Kernbereich zeigte sich ihre weitgehende Entmündigung. Anders als vor dem Westfeldzug zogen sich sogar die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen auf die operativ-taktische Vorbereitung der Grenzschlachten in ihrem Befehlsbereich zurück, ohne auf die gesamte Anlage und Perspektive der Operationen Einfluss nehmen zu wollen – oder zu können. Alle übrigen Fragen überließ man Hitler und den Zentralbehörden noch bereitwilliger. Auch für diese Zurückhaltung mag die Spekulation auf einen kurzen Feldzug eine entscheidende Rolle gespielt haben. Die meisten Frontgenerale hofften wohl, ihren Auftrag schnell zu erfüllen und nicht lange in diesem finsteren „Ostraum" bleiben zu müssen.

Ahnten die Generale, auf welchen Krieg sie sich einließen? Die Dauer hätte sie gewiss erschreckt, doch auf die außergewöhnliche Härte und militärische, politische wie wirtschaftliche Rücksichtslosigkeit waren sie vorbereitet. Sowohl die ideologischen als auch die pragmatischen Motive und Ziele Hitlers waren den meisten von ihnen zumindest in ihren Grundzügen vertraut. Zwischen dem Diktator und den Oberbefehlshabern des Ostheeres von 1941/42 gab es manche Übereinstimmungen, bei dem einen mehr und dem anderen weniger. Sie alle mussten zum „Kreuzzug" gegen den Bolschewismus nicht erst überredet werden,

er entsprach ihren Ressentiments gegen die „bolschewistische Gefahr", teilweise wohl auch gegen die „Ostvölker", zu denen Slawen, Ostjuden und „Asiaten" gezählt wurden. Dass dieser Feldzug auch ein Raub- und Mordzug werden würde, wussten sie – wenn nicht in allen seinen schrecklichen Ausmaßen, so doch in der Tendenz. Sie glaubten aber, sich um diese Aspekte nicht weiter kümmern zu müssen. Erst als der Krieg länger als erwartet dauerte, wurden auch die Kommandobehörden des Ostheeres mit den Problemen einer radikalen Besatzungsherrschaft konfrontiert, die ursprünglich fast ganz auf die polizeilichen und zivilen Stellen abgewälzt werden sollten.

Die ungewöhnlichen Methoden dieses Weltanschauungs- und Kolonialkriegs wurden akzeptiert – selbst in den Bereichen, die unmittelbar die Aufgaben der Truppe betrafen. Mit der eindringlich geforderten Brutalität gegen jeglichen bewaffneten und unbewaffneten Widerstand, sei es auch nur auf Verdacht, dem Mord an Kombattanten und der schlechten Behandlung von Kriegsgefangenen drohten solch eklatanten Verstöße gegen Recht und Gewissen, dass sie eigentlich besonders den älteren Offizieren mit ihrem traditionellen Standesethos zuwider sein mussten. Dass eine moralische Empörung aber für die Vorbereitungsphase des Ostfeldzugs nicht glaubwürdig überliefert ist, zeigt die Labilität und die Grenzen der oft beschworenen Offiziersehre. Die Forderung Hitlers an die Truppenführer, sie müssten „ihre Bedenken überwinden", fiel zunächst auf fruchtbaren Boden. Die Erfahrungen in beiden großen Kriegen, die verbreitete Vorstellung von der Verdrängung des konventionellen, rechtlich genormten Waffenkriegs durch den „Totalen Krieg", die Auffassung von besonderen, mit dem Westen nicht vergleichbaren „östlichen Verhältnissen" und nicht zuletzt der Siegeszug des nationalsozialistischen Großdeutschen Reichs hatten die Bereitschaft erhöht, das militärische Interesse an einer effizienten Kriegführung, Sicherung und Versorgung in diesem Feldzug über rechtliche und ethische Bedenken zu stellen. Rechtsstaatlichkeit und Moral sind Fesseln gegen die Auswüchse des „Totalen Krieges". Hitler zerschlug diese Fesseln und gab einem ungehemmten militärischen Utilitarismus einen Freibrief. Dieser Freibrief wurde zunächst nicht nur von OKW und OKH, sondern auch von der höchsten Truppenführung angenommen. Allerdings muss die Tragweite dieser Planungen an ihrer Umsetzung auf dem sowjetischen Kriegsschauplatz gemessen werden. Dort saßen die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen sowie die Befehlshaber der Panzergruppen an den Schlüsselpositionen.

Exkurs

Die Oberbefehlshaber im Ostkrieg – Aufgabe, Organisation und Arbeitsalltag

Die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen mussten sich in einem bestimmten institutionellen und funktionellen Rahmen bewegen. Wie sah dieser Rahmen aus, wie definierte sich ihre tägliche Arbeit, und wie war sie organisiert? Diese Bedingungen zu erläutern, erscheint um so wichtiger, als die Grundsätze und Gliederungen der Truppenführung im deutsch-sowjetischen Krieg heute kaum mehr bekannt sind.

Die Positionselite der Oberbefehlshaber war mit der Führung gewaltiger Menschenmassen betraut. Ein Armeeoberbefehlshaber gebot über Einsatz und Schicksal von etwa drei bis vier Armeekorps und teilweise an die zwanzig Divisionen, durchschnittlich nahezu 200 000 Soldaten. Dazu kamen Hunderttausende Zivilisten sowie Zehntausende Kriegsgefangene, die unter seine Hoheit gerieten. Bei den Oberbefehlshabern der Heeresgruppen waren diese Zahlen – entsprechend der Anzahl der ihnen unterstellten Armeen – zwei-, drei- oder viermal höher. Die Heeresgruppen und Armeen, die sie befehligten, waren freilich eigentümliche, fast amorphe Gebilde. Ständig wurden Stäbe verlegt oder ausgetauscht, Korps und Divisionen herausgezogen oder zugeführt, Frontabschnitte von benachbarten Heeresgruppen und Armeen übernommen oder an sie abgegeben, so dass die Zusammensetzung dieser Großverbände dauernd im Fluss war. Die eigentliche Konstante war nicht die Truppe, sondern – unterstützt durch wenige Nachschub-, Nachrichten- und Sicherungseinheiten – das Oberkommando, das sich meist über Monate, manchmal über Jahre hinweg personell wenig veränderte. „Die" Heeresgruppe und „die" Armee waren ebenso wie „das" Armeekorps und auch die leitenden Dienststellen in den rückwärtigen Heeres- und Armeegebieten eher Stäbe und Abschnitte als Verbände. Erst die Division bildete einen relativ geschlossenen Kampfverband und damit den Bezugspunkt für den Frontsoldaten, während sich der Generalstabsoffizier eher an den höheren Stäben der Heeresgruppen, Armeen und Korps orientierte.

Nach der maßgeblichen Heeresdruckvorschrift (H.Dv.) 300/1 „Truppenführung" vom 17. Oktober 1933 waren die Heeresgruppen, Armeen, Armeekorps und Divisionen gemischte Verbände, die über die Mittel zur selbständigen Durchführung von Gefechtsaufgaben und zur eigenen Versorgung verfügten[1]. Die Führung dieser Verbände wurde als „obere Führung" oder „Truppenführung" be-

[1] H.Dv. 300/1: Truppenführung, Teil 1, Berlin 1936, S. 6–8. „Gemischt" hieß, dass in ihnen Einheiten verschiedener Waffengattungen (Infanterie, Artillerie, Pioniere etc.) verbunden waren.

zeichnet und von der „unteren Führung" der Regimenter, Bataillone und Kompanien abgegrenzt. Die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen gehörten also zur klar definierten Gruppe der „oberen Führer" oder „Truppenführer"[2] und bildeten zugleich die Spitze dieser kleinen militärischen Elite. Die herausragende Kompetenz des „Oberbefehls" erhob die Oberbefehlshaber als höchste Truppenführer deutlich über die anderen oberen Führer, die ihnen unterstellt waren: die Kommandierenden Generale der Armeekorps, die Kommandeure der Divisionen sowie die Befehlshaber der rückwärtigen Heeres- und Armeegebiete. Den Oberbefehlshabern übergeordnet waren nur noch die oberste Führung, also Hitler als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht und das Oberkommando der Wehrmacht (OKW), sowie die Heeresführung, also der Oberbefehlshaber des Heeres und das Oberkommando des Heeres (OKH). Das wichtigste Instrument der oberen Führer waren ihre Stäbe, die „Kommandobehörden", also die Oberkommandos der Heeresgruppen und der Armeen sowie in den ersten Monaten die Kommandos der Panzergruppen, ihnen untergeordnet dann die Generalkommandos der Armeekorps und die Divisionskommandos. Diese militärischen Dienststellen ähnelten eher zivilen Behörden als dem Klischee eines kleinen Stabes auf dem Feldherrnhügel. Entsprechend war ihr Dienst genau geregelt. Die wichtigste Vorschrift war der „Rote Esel", wie das „Handbuch für den Generalstabsdienst im Kriege" vom 1. August 1939 wegen seines roten Einbands genannt wurde[3]. Die oberen Führer und ihre Gehilfen verwendeten diese „Bibel" der Generalstabsoffiziere als ständiges Nachschlagewerk.

Das Oberkommando einer Heeresgruppe oder einer Armee glich einem kleinen Ministerium. Und tatsächlich waren vor allem die am Anfang neun (einschließlich der Armee in Lappland), dann (nach Umwandlung der Panzergruppen in Panzerarmeen) dreizehn Armeeoberkommandos gewissermaßen die zentralen Kriegs- und Besatzungsministerien in den von ihren Truppen besetzten Territorien. Auch die Kommandos der Panzergruppen glichen in ihrer Gliederung und Dienstteinteilung von vornherein den Armeeoberkommandos. Etwas anders lagen die Dinge bei den drei Heeresgruppenkommandos, die zunächst fast rein operative Stäbe und daher entsprechend kleiner waren[4]. Erst im Laufe des Jahres 1942 banden auch diese drei höchsten Kommandostellen des Ostheeres Fragen der Logistik und Besatzungsherrschaft stärker an sich, die zuvor ganz überwiegend von den Außenstellen des Generalquartiermeisters und den Befehlshabern der rückwärti-

[2] Ebd., S. 8: „Truppenführer heißt jeder dauernd oder zeitweilig selbständig eine Abteilung verschiedener Waffen (gemischter Verband) befehligende Führer."

[3] H.Dv.g 92: Handbuch für den Generalstabsdienst im Kriege, Teil 1, Berlin 1939. Für den Quartiermeisterdienst außerdem wichtig: H.Dv.g 90: Versorgung des Feldheeres, Teil 1, Berlin 1. 6. 1938. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf diese Heeresdruckvorschriften und auf die Gliederungen der Heeresgruppenkommandos und Armeeoberkommandos, die sich in deren Akten im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i.Br. finden. In der Literatur ist die Institution des Truppenführers und seines Stabes bisher wenig und nur nebenbei beschrieben worden. Selbst Absolon, Wehrmacht, Bd. 1-6, geht etwa auf die Befehlsbefugnisse und Struktur der Oberkommandos nicht näher ein. Am besten noch: Müller-Hillebrandt, Heer, Bd. 1, S. 84–92.

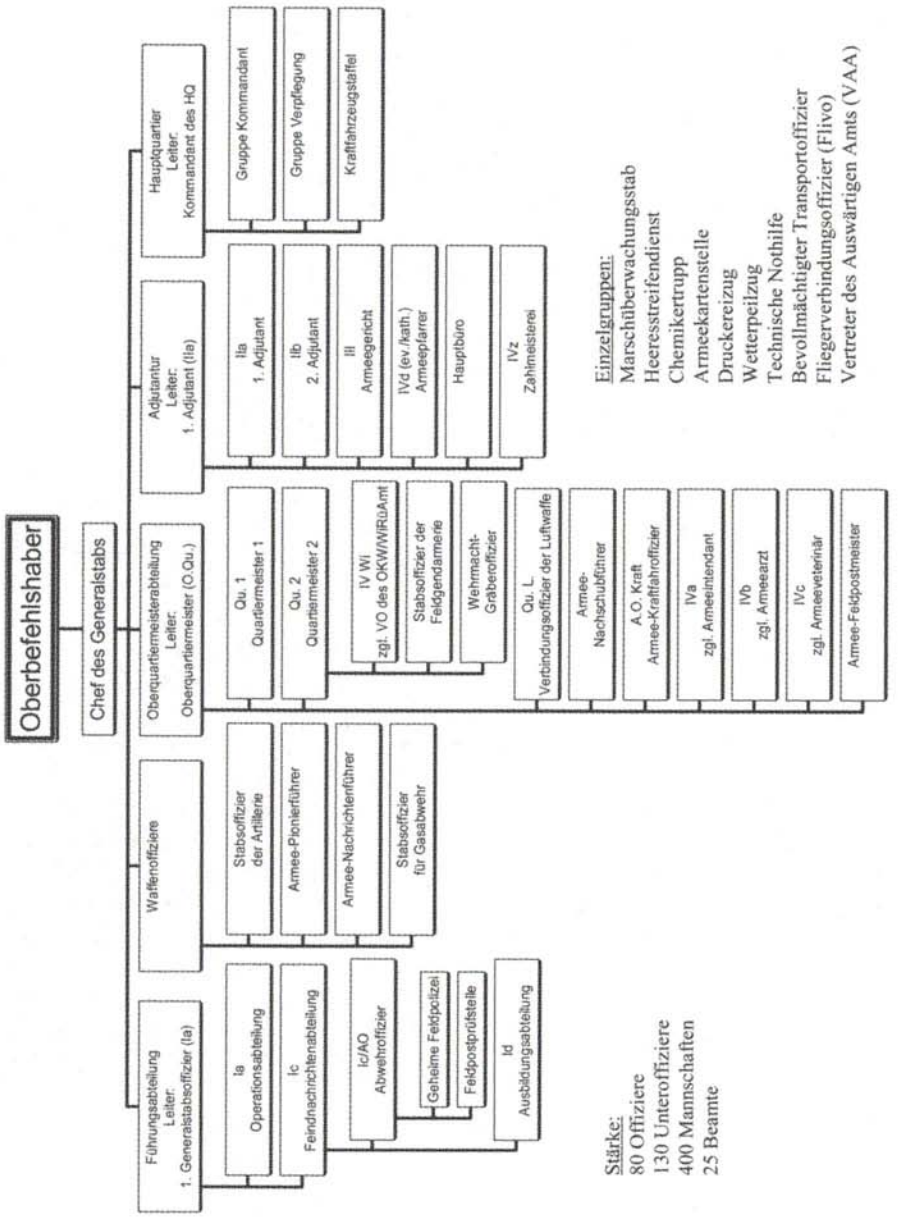
[4] Vgl. auch die Aufzeichnung Brenneckes „Ein Tag im Stabe einer Heeresgruppe", 3. 4. 1948, in: BA-MA, N 431/682: „Der Stab der Heeresgruppe war [...] ein operativer Führungsstab und stellte als solcher das Bindeglied des OKH. zu den Armeen und Panzergruppen – gewissermaßen eine operative Aussenstelle des OKH. – dar. Dementsprechend war auch die Stärke des Stabes bemessen. Sie reichte für die operative Führung gerade aus. Ein O.Qu. und III fehlte gänzlich."

gen Heeresgebiete bearbeitet worden waren. Der folgende organisatorische Überblick bezieht sich daher für das erste Feldzugsjahr vor allem auf die Armeeoberkommandos, bezeichnet aber jeweils die wichtigsten Unterschiede zu den Heeresgruppenkommandos.

Unter den höheren Stäben war das Armeeoberkommando faktisch am attraktivsten, obwohl es formal der Heeresgruppe unterstand. Von dieser Schaltzentrale aus konnte man unmittelbar am Kriegsgeschehen teilnehmen und dennoch die Gesamtlage im Auge behalten. Zu den höchsten Instanzen war eine direkte Verbindung möglich, und dennoch bot der räumliche Abstand zu ihnen genügend Spielraum und Profilierungschancen. Während das übergeordnete Oberkommando der Heeresgruppe durch seine operative Fixierung auf einen verhältnismäßig großen Raum dem Front- und Besatzungsalltag schon stark entrückt war und die nachgeordneten Generalkommandos und Divisionskommandos hauptsächlich auf die taktische Führung in einem relativ kleinen Gefechtsgebiet beschränkt blieben, war beim Armeeoberkommando das Verhältnis von Nähe und Ferne sowohl zur Front als auch zu den grundsätzlichen Entscheidungen am grünen Tisch so ausgewogen, dass nach beiden Seiten ein gewisses Maß an Kompetenz und Freiheit gewahrt werden konnte. Das Armeeoberkommando besetzte damit eine Schlüsselstellung zwischen den Befehlen und Weisungen aus dem Führerhauptquartier, dem Oberkommando des Heeres und der Heeresgruppe einerseits und der Umsetzung dieser Vorgaben vor Ort andererseits. In ihm liefen alle Fäden von oben und unten zusammen. Sein Befehlsbereich war wie ein Mikrokosmos des Krieges, in dem sich alle Probleme der deutschen Kriegführung bündelten: Gesamtstrategie, Operation, Taktik, Logistik, Besatzungspolitik. Deshalb sind die Entscheidungen der Armeeoberkommandos auch der wichtigste Bezugspunkt unserer Untersuchung über die Oberbefehlshaber, unter denen die Armeeoberbefehlshaber die Mehrheit bildeten.

Ein Oberkommando war besonders im ersten halben Jahr des Ostfeldzugs eine mobile Behörde, die in der Phase des Vormarsches ständig das Quartier wechselte und ihren Geschäftsbetrieb häufig improvisieren musste, außerdem räumlich meist in zwei Staffeln (Ia und Oberquartiermeister) aufgeteilt war. Entsprechend unterschiedlich war das Hauptquartier untergebracht, mal in den wenigen unzerstörten öffentlichen Steinbauten, mal in Holzbaracken, mal in Befehlswagen und Zelten[5]. Erst als die Fronten erstarrten, stieg der Komfort, allerdings in den frontferneren Hauptquartieren der Heeresgruppen meist wesentlich früher und stärker

[5] Die Qualität der Unterkünfte war immer wieder ein Thema in den Aufzeichnungen der Befehlshaber, vgl. etwa die Briefe Hoepners, der als Panzergeneral natürlich besonders beweglich sein musste, an seine Frau, 30. 6. 1941, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 50: „Z.Zt. sitze ich in meinem Befehlswagen, in dem ich seit Überschreiten der Grenze mit Beaulieu [seinem Stabschef] auch schlafe. Es ist ein umgebauter Autobus. An den kurzen Enden sind die Liegestätten, an der einen langen Seite ein großer Tisch, an dem außer einer Polsterbank noch 2 Stühle gesetzt wurden. Wir waschen uns im Freien." 13. 7. 1941, ebd., Bl. 56: „Ich kann mit m. großen Stabe nicht so häufig Quartierwechsel machen wie s.Zt. mit dem Gen.Kdo. Dafür sind die Sprünge größer. Jetzt bin ich zum ersten Male im alten Rußland. Es ist ziemlich trostlos. Wir liegen auf einem ehem. Gut, wo die Bolschewisten eine landw. Schule eingerichtet hatten. Die ehem. Wohnhäuser sind entsetzlich verwahrlost, dreckig, nicht betretbar. In dem neueren Bau und Schulklassen sind die Büros. Wir schlafen in Befehlswagen oder Zelten."



Gliederung eines Armeeoberkommandos (Beispiel: AOK 4, Juli 1941)

als in den frontnäheren der Armeen[6]. In den Oberkommandos arbeiteten bis zu 100 Offiziere sowie etwa 130 Unteroffiziere, zwei Dutzend Beamte und einige hundert weitere Wehrmachtsangehörige vom Fahrer über den Koch bis zum Flaksoldaten und zur Stabswache. An der Spitze trug der Oberbefehlshaber – um das Bild eines feldmäßigen „Ministeriums" wieder aufzugreifen – wie ein Minister die alleinige Verantwortung. Ihm unterstanden der Chef des Generalstabs wie ein Staatssekretär und die Leiter der einzelnen Abteilungen wie Ministerialdirektoren, denen wiederum mehrere Referate und Referenten unterstellt waren. Nach den Dienstvorschriften lag beim Oberbefehlshaber als „oberem Führer" die alleinige Entscheidung und Verantwortung in seinem Befehlsbereich[7]. Die Offiziere und Beamten des Stabs waren lediglich seine „Gehilfen". Der Chef des Generalstabs, der „auf allen Gebieten der erste Berater des oberen Führers" war[8], konnte den Oberbefehlshaber bei Abwesenheit vertreten, was aber an dessen alleiniger Verantwortung nichts änderte. Der „Chef" war verpflichtet, „dem oberen Führer von allen dienstlichen Angelegenheiten Kenntnis zu geben, die für ihn von Bedeutung sind"[9]. Diese Bestimmung war allerdings recht vage gehalten und zeigt den in der modernen Bürokratie evidenten Widerspruch zwischen der Verantwortung des Behördenleiters und einem reibungslosen Geschäftsbetrieb, der gerade bei einer militärischen Behörde im Krieg unerlässlich war und den Kommandeur dazu zwang, mehr denn je zu delegieren.

Der Oberbefehlshaber konnte ohnehin nicht über alle Vorgänge in seinem Befehlsbereich informiert sein und nicht über alles entscheiden. Sein Stab und besonders sein Stabschef sollten ihn daher von allen Angelegenheiten geringerer Bedeutung entlasten, damit er sich auf die großen Entscheidungen konzentrieren konnte – und die betrafen in einem Feldzug in erster Linie die militärischen Operationen. Welche Vorgänge unterhalb dieser rein militärischen Ebene dem Oberbefehlshaber zur Kenntnis gebracht oder sogar zur Entscheidung vorgelegt wurden, war letztlich Ermessenssache. Der Oberbefehlshaber musste seinem „Chef", bei dem alle Fäden der Stabsarbeit zusammenliefen, in dieser Hinsicht blind vertrauen[10]. Ihrer „Ehe" kam daher eine immense Bedeutung zu. Der obere Führer war der Generalist, der im zunehmend spezialisierten und immer weitere Bereiche umfassenden Kriegshandwerk auf die Hilfe vieler Spezialisten angewiesen war. Deren Arbeit wurde durch den Chef des Generalstabs organisiert, so dass nur ein ständiger vertrauensvoller Gedankenaustausch mit diesem wichtigsten Berater gewährleisten konnte, dass der Oberbefehlshaber einen gewissen Überblick über seinen Befehlsbereich behielt. Dass dabei vieles informell, nebenbei und mündlich ent-

[6] Vgl. etwa den Tagebucheintrag Reinhardts, 21. 9. 1941, in: BA-MA, N 245/3, Bl. 8, über einen Besuch beim Heeresgruppenkommando Nord: „Mittags in Pleskau bei Leeb zu Gast. Zimmer mit Bett, Zentralheizung, fliessendem Wasser!" Vgl. auch die Erinnerungen Hermann v. Witzlebens, 1949, in: BA-MA, N 231/2, Bl. 40f., über seine Meldung beim Heeresgruppenkommando Mitte im Juli 1941: „Bocks Stab machte mir den Eindruck einer Behörde. Er aß in ausgesuchter Umgebung [...], einem überall mitgeführten Speisezimmer, das mit Bildern und Teppich ausgestattet war."

[7] Vgl. H.Dv.g 92, S. 14–18, besonders S. 14f.

[8] Ebd., S. 14.

[9] Ebd., S. 15.

[10] Vgl. auch ebd., S. 14f.: „Enges Vertrauensverhältnis zwischen beiden ist als dauerhafte Grundlage für die gedeihliche Arbeit der Kommandobehörde unentbehrlich."

schieden wurde[11], macht es nicht einfacher, das Verhältnis von formaler Verantwortung und tatsächlicher Verantwortlichkeit zu bestimmen.

Es ist interessant, dass dieser Widerspruch zwischen der Last der Verantwortung und dem Zwang zur Delegation in der modernen arbeitsteiligen Welt später der Selbstrechtfertigung der Generale diente. Die Oberbefehlshaber behaupteten nach dem Krieg, über viele – und natürlich gerade die „unangenehmen" – Ereignisse in ihrem Befehlsbereich nicht informiert gewesen zu sein, und die Generalstabschefs verwiesen auf die alleinige Verantwortung der Oberbefehlshaber, so dass am Ende alle ihre Hände in Unschuld wuschen. Diese stereotype Argumentation brachte die alliierten Richter und Anklagevertreter der Nürnberger Nachkriegsprozesse schier zur Verzweiflung, zumal sie schwer zu widerlegen war. So betonte Georg v. Küchler im „OKW-Prozess" nachdrücklich, dass er nicht über alle Vorkommnisse orientiert sein konnte[12]: „Meine Hauptaufgabe war ja die Führung des Kampfes, und ich war viel draussen bei der Truppe, sodass auch schon aus diesem Grunde viele laufende Aufgaben vom Chef oder vom Oberquartiermeister erledigt werden mussten, ohne dass sie mir vorgetragen wurden. Es war Krieg und besondere Verhältnisse, die mit Friedenszeiten nicht zu vergleichen sind." Auch Gotthard Heinrici sagte in Nürnberg aus, dass im Krieg „natürlich das Militärische in den Vordergrund trat, weil es ja das eigentliche Leben war"[13]. Er selbst habe sich „auf diese Dinge beschränkt", „da ich persönlich nichts weiter bin wie praktischer Soldat und mich infolgedessen auch voll und ganz dafür eingesetzt habe, dass meine Truppe gut kämpft, ihre Aufgabe löst und dass ich alles für meine Truppe tat". Und der ehemalige Generalstabschef der Heeresgruppe Nord erinnerte sich[14]: „Im Kriege drängt auf allen Führungsgebieten die Zeit, weil alles Planen – ganz besonders von Seiten einer Heeresgruppe, aber auch schon einer Armee – viel Zeit bis zur Verwirklichung braucht. Dieses Drängen der Zeit ist es, was Konzentration auf das Wesentliche in der Operation, d.h. immer wieder auf das Geschehen an der Front, erfordert." Daher konnte er dem Verteidiger seines in Nürnberg angeklagten früheren Oberbefehlshabers Wilhelm v. Leeb das Argument liefern: „So konzentrierten sich die Sorgen des OB. ganz natürlich ständig auf die schwer ringende und leidende Front."

Tatsächlich war der Oberbefehlshaber überwiegend mit der Leitung der Operationen ausgelastet und hielt sich häufiger zu Frontbesichtigungen und Besprechungen bei den unterstellten Korps und Divisionen auf als der Generalstabschef, der vornehmlich mit den Stabsgeschäften befasst war und – wiederum vor allem bei den Armeen – neben den operativen Maßnahmen auch die Verwaltungs- und

[11] Vgl. auch den Hinweis ebd., S. 16: „Stabsbesprechungen – sowohl für den gesamten Stab als auch innerhalb der Abteilungen – dienen der schnellen Unterrichtung, gewährleisten die Einheitlichkeit der Auffassung und damit der Bearbeitung und machen viel Schreibarbeit entbehrlich."

[12] Aussage Küchlers vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 29. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 2946f. Vgl. auch die Verhandlung vom 27. 4. 1948, ebd., S. 2830: Die „eigentliche einzige Aufgabe, die ich hatte, war der Kampf, und an dieser Kampffront, da brannte es allenthalben". Daher sei es selbstverständlich gewesen, „dass man für die Geschehnisse, die weiter ab lagen, die hinten lagen, die man eigentlich in guten Händen wusste, in Händen wusste, die die Sache schon nach richtigen Gesichtspunkten handhaben würden, dass man sich um die wenig kümmerte".

[13] Vernehmung Heinricis in Nürnberg, 15. 10. 1947, in: IfZ-Archiv, MA 1569/26.

[14] Aufzeichnung Brenneckes „Ein Tag im Stabe einer Heeresgruppe", 3. 4. 1948, in: BA-MA, N 431/682.

Versorgungsangelegenheiten überblicken musste. Der Arbeitsalltag des oberen Führers war einerseits durch die Tätigkeit im Hauptquartier mit ihrem festen Tagesablauf (6.00 Uhr Morgenmeldung, 8.00 Uhr Vortrag beim OB, 12.30 Uhr Mittagsmeldung, 18.00 Uhr Zwischenmeldung, 19.00 Vortrag beim OB, 1.00 Uhr Tagesmeldung)[15], andererseits durch die Besuche im Kübelwagen und Fieseler Storch bei der kämpfenden Truppe geprägt, die dem preußisch-deutschen Ideal einer persönlichen Verbindung des oberen Führers mit seiner Truppe entsprachen[16].

Die Erinnerung Heinricis an den „Druck fortlaufender Kampfhandlungen", an die „Anstrengungen körperlicher und geistiger Art, die den Menschen aufs Äusserste in Anspruch nehmen"[17], wird durch die überlieferten Briefe aus dem Feldzug und besonders während der Winterkrise 1941/42 bestätigt[18]. Allerdings führte die Konzentration auf den Kampf nur selten so weit, dass sich ein Oberbefehlshaber überhaupt nicht mehr mit anderen Belangen beschäftigen konnte. Wie noch zu zeigen sein wird, wurden die Oberbefehlshaber bei wichtigen Entscheidungen, die sich auf die Behandlung der Zivilbevölkerung und Kriegsgefangenen oder andere Vorgänge im Gebiet rückwärts der Hauptkampflinie bezogen, immer wieder auch persönlich von ihren „Gehilfen" in die Verantwortung genommen oder griffen von sich aus in diese Dinge ein, so dass die nachträglichen Entlastungsversuche durch eine eigentümliche Mischung aus Dichtung und Wahrheit gekennzeichnet sind. Letztlich war und blieb der Oberbefehlshaber die verantwortliche und ausschlaggebende Instanz im Oberkommando sowie im Einsatzgebiet seines Großverbands.

Nach den Generalisten, dem Oberbefehlshaber und seinem „Chef", kamen die Spezialisten, die Abteilungsleiter und ihre Mitarbeiter. Es zeigt die Bedeutung eines Armeeoberkommandos, dass ihm neben dem Chef des Generalstabs allein sechs weitere Generalstabsoffiziere angehörten. In den Heeresgruppenkommandos waren es weniger, solange sie keine Oberquartiermeisterabteilungen hatten, also bis in das Jahr 1942 hinein. Die Generalstabsoffiziere, die gezielt für den oberen Stabsdienst ausgebildet, mit dem stolzen Zusatz „i.G." (im Generalstab) versehen und durch karmesinrote doppelte Hosenstreifen und Kragenspiegel gekennzeichnet waren, galten als Elite des Offizierkorps und erste Anwärter auf die höchsten Stellungen im Heer. Der dritte Mann in der Hierarchie des Oberkommandos war der 1. Generalstabsoffizier (Ia). Er war der Leiter der Führungsabteilung und bearbeitete die Angelegenheiten der Truppenführung. Seine Zuständig-

[15] Vgl. zum Tagesablauf ebd. Die Uhrzeiten konnten in anderen Oberkommandos abweichen.

[16] H.Dv. 300/1: Truppenführung, Teil 1, Berlin 1936, S. 33: „Die persönliche Einwirkung auf die Truppe durch ihren oberen Führer ist von größter Bedeutung. Er muß der kämpfenden Truppe nahe sein." Ebd., S. 35: „Bei der Verfolgung muß sich der obere Führer weiter nach vorn begeben. Sein Erscheinen in der vorderen Linie wird die Truppe zur höchsten Leistung anspornen."

[17] Vernehmung Heinricis in Nürnberg, 15. 10. 1947, in: IfZ-Archiv, MA 1569/26.

[18] Vgl. etwa die Briefe und Tagebücher Heinricis (Hürter, General) und Reinhardts (BA-MA, N 245/2–3). Vgl. etwa Reinhardt an seine Frau, 10. 12. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 17f.: „Ich fürchte mich in meinem Alleinsein, nicht etwa vor dem Feinde, aber vor dem Hin und Her meiner Gedanken. [...] Vor mir steht der ganze Druck der Verantwortung für die Opfer, die uns diese so schweren Tage kosten." Heinrici an seine Frau, 30. 1. 1941, in: Hürter, General, S. 141: „Die ganze Nacht habe ich vor Sorgen gewacht. Ich konnte einfach nicht schlafen. Es ist ein wahnsinniger Kräfteverbrauch. Mit Cognac u. wahnsinnigem Rauchen hält man sich hoch." Heinrici an seine Frau, 6. 2. 1942, ebd., S. 144: „Ich lebe nur in militärischem Denken. Alles andere scheidet einfach aus. Ich jedenfalls *kann* mich garnicht mit anderem beschäftigen, die innere Ruhe fehlt völlig." Weitere Beispiele in Kapitel II,2,d.

keit für operative und taktische Fragen machte ihn zum nach dem Generalstabschef engsten Mitarbeiter des oberen Führers. Ihm assistierte der 3. Generalstabsoffizier (Ic), der innerhalb der Führungsabteilung die Unterabteilung für Feindnachrichten leitete und täglich über das durch die Aufklärung gewonnene Feindbild vortragen musste. Dagegen hatte der dem Nachrichtenoffizier unterstellte Abwehroffizier (Ic/AO), der kein Generalstäbler war, viel seltener direkten Zugang zum Oberbefehlshaber – es sei denn, der Ic bearbeitete zugleich auch die Abwehrfragen, weil er wie bei den Heeresgruppenkommandos in Personalunion Nachrichten- und Abwehroffizier war. Der Tätigkeitsbereich des Abwehroffiziers war freilich für die Gestaltung der Besatzungsherrschaft von einiger Bedeutung: Spionage- und Sabotageabwehr (mit Hilfe der Abwehrtrupps und der Geheimen Feldpolizei, die ihm unterstanden), geistige Betreuung, Propaganda, Presse, Zensur, politische Fragen. Mit diesen abseits der Operationsführung liegenden Fragen sollte der Oberbefehlshaber so wenig wie möglich belastet werden.

Dies galt auch für den Komplex Nachschub, Versorgung und Besatzung, für den die Oberquartiermeisterabteilung zuständig war. Diese Abteilung war die weit größte des Armeeoberkommandos, stand aber an Prestige deutlich im Schatten der Führungsabteilung. Wie erwähnt, erhielten die Oberkommandos der Heeresgruppen erst 1942 eigene Oberquartiermeisterabteilungen, die Heeresgruppe Nord im März, die Heeresgruppe Mitte erst im September. Vor dieser personellen und qualitativen Aufstockung bearbeitete dort der 2. Generalstabsoffizier (Ib) Nachschub- und Besatzungsfragen (auch polizeiliche Aufgaben gemeinsam mit dem Ic), die allerdings ganz überwiegend einer Außenstelle des Generalquartiermeisters bzw. dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets oblagen. Der Oberquartiermeister (O.Qu.) musste dem Oberbefehlshaber oder dem Generalstabschef regelmäßig Vortrag über die Versorgungslage halten, hatte aber in seinem Bereich recht große Freiheiten und stand in direkter Verbindung zum Generalquartiermeister, besaß also Immediatstellung zum OKH. Doch auch in seinem Ressort bedurften alle wichtigen Entscheidungen der Zustimmung des Oberbefehlshabers. Die maßgeblichen Mitarbeiter des Oberquartiermeisters und Leiter der wichtigsten Unterabteilungen waren der 2. Generalstabsoffizier, der Quartiermeister 1 (Qu. 1), und der 5. Generalstabsoffizier, der Quartiermeister 2 (Qu. 2). Damit arbeiteten drei der sechs Generalstabsoffiziere in der Oberquartiermeisterabteilung – der noch nicht erwähnte sechste im Bunde war der 4. Generalstabsoffizier (Id), der in der Führungsabteilung mit Ausbildungs- und Organisationsfragen betraut war. Der Quartiermeister 1 organisierte die Versorgung der Armee und den Einsatz der Nachschubdienste, der Quartiermeister 2 war für die Sicherung des Armeegebiets (gemeinsam mit dem Ic/AO), den Einsatz der Ordnungs- und Straßenbaudienste, die Fragen der vollziehenden Gewalt, die Ausnutzung des Landes und das Kriegsgefangenenwesen zuständig. Außerdem war ihm die Feldgendarmerie zugeordnet. Er saß damit an einer Schaltstelle der Besatzungspolitik. Unterstützt wurden die Quartiermeister vom Armeeintendanten (IVa) und seinen Beamten, die sich um die Verpflegung und Verwaltung sowie den Einsatz der Verwaltungsdienste zu kümmern hatten. Außerdem bearbeitete ein Wirtschaftsoffizier (IV Wi) die wehrwirtschaftlichen Fragen und war zugleich der Verbindungsoffizier des OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts.

Auf die zahlreichen weiteren Teile des Oberkommandos – die Waffenoffiziere (Nachrichtenführer, Pionierführer, Bevollmächtigter Transportoffizier u.a.), die Adjutantur, den Kommandanten des Hauptquartiers, den Vertreter des Auswärtigen Amts (nur bei den Armeen), die Ordonnanzen, Propagandaoffiziere, Justizbeamten, Ärzte, Veterinäre, Geistlichen, Feldpostmeister und viele mehr – kann nicht näher eingegangen werden. Sie spielten für die hier zu untersuchenden Fragen höchstens eine untergeordnete Rolle. Die Tätigkeitsbeschreibung der beiden größten Abteilungen hat gezeigt, mit welchen Aufgaben das (Armee-)Oberkommando vorrangig beschäftigt war. Vor allem hatte es nach den Weisungen und Befehlen der obersten Führung (und der Heeresgruppe) die gesamte Kriegführung in seinem Bereich zu leiten und zu organisieren. Zur Kriegführung im Zeitalter des „Totalen Krieges" gehörten neben den klassischen Feldern Operation, Feindaufklärung und Logistik stärker als zuvor auch die Verwaltung, Sicherung und Ausbeutung des besetzten Gebiets. In diesem den meisten Offizieren eher lästigen, ja fremden Grenzbereich zwischen Militär, Politik und Wirtschaft erhielten besonders die Armeen in ihren Operationsgebieten Aufgaben, die eine gefährliche Verbindung zu den Zielen der nationalsozialistischen Kriegspolitik herstellten und deshalb für die retrospektive Beurteilung der Wehrmacht von großer Bedeutung sind. Dabei sollte aber nicht übersehen werden, dass diese heute so kontrovers diskutierten Probleme der Besatzungspolitik für die Mehrheit der in einem Oberkommando tätigen Offiziere eher zweitrangig waren.

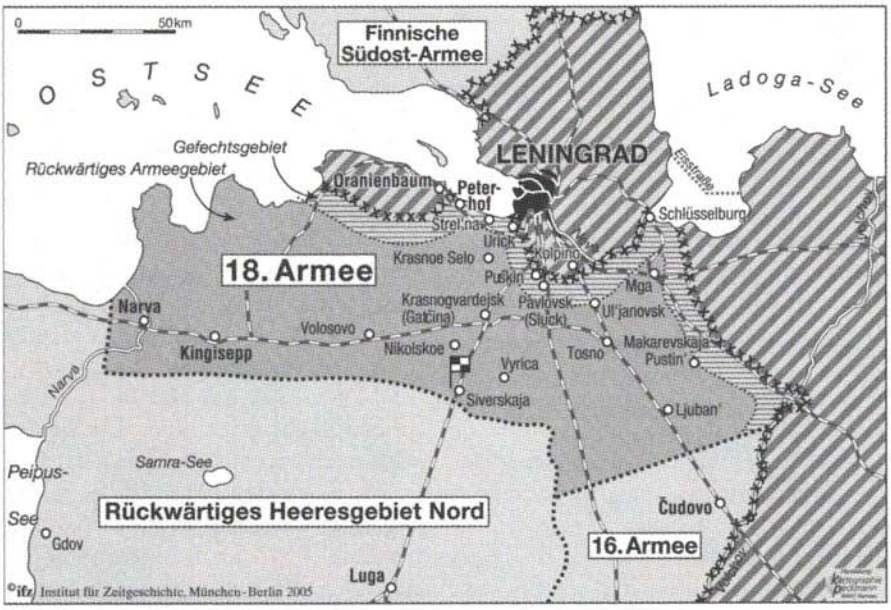
Es wurde bereits beschrieben, wie in den Monaten vor Feldzugsbeginn die Gliederung des Ostheeres, die Organisation des militärischen Besatzungssystems in der Sowjetunion und die Kompetenzen der Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen festgelegt wurden[19]. Das Operationsgebiet im Osten, also das militärische Hoheitsgebiet der Heeresgruppen und Armeen, war von der Front bis zur Grenze zwischen Militär- und Zivilverwaltung, d.h. von Ost nach West, in drei Abschnitte gestaffelt und aufgefächert: in die Gefechtsgebiete der zahlreichen Armeekorps und Divisionen, dann in die rückwärtigen Gebiete der erst neun, später dreizehn Armeen und schließlich in die rückwärtigen Gebiete der drei Heeresgruppen Nord, Mitte und Süd.

Das *Armeegebiet* war in Gefechtsgebiet und rückwärtiges Armeegebiet unterteilt, wobei das *Gefechtsgebiet* möglichst klein gehalten und „im allgemeinen auf den Bereich der am Feinde befindlichen Divisionen und Armeekorps" beschränkt werden sollte[20]. In der Regel bestand das Gefechtsgebiet einer Armee aus einem recht schmalen Streifen an der Hauptkampflinie (HKL) von nicht mehr als 10 bis 20 Kilometern Tiefe, in dem die Divisionen mit ihren Kampf- und Versorgungstruppen sowie die Stäbe der Armeekorps lagen. Hier waren die bei weitem meisten Soldaten eingesetzt, etwa 80 Prozent des gesamten Ostheeres[21]. Im *rückwärtigen Armeegebiet*, dem anschließenden Gelände von gewöhnlich etwa 50, manch-

[19] Vgl. Kapitel II,1. Zum Folgenden vgl. auch Hartmann, Krieg, S. 5–10.

[20] H.Dv.g 90, S. 21.

[21] Vgl. das Beispiel von Oktober 1943 bei Hartmann, Krieg, S. 8 f. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich ca. 2 Millionen Mann des Ostheeres im schmalen Streifen der Gefechtsgebiete, 500000 im mittleren Streifen der rückwärtigen Armeegebiete und lediglich 100000 im deutlich größeren Streifen der rückwärtigen Heeresgebiete. In den beiden Reichskommissariaten waren etwa 100000 Wehrmachtsangehörige stationiert.



Das Operationsgebiet einer Armee (Beispiel: 18. Armee, Ende Dezember 1941)

mal allerdings auch erheblich mehr Kilometern Tiefe, waren das Armeeoberkommando und daneben vor allem der Großteil der rückwärtigen Dienste der Armee (Nachschub und Verwaltung, Sanitäts- und Veterinärwesen, Ordnungs-, Straßenbau- und Feldpostdienste), die Kriegsgefangenenlager sowie verschiedene Sicherungs- und Polizeikräfte stationiert. In diesem Abschnitt hatte der Kommandant des rückwärtigen Armeegebiets (Korück) die militärische Besatzung nach den Befehlen des Armeeoberkommandos durchzuführen. Dem Korück und seinem Stab standen für diesen Auftrag ständig wechselnde Sicherungstruppen zur Verfügung, Teile von Sicherungsdivisionen, Landesschützenbataillone, SS- und Polizeikommandos etc. Außerdem wurden an den wichtigsten Verkehrspunkten Feld- und Ortskommandanturen eingesetzt.

Die *Heeresgruppengebiete* bestanden jeweils aus mehreren Armeegebieten und einem *rückwärtigen Heeresgebiet*. In jedem dieser drei riesigen Areale, den mit Abstand größten Territorien unter Militärverwaltung, war ein Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets (Nord, Mitte und Süd) eingesetzt. Dieser Kommandierende General war nach den Weisungen seines Heeresgruppen-Oberbefehlshabers, der sein Hauptquartier ebenfalls im rückwärtigen Heeresgebiet aufgeschlagen hatte, für die Besatzungsherrschaft in diesem Raum verantwortlich, also vor allem für die Sicherung der Nachschublinien und für die erste wirtschaftliche Ausnutzung. Zur Durchführung seines Auftrags waren ihm die – anfangs bei jeder Heeresgruppe drei – Sicherungsdivisionen sowie mehrere Feld- und Ortskommandanturen unterstellt. Außerdem operierten in den drei rückwärtigen Heeresgebieten die meisten SS- und Polizeieinheiten, die jeweils einem der drei Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) unterstanden, sowie jeweils eine Wirt-

schaftsinspektion, mehrere Wirtschaftskommandos und andere Dienststellen des Wirtschaftsstabs Ost und anderer ziviler Organisationen (Arbeitsämter, Organisation Todt etc.). An die rückwärtigen Heeresgebiete schlossen die beiden *Reichskommissariate* Ostland und Ukraine an, die ab Juli 1941 große Gebiete der besetzten Sowjetunion von der Militärverwaltung in die Zivilverwaltung übernahmen. Der größte Teil des Besatzungsgebiets blieb aber unter Hoheit der Wehrmacht, also Operationsgebiet der Heeresgruppen und Armeen.

In diesem riesigen Gebiet trugen die alles in allem 25 Oberbefehlshaber der drei Heeresgruppen und dreizehn Armeen im ersten Jahr des Ostkriegs die höchste Befehlsgewalt. Ihre zentrale Aufgabe bestand in der taktischen Führung ihrer Truppen im Gefecht sowie der operativen Führung, also der Verbindung mehrer taktischer Kampfhandlungen zu weiträumigen Bewegungen und Schlachten[22]. Während die Kommandierenden Generale und Divisionskommandeure fast ausschließlich auf den taktischen Bereich beschränkt blieben, konnten die Oberbefehlshaber in ihren Befehlsbereichen die Operationen nach den Vorgaben der Gesamtstrategie leiten. Aufgrund dieser operativen Kompetenz mussten sie in der Regel auch eine genauere Kenntnis der strategischen Ziele haben, auf die zumindest die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen als höchste aller Truppenführer hin und wieder, wenn auch insgesamt sehr begrenzten, Einfluss nehmen konnten. Letztlich blieb die große Strategie, das Zusammenwirken aller für den Krieg relevanten Faktoren auf ein Kriegsziel, jedoch Sache der obersten Führung, also Hitlers und – ihm nachgeordnet – seiner unmittelbaren militärischen Berater aus dem OKW sowie den Zentralinstanzen von Heer, Marine und Luftwaffe.

Zu den wesentlichen militärischen Führungsaufgaben kamen bestimmte Kompetenzen für die Besatzungsherrschaft, auf die bereits im vorigen Kapitel eingegangen wurde. Am 3. April 1941 wurde befohlen[23]: „Im *Armeegebiet* üben die Oberbefehlshaber der Armeen vollziehende Gewalt aus und sind für Sicherung und Ausnutzung des Landes verantwortlich." Damit war ursprünglich nur die erste „Sicherung der großen Verkehrswege und die Ausnutzung des Landes für die Bedürfnisse der Truppe zur Entlastung des Nachschubs" gemeint, denn die „planmäßige Verwaltung und Ausnutzung des Landes" sollte dann später nicht durch die Wehrmacht, sondern durch eine Zivilverwaltung erfolgen, die allerdings in weiten Gebieten der besetzten Sowjetunion nie eingesetzt wurde. Die Übertragung der vollziehenden Gewalt auf die Armeeoberbefehlshaber sollte den Armeen die Erfüllung dieser Aufträge und die Beherrschung des Landes ermöglichen. Die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen besaßen trotz ihrer höheren Position von vornherein eine geringere Zuständigkeit für die Besatzungsfragen, da sie weder in den Armeegebieten noch in ihrem rückwärtigen Heeresgebiet die eigentlichen Inhaber der vollziehenden Gewalt waren. Im letzteren sollte nach dem genannten OKH-Befehl jeweils der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets die vollziehende Gewalt „nach den Weisungen des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe" ausüben.

[22] Diese Definitionen nach Frieser, Blitzkrieg-Legende, S. 7 f.

[23] Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/0315/41 g.Kdos., gez. Halder) „Besondere Anordnungen für die Versorgung, Anl. 6, Teil C", 3. 4. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 299–304, hier S. 299. Vgl. auch DRZW, Bd. 5/1, S. 80f. (Beitrag Umbreit).

Allerdings wurde die vollziehende Gewalt vor Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges eingeschränkt. Umfasste sie nach den älteren Bestimmungen noch die gesamte Staatsgewalt bis auf die Judikative, kündigte der Befehl vom 3. April 1941 Sonderregelungen für den sicherheitspolizeilichen und wirtschaftlichen Sektor an[24]. Von diesen Sonderregelungen, die bald folgten, war bereits ausführlich die Rede[25]. Dass SS- und Polizeikräfte, besonders die vier berüchtigten Einsatzgruppen, im Operationsgebiet „in eigener Verantwortlichkeit" Exekutivmaßnahmen durchführen durften, war gewiss ein erheblicher Einbruch in die Befehlsgewalt des Oberbefehlshabers, der aber immerhin eingreifen konnte, wenn die polizeilichen Maßnahmen die Operationen zu stören drohten. Außerdem waren die Leute Himmlers zur engen Zusammenarbeit mit dem Ic und dem Abwehroffizier angehalten. Dennoch blieb es bemerkenswert, dass die Oberkommandos, die mit der Geheimen Feldpolizei (dem Ic/AO unterstellt) und der Feldgendarmerie (dem Qu. 2 unterstellt) ihre eigene Sicherheits- und Ordnungspolizei besaßen, es hinnehmen mussten, dass im Operationsgebiet auf eigene Faust SS- und Polizeiformationen operierten, die sich sehr bald als Mordkommandos entpuppten. Es wird allerdings noch zu beschreiben sein, dass sich die höchste Truppenführung überraschend schnell mit diesem Zustand arrangierte.

Weiter eingeschränkt wurde die vollziehende Gewalt durch die Wirtschaftsorganisation im Osten, die Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan leitete. Die Wirtschaftsdienststellen im Operationsgebiet – also vor allem die drei Wirtschaftsinspektionen in den rückwärtigen Heeresgebieten sowie die Wirtschaftskommandos und die Gruppen IV Wi bei den Armeen[26] – erhielten ihre fachlichen Weisungen vom Wirtschaftsstab Ost und waren nur militärisch den Kommandobehörden des Heeres unterstellt. Dieser von vornherein komplizierte, im Verlauf des Feldzugs immer verworrenere Aufbau der Wirtschaftsorganisation führte zu einem heillosen Neben-, Mit- und Gegeneinander unterschiedlicher Dienststellen, unklarer Kompetenzen und missverständlicher Unterstellungsverhältnisse. Die Versorgungsdienste der Wehrmacht und die von ihr weitgehend unabhängigen Offiziere, Beamten und Sonderführer der Wirtschaftsdienststellen drohten sich in die Quere zu kommen, zumal die Selbstversorgung der Truppe nicht selten mit der Vorbereitung einer systematischen wehrwirtschaftlichen Ausnutzung des Landes kollidierte. Letztlich verhinderte die Tätigkeit sowohl der Polizeikräfte als auch der Wirtschaftsstellen die – in den Wehrmachtsvorschriften eigentlich festgelegte[27] – einheitliche Besatzungsverwaltung im militärischen Hoheitsgebiet.

In der Nachkriegszeit verwiesen viele Generale auf die polizeilichen und wirtschaftlichen Sonderregelungen, um die Verantwortung für bestimmte Vorgänge in ihrem Befehlsbereich abzustreiten. So verblüffte Georg v. Küchler das amerikanische Militärgericht in Nürnberg mit der Behauptung, er habe als Armeeoberbe-

[24] Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres (wie oben), 3. 4. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 302.
[25] Vgl. Kapitel II,1,c.
[26] Den Oberquartiermeisterabteilungen war ein Wirtschaftsoffizier (IV Wi) zugeteilt, der zugleich der Verbindungsoffizier zum Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im OKW war.
[27] Vgl. H.Dv.g 90: Versorgung des Feldheeres, Teil 1, Berlin 1. 6. 1938, S. 25: „Die gesamte Verwaltung des Armeegebiets leitet das Armeeoberkommando (O.Qu.) in eigener Zuständigkeit. Militärische Gesichtspunkte stehen im Vordergrunde."

fehlshaber eigentlich gar keine richtige vollziehende Gewalt besessen[28]. Doch auch hier kann der Kern Wahrheit nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Oberbefehlshaber in seinem Bereich immer noch über beträchtliche Befehlsgewalten und Handlungsspielräume verfügte. Er konnte etwa, wenn er wollte, die Befehle der übergeordneten Führung mit Zusätzen versehen und in Durchführungsbestimmungen gegebenenfalls auch modifizieren lassen, bevor sie an die nachgeordneten Stellen weitergegeben wurden. Berlin und das „Führerhauptquartier" waren weit entfernt, und wenn dem Oberbefehlshaber in seinem Armeegebiet etwas nicht passte, dann hatte er Möglichkeiten, seinen Willen durchzusetzen – vor allem mit dem Hinweis auf militärische Notwendigkeiten. Wenn dies in den Bereichen Polizei, Wirtschaft und später auch Arbeitseinsatz so selten geschah, dann war das weniger eine Frage des Könnens als des Wollens. Besonders ein Armeeoberbefehlshaber war trotz der Einschränkung seiner Rechte faktisch wie ein kleiner Warlord in einem Gebiet, das meist deutlich über 10000 Quadratkilometer umfasste.

Die Skizzierung der Befehls- und Kompetenzverhältnisse im Operationsgebiet verdeutlicht, wie kompliziert das deutsche Herrschaftssystem in der besetzten Sowjetunion war. In den Befehlsbereichen der Oberbefehlshaber kämpften, arbeiteten, verwalteten, organisierten und ermittelten die unterschiedlichsten Kampfeinheiten, Sicherungstruppen, Versorgungsdienste und Stäbe der Wehrmacht, dazu Polizeiverbände, Wirtschaftsdienststellen und zahlreiche andere Einrichtungen wie die Organisation Todt und die Arbeitsämter. Die Gliederung und Aufgaben der übrigen militärischen Stellen von den Zentralinstanzen bis zur Fronttruppe waren nicht weniger vielschichtig, so dass ein Bild von verwirrender Vielfalt entsteht, dem die häufig zu einfachen Erklärungsmuster über „die" Wehrmacht kaum gerecht werden. Umso notwendiger ist es, eine Bresche durch das Gestrüpp von Institutionen und Funktionen zu schlagen. Dabei kommt dem Historiker entgegen, dass die Wehrmacht durch einen hierarchischen Aufbau strukturiert war, besonders im Operationsgebiet des Heeres. An der Spitze des Kampfes und der Herrschaft im östlichen Operationsgebiet standen die Oberbefehlshaber und ihre „Gehilfen". Trotz aller beschriebenen Abzweigungen und Seitenstränge dieser Befehlsgewalt lässt sich an diesem Orientierungspunkt die Verantwortung der Wehrmacht für die Kriegführung und Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion noch am besten untersuchen. Das soll nun am Beispiel der Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen im ersten Jahr des Ostkriegs gezeigt werden.

[28] Aussage Küchlers vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 29. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 2948f., bereits zitiert in Kapitel II,1,c.

2. Operationen

a. Vormarsch

Das Denken und Handeln von 25 höchsten Truppenbefehlshabern kann nicht angemessen beschrieben werden, wenn man ihre eigentliche professionelle Aufgabe unbeachtet lässt: das taktische und operative Führen ihrer Verbände im Kampf gegen die gegnerische Streitkraft. Es wurde bereits dargelegt, dass sowohl der Kriegsalltag des Kommandeurs als auch seine Beteiligung an der Vorbereitung des „Unternehmen Barbarossa" vor allem von diesen militärischen Kernproblemen bestimmt waren[1]. Auch wenn sich die neuere Forschung zum deutsch-sowjetischen Krieg mit gutem Grund vor allem mit den Vorgängen im rückwärtigen Gebiet beschäftigt, darf die hohe Bedeutung der immer mehr vernachlässigten Operationsgeschichte nicht aus den Augen verloren werden. Die operative Geschichte des Ostfeldzugs war in ihren welthistorischen Wirkungen stets ein zentraler Bestandteil der Universalgeschichte, der nicht allein militärischen oder populären Autoren überlassen werden sollte[2].

Die Führung und Durchführung der Operationen waren der zentrale Bezugspunkt der Oberbefehlshaber, die ganz im Bann der Aufgabe standen, die Rote Armee – im militärischen Sinne – zu „vernichten". Diesem Ziel waren letztlich alle übrigen Fragen untergeordnet[3]. Umso wichtiger ist es, vor der Haltung dieser Generale zu allen entscheidenden Problemen hinter der Front zunächst ihr Agieren als Führer von Großverbänden im Kampf zu behandeln. Dabei kann hier allerdings weder der Feldzugsverlauf en détail rekonstruiert noch die militärische „Leistung" jedes einzelnen dieser Generale beurteilt werden. Vielmehr gilt es, einige Grundzüge ihres Verhaltens in ihrem eigentlichen Arbeitsbereich zu bestimmen. Die Belastung und Bewährung in der „Schlacht" sind aufschlussreiche Indikatoren für die Persönlichkeit eines hohen Frontbefehlshabers – und daher für seine Tätigkeit insgesamt von Interesse. Zugleich wird dadurch der Rahmen beschrieben, in dem die Verantwortung der Generale für das Geschehen abseits des taktisch-operativen Bereichs eingefasst war.

[1] Vgl. die Kapitel „Exkurs" und II,1,b.

[2] Vgl. das überzeugende Plädoyer für eine moderne historisch-kritische Operationsgeschichte – im Gegensatz zur traditionellen „Kriegsgeschichte" und als Teil der modernen Militärgeschichte – von Wegner, Operationsgeschichte. Vgl. auch Wegner, Siege, S. 299–302.

[3] In diesem Zusammenhang ist es evident, dass die Oberbefehlshaber in ihren persönlichen Aufzeichnungen den rein militärfachlichen Problemen den mit Abstand breitesten Raum widmeten. Für die vorliegende Darstellung dieses Themas bedeutet dies einen Gewinn, da sie in der Regel auf die weitaus plastischeren privaten Beschreibungen des Operationsverlaufs zurückgreifen kann – und nicht so einseitig wie sonst üblich auf die dienstlichen Akten, in denen diese Fragen ungleich „verschlüsselter" erörtert werden.

Der Krieg gegen die Sowjetunion und besonders sein erstes Jahr waren von überragender Bedeutung für die militärische Karriere der Oberbefehlshaber. Für einige bedeutete dieses Jahr nicht nur den Höhepunkt, sondern zugleich auch den Endpunkt ihrer soldatischen Laufbahn. Reichenau und Schobert starben im Einsatz an der Ostfront, Hoepner, Leeb und Strauß wurden nach ihrer Ablösung nicht wieder verwendet, Falkenhorst, Guderian und Stülpnagel nur noch in der Militärverwaltung und im Generalstab eingesetzt. Neben diesen acht „Aus- und Absteigern" gab es in unserer Gruppe aber auch 13 „Aufsteiger". Die Armeeführer Kluge und Küchler übernahmen Heeresgruppen, die Panzergruppen-Befehlshaber Hoth und Kleist wurden Armeeoberbefehlshaber, die Kommandierenden Generale Dietl, Heinrici, Lindemann, Manstein, Model, Reinhardt, Ruoff und Schmidt sowie den Quartiermeister I im OKH, Friedrich Paulus, betraute man mit der Führung von Armeen. Lediglich Bock, Busch, Rundstedt und Weichs behielten ihren Status, Bock allerdings mit einer kurzen Unterbrechung und Rundstedt, ebenfalls nach einer Ruhepause, nurmehr durch eine Versetzung in den Westen.

Dieses Revirement unter den Oberbefehlshabern von 1941/42, das bereits bis Ende Januar 1942 abgeschlossen war und zu einer gewissen Verjüngung und – wenn man so will – „Modernisierung" dieser Gruppe führte[4], lag ausschließlich in der taktisch-operativen Leistung und der Einstellung zu bestimmten militärischen Problemen begründet. Die Bedeutung rein militärischer Aufgaben zeigte sich auch in den Rangerhöhungen und Ordensverleihungen, die sich ebenfalls allein auf Verdienste in diesem Bereich bezogen. Paulus wurde im ersten Jahr des Feldzugs zum General der Panzertruppe befördert, Model außerdem zum Generaloberst, einen Rang, den in dieser Zeit auch die Generale Dietl, Manstein, Reinhardt, Ruoff und Schmidt erreichten. Küchler und Manstein wurden am Ende des hier behandelten Zeitraums zu Generalfeldmarschallen ernannt. Auch wurden die Leistungen mehrerer Truppenführer durch höchste Auszeichnungen belohnt, überwiegend im erfolgreichen Sommer 1941. Heinrici, Ruoff und Stülpnagel erhielten das Ritterkreuz, Guderian, Hoth, Kleist, Reinhardt und Schmidt das Eichenlaub zum Ritterkreuz, Model innerhalb dieses Zeitabschnitts sogar beide Orden. Es wundert nicht, dass die Zuwendung von Rang und Ehren vor allem die „Aufsteiger" der Gruppe betraf. Doch einzig Model gelang in diesen Monaten eine Blitzkarriere, vom Divisionskommandeur zum Armeeführer, vom Generalleutnant zum Generaloberst, vom Träger des Eisernen Kreuzes zum Eichenlaubträger. Die übrigen Karrieren verliefen im Rahmen dessen, was in einem großen Feldzug üblich war, meist sehr erfolgreich, aber noch weit entfernt von den unkonventionellen Gepflogenheiten der militärischen Personalpolitik in der Schlussphase des Zweiten Weltkriegs. Diese Gruppe blieb von Juni 1941 bis Juni 1942 trotz des personellen Wechsels und trotz der Gleichzeitigkeit von Abstieg, Aufstieg und Statusbewahrung noch recht homogen und konservativ.

Angesichts des großen persönlichen und allgemeinen Stellenwerts ihres Einsatzes im ersten Jahr des Ostkriegs ist es interessant und erstaunlich zugleich, wie

[4] Vgl. die Angaben zu Alter, Herkunft und Bildung in Kapitel I,1, außerdem die Bemerkungen zu den personellen Veränderungen während der Winterkrise 1941/42 in Kapitel II,2,c.

wenig sich die Nachkriegszeit mit dem fachlich-professionellen Anteil der Oberbefehlshaber am Verlauf der Operationen beschäftigt hat. Die anfangs sehr rege Militärgeschichtsschreibung zum Zweiten Weltkrieg wurde maßgeblich von der Selbstdarstellung der deutschen Generalität geprägt[5]. Federführend dabei waren aber nicht die älteren Truppenführer, sondern der ehemalige Generalstabschef Franz Halder sowie seine früheren Mitarbeiter im OKH und ihm ergebene jüngere Generale. Besonders die zahlreichen und sehr stark von der Sicht Halders beeinflussten Studien dieser Offiziere für die amerikanische „Historical Division" bestimmten für Jahrzehnte das Geschichtsbild einer anständigen und fachlich hervorragenden, jedoch vom Fanatismus und Dilettantismus Hitlers ständig behinderten Kriegführung der Wehrmacht.

In dieser gezielt apologetischen „Rekonstruktion des Zweiten Weltkriegs im Geiste des deutschen Generalstabs"[6] war die Betonung eines eigenen Profils der Truppenführer an der Ostfront unerwünscht. Die zahlreichen fachlichen Gegensätze und persönlichen Animositäten in der Generalität wurden bewusst verdeckt, um die Fiktion von der klaren Trennung zwischen dem professionellen Können der Militärelite und den Fehlentscheidungen des Diktators aufrecht zu erhalten. Dass sich auch die Oberbefehlshaber des ersten Feldzugsjahrs, in dem die Auseinandersetzungen um die Operationsführung häufig genug quer zu diesen Trennlinien liefen, mehrheitlich in diese Legende flüchteten und damit ihr Eigengewicht verleugneten, hatte seine Gründe.

Diese Gruppe war nach 1945 dadurch geschwächt, dass einige ihrer wichtigsten Vertreter nicht mehr lebten[7]. Wichtiger war aber wohl die Wirkung der Anklagen in der Öffentlichkeit und vor alliierten Gerichten gegen das völkerrechtswidrige Verhalten der Frontgeneralität im Osten[8]. Während Halder rechtlich nicht belangt wurde und als moralisch integer galt, lastete auf diesen Generalen das Stigma von Kriegsverbrechern. Das minderte das Selbstbewusstsein und förderte die Bereitschaft, sich der Strategie Halders zur pauschalen Verteidigung der Generalität zu unterwerfen. Jede Kritik an Führungsmaßnahmen – außer an denjenigen Hitlers natürlich – sollte vermieden werden, um das Bild einer auch im höchsten Offizierkorps leistungsfähigen und „sauberen" Wehrmacht nicht zu beeinträchtigen. Alle negativen Entwicklungen wurden allein dem Diktator angekreidet. Das gemeinsame Ziel, die Generalität zu entlasten, wurde als wichtiger angesehen als eine realistische Darstellung der Kontroversen und Fehlplanungen in der Heeres- und Truppenführung. Nur wenige durchbrachen diesen Konsens, Erich v. Manstein etwa, der in seinen Kriegserinnerungen aus seiner Ablehnung der Halderschen Führungskunst kein Geheimnis machte[9]. Doch nicht diese wenigen abweichen-

[5] Dazu und zu Folgendem vgl. Wegner, Siege. Vgl. daneben Burdick, Schwert. Zur Befindlichkeit der Wehrmachtsgeneralität nach 1945 und ihren Verteidigungsstrategien vgl. auch Meyer, Situation; Meyer, Soldaten.

[6] Wegner, Siege, S. 287.

[7] Schobert, Reichenau, Dietl, Bock und Busch waren im Krieg bzw. kurz nach Kriegsende gefallen, verunglückt oder verstorben, Hoepner und Stülpnagel nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet worden.

[8] Von den Oberbefehlshabern 1941/42 wurden Falkenhorst, Hoth, Küchler, Leeb, Manstein und Reinhardt von alliierten Militärgerichten verurteilt. Gegen Rundstedt, Strauß und Weichs wurden Verfahren eingeleitet, dann aber wegen des Gesundheitszustands der Angeklagten eingestellt.

[9] Manstein, Siege. Zum Gegensatz Halder/Manstein vgl. Hartmann, Halder, S. 54 f. Auch die Erinnerungen Guderians lagen keineswegs durchweg auf der von Halder vorgegebenen Linie. So wundert

den Stimmen, sondern die kriegsgeschichtlichen Deutungen Halders und seiner Umgebung setzten sich durch und prägten die Rezeption des Ostfeldzugs[10].

Das lange nachwirkende Bild einer einhelligen Distanz der Generalität gegenüber der militärischen Inkompetenz Hitlers erweist sich besonders für das erste halbe Jahr des Ostkriegs als völliger Anachronismus. Schon in der fatalen Unterschätzung der sowjetischen Widerstandskraft herrschte weitgehende Übereinstimmung zwischen dem Diktator und seinen Generalen. In dieser Fehlkalkulation zeigte sich auch innerhalb der Generalität die größte Geschlossenheit, jedenfalls ist gerade für die ersten Wochen kaum Skepsis überliefert. Das spätere Resümee des Generaloberſten v. Weichs war nicht nur auf die fahrlässige Haltung der zentralen Instanzen gemünzt[11]: „Man begann den Feldzug mit einer kaum zu übertreffenden Unterschätzung des Gegners und mit einer durch den überraschend schnellen Erfolg in den bisherigen Feldzügen verursachten Überheblichkeit." Erst als der Vormarsch ins Stocken geriet, kam unter den Frontbefehlshabern Skepsis und Kritik auf, die sich aber weit weniger gegen Hitler als gegen die Heeresleitung um Brauchitsch und Halder richtete.

Doch zunächst schienen die ersten Kampftage alle Hoffnungen zu erfüllen. Die Wucht des Angriffs von drei Millionen deutschen Soldaten, 3350 Panzern, 7146 Geschützen und 2713 Kriegsflugzeugen traf die Rote Armee am frühen Morgen des 22. Juni 1941 nahezu unvorbereitet[12]. Die Rechnung des deutschen Generalstabs, die sowjetischen Streitkräfte innerhalb weniger Wochen in großen Grenzschlachten westlich der Düna-Dnjepr-Linie zu zerschlagen, schien aufzugehen. Generalstabschef Halder hielt den Feldzug bereits nach 14 Tagen für entschieden[13]. Und angesichts der Erfolge konnte selbst Hitler über seine „Marschälle von

es nicht, dass Halder und seine Mitarbeiter den Memoiren von früheren Truppenkommandeuren skeptisch gegenüberstanden. Vgl. etwa seine abfälligen Bemerkungen gegen die – an einigen Stellen OKH-kritischen und dann auch unveröffentlicht gebliebenen – Erinnerungen von Weichs (Wegner, Siege, S. 296, Anm. 41). Dagegen stimmte ein anderer General dieser Gruppe, Georg v. Küchler, völlig mit der Entlastungsstrategie Halders überein und forderte für die Arbeit in der „Historical Division", es dürfe „keine Kritik an Führungsmaßnahmen geübt werden, es sind nur Tatsachen zu schildern. [...] Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß irgend eine führende Persönlichkeit, sei es Vorgesetzter, Nachbar oder Untergebener, irgendwie belastet wird. [...] Die Leistungen unserer Truppen sind gebührend zu würdigen." Richtlinien Küchlers, 7. 3. 1947, zit. nach: Wegner, Siege, S. 294. In diesem Sinne beteiligten sich auch Falkenhorst, Guderian, Heinrici, Leeb und Rundstedt an der im Detail aufschlussreichen, insgesamt aber geschichtsklitternden Arbeit der deutschen Generale für die „Historical Division". Vgl. auch die Auswahledition dieser Studien: World War II German Military Studies, Bd. 1–24.

10 Die militärische Selbstdarstellung des Ostkriegs wurde vor allem von Philippi/Heim, Feldzug, verbreitet und beeinflusste auch die angelsächsische Literatur, vgl. etwa Seaton, Krieg. Erst die jüngere Literatur gelangte – nach ersten, teilweise fragwürdigen, Ansätzen durch Irving, Hitler's War – zu einer Neubewertung der operativen Entscheidungen im deutsch-sowjetischen Krieg. Vgl. vor allem Reinhardt, Wende; DRZW, Bd. 4, S. 451–652 (Beitrag Klink); DRZW, Bd. 6, S. 761–1102 (Beitrag Wegner); Hartmann, Halder, S. 271–342.

11 Weichs, Erinnerungen, Bd. 5, in: BA-MA, N 19/9, Bl. 15. Vgl. auch Bl. 14: „Man glaubte, daß nach etwa 6 Wochen der Feldzug durch eine Entscheidungsschlacht am Dnjepr sein militärisches Ende finden würde. Dann werde der bolschewistische Staat durch innere Kämpfe auseinanderfallen."

12 Zahlen in DRZW, Bd. 4, S. 270 bzw. 312. Dazu kamen die Truppen des finnischen und des rumänischen Verbündeten.

13 Vgl. Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 38 (3. 7. 1941): „Es ist also nicht zu viel gesagt, wenn ich behaupte, daß der Feldzug gegen Rußland innerhalb [von] 14 Tagen gewonnen wurde. Natürlich ist er damit noch nicht beendet. Die Weite des Raumes und die Hartnäckigkeit des mit allen Mitteln geführten Widerstandes wird uns noch viele Wochen beanspruchen."

geschichtlichem Format" und seinem „einzigartigen" Offizierkorps ins Schwärmen geraten[14]. Wie dachten aber diese Feldmarschalle und Generale an der Front über den frühen Verlauf der Operationen?

Der Blick der Frontkommandeure war zunächst ganz auf den Durchbruch der sowjetischen Grenzstellungen gerichtet. Für einen verantwortlichen Truppenoffizier gibt es kaum einen so bangen Moment wie den des Wartens auf den Erfolg oder Misserfolg des Angriffs gegen die feindlichen Linien. Wie wird der Angriff beginnen, wie wird er sich entfalten, wie wird der Gegner reagieren, wie viele Soldaten sind dem Erfolg zu opfern? Das ganze professionelle Bemühen des militärischen Führers konzentriert sich auf diesen dramatischen Augenblick des ersten Antretens seiner Truppe. Alle übrigen Aspekte der Feldzugsvorbereitung erscheinen gegenüber dieser existentiellen Herausforderung plötzlich als zweitrangig. Der jähe Übergang von der ruhigen generalstabsmäßigen, im wahrsten Sinne des Wortes „blutleeren" Planung zum Inferno der Schlacht, zum Chaos aus Feuer, Lärm, Gestank und Tod, musste jeden General unserer Gruppe in größte nervliche Anspannung versetzen. Auf diesen Tag lebte er hin, je näher er rückte desto intensiver. Drei Tage vor dem Angriff schilderte der Kommandierende General Hans-Georg Reinhardt seiner Frau diese Unruhe[15]: „Ich habe manche schlaflose Nacht hinter mir, die ich durchgegrübelt habe, wie ich meinen Truppen, den mir anvertrauten Menschen den Weg und die Aufgabe erleichtern kann."

Dem Sprung ins Dunkle folgte die Stunde der Wahrheit, in der die Vorbereitungen und Einschätzungen mit den Realitäten des Krieges – dem Gegner, der Landschaft, dem Klima und was derlei mehr ist – konfrontiert wurden. Im Fall „Barbarossa" lief zunächst fast alles nach Plan. Der Optimismus in der Generalität schien sich zu bestätigen. Nach der ersten Überraschung wehrte sich die Rote Armee zwar immer erbitterter und wirksamer, so dass auch die Verlustlisten der Wehrmacht rasch wuchsen, doch insgesamt konnte der deutsche Ansturm nicht aufgehalten werden[16]. Die offensive Kriegführung wurde vor allem von den vier Panzergruppen getragen, die wie Stoßkeile die sowjetischen Linien durchbrachen und in schnellen Raids nach Osten vordrangen, während die nachrückenden Infanteriearmeen den Rücken und die Flanken dieser motorisierten Angriffsspitzen sichern mussten. Der schnellste und größte Erfolg gelang im Bereich der Heeresgruppe Mitte, wo die Zangenbewegung der beiden Panzergruppen 2 (Guderian) und 3 (Hoth) bei Bialystok und Minsk zu den ersten Kesselschlachten des Feldzugs führte. Im Nordabschnitt konnte die Panzergruppe 4 (Hoepner) überraschend zügig in Richtung Leningrad vorstoßen. Dagegen waren die Operationen der Heeresgruppe Süd weniger von einem Raid ihrer Panzergruppe 1 (Kleist) als

[14] Unterredung Hitlers mit dem japanischen Botschafter Oshima am 15. 7. 1941, in: Hillgruber (Hrsg.), Staatsmänner, Bd. 1, S. 605.

[15] Reinhardt an seine Frau, 19. 6. 1941, in: BA-MA, N 245/2. „Man hat manchmal beinahe den Eindruck, dass wir die obersten Stellen bisher so verwöhnt haben, dass sie denken, wir könnten *alles*. Hoffentlich können wir alles, wir werden uns jedenfalls die grösste Mühe geben und werden mit dem gleichen Vertrauen zum Führer und zu unserer Stärke mit der altbewährten Parole fahren: ‚Panzer voran!'"

[16] Zur Feldzugseröffnung der drei Heeresgruppen vgl. DRZW, Bd. 4, S. 451–486 (Beitrag Klink). Zu den in diesem Kapitel genannten Operationen vgl. ferner – als Beispiele der älteren „Kriegsgeschichtsschreibung" – Philippi/Heim, Feldzug, S. 54–90; Haupt, Heeresgruppe Nord, S. 25–105; Haupt, Heeresgruppe Mitte, S. 28–94; Wagener, Heeresgruppe Süd, S. 49–104.

vom mühsamen Vorwärtskämpfen aller Verbände in der verbissen verteidigten Ukraine geprägt.

Im zunächst wichtigsten Frontbereich, bei den richtungweisenden und vorentscheidenden Kämpfen der Heeresgruppe Mitte, wurden freilich die Illusionen und Probleme der deutschen militärischen Führung sehr bald deutlich. Als sich Anfang Juli 1941 die erst unübersichtliche Frontlage zu den großen Erfolgen gegen die eingekesselten sowjetischen Verbände westlich von Minsk entwickelte, zeigte sich Feldmarschall v. Bock in einem Gespräch mit Halder zufrieden, „daß der Feind eine ganz schwere Niederlage erlitten habe"[17]. Die voreilige Einschätzung Halders, „daß durch diesen Erfolg dem Feind die Möglichkeit genommen sei, überhaupt noch eine geordnete Front wieder aufzubauen", wurde von Bock bestärkt – auch gegen die Skepsis Hitlers[18]. In diesem Moment der Siegeserwartung stellte der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte sogar seinen Unmut über die ständigen Eingriffe des OKH in seine Führung zurück. Sie hatten ihn in den ersten Feldzugstagen immer wieder behindert. Schon in dieser frühen Phase des Ostkriegs konstituierten sich die lähmenden Gegensätze in der Operationsführung, die sich keineswegs allein auf Meinungsverschiedenheiten zwischen der Generalität und Hitler reduzieren ließen. Auch ohne den Machtanspruch des Diktators drohte die traditionelle Eigenständigkeit der oberen Führer beschnitten zu werden.

Dies zeigte sich besonders in der Lenkung der Panzerverbände. Bereits nach wenigen Tagen war die grundsätzliche Frage zu klären, ob die beiden Zangenarme der Panzergruppen 2 und 3 sich bei Minsk schließen oder noch weiter nach Osten ausgreifen sollten. Wie schon in der Vorbereitungsphase waren die Panzergenerale Guderian und Hoth für die große Lösung eines weiträumigen Vorstoßes[19]. Dabei wurden sie von Bock unterstützt, während Hitler, Brauchitsch, Halder und die Oberbefehlshaber der infanteristischen Armeen Kluge (4. Armee) und Strauß (9. Armee) das vorzeitige Einschwenken der Panzergruppen bevorzugten, um die Fronten nicht zu überdehnen und die Kessel leichter bereinigen zu können[20]. Es war richtungweisend, dass diese weniger riskante Lösung schließlich gegen den Willen und zum großen Ärger Bocks vom OKH befohlen wurde[21]. Ebenso wurden trotz der Einwände Bocks, Guderians und Hoths die Panzergruppen unter

[17] Bock, Kriegstagebuch, S. 206 (2. 7. 1941), über ein Telefonat mit Halder

[18] Ebd., S. 207. Halder, „der in allem meiner Ansicht ist", berichtete ihm, der „Führer wolle das nicht glauben" und frage nach den Gefangenen, worauf Bock dem Generalstabschef erwiderte: „100000 sind ja schließlich kein Pappenstiel, außerdem werden es täglich mehr. Sind dem Führer die ungeheuren Materialmengen nicht gemeldet?" Die Rote Armee verlor in den Kesselschlachten von Belostok (bis zum 1. 7.) und Minsk (bis zum 8. 7.) 324000 Mann an Gefangenen, 3300 Panzer und 1800 Geschütze. Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 452f., 461 (Beitrag Klink).

[19] Vgl. auch Guderian, Erinnerungen, S. 139–171; Hoth, Panzer-Operationen, S. 53–104.

[20] Vgl. Bock, Kriegstagebuch, S. 198–203 (25.–29. 6. 1941). Vgl. dazu und zum Folgenden auch DRZW, Bd. 4, S. 451–461 (Beitrag Klink).

[21] Bock, Kriegstagebuch, S. 199 (25. 6. 1941): „Ich bin wütend, denn hier soll ein großer Erfolg unnötig aus der Hand gegeben werden!" Ebd. (26. 6. 1941): „Vormittags kommt Brauchitsch. Ich bin durch das befohlene frühe Eindrehen noch so verärgert, daß ich [auf] seine[n] Glückwunsch recht unfreundlich antworte: ‚Nun wird wohl nichts mehr drin sein!'" Ebd., S. 203 (29. 6. 1941): „Das ist der Fluch der bösen Tat! Drehte man bei Minsk ein, so gab es dort zwangsläufig so lange einen Stop, bis der ganze Kessel Bialystok-Minsk im Großen ausgeräumt war. Ich wollte die Dnjepr- oder wenigstens die Beresinabrücken schnell in die Hand bekommen, um nicht später darum kämpfen zu müssen – was jetzt leider der Fall sein wird!"

den Oberbefehl Kluges für einige Wochen zur „4. Panzerarmee" zusammengefasst[22]. Durch diese vorübergehende Umbildung wollte das OKH die beiden vorwärts drängenden Panzerführer an die Leine nehmen und den Einfluss ihres Förderers Bock auf die Operationsführung beschränken. Dass damit bereits zu einem frühen Zeitpunkt die Selbständigkeit des wichtigsten Truppenbefehlshabers im Osten und zwei seiner fähigsten Unterführer beschnitten wurde, war ein schlechtes Omen für die weitere Gestaltung der Operationen und in erster Linie vom OKH zu verantworten. Brauchitsch gab drei Wochen später zu, dass die Heeresleitung die Zügel im Osten prinzipiell anders führen wolle als in Westen[23]: „Die zähe rote Kampfmasse und die aufsaugende Tiefe des Kampfraumes erfordern straffere Führung, als sie in den bisherigen Feldzügen erforderlich war. Eingriffe des O.K.H. in die Operationen sind unvermeidbar. Es wird ersucht, sie – den ostwärtigen Verhältnissen Rechnung tragend – ohne Empfindlichkeit hinzunehmen." Von diesen Zentralisierungstendenzen sollte später allerdings ein anderer profitieren: Hitler.

Der Zeitverlust durch das frühe Einschwenken bei Minsk, der von der Roten Armee zur Neuordnung ihrer schwer angeschlagenen Verbände genutzt werden konnte, war eine wesentliche Ursache dafür, dass der Vormarsch bei der Heeresgruppe Mitte schon Anfang Juli 1941 erstmals ins Stocken geriet[24]. Auch in den folgenden Wochen gelang es nur mit Mühe, die sowjetischen Truppen über die Düna und den Dnepr nach Osten zu drängen. Die Operationen wurden außerdem durch das langsamere Tempo der Infanteriearmeen behindert, die hinter den schnellen Truppen die Kessel bereinigen, den Raum sichern und dann in Eilmärschen aufschließen mussten[25]. Die Panzergenerale nahmen aus den erfolgreichen Vorstößen ihrer Waffe das etwas überzogene Selbstgefühl, dass dieser Feldzug noch stärker als der im Westen „eine nahezu ausschließliche Angelegenheit der Panzertruppe" sei[26], und sahen sich durch die nachrückende Infanterie in ihrer

[22] Zugleich wurden am 3. 7. 1941 die meisten Infanterieverbände der 4. Armee dem Armeeoberkommando 2 (Weichs) unterstellt, das jetzt aus der Reserve an die Front verlegt wurde. Vgl. ebd., S. 205 (1. 7. 1941): „Die Panzergruppen waren ebenso gegen diese Regelung wie ich." Guderian an seine Frau, 4. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77: „Die ganz hohen Herren jagen einem Phantom bei Bialystok nach, statt die Augen nach vorn zu richten, wo der neue Feind kommt. Alles erstirbt in Ehrfurcht und keiner wagt etwas zu sagen. Das kostet leider viel edles Blut. Um diese Bremse unseres Tatendranges recht wirksam zu gestalten, hat man eine ‚Panzerarmee' gegründet und natürlich einem anderen anvertraut, der bisher nichts mit der Sache zu tun hatte. Als Bremser hat er sich sofort äußerst wirkungsvoll betätigt."

[23] Aufzeichnung Sodensterns (H.Gr.Kdo. Süd, Chef des Generalstabs) über die Besprechung der Heeresgruppenchefs beim OKH am 25. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–17/24. „In gleicher Weise müssen auch die Heeresgruppen *am kurzen Zügel* führen und den Armeen ihren Willen – auch in der taktischen Durchführung – aufzwingen." Vgl. auch Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 118 (25. 7. 1941).

[24] Der am 3. 7. 1941 wieder aufgenommene Angriff der beiden Panzergruppen traf auf überraschend harten Widerstand, ja teilweise auf Gegenangriffe, so dass besonders die Panzergruppe Guderians in Schwierigkeiten kam. Bock hielt diese Probleme für „die natürliche Folge des verfrühten Eindrehens auf Minsk und des ängstlichen Festhaltens von Panzerkräften zur Abschließung des Minsker Kessels über die notwendigste Zeit hinaus". Bock, Kriegstagebuch, S. 210 (6. 7. 1941).

[25] Vgl. etwa Heinrici an seine Frau, 11. 7. 1941, in: Hürter, General, S. 68: „Der Bolschewik kämpft vorläufig am Dnjepr. An einzelnen Stellen ist er schon überschritten. Das bedeutet für uns laufen, daß die Zunge heraushängt, immer laufen, laufen, laufen. Ich glaube, nach dem Kriege schafft man die Infanterie ab. Der Unterschied zwischen Motor u. Menschenkraft ist zu groß."

[26] Guderian an seine Frau, 12. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77.

stürmischen Vorwärtsbewegung gehemmt. Dieser Gegensatz war eine ständige Belastung der deutschen Kriegführung. Allerdings ließ der zunehmend erstarkende sowjetische Widerstand die Erfolgsaussichten ungedeckter Panzerraids immer geringer werden. Dass etwa Guderian noch Mitte Juli hoffte, mit seiner Panzergruppe vor einem „feldzugsentscheidenden Erfolg" zu stehen[27], war vor allem ein Zeichen der völligen Unterschätzung des Gegners gerade bei den Führern der schnellen Truppen. Dagegen dachte sein vorgesetzter Armeeoberbefehlshaber Kluge am selben Tag vorsichtiger und machte sich über die operative Lage „etwas Sorge, da der Russe viel geschickter kämpft, als wir angenommen haben. Hoffentlich entwischt er nicht jenseits von Moskau, denn dann wird es nicht ganz einfach für uns im Winter."[28]

Wie weit man selbst bei der kampfstärksten Heeresgruppe noch von einer Entscheidung entfernt war, zeigte dann die Schlacht um Smolensk in der zweiten Julihälfte[29]. Die Auflösung des großen Kessels bei der am 16. Juli eroberten Stadt war ein langwieriges und schwieriges Unternehmen, das alle deutschen Kräfte dieses Frontabschnitts band – auch die beiden Panzergruppen, die sich heftigster Gegenangriffe erwehren mussten. Als der letzte Widerstand am 4. August gebrochen werden konnte, hatte die Heeresgruppe Mitte einen großen, dem Sieg in der Doppelschlacht von Bialystok-Minsk vergleichbaren Erfolg erzielt[30], jedoch zugleich viel Zeit und Kraft verloren. Der erhoffte „feldzugsentscheidende" Durchbruch nach Moskau war nicht gelungen. Die Rote Armee war im Zentrum des Kriegsschauplatzes weder vor der Düna-Dnepr-Linie noch östlich von ihr bei Smolensk „vernichtet" worden. Vielmehr formierte sich ein neuer sowjetischer Abwehrriegel auf dem Weg nach Moskau, den die deutschen Truppen in den ersten sechs Wochen bereits zu zwei Drittel zurückgelegt hatten. Jetzt mehrten sich die Anzeichen, dass auch die deutsche Kampfkraft zu erschöpfen drohte[31]. Selbst ein so

[27] Ebd.

[28] Kluge an seine Frau, 12. 7. 1941, in: BA-MA, MSg 1/534. „Der Russe kämpft ausgezeichnet mit neu herangeführten Kräften, darunter immer wieder neue Panzerdivisionen, die er in einem Umfange aufgestellt hatte, wie wir es nicht geahnt haben." Die unterschiedliche Lagebeurteilung Kluges und der Panzergruppen-Befehlshaber Guderian und Hoth führte in diesen Tagen zu ständigen Reibereien. Vgl. Bock, Kriegstagebuch, S. 224 (20. 7. 1941): „Das Einschieben des Armeeoberkommandos 4 zwischen die Heeresgruppe und die beiden Panzergruppen bringt auch weiter keinen Segen! Dieser Kampf geht auf die Nerven – besonders deshalb, weil Guderian mit seinem Vorwärtsdrängen nach Osten eigentlich recht hat!" Am 28. 7. 1941 wurde die 4. Panzerarmee wieder in die 4. Armee ohne die zwei Panzergruppen umgewandelt, sehr zur Erleichterung Guderians, vgl. seinen Brief an seine Frau, 31. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77: „Vor drei Tagen ist die ‚Panzerarmee' des Herrn v. Kl[uge] geplatzt, nachdem sie mir über Gebühr das Leben erschwert und wenig Positives geleistet hatte. Ich unterstehe wieder der Heeresgruppe unmittelbar und komme sehr gut mit ihr aus." Vgl. auch Rudolf Schmidt an Paulus, 29. 7. 1941, in : BA-MA, N 372/22, Bl. 88f.: „Gut, daß Kluge wieder fort ist. Diese Zwischenstellen hemmen nur u. nutzen nicht. Man mache aus den Pz.Gruppen *Panzerarmeen* u. der Fall ist erledigt. Die Heeresgr. kann sehr gut diese *Verbände* zweckmäßig einsetzen. Sie darf sich nur nicht scheuen auch mal zu *befehlen*, statt ‚anheim zu stellen' u. zu ‚wünschen'. Daran liegt viel."

[29] Vgl. Hillgruber, Bedeutung. DRZW, Bd. 4, S. 459–461 (Beitrag Klink), handelt diese wichtige Schlacht zu knapp ab. Wie so häufig in der Darstellung Klinks, werden auch hier die wesentlichen Ereignisse nicht genügend aus den vielen Details hervorgehoben.

[30] Die Wehrmacht machte 310000 Kriegsgefangene, erbeutete 3205 Panzer und 3120 Geschütze.

[31] Vgl. Bock, Kriegstagebuch, S. 234 (29. 7. 1941): „Tatsache ist, daß unsere Truppen müde sind und infolge der hohen Offiziersverluste auch nicht mehr die nötige Festigkeit zeigen." Ebd., S. 242 (7. 8. 1941): „Wie aus dieser Lage heraus und bei dem langsam sinkenden Kampfwert der immer

optimistischer Panzergeneral wie Heinz Guderian begann die Erstarrung der Fronten zu befürchten[32].

Auch der Vormarsch der Heeresgruppe Nord (Leeb) auf ihr operatives Ziel Leningrad, gleichermaßen Industriezentrum und politisches Symbol, zeigte die Diskrepanz zwischen traditionellen Infanterieverbänden und motorisierten Truppen[33]. Während die Panzergruppe 4 (Hoepner) nach Nordosten vorpreschte, hatten die beiden flankierenden Infanteriearmeen, die 16. Armee (Busch) und die 18. Armee (Küchler), alle Mühe, die Verbindung zu den Panzern nicht zu stark abreißen zu lassen. Immer wieder mussten die Panzerverbände auf die Infanterie warten und wertvolle Zeit verstreichen lassen. Mitte Juli 1941 blieb die Panzerspitze im sumpfigen Waldgelände des altrussischen Gebiets östlich des Peipus-Sees und im zunehmend erstarkenden Widerstand der Roten Armee vorerst stecken. Feldmarschall v. Leeb hielt nun in Übereinstimmung mit dem OKH und seinen beiden Armeeführern die Zeit der Panzerraids für vorbei und die der infanteristischen Sicherung der Flanken und des Rückens für gekommen[34]. Es spricht für die immer noch starke Stellung der Heeresleitung, dass Hitler sich in diesen Wochen mit seinem Plan, die Panzerkräfte im Norden zu verstärken und Leningrad, das besondere Objekt seines Hasses, zu erobern, zunächst nicht durchsetzen konnte. Für Halder und das OKH war der nördliche Frontabschnitt nur ein Nebenkriegsschauplatz, in den nicht zu viel Kraft zu Lasten des entscheidenden Schlags in der Mitte investiert werden sollte.

Der dreieinhalb Wochen währende Halt der Panzergruppe 4 nach dem 16. Juli war für viele Panzergenerale eine bittere Enttäuschung. Besonders der Kommandierende General des XLI. Panzerkorps, Hans-Georg Reinhardt, konnte seine Wut kaum unterdrücken[35]: „Alles wartet und wünscht, dass es wieder vorwärts geht, und ich ärgere mich mit ‚oben', da man uns noch nicht loslassen will." Er befürchtete, dass man so lange warte, „bis es zu spät ist und dann der Russe uns zu starke Abwehr entgegensetzt"[36]. Sein Befehlshaber Hoepner war ebenfalls unzufrieden, erkannte aber, dass seine Panzerkräfte zu verschleißen begannen, und fügte sich daher in die Befehle der Heeresgruppe[37]. Der andere Korpsführer seiner

wieder angegriffenen Truppe eine neue Operation zustande kommen soll, weiß ich noch nicht so recht – aber dem Russen geht es zweifellos noch schlechter!"

[32] Guderian an seine Frau, 12. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77: „Wir hoffen inständig auch bald wieder in Bewegung zu geraten, denn das Warten bringt immer die Gefahr des Erstarrens im Stellungskrieg, und das wäre furchtbar."

[33] Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 462–469 (Beitrag Klink)

[34] Vgl. Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 297–326 (16. 7.–10. 8. 1941), besonders S. 299 (17. 7. 1941) mit der Begründung seiner Entscheidung, die Panzergruppe 4 anzuhalten und die beiden Infanteriearmeen aufrücken zu lassen. Brauchitsch war damit einverstanden: „Er sagte, daß es bei H.Gr. Mitte ebenso sei: Der Vormarsch auf Moskau könne zunächst nicht fortgesetzt werden, sondern man müsse sich zunächst mit den Feindkräften auseinandersetzen, die sich zwischen Dnjepr und Smolensk herumtreiben und z.T. eingekreist sind." Das OKH vertrat nun für den Norden und die Mitte die Ansicht, ebd., S. 308 (26. 7. 1941): „Große Raids sollen vermieden werden, lieber kleine Kessel bilden. Im Ganzen wird es wohl jetzt langsamer gehen."

[35] Reinhardt an seine Frau, 23. 7. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 8.

[36] Reinhardt an seine Frau, 26. 7. 1941, ebd.

[37] Hoepner an seine Frau, 16. 7. 1941, in: Bücheler, Hoepner, S. 138: „Ich bin noch bei Pskow [Pleskau], bin ziemlich mißgestimmt, weil der Durchbruch nach Leningrad z.Zt. gestoppt ist. Mehrere Momente kommen zusammen. Die entscheidende Ursache liegt aber in unserer Schwäche, die ich schon im März zur Sprache gebracht habe. Die Zahl der Divisionen genügt für die gestellte Auf-

Panzergruppe, General Erich v. Manstein, hätte sich eine risikofreudigere Führung der schnellen Truppen gewünscht, teilte aber anders als Reinhardt die Zweifel Hoepners an der eigenen Stärke, hielt überdies den ganzen Ansatz der Panzergruppe für verfehlt und glaubte ohnehin, dass die Panzerkorps gegen Moskau sinnvoller eingesetzt wären[38]. Allen drei Generalen war gemein, dass sie die Verwendung der Panzerverbände durch die übergeordneten, von Infanteriegeneralen dominierten Instanzen kritisierten. Der Gegensatz zwischen Infanterie und Panzertruppe, oder anders gesagt: zwischen der Kriegführung im Stil des 19. und des 20. Jahrhunderts, war auch an dieser „Nebenfront"[39] evident.

Während die Heeresgruppen Nord und Mitte ihre ersten geographischen Zielpunkte verhältnismäßig schnell erreichten und überschritten, hinkte die Heeresgruppe Süd unter Oberbefehl Generalfeldmarschall v. Rundstedts dem Zeitplan erheblich hinterher[40]. Die Panzergruppe 1 (Kleist) konnte sich in einem schwierigen Gelände und gegen den wirkungsvollen sowjetischen Widerstand nicht so deutlich von den Infanteriearmeen[41] absetzen wie die übrigen Panzergruppen. Der Vormarsch im Süden war weniger von kühnen Durchbrüchen der Panzer gekennzeichnet als von einem mühevollen Zurückdrängen einer gut organisierten Abwehrfront, die sich vor die kriegswirtschaftlich so bedeutsame Ukraine legte. Anfang August 1941 war der Dnepr noch nicht auf ganzer Front erreicht, geschweige denn überquert. Bedenklicher war, dass die Rote Armee hier zwar große Verluste erlitten hatte, doch keineswegs nachhaltig geschwächt oder gar vernichtet war. Lediglich in der Kesselschlacht von Uman' hatte eine größere Feindgruppe vollständig ausgeschaltet werden können, wenn auch nicht in den gewaltigen Ausmaßen wie bei den großen Umfassungsschlachten der Heeresgruppe Mitte[42]. Dazu war die Heeresgruppe Süd ebenso wenig befähigt wie die Heeresgruppe Nord, da beide jeweils nur mit einer Panzergruppe auskommen mussten. Dass allein die Heeresgruppe Mitte mit einer Zange aus zwei beweglichen Teilen operieren konnte, erwies sich als schwerwiegender Fehler des Feldzugplans. Diese

gabe ebensowenig wie ihre Ausstattung. [...] Die Männer werden müde, die Verluste mehren sich, der Ausfall an Fahrzeugen steigt. [...] Ich habe heute auf Leeb's Befehl das weitere Vorgehen für einige Tage eingestellt, bis Inf. Korps meine Flanken decken können." Die Panzergruppe 4 konnte dann erst am 8. bzw. 10. 8. 1941 wieder zum Angriff antreten.

38 Vgl. den rückblickenden Brief Mansteins an seine Frau, 17. 8. 1941, in Privatbesitz: „Vom Anfang an waren wir hier oben zu schwach für die Aufgabe, daher das hin- und her Gezerre, weil es nie reicht. Aber es hätte doch auch besser gemacht werden können, wenn die Leute mehr riskierten." Tagebuch Mansteins, 26. 7. 1941, in Privatbesitz, über ein Gespräch mit Paulus: „Am besten Herauslösen der ganzen Pz.Gr. Verwendung Richtung Moskau." Vgl. auch Manstein, Siege, S. 198f. Sein Korps (LVI. A.K. mot.) hing in diesen Tagen im Sumpfgelände fest. Manstein machte dafür nicht nur die Heeresgruppe, sondern auch das Panzergruppenkommando verantwortlich. Tagebuch, 19. 7. 1941: „Sie haben nun ihre Kräfte in der Verzettelung verbraucht und wissen wohl nicht recht weiter; hätten sie nur die Pz.Gr. nach N. zusammen gefaßt!" Tagebuch, 25. 7. 1941: „Die Verzettelung der Kräfte und das völlig unmögliche Gelände werden das Vorgehen auf P[etersburg] wohl noch zum endgültigen Stehen bringen."

39 Manstein an seine Frau, 6. 8. 1941, in Privatbesitz: „H.Gr. [Nord] ist eben eine Nebenfront geworden, leider dabei auch unsere Panzergruppe, was keineswegs von vornherein sicher u. wohl auch nicht nötig war."

40 Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 470–486 (Beitrag Klink).

41 Von Norden nach Süden waren dies die 6. Armee (Reichenau), die 17. Armee (Stülpnagel) sowie die 11. Armee (Schobert).

42 Nach dem KTB/OKW, Bd. 1, S. 560 (8. 8. 1941), machte die Heeresgruppe bei Uman 103054 Gefangene und erbeutete u. a. 317 Panzer und 858 Geschütze.

Schwäche der beiden Flügel des deutschen Ostheeres barg außerdem die Tendenz, eine der beiden Panzergruppen der Heeresgruppe Mitte zur Aushilfe nach Norden oder Süden abzudrehen und dadurch den vom OKH favorisierten Stoß auf Moskau zu verzögern.

Auch die großen Erfolge des weiten Vormarschs im Norden und der riesigen Kesselschlachten in der Mitte konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ziele an allen drei Abschnitten zunächst klar verfehlt wurden. Anfang August 1941 währte der Feldzug bereits sechs Wochen, doch der Widerstand der Roten Armee war weder vor noch hinter der Düna-Dnepr-Linie nachhaltig gebrochen. Stattdessen mehrten sich bei den deutschen Streitkräften die Erschöpfungserscheinungen sowie die Schwierigkeiten, für die erheblichen personellen und materiellen Verluste Ersatz zu schaffen. Die Zahl der deutschen Gefallenen an der Ostfront erreichte im Juli 1941 mit 63099 Menschenleben einen frühen Höhepunkt, der deutlich über den blutigen Verlusten der kritischen Wintermonate 1941/42 lag und erst durch die Hekatomben des Stalingrad-Winters 1942/43 übertroffen wurde[43]. Dagegen schien die Rote Armee ihre ungeheuren Ausfälle an Mensch und Material ohne große Mühe immer wieder ausgleichen zu können. Die Hoffnung auf einen „Blitzsieg" in kriegsentscheidenden Grenzschlachten erwies sich als Schimäre. Der „Blitzkrieg", auf den die deutsche Führung in fahrlässiger Weise alles und einseitig gesetzt hatte, fand nicht statt.

Bekannt ist die Ernüchterung Halders, der am 3. Juli den Feldzug bereits als gewonnen beurteilt hatte und nun am 11. August einräumen musste, „daß der Koloß Rußland, der sich bewußt auf den Krieg vorbereitet hat, mit der ganzen Hemmungslosigkeit, die totalitären Staaten eigen ist, von uns unterschätzt worden ist"[44]. Auch bei Hitler wandelte sich zur selben Zeit die Siegesgewissheit in kritische Zweifel[45]. Brauchitsch und Halder hatten den Generalstabschefs der drei Heeresgruppen schon am 25. Juli 1941 eine ernüchternde Zwischenbilanz gegeben. Der Oberbefehlshaber des Heeres bezeichnete in dieser höchst aufschlussreichen Besprechung zwar das „Zerschlagen der lebendigen Feindkraft" und das „Gewinnen der russ[ischen] Kraftquellen vor Winterbeginn" als unveränderte Aufgaben des Ostheeres, sprach aber vom „unerschöpflichen" Menschenreservoir und den „gigantischen" Rüstungspotenzen der Sowjetunion und kündigte eine bescheidenere Operationsführung an[46]: „Auch für die Panzerwaffe ist hier im Osten nicht der ‚raid', sondern der *taktische Einbruch* in die Feindfront, aus der so ‚Stück für Stück' herausgebrochen wird, Grundsatz für die Kampfführung." Halder wurde noch deutlicher. Er hob den „rücksichtslosen Menscheneinsatz", die

[43] Vgl. Overmans, Verluste, S. 277f. Der verlustreichste Wintermonat 1941/42 war der Januar 1942 mit 48165 toten Wehrmachtsangehörigen an der Ostfront. Erst die Verluste im Dezember 1942 (78759) und Januar 1943 (180310) waren deutlich höher als die vom Juli 1941.

[44] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 170 (11. 8. 1941). „Diese Feststellung bezieht sich ebenso auf die organisatorischen wie auf die wirtschaftlichen Kräfte, auf das Verkehrswesen, vor allem aber auf [die] rein militärische Leistungsfähigkeit."

[45] Vgl. Hillgruber, Strategie, S. 537, Anm. 3.

[46] Aufzeichnung Sodensterns (H.Gr.Kdo. Süd, Chef des Generalstabs) über die Besprechung der Heeresgruppenchefs beim OKH am 25. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20-17/24. Dort auch die folgenden Zitate. Vgl. auch die weitgehend übereinstimmenden Aufzeichnungen der Heeresgruppe Nord, in: BA-MA, RH 20-16/55, und der Heeresgruppe Mitte, in: BA-MA, RH 21-3/47, sowie Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 110–120 (25. 7. 1941), besonders S. 117f.

„beachtliche persönliche Leistung", die „unerhörte Bedürfnislosigkeit" sowie die „große taktische Wendigkeit" dieses bisher kampfkräftigsten Gegners der Wehrmacht hervor und betonte, man dürfe „vorläufig kaum auf einen ‚Zusammenbruch' hoffen". Er hielt nun „das System des Stückchenrausbrechens und Zerschlagens" für die einzig mögliche Kampfweise und ermahnte die Truppenführung: „Auch der Elan der Panzergruppen, die ihre Ziele ganz naturgemäß gerne in der Tiefe suchen, muß ‚abgefangen' werden. Zu große Planungen ‚überdehnen' die Kräfte. Man muß sich beschränken. Neue Operationen können nicht mehr so weiträumig gestellt werden." Für „alle Kampfhandlungen gegenüber *diesem* Gegner" gelte: „kurze Ziele und am Zügel halten." Dies war allerdings ein frühes Eingeständnis der operativen Kurzatmigkeit, ja Armut, fast Ratlosigkeit. Der Feldzug gegen die Sowjetunion, der das Deutsche Reich strategisch weit überforderte, war zu diesem Zeitpunkt auch operativ bereits so gut wie verloren.

Nicht nur bei Hitler und den Zentralinstanzen, sondern auch bei den höchsten Befehlshabern des Ostheeres stellte sich eine immer größere Ernüchterung ein. Nur bei wenigen kam sie allerdings so früh wie bei Rundstedt, dessen Heeresgruppe Süd zunächst die größten Probleme hatte und der schon am zweiten Feldzugstag prognostizierte, dass es „so schnell wie erhofft und von früher gewöhnt, [...] nicht gehen" werde[47]. Doch nach wenigen Wochen war das Erstaunen über die unerwartete Kampfkraft der Roten Armee an allen Frontabschnitten nicht mehr zu unterdrücken. Reinhardt zeichnete seiner Frau Mitte Juli das Bild eines zähen, aktiven, modern bewaffneten sowie gut geführten Gegners und überlegte als ehemaliger Taktiklehrer in den Jahren der Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee[48]: „Manchmal fürchte ich beinahe, dass die Brüder bei mir im Unterricht zu viel gelernt haben." Die militärische Potenz der Sowjetunion überzeugte ihn nochmals von der Berechtigung des deutschen Angriffs – „wie wäre das für uns gefährlich geworden, wenn wir gewartet hätten". Zur selben Zeit begann sich auch Kluge „etwas Sorge" zu machen, „da der Russe viel geschickter kämpft, als wir angenommen haben"[49].

Diese Sorge musste jede Woche steigen, die der Feldzug länger dauerte und blutiger wurde. Die „schöne Zeit, wo man täglich weit durchstoßen konnte, ist mal vorerst vorbei", bedauerte Manstein[50], und andere beklagten, dass aus dem „schnellen Vormarsch" ein „langsames Vorwürgen" geworden sei[51]. Rudolf Schmidt blickte Ende Juli auf „sehr harte Kämpfe" zurück und bilanzierte, dass der Blutzoll seines Panzerkorps „erheblich" und das Material „total auf den Hund" sei[52]. Am 1. August, also noch bevor Halder seine Fehlprognose zugab, gelangte Heinrici zur Einsicht[53]: „Es haben sich alle Leute in dem Russen ver-

[47] Rundstedt an seine Frau, 23. 6. 1941, in: BA-MA, MSg 1/1893. Vgl. auch die Briefe vom 5. 7. 1941: „Bei uns geht es unter schweren Kämpfen und unglaublichen Wegen nur langsam." 30. 7. 1941: „Es geht langsam weiter. Man muß viel Geduld haben."

[48] Reinhardt an seine Frau, 16. 7. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 8. „Denn wenn meine Schüler auch fast alle tot sind, so haben sie ja doch fast 10 Jahre weitergeben können, was ich ihnen in Berlin gelehrt habe."

[49] Kluge an seine Frau, 12. 7. 1941, in: BA-MA, MSg 1/534.

[50] Manstein an seine Frau, 22. 7. 1941, in Privatbesitz.

[51] Heinrici an seine Frau, 3. 8. 1941, in: Hürter, General, S. 73.

[52] Schmidt an Paulus, 29. 7. 1941, in: BA-MA, N 372/22, Bl. 88f.

[53] Heinrici an seine Frau, 1. 8. 1941, in: Hürter, General, S. 71.

schätzt." Auch Hoepner musste bald einräumen[54]: „Leider habe ich mich doch stark verrechnet, alle anderen aber wohl auch." Es blieb die vage Hoffnung, dass – nach den Worten Heinricis – „der Laden drüben doch eines Tages im Großen" zusammenbreche, aber[55]: „So recht sieht man durch die Zustände drüben nicht hindurch. Eine ungeheure Energie mobilisiert nur rücksichtslos alle Kräfte und setzt sie ohne Schonung ein. So hat sie damit Erfolge erreicht, die früheren Gegnern von uns nicht beschieden waren." Der Infanteriegeneral Heinrici beklagte sowohl den Stillstand der Operationen als auch die hohen deutschen Verluste, und der Panzergeneral Guderian hoffte nun immer dringender, „auch bald wieder in Bewegung zu geraten, denn das Warten bringt immer die Gefahr des Erstarrens im Stellungskrieg, und das wäre furchtbar"[56]. Bock erkannte Mitte August 1941 von der hohen Warte des Heeresgruppen-Oberbefehlshabers klar und nüchtern das ganze Dilemma der militärischen Lage[57]: „Bricht der Russe nicht bald irgendwo zusammen, so wird die Aufgabe, ihn so zu schlagen, daß er ausgeschaltet ist, vor dem Winter schwerlich zu lösen sein."

Die Aussicht, anstatt des erhofften und geplanten „Blitzfeldzugs" von einigen Wochen noch bis tief in den Winter hinein gegen die so hartnäckige Rote Armee kämpfen zu müssen, hatte für die Truppenführer etwas höchst Beunruhigendes. Als sich in der zweiten Julihälfte immer deutlicher abzeichnete, dass in den Grenzschlachten kein feldzugsentscheidender Sieg zu erreichen war, mussten die Ziele weiter gesteckt werden. Hoepner prophezeite, man werde „mindestens bis an die Wolga vorgehen müssen, wenn wir die russ[ische] Wirtschaft beherrschen und ausnutzen wollen"[58]. Auch in der Frontgeneralität wurde die von Hitler betonte Bedeutung des Südens und der wirtschaftlichen Kriegsziele durchaus erkannt. Ein nüchtern die Chancen und Risiken abwägender General wie Erich Hoepner schreckte aber schon frühzeitig vor einem Winterfeldzug zurück[59]: „Der Feldzug *muß* Ende September *beendet* sein wegen der ganzen Versorgungslage und der Kälte. [...] Wenn nicht, müssen wir vor dem Winter stehen bleiben." Aus der Sicht eines Panzergenerals war diese Sorge nur zu verständlich, denn gerade die Kampfkraft der motorisierten Verbände hing stark von den Witterungsbedingungen ab. Selbst die zuversichtlicheren Kommandeure wie Manstein hofften „alle, den Winter nicht hier zubringen zu müssen"[60]. Die Infanteriegenerale, die mehr Respekt vor den großen Räumen hatten als die in schnellen motorisierten Vorstößen schwelgenden Panzergenerale, waren in der Regel noch skeptischer. Heinrici hatte bereits einen Monat nach dem deutschen Angriff „den Eindruck,

[54] Hoepner an seine Frau, 26. 8. 1941, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 66.

[55] Heinrici an seine Frau, 1. 8. 1941, in: Hürter, General, S. 72. Vgl. auch Heinrici an seine Frau, 23. 8. 1941, ebd., S. 76: „Trotz aller Niederlagen hat der Russe doch eine erstaunliche Widerstandskraft aufgebracht."

[56] Guderian an seine Frau, 12. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77.

[57] Bock, Kriegstagebuch, S. 247 (12. 8. 1941).

[58] Hoepner an seine Frau, 19. 7. 1941, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 61.

[59] Hoepner an seine Frau, 15. 8. 1941, ebd., Bl. 64. Am 26. 8. 1941 schrieb er seiner Frau, ebd., Bl. 66: „Sonst weiß ich nichts als den Wunsch, daß dieser Feldzug bald beendet wird."

[60] Manstein an seine Frau, 14. 8. 1941, in Privatbesitz. „Bei uns hier auf dem Nordflügel sieht es ja so aus, als wäre der Russe bald am Ende, und im Süden geht es ja zur Zeit sehr schön vorwärts. Aber Stalin kann ja noch nach Sibirien gehen, ohne dann allerdings die Möglichkeit zu haben, noch etwas Entscheidendes zu unternehmen."

als wenn der Krieg, auch wenn Moskau besetzt würde, weitergeht, irgendwo aus der Tiefe dieses unendlichen Landes"[61]. Er dachte immer häufiger daran, dass sein Verband den Winter in Russland verbringen müsse[62]: „Denn daß die Bolschewiken Frieden machen oder ihren Stalin wegjagen, das scheint kaum zu erwarten. So werden wir wohl hier im Stellungskrieg auf einer riesigen Front überwintern müssen. Schöne Aussichten." Auch die Briefe Rundstedts in die Heimat bekamen einen immer nachdenklicheren Grundton. Am 10. August graute ihm schon „vor dem Winter in diesem Lande. Wer weiß, wo wir dann sitzen."[63] Und nur zwei Tage später wurde der dienstälteste und angesehenste Oberbefehlshaber des Ostheeres geradezu fatalistisch[64]: „Wie lange noch? Ich habe keine große Hoffnung, daß es bald sein wird. Die Weite Rußlands verschlingt uns!"

Diese Beispiele, die sich beliebig fortführen ließen, zeigen eindringlich, dass gerade die Praktiker an der Front trotz aller Erfolge schon bald desillusioniert waren – in der Regel eher als die Offiziere der weit entfernten Zentralbehörden. Sie erlebten die erbitterten und verlustreichen Kämpfe nah genug, um zu wissen, dass dieser so leichtgläubig, ja leichtsinnig angetretene Feldzug noch lange nicht gewonnen war. Nach Ablauf der für einen „Blitzkrieg" angemessenen Frist von sechs Wochen flüchteten sich die einen in die unbestimmte Hoffnung auf einen plötzlichen Zusammenbruch der Sowjetunion, die anderen in bloßen Fatalismus gegenüber der weiteren militärischen Entwicklung. Weitgehender Konsens herrschte bei den höchsten Truppenbefehlshabern allerdings im Unverständnis über die lange ausbleibende Reaktion der obersten Führung auf das offensichtliche Scheitern des „Barbarossa"-Plans. Die operative Krise der zweiten Juli- und ersten Augusthälfte erforderte die unverzügliche Entscheidung für einen klaren Schwerpunkt und eine Konzentration der Offensivkräfte, um den Druck auf die angeschlagene Rote Armee aufrechtzuerhalten. Doch dieser große Entschluss blieb über Wochen hinweg aus. Die lähmende Unklarheit und langwierige Diskussion darüber, ob der Schwerpunkt – wie vom OKH gefordert – auch weiterhin und stärker als bisher bei der Heeresgruppe Mitte gegen Moskau oder aber – wie von Hitler gewollt – bei der Heeresgruppe Süd gegen die Industrie- und Erdölgebiete der Ukraine und der Kaukasusregion sowie außerdem, wenn auch eher nachgeordnet, bei die Heeresgruppe Nord gegen Leningrad zu liegen habe, wurden zur schweren Hypothek der deutschen Kriegführung[65].

Dieser grundsätzliche Gegensatz, der unbedingt vor dem Feldzug hätte aufgelöst werden müssen, wurde vom Diktator erst nach sechswöchigem quälendem Hin und Her gegen den Willen des Generalstabschefs Halder und seines schwachen Vorgesetzten Brauchitsch entschieden. Am 21. August 1941 befahl Hitler als das wichtigste vor dem Winter zu erreichende Ziel nicht die Einnahme Moskaus, sondern „die Wegnahme der Krim, des Industrie- und Kohlengebiets am Donez und die Abschnürung der russischen Ölzufuhr aus dem Kaukasus, im Norden die

[61] Heinrici an seine Frau, 22. 7. 1941, in: Hürter, General, S. 70.
[62] Heinrici an seine Frau, 3. 8. 1941, ebd., S. 73. Vgl. auch den Brief vom 1. 8. 1941, ebd., S. 72: „Möglicherweise erleben wir einen Stellungskrieg im Winter tief in Rußland. Darauf freut sich schon heute jeder, der daran denkt."
[63] Rundstedt an seine Frau, 10. 8. 1941, in: BA-MA, MSg 1/1893.
[64] Rundstedt an seine Frau, 12. 8. 1941, ebd.
[65] Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 489–496, 503–507 (Beitrag Klink); Hartmann, Halder, S. 278–284.

Abschließung Leningrads und die Vereinigung mit den Finnen"[66]. Während die Front zwischen Smolensk und Moskau in ihrer Erstarrung verharrte, drehten die 2. Armee und die Panzergruppe 2 nach Süden ab und schlossen mit der 6. Armee und der Panzergruppe 1 die Feindkräfte im Raum Kiev ein. Der überwältigende Sieg[67] in dieser Kesselschlacht durch das Zusammenwirken beider Heeresgruppen im September 1941 schien die Entscheidung Hitlers zu rechtfertigen und führte mit der Eroberung weiter Teile der Ukraine zur Angleichung des südlichen Frontabschnitts an die Erfolge im Norden und in der Mitte. Die Heeresgruppe Nord hatte sich inzwischen, unterstützt durch motorisierte Verbände der Panzergruppe 3, an Leningrad herangeschoben und die Stadt am 8. September weiträumig abgeschlossen. Die Einnahme der Neva-Metropole wurde aber durch die erneute Verlagerung des Schwerpunkts verhindert. Am 6. September 1941 gab Hitler dem Drängen des Generalstabs nach und befahl die Vorbereitung des Angriffs auf Moskau[68]. Für diese, wie man hoffte entscheidende, Operation wurden alle entbehrlichen Kräfte, besonders der Großteil der schnellen Verbände, der schweren Artillerie und der Flieger, Mitte des Monats von den Flügeln abgezogen.

Viele der höchsten Truppenbefehlshaber reagierten auf das Hin- und Herpendeln zwischen den drei möglichen Schwerpunkten verständnislos. Die als ehemalige Generalstabsoffiziere operativ geschulten Oberbefehlshaber mussten in diesem Schwanken eine unverantwortliche Scheu vor Entschlüssen und eine Verzettelung der Kräfte erblicken. Die Leidtragenden waren ihre Truppen. Ein Feldzugsplan ohne klaren Schwerpunkt über die erste Phase der Grenzschlachten hinaus konnte von den militärischen Fachleuten nur als Fehlkonstruktion beurteilt werden. Wieder waren es vor allem die Panzergenerale, die in schnellen Operationen, weiten Räumen und vorausschauenden Entscheidungen dachten und daher die lähmende Kontroverse zwischen Hitler und dem Generalstab des Heeres am meisten kritisierten. Guderian sah in dem „Zwiespalt der Meinungen ganz oben" den „Kern des Übels"[69], und Manstein erinnerte sich an seine eigenen Erfahrungen in der Zentrale[70]: „Es ist wieder die Geschichte mit der dummen Spitzengliederung. Zwei können eben nicht führen!" Generaloberst Hoth, der vor dem deutschen Angriff besonders deutlich auf eine längerfristige Planung gedrängt hatte[71], bemängelte noch rückblickend das Fehlen eines Schwerpunkts, betonte aber, dass er diesen Mangel eher dem OKH als Hitler angelastet habe[72]. Auch diese Haltung war durchaus symptomatisch, galten doch vor allem Halder und seine Mitarbeiter

[66] Befehl Hitlers (OKW/WFSt/Abt. L, Nr. 441412/41 g.Kdos.Chefs.), 21. 8. 1941, in: KTB/OKW, Bd. 1, S. 1062 f. Zu den folgenden Operationen im August und September 1941 vgl. DRZW, Bd. 4, S. 508–516, 543–551 (Beitrag Klink). Vgl. auch Hartmann, Halder, S. 284–288.

[67] Bis zur endgültigen Auflösung des Kessels am 25. 9. 1941 gingen 665 000 Rotarmisten in Kriegsgefangenschaft und wurden 884 Panzer sowie 3436 Geschütze erbeutet.

[68] Hubatsch (Hrsg.), Weisungen, S. 150–153 (Weisung Nr. 35).

[69] Guderian an seine Frau, 18. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77. „Dieser Umstand wirkt sich natürlich bis in die Truppe nachteilig aus, weil jeder das Fehlen der Harmonie spürt. Daher rühren unklare Aufträge, häufige Gegenbefehle, Ausbleiben von Weisungen, manchmal durch Wochen. Das ist sehr schade und läßt uns manche Gelegenheit verpassen."

[70] Manstein an seine Frau, 9. 9. 1941, in Privatbesitz.

[71] Vgl. Kapitel II,1,b.

[72] Notizen Hoths „Stellungnahme zum Nationalsozialismus", kurz nach 1945, in: BA-MA, N 503/72.

als hauptverantwortlich für die unausgegorene Operationsplanung. Von einer geschlossenen Kritik an den Eingriffen des „Feldherrn" Hitler war man im Sommer 1941 noch weit entfernt.

In der Frage, wo denn der eindeutige Schwerpunkt zu liegen habe, herrschte aber auch unter den Frontgeneralen keineswegs Einigkeit. Umso weniger konnten sie mit einer Stimme sprechen oder diese gar zur Geltung bringen. Überhaupt zeigte sich wieder als ein Hauptcharakteristikum dieses Krieges und besonders dieses Feldzugs, dass selbst die höchsten Befehlshaber relativ wenig Einfluss auf die Anlage der Operationen nehmen konnten. So wurde etwa der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, dem Hitlers Entscheidung vom 21. August 1941 am meisten in die Parade fuhr, ohne Rücksprache vor vollendete Tatsachen gestellt. Dabei war gerade Fedor v. Bock ein vehementer Verfechter eines konzentrierten Angriffs auf Moskau und kritisierte das Abdrehen seines rechten Flügels nach Süden als „eine – wenn auch noch so große – Nebenoperation, durch die [die] Ausführung der Hauptoperation, nämlich das Zerschlagen der russischen Wehrmacht noch vor dem Winter, in Frage gestellt wird"[73]. Doch alle seine Einwände bewirkten nichts[74], obwohl auch sein wichtiger Unterführer Heinz Guderian die neue Operation für ein „Verbrechen" hielt und Halder bei einem Besuch des Heeresgruppenkommandos „außer sich" war[75]. Der Versuch Bocks, den Diktator durch einen persönlichen Vortrag Guderians im „Führerhauptquartier" umstimmen zu lassen, scheiterte – teils an dem Wankelmut des Panzergenerals vor dem Angesicht Hitlers, teils an der fehlenden Unterstützung durch Brauchitsch[76]. Auch hier zeigte sich wieder, dass der Zusammenhalt der höchsten Generale an der Front sowie in der Heeresleitung zu gering war, um dem machtbewussten „Führer" wirksam entgegenzutreten, selbst in ihrem ureigensten Sachgebiet. Da half es wenig, wenn sich Bock in seinem Tagebuch bitter beklagte, dass „nun für meine Heeresgruppe, nach allen Erfolgen, der Feldzug im Osten in trister Defensive versickert"[77].

Selbst bei der Heeresgruppe Mitte lagen keineswegs alle Kommandeure auf dem Kurs Halders und Bocks. Der Oberbefehlshaber der 2. Armee, Generaloberst Maximilian Frhr. v. Weichs, befürwortete nachdrücklich das Abschwenken seines Verbands und der Panzergruppe 2 nach Süden, um die Heeresgruppe Süd endlich an und über den Dnepr nachzuziehen und diese gefährlich offene Flanke zu bereinigen[78]. In der geplanten Operation sah er anders als das Heeresgruppen-

[73] Bock, Kriegstagebuch, S. 255 (22. 8. 1941). „Ich will das feindliche Heer zerschlagen und die Masse dieses Heeres steht vor meiner Front!"

[74] Ebd.: „Es hilft nichts!"

[75] Ebd., S. 256 f. (23. 8. 1941).

[76] Ebd., S. 257 (24. 8. 1941): „Nachmittags kommt er [Guderian] zurück und erzählt, daß Brauchitsch ihn mit den Worten empfangen habe: ‚Es ist alles entschieden und herummeckern ist zwecklos!' Als nun der Führer, dem er die Schwierigkeiten der Lage dargelegt habe, ihm erklärte, wie kriegsentscheidend und eilig der Vorstoß nach Süden sei, habe er schließlich das Antreten aus dem Raum des XXIV. Panzerkorps heraus bewilligt!" Die Enttäuschung Bocks, der Guderian nun im Berliner Jargon als „Jummilöwen" bezeichnete (Gersdorff, Soldat, S. 96), und auch Halders (vgl. Halder, Kriegstagebuch, S. 194 f., 24. 8. 1941; Hartmann, Halder, S. 283 f.) sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Guderian vorgesetzten Generale zu wenig Durchsetzungsvermögen zeigten. Vgl. auch die Version Guderians in seinen Lebenserinnerungen, S. 179–183.

[77] Bock, Kriegstagebuch, S. 258 (25. 8. 1941).

[78] Weichs, Erinnerungen, Bd. 5, in: BA-MA, N 19/9, Bl. 23–34.

kommando und das OKH, aber in Übereinstimmung mit Hitler eine Voraussetzung für das weitere Kriegsglück und für den Angriff auf Moskau. Weichs war einer der wenigen Generale, die sich auch nach dem Krieg ehrlich zu dieser Ansicht bekannten und nicht der Selbstrechtfertigung des ehemaligen Generalstabs folgten, der die Schuld am Scheitern des Ostfeldzugs auf Hitlers vorläufigen Entschluss gegen Moskau und für Kiev abzuwälzen versuchte[79]. Im Spätsommer 1941 dachten noch andere Generale ähnlich wie Weichs, etwa dessen Korpsführer Heinrici, der das Heeresgruppenkommando Mitte wegen seiner Fixierung auf den eigenen Frontabschnitt vor Moskau scharf kritisierte[80]: „Kurzsichtige Leute dort, die an ihre eigene Operation nur denken." Und die maßgeblichen Befehlshaber der Heeresgruppe Süd konnten ohnehin zufrieden sein, dass die Unterstützung zweier Großverbände der Heeresgruppe Mitte endlich auch im Süden das Erreichen der angestrebten Ziele ermöglichte. Die am glänzenden und propagandistisch wirkungsvoll ausgenutzten Erfolg von Kiev unmittelbar beteiligten Generale, allen voran Rundstedt, Reichenau und Kleist, durften sich den Siegeslorbeer in einer der größten Kesselschlachten der Kriegsgeschichte anheften[81] – und mussten diesen persönlichen Triumph maßgeblich auf die Entscheidung Hitlers zugunsten einer Schwerpunktverlagerung zurückführen.

In den Auffassungen, wo die operativen Akzente des Feldzugs zu setzen seien, machte sich ein gewisser Egoismus bemerkbar. Die Perspektive war im Norden durchaus anders als in der Mitte und in der Mitte wiederum anders als im Süden. So zeigten die Oberbefehlshaber und Kommandeure der Heeresgruppe Nord wenig Verständnis dafür, dass Hitler am 5. September 1941 Leningrad zum „Neben-

[79] Vgl. etwa ebd., Bl. 33 f.: „Das Durchkämpfen dieser Schlacht mit dem Ziele der Feindvernichtung erschien mir damals als Voraussetzung für die Fortsetzung des Feldzuges überhaupt. Heute, wo wir wissen, daß die Heeresgruppe Mitte Moskau nicht erreicht, daß ihr späteres Vordringen bei strenger Winterkälte und infolge des überraschenden Wiedererstarkens der russischen Kampfkraft schließlich zu einer Niederlage führte, ist man geneigt, das Durchkämpfen bei Kiew für strategisch falsch zu halten. Aber wir wissen nicht, ob es der Heeresgruppe Mitte tatsächlich trotz starker Bedrohung von Flanke und Rücken gelungen wäre, ohne den Erfolg von Süd Moskau zu erreichen. Auch gesetzt den Fall, es wäre gelungen, die Hauptstadt zu erobern, wissen wir nicht, ob ihr Besitz so kriegsentscheidend geworden wäre, wie die deutsche Führung annahm. Bei dem zähen Kampfwillen der Russen war es durchaus möglich, daß der Russe trotz Verlustes von Moskau den Kampf fortgesetzt hätte. [...] Die Erfahrungen Napoleons von 1812 bedeuten in dieser Hinsicht eine ernste Mahnung. Das alles sind Fragen, deren Beantwortung uns das Schicksal versagt hat. Es war also auf jeden Fall ein strategisch begründeter Entschluß, die Schlacht am Dnjepr zu schlagen, bevor man Moskau angriff."

[80] Tagebuch Heinricis, 11. 9. 1941, in: Hürter, General, S. 77. „Neue Operation gegen Kiew. Die Heeresgruppe [Mitte] entzieht dem Schwerpunktsflügel, der die Nordzange bildet, das XIII. Korps mit den beiden besten Divisionen. Sie hat kein Interesse an der Lage der Südheeresgruppe."

[81] Vgl. auch Weichs, Erinnerungen, Bd. 5, in: BA-MA, N 19/9, Bl. 34: „Man mag aber über die Bedeutung der Schlacht im Rahmen der Gesamt-Kriegführung denken, wie man will, auf jeden Fall wird die Kriegsgeschichte die operative Durchführung der Schlacht selbst durch den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd würdig neben Schlachten wie Cannae und Tannenberg stellen." Manche beteiligten Generale der Heeresgruppe Mitte ärgerten sich allerdings, dass einseitig die Verbände der Heeresgruppe Süd in den Vordergrund gestellt wurden, vgl. etwa Heinrici an seine Frau, 22. 9. 1941, in: Hürter, General, S. 88: „Unsere [2.] Armee wurde nicht erwähnt. Dabei haben *wir* Reichenau aus der Patsche geholt, in der er seit 6 Wochen völlig festgefahren saß, ohne sich auch nur rühren zu können. Einzig das Vorgehn *unserer* Armee und ferner der Panzer hat die Vorbedingungen für den Kessel von Kiew geschaffen. Im Augenblick aber, als der Kessel zu war, wurden wir herausgezogen, und andere prahlten sich mit der Beute, die wir ihnen verschafft haben."

kriegsschauplatz" erklärte[82] und einen Tag später die Vorbereitung des Angriffs auf Moskau befahl. Das entsprach den Plänen und Forderungen der Heeresleitung, löste aber vor Leningrad eine herbe Enttäuschung aus. Die nördliche Heeresgruppe hatte noch nicht solche spektakulären Schlachtenerfolge aufzuweisen wie die mittlere und südliche, so dass die verantwortlichen Generale mit der Eroberung der prestigeträchtigen Neva-Metropole nachzuziehen hofften. Doch nun sollte Leningrad statt besetzt nur eingeschlossen und ausgehungert werden[83]. Man fühlte sich um die Früchte des mühsamen Vorkämpfens nach Nordosten betrogen. Leeb beklagte den „Krieg des armen Mannes"[84] und Küchler „das bittere Gefühl, das ein Führer haben muss, der seiner Truppe, die das Letzte hergegeben hat und nun das lang erstrebte Ziel vor Augen sieht, sagen muss – jetzt dürft ihr nicht weiter"[85]. Hoepner sah seine Panzergruppe „nun schon wieder um das äußere Zeichen des Sieges geprellt"[86], und Reinhardt, dessen Panzerkorps bereits in die Vorstädte Leningrads eingedrungen war, dann aber angehalten und abgezogen wurde, beschrieb beredt seine „bittere Enttäuschung"[87]. Diese Reaktionen belegen, dass selbst die höchsten Frontbefehlshaber in ihrem operativen Denken bereits sehr stark auf ihr unmittelbares Einsatzgebiet beschränkt waren und kaum echte, geschweige denn gemeinsam vertretene Alternativen zur kritisierten Leitung der Gesamtoperationen entwickelten.

Trotz des verbreiteten Unmuts über die sprunghafte Operationsführung ließen die Erfolge an den wechselnden Schwerpunkten immer wieder und immer neue Hoffnung aufkeimen. Im Norden verleitete das Heranrücken auf Leningrad zu der Annahme, „daß wir bis zum Spätherbst hier zu einem gewissen Abschluß kommen u. dann die Pz.Korps heraus gezogen werden"[88]. Der „jetzige ungeheure Sieg bei Kiew" wurde als „schwerste Erschütterung für die Russen" aufgefasst[89]. „Noch so ein Sieg, dann ist der Krieg hier wohl auch gewonnen, denn dann muss die Bahn in die letzten Rüstungszentren Russlands auch frei werden. Dann wird Russland vollwertig Großes nicht so schnell wieder auf die Beine bringen." Im Süden gewann ein Reichenau den Eindruck, „daß der schwerste Teil des großen Ringens hinter uns liegt"[90]. Daneben gab es aber skeptische Stimmen. Nach der Schlacht von Kiev und vor dem Angriff der Heeresgruppe Mitte auf Moskau zog

[82] Halder, Kriegstagebuch, S. 215 (6. 9. 1941).
[83] Vgl. Hürter, Wehrmacht, S. 390–404. Zur Behandlung von Großstädten vgl. auch Kapitel II,4,c-d.
[84] Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 352 (8. 9. 1941).
[85] H.Gr.Kdo. Nord, KTB Ia, 12. 9. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/167.
[86] Hoepner an seine Frau, 12. 9. 1941, in: Bücheler, Hoepner, S. 143.
[87] Reinhardt an seine Frau, 12. 9. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 10f. Vgl. auch den Brief vom 22. 9. 1941, ebd., Bl. 11: „Sturmbock und Wegbereiter haben wir sein dürfen für die langsam nachkommenden Infanteriekorps, Petersburgs große Verteidigungsringe haben wir noch stürmen dürfen und auch hier wieder allen voran Bresche geschlagen. Aber als ich im Hochgefühl dieses Durchbruches, als der Russe vor uns zunächst zerschlagen war und den Kopf verloren hatte, Hoepner anbot und bestürmte, uns weiterfahren zu lassen, kam der Befehl zum Anhalten."
[88] Manstein an seine Frau, 29. 8. 1941, in Privatbesitz, mit Blick auf die Gesamtlage. Vgl. auch den Brief vom 28. 8. 1941: „Die Kampfkraft der Russen hat doch sehr stark abgenommen. Wenn sie vielleicht auch nicht Frieden schließen werden, so wird es wohl doch in diesem Herbst noch gelingen, ihre milit[ärische] Kampfkraft zu brechen u. ihre Industrie- und Rohstoffzentren so weit in die Hand zu bekommen, daß sie keine gr[oße] Wehrmacht mehr aufstellen können."
[89] Reinhardt an seine Frau, 28. 9. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 11.
[90] Reichenau an Paulus, 6. 10. 1941, in: Görlitz, Paulus, S. 144.

Heinrici eine nüchterne Zwischenbilanz[91]: „Die große Entscheidung ist noch nicht gefallen. In Bezug auf Rußland hat man sich oben erheblich getäuscht." Auch wenn Heinrici sich von dem bevorstehenden Angriff einen durchschlagenden Erfolg erhoffte, so glaubte er nicht an ein Ende des Krieges im Osten und prophezeite „noch eine lange Dauer"[92].

Dennoch knüpften sich übertriebene Hoffnungen an die große Offensive gegen die vor Moskau aufgestellte Hauptmacht der Roten Armee. Der Befehl Hitlers vom 6. September 1941, alle verfügbaren schlagkräftigen Verbände des bereits überanspruchten Ostheeres, unter ihnen drei der vier Panzergruppen[93], zum Angriff gegen das Zentrum der sowjetischen Verteidigungsfront zusammenzuziehen, setzte im OKH und beim Oberkommando der Heeresgruppe Mitte neue Energien frei. Franz Halder zeigte sich über das Einlenken Hitlers auf seinen alten Schlachtplan geradezu gerührt[94], und auch Fedor v. Bock freute sich, dass „nun mein alter Wunsch, der Angriff auf die russischen Hauptkräfte, doch noch in Erfüllung gehen" sollte[95]. Alle Truppenführer brannten auf die „große Aufgabe"[96], die „letzte Schlacht"[97], die „Entscheidungsschlacht"[98] vor Einbruch des Winters. Jedem war bewusst, dass die oberste Führung nun alles auf eine Karte setzte. Dieses Vabanquespiel wurde in der vagen Erwartung akzeptiert, doch noch den Zusammenbruch des feindlichen Widerstands herbeizuführen oder wenigstens die Schlagkraft der Roten Armee für Monate zu brechen. Allerdings glaubten und hofften die Frontbefehlshaber, dass die bevorstehende Schlacht die letzte Karte sei, die vor der ersehnten Winterpause gespielt werde. Dass die Zentralstellen die erschöpften Truppen in immer weitere Angriffe hineinjagen würden, statt sie rechtzeitig in festen Quartieren zur Ruhe kommen zu lassen, ahnten die wenigsten. So bestand bei Beginn der deutschen Offensive am 2. Oktober 1941 trotz aller Streitigkeiten noch immer ein insgesamt recht gutes Einvernehmen zwischen Heeresleitung und Truppenführung. Auch über Sinn und Zweck des Feldzugs schien es nach wie vor keine gravierenden Auffassungsunterschiede zu geben. Selbst Hitlers fanatischer Appell an das Ostheer, in dem er den Feldzug erneut als europäischen Präventivkrieg gegen

[91] Tagebuch Heinricis, 24. 9. 1941, in: Hürter, General, S. 88.

[92] Ebd. Vgl. auch die Briefe Heinricis an seine Frau, 1. 9. (ebd., S. 76f.) und 15. 9. 1941 (ebd., S. 83f.).

[93] Allein die Panzergruppe 1 (am 5. 10. 1941 umbenannt in 1. Panzerarmee) blieb bei der Heeresgruppe Süd, da zugleich auch die Offensive in der strategisch bedeutsamen Ukraine mit geringeren Mitteln fortgeführt werden sollte. Jeder der drei angreifenden Infanteriearmeen wurde eine Panzergruppe zur Seite gestellt, der 9. Armee die Panzergruppe 3, der 4. Armee die Panzergruppe 4 und der 2. Armee die Panzergruppe 2 (5. 10. 1941: 2. Panzerarmee). Insgesamt wurden 78 Divisionen mit etwa 1,9 Millionen Soldaten im mittleren Frontabschnitt konzentriert. Zu dieser Operation „Taifun" vgl. Reinhardt, Wende, S. 49–101; DRZW, Bd. 4, S. 568–585 (Beitrag Klink); Hartmann, Halder, S. 287–292.

[94] Halder an seine Frau, 2. 10. 1941, in: Schall-Riaucour, Aufstand, S. 172: „Um diese Operation habe ich gekämpft und gerungen. Ich hänge an ihr wie an einem Kinde, um das man schwer gelitten hat. [...] Kiew war nur ein Arm, den wir abgeschlagen haben, diese Operation soll das Rückgrat brechen."

[95] Bock, Kriegstagebuch, S. 272 (7. 9. 1941).

[96] Hoepner an seine Frau, 17. 9. 1941, in: Bücheler, Hoepner, S. 146. „Wenn sie gelöst wird, kann man einigermaßen beruhigt in die Winterquartiere gehen."

[97] Reinhardt an seine Frau, 28. 9. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 11.

[98] Heinrici an seine Frau, 29. 9. 1941, in: Hürter, General, S. 91.

den „jüdischen Bolschewismus" rechtfertigte[99], wurde als der Lage angemessen empfunden, stieß jedenfalls nicht auf Kritik[100].

Über die Anlage der Operationen kam es freilich erneut zu den bereits gewohnten Gegensätzen. Noch bevor seine Panzergruppe von Nord nach Mitte verlegt war, wusste Generaloberst Erich Hoepner bereits[101]: „OKW, OKH, H[eeres]Gr[uppe] und Kluge sind unter sich schon nicht einig." Wieder waren es Bock und die ihm unterstellten Panzergenerale, die eine noch großzügigere Operation mit noch weiter ausgreifenden motorisierten Zangen forderten, und wieder waren es Halder und einige der maßgeblichen Infanteriegenerale, die dieses hohe Risiko scheuten und die Lücken zwischen der Infanterie und den Panzern nicht zu groß werden lassen wollten. Bock ärgerte sich über die Ansicht Halders, „daß die Schlacht ‚noch enger' gefaßt werden soll! Die Enge des Denkens wird zur Kunst! Und nach der Schlacht werden wir wieder vor den feindlichen Reserven stehen!"[102] Hoepner beklagte dann im Verlauf der Operation „die Unterstellung der Panzergruppe unter eine Armee und das zu frühe Eindrehen, das dem Führer einer Inf[anterie]-Armee näher liegt als dem Führer schneller Truppen"[103]. Wie zu Beginn des Feldzugs konnten das Heeresgruppenkommando und die Befehlshaber der Panzergruppen weder die Mediatisierung der motorisierten Verbände noch die ihrer Auffassung nach zu kleinräumigen Kesselbildungen verhindern. So richtete sich die Kritik Hoepners vor allem gegen das OKH und Generalfeldmarschall Günther v. Kluge, den Oberbefehlshaber der ihm vorgesetzten 4. Armee[104]: „Die Schnelligkeit des Stoßes auf Moskau ist durch die Schuld höherer Führung gemindert."

Die Doppelschlachten von Vjaz'ma und Brjansk brachten erneut überwältigende und überraschend schnelle Erfolge, die dem Sieg von Kiev nicht nachstanden[105]. Die Rote Armee schien am Ende zu sein, die Verteidigungsfront vor Moskau zusammenzubrechen. Wieder machte sich Optimismus breit. Die einen glaubten, „die Hauptmasse des russischen Heeres nun vernichtet zu haben"[106], die anderen registrierten befriedigt die „doch schon erhebliche[n] Mängel der Kampf-

[99] Aufruf Hitlers „Soldaten der Ostfront!" zum „Beginn der letzten großen Entscheidungsschlacht dieses Jahres" am 2. 10. 1941, in: Domarus (Hrsg.), Hitler, Bd. 2, S. 1756–1758. Der Diktator bezeichnete den Feldzug „als eine gemeinsame Aktion zur Rettung des wertvollsten Kulturkontinents". „Ganz Europa wäre verloren gewesen. Denn dieser Feind besteht nicht aus Soldaten, sondern zum großen Teil nur aus Bestien."

[100] Vgl. etwa das Tagebuch Heinricis, 1. 10. 1941, in: Hürter, General, S. 91: „Der Führer weist in einem hervorragenden Erlaß auf die Bedeutung dieser als Entscheidungsschlacht hin."

[101] Hoepner an seine Frau, 17. 9. 1941, in: Bücheler, Hoepner, S. 146. „Nur eins scheint sicher, daß alle sich in Einzelheiten einmischen und Dinge festlegen wollen, die meine Sache sind. Es heißt also wieder: schon vor dem Kampfe kämpfen."

[102] Bock, Kriegstagebuch, S. 277 (15. 9. 1941). Vgl. auch ebd., S. 278 (17. 9. 1941).

[103] Aufzeichnung Hoepners „Die Operation auf Moskau", 16. 10. 1941, in: BA-MA, N 51/2, Bl. 19–22, hier Bl. 21. Vgl. bereits seine Aufzeichnung „Zu früh eingedreht?", 4. 10. 1941, ebd., Bl. 15–18. Es gab aber auch Infanteriegenerale, die diese Kritik teilten, etwa den bei der 2. Armee eingesetzten Korpskommandeur Heinrici, vgl. sein Tagebuch, 1. 10. 1941, in: Hürter, General, S. 91: „Wir haben das Gefühl, er [der Operationsansatz] sei zu flach und werde daher nicht zu der gewünschten Einkesselung der Masse des Feindes führen."

[104] Aufzeichnung Hoepners „Die Operation auf Moskau", 16. 10. 1941, in: BA-MA, N 51/2, Bl. 21.

[105] Bis zur Auflösung der Kessel von Vjaz'ma am 18.10. und Brjansk am 20. 10. 1941 gerieten 673 000 Rotarmisten in Kriegsgefangenschaft. 1277 Panzer, 5387 Geschütze und 87 Flugzeuge wurden erbeutet.

[106] Guderian an seine Frau, 11. 10. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77. „Allzu viel und gutes kann nicht mehr da sein."

moral der Russen"[107]. Selbst Skeptiker meinten nun, „dass der Gegner bereits geschlagen ist und den bisher verbliebenen Kern seines Heeres, der Moskau verteidigen sollte, verlieren wird"[108]. Der Weg nach Moskau war nach dieser verheerenden Niederlage des Gegners geöffnet, so dass die Ziele noch einmal weiter gesteckt werden konnten. Das OKH befahl am 13. Oktober 1941 der Heeresgruppe Mitte, „das Gebiet um Moskau unter enger Einschließung der Stadt fest in die Hand zu nehmen"[109]. Auch das Heeresgruppenkommando befürwortete ein größtmögliches Ausnutzen des Sieges vor Einbruch des Winters und trieb seine motorisierten Verbände zum schnellen Vorstoß auf Moskau an. Umso größer war das Unverständnis bei Feldmarschall v. Bock, als das OKH ihn erneut nötigte, einen Teil seiner Truppen zu Entlastungsoperationen nach Norden und Süden abzudrehen[110]. Diese Zersplitterung widersprach dem Gebot der äußersten Konzentration aller noch angriffsfähigen Kräfte auf das letzte Ziel Moskau. Doch auch hier konnte sich die Truppenführung nicht gegen die Heeresleitung durchsetzen.

Die Erwartung, einen geschlagenen Feind in schnellem Vormarsch ohne großen Widerstand verfolgen und den Raum um Moskau bis Ende Oktober besetzen zu können, erwies sich rasch als illusorisch. Die Stavka war trotz der demoralisierenden Verluste der sowjetischen Truppen keineswegs bereit, die Hauptstadt kampflos preiszugeben, und konnte überraschend immer wieder frische Reserven gegen die zunehmend erschöpften deutschen Verbände werfen. Noch schwerwiegender war zunächst aber der Wetterumschwung. Selbst der Oberbefehlshaber des wohl noch kampfkräftigsten Großverbands, der 2. Panzerarmee, hatte den Erfolg eines raschen Vorstoßes auf Moskau von guten Witterungsbedingungen „wenigstens noch für 14 Tage", also bis Ende des Monats, abhängig gemacht[111]. Das Gegenteil trat ein. Das bisher trockene Wetter, das sich bereits am 8. Oktober verschlechterte, ging Mitte Oktober in den landestypischen Wechsel aus Regen und Schneefall, Tau und Frost über, verwandelte die Wege in einen grundlosen Morast und stoppte sowohl vor Moskau als auch in der Ukraine die beiden vorrückenden Heeresgruppen. Zugleich versteifte sich der Widerstand der Roten Armee, die Zeit gewann, sich neu zu organisieren. Die Klagen der Frontkommandeure über „Petrus", über den „Schlamm" und „Dreck" waren stereotyp, ebenso die Sorgen über den immer erbärmlicheren Zustand der eigenen Truppen, die jetzt umso stärker

[107] Hoepner an seine Frau, 11. 10. 1941, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 78. Das KTB Ia der 9. Armee schlug am 8. 10. 1941 bereits einen Triumphton an, in: BA-MA, RH 20–9/13: „Sie sind überwunden, und nun greift die eherne Zange der deutschen Armeen unerbittlich nach der Hauptstadt des Feindes und damit nach dem Kopf des roten Riesen, der schon schwer keuchend am Boden hockt."

[108] Heinrici an seine Familie, 8. 10. 1941, in: Hürter, General, S. 93. „Am Ende des Monats wird er ohne Hauptstadt und ohne das berühmte Industrie Gebiet des Donezbeckens dastehn, vor allem aber mit einem aufs äusserste geschwächten Heer. Es wird dem Russen nicht leicht sein, diese Verluste zu ersetzen. Trotzdem ist nicht damit zu rechnen, dass der Kampf mit ihm zu Ende ist."

[109] Hartmann, Halder, S. 290. Nach dem Willen Hitlers sollte Moskau wie Leningrad nicht besetzt, sondern zunächst nur abgeschlossen werden. Vgl. auch Kapitel II,4,c-d.

[110] Bock, Kriegstagebuch, S. 294 (14. 10. 1941): „Wie nach Smolensk, so wird auch diesmal die Heeresgruppe in alle Winde zerstreut und dadurch in ihrer Hauptstoßrichtung bedenklich geschwächt" Die exzentrischen Bewegungen betrafen im Norden die 9. Armee sowie die jetzt von Reinhardt geführte Panzergruppe 3 und im Süden die 2. Armee.

[111] Guderian an seine Frau, 11. 10. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77: „Nun hoffen wir also auf gutes, trockenes Wetter wenigstens noch für 14 Tage, dann ist wohl die Hauptsache geschafft; andernfalls kann es noch recht lange dauern."

unter der ungenügenden Bekleidung und schlechten Versorgung leiden mussten[112]. Kluge sprach mit Recht vom „psychologisch kritischsten Augenblick des Ostfeldzuges"[113], denn auf ein erfolgreiches Ende der Operationen vor dem Winter konnte nach dem Steckenbleiben der Offensive im Herbstschlamm kaum mehr gehofft werden. Die Prognosen wurden immer düsterer und zweifelnder, selbst bei sonst eher optimistischen und vorwärtsdrängenden Generalen wie Guderian[114].

Während Anfang des Monats die sowjetischen Verbände als kurz vor dem Ende ihrer Kampfkraft eingestuft worden waren, schien dieses Urteil Ende Oktober 1941 eher auf die deutschen Truppen zuzutreffen. Die Operation „Taifun", die zunächst mit dem letzten großen Schlachtensieg des Ostheeres so erfolgreich begonnen hatte, war zu diesem Zeitpunkt in ihren weiteren Zielen gescheitert. Die Offensive auf Moskau musste vorerst eingestellt werden. Die Symptome der schon lange schleichenden und bald totalen Erschöpfung waren überdeutlich geworden, ja der Begriff „Erschöpfung" wurde von nun an für viele Wochen zum Synonym der deutschen Kriegführung im Osten. Die militärische Führung stand jetzt vor einer großen Entscheidung: Sollte sie dieser Erschöpfung Rechnung tragen und die Auffrischung in Winterquartieren befehlen – oder sollte sie mit diesem stumpfen Schwert noch einen letzten riskanten, aber möglicherweise feldzugentscheidenden Schlag wagen?

Die große Krise, auf die das deutsche Ostheer und die gesamte Kriegführung jetzt zusteuerten, kam keineswegs überraschend. Sie hatte sich seit Monaten durch eine latente Dauerkrise angekündigt. Bereits die Entscheidung für den Angriff auf die Sowjetunion trug den Keim der Überspannung aller personellen und materiellen, militärischen und ökonomischen Kräfte in sich. Der grundsätzliche strategische Fehler dieses Angriffs konnte durch alle operativen und taktischen Erfolge nicht ausgeglichen werden. Die leichtfertige Unterschätzung des Gegners und eigene Überheblichkeit, ein unausgereifter und kurzsichtiger Feldzugsplan, das ständige operative Schwanken, Nachbessern und Improvisieren sowie die sträfliche Vernachlässigung von Versorgungs-, Transport- und Ausrüstungsfragen sorgten dafür, dass dieser Krieg schon sehr bald nicht nur strategisch, sondern auch operativ so gut wie verloren war. Trotz glänzend angelegter und umgesetzter Teiloperationen war die Gesamtführung des Ostfeldzugs erschreckend fehlerhaft, fahrig und fahrlässig. Dieser Missstand war bis zur Winterkrise keineswegs allein Hitler, sondern mindestens im gleichen Maße der Heeresleitung um Brauchitsch

[112] Vgl. etwa die Briefe Guderians vom 15. 10., 24. 10. und 31. 10. 1941, ebd.; Bock, Kriegstagebuch, S. 297 (19. 10. 1941), 301 (25. 10. 1941), 307 f. (31. 10./1. 11. 1941); Briefe und Tagebücher Heinricis vom 16. 10. bis 2. 11. 1941, in: Hürter, General, S. 94–104; Briefe Hoepners vom 19. 10. und 30. 10. 1941, in: Bücheler, Hoepner, S. 153 bzw. 155; Reinhardt an seine Frau, 23. 10. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 12. Vgl. für die ähnliche Situation bei der Heeresgruppe Süd auch Rundstedt an seine Frau, 14. 10. 1941, in: BA-MA, MSg 1/1893: „Mit den Operationen bin ich unzufrieden. Das Wetter macht einen Strich durch alles."

[113] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 15. 10. 1941, in: BA-MA, RH 19 I/74, Bl. 96.

[114] Vgl. Guderian an seine Frau, 15. 10. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77: „Der Sieg fällt uns hier wirklich nicht in den Schoß; dazu die Kälte und Nässe bei ungenügender Wäsche und Bekleidung und nicht gerade besser werdender Ernährung. Der Krieg wird immer härter, je länger er dauert." Guderian an seine Frau, 31. 10. 1941, ebd.: „Durch diese widrigen Umstände haben wir nun schon Wochen verloren. [...] Hoffentlich können wir unsere Ziele vor Einbruch des wirklichen Winters noch erreichen."

und Halder anzulasten. Die Folge war – schon lange vor dem totalen Verschleiß im Winter – ein kontinuierlicher Verschleiß des Ostheeres[115]. Wie Napoleons „Große Armee" im Jahr 1812 gelangte auch Hitlers Wehrmacht im Herbst 1941 stark dezimiert und durch die monatelange Dauerbelastung völlig erschöpft vor die Tore Moskaus. Die Erfolge der großen Kesselschlachten hatten den Blick für den eigenen Zustand verstellt und eine realistische Lagebeurteilung erschwert. Man hatte sich „buchstäblich zu Tode gesiegt"[116].

Den höchsten Truppenbefehlshabern gelang es nicht, ein Korrektiv zu den Fehlentscheidungen und Versäumnissen der obersten Führung zu bilden. Zweifellos ließ ihnen die Inanspruchnahme durch das militärische Tagesgeschäft so gut wie keine Zeit und Ruhe, sich über die immer schwieriger werdende strategische und operative Gesamtlage ein objektives Bild zu machen. Auch war ihre Aufgabe nur auf einen bestimmten Frontabschnitt beschränkt. Doch das war es nicht allein. Gerade sie kannten die wirklichen Verhältnisse an der Front besser als die Offiziere der weit entfernten zentralen Führungseinrichtungen und hätten daher entweder einzeln oder geschlossen viel stärker auf die grundsätzlichen militärischen Entscheidungen einwirken müssen – so wie sie es vor dem Westfeldzug wenigstens noch versucht hatten. Es spricht nicht für das Selbstvertrauen der Oberbefehlshaber, dass sie gegen die Zentralisierungsmaßnahmen Hitlers und mehr noch des Heeresgeneralstabs unter Leitung ihres ehrgeizigen Chefs Franz Halder die traditionelle, allerdings schon zuvor stark relativierte Eigenständigkeit des Truppenführers kaum zu behaupten suchten. Selbst die wichtigsten unter ihnen, die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen, Bock, Leeb und Rundstedt, nahmen überraschend wenig Einfluss auf die Operationsplanung im Großen und zeigten selbst gegenüber den nachgeordneten Verbänden nicht immer die nötige Klarheit und Führungsstärke. Dass ein dynamischer General wie Rudolf Schmidt die Scheu der Heeresgruppe Mitte bemängelte, „auch mal zu *befehlen*, statt ‚anheim zu stellen' u. zu ‚wünschen'"[117], war bezeichnend.

Umso schwieriger ist es, von einem Eigenprofil der einzelnen Truppenbefehlshaber oder gar der ganzen Gruppe zu sprechen. Zwar sind die Erfolge der ersten Monate eng mit den Namen der Führer der drei siegreichen Heeresgruppen verknüpft, zwar konnten sich die Panzergenerale Guderian, Hoepner, Hoth, Kleist, aber auch Manstein, Model, Reinhardt und Schmidt besonders profilieren, zwar erfüllten auch die Infanteriegenerale ihre Aufträge mit Können und Geschick, doch allein: Es fehlten die großen Initiativen, mit denen ein Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe oder Armee die Entwicklung in die eine oder andere Richtung gelenkt hätte. Die Befehlshaber der Großverbände an der Ostfront waren in der Regel zu stark auf den Erfolg in ihrem Befehlsbereich fixiert und untereinander zu uneins, um neben Hitler und seinen Beratern im OKW, neben Halder und dem OKH ein drittes Gewicht bilden zu können. Besonders der Gegensatz zwischen Infanterie- und Panzergeneralen erschwerte das Zusammenwirken und wurde zu einer unheilvollen Konstante der ersten Feldzugsmonate.

[115] Vgl. die Verlustzahlen bei Overmans, Verluste, S. 276–280. Bis Ende des Jahres 1941 fielen 302000 deutsche Soldaten, davon im berüchtigten Dezember 1941 „nur" 40198.
[116] Hartmann, Halder, S. 276.
[117] Schmidt an Paulus, 29. 7. 1941, in: BA-MA, N 372/22, Bl. 88f.

Abgesehen von den strukturellen Problemen, die das Auftreten als Gruppe erschwerten, fällt auf, dass selbst in den überlieferten Privatdokumenten dieser Generale kaum echte Alternativen entwickelt wurden. Trotz der häufigen Kritik an der obersten Führung, die sich vor allem gegen das OKH richtete, waren auch die höchsten Truppenbefehlshaber in der Beurteilung der operativen Entwicklung eher schwankend und unsicher – ganz zu schweigen von der Einschätzung der großen Lage. Selbst sie als Praktiker an der Front konnten ihre Illusionen lange nicht vollständig ablegen, weder ihre Illusionen über einzelne militärische Mittel, etwa die Möglichkeiten der häufig überschätzten Panzerwaffe, noch die Illusionen über den Ausgang des Ostfeldzugs überhaupt. Trotz ihrer taktisch und teilweise auch operativ hohen Befähigung war das Wirken der Oberbefehlshaber schon in diesen Monaten und schon in ihrem engeren Fachgebiet so begrenzt, so selbstbeschränkt, dass sie kaum eine tiefere Wirkung über ihren Auftrag als ausführende und nachgeordnete Organe hinaus entfalten konnten. Ihre eigentliche Bewährung sollte allerdings noch kommen.

b. Erschöpfung

Das militärische Drama des „Barbarossa"-Feldzugs bestand aus drei Akten:
– dem Vormarsch mit seiner Serie glänzender Schlachtenerfolge bis Mitte Oktober 1941 bei gleichzeitigem Verfehlen der ursprünglichen Ziele und großem Kräfteverschleiß;
– der Erschöpfung der deutschen Angriffskraft von Mitte Oktober bis Anfang Dezember 1941;
– schließlich dem Rückschlag durch die sowjetische Gegenoffensive und damit dem endgültigen Scheitern des auf eine möglichst schnelle Vernichtung des bolschewistischen Erzfeinds angelegten Feldzugsplans im Winter 1941/42.

Gemeinhin wird in den ersten Dezembertagen, als die deutschen Panzerspitzen nur noch etwa dreißig Kilometer vom Moskauer Stadtzentrum entfernt waren und dann vom Gegenschlag erfasst wurden, die Peripetie dieses Dramas gesehen. Doch der eigentliche Wendepunkt des Feldzugs lag früher. Die Kesselschlachten von Vjaz'ma-Brjansk waren der letzte Triumph eines Heeres, das sich noch einmal zu solch großer Anstrengung aufraffen konnte, dann aber endgültig in der Offensive verbraucht war. Die dreiwöchige Schlammperiode seit Mitte Oktober 1941 und der anhaltende Widerstand der Roten Armee machten alle Illusionen auf eine Vorentscheidung zunichte. Das Ostheer hatte in diesen Wochen den Gipfel seines Erfolgs überschritten. Nun kam es darauf an, die Wirkung des drohenden Umschwungs zu begrenzen. Noch lag das Gesetz des Handelns auf deutscher Seite, war der Gegner zu schwach, den Umschwung selbst herbeizuführen und auszunutzen. Noch konnte die deutsche Führung agieren und sich selbst Ort und Art ihrer Kriegführung im bevorstehenden Winter auswählen, statt nurmehr zu reagieren und sich von der Roten Armee das Handeln diktieren zu lassen.

So begann die Katastrophe nicht erst mit der sowjetischen Winteroffensive vor Moskau, sondern mit der fatalen Entscheidung zur Wiederaufnahme des im Oktober angehaltenen Angriffs. Es bleibt noch in der Rückschau ein erschreckendes

Phänomen, wie leichtsinnig, sehenden Auges und verantwortungslos das deutsche Ostheer in diese Katastrophe hineingeführt wurde. Seine Offensivkraft war vorerst am Ende. Besonders die zuletzt so beanspruchten Truppen der Heeresgruppe Mitte, die zumeist seit Beginn des Feldzugs im ständigen Einsatz waren, näherten sich der völligen Erschöpfung – und dies um so schneller, als die Witterungsbedingungen und der feindliche Widerstand zu zermürbenden Einzelgefechten zwangen und zunächst keine weiträumigen Operationen mehr zuließen. Die Lage wurde durch die logistischen Schwierigkeiten und die Überforderung der Feldeisenbahnen zusätzlich verschärft. Besonders folgenreich war, dass der Vorrang von Munitions-, Betriebsstoff- und Verpflegungstransporten die überfällige Zufuhr der ohnehin nur unzureichend bereitgestellten Winterbekleidung um viele Wochen verzögerte[118]. Der deutsche Landser erlebte den Kälteeinbruch müde, abgekämpft – und in Sommeruniform! Obwohl die Waffe also mit jedem Tag stumpfer wurde[119], glaubten Hitler und mehr noch das OKH, die Zeit zwischen dem Einsetzen der Frostperiode Mitte November und dem Beginn des großen Schneefalls im Dezember noch unbedingt zu einer letzten Offensive nutzen zu müssen[120]. Dabei ging es allerdings nicht mehr um eine militärische Entscheidung, die selbst der größte militärische Optimist erst für das kommende Jahr erhoffen konnte, sondern um günstige Ausgangsbasen für die Frühjahrsoffensive 1942 und um die anhaltende Schwächung der Roten Armee bis zu diesem Zeitpunkt.

Die treibende Kraft dieser Offensive war keineswegs Adolf Hitler, der in diesen Wochen weitgehend im Hintergrund blieb, sondern Franz Halder. Der Chef des Generalstabs klammerte sich in fahrlässiger Überschätzung der eigenen und in Unterschätzung der feindlichen Kräfte stur an ein Erreichen seines alten Operationsziels Moskau noch in diesem Jahr und bestand auf ein weiteres Vortreiben der materiell wie personell dezimierten Truppen nach dem Wechsel von der Schlamm- zur Frostperiode – anstatt sich für die einzig sinnvolle Alternative zu entscheiden und den Übergang zur Abwehr, den Bau von festen Winterstellungen und die Sicherung der Versorgung zu befehlen[121]. Der entschlossene Halder fand in diesen

[118] Vgl. Reinhardt, Wende, S. 126–128. Die Planer des „Blitzfeldzugs" gegen die Sowjetunion hatten einen Winterfeldzug nicht einkalkuliert. Daher wurde lediglich für die vorgesehenen 58 Besatzungsdivisionen, weit weniger als die Hälfte des Ostheeres, Winterbekleidung bereitgestellt, aber nicht mitgeführt. Allein für die Zuführung dieser unzureichenden Menge hätten 255 Transportzüge eingesetzt werden müssen. Vgl. auch Schüler, Logistik.

[119] Am 6. 11. 1941 legte die Organisationsabteilung des OKH eine „Beurteilung der Kampfkraft des Ostheeres" (ohne Finnland) vor, nach der die Infanteriedivisionen noch 65%, die motorisierten Infanteriedivisionen noch 60% und die Panzerdivisionen noch 35% ihrer ursprünglichen Stärke besaßen. Die 136 Verbände (133 Divisionen und 3 selbständige Regimenter) hatten nur noch eine Kampfkraft von 83 Verbänden (65 Infanteriedivisionen, 8 motorisierte Infanteriedivisionen, 8 Panzerdivisionen, 2 motorisierte Infanterieregimenter). KTB/OKW, Bd. 1, S. 1074 f. Kurz darauf legte das OKH die Verlustliste vom 22. 6. bis 6. 11. 1941 vor: 686 108 Mann Gesamtverluste (verwundet, gefallen, vermisst), d. h. 20,17% des Ostheeres (gerechnet zu 3,4 Millionen Mann). Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 286 (10. 11. 1941). Selbst diese ernüchternden Zahlen konnten Halder nicht von seinem Offensivplan abbringen, da die Verluste der Roten Armee als noch wesentlich gravierender eingestuft wurden.

[120] Zu den Planungen für die Wiederaufnahme der Offensive vgl. Reinhardt, Wende, S. 123–143; DRZW, Bd. 4, S. 585–592 (Beitrag Klink); Hartmann, Halder, S. 292–296.

[121] Vgl. auch Weichs, Erinnerungen, Bd. 5, in: BA-MA, N 19/9, Bl. 36: „Man hoffte also, daß der Frost bald die Wege wieder festigen würde. Wer aber Rußland aus dem ersten Weltkriege kannte, wußte wie rasch der eisige Winter dort einbricht, der für den Mittel-Europäer nur schwer ertragbar ist. Ich zweifelte daher daran, daß die Operation gegen Moskau in diesem Jahre noch durchführbar

Wochen weder in Hitler noch im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte und schon gar nicht im schwachen Brauchitsch ein wirksames Regulativ. In der Frontgeneralität verstärkten sich die Zweifel, ob es – so Guderian – mit den „immer schwächer werdenden Divisionen und mit den elend gewordenen Kraftfahrzeugen" überhaupt gelingen könne, „den Ansprüchen der Führung nachzukommen, die sich wohl unseren Zustand nicht so ganz vorzustellen vermag, trotz aller Berichte"[122].

Halders Programm, das er am 7. November 1941 den Generalstabschefs der Heeresgruppen und Armeen übermittelte, war schlichtweg atemberaubend[123]! Die Heeresgruppe Mitte sollte Moskau eng einschließen, vielleicht sogar erobern, während gleichzeitig auch die Heeresgruppen Nord und Süd noch so weit wie möglich vorrücken sollten. Selbst einen Vorstoß bis Vologda im Nordosten und zur Volga sowie in den Kaukasus im Südosten hielt Halder für denkbar. Der zu erwartenden Kritik an diesen völlig überzogenen Operationszielen „zum Gewinnen einer möglichst günstigen Abschlußlage *noch vor Einsetzen des vollen Winters*" versuchte er mit dem Argument zu begegnen: „Die Fortführung der Operationen bedeutet ein Risiko, das bewußt wird in Kauf genommen werden müssen, wenn man dem jetzt geschwächten und in Unordnung geratenen Feind trotz der Beanspruchung der eigenen Truppe eine Lagengestaltung abzwingen will, die im nächsten Jahre gegenüber einem geordneten und verstärkten Feind nur mit erheblich größeren Opfern zu erzwingen wäre und die bestimmend sein kann für den weiteren Kriegsverlauf."

Dieser Appell an die soldatische Entschlusskraft und Initiative konnte die Frontkommandobehörden freilich kaum beeindrucken. Als Halder die Generalstabschefs der Heeresgruppen und Armeen am 13. November in Orša bei Smolensk persönlich von seinen umfassenden wie illusionären Angriffsplänen zu überzeugen suchte, stieß er auf eine Ablehnung, wie er sie in diesem Feldzug noch nicht erlebt hatte[124]. In Übereinstimmung mit ihren Oberbefehlshabern machten die „Chefs" deutlich, dass ihre Verbände eine weitgesteckte Offensive, gar über Moskau hinaus und bis an die Volga, nicht mehr bewältigen konnten. Die sarkastische Bemerkung des Generalstabschefs der 2. Panzerarmee, man sei „ja nicht mehr im Mai und in Frankreich"[125], spiegelte wohl die Stimmungslage nicht nur seines Vorgesetzten Guderian, sondern der meisten Truppenführer wider. Gude-

sei, und beantragte Anfang November, daß, ehe scharfer Frost den Stellungsbau erschwerte oder gar unmöglich machte, eine Winterstellung zu erkunden und auszubauen sei, in der man überwintern konnte, um im Frühjahr die Operation fortzusetzen. Aber der Antrag wurde abgelehnt und brachte mich in den Verdacht, ‚nicht mehr mitmachen zu wollen'." Auch die in der vorigen Anmerkung genannte Forschungsliteratur kommt zu einem übereinstimmend kritischen Urteil der Führungsentschlüsse im Oktober/November 1941.

122 Guderian an seine Frau, 24. 10. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77.

123 Halder (Chef Gen.St.d.H., Op.Abt./Ia, Nr. 1630/41 g.Kdos.Chefs.) an die Chefs der Generalstäbe der Heeresgruppen und Armeen, 7. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–4/279. Besonders fatal war Halders Einschätzung, „daß die Kampfkraft der eigenen Verbände, gemessen an der der z.Zt. noch verwendbaren russ[ischen] Kräfte, eindeutig überlegen ist".

124 Zu dieser richtungweisenden Konferenz vgl. vor allem Reinhardt, Wende, S. 139–143, mit den entsprechenden Belegen. Vgl. besonders die Zusammenfassung Greiffenbergs vor seinem Stab, H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 15. 11. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/387, Bl. 66–69. Vgl. auch Ziemke, Halder.

125 Guderian, Erinnerungen, S. 224.

rian beklagte sich heftig, „schrie", wie sich Reinhardt ausdrückte, „dass er im Winter nichts mehr leisten kann"[126]. Mit Hoepner stellte sich ein weiterer maßgeblicher Panzergeneral gegen die Offensive[127]. Kluge meldete seine 4. Armee, einst das Rückgrat der Heeresgruppe Mitte, als kaum mehr angriffsfähig[128]. Weichs bezweifelte, „daß die Operation gegen Moskau in diesem Jahre noch durchführbar sei", und hatte daher bereits am 3. November beantragen lassen, „daß, ehe scharfer Frost den Stellungsbau erschwerte oder gar unmöglich machte, eine Winterstellung zu erkunden und auszubauen sei"[129]. Doch weder mit diesem Antrag noch mit einem dramatischen Zustandsbericht einige Tage später über die „immer mehr schwindende Kampfkraft" und fehlende Winterausrüstung seiner 2. Armee drang er beim Oberkommando der Heeresgruppe Mitte durch[130].

Die Kritik an Halder war verbreitet, die Skepsis einhellig, doch gab es auch Befehlshaber, die eine Wiederaufnahme der Offensive nicht durchweg ablehnten. Reinhardt etwa glaubte im Gegensatz zu Guderian, dass man vor Wintereinbruch noch etwas riskieren müsse[131], und auch ein Kommandierender General wie Heinrici hoffte, nach Ende der Schlammperiode „auf Moskau weiter vorzukommen"[132]. Doch selbst wenn einige Generale noch einmal zu einer begrenzten Offensive antreten wollten, war die Ablehnung der völlig überzogenen Pläne des OKH allgemein, zu unrealistisch waren die Ziele, die Halder in Orša und anderswo forderte: Möglichst vor Einsetzen starken Schneefalls, auf jeden Fall aber noch „im Laufe des Winters" sollte die Heeresgruppe Nord über Tichvin die Verbindung mit den Finnen herstellen, die Heeresgruppe Mitte weit nordöstlich von Moskau die „Ideallinie Jaroslawl-Rybinsk-Wologda" erreichen und die Heeresgruppe Süd bis Stalingrad vorgehen[133]. Gegen diesen operativen Größenwahn formierte sich in Orša erstmals seit langer Zeit ein geschlossener und erfolgreicher Einspruch der verantwortlichen Kommandobehörden des Feldheeres, den selbst

[126] Tagebuch Reinhardts, 14. 11. 1941, in: BA-MA, N 245/3, Bl. 14.

[127] Vgl. Chales de Beaulieu, Hoepner, S. 210; Bücheler, Hoepner, S. 157f.

[128] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 15. 11. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/387, Bl. 70f.

[129] Weichs, Erinnerungen, Bd. 5, in: BA-MA, N 19/9, Bl. 36. Vgl. das entsprechende Schreiben Hartenecks (AOK 2, Ia, Nr. 642/41 g.Kdos.) an H.Gr.Kdo. Mitte, 3. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–2/227, mit dem Antrag, eine „Winterausgangsstellung" einzurichten, „in der nicht nur aufgeschlossen, sondern auch planmäßig Unterkünfte und Beheizungsmittel vorbereitet, Versorgungsstützpunkte angelegt, die Winterausrüstung ausgegeben und das Freihalten der wichtigsten Verbindungswege von Schneeverwehungen vorbereitet wird". Das AOK 2 rechnete „Ende November oder Anfang Dezember" mit dem Wintereinbruch. „Wenn dieser sogleich in seiner ganzen Härte einsetzt und die Truppe unvorbereitet überfällt, kann dies durch Erliegen der Versorgung, unzureichende Unterkunft und Winterausrüstung, dadurch bedingte Erfrierungen in großer Zahl und Ausfall zahlreicher Verbindungswege und Nachrichtenmittel zu einem der Auflösung ähnlichen Zustand der Truppe führen und ihre Verwendungsbereitschaft in außerordentlichem Maße herabsetzen." Diese hellsichtige Warnung verhallte nahezu ungehört, vgl. die ausweichende Antwort des H.Gr.Kdo. Mitte (Ia, Nr. 2297/41 geh.), 4. 11. 1941, ebd.

[130] Weichs (AOK 2, Ia, Nr. 2709/41 geh.) an H.Gr.Kdo. Mitte, 7. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–2/1435. Weichs geriet in Verdacht, „nicht mehr mitmachen zu wollen" (Weichs, Erinnerungen, Bd. 5, in: BA-MA, N 19/9, Bl. 36).

[131] Tagebuch Reinhardts, 14. 11. 1941, in: BA-MA, N 245/3, Bl. 14: „Ich glaube, noch muss es gehen."

[132] Heinrici an seine Familie, 5. 11. 1941, in: Hürter, General, S. 106.

[133] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 15. 11. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/387, Bl. 68. Nach Halders Vorstellungen sollten in der Mitte die 9. Armee den Raum Kalinin-Volga-Staubecken-Seližarovo in Besitz nehmen, die Panzergruppen 3 und 4 auf Jaroslavl und Rybinsk vorstoßen, die 4. Armee Moskau einschließen, die 2. Panzerarmee auf Gor'kij vorgehen und die 2. Armee auf Voronež vorrücken. Vgl. Reinhardt, Wende, S. 135f.

ein Halder nicht ignorieren konnte. Sehr zur Befriedigung Bocks berichtete ihm sein Generalstabschef nach der Besprechung[134]: „Von den neulich propagierten, von der Heeresgruppe angefochtenen weiten Zielen ist nur übrig geblieben, daß die Heeresgruppen tun sollen, was sie können."

Entscheidend wurde nun die Haltung der Heeresgruppen, besonders der wichtigsten und schlagkräftigsten unter ihnen, der Heeresgruppe Mitte. Erstmals in diesem Feldzug fiel Generalfeldmarschall Fedor v. Bock und mit ihm überhaupt einem höchsten Truppenbefehlshaber solch ein großer Einfluss auf die Gestaltung der Operationen zu. Auch Bock war entsetzt über die utopischen Zielsetzungen Halders und widersprach ihnen energisch[135]. Er stemmte sich aber keineswegs gegen jede Wiederaufnahme der Offensive, sondern schlug statt der weiträumigen Umfassung oder der ebenfalls nicht mehr für möglich gehaltenen engen Einschließung Moskaus einen sofortigen frontalen Angriff auf die Hauptstadt vor, um bis zur Winterpause wenigstens noch bis an den Westrand der Metropole bzw. an die Moskva und den Moskva-Volga-Kanal zu gelangen[136]. Bock wurde jetzt, assistiert von seinem Generalstabschef, Generalmajor Hans v. Greiffenberg, zum eigentlichen Motor einer begrenzten und rasch beginnenden Offensive auf die Randgebiete Moskaus, denn seine Armee- und Panzergruppenführer Guderian, Hoepner, Kluge, Strauß und Weichs – lediglich Reinhardt war noch verhalten optimistisch und angriffslustig – hätten es bevorzugt, ihren überanspruchten Truppen kein weiteres Antreten in diesem Jahr zuzumuten. Halder schloss sich trotz seiner Bedenken gegen eine zu kurze und daher unzureichende logistische Vorbereitung den Plänen Bocks an, als er in Orša mit seinen weitergehenden Vorstellungen nicht durchkam[137].

Bocks Eintreten für eine letzte, gegenüber den Vorgaben des OKH zwar stark begrenzte, aber immer noch höchst riskante Anstrengung seiner Heeresgruppe war die bewusste Option für ein nahezu unverantwortliches Vabanquespiel. Bock kannte den teilweise erbärmlich schlechten Zustand seiner Verbände und die Unwegsamkeiten der klimatischen Entwicklung[138]. Wenn der Oberbefehlshaber der größten Heeresgruppe seine Truppen als nicht mehr angriffsfähig erklärt hätte, wäre es Halder und selbst Hitler sehr schwer gefallen, ihren Willen zur Offensive durchzusetzen. Dass Bock stattdessen auf einer schnellen Neuaufnahme des Vor-

[134] Bock, Kriegstagebuch, S. 317 (14. 11. 1941).

[135] Vgl. Bocks Argumente in einem Ferngespräch mit Halder am 11. 11. 1941, ebd., S. 314: „Die Ziele, die Sie in der kürzlich übersandten Karte als erstrebenswert bezeichnet haben, können nach meiner Auffassung vor dem Winter überhaupt nicht mehr erreicht werden, weil wir die dazu erforderlichen Kräfte nicht mehr haben und weil es unmöglich ist, die Truppen nach Erreichen dieser Ziele, aus Mangel an Eisenbahnnachschubmöglichkeiten, zu versorgen." Vgl. (auch zu Folgendem) außerdem Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 287 (11. 11. 1941).

[136] Bock gebrauchte dabei die Formulierung vom „Spatz in der Hand", ebd.

[137] Bericht Greiffenbergs über die Orša-Besprechung, H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 15. 11. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/387, Bl. 69. Halder hätte die Offensive nach Sicherung des Nachschubs und einer kurzen Auffrischung etwa Ende November bevorzugt, während sich das Heeresgruppenkommando für ein sofortiges Antreten aussprach, „da jeder Tag dem Feind zugute komme, da baldiger Eintritt anhaltenden Schneewetters befürchtet werden müsse und die Mitwirkung der Luftflotten mit Rücksicht auf die Witterung nur noch kurze Zeit möglich sei".

[138] Vgl. etwa Bock, Kriegstagebuch, S. 307 (31. 10. 1941): „Unsere Verluste sind recht fühlbar geworden. Im Bereich der Heeresgruppe werden mehr als zwanzig Bataillone durch Oberleutnants geführt." Ebd., S. 314 (11. 11. 1941): „Bekommen wir hohen Schnee, so ist es mit jeder Bewegung aus."

stoßes drängte, brachte den Stein an der gesamten Ostfront wieder ins Rollen – auf den Abgrund zu. Dieses richtungweisende Verhalten eines einzelnen Oberbefehlshabers allein mit einem zu engen Gehorsamkeitsbegriff erklären zu wollen, würde zu kurz greifen. Wichtiger war, dass Bock sich wie Halder schon von Anfang an sehr stark auf das Operationsziel Moskau fixiert hatte und hier die Entscheidung suchen wollte. Selbst unter den erschwerten Bedingungen des Spätherbstes 1941 hielten beide starr an diesem Ziel fest und konnten sich bis zuletzt nicht zu einem vollständigen Verzicht auf jeden weiteren Verschleiß im Angriff durchringen. Vielleicht spekulierten sie tatsächlich noch auf den Fall Moskaus und eine Vorentscheidung durch diesen Erfolg[139], vielleicht steigerten sie sich sogar in das Marneschlacht-Trauma, in die Angst vor einem Versagen kurz vor dem greifbaren Sieg hinein[140], vielleicht spielte auch persönlicher Ehrgeiz eine Rolle[141], und gewiss führte die traditionelle Überbetonung des Angriffsgedankens durch die deutsche Militärelite zu einem kaum mehr rational begründeten Zweckoptimismus[142]. Der Leichtsinn, mit dem diese letzte Offensive auf Moskau befohlen wurde, bleibt dennoch unverständlich und ist nicht nur Halder, sondern auch Bock anzulasten, um so mehr, da dieser wichtigste Truppenführer des Ostheeres viel näher an der Frontwirklichkeit war als der Chef des Generalstabs.

Wie tief der Angriffsgedanken in der höchsten Generalität verwurzelt war, zeigte sich auch beim Oberbefehlshaber der nördlichen Heeresgruppe, der eigentlich *der* große Abwehrtheoretiker des deutschen Heeres war und dennoch das Heil seines Großverbands unnötig lange in der Offensive suchte. Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter v. Leeb hatte am 26. Oktober 1941 im „Führerhauptquartier" gegen die starken Zweifel Hitlers, der die 16. Armee hinter den Volchov zurücknehmen wollte, auf eine Fortsetzung des Angriffs auf Tichvin gedrängt und außerdem eine Bereinigung des Oranienbaumer Kessels durch die 18. Armee vorgeschlagen[143]. Der Oberbefehlshaber beurteilte die Lage wesentlich optimistischer als der Diktator, der auf diesem Nebenabschnitt anders als vor Moskau nicht mehr viel riskieren wollte. Es ist bemerkenswert, dass sich Leeb zum Teil durchsetzte und wenigstens für die Tichvin-Offensive volle Entscheidungsfreiheit erhielt. Dieser wichtige Verkehrsknotenpunkt wurde am 8. November genommen, so dass Generaloberst Ernst Busch nun sogar hoffte, mit seiner 16. Armee – wie vom OKH gewünscht – noch vor dem Winter dem finnischen Bundesgenossen am Svir die Hand reichen zu können. Auch diese Pläne erwiesen sich als illusionär. Mitte November blieben alle Angriffe stecken. Die Heeresgruppe Nord sah sich bereits vor den anderen beiden Heeresgruppen in die Defensive gedrängt, wobei sich besonders die Eroberer von Tichvin bald heftiger Angriffe ausgesetzt sahen.

[139] So die einleuchtende Erklärung Klinks, DRZW, Bd. 4, S. 591.

[140] Reinhardt, Wende, S. 133; DRZW, Bd. 4, S. 595f. (Beitrag Klink); Hartmann, Halder, S. 294.

[141] Reinhardt, Wende, S. 139.

[142] Vgl. etwa Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 294 (18. 11. 1941): „Im übrigen ist Fm. v. Bock ebenso wie wir durchdrungen von dem Gedanken, daß es bei beiden Gegnern um die letzte Kraftanstrengung geht und der härtere Wille recht behält. Feind hat auch keine Tiefe mehr und ist sicherlich noch schlechter dran als wir." Halder bemühte daneben sogar die Hoffnung auf das „Soldatenglück", vgl. Wagner (Hrsg.), Generalquartiermeister, S. 289.

[143] H.Gr.Kdo. Nord, KTB Ia, 27. 10. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/168; Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 381f. (27. 10. 1941). Zur Haltung Leebs und Entwicklung bei der Heeresgruppe Nord in den folgenden Wochen vgl. Reinhardt, Wende, S. 124f.; DRZW, Bd. 4, S. 555–557 (Beitrag Klink).

Der Kommandierende General des an diesem Operationsschwerpunkt eingesetzten XXXIX. Panzerkorps, General Rudolf Schmidt, der kurz darauf vertretungsweise zum Armeeführer (2. Armee) wurde, machte bereits am 13. November den OKH-General Paulus „ohne Schönfärberei" auf die „so scheußliche Lage" seines Verbands aufmerksam[144]. Dabei beklagte er nicht nur die „mangelnde Voraussicht u. Fürsorge" durch das Ausbleiben der Winterkleidung[145], sondern auch die „Zersplitterungstaktik" des Armeeoberkommandos 16, das „wie immer sich viel zu viel vorgenommen" habe. Auch hier zeigte sich die Diskrepanz zwischen Oberbefehlshabern wie Leeb oder Busch und den frontnahen Kommandeuren: „Die Ic-Meldungen vom A.O.K. an Aufwärts sind alle gefärbt, um Führungsfehler verblassen zu lassen. Unsere personellen Stärken sind dagegen derart zusammengeschmolzen, daß das Korps für einen weiteren Angriff *vor* Auffüllung der Fehlstellen nicht mehr in der Lage ist. Die Bataillone haben noch 60!!! [statt 500] Kämpfer." Angesichts dieser katastrophalen Zustände bei der kämpfenden Truppe musste das Drängen Bocks und Leebs auf immer weitere Angriffsoperationen wie eine Farce wirken. Vor den Folgen warnte Schmidt eindringlich: „Aber einmal hören eben die Kräfte der Truppe auf u. da kann auch der schärfste Befehl nichts mehr nützen. *Und soweit sind wir jetzt.*"

Anders als Bock und Leeb, die trotz aller Widrigkeiten und Warnungen für eine begrenzte Fortsetzung der Angriffe bis zum Wintereinbruch eintraten, zweifelten der Oberbefehlshaber der dritten Heeresgruppe, Generalfeldmarschall Gerd v. Rundstedt, und sein Generalstabschef Georg v. Sodenstern am Sinn weiterer offensiver Großunternehmen im Jahr 1941. Auch im Südabschnitt hatte sich Ende Oktober der feindliche Widerstand versteift und das Wetter verschlechtert, war die Truppe erschöpft und die Versorgung weitgehend zusammengebrochen, hatten die Oberbefehlshaber der Armeen, Hoth (17. Armee), Reichenau (6. Armee) und Kleist (1. Panzerarmee), auf eine Ruhepause gedrängt[146]. Lediglich die 11. Armee unter Generaloberst Erich v. Manstein besaß noch eine gewisse Angriffskraft und konnte ihre Offensive auf der Krim bis Ende Dezember fortsetzen[147]. Halder und das OKH hingen aber, auch hier aus eigenem Antrieb und ohne Druck Hitlers, weiterhin der Illusion nach, die Operationen bis zur Donlinie, ja möglichst bis zur Eroberung des Erdölgebiets von Majkop am Kaukasus sowie Stalingrads an der Volga fortsetzen zu können. Dagegen beharrte Rundstedt darauf, die Of-

[144] Schmidt an Paulus, 13. 11. 1941, in: BA-MA, N 372/22, Bl. 77–87. Bereits am 7. 11. 1941 hatte sich Schmidt „in einer grossen Not" direkt an die Heeresgruppe Nord gewandt und für Teile seines Verbands gemeldet: „Die Truppe hat seit Tagen keine Ruhe, leidet unter der grossen Kälte; sie ist am Ende ihrer Kräfte." H.Gr.Kdo. Nord, KTB Ia, 7. 11. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/768. Diese Meldung war symptomatisch für die Klagen sehr vieler Kommandierender Generale und Divisionskommandeure an allen Frontabschnitten in diesen Tagen.

[145] „Im übrigen nimmt die Zahl der Erfrierungen ständig zu. Die Leute sind zum Teil noch ohne Winterbekleidung. [...] Viele laufen mit papierumwickelten Füßen, das Schuhwerk ist zerfetzt u. schadhaft. Handschuhe fehlen sehr. Auf diesem Gebiet der Winterbekleidung muß der Gen[eral]Qu[artiermeister] ungeheuer beschimpft werden. Nicht die Temperatur in Deutschland, sondern die hiesige ist maßgebend. Tagestemperatur nachts bereits 24° Kälte!! Und die Mannschaften liegen, stehen oder sitzen dann ohne schützendes Dach im Freien u. kämpfen."

[146] Vgl. zum Folgenden Reinhardt, Wende, S. 125 f., 140, 177–179; DRZW, Bd. 4, S. 524–536 (Beitrag Klink). Zur Ablösung Rundstedts vgl. auch Blumentritt, Rundstedt, S. 112–115; Hillgruber, Rundstedt, S. 324; Messenger, Rundstedt, S. 153–156.

[147] Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 536–539 (Beitrag Klink).

fensive mit dem Erreichen des Donez und unteren Don einzustellen, und ließ sich selbst durch einen Besuch Brauchitschs in seinem Hauptquartier am 3. November nicht umstimmen[148]. Halder war über den Pessimismus des Heeresgruppenkommandos verärgert und notierte sich einen Tag darauf die Sorgen „um die Gesundheit Rundstedts", als ob er diesen lästigen Bremser bald loswerden wollte[149].

Doch selbst der Vorstoß der 1. Panzerarmee auf Rostov am unteren Don, der am 5. November 1941 begann, war ein äußerst riskantes Unternehmen, denn die Truppen Ewald v. Kleists waren personell und materiell am Ende. Die entsprechenden Hilferufe der Panzerarmee[150] waren von Rundstedt und Sodenstern nicht entschieden genug gegen die Forderungen des OKH verwendet worden. Rostov konnte zwar am 20. November eingenommen werden, doch bereits zwei Tage später antwortete die Rote Armee mit einem massiven Gegenangriff, der ersten größeren sowjetischen Offensive in diesen Wochen. Die Lage spitzte sich so zu, dass Hitler die Entscheidung über den Rückzug aus Rostov dem Generaloberst v. Kleist überlassen musste. Allerdings ging die Panzerarmee nach der Räumung Rostovs am 28. November mit Billigung Rundstedts weiter zurück, als von Hitler gefordert wurde. Der Diktator machte den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe für diese „Befehlsverweigerung" verantwortlich und ersetzte ihn am 1. Dezember 1941 ausgerechnet durch Walter v. Reichenau, der zuvor einen Entlastungsangriff seiner 6. Armee mit Rücksicht auf den erschöpften Zustand der Truppe verweigert hatte – sehr zum Ärger Halders[151]. Hitler selbst musste sich dann bei einem Besuch vor Ort am 2./3. Dezember davon überzeugen, dass Rundstedts Entschluss für eine Abwehrstellung am Mius richtig gewesen war[152]. Für eine Revision des Personalwechsels war es aber zu spät.

[148] H.Gr.Kdo. Süd, KTB Ia, 3. 11. 1941, in: BA-MA, RH 19 I/87, Bl. 17–19. Brauchitsch konfrontierte Rundstedt sowie den ebenfalls anwesenden und skeptischen Reichenau mit der *„Forderung des O.K.H.*, so frühzeitig wie möglich die Räume um Maikop, Stalingrad und Woronesch in Besitz zu nehmen", und zeigte dabei eine völlig illusorische Einschätzung der feindlichen Widerstandskraft. Dagegen empfahl Rundstedt, „die Truppe während der Wintermonate leidlich zu versorgen und aufzufrischen sowie insbesondere die Masse der Kraftfahrzeuge umfassend instand zu setzen". Nur so könne „im Frühjahr mit Sicherheit mit einem für jede Operation geeigneten Heereskörper gerechnet werden".

[149] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 280 (4. 11. 1941). Tatsächlich war der 65-jährige Rundstedt körperlich überanstrengt und erlitt in diesen Tagen bei einem Spaziergang in Poltava einen Herzanfall. Vgl. Blumentritt, Rundstedt, S. 112.

[150] Vgl. etwa H.Gr.Kdo. Süd, KTB Ia, 28. 10. 1941, in: BA-MA, RH 19 I/74.

[151] Reichenau hatte sich den ganzen November hindurch geweigert, auf Kupjansk vorzustoßen, zuletzt sehr deutlich am 28. 11. 1941. Vgl. etwa Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 310 (26. 11. 1941): „Meine Geduld mit 6. Armee geht nun zu Ende. Sie muß gezwungen werden, mit ihrem rechten Flügel vorzugehen [...]." Ebd., S. 318 (30. 11. 1941), über ein Gespräch mit Sodenstern: „Eindruck besteht, daß 6. Armee von einer anderen Auffassung ausgeht, als OKH und Heeresgruppe und den Angriffswillen der oberen Stellen sabotiert, um aus den in der Entstehung begriffenen Winterquartieren nicht mehr heraus zu müssen. Heeresgruppe müsse sich Klarheit schaffen und nötigenfalls für Personalwechsel sorgen."

[152] Hitler war am 2.12. beim Panzerarmeeoberkommando 1 in Mariupol' und am 3. 12. 1941 beim Heeresgruppenkommando in Poltava. Vgl. Pz.AOK 1, KTB Ia, 2. 12. 1941, in: NA, T 313/18: „Der Oberbefehlshaber [Kleist] begründet seinen Entschluß, nicht eine Zwischenstellung vor dem Mius gehalten zu haben, sondern hinter den Mius zurückgegangen zu sein. Der Führer stimmt der Beurteilung der Lage durch die Pz.Armee voll zu und spricht den gegebenen Befehlen sein Einverständnis aus." In Poltava kam es dann zur Aussprache mit Rundstedt, vgl. H.Gr.Kdo. Süd, KTB Ia, 3. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 I/88, Bl. 27.

Diese Ereignisse im Süden, die der großen Krise vor Moskau einige Tage vorausgingen, hatten symptomatischen Charakter. „Das Unglück fing mit Rostow an; es war bereits ein Menetekel", formulierte Guderian bereits kurze Zeit darauf[153], und auch Hitler erkannte, dass sich mit diesem ersten schweren, wenn auch noch lokalen Rückschlag die Wende des Kriegsglücks andeutete. Der Diktator hatte im Oktober und November 1941 kaum mehr in die Operationsführung des OKH eingegriffen, sondern den Verlauf der von Halder betriebenen letzten Offensive geradezu fatalistisch abgewartet. Doch als sich die schon lange drohende Krise des Ostfeldzugs wie ein „Menetekel" an einem Frontabschnitt deutlich ankündigte, suchte er die militärische Entwicklung wieder stärker zu beeinflussen und erschien persönlich im Hauptquartier der 1. Panzerarmee. Wenn seit dieser Zäsur mit den Eingriffen Hitlers in die Operationen wieder ständig zu rechnen war, so spricht dies für sich. Ebenso wurde deutlich, dass er vor plötzlichen personellen Konsequenzen nicht zurückschreckte. Mit Rundstedt wurde der dienstälteste und angesehenste Oberbefehlshaber des Ostheeres vorübergehend kaltgestellt. Seine Neigung zur Vorsicht, die eine Entscheidung zum weiträumigen Rückzug nicht ausschloss[154], passte weder Hitler noch Halder ins Konzept[155]. Dass der verantwortliche Führer einer Heeresgruppe für seine selbständige Lagebeurteilung und die Konsequenzen, die er daraus zog, gemaßregelt und damit eher wie ein Regimentskommandeur als wie ein Feldmarschall behandelt wurde, war bedenklich und richtungweisend zugleich. Die Argumente des Heeresgruppenkommandos Süd gegen den problematischen Begriff des „unbedingten Gehorsams" drangen nicht durch[156]. Die Konflikte der kommenden Wochen – sowohl die operative Krise durch die sowjetische Winteroffensive als auch die Führungskrise durch die Auseinandersetzungen zwischen Hitler, dem OKH und den Truppenbefehlshabern – zeichneten sich im Süden bereits frühzeitig ab.

Doch zurück zur Heeresgruppe Mitte und damit zum für viele Wochen entscheidenden Frontabschnitt. Die seit dem 15. November 1941 zeitlich gestaffelt von allen Armeen und Panzergruppen wiederaufgenommene Offensive gegen Moskau erreichte in den ersten Tagen noch einmal trügerische Erfolge[157]. Den Panzergruppen 3 (Reinhardt) und 4 (Hoepner) gelang am Nordflügel der Vorstoß in den Raum zwischen dem Volga-Staubecken und Moskau, während sich die 2. Panzerarmee (Guderian) am Südflügel rechts an Tula vorbei in Richtung Oka und Moskva vorschieben konnte. Zugleich war jedoch die 4. Armee (Kluge) im Zentrum lange zu schwach, um überhaupt anzugreifen, und konnte dann kaum Boden

[153] Guderian an seine Frau, 8. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77.

[154] Vgl. auch Rundstedt an Blumentritt, 5. 3. 1951, in: BA-MA, N 252/15: „Bei Beginn Winter [1941] hätte man auf Dnjepr zurück gehen sollen. Dort abwarten."

[155] Allerdings war es sogar Halder unverständlich, weshalb Rundstedt wegen der Frage des Rückzugs hinter den Mius abgelöst wurde. In diesem Streitfall unterstützte er die Heeresgruppe und die 1. Panzerarmee. Vgl. Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 319–322 (30. 11./1. 12. 1941).

[156] H.Gr.Kdo. Süd, Notiz der Abt. Ia für die Aussprache Rundstedts mit Hitler am 3. 12. 1941, in: BA-MA, N 654/18: „Das Anhalten der in Durchführung begriffenen rückwärtigen Bewegungen zu so spätem Zeitpunkt konnte zu einem taktischen Durchbruch des Feindes und damit zu einer zunächst nicht wieder gut zu machenden Einbuße der 1. Pz.Armee führen. [...] Die Frage des unbedingten Gehorsams scheidet m.E. in diesem Zusammenhang aus."

[157] Zur letzten Offensive auf Moskau und ihrem Scheitern vgl. Reinhardt, Wende, S. 153–171; DRZW, Bd. 4, S. 592–600 (Beitrag Klink).

auf Moskau gewinnen. Die 9. Armee (Strauß) im Norden und die 2. Armee (Schmidt[158]) im Süden sowie das XXXXIII. Armeekorps (Heinrici) an der Nahtstelle zwischen 4. Armee und 2. Panzerarmee waren ebenfalls kaum mehr angriffsfähig, so dass ihre Angriffe einem quälenden Vorwürgen erschöpfter Truppen glichen. Die Notschreie der Infanteriegenerale angesichts der Leiden ihrer ausgelaugten und frierenden Soldaten, die sich immer weniger gegen den zunehmend harten Widerstand und das zunehmend winterliche Wetter zu helfen wussten, wurden lauter und lauter[159].

Dass auch die „hochgerühmten motorisierten Truppen"[160] bald in größte Schwierigkeiten gerieten, konnte selbst dem hartnäckigsten Infanteristen kein Trost sein. Der Befehlshaber der Panzergruppe 3, General Reinhardt, der verhalten optimistisch in diese Offensive gegangen war[161] und noch am 23. November den „sehr schön fortlaufenden Siegeszug nach Osten" gerühmt hatte[162], musste zur Monatswende eingestehen, dass seine Panzer kaum mehr vorankamen[163]. Sein Nachbar Hoepner trieb die Panzergruppe 4 energisch bis 30 km auf Moskau heran, musste dann aber am 4. Dezember ebenfalls vor den katastrophalen Versorgungs- und Kampfbedingungen resignieren[164]: „Ich habe ja sehr viel erreicht, aber das Endziel doch nicht. Die Kräfte reichen nicht mehr aus. Die Truppe ist im Ganzen am Ende. Man kann sie natürlich noch weiter hetzen. Dann ist aber eines Tages nichts mehr da." Die Angriffskraft der Panzerverbände war gebrochen[165]. Auch der dritte maßgebliche Panzerführer der Heeresgruppe Mitte, Generaloberst Guderian, konnte mit seiner überanspruchten, von einst tausend auf nurmehr 150 Panzer abgesunkenen[166] Panzerarmee keine Wunder mehr vollbringen und verschaffte seinem Ärger in Ausfällen gegen die vorgesetzten Dienststellen Luft[167].

Überhaupt war es bezeichnend, dass die Tag für Tag deutlicheren Krisensymptome seit Mitte November 1941 bei den Oberbefehlshabern und Befehlshabern der Heeresgruppe Mitte das Gegenteil von dem bewirkten, was in dieser schwierigen Lage nötig gewesen wäre. Statt sich zu einem gemeinsamen Krisenmanage-

[158] Rudolf Schmidt führte vom 26. 11. 1941 bis 15. 1. 1942 die 2. Armee stellvertretend für ihren erkrankten Oberbefehlshaber Weichs.

[159] Exemplarisch dafür die Briefe und Tagebücher Heinricis vom 8. 11. bis 6. 12. 1941, in: Hürter, General, S. 107–122.

[160] Heinrici an seine Familie, 19. 11. 1941, ebd., S. 110. „Das Versorgungs- und das Fortbewegungsproblem ist für sie ein gleich großes."

[161] Reinhardt an seine Frau, 16. 11. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 15: „Aber es muss sein, wir sind stolz, dass wir die ersten sind, die hoffentlich den Angriff nun ins Rollen bringen können."

[162] Reinhardt an seine Frau, 23. 11. 1941, ebd., Bl. 16.

[163] Tagebuch Reinhardts, 30. 11./1. 12. 1941, in: BA-MA, N 245/3, Bl. 16.

[164] Hoepner an seine Frau, 4. 12. 1941, in: Bücheler, Hoepner, S. 160.

[165] Ebd.: „So habe ich schwere Sorgen und gestern, gedrängt durch Kluge, die Meldung gemacht, die mich innerlich hart mitnimmt, daß die Angriffskraft meiner Korps ihr Ende erreicht hat. [...] Kein erfreulicher Jahresschluß."

[166] Reinhardt, Wende, S. 155, nach dem Stand vom 18. 11. 1941.

[167] Guderian an seine Frau, 21. 11. 1941, in: Macksey, Guderian, S. 244: „Jede, aber auch jede Unterstützung von oben fehlt. Ich muß ganz allein fortwursteln. [...] Ich weiß nicht [...], wie wir bis zum nächsten Frühjahr wieder in Ordnung sein sollen. Wir marschieren jetzt auf den Dezember los, und noch ist kein Entschluß gefaßt." Diese Kritik richtete sich gegen das Heeresgruppenkommando Mitte und das OKH. Zur Haltung Guderians in diesen Wochen vgl. auch den Zeitzeugenbericht von Praun, Soldat, S. 153–156.

ment aufzuraffen, verstärkten sich die altbekannten Eifersüchteleien, Anfeindungen und Beschuldigungen gegeneinander nur noch[168]. Die Stimmung in dieser Gruppe wurde immer gereizter. Besonders eklatant brachen erneut die Gegensätze zwischen Panzer- und Infanteriegeneralen hervor. Reinhardt fühlte sich von Strauß gegängelt und gebremst[169], Hoepner und Guderian warfen Kluge die Inaktivität der 4. Armee vor, Guderian ging die Vorsicht seines Infanteriekorpsführers Heinrici auf die Nerven[170], während dieser sich von Guderian in halsbrecherische Unternehmen hineingejagt glaubte[171]. Doch auch untereinander beäugten sich die ehrgeizigen Panzergenerale mit Neid und Missgunst, da sie den Schwerpunkt des Angriffs jeweils für sich beanspruchten und sensibel auf jede noch so kleine Bevorzugung des anderen reagierten. Die Oberbefehlshaber der Infanterieverbände standen dem in nichts nach und suchten sich gegenseitig die Schuld an dem immer unbefriedigenderen Verlauf der Offensive zuzuschieben. Bock kritisierte die Vorsicht Kluges, Strauß die wenig klare Führung Bocks, Weichs die Passivität Reichenaus und alle zusammen die mangelnde Unterstützung des Angriffs auf Moskau durch die anderen beiden Heeresgruppen. Diese Streitereien wirkten vor dem Hintergrund der immer bedrohlicheren Frontlage geradezu hilflos[172].

Dabei hätten die unverändert maßlosen Ansprüche der obersten Führung durch eine klare und einheitliche Gegenstimme des Feldheeres beantwortet werden müssen. Wieder fiel dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte eine Schlüsselrolle zwischen den zentralen Instanzen und den höchsten Frontbefehlshabern zu. Bocks Tagebuch in den drei Wochen zwischen der Wiederaufnahme der deutschen Offensive und dem Beginn der sowjetischen Gegenoffensive zeigt ihn als zerrissenen, ja trotz aller formalen Befähigung überforderten Heerführer[173]. Er selbst hatte diesen letzten Angriff auf Moskau gewollt, durchgesetzt und auf sich genommen, wenn auch ohne die weitgesteckten Ziele Halders. Und er war nun einer der ersten, die jäh auf den Boden der Tatsachen zurückgeworfen wurden und die Schwäche der eigenen Kräfte erkennen mussten. Dem alten Generalstäbler an der Westfront des Ersten Weltkriegs kamen zwei Traumata der deutschen Kriegsgeschichte in den Sinn: die Marne und Verdun. Einerseits verglich er seine Offensive „mit der Marneschlacht, wo das letzte Bat[aillon], das noch herangeworfen werden kann, entscheidet", und schickte seine letzten Reser-

[168] Zum Folgenden vgl. Reinhardt, Wende, S. 158f., dort auch, wenn nicht anders angegeben, die Belege.

[169] Umso erleichterter war er, als die Panzergruppe 3 am 19. 11. 1941 unmittelbar der Heeresgruppe unterstellt wurde, vgl. das Tagebuch Reinhardts von diesem Tag, in: BA-MA, N 245/3, Bl. 14: „Lichtblick, nun hört Krach mit Strauss auf!"

[170] Vgl. das Tagebuch Liebensteins, des Generalstabschefs der 2. Panzerarmee, 4. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77: Guderian „ist bei XXXXIII. [Armeekorps] und hat dort wie bei vielen seiner Truppenbesuche den Eindruck, dass die Gen.Kdos und Div. pessimistisch, die Truppe optimistisch sei."

[171] Heinrici an seine Frau, 15. 11. 1941, in: Hürter, General, S. 108; Heinrici an seine Frau, 1. 12. 1941, ebd., S. 116.

[172] Vgl. auch das Urteil Reinhardts, Wende, S. 159: „Fast jeder Führer begann, im Nachbarn und der vorgesetzten Stelle den ‚Sündenbock' für die eigenen Schwierigkeiten und Fehler zu sehen. Je schwieriger die Lage aber wurde, je notwendiger klare Entscheidungen geworden wären, desto stärker nahmen die gegenseitigen Anfeindungen zu."

[173] Vgl. Bock, Kriegstagebuch, S. 318–341 (15. 11.–6. 12. 1941).

ven an die Front[174]. Andererseits beschlich ihn immer mehr die Sorge, anstatt erneut vor einer Entscheidung wie an der Marne zu stehen und es besser zu machen als der jüngere Moltke, eher in ein zweites Verdun zu geraten[175]. Die Begriffe „Marne" für die Chance einer Entscheidung und „Verdun" für die Gefahr des sinnlosen Kräfteverbrauchs markierten genau die Positionen, zwischen denen der Feldmarschall in diesen Wochen hin und her schwankte. Entsprechend mühsam nur konnte er sich dazu durchringen, das Scheitern des Angriffs seiner Heeresgruppe auf Moskau einzugestehen. Ein scharfzüngiger Beobachter wie der Fliegergeneral Wolfram Frhr. v. Richthofen beschrieb Bock Ende November 1941 als einen Heerführer, „der ‚will, aber auch nicht will!' Unklar, unenergisch."[176]

Bock verwahrte sich immerhin frühzeitig gegen die Illusionen Hitlers und Halders, dass durch eine Zangenbewegung der Panzerverbände starke Feindkräfte um Moskau eingekesselt und vernichtet werden könnten[177]. Er schob die Auffassungsunterschiede auf die Frontferne der Heeresleitung[178]. Doch auch Bock war nach wie vor zur Offensive bereit und wurde für seine „unerhörte Energie", mit der er „mit allen Mitteln vorwärts" treibe, von Halder gelobt[179]. Seine Mahnungen an das OKH, dass die Kräfte „um Himmels willen" nicht weiter überschätzt werden dürften und es „fünf Minuten vor zwölf" sei, änderten nichts an seiner Bereitschaft, „den Feind noch so weit irgend möglich zu schädigen"[180]. Am 29. November betonte er zwar, dass die Offensive bei einem Ausbleiben weiterer Erfolge in wenigen Tagen eingestellt werden müsse, genehmigte aber zugleich den Angriff der 4. Armee, zu dem sich Kluge endlich nach langem Drängen der Panzergenerale durchgerungen hatte[181]. Der anhaltende Optimismus und die Fehleinschätzung der Kräfte im OKH und im „Führerhauptquartier" beunruhigten ihn jedoch mehr und mehr. Am 1. Dezember beschwor er die Heeresleitung, den Angriff, der nunmehr „ohne Sinn und Ziel" sei, möglichst bald einzustellen und eine rückwärtige Winterstellung einzurichten[182]. Am 3. Dezember wies Bock auch das OKW darauf hin, „daß die Stunde abzusehen ist, in der die Kräfte der Truppen am Ende sind", hoffte aber gleichzeitig immer noch auf ein letztes Vortreiben der festgefahrenen Offensive[183]. Interessant für diese zwiespältige Haltung war das Bekenntnis, bisher am Angriff festgehalten zu haben, weil er die Folgen des Übergangs zur Abwehr fürchte[184]. Weshalb Bock nicht schon längst kategorisch auf den Ausbau

[174] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 303 f. (22. 11. 1941).
[175] Bock, Kriegstagebuch, S. 332 (29. 11. 1941).
[176] Tagebuch Richthofens, 28. 11. 1941, in: BA-MA, N 671/8, Bl. 137.
[177] Bock, Kriegstagebuch, S. 322–324 (19./20. 11. 1941).
[178] Ebd., S. 325 (21. 11. 1941): „Nach der Zahl der Divisionen vom grünen Tisch gesehen, ist das Kräfteverhältnis nicht ungünstiger als sonst. Die abgesunkenen Gefechtsstärken aber – einzelne Kompanien haben nur noch 20 und 30 Mann – der starke Führerausfall und die Überanstrengung der Truppe in Verbindung mit der Kälte geben praktisch ein ganz anderes Bild."
[179] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 303 (22. 11. 1941).
[180] Bock, Kriegstagebuch, S. 327 (23. 11. 1941).
[181] Ebd., S. 331 f. (29. 11. 1941).
[182] Ebd., S. 334 f. (1. 12. 1941). „Der Gedanke, daß der Feind vor der Heeresgruppe ‚zusammenbricht', war, wie die Kämpfe der letzten 14 Tage lehren, ein Traumbild." Halder betonte dagegen, „daß auch uns der Kräfteverbrauch Sorge macht. Aber man müßte versuchen, den Feind mit dem letzten Kraftaufgebot niederzuringen. Wenn endgültig klar ist, daß das nicht möglich ist, müssen neue Entschlüsse gefaßt werden." Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 322 (1. 12. 1941).
[183] Bock, Kriegstagebuch, S. 337 (3. 12. 1941).
[184] Ebd.: „Noch ist der Angriff auf der ganzen Front befohlen, aber, wie ich es seit Tagen tue, so weise

einer Winterstellung bestanden hatte, anstatt sich über die Untätigkeit und Planlosigkeit des OKH lediglich zu wundern[185], bleibt ebenso rätselhaft wie seine Geduld gegenüber dem unmöglichen Zustand, dass er als Oberbefehlshaber der größten deutschen Heeresgruppe nicht über die weiteren Absichten der obersten Führung informiert war[186].

Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte war nicht nur mitverantwortlich für die fahrlässige Offensive auf Moskau, sondern er stemmte sich auch trotz wachsender Zweifel nicht nachhaltig genug dagegen, dass dieser Angriff bis zur bitteren Neige weitergeführt wurde. Nicht ein längst überfälliger Entschluss Bocks, des OKH oder gar Hitlers stoppte den Wahnsinn, mit vollkommen erschöpften, teilweise regelrecht zerlumpten und apathischen Soldaten noch ein paar Quadratkilometer mehr nutzloser Winterlandschaften zu „erobern", sondern die Macht des Faktischen, der sich die Frontkommandeure schließlich beugen mussten. Die Offensive, besser gesagt: ihre letzten schwachen Ausläufer, versackte in Schnee und Eis, sie lief sich im wahrsten Sinne des Wortes tot. Nachdem am 1. Dezember ein extremer Kälteeinbruch mit bis zu minus 40 Grad Frost und starken Schneeverwehungen die ohnehin schon harten Witterungsbedingungen nochmals dramatisch verschlechtert hatte[187], war die Truppe am Ende. Auf dem Nordflügel mussten erst Hoepner am 3. Dezember, dann Reinhardt am 5. Dezember den Offenbarungseid leisten und den Angriff ihrer Panzergruppen einstellen[188], nachdem ihre Angriffsspitzen immer schwächer geworden waren. An der Südflanke der Heeresgruppe misslang ebenfalls am 5. Dezember der letzte dramatische Versuch Guderians, Tula einzuschließen und diesen Eckpfeiler der Verteidigung Moskaus doch noch in die Hand zu bekommen[189]. Damit waren bereits vor der sowjetischen Gegenoffensive die Angriffe aller gegen Moskau ange-

ich auch heute darauf hin, daß die Stunde abzusehen ist, in der die Kräfte der Truppen am Ende sind. Wird dann der Angriff eingestellt, so wird der Übergang zur Abwehr sehr schwierig sein. Dieser Gedanke und die möglichen Folgen des Überganges zur Abwehr mit unseren schwachen Kräften haben, abgesehen von meinem Auftrage, mit dazu beigetragen, daß ich bisher an diesem Angriff festgehalten habe." Vgl. auch Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 325 (3. 12. 1941), über ein Gespräch mit Bock: „Die Nachteile der Abwehr waren mit ein Grund zum Festhalten am Angriff."

185 Vgl. etwa Bock, Kriegstagebuch, S. 328 (23. 11. 1941): „Abends lasse ich bei Halder anfragen, wie der weitere Verlauf nach Einstellung der Operationen gedacht sei und ob die Heeresleitung die zu haltenden Linien, und Verlauf und Ausbau einer rückwärtigen Stellung anordnen würde. Die Antwort lautet, daß der Verlauf der vorderen Linien durch die Heeresgruppe zu bestimmen sei, die Frage einer rückwärtigen Stellung werde geprüft!" Erst am 1. 12. 1941 besprach sich Halder mit Paulus und Heusinger „über Grundlagen einer Wintergliederung des Heeres, in welcher Auffrischung und kurze Ruhe möglich ist". Dass dem Ostheer nur eine „kurze Ruhe" zugebilligt werden sollte, sprach den wirklichen Verhältnissen längst Hohn.

186 Bocks hilflose Mitteilung in seinem Fernschreiben an das OKH vom 1. 12. 1941 kam einem Offenbarungseid gleich: „Die Absichten der Führung sind mir unbekannt." Bock, Kriegstagebuch, S. 335.

187 Vgl. die Wetterangaben im KTB/OKW, Bd. 1, S. 787–801 (1. 12.–8. 12. 1941). Der extreme, dennoch meteorologisch für diese Region nicht ungewöhnliche Kälteeinbruch währte vorerst bis zum 7. 12. 1941.

188 Vgl. dazu und zu Folgendem die Belege bei Reinhardt, Wende, S. 162–171. Vgl. auch Bock, Kriegstagebuch, S. 338 (3. 12. 1941). Bock blieb nichts anderes übrig, als die durch die Verhältnisse erzwungenen Entschlüsse der einzelnen Befehlshaber hinzunehmen bzw. nachträglich zu genehmigen.

189 Die Tagebuchaufzeichnungen Heinricis, dessen XXXXIII. Armeekorps eine Hauptrolle in diesem Drama spielte, geben ein unmittelbares Bild der Ereignisse, vgl. Hürter, General, S. 116–122.

setzten Panzerverbände zum Stehen gekommen. Die 9. Armee war schon am 19. November zur Abwehr übergegangen, der erst am 1. Dezember aufgenommene Angriff der 4. Armee scheiterte nach nur drei Tagen, die 2. Armee verzettelte sich noch am längsten in unsinnigen Vorstößen in Richtung Osten[190].

So war spätestens am 5. Dezember 1941 die deutsche Offensive gegen Moskau auf ganzer Linie gescheitert und beendet. Die abgekämpften und schlecht versorgten deutschen Truppen mussten bei extremer Witterung jeweils an dem Fleck, den sie erreicht hatten, zur behelfsmäßigen Abwehr übergehen, gleichgültig ob die Gegend dafür geeignet war oder nicht. Eine gut ausgebaute rückwärtige Winterstellung, auf die man hätte ausweichen können, war nicht vorhanden. Die ganz auf den Angriffswillen fixierten höchsten Kommandobehörden hatten dem deutschen Landser den Bärendienst erwiesen, nicht nur seine Ausstattung mit Winterausrüstung, sondern auch seine Unterbringung in Winterquartieren als nachrangige Fragen zu behandeln und am Ende schlichtweg zu versäumen. Die Verantwortung für diese völlig unverständliche Kurzsichtigkeit trifft nicht nur Halder und das OKH, sondern auch Bock und das Heeresgruppenkommando Mitte sowie die Armeeoberkommandos, die nicht nachhaltig genug die notwendigen Vorbereitungen für den Fall eines Scheiterns der Offensive eingefordert und auch selbst kaum für Aushilfen gesorgt hatten. Um es drastischer zu formulieren: Die militärische Führung ließ ihre Soldaten ungeschützt im Wintersturm auf den sowjetischen Gegenstoß warten. Wieder wurde der Gegner spektakulär unterschätzt. Das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte hielt noch am 4. Dezember 1941 die Gefechtskraft der Roten Armee für zu gering, um „mit den *zur Zeit* vor der Front der Heeresgruppe vorhandenen Kräften zu einer großen Gegenoffensive" anzutreten[191].

Diese Illusion war nur der Höhepunkt einer Kette von Fehleinschätzungen und -planungen seit Beginn des Feldzugs. Die etwa sechs Wochen vom „Verschlammen" der Operation „Taifun" in der zweiten Oktoberhälfte über den Entschluss zur Wiederaufnahme des Angriffs Anfang November bis zu seinem endgültigen Scheitern am 5. Dezember 1941 waren der Dreh- und Wendepunkt des „Barbarossa"-Feldzugs. In dieser Zeit hätte die militärische Führung noch ausreichend Gelegenheit gehabt, das Ostheer rechtzeitig auf eine ohnehin schon sehr schwierige Überwinterung vorzubereiten. Dass stattdessen Hasard gespielt wurde, ist nicht Hitler anzulasten, der in diesen Wochen erstaunlich passiv blieb. Die Frontbefehlshaber taten recht daran, die Verantwortung für dieses operative Glücksspiel in erster Linie dem OKH zuzuschreiben, auch wenn sie sich – bis auf wenige Ausnahmen[192] – nach dem Krieg nicht mehr so recht daran erinnern wollten. Doch darf ebenso wenig übersehen werden, dass nicht nur Halder und seine Mitarbeiter, sondern auch die meisten Oberbefehlshaber des Ostheeres zu lange zö-

[190] Vgl. Bock, Kriegstagebuch, S. 340 (6. 12. 1941): „Die 2. Armee kommt nicht zur Ruhe; noch einmal wird sie ermahnt, nicht weiter nach Osten zu gehen, als dringend notwendig."

[191] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 4. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 29.

[192] Vgl. etwa die Kritik in den Erinnerungen von Weichs, Bd. 5, in: BA-MA, N 19/9, Bl. 36f., der mit „oberster Führung" hier vor allem Halder meint, oder in den Notizen Hoths „Stellungnahme zum Nationalsozialismus", kurz nach 1945, in: BA-MA, N 503/72: „Zu lange Fortführung in den Winter hinein. Aber doch mehr dem O.K.d.H. zugeschoben." Solche Äußerungen blieben nach 1945 aus den erwähnten Gründen eher vereinzelt.

gerten, die Konsequenzen aus der immer bedrohlicheren Lage zu ziehen. An erster Stelle ist hier Feldmarschall v. Bock zu nennen, der nicht weniger als Halder auf die Operation gegen Moskau fixiert war. Aber auch Leeb und die Befehlshaber der motorisierten Großverbände, die ihre erfolgverwöhnte Waffe anhaltend überschätzten, drängten in unverantwortlicher Weise nach Osten.

Auch darf der geschlossene Widerstand in Orša gegen die überzogenen Ziele Halders nicht überbewertet werden. Er richtete sich vor allem gegen die utopischen Erwartungen des OKH, nicht aber grundsätzlich gegen das offensive Einnehmen günstiger Ausgangsstellungen für die Frühjahrskampagne. Über die Auffassung, dass eine Abschlusslage für 1941 noch nicht erreicht sei, herrschte noch im November weitgehende Übereinstimmung, nur über die Fristen und Ziele gab es Kontroversen. Die höchsten Truppenführer versäumten es, mit Nachdruck wirkliche Alternativen wie vor allem die Vorbereitung einer festen Rückzugslinie durchzusetzen – auch die zeitweilige Weigerung Kluges und Reichenaus, zum Angriff anzutreten, ist kaum als planvoller Gegenentwurf zu bewerten. An ein gemeinsames Handeln dieser uneinigen Gruppe war ohnehin nicht zu denken, ebenso wenig an die Intervention eines einzelnen Oberbefehlshabers bei Hitler. Als Kluge am 4. Dezember dem Kommandeur des VIII. Fliegerkorps, Wolfram Frhr. v. Richthofen, die katastrophale Lage der 4. Armee schilderte, versuchte der Luftwaffengeneral „ihm, wie jedem Feldmarschall, den ich erwische, zu einer Aktion beim Führer zuzureden. Weicht aus und hat Angst davor."[193] Letztlich trugen – trotz ihrer Skepsis – alle Heeresgruppen-, Armee- und Panzergruppenführer das Vorhetzen ihrer Truppen bis zum bitteren Ende mit. So machten sich diese Generale mitverantwortlich dafür, dass sich die Dinge schließlich derart katastrophal entwickelten.

Vor diesem Hintergrund wirkte es eher wie ein Aufschrei des schlechten Gewissens, dass die Truppenbefehlshaber sofort in heftige Klagen und Vorwürfe ausbrachen, als das Ostheer unmittelbar vor der sowjetischen Gegenoffensive endgültig ans Ende seiner Kraft anlangte und dort, wo es gerade stand, vor Erschöpfung förmlich in sich zusammensank. Bock etwa sah die Ursachen der Krise im Stillstand während der Herbstschlammzeit, im Versagen der Bahnen und in der Unterschätzung des Gegners, verschwieg aber geflissentlich seinen eigenen Anteil, während er die Fehleinschätzung durch Hitler und das OKH kritisierte[194]: „Die Befehle zu rücksichtslosem Nachdrängen waren gerechtfertigt, solange die oberste Führung Anhaltspunkte dafür zu haben glaubte, daß der Feind nur noch mit allerletzter Kraft um sein Leben rang." Das sei aber ein Irrtum gewesen, den die Heeresgruppe nun ausbaden müsse. So wurde die Schuld in der höchsten Frontgeneralität immer nur bei den anderen gesucht. Die Infanteriegenerale beklagten, dass die vorgesetzten Stellen ihre Warnungen nicht ernst genug genom-

[193] Tagebuch Richthofens, 4. 12. 1941, in: BA-MA, N 671/8, Bl. 140. Kluge sprach zuvor „lang und breit über seinen Angriff und das Mißglücken. Seine Truppen sind schwach, fertig, ohne Wintersachen und Unterführer pp. Schlechtes Bild. Hat ernste Befürchtungen, die sich mit meinen decken, aber schwärzer sind. Er lehnt jede weitere Aktivität hier bis auf lange Zeit ab. Ersatzlage! Versorgung!"

[194] Bock, Kriegstagebuch, S. 342 (7. 12. 1941).

men hätten[195], und ein zuvor stets offensiv eingestellter Panzergeneral wie Reinhardt notierte knapp und ohne jede Selbstkritik[196]: „Bogen ist überspannt."

Besonders heftig beschwerte sich Generaloberst Heinz Guderian über das Schicksal seiner 2. Panzerarmee – natürlich mit einseitiger Schuldzuweisung[197]: „Wir stehen vor der traurigen Tatsache, dass die obere Führung den Bogen überspannt hat, den Meldungen über die sinkende Kampfkraft der Truppe nicht glauben wollte, immer neue Forderungen stellte, für die harte Winterzeit nicht vorsorgte und nun durch die russische Kälte von –35° überrascht wurde." Er empörte sich über die „erschreckende Stümperei und Ziellosigkeit" sowie darüber, „dass man eine geradezu glänzende Kriegslage durch Starrköpfigkeit in 2 Monaten so verbumfiedeln kann. Wenn man rechtzeitig den Entschluss gefasst hätte, abzubrechen und sich für den Winter in geeigneter Linie zur Verteidigung und wohnlich einzurichten, konnte nichts Gefährliches passieren. So ist alles auf Monate ein einziges ‚?'." Zwei Tage später schlug er einen eher resignativen als selbstgerechten Ton an[198]: „Man hat den Gegner, die Weite seines Landes und die Tücken des Klimas erheblich unterschätzt und das rächt sich nun." Auch wenn zweifellos die militärische Hierarchie von der Heeresleitung über die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen, der Armeen, die Befehlshaber der Panzergruppen bis zu den Kommandierenden Generalen – um das Spektrum der Verwendung unserer Generale zu diesem Zeitpunkt zu benennen – gleichbedeutend war mit einer unterschiedlichen Größe der Verantwortung für diese katastrophale Entwicklung, so war doch das Ablenken von eigenen Führungsfehlern so verbreitet, dass man sich fragen musste, wie das Ostheer überhaupt in eine solch schwierige Lage manövriert werden konnte.

Die Desillusionierung durch die endgültige Erschöpfung der deutschen operativen Möglichkeiten war hart, doch konnte zunächst noch nicht das ganze Ausmaß des Desasters eingeschätzt werden. Kannten die Generale „ihren" Clausewitz? Als der größte deutsche Verband, die Heeresgruppe Mitte, am 5. Dezember 1941 entkräftet seine Offensive auf Moskau einstellen musste, war das Ostheer an einen sehr gefährlichen Punkt angelangt, den Clausewitz als „Kulminationspunkt" bezeichnete[199]: der kritische Moment des Übergangs einer Offensive in die Defensive, nachdem sich „die Kraft des Angriffs nach und nach erschöpft" hatte.

[195] Beispielhaft dafür wieder einmal die Aufzeichnungen Heinricis, etwa sein Rückblick im Brief an seine Frau, 19. 12. 1941, in: Hürter, General, S. 129 f.: „Im Großen u. Kleinen ist genug über den Zustand u. die Schwäche unserer Truppe berichtet worden. Ohne Rücksicht auf die fehlende Winterbekleidung, die ungenügende Verpflegung, den schlechten Nachschub, die zusammengeschmolzenen Stärken wollte die Heeresl[ei]t[un]g nach Moskau, Guderian nach Tula. Alle Vorsichtsmaßnahmen wurden bei Seite gelassen." Vgl. auch den Brief an seine Familie, 8. 12. 1941, ebd., S. 123.

[196] Tagebuch Reinhardts, 6. 12. 1941, in: BA-MA, N 245/3, Bl. 16.

[197] Guderian an seine Frau, 8. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77. „[Es] wurde fortgewürfelt. Dann brach mein nördlicher Nachbar nieder, mein südlicher war ohnehin nicht sehr kampfkräftig, so dass mir schliesslich keine Wahl blieb, denn allein kann ich die ganze Ostfront nicht umschmeissen, noch dazu bei –35°."

[198] Guderian an seine Frau, 10. 12. 1941, ebd., wobei er sich allerdings nicht den Hinweis verkneifen konnte, dass er „die Lage etwas anders ansah, als die Mehrzahl meiner Kameraden". Vgl. auch seinen Brief vom 16. 12. 1941, ebd.: „Die vollständige Unterschätzung des Gegners und die daraus resultierende Sorglosigkeit in Bezug auf die Vorbereitung des Winterfeldzugs in Russland haben uns in eine sehr schwere Lage gebracht."

[199] Clausewitz, Vom Kriege, S. 555 (Buch VII, Kap. 5).

Die meisten Angriffe „führen nur bis zu einem Punkt, wo die Kräfte noch eben hinreichen, sich in der Verteidigung zu halten und den Frieden abzuwarten. Jenseits dieses Punktes liegt der Umschwung, der Rückschlag; die Gewalt eines solchen Rückschlages ist gewöhnlich viel größer, als die Kraft des Stoßes war." Das mussten nun auch die in der Sowjetunion eingesetzten deutschen Verbände und ihre Oberbefehlshaber erfahren.

c. Rückschlag

Der Winter 1941/42 vor Moskau ist neben dem Winter 1942/43 in Stalingrad zum Synonym für das Scheitern von Hitlers größenwahnsinnigem Eroberungskrieg im Osten geworden. Auch wenn das „Unternehmen Barbarossa" von vornherein wenig Aussicht auf Erfolg hatte und der geplante „Blitzfeldzug" bereits Ende Juli 1941 gescheitert war, auch wenn die blutigen Verluste der Wehrmacht im Sommer sogar noch höher waren als im Winter und das Ostheer personell, materiell wie logistisch schon im Spätherbst einen besorgniserregenden Grad der Erschöpfung erreicht hatte: Die Winterkrise der Heeresgruppe Mitte vor Moskau, flankiert durch ähnliche Krisensituationen bei den anderen beiden Heeresgruppen und ergänzt durch den Kriegseintritt der USA, prägte sich als ein Wendepunkt des Krieges tief in das Bewusstsein der Zeitgenossen und Nachgeborenen ein. Bereits während jener Wochen und Monate war offensichtlich, dass dieser erste umfassende Rückschlag der Wehrmacht tiefgreifende materielle und psychologische Folgen für die deutsche Kriegführung haben würde. Sie trafen unmittelbar auch die höchsten Truppenführer. Als ihre Verbände im Dezember 1941 und Januar 1942 in eine katastrophale Lage gerieten, musste das Selbstbewusstsein dieser konservativen Elite erneut auf den Prüfstand gestellt werden.

Beginnen wir mit den nüchternen Fakten[200]. Unmittelbar nachdem der Angriff der Heeresgruppe Mitte am 5. Dezember 1941 endgültig zum Stillstand gekommen war und sich die deutschen Truppen übermüdet, demoralisiert, unterversorgt, ohne funktionierende Nachschublinien, ohne Winterausrüstung, ohne Reserven, ratlos und ungeschützt in den Eis- und Schneewüsten des mit aller Gewalt einbrechenden russischen Winters wiedergefunden hatten, holte die Rote Armee zu ihrem überraschenden Gegenschlag aus: noch am 5. Dezember örtlich gegen die 9. Armee und die Panzergruppe 3, einen Tag darauf an der gesamten Moskauer Front. Dass die Wehrmacht durch diese Gegenoffensive überrascht wurde, obwohl die „Menetekel" der sowjetischen Angriffe gegen Tichvin und Rostov bereits Ende November eine deutliche Vorwarnung gegeben hatten, zeigte die Blauäugigkeit vor allem der Heeresleitung, aber auch der Truppenführung sowie das

[200] Die folgenden zusammenfassenden Hinweise zu den Kämpfen vor Moskau basieren auf Reinhardt, Wende, S. 197–254; DRZW, Bd. 4, S. 600–628 (Beitrag Klink). Dort auch die operationsgeschichtlichen Details, die hier nicht nachgezeichnet werden können. Von der älteren Literatur sind vor allem zu nennen: Philippi/Heim, Feldzug, S. 99–120; Haupt, Heeresgruppe Mitte, S. 109–132. Die Konzentration liegt im Folgenden auf der Heeresgruppe Mitte und auf den Auseinandersetzungen zwischen der höchsten Truppenführung, der Heeresleitung und Hitler. Dabei erlaubt die bisher vernachlässigte Perspektive auf die Oberbefehlshaber eine Akzentverschiebung. Die Abwehrkämpfe der Heeresgruppen Nord und Süd werden am Ende des Kapitels skizziert.

katastrophale Versagen des militärischen Nachrichtendienstes, der die sowjetischen Reserven an transkaukasischen und fernöstlichen Verbänden völlig falsch eingeschätzt hatte. Dem Ostheer wurde nun die Rechnung für die monatelangen operativen und logistischen Fehlplanungen präsentiert.

Der sowjetische Angriff brachte die gesamte Front vor Moskau ins Wanken und hätte bei einem konzentrierten Stoß der Roten Armee vermutlich zum völligen Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte geführt. Statt aber einen starken Keil – etwa entlang der Autobahn Richtung Smolensk – durch die schwachen deutschen Linien zu treiben, überschätzte auch Stalin seine militärischen Möglichkeiten und verzettelte die sowjetischen Kräfte erst in zahlreichen Einzelaktionen, dann im überspannten Ziel einer großräumigen Einschließung der feindlichen Heeresgruppe. So sah sich das Ostheer in den beiden kritischsten Krisenmonaten, dem Dezember 1941 und Januar 1942, zu keinem Zeitpunkt mit der Katastrophe eines ganz großen und entscheidenden operativen Durchbruchs konfrontiert, sondern musste sich an nahezu allen Stellen gegen ständige Angriffe und zahlreiche begrenzte Durchbrüche behaupten. Wenn man die Lage der Heeresgruppe Mitte mit der Not eines Hochseeschiffs im Orkan vergleichen will, so wurde dieses Schiff nicht von einer gewaltigen Welle mittschiffs zerrissen, sondern war an vielen Stellen leckgeschlagen, höchst gefährlich zwar, doch immerhin mit der Chance, die vielen Wassereinbrüche notdürftig zu flicken und den drohenden Untergang zu verhindern. Dass dies bis Anfang Februar 1942 mit einer schwachen und erschöpften Mannschaft gelang, war keineswegs selbstverständlich. Trotz dieses erstaunlichen Erfolgs blieb das Schiff jedoch angeschlagen und sollte nach diesem Sturm nie wieder seine alte Fahrtüchtigkeit erlangen.

Die Lage im Großen, die schließlich doch mit viel Mühe, Können und Glück wieder stabilisiert werden konnte, spiegelt wenig von der Dramatik, ja teilweise Hoffnungslosigkeit des Geschehens in den einzelnen Abschnitten wider. Zeitweise bestand die Front der Heeresgruppe Mitte nicht mehr aus einer zusammenhängenden Verteidigungslinie, sondern aus einem unübersichtlichen Gemenge von verschiedenen Kampfgruppen, die vom Feind durchbrochen, umgeben oder überflügelt waren und untereinander kaum mehr Verbindung hatten. Wenn man die Krisenlagen auf der Karte betrachtet, ist es schwer nachzuvollziehen, wie es überhaupt gelingen konnte, diese zerrissene und zerstückelte Front zu halten. Die deutschen Verbände, die sich in den dauernden Abwehrkämpfen immer wieder zu Ausweichbewegungen und Frontbegradigungen gezwungen sahen, wurden insgesamt etwa 100–150 Kilometer nach Westen getrieben. Besonders beunruhigend war, dass der Großteil der Heeresgruppe mit der 9. Armee, den – am 1. Januar 1942 in Panzerarmeen umbenannten – Panzergruppen 3 und 4 sowie der 4. Armee zwischen Kirov und Ržev in einen sackförmigen Frontvorsprung gedrängt wurde, der sich immer weiter verengte und ständig abgeschnürt zu werden drohte. Diese Gefahr steigerte sich noch, als Mitte Januar 1942 ein tiefer Einbruch bei Ostaškov eine riesige Lücke zur Heeresgruppe Nord riss und die weiträumige Umfassung der Heeresgruppe Mitte befürchtet werden musste. Zur selben Zeit entstand im Rücken des genannten Frontvorsprungs eine starke sowjetische Streitmacht aus Partisanen, Fallschirmjägern und durchgebrochener Kavallerie. Bis Anfang Februar 1942 konnte die schwerste operative Bedrohung weitgehend entschärft wer-

den, weil die Angriffe der nach und nach ebenfalls überanspruchten sowjetischen Verbände an Kraft verloren und gezielte Gegenangriffe wieder eine zusammenhängende Front schaffen konnten. Jedoch blieb diese „Landzunge im Roten Meer“[201], auf der sich vier deutsche Armeen befanden, noch bis zum Beginn der Schlammperiode Mitte April 1942 ein besonders kritischer und heftig umkämpfter Abschnitt.

Auch wenn es der Heeresgruppe Mitte schließlich Anfang Februar 1942 mit letzter Kraft gelang, wieder eine einigermaßen zusammenhängende und stabile Abwehrfront zu errichten, die dem sowjetischen Ansturm im weiteren Verlauf des Winters gerade noch standhalten konnte, so war doch nicht nur die materielle, sondern vor allem auch die moralische Wirkung der beiden zurückliegenden Krisenmonate verheerend. Die Gewalt der Gegenoffensive und der über Wochen geradezu hilflose Zustand ihrer Verbände waren für die höchsten Frontbefehlshaber ein Schock. Nun machte sich bemerkbar, wie einseitig diese Generale in ihrem Denken und durch ihre bisherigen Erfahrungen seit dem Polenfeldzug auf die Rolle des siegreichen Angreifers ausgerichtet waren. Die täglichen Krisen des von der Vernichtung bedrohten Verteidigers waren ihnen dagegen meist nur aus ihren jungen Offiziersjahren im Ersten Weltkrieg bekannt, die weit zurücklagen. Zwar hatte der Ostfeldzug auch schon vor dem Dezember 1941 alle vorhergehenden Kampagnen der Wehrmacht an Härte und Verlusten weit übertroffen[202], doch kam nun ein neues Element hinzu, das die deutsche Truppenführung von da an nicht mehr verlassen sollte: das Gefühl der Ohnmacht gegenüber dem Schwinden des Erfolgs, gegenüber der Stärke des Gegners und der eigenen Schwäche, aber auch gegenüber den schwer nachzuvollziehenden Befehlen der obersten Führung.

In den privaten Dokumenten kam dieses Gefühl der Ohnmacht besonders deutlich und unverschlüsselt zum Ausdruck. Die überlieferten Briefe und Tagebücher aus diesen Wochen lesen sich teilweise wie Zeugnisse menschlicher Existenznot, Verzweiflung und Überforderung. „Alles müssen wir durchstehen, nichts bleibt uns erspart.“[203] – „Alles versagt, Truppe am Ende ihrer Kraft, alles verloren? Nein, es kann nicht sein!“[204] – „Ich kann mich nicht entsinnen, aus dienstlichen Gründen je so angespannt gewesen zu sein wie jetzt und hoffe nur, dass ich es aushalte. [...] nachts liege ich viel schlaflos und zermartere mir das Hirn, was ich noch tun könnte, um meinen armen Männern zu helfen, die in diesem wahnsinnigen Winterwetter schutzlos draussen sein müssen. Es ist furchtbar, unvorstellbar.“[205] – „Es kommen nur noch Hiobsbotschaften. Man erschrickt, wenn das Telefon geht. Und das steht überhaupt nicht mehr still.“[206] – „Ich mache

[201] Heinrici an seine Frau, 25. 3. 1942, in: Hürter, General, S. 153. Die seit dem 20. 1. 1942 von Heinrici geführte 4. Armee war der zeitlich am längsten gefährdete deutsche Großverband und sah sich weiterhin in kesselähnlichen Frontabschnitten von allen Seiten bedroht. Erst Anfang Mai 1942 wurden die sowjetischen Angriffe auf die 4. Armee eingestellt, so dass sich die Briefe und Tagebücher Heinricis noch lange als Dokumente einer schwerwiegenden militärischen Krise lesen, vgl. ebd., bis S. 163.

[202] Vgl. auch Hoepner an seine Frau, 15. 8. 1941, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 64: „Die meisten haben bisher noch nicht gewußt, wie ein wirklicher Krieg aussieht.“

[203] Reinhardt an seine Frau, 8. 12. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 13.

[204] Tagebuch Reinhardts, 9. 12. 1941, in: BA-MA, N 245/3, Bl. 16.

[205] Guderian an seine Frau, 16. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77.

[206] Hoepner an seine Frau, 12. 12. 1941, in: Bücheler, Hoepner, S. 162.

schreckliche Tage durch. Nachts quälen mich die Erinnerungen an 1918. Aber hier ist man im Kampf gegen den Winter noch machtloser als damals gegen den Feind."[207] – „Schlafen, essen, trinken, alles ist eigentlich vorbei. Die hochgepeitschten Nerven halten einen noch munter. Aber es geht bald über die Kraft, tagelang um sein Leben zu laufen, und keine Wendung, keine Besserungsmöglichkeit sehen zu können."[208] – „Ich bitte den lieben Gott, daß er mir hilft. Ohne ihn weiß ich keinen Rat."[209] Bereits diese wenigen Beispiele aus den zahlreichen, häufig gleich oder ähnlich lautenden Privatdokumenten zeigen, wie hoch die persönliche und professionelle Belastung des Truppenführers in dieser Krise war. Man sah sich und die gesamte Wehrmacht am Abgrund stehen, unmittelbar vor einer Katastrophe, die nur mit dem Scheitern Napoleons am selben Ort vergleichbar schien. Immer wieder wurde die erschreckende Analogie zum Untergang der „Großen Armee" gesehen[210]. Die Pessimisten unter den Generalen brachten ihre Sorgen jetzt auf den einfachen Nenner[211]: „Krieg verloren!"

Neben den drängenden Problemen des militärischen Überlebenskampfes im russischen Winter wurde die gleichzeitige Globalisierung des Krieges kaum wahrgenommen. Jedenfalls gingen die Truppenbefehlshaber an der Ostfront weder auf den Kriegseintritt Japans am 7. Dezember noch auf die deutsche Kriegserklärung an die USA am 11. Dezember 1941 näher ein[212]. Diese verhängnisvollen politischen und strategischen Entscheidungen galten offenbar gegen den drohenden Untergang eines Millionenheeres vor Moskau als vorerst zweitrangig. Das gesamte professionelle Denken und Handeln blieb zunächst ganz auf die Bewältigung dieser Krise gerichtet. Hier schien die Entscheidung über „Sein oder Nichtsein" zu fallen – und nicht im Fernen Osten oder durch den Übergang von der verdeckten zur offenen Beteiligung der Vereinigten Staaten am britischen Kampf gegen Hitler-Deutschland. Noch stärker als ohnehin konzentrierten sich die Generale auf die militärischen Ereignisse ihrer Frontabschnitte, auf ihren eigentlichen Befehls- und Verantwortungsbereich. Vor diesem Hintergrund muss auch die Führungskrise gesehen werden, die sich ausschließlich an die operative Krise des Ostheeres knüpfte.

Die schwerwiegende deutsche „Führungs- und Vertrauenskrise"[213] ließ sich keineswegs auf einen Gegensatz zwischen dem Können der militärischen Profes-

[207] Hoepner an seine Frau, 17. 12. 1941, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 98.
[208] Heinrici an seine Frau, 22. 12. 1941, in: Hürter, General, S. 133.
[209] Heinrici an seine Frau, 22. 12. 1941, ebd., S. 135.
[210] Vgl. etwa Hoepner an seine Frau, 12. 12. 1941, in: Bücheler, Hoepner, S. 162: „Unsere Lage hat verzweifelte Ähnlichkeit mit der Napoleons 1812." Heinrici an seine Frau, 22. 12. 1941, in: Hürter, General, S. 131: „Der Rückzug in Schnee u. Eis ist absolut napoleonischer Art. Die Verluste sind ähnlich."
[211] So Heinrici gegenüber General Felber, Tagebuch Felbers, 1. 1. 1942, in: BA-MA, N 67/1, Bl. 9.
[212] Eine Ausnahme ist Heinrici, der den japanischen Kriegseintritt begrüßte, vgl. den Brief an seine Frau, 11. 12. 1941, in: Hürter, General, S. 125 f.: „Ich nehme zwar nicht an, daß es sich in absehbarer Zeit gegen Rußland wenden wird. Aber es verhindert, zumindestens erschwert materielle Zufuhren von Amerika und England nach Rußland. Und dies ist für uns ein ganz großer Gewinn." Dagegen beurteilte er die Kriegserklärung an die USA offenbar weniger positiv, jedenfalls meinte er in Hinblick auf seine Wohnung in Münster: „Jetzt wo wir nun den Krieg mit Amerika wirklich haben, ist es ja fast unübersehbar, wann man jemals wieder zu ihrer Benutzung kommt." Heinrici an seine Frau, 12. 12. 1941, ebd., S. 128.
[213] Reinhardt, Wende, S. 213.

sionals und dem angeblichen Dilettantismus Hitlers reduzieren. Anders als es nach dem Krieg von einer generalstabsfreundlichen Kriegsgeschichtsschreibung suggeriert wurde, liefen die wirklichen Auseinandersetzungen teilweise quer zu diesen Fronten. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass nicht Hitler, sondern in erster Linie Halder und Bock das Ostheer in diese katastrophale Lage hineinmanövriert hatten. Zunächst mussten die Heeresleitung und die Truppenführung vor allem ihre eigenen Fehler ausbaden. Ihre Reaktion war von Ratlosigkeit, ja nicht selten von Kopflosigkeit gekennzeichnet. Nahezu alle großen Erfolge des deutschen Heeres in den vergangenen Monaten und Jahren waren durch Angriffsoperationen erzielt worden. Fast immer war es die Wehrmacht, die dem Gegner das Gesetz des Handelns diktiert hatte. Als sich nun die Verhältnisse überraschend und erstmals in solch bedrohlichen Ausmaßen umkehrten, zeigten sich die meisten Generale überfordert und in der Defensive ungeübt. Erst nach und nach mussten sie sich in das ungewohnte Handwerk der Verteidigung und des Schlagens aus der Rückhand einfinden. Für den geradezu hilflosen Zustand der Heeres- und Truppenführung in der ersten Dezemberhälfte kann Hitler, der keineswegs sofort alle operativen Fäden in den Hand nahm, nicht verantwortlich gemacht werden.

Zu Beginn der Winterkrise waren vor allem das OKH und die Oberbefehlshaber an der Ostfront gefordert, so dass ihre Einstellung und Zusammenarbeit zunächst noch maßgeblich blieben. Theoretisch gab es mehrere Optionen, auf die Offensive der Roten Armee zu reagieren. Da die deutsche Angriffskraft erschöpft war, wurden vor allem drei Möglichkeiten diskutiert: 1. starres Halten, 2. flexibles Ausweichen, 3. großer Rückzug in eine vorbereitete Stellung. Praktisch fiel die letztere Variante vorerst aus, denn abgesehen von einigen wenigen Ansätzen bei der 9. und der 4. Armee war der Bau von rückwärtigen Stellungen versäumt worden. Die Weisung Hitlers vom 8. Dezember 1941 „zu sofortiger Einstellung aller größeren Angriffsoperationen und zum Übergang zur Verteidigung" – die erste „Führerweisung" für die Ostfront seit drei Monaten! – befahl daher als Voraussetzung für einen Rückzug, „ohne vom Gegner gezwungen zu sein", den möglichst raschen Ausbau rückwärtiger Stellungen[214]. Bemerkenswert an dieser Weisung, die den wahren Ernst der Lage verkannte, war freilich, dass in ihr noch keineswegs ein bedingungsloses Halten der eingenommenen Linien verlangt wurde.

In welche Sackgasse die deutsche Operationsführung vor Moskau geraten war, zeigte sich nirgends deutlicher als in der Haltung des Feldmarschalls v. Bock. Bereits am 8. Dezember offenbarte er Halder, dass seine Heeresgruppe an keiner Stelle einen ernsthaften Angriff auffangen könne, ihr Absetzen jedoch ebenfalls zu einer schweren Niederlage und dem Verlust des Materials in Schnee und Eis führen würde[215]. Angesichts dieses Dilemmas konnte sich Bock weder für ein Halten noch für einen Rückzug aussprechen, sondern behalf sich mit dem Standpunkt,

[214] Hubatsch (Hrsg.), Weisungen, S. 171–174 (Weisung Nr. 39). Als Ursache wurde der „überraschend früh eingebrochene strenge Winter im Osten und die dadurch eingetretenen Versorgungsschwierigkeiten" genannt. Die letzte Weisung Hitlers für die Ostfront zuvor war die vom 6. 9. 1941 gewesen, in der die Vorbereitung der „Operation Taifun" befohlen worden war, ebd., S. 150–153 (Weisung Nr. 35).

[215] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 8. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 59–61. Vgl. auch Bock, Kriegstagebuch, S. 343 f. (8. 12. 1941); Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 335 (8. 12. 1941).

unablässig Reserven anzufordern[216]. Als ihn Halder einen Tag später mit der vagen Aussicht konfrontierte, dass die Krise Mitte oder Ende Dezember überstanden sei, erwiderte Bock[217]: „Dann ist aber unsere Armee kaputt." Halders Antwort – „Der deutsche Soldat geht nicht kaputt!" – führte zur erneuten Forderung: „Ich will nicht jammern und klagen, aber ich will Reserven haben." Auch in den folgenden Tagen zeigte sich Bock unschlüssig, wie der Katastrophe zu entgehen sei, neigte aber zunächst eher zum Halten der Front[218]. Die einzige Konstante in seiner Kommandoführung war jetzt der ständige Ruf nach Reserven, die jedoch nicht so schnell verfügbar waren. Die Genehmigung Hitlers, ab Mitte des Monats zwei oder drei Divisionen aus dem Westen in Marsch zu setzen, war bei den langen Transportzeiten ein zu schwaches Zeichen der Hoffnung[219]. Am 12. Dezember musste Bock seine letzte Reserve, ein Pionierbataillon, in den Kampf werfen[220]. Der ratlose Feldmarschall unterrichtete das OKH über Auflösungserscheinungen der Truppe und warnte, dass die Lage nun in ein „ganz besonders kritisches Stadium" getreten sei[221]. Erst jetzt erkannte Halder den ganzen Ernst und gestand „die kritischste Lage in beiden Kriegen (Weltkrieg)" ein[222].

Das Verhalten Bocks und der Heeresleitung konnte von den übrigen Truppenbefehlshabern nur als Schwäche und Desorientierung ausgelegt werden. Die Armee- und Panzergruppenführer fühlten sich im Stich gelassen, da zunächst weder klare Entschlüsse noch Reserven kamen. Trotz der verzweifelten Situation ihrer Verbände schien nichts zu geschehen. Die Spannungen blieben nicht aus, besonders mit den Oberbefehlshabern der beiden stärksten Armeen, Generaloberst Guderian und Generalfeldmarschall v. Kluge. Guderian sprach bereits am 8. Dezember gegenüber Bock offen von einer „ernsten Vertrauenskrise" bei der Truppe und den Kommandeuren, wollte aber nicht preisgeben, gegen wen sich diese richtete[223]. In seinen Privatbriefen war er deutlicher und machte das OKH, das OKW

[216] Am 8. 12. 1941 sagte er wörtlich zu Halder: „Wenn es im Interesse des Deutschen Reiches ist, lasse ich mich gern verdreschen. Die Gefahr ist riesengroß, wenn ich keine Reserven bekomme, darüber soll sich jeder klar sein." BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 61.

[217] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 9. 12. 1941, ebd., Bl. 66f.

[218] Vgl. seine Meldung an Halder am 10. 12. 1941, ebd., Bl. 85f., in der er sich gegen ein großzügiges Absetzen aussprach: „Es bleibt daher nichts übrig, als in zähen Kämpfen jeden Fuß breit zu verteidigen und nur örtlich auszuweichen, wo es nicht anders geht. Das aber birgt beim gegenwärtigen Kräftezustand die Gefahr, daß irgendwo die Truppe völlig zusammenbricht, bevor die Stoßkraft der Russen erlahmt." Vgl. auch Bock, Kriegstagebuch, S. 347 (11. 12. 1941): „Mit der ewigen Absetzerei kriegen wir den Russen nicht zum Stehen, und ein Absetzen im großen, unter feindlichem Druck, hätte unübersehbare Folgen." Gegenüber Guderian hatte er bereits am 8. 12. 1941 erklärt (ebd., S. 343), „entweder man risse aus oder man ließe sich totschlagen. Andere Dinge stehen nicht zur Wahl. Es käme also nur darauf an, dafür zu sorgen, daß jeder zäh festhält, was er zu halten hat."

[219] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 10. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 85. „Transport aller Divisionen soll in 4 Wochen durchgeführt sein."

[220] Bock, Kriegstagebuch, S. 347 (12. 12. 1941).

[221] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 12. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 101. „Die eigene Truppe läuft haltlos weg, wenn ein russischer Panzer erscheint. Das kommt daher, daß man ihr die *wirksame Panzerabwehr* (Rotkopf-Granate) weggenommen hat. Erst seitdem gibt es wieder einen Panzerschreck." Die angesprochene Hohlladungsgranate, die eigentlich bis zur Frühjahrsoffensive 1942 zurückgehalten werden sollte, wurde erst am 22. 12. 1941 wieder von Hitler freigegeben.

[222] Ebd., Bl. 102.

[223] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 8. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 65. Halder nahm die ihm am 9.12. übermittelte Meldung Guderians „nicht tragisch", ebd., Bl. 66. Vgl. auch Bock, Kriegstagebuch, S. 343 (8. 12. 1941); Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 336 (8. 12. 1941). Auch der Generalstabschef der Heeresgruppe Mitte, Greiffenberg, berichtete Halder von „Spannungen mit den Ar-

und das Heeresgruppenkommando für die „erschreckende Stümperei und Ziellosigkeit" verantwortlich, während er Hitler von dieser Kritik aussparte[224]. Der Hauptadressat war eindeutig die Heeresleitung um Brauchitsch und Halder. Die „untragbaren Zustände" provozierten Kluge einen Tag nach der Meldung Guderians zu einem regelrechten Wutausbruch. Der Oberbefehlshaber der 4. Armee forderte „mehrere Male in energischer und erregter Form", dass Brauchitsch „zur Aussprache herkommt, da die Heeresleitung seiner Meinung nach über die wahre Lage nicht im Klaren sei"[225].

Kluge verband seine Philippika mit der Drohung, sich direkt an Hitler zu wenden. Es ist bemerkenswert, dass jetzt die höchsten und einflussreichsten Frontkommandeure ihre Scheu vor einer direkten Fühlungnahme mit Hitler überwinden wollten und von sich aus auf eine stärkere Beteiligung des Diktators drängten, der sich bisher noch weitgehend zurückgehalten hatte. Auch Bock war nun „drauf und dran, an den Führer persönlich ein Telegramm zu schicken, daß ich hier vor Entscheidungen stehe, die das Militärische weit übersteigen"[226]. Und Guderian meinte, „daß es an der Zeit sei, auch an den Führer unmittelbar zu melden. Es gehe hier nicht um das Schicksal der 2. Armee oder der 2. Pz.Armee, sondern um Alles."[227] Nicht nur Bock, auch seine Unterführer wussten kaum mehr Rat und schwankten hin und her. So plädierte Kluge beispielsweise zuerst für ein Halten und „Aussitzen", um sich dann wenige Tage später für ein großzügiges Absetzen auszusprechen[228]. Guderian musste bekennen, dass er selbst nicht wisse, wie aus der „sehr schweren Lage" herauszukommen sei[229]. Die Patentlösung kannte niemand. In dieser Not hofften viele Generale offenbar auf das Glück und das „Genie" des „Führers", womit einmal mehr deutlich wird, welch hohe Reputation der „Dilettant" Hitler damals noch in der Militärelite genoss. Die großen Erfolge der vergangenen Jahre waren noch wirksam, und der Rückschlag im Osten wurde nicht Hitler angelastet. Dagegen war das professionelle Ansehen der Heeresleitung auf einen Tiefstand gesunken. Auch wenn Hitler die Führung des Heeres schließlich selbstherrlich an sich riss, sollte nicht übersehen werden, dass er in der Truppenführung und namentlich auch in unserer Gruppe von manchen Generalen

meeführern", ebd., S. 344. Zur Stimmung Guderians in diesen Tagen vgl. auch das Tagebuch Richthofens, 7. 12. 1941, in: BA-MA, N 671/8, Bl. 144: „Zu *Guderian*. Sehr vertrauensvolle Aussprache. Er ist nur äusserlich hart, sonst dicht am Wasser gebaut. Wollte eigentlich von ihm getröstet werden und musste es nun selber bei ihm tun! Bitter und schwer."

[224] Guderian an seine Frau, 8. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77. Vgl. auch den Brief vom 16. 12. 1941, ebd.: „Die Leute bei OKH und OKW, die die Front nie gesehen haben, können sich keinen Begriff von diesen Zuständen machen. Sie drahten immer nur unausführbare Befehle und lehnen alle Bitten und Anträge ab. Das Gefühl, nicht verstanden zu werden und den Ereignissen nahezu wehrlos ausgeliefert zu sein, ist einfach nervenzerstörend."

[225] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 9. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 69f., über ein Gespräch Kluges mit Greiffenberg. „So geht es nicht weiter. Wie wollen wir denn den Winter überstehen?"

[226] Ebd., Bl. 79 (10. 12. 1941), über ein Ferngespräch Bocks mit Kluge.

[227] Ebd., Bl. 96 (12. 12. 1941), über ein Ferngespräch Bocks mit Guderian.

[228] Ebd., Bl. 79 (10. 12. 1941), Bl. 107 (13. 12. 1941), über Ferngespräche Bocks mit Kluge. Wieder einige Tage später warf Kluge – dem ihm vorübergehend unterstellten – Generaloberst Hoepner vor, „sehr schwarz zu sehen", und befahl ihm „strikt" das Halten einer bestimmten Linie. Vgl. ebd., Bl. 116 (14. 12. 1941), Bl. 123 (15. 12. 1941).

[229] Guderian an seine Frau, 16. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77: „Wie wir wieder herauskommen sollen, weiss ich selbst noch nicht."

als Retter herbeigewünscht wurde. Wie in den Jahren zuvor ging die Usurpation mit der Selbstaufgabe Hand in Hand.

Mitte Dezember 1941 war nicht mehr zu verkennen, dass sowohl das OKH als auch die Oberbefehlshaber des Ostheeres mit ihrem Latein endgültig am Ende waren. Als Brauchitsch auf Druck der Armeeführer am 13. Dezember in Smolensk erschien, musste Bock ihm gestehen, „daß er Vorschläge nicht mehr zu machen habe"[230]. „Die Frage, die jetzt zu entscheiden sei, gehe über das Militärische hinaus. Der Führer muß sich entschließen, ob die Heeresgruppe sich nach vorne schlagen soll auf die Gefahr, daß sie dabei in Trümmer geht, oder ob sie sich absetzen soll, was die gleiche Gefahr in sich birgt." Auch wenn sich Bock trotz aller Bedenken jetzt eher für die zweite Möglichkeit aussprach[231], glich sein Vorstoß dem bloßen Abwälzen einer unangenehmen Entscheidung auf Hitler. Drei Tage später wurde dies noch deutlicher, als der Feldmarschall dem Diktator über dessen Chefadjutanten Rudolf Schmundt mitteilen ließ, dass die Gefahren beim Rückzug ebenso groß seien wie beim Halten, und wörtlich hinzufügte[232]: „Jetzt kann man es sich nur noch an den Knöpfen abzählen, was das Richtige ist." Diese Beratung durch den wichtigsten Befehlshaber im Osten war keine große Entscheidungshilfe. Dieselbe Rat- und Hilflosigkeit zeigte sich auch bei Brauchitsch, der am 15. Dezember „sehr niedergeschlagen" von seinen Gesprächen mit Bock, Guderian und Kluge zurückkehrte[233]. Der Oberbefehlshaber des Heeres sah nun „keinen Ausweg mehr, um das Heer aus der schwierigen Lage zu retten". Die Äußerungen Brauchitschs und Bocks kamen einer Kapitulation vor der Krise gleich.

Angesichts der pessimistischen und entschlusslosen Haltung der militärischen Führer und der Auflösungserscheinungen der deutschen Truppen vor Moskau war der Eingriff Hitlers nur konsequent. Der Diktator besetzte in letzter Minute eine Position, die von den Professionals der Militärelite kaum mehr ausgefüllt wurde. Am 16. Dezember 1941 schaltete er den schon lange herzkranken, physisch wie psychisch überforderten Brauchitsch aus und übernahm persönlich den Oberbefehl über das Heer[234]. Dieser spektakuläre Schritt, der den „Führer" und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht nun auch zum Oberbefehlshaber des Heeres machte, stieß keineswegs auf die einhellige Ablehnung der Generalität, obwohl damit ein Eckpfeiler der Stellung und Kompetenz dieser konservativen Elite

[230] Bock, Kriegstagebuch, S. 349 (13. 12. 1941). Vgl. auch H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 13. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 109, sowie den am 16.12. an Schmundt mitgeteilten Wortlaut der Meldung ebd., Bl. 130 (16. 12. 1941).

[231] Ebd., Bl. 109. Zugleich betonte Bock aber: „Entscheidet er sich für das Absetzen, so muß er wissen, daß es zweifelhaft ist, ob dann hinten ausreichende Kräfte ankommen, um eine neue, nicht vorbereitete und wesentlich kürzere Stellung zu halten. Die wenigen mir zugesagten Verstärkungen kämen so langsam, daß sie eine entscheidende Rolle für diesen Entschluß nicht spielen." Bock, Kriegstagebuch, S. 349.

[232] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 16. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 131. Außerdem betonte er: „Der Führer muß wissen, daß hier absolut ‚*va banque*' gespielt wird."

[233] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 348 (15. 12. 1941).

[234] Der Heeresgruppe Mitte wurde mitgeteilt, „daß der Führer bei den heutigen schwerwiegenden Erörterungen über die Lage an der Front den Oberbefehlshaber des Heeres völlig ausgeschaltet hat und daß Oberst Schmundt während dieser Zeit unmittelbare Verbindung mit der Heeresgruppe Mitte halten werde." Schmundt bestätigte Bock in einem Ferngespräch, dass Hitler „alles selbst in die Hand genommen habe". H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 16. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 129–131. Offiziell wurde Brauchitsch erst am 19. 12. 1941 abgelöst.

herausgebrochen wurde. Die Truppenbefehlshaber an der Ostfront steckten in so großen Problemen, dass der massive Eingriff Hitlers von vielen als letzte Rettungsmöglichkeit angesehen wurde. So hoffte Guderian, dass „schnell und energisch" gehandelt werde und Hitler „mit gewohnter Tatkraft in das verbürokratisierte Räderwerk des Heeres-, Eisenbahn- und sonstigen Maschinen [!] eingreift"[235]. Reinhardt wünschte sich „Klarheit" und begrüßte daher zunächst sogar Hitlers „Haltebefehl"[236]. Andere blieben skeptisch, ohne den Wechsel an der Spitze des Heeres jedoch grundsätzlich zu kritisieren[237]. Nur die wenigsten lehnten wie Hoepner die „Machtergreifung" Hitlers im militärischen Kommandobereich von vornherein ab[238].

Die Hoffnung auf eine starke Hand war das eine, das Erschrecken über die Rigorosität Hitlers dann das andere. Der Diktator hatte nach der Rückkehr seines Adjutanten Schmundt von der Moskauer Front am 14. Dezember die große Gefahr für die gesamte deutsche Kriegführung endlich erkannt und sofort Gegenmaßnahmen eingeleitet, indem er den Transport weiterer Verbände aus dem Westen und aus dem Ersatzheer an die Ostfront befahl[239]. Zugleich kam er zur Überzeugung, dass nur ein bedingungsloses Halten die wankende Front der Heeresgruppe Mitte bis zum Eintreffen dieser Reserven retten könne. Bereits am 15. Dezember formulierte er einen ersten, noch relativ moderaten „Haltebefehl", der dem Heeresgruppenkommando am folgenden Tag mitgeteilt wurde[240]. In der Nacht zum 17. Dezember erläuterte er Generalfeldmarschall v. Bock telefonisch seinen Standpunkt und wandte sich deutlich gegen ein Zurückgehen in eine unvorbereitete Stellung unter Zurücklassung des schweren Materials[241]: „In einigen Tagen stünde man vor derselben Situation wie jetzt, aber ohne schwere Waffen und Artillerie. *Es gäbe in dieser Lage nur einen Entschluß und der sei, keinen Schritt zurückzugehen, die Lücken zu stopfen und zu halten.*" Auf Bocks Hinweis, „daß die Heeresgruppenfront stündlich irgendwo zerreissen könne", erwiderte Hitler: „Dies muß ich dann in Kauf nehmen." Zugleich ließ er seinen „Haltebefehl" in schärferer Form auch schriftlich fixieren und am 18. Dezember dem Ostheer überstellen[242]: „Größere Ausweichbewegungen können nicht durchgeführt werden. Sie führen zum völligen Verlust von schweren Waffen und Gerät. Unter persönlichem Einsatz der Befehlshaber, Kommandeure und Offiziere ist

[235] Guderian an seine Frau, 16. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77.

[236] Tagebuch Reinhardts, 17. 12. 1941, in: BA-MA, N 245/3, Bl. 18: „Endlich Führerbefehl zur Klarheit!"

[237] Heinrici an seine Frau, 20. 12. 1941, in: Hürter, General, S. 130: „Heute hat Brauchitsch sein Amt als Oberbefehlshaber niedergelegt, der Führer es selbst übernommen. Auch er wird wohl nicht in der Lage sein, die Dinge zu wenden."

[238] Hoepner an seine Frau, 20. 12. 1941, in: Bücheler, Hoepner, S. 163: „Brauchitsch hat sich entheben lassen. A.H. hat OKH selbst übernehmen. Für Rundstedt ist Reichenau, für Bock Kluge eingesetzt. Das sind traurige Zeichen."

[239] Reinhardt, Wende, S. 220f.

[240] Befehl des OKW (WFSt, Abt. L, Nr. 442174/41 g.Kdos.Chefs.), Berlin 15. 12. 1941, in: KTB/OKW, Bd. 1, S. 1083; H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 16. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 129.

[241] Ebd., Bl. 132f.; Bock, Kriegstagebuch, S. 354 (16. 12. 1941).

[242] OKH (Gen.St.d.H., Op.Abt. III, Nr. 1736/41 g.Kdos.Chefs.) an H.Gr.Kdo. Mitte, 18. 12. 1941, in: KTB/OKW, Bd. 1, S. 1084f. „Nur durch eine derartige Kampfführung ist der Zeitgewinn zu erzielen, der notwendig ist, um die Verstärkungen aus der Heimat und dem Westen heranzuführen, die ich befohlen habe. Erst wenn Reserven in rückwärtigen Sehnenstellungen eingetroffen sind, kann daran gedacht werden, sich in diese Stellung abzusetzen."

die Truppe zum fanatischen Widerstand in ihren Stellungen zu zwingen, ohne Rücksicht auf durchgebrochenen Feind in Flanke und Rücken."

Damit hatte Hitler dem Abwehrkampf des Ostheeres eine klare Richtlinie gegeben, an die er in den nächsten Wochen mehrmals in aller Deutlichkeit erinnerte[243]. Der „Führer" beharrte nun starr auf der Umsetzung seines Entschlusses, so dass die Konflikte mit den Oberbefehlshabern an der Front vorprogrammiert waren. Entgegen allen Legenden der Nachkriegszeit widersprachen aber zunächst weder das Einschreiten Hitlers noch sein Befehl zum Halten grundsätzlich den Erwartungen der Truppenführung. Dem OKH war in der ersten Dezemberhälfte mit Recht Führungsschwäche und Konzeptionslosigkeit vorgeworfen worden, während Hitler nun energisch die bisher ausstehenden großen Entschlüsse fasste. Er entschied sich dabei für eine Option, die mit denselben Argumenten auch von einigen Frontbefehlshabern bereits erwogen worden war, am nachhaltigsten vom Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte. Diese Entscheidung war in einem Moment, als die deutschen Verbände vor Moskau teilweise haltlos und unkoordiniert zurückwichen oder überrannt wurden, wohl die einzig richtige. Sie brachte Ordnung in die Verteidigung und verhinderte, auch psychologisch, den völligen Zusammenbruch der Heeresgruppe. Allerdings hatten die Bedingungslosigkeit und der Fanatismus des „Haltebefehls" mittelfristig auch negative Folgen, da sie das flexible Reagieren auf örtliche Entwicklungen erschwerten. Eine nicht durch die ständigen Bevormundungen Hitlers gehemmte, bewegliche Verteidigung hätte der Truppe vermutlich manches Opfer erspart. Tatsache bleibt aber, dass die katastrophale Lage des Ostheeres vor Moskau Mitte Dezember 1941 eine klare Führung wie auch eine definitive Entscheidung im Großen erforderte. Hierzu waren offensichtlich weder die Heeresleitung unter Brauchitsch und Halder noch das Heeresgruppenkommando Mitte unter Bock imstande.

Dass Fedor v. Bock am 16. Dezember 1941 aus gesundheitlichen Gründen um seine Ablösung bat[244], war keineswegs ein Protest gegen den Kurs des Diktators. Nach seinem Gespräch mit Hitler gab Bock sofort zwei „scharfe Befehle" an seine Verbände aus, „einer, der unbedingtes Halten, ein anderer, der rücksichtsloses Heranziehen alles dessen, was noch hinter der Front herumwimmelt", forderte[245]. Auch den verschärften „Haltebefehl" Hitlers vom 18. Dezember reichte er sofort und ohne Kritik an die Armeen und Panzergruppen weiter[246]. Als Hoepner ihn

[243] Vgl. etwa die Befehle Hitlers in: OKW (WFSt, Abt. L, Nr. 442217/41 g.Kdos.Chefs.) an OKH, 21. 12. 1941, ebd., S. 1085 f.: „Halten und kämpfen bis zum Äußersten. Keinen Schritt freiwillig zurückgehen." Befehl Keitels (OKW/WFSt, Abt. L, Nr. 442277/41 g.Kdos.Chefs.), 26. 12. 1941, ebd., S. 1086 f.: „In der *Verteidigung* ist um jeden Fußbreit Boden mit letztem Einsatz zu kämpfen."

[244] Bock, Kriegstagebuch, S. 353 (16. 12. 1941). Bereits am 13. 12. 1941 hatte er Brauchitsch gebeten, an einen Ersatz für ihn zu denken, da er „körperlich so herunter" sei, ebd., S. 349. Bock legte aber großen Wert darauf, dass ihm dies nicht als „Fahnenflucht" angelastet werde, vgl. vor allem sein Gespräch mit Schmundt am 17. 12. 1941, ebd., S. 355. Die Meldung bei Hitler am 22. 12. 1941 verlief dann „sehr freundlich", ebd., S. 357. Bock fasste dabei nochmals die Gründe für seine Ablösung zusammen: „Die ‚Russenkrankheit' in Verbindung mit einer gewissen Überanstrengung hat mich so heruntergebracht, daß ich befürchten mußte, in der Führung zu versagen." Zugleich bat er den Diktator um Wiederverwendung, sobald er „wieder in Ordnung" sei. Von einem Dissens oder gar Zerwürfnis zwischen Hitler und Bock konnte keine Rede sein.

[245] Ebd., S. 354 (17. 12. 1941).

[246] Ebd., S. 355 (18. 12. 1941).

daraufhin nachhaltig auf die Schwäche seiner Kräfte verwies, erwiderte Bock, „daß der *Führerbefehl unter allen Umständen auszuführen ist*, und schließt das Gespräch mit den Worten: ‚Halten Sie den Leuten die Faust in den Rücken!'"[247] Obwohl der Diktator in Bock alles andere als einen Widerpart befürchten musste, nutzte er die Gelegenheit, den durch die Strapazen der letzten Monate angeschlagenen Oberbefehlshaber durch eine weniger verbrauchte Persönlichkeit zu ersetzen. Am 19. Dezember übergab Bock den Oberbefehl an Generalfeldmarschall Günther v. Kluge, den er offenbar selbst empfohlen hatte[248], und trat einen Krankenurlaub an. Damit wurde einer der für diese militärische Krise vorrangig verantwortlichen Generale abgelöst. Dass sich Bock von seinem Stab mit der Bitte verabschiedete, „fest und zuversichtlich zu bleiben, weil ich glaube, das Ende der gegenwärtigen ‚Dreckperiode' abzusehen", war mehr als Zweckoptimismus, denn zugleich notierte er in sein Tagebuch[249]: „Allzuviel Kräfte hat der Russe kaum noch übrig." Nicht zuletzt diese realitätsfremde Haltung war es, die das Ostheer in die geradezu hilflose Lage vor Moskau hineinmanövriert hatte. Hitler dankte ihm seine Verdienste und Loyalität, indem er den Feldmarschall als einzigen der im Winter 1941/42 abgelösten Oberbefehlshaber schon sehr bald wieder im Osten verwendete und am 16. Januar 1942 an die Spitze der Heeresgruppe Süd stellte.

Die anderen Oberbefehlshaber vor Moskau nahmen Hitlers Befehl zum starren Halten nicht so bereitwillig hin wie Bock, am wenigsten Generaloberst Heinz Guderian, dem in diesen Tagen neben der 2. Panzerarmee vorübergehend auch die 2. Armee (Schmidt) unterstellt war. Zwar stand der moderne Panzergeneral Guderian dem Diktator sowie der NS-Ideologie näher als der erzkonservative preußische Gardeoffizier Bock und begrüßte die Übernahme der Heeresleitung durch Hitler, doch hatte er durch die weit nach vorne verlegte Führung der motorisierten Truppen einen ungleich direkteren Zugang zu den Realitäten der Front[250]. Während Hitler mit seinen Beratern in Berlin oder Ostpreußen und Bock in Smolensk weit hinter der Hauptkampflinie in festen Quartieren saßen, wurden die Armeeoberbefehlshaber auf ihren Frontfahrten unmittelbar mit den katastrophalen Witterungs- und Kampfbedingungen vor Ort konfrontiert. Dies war ein Grund für die unterschiedliche militärische Lagebeurteilung. Es war für Guderian, der hinter die Oka ausweichen wollte, eine Enttäuschung, als Hitler ihm noch in der Nacht zum 17. Dezember am Fernsprecher befahl, seinen weit vorgeschobenen Abschnitt „unter allen Umständen" zu halten[251]. Fast noch unerträglicher musste

[247] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 18. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 143.

[248] Bock, Kriegstagebuch, S. 355 (17. 12. 1941), über ein Ferngespräch mit Brauchitsch: „Mit einer kurzen Erörterung der Frage meines Ersatzes schließt das in freundlichster Form verlaufende Gespräch." Kluge sollte bei der 4. Armee zunächst von Reinhardt vertreten werden, der aber wegen der schlechten Wetterverhältnisse nicht durchkam. Erst am 26. 12. 1941 konnte General der Gebirgstruppe Ludwig Kübler den Oberbefehl über die 4. Armee übernehmen.

[249] Ebd., S. 356 (19. 12. 1941).

[250] Guderian mokierte sich noch in seinen Erinnerungen, S. 235, über die Frage Bocks: „‚Wo haben sie eigentlich Ihren Gefechtsstand?' Er glaubte mich wohl in Orel, zu weit von den Ereignissen entfernt. Aber diesen Fehler haben Panzergenerale nie begangen. Ich stand den Ereignissen nahe genug, und meinen Soldaten auch, um sie zutreffend beurteilen zu können."

[251] Pz.AOK 2, KTB Ia, 17. 12. 1941, in: BA-MA, RH 21–2/244. Noch wenige Stunden zuvor hatte er die militärischen Zentraldienststellen scharf kritisiert und auf die „gewohnte Tatkraft" Hitlers gehofft. Guderian an seine Frau, 16. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77. Vgl. auch Guderian, Erinnerungen, S. 238f. Die Enttäuschung des Armeeoberkommandos über den Entschluss Hitlers kam

dem selbstbewussten General sein, dass Bock kurz darauf „jedes Absetzen von Div[isions-]Verbänden an aufwärts seiner persönlichen Genehmigung" unterwarf[252]. Guderian antwortete mit der Forderung nach „voller Entschlußfreiheit" und fügte hinzu[253]: „Er wird den Auftrag des Führers so ausführen, daß von der Panzerarmee so viel wie möglich erhalten bleibt. Es wird kein Gelände gehalten werden, wenn dadurch die Truppe Gefahr liefe, zerschlagen zu werden." Als am 18. Dezember der verschärfte „Haltebefehl" eintraf, wurde Guderian noch deutlicher[254]: „Ich bin bereit diese Befehle entgegenzunehmen und zu den Akten zu legen. Weiter gebe ich sie nicht, selbst auf die Gefahr hin, daß ich vor ein Kriegsgericht gestellt werde. Ich will mir in meiner Laufbahn wenigstens noch einen guten Abschluß sichern. Lieber werde ich dann schon fallen."

Diese Einstellung kam einer Befehlsverweigerung aus Gewissensgründen gleich. In diesem dramatischen Moment des Ostfeldzugs fand wenigstens ein hoher Truppenbefehlshaber endlich den Mut, sich eindeutig gegen die Befehle der obersten Führung zu wenden – ein verantwortungsbewusstes Handeln, wie man es sich schon vorher und nicht nur bei rein militärischen Fragen gewünscht hätte. Guderian hoffte noch, Hitler in einem persönlichen Vortrag von seinen Argumenten gegen ein starres Halten zu überzeugen. Doch der Diktator hatte inzwischen seinen Entschluss weiter zementiert und ließ die Truppenführung wissen, dass er jede „Handlungsfreiheit für ein notwendig erscheinendes örtliches Absetzen voll abgelehnt" habe[255]. So waren die Voraussetzungen denkbar schlecht, als Guderian am 20. Dezember 1941 in das „Führerhauptquartier" flog, um bei Hitler das Ausweichen seiner aus der 2. Panzerarmee und der 2. Armee bestehenden „Armeegruppe" in die Oka-Stellung durchzusetzen[256]. Noch schlechter wurden sie, weil Guderian so unklug war, auf eine vorherige Abstimmung mit seinem vorgesetzten Heeresgruppen-Oberbefehlshaber v. Kluge zu verzichten. Der Gegensatz zwischen diesen beiden Generalen wirkte sich verhängnisvoll aus, denn der Vorstoß Guderians bei Hitler war von richtungweisender Bedeutung für das Verhältnis zwischen dem neuen Oberbefehlshaber des Heeres und der Truppenführung im Osten. Unmittelbar nachdem der Diktator die Heeresleitung übernommen hatte, wagte es ein besonders renommierter Armeeführer, die Allmacht des selbster-

auch im Tagebuch Liebensteins, des Generalstabschefs, zum Ausdruck, 17. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77: „Der Befehl des Führers zum Halten und das Verbieten von Ausweichbewegungen entspricht in keiner Weise der tatsächlichen Lage, da dieser Befehl nicht ausführbar ist."

[252] Pz.AOK 2, KTB Ia, 17. 12. 1941, in: BA-MA, RH 21-2/244.

[253] Ebd., über ein Gespräch Guderians mit Greiffenberg (Chef Heeresgruppe Mitte). Dass es Guderian auch auf eine grundsätzliche Klärung seiner Kompetenz ankam, betonte er in der Nacht zum 18. 12. 1941 in einem weiteren Telefonat mit Greiffenberg, ebd.: „Ich brauche volle Handlungsfreiheit und kann nicht fragen, ob ich eine Div[ision] bewegen kann."

[254] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 19. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 147, über ein Ferngespräch Guderians mit Greiffenberg. *„Die Lage ist jetzt so ernst, wie es sich keiner vorstellen kann.* Wenn nicht umgehend etwas geschieht, passiert eine Sache, wie es die Deutsche Wehrmacht noch nicht erlebt hat."

[255] Ebd., Bl. 155 (20. 12. 1941), über ein Ferngespräch Halders mit Kluge: „Der Führer hat erneut grundsätzlich entschieden, daß ihm ein Aufgeben von Stellungen und ein Ausweichen nicht richtig erscheint, da es rückwärts nicht besser sei als vorn."

[256] Dieses Treffen hatte offenbar der General der Flieger Wolfram Frhr. v. Richthofen vermittelt, vgl. das Tagebuch Richthofens, 19. 12. 1941, in: BA-MA, N 671/8, Bl. 159: „Guderian zum Führer befohlen. Ich hatte das über R[eichs]M[arschall] [Göring] auf Wunsch Guderians eingefädelt, und Führer nochmals selber als notwendig nahegelegt."

nannten Feldherrn in gewisse fachliche Schranken zu weisen. Es ging nicht nur um die „Armeegruppe Guderian", sondern prinzipiell um die Eigenständigkeit der Truppenbefehlshaber in diesem Feldzug. Starke Rückendeckung war dringend nötig, um in dieser Auseinandersetzung zu bestehen.

Doch weder Kluge noch Halder stärkten Guderian den Rücken. Der Abend des 20. Dezember 1941 war symptomatisch für den fehlenden Zusammenhalt der höchsten Heeresgeneralität, die sich nach wie vor zu einem geschlossenen Handeln unfähig zeigte. Kluge hatte sich, noch als Armeeoberbefehlshaber, einige Tage zuvor für ein Ausweichen seiner 4. Armee ausgesprochen und warnte auch jetzt als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte davor, „daß die Ereignisse unter Umständen stärker sind als der Wille, der diesen entgegengesetzt werde"[257]. Doch war er über die Eigenmächtigkeiten Guderians äußerst verstimmt und nicht gewillt, sich in seiner neuen Stellung umgehen zu lassen. Er fand in Halder, der sich nach dem Abgang Brauchitschs bereitwillig in die Rolle des Erfüllungsgehilfen der Hitlerschen Haltedoktrin gefügt hatte[258], einen Bundesgenossen. Kluge wandte sich in mehreren Telefonaten mit Halder und Schmundt deutlich gegen die Guderian unterstellte Absicht, dass er „vorn gar nicht halten wolle, sondern alles auf ein Absetzen hinter die Oka abgestellt sei"[259]. Dabei warf er Guderian sogar vor, „die Nerven verloren" zu haben[260] und „z.Zt. so pessimistisch" zu sein, „daß er eigentlich gar nicht mehr führen könne"[261]. Er bat Halder, sofort bei Hitler gegen Guderian vorstellig zu werden, was diesem unmittelbar vor oder kurz nach Beginn der Besprechung auch gelang[262]. Es war bezeichnend für die widersprüchliche, ja intrigante Haltung Kluges, dass er sich zur selben Zeit, als er massiv gegen seinen selbstbewussten Unterführer arbeitete, gegen ein „Halten um jeden Preis" aussprach[263]. Es ging weniger um die Sache als um die Konkurrenz zweier ehrgeiziger Generale.

Guderian gewann in der mehrstündigen „dramatischen Unterredung"[264] mit Hitler den richtigen Eindruck, „daß er von anderer Seite gegen mich voreinge-

[257] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 20. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 155.

[258] Dazu Hartmann, Halder, S. 302–311. Der Generalstabschef des Heeres zeigte sich weiterhin erstaunlich optimistisch. So äußerte er etwa am 21. 12. 1941 in einem Ferngespräch mit Greiffenberg die Ansicht, „daß, wenn überall durchgehalten würde, in 14 Tagen alles vorbei sei. Der Gegner könne diese frontalen Angriffe nicht dauernd fortführen. Man würde sich die größten Vorwürfe machen müssen, wenn man unter Umständen zu früh und umsonst ausweiche." H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 21. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 172.

[259] Ebd., Bl. 159 (20. 12. 1941), über ein Ferngespräch Kluges mit Halder. Vgl. ebd., Bl. 157–165, über die verschiedenen Ferngespräche am späten Nachmittag und Abend des 20. 12. 1941.

[260] Ebd., Bl. 159.

[261] Ebd., Bl. 161, über ein Ferngespräch Kluges mit Schmundt.

[262] Kluge schlug Halder um 18.00 Uhr vor, dass er „die Absichten des Gen.-Oberst Guderian, solange dieser beim Führer ist, dem Führer meldet" (ebd., Bl. 159). Bereits um 18.20 Uhr kam Halder zu dieser Meldung (ebd., Bl. 160), offenbar während der Besprechung Hitlers mit Guderian, die nach Guderian, Erinnerungen, S. 240, „gegen 18 Uhr" begann. Vgl. auch Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 361 (20. 12. 1941).

[263] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 20. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 160, über ein Ferngespräch Kluges mit Schmundt. Dagegen wandte er sich gegen einen „regelrechten Rückzug" der Verbände Guderians, übersah dabei aber, dass das teilweise bereits eingeleitete abschnittsweise Ausweichen auf die Oka-Linie noch keinen großen oder gar ungeordneten Rückzug bedeutete. Hitler schloss sich Kluges Haltung an, dass „das Schicksal des Heeres durch das Zurückgehen der 2. Armee und 2. Pz.Armee nicht aufs Spiel" gesetzt werden dürfe (Schmundt über die Auffassung Hitlers, ebd.).

[264] Ebd., Bl. 162, über ein Ferngespräch Halders mit Kluge.

nommen sei"[265]. Der Diktator lehnte alle Anträge des Panzergenerals schroff ab und befahl kategorisch, sich in der „erreichten Linie zu verteidigen und keinen qkm Boden aufzugeben"[266]. Außerdem warf er Guderian vor, den Ereignissen zu nahe zu stehen und zu großes Mitleid mit seinen Soldaten zu haben[267]: „Sie sollten sich mehr absetzen. Glauben Sie mir, aus der Entfernung sieht man die Dinge schärfer." Damit war Guderians Versuch, Hitler durch sein persönliches Einwirken frühzeitig vom „Haltebefehl" abzubringen, vollkommen gescheitert – nicht zuletzt wegen der unsolidarischen Gegenaktion Kluges und Halders. Obwohl seine Position deutlich geschwächt war und er „schwer enttäuscht" an die Front zurückkehrte[268], ließ sich Guderian nicht beirren. Er war keineswegs gewillt, vor jeder noch so notwendigen Ausweichbewegung seiner Armee wertvolle Zeit zu verlieren und auf die Genehmigung Kluges oder Hitlers zu warten. Weitere heftige Auseinandersetzungen waren unvermeidbar. Auch wenn der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe ein Halten um jeden Preis ablehnte, wollte er sich die Eigenständigkeit dieses Armeeführers nicht bieten lassen und fand erneut die Unterstützung Halders[269]. Der Ton zwischen den beiden Oberbefehlshabern wurde immer gereizter[270]. Am 25. Dezember eskalierte der Gegensatz, nachdem Guderian das XXXXVII. Panzerkorps entgegen den Befehlen Kluges hinter Čern zurückgenommen hatte. Daraufhin zur Rede gestellt, betonte Guderian selbstbewusst[271]: „Ich führe meine Armee unter diesen ungewöhnlichen Umständen so, wie ich es vor meinem Gewissen verantworten kann." Kluge war empört und forderte jetzt kategorisch die Ablösung Guderians[272]: „Entweder er oder ich. [...] In dieser Lage kann ich die Befehle des Führers nur dann vermitteln und durchsetzen, wenn ich mich auf meine Armeeführer verlassen kann." Noch in der Nacht zum 26. Dezember folgte die Enthebung Guderians durch Hitler, die der neben Reichenau

[265] Guderian, Erinnerungen, S. 240. Vgl. ebd., S. 240–243, über die Unterredung mit Hitler.

[266] Pz.AOK 2, KTB Ia, 21. 12. 1941, in: BA-MA, RH 21–2/244. Nach Guderian, Erinnerungen, S. 241, verwies Hitler dabei an das „Einkrallen in den Boden" und das Sprengen von Trichterstellungen im Ersten Weltkrieg. Vgl. auch das Tagebuch Liebensteins, 21. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77: „Führer erinnert an Somme und Verdun! Auf die Mitteilung des Ob., dass wegen gefrorenen Bodens keine Stellungen ausgehoben werden könnten, wurde ihm die Antwort zu teil: dann sollen wir mit schweren Haubitzen oder Mörser Trichter in den Boden schiessen und Schützengrabenöfchen drinnen aufstellen."

[267] Guderian, Erinnerungen, S. 242.

[268] Praun, Soldat, S. 155.

[269] Als Kluge ihm am 24. 12. 1941 von einem weiteren Ausweichen der 2. Panzerarmee berichtete, ereiferte sich Halder, „man müsse Gen.-Oberst Guderian, dessen ganzes Bestreben es sei, sich hinter den Suscha-Oka-Abschnitt zurückzuziehen, den er auch nicht halten wolle, ‚vor ein Kriegsgericht stellen'." H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 23. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 194.

[270] Vgl. schon ihr Ferngespräch am 24. 12. 1941, ebd., Bl. 196f., in dem Kluge feststellte, „daß in der Beurteilung der Lage und der zu treffenden Maßnahmen zwischen *Gen.-Oberst Guderian* und ihm sowie dem Führer eine grundsätzliche Verschiedenartigkeit der Auffassung bestehe, was auf die Dauer nicht tragbar sei", während Guderian erstmals um Enthebung von seinem Posten bat und betonte, er habe „nichts dagegen einzuwenden, wenn man ihn vor ein Kriegsgericht stellen würde".

[271] Ebd., Bl. 205 (25. 12. 1941), über das Ferngespräch Kluges mit Guderian, der außerdem erneut um seine Ablösung bat.

[272] Ebd., Bl. 206 (25. 12. 1941), über das unmittelbar anschließende Ferngespräch Kluges mit Halder. „Ich habe die größte Achtung vor Gen.-Oberst Guderian und er ist ein phantastischer Führer, aber er gehorcht nicht." Halder versprach, Hitler sofort Meldung zu machen.

wohl eigenwilligste Oberbefehlshaber des Ostheeres inzwischen selbst beantragt hatte[273].

Mit der Kaltstellung Guderians wurde ein Präzedenzfall von richtungweisender Bedeutung geschaffen. Das Signal war klar: Die Kommandeure, die sich nicht bedingungslos der Haltedoktrin Hitlers sowie dem OKH und dem Heeresgruppenkommando unterordneten, sondern auf die traditionelle Eigenständigkeit des oberen Führers beharrten, wurden nach Hause geschickt. Kluge hatte durch sein Vorgehen gegen Guderian die Position der Truppenführung insgesamt geschwächt, denn über die Fragwürdigkeit starren Haltens waren sich die vor Moskau eingesetzten Armee- und Panzergruppenführer einig. Generaloberst Erich Hoepner etwa fürchtete, dass mit dem Verbot von Ausweichbewegungen das „Todesurteil" für seine Panzergruppe 4 gesprochen sei[274], und formulierte seine Bedenken in einer sehr klaren Aktennotiz[275]: „Der ‚fanatische Wille' allein macht es nicht. Der Wille ist da. Die Kraft fehlt." Vor allem bestand er wie Guderian auf „eine gewisse Freiheit in der Führung". „Man muß sehr oft schnell handeln, um einen kleinen Rückschlag wieder gut zu machen oder einen größeren zu verhindern. Ich übersehe die vorhandenen Mittel dazu und die Möglichkeit ihres Einsatzes besser als eine Dienststelle, die 1000 km hinter der Front sitzt." Hoepner beschwor das Heeresgruppenkommando am 21. Dezember[276]: „Der geforderte fanatische Widerstand führt zum Opfer einer wehrlosen Truppe." Besonders die bisher so erfolgreichen Panzergenerale besaßen das Selbstbewusstsein, ihre Kritik an der Führung Hitlers offensiv zu vertreten, während etwa der Oberbefehlshaber

[273] Ebd., Bl. 210 (25. 10. 1941). Zuvor hatte Hitler um 23.10 Uhr Kluge persönlich mitgeteilt, „daß er in der Angelegenheit Gen.-Oberst Guderian das Notwendige veranlassen wird". Guderian wurde mit sofortiger Wirkung in die Führer-Reserve des OKH nach Berlin versetzt. Vgl. auch Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 3, S. 146 (20. 1. 1942): „Der Führer erklärt mir jetzt auch, warum er Guderian abberufen hat. Guderian hat einem Befehl nicht gehorcht, hat es besser wissen wollen als seine vorgesetzte Dienststelle, und der Führer steht auf dem Standpunkt, der meines Erachtens ganz richtig ist, daß in einer Krise Gehorsam das oberste Gesetz ist." Noch Jahre später empörte sich Hitler über das Verhalten Guderians, vgl. ebd., Teil II, Bd. 15, S. 648f. (31. 3. 1945): „Guderian habe kein konsolidiertes Temperament. Er verliere die Nerven. Das habe er sowohl im Westen wie im Osten als Truppenführer gezeigt. Im Osten habe er sich im kritischen Winter 1941/42 einfach auf eigene Faust auf den Rückzug begeben und damit die ganze Front ins Wanken gebracht. Erst als Guderian zurückging, hätten auch Küchler [muss heißen: Kluge] und Höppner den Rückzug angetreten. Infolgedessen sei die große Krise im Osten im Winter 1941/42 auf das Schuldkonto von Guderian zu schreiben. Die Heeresgeneralität hat damals völlig die Nerven verloren. Sie stand zum ersten Mal vor einer Kriegskrise, während sie bis dahin nur Siege erfochten hatte, und nun war sie gleich entschlossen, bis an die Reichsgrenze zurückzugehen. [...] Wäre das getan worden, so wäre schon im Winter 1941/42 wahrscheinlich der Krieg zu Ende gegangen."

[274] Hoepner an seine Frau, 17. 12. 1941, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 98f. Er haderte außerdem sehr mit dem „Spielerleichtsinn", der zu dieser schlechten Lage geführt habe. „Die Unterschätzung des Gegners und der Winterschwierigkeiten kann zum Verhängnis werden." Vgl. auch die Aufzeichnung Hoepners „Das Mißlingen der Operation auf Moskau", 19./21. 12. 1941, in: BA-MA, RH 21–4/60, in der er vor allem das OKH (Halder), das Heeresgruppenkommando Mitte (Bock) und das Armeeoberkommando 4 (Kluge) kritisierte.

[275] Aktennotiz Hoepners „Zu Gedanken des Führers zu Weisung vom 20.12.", 24. 12. 1941, ebd.: „Der Durchbruch führt in den Rücken der Truppe und nimmt ihr die Versorgung. Das ist entscheidend. Das Aushalten in einer Stellung ist abhängig von ihrer Stärke und Versorgung. Nirgends ist eine ‚Stellung' ausgebaut worden. [...] Die Versorgung war immer ungenügend: Der hungernde und frierende Soldat kämpft schlecht, arbeitet noch weniger." Daher forderte Hoepner „eine gute, schnelle und regelmäßige Versorgung und Ersatz an Menschen".

[276] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 21. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 174.

der 9. Armee, Generaloberst Adolf Strauß, trotz seiner Vorbehalte vor einer offenen Konfrontation zurückschreckte[277].

Noch deutlicher als Hoepner wehrte sich zunächst ein anderer Panzergeneral gegen die Doktrin des starren Haltens: General der Panzertruppe Rudolf Schmidt, der vorübergehend für den erkrankten Weichs die 2. Armee führte. Sein Fall ist besonders interessant, da seine Armee ein Teil der nur kurze Zeit bestehenden „Armeegruppe" Guderians war, mit dem er völlig übereinstimmte. Dennoch wurde er ganz anders behandelt als dieser, ja avancierte sogar zu dessen Nachfolger. Schmidt legte dem Heeresgruppenkommando am 21. Dezember 1941 eine Stellungnahme zu Hitlers „Haltebefehl" vor, die an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig ließ[278]: „Starr durchgeführt, führt [...] der Befehl zu ganz großen Gefahren. Wir stehen in dünnster Front, Reserven fehlen. Der Russe ist überlegen." Er warnte nachdrücklich vor der „Vernichtung der Armee vor Herankommen der in Aussicht stehenden Reserven", wies „im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung" auf die Folgen „einer starren und wörtlichen Durchführung des Führerbefehls" hin und bat, den Befehl flexibel auslegen zu dürfen. Doch beließ er es nicht bei bloßen Worten. Als sich die Lage seiner schwachen, nur aus acht Divisionen bestehenden Armee zuspitzte, entschloss sich Schmidt am 24. Dezember, die umkämpfte Stadt Livny auf eigene Verantwortung und ohne höhere Genehmigung zu räumen[279]. Einen Tag darauf befahl er „im Einverständnis mit Generaloberst Guderian" auch dem XXXXVIII. Panzerkorps das Ausweichen[280]. Auf den Hinweis Kluges, „daß auf Grund des Führerbefehls zunächst unter allen Umständen gehalten werden müsse", antwortete er, „ein solcher Befehl komme zu spät. Er muß zurück."[281] Anders als im Fall Guderians nahm Kluge das nicht weniger befehlswidrige Verhalten Schmidts hin. Diese maßvolle Reaktion wird dazu beigetragen haben, dass auch Hitler und Halder nicht gegen ihn vorgingen. Stattdessen wurde Schmidt am 26. Dezember anstelle Guderians mit der Führung der 2. Panzerarmee betraut[282]. Sein Beispiel zeigt, dass ein selbständiges Handeln der Armeeoberbefehlshaber selbst in diesen Wochen noch möglich war, wenn die Truppenführung an einem Strang zog, anstatt ihre Position durch Zwietracht und gegenseitiges Anschwärzen zu schwächen.

Dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte fiel in diesen Wochen der drohenden Katastrophe vor Moskau eine Schlüsselrolle zu. Generalfeldmarschall Günther v. Kluge gehörte gewiss zu den fähigsten und zugleich widersprüchlichsten Vertretern der an Fähigkeiten und Widersprüchen reichen Generalselite der

[277] AOK 9, KTB Ia, 21. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20-9/13: Auch Strauß hielt das langsame Zurückgehen auf eine rückwärtige Stellung für die „einzig richtige Lösung", nahm aber die Forderung Hitlers, die gegenwärtige Linie zu halten, widerspruchslos hin und gab einen entsprechenden „klaren Armeebefehl".

[278] AOK 2, KTB Ia, 21. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20-2/257.

[279] Ebd., 24. 12. 1941; H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 24. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 193.

[280] AOK 2, KTB Ia, 25. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20-2/257.

[281] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 25. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 203, über ein Ferngespräch Kluges mit Schmidt. Zuvor hatte Greiffenberg ihn ermahnt, dass die Zurücknahme erst bei Hitler beantragt werden müsse, worauf Schmidt erwiderte, „daß er unter dem Zwang der Verhältnisse keine andere Wahl habe und den Befehl zum Ausweichen geben werde" (ebd.).

[282] Zugleich führte er weiterhin die 2. Armee stellvertretend für den erkrankten Weichs, der erst am 15. 1. 1942 auf seinen Posten zurückkehren konnte.

Wehrmacht. Anders als sein Vorgänger Bock, der seit Kriegsbeginn keine andere Perspektive als die des Heeresgruppenführers gewohnt gewesen war, kannte er seit dem Polenfeldzug die Sorgen und die Verantwortung eines Armeeoberbefehlshabers. Mit ihm war erstmals ein kriegserfahrener Armeeführer in die Spitzenposition der Truppenführung aufgestiegen. Entsprechend groß werden die Erwartungen seiner Kameraden gewesen sein, dass sich nun die Anerkennung der Frontrealitäten im Heeresgruppenkommando durchsetzen werde, zumal Kluge noch kurz vor Antritt seines neuen Postens für eine flexible Verteidigung plädiert hatte. Doch am exemplarischen Konflikt mit Guderian zeigte sich sehr schnell, dass er keineswegs bereit war, ein selbständiges Handeln seiner Unterführer gegenüber Hitler und dem OKH zu decken. Kluge wachte empfindlich über seine Autorität als Vorgesetzter mehrerer Armeeoberbefehlshaber. Außerdem war er – wohl mit Recht – von der Notwendigkeit einer zentralen und straffen Führung überzeugt. Sein Führungsstil bestand darin, einerseits mit den zentralen Instanzen um die täglich notwendigen Lockerungen des „Haltebefehls" zu ringen, andererseits aber alle noch nicht revidierten Entschlüsse nach unten durchzusetzen – vermutlich, um dem Diktator keine zusätzliche Angriffsfläche zu bieten. Dass er auf diese Weise die Truppenbefehlshaber zu gehorsamen Funktionären zu degradieren und ihre Selbständigkeit einzuschränken half, nahm er in Kauf. Kluges Taktieren führte zu einigen Enttäuschungen in der Frontgeneralität[283], ohne dass er es damit den obersten Stellen immer recht machen konnte[284]. Auch in der Sache vertrat er einen – wie er es selbst formulierte – „mittleren Standpunkt" zwischen der Forderung eines großzügigen Ausweichens und der Doktrin des „fanatischen" Haltens „bis zum letzten Mann"[285], neigte aber unter dem Druck der Verhältnisse immer mehr dazu, den Zwang zum Zurückweichen anzuerkennen.

Über die Frage Ausweichen oder Halten führte Kluge mit Hitler und dem kaum weniger rigorosen Halder einen langwierigen und zermürbenden Kampf. Immer wieder gelang es ihm nach quälenden Diskussionen, einzelne Rückzugsbewegungen durchzusetzen, doch mindestens ebenso häufig prallte er an der schroffen Polemik des Diktators ab und sah sich schon beim Bewegen von Divisionen in seiner Entscheidungsfreiheit stark behindert. Nach dem Südflügel seiner Heeresgruppe (2. Panzerarmee, 2. Armee) standen Ende Dezember 1941 vor allem das Zentrum (4. Armee) und dann auch der Nordflügel (9. Armee, Panzergruppen 3 und 4) im Brennpunkt des Geschehens. Am 26. Dezember befürchtete Kluge den Zusammenbruch der 4. Armee und forderte ihre Zurücknahme. Als Halder auf die Befehle Hitlers verwies, riss dem Feldmarschall erstmals die Geduld[286]: „Der

[283] Vgl. etwa Heinrici an seine Frau, 11. 1. 1942, in: Hürter, General, S. 138: „Ob die Leute Kluge oder Kübler (unser neuer Armeeführer) heißen, sie haben alle Angst vor der höchsten Stelle. Und die führt nach Schlagworten wie: ‚kein napoleonischer Rückzug', bleibt mit offenen Flanken stehen u. laßt dem Feind Zeit, in aller Ruhe herum zu marschieren und uns von hinten im Rücken anzugreifen."

[284] Vgl. Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 412 (11. 3. 1942): „Kluge lebt nur von Tageseindrücken und denkt nicht voraus; abhängig von seinen willensstarken Armeeführern."

[285] Vgl. H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 25. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 209, über ein Ferngespräch Kluges mit Halder: „Er sei nicht der Ansicht des Gen.-Oberst Guderian, daß schon jetzt zurückgegangen werden müsse. Er sei aber auch nicht der Ansicht des OKH, daß man bis zum letzten Mann halten solle. Er vertrete gewissermaßen den ‚mittleren Standpunkt'."

[286] Ebd., Bl. 212–214 (26. 12. 1941), über ein Ferngespräch Kluges mit Halder. „Bisher sei er mit dem

Führer muß jetzt aus seinem Wolkenkuckucksheim raus und mit beiden Beinen auf die Erde gestellt werden." Zur selben Zeit drohte auch bei der 9. Armee der operative Durchbruch, was den bisher eher zurückhaltenden Generaloberst Strauß veranlasste, nachdrücklicher als zuvor das Absetzen seiner Armee in eine rückwärtige Linie an der Volga zu beantragen[287]. Kluge bestand nach unten auf die strikte Einhaltung des „Führerbefehls"[288] und kämpfte nach oben um eine Genehmigung des Rückzugs der 4. und der 9. Armee, die Hitler am 29. Dezember erneut verweigerte[289]. Auch in den zahlreichen dramatischen Gesprächen der nächsten Tage, in denen sich Kluge der Rabulistik und Polemik des Diktators kaum gewachsen zeigte, gelang es ihm nicht, ein großzügiges Ausweichen beider Armeen und des rechten Flügels der Panzergruppe 4 durchzusetzen[290]. Hitler sah „in einer einmal begonnenen operativen Rückzugsbewegung das Signal zu einem allgemeinen unaufhaltsamen Rückzug", verlangte „Kampf bis zum Letzten, um Zeit zu gewinnen, bis die von rückwärts heranrollenden Reserven eintreffen", und war „lediglich mit örtlichen Berichtigungen unter dem Zwange des Feinddrucks einverstanden"[291]. Während sich Hitlers Haltung mehr und mehr verhärtete, während die Bewegungsfreiheit der Truppenführung immer kleiner wurde, sah Kluge das Ende seiner Heeresgruppe kommen, bat inständig um ein wenig Handlungsfreiheit[292] und wusste schließlich in den „sehr erregten Auseinandersetzungen" mit der obersten Führung „nicht mehr ein noch aus"[293].

Führer der Ansicht gewesen, so lange als möglich zu halten. Bei einem operativen Durchbruch ist dies nicht mehr möglich." Kluge befürchtete vor allem ein gänzliches Abschneiden der Versorgung für die 4. Armee: „Wenn ich nicht zu fressen habe, kann ich nicht mehr kämpfen."

[287] Ebd., Bl. 231 (28. 12. 1941), über Ferngespräche Kluges mit Strauß. Vgl. auch das KTB Ia des AOK 9 aus diesen Tagen, in: BA-MA, RH 20–9/13. Von da an beantragte Strauß täglich den Rückzug in die so genannte Königsberg-Linie.

[288] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 29. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 234: „In allen zwischen dem *G.F.M. v. Kluge* und *Chef/H.Gr.Mitte* mit den Befehlshabern und Chefs der Armeen und Panzergruppen geführten Ferngesprächen über die schwebenden Probleme weist die Heeresgruppe in unzweideutiger Form immer wieder darauf hin, daß keine der vorgeschlagenen Bewegungen ohne ausdrückliche Genehmigung des Führers eingeleitet werden darf."

[289] Ebd., Bl. 234–237, über ein Ferngespräch Hitlers mit Kluge. Immerhin genehmigte er die Räumung Kalugas und andere örtliche Ausweichbewegungen der 4. Armee, forderte aber im Großen beide Armeen weiterhin kategorisch zum Halten auf, u.a. mit dem Argument (Bl. 237): „Sie wissen ganz genau, wie man sich in der Widerstandskraft der Truppe täuschen kann. Ich erinnere an 1914 in Ostpreußen."

[290] Vgl. ebd., Bl. 242–266, über die ausführlichen Ferngespräche Kluges mit Hitler und Halder, der dem Diktator treu assistierte. Das KTB Ia der Heeresgruppe Mitte vom Januar 1942 ist nicht erhalten, für die weiteren Diskussionen vgl. daher Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 371ff.

[291] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 31. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 252f., als Zusammenfassung der Gespräche des Tages. Dagegen warnte Kluge unaufhörlich, „daß die Front der Heeresgruppe in kürzester Frist in Trümmer gehen kann" (ebd., Bl. 253). Der Ersatz war trotz der Versprechungen Hitlers im ganzen Winter ungenügend. Vom 1. 12. 1941 bis zum 31. 3. 1942 erhielt die Heeresgruppe Mitte einen Gesamtersatz von 180400 Mann, hatte aber im selben Zeitraum einen Verlust an Toten, Verwundeten und Vermissten von insgesamt 436900 Mann. Zahlen nach Reinhardt, Wende, S. 232.

[292] Vgl. etwa H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 31. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 263, sein geradezu verzweifelter Appell an Hitler: „Ich bitte um Handlungsfreiheit. Sie müssen mir das Vertrauen schenken, daß ich das Richtige tue. Sonst kann ich nicht arbeiten. Wir wollen ja nicht nur Deutschlands, sondern auch Ihr Bestes."

[293] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 371f. (2. 1. 1942). Nun sprach auch Kluge von einer „Vertrauenskrisis".

Die Stimmung der betroffenen Oberbefehlshaber musste angesichts dieser verzweifelten Lage immer düsterer werden. Der neue Oberbefehlshaber der 4. Armee, General Ludwig Kübler, beschwor die Heeresgruppe, dass seine Divisionen den feindlichen Druck nicht mehr aushalten würden[294]. Noch pessimistischer beurteilte das Oberkommando der 9. Armee die Situation und verstärkte seinen Hilferuf[295]: „Armee droht zerschlagen zu werden." Strauß hielt „ein vernünftiges Absetzen" für die einzige Lösung, denn „ein Stopfen der Durchbruchslücken geht nicht mehr; wir werden bis zum Letzten kämpfen, aber ich bin überzeugt, daß es sinnlos ist."[296] Am 31. Dezember 1941 glaubte er einen selbständigen Entschluss nicht mehr umgehen zu können und gab die ersten Befehle zum Absetzen seiner Armee[297]. Kluge erinnerte sofort an die unveränderte Einstellung Hitlers[298], versuchte aber in der Neujahrsnacht, dem Diktator die Zustimmung zum Rückzug der 9. Armee abzuringen. Dies misslang. Hitler war über das eigenmächtige Handeln von Strauß empört[299]: „Es ist unmöglich, daß eine operative Bewegung eingeleitet wird ohne Genehmigung der Obersten Heeresleitung. Die Truppe müsse jetzt halten, wo sie gerade steht." Im „Führerhauptquartier" verschaffte sich der Ärger Hitlers in „tobenden Szenen" Luft, in denen er dem OKH vorwarf, „die Armee parlamentarisiert zu haben und nicht straff zu führen"[300]. Es ist freilich bemerkenswert, dass Generaloberst Strauß trotz seines „befehlswidrigen" Verhaltens nicht abgelöst wurde[301]. Weder Kluge noch Halder stellten sich gegen seine Person. Offenbar schützte ihn das.

Der Oberbefehlshaber der 4. Panzerarmee, zu der die Panzergruppe 4 am 1. Januar 1942 erhoben worden war, hatte weniger Glück. Generaloberst Hoepner war Ende Dezember 1941 wie der Befehlshaber der ihm zeitweise unterstellten Panzergruppe 3, General Reinhardt, zunächst gegen eine Rücknahme der benachbarten 9. und 4. Armee, da sie von diesen Rückzugsbewegungen negative Auswirkungen auf ihre noch vergleichsweise standfesten Verbände befürchteten[302]. Außerdem kritisierte er das System der Aushilfen bei den Infanteriearmeen und drängte „zu großem Entschluß, ganzen Maßnahmen", d. h. zur Vorbereitung eines

[294] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 30. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 240, über ein Ferngespräch Küblers mit Kluge.

[295] AOK 9, KTB Ia, 30. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20–9/13, über die „übereinstimmende Meinung" der Armeeführung.

[296] Ebd., über ein Ferngespräch von Strauß mit Greiffenberg.

[297] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 31. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 258, über ein Ferngespräch Kluges mit Strauß.

[298] Ebd. Daraufhin fragte Strauß, „ob eine zusammenhängende Linie gehalten oder ob die Armee zersplittert werden solle" (ebd., Bl. 259).

[299] Ebd., Bl. 265. Das entscheidende Ferngespräch Hitlers mit Kluge ebd., Bl. 264–266. Das erneute Votum Hitlers gegen ein Ausweichen, dem sich Halder anschloss (ebd., Bl. 264), löste bei Strauß und seinen Mitarbeitern „Niedergeschlagenheit aus, weil er die vom AOK nach reiflicher Prüfung der Lage als richtig erkannten und bereits angelaufenen Maßnahmen (Absetzen in die K-Stellung) in dem geplanten Umfang verbietet". AOK 9, KTB Ia, 1. 1. 1942, in: BA-MA, RH 20–9/47.

[300] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 372 (2. 1. 1942).

[301] Strauß wurde lediglich von Kluge mitgeteilt, „der Führer sei ungehalten gewesen, weil 9. Armee anscheinend gegen seine Ansicht gehandelt habe". AOK 9, KTB Ia, 2. 1. 1942, in: BA-MA, RH 20–9/47.

[302] Pz.Gr.Kdo. 4, KTB Ia, 29. 12. 1941, in: BA-MA, RH 21–4/50. Hoepner beschwor Kluge und das OKH, „daß bei einem plötzlichen Zurücknehmen der 9. Armee und rechten Flügels der 4. Armee die Lage der Panzergruppen auf das Schwerste gefährdet wird, daß frühzeitiges Befehlen notwendig ist". Reinhardt betonte, seine Truppen könnten „nur zu Fuß" zurückgehen.

geordneten und koordinierten Zurücknehmens der Front bis auf Gžatsk[303]. Hitler erwartete sich aber gerade von diesem energischen Panzerführer ein zähes Festhalten der Verteidigungslinie und übertrug ihm am 3. Januar 1942 den Befehl über das weit vorspringende und stark bedrängte linke Flügelkorps der 4. Armee[304]. Dies erwies sich als Danaergeschenk. Als die Einkesselung des XX. Armeekorps drohte, blieb Hoepner nichts anderes übrig, als dringend den Rückzug zu beantragen[305]. Gegen den Befehl Hitlers konnte Kluge die Genehmigung aber nicht erteilen. Am 8. Januar spitzten sich die Ereignisse zu. Hoepner forderte die sofortige Rücknahme des Korps und empfahl außerdem „auch die Gesamtrücknahme der Front auf die Gshatsk-Stellung, um eine neue Front der Heeresgruppe aufzubauen und Reserven durch die Verkürzung in die Hand zu bekommen"[306]. Kluge stellte einen „großen Entschluß" Hitlers in Aussicht und befahl Hoepner, „alle Vorbereitungen für ganz kurzfristige Ausführung" des Rückzugs zu treffen. Der Oberbefehlshaber der 4. Panzerarmee hatte dadurch den Eindruck, die Erlaubnis zur Rücknahme des XX. Armeekorps würde unmittelbar bevorstehen, wollte aber nicht länger warten und gab um 13.45 Uhr aus eigenem Antrieb den Rückzugsbefehl. Kluge billigte diese Selbständigkeit nicht und meldete sie umgehend dem Diktator[307], der noch am späten Abend des 8. Januar 1942 Hoepners sofortige Absetzung und „Ausstoßung aus dem Heere mit allen rechtlichen Folgen" anordnete[308]. Das Kriegstagebuch der 4. Panzerarmee kommentierte verbittert[309]: „Man fragt sich, wer kann die Lage besser und unmittelbarer übersehen, der Truppenführer hier vorne, oder die Dienststellen in 1500 km Entfernung. Welcher Führer kann noch eine Verantwortung für seine Truppen übernehmen, wenn er nicht aus eigener Initiative auf Grund einer nach Stunden drängenden Lage einen Entschluß fassen kann!"

So wurde knapp zwei Wochen nach der Ablösung Guderians mit Hoepner ein weiterer herausragender Führer der bisher so ruhmreichen Panzertruppe von Hitler abgesetzt. In beiden Fällen war die Haltung Kluges zwiespältig, aber letzten

[303] Ebd., 31. 12. 1941. Die Kritik richtete sich vor allem gegen Kluge: „Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe sucht mit kleinen Mitteln, kleinsten Verbänden Lücken zu stopfen."

[304] Ebd., 2. 1. 1942. „Der Führer hegt größtes Vertrauen zum Panzer-A.O.K. 4 und seiner Führung." Vgl. auch Hoepner an seine Frau, 4. 1. 1942, in: Bücheler, Hoepner, S. 166: „Kluge teilte mir mit, daß A.H. das selbst befohlen und ‚unbegrenztes Vertrauen zu mir und meinen Leistungen' habe! Nettes Zuckerbrot in solcher Lage!" Zur Vorgeschichte der Abberufung Hoepners vgl. ebd., S. 166–172; Chales de Beaulieu, Hoepner, S. 236–254.

[305] Pz.AOK 4, KTB Ia, 6./7. 1. 1942, in: BA-MA, RH 21–4/50.

[306] Ebd., 8. 1. 1942. Auch zu Folgendem.

[307] Nach der Erinnerung von Stabsangehörigen betonte Hoepner gegenüber Kluge, er habe „Pflichten, die höher stehen als die Pflichten Ihnen gegenüber und die Pflichten gegenüber dem Führer. Das sind die Pflichten gegenüber der mir anvertrauten Truppe." Bücheler, Hoepner, S. 169. Kluge soll über diese Unbotmäßigkeit so erbost gewesen sein, dass er das Gespräch mit Hitler mit der ungeschickten Wendung begonnen habe: „Der Hoepner ist zurückgegangen!" Chales de Beaulieu, Hoepner, S. 248, nach der Schilderung Tresckows.

[308] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 377 (8. 1. 1942). Zugleich wurde auch sein Generalstabschef Walter Chales de Beaulieu abgelöst. Hoepner wurde dann aber weder vor ein Kriegsgericht gestellt noch unehrenhaft aus der Wehrmacht „ausgestoßen", sondern nach Chales de Beaulieu, Hoepner, S. 252f., „unbeschränkt in seinen Würden und Rechten" zum 30. 6. 1942 verabschiedet. Vgl. auch Bücheler, Hoepner, S. 174–176. Dennoch galt er nach seiner Beteiligung am Staatsstreich vom 20. Juli 1944 dem „Ehrenhof des deutschen Heeres" als bereits 1942 aus der Wehrmacht ausgestoßen (vgl. Kapitel „Ausblick", Anm. 16).

[309] Pz.AOK 4, KTB Ia, 8. 1. 1942, in: BA-MA, RH 21–4/50.

Endes ausschlaggebend. Obwohl der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte den Zwang zum Ausweichen anerkannte und sich selbst immer stärker für die beantragten Rückzugsbewegungen einsetzte, bestand er auf den Gehorsam seiner Unterführer und reagierte besonders empfindlich auf das Selbstbewusstsein der beiden Panzergenerale, mit denen er bereits als Armeeführer seine Konflikte gehabt hatte. Neben persönlichen Motiven wie Eitelkeit und Konkurrenzdenken bewegte ihn vermutlich die – an sich nicht grundsätzlich von der Hand zu weisende – Überlegung, dass er seine Heeresgruppe fest im Griff haben müsse, um sich gegen den Diktator durchsetzen zu können. Die Mittlerstellung zwischen einem sturen Obersten Befehlshaber und den drängenden Truppenführern war gewiss nicht einfach. Doch dadurch, dass Kluge durch seine Meldungen an Hitler maßgeblich zur sofortigen Enthebung Guderians und Hoepners beitrug, schwächte er ungewollt auch seine eigene Position. Denn es ging nicht nur um zwei unbotmäßige Generale, sondern um das preußisch-deutsche Prinzip der traditionellen Selbständigkeit und Handlungsfreiheit der oberen militärischen Führer. Hitler wollte ein Exempel statuieren und suchte sich instinktiv die beiden spektakulärsten Fälle aus, während er über manch anderen Verstoß gegen seinen „Haltebefehl" stillschweigend hinwegsah. Die Eigenmächtigkeiten Guderians und Hoepners galten ihm als Musterbeispiele für die mangelnde Unterordnung der Frontgeneralität, die er in diesen Wochen der Krise nicht mehr dulden wollte[310]. Besonders das Selbstbewusstsein und die Flexibilität der populären Panzergenerale sollten offenbar gebrochen werden. Der Nachfolger Hoepners wurde General der Infanterie Richard Ruoff, der keinerlei Erfahrung in der Führung schneller Truppen besaß. Erstmals wurde eine Panzerarmee nicht von einem Spezialisten geführt. Das Signal war klar: Es war nun Standhalten, nicht Bewegung verlangt. Ruoff erfüllte diese Erwartung, indem er sofort anordnete, jede Stellung „bis auf weiteren Befehl des Führers" zu verteidigen[311].

Hitlers unveränderter Befehl zum bedingungslosen Halten brachte auch die beiden schwer angeschlagenen Infanteriearmeen in immer größere Schwierigkeiten – die 9. Armee wurde bei Ržev durchbrochen, die 4. Armee drohte bei Juchnov und Medyn aufgerieben zu werden. Die Oberbefehlshaber Strauß und Kübler drängten täglich auf eine Rücknahme ihrer Verbände, um überhaupt wieder eine zusammenhängende Front aufbauen zu können, doch wollte keiner von ihnen so eigenmächtig handeln wie Hoepner. So dramatisch die Appelle Küblers, Medyn

[310] Als sich der wiedergenesene Generaloberst v. Weichs Mitte Januar 1942 auf dem Weg zur Ostfront im „Führerhauptquartier" meldete, beklagte sich Hitler „mit zornigen Worten über das, wie er meinte, eigenmächtige Zurückgehen der am weitesten auf Moskau vorgedrungenen Panzer-Armeen von Höpner und Guderian". Weichs, Erinnerungen, Bd. 5, in: BA-MA, N 19/9, Bl. 39. Der Diktator benutzte diese Beispiele gerne, um andere Oberbefehlshaber einzuschüchtern und vor selbständigem Handeln zu warnen.

[311] Befehl Ruoffs (Pz.AOK 4, OB, Ia, Nr. 193/42 g.Kdos.), 16. 1. 1942, in: NA, T 313/344. Außerdem wandte er sich gegen die „Kälteapathie" und „gleichgültige Stimmung", aus der die Truppe mit Härte herausgerissen werden sollte. „Wir werden diese Krisis nur überwinden, wenn wir in der Führung *viel mehr Härte* aufbringen als bisher." Ruoff forderte daher von allen Offizieren die „Erkenntnis, daß *jetzt Härte Fürsorge bedeutet*. Stößt man dabei auf bewußte Gleichgültigkeit oder gar Widerstand, so muß dieser mit der Waffe gebrochen werden. Ein einmaliges Durchgreifen bis zum Letzten wirkt Wunder."

aufzugeben, auch waren[312], so wartete er doch auf die Genehmigung Hitlers. Und auch Strauß war nun deutlich vorsichtiger und untersagte der ihm zeitweilig unterstellten 3. Panzerarmee trotz der Forderungen Reinhardts am 14. Januar „hiermit nochmals jedes Zurückgehen [...], das der Führer nicht befohlen habe"[313]. Manchem jüngeren Kommandeur war der Widerspruch zwischen Überzeugung und Gehorsam unverständlich. Der eigenwillige Fliegergeneral Wolfram v. Richthofen hatte Generaloberst Strauß bereits Anfang des Monats vorgehalten, „dass ich nur eine Ansicht habe, die sage ich und handle danach. Ich sei es nicht gewohnt, Verantwortung nach unten abzuwälzen."[314]

Wieder richteten sich alle Blicke auf Kluge, der dem Diktator nach wie vor jeden Tag zur Aufgabe des starren „Haltebefehls" zu bewegen suchte. Noch bei einem Treffen mit Hitler am 11. Januar war ihm das misslungen[315], doch bereits in den folgenden Tagen konnte er einzelne Rücknahmen bei der 3. und der 4. Panzerarmee sowie der 4. Armee durchsetzen[316]. Und am Nachmittag des 15. Januar 1942 konnte Kluge seinen Armeen endlich mitteilen, dass „der Führer im Prinzip dem Vorschlag für eine allgemeine Rückverlegung zugestimmt hat"[317]. Am selben Tag unterzeichnete Hitler – erstmals in diesem Krieg, wie er ausdrücklich betonte – den Befehl zu einer größeren Rückzugsbewegung[318]. Die Rücknahme der 4. Armee, der 3. Panzerarmee und der 4. Panzerarmee auf eine „Winterstellung" ostwärts von Juchnov und Gšatsk sowie nördlich von Ržev sollte die an vielen Stellen zerrissene Front wieder zusammenfügen. Auch wurde der 9. Armee endlich erlaubt, in die „Königsberg-Linie" auszuweichen[319]. Generaloberst Adolf Strauß war über diese „langersehnte Entscheidung" sehr erleichtert, gab sie ihm doch „endlich wieder die Möglichkeit, die Armee zu *führen* und der überaus kritischen Lage durch Führungsmaßnahmen Herr zu werden". Umso größer war seine Enttäuschung, dass ausgerechnet an diesem Tag, „wo ihm durch den genannten Füh-

[312] Vgl. etwa AOK 4, KTB Ia, 13. 1. 1942, über ein Ferngespräch Küblers mit Kluge, in: BA-MA, RH 20–4/281: „Ich habe in meinem Leben kaum je mit solcher Überzeugung gesprochen. [...] Es *muss* sein, wir können dem Feind nicht den Weg in die Tiefe öffnen. Ich muss meine Person völlig in die Waagschale werfen, es bleibt nichts anderes als die Räumung. Medyn ist so oder so verloren, in einem Falle mit, im anderen ohne den grössten Teil der Besatzung."

[313] AOK 9, KTB Ia, 14. 1. 1942, in: BA-MA, RH 20–9/47, über ein Ferngespräch von Strauß mit Reinhardt. Vgl. auch Pz.AOK 3, KTB Ia, 14. 1. 1942, in: NA, T 313/237: Strauß „dringt darauf, dass die Stellung weiter gehalten wird, wie es der Führer befohlen habe, bis zur letzten Kanone. Der Pz.Armee bleibt das unverständlich."

[314] Tagebuch Richthofens, 1. 1. 1942, in: BA-MA, N 671/9, Bl. 2. Zuvor hatte Strauß zugegeben, „dass seine offizielle Befehlsansicht anders ist als seine persönliche".

[315] Vgl. Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 379 (11. 1. 1942): „Der Führer hält an seinem Befehl, jeden Schritt Bodens zu verteidigen, fest. [...] *Kampf um jeden Tag, jede Stunde* ist ein Gewinn, auch wenn die Nervenbelastung noch so groß ist. – Wenn zum Stehen gebracht, größtes Werk getan; ganzer Ruhm wird auf Kluge fallen."

[316] Vgl. Reinhardt, Wende, S. 247.

[317] AOK 4, KTB Ia, 15. 1. 1942 (16.50 Uhr), in: BA-MA, RH 20–4/281, über ein Ferngespräch Kluges mit Kübler. Vgl. auch AOK 9, KTB Ia, 14. 1. 1942 (16.15 Uhr), in: BA-MA, RH 20–9/47.

[318] Befehl Hitlers (OKH/Gen.St.d.H., Op.Abt. Ia, Nr. 420021/42 g.Kdos.Chefs.), 15. 1. 1942, in: KTB/OKW, Bd. 2/2, S. 1268f. Vgl. ebd., S. 1269: „Es ist das erste Mal, daß in diesem Kriege von mir der Befehl zum Zurücknehmen eines größeren Frontabschnittes gegeben wird. Ich erwarte, daß dieses Zurückgehen sich in einer Form vollzieht, die des deutschen Heeres würdig ist. Das Überlegenheitsgefühl der Truppe über den Gegner und der fanatische Wille, ihm den größtmöglichen Schaden zuzufügen, muß auch die Rückwärtsbewegung beherrschen."

[319] Vgl. (auch zu Folgendem) AOK 9, KTB Ia, 15. 1. 1942, in: BA-MA, RH 20–9/47

rerbefehl die Handlungsfreiheit in weitem Umfang zurückgegeben worden ist", das Heeresgruppenkommando Mitte über seinen Kopf hinweg über eines seiner Armeekorps verfügte. Es zeigte sich nun, wie gereizt und angespannt die Nerven der höchsten Frontbefehlshaber durch die ständigen Krisenlagen und die Auseinandersetzungen mit den vorgesetzten Stellen waren. Strauß bat noch am Abend des 15. Januar um seine Ablösung, die ihm am nächsten Tag von Hitler bewilligt wurde.

Kurz darauf resignierte auch der Oberbefehlshaber der 4. Armee, die trotz der Frontverlegung in einer äußerst bedrängten Situation blieb und gegen den Willen Hitlers Juchnov zu verlieren drohte. Als sich General Kübler am 19. Januar im „Führerhauptquartier" vor dem Diktator rechtfertigen musste, bekannte er, dass er „sich der Aufgabe nicht gewachsen" fühle[320]. Bereits am folgenden Tag wurde er abgelöst, wie Strauß formal aus „Gesundheitsgründen"[321]. Neuer Oberbefehlshaber der 4. Armee wurde General der Infanterie Gotthard Heinrici, der in den Wochen zuvor mit seinem XXXXIII. Armeekorps im Brennpunkt des Abwehrkampfes gestanden hatte. Er hatte wie der neue Führer der 9. Armee, General der Panzertruppe Walter Model, alle Mühe, überhaupt wieder eine geordnete und durchgehende Abwehrfront zu organisieren. Doch Anfang Februar 1942 waren die gefährlichsten Lücken geschlossen. Die Heeresgruppe Mitte stand nach zwei geradezu chaotischen Monaten wieder in einer Linie, einer unruhig verlaufenden, dünn besetzten und höchst gefährdeten zwar, doch immerhin fest genug, um die Angriffe der Roten Armee abzuweisen. Die Lockerung des starren „Haltebefehls" durch Hitler am 15. Januar 1942 hatte für diesen Abwehrerfolg eine wesentliche Voraussetzung geschaffen. Aber entscheidend war wohl, dass sich die sowjetische Angriffskraft nun ähnlich erschöpft hatte wie die deutsche zwei Monate zuvor.

Die Front der Heeresgruppe Mitte vor Moskau war im Winter 1941/42 die mit Abstand wichtigste, an der sich das Schicksal des gesamten Ostheeres entschied. Hier standen die meisten deutschen Verbände und die besten dazu, hier war die sowjetische Gegenoffensive am heftigsten und gefährlichsten, hier drohte eine katastrophale, ja kriegsentscheidende Niederlage. Die Ereignisse an den übrigen Abschnitten waren zunächst weit weniger dramatisch, wenn auch ernst genug. Die Heeresgruppe Nord wurde von der Roten Armee auf den Volchov zurückgedrängt, konnte aber die Belagerung Leningrads durch die 18. Armee (Küchler) aufrechterhalten[322]. Generalfeldmarschall v. Leeb profitierte davon, dass Hitler an dieser Nebenfront weniger interessiert war als an der Schlacht vor Moskau und ihm daher größere Handlungsfreiheiten ließ. Er konnte daher sowohl die Räumung Tichvins als auch den Rückzug hinter den Volchov selbständig einleiten und erst dann die Genehmigung Hitlers und des OKH einholen[323]. Der Diktator erklärte sich mit der Rücknahme des rechten Flügels der 18. Armee sowie der 16. Armee (Busch) auf die Volchov-Linie am 16. Dezember 1941 einverstanden – ausgerechnet an dem Tag, an dem er faktisch den Oberbefehl des Heeres übernahm und der Heeresgruppe Mitte jedes Ausweichen untersagte. Die Volchov-Front

[320] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 388 (19. 1. 1942).
[321] AOK 4, KTB Ia, 20. 1. 1942, in: BA-MA, RH 20-4/281.
[322] Dazu und zu Folgendem DRZW, Bd. 4, S. 557–559, 628–642 (Beitrag Klink).
[323] Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 405–410 (7. 12. 1941), 416–418 (15./16. 12. 1941).

konnte in den folgenden Monaten mit Mühe gegen die erbitterten sowjetischen Angriffe gehalten werden.

Noch schwieriger gestalteten sich die Verhältnisse im Kampfraum zwischen Ilmen-See und Vel'e-See. Sie provozierten im Januar 1942 dann doch die grundsätzlichen Auseinandersetzungen um die Frage Halten oder Rücknahme der Front. Leeb wollte seinen Südflügel zurücknehmen und bat am 12. Januar um „Handlungsfreiheit", „auch um die Freiheit, einzelne Stützpunkte, die nicht gehalten werden können, aufzugeben, um unnötige Opfer zu vermeiden"[324]. Hitler bestand aber auf eine zähe Verteidigung der großen, von der Einkesselung bedrohten Frontausbuchtung von Demjansk, um die Nordflanke der Heeresgruppe Mitte nicht zusätzlich zu gefährden und um sich eine günstige Ausgangslage für die Sommerkampagne zu bewahren. Dieser an sich richtige, auch von Halder unterstützte Gedanke gefährdete die Existenz von zwei Armeekorps, die der Defensivspezialist Leeb nicht opfern wollte. Als es ihm bei einer persönlichen Vorsprache im „Führerhauptquartier" am 13. Januar nicht gelang, den Diktator umzustimmen, bat er um seine Ablösung, die ihm erst genehmigt wurde, nachdem er sein Gesuch zwei Tage später bekräftigt hatte[325]. Damit war nach Rundstedt und Bock auch der dritte der drei angesehenen Heeresgruppen-Oberbefehlshaber und damit erneut ein herausragender Exponent der ältesten aktiven Offiziersgeneration gescheitert. Dass Leeb – wesentlich konsequenter als Kluge – auf seine operative Handlungsfreiheit bestand, nötigte Hitler und Halder Respekt ab, sollte aber in Zukunft nicht mehr geduldet werden. Welcher Typ von militärischen Führern nun erwünscht war, machte Generaloberst Franz Halder am 16. Januar 1942 in einem Gespräch mit dem 1. Generalstabsoffizier der Heeresgruppe Nord deutlich. Er wandte sich scharf gegen die „Operationsmanie" der Frontkommandobehörden und forderte[326]: „Die H[eeres]Gr[uppe] hat den klaren Befehl zu halten; das Risiko nimmt ihr die oberste Führung ab."

Damit waren der Zentralismus der Heeresleitung und die Entmündigung der Truppenführung deutlich ausgesprochen. Generalstabschef Halder hatte diesen rigiden Führungsanspruch bereits von Beginn des Ostfeldzugs an vertreten und sich immer wieder bemüht, die Führer der Heeresgruppen, Armeen und Panzergruppen nicht zu selbständig werden zu lassen. Von diesen Zentralisierungsbestrebungen des OKH profitierte jetzt der neue Oberbefehlshaber des Heeres, der die Macht der „obersten Führung" mit viel größerer Autorität als Brauchitsch und Halder durchsetzen konnte. Der Generalstabschef ordnete sich seinem neuen Herrn unter und stimmte in den entscheidenden Fragen – straffe Führung durch die zentralen Instanzen, Überstehen der Krise durch Halten – mit ihm überein,

[324] Ebd., S. 433 (12. 1. 1942), gegenüber Halder. In einem Ferngespräch mit Hitler am selben Tag, ebd., S. 434, bat er ebenfalls um „freie Hand für die Kampfführung; wir werden herausschlagen, was nach der Lage herauszuschlagen ist".

[325] Ebd., S. 436–440 (13.–16. 1. 1942). Vgl. auch das KTB Ia des H.Gr.Kdo. Nord aus diesen Tagen, in: BA-MA, RH 19 III/178, und Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 383 (13. 1. 1942), 386 (15. 1. 1942). Vgl. auch die Aufzeichnung von Lanz über ein Gespräch mit Leeb ca. 1955 über seine Ablösung, in: HStA Stuttgart, M 660/025.

[326] H.Gr.Kdo. Nord, KTB Ia, 16. 1. 1942, in: BA-MA, RH 19 III/178, Bl. 72. „Die durch ein Absetzen der 16. Armee entstehende Lücke würde durch nichts zu schliessen sein. Das Bekanntwerden der Absicht, sich abzusetzen, führt bei der Truppe erfahrungsgemäss zum Nachlassen des Widerstandswillens. [...] Das Absetzen darf nur auf ausdrücklichen Befehl des Führers erfolgen."

auch wenn ihm der schwierige Umgang mit Hitler teilweise auf die Nerven ging. Selbst die höchsten Truppenbefehlshaber wurden in der Winterkrise von 1941/42 zu Befehlsempfängern, die nur noch im taktischen Bereich selbständig führen konnten. Besonders die bis dahin noch recht selbstbewussten und selbständigen Armeeoberbefehlshaber sollten nach dem Willen Hitlers und Halders an die Kandare genommen werden.

Das zeigte sich auch nach dem Revirement bei der Heeresgruppe Nord. Generaloberst Georg v. Küchler trat die Nachfolge Leebs an, während die bisher von ihm geführte 18. Armee von General der Kavallerie Georg Lindemann übernommen wurde. Küchler setzte Hitlers Haltebefehle konsequent bei seiner Heeresgruppe durch und scheute dabei nicht den Konflikt mit dem Oberbefehlshaber der 16. Armee, dessen Truppen bei Staraja Russa und Demjansk in eine immer prekärere Situation gerieten. Eine besondere Note erhielt die Auseinandersetzung dadurch, dass Generaloberst Ernst Busch mit dem Nationalsozialismus sympathisierte und als hochdekorierter Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs bei Hitler in besonderem Ansehen stand[327]. Doch nicht er, sondern der konservative, aus dem Generalstab hervorgegangene Küchler vertrat nun den harten Kurs Hitlers. Als es Anfang Februar 1942 zum offenen Streit kam und Küchler – von Halder unterstützt – um die Ablösung Buschs bat, versuchte der Diktator zu schlichten, indem er den Armeeführer persönlich zur Unterordnung anhielt[328]. Dieser neue Stil war für einen Oberbefehlshaber wie Busch, der seine Armee zuvor weitgehend eigenständig geführt hatte, schwer zu ertragen[329]. Hitler aber verlangte nun vor allem Gehorsam und Härte. Busch galt ihm bald als „gealtert" und schwankend[330], während er die nach oben gefügige, nach unten autoritäre Führung Küchlers nach Überstehen der Krise mit dem Marschallstab honorierte[331]. Der Heeresgruppe

[327] Halder teilte Küchler mit, dass bei Hitler „die Tendenz" bestanden habe, nicht ihm, sondern Busch die Führung der Heeresgruppe anzuvertrauen, und verwies auf „gewisse persönliche Bindungen". H.Gr.Kdo. Nord, KTB Ia, 2. 2. 1942, in: BA-MA, RH 19 III/179, Bl. 17 bzw. 22. Auch nach Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 2, S. 538 (18. 12. 1941), war zunächst Busch als Nachfolger Leebs vorgesehen. Zum Streit um die Sache kam das Gefühl der Konkurrenz, das Halder offenbar bewusst schürte.

[328] Vgl. H.Gr.Kdo. Nord, KTB Ia, 2. 2. 1942, in: BA-MA, RH 19 III/179, Bl. 17, 21 f., 24 (2. 2. 1942), 34 (3. 2. 1942); Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 394 f. (2./3. 2. 1942). Küchler beklagte, dass Busch „ihm in der Durchführung unserer Anweisung nicht willig genug an die Hand geht" (ebd., S. 394).

[329] Vgl. H.Gr.Kdo. Nord, KTB Ia, 3. 2. 1942, in: BA-MA, RH 19 III/179, Bl. 34, über ein Ferngespräch Halders mit Küchler: Busch habe sich nach der Unterredung mit Hitler bei Halder beklagt, „dass er unter dem Wechsel der Führung der H.Gr. gelitten habe, da er vom Vorgänger des O.B. H.Gr. eine andere Befehlsführung gewohnt wäre. Jener hätte nur das nach oben vertreten, was von den Armeen gemeldet wurde, ohne direkt einzugreifen. Chef d.Gen.d.H. erwiderte ihm, dass nach der vom Führer gegebenen Weisung jetzt eine straffere Befehlsführung erfolgen müsse." Bereits einen Tag zuvor hatte Halder seine und Hitlers Auffassung verdeutlicht, ebd., Bl. 17 (2. 2. 1942): „Der Führer verlangt auch von seinen Armeeführern, daß Befehle ausgeführt werden. Die 16. Armee darf nicht zu sanft angefaßt werden. Man wird da ein gewisses Gewohnheitsrecht aushacken müssen."

[330] H.Gr.Kdo. Nord, KTB Ia, 3. 3. 1942, in: BA-MA, RH 19 III/688, Bl. 31, über ein Ferngespräch Halders mit Küchler: „Es liegen gewisse Bedenken vor über die Führerpersönlichkeiten im Abschnitt südlich des Ilmensees. Der Führer hat selbst zugegeben, dass O.B. AOK 16 nicht über die nötige Härte verfügt; er ist gealtert, schwankt zwischen seiner und der Ansicht des Kom.Gen. X. A.K. hin und her."

[331] Küchler wurde am 30. Juni 1942 „völlig überraschend" (Aktennotiz Keitels, 19. 8. 1942, in: BA-MA, Pers 6/33) bei einem Vortrag im „Führerhauptquartier" von Hitler zum Generalfeldmarschall befördert, nachdem sich dieser „sehr über die Art, wie der Marschall mit der Miene eines

Nord gelang es in erbitterten Kämpfen, die noch bis in den Juni 1942 hinein währten, sowohl die Volchov-Front zu bereinigen und zu halten, als auch den großen Kessel von Demjansk und den kleineren von Cholm zu entsetzen.

Verglichen mit der an Dramatik kaum zu überbietenden Zerreißprobe im Abwehrkampf vor Moskau und der angespannten Lage im Norden, war die Entwicklung bei der Heeresgruppe Süd zunächst weit weniger bedrohlich. Nach der Aufgabe Rostovs und der Ablösung Rundstedts kam es erst seit Ende Dezember 1941 wieder zu stärkeren Angriffen der Roten Armee, die zunächst auf der Krim (Verlust der Halbinsel Kerč) und dann vor allem in der zweiten Januarhälfte 1942 mit dem Durchbruch bei Izjum gefährliche Ausmaße erreichten[332]. Die Armeen der Heeresgruppe Süd konnten jedoch einen Rückzug auf den Dnepr verhindern und die Front durch Gegenstöße stabilisieren. Die sowjetische Offensive bei Izjum war letztlich nicht mehr als ein sinnloses Verzetteln der Kräfte, die dann an der Moskauer Front fehlten. Insgesamt blieb die Lage im Süden weniger ernst als in der Mitte und im Norden, so dass sich weder Hitler noch das OKH zu ständigen Eingriffen genötigt sahen und die Truppenführung in diesem Frontbereich noch den relativ größten Handlungsspielraum besaß. Der einzige Wechsel unter den Oberbefehlshabern resultierte daher nicht aus einem Konflikt in der militärischen Führung. Generalfeldmarschall Walter v. Reichenau verstarb am 17. Januar 1942 an den Folgen eines vier Tage zuvor erlittenen Schlaganfalls. Am 20. Januar übernahm Feldmarschall v. Bock den Oberbefehl der Heeresgruppe Süd, General der Panzertruppe Friedrich Paulus jenen der 6. Armee. Bock hatte gelernt: Während der operativen Krise von Izjum erwies er sich sofort als ein harter Verfechter der Hitlerschen Haltedoktrin, verbot dem Generaloberst Hoth das beantragte Ausweichen der 17. Armee und unterstellte das seiner Ansicht nach „übermüdete" Armeeoberkommando 17 dem „sehr tatfreudigen" Oberkommando der 1. Panzerarmee unter Führung Ewald v. Kleists[333]. Diese Linientreue trug dazu bei, dass Hitler den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd weitgehend gewähren ließ.

Anfang Februar 1942 war an der gesamten Ostfront die akute Krise überstanden, auch wenn die Abwehrkämpfe noch einige Monate andauerten und es besonders bei Demjansk sowie im Bereich der 4. Armee noch manch bedrohliche Situation zu überstehen galt. Auf die militärische Entwicklung des Frühjahrs 1942, in dem das Ostheer die immer noch dünne und teilweise zerrissene Front weitgehend zu flicken und stabilisieren vermochte, kann hier ebenso wenig eingegangen werden wie auf die Vorbereitungen der Sommeroffensive. Der stärkste Ansturm der Roten Armee war nach den beiden kritischen Monaten Dezember und Januar abgewehrt. Dass die zurückweichende, schwer geschlagene Heeresgruppe Mitte mit letzter Kraft angehalten und eine neue Front errichtet werden konnte, gab dem Ostheer und der obersten Führung einen Teil des verlorenen Selbstbewusst-

Biedermanns von den schweren, mühsamen Wolchow-Kämpfen erzählte", gefreut hatte (Picker, Tischgespräche, S. 394 f., 30. 6. 1942). Zugleich wurden auch Manstein und Rommel in den Marschallrang erhoben.

[332] Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 642–650 (Beitrag Klink).

[333] Bock, Kriegstagebuch, S. 366–368 (26.–28. 1. 1942). Zitate ebd., S. 368 (28. 1. 1942). Zu Bocks Haltung vgl. auch die Einträge der folgenden Wochen.

seins zurück. Besonders Hitler, der in den Wochen zuvor trotz aller Tatkraft bereits pessimistische Töne angeschlagen hatte[334], zeigte sich jetzt umso zuversichtlicher und selbstsicherer. Er war davon überzeugt, dass vor allem dank seiner energischen Führung eine „Napoleonische Katastrophe" verhindert worden sei[335]. Das Selbstgefühl, sich gegen die angeblich „nervenschwache" Heeresgeneralität durchgesetzt und Recht behalten zu haben, prägte von da an sein Auftreten gegenüber der Militärelite. Der Diktator und seine militärischen Berater in OKH und OKW wandten sich nun den Planungen für die Zeit nach der Winterkrise zu. Die Weisung der Heeresleitung über die „Kampfführung im Osten nach Abschluß des Winters" vom 12. Februar 1942 begann mit der Feststellung, dass die Abwehrkämpfe anscheinend ihren Höhepunkt überschritten hätten[336]. Jetzt wurden als neue Ziele ausgegeben, die derzeitige Frontlinie endgültig zu festigen und zu verbessern, die Verbände zu ergänzen und aufzufrischen sowie die geplante Sommeroffensive im Süden vorzubereiten.

Hitler ließ es sich nicht nehmen, die höchsten Truppenbefehlshaber des Ostheeres nach und nach persönlich auf die kommenden Aufgaben einzustimmen und auf seine eigenen Verdienste bei der Überwindung der zurückliegenden Krise hinzuweisen. So erklärte er am 18. Februar 1942 den Oberbefehlshabern der beiden am meisten in Mitleidenschaft gezogenen Heeresgruppen, Kluge und Küchler, dass „im wesentlichen die Gefahr einer Panik im Sinne von 1812, wie sie sich auch im Nov[ember] 1941 drohte anzubahnen, gebannt sei"[337]. Und die Armeeführer der Heeresgruppe Mitte überraschte er am 28. Februar mit dem Zugeständnis, jetzt, nach der Stabilisierung der Front, „rechte er nicht um einige Kilometer", um dann zurückzublicken[338]: „Man habe ihn vielleicht für ‚starrköpfig' halten müssen, weil er sich bisher so eisern gegen jedes Ausweichen verschlossen habe. Dies sei nötig gewesen, um überhaupt die Front zu stabilisieren. Es habe Leute gegeben, die unsere Lage für verloren hielten. Nur indem er sich auf den Standpunkt des unbedingten Haltens gestellt habe, sei es möglich gewesen, einer Panik entgegenzuwirken." Der Oberbefehlshaber der 4. Armee, Gotthard Heinrici, kommentierte diese Äußerung: „Im großen sehr richtig, im einzelnen aber schief gesehn. Aus diesem Fehler heraus entstanden unsere fortgesetzten Krisenlagen u. die hohen Verluste." Diese Einschätzung traf den Kern. Hitlers „Haltebefehl" trug

[334] Vgl. die Beispiele bei Reinhardt, Wende, S. 262f.

[335] Aufzeichnung über die Unterredung Hitlers mit Antonescu am 11. 2. 1942, in: Hillgruber (Hrsg.), Staatsmänner, Bd. 2, S. 44–57, hier S. 44. Vgl. auch Heims, Monologe, S. 300 (26./27. 2. 1942): „Wenn der Januar und der Februar hinter uns liegen, müssen die anderen die Hoffnung darauf begraben, daß wir das Schicksal Napoleons erleiden! Jetzt ist es geschafft! Und ich werde ihnen das heimzahlen! Ich habe es wieder gesehen, wenn alle die Nerven verlieren, bin schließlich allein wieder ich der, welcher standhält!" In der Umgebung Hitlers hatte sich bereits seit Anfang des Jahres wieder ein gewisser Optimismus breit gemacht, vgl. Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 3, S. 63 (7. 1. 1942): „Es scheint, daß die Dinge an der Ostfront sich langsam zu stabilisieren beginnen. [...] Das ist in der Hauptsache auf das Eingreifen des Führers zurückzuführen. Der Führer hat in tage- und nächtelangen Besprechungen mit der Generalität seinen Standpunkt durchgesetzt. Die Generalität hatte in verschiedenen Stadien der letzten Kampfhandlungen etwas den Kopf verloren."

[336] Weisung des OKH (Gen.St.d.H., Op.Abt. Ia, Nr. 420053/42 g.Kdos.Chefs., gez. Halder), 12. 2. 1942, in: KTB/OKW, Bd. 1, S. 1093–1098.

[337] H.Gr.Kdo. Nord, KTB Ia, 18. 2. 1942, in: BA-MA, RH 19 III/179, Bl. 178.

[338] Tagebuch Heinricis, 28. 2. 1942, in: Hürter, General, S. 147. Vgl. auch Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 407 (28. 2. 1942). Am 2. 3. 1942 empfing Hitler die Oberbefehlshaber und Kommandierenden Generale der Heeresgruppe Nord, ebd., S. 408.

Mitte Dezember 1941 wohl entscheidend dazu bei, dass die deutschen Truppen vor Moskau sich nicht in heilloser Unordnung absetzten und zu einer leichten Beute der vorstürmenden Roten Armee wurden. Das starre Beharren auf diesen Befehl in den folgenden Wochen führte allerdings immer wieder zu örtlichen Krisen und Verlusten, die durch eine bewegliche Abwehr vermutlich vermieden worden wären.

Nachdem Hitler und Halder die akute Krise für überwunden hielten[339], bemühte sich der Diktator, die höchsten Truppenführer, die er über gut zwei Monate hinweg am Gängelband geführt hatte, durch Gunst und Großzügigkeit mit seinem autoritären Oberbefehl zu versöhnen. Dass er bei der Zusammenkunft vom 28. Februar 1942 zwei Armeeführer der Heeresgruppe Mitte, Walter Model (9. Armee) und Hans-Georg Reinhardt (3. Panzerarmee), mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz auszeichnete und kurz darauf dieselben Oberbefehlshaber zu Generalobersten beförderte, war ein sichtbares Zeichen der Anerkennung für die schweren Belastungen der zurückliegenden Abwehrkämpfe vor Moskau. Das Werben um Verständnis für seinen rigorosen Kurs und die Ankündigung, diese starre Haltung nun wieder zu lockern, waren ebenfalls ganz darauf berechnet, die in den langwierigen Kämpfen mit der Roten Armee *und* der eigenen Heeresleitung erschütterten Oberbefehlshaber wieder stärker für sich einzunehmen. Tatsächlich ließ Hitler der Truppenführung im Osten nun wieder größere Freiheiten, teilweise sogar so große, dass er damit auf die Kritik des Zentralisten Halder stieß[340]. Und tatsächlich konnte kaum von einem anhaltenden Vertrauensverlust der aktiven Truppenbefehlshaber in die oberste Führung die Rede sein. Als frontfremd und abgewirtschaftet galt in erster Linie das OKH, während die Übernahme des Oberbefehls durch Hitler auf eine bessere Gesamtleitung hoffen ließ[341]. Das Ringen um jede Genehmigung zum Ausweichen zermürbte, doch als die sowjetische Offensive schwächer wurde, musste dieser „Abwehrerfolg" auch der harten Führung durch einen entschlossenen Diktator zugeschrieben werden.

Nicht alle ließen sich durch diesen mühsamen wie verlustreichen Erfolg und das rattenfängerische Geschick Hitlers so korrumpieren wie General Reinhardt, der von der Verleihung des Eichenlaubs „völlig sprachlos, fast erschrocken und tiefst bewegt" war und versprach, weiter „meine Pflicht zu tun, wie es der Führer nun erst recht von mir erwartet, über alle Schwierigkeiten und Ärger hinweg"[342]. Rückblickend musste aber mit Maximilian Frhr. v. Weichs auch einer der wenigen ehemaligen Oberbefehlshaber, die sich nicht der Halderschen Geschichtsklitte-

[339] Vgl. auch die Eindrücke Heinricis bei seinem Besuch im „Führerhauptquartier", Brief an seine Frau, 28. 2. 1942, in: Hürter, General, S. 148: „Hier ist Alles getragen von großem Optimismus. Unsere kleine persönliche Lage ist leider wesentlich mehr bedrängt." Heinrici an seine Frau, 1. 3. 1942, ebd.: „Die Auffassung hier ist, daß wir im Großen über die russische Winter Offensive hinweg sind u. einen Abwehrsieg erfochten haben, der den Feind außerordentlich geschwächt hat."

[340] Vgl. etwa Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 412 (11. 3. 1942): „Besprechung der Absichten an Westfront der 9. Armee (der Führer läßt wieder unnötig viel Freiheit!)."

[341] Noch Anfang Februar 1942 registrierte Heinrici: „Alle hoffen auf den neuen obersten Befehlshaber, der wird es schon machen." Er selbst blieb aber skeptisch: „Und er ist es, der diese Dinge alle heraufbeschwört, weil er starr festhält." Tagebuch Heinricis, 5. 2. 1942, in: Hürter, General, S. 143.

[342] Reinhardt an seine Frau, 18. 2. 1942, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 21. Vgl. auch sein Tagebuch, 28. 2. 1942, in: BA-MA, N 245/3, Bl. 28: „14 Uhr Überreichung des Eichenlaubes, Führer sehr frisch, sehr nett, erkennt das besonders Schwere an, das gerade wir durchgemacht haben."

rung unterwarfen, für das Frühjahr 1942 zugeben[343]: „Noch war das Vertrauen in unsere oberste Führung nicht völlig verloren gegangen." Weichs wusste, wovon er sprach, hatte doch ausgerechnet er, der in seiner dezidiert katholisch-konservativen Gesinnung dem Nationalsozialismus vermutlich ferner stand als die meisten anderen Generale, am 19. Februar 1942 in einem eigenhändig formulierten Befehl versucht, das Offizierkorps seiner Armee auf den „Glauben" an Hitler und den „Endsieg" einzuschwören. Dabei blickte er auf die gerade erst überwundenen Rückschläge der vergangenen Monate zurück[344]: „Wir waren daran gewöhnt, dem Gegner das Gesetz des Handelns aufzuzwingen, wir waren verwöhnt durch die auf allen Kriegsschauplätzen in fortwährender Kette errungenen Siege und gewonnenen Feldzüge. Nun hatte der Gegner für uns völlig überraschend das Gesetz des Handelns an sich gerissen." Ein Teil des Offizierkorps habe sich dieser Krise „seelisch" nicht gewachsen gezeigt. Kleinmut, Unbotmäßigkeiten, Misstrauen hätten um sich gegriffen, dazu eine zersetzende Kritik, die „nicht einmal vor der Person des Führers und obersten Befehlshabers" halt gemacht habe. Der Offizier müsse aber Vorbild sein „in der positiven Einstellung zum Führer und zum Staate. Er hat die Stimmung hochzuhalten, unangebrachte Kritik und Schwarzseherei zu unterbinden. Wir haben durch den Nationalsozialismus gelernt, dass zu dem Kämpfen und Gehorchen, den alten Soldaten-Eigenschaften, noch eine treten muss, und das ist das Glauben." Man dürfe nicht nur hart im Geben, sondern auch im Nehmen sein, erst dann seien die Deutschen „wert und stark genug, den Endsieg an unsere Fahnen zu heften". Weichs erinnerte in diesem Zusammenhang an die sozialdarwinistische bzw. nationalsozialistische Bestimmung des Ostfeldzugs: „Dieser Krieg ist ein Krieg um Sein oder Nichtsein."

Dieser existentielle Charakter des Kampfes gegen die Sowjetunion ließ anhaltende Kritik als Defätismus erscheinen und offene Opposition als Hochverrat. Selbst ein Weichs wollte fachliche Skepsis und Eigenständigkeit durch „Glauben" ersetzt wissen. Nachdem der Zusammenbruch der Ostfront unter dem straffen Oberbefehl Hitlers abgewendet war, mochten sich die höchsten Truppenführer nicht weiter mit der Vertrauenskrise in ihren eigenen Reihen beschäftigen. Eine genaue Analyse der militärischen Führung im Winter 1941/42 war ihnen zu diesem Zeitpunkt eher unangenehm und erhielt erst neues Interesse, als alles verloren war und man nach den Schuldigen suchte. Im Frühjahr 1942 blickte man lieber nach vorne als zurück. Die Hoffnungen richteten sich auf die bevorstehende Offensive der Heeresgruppe Süd, so dass kaum Zeit blieb, die überwundene Winterkrise eingehend zu reflektieren. Wie dieser Feldzug bei dem gewaltigen Verschleiß des deutschen Ostheeres seit Juni 1941 überhaupt noch zu einem glücklichen Ende gebracht werden sollte, wurde offenbar kaum hinterfragt. Dabei sprachen sowohl die erschreckenden Verlustzahlen[345] als auch die begrenzten Planungen

[343] Weichs, Erinnerungen, Bd. 5, in: BA-MA, N 19/9, Bl. 50. Hoth gestand sogar ein, dass Hitlers Befehl zum Halten sich als richtig erwiesen habe. Notizen Hoths „Stellungnahme zum Nationalsozialismus", kurz nach 1945, in: BA-MA, N 503/72.

[344] Weichs (AOK 2, OB) an seine Kommandierenden Generale und Divisionskommandeure, 19. 2. 1942, in: BA-MA, RH 20-2/296. Vgl. ebd. sein eigenhändiges Konzept des Befehls. Weichs bat, seine Gedankengänge „allen Offizierkorps in geeigneter Form nahe zu bringen und durch Belehrung, Unterricht und Vorbild dafür zu sorgen, dass sie Allgemeingut werden".

[345] Nach Angaben des OKH hatte das Ostheer am 20. 3. 1942 Gesamtverluste von 1073066 Mann

für das Jahr 1942 für sich[346]. Während die Heeresgruppen Nord und Mitte ihre Front im Kleinen verbessern und im Großen behaupten sollten, reichte die Kraft nur noch für eine Offensive im Süden, die das 1941 verpasste Ziel anstrebte, das kaukasische Erdölgebiet und das Rüstungszentrum an der Volga zu erobern. Die Reduktion der Möglichkeiten und Ziele war allerdings nicht allein Ergebnis des Rückschlags vor Moskau, sondern eine Folge der strategisch von vornherein verfehlten und seit dem Spätsommer 1941 auch operativ fehllaufenden deutschen Kriegführung gegen die Sowjetunion.

Dessen ungeachtet waren die zwei Krisenmonate Dezember 1941 und Januar 1942 – und das rechtfertigt die ausführliche Beschäftigung mit ihnen – ein entscheidender Wendepunkt im Wirken der Oberbefehlshaber an der Ostfront. Diese kleine, aber maßgebliche Gruppe veränderte in dieser kurzen Zeit nicht nur ihr Gesicht, sondern auch ihr Gewicht. Bereits zuvor hatten die höchsten Truppenführer im Kernbereich ihrer fachlichen Kompetenz, der taktischen und operativen Führung, schleichend an Einfluss verloren. Doch erst in der Winterkrise vor Moskau gelangten die Zentralisierungsbestrebungen, die zunächst vor allem vom OKH und dann umso wirkungsvoller von Hitler getragen wurden, zur grundsätzlichen Klärung der operativen Handlungsfreiheit der Oberbefehlshaber von Heeresgruppen und Armeen. Man kann dieser Gruppe nicht pauschal vorwerfen, dass sie sich von vornherein dem Machtanspruch der zentralen Instanzen widerstandslos ergeben habe. Das Verhalten war von Person zu Person unterschiedlich. Manch einer riskierte seine Stellung, indem er sich gegen den „Haltebefehl" wandte und selbständig handelte, während andere resignierten und gehorchten. Doch wenn die Truppenführung die Auseinandersetzung um ihr Eigengewicht auf der ganzen Linie verlor, dann lag das erneut auch daran, dass die Oberbefehlshaber des Ostheeres zu keinem Zeitpunkt als Gruppe auftraten, sondern sich stattdessen gegenseitig durch Streit und Eifersucht schwächten.

Doch auch ohne dies waren die Möglichkeiten, sich gegen einen autoritären Machthaber durchzusetzen, sehr begrenzt. Besonders selbstbewusste und eigenwillige Generale – Rundstedt, Guderian, Hoepner – wurden exemplarisch kaltgestellt, andere – Bock, Leeb, Strauß – warfen resigniert oder erschöpft von sich aus das Handtuch. In diesen zwei Monaten kam es auf zehn der insgesamt 16 Oberkommandos des Ostheeres zu Veränderungen[347], sieben Oberbefehlshaber schieden aus[348], sieben neue kamen hinzu. Dieses große Revirement, das zu einer ge-

(Tote, Verwundete, Vermisste) und – als Beispiel für die ebenfalls großen materiellen Ausfälle – einen Fehlbestand von 2097 Panzern (3319 Abgänge, 732 Zugänge). Vgl. die Tabelle in DRZW, Bd. 6, S. 787 (Beitrag Wegner), sowie ebd., S. 778–796. Nach Overmans, Verluste, S. 279, fielen und verstarben bis Ende März 1942 an der Ostfront 438891 deutsche Soldaten. Bis Ende Januar 1942 stand den hohen personellen Verlusten lediglich ein Ersatz (einschließlich der Genesenen) von etwa einer halben Million Mann gegenüber. Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 650 (Beitrag Klink). Vgl. auch das Resümee ebd., S. 651: „Zusammen mit den Ausfällen an Waffen und technischem Gerät zeigte vor allem der Mangel an langgedienten Offizieren und Unteroffizieren, daß der Höhepunkt des an allen Frontabschnitten voll einsatzbereiten und offensivfähigen Heeres überschritten war."

[346] Zur Vorbereitung der „Operation Blau" vgl. DRZW, Bd. 6, S. 761–867 (Beitrag Wegner).

[347] Lediglich die 2. Armee (Weichs), 11. Armee (Manstein), 16. Armee (Busch), 17. Armee (Hoth), 1. Panzerarmee (Kleist) und 3. Panzerarmee (Reinhardt) behielten ihre Oberbefehlshaber.

[348] Von den erwähnten Generalen übernahm Bock mit der Heeresgruppe Süd schon bald wieder ein Kommando an der Ostfront und wird daher in dieser Rechnung ebenso wenig einbezogen wie der hier wegen seiner kurzen Dienstzeit als Oberbefehlshaber vernachlässigte Kübler. Hinzuzuzählen

wissen Verjüngung und Modernisierung dieser Gruppe führte[349], entwickelte sich aus aktuellen Konflikten und war kaum das Resultat einer gezielten nationalsozialistischen Personalpolitik. Zwar war Hitler seit Mitte Dezember 1941 entschlossen, die älteren, teilweise kranken und nach seiner Meinung durch die Krise überforderten Oberbefehlshaber durch jüngere, energischere und fronterprobte Generale zu ersetzen[350], und verlangte nach Generalen, die „eiskalte Hundeschnauzen" waren, „unangenehme Leute, wie ich sie in der Partei habe"[351]. Doch protegierte er bei dem „vielen Personalwechsel", den er bereits am 17. Dezember 1941 angekündigt hatte[352], noch keineswegs regelrechte Günstlinge oder Troupiers, geschweige denn junge Außenseiter oder berufliche Seiteneinsteiger, etwa aus der Polizei oder der Waffen-SS. Noch Monate später stellte das Heerespersonalamt fest, dass „die Forderung des Führers, junge unverbrauchte Führer in die höchsten Führungsstellen zu bringen, bisher nicht in dem gewünschten Umfange erfüllt" worden sei[353].

sind aber Reichenau, der verstarb, und Falkenhorst, der am 27. 12. 1941 wieder als „Wehrmachtsbefehlshaber Norwegen" nach Oslo zurückberufen wurde, während aus den deutschen Truppen an der finnischen Front die 20. Gebirgsarmee (14. 1. 1942) gebildet und General Eduard Dietl anvertraut wurde.

[349] Vgl. die Angaben in Kapitel I,1, und die Tabelle auf S. 22. Gegenüber der Zusammensetzung vom 22. 6. 1941 verjüngte sich die Gruppe der Oberbefehlshaber bis zum 31. 1. 1942 um zwei Jahre von einem Durchschnittsalter von 58 auf 56. Zugleich „modernisierte" sich das Herkunfts- und Bildungsprofil: mehr Bürgerliche, weniger Adelige, mehr zivile, weniger militärische Väterberufe, erstmals auch Abstammung aus den weniger „erwünschten Kreisen", mehr Gymnasialabiturienten, weniger Kadetten.

[350] Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 2, S. 538 (18. 12. 1941): „Auch die einzelnen Armeegruppenführer sind für ihre weitere Aufgabe nicht mehr geeignet. Sie sind, wie der Führer mir mitteilt, alle krank, und zwar an Magen- bzw. Herzleiden. Das ist für die alten Herren bedauerlich, darf aber die Kriegführung nicht beirren in der Vornahme der daraus sich ergebenden Maßnahmen. Rundstedt ist bereits durch Reichenau ersetzt. Bock, der vor allem an schwerer Magenkrankheit leidet, wird in den nächsten Tagen durch Kluge ersetzt werden, und Generalfeldmarschall v. Leeb, der sich verhältnismäßig noch am besten gehalten hat, aber den mit dem Winter steigenden Aufgaben auch nicht gewachsen sein wird, soll durch Generaloberst Busch ersetzt werden. Auch Generaloberst Falkenhorst hat die Führung der Nordfront abgeben und an Dietl abtreten müssen. [...] Kluge ist eine energische Persönlichkeit, ein Führer vom Scheitel bis zur Sohle. Er kommt zwar nicht aus der Generalstabs-Generalität, er ist ein Frontmann. Solche Leute können wir jetzt gebrauchen. Auch Generaloberst Busch ist aus demselben Holz geschnitten: Männer, die Nerven haben und nicht bei der ersten Krise umfallen. Unsere führende Generalität war auch zu alt geworden. Sie stammte zum großen Teil noch aus der Ära Blomberg, die bis zur Stunde noch nicht ganz überwunden ist. Daß Falkenhorst durch Dietl ersetzt wird, kann der Nordfront nur größten Nutzen bringen, denn Dietl ist ein Mann mit Energie, der vor allem eine sehr starke Frontverbundenheit besitzt."

[351] Heims, Monologe, S. 210 (17./18. 1. 1942): „Heute lassen wir die Sowjeteinheiten durchbrechen, ohne uns vom Fleck zu rühren. Hinter unseren Linien werden sie dann vernichtet, oder sie verkommen in den Dörfern, denn es fehlt ihnen an jeder Nachschuborganisation. Dazu braucht man aber Nerven, und, das kann ich offen sagen, mein Herr Vorgänger hat die Nerven dazu nicht gehabt. Die Generäle müssen eiskalte Hundeschnauzen sein, unangenehme Leute, wie ich sie in der Partei habe. Das sind die Soldaten, die man in solcher Lage nötig hat."

[352] Vgl. das Tagebuch Richthofens, 17. 12. 1941, in: BA-MA, N 671/8, über eine Besprechung bei Hitler: „Führer schimpft sehr stark auf für viele Missstände verantwortliche Heeresführer. Ringt stark mit vielem Personalwechsel. [...] Fragt mich um meine Meinung über verschiedene Heeresführer. Mir nicht angenehm, gebe sehr frei Beurteilung unter steter Betonung meiner einseitigen Subjektivität und Schärfe. Führer sagt bei mehreren Leuten: Das sagen die Anderen auch."

[353] Vgl. den Tätigkeitsbericht des Chefs des Heerespersonalamts, 3. 10. 1942, in: Bradley/Schulze-Kossens (Hrsg.), Tätigkeitsbericht, S. 4f. „Wenige Ausnahmen machten: Feldmarschall Rommel, der das Panzer-AOK Afrika mit 51 Jahren führte, Generaloberst Model, AOK 9, mit 51 Jahren, Gen.d.Pz.Tr. Paulus, AOK 6, mit 52 Jahren und Generaloberst Dietl, AOK 20, mit 52 Jahren. Alle

Die neuen Leute Dietl, Heinrici, Lindemann, Model, Paulus, Ruoff und Schmidt standen alle bereits in den fünfziger Jahren ihres Lebens, kamen aus einer jahrzehntelangen konventionellen Offizierskarriere, waren – bis auf Eduard Dietl, der allerdings auch kein typischer Troupier war – aus dem Generalstabsdienst hervorgegangen und hatten sich durch ihre Leistungen empfohlen. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass Dietl dem Diktator nahe stand, Model noch nicht lange ein Korps kommandierte und Paulus keine Erfahrung in der Truppenführung besaß, waren diese Berufungen keine wirklichen Überraschungen. Auch dass Kluge und Küchler mit dem Oberbefehl über Heeresgruppen betraut wurden, war die naheliegende, von ihren Vorgängern Bock und Leeb empfohlene Wahl besonders bewährter und angesehener Armeeführer, die Hitler und seiner Ideologie keineswegs enger verbunden waren als andere nationalkonservative Generale. Besonders bezeichnend war, dass nicht der NSDAP-nahe Frontkämpfer und Pour-le-mérite-Träger des Ersten Weltkriegs Ernst Busch, sondern dessen Konkurrent und Abschnittsnachbar, der konservative Generalstäbler alter Schule Georg v. Küchler den Oberbefehl über die Heeresgruppe Nord übernahm[354].

Eine grundlegende „Elitenmanipulation" durch Hitler lässt sich für diese Zeit ebenso wenig feststellen, wie eine bewusste Lancierung von Troupiers, NS-Sympathisanten oder jungen Generalen in die höchsten Positionen der Truppenführung im Osten[355]. Noch wurde der Weg zu einer neuen, nationalsozialistischen Generalselite nicht eingeschlagen. Hitler setzte weiterhin auf den von ihm beargwöhnten Typus des „Generalstabs-Generals"[356] der älteren Generation. Wenn von den Oberbefehlshabern Anfang Februar 1942 dennoch eine stärkere Unterordnung unter die Befehle der obersten Führung zu erwarten war als von ihren Vorgängern Anfang Dezember 1941, begründete sich dies nicht in einer gezielten Auswahl willfähriger Generale, sondern in der Tatsache, dass die Selbständigkeit

übrigen Armeeführer und Heeresgruppen-Oberbefehlshaber waren 55 Jahre und älter." Doch selbst diese vier Fälle fielen eigentlich weder vom Alter noch von der Karriere her so sehr aus dem Rahmen.

[354] Halder behauptete später gegenüber Küchler, in: H.Gr.Kdo. Nord, KTB Ia, 2. 2. 1942, in: BA-MA, RH 19 III/179, Bl. 17: „Es bestand bei der obersten Führung auch die Tendenz, ihm [Busch] die Führung der H.Gr. zu geben. Nicht zuletzt auf den Einfluß des Chefs des Gen.St.d.H. ist es zurückzuführen, daß die Entscheidung anders fiel." Halder verwies auch auf „gewisse persönliche Bindungen" Hitlers zu Busch (ebd., Bl. 22). Busch war Mitte Januar 1942 der einzige Oberbefehlshaber des Ostheeres, der den Ersten Weltkrieg nicht in den höheren Stäben, sondern durchgehend als Frontoffizier erlebt hatte und zur von Hitler so geschätzten „Frontkämpfergemeinschaft" gezählt werden konnte. Seine Sympathien für den Nationalsozialismus waren bekannt.

[355] Erst nachdem Hitler am 1. 10. 1942 seinem Chefadjutanten Rudolf Schmundt das Heerespersonalamt übertragen hatte, wurde versucht, die Zusammensetzung des Offizierkorps über eine Neuordnung der Beförderung (Leistungsprinzip) im nationalsozialistischen Sinne zu beeinflussen. Vgl. zu dieser „Elitenmanipulation", die sich bis zum Kriegsende – trotz einiger spektakulärer Schnellkarrieren in den letzten Kriegsmonaten – kaum mehr auf die Generalsränge und Spitzenpositionen auswirken konnte, Stumpf, Wehrmacht-Elite, S. 303–348. Vor allem die höchste Truppenführung im Osten blieb bis zuletzt fast ausschließlich eine Domäne traditioneller Generalstabs- und Karriereoffiziere. So weit die strukturelle Entwicklung zum nationalsozialistischen Volksheer sonst auch voranschritt (vgl. dazu Förster, Führerheer; Kroener, Weg): Die Heeresgeneralität rekrutierte sich nach wie vor bevorzugt aus dem Reservoir der Generalstabsoffiziere der Reichswehr. So ist etwa von den 60 Oberbefehlshabern von Heeresgruppen und Armeen an der Ostfront von Juni 1941 bis Mai 1945 überhaupt nur ein einziger aus einer Sonderlaufbahn hervorgegangen: Friedrich Wilhelm Müller, von Januar bis April 1945 Oberbefehlshaber der 4. Armee, der erst 1936 aus dem Polizeidienst ins Heer übernommen worden war.

[356] Vgl. Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 2, S. 538 (18. 12. 1941).

der Frontgeneralität in den Wochen zuvor endgültig und prinzipiell gebrochen worden war. Von nun an war es Hitler, der den Truppenbefehlshabern die Handlungsfreiheit gewähren oder nehmen konnte, je nach seiner Lagebeurteilung. Nach der Winterkrise von 1941/42 glaubte er, in jeder kritischen Situation die Zügel anziehen und den Generalen jeden Schritt vorschreiben zu müssen. Selbst die Oberbefehlshaber von Heeresgruppen und Armeen konnten unter diesen Bedingungen kaum mehr führen, sondern fast nur noch durchführen, kaum mehr selbständig operieren, sondern fast nur noch Befehle umsetzen[357]. Sie degenerierten in ihrem militärisch-professionellen Kernbereich weitgehend zu Handlangern eines offenbar omnipotenten Diktators. Eine schematische Führung von oben drohte das flexible Reagieren vor Ort zu verdrängen. Weichs sprach rückblickend mit Recht von einem „Wendepunkt der deutschen Führungsgrundsätze"[358]: „Das bewährte deutsche Führungs-System bestand in der Auftragserteilung durch die oberste Stelle, die dem Unterführer weitgehende Selbständigkeit in der Ausführung ließ. An Stelle dieses Systems trat nun ein Anordnen von Einzelheiten, welche die oberste Führung gar nicht übersehen konnte, eine dauernde Einmischung in die Maßnahmen aller unterstellter Kommando-Behörden, noch dazu durch einen militärisch ungeschulten, dafür um so eigenwilligeren Dilettanten."

Allerdings darf diese nachträgliche Kritik nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Militärelite den beklagten Verlust zu guten Teilen selbst zuzuschreiben hatte. Die Heeresleitung hatte sich bereits vor dem Eingreifen Hitlers um eine straffe Unterordnung der Truppenführung bemüht, zeigte sich aber durch die Ansprüche des Ostfeldzugs fachlich überfordert, während die höchsten Frontbefehlshaber zu uneinig und konzeptionslos waren, um eine dritte Kraft zu bilden. So hatte Hitler leichtes Spiel, den Oberbefehl über das Heer nicht nur formal zu übernehmen, sondern energisch nach unten durchzusetzen. Der Erfolg schien ihm wieder Recht zu geben. Von einer grundsätzlichen Opposition gegen Hitler konnte trotz aller Konflikte um den „Haltebefehl" keine Rede sein. In dieser Hinsicht war die Winterkrise 1941/42 – entgegen allen späteren Stilisierungen – kein Wendepunkt. Sie bedeutete dennoch einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der deutschen Heeresgeneralität, deren Standort in der nationalsozialistischen Diktatur von einer eigenartigen Mischung aus Ausschaltung und Selbstaufgabe geprägt war.

d. Militärische Verantwortung und Leistung

Das Denken und Handeln der Oberbefehlshaber war – das sei erneut betont – vor allem auf die Ereignisse an der Hauptkampflinie gerichtet. Über 90 Prozent ihrer dienstlichen und privaten Äußerungen bezogen sich auf die taktische und operative Entwicklung in ihrem Befehlsbereich, während logistische Probleme, mehr

[357] In seinem Befehl „Grundsätzliche Aufgaben der Verteidigung", 8. 9. 1942, in: KTB/OKW, Bd. 2/2, S. 1297, bekräftigte Hitler dieses neue Führungsprinzip nochmals: „Grundsätzlich aber hat kein Heeresgruppenführer oder gar Armeeführer überhaupt das Recht, von sich aus eine sogenannte taktische Ausweichbewegung vorzunehmen ohne meine ausdrückliche Genehmigung."

[358] Weichs, Erinnerungen, Bd. 5, in: BA-MA, N 19/9, Bl. 38.

noch besatzungspolitische Fragen und erst recht übergreifende strategische Überlegungen nur eine nachgeordnete Rolle spielten. Die Konzentration auf den militärischen Verlauf entsprach auch dem professionellen Auftrag, der den Truppenführern in besonders hoher Kommandostellung eine besonders große Verantwortung aufbürdete. Hätte man einen dieser Generale in den Jahren des deutsch-sowjetischen Krieges gefragt, nach welchen Kriterien seine Tätigkeit als Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe oder Armee zu bemessen sei, wäre die Antwort wie selbstverständlich gewesen: an der Fähigkeit, die ihm anvertrauten Truppen in den Kampf zu führen und dem Gegner bei geringsten eigenen Verlusten den größten Schaden zuzufügen. Erich Hoepner beschrieb seiner Frau Ende Juli 1941 die Last dieses Anspruchs[359]: „Aber die geistige und seelische Belastung des höheren Führers ist auch groß. Ich leide darunter oft nicht unerheblich. Meine Gedanken arbeiten dauernd an der Doppelaufgabe der operativen und taktischen Führung und dem Streben, die Verluste zu verringern." Ernst Jünger fand eineinhalb Jahre später bei einem Besuch der Kaukasusfront einprägsame Sätze für diesen „ungeheuren Druck"[360]: „Zu Mittag beim Oberbefehlshaber, dem Generaloberst von Kleist, den ich sorgenvoll vor seiner Karte fand. Schön, wie ich so aus dem Trubel des Marktes in das Zentrum der Dinge trat. Die Feldherrnperspektive ist ungemein vereinfacht, doch zugleich dämonisch erhöht. Die Einzelschicksale verschwinden aus der Sicht, doch sind sie geistig gegenwärtig, summieren sich zur Atmosphäre, die ungeheuer drückt."

Nach dem Krieg wurde freilich das Kriterium militärischer Effizienz und der Verantwortung gegenüber den unterstellten Soldaten vorübergehend vom Vorwurf der Beteiligung an Kriegs- und NS-Verbrechen gegen sowjetische Soldaten und Zivilisten verdrängt – besonders während der alliierten Kriegsverbrecherprozesse. Doch schon in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik richtete sich das Interesse wieder auf das Problem der angeblich – nach dem Titel der Memoiren Mansteins – „verlorenen Siege" und auf die bohrende Frage vieler Wehrmachtsangehöriger oder ihrer Hinterbliebenen, warum die deutschen Soldaten vor Moskau, in Stalingrad und anderswo von Hitler und seinen Heerführern „verheizt" worden seien. Erst die jüngere Forschung und öffentliche Diskussion haben die Beurteilung „der" Wehrmacht und ihrer Generalität wieder ganz auf die Untaten der deutschen Besatzungsherrschaft zurückgelenkt. Auch das Wirken eines Generals im deutsch-sowjetischen Krieg wird heute fast ausschließlich danach bewertet, wie viele Kriegsgefangene und Zivilisten in seinem Befehlsbereich verhungert sind oder umgebracht wurden. Dagegen wird nach der militärischen Bewährung und Leistung nicht mehr gefragt[361]. Diese Frage gilt geradezu als inopportun angesichts der Morde und Verbrechen im Besatzungsgebiet der Wehrmacht. Auch in der vorliegenden Studie steht die Verantwortung der Oberbefehlshaber für eine völkerrechtswidrige Kriegführung und Besatzungspolitik im

[359] Hoepner an seine Frau, 29. 7. 1941, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 62. Diese Last verstärkte sich während der Winterkrise noch und verstärkte die einseitige Konzentration auf den militärischen Kernbereich. Vgl. etwa Heinrici an seine Frau, 6. 2. 1942, in: Hürter, General, S. 144: „Ich lebe nur in militärischem Denken. Alles andere scheidet einfach aus."

[360] Tagebuch Jüngers, Vorošilovsk 8. 1. 1943, in: Jünger, Strahlungen I, S. 484.

[361] Eine seltene Ausnahme in der jüngeren Forschung bildet die Studie von Creveld, Kampfkraft.

Mittelpunkt der Betrachtung. Jedoch wäre das Gesamtbild dieser kleinen militärischen Elite ohne die Bewertung ihrer Hauptaufgabe, des Wirkens in ihrem professionellen Kernbereich, mehr als unvollständig.

Nachdem in den letzten Kapiteln die militärischen Operationen an der Ostfront 1941/42 und vor allem die Auseinandersetzungen um die Truppenführung beschrieben wurden, bleibt abschließend und resümierend zu diskutieren, ob die Oberbefehlshaber des Ostheeres – trotz der kleiner werdenden Handlungsspielräume im operativen Bereich – der hohen Verantwortung für ihre Truppen nachkommen und große militärische „Leistungen" erbringen konnten. Das Wort „Verantwortung" war ein Schlüsselbegriff des Offiziersethos und ein wesentlicher Bezugspunkt jeder dienstlichen Beurteilung. Der militärische Führer muss das Leben der ihm unterstellten Soldaten einsetzen. Seine Befehle entscheiden über die Höhe des Risikos und der Verluste. Diese direkte Verantwortung für das Leben und Sterben von Menschen, die von den Fähigkeiten des Offiziers abhängen und ihm vertrauen, wiegt sehr schwer, schwerer noch als die eher abstrakte Verantwortung für das „Vaterland" oder die geringer eingestufte Verantwortung für eine fremde Bevölkerung. In den dramatischen Krisentagen vor Moskau erinnerte Hoepner seinen Vorgesetzten Kluge daran, „daß ich außer der Verantwortung gegenüber der vorgesetzten Dienststelle noch die – vielleicht größere – gegenüber meiner Truppe habe"[362]. Die Oberbefehlshaber von Heeresgruppen und Armeen waren für eine riesige Zahl von Soldaten verantwortlich und wurden dementsprechend mit einer erschütternd hohen Zahl von Gefallenen konfrontiert.

Viele Generale trugen schwer an dieser Bürde. So zeigte sich Reinhardt im August 1941 „tief schmerzlich bewegt, als ich vorgestern Abend vorn auf einem Wege zwischen langen Gräberreihen langfuhr und sah, wie neue Gefallene beerdigt wurden"[363]. „Man muss sich dann manchmal einen Ruck geben, wenn man doch schliesslich derjenige ist, der ein grosses Teil Verantwortung auch für diese Opfer trägt." Auch Rundstedt konnte „manchmal ganz traurig werden", wenn er an die Opfer dachte, für die seine Kriegführung verantwortlich war[364]. In der Winterkrise von 1941/42 wurde diese Verantwortung von einem frontnahen Befehlshaber wie Reinhardt noch stärker empfunden[365]: „Vor mir steht der ganze Druck der Verantwortung für die Opfer, die uns diese so schweren Tage kosten. Ich sehe vor mir die hohläugigen blassen Gesichter meiner Leute heute früh, denen ich Übermenschliches zumuten muss. Verurteilen sie mich?!" Und noch nach dem Krieg drückte diese Last. Weichs wird vor allem an die eigenen Opfer gedacht haben, als er „sich immer wieder mit dem Gefühl etwa nicht voll erfüllter Verantwortung" quälte[366]. Leeb schilderte rückblickend sehr prägnant die große Belas-

[362] Hoepner an seine Frau, 4. 1. 1942, in: Bücheler, Hoepner, S. 167.

[363] Reinhardt an seine Frau, 13. 8. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 9. „‚Über allem der Sieg' ist die Parole, an der wir uns festhalten." Vgl. auch Reinhardt an seine Frau, 1. 10. 1941, ebd., B. 11: „Vor allem grübelt man immer wieder, ob man alles getan hat, seiner Truppe den Weg so leicht wie möglich zu machen. Verantwortung für so viel Menschenleben und für den zu erreichenden Sieg will getragen sein."

[364] Rundstedt an seine Frau, 14. 10. 1941, in: BA-MA, MSg 1/1893.

[365] Reinhardt an seine Frau, 10. 12. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 17.

[366] Sodenstern an Winter, Frankfurt a.M. 19. 8. 1951, in: BA-MA, N 594/8: „Der Anlass zu dem bösen Lungen- und Nervenzusammenbruch scheint nicht zuletzt die Beschäftigung mit seinen Erinne-

tung, dass ihm „Hunderttausende von jungen Soldaten in die Hand gegeben und anvertraut" worden seien[367]: „[Ich] war und ich fühlte mich verantwortlich für alle diese jungen Menschen, meinem Gewissen gegenüber und meinem Vaterlande gegenüber und den Hundertausenden von Müttern gegenüber."

Eng verbunden mit der Verantwortung war ein weiterer Zentralbegriff des Offiziersethos, die „Pflicht". Auch der Anspruch der „Pflichterfüllung" bezog sich nicht nur auf das „Vaterland" und das Staatsoberhaupt, sondern in der Kriegswirklichkeit des militärischen Führers vor allem auf die Fürsorgepflicht und Verantwortung gegenüber den ihm unterstellten Soldaten. Dieses Pflichtbewusstsein war für viele Generale ein Grund, in der Winterkrise – trotz ihrer körperlichen und seelischen Erschöpfung und trotz ihrer Unzufriedenheit über die operativen und taktischen Fesseln – ihre Stellung nicht zu verlassen. Die eigene Ablösung zu provozieren oder zu beantragen, wurde als „Fahnenflucht" empfunden und von den meisten Offizieren gescheut. So schrieb Reinhardt über diesen Zwiespalt zwischen Erbitterung – in diesem Fall über die Führung seines Vorgesetzten Kluge – und Pflichtbewusstsein[368]: „Entweder bin ich ‚Führer', dann soll man mich auch führen lassen, oder wenn meine Einstellung nicht passt, dann soll man sich einen anderen Besseren oder eine Puppe holen, die aus der Hand frisst. Mich krank melden und damit von mir aus nach Hause gehen wollte ich nicht. Dies wäre in meinen Augen Fahnenflucht, die sich von uns keiner und in der jetzigen schweren Zeit erst recht nicht leisten darf!" Auch Hoepner beharrte noch kurz vor dem Eklat seiner Ablösung auf dem Standpunkt[369]: „Je schwerer die Lage wird, um so mehr fühle ich, daß ich hier bleiben muß!" Die Generale, die trotzdem gehen mussten oder wollten, plagte ein schlechtes Gewissen. Bock fragte vor seinem Weggang von der Front besorgt, „ob der Führer dies auch nicht als ein Sitzenlassen in schwerer Stunde auslegt, ich würde sehr viel lieber auf meinem Posten zusammenklappen, als den Vorwurf der ‚Fahnenflucht' auf mich nehmen"[370]. Auch Leeb fiel der Antrag auf Ablösung sehr schwer, „weil ich mich in diesem Augenblick meinem Vaterlande versagt habe, und dieses Vaterland hat mir Hunderttausende von jungen Soldaten in die Hand gegeben"[371].

Die hohe Verantwortung des Oberbefehlshabers für das Leben von vielen Tausend Soldaten setzte auch der Gehorsamspflicht gewisse Grenzen. Es wurde be-

rungen gewesen zu sein, bei deren Bearbeitung er sich immer wieder mit dem Gefühl etwa nicht voll erfüllter Verantwortung belastet."

[367] Aussage Leebs vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 21. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/36, Bl. 2380. Vgl. auch die Aufzeichnung Hermann Leebs über seinen Vater, o.D., in: BA-MA, N 145/6: „Als die größte Tragik seines Berufes bezeichnete er es einmal in einem vertraulichen Gespräch, daß der Heerführer bei jedem seiner Befehle im Kriege wisse, daß seine Anordnungen irgendeine Anzahl von Menschenleben kosten werden."

[368] Reinhardt an seine Frau, 18. 1. 1942, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 20. Vgl. auch schon seinen Brief an seine Frau, 10. 12. 1941, ebd., Bl. 17: „Ich zweifle, ob ich den Befehl noch weiter führen darf, ob nicht ein anderer Besserer an meine Stelle treten muss. Andrerseits halte ich es für Fahnenflucht, jetzt hier die Flinte ins Korn zu werfen, ich muss durchkosten, was uns jetzt beschieden ist." Dass sich seine Erbitterung keineswegs gegen Hitler richtete, zeigte auch der Brief an seine Frau vom 18. 2. 1942, ebd., Bl. 21: „Ich werde weiter mich bemühen, meine Pflicht zu tun, wie es der Führer nun erst recht von mir erwartet, über alle Schwierigkeiten und Ärger hinweg."

[369] Hoepner an seine Frau, 4. 1. 1942, in: Bücheler, Hoepner, S. 167.

[370] Bock, Kriegstagebuch, S. 355 (17. 12. 1941).

[371] Aussage Leebs vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 21. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/36, Bl. 2380.

reits im Zusammenhang mit dem Ethos des Offizierkorps in der Kaiserzeit beschrieben, dass im deutschen Militärwesen traditionell das Verantwortungsbewusstsein und die Selbständigkeit des Kommandeurs nicht allein die flexible Anpassung der Aufträge an die Wirklichkeit der Front (Auftragstaktik), sondern in letzter Konsequenz sogar die Verweigerung von fragwürdigen Befehlen legitimierten[372]. Der Begriff des „absoluten Gehorsams" war den Oberbefehlshabern des Ostheeres von 1941/42, die im Kaiserreich beruflich sozialisiert worden waren, weitgehend fremd. Daher kam es in der dramatischen Krise des Winters zu den geschilderten grundsätzlichen Konflikten einzelner Truppenbefehlshaber mit Hitler, der Heeresleitung und teilweise auch den Heeresgruppenkommandos. Selbstbewusste Generale wie Guderian, Hoepner und Schmidt setzten sich über Befehle hinweg, bestanden auf Handlungsfreiheit und beriefen sich dabei auf die Verantwortung für ihre Soldaten. Dieser Standpunkt wurde auch im Rückblick immer wieder betont, zunächst von Hoepner, der bereits ein Jahr nach seiner Ablösung erneut gegen den „Kadaver-Gehorsam" argumentierte und bekräftigte[373]: „Ein General, dem das Leben von vielen tausenden Deutschen in die Hand gegeben ist, hat dessen Einsatz vor dem ganzen Heere, ja vor seinem Volk zu verantworten. Darin liegt seine Ehre, daß er in solcher Berufsauffassung seine Pflicht tut." Nach dem Krieg erinnerten auch Manstein und andere Generale daran, dass wegen der „höheren Verantwortung, die ein hoher militärischer Befehlshaber trägt", in bestimmten Fällen „höhere militärische Führer einen Befehl nicht oder anders ausgeführt haben"[374]. Das althergebrachte Verständnis deutscher Offiziere von den Grenzen des Gehorsams war in dieser Gruppe noch keineswegs verloren gegangen – auch wenn unter diesen Truppenführern unmittelbar nach der Krise vor Moskau Stimmen laut wurden, die eine halbherzige, latent oppositionelle Ausführung von Befehlen kritisierten und neben das traditionelle „Kämpfen und Gehorchen" den nationalsozialistischen Begriff des „Glaubens" setzen wollten[375].

Die Gewissenkonflikte, die aus dem Widerstreit von Verantwortung und Gehorsam entstanden, bezogen sich in der hier behandelten Phase des Ostfeldzugs allerdings fast allein auf die Führung im taktischen und operativen Bereich. Wenn etwa Guderian im Dezember 1941 gegenüber Kluge feststellte, er führe seine Armee „unter diesen ungewöhnlichen Umständen so, wie ich es vor meinem Gewissen verantworten kann"[376], dann meinte er mit „Gewissen" ausschließlich das Gefühl der Verantwortung gegenüber seinen Truppen. Erst unter dem Rechtfertigungszwang der Nachkriegszeit wurde von einigen Generalen versucht, der militärfachlichen Kritik an Hitlers „Haltebefehl" nachträglich auch eine Spitze gegen das nationalsozialistische Regime und seine Unrechtspolitik zu geben[377]. Davon

[372] Vgl. Kapitel I,1,d.

[373] Aufzeichnung Hoepners, Winter 1942/43, in: BA-MA, N 51/6, Bl. 9. Vgl. auch ebd., Bl. 8: „In der alten Kaiserlichen Armee ist niemals von denkenden Soldaten ein Gehorsam verlangt worden, der die Ausführung eines sinnlosen Befehls forderte."

[374] Aussage Mansteins vor dem Nürnberger Tribunal, 10. 8. 1946, in: IMT, Bd. 20, S. 664. Vgl. die weiteren Beispiele in Kapitel I,1,d.

[375] Weichs (AOK 2, OB) an seine Kommandierenden Generale und Divisionskommandeure, 19. 2. 1942, in: BA-MA, RH 20-2/296.

[376] H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 25. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/122, Bl. 205.

[377] Vgl. etwa die Aussage Leebs vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 21. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/36, Bl. 2374f., der behauptete, sein Rücktrittsgesuch vom Januar 1942 sei „der Ab-

war freilich in der Zeit selbst nichts zu spüren. Wie in den letzten Kapiteln gezeigt wurde, verliefen selbst in den Wintermonaten von 1941/42 die Gräben nicht einseitig zwischen Hitler und der Heeresgeneralität, sondern ebenso zwischen der Heeresleitung und der Truppenführung, ja sogar kreuz und quer zwischen den höchsten Frontbefehlshabern. Und wie noch zu zeigen sein wird, war die Kritik an den politisch-ideologischen und wirtschaftlichen Maßnahmen in der besetzten Sowjetunion noch sehr verhalten. Es ist nicht zu erkennen, dass solche Kritik bei den Auseinandersetzungen um die Operationsführung und bei der Ablösung auch nur eines Oberbefehlshabers an der Ostfront eine Rolle spielte.

Die Bewertung der professionellen Leistung der Oberbefehlshaber hängt eng mit der Verantwortung für die Truppenkörper zusammen, die ihnen anvertraut waren. Es ist bemerkenswert, dass sich einige Generale gegen den Zentralismus erst des OKH, dann des Diktators stellten und um eine gewisse Selbständigkeit der militärischen Führung vor Ort kämpften – besonders während der Krise vor Moskau. Es ist aber ebenso auffällig, dass die Generale, die vor diesen Konflikten mit der obersten Führung zurückschreckten und ihren Posten nicht riskieren wollten, eindeutig in der Mehrheit waren. Die Abwehr der seit Kriegsbeginn schleichenden und sich dann im Ostfeldzug beschleunigenden Entmündigung der Truppenführung hätte eine entschlossene und geschlossene Phalanx wenigstens der wichtigsten Befehlshaber vorausgesetzt. Daran ist aber die Gruppe der Oberbefehlshaber an der Ostfront gescheitert. Sie war trotz aller sozialen und fachlichen Homogenität viel zu uneinig, um für die überkommenen Rechte und Interessen der oberen militärischen Führer gemeinsam einzutreten. So fiel die Entscheidung, ob man – nach den Worten Leebs – den umstrittenen Befehlen Hitlers folgen oder „einen Ungehorsam vor dem Feinde, und wenn man das zu mehreren tat, [...] Meuterei" begehen sollte[378], individuell unterschiedlich, aber insgesamt eindeutig aus. Auch wenn mancher General seiner Verantwortung als Oberbefehlshaber eines Großverbands ohne Scheu vor persönlichen Nachteilen bis zur Befehlsverweigerung nachkam, zeigte die Truppenführung doch im Ganzen zu wenig Resistenz gegen die teilweise realitätsfernen Eingriffe und Bevormundungen der zentralen Instanzen.

Entsprechend klein und kleiner wurden die operativen Spielräume. Die Analyse des militärischen Verlaufs hat gezeigt, dass der Einfluss der Heeresgruppen- und Armeeführer auf die Anlage der Operationen von Beginn des Ostfeldzugs an recht gering war und durch die Zentralisierungsbestrebungen der Heeresleitung immer geringer wurde. Obwohl die operative Führung im deutschen Militärwesen traditionell auch eine Domäne der Oberbefehlshaber an der Front war, konnten die Heerführer im Osten ihre Vorstellungen gegen den in der Ära Brauchitsch höchst selbst- und machtbewussten Generalstabschef Halder sowie gegen den zunächst eher zurückhaltenden Diktator Hitler nur selten durchsetzen. So wollten die höchsten Truppenbefehlshaber der Heeresgruppe Nord Leningrad erobern –

schluß einer langjährigen Entwicklung" gewesen: „Die Gründe für meinen Entschluß lagen in der Gesamtentwicklung des Nationalsozialismus auf inner- und außenpolitischem Gebiet, auf völkerrechtlichem Gebiet, sie lagen in dem Mißtrauen gegen meine Person und sie lagen in den dauernden schweren Fehlentscheidungen Hitlers auf operativem Gebiet."

[378] Ebd.

und durften nicht. So wollten die maßgeblichen Generale der Heeresgruppe Mitte in großen Zangenbewegungen zügig auf Moskau vorgehen – und durften nicht. Außerdem wurde den Heeresgruppenkommandos immer wieder die direkte Befehlsgewalt über die Panzergruppen entzogen. Diese Mediatisierung der wichtigsten operativen Instrumente war eine gezielte Schwächung der höchsten Truppenführung, die nach dem Willen der Heeresleitung ihre alte Selbständigkeit verlieren sollte. Dieser vor allem von Halder initiierte Kurs hatte fatale Folgen. Einerseits wurde die Truppenführung behindert und geschwächt, andererseits gelang es dem OKH aber nicht, alle operativen Fäden in die Hand zu nehmen, da immer auch auf die Vorstellungen Hitlers und des OKW Rücksicht genommen werden musste. Statt eine straffe und einheitliche Führung zu erreichen, wurde das alte Kompetenzgerangel, das die preußisch-deutsche Militärmaschinerie schon lange prägte, lediglich auf die zentralen Instanzen verlagert. Erst der massive Eingriff Hitlers seit Mitte Dezember 1941 sorgte für eine einheitliche, wenn auch nicht weniger problematische Gesamtleitung der Operationen.

Die ersten Opfer der Zentralisierungspolitik, die schließlich Hitler die höchste Kommandogewalt nicht nur nominell, sondern auch tatsächlich in die Hände spielte, waren die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen sowie die Befehlshaber der Panzergruppen. Sie erlebten in den ersten Monaten des Ostfeldzugs einen fortschreitenden militärischen Kompetenzverlust, der im Winter 1941/42 seinen vorläufigen Höhepunkt und Abschluss fand. Ihre Probleme während der großen Krise, mit selbständigen Befehlen und eigenen Entscheidungen der Verantwortung gegenüber ihrer Truppe nachzukommen, waren bezeichnend für ihre Verwandlung von kleinen Feldherren zu funktionalen Befehlsempfängern. Es ist aufschlussreich, dass die Panzergenerale noch am längsten Selbstbewusstsein zeigten und zumindest in der Phase des Vormarsches auch am ehesten operativ führen konnten, während sich die meisten Infanteriegenerale schnell in ihre neue Rolle fügten und auf die taktische Führung beschränken ließen. Das Kommando über motorisierte Großverbände bot natürlich an sich schon größere Möglichkeiten. Allerdings muss gefragt werden, ob die Oberbefehlshaber überhaupt in der Lage gewesen wären, durch eine selbständige Operationsführung der militärischen Entwicklung im Osten einen anderen, besseren Verlauf zu geben. Die wenigen Fälle, in denen sie den Operationen ihren persönlichen Stempel aufdrücken konnten, weisen nicht unbedingt in diese Richtung. Die Entscheidung Fedor v. Bocks für eine Fortsetzung der Offensive auf Moskau führte das Ostheer sogar geradewegs in eine katastrophale Lage.

Überdies ist auffällig, dass sich in unserer Gruppe höchster Truppenführer kaum eigenständige operative, geschweige denn strategische Konzeptionen ausmachen lassen. An brillanten operativen Köpfen fehlte es ganz offensichtlich. Erich v. Manstein war wohl die einzige wirkliche Ausnahme, konnte seine Begabung aber im hier behandelten Zeitraum kaum entfalten. Die Oberbefehlshaber blieben zu sehr auf ihren engen Befehlsbereich fixiert und hatten darüber hinaus höchstens noch den Blick für den – in der Regel eifersüchtig beäugten – Nachbarn sowie den unmittelbaren Vorgesetzten, dem häufig auch die Führungsfehler des OKH oder Hitlers angelastet wurden. Die Perspektive auf die Gesamtanlage der Operationen und überhaupt auf das Ganze dieses Krieges ging immer mehr ver-

loren. Ob dies erst eine Folge der schleichenden Entmündigung durch die oberste Führung war oder schon in grundsätzlichen personellen und strukturellen Schwächen begründet lag, ist schwer zu beurteilen. Jedenfalls hatte die Gruppe der Oberbefehlshaber an der Ostfront wohl nur eine geringe Chance, sich durch ihre militärische Kompetenz und Leistung als eigenständige dritte Kraft neben der Heeresleitung und dem Diktator zu etablieren.

Der Kompetenzverlust im Kernbereich der militärischen Führung war nicht nur auf das Machtbewusstsein der zentralen Instanzen zurückzuführen, sondern zu guten Teilen auch auf die Unfähigkeit dieser Generale, sich ein eigenes Profil und Gewicht als unverzichtbare militärische Institution zu geben. Der eine oder andere erkannte selbstkritisch dieses Versagen, etwa Reinhardt, der am Ende des Jahres 1941 den „Egoismus" sowie die „Gegensätze aus Missgunst und Unkenntnis" als Kardinalsünden der Truppenführung beklagte[379]. Noch schärfer urteilte ein Außenseiter wie der Fliegergeneral Wolfram Frhr. v. Richthofen über die maßgebliche Heeresgeneralität auf dem sowjetischen Kriegsschauplatz[380]: „Was gibt es hier für kleine Geister in großen Stellungen. Erschütternd!" Mit großem Sarkasmus beschrieb er im April 1942 eine „Armeeführerbesprechung" beim Heeresgruppenkommando Mitte[381]: „Niveau einer Lehrer-Konferenz. Unwürdiger Kuhhandel um die herauszulösenden Divisionen. Keiner will irgend eine Verantwortung tragen. Kluge leitet die Besprechung mit dem Prachtsatz ein: ‚Meine Herren, wir sind leider alle gezwungen, Risiken auf uns zu nehmen!' Ein echter Feldherr im Kriege! Ich habe mir als frommer Fähnrich auf [der] Kriegsschule Heerführer stets verd[ammt] anders vorgestellt." Auch Helmuth James v. Moltke, Mitarbeiter im Amt Ausland/Abwehr des OKW und späterer Widerstandskämpfer, beklagte sich während der Winterkrise 1941/42 bitter über die Passivität und Verantwortungslosigkeit der Militärelite[382]: „Sie sind eben keine Feldherrn sondern Techniker, Militärtechniker und das Ganze ist ein gigantisches Verbrechen."

Selbst wenn man solche Urteile über die Heeresgeneralität für überzogen halten mag, muss die Bewertung ihrer militärischen Leistung zwiespältig bleiben. Dies gilt besonders für die höchste Truppenführung an der Ostfront. Wohl kaum eine zweite Streitmacht der Kriegsgeschichte hatte eine so gründlich ausgebildete und fachlich qualifizierte Generalität an ihrer Spitze wie das deutsche Ostheer vom Juni 1941. Und die 25 Oberbefehlshaber des ersten Feldzugsjahres bildeten die Auslese dieser hochwertigen, ganz überwiegend noch konservativ geprägten und in der Kaiserzeit sozialisierten Truppengeneralität. Ihre Leistungen im taktischen Bereich waren meist hervorragend, das heißt sie führten ihre Verbände mit Können und Geschick, teilweise sogar mit Bravour ins Gefecht. In diesem Bereich besaßen sie auch die relativ größten Freiheiten und standen noch lange in der deutschen Tradition der „Auftragstaktik". An manchen Punkten gelang es ihnen sogar, Anlage und Ziel der großräumigen Operationen mitzubestimmen, doch waren

[379] Notizen Reinhardts am Ende seines Tagebuchs von 1941, in: BA-MA, N 245/3, Bl. 20f. „Jeder ist sich selbst der Nächste und hält fest, was er hat."

[380] Tagebuch Richthofens, 21. 2. 1942, in: BA-MA, N 671/9, Bl. 47. Vgl. auch schon den Eintrag vom 22. 10. 1941 nach einem Gespräch mit Generaloberst Adolf Strauß, in: BA-MA, N 671/8, Bl. 111: „Diese Männer haben alle keine Spannkraft mehr. – Es ist zum K.!"

[381] Tagebuch Richthofens, 8. 4. 1942, in: BA-MA, N 671/9, Bl. 61.

[382] Moltke, Briefe, S. 340 (6. 1. 1942).

ihre Möglichkeiten, neben den taktischen auch operative Leistungen zu vollbringen, von Anfang an gering und wurden immer geringer. Der weitgehende Verlust der Eigenständigkeit warf die Oberbefehlshaber auf die taktische Befehlsgebung zurück, so dass sie kaum mehr die operative Kompetenz nachweisen konnten, die ihrer hohen Stellung als Heeresgruppen- und Armeeführer entsprochen hätte. In der Winterkrise ging die Beschränkung ihrer Kompetenz sogar so weit, dass sie auch taktisch teilweise kaum mehr führen konnten und keine Division ohne Genehmigung der obersten Stellen bewegen durften.

Die beschriebene Entwicklung in der ureigensten Domäne der oberen militärischen Führung, der taktisch-operativen Planung und Leitung, war von fundamentaler Bedeutung für die Stellung der Heeresgeneralität insgesamt. Die militärfachliche Kompetenz steht in enger Wechselbeziehung zur politischen und gesellschaftlichen Kompetenz dieser Elite. Nur eine starke Generalität, die sich im Krieg als Schaltzentrum von Feldzügen und Schlachten profiliert, kann auch eine gewisse politische Mitsprache beanspruchen. Die Geschichte der preußisch-deutschen Einigungskriege zeigt dies ebenso wie etwa die des Ersten Weltkriegs. Dass die höchste Truppenführung im Osten bereits nach einem halben Jahr dermaßen in ihrer Kompetenz beschnitten und personell verändert war, musste nicht nur diese überschaubare Gruppe von Generalen schwächen. Die Position der militärischen Elite in der NS-Diktatur war damit überhaupt in Frage gestellt. Diese Konsequenz wurde von der Heeresleitung und ihrem Spiritus rector Franz Halder offenbar völlig verkannt, als sie die Schwächung der Oberbefehlshaber an der Ostfront förderten.

Die Folgen gingen über das rein Militärische hinaus und berührten auch die politischen, wirtschaftlichen, kriegsrechtlichen, ideologischen und moralischen Fragen, die in den kommenden Kapiteln behandelt werden. Schon im taktisch-operativen Kernbereich ihrer Kompetenz gelang es den Oberbefehlshabern insgesamt nicht, ein eigenes Profil gegenüber der obersten Führung zu behaupten. Nicht alle, aber die meisten dieser Generale scheuten bereits hier den Widerspruch, den Konflikt oder gar den Widerstand. Wie war es dann erst mit ihrem Selbstbewusstsein, ihrer Eigenständigkeit und ihrer Konfliktfreudigkeit bestellt, wenn es um Fragen der Besatzungsherrschaft ging, die sie ohnehin nicht als ihre eigentliche Aufgabe betrachteten? Das Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Leben ihrer Soldaten war sehr groß, aber offenbar nicht groß genug, um entschlossen und geschlossen gegen die fragwürdigen Haltebefehle Hitlers zu handeln. Wie weit ging dann ihre Verantwortungsbereitschaft gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen oder den Zivilisten des Besatzungsgebiets? Waren sie bereit, deren Überleben auch gegen die Intentionen der Zentralstellen zu sichern? Selbst wenn man sich – nach Art der älteren „Kriegsgeschichtsschreibung" – ganz auf die operative und taktische Kriegführung konzentrieren würde, könnte die Bilanz für die Gruppe der Oberbefehlshaber nicht positiv ausfallen. Zu groß war schon hier der teilweise selbstverschuldete Verlust von Freiräumen, die ein selbständiges und verantwortliches Handeln gestattet hätten. Das ließ für die Behandlung des Gegners und der Zivilbevölkerung umso weniger erwarten. Davon muss nun die Rede sein.

3. Kombattanten

a. Rotarmisten

Die militärischen Führungsentschlüsse und Operationen lassen – so wichtig sie für das Profil der höchsten Frontgeneralität auch sind – nur wenig vom eigentlichen und besonderen, dem weltanschaulichen Charakter des Ostfeldzugs erkennen. Die von Hitler ausgegebene Parole eines „Vernichtungskampfes" zweier Weltanschauungen betraf nicht nur die vorgesehene Beseitigung der politischen Gegner durch Himmlers Mordkommandos im Rücken der Front. Sie zielte auch auf das Vorgehen der Wehrmacht bei der „Vernichtung" jeglichen bewaffneten Widerstands im Operationsgebiet. Die gegnerischen Kombattanten, ob reguläre oder irreguläre, ob Rotarmisten oder Partisanen, ob Offiziere, einfache „Muschiks" oder Kommissare, ob bewaffnete Kämpfer oder wehrlose Kriegsgefangene, sie alle sahen sich nicht allein mit der berechenbaren militärischen Gewalt einer fremden Kriegsmaschinerie, sondern auch mit der unberechenbaren Brutalität einer rassistischen und menschenverachtenden Ideologie konfrontiert. Die Behandlung des kämpfenden und gefangenen Gegners bildet einen der großen Verbrechenskomplexe deutscher Kriegführung in der Sowjetunion – und dazu einen, der den militärischen Auftrag unmittelbar berührte und für den die Wehrmacht eine besonders große Verantwortung trug.

Schon die Kriegshandlungen zwischen den regulären Truppen auf dem Gefechtsfeld sollten nach den Intentionen Hitlers von ideologischem Rigorismus geprägt sein. Daran ließ er in seiner Ansprache am 30. März 1941 keinen Zweifel, als er vor den Oberbefehlshabern des Ostheeres erklärte, man müsse im Kampf gegen die Rote Armee vom „Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken" und sich mit den Mitteln verteidigen, mit denen man angegriffen werde[1]. Gerade mit Blick auf diese neue Dimension der Kriegführung sollten die Generale „von sich das Opfer verlangen, ihre Bedenken zu überwinden". Die Heeresleitung dachte nicht viel anders. Brauchitsch hatte den Oberbefehlshabern bereits drei Tage vorher signalisiert, dass der Kampf „von Rasse gegen Rasse" und daher „mit nötiger Schärfe" geführt werden müsse[2]. Damit waren die ideologischen Argumente vorgegeben, die in den kommenden Monaten von den höchsten Frontbefehlshabern aufgegriffen und verbreitet wurden. Es wurde bereits beschrieben, welche Stimmung gegen die Rote Armee schon vor dem ersten Schuss herrschte[3]. Das sowjetische Gegenüber galt als hinterhältig, heimtückisch, grausam, fanatisch, asiatisch durchsetzt und jüdisch-bolschewistisch infiltriert. Selbst ältere und

[1] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 336f. (30. 3. 1941). Vgl. das Kapitel „Prolog".
[2] Aufzeichnung Strachwitz' (AOK 18, Ia) über die Besprechung am 27. 3. 1941, in: NA, T 312/805.
[3] Vgl. Kapitel II,1,b.

gemäßigte Offiziere waren der festen Überzeugung, „dass der Russe an sich schon zu Grausamkeiten neigt“[4]. Die Oberbefehlshaber und ihre Kommandobehörden suggerierten ihren Soldaten und sich selbst, dass gegen diesen weder „anständigen“ noch „ritterlichen“ Feind eine besondere Form der Kriegführung notwendig sei, die ihrerseits rücksichtslose Härte über Kriegsrecht und „Ritterlichkeit“ stellte. Die Vorhersage einer „heimtückischen Sowjetkriegführung“ schien die Rechtsbrüche, die am Angriffstag längst vorbereitet waren, von vornherein zu legitimieren und das schlechte Gewissen der traditionsbewussten Militärelite zu entlasten.

Vermutlich waren die Planer und Generale des Ostfeldzugs geradezu erleichtert, als sich die Rote Armee an manchen Orten tatsächlich so verhielt, wie sie es in ihren düsteren Warnungen prophezeit hatten. Diese „self-fulfilling prophecy“ bestärkte und bestätigte die allgemeine Überzeugung, sich in einem besonderen Krieg mit besonderen Mitteln gegen einen besonderen Gegner durchsetzen zu müssen. Der deutsch-sowjetische Krieg wurde von beiden Seiten als beispielloser Kampf jenseits traditioneller Bahnen und rechtlicher Normen aufgefasst und geführt. Selbst der reguläre Kombattant verlor seinen alten Status. Das bekam auch der Aggressor zu spüren. Vom ersten Tag des Ostfeldzugs an wurden deutsche Kriegsgefangene und Verwundete von sowjetischen Truppen misshandelt und ermordet. Solche Untaten, die in den ersten Wochen einige hundert Opfer kosteten und von der „Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts“ im OKW sorgsam registriert wurden[5], sprachen sich schnell herum und leisteten ihren Beitrag zur Brutalisierung dieses Krieges. Die Exzesse von Rotarmisten gegen deutsche Soldaten und die Massenmorde des NKVD an politischen Gefangenen, deren Leichen die vorrückende Wehrmacht in den grenznahen Städten entdeckte[6], waren für die Propaganda ein willkommener Anlass, die Berechtigung dieses „Kreuzzuges“ gegen ein barbarisches Reich und seine grausamen Kämpfer zu unterstreichen. Die deutschen Soldaten ließen sich nun umso leichter davon überzeugen, dass die scharfen Formulierungen in den Befehlen, Aufrufen und Merkblättern nicht übertrieben waren.

Die psychologische Wirkung der sowjetischen Verbrechen auf das deutsche Ostheer war beträchtlich und beschränkte sich keineswegs auf die Landser. Auch die Generale zeigten sich empört, als ihre negativen Erwartungen teilweise bestätigt wurden. Zwar blieb der befürchtete Einsatz von Giftgas aus und ließ sich hinter den einzelnen Kriegsverbrechen an Wehrmachtsangehörigen keine systemati-

[4] So noch die Aussage Leebs vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 20. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/36, S. 2362. Weichs führte in seinen Erinnerungen, Bd. 5, in: BA-MA, N 19/9, Bl. 21, die angebliche „merkwürdige Mischung von Gegensätzen, hemmungsloser Haß und brutale Grausamkeit, andererseits oft Gutmütigkeit, Langmut, Geduld und Leidensfähigkeit, dann rücksichtslose Widersetzlichkeit, Fleiß und Arbeitswilligkeit neben lethargischer Gleichgültigkeit“, u.a. auf die „unglückliche Rassemischung mit asiatischem, mongolischem Blut“ zurück.

[5] Vgl. die Beispiele bei Zayas, Wehrmacht-Untersuchungsstelle, S. 273–307; DRZW, Bd. 4, S. 785 (Beitrag Hoffmann); Seidler, Verbrechen, S. 71–248. Zur Wirkung dieser Verbrechen vgl. DRZW, Bd. 4, S. 1035f. (Beitrag Förster); Musial, Elemente, S. 222–230; Arnold, Wehrmacht, S. 177–181, 197–200. Die Zahl von einigen hundert Fällen ergibt sich aus dem Bericht der Wehrmacht-Untersuchungsstelle „Kriegsverbrechen der russischen Wehrmacht 1941“, November 1941, in: BA-MA, RW 2/147, Bl. 1–100.

[6] Vgl. dazu Musial, Elemente.

sche, von der sowjetischen Führung befohlene Mordpolitik erkennen[7], doch genügten die einzelnen Untaten wie auch der erbitterte Widerstand und Kleinkrieg überrollter sowjetischer Einheiten[8], um sich in die bereits vorher geschürte Antipathie gegen einen angeblich heimtückischen und sadistischen Feind hineinzusteigern. General Reinhardt notierte sich bereits am 22. Juni 1941 das Verdikt „gemeines, heimtückisches Pack" in sein Tagebuch und sah sich drei Tage später mit sowjetischen Gräueln an seinen Soldaten konfrontiert[9]: „Viehische Misshandlung unserer Kradschützen." In diesen Tagen erhielt auch Manstein die Meldung, „daß IR 29 8 [?] Off[iziere] u. 30 Mann, die gestern vermißt waren, verstümmelt aufgefunden hat. Ein *scheußl[icher] Krieg*."[10] Heinrici blickte am 6. Juli auf die ersten Kämpfe zurück[11]: „Teilweise wurde überhaupt kein Pardon mehr gegeben. Der Russe benahm sich viehisch gegen unsere Verwundeten. Nun schlugen u. schossen unsere Leute alles tot, was in brauner Uniform umherlief." Aber nicht nur diese drei Kommandierenden Generale, sondern auch der wichtigste Oberbefehlshaber des Ostheeres, Generalfeldmarschall v. Bock, registrierte die frühe Eskalation des Kampfes auf dem Gefechtsfeld[12]: „Die Truppenkommandeure berichten, daß die Hinterlist der Russen, die so tun, als ob sie sich ergeben, um dann von Neuem zu schießen, unsere Leute so zur Wut gebracht hat, daß sie alles totschlagen, was ihnen in die Quere kommt. Auch über Verstümmelungen deutscher Verwundeter liegen Berichte vor."

Wie stark sich in den ersten Feldzugswochen bei den Truppenführern das schon vorher angelegte Feindbild verfestigte und radikalisierte, zeigen besonders eindrucksvoll die Tagebücher und Briefe General Gotthard Heinricis. Die Rotarmisten, von denen manche „mehr wie Chinesen als wie Russen aussehen" – der Topos des zähen und grausamen Asiaten zieht sich wie ein roter Faden durch die deutschen Papiere –, sind für ihn „verschlagen", „hintertückisch" und „hinterlistig"[13].

[7] Zu den wiederholten Bemühungen der Führung der Roten Armee, die Ermordung und Misshandlung deutscher Kriegsgefangener durch ihre Truppen zu unterbinden, vgl. DRZW, Bd. 4, S. 785–787 (Beitrag Hoffmann).

[8] Vgl. schon das Feindnachrichtenblatt Nr. 1 des AOK 6 (Ic/AO, Nr. 2248/41 geh., gez. Heim), 25. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/489, Bl. 261: „Hinterlistige Kampfweise der Roten durch Meldungen mehrfach erwiesen. Verwundete griffen wieder zu den Waffen. Scheinbar Tote schossen der vorrückenden Truppe in den Rücken."

[9] Tagebuch Reinhardts, 22. 6. bzw. 25. 6. 1941, in: BA-MA, N 245/3, Bl. 2.

[10] Tagebuch Mansteins, 29. 6. 1941, in Privatbesitz.

[11] Heinrici an seine Frau, 6. 7. 1941, in: Hürter, General, S. 65.

[12] Bock, Kriegstagebuch, S. 204 (30. 6. 1941).

[13] Heinrici an seine Familie, 24. 6. 1941, in: Hürter, General, S. 63; Heinrici an seine Familie, 23. 6. 1941, ebd., S. 62f.; Heinrici an seine Frau, 22. 7. 1941, ebd., S. 70. Der Topos des Asiaten wurde nicht nur in den Privatbriefen (vgl. auch Hoepner an seine Frau, 23. 6. 1941, in: BA-MA, N 51/9, über den „wilden Eindruck" gefangener Kaukasier: „gelblich-braun, Schlitzaugen, breite, derbe Schädel, kurz geschoren, kräftige, sehnige Körper"; Kluge an seine Frau, 12. 7. 1941, in: BA-MA, MSg 1/534: „Aber diese Asiaten leben unter Umständen tagelang von Sand und Erde."), sondern auch in den militärischen Dienstakten immer wieder aufgegriffen, vgl. etwa AOK 6, KTB Ia, 6. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/87: „Der Feind, in der Hauptsache Reste der 124. russischen Schützen-Division (zahlreiche Ostasiaten) beherrscht diesen Kleinkrieg und Waldkampf in meisterhafter Weise. Er kämpft mit außerordentlicher Schärfe und unter Anwendung grausamster Methoden (Niedermetzelung überraschter Sicherungen, zu Tode quälen von Gefangenen usw.)." AOK 9, KTB Ia, 5. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20–9/12: Der „sture Russe" wehre sich „mit einer nur dem Asiaten eigenen Mischung von Stumpfheit und Fanatismus". „Es ist eine Tragik des Weltgeschehens, daß wir diesem tierischen asiatischen Massenprodukt Mensch den wertvollsten und befähigtsten Kulturschöpfer dieser Erde Mann gegen Mann entgegensetzen müssen."

„Statt sich zu ergeben, schießen sie nun hinterrücks auf jeden Deutschen", empörte sich Heinrici am 4. Juli 1941 über die sowjetischen Soldaten[14]: „Das fordert natürlich wieder unsererseits Gegenmaßnahmen heraus, die hart sind. So steigern sich beide Parteien gegenseitig empor, mit der Folge, daß Hekatomben von Menschenopfern gebracht werden." Die von ihm gerechtfertigte oder zumindest geduldete Reaktion seiner Soldaten auf den Kampf aus dem Hinterhalt und die Verbrechen an Kriegsgefangenen war, dass sie ihre Gegner auf dem Gefechtsfeld „ohne Gnade" niedermachten, totschlugen und erschossen[15]. Eine Kritik an dieser gnadenlosen Kampfführung deutscher Einheiten oder den Hinweis auf eigene Bemühungen, die Landser von überzogenen Racheakten abzuhalten, sucht man in diesen Dokumenten vergebens. Stattdessen beschrieb Heinrici resignierend und achselzuckend eine neue Form des Krieges, mit dessen Auswüchsen er und die meisten seiner Kameraden sich sehr schnell abfanden. So wurde nurmehr das festgestellt, was man schon vorher gewusst hatte[16]: „Kein Feldzug bisher ist mit dem jetzigen zu vergleichen."

Bereits in der ersten Phase des „Unternehmen Barbarossa" eskalierte die gegenseitige Gewalt so sehr, dass vom soldatischen Ethos der „Ritterlichkeit" und der Achtung gegenüber dem Gegner nicht mehr viel übrig blieb. Das Verhältnis von Aktion und Reaktion, von Verbrechen und Vergeltung in dieser Spirale der Gewalt lässt sich nicht mehr entwirren, zu erbittert wurde der „Vernichtungskrieg" zwischen zwei totalitären Staaten geführt. Die Befehle und Merkblätter der deutschen Heeresleitung und Truppenführung hatten bereits vor Einsetzen der nationalsozialistischen Propaganda eine gereizte Stimmung erzeugt, die sich in der harten Wirklichkeit des Krieges entlud. Umso schneller sprachen sich die sowjetischen Gräueltaten und Hinterhalte herum, und umso leichter ließen sich deutsche Truppen ihrerseits zu einer unbarmherzigen und grausamen Behandlung des Gegners auf dem Schlachtfeld verleiten. Es waren keineswegs nur die Kommissare der Roten Armee, die nach dem Waffenstrecken ermordet wurden. Immer wieder wurden „keine Gefangenen" gemacht und „kein Pardon" gegeben. Die Zahl der deutschen Kriegsverbrechen an der Hauptkampflinie ist nicht bekannt und wohl auch nicht zu bestimmen. Doch legen die zahlreichen Hinweise in den Militärakten nahe, dass die deutschen Völkerrechtsverletzungen im und unmittelbar nach dem Gefecht kaum seltener waren als die sowjetischen[17]. Das „Niedermachen" wehrloser Soldaten teils aus ideologischem Hass, teils aus Rache für misshandelte Kameraden, teils aus dem Affekt der erbitterten Kämpfe gehörte auf beiden Seiten zum Alltag dieses Krieges.

[14] Heinrici an seine Familie, 4. 7. 1941, in: Hürter, General, S. 64.

[15] Heinrici an seine Familie, 23. 6. 1941, ebd., S. 63 (Zitat); Heinrici an seine Frau, 6. 7. 1941, ebd., S. 65; Heinrici an seine Frau, 22. 7. 1941, ebd., S. 70.

[16] Ebd., als Resümee der Beobachtung: „Dabei sind die Kämpfe alle besonders hinterlistig vom Russen geführt. Sie werfen sich in den Kornfeldern hin, stellen sich tot und schießen dann von hinten auf unsere Leute. Die machen sie dann erbittert nieder."

[17] Vgl. die Beispiele bei Gerlach, Morde, S. 774–777. Vgl. auch die – allerdings sehr undifferenzierte – Darstellung dieses bisher vernachlässigten Verbrechenskomplexes von Bartov, Wehrmacht, S. 127–138. Die Behauptung, dass die wahllosen Erschießungen durch die Truppe „im Ostheer weiter verbreitet als in jeder anderen Armee im Zweiten Weltkrieg" gewesen seien (ebd., S. 134), müsste besser belegt werden.

Nur die wenigsten Befehlshaber versuchten, die spontanen Vergeltungsakte und Verbrechen deutscher Soldaten an Rotarmisten zu unterbinden. Zu selten waren eindeutige Befehle wie jener des Kommandierenden Generals des XXXXVII. Armeekorps (mot.), Joachim Lemelsen, der die wiederholten „Erschießungen von Gefangenen, Überläufern und Deserteuren" als das bezeichnete, was sie waren, als Verbrechen und Mord[18]. Weit weniger deutlich und nicht moralisch, sondern pragmatisch argumentierte der Oberbefehlshaber der 4. Armee, Generalfeldmarschall Günther v. Kluge[19]: „Der Russe als stumpfer Halbasiat glaubt dem eingetrichterten Grundsatz seiner Kommissare, dass er bei etwaiger Gefangennahme erschossen wird. Das ist der hauptsächliche Grund dafür, dass er sich nicht gefangen gibt." Um die deutsche Flugblattpropaganda „nicht ins Gegenteil zu verdrehen, ist es notwendig, dass Rote *Soldaten*, die sich ergeben und womöglich das Flugblatt zeigen, als *Kriegsgefangene* behandelt werden". „Notwendige *Vollstreckungen*" – Kluge spielt hier auf den Vollzug des Kommissarbefehls an – seien daher so durchzuführen, dass sie von anderen Gefangenen und von Zivilisten nicht bemerkt würden.

Solche, im Fall Kluges ohnehin nur zaghaften, Bemühungen um eine Deeskalation waren die Ausnahme. Von den übrigen Oberbefehlshabern der Heeresgruppen und Armeen ist ein energisches Einschreiten gegen diese verbrecherische Variante disziplinarischen Verfalls nicht überliefert. Die Regel war ein verantwortungsloses Geschehenlassen und Hinnehmen, wie es auch in den privaten Aufzeichnungen Bocks und Heinricis zum Ausdruck kam. Die Empörung über die Völkerrechtsverletzungen der Roten Armee war beim Feldmarschall wie beim Landser so groß, dass die Skrupel schwanden – in der Generalität vor allem auch die Skrupel gegenüber dem von vornherein rechtswidrigen Charakter der deutschen Kriegführung. Die höchsten Kommandobehörden griffen die Gräuelmeldungen geradezu begierig auf und reichten sie an die Propagandastellen weiter[20]. Das festigte das Feindbild und schürte den Hass, besonders in den ersten Wochen, in denen die wilden Erschießungen von Gefangenen wohl am häufigsten vorkamen. Wieder waren es nur wenige Generale, die gegen die propagandistische Ausschlachtung der sowjetischen Gräuel Einwände hatten. Erich v. Manstein fand es „schlimm genug, daß die Propaganda-Affen sowas verbreiten"[21], und meinte an

[18] Befehl Lemelsens, 30. 6. 1941, in: BA-MA, RH 27–18/175. Immer wieder würden „Erschießungen von Gefangenen, Überläufern und Deserteuren festgestellt, die in unverantwortlicher, sinnloser und verbrecherischer Weise stattfinden. Das ist Mord!" Der Befehl richtete sich allerdings nur gegen diese Disziplinlosigkeiten, während er zugleich die Erschießung der Kommissare bekräftigte, die aber „abseits" und „ausschließlich auf Befehl eines Offiziers" durchzuführen seien. Das „rücksichtslose Vorgehen gegen den Bolschewismus (politische Kommissare) und jedes Freischärlertum" sollte in geordneten Bahnen erfolgen. Vgl. Buchbender, Erz, S. 104f.; Bartov, Wehrmacht, S. 133; DRZW, Bd. 4, S. 1069 (Beitrag Förster).

[19] Armeebefehl Kluges „Barbarossa Nr. 4" (AOK 4, Ia, Nr. 2608/41 geh.), 1. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–2/1433. Wenige Tage zuvor, am 28. 6. 1941, war auch Kluge von seinem Ic-Offizier „auf die hinterhältige Kampfesweise der Russen u. die gemeldeten Fälle schwerer Verstümmelungen, und auf das entsprechende Verhalten unserer Truppen" hingewiesen worden. Vgl. AOK 4, Tätigkeitsbericht Ic, 28. 6. 1941, über einen Vortrag bei Kluge um 19.30 Uhr, in: BA-MA, RH 20–4/671, Bl. 12f.

[20] Vgl. etwa das Schreiben Hünersdorffs, des Generalstabschefs der Panzergruppe 3, an die Propagandastelle des OKW, 13. 7. 1941, über die Ermordung von 70 deutschen Gefangenen, in: BA-MA, RH 21–3/437.

[21] Manstein an seine Frau, 10. 7. 1941, in Privatbesitz, mit der Kritik an einem Bekannten: „Brief mit

anderer Stelle[22]: „Unsere Propaganda malt die Russen natürlich Schwarz in Schwarz. Tatsache ist, daß sie auch nicht immer so grausig sind. Gestern kam hier bei uns ein deutscher Soldat durch, den sie gefangen hatten u. der anständig behandelt wurde bis er auskniff." Diese differenzierte Meinung blieb zunächst ein Einzelfall.

Nicht jede Frontdienststelle beließ es dabei, die spontanen Rachetaten der Truppe lediglich passiv zu dulden. Bereits in den ersten Feldzugstagen wurden systematische Vergeltungsmaßnahmen angeregt. So befahl Generaloberst Adolf Strauß Ende Juni seiner 9. Armee, „daß in jedem künftig bekannt werdenden Fall der Mißhandlung deutscher Gefangener die zehnfache Anzahl russischer Gefangener – möglichst Offiziere – zu erschießen sind"[23]. Diese fragwürdige Art der Vergeltung wurde auf den Prüfstand gestellt, als das Oberkommando der 6. Armee dem OKH am 2. Juli 1941 vorschlug, gefangene sowjetische Offiziere standrechtlich erschießen zu lassen[24]. Generalfeldmarschall v. Reichenau unterzeichnete „im Namen der Deutschen Wehrmacht" bereits die Todesurteile gegen Offiziere der 124. Schützen-Division, deren Untergebene beschuldigt wurden, „planmäßig deutsche Soldaten aller Dienstgrade, die verwundet oder unverwundet in ihre Hände fielen, in bisher unvorstellbar grausamer und tierischer Weise mißhandelt, gequält, verstümmelt und ermordet" zu haben[25]. Die von Reichenau angestrebte „rasche, harte und gerechte Sühne" durch die Hinrichtung „der für die Greueltaten verantwortlichen Offiziere" fand aber nicht die Zustimmung Brauchitschs, der sich „von der Erschießung selbst einer Vielzahl Kriegsgefangener gegen den *Russen* – anders als bei den Westmächten – keinen Erfolg" versprach und befürchtete, „daß dadurch vielmehr eine zunehmende Erbitterung der Kämpfe eintritt"[26]. Diese Stellungnahme ging nicht nur an das Armeeoberkommando 6, sondern an alle Heeresgruppen, Armeen und Panzergruppen im Osten. Bei den wiederholten Anfragen unterstellter Verbände konnten und mussten sich die Oberkommandos auf die Richtlinien Brauchitschs beziehen, so dass von offiziellen Vergeltungsmaßnahmen gegen Rotarmisten fortan offenbar eher abgesehen wurde[27], obwohl der Oberbefehlshaber des Heeres die Gefangenenerschießungen nicht ausdrücklich verboten hatte.

den Russen Greuln ist bodenlos dumm und wenig zartfühlend. Wenn auch solche Dinge vorkommen mögen, so schreibt man sie doch nicht nach Hause."

22 Manstein an seine Frau, 30. 7. 1941, in Privatbesitz.

23 Dieser Befehl ist erwähnt in: Gen.Kdo. VI. A.K., Korpsbefehl Nr. 19 (Ia, Nr. 860/41 g.), 1. 7. 1941, in: BA-MA, RH 24–6/34b, Bl. 112. „Die erforderlichen Vollzugsanordnungen treffen *von Fall zu Fall* die Div.-Kdeure." Den Hinweis auf dieses Dokument verdanke ich Felix Römer, Freiburg i.Br.

24 OKH (General z.b.V. beim OB.d.H, Az. 454 Gr.R.Wes., Nr. 1215/41 geh., gez. Müller) an AOK 6, 9. 7. 1941, mit Bezug auf die Anfrage des AOK 6 (Ic/AO z.b.V.) vom 2. 7. 1941, in: BA-MA, RH 21–2/639.

25 Urteil Reichenaus gegen Major Piotr Matwijewitsch vom 781. Schützen-Regiment der 124. Schützen-Division, mit Sichtvermerk vom 5. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/489, Bl. 128. Der Name wurde handschriftlich eingefügt, so dass der Vordruck des Urteils offenbar für mehrere Offiziere verwendet wurde. Vgl. auch DRZW, Bd. 4, S. 1035 (Beitrag Förster). Ob die Urteile bereits vor Eintreffen der Stellungnahme Brauchitschs vollstreckt oder aber wegen dieses Einwands aufgehoben wurden, ist nicht bekannt.

26 OKH (General z.b.V. beim OB.d.H, Az. 454 Gr.R.Wes., Nr. 1215/41 geh., gez. Müller) an AOK 6, 9. 7. 1941, in: BA-MA, RH 21–2/639.

27 Vgl. etwa das Feindnachrichtenblatt Nr. 14 des Pz.Gr.Kdo. 3 (Ic, gez. Hünersdorff), 13. 7. 1941, in:

Doch auch ohne die gezielte Vergeltung, die sich einige Truppenführer wünschten, war es längst zur von Brauchitsch befürchteten „Erbitterung der Kämpfe" gekommen. Auf den Schlachtfeldern der Sowjetunion lag bei beiden Kontrahenten, sowohl bei den Rotarmisten als auch bei den Wehrmachtssoldaten, der Finger viel lockerer am Abzug als im Westen. Das kostete vielen tausend wehrlosen und gefangenen Soldaten bereits in der Gefechtszone das Leben. Die Ursache dieser Kriegsverbrechen ist einmal in der ideologischen Aufhetzung zu suchen, mit denen die Soldaten beider Seiten in den Kampf zogen. Die deutsche Truppenführung beteiligte sich daran, das hasserfüllte Feindbild zu fördern. Als weitere Faktoren kamen die große Härte der Kämpfe, die von vornherein den Charakter einer Entscheidungsschlacht trugen, sowie die Spirale von verbrecherischer Aktion und verbrecherischer Reaktion hinzu. Auch hier machte sich die höchste Frontgeneralität mitschuldig, indem sie die Dinge weitgehend laufen ließ, anstatt mäßigend einzugreifen. Und noch für einen weiteren Schritt zur Radikalisierung zeichnete nicht nur die Heeresleitung, sondern auch die Truppenführung verantwortlich: für die Aufweichung, ja teilweise Aufhebung des Kombattantenstatus.

Dies traf zunächst, wenn auch nur für wenige Tage, die weiblichen Soldaten der Roten Armee. Die Beteiligung uniformierter Frauen am Kampf war ein Phänomen[28], das nicht in die militärische Vorstellungswelt der Wehrmacht und ihrer Generale passte. Erstaunt und angewidert registrierten die Truppenführer, dass wiederholt „Frauen im Kampf festgestellt" worden seien[29], ja dass die Rote Armee ganze Frauen-Bataillone einsetzte[30]: „Es sollen fürchterliche Weiber sein!" Man war zunächst nicht bereit, diese „fürchterlichen Weiber" als reguläre Kombattanten anzuerkennen. Kluge ging sogar so weit, für den Bereich seiner 4. Armee am 29. Juni 1941 kategorisch zu befehlen[31]: „*Frauen in Uniform* sind zu erschiessen." Man muss vermuten, dass er damit lediglich eine in den ersten Kampftagen verbreitete Praxis festschrieb. Die Willkür im Verhalten gegen die Rotarmistinnen nötigte das OKH sehr bald zur Weisung, dass „*uniformierte Frauen*, die bewaffnet oder unbewaffnet ergriffen werden, als *Kriegsgefangene* zu behandeln" seien. Das Oberkommando der 4. Armee musste daher seine „irrtümliche frühere Wei-

NA, T 313/254 (2). Als das Generalkommando des XXXXIX. A.K. dem AOK 17 vorschlug, „als Repressalie für ermordete deutsche Verwundete gefangene Generale zu erschiessen und Erschiessung durch Flugblätter der Sowjetarmee bekannt zu geben", lehnte der Armeeoberbefehlshaber dies ab, da er die „zähe russ. Gegenwehr unter anderem besonders auf Angst vor Erschiessen" zurückführte. Fernschreiben Stülpnagels (AOK 17, Ic/AO) an Gen.Kdo. XXXXIX. A.K., 12. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20–17/276.

[28] Vgl. Erickson, Women; Pennington, Women; Seidler, Frauen, S. 352–359. Die Rote Armee setzte Frauen in nahezu allen Bereichen der Kriegführung ein, zu Beginn des Krieges noch in überschaubarer, im weiteren Verlauf in großer Zahl, insgesamt etwa eine Million, die Hälfte von ihnen direkt an der Front. Besonders gefürchtet waren die weiblichen Scharfschützen, die häufig aus der Wehrsportorganisation „Osoaviachim" hervorgingen und sowohl an der Front als auch im Partisanenkrieg eingesetzt wurden. Diese „Flintenweiber" wurden von der Wehrmacht mit besonderer Erbitterung bekämpft.

[29] Bock, Kriegstagebuch, S. 197 (23. 6. 1941).

[30] Reinhardt an seine Frau, 18. 7. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 8. Der Einsatz eines „Frauen-Bataillons" im Bereich der Heeresgruppe Nord zu dieser Zeit ist allerdings höchst zweifelhaft. Vgl. Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 299f., Anm. 158.

[31] Armeebefehl Kluges „Barbarossa Nr. 3" (AOK 4, Ia, Nr. 2382/41 geh.), 29. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20–4/878.

sung" schon am 1. Juli wieder aufheben[32]. Wie viele weibliche Soldaten inzwischen allein von der 4. Armee nach der Gefangennahme erschossen worden waren, ist unbekannt. Die Verbreitung der OKH-Weisung auch bei den anderen Armeen zeigt den Klärungsbedarf[33]. Der ungewöhnliche Zustand, gegen Frauen in Uniform zu kämpfen, erschien so jenseits der Normalität, dass viele deutsche Offiziere und Soldaten glaubten, dieser Gruppe von Gegnern erst recht keine Achtung entgegenbringen zu müssen.

Wenn auch den weiblichen Kämpfern der Roten Armee nach einigen Tagen widerwillig der Kombattantenstatus zugesprochen wurde, unterstreicht dieses Beispiel doch, wie sehr die Behandlung der Rotarmisten schon bei der Gefangennahme von der Willkür der deutschen Soldaten und Kommandobehörden abhing. Der reguläre Angehörige der feindlichen Streitmacht stand nicht mehr ohne weiteres unter dem Schutz von Recht und Tradition. Besonders gravierend war, dass die Unterschiede zwischen Rotarmisten und „Freischärlern" verwischt wurden, um das brutale Vorgehen der eigenen Soldaten zu rechtfertigen. Dass im Gefecht die „hinterlistige Kampfweise" des Gegners die härtesten Gegenmaßnahmen provozierte und vor allem „Heckenschützen", mochten sie nun Uniform tragen oder nicht, kein Pardon gegeben wurde, galt nahezu als selbstverständlich. Noch schneller wurde man in den rückwärtigen Gebieten vom Kombattanten zum Freischärler. Schon Hitlers Kriegsgerichtsbarkeitserlass und seine Interpretation durch die Heeresleitung hatten zur Erweiterung des Freischärlerbegriffs geführt. Durch diese Richtlinien erhielt das Ostheer von vornherein den Freibrief, nahezu jeden verdächtigen Zivilisten als Freischärler zu erschießen[34]. Zum potentiellen Widerstand der Zivilbevölkerung kam dann in der Praxis des Ostkriegs ein weiteres Sicherheitsproblem, das der Wehrmacht ein willkommenes Argument gab, auch Angehörige der Roten Armee als Freischärler zu behandeln: der potentielle Widerstand versprengter Rotarmisten.

Die Durchbruchsschlachten und schnellen Panzerraids führten dazu, dass die sowjetischen Verbände überrollt, aufgelöst und zersplittert wurden. Tausende von großen, mittleren, kleinen und kleinsten Gruppen von Rotarmisten flüchteten sich in die abgelegenen Gebiete zwischen den deutschen Vormarschstraßen. Von dort aus setzten sie entweder den militärischen Kampf fort oder versuchten sich in Zivil in ihre Heimat durchzuschlagen. Der deutschen Truppenführung war diese unübersichtliche Lage im Hinterland ein Graus. „Überall in den großen Wäldern, in den zahllosen Gehöften sitzen verlorene Soldaten, die oft genug hinterrücks schießen"[35], lauteten die Klagen der Generale angesichts der zahllosen „Versprengten und Flüchtlinge, teils mit teils ohne Waffen, die eine ausgesprochene Gefahr sind"[36]. Nach der ersten Woche des Feldzugs wies das Oberkommando

[32] Befehl des AOK 4 (Ia, Nr. 2612/41 geh., gez. Blumentritt), 1. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–2/1433. Dort auch der Text der vorstehend zitierten OKH-Weisung.

[33] Vgl. etwa das Feindnachrichtenblatt Nr. 11 des Pz.Gr.Kdo. 3 (Ic, Nr. 760/41 geh., gez. Hünersdorff), 6. 7. 1941, in: NA, T 313/254 (2); Befehl des AOK 17 (Ic/AO), 8. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–17/276.

[34] Vgl. Kapitel II,1,d.

[35] Heinrici an seine Familie, 23. 6. 1941, in: Hürter, General, S. 62.

[36] Heinrici an seine Frau, 6. 7. 1941, ebd., S. 65. „Man kann Divisionen hindurchschicken, und trotzdem entgehen in diesen ungangbaren Gebieten 10000sende der Gefangennahme." Vgl. auch Bock,

der Heeresgruppe Mitte auf die „große Gefahr" hin, die daraus erwuchs, dass sich die Feindkräfte auf dem sowjetischen Kriegsschauplatz anders als im Westen und in Polen nicht „zu nahezu 100% als willige Gefangenenmassen" ergaben, sondern sich in sehr großer Zahl „in den Wäldern, in Getreidefeldern, in Sümpfen usw." versteckten[37]. „Hierbei werden sich sogar ganze Abteilungen mit Waffen noch eine Zeitlang als für das rückwärtige Gebiet nicht ungefährliche Partisanenbanden halten. Ein großer Teil des Feindes läuft auch in Zivil oder Halbzivil im Lande herum und wird noch wochenlang ein Plünderer- und Wegelagererunwesen treiben."

Dieser Gefahr versuchten die deutschen Verbände, wie in diesem Feldzug nicht anders zu erwarten, mit äußerst harten und kriegsrechtlich fragwürdigen Mitteln zu begegnen – auch wenn manch einer bald erkannte, dass die meisten versprengten Rotarmisten alles andere als gefährlich waren[38]. Vom ersten Tag an war es gängige Praxis, sowjetische Soldaten, die in Zivil aufgegriffen wurden und noch eine Waffe – und sei es ein Rasiermesser – bei sich hatten, sofort zu erschießen. Die OKH-Weisung, uniformierte Frauen als reguläre Kombattanten zu behandeln, hatte den bezeichnenden Zusatz, „auf *nicht*-uniformierte Frauen, die Waffen tragen, die Grundsätze über *Freischärlerei*" anzuwenden[39]. Über die Behandlung von Soldaten und Soldatinnen in Zivil – ob in Waffenbesitz oder nicht – gab es dennoch unterschiedliche Auffassungen. Das von vornherein zu jeder Härte entschlossene Oberkommando der 6. Armee befahl kategorisch[40]: „*Soldaten in Zivil*, meist schon erkenntlich an kurz geschnittenem Haar, sind nach Feststellung, daß sie rote Soldaten sind, zu erschießen. (Ausnahme Überläufer!)" Bei versprengten Rotarmisten in Zivilkleidern sollte im Befehlsbereich Reichenaus demnach noch nicht einmal mehr berücksichtigt werden, ob sie Waffen trugen und weiter gegen die Wehrmacht kämpften oder lediglich waffenlos nach Hause gelangen wollten[41]. Dagegen war das Kommando der Panzergruppe 3 bereit, die Entscheidung über Tod oder Gefangenschaft wenigstens von einer gewissen Überprüfung der ergriffenen Person abhängig zu machen. Nach einem Befehl Hermann Hoths sollten Zivilisten, bei denen „der Beweis oder der begründete Verdacht vorliegt, daß es sich um Soldaten handelt, die zu Spionage- oder Sabotagezwecken eingesetzt sind, oder um solche, die in Zivil Maßnahmen gegen die deutsche Wehrmacht unterstützt oder durchgeführt haben", nach Absonderung auf Befehl eines Offiziers er-

Kriegstagebuch, S. 202 (28. 6. 1941): „Tausende von russischen Soldaten sitzen in den Wäldern, auch weit hinter unserer Front, zum Teil in Zivil. Allmählich kommen sie heraus, wenn sie Hunger haben. Sie alle zu erfassen, ist aber bei der ungeheuren Weite des Raumes unmöglich."

[37] H.Gr.Kdo. Mitte (Ia, Nr. 86/41 g.Kdos., gez. Greiffenberg) an OKH, 29. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20–4/174.

[38] Vgl. etwa Heinrici an seine Frau, 8. 7. 1941, in: Hürter, General, S. 67: „Die russischen versprengten Soldaten wollen auch nicht anderes, als in Civil ihre Heimat erreichen u. wieder Bauern sein. Sie wollen nicht als Gefangene nach Deutschland und wollen auch vom Krieg nichts mehr wissen."

[39] Zitiert im Befehl des AOK 4 (Ia, Nr. 2612/41 geh., gez. Blumentritt), 1. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–2/1433.

[40] Führungsanordnungen Nr. 13 des AOK 6 (Ia, Az. 15 Nr. 1814/41 geh.), 10. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2027. Dieser von Generalstabschef Heim unterzeichnete Befehl war charakteristisch für die radikale Haltung dieses Armeeoberkommandos unter der Führung Reichenaus.

[41] Darauf deutet auch noch AOK 6, KTB Ia, 27. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/119: „Der gesamte bisherige Kampfraum ist noch durchsetzt mit einzelnen geflohenen Soldaten, die von der Truppe durch Jagd- und Säuberungskommandos unschädlich gemacht werden."

schossen werden[42]. Generaloberst v. Weichs, der Oberbefehlshaber der 2. Armee, befahl sogar nur, Soldaten in Zivil festzunehmen und in den Gefangenen-Sammelstellen abzuliefern[43].

Das Oberkommando der wichtigsten, der 4. Armee vertrat eine mittlere Linie zwischen diesen Extremen einer radikalen und einer noch vergleichsweise milden Haltung gegenüber Rotarmisten, die hinter der Front aufgegriffen wurden. Am 29. Juni 1941 befahl Kluge, unbewaffnete Soldaten in Zivil wie Kriegsgefangene zu behandeln, jedoch[44]: „Zivilisten, die *bewaffnet* angetroffen werden, auch wenn sie nur Rasiermesser in den Stiefeln haben, gelten als Freischärler und sind zu *erledigen*!" Das teilweise wahllose Erschießen von Rotarmisten auf dem Gefechtsfeld und im Hinterland nahm dann aber solche Ausmaße an, dass sich Kluge bereits wenige Tage später zu seiner Mahnung veranlasst sah, „rote Soldaten", die sich ergeben, auch wirklich als Kriegsgefangene zu behandeln, da die „verbissene Kampfesart" des „stumpfen Halbasiaten" wesentlich auf die Furcht vor einem Erschießen nach der Gefangennahme zurückzuführen sei[45]. Bald darauf wurde auch das Vorgehen gegen bewaffnete Rotarmisten in Zivil etwas abgemildert, indem das Armeeoberkommando die Unterscheidung eines potentiellen Freischärlers vom harmlosen Versprengten an den Besitz von Schusswaffen band[46]. Offenbar hatte Kluges scharfer Befehl, selbst den Besitz eines Rasiermessers als feindlichen und todeswürdigen Akt einzustufen, die Willkür gegenüber gefangenen Rotarmisten noch erhöht. Die bösen Geister, die man gerufen oder zumindest geduldet hatte, wurden die verantwortlichen Kommandobehörden nun nicht mehr los. Die zigtausend versprengten Rotarmisten der ersten Kampfwochen waren Freiwild, das gejagt und unter dem kleinsten Vorwand erschossen werden konnte. Die wenigen halbherzigen Bemühungen, sie vor der Willkür der Truppe zu schützen, werden daran kaum etwas geändert haben.

Eine Verfügung des OKH vom 25. Juli 1941 gab dem Ostheer dann sogar die Möglichkeit, jeden versprengten Rotarmisten, gleichgültig ob uniformiert oder nicht, ob bewaffnet oder nicht, zu erschießen[47]: „*Versprengte russische Soldaten*, die sich in Uniform oder Zivil noch im rückwärtigen Gebiet herumtreiben und

[42] Feindnachrichtenblatt Nr. 10 als Anlage zum Befehl Hoths (Pz.Gr.Kdo. 3, Ia, Gruppenbefehl Nr. 10), 3. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2541. Gerlach, Morde, S. 778 und 781, interpretiert dieses Dokument als Befehl, „sowjetische Soldaten, die Widerstand im Kampf geleistet hatten, zu töten" (S. 781), unterschlägt jedoch den entscheidenden Zusatz „in Zivil" und suggeriert damit, dass „den" Rotarmisten „auch und ganz besonders das Selbstverständlichste, nämlich daß sie gegen die Deutschen gekämpft hatten", als todeswürdiges Verbrechen ausgelegt worden sei (S. 778).

[43] Befehl Weichs' (AOK 2, OB), 8. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–2/1445. „Jeder Zivilist zwischen 18 und 30 Jahren, der kurzgeschnittenes Haar hat und irgend ein militärisches Bekleidungsstück, insbesondere Stiefel, trägt, ist verdächtig, ein umgekleideter Soldat zu sein."

[44] Armeebefehl Kluges „Barbarossa Nr. 3" (AOK 4, Ia, Nr. 2382/41 geh.), 29. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20–4/878, unter dem Punkt „Rote Soldaten in Zivil". Zum Folgenden vgl. auch Arnold, Wehrmacht, S. 200–203.

[45] Armeebefehl Kluges „Barbarossa Nr. 4" (AOK 4, Ia, Nr. 2608/41 geh.), 1. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–2/1433.

[46] Befehl des (Pz.)AOK 4 (O.Qu., Nr. 1408/41 geh.), 11. 7. 1941, in: BA-MA, RH 21–4/483: „Die Ergriffenen sind als Kriegsgefangene zu behandeln. Tragen sie – als Zivilisten – Schußwaffen, so sind sie als Freischärler zu erschießen."

[47] Befehl des OKH (Gen.z.b.V. beim OB.d.H., Az. 453 Gr.R.Wes., Nr. 1332/41 geh., gez. Müller) „Behandlung feindlicher Zivilpersonen und russischer Kriegsgefangener", 25. 7. 1941, in: Müller (Hrsg.), Okkupation, S. 106–109, hier S. 107.

einzeln oder durch Bandenbildung zu einer Gefahr für das befriedete Land werden können, sind durch öffentliche Bekanntmachung (Maueranschlag, Lautsprecher) aufzufordern, sich sofort bei der nächsten deutschen Wehrmachtdienststelle zu melden. Geschieht dies nicht, sind sie von einem gebietsweise festzusetzenden Zeitpunkt ab als Freischärler anzusehen und entsprechend zu behandeln." Die Armeeoberkommandos gaben diesen Befehl für die rückwärtigen Armeegebiete, die Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete für ihre Bereiche an die Truppe weiter und druckten die Plakate mit der Festlegung der Fristen[48]. Die zahllosen in den Wäldern und Sümpfen verstreuten Rotarmisten werden allein schon Schwierigkeiten gehabt haben, überhaupt von diesem deutschen Ultimatum zu erfahren. Außerdem war die Durchführung der Fristenregelung „gebietsweise" höchst unterschiedlich. Teilweise wurden die Fristen mehrfach verlängert, teilweise jedoch sehr knapp gesetzt und scharf eingehalten[49]. Auch hier waren der Willkür kaum Grenzen gesetzt.

Für die versprengten Soldaten der Roten Armee gab es – ganz gleich, wie sie sich verhielten – keine Garantie, als Kriegsgefangene behandelt zu werden. Das Hinterland der Ostfront war auch in dieser Hinsicht ein rechtsfreier Raum. Das Risiko, selbst ohne Nachweis einer feindlichen Handlung als Freischärler erschossen zu werden, schreckte viele ab, sich den Deutschen zu ergeben. Das steigerte die Gefahr, die ohnehin von den umherziehenden Resten zerschlagener Feindkräfte ausging, und nährte den von Stalin ausgerufenen Partisanenkrieg[50]. Welche Rotarmisten hinter der Front als reguläre Kombattanten und welche als Freischärler bzw. Partisanen eingestuft werden sollten, war schließlich kaum mehr nachzuvollziehen. Auf eine Anfrage des Oberkommandos der 6. Armee entschied Brauchitsch am 13. September 1941, daß sowjetische *„Kampftruppen*, die unter verantwortlicher Führung von Offizieren während der Kämpfe hinter unsere Front gelangen und dazu bestimmt sind, *Kampfaufgaben* durchzuführen, [...] bei Gefangennahme Anspruch auf Behandlung als *Kriegsgefangene*" hätten[51]. „Russ[ische]

[48] Vgl. für eine Armee etwa den Befehl des AOK 2 (O.Qu./Qu. 2/Br.B., Nr. 454/41 geh.), 3. 8. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 349; für die rückwärtigen Heeresgebiete die Beispiele in DRZW, Bd. 4, S. 1039 (Beitrag Förster). Vgl. auch noch die Aussage Reinhardts vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 5. 5. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 3353: „Es gab damals eine allgemeine Bekanntmachung im Lande, die überall angeschlagen wurde, dass sich Kriegsgefangene hinter der Front bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu melden hatten, andernfalls sie mit dem Tode bestraft würden. Es mag heute hart klingen in dieser Fassung. Unter der Lage von damals war diese Bestimmung eine militärische Notwendigkeit. Wir standen damals im Angriff. Hinter unserer Front begann der Bandenkrieg. Bei dem schnellen Vorgehen war es gar nicht möglich, alle russischen Gefangenen gefangen zu nehmen. Wer wollte, flüchtete in die Wälder. Die Wälder abzusuchen, war so nicht möglich, denn dazu hatten wir keine Kräfte. Also musste der Gefangene auf diese Weise gezwungen werden, unter Androhung der Todesstrafe, sich uns zu stellen."

[49] Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 1039 (Beitrag Förster): Der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Süd (General Karl v. Roques) setzte den Termin am 29. 7. 1941 sehr knapp auf den 8. 8. 1941, während der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte (General Schenckendorff) die von ihm bestimmt Frist (15. 8. 1941) schließlich um einen Monat verlängerte. Vgl. auch den Befehl des AOK 4 (Ic/AO/Abw. III, Nr. 9219/41, gez. Blumentritt), 28. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1564: „Ab 11. 9. 41 gelten russische Soldaten in Uniform oder Zivil, die hinter der Front aufgegriffen werden, als Freischärler."

[50] Dazu näher in Kapitel II,3,d.

[51] Befehl des OKH (Gen.z.b.V. beim OB.d.H., Az. 454 Gr.R.Wes., Nr. 1678/41 geh.) „Kämpfe hinter der Front", 13. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1208.

Soldaten und Gruppen, die dagegen nach Erlöschen der eigentlichen Kämpfe aus Verstecken hervorkommen, sich erneut zusammenschließen, zu den Waffen greifen und gegen unsere rückwärtigen Verbindungen zusammenhanglos auf eigene Faust kämpfen, sind als *Freischärler* anzusehen." Diese vieldeutige Unterscheidung war alles andere als eine klare und verbindliche Regelung. Das OKH überließ es ausdrücklich den Truppenkommandeuren, „im Einzelfall nach der taktischen Lage die Entscheidung zu treffen"[52]. So standen die Rotarmisten, die im Bewegungskrieg von ihrem Truppenkörper und der Hauptkampflinie abgeschnitten wurden, weiterhin zwischen Skylla und Charybdis: Wenn sie zu ihren Einheiten zurückkehrten, drohten sie als Drückeberger und Deserteure, wenn sie von den Deutschen aufgegriffen wurden, als Freischärler erschossen zu werden. Während der harten Winterkämpfe sahen die verantwortlichen Stellen der Wehrmacht noch weniger Anlass als zuvor, das Schicksal dieser Outcasts erträglicher zu gestalten. Erst die Stabilisierung der Front im Frühjahr 1942 führte zu eindeutigen Befehlen gegen die willkürlichen Erschießungen versprengter Rotarmisten[53].

Für die Versprengten im Hinterland gilt dasselbe wie für die Kämpfer auf dem Gefechtsfeld: Es lässt sich nicht mehr rekonstruieren, wie viele Rotarmisten bei und unmittelbar nach ihrer Gefangennahme völkerrechtswidrig von der Wehrmacht erschossen wurden. Vieles, vor allem die immer geringere Zahl entsprechender Nachrichten und Befehle, deutet darauf hin, dass diese Erschießungen nach den ersten beiden Monaten seltener wurden. Ebenso wurden nun deutlich weniger sowjetische Gräuel an deutschen Verwundeten und Kriegsgefangenen registriert[54]. Auch wenn die Kämpfe unvermindert erbittert waren, ließen die gegenseitigen Exzesse der Soldaten beider Armeen nach dem ersten heftigen Aufeinanderprall offensichtlich mit der Zeit nach. Zugleich wuchs auf deutscher Seite der Respekt vor dem Gegner, den man stark unterschätzt hatte. Die Generale hatten bereits frühzeitig erkannt, dass der Rotarmist – in der Verteidigung zäh und im Angriff tapfer – „ein viel besserer Soldat wie der Franzose" war[55], und staunten

[52] Ebd.

[53] Vgl. etwa die „Anweisung an die Truppe über die Behandlung von im rückwärtigen Gebiet eingebrachten Gefangenen" des AOK 4 (Generalstabschef Bernuth), 29. 3. 1942, in: BA-MA, RH 20–4/296: „Im Verlauf der Kampfhandlungen im rückwärtigen Gefechtsgebiet eingebrachte *Gefangene* (im geschlossenen Verband kämpfend neu ausgehobene Soldaten und Zivilisten, ehemalige Rotarmisten und reguläre Soldaten) sind zum Zwecke der Entkräftung der Propaganda der Kommissare und Politruks und damit zur Erreichung einer für unsere Truppen leichteren Kampfführung grundsätzlich als *Kriegsgefangene* zu behandeln und in Gefangenensammelstellen abzuschieben."

[54] Von den 218 Fällen sowjetischer Verbrechen an deutschen Kriegsgefangenen und Verwundeten, die bei Seidler, Verbrechen, S. 71–248, für die Jahre 1941 und 1942 dokumentiert sind, lassen sich zwei Drittel auf die Monate Juni bis August 1941 datieren. Auch die Gräuel nach dieser Zeit führten freilich immer wieder zu Reaktionen wie im Sommer 1941, vgl. etwa den für diese Mechanismen sehr charakteristischen Bericht in AOK 4, KTB Ia, 20. 6. 1942, 19.40 Uhr (Meldung des LVI. A.K.), in: BA-MA, RH 20–4/342: „Die eigenen Leute sind sehr erbittert und schlagen alles tot. Gestern ist ein deutscher Soldat mit 2 Genickschüssen eingeliefert worden, die ihm ein Kommissar beigebracht hatte. Außerdem hatte er Beinverletzungen durch eine gegen ihn geworfene Handgranate. Er hat das noch selbst aussagen können. Das spricht sich wie ein Lauffeuer herum und die Truppe schlägt dann alles tot. Der Chef erklärt sein volles Verständnis, bittet aber der Truppe zu sagen, daß wir Gefangene brauchen. Aber man müsse auch aus disziplinarischen und menschlichen Gründen gegen ein hemmungsloses Totschlagen vorgehen."

[55] Heinrici an seine Familie, 24. 6. 1941, in: Hürter, General, S. 63. Vgl. auch Reinhardt an seine Frau, 16. 7. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 8: „Etwas schwerer als in den bisherigen Feldzügen macht uns der Russe die Arbeit. Er handelt! Er hebt nicht die Hände, ergibt sich nicht so schnell wie oft

zunehmend über den „oft fanatisch kämpfenden Russen“[56]. Auch in den Kriegstagebüchern der Armeen und Panzergruppen mehrten sich Stimmen der Anerkennung für die militärischen Leistungen der Roten Armee[57]. Die gestiegene Achtung besonders vor der Tapferkeit des einfachen Rotarmisten änderte allerdings wenig an der grundsätzlichen ideologischen Überzeugung, diesen „Halbasiaten“ und „Todfeind“ nicht als einen „normalen“ Kombattanten ansehen zu müssen. Der Rotarmist wurde in seinem Kampfwert deutlich über den französischen Soldaten gestellt, jedoch als Gefangener und sogar als Gefallener[58] deutlich schlechter als dieser behandelt.

Dass die deutschen Landser auf und hinter dem Gefechtsfeld ab Spätsommer 1941 etwas weniger brutal auftraten und ihren sowjetischen Kontrahenten teilweise sogar Respekt entgegenbrachten, werden die Generale mit gemischten Gefühlen gesehen haben. Eigentlich mussten sie es aus Gründen der Disziplin und Moral begrüßen, dass der Hass und die Bereitschaft zum „Niedermachen“ des Gegners hinter eine gewisse Gewöhnung an die harten Kämpfe zurücktraten. Doch war dies nur ein Aspekt. Ein anderer war die erhöhte Aufmerksamkeit und Motivation durch bewusst geschürte Antipathie gegen einen „grausamen“, „artfremden“ und „asiatischen“ Feind. Die Hebung der Kampfmoral durch die amoralische Ideologisierung der Truppe wurde aus professionellen Motiven durchaus begrüßt. Je länger der Feldzug dauerte, desto mehr ließ aber die Wirkung der scharfen Befehle und Merkblätter wie auch der sowjetischen Gräuel nach. Besonders in den rückwärtigen Gebieten, wo sich die Rotarmisten zunächst weniger als „heimtückische“ Freischärler denn als mehr oder weniger hilflose Versprengte zeigten, drohten nun das Misstrauen und die Erbitterung einer – in den Augen mancher Generale – „laxeren“ Einstellung Platz zu machen. Der berüchtigte „Reichenau-Befehl“ vom 10. Oktober 1941 war u. a. eine Antwort auf diese Entwicklung und ein Mittel der geistigen Kriegführung, um die Truppe für die bevorstehende Bewährung in Herbst und Winter zur „Härte“ zu erziehen. Der Oberbefehlshaber der 6. Armee prangerte an, dass immer noch Partisanen sowie „entartete Weiber“ zu Kriegsgefangenen gemacht und „halb uniformierte oder in Zivil gekleidete Heckenschützen und Herumtreiber wie anständige Soldaten behandelt

im 1. Weltkriege, oder gar wie der Franzose voriges Jahr. Er kämpft zäh und verschlagen, hat sehr gute Waffen aller Art.“ AOK 18, KTB Ia, 25. 6. 1941, in: NA, T 312/781: „Der O.B. [Küchler] weist darauf hin, daß der Russe sich gut verteidigt und tapfer schlägt.“

[56] Reinhardt an seine Frau, 13. 8. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 9.

[57] Vgl. etwa die Eintragungen des auch sonst sehr beredten Tagebuchschreibers des AOK 9, KTB Ia, z. B. bereits am 4. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–9/12: „Man hat den festen Eindruck, ein junges urwüchsiges Volk vor sich zu haben, das sich seiner Haut wehrt, das aber auch an seinem Vaterlande hängt und bereit ist, wenn nicht für den kommunistischen Staat, so für Rußland einzutreten.“ Die übrigen Kriegstagebücher waren nüchterner, gestanden der Roten Armee aber immer häufiger zu, ein „geschickter und tapferer Feind“ zu sein (AOK 18, KTB Ia, 16. 8. 1941, in: NA, T 312/781).

[58] Vgl. etwa das Feindnachrichtenblatt Nr. 20 des Pz.Gr.Kdo. 3 (Ic, gez. Hünersdorff), 26. 8. 1941, in: BA-MA, RH 21–3/747, mit der Mitteilung eines OKW-Befehls über die Beerdigung gefallener Rotarmisten: „Für die gefallenen Soldaten der Sowjet-Union gelten wegen ihres Verhaltens gegenüber deutschen Soldaten folgende Sonderbestimmungen: a) Die Beisetzung hat in aller Stille zu erfolgen. b) Es nehmen weder deutsche noch gegnerische Abordnungen teil. c) Eine Ausschmückung der Gräber hat zu unterbleiben. d) Trauersalut wird nicht geschossen. e) Beteiligung eines Geistlichen hat in Anbetracht der Stellung der Sowjet-Union zur Kirche zu unterbleiben.“

und in Gefangenenlager abgeführt" würden[59]. Rundstedt gab diesen Befehl an alle Großverbände der Heeresgruppe Süd weiter und betonte ebenfalls, dass „die noch vielfach anzutreffende Sorglosigkeit und Weichheit nach dem eigentlichen Kampf nicht tragbar" sei[60]. Als Reichenau bei seiner Truppe bald eine immer noch zu wenig „klare" Einstellung zu erkennen glaubte, befahl er seinen Offizieren, „dafür zu sorgen, daß auch der letzte Mann weiß, worum es geht und weshalb im Ostraum Maßnahmen getroffen werden, die in kultivierten Ländern nicht zur Anwendung kommen"[61]. Damit war nicht nur der Judenmord, sondern auch die Behandlung der feindlichen Kombattanten gemeint.

Generaloberst Hoth wollte nicht nachstehen und ließ einen eigenen Befehl bis zu den Bataillonen seiner 17. Armee verteilen, der an Reichenaus Vorlage anknüpfte und teilweise noch deutlicher wurde[62]. Er erinnerte seine Soldaten daran, dass der Ostfeldzug anders als die Kampagne in Frankreich kein konventioneller Krieg sei, sondern ein Kampf um die Rettung „europäischer Kultur" gegen das „Vordringen asiatischer Barbarei", ein Kampf des deutschen Soldaten gegen „asiatische Denkungsart und ihre, durch eine kleine Anzahl, meist jüdischer Intellektueller aufgepeitschten primitiven Instinkte". Auch Hoth wandte sich gegen die „*deutsche Sorglosigkeit* und Gutmütigkeit" und verwies auf die Gräuel des Gegners: „Rote Soldaten haben unsere verwundeten Kameraden viehisch ermordet; sie haben Gefangene mißhandelt und getötet." Von seinen Offizieren forderte er: „Der einfache Mann denkt über den Feind oft strenger und härter als der Offizier. Darauf hat sich der Offizier einzustellen. Ein gesundes Gefühl des Hasses und der Ablehnung der vorgefundenen Zustände darf nicht unterdrückt, sondern muß gestärkt werden." Dass trotz dieser Scharfmacherei „Rohheiten, Menschenschinderei und Quälereien" als „eines ‚Herren' unwürdig" bezeichnet wurden, war der übliche Versuch einer Quadratur des Kreises. Die floskelhafte Anrufung der Disziplin änderte nichts an dem entlarvenden Charakter der Befehle Reichenaus, Rundstedts, Hoths und anderer deutscher Oberbefehlshaber[63] im Herbst 1941. Der „gesunde Haß" nicht nur gegen die „Partisanen", auf die sich die Sorge nun in erster Linie richtete, sondern gegen den sowjetischen Kombattanten überhaupt – „den zähen, stumpfen Urwaldmenschen", wie ihn Rundstedt später nannte[64] – wurde nicht nur toleriert, er war erwünscht und wurde gefördert. Die Verbrechen

[59] Befehl Reichenaus (AOK 6, Ia, Az. 7) „Verhalten der Truppe im Ostraum", 10. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 339.

[60] Befehl Rundstedts (Heeresgruppe Süd, Ia, Nr. 2682/41 geh.), 12. 10. 1941, ebd., S. 340.

[61] Befehl Reichenaus (AOK 6, Ia, Az. 7) „Verhalten der Truppe im Ostraum", 1. 11. 1941, in: BA-MA, RH 26-100/23, Bl. 6.

[62] Befehl Hoths (AOK 17, Ia, Nr. 0973/41 geh.) „Verhalten der deutschen Soldaten im Ostraum", 17. 11. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 341–343.

[63] Vgl. auch den Befehl Mansteins (AOK 11, Ic/AO, Nr. 2379/41 geh.), 20. 11. 1941, ebd., S. 343 f. Außerdem wurde der Befehl Reichenaus nicht allein bei der Heeresgruppe Süd verbreitet, sondern vom OKH auch an die übrigen Großverbände des Ostheeres als Vorbild weitergegeben. Auf den „Reichenau-Befehl", seine Verbreitung und seine Folgebefehle wird noch näher einzugehen sein. Vgl. Kapitel II,4,c, und II,5,c.

[64] Denkschrift Rundstedts (OB West, Ia, Nr. 235/42 geh.Kdos.Chefs.) „Die Lage im Bereich des Oberbefehlshabers West", 14. 10. 1942, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-546: Der Ostkrieg sei „die ‚hohe Schule' zur Heranbildung eines ‚harten' Soldaten, denn nicht nur der Kampf gegen den zähen, stumpfen Urwaldmenschen ist hart, das ganze *Land* zwingt zur Härte und zum Entbehren auf allen Gebieten".

deutscher Einheiten auf dem Gefechtsfeld und hinter der Front, das „Niedermachen" wehrloser Rotarmisten in der ersten, besonders erbitterten Phase des Feldzugs, blieben ungeahndet, weil die verantwortlichen Oberbefehlshaber in ihnen wohl vor allem die radikalste Ausprägung einer fanatischen Haltung der kämpfenden Truppe sahen, die auf diesem Kriegsschauplatz für notwendig und gerechtfertigt gehalten wurde. Nicht die Brutalisierung des Kampfes durch den „gesunden Haß", sondern das angebliche Nachlassen des fanatischen Eifers veranlasste die höchste Truppenführung zu Gegenmaßnahmen.

Die große Winterkrise vor Moskau legte es nahe, noch eindringlicher den „fanatischen Kämpfer" zu propagieren und eine Kriegführung traditioneller Spielart abzulehnen. Zugleich wurde das Tor zur völlig willkürlichen Behandlung des gegnerischen Kombattanten immer weiter aufgerissen. Die Haltebefehle Hitlers im Dezember 1941 und Januar 1942 beschworen immer wieder eine „fanatische" und „rücksichtslose" Kampfführung bis zum Äußersten[65]. Die Appelle zum Fanatismus, mit dem der Zusammenbruch der Ostfront verhindert werden sollte, wurden von den Oberbefehlshabern angenommen und übernommen. So groß die Meinungsverschiedenheiten über den militärischen Sinn starren Haltens auch waren, so sehr herrschte doch Übereinstimmung, dass dieser Kampf um das nackte Überleben nur durch größte Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst und den Gegner bestanden werden könne. Gab es überhaupt noch moralische oder rechtliche Bedenken gegen die Verrohung der Kriegführung im Osten, so wurden sie während des verzweifelten Abwehrkampfes in den Eis- und Schneewüsten des russischen Winters gänzlich eingefroren. Auch der eigene Soldat wurde nun kaum mehr geschont und näherte sich dadurch immer mehr dem erbärmlichen Zustand des durchschnittlichen Rotarmisten, der schon zuvor von seinen Vorgesetzten ohne jegliche Achtung des Menschenlebens zum bedingungslosen Einsatz und Gehorsam gezwungen worden war. Der deutsche Landser sollte nach dem Willen seiner Oberbefehlshaber „mit der notwendigen Rücksichtslosigkeit und Härte" eingesetzt werden[66], sich „ohne Rücksicht" auf die Kampfbedingungen „bis zum letzten Mann verteidigen"[67] und notfalls, etwa wenn er „defaitistische Reden" hielt, „exemplarisch umgelegt" werden[68].

Noch weniger Schonung konnte jetzt der sowjetische Soldat oder Zivilist erwarten. Das Leiden der Kriegsgefangenen und der Bevölkerung im Operationsgebiet erreichte unter den unmenschlichen Kampf- und Versorgungsbedingungen

[65] Vgl. etwa die Befehle Hitlers vom 18. 12., 21. 12. und 26. 12. 1941, in: KTB/OKW, Bd. 1, S. 1084–1087.

[66] Befehl Küchlers (AOK 18, Ia, Nr. 6954/41 geh.), 24. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/1295. Vgl. auch den Befehl Paulus' (AOK 6, Ia, Az. 17 Nr. 496/42 g.Kdos.) „Kampfführung und moralische Faktoren der Führung", 8. 2. 1942, in: BA-MA, RH 20-6/161, Bl. 228–231.

[67] Befehl Strauß' (AOK 9, Ia, Nr. 6/42 g.Kdos.), 2. 1. 1942, in: BA-MA, RH 20-9/53.

[68] Vgl. AOK 2, KTB Ia, 12. 12. 1941, 18.15 Uhr, in: BA-MA, RH 20-2/207, über eine Meldung des Kommandeurs des Infanterie-Regiments 192 und die Reaktion des Oberbefehlshabers Rudolf Schmidt: „Stimmung soll in Liwny schlecht sein. Leute sollen sich einzeln Panjewagen nehmen und losfahren. OB (der mithört) gibt Befehl, einzelne Leute, die defaitistische Reden führen, herauszugreifen und exemplarisch umzulegen." Vgl. auch den Befehl Ruoffs (Pz.AOK 4, OB, Ia, Nr. 193/42 geh.Kdos.), 16. 1. 1942, in: NA, T 313/344, mit seinem Appell, „daß *jetzt Härte Fürsorge bedeutet*. Stößt man dabei auf bewußte Gleichgültigkeit oder gar Widerstand, so muß dieser mit der Waffe gebrochen werden. Ein einmaliges Durchgreifen bis zum Letzten wirkt Wunder."

des Winters 1941/42 einen traurigen Höhepunkt[69]. Der Fanatismus sollte sich aber nicht nur gegen diese wehrlosen Opfer, sondern zunächst vor allem gegen den bewaffneten Feind wenden. Wieder war es Walter v. Reichenau, jetzt auch Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, der die Stimmung zusätzlich anheizte, indem er seinen Soldaten suggerierte, dass die Rote Armee auf Befehl Stalins keine Gefangenen mehr machen würde, und ihnen einhämmerte[70]: „Ihr habt den Russen lang genug als willenloses Werkzeug in der Hand seiner Kommissare kennen gelernt. Er ist imstande, jede Gemeinheit zu begehen. Ich fühle mich verpflichtet, Euch diese Tatsache mitzuteilen, damit ihr genau wißt, was Ihr von der roten Bestie zu erwarten habt. Denkt in jedem Kampfe daran, und wenn es hart auf hart geht, so verkauft Euer Leben so teuer als möglich bis zur letzten Patrone." Dieser Aufruf fand wiederum die „besondere Billigung des Führers" und wurde vom OKH den anderen beiden Heeresgruppen mitgeteilt[71]. Zwei Wochen später bekräftigte Reichenau seine Hetze[72]: „Auf der Krim ist einwandfrei beobachtet worden, dass deutsche Gefangene nach Ablegen ihrer Waffen von Rotarmisten erschossen wurden. Die Leichen wurden anschliessend geplündert. Ich gebe dieses bekannt, nicht etwa um gleiche Massnahmen auszulösen, sondern um allen Soldaten meines Befehlsbereiches vor Augen zu führen, dass von diesem vertierten und heimtückischen bolschewistischen Gegner kein soldatischer Anstand und keine Gnade zu erwarten ist."

Diese Hassrethorik war keineswegs eine Ausnahme. Überall wurde jetzt gegen das „Gesindel" der Roten Armee gehetzt und rücksichtsloser Kampf gepredigt. General der Panzertruppe Rudolf Schmidt, Oberbefehlshaber der 2. Armee, griff Reichenaus ersten Befehl auf und gab ihn in verkürzter Fassung als eigenen Tagesbefehl bis zu den Kompanien bekannt, wieder mit dem Hinweis auf die angebliche Praxis der Roten Armee, keine Gefangenen mehr zu machen[73]: „Stalin hat am Jahrestage der bolschewistischen Revolution befohlen, daß jeder Deutsche auf russ. Boden getötet werden müßte. Seit dieser Zeit melden die Russen nur die Vernichtung, nie aber die Gefangennahme deutscher Soldaten." Auch ein konservativer General wie der Oberbefehlshaber der 9. Armee, Generaloberst Adolf Strauß, der sich bisher weit weniger durch scharfe Befehle exponiert hatte als Reichenau, forderte von seinen Soldaten nun außergewöhnliche Maßnahmen im Widerstand gegen die „russischen Horden"[74]. Er gab seinen Soldaten den Freibrief, gefangenen Rotarmisten die Winterkleidung abzunehmen und sie dem Kältetod auszuliefern[75]. Strauß begründete dieses Verbrechen ebenfalls mit dem „Niedermachen"

[69] Vgl. Kapitel II,3,b, und II,4.

[70] Tagesbefehl Reichenaus (H.Gr. Süd), 20. 12. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 345.

[71] Vgl. das Fernschreiben des OKH vom 24. 12. 1941, mit dem der Befehl Reichenaus den Heeresgruppen Mitte und Nord zur Kenntnis gegeben wurde, ebd.

[72] Befehl Reichenaus (AOK 6, Ic/AO, Nr. 25/42 geh.), 5. 1. 1942, in: BA-MA, RH 20–6/155, Bl. 170. „Jeder Soldat muss sich darüber vollkommen im klaren sein. Ein Ausweichen nach rückwärts und Gefangengeben bedeutet Tod und Untergang, nur in zähem Halten liegt der Sieg."

[73] Befehl Schmidts (AOK 2, OB), 27. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20–2/264, Bl. 19. „Ich teile diese Tatsache mit, damit jeder Soldat weiß, was ihn erwartet, wenn er den Kampf aufgibt. Denkt in jedem Kampfe daran und wenn es hart auf hart geht, dann wehrt Euch bis zur letzten Patrone."

[74] Befehl Strauß' (AOK 9, OB), 27. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20–9/24.

[75] „Es ist mir zu Ohren gekommen, daß manche Erfrierungen vermieden werden könnten, wenn die

deutscher Gefangener durch den Gegner: „Der Aufruf der obersten Roten Führung, es dürfe kein Deutscher Rußland lebend verlassen, ist deutlich genug. Jegliche Rücksicht ist fehl am Platze." Ob Reichenau, Schmidt oder Strauß, ob Ideologe, Technokrat oder Traditionalist: Im Zeichen der dramatischen Lage des Winters 1941/42 waren sie sich offenbar einig, dass die gegnerischen Kombattanten ohne große rechtliche oder moralische Skrupel zu behandeln seien. Der Hinweis, dass von der Gegenseite angeblich keine Gefangenen mehr gemacht wurden, wirkte – trotz der gegenteiligen Beteuerung Reichenaus – wie eine Aufforderung, selbst keine Gefangenen mehr zu machen. Der Anfall von Kriegsgefangenen war in der Winterkrise ohnehin nur lästig und kaum zu verkraften. Und ob sie gleich erschossen wurden oder, von ihrer Winterkleidung entblößt und ohne Verpflegung, qualvoll erfroren und verhungerten, lief auf dasselbe hinaus. Während der erbitterten Winterkämpfe wird es entsprechend häufig zu Morden an wehrlosen Rotarmisten gekommen sein.

„Ohne Rücksicht", „ohne Gnade", „ohne Schonung", diese so häufig in den Befehlen und Privatdokumenten der höchsten Truppengeneralität gebrauchten Floskeln waren die Kennzeichen der deutschen Kriegführung im Osten – vom Anbeginn bis zum letzten Tag, doch besonders deutlich in der Phase des ersten Aufeinanderpralls und in Krisenmonaten wie dem Winter 1941/42. Nach Abflauen der Abwehrkämpfe im Frühjahr 1942 meinte man sich hingegen wieder eine etwas menschlichere Behandlung der gegnerischen Kombattanten auf und hinter dem Gefechtsfeld leisten zu können[76]. Auch General Schmidt untersagte nun seinen Soldaten „ein planloses Ausüben von Vergeltungen russischer Greueltaten", obwohl er für den „durch die Unmenschlichkeit der Roten hervorgerufenen Hass" nach wie vor „volles Verständnis" zeigte[77]. Doch spätestens die nächste Winterkrise verschüttete erneut alle humanitären und rechtlichen Rücksichten.

Die eifrig rezipierte Theorie vom „Totalen Krieg"[78] wurde in der Praxis des Ostkriegs schrecklich bestätigt. Je schwerer der Vernichtungskampf zwischen zwei totalitären Staaten tobte, desto mehr schienen alle Mittel gerechtfertigt, diesen Kampf zu bestehen. „Not kennt kein Gebot." So hatte die Wehrmachtsführung bereits 1938 den Weg gewiesen. Enttabuisierung und Entrechtlichung der Gewalt waren bereits vor dem Ostfeldzug gezielt vorbereitet und geschürt worden. Die Widerstandskraft und Radikalität der Roten Armee sowie die immer höhere Belastung der eigenen Truppen verstärkten die Bereitschaft, dem angestrebten „totalen" Sieg gegen die Rote Armee alle Bedenken unterzuordnen. Der ideologische Charakter des Feldzugs und der eigene militärische Nutzen waren die

Soldaten nicht so leichtsinnig und stur wären. Es kommt vor, daß der deutsche Infanterist in seiner gewöhnlichen Ausstattung hinter gefangenen Rotarmisten einhergeht, die mit Pelzen, Pelzmützen und Filzstiefeln ausgerüstet sind."

[76] Vgl. etwa als charakteristisches Beispiel das Merkblatt Heinricis (AOK 4, OB) „Der deutsche Soldat im Osten", 21. 3. 1942, in: BA-MA, RH 20–4/294: „Die *militärische Aufgabe* fordert es, daß der Kampf hart und mit allen Mitteln geführt wird. Auf eine Milde seitens des Gegners kann nicht gerechnet werden. Manneszucht und Ehre des deutschen Soldaten fordern aber gleichzeitig, daß dem verwundeten und dem gefangenen Feind die Behandlung zuteil wird, auf die er als kämpfender Gegner Anspruch hat."

[77] Armeebefehl Schmidts (Pz.AOK 2, Ic/AO, Nr. 83/42 geh.) „Behandlung von Kriegsgefangenen, Partisanen, Feindkundschaftern und der Bevölkerung", 3. 3. 1942, in: BA-MA, RH 21–2/867a.

[78] Vgl. Kapitel I,2,d.

beiden wirkungsvollsten Argumente für ein brutales Vorgehen, von dem allein man sich einen Erfolg versprach – je länger der Krieg dauerte, desto mehr. Dabei verbarg sich unter dem Deckmantel der Ideologie oft genug ein grenzenloser Utilitarismus und unter dem Deckmantel der Nützlichkeitserwägungen oft genug ein radikaler Rassismus. Wie in Hitlers Strategie waren auch hier Kalkül und Dogma untrennbar und unheilsam verbunden. Diese unselige Allianz zweier Kinder des 19. Jahrhunderts – weltanschaulicher Rigorosität und technokratischen Nützlichkeitsdenkens – machte sich nicht erst in der Besatzungspolitik und den Verbrechen hinter der Front, sondern schon im Kampf gegen die feindlichen Streitkräfte bemerkbar.

Viele Oberbefehlshaber im Osten glaubten wie Hitler und die militärischen Zentralstellen, dass ein gewisser Fanatismus, ein „gesunder Haß", in diesem Kampf um Sein oder Nichtsein als zusätzliche Motivation notwendig sei. Dem deutschen Soldaten sollte die „Gutmütigkeit" ausgetrieben werden. Neben ideologische traten pragmatische Gründe. Nicht ohne Bewunderung blickte man auf die Effizienz und Radikalität der sowjetischen Kriegsmaschine, die von einer kompromisslosen Ideologie in Bewegung gesetzt wurde[79]. Analog dazu sollten ideologische Indoktrination und Rassenwahn für die deutschen Ziele genutzt werden. Die Verbindung von nationalsozialistischer Ideologie und militärischem Utilitarismus richtete sich zunächst gegen die Rotarmisten. Die einfachen Soldaten und niedrigen Offiziere der Roten Armee gehörten zu den ersten Opfern dieses schrecklichen Krieges: von ihren Vorgesetzten und einem verbrecherischen Regime menschenverachtend eingesetzt, rücksichtslos in den Kampf gejagt und bei ihrer Gefangennahme oder Versprengung als Verräter und Feiglinge diffamiert, ja teilweise nach ihrer Rückkehr abgeurteilt und hingerichtet; von der Wehrmacht des nicht weniger verbrecherischen feindlichen Staates nach dem eigentlichen Kampf ermordet, misshandelt und unterversorgt. Schon im Moment der Gefangennahme auf dem Gefechtsfeld oder hinter der Front kam es zu zahlreichen Verbrechen an Rotarmisten, die von den höchsten Truppenbefehlshabern teilweise gefördert, häufiger noch stillschweigend geduldet wurden. Und auch die große Masse der im Kampf unterlegenen Rotarmisten, die den ersten Kontakt mit den deutschen Soldaten, denen sie sich ergab, überlebte und in die Kriegsgefangenenlager kam, konnte nicht hoffen, völkerrechtskonform und nach den überkommenen Regeln soldatischen Anstands behandelt zu werden. Die Tragödie der sowjetischen Kriegsgefangenen, die sich teilweise vor den Augen und im Kommandobereich der Oberbefehlshaber vollzog, war das zweite Kapitel der deutschen Kriegsverbrechen an Kombattanten.

[79] So wunderte sich Heinrici immer wieder über die „fanatische Zähigkeit" der Rotarmisten (Tagebuch, 30. 7. 1941, in: Hürter, General, S. 71) und stellte fest (Brief an seine Frau, 1. 8. 1941, ebd., S. 72): „So recht sieht man durch die Zustände drüben nicht hindurch. Eine ungeheure Energie mobilisiert nur rücksichtslos alle Kräfte und setzt sie ohne Schonung ein." Küchler beschrieb in seiner „Beurteilung der Lage" am 6. 10. 1941, in: NA, T 312/782, über diese „totale" Mobilisierung: „Rücksichtslos pressen die bolschewistischen Machthaber die männliche Bevölkerung in den Kriegsdienst; die weibliche Bevölkerung und die Kinder werden zu Schanzarbeiten und Handlangerdiensten herangezogen."

b. Kriegsgefangene

Die Katastrophe der Abertausenden verhungerten, erfrorenen, durch Seuchen umgekommenen und von den Deutschen erschossenen sowjetischen Kriegsgefangenen ist eines der erschütterndsten Kapitel des Ostkriegs, zugleich aber nach wie vor auch eines der umstrittensten. Die Ursachen dieser Tragödie werden teils in den „Sachzwängen" einer schwierigen Versorgungslage sowie der deutschen Gleichgültigkeit und Härte gegenüber den Kriegsgefangenen gesehen[80], teils als bewusst einkalkulierte Folge der wirtschaftlichen Ausbeutungspolitik interpretiert[81]. Letzteres wurde sogar zur These zugespitzt, die Gefangenenlager der Wehrmacht hätten sich „faktisch zu Vernichtungsmaschinen, zu Instrumenten eines staatlich geplanten Massenverbrechens" entwickelt, und zwar endgültig, nachdem im September 1941 „eine konkrete Strategie zur selektiven Vernichtung durch Unterversorgung" beschlossen worden sei[82]. Um die Behandlung der Kriegsgefangenen im Operationsgebiet einordnen zu können, muss zunächst ein kurzer Blick auf die zentralen Anordnungen geworfen werden.

Es war bereits die Rede davon, dass in der Vorbereitung des „Unternehmen Barbarossa" gezielte Mordpläne gegen die Kriegsgefangenen nicht nachgewiesen werden können[83]. Im Gegensatz zur sowjetischen Zivilbevölkerung wurde diese Gruppe auch nicht ausdrücklich in das Hungerkalkül der Wirtschaftsdienststellen einbezogen. Es war aber von vornherein eine harte und völkerrechtswidrige Behandlung der gefangenen Rotarmisten geplant. Die Äußerung Hitlers am 30. März 1941 vor den Oberbefehlshabern, der bolschewistische Feind sei „vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad"[84], brachte dies unmissverständlich zum Ausdruck. Die grundlegenden OKW-Bestimmungen vom 16. Juni 1941 folgten dieser Richtlinie und forderten „äußerste Zurückhaltung", „schärfste Wachsamkeit" sowie „rücksichtsloses und energisches Durchgreifen bei den geringsten Anzeichen von Widersetzlichkeit"[85]. Nach den ersten Feldzugswochen wurde von den deutschen Soldaten eine Haltung gegenüber den Kriegsgefangenen verlangt, „die der Erbitterung und unmenschlichen Rohheit der Russen während der Kämpfe Rechnung" trägt[86]. Außerdem wurde den Bewachern befohlen, notfalls „*sofort von der Waffe* Gebrauch zu machen" und insbesondere „auf flüchtige Kriegsgefangene *sofort* zu schießen, ohne erst einen Halteruf vorangehen zu lassen"[87]. Der Appell zur Härte wurde am 8. September 1941 wiederholt und noch-

[80] Vgl. besonders Streim, Behandlung; Streim, Gefangene; Arnold, Wehrmacht, S. 326–412.

[81] Vgl. vor allem Streit, Kameraden; DRZW, Bd. 4, S. 1015–1022 (Beitrag Müller). Eine mittlere Position bezieht Hartmann, Massensterben.

[82] Gerlach, Morde, S. 774–859, Zitate S. 858f.

[83] Vgl. Kapitel II,1,d.

[84] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 2, S. 336 (30. 3. 1941).

[85] Befehl des OKW (Abt. Kriegsgefangene, Nr. 25/41 g.Kdos.Chefs.) „Kriegsgefangenenwesen im Fall Barbarossa", 16. 6. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 315.

[86] Befehl des OKH (Gen.z.b.V. beim OB.d.H., Az. 453 Gr.R.Wes., Nr. 1332/41 geh., gez. Müller) „Behandlung feindlicher Zivilpersonen und russischer Kriegsgefangener", 25. 7. 1941, in: Müller (Hrsg.), Okkupation, S. 106–109, hier S. 108. Die Floskel, dass der „arbeitswillige und gehorsame Kriegsgefangene" anständig zu behandeln sei, wirkte in diesem Kontext recht deplaziert.

[87] Damit wurden die Bestimmungen über den Waffengebrauch der Wehrmacht vom 17. 1. 1936 ausdrücklich ausgeweitet.

mals verschärft[88]. Erneut boten die Brutalitäten und Gräuel des Gegners auf dem Gefechtsfeld den willkommenen Anlass, die eigenen Rechtsbrüche zu legitimieren. Dem Rotarmisten wurde jetzt wegen seiner Kampfweise „jeder Anspruch auf Behandlung als ehrenhafter Soldat und nach dem Genfer Abkommen" abgesprochen. Die Wachmannschaften sollten sich zwar „korrekt" verhalten, erhielten aber einen Freibrief zu nahezu uneingeschränkter Gewalt: „Waffengebrauch gegenüber sowjet. Kr.Gef. gilt in der Regel als rechtmäßig."

Anders als solche eindeutigen Aufforderungen zur Härte blieben die Bestimmungen über die Verpflegung der Kriegsgefangenen lange Zeit ungenau. Die Anordnung vom 3. April 1941, „willige[n] Arbeitsdienst durch ausreichende Verpflegung und gute Fürsorge zu belohnen"[89], war sehr vage und konnte unterschiedlich ausgelegt werden. Die Höhe der Rationen wurde zunächst nicht festgeschrieben. Nach Artikel 11 des Genfer Abkommens hätten den Kriegsgefangenen dieselben Verpflegungssätze zugestanden wie dem deutschen Ersatzheer[90]. Da die deutsche Kriegführung aber die Ernährungsinteressen der Truppe und der Heimat allem anderen überordnete, sollten die sowjetischen Kriegsgefangenen nur das erhalten, was übrig blieb, und das war in der Regel zu wenig. Das Fehlen von klaren Vorschriften führte zu einer freien und willkürlichen Interpretation der Fürsorgepflicht durch die örtlichen Wehrmachtsdienststellen. Als am 6. August 1941 endlich eine verbindliche Regelung getroffen wurde[91], brachte dies den Kriegsgefangenen keine Besserung. Die festgelegten Rationen waren zu niedrig, um eine Unter- und Mangelernährung zu verhindern, und die Maßgabe, die Ernährung der Truppe und der Heimat nicht zu belasten, erschwerte das Organisieren selbst dieser kargen Sätze. Nachdem Hermann Göring am 16. September 1941 die „Abstufung in der Ernährung" – 1. die Truppe, 2. die Heimat, 3. die für die Deutschen arbeitenden Sowjetbürger und Kriegsgefangenen – bestätigt hatte[92], drängten das Reichsernährungsministerium und der Wirtschaftsstab Ost darauf, die Gefangenenkost zugunsten der gefährdeten deutschen Ernährungsbilanz weiter einzuschränken[93]. Dadurch wurden besonders die nichtarbeitenden Kriegsgefangenen

[88] Befehl des OKW (Az. 2f. 24.11 AWA/Kriegsgef. I, Nr. 3058/41 geh., Anl.) „Anordnungen über die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener in allen Kriegsgefangenenlagern", 8. 9. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 351–354.

[89] Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/0315/41 g.Kdos., gez. Halder) „Besondere Anordnungen für die Versorgung, Anl. 6, Teil C", 3. 4. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 299–304, hier S. 304.

[90] Der Befehl vom 16. 6. 1941 hatte das Genfer Abkommen vom 27. 7. 1929 als Grundlage der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen anerkannt, jedoch zehn Ausnahmen befohlen, von denen die siebte lautete: „Über die Verpflegung der Kriegsgefangenen ergeht Sonderbefehl."

[91] Befehl des OKH/Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres, 6. 8. 1941, in: NA, T 501/3. Vgl. auch den tabellarischen Vergleich der verschiedenen Ernährungsvorschriften bei Streit, Kameraden, S. 138–140. Der Befehl vom 6. 8. 1941 betonte, Deutschland sei in der Ernährung der Kriegsgefangenen nicht an das Genfer Abkommen vom 27. 7. 1929 gebunden, da die Sowjetunion diese Konvention nicht unterschrieben habe.

[92] Aufzeichnung Nagels, Verbindungsstab des OKW/WiRüAmt beim Reichsmarschall, 16. 9. 1941, über eine Besprechung bei Göring, in: IMT, Bd. 36, S. 105–109, hier S. 107. Vgl. auch DRZW, Bd. 4, S. 989–1015 (Beitrag Müller); Kapitel II,4.

[93] Grundlegend hierzu und überhaupt zur Ernährungspolitik gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen Streit, Kameraden, S. 137–162. Gerlachs These des Übergangs von einer unspezifischen Unterversorgung und Vernachlässigung „zur gezielten, selektiven Ermordung der meisten Gefangenen durch Hunger" als Teil eines umfassenden Mordplans im September 1941 geht zu weit. Außerdem unterschätzt Gerlach die Entscheidung für den Arbeitseinsatz, die tatsächlichen Versor-

dem Hungertod preisgegeben. Die entsprechende Senkung der Rationen erfolgte schließlich am 21. Oktober 1941 durch Befehl des Generalquartiermeisters Eduard Wagner[94], der im OKH für das Gefangenenwesen im Operationsgebiet zuständig war.

Eine Wende zeichnete sich erst ab, als der Arbeitskräftebedarf an der Front und in der Heimat so evident wurde, dass man stärker als zuvor auf das billige Menschenreservoir der sowjetischen Kriegsgefangenen zurückgreifen wollte. Das OKH hatte bereits am 31. Juli 1941 moniert, dass der Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen im Operationsgebiet noch unzureichend sei[95]. Dennoch änderte sich an der Vernichtung dieser angeblich so wichtigen Arbeitskräfte durch Hunger und Misshandlung lange nichts. Die Dinge gerieten erst ein Vierteljahr später ins Rollen, als Hitler persönlich am 31. Oktober 1941 anordnete, das Millionenheer der gefangenen Rotarmisten zur Arbeit einzusetzen und angemessen zu ernähren[96]. Endlich erkannten die Zentralstellen, dass nur lebende und gesunde Gefangene in der deutschen Wirtschaft und bei der Truppe so effizient als Arbeitssklaven missbraucht werden konnten, wie das nun verstärkt gefordert wurde[97]. Im November wurden vom OKW und OKH gezielte Maßnahmen befohlen, die verhungernden und entkräfteten Kriegsgefangenen am Leben zu erhalten und durch „Aufpäppelung" arbeitsfähig zu machen[98]. Diese Bemühungen führten am 2. Dezember 1941 zur Verfügung Wagners, die Rationen für alle sowjetischen Gefangenen, auch die nichtarbeitenden, dauerhaft zu erhöhen[99].

Diese Änderung kam für sehr viele Gefangene zu spät. Zum einen waren auch die neuen Sätze noch zu niedrig, um stark entkräftete Menschen wieder auf die Beine zu bringen, zum anderen behinderte die katastrophale Transport- und Unterkunftslage im Winter die Linderung der Leiden. Die sichere Rettung vor Hunger und Erfrierung hätte noch größerer Anstrengungen bedurft. Dazu waren die deutschen Zentralbehörden aber nicht bereit, da für sie die Truppe und die Heimat eindeutigen Vorrang behielten und die Gefangenenverpflegung deshalb weiterhin ganz überwiegend „aus dem Lande" erfolgen sollte. Die Not der Kriegsge-

gungsprobleme und die eigenständigen Bemühungen vieler Wehrmachtsdienststellen. Vgl. Gerlach, Morde, S. 796–829, Zitat S. 797. Dagegen Hartmann, Massensterben.

94 Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., IVa, Nr. I/23738/41 geh.), 21. 10. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/638. Danach stellten diese Verpflegungssätze „das Höchste dar, was auf Grund der Ernährungslage im Reich und in den Ostgebieten als Dauerverpflegung abgegeben werden kann".

95 Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV/Qu. 4 B/Kgf., Nr. II/11987/41), 31. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2184. „Die Arbeitskraft *sämtlicher* Kriegsgefangener ist rücksichtslos auszunutzen."

96 Streit, Kameraden, S. 145; DRZW, Bd. 4, S. 1017 (Beitrag Müller).

97 Vgl. etwa den Befehl des OKH (Gen.St.d.H./Gen.Qu., IVa/IVb/Qu. 4/Kgf., Nr. II/7891/41 geh.), 9. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–11/407: „Der große Bedarf an Arbeitskräften für die deutsche Kriegs- und Rüstungswirtschaft macht einen verstärkten Einsatz von russischen Kriegsgefangenen im Reich erforderlich." Befehl Halders (OKH/Gen.St.d.H., Org.Abt. II, Nr. 10000/41 geh.), 11. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/135, über das Ersetzen deutscher Bau-Bataillone durch Kriegsgefangenen-Bau-Bataillone.

98 Vgl. vor allem den Befehl des OKH (Gen.St.d.H./Gen.Qu., Qu./IVa, Nr. 960/41), 16. 11. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/638, durch den eine Zulage zur Gefangenenkost genehmigt wurde, sofern die Arbeitsfähigkeit und der Seuchenschutz dies verlangten.

99 Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., IVa, Nr. I/36761/41 geh.), 2. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/638. An dem Grundsatz, diese Lebensmittel „dem Lande zu entnehmen" und nur „in einzelnen besonders gelagerten Notfällen" auf Nachschubbestände zurückzugreifen, wurde aber ausdrücklich festgehalten.

fangenen linderte sich erst im Frühjahr 1942, als sich die logistischen, ökonomischen und klimatischen Rahmenbedingungen besserten. Nun wurde die Wende in der Kriegsgefangenenpolitik auch in neuen Richtlinien festgeschrieben, die eine „ausreichende Ernährung und gute Behandlung aller Kriegsgefangenen vom Zeitpunkt ihrer Gefangennahme an" verlangten[100]. Die „wiederholten Anträge" auf eine weitere Verbesserung der Verpflegungssätze über die am 2. Dezember 1941 befohlenen Rationen hinaus wurden jedoch abgelehnt[101]. Auch wenn selbst für den Herbst 1941 von einem einheitlichen Mordplan gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen nicht gesprochen werden kann, so war diese Katastrophe mit ihren wohl allein bis Anfang Februar 1942 zwei Millionen[102] und bis zum Kriegsende etwa drei Millionen Opfern zumindest eine von der Wirtschafts-, Wehrmachts- und Heeresführung erst bewusst in Kauf genommene, dann nicht konsequent bekämpfte Folge des angeblichen Zwangs zur ökonomischen Rücksichtslosigkeit gegen die – ohnehin als minderwertig eingestuften – Menschen der besetzten Sowjetunion.

Was taten die Oberbefehlshaber des Ostheeres gegen die Missstände im Kriegsgefangenenwesen? Die erste Bewachung, Unterbringung und Versorgung der Gefangenen fielen in ihren Verantwortungsbereich. Im östlichen Operationsgebiet wurden im Verlauf des Jahres 1941 insgesamt 81 Kriegsgefangenenlager eingerichtet: 22 Armee-Gefangenen-Sammelstellen, 47 Durchgangslager (Dulags) und 12 Stammlager (Stalags)[103]. Die höchsten Truppenkommandobehörden mussten sich in der Phase der Durchbruchsschlachten und des schnellen Vormarschs allerdings nur sporadisch mit der Gefangenenfrage befassen. Die Oberkommandos der Heeresgruppen waren in erster Linie operative Leitstellen und konnten diese unbequeme Aufgabe weitgehend den Befehlshabern der rückwärtigen Heeresgebiete überlassen. Und auch die Armeeoberkommandos bekamen in den ersten Monaten vom frühzeitig einsetzenden, dann ständig schlimmer werdenden Gefangenenelend meist nur die Anfänge mit. Die Kriegsgefangenen gerieten in der Regel schnell aus den Augen und der Verantwortung der Armeen und Panzergruppen, da sie entweder bald nach hinten abgeschoben wurden oder die Front sich von ihnen wegbewegte. Entsprechend selten sind die Zeugnisse für eine Beschäftigung der Oberbefehlshaber mit der Gefangenenfrage im Sommer und Frühherbst 1941.

[100] Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV/Qu. 4/Kgf., Nr. II/4530/42) „Merkblatt für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener", 13. 4. 1942, in: BA-MA, RH 20–9/374. „Die Behandlung feindlicher Kriegsgefangener beeinflußt in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht weitgehend unsere Kriegführung. Richtige Behandlung heißt gerechte Behandlung. Gerechtigkeit, die Härte dort, wo sie erforderlich ist, nicht ausschließt, ist nicht nur militärisches Gesetz, sondern auch ein Gebot der Klugheit."

[101] Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV/Qu. 4/Kgf., Nr. I/23099/42 geh.), 6. 5. 1942, in: BA-MA, RH 19 III/639, Bl. 88. „Auch der Grundsatz, dass die Verpflegung dem Lande zu entnehmen ist, und nur dort, wo die Beschaffung nicht möglich ist, die Verpflegung mit Genehmigung des AOK (Pz.AOK) den Nachschubbeständen entnommen werden darf, muss aufrecht erhalten bleiben."

[102] Nach Streit, Kameraden, S. 136, starben von den 3 350 000 bis zum 1. 2. 1942 eingebrachten Gefangenen in diesem Zeitraum fast 60 Prozent, davon etwa 1 400 000 von Juni bis November 1941 und etwa 600 000 in den Wintermonaten Dezember und Januar.

[103] Vgl. Streim, Behandlung, S. 241 f.; Hartmann, Massensterben, S. 115. Die Stalags wurden allerdings in der Regel nur in den rückwärtigen Heeresgebieten, nicht in den Armeegebieten eingesetzt und kamen dann überwiegend zu den Reichskommissariaten.

Zwar wurden immer wieder die fast unglaublich hohen Gefangenenzahlen mit Stolz und Staunen registriert, doch um das weitere Schicksal dieser Massen konnte und wollte man sich nicht weiter kümmern. Dieses Problem fiel in das Ressort der Oberquartiermeister und ihrer Mitarbeiter, die das Gefangenenwesen nach den Richtlinien von OKH und OKW organisierten. Dabei wurden die scharfen Vorgaben zunächst wörtlich übernommen und umgesetzt.

Wie linientreu manche Quartiermeisterabteilungen dem harten Kurs Hitlers und seiner militärischen Berater folgten, zeigt das Beispiel der Armee Norwegen. Als der Kommandant des Stalag 309, das in der Einöde Nordfinnlands besonders extremen Bedingungen ausgesetzt war, das Armeeoberkommando darauf hinwies, dass die Bestimmungen des Genfer Abkommens nach Artikel 82 auch dann verbindlich seien, wenn einer der Kriegführenden den Vertrag nicht unterzeichnet habe[104], wurde er vom Quartiermeister 2 in scharfer Form belehrt[105]. Die Anfrage, ob das Abkommen auch für die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen gelte, sei vor dem Hintergrund der Richtlinien aus Berlin und der „Greueltaten" der Bolschewisten „mehr als überflüssig", ja geradezu „absurd"[106]. Dem Kommandanten wurde „in nicht misszuverstehender Weise gesagt, dass irgend eine Milde den russischen Gefangenen gegenüber durchaus unangebracht ist. Verpflegung erhalten sie aus Beutebeständen. [...] Baracken für die Gefangenen sind vorläufig nicht zu errichten, ausser für die Verwundeten. Die Arbeitszeit hat sich nach den zu erledigenden Aufgaben und nach der Lagerordnung zu richten. Von einer nur 8-stündigen Arbeitszeit kann keine Rede sein."

Die in den Oberkommandos mit der Gefangenenfrage befassten Sachbearbeiter waren meist jüngere, weniger fest in militärische Traditionen eingebundene Offiziere, die vermutlich auch weniger Probleme hatten, sich in den Kurs einer rücksichtslosen Gefangenenbehandlung einzufinden. Wie verhielten sich aber die Oberbefehlshaber, diese älteren, überwiegend konservativen und traditionsbewussten Generale, wenn sie ausnahmsweise mit dieser Frage konfrontiert wurden? Die Schinderei und Unterversorgung des gefangenen Gegners waren so sehr gegen das militärische Herkommen, dass sie jedem erfahrenen Berufsoffizier unangenehm sein mussten. Die Reaktion war unterschiedlich. Am frühesten wurden die Verbände der Heeresgruppe Mitte mit dem Massenanfall von Kriegsgefangenen belastet. Nach den großen Kesselschlachten von Bialystok, Minsk und Smolensk mussten Hunderttausende Rotarmisten notdürftig versorgt und nach hinten abgeschoben werden. Es war kaum verwunderlich, dass dabei die scharfen Befehle und Richtlinien gegen die Soldaten der Roten Armee zu einem teilweise brutalen Verhalten der Wachmannschaften führten. Als Generalfeldmarschall Fedor v. Bock davon erfuhr, wandte er sich „in einem sehr schroffen Befehl an die Ar-

[104] Oberstleutnant Unger an AOK Norwegen/Befehlsstelle Finnland, 16. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20-20/306.

[105] Notiz des Rittmeisters Prinz von Hessen (AOK Norwegen/Befehlsstelle Finnland, Qu. 2), 21. 7. 1941, ebd.

[106] Dabei erinnerte er besonders an die „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland", den „Kommissarbefehl" und den Kriegsgerichtsbarkeitserlass. Aus ihnen und anderen Befehlen gehe „klar und eindeutig hervor, dass die Kriegsgefangenen der roten Armee mit anderen Augen anzusehen sind, als die Kriegsgefangenen anderer Nationen."

meen" gegen diese „Rohheiten"[107]. Zugleich rechtfertigte er aber das Versagen der Kriegsgefangenenorganisation mit den äußeren Gegebenheiten, als ob die Mangelversorgung der erwarteten Gefangenenmassen nicht von vornherein bewusst in Kauf genommen worden wäre: „Bei der Erschöpfung der Gefangenen und der Unmöglichkeit, sie auf den langen Märschen durch weite, menschenleere Gebiete nur einigermaßen ausreichend zu ernähren, bleibt ihr Abtransport ein besonders schwieriges Problem." Diese Haltung war sehr charakteristisch für die Spitzen der Truppenführung. Einerseits wurde der „besondere" Charakter dieses „besonderen" Krieges mit seinen Verstößen gegen das Kriegsvölkerrecht akzeptiert, andererseits gegen die schlimmsten Auswüchse, vor allem wohl aus disziplinarischen Gründen, eingeschritten. Man verhielt sich also wie ein Schwimmer, der nicht nass werden wollte.

Der – nicht überlieferte[108] – Befehl Bocks gegen die „Rohheiten" im Gefangenenwesen veranlasste offenbar auch die Armeeführer seiner Heeresgruppe zu ähnlichen Maßnahmen. Der Oberbefehlshaber der 2. Armee, Generaloberst Maximilian Frhr. v. Weichs, ermahnte am 18. August 1941 seine Kommandierenden Generale, „der Behandlung der Kriegsgefangenen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und darauf hinzuwirken, daß alle Truppenteile, die Kgf. gemacht oder übernommen haben, sich noch mehr als bisher ihrer vollen Verantwortung für Bewachung, Unterbringung und Verpflegung der Kgf. bewußt werden"[109]. Bei größeren Gefangenentransporten müsse die Verpflegung „vorausschauend" organisiert werden, ein deutlicher Hinweis auf die Mängel der improvisierten Versorgung. Auch Weichs wandte sich gegen „Rohheiten" der Wachmannschaften: „Gegen Fälle roher Behandlung oder gar Ausschreitungen durch das Bewachungspersonal bitte ich, zur Reinhaltung der Ehre des deutschen Soldaten mit voller Schärfe einzuschreiten und Schuldige dem Kriegsgericht zu übergeben. Die Behandlung der Kgf. soll streng, aber gerecht und der deutschen Wehrmacht würdig sein." Hier wurde also ein anderer Ton angeschlagen als in den Richtlinien der Zentralstellen. Doch an den Missständen im Gefangenenwesen änderte sich durch die vergleichsweise moderate Einstellung Bocks und Weichs' zunächst wenig. Nach den Kesselschlachten von Vjaz'ma und Brjansk zeigte sich deutlicher denn je das Elend der Kriegsgefangenen, die in endlosen Kolonnen ins Hinterland geführt wurden und dabei erneut in den Blickwinkel der Oberbefehlshaber gerieten. Bock registrierte diese Schreckensbilder jetzt beinahe hilflos[110]: „Grauenvoll ist der Eindruck der Zehntausende von russischen Kriegsgefangenen, die, kaum bewacht, in

[107] Bock, Kriegstagebuch, S. 256 (22. 8. 1941). Vgl. auch Gersdorff, Soldat, S. 100: „Als Feldmarschall v. Bock einmal selbst feststellte, daß deutsche Begleitmannschaften zurückbleibende und kranke Kriegsgefangene erschossen, griff er umgehend energisch durch. In einem scharfen Befehl stellte er jede Gefangenenerschießung unter hohe Strafen."

[108] Vgl. Streit, Kameraden, S. 375, Anm. 275, der den auch von ihm nicht aufgefundenen Befehl auf den 14. 8. 1941 datieren kann.

[109] Weichs (AOK 2, OB) an die Kommandierenden Generale des XII., XIII., XXXXIII., LIII. A.K. und des Höh.Kdo. XXXV sowie den Korück, 18. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20-2/1445. Weichs machte außerdem darauf aufmerksam: „Verfehlungen in der Behandlung der Kgf. machen die in den Feind getragene Propaganda zum Überlaufen unwirksam und erhöhen damit die blutigen Opfer, die der deutsche Soldat bringen muß." Als wie heikel diese Frage angesehen wurde, zeigte der letzte Satz: „Dieses Schreiben bitte ich zu vernichten."

[110] Bock, Kriegstagebuch, S. 298 (20. 10. 1941).

Marsch auf Smolensk sind. Todesmatt und halbverhungert, wanken diese Unglücksmenschen dahin. Zahlreiche Tote und Erschöpfte sind am Wege zusammengebrochen. Ich spreche mit den Armeen darüber, aber zu helfen ist kaum."

Die Truppenführung der Heeresgruppe Mitte stand der Gefangenenfrage erst mehr oder weniger gleichgültig gegenüber und war ihr dann, als sie zum großen Problem wurde, nicht gewachsen. Das belegt die ratlose Reaktion Bocks. Immerhin lässt sich für den mittleren Frontabschnitt überhaupt ein gewisses Interesse von Oberbefehlshabern belegen, die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen zu bessern. Und immerhin raffte sich Bock, als ihn die Öffnung der Gefangenenlager für die Mordkommandos der Sicherheitspolizei und des SD irritierte[111], zum Eingeständnis seiner Fürsorgepflicht und Verantwortung auf[112]: „Das Heer ist nach Soldatenbrauch und Recht für Leben und Sicherheit seiner Kriegsgefangenen, welcher Art sie auch seien, verantwortlich, solange sie in seiner Macht und Obhut sich befinden." Bei der Heeresgruppe Süd konnte nicht einmal davon die Rede sein. Hier wurde die Betreuung der Kriegsgefangenen zu einem Massenphänomen, als im September 1941 insgesamt 665 000 Rotarmisten aus dem Kiever Kessel in deutsche Hand gerieten. Die Folge waren katastrophale Zustände auf den Transporten und in den Lagern, in denen Hunger und Gewalt herrschten. Das Verhalten der deutschen Soldaten gegenüber den Gefangenen pendelte zwischen Mitleid und Brutalität. Wieder war es der Oberbefehlshaber der besonders betroffenen 6. Armee, der seine Männer auf einen eindeutigen Standpunkt einschwor – auf die Brutalität. Der „Reichenau-Befehl" vom 10. Oktober 1941 über das „Verhalten der Truppe im Ostraum" wandte sich ausdrücklich auch gegen die „mißverstandene Menschlichkeit", nichtarbeitende Kriegsgefangene aus Truppenküchen zu versorgen oder Zigaretten und Brot an sie abzugeben[113]. Allein „aus dem Lande" waren die Kriegsgefangenen im Operationsgebiet allerdings nicht zu verpflegen, so dass mit diesem Befehl eine weitere Möglichkeit verbaut wurde, die hungernden Rotarmisten am Leben zu erhalten.

Da Rundstedt den Befehl Reichenaus auch den anderen Oberkommandos seiner Heeresgruppe mitteilte und ihnen nahe legte, ähnlich gegen „die noch vielfach anzutreffende Sorglosigkeit und Weichheit nach dem eigentlichen Kampf" vorzugehen[114], wurde die Kritik an der „mißverstandenen Menschlichkeit" gegenüber notleidenden Kriegsgefangenen über den Bereich der 6. Armee hinaus verbreitet, nachweislich etwa bei der 11. Armee durch einen Befehl Mansteins[115]. Dass die Führung der 6. Armee sogar befahl, „alle schlappmachenden Kriegsgefangenen" zu erschießen[116], war ein weiterer radikaler Schritt gegen die Reste an „Mensch-

[111] Zu den Erschießungsaktionen („Aussonderungen") gegen kriegsgefangene Kommissare und Juden vgl. das nächste Kapitel sowie II,5,c.

[112] Bock, Kriegstagebuch, S. 313 (9. 11. 1941), ein Fernschreiben an Brauchitsch zitierend.

[113] Befehl Reichenaus (AOK 6, Ia, Az. 7) „Verhalten der Truppe im Ostraum", 10. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 339.

[114] Befehl Rundstedts (Heeresgruppe Süd, Ia, Nr. 2682/41 geh.), 12. 10. 1941, ebd., S. 340.

[115] Armeebefehl Mansteins (AOK 11, Ic/AO, Nr. 2379/41 geh.), 20. 11. 1941, ebd., S. 344: Es dürfe „aus mißverstandener Menschlichkeit nichts von dem, was die Heimat unter Entbehrung abgibt, an Gefangene und Bevölkerung – soweit sie nicht im Dienste der deutschen Wehrmacht stehen – verteilt werden".

[116] Bericht „Auf einer Fahrt in das Operationsgebiet im Osten gemachte Beobachtungen und Feststellungen", Berlin 23. 10. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-3147. „Bedauerlicherweise

lichkeit", die den Rotarmisten unter den unmenschlichen Verhältnissen der deutschen Gefangenenpolitik noch entgegengebracht wurden. Wie sehr sich die höchste Generalität der Heeresgruppe Süd auf eine völkerrechtswidrige und unbarmherzige Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen einließ, zeigte Gerd v. Rundstedt noch knapp ein Jahr nach seiner Abberufung vom östlichen Kriegsschauplatz. Im Oktober 1942 regte er als Oberbefehlshaber West an, sowjetische Kriegsgefangene in Frankreich zur Arbeit einzusetzen und pries die „Vorteile des Russen"[117]: Fleiß, Genügsamkeit, Einfachheit – und vor allem: „Wenn er nicht pariert, kann er einfach erschossen werden."

Anders als im Süden und in der Mitte, wo das Gefangenenelend solche Ausmaße annahm, dass selbst die Oberbefehlshaber sie wahrnehmen mussten, war der Anfall von Kriegsgefangenen im Norden nie ein vergleichbares Massenphänomen. Weder in den privaten Aufzeichnungen Leebs, Hoepners, Mansteins und Reinhardts noch in den militärischen Akten der ersten Feldzugsmonate finden sich irgendwelche Hinweise auf eine Beschäftigung der höchsten Truppenführer mit dieser Frage. Doch spätestens im Herbst 1941 wurden auch im Gebiet der Heeresgruppe Nord die Probleme offensichtlich. Einem OKW-Offizier fielen im Oktober 1941 bei einer Fahrt zur 16. Armee die „endlose[n] Kolonnen halb verhungerter und erfrorener Gefangener" auf[118]. Der Vertreter des Auswärtigen Amts bei dieser Armee berichtete im selben Monat über die „völlig unzureichende Verpflegung" der Kriegsgefangenen und fügte hinzu[119]: „Die geschilderten Zustände sind dem Armeeoberkommando bekannt; die Versuche, für die Gefangenenlager einen höheren Verpflegungssatz zu erreichen, sind bis jetzt erfolglos geblieben." Zu dieser Zeit hatte die Gefangenenfrage für die Verbände der Heeresgruppe Nord eine neue Bedeutung erhalten. Der lange Marsch durch das Baltikum auf Leningrad war im Monat zuvor vor den Toren der Neva-Metropole zum Stehen gekommen. Der drohende Stellungskrieg im Herbst und Winter erforderte Arbeitskräfte für Schanz-, Räumungs-, Straßen- und Bauarbeiten, welche die Wehrmacht, der Reichsarbeitsdienst und die Organisation Todt allein nicht aufbringen konnten. So richtete man sich darauf ein, eine größere Zahl von Kriegsgefangenen im Operationsgebiet zurückzubehalten, zu verpflegen und zur Arbeit einzusetzen. Auch in den anderen Bereichen der Ostfront neigte sich die Zeit des Bewegungskriegs ihrem Ende zu, doch war die 18. Armee der erste deutsche Großverband, der sich damit abfinden musste, dauerhaft in einer Stellung und in

wird dies an der Strasse, selbst in Ortschaften vorgenommen, sodass die einheimische Bevölkerung Augenzeuge dieser Vorgänge ist. Im rückwärtigen Gebiet ist es schon des öfteren vorgekommen, dass deutsche weibliche Angestellte des abends auf dem Weg zu ihrer Wohnung an erschossenen Kriegsgefangenen vorbeikommen." Dieser Bericht stammt nicht von Lahousen (so irrig Streit, Kameraden, S. 171), sondern von Stolze, einem seiner Mitarbeiter im OKW/Amt Ausland/Abwehr, Abt. II. Die Gefangenenzüge machten auf Stolze den „stupiden Eindruck von Tierherden", ihr Elend führte er auf die „Anstrengung der Märsche", die „geringe Ernährung" und die „schlechten Unterbringungsverhältnisse in den einzelnen Lagern" zurück. – Der erwähnte Befehl des AOK 6 konnte nicht gefunden werden.

[117] Denkschrift Rundstedts (OB West, Ia, Nr. 235/42 geh.Kdos.Chefs.) „Die Lage im Bereich des Oberbefehlshabers West", 14. 10. 1942, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-546.

[118] Bericht Lahousens über eine Fahrt durch das Operationsgebiet im Osten vom 24.–30. 10. 1941, 11. 11. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-3146.

[119] Bericht des VAA beim AOK 16 „über die Verpflegung der Gefangenen in den Gefangenenlagern", 30. 10. 1941, in: PA-AA, R 105181.

einem Gebiet zu verharren. Die Neubewertung der Gefangenenfrage im Operationsgebiet ließ sich daher im Frontabschnitt vor Leningrad frühzeitig und durchaus exemplarisch beobachten[120].

Ende September 1941 erkannte das Oberkommando der 18. Armee – wegen des Kräftebedarfs im Stellungskrieg und wegen der jetzt plötzlich betonten „Verpflichtung der Fürsorge" – die Notwendigkeit einer „planmäßigen Regelung" der Gefangenenfrage und befahl den Verbleib von genügend Kriegsgefangenen zum Arbeitseinsatz im Winter[121]. Von den 35000 Kriegsgefangenen sollten 22000 in den Gefangenensammelstellen und Durchgangslagern als „Arbeitskräfte für Straßeninstandhaltung und Unterkunftsbau" zurückgehalten werden[122]. Außerdem wurde der Truppe freigestellt, „für eigene Zwecke Arbeitskommandos unter eigener Bewachung und wirtschaftl. Versorgung" zu bilden. Die Verpflegung und Unterkunft dieser großen Zahl von Kriegsgefangenen wurde offenbar zunächst nicht als Problem gesehen. Das Armeeoberkommando ging wie selbstverständlich davon aus, dass die Gefangenenverpflegung „entsprechend den festgelegten Sätzen auf dem gleichen Wege wie die Truppenverpflegung anzufordern und zu empfangen" sei[123]. Da die Truppenverpflegung aber möglichst nicht belastet werden sollte und sich die Versorgungslage im Armeegebiet ohnehin immer schwieriger gestaltete, hielt auch in den Gefangenenlagern der 18. Armee bald der Hunger Einzug. Der Kampf gegen die sich anbahnende Katastrophe wurde zusätzlich erschwert, als Generalquartiermeister Wagner am 21. Oktober 1941 die Rationen senkte und befahl, die Verpflegung „im Einvernehmen mit den Dienststellen des Wi Stab Ost dem Lande zu entnehmen" und nur im Notfall die Verpflegungsstellen des Heeres einzuschalten bzw. auf Nachschubbestände zurückzugreifen[124].

Das Gefangenenwesen der 18. Armee geriet nun in eine schwere Krise. Anfang November mussten sich die zuständigen Offiziere des Oberkommandos eingestehen, dass gerade noch die 4000 für die Wehrmacht arbeitenden Zivilisten, nicht aber die arbeitenden Kriegsgefangenen, geschweige denn die nichtarbeitenden Gefangenen und die Zivilbevölkerung ernährt werden konnten[125]. Die Gefangenenkost wurde immer karger, improvisierter, minderwertiger. Sogar auf verendete Pferde musste zurückgegriffen werden. In den ersten acht Novembertagen starben 321 der etwa 19000 Kriegsgefangenen im Armeegebiet „den Erschöpfungstod"[126], also in Folge von Hunger, Kälte und Überarbeitung. Zur selben Zeit mel-

[120] Zum Folgenden vgl. auch ausführlicher Hürter, Wehrmacht, S. 427–432.

[121] Befehl Buchers, des Oberquartiermeisters der 18. Armee, (AOK 18, O.Qu./Qu. 2) „Gefangenenwesen", 24. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/117. Als Arbeitsbereiche wurden genannt: Instandhalten der Straßen und Bahnen, Truppenunterkunftsbau, Arbeitsdienst in Versorgungseinrichtungen, Aufräumarbeiten, Beutebergung.

[122] Befehl Buchers (AOK 18, O.Qu./Qu. 2) „Gefangenenabschub", 26. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/118.

[123] Befehl Buchers (AOK 18, O.Qu./Qu. 2) „Gefangenenwesen", 24. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/117.

[124] Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., IVa, Nr. I/23738/41 geh.), 21. 10. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/638.

[125] AOK 18, KTB O.Qu., 7. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1204, über eine Besprechung Buchers mit dem Wirtschaftsoffizier Angermann. Vgl. auch das Schreiben Angermanns an Bucher, 8. 11. 1941, in: BA-MA, RW 46/299.

[126] AOK 18, KTB O.Qu., 13. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1204, über einen Vortrag Buchers bei Küchler.

dete das Armeeoberkommando der Heeresgruppe einen zusätzlichen Bedarf an 27000 Kriegsgefangenen zum Arbeitseinsatz[127]. Der Widerspruch zwischen dem Unvermögen, die Gefangenen ausreichend zu ernähren, zu bekleiden und unterzubringen, und dem Wunsch der Armee nach weiteren Arbeitssklaven hinderte Oberbefehlshaber Georg v. Küchler in diesen Tagen nicht an der Weitergabe des „Reichenau-Befehls", in dem die Verpflegung nichtarbeitender Kriegsgefangener aus Truppenküchen als „mißverstandene Menschlichkeit" kritisiert wurde[128]. Küchler war durch seinen Oberquartiermeister genau über das Gefangenensterben und seine Ursachen informiert, stand diesem Problem aber offenbar immer noch gleichgültig gegenüber. Jedenfalls fehlt für eine Initiative des Oberbefehlshabers jeder Nachweis. Es war wohl in erster Linie sein Oberquartiermeister, Oberst i.G. Wolfgang Bucher, der die katastrophalen Zustände ändern wollte. Für die große Generalstabsbesprechung in Orša am 13. November 1941 notierte er als dringendes Monitum[129]: „*Gefangenenverpflegung* nicht ausreichend, um Gefangene zur Arbeit leistungsfähig zu erhalten. Gefangene haben keine Winterbekleidung, Mäntel und schlechtes Schuhzeug. Ein großer Teil völlig erschöpft, ist nicht arbeitsfähig. Täglich Abgänge an Toten infolge Erschöpfung."

Das Oberkommando der 18. Armee war aber spätestens Ende November 1941 nicht mehr gewillt, die grausame Gefangenenpolitik der Zentralstellen und „das traurige Los der Kriegsgefangenen"[130] hinzunehmen. Diese Frontkommandobehörde bemühte sich nun entgegen den Richtlinien aus Berlin, nicht nur die arbeitenden, sondern alle Kriegsgefangenen am Leben zu erhalten[131]. Eine Denkschrift des Armeeoberkommandos zur Gefangenenlage kritisierte am 27. November unverhohlen die viel zu niedrigen Verpflegungssätze der OKH-Verordnung vom 21. Oktober 1941 und schlug eine Erhöhung der Rationen vor[132]. Da die Kriegsgefangenen nun als nützliche und überwiegend nicht bolschewistisch eingestellte Arbeiter angesehen wurden, forderte die Denkschrift: „Strenge aber *menschliche* Behandlung, wozu ausreichende Ernährung und warme Unterkunft gehört." Dieser neue Kurs wurde jetzt auch von Küchler gedeckt. Drei Tage später beschloss er mit dem Kommandanten des rückwärtigen Armeegebiets die Einführung eines wöchentlichen Ruhetags für die Gefangenen[133]. Als Generalquartiermeister Wagner am 2. Dezember 1941 endlich die Rationen erhöhte, zugleich aber am Grund-

[127] Ebd., 3. 11. 1941; KTB Ia, 4. 11. 1941, in: NA, T 312/782, über eine Besprechung Buchers mit Generalstabschef Hasse.

[128] Befehl Küchlers (AOK 18, Ia, Nr. 5016/41 geh.), 3. 11. 1941, mit dem Befehl Reichenaus vom 10. 10. 1941 als Anlage, in: BA-MA, RH 20–18/1209.

[129] Aufzeichnung Buchers „Besprechungspunkte für Chef des Generalstabes", 9. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/132. Generalstabschef Hasse nahm diese Notiz mit nach Orša.

[130] So der Kommandant des rückwärtigen Armeegebiets, Generalmajor Knuth, am 15. 11. 1941 an das AOK 18 (Korück 583, Kdt., Nr. 217 geh.), in: BA-MA, RH 20–18/1448. „Die Bevölkerung sieht das Elend der Gefangenen täglich, sieht sie halb verhungert im Ort arbeiten oder hinter dem Stacheldraht hinsterben."

[131] Am 21. 11. 1941 besprachen Oberquartiermeister Bucher und Generalstabschef Hasse Maßnahmen, „daß die Kriegsgefangenen die ihnen zustehenden knappen Sätze voll erhalten, daß sie für den Außendienst ausreichend bekleidet sind und daß sie während der Nacht in warmen Unterkünften untergebracht sind". AOK 18, KTB O.Qu., 21. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1204.

[132] AOK 18 (O.Qu./Qu. 2, Nr. 2310/41 geh.) an H.Gr.Kdo. Nord, 27. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1448.

[133] AOK 18, KTB O.Qu., 30. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1204, über eine Besprechung Küchlers mit Generalmajor Knuth.

satz festhielt, die Lebensmittel „aus dem Lande zu entnehmen" und nur „in einzelnen besonders gelagerten Notfällen" auf Nachschubbestände zurückzugreifen[134], setzte sich Küchler darüber hinweg und befahl für seine Armee die Ausgabe der Gefangenenverpflegung auch aus den Armeeversorgungslagern[135].

Diese und andere Bemühungen um das Leben und die Arbeitskraft der Gefangenen trugen aber erst im neuen Jahr Früchte. Zunächst konnte das Sterben nicht aufgehalten werden. Noch am 24. Dezember 1941 musste Oberquartiermeister Bucher seinem Oberbefehlshaber melden, dass trotz aller Gegenmaßnahmen täglich etwa 100 Kriegsgefangene starben[136]. Die Erschöpfung der Gefangenen, die katastrophale Transportlage und harte Witterung im Winter sowie das Fleckfieber sorgten dafür, dass die Elendskolonnen halbverhungerter, vom Tode gezeichneter und sterbender Kriegsgefangener bis zum Eintritt der milderen Jahreszeit zum Alltagsbild des besetzten Gebiets vor Leningrad gehörten. Auch wenn die einigen tausend umgekommenen sowjetischen Gefangenen der 18. Armee nur einen Bruchteil der Millionen Opfer bildeten, war das Ergebnis der Kriegsgefangenenpolitik allein in diesem Armeebereich erschütternd genug. Für die Katastrophe machte das Armeeoberkommando mit gutem Grund die Richtlinien der Zentralbehörden verantwortlich, vor allem die „geringe Bemessung der Verpflegungssätze" sowie den „mancherorts missverstandene[n] Befehl zur Härte gegen die Russen"[137]. Allerdings kam das Interesse der Armeeführung, dieser Katastrophe entgegenzutreten, reichlich spät und war zunächst nicht entschlossen genug. Charakteristisch war das Verhalten des letztlich auch für diese Frage verantwortlichen Oberbefehlshabers, der von den zuständigen Sachbearbeitern seines Stabes erst dann für den Lebenserhalt der Kriegsgefangenen engagiert werden konnte, als das Elend bereits erschreckende und kaum mehr zu beherrschende Ausmaße angenommen hatte.

Dieses Beispiel bestätigt, dass die Gefangenenfrage für die Oberkommandos eine neue Bedeutung erhielt, als sich die Fronten – je nach Kampfabschnitt früher oder später, vorübergehend oder dauerhaft – versteiften und die deutschen Frontverbände länger in ein und demselben Gebiet verharrten. Es zeigt außerdem, dass die Truppenführung durchaus in der Lage war, die katastrophalen Lebensbedingungen der sowjetischen Kriegsgefangenen zu kritisieren und sich gegen die Richtlinien von OKH und OKW um einen Wandel zu bemühen. Offenbar gelangten bereits Ende Oktober 1941 die Beschwerden einiger Oberbefehlshaber – die Namen sind nicht überliefert – über die grauenhaften Zustände im Gefangenenwesen bis zu Hitler[138]. Der Führerbefehl vom 31. Oktober, die Kriegsgefange-

[134] Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., IVa, Nr. I/36761/41 geh.), 2. 12. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/638.

[135] AOK 18, KTB O.Qu., 8. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1205, über einen Vortrag Buchers bei Küchler: „Entnahme der Gefangenenkost aus den A.V.L.s [Armeeversorgungslagern] bleibt aber ausdrücklich verboten, obwohl AOK gemeldet hat, daß dies im Armeegebiet nicht möglich ist. O.B. unterschreibt erneute Meldung an Gen.Qu., daß Armee aus A.V.L.s Verpflegung ausgibt."

[136] Ebd., 24. 12. 1941, über einen Vortrag Buchers bei Küchler und Generalstabschef Hasse.

[137] Aufzeichnung des Vertreters Qu. 2, Major d.R. Jaraczewski, über „Die Kriegsgefangenen und die Deckung des Arbeitsbedarfs im Armeebereich", 17. 1. 1942, in: BA-MA, RH 20–18/1448.

[138] Nach einem Bericht von General Thomas vom 31. 10. 1941 waren „die Oberbefehlshaber beim Führer vorstellig" geworden – „wegen der Lage der russischen Kriegsgefangenen, da ungünstige

nen zur Arbeit einzusetzen und entsprechend zu ernähren, ging vermutlich auch auf diesen Vorstoß zurück. Als der notwendige Richtungswechsel der Heeresleitung ausblieb, nutzten die Frontoberkommandos die große Besprechung der Generalstabschefs mit Halder und Wagner am 13. November 1941 in Orša zu einer weiteren Initiative. Der Generalstabschef der Heeresgruppe Mitte brachte, gewiss in Abstimmung mit Feldmarschall v. Bock und stellvertretend für die anderen Oberkommandos, die „Frage der Ernährung der Kriegsgefangenen" zur Sprache und verwies darauf, „daß die Kriegsgefangenen einen notwendigen Zuschuß an Arbeitskraft darstellten, in ihrem gegenwärtigen Zustand aber nicht arbeiten könnten, vielmehr in großem Umfange der Erschöpfung anheim fielen"[139]. Halder ließ Generalquartiermeister Wagner auf diesen Einwurf mit dem berüchtigten Verdikt antworten[140]: „Nichtarbeitende Kriegsgefangene in den Gefangenenlagern haben zu verhungern." Selbst die arbeitenden Gefangenen könnten nur in Einzelfällen, nicht generell aus Heeresbeständen ernährt werden.

Diese starre Haltung Wagners war aber zu diesem Zeitpunkt bereits ein Rückzugsgefecht der Hardliner im OKH und OKW. Die grausame Politik der Zentralstellen, gleichgültig und rücksichtslos über das angeblich nicht zu ändernde Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen hinwegzugehen und weiterhin auf ihre Versorgung „aus dem Lande" zu bestehen, wurde im Operationsgebiet nicht mehr mit dem resignierten Achselzucken der Vormonate hingenommen. Die Oberkommandos des Ostheeres entdeckten im Angesicht des Winters und eines noch langen Kampfes den Nutzen von Arbeitssklaven zur Entlastung ihrer erschöpften Männer. Jetzt, als es um das Interesse ihrer Truppe ging, schalteten sich endlich auch die Oberbefehlshaber ein.

Generaloberst Adolf Strauß etwa konstatierte am 16. November 1941 für die Situation der Kriegsgefangenen bei seiner 9. Armee, „dass die Verhältnisse in vielen Lagern schlecht sind", und befahl[141]: „Für die Verpflegung der Gefangenen, wenigstens mit einem Existenzminimum sind alle Möglichkeiten (Pferde aus Pferdelazaretten und Vet.-Kompanien, Abfälle aus Schlachtereien, Hirse, Leinsamen, Buchweizen, Getreide aus Beutebeständen, Kartoffeln und Rüben [Beitreibung aus der Zivilbevölkerung]) auszunutzen." Außerdem wandte er sich gegen „Willkür und Rohheit" bei der Bewachung[142]. Einige Tage später, am 23. November, schlug Strauß der Heeresgruppe Mitte vor, „die Arbeitskraft der großen Gefangenenmas-

Auswirkungen auf Stimmung der Truppe". Zit. nach: DRZW, Bd. 4, S. 1017 (Beitrag Müller), S. 1017.

[139] Aufzeichnung Hasses, des Generalstabschefs der 18. Armee, „Merkpunkte aus der Chefbesprechung in Orscha am 13. 11. 1941", die am 17. 11. 1941 von Küchler gesehen wurde, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1535.

[140] Ebd. Während Rolf-Dieter Müller in der Äußerung Wagners „Hilflosigkeit" erkennt (DRZW, Bd. 4, S. 1018), zeigt sich für Christian Gerlach hier „das eiskalte Kalkül eines Hauptverantwortlichen des Völkermordes" (Gerlach, Morde, S. 801). Auf jeden Fall führte die Überbetonung vermeintlicher „Sachzwänge" bei Wagner zu einer erschreckenden Gleichgültigkeit gegenüber der Mangelernährung der Kriegsgefangenen und den daraus resultierenden Folgen.

[141] Befehl Strauß' (AOK 9, Ic/AO/O.Qu., Nr. 3085/41 geh.) „Propaganda in der Bevölkerung des besetzten Gebietes", 16. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-9/257.

[142] „Die Bewachung grosser Gefangenenmassen in Lagern und bei Transporten ist bei dem meist nur geringen Wachpersonal schwierig. Strenge ist daher nötig, Härten sind unvermeidlich. Willkür und Roheit müssen aber unter allen Umständen ausgeschlossen bleiben. Sie sind eines deutschen Soldaten unwürdig und schädigen aufs schwerste die Manneszucht."

sen noch viel weitergehend als bisher anscheinend vorgesehen in den Dienst der Wehrmacht zu stellen", und nannte eine Reihe von „Handlangerdiensten" hinter der Front[143]. Damit verband er die Notwendigkeit einer besseren Ernährung: „Die völlig zermürbten und dem Hungertode nahen Kriegsgefangenen würden sich glücklich preisen, wenn sie auf solche Weise auch nur 2/3 der dem deutschen Soldaten zustehenden Nahrung erlangen könnten, und nach Überzeugung der Armee in der überwiegenden Masse unermüdlich und fleißig die ihnen übertragene Tätigkeit verrichten." Allerdings wollte Strauß die asiatischen Rotarmisten ausgenommen wissen[144]. Noch deutlicher wurde der Oberbefehlshaber der 2. Armee, General Rudolf Schmidt, der die ihm unterstellten Kommandeure am 5. Dezember 1941 anhielt, „mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß die Kriegsgefangenen ausreichend verpflegt und gut behandelt werden. Die in den Kriegsgefangenen liegende Arbeitskraft ist so wertvoll und für die der Truppe gestellten Aufgaben so wichtig, daß eine irgendwie geartete Herabminderung nicht verantwortet werden kann."[145] Schmidt befahl, notfalls auch auf Nachschubbestände zurückzugreifen, und schloss seinen Appell mit der Feststellung: „Wir brauchen jeden Kriegsgefangenen als Arbeitskraft, er nutzt uns aber nur dann, wenn er zu essen hat."

In diesen Tagen malte auch das Heeresgruppenkommando Mitte ein düsteres Bild des Gefangenenelends[146]: „Nach Einsetzen der großen Kälte hat sich der Gesundheitszustand der Kriegsgefangenen erheblich verschlechtert und die Sterblichkeit ist in großem Umfange angestiegen." Das von Generalstabschef Greiffenberg unterzeichnete Schreiben an den Generalquartiermeister blickte auf den hohen Anfall – Hunderttausende! – von Kriegsgefangenen durch die Operation „Taifun" zurück, um dann festzustellen: „Der Abtransport dieser Massen, ihre Ernährung in einem fast vollständig ‚kahl gefressenen' Gebiet und ihre Unterbringung in zerstörten Häusern oder im Freien stellten die Truppe vor Schwierigkeiten, die mit ‚normalen' Mitteln nicht zu überwinden waren. Der Gesundheitszustand der Gefangenen verschlechterte sich zusehends und die Sterblichkeit in den Gefangenenlagern, vor allem auch in den Kriegsgefangenen-Lazaretten, wird daher noch auf längere Zeit außergewöhnlich hoch bleiben. Der Zwang zu rücksichtslosem Durchgreifen gegenüber den Gefangenen hat zu einer Mißachtung des Wertes eines Menschenlebens und zu der Auffassung geführt, daß Wehrlosen

[143] Strauß (AOK 9, Ia, Nr. 4346/41 geh.) an H.Gr.Kdo. Mitte, 23. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–9/22. Neben den Arbeitern in Bau- und Nachschubdiensten wollte Strauß vor allem Fahrer, Bäcker, Schlächter, Pferdepfleger, Munitionskanoniere, Telegraphenhandwerker und Instandsetzer beschäftigen.

[144] „Daß das asiatische Untermenschentum in den Gefangenenlagern zu bleiben hätte, ist selbstverständlich."

[145] Befehl Schmidts (AOK 2, OB), 5. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20–2/1445. Schmidt ergänzte noch: „Ganz abgesehen hiervon ist schlechte Behandlung wehrloser Kriegsgefangener eines deutschen Soldaten unwürdig, schädigt die deutschen Propagandamaßnahmen und verschlimmert das Los der unglücklichen deutschen Soldaten, die in russische Kriegsgefangenschaft geraten sind." Wenige Tage später, am 9. 12. 1941, wandte sich auch der VAA beim AOK 2, Bossi-Fedrigotti, gegen die „Hungerlager", bezeichnete es als „für die deutsche Wehrmacht beschämend, wenn unter deren Augen die Gefangenen sterben wie die Fliegen" und warnte eindringlich vor den negativen propagandistischen Folgen. Dieser Bericht an das Auswärtige Amt wurde von Schmidt gelesen und ausdrücklich gebilligt, in: ADAP, Serie E, Bd. 1, S. 221–224, hier S. 223 f.

[146] H.Gr.Kdo. Mitte (Ib, Nr. 2562/41 geh., gez. Greiffenberg) an OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., „Kriegsgefangenenlage", 7. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-3058.

gegenüber alles erlaubt ist. Das sind Gesinnungen, die deutschen Soldaten bisher fremd waren und die mit allen Mitteln bekämpft werden müssen." Natürlich bleibt der rechtfertigende Hinweis auf den „Zwang zu rücksichtslosem Durchgreifen" irritierend und natürlich muss man fragen, inwieweit gerade die höchsten Frontdienststellen die „Mißachtung des Wertes eines Menschlebens" durch die Truppe gefördert hatten, doch immerhin war der Ruf nach einem Ende des Massensterbens jetzt laut und vernehmlich.

In den Wochen nach der Besprechung von Orša vollzogen auch die Wehrmachtsführung und die Heeresleitung mit der Erhöhung der Rationen endlich die – wenn auch nur halbherzige – Wende in der Gefangenenpolitik. Diese Änderung – vor allem durch den Befehl Wagners vom 2. Dezember 1941 – war maßgeblich auf den Druck der Frontdienststellen zurückzuführen, die im Herbst 1941 immer dringlicher auf die katastrophalen Missstände im Gefangenenwesen und die negativen Folgen für den Arbeitseinsatz sowie für die Propaganda aufmerksam gemacht hatten. Spätestens im November 1941, als kein Oberbefehlshaber mehr die Augen vor dem Erlahmen der deutschen Angriffskraft verschließen konnte, hatte die Truppenführung im Osten erkannt, wie nützlich es wäre, die Arbeitskraft der Kriegsgefangenen zu erhalten und auszunutzen. Der militärische Utilitarismus der schnell vorrückenden Verbände im Sommer und Frühherbst scherte sich nicht um das Los der Gefangenenmassen. Mit der Frage der Ernährung von solch „unnützen Essern" wollte man sich möglichst wenig aufhalten. Rücksichten schienen nur zu hemmen. Der militärische Utilitarismus der zur Defensive übergehenden, erschöpften und dezimierten Verbände im Spätherbst und Winter jedoch zwang zu einer Neubewertung des Problems. Ob und in welchem Umfang daneben auch Menschlichkeit eine Rolle spielte, lässt sich nicht beantworten. Wichtig war vor allem, dass die meisten verantwortlichen Generale und Offiziere des Ostheeres die Kriegsgefangenen in ihren Befehlsbereichen nun unbedingt am Leben halten und ausnutzen wollten.

Das bedeutete allerdings weder den sofortigen Stopp des Gefangenensterbens noch den Durchbruch einer Ära der humanen Behandlung von Kriegsgefangenen an der Ostfront. Das eine war während der Winterkrise nicht so bald, sondern erst nach Wochen und Monaten möglich, das andere war den Bewachern, die bis dahin ganz anders belehrt worden waren, nicht so leicht zu vermitteln und wurde auch je nach Lage nicht überall gewünscht. Der verzweifelte Abwehrkampf in den Schneewüsten Russlands und die eklatante Unterversorgung der deutschen Soldaten mit Winterbekleidung und Lebensmitteln wendeten den erbarmungslosen Utilitarismus des „Totalen Krieges" teilweise erneut gegen die Kriegsgefangenen. Wieder war es Hitler, der jeder Form der Rücksichtslosigkeit, sofern sie der eigenen Truppe zu nutzen schien, einen Freibrief gab, und wieder waren es manche seiner höchsten Truppenführer, die sich im sowjetischen Feldzug allzu schnell bereit fanden, diesen Freibrief anzunehmen. Der Diktator befahl am 20. Dezember 1941, „Gefangene und Einwohner rücksichtslos von Winterbekleidung [zu] entblößen"[147]. Und ein „ganz normaler" Oberbefehlshaber wie Adolf Strauß, der

[147] OKW (WFSt, Abt. L/I Op., Nr. 442217/41 geh.Kdos.Chefs.) an OKH, 21. 12. 1941, über die von Hitler am 20. 12. 1941 Halder mitgeteilten Befehle, in: KTB/OKW, Bd. 1, S. 1085.

sich zuvor noch für den Lebenserhalt der Kriegsgefangenen als Arbeitskräfte eingesetzt hatte, scheute sich nicht, wenige Tage später die Verbände seiner 9. Armee zu ermahnen[148]: „Es ist mir zu Ohren gekommen, daß manche Erfrierungen vermieden werden könnten, wenn die Soldaten nicht so leichtsinnig und stur wären. Es kommt vor, daß der deutsche Infanterist in seiner gewöhnlichen Ausstattung hinter gefangenen Rotarmisten einhergeht, die mit Pelzen, Pelzmützen und Filzstiefeln ausgerüstet sind! [...] Jegliche Rücksicht ist fehl am Platze."

Verbrecherische Befehle dieser Art, von Hitler angeregt und von manchem Befehlshaber persönlich ausgegeben, mussten ein wildes Durcheinander von Misshandlungen und Fürsorgemaßnahmen provozieren. Dass die Kriegsgefangenen einerorts im Interesse der eigenen Versorgung dem Tod durch Kälte und Hunger ausgeliefert, andernorts aber in festen Quartieren für den Arbeitseinsatz „aufgepäppelt" werden sollten, war für den deutschen Soldaten, der direkt mit gefangenen Rotarmisten konfrontiert war, kaum zu verstehen. So blieb trotz aller Bemühungen um eine Milderung des Gefangenenelends der bisherige Zustand insofern prinzipiell unangetastet, als nicht völkerrechtliche Vereinbarungen oder zumindest die neuen Richtlinien der deutschen Führung, sondern die blanke Willkür und die Lebensbedingungen im Operationsgebiet über das Schicksal der Kriegsgefangenen entschieden. Fürsorge und Mord standen während der chaotischen Wochen der Winterkrise in unmittelbarer Nachbarschaft. Die höchste Truppenführung war in dieser Zeit so sehr auf das nackte Überleben ihrer Verbände fixiert, dass sie sich um das Gefangenenwesen nicht weiter sorgte. Erst als sich die militärische Lage etwas beruhigte, wurden die Oberbefehlshaber erneut auf die anhaltenden Missstände aufmerksam und waren teilweise über die Folgen ihrer widersprüchlichen Befehle erschreckt. Rudolf Schmidt, jetzt Oberbefehlshaber der 2. Panzerarmee, sah sich am 3. März 1942 genötigt, seine Soldaten daran zu erinnern, dass der Kampf nicht gegen die Bevölkerung und auch nicht gegen die Gefangenen geführt werde[149]: „Gefangene, die sich keine Vergehen gegen das Völkerrecht zuschulden kommen liessen, sind dem Völkerrecht entsprechend zu behandeln."

Es war bemerkenswert, dass sich ein hoher Frontgeneral plötzlich wieder an das Völkerrecht erinnerte und eine entsprechende Behandlung und Versorgung der Gefangenen anmahnte. Auch andere Oberbefehlshaber zeigten nun ein zuvor ungewohntes und während der Winterkrise völlig verschüttetes Interesse am Zustand der Kriegsgefangenen, deren Arbeitskraft besonders im Stellungskrieg der Heeresgruppen Nord und Mitte begehrter war als je zuvor. General Heinrici, Oberbefehlshaber der 4. Armee, besuchte am 13. März 1942 ein Gefangenenlager und notierte in sein Tagebuch[150]: „Mittags Gefangenen Unterbringung angesehn, war teilweise entsetzt. Abhilfe angeordnet. Damit schädigen wir uns selbst." Während es vorher in seinen zahlreichen persönlichen und dienstlichen Doku-

[148] Befehl Strauß' (AOK 9, OB), 27. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20–9/24.

[149] Armeebefehl Schmidts (Pz.AOK 2, Ic/AO, Nr. 83/42 geh.) „Behandlung von Kriegsgefangenen, Partisanen, Feindkundschaftern und der Bevölkerung", 3. 3. 1942, in: BA-MA, RH 21–2/867a. „Ungerechtfertigte Erschiessungen von Gefangenen, auch heimliche, z. B. unter dem Vorwand ‚auf der Flucht erschossen', sind verboten. [...] Die Gefangenen sind, soweit es die Lage erlaubt, ausreichend zu verpflegen und nach ihrer Vernehmung auf dem kürzesten Wege der nächsten Gefangenensammelstelle oder dem nächsten Dulag zuzuführen."

[150] Tagebuch Heinricis, 13. 3. 1942, in: Hürter, General, S. 152.

menten keinerlei Anzeichen dafür gab, dass ihm das Los der Gefangenen mehr als nur gleichgültig war, verlangte er nun von seinen Soldaten, *„eine menschliche Behandlung des Gefangenen* als notwendig und richtig [zu] empfinden und selbstverständlich aus[zu]üben"[151]. Im März und April 1942, als sich die militärischen, klimatischen und wirtschaftlichen Bedingungen allmählich besserten, wurden von allen Armeeoberkommandos Befehle zur „anständigen" Behandlung der Kriegsgefangenen und vor allem zum Erhalt ihrer Arbeitskraft ausgegeben, wie sie in dieser Zahl und Deutlichkeit bisher nicht vorlagen[152]. Und noch am 21. Mai 1942 sah sich Generaloberst Busch durch einen „Sonderfall" persönlich dazu veranlasst, alle Truppenteile seiner 16. Armee „erneut darauf hinzuweisen, daß die russischen Kriegsgefangenen einwandfrei zu behandeln sind. Die pflegliche Behandlung der Kriegsgefangenen erhöht ihre Arbeitskraft."[153]

Im Frühjahr 1942 führten endlich die im Spätherbst 1941 auf Drängen der Truppenführung eingeleiteten, dann aber während der Winterkrise 1941/42 kaum zum Tragen gekommenen und teilweise bewusst zurückgestellten Maßnahmen zu einer wirklichen Besserung des Gefangenenwesens im Operationsgebiet. Das monatelange Massensterben der Kriegsgefangenen nahm ein Ende, wenn auch ihre Lage insgesamt weiter von Ausbeutung und Misshandlung geprägt blieb. Für das millionenfache Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen trugen vor allem die Zentralbehörden und ihre Funktionäre Backe (Reichsernährungsministerium), Thomas (OKW) und Wagner (OKH) die Verantwortung. Ihr radikaler Wirtschaftsegoismus traf auch die Kriegsgefangenen, obwohl deren Massensterben offenbar nicht von vornherein geplant war, sondern sich aus teils eingebildeten, teils vorgeschobenen, teils tatsächlichen „Sachzwängen" entwickelte. Das Ziel einer Ernährung aller Gefangenen schien ohne die Belastung der Truppe und der Heimat nicht erreichbar zu sein. Daher wurde es lange Zeit gar nicht erst angestrebt. Die katastrophalen Folgen, die sich aus dieser zynischen Haltung bereits im Spätsommer 1941 ergaben, blieben den Oberbefehlshabern der Heeresgruppen und Armeen nicht verborgen, zumal sie sich auch in ihren Befehlsbereichen zeigten. Der Gedanke, Kriegsgefangene vorsätzlich verhungern zu lassen, lag ihnen vermutlich fern, doch reagierten sie über Monate hinweg nicht anders als hilflos

[151] Merkblatt Heinricis (AOK 4, OB) „Der deutsche Soldat im Osten", 21. 3. 1942, in: BA-MA, RH 20–4/294. „Manneszucht und Ehre des deutschen Soldaten" erforderten es, „daß dem verwundeten und dem gefangenen Feind die Behandlung zuteil wird, auf die er als kämpfender Gegner Anspruch hat". Zwei Tage zuvor hatte Heinrici mit seinem Generalstabschef sowie dem Ia und Ic abgesprochen, bei der Heeresgruppe Mitte „grundsätzlich" eine „anständige Behandlung der Gef[angenen] u. der Zivilbevölkerung, nicht zuletzt auch aus disziplinären Gründen", zu beantragen. AOK 4, Tätigkeitsbericht Ic, Spas Demensk 19. 3. 1942, in: BA-MA, RH 20–4/693, Bl. 19.

[152] Vgl. etwa – als Beispiele für die hier noch nicht genannten Frontbereiche im äußersten Norden und im Süden: Befehl des AOK Lappland (O.Qu./Qu. 2, Nr. 218/42 geh., gez. Jodl) „Wert der Kriegsgefangenen", 23. 3. 1942, in: BA-MA, RH 20–20/210: „Alles ist daranzusetzen, durch ausreichende Ernährung und Beseitigung der Fleckfiebergefahr die Gefangenen zu erhalten." Merkblatt des Pz.AOK 1 „Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener", 3. 4. 1942, in: BA-MA, RH 21–1/450: „Ausreichende Nahrung und gute Behandlung aller Kriegsgefangenen vom Zeitpunkt ihrer Gefangennahme an!"

[153] Befehl Buschs (AOK 16, O.Qu./Qu. 2) „Behandlung von Kriegsgefangenen", 21. 5. 1942, in: BA-MA, RH 20–16/1018. Es sei von Offizieren zu überwachen, „daß die Kgf. die ihnen zustehende Verpflegung erhalten, daß sie den Verhältnissen entsprechend untergebracht werden, daß sie eine Möglichkeit zu regelmäßiger Körperpflege finden und ärztlich betreut werden. Überanstrengung muß vermieden werden."

oder gleichgültig, wegschauend oder achselzuckend auf diese Missstände. Ja, teilweise verschärften sie das Gefangenenelend noch, indem sie in ihren Befehlen das Misstrauen gegen die „hinterhältigen" Rotarmisten schürten und damit ihre harte Behandlung rechtfertigten.

Erst als der Vormarsch überall in einen Kampf um die erreichten Stellungen überzugehen drohte und der Feldzug kein Ende zu nehmen schien, erkannten die Oberbefehlshaber den eklatanten Widerspruch zwischen dem steigenden Bedarf des Ostheeres an Arbeitskräften und der mangelnden Fürsorge gegenüber den dazu massenhaft bereitstehenden Kriegsgefangenen. Daher setzten sie sich jetzt für eine Wende der Gefangenenpolitik ein. Die schwere operative und logistische Krise des Winters 1941/42 sowie rassistische Ressentiments verhinderten allerdings, dass die Bemühungen um die Existenz der Kriegsgefangenen den notwendigen Nachdruck erhielten. Zeitweise gerieten sie wieder völlig in den Hintergrund, weil die militärische Lage den „Luxus" von Humanität und Völkerrecht nicht zu erlauben schien. Auch weiterhin und selbst noch, als sich die Lage im Frühjahr 1942 entspannte, zeigte sich, dass dem Leben eines sowjetischen Landeseinwohners, sei er Soldat oder Zivilist, gefangen oder frei, nicht viel Wert beigemessen wurde. Dieses Denken leitete nicht nur das Handeln des von der NS-Propaganda beeinflussten Landsers, sondern auch das Kommando des hohen Generals, der sich längst auf die Spielregeln von Hitlers Krieg im Osten eingelassen hatte und von der Andersartigkeit der „östlichen Verhältnisse" überzeugt war. In diesem Denken lag die weitgehende Passivität gegenüber dem Schicksal der Kriegsgefangenen begründet. Und dieses Denken markierte auch die Mitverantwortung der Oberbefehlshaber an ihrem massenhaften Elend und massenhaften Sterben.

c. Kommissare

Galt schon das Leben eines einfachen Rotarmisten nicht viel, so wurde dem Leben eines politischen Kommissars der Roten Armee ein noch geringerer Wert zugebilligt. Unter allen Angehörigen der Roten Armee war er das größte Hassobjekt der deutschen Kriegführung und Propaganda. Auf die Entstehung der „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare" vom 6. Juni 1941 wurde bereits eingegangen, ebenso auf die Tatsache, dass zunächst weder lauter Widerspruch noch stiller Boykott aus den Reihen der höchsten Truppenführung belegt sind[154]. Im Gegenteil: Manches – erwähnt wurden die Bekundungen Hoepners, Küchlers und Reinhardts vor dem deutschen Angriff sowie die offenherzige Prozessaussage Hoths in Nürnberg – spricht dafür, dass sich die Heeresgeneralität alles in allem sehr leicht von der Notwendigkeit besonderer Maßnahmen gegen die Kommissare überzeugen ließ. Alte Erinnerungen an die Revolutions-, Grenzschutz- und Baltikumskämpfe nach dem Ersten Weltkrieg wurden wach. Die Kommissare, und zwar sowohl die militärischen als auch die zivilen, galten in der Wehrmacht wie selbstverständlich als Träger des „jüdisch-bolschewistischen Systems" und als

[154] Vgl. Kapitel II,1,d.

Motoren des Widerstands gegen die deutschen Invasoren. Dies schien sich in den ersten Wochen des Feldzugs zu bestätigen. Die NKVD-Morde an den politischen Häftlingen in den Grenzgebieten wurden ebenso „den" Kommissaren angelastet wie die erbitterte Gegenwehr und die grausamen Übergriffe der Roten Armee.

Nicht nur die Dienstakten der Frontverbände sind voll von stereotypen Floskeln über den Einfluss der Kommissare in der Roten Armee. Auch in den privaten Aufzeichnungen ihrer Generale finden sich immer wieder Hinweise auf die hohe Bedeutung, die den Politoffizieren für die Kampfkraft der sowjetischen Truppen beigemessen wurde. Das Bild des brutalen, skrupellosen und verlogenen Kommissars, der den „stumpfen" und „halbasiatischen" Rotarmisten zum zähen Kampf zwingt, ja zu Grausamkeiten aufhetzt, verfestigte sich vom ersten Tag des Feldzugs an. Bock glaubte gerne, dass die Kommissare die Truppe „zum äußersten Widerstand" trieben, „indem sie verbreiten, daß wir alle Gefangenen umbringen"[155]. Auch Manstein gebrauchte die so häufige Wendung[156]: „Die Russen, von ihren Kommissaren getrieben, sind sehr zäh." Heinrici vertraute den Gefangenenaussagen, dass „die Kommissare die Soldaten am Überlaufen hindern und sie mit der Pistole zum Kampf zwingen"[157]. Daraufhin „schlagen die Soldaten nun wieder die Kommissare tot", notierte er sich zuversichtlich und hoffte noch einige Wochen später, dass „der Laden drüben doch eines Tages im Großen" zusammenbreche, „indem die einfachen Soldaten nicht mehr mitmachen. Vorläufig sagen sie immer, sie wollten nicht kämpfen, aber die Kommissare zwängen sie dazu."[158] Die Gefangenen verwiesen immer wieder auf den „Druck der Kommissare, welche jeden totschössen, der nicht mitmache"[159]. So wurde der Kommissar zum eigentlichen Hauptgegner stilisiert, ohne dessen Fanatismus und Brutalität der Widerstand der Roten Armee vermutlich schon längst zusammengebrochen wäre. Diesen gefährlichen Gegner zu „erledigen", erhielt dadurch scheinbar eine zusätzliche Legitimation. Das gezielte Herausbrechen der Korsettstangen sollte den Zusammenbruch des „Ladens drüben" beschleunigen.

Unangenehm war freilich, dass die Kommissare unmittelbar nach ihrer Gefangennahme von der Truppe „erledigt" werden sollten. Dass die systematische Liquidierung von Angehörigen der feindlichen Armee ein in der deutschen Militärgeschichte beispielloser Mord war, konnte nicht übersehen werden. Dieses von vielen als notwendig akzeptierte, aber höchst lästige Mordwerk hätte man wohl nur zu gerne den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD überlassen – wie alle politische und polizeiliche „Drecksarbeit" in diesem „Weltanschauungskrieg". Das schlechte Gewissen, dass es in diesem Punkt nicht gelungen war, das Heer aus dem ideologischen Kampf herauszuhalten, zeigte sich nach dem Krieg in den Lügen und Legenden, mit denen die überlebenden Generale die Beteiligung der Wehrmacht an diesem Kriegs- und NS-Verbrechen zu verschleiern suchten. Die Argumentation war immer dieselbe. Zunächst wurde die Weitergabe, teil-

[155] Bock, Kriegstagebuch, S. 197 (23. 6. 1941).
[156] Manstein an seine Frau, 22. 7. 1941, in Privatbesitz.
[157] Heinrici an seine Frau, 5. 7. 1941, in: Hürter, General, S. 65.
[158] Heinrici an seine Frau, 1. 8. 1941, ebd., S. 72.
[159] Heinrici an seine Frau, 3. 8. 1941, ebd. „Aber ewig kann man mit diesem Mittel die Leute doch auch nicht bei der Stange halten."

weise sogar die Existenz des „Kommissarbefehls" geleugnet, dann, als das Gegenteil bewiesen war, darauf beharrt, dass seine Durchführung durch falsche Meldungen nur vorgetäuscht worden sei[160]. Die Generale unserer Gruppe machten da keine Ausnahme. Allein Hermann Hoth gab zu, ein hartes Vorgehen gegen die Kommissare prinzipiell akzeptiert und den Befehl ohne abschwächenden Zusatz weitergegeben zu haben[161]. Tatsächlich ist auch belegt, dass der Stab seiner Panzergruppe 3 am 17. Juli 1941 zwei Kommissare erschoss[162]. Alle anderen Oberbefehlshaber folgten in den Verhören durch alliierte Behörden und Gerichte der Verleugnungsstrategie. Heinrici, Küchler, Leeb, Manstein, Reinhardt, Rundstedt, Strauß und Weichs behaupteten, sie hätten den „Kommissarbefehl" strikt abgelehnt und durch mündliche Gegenbefehle dafür gesorgt, dass er bei ihren Verbänden nicht ausgeführt werde[163]. Guderian und Lindemann bestritten sogar, den Befehl erhalten geschweige denn verbreitet zu haben[164]. Die Meldungen über Kommissarerschießungen wurden als „Zahlenspiel aus Tarnungsgründen" und „fingiert" verharmlost[165]. Leeb versuchte eine ganze Generation von Truppenführern zu entlasten, indem er den Widerspruch zwischen dem Mangel an belegbarer Opposition und der angeblichen Nichtdurchführung des Befehls mit einer simplen Formel auflöste: „stille Sabotage"[166].

Die Wirklichkeit sah anders aus. Dass der „Kommissarbefehl" an der gesamten Ostfront und von den meisten Verbänden nicht nur vorgeblich, sondern tatsächlich durchgeführt wurde, kann nicht mehr ernsthaft bezweifelt werden. Schon die bisher bekannten Vollzugsmeldungen sind so zahlreich und verteilen sich so gleichmäßig auf das gesamte Ostheer, dass ein allgemeiner Boykott des Befehls und eine – ohnehin nur schwer zu organisierende – allgemeine Absprache über Falschmeldungen undenkbar sind, wenn sie auch vereinzelt vorgekommen sein mögen. Überdies wäre es weder sinnvoll noch nötig gewesen, die Mühe des Täuschungsversuchs mit fingierten Zahlen auf sich zu nehmen, da bei fehlenden Erschießungen einfach eine „Fehlanzeige" nach oben gemeldet werden konnte und recht häufig auch wurde[167]. Meldungen über die „Erschießungen", „Erledigun-

[160] Vgl. Streit, Kameraden, S. 84; Friedrich, Gesetz, S. 595–600, und passim.

[161] Aussage Hoths vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 30. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 3052–3063. Hoth versuchte aber, die Zahl der in seinem Befehlsbereich hingerichteten Kommissare in Frage zu stellen, indem er behauptete, manche Meldungen seien fingiert gewesen.

[162] Pz.Gr.Kdo. 3, Tätigkeitsbericht Ic/AO, 17. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2283.

[163] Vgl. die Vernehmungen durch die alliierten Ermittlungsbehörden in Nürnberg, in: IfZ-Archiv, MA 1569: Heinrici (15. 10. 1947), Küchler (8. 10. 1947), Leeb (25. 9. 1947), Reinhardt (8. 10. 1947), Weichs (12. 2. 1947); sowie die Aussagen vor den Nürnberger Militärtribunalen: Küchler am 27./28. 4. 1948 (IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 2798–2808, 2887–2894), Leeb am 20. 4. 1948 (IfZ-Archiv, MB 31/36, S. 2317–2332), Manstein am 10. 8. 1946 (IMT, Bd. 20, S. 663f.), Reinhardt am 5. 5./7. 5. 1948 (IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 3334–3342, 3527–3540), Rundstedt am 12. 8. 1946 (IMT, Bd. 21, S. 33).

[164] Guderian, Erinnerungen, S. 138; Vernehmung Lindemanns in Nürnberg, 29. 9. 1947, in: IfZ-Archiv, MA 1569/42).

[165] Aussage Reinhardts vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 5. 5. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 3339.

[166] Vernehmung Leebs in Nürnberg, 25. 9. 1947, in: IfZ-Archiv, MA 1569/40: „Das was wir gemacht haben, das war eine stille Sabotage dieses Befehls, und wenn ich heute nach 6 Jahren über diese Dinge nachdenke, so war das glaube ich der richtige und der mögliche Weg dieser Dinge." Mit „wir" meinte Leeb sich, die Oberbefehlshaber und Kommandierenden Generale seiner Heeresgruppe sowie generell die ältere Generalität des Ostheeres.

[167] Darauf verweist zu Recht Jürgen Förster, in: DRZW, Bd. 4, S. 1063.

gen", „Behandlungen", „Erfassungen" von Kommissaren liegen bisher für alle Armeen und Panzergruppen, für die große Mehrheit der Armeekorps sowie für etwa die Hälfte der Divisionen vor[168]. Auch wenn die gemeldeten Zahlen im Einzelnen recht niedrig waren und nach den ersten Wochen deutlich sanken, belief sich die Anzahl der unmittelbar nach ihrer Gefangennahme ermordeten Kommissare vermutlich doch auf mindestens zwei- bis dreitausend Tote[169], die sich auf das Schuldkonto fast aller deutschen Großverbände verteilten. Die späteren „Aussonderungen" von Kommissaren in den Gefangenenlagern sind dabei noch nicht mitgerechnet. Mit anderen Worten: Für die erste Phase des „Unternehmen Barbarossa" lassen sich für die Verantwortungsbereiche aller Heeresgruppen-, Armee- und Panzergruppenführer sowie der meisten Kommandierenden Generale, also: für nahezu jeden General unserer Gruppe[170], Morde an Kommissaren der Roten Armee belegen. Allein schon diese Fakten sprechen eine deutliche Sprache und verweisen die Rechtfertigungen dieser Generale nach dem Krieg ins „Reich der Fabel"[171].

Bei dieser Tatsache allein kann man es allerdings nicht bewenden lassen, wenn die Einstellung der Truppenführung zu diesem Verbrechen beschrieben werden soll. Die Oberkommandos der Heeresgruppen und Armeen waren die Schaltstellen der Weitergabe und Durchführung des „Kommissarbefehls". Sie mussten die Richtlinien, die nur sie schriftlich erhielten, ihren Armeekorps und Divisionen mündlich übermitteln, und an sie gingen die Meldungen über die erschossenen Kommissare. In den ersten Wochen des Feldzugs funktionierte die Organisation dieses Verbrechens offenbar reibungslos, jedenfalls gibt es keine gegenteiligen Anzeichen. Die Oberkommandos wussten zwar um die Brisanz des Auftrags[172], ver-

[168] Vgl. die zahlreichen Beispiele bei Krausnick, Kommissarbefehl, S. 734 f.; Streit, Kameraden, S. 83–89; Streim, Behandlung, S. 127 f.; DRZW, Bd. 4, S. 1062–1070 (Beitrag Förster); Rhode, Indoktrination (mit merkwürdigen Schlussfolgerungen, die den zuvor ausgebreiteten Fakten deutlich widersprechen). Siebert, Durchführung, zieht auf der Grundlage der bisherigen Forschung eine erste quantifizierende Zwischenbilanz. Eine flächendeckende empirische Untersuchung ist demnächst von Felix Römer zu erwarten, der Kommissarerschießungen bei über 80 Prozent der deutschen Divisionen ermittelt hat.

[169] Diese vorsichtige Schätzung beruht auf der Annahme Detlef Sieberts, dass etwa zwei Drittel der ca. 130 an der Ostfront eingesetzten Divisionen den „Kommissarbefehl" befolgten und der Durchschnitt pro Division bei höchstens 30 gemeldeten Kommissaren lag. Vgl. Siebert, Durchführung, S. 14.

[170] Allein die kleine Zusammenstellung von Streit, Kameraden, S. 88 f., bringt Beispiele für alle im Osten eingesetzten Armeen (mit Ausnahme der Armee Norwegen) sowie für die Panzergruppen 3 und 4. Auch für die Panzergruppe 1 (IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1841, 2202) und die Panzergruppe 2 (BA-MA, RH 21-2/637: 196 gemeldete Kommissare für die Zeit von 22. 6.–31. 10. 1941) lassen sich ohne großen Aufwand Belege finden. Interessant ist, dass in den Nürnberger Prozessakten (NOKW-Dokumente) allein für Guderians Panzergruppe 2 die Nachweise für die Durchführung der Kommissar-Richtlinien fehlen. Wollte man diesen bei den Westalliierten hochgeschätzten Panzerspezialisten schützen? Von den Kommandierenden Generalen und späteren Oberbefehlshabern, die den Mord an den Kommissaren in ihrem Befehlsbereich leugneten, bleibt keiner ohne Gegenbeleg. Für Manstein vgl. die Meldung des LVI. A.K. (mot.) vom 9. 7. 1941 (vier erschossene Kommissare), in: BA-MA, RH 21-4/272 (außerdem für seine Zeit als Oberbefehlshaber der 11. Armee: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1549). Für die übrigen Kommandierenden Generale vgl. die Beispiele aus den Nürnberger Dokumenten, in: IfZ-Archiv, MA 1564. NOKW-2263: Heinrici (XXXXIII. A.K.); NOKW-3409: Lindemann (L. A.K.); NOKW-1569, 1570, 3408: Reinhardt (XXXXI. A.K. mot.).

[171] So treffend Gerlach, Morde, S. 835.

[172] Vgl. etwa das Schreiben Brenneckes (H.Gr.Kdo. Nord, Chef des Generalstabs) an den Chef des

suchten aber nicht, ihn zu unterdrücken oder zu boykottieren. Im Gegenteil. Es wurde stets dafür gesorgt, dass nachrückende Divisionen über die Kommissar-Richtlinien informiert wurden[173]. Die Truppe wurde wiederholt von den Oberkommandos angehalten, auch Kommissare, die ihre Abzeichen abgelegt hatten, aufzuspüren und zu exekutieren[174]. Eine Heeresgruppe wollte von den Zentralstellen grundsätzlich geklärt wissen, ob auch die Politoffiziere der Kompanien, die so genannten Politruks, als politische Kommissare „behandelt" werden sollten[175]. Doch bereits vor der (zustimmenden) Antwort des OKW war zwischen Kommissaren und Politruks kaum ein Unterschied gemacht worden[176]. Auf Wunsch des OKH wurde ein dichtes Meldesystem eingerichtet, durch das alle getöteten Kommissare regelmäßig erfasst wurden[177]. Alle diese Befehle und Maßnahmen deuten keineswegs auf eine „stille Sabotage" der Kommissar-Richtlinien, sondern auf ihre trotz gelegentlicher Skrupel beflissene Umsetzung. So konnte der Vertreter des Auswärtigen Amts beim Armeeoberkommando 9 in den ersten Feldzugstagen nach Berlin berichten[178]: „Die Frage der politischen Kommissare findet eine gründliche Erledigung. Alle festgenommenen pol. Kommissare werden sofort erschossen."

Auch die Fronteinheiten, die diesen verbrecherischen Befehl durchführen mussten, hatten zunächst offenbar wenig gegen das „Umlegen" von uniformierten Politoffizieren einzuwenden. Der Ic-Offizier der Panzergruppe 3 resümierte am 14. August 1941, dass die „Sonderbehandlung" der bis Anfang August etwa 170

Generalstabs der Panzergruppe 4, 2. 7. 1941, in: BA-MA, RH 21–4/17: „Ich halte es für notwendig, den Erlass des O.K.H. [!] betr. Behandlung politischer Kommissare zu vernichten, damit er nicht in Feindeshand fällt und propagandistisch ausgenutzt werden kann."

[173] Vgl. z.B. Fernschreiben H.Gr.Kdo. Mitte (Ic/AO, Nr. 67/41 geh.) an AOK 9, 8. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-3318, mit der Bitte, der aus Frankreich nachgeschobenen 96. I.D. den „Kommissarbefehl" bekannt zu geben.

[174] Vgl. das Feindnachrichtenblatt Nr. 1 des AOK 6 (Ic/AO, Nr. 2248/41 geh., gez. Heim), 25. 6. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/489: „*Polit-Kommissare* sollen Befehl haben, vor Gefangennahme die Abzeichen von Kragen und Ärmel zu entfernen. Erkennungsmöglichkeit soll [...] trotzdem gegeben sein, weil Polit-Kommissare Haare nicht geschoren tragen wie russische Mannschaften." Feindnachrichtenblatt Nr. 10 des Pz.Gr.Kdo. 3, 3. 7. 1941, in: NA, T 313/254: „Politische Kommissare haben Dienstgradabzeichen häufig abgelegt und befinden sich in Mannschaftsuniform unter der Truppe. Meist erkenntlich an nicht verblichenen Stellen am Kragen und am Arm."

[175] Vgl. den Schriftwechsel zwischen Lattmann (OKH/Gen.z.b.V. beim OB.d.H., Gruppe Rechtswesen) vom 16. 8. 1941 und Jodl (OKW/WFSt) vom 18. 8. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 336f. Lattmann bezog sich auf die Anfrage einer nicht näher genannten Heeresgruppe. Die Entscheidung des OKW wurde den Oberkommandos des Ostheeres am 25. 8. 1941 vom OKH mitgeteilt, vgl. den Befehl des AOK 2 (Ic/AO, Nr. 215/41 geh.Kdos.), 30. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20–2/1092.

[176] Vgl. das Feindnachrichtenblatt Nr. 18 des Pz.Gr.Kdo. 3 (Ic, gez. Hünersdorff), 8. 8. 1941, in: NA, T 313/254: „Gemäß den neuen sowjetischen Bestimmungen haben alle Regimenter und Divisionen sowie höhere Stäbe *Kriegskommissare* (früher politische Kommissare), Kompanien, Batterien und Schwadronen politische Leiter (*Politruk*), die ebenfalls unter den Begriff der Kriegskommissare fallen." Zur Institution der Kommissare in der Roten Armee vgl. den guten Überblick bei Buchbender, Erz, S. 158–160, 165f.

[177] Fernschreiben H.Gr. Mitte (Ic/AO, Nr. 2123/41 geh.) an AOK 9, 6. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-3318. Die Meldungen sollten für den Zeitraum 22. 6.–5. 7. 1941 und dann 14-tägig erfolgen.

[178] Schlemann (VAA beim AOK 9) an Rantzau (AA, Inf. II), 27. 6. 1941, in: PA-AA, R 60760. „Sie sind durch besondere Armbinden äusserlich als solche kenntlich. In Zweifelsfällen gibt es genügend Angeber unter den Gefangenen, die das Ausfindigmachen erleichtern." Eine Rechtfertigung der Exekutionen lieferte er gleich mit: „Die russ. Kriegführung in unserem Abschnitt ist asiatisch."

gefangenen politischen Kommissare „kein Problem für die Truppe" gebildet habe. Wie zur Rechtfertigung verwies er auf die Bedeutung der Kommissare als „Willensträger der bolschewistischen Idee" und als „Hetzer", die den Widerstand der Roten Armee verhärteten[179]. Auch für die Durchführung des „Kommissarbefehls" gilt das, was hier bereits für die gegenseitigen Morde und Exzesse an gefangenen Kombattanten festgestellt werden konnte[180]: Die meisten Erschießungen innerhalb des Gefechtsgebiets wurden in den ersten beiden Monaten des Feldzugs gemeldet. Der Grund dafür war, dass die Rote Armee den systematischen Mord nicht sofort erkannte und erst nach geraumer Zeit ihre Kommissare tarnte[181]. Anschließend war es sehr schwierig, die Kommissare bereits auf dem Gefechtsfeld zu entdecken und „auszusondern". Daher verschob sich der Schauplatz der Morde auf die Kriegsgefangenenlager, so dass die Fronttruppen seltener mit ihnen in Berührung kamen.

Doch besaß das Übergewicht der Erschießungsmeldungen in den ersten beiden Monaten neben dieser äußeren noch eine innere Logik. Die Akzeptanz des „Kommissarbefehls" wurde durch die große Erbitterung der Grenzschlachten gefördert. Die Nachrichten über sowjetische Gräuel an deutschen Verwundeten und Kriegsgefangenen schürten, von der Propaganda gesteuert, Hass und Rachsucht – besonders gegen „die" Kommissare, die für diese Untaten verantwortlich gemacht wurden. So erhielt die Erschießung von aufgegriffenen Kommissaren oft den Charakter einer notwendigen Vergeltung oder Repressalie. In der Hektik der harten Gefechte und schnellen Vormärsche kam man kaum zum Nachdenken. Umso größere Wirkung hatten einfache Feindbilder. Der Kommissar war den meisten Deutschen das Synonym schlechthin für den Bolschewismus, dieses „widerliche Tier, das sich wütend wehrt"[182]. Erst als man sich besser und professioneller auf diesen Feldzug eingestellt hatte, erst als die erste Erregung einer militärischen Routine wich, erst als das Schwungrad des überraschenden Angriffs langsamer wurde und vieles auf einen längeren Feldzug hindeutete, gesellte sich zur gewissen Ernüchterung auch eine gewisse Besinnung. Die Fragwürdigkeit der Kommissar-Richtlinien wurde – wenn auch erst allmählich und keineswegs überall – bewusster wahrgenommen, die Zumutung dieses Mordauftrags unangenehmer empfunden. Erste Fragen, ob man die Kommissare denn auch weiterhin erschießen müsse, drangen von unten hoch. So zwangen „Einzelanfragen seitens der Truppe" das Kommando der Panzergruppe 3 bereits am 8. August 1941 zum Hinweis, „daß sich in der Behandlung dieser Leute *nichts geändert* hat"[183].

Doch nach und nach kamen auch der höchsten Truppenführung Zweifel an Sinn und Nutzen dieser Maßnahme. Vermutlich verbarg sich dabei hinter den

[179] Pz.Gr.Kdo. 3, Tätigkeitsbericht Ic, Januar–Juli 1941, 14. 8. 1941 (von Hoth gesehen am 25. 8. 1941), in: BA-MA, RH 21–3/423. „Der zähe Widerstand der bolschewistischen Truppe ist wohl in erster Linie auf seine Hetze zurückzuführen, die zahllosen Soldaten glaubhaft machte, daß ihnen Durchhalten im Kampf oder martervolle Tötung nach Gefangennahme durch die Deutschen nur zur Wahl bliebe."

[180] Vgl. Kapitel II,3,a.

[181] Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 1064 (Beitrag Förster): „Nicht überraschend ist die Tatsache, daß die Zahl der als erschossen gemeldeten Kommissare zu Anfang der Operationen groß war, als diese noch durch besondere Abzeichen an der Uniform erkennbar waren."

[182] Heinrici an seine Frau, 1. 8. 1941, in: Hürter, General, S. 72.

[183] Pz.Gr.Kdo. 3, Feindnachrichtenblatt Nr. 18 (Ic, gez. Hünersdorff), 8. 8. 1941, in: NA, T 313/254.

rationalen Überlegungen auch ein zunehmendes Unbehagen über den offensichtlichen Unrechtscharakter des „Kommissarbefehls", der nun länger auf der Wehrmacht lastete, als man in der Illusion eines kurzen Feldzugs gehofft hatte. Die Diskussion in den höheren Stäben belegt das Beispiel der Panzergruppe 3. Am 14. August 1941 konstatierte der Ic-Offizier in seinem bereits zitierten Tätigkeitsbericht[184]: „Die Sonderbehandlung der politischen Kommissare durch die Truppe führte zu einem baldigen Bekanntwerden auf der russischen Seite und Verschärfung des Widerstandswillens. Die Sonderbehandlung hätte zur Vermeidung des Bekanntwerdens erst in weit rückwärts gelegenen Lagern durchgeführt werden dürfen." Der Befehlshaber der Panzergruppe, Generaloberst Hoth, las diesen Bericht am 25. August und erörterte diese Frage offenbar sofort mit seinen engsten Beratern, denn noch am selben Tag wurde ein entsprechender Antrag an das vorgesetzte Armeeoberkommando 9 formuliert. Die Argumentation des Schreibens zeigte einen erstaunlichen Gesinnungswandel[185]. Die Eingangsbemerkung, dass der hartnäckige Widerstand der Roten Armee „in vielen Fällen seinen Grund in der Beeinflussung der Truppe durch die politischen Kommissare" habe, war altbekannt, zog aber eine ganz neue Folgerung nach sich. Statt das Bild vom gefährlichen „jüdisch-bolschewistischen" Gesinnungstäter zu rekapitulieren, erklärte das Kommando der Panzergruppe das Handeln der Kommissare „vielfach nicht aus der inneren Überzeugung von der Richtigkeit der Fortsetzung des Kampfes, sondern aus dem Glauben, bei Gefangennahme erschossen zu werden. So bleibt ihnen keine andere Wahl als mit Verbissenheit und Zähigkeit den Kampfwillen der Truppe bis zum letzten Mann aufrechtzuerhalten." Daher könnte ein „Aufruf, daß Kommissare nicht erschossen würden" den Fanatismus der Kommissare und damit auch den „zähen Widerstandswillen" der Truppe brechen. Das Schreiben regte sogar an, die Intelligenz der Kommissare für die deutsche „Aufbauarbeit in Rußland" zu nutzen.

Der zynische Begriff „Sonderbehandlung" erhielt durch den Antrag der Panzergruppe 3 eine neue Bedeutung: Statt sie zu erschießen, sollten die Kommissare besonders gut behandelt werden, um sie für die deutsche Sache zu gewinnen. Dieser neue Ton blieb keineswegs vereinzelt. Auch andere höchste Frontkommandostellen wie das Oberkommando der 2. Armee verwiesen nun nachdrücklich auf die „Auswirkung der scharfen Befehle über Behandlung der Kommissare und Politruks als Mitursache des zähen feindlichen Widerstandes"[186]. Welche Forderun-

[184] Pz.Gr.Kdo. 3, Tätigkeitsbericht Ic, Januar-Juli 1941, 14. 8. 1941(von Hoth gesehen am 25. 8. 1941), in: BA-MA, RH 21-3/423. „Auch die meisten gefangenen Rotarmisten und Offiziere glauben an eine solche Sonderbehandlung, die ihnen in Dienstbefehlen und auch von entflohenen politischen Kommissaren berichtet würde."

[185] Pz.Gr.Kdo. 3 (Ia/Ic, Nr. 236/41 geh.Kdos., gez. Hünersdorff) an AOK 9, 25. 8. 1941, in: BA-MA, RH 21-3/47. Zu ähnlichen Folgerungen kam auch eine Meldung des Generalkommandos des I. Armeekorps. Sie wurde „beim AOK 16 im allgemeinen als zutreffend betrachtet, die darin vertretenen Auffassungen werden geteilt, um so mehr als sie von anderer Seite in gleicher Weise ergänzt wurden". Bericht Frauenfelds (VAA beim AOK 16), 26. 8. 1941, in: PA-AA, R 105177, der resümierte: „Unter diesen Umständen dürfte die reine Nützlichkeitsfrage entscheidend sein, ob es nicht für den Kriegsverlauf, wie für die kämpfende Truppe vorteilhafter ist, diese Sonderregelung für K[ommissare] aufzuheben, als sie – mit dem an sich geringen Effekt einer erstaunlich geringen Anzahl gefangener K[ommissare] – aufrecht zu erhalten."

[186] AOK 2 (Ic/AO, Nr. 218/41 geh.Kdos., gez. Witzleben) an H.Gr.Kdo. Mitte, 9. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20-2/1092.

gen sich nach Ansicht des Generalobersten v. Weichs und seiner Berater daraus ergaben, wurde einem gefangenen Politruk in den Mund gelegt: „Nach meiner Ansicht würden die politischen Leiter, Kommissare und Offiziere der Roten Armee nicht solchen Widerstand leisten, wenn sie die Gewissheit hätten, bei Gefangennahme oder Überlaufen nicht erschossen zu werden." Die im Gegensatz zu den ersten Wochen stark gesunkene Bereitschaft, den „Kommissarbefehl" umzusetzen, zeigte sich ebenso in dem Hinweis auf eine Anordnung Stalins, dass die Kommissare Offiziersuniformen ohne besondere Abzeichen tragen sollten. Daher sei damit zu rechnen, folgerte das Armeeoberkommando 2, „dass die Truppe unter den Gefangenen nicht mehr besonders nach Kommissaren forschen wird". Man spürt allzu deutlich den Wunsch, sich aus dem anfangs mitgetragenen Mordprogramm gegen die Kommissare herauszuschleichen. Noch deutlicher wurde eine Denkschrift „über die Möglichkeiten einer Erschütterung des bolschewistischen Widerstandes von Innen her", die General Rudolf Schmidt Mitte September 1941 zur Vorlage bis zu Hitler bringen wollte[187]: „Als Sofortmaßnahme muß der Schießerlaß für politische Kommissare fallen."

Bei einem Besuch der Heeresgruppe Nord wurde auch General z.b.V. Eugen Müller, der im OKH für die Kommissarfrage zuständig war, mit diesen neuen Argumenten und Anregungen konfrontiert. Während noch bei einem früheren Austausch mit dem Oberkommando der Heeresgruppe vor allem „die Notwendigkeit einer ständigen Überprüfung der Anwesenheit von politischen Kommissaren" auch in den Gefangenenlagern sowie ihre Behandlung „entsprechend der ergangenen Verfügung" besprochen wurden[188], schlug ihm Generalstabschef Kurt Brennecke nun unvermittelt vor, „die Kommissare zuvorkommend zu behandeln, um ihr Überlaufen zu beschleunigen"[189]. Über diesen Vorschlag entspann sich auf Müllers Weiterreise am 13. September 1941 ein interessantes Gespräch mit Oberst i.G. Wilhelm Hasse, dem Generalstabschef der 18. Armee: „Chef [Hasse] äußert dazu, die kleinen Kommissare, die man schnappt, hält er für ungefährlicher als die großen Herren, an die man doch nicht herankommt. Er hält ferner auch die zivilen Kommissare für viel gefährlicher als die militärischen. Gen. Müller wirft ein, daß durchweg die Rotarmisten große Angst vor ihren Kom[missaren] haben. Chef hält es für falsch, sie jetzt gut zu behandeln. Allenfalls kann man ihnen die Rechte eines gewöhnlichen Kriegsgefangenen einräumen. Er glaubt nicht, daß man mit den Kom. die russische Armee erledigt, das geschieht nur durch den Kampf des deutschen Heeres. Es treibt nicht nur der Haß gegen die Kom. den russ. Soldaten,

[187] Schmidt (XXXIX. A.K., K.G.) an AOK 16, 17. 9. 1941, mit der angeblich von einem Wachtmeister Hertel verfassten Denkschrift vom 18. 9. 1941 als Anlage, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 394f., Zitat S. 395. „Solange die Kommissare sich gemeinsam gegen den sicheren Tod wehren müssen, werden sie wie Pech und Schwefel zusammenhalten, Ja, sie werden durch unsere Drohungen auch bei sicherlich vorhandenen inneren Zwistigkeiten geradezu durch uns zusammengeschweißt. Wenn aber der einzelne Kommissar weiß, daß er als Überläufer sein Leben retten kann, wird die innere Geschlossenheit des politischen Führungskorps drüben aufhören."

[188] Aufzeichnung des H.Gr.Kdo. Nord (Ic, Nr. 2034/41 geh.), 14. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-3149, über eine Besprechung Müllers am 10. 7. 1941 mit Major i.G. Jessel, dem Ic-Offizier der Heeresgruppe.

[189] AOK 18, KTB Ia, 13. 9. 1941, in: NA, T 312/782, über eine Besprechung Müllers mit dem Generalstabschef der 18. Armee, Oberst Hasse, dem er über diesen Vorschlag „von verschiedenen Stellen, u.a. von Gen. Brennecke" berichtete.

sondern u. a. es ist der sehr starke Fremdenhaß, den der Bolschewismus für seine Zwecke einspannt. Die Behandlung der Kom. hängt aber ebenso, wie die des ganzen Volkes, von den weiteren Absichten ab." Dieses Gespräch belegt die Entdämonisierung des Kommissars der Roten Armee und die Vorbehalte gegen seine Ermordung, die sich im August und September 1941 in der höchsten Truppenführung des Ostheeres breit machte. Oberst Hasse wollte zwar nicht so weit gehen wie Generalmajor Brennecke und andere Vertreter der Oberkommandos, doch auch er hatte keine Einwände, die Kommissare wie gewöhnliche Kriegsgefangene zu behandeln. Sehr bezeichnend ist der Hinweis auf die „weiteren Absichten". In der ersten, wilden Phase des Feldzugs hatte man allein das militärische Ziel im Auge, die Rote Armee schnell zu zerschlagen. Die Erschießungen waren als eine zwar harte und unangenehme, aber insgesamt gerechtfertigte Begleiterscheinung aufgefasst worden, die nicht weiter störte, vielleicht sogar nützte. Jetzt, wo man erkannte, dass der Sieg nicht so bald und nicht allein mit militärischen Mitteln zu erringen war, galt der „Kommissarbefehl" vor allem als Maßnahme, die den feindlichen Widerstand verhärtete und die eigene Truppe belastete.

Das OKH reagierte auf diese immer deutlichere Kritik von der Ostfront[190]. Unmittelbar nach seiner Rückkehr in Berlin beantragte General Müller beim OKW „eine Überprüfung der bisherigen Behandlungsweise der Kommissare", da von „Befehlshabern, Kommandeuren und aus der Truppe" gemeldet werde, „daß sich eine Lockerung des Kampfwillens auf russischer Seite dadurch erreichen lasse, wenn den Kommissaren, die ohne Zweifel die Hauptträger des erbitterten und verbissenen Widerstandes seien, der Weg zur Aufgabe des Kampfes, zur Übergabe oder zum Überlaufen erleichtert würde"[191]. Diese Auffassung sei dem Oberbefehlshaber des Heeres „persönlich bei allen Heeresgruppen vorgetragen worden". Es handelte sich – das war der Heeresleitung nun klar – längst nicht mehr um vereinzelte Bedenken, sondern um eine verbreitete Stimmung gegen den „Kommissarbefehl", mit der Brauchitsch und Müller bei ihren Frontbesuchen im September 1941 konfrontiert wurden. Hitler allerdings ließ sich von den militärischen Argumenten nicht beeindrucken und hielt kategorisch an seiner ideologischen Haltung gegen die Kommissare fest. Am 26. September 1941 lehnte er jede Änderung des Mordbefehls ab[192].

Kurz darauf erlebte die Truppenführung einen weiteren Rückschlag ihrer Bemühungen, die Kommissare der Roten Armee zumindest wie gewöhnliche Kriegsgefangene behandeln zu können. Ein Befehl Generalquartiermeister Wagners vom 7. Oktober 1941 öffnete die Durchgangslager der rückwärtigen Heeresgebiete für die Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD[193]. Damit konnten Himmlers Mordkommandos jetzt auch im Operationsgebiet des Heeres die Gefangenenlager „in eigener Verantwortlichkeit" nach „untragbaren Elementen"

[190] Am 21. 9. 1941 erfuhr auch Halder am Beispiel der 17. Panzerdivision vom „Verhalten der Truppe gegen Kommissare pp. (werden nicht erschossen)". Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 243.

[191] OKH (General z.b.V. beim OB.d.H., Az. 501, Nr. 516/41 g.Kdos., gez. Müller) an OKW, 23. 9. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 396.

[192] Notiz Jodls, 26. 9. 1941, ebd.

[193] Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/41 g.Kdos.), 7. 10. 1941, in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 359f. Zum Folgenden vgl. auch Streim, Behandlung, S. 35–155; Streit, Kameraden, S. 87–105; DRZW, Bd. 4, S. 1066f. (Beitrag Förster); Gerlach, Morde, S. 837–843.

durchkämmen. Sie sollten „bolschewistische Triebkräfte", gemeint waren in erster Linie Kommissare und Juden, „aussondern" und „unauffällig an geeigneten, abgelegenen Orten" erschießen[194]. Zuvor war ihnen dies nur im OKW-Bereich möglich gewesen, weil eine Verfügung Wagners vom 24. Juli 1941 ausdrücklich nur den Organen der Wehrmacht gestattet hatte, in den Gefangenenlagern des Operationsgebiets „politisch untragbare und verdächtige Elemente, Kommissare und Hetzer" zu beseitigen und „Asiaten (ihrer Rasse nach), Juden, deutsch sprechende Russen" von den anderen Gefangenen abzusondern[195]. In den ersten Monaten des „Unternehmen Barbarossa" waren in den Kriegsgefangenenlagern systematisch Kommissare gesucht, gefunden und exekutiert worden[196], doch im Herbst 1941 trauten die Zentralstellen dem Ostheer eine effiziente Durchführung der Kommissar-Richtlinien in den Dulags – vor allem dorthin hatte sich der Mord an den Kommissaren inzwischen verlagert – offenbar nicht mehr zu. Die Vorschläge der Oberkommandos taten das ihrige, um bei Hitler und seinen Paladinen starkes Misstrauen zu wecken, ob es mit der „Aussonderung" der Kommissare im Operationsgebiet noch so genau genommen werde wie in den ersten Monaten. Die Vorgeschichte des OKH-Befehls vom 7. Oktober ist nicht bekannt, doch kann man davon ausgehen, dass die Heeresleitung mit dieser Maßnahme dem Druck Hitlers, des OKW und der SS nachgab. Für die noch unentdeckten Kommissare war das eine schwerwiegende Änderung, denn die Sicherheitspolizei ging ideologisch und professionell viel zielstrebiger vor. Zugleich war damit über die meisten jüdischen Kriegsgefangenen im Operationsgebiet, die von der Wehrmacht bisher in der Regel zwar isoliert, aber nicht ermordet worden waren, das Todesurteil gesprochen[197].

Reaktionen der Truppenführung auf die Verschärfung der Selektionen in den Gefangenenlagern sind kaum überliefert. Die Haltung war vermutlich ambivalent. Einerseits werden die Oberbefehlshaber erleichtert gewesen sein, dass dieser verbrecherische Komplex nun in den Händen der Sicherheitspolizei und des SD lag. Andererseits waren ihre Vorschläge, die Kommissare künftig zu schonen, wie auch ihre Sorge vor einem zu selbständigen Schalten und Walten von Himmlers Todesschwadronen so offensichtlich ignoriert worden, dass sie darüber beunruhigt sein mussten. Genau diesen Zwiespalt zeigte das Schreiben, mit dem Fedor v. Bock bei Brauchitsch gegen die neue Verfügung protestierte[198]. Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte wandte sich gegen den „Eingriff in Pflichten und Rechte des Heeres" und beharrte auf der unteilbaren Verantwortung des Lagerkommandanten für seine Gefangenen: „Es geht also nicht an, daß Angehörige der Polizei über Tod und Leben von Kriegsgefangenen in militärischen Lagern entscheiden." Sein Gegenvorschlag rüttelte aber keineswegs grundsätzlich an der Selektion und Ermordung der Kommissare. Die „Aussonderungen" sollten lediglich von den Sonderkommandos nicht selbständig, sondern im Einvernehmen mit

[194] Richtlinien zu Heydrichs Einsatzbefehl Nr. 14, Berlin 29. 10. 1941, in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 354–359.
[195] Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/4590/41 geh.), 24. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2423.
[196] Vgl. die Beispiele in DRZW, Bd. 4, S. 1064–1066 (Beitrag Förster).
[197] Vgl. Kapitel II,5,c.
[198] Bock, Kriegstagebuch, S. 313 (9. 11. 1941).

dem Lagerkommandanten vorgenommen, die „ausgesonderten" Kriegsgefangenen anschließend aus dem Operationsgebiet in die Lager des Zivilverwaltungsgebiets abgeschoben werden. „Dort kann nach Klarstellung aller Unterlagen mit ihnen so verfahren werden, wie die politischen Notwendigkeiten und die Sicherheit des Reiches es erfordern." Mit anderen Worten: Die Kompetenz der Heeresdienststellen im Operationsgebiet sollte formal gewahrt bleiben, die Beseitigung bestimmter Gruppen von Kriegsgefangenen aber nicht grundsätzlich behindert, sondern lediglich in das Zivilverwaltungsgebiet verlagert werden. Bock drang allerdings wieder nicht durch. Das von ihm vorgeschlagene Verfahren war zu kompliziert. Bis zum Ende der deutschen Besatzungsherrschaft wurden allein im Operationsgebiet vermutlich etwa 20000 sowjetische Kriegsgefangene an die Sicherheitspolizei übergeben[199].

Alle Bedenken gegen den „Kommissarbefehl" fruchteten also zunächst nichts. Das zeigte einmal mehr, wie gering der Einfluss der Truppenführung auf die Entscheidungen Hitlers und der militärischen Zentralstellen nach all den Jahren schleichenden Machtverlusts inzwischen war, selbst dann, wenn sich militärische und politisch-ideologische Fragen verbanden. Im Herbst und Winter 1941/42 wurde es still um den Befehl. Die Vorschläge, ihn aufzuheben, verstummten, auch wenn der Ic-Offizier der Heeresgruppe Mitte bei einer Frontreise Anfang Dezember den Eindruck gewann, „daß die Erschießung der Juden, der Gefangenen und auch der Kommissare fast allgemein im Offizierkorps abgelehnt wird, die Erschießung der Kommissare vor allem auch deswegen, weil dadurch der Feindwiderstand besonders gestärkt wird"[200]. Diese Einstellung änderte aber nichts an der Passivität der Truppenführung angesichts Hitlers starrer Haltung in dieser Frage. Dass nun auf dem Gefechtsfeld viel weniger Kommissare aufgegriffen wurden, minderte zusätzlich die Bereitschaft, es wegen dieser scheinbaren Marginalie zu einem Konflikt kommen zu lassen. Die Exekutionen waren inzwischen wohl den meisten Generalen unangenehm, wurden aber mehr oder weniger resigniert hingenommen. So vermerkte der Kommandierende General Heinrici, als er am 21. November 1941 erlebte, wie ein Kommissar, „der zu entweichen versucht hat", durch die Feldgendarmerie erschossen wurde, nur noch knapp[201]: „Nicht schön für unsere Leute." Gemeint war wohl: nicht schön, aber vorerst nicht zu ändern. Die gewünschte, aber nicht geforderte Änderung trat erst im Mai 1942 ein. „Um die Neigung zum Überlaufen und zur Kapitulation eingeschlossener sowjetrussischer Gruppen zu steigern", wurde auf Befehl Hitlers das Leben der Kommissare und Politruks „zunächst versuchsweise in solchen Fällen" geschont[202]. Trotz dieser Einschränkung sind seither offenbar keine Erschießungen

[199] Die Schätzung von Streit, Kameraden, S. 105, dass insgesamt „mindestens 580000 bis 600000 Gefangene als an den SD übergeben und exekutiert gelten müssen", ist wohl deutlich zu hoch gegriffen. Gerlach, Morde, S. 839, hält dagegen mit guten Gründen die Annahme von Streim, Behandlung, S. 244, von mindestens 120000 im OKW-Bereich und 20000 im Operationsgebiet durch die „Aussonderungen" ums Leben gekommenen Kriegsgefangenen für plausibel. Wie hoch unter diesen Opfern der Anteil der Kommissare ist, muss zunächst offen bleiben.

[200] Bericht Gersdorffs über eine Frontreise vom 5. 12.–8. 12. 1941 im Bereich der 4. Armee, 9. 12. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 398.

[201] Tagebuch Heinricis, 21. 11. 1941, in: Hürter, General, S. 114.

[202] OKW/WFSt, KTB, 6. 5. 1942, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 401.

mehr auf Grundlage der Kommissar-Richtlinien von der Truppe durchgeführt worden. Auch für die Gefangenenlager wurde der „Kommissarbefehl" faktisch aufgehoben, zumindest im Operationsgebiet[203]. Warum Hitler nun das Interesse an der Beseitigung dieser Gruppe militärischer Funktionäre verloren hatte, ist ungewiss. Ein direkter Einfluss der Truppenführung auf diese Entscheidung lässt sich nicht nachweisen. Immerhin aber war endlich einmal ein Richtungswechsel in ihrem Sinne vollzogen worden.

Der Standpunkt der höchsten Frontgeneralität gegenüber dem „Kommissarbefehl" lässt sich dennoch nicht pauschal bestimmen. Er war individuell unterschiedlich und insgesamt Veränderungen unterworfen. Von einer offenen Opposition oder stillen Sabotage konnte zu keiner Zeit die Rede sein. Hitlers Überzeugung von der Notwendigkeit, gegen die Kommissare der Roten Armee vorzugehen, wurde prinzipiell geteilt. Die Brutalität des geplanten Vorgehens mochte erschrecken, doch wurde sie anfangs akzeptiert. Wie in anderen Bereichen ließ man auch hier die Dinge zunächst treiben, wohl vor allem in der Hoffnung auf einen heftigen, aber kurzen und siegreichen Feldzug. Die radikale Entfesselung von Gewalt schien in diesem besonderen Krieg das beste Mittel zu sein, einen schnellen Erfolg, einen „Blitzsieg" zu erzwingen. In ein solches Konzept fügte sich sogar der verbrecherische Befehl, die gefangenen Politoffiziere zu erschießen. Diese zweifellos unangenehme und unbeliebte Aufgabe meinte man der Truppe für eine gewisse Zeit zumuten zu können. Als die Wochen und Monate aber vergingen, ohne dass ein Ende der Kämpfe abzusehen war, und die Exekutionen eher die Versteifung als Auflösung des Widerstands bewirkten, wurden – hier und da schon vorher angelegte – Zweifel laut. Weder die politisch-ideologische Überzeugung noch der militärische Utilitarismus der Generale erforderten nun unbedingt die weitere Tötung der Kommissare. Die Oberkommandos wollten ihre Truppen jetzt von dieser Zumutung befreien. Dass sie mit ihren Wünschen bei der obersten Führung nicht durchdrangen, zeigte die Grenzen ihres Einflusses. Die Reaktion auf diesen Rückschlag war erneut nicht stille Sabotage, sondern allenfalls stille Resignation. Kein Oberbefehlshaber machte die Aufhebung der lästigen Kommissar-Richtlinien zu seiner Sache. Das war es ihnen nicht wert. Die fachliche und moralische Deformation führte auch hier zu einer erschreckenden Entwertung des Lebens der gefangenen Gegner, seien es Kommissare oder einfache Rotarmisten.

d. Partisanen

Die Rotarmisten, die den Deutschen im ersten Jahr des Ostfeldzugs lebend in die Hände fielen, konnten kaum hoffen, ihre Familien jemals wiederzusehen. Die allein in diesem Zeitraum über zwei Millionen an Hunger und Seuchen umgekommenen sowie einige zehntausend erschossenen Angehörigen der Roten Armee geben davon ein stummes Zeugnis. Doch vergriff sich die Wehrmacht nicht nur an regulären Kombattanten. Schon bald wurde sie auch mit irregulären Kämpfern

[203] Vgl. Streit, Kameraden, S. 253 f.

konfrontiert, die erst recht keine Schonung zu erwarten hatten. Das Vorgehen des Ostheeres gegen vermeintliche und wirkliche Partisanen gehört bis heute zu den umstrittensten Kapiteln dieses Krieges. Die Truppenführung stand von vornherein vor dem Problem, nicht nur an der Front mit der Masse ihrer Soldaten gegen die Rote Armee zu operieren, sondern auch hinter der Front mit geringen Kräften das besetzte Gebiet befrieden und die Nachschubwege sichern zu müssen. Dieser Teil ihres militärischen Auftrags sprach den Oberbefehlshabern ein hohes Maß an Verantwortung für die Unterdrückung jeglichen zivilen oder paramilitärischen Widerstands zu.

Während die Praxis, Kriegsgefangene unzureichend zu versorgen und gefangene Offiziere zu ermorden, ein unzweifelhafter Verstoß gegen Recht und Moral war, galt schon vor dem deutsch-sowjetischen Krieg das „Umlegen" von Freischärlern nach dem Kriegsbrauch als durchaus legitim. Umstritten war allerdings die Frage, wann ein irregulärer, d.h. nicht den regulären Streitkräften angehörender Kämpfer auch illegal sei und wie dann genau mit ihm verfahren werden könne. Die Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 ist nicht näher auf das Freischärlerproblem eingegangen, sprach aber auch Freiwilligen und Milizionären den vollen Kombattantenstatus zu, sofern sie 1. verantwortliche Vorgesetzte hatten, 2. aus der Ferne erkennbare Abzeichen trugen, 3. die Waffen offen führten und 4. die Gesetze wie Gebräuche des Krieges beachteten (Art. 1 HLKO). Außerdem wurde der Zivilbevölkerung das Recht zugestanden, beim Herannahen des Feindes auch dann zu den Waffen zu greifen, wenn sie keine Zeit hatte, sich nach Artikel 1 zu organisieren (Art. 2 HLKO). Mit Hilfe dieser beiden Artikel hätte theoretisch jede Form feindlichen Widerstands außerhalb der Armee auf seine Legitimität geprüft werden müssen, auch der Kampf von Partisanen. In der Praxis des Krieges wurde diese rechtliche Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Irregulären jedoch bereits vor 1939 kaum gemacht. So kannten die deutschen Truppen im Ersten Weltkrieg und in den Nachkriegswirren grundsätzlich kein Pardon mit den Franctireurs in Belgien oder den Freischärlern in Polen und im Baltikum. Außerdem verbanden sie bereits in diesen Jahren ihre Bekämpfung von irregulären „Banden" mit harten Repressalien gegen die Zivilbevölkerung[204].

Nach dem internationalen Kriegsgewohnheitsrecht, das die fixierten Regeln des Kriegsvölkerrechts ergänzte, waren Repressalmaßnahmen und Geiselnahmen als Vergeltung bzw. Prävention von Rechtsverletzungen des Kriegsgegners ebenso zulässig wie die Tötung von Personen, die unrechtmäßig am Kampf teilnahmen. Für diese illegalen Kombattanten, die nicht die Kriterien der Haager Landkriegsordnung für rechtmäßige Kriegführende erfüllten, verwendete das deutsche Militärrecht das Wort „Freischärler" – erst nach dem Überfall auf die Sowjetunion bürgerte sich der Begriff „Partisan" ein[205]. Auf Freischärlerei stand nach der

[204] Zum deutschen Vorgehen in Belgien 1914 vgl. ausführlich Horne/Kramer, Atrocities.

[205] Das Wort „Partisan" kommt aus dem Italienischen und Französischen und bezeichnete in der frühen Neuzeit einen „Parteigänger", der mit einem Stoßspieß, der Partisane, bewaffnet war. Erst im 19. Jahrhundert wurde der Begriff für Freischärler und Widerstandskämpfer verwendet, konnte aber im Deutschen das gebräuchlichere Wort „Freischärler" erst verdrängen, als die Wehrmacht den sowjetischen Sprachgebrauch übernahm. Seit Dezember 1941 durfte die deutsche Presse, seit Sommer 1942 die Wehrmacht diesen neutralen Begriff nicht mehr benutzen. An seiner Stelle soll-

Kriegssonderstrafrechtsverordnung vom 17. August 1938 die Todesstrafe[206]. Allerdings waren verdächtige Personen zuvor in einem geregelten Kriegsgerichtsverfahren als Freischärler zu überführen und zu verurteilen. Auch das „Handbuch für den Generalstabsdienst im Kriege" vom 1. August 1939 ging ausführlich auf den kriegsgerichtlichen Verfahrensweg ein, der bei aufgegriffenen Freischärlern ebenso eingehalten werden musste wie bei feindlichen Spionen[207]. Im Verlauf dieses aufwändigen Verfahrens war auch zu überprüfen, ob der Widerstand des Verdächtigen nicht doch nach den genannten Artikeln des Haager Abkommens eine legale Kriegshandlung darstellte.

Auf dem Papier war die deutsche Militärjustiz zu Beginn des Zweiten Weltkriegs also durchaus auf der Höhe der international verbindlichen Regeln. Die Praxis der deutschen Maßnahmen gegen Partisanen im Ersten Weltkrieg sowie der Unrechtscharakter des nationalsozialistischen Staates ließen es freilich von vornherein als zweifelhaft erscheinen, dass die Wehrmacht im Kleinkrieg mit irregulären Feindkräften große rechtliche Rücksichten nehmen würde. Der polnische Feldzug im September und Oktober 1939 war vom ersten Tag an von unterschiedsloser Gewalt gegen jede Form von Widerstand hinter der Front sowie von Vorbeuge- und Repressalmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung geprägt[208]. Tatsächliche oder vermeintliche Freischärler, zu denen schnell auch versprengte polnische Soldaten gezählt wurden, sollten nach dem Willen des OKH möglichst schon im Kampf niedergemacht werden[209]. Anders als im Krieg gegen die Sowjetunion durften sie *„nach* beendetem Kampf" zwar nicht ohne Gerichtsverfahren bestraft werden, doch die unübersichtliche Gefechtslage, die um sich greifende „Freischärlerpsychose" und die verbreiteten antipolnischen Ressentiments führten zu zahlreichen wilden Erschießungen von polnischen Soldaten und Zivilisten. Der Mühe, irregulären Widerstand auf seine Rechtmäßigkeit zu prüfen und je nach Beweislage gerichtlich zu ahnden, wollte man sich auf diesem Kriegsschauplatz möglichst nicht unterziehen. Stattdessen herrschte das blanke Recht des Stärkeren, der mit „Freischärlern" kurzen Prozess machte und die Bevölkerung drangsalierte. Die höchsten Truppengenerale förderten diese Entwicklung zuerst durch scharfe Befehle und befürworteten eine Strategie des abschreckenden Ter-

ten die Worte „Banditen", „Räuber", „Plünderer" oder „Mordbrenner" verwendet werden. Vgl. Umbreit, Problem, S. 134.

206 H.Dv. 3/13: Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege und bei besonderem Einsatz (Kriegssonderstrafrechtsverordnung), 17. 8. 1938, § 3, Abs. 1: „Wegen Freischärlerei wird mit dem Tode bestraft, wer, ohne als Angehöriger der bewaffneten feindlichen Macht durch die völkerrechtlich vorgeschriebenen äußeren Abzeichen der Zugehörigkeit erkennbar zu sein, Waffen oder andere Kampfmittel führt oder in seinem Besitz hat in der Absicht, sie zum Nachteil der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu gebrauchen oder einen ihrer Angehörigen zu töten, oder sonst Handlungen vornimmt, die nach Kriegsbrauch nur von Angehörigen einer bewaffneten Macht in Uniform vorgenommen werden dürfen."

207 Das Handbuch für den Generalstabsdienst im Kriege (H.Dv.g 92), Teil 1, Berlin 1939, S. 105–107, beschreibt zunächst das Verfahren gegen Spione vor Feldkriegsgerichten oder Standgerichten, um dann hinzuzufügen (S. 107): „Trotz Fehlens jeder völkerrechtlichen Bindung ist die Behandlung der *Freischärlerei* in genau derselben Weise geregelt worden wie die Spionage." Das „Verfahren einschließlich der Urteilsvollstreckung" – Männer sollten erschossen, Frauen enthauptet werden – müsse „den weiten Weg der [...] beschriebenen Verfahrensvorschriften" durchlaufen, „sofern diese Elemente nicht in der Kampfhandlung selbst von ihrem Schicksal ereilt werden".

208 Vgl. Kapitel I,3,d.

209 Befehl des OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., 6. 9. 1939, zit. in: Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 45.

rors, sahen sich dann aber gezwungen, gegen die schlimmsten Auswüchse einzuschreiten. Davon war bereits die Rede.

Wie standen die Generale unserer Gruppe zum recht jungen, aber keineswegs neuen Phänomen des Partisanenkriegs? Die Antwort muss zunächst auf die bereits beschriebenen Erfahrungen und Auffassungen dieser Elite vor 1941 zurückgreifen. Auch wenn die Ausmaße, die der sowjetische Partisanenkampf schließlich annahm, die allgemeinen Vorstellungen überstiegen, waren die älteren Offiziere schon vorher auf die eine oder andere Weise mit verschiedenen Spielarten irregulärer Kriegführung konfrontiert worden. Das Auftreten von Franctireurs im Krieg 1870/71 war jedem bekannt, und den teils eingebildeten, teils realen Kleinkrieg belgischer Freischärler im Jahr 1914 hatten einige von ihnen selbst erlebt[210]. Auch die Offiziere, die sich nicht persönlich ein Bild machen konnten, erfuhren von Kameraden, aus Zeitungen oder aus der Nachkriegsdiskussion von diesen Ereignissen. Der Begriff „belgische Greuel" wurde für lange Zeit zum Synonym des modernen Partisanenkriegs. Freilich verstand die deutsche Seite darunter vor allem den unrechtmäßigen Kampf bewaffneter Zivilisten aus dem Hinterhalt, während im Ausland mit ihm die unverhältnismäßigen deutschen Vergeltungsaktionen bezeichnet wurden. Die Härte der Freischärlerbekämpfung schien den Offizieren im Einzelnen vielleicht überzogen, insgesamt aber gerechtfertigt. Schon in Belgien wurden keine Versuche gemacht, zwischen irregulär und illegal zu unterscheiden. Und bereits hier setzte sich die Überzeugung durch, dass dieser gefährlichen Form des „Kleinen Krieges" nur mit abschreckendem Terror beizukommen sei.

Natürlich dürfen diese Erfahrungen nicht überschätzt werden. Weder der Freischärlerkrieg noch die Übergriffe regulärer Truppen auf die Zivilbevölkerung gehörten im Ersten Weltkrieg zum Kriegsalltag. Die kurzen, wenn auch lange nachwirkenden Eindrücke in Belgien wurden von den zahlreichen anderen Erlebnissen an der Front in den Hintergrund gedrängt, blieben aber jederzeit abrufbar. Mindestens genauso wichtig für die spätere Einstellung zum Partisanenkrieg waren die Erfahrungen in Revolution und Bürgerkrieg. Wie bereits dargelegt[211], nahmen die meisten Offiziere vom Herbst 1918 bis zum Frühjahr 1920 irgendwann am Kampf gegen Spartakisten oder andere mit dem Sammelbegriff „Bolschewisten" bezeichnete Gruppierungen sowie an den militärischen Auseinandersetzungen mit irregulären polnischen, litauischen, baltischen und bolschewistischen Formationen teil. Der erbitterte Kleinkrieg mit bewaffneten Arbeitern und östlichen „Insurgenten" glich dem Kampf mit Freischärlern. Die deutschen Offiziere konnten daher in diesen Monaten wesentlich mehr Erfahrungen mit irregulärer Kriegführung sammeln als im Ersten Weltkrieg. Dabei wurden die älteren Stereotype der „Hinterhältigkeit des Freischärlers" und der „Gefahr aus dem Osten" neben das neue Schlagwort der „bolschewistischen Bedrohung" gestellt und häufig mit ihm verbunden. Die Begriffe „polnische Banden" und „bolschewistische Horden" dienten gleichermaßen als Chiffren für fremde und grausame Todfeinde, die man mit allen Mitteln bekämpfen müsse. Der Kampf mit den „Banden" in den

[210] Vgl. Kapitel I,2,a.
[211] Vgl. Kapitel I,2,b.

deutschen Städten, polnischen Grenzgebieten und baltischen Provinzen wurde zum Mythos, der gerade auch im Offizierkorps gepflegt wurde. Der Freischärlerkrieg, der zuvor vor allem in Belgien und Frankreich verortet worden war, wurde von da an auch und insbesondere mit dem Osten in Verbindung gebracht.

So braute sich schon in den Jahren von 1914 bis 1920 in den Köpfen der deutschen Offiziere aus verschiedenen Bestandteilen eine vage Vorstellung vom künftigen Partisanenkrieg zusammen. Die Überzeugung, dass Freischärler, Kommunisten und Slawen hinterhältig und grausam kämpften, konnte von da an jederzeit angesprochen werden. Die „Heimtücke" der polnischen Soldaten und Zivilisten wurde von vornherein erwartet und schien sich im Polenfeldzug 1939 zu bestätigen. Und mit dem ebenfalls bereits vor dem Juni 1941 antizipierten sowjetischen Partisan erstand dann geradezu das leibhaftige Abbild aller Ängste und Vorurteile. Für die rücksichtslose Bekämpfung dieser Bedrohung benötigten die verantwortlichen Befehlshaber keine nationalsozialistische Belehrung. Der besondere Charakter des Ostfeldzugs wurde nicht angezweifelt, und dies förderte die verbreiteten Vorstellungen von der Eigengesetzlichkeit des Krieges. Diese Vorstellungen hatten in der Zwischenkriegszeit durch die internationale Diskussion um den „Totalen Krieg" eine neue Bedeutung erhalten. Der „Existenzkampf" der Nationen schien alle Mittel zu rechtfertigen, besonders auch im Kampf gegen Partisanen, in dem eine typische Erscheinung der neuen Art von Kriegen gesehen wurde. Diffizile kriegsvölkerrechtliche Abwägungen mussten immer mehr hinter den scheinbaren Notwendigkeiten des „Totalen Krieges" verschwinden.

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass die Generale unserer Gruppe gegen die Regelung der „Freischärlerfrage" vor dem „Unternehmen Barbarossa" so wenig einzuwenden hatten[212]. Zwar stieß die unverblümte Rechtsbeugung durch den Kriegsgerichtsbarkeitserlass auf vereinzelte Bedenken (Bock, Kluge), doch richteten sich diese vornehmlich gegen die Gefahr, dass sich die einfachen Soldaten zu Willkürakten und Disziplinlosigkeiten hinreißen ließen. Die Tatsache, dass den sowjetischen Zivilisten jedes Recht zum „Waffengreifen" abgesprochen wurde und man selbst Milizen nicht als legale Kampfformationen anerkennen wollte, dass also entgegen dem Völkerrecht jeder bewaffnete und unbewaffnete Widerstand außerhalb der Roten Armee als Freischärlerei bewertet wurde, fand keine Kritik. Der Begriff der „Freischärlerei im erweiterten Sinne"[213], der sich ganz bewusst vom kodifizierten Recht löste und auf eine vermeintliche „Rückkehr zum alten Kriegsbrauch" berief[214], wurde ebenso akzeptiert wie der Freibrief für „kollektive Gewaltmaßnahmen". Für die Partisanenbekämpfung wurde von vornherein ein nahezu rechtsfreier bzw. eigengesetzlicher Raum geschaffen, in dem das Kriegsvölkerrecht aufgehoben war. Obwohl damit bereits vor dem 22. Juni 1941 im wahrsten Sinne des Wortes „Unrecht" geschaffen wurde, war das Unrechtsbewusstsein der Frontgeneralität, die für die Umsetzung des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses im Operationsgebiet die Verantwortung trug,

[212] Vgl. Kapitel II,1,d.

[213] Befehl des AOK 6 (Ic/AO, Nr. 209/41 g.Kdos.Chefs., gez. Heim), 16. 6. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-3459.

[214] Pz.Gr.Kdo. 3, Tätigkeitsbericht Ic, Januar–Juli 1941, 14. 8. 1941, in: BA-MA, RH 21–3/423, über eine Besprechung mit Generalleutnant z.b.V. Müller am 11. 6. 1941 in Warschau.

vermutlich sehr gering. Die ohnehin nicht besonders ausgeprägten Kenntnisse der vertrackten Rechtsauffassungen über irreguläre Kombattanten wurden ganz in den Hintergrund gedrängt. Umso größeres Gewicht erhielt die individuelle Einstellung des militärischen Befehlshabers, der in seinem Befehlsbereich auch Gerichtsherr war. Die einseitige Außerkraftsetzung von bestimmten völkerrechtlichen Bindungen vergrößerte seinen Handlungsspielraum. Wichtig war in diesem Feldzug nicht so sehr, was nach den kriegsvölkerrechtlichen Regeln Recht und Unrecht war, sondern was der verantwortliche Offizier für recht und billig hielt.

Diese Voraussetzungen, die hier in Rückgriff auf frühere Kapitel zusammengefasst wurden, bestimmten die Haltung der Oberbefehlshaber im sowjetischen Partisanenkrieg. Die Zahl der Partisanen blieb trotz des berühmten Stalin-Aufrufs vom 3. Juli 1941 zunächst gering[215]. Eine Guerillabewegung war trotz dieser vollmundigen Proklamation nur unzulänglich vorbereitet worden und fand lange keine nennenswerte Unterstützung in der Bevölkerung, so dass von einem „Volkskrieg" im hier behandelten Zeitraum keine Rede sein konnte. Erst im Frühjahr 1942 begannen sich Organisation und Rekrutierung der Partisanen grundlegend zu verbessern. Wenn die Deutschen dennoch bereits unmittelbar nach dem Angriffstag den Eindruck hatten, neben dem Großen Krieg gegen die Rote Armee auch den befürchteten „Kleinen Krieg" gegen Banden im Rücken der Front führen zu müssen, lag das weniger im sporadischen Auftreten sowjetischer Diversions- und Sabotagetrupps oder im vereinzelten Widerstand bolschewistischer Kader begründet als in der teilweise diffusen Kampflage der Durchbruchsschlachten. Die schnellen deutschen Vorstöße zersplitterten die sowjetischen Streitkräfte und führten zu unzähligen großen und kleinen Gruppen versprengter Rotarmisten, von denen sich viele nicht in Gefangenschaft begaben, sondern den Kampf auf eigene Faust fortführten oder sich in den Wäldern versteckten und in Zivilkleidern in ihre Heimat durchschlagen wollten. Die Wehrmacht verfuhr mit diesen versprengten Soldaten höchst willkürlich und erschoss Zehntausende von ihnen als „Freischärler", in der Regel ohne Verfahren und ohne Nachweis einer feindlichen Handlung. Auch davon war bereits die Rede[216].

Wenn sich einzelne Kommandeure bereits im Juli 1941 über den „elenden Bandenkrieg" beklagten[217], dann waren damit meist jene abgesprengten Feindgruppen gemeint, die nicht die Waffen streckten, sondern hinter den deutschen Linien weiterkämpften. Diese Gegner, die von der Wehrmacht in der Regel selbst dann nicht als legale Kombattanten anerkannt wurden, wenn sie weiterhin ihre Uni-

[215] Abdruck der Rundfunk-Rede in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 326–329. Zum Folgenden vgl. auch die einschlägige Literatur über den sowjetischen Partisanenkrieg: Armstrong, Partisans; Hesse, Partisanenkrieg; Cooper, Phantom War; Bonwetsch, Partisanen; Slepyan, Partisans; Umbreit, Problem; Grenkevich, Partisan Movement. Gute Zusammenfassung der Literatur: Richter, Herrenmensch. Versuch einer Neubewertung unter starker Betonung der von den Partisanen ausgehenden Gefahr: Arnold, Wehrmacht, S. 413–485. Zur Entwicklung in Weißrussland, dem Zentrum des sowjetischen Partisanenkampfes, vgl. Wilenchik, Partisanenbewegung; Gerlach, Morde, S. 859–1055, Musial (Hrsg.), Partisanen.

[216] Vgl. Kapitel II,3,a.

[217] Heinrici an seine Frau, 13. 7. 1941, in: Hürter, General, S. 68: „Jetzt geht für uns dieser elende Bandenkrieg los u. wir müssen Wälder ausräumen." Heinrici an seine Frau, 22. 7. 1941, ebd., S. 70: „Das Kennzeichen des Krieges sind die überall in den Wäldern auftretenden russischen Banden. Sie überfallen jeden einzelnen. Nur an die größere Truppe trauen sie sich nicht heran."

form trugen und von Offizieren geführt wurden, entwickelten sich besonders im Bereich der Heeresgruppe Mitte vorübergehend zu einem ernsthaften Sicherheitsproblem. Diese Art der „Bandengefahr" gab einen frühzeitigen Hinweis darauf, dass die Befriedung des Hinterlands einen Schwachpunkt der deutschen Kriegführung im Osten bildete[218]. Je mehr sich das Operationsgebiet ausdehnte, ja überdehnte, desto schwieriger gestaltete sich die Sicherung der rückwärtigen Verbindungen, der Lebensadern der Frontverbände. Mit dem schnellen Vorrücken nach Osten wurden die Nachschubwege immer länger und verletzlicher, die rückwärtigen Armee- und Heeresgebiete, d.h. der eroberte Raum zwischen dem Gefechtsgebiet an der Front und den beiden Reichskommissariaten, immer größer und unübersichtlicher. Das rückwärtige Heeresgebiet Mitte hatte im Herbst 1941 etwa die Größe der Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen zusammen (145000 qkm), das rückwärtige Gebiet der 9. Armee war zur selben Zeit größer als Schleswig-Holstein (17600 qkm)[219], das Armeegebiet der 18. Armee halb so groß wie Mecklenburg-Vorpommern (12000 qkm)[220]. Während an die drei Millionen Wehrmachtssoldaten an der Front massiert waren, wurde der gesamte rückwärtige Raum des Operationsgebiets lange von kaum mehr als 100000 Mann abgesichert[221]: von neun schwachen Sicherungsdivisionen (je drei pro Heeresgruppe) und kleineren Wehrmachtseinheiten sowie einigen Polizeibataillonen, Waffen-SS-Brigaden, Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD und einheimischen Hilfstruppen. Bereits Ende Juli 1941 hatte allein die 221. Sicherungsdivision mit ihren höchstens 9000 Mann ein Gebiet von der Größe des Bundeslands Baden-Württemberg zu „befrieden" (35000 qkm)[222].

Wie man dieser unglücklichen Verbindung aus Sicherheitsproblem und Kräftemangel begegnen wollte, war durch den Kriegsgerichtsbarkeitserlass vorgegeben und wurde nun in weiteren Befehlen bestätigt. Durch schärfste Prävention, Sühne und Vergeltung sollte größtmögliche Abschreckung bei kleinstmöglichem Kräfteeinsatz erzielt werden. Den Aufruf Stalins zum Partisanenkrieg kommentierte Hitler mit der zynischen Bemerkung, das habe „auch wieder seinen Vorteil", denn „er gibt uns die Möglichkeit, auszurotten, was sich gegen uns stellt"[223]. Der Diktator ging ohnehin von einer „total verhetzten bolschewistischen Bevölkerung"[224] aus, der man nur mit Terror beikommen könne. Die Aussicht, dass sich die versprengten Teile der Roten Armee mit einer Widerstandsbewegung aus der Bevöl-

[218] Vgl. auch Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 32 (1. 7. 1941): „Ernste Sorgen macht die Befriedung des rückwärtigen Gebietes. Die Eigenart unserer Kampfesweise hat weitgehende Unsicherheit des rückwärtigen Gebietes durch abgesprengte Feindteile zur Folge. Die Sicherungsdivisionen allein genügen nicht für die großen Räume."

[219] Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 1057 (Beitrag Förster).

[220] Vgl. Hürter, Wehrmacht, S. 389.

[221] Vgl. Grenkevich, Partisan Movement, S. 158.

[222] Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 1057 (Beitrag Förster).

[223] Aufzeichnung Bormanns über eine Besprechung Hitlers mit Rosenberg, Lammers, Keitel und Göring am 16. 7. 1941, in: IMT, Bd. 38, S. 88.

[224] Keitel (OKW/WFSt, Abt. L, Nr. 441158/41 g.Kdos.) an Fromm, 5. 7. 1941, in: Müller (Hrsg.), Okkupation, S. 104f.: „Der Banden- und Heckenschützenkrieg hinter der Front ist eine sehr schwere Belastung der rückwärtigen Verbindungen und für die Befriedung des eroberten Gebietes. Wenn dieses Mal ja auch sehr brutal durchgegriffen wird, so sieht der Führer in der unermeßlichen Tiefe des gewaltigen besetzten Gebietes mit seinen riesigen Waldungen schwere Gefahren im Hinterland infolge der total verhetzten bolschewistischen Bevölkerung."

kerung verbinden könnten, musste die verantwortlichen Militärs beunruhigen. Daher wurde schon in den ersten Wochen wiederholt die Absicht bekräftigt, jeden noch so geringen Widerstand bereits im Keim zu ersticken. Ein OKH-Befehl vom 18. Juli 1941 war noch erstaunlich gemäßigt, da er nur jene Partisanen als Freischärler behandelt wissen wollte, die nicht „einwandfrei" die völkerrechtlichen Voraussetzungen für legale Kombattanten einer Armee, einer Miliz oder eines Freiwilligenkorps erfüllten[225]. Der Zusatz, dass dabei gleichgültig sei, „ob sie Soldaten waren, sich noch als Soldaten bezeichnen oder Nicht-Soldaten sind", zeigte allerdings die eigentliche Absicht dieses Befehls, der vor allem das harte Vorgehen gegen „partisanenverdächtige" Rotarmisten legalisieren sollte. Außerdem sollten „Zivileinwohner, die solchen Partisanen-Abteilungen in irgendeiner Weise Vorschub leisten", ebenfalls „nach Kriegsbrauch" als Freischärler erschossen werden. Das ließ der Terrorisierung der Bevölkerung erneut weiten Spielraum.

Bereits wenige Tage später wurde auf jede völkerrechtliche Maskierung verzichtet. Nach einem Vortrag Brauchitschs ließ Hitler am 23. Juli 1941 durch das OKW „drakonische Maßnahmen" befehlen[226]: „Die zur *Sicherung der eroberten Ostgebiete* zur Verfügung stehenden Truppen reichen bei der Weite dieser Räume nur dann aus, wenn alle Widerstände nicht durch die juristische Bestrafung der Schuldigen geahndet werden, sondern wenn die Besatzungsmacht denjenigen Schrecken verbreitet, der allein geeignet ist, der Bevölkerung jede Lust zur Widersetzlichkeit zu nehmen." Auch der Oberbefehlshaber des Heeres reagierte auf das Gespräch mit Hitler und auf die sowjetischen Bemühungen um eine Partisanenbewegung. Er beauftragte General z.b.V. Müller mit einem Befehl über die „Behandlung feindlicher Zivilpersonen und russischer Kriegsgefangener", der dem Kriegsgerichtsbarkeitserlass kaum nachstand[227]. Dieser OKH-Befehl vom 25. Juli 1941 erhob erneut die „unbedingte Sicherheit für den deutschen Soldaten" zum Leitgedanken, der alle noch so brutalen und rechtswidrigen Mittel legitimierte. Schon „jede Bedrohung durch die feindliche Zivilbevölkerung" und „jede Begünstigung oder Hilfe seitens der Zivilbevölkerung für Partisanen, Versprengte usw." sollte „rücksichtslos unterbunden" werden. Wo sich passiver Widerstand auch nur abzeichne oder nach Sabotageakten die Täter nicht sofort festzustellen seien, müssten „*unverzüglich kollektive* Gewaltmaßnahmen" durchgeführt werden. Der Befehl kritisierte noch vorhandene „Nachsicht und Weichheit" und propagierte „hartes und schonungsloses Durchgreifen", an das „der Russe" gewöhnt und das der „Hinterhältigkeit und Eigenart des bolschewistischen Gegners" angemessen sei. Die Aufrufe zum Partisanenkrieg und „überhaupt das *hetzerische Wirken* der Träger des jüdisch-bolschewistischen Systems" ließen erwarten, „daß auch in *bisher ruhigen* Gebieten der Kleinkrieg wieder auflebt". Nach dem Willen der militärischen Zentralinstanzen sollte also nicht erst gegen die – ohnehin noch

[225] Befehl des OKH (Gen.z.b.V. beim OB.d.H., Az. 454/Gr.R.Wes., Nr. 1260/41 geh., gez. Müller) „Behandlung feindlicher Zivilpersonen und russischer Kriegsgefangener", 18. 7. 1941, in: Müller (Hrsg.), Okkupation, S. 105 f.

[226] Weisung Keitels (Chef OKW, Nr. 441254/41 g.Kdos.Chefs.) „Ergänzung zur Weisung Nr. 33", 23. 7. 1941, in: Hubatsch (Hrsg.), Weisungen, S. 142–144, hier S. 144.

[227] Weisung des OKH (Gen.z.b.V. beim OB.d.H., Az. 453/Gr.R.Wes., Nr. 1332/41 geh., gez. Müller) „Behandlung feindlicher Zivilpersonen und russischer Kriegsgefangener", 25. 7. 1941, in: Müller (Hrsg.), Okkupation, S. 106–109.

nicht so bald erwartete – Tatsache, sondern bereits gegen die Möglichkeit einer großen Partisanenbewegung mit abschreckender Gewalt eingeschritten werden.

Dass solche destruktiven Mittel jedem Versuch konstruktiver Besatzungspolitik im Weg standen, wird im nächsten Kapitel näher zu behandeln sein. Doch nicht nur besatzungspolitisch, sondern auch militärisch machte es wenig Sinn, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen. Solange der „Kleinkrieg" nur von hoffnungslosen Versprengten und fanatischen Funktionären, nicht aber von der Zivilbevölkerung getragen wurde, schlug die deutsche Strategie, Sicherheit durch Terror zu schaffen, ins Leere und bereitete den Boden für eine spätere Partisanenbewegung aus dem Volk. Es wäre Sache der Oberbefehlshaber vor Ort gewesen, nachdrücklich auf diese Unzulänglichkeiten und Gefahren hinzuweisen. Doch auch in der höchsten Truppengeneralität überwogen das Misstrauen gegenüber der Bevölkerung und das Vertrauen auf die eigene „Rücksichtslosigkeit". Zugleich wurden aber die drohenden Folgen für das noch offene Verhältnis zu den sowjetischen Zivilisten von den Frontkommandobehörden früher und klarer erkannt als von den Zentralstellen. Es war das alte, bereits aus dem Polenfeldzug bekannte Dilemma: Einerseits wurde der harte Kurs der obersten Führung weitgehend akzeptiert und übernommen, andererseits drängte man auf Wahrung der Disziplin und Schonung des „gutwilligen" Teils der Bevölkerung. Dieser Spagat zwischen Scharfmachen und Maßhalten konnte nicht gut gehen. Wieder wurden der Truppe zugleich die Sporen gegeben und die Zügel gezogen.

Charakteristisch für die zwiespältige Haltung zwischen den scharfen Vorgaben aus Berlin bzw. dem „Führerhauptquartier" und den Zwängen eines Modus vivendi im Operationsgebiet war ein Befehl Carl-Heinrich v. Stülpnagels, der die OKH-Richtlinien vom 25. Juli 1941 auf den Bereich seiner 17. Armee übertrug und zugleich mit einigen interessanten Ergänzungen versah[228]. Der Ton der Vorlage wurde auch von Stülpnagel aufgenommen und an manchen Punkten um eigene, nicht weniger harte Akzente ergänzt[229]. Die Anordnung von Repressalmaßnahmen wurde aber mit der Mahnung verbunden: „Kollektive Massnahmen *nicht wahllos* treffen!" Was damit gemeint war, wurde von Stülpnagel umgehend erläutert: „Soweit die auslösende Tat der *ukrainischen* Ortseinwohnerschaft nicht nachgewiesen werden kann, sind die Ortsvorsteher anzuweisen, in erster Linie jüdische und kommunistische Einwohner zu nennen. [...] Besonders die *jüdischen Komsomolzen* sind als Träger der Sabotage und Bandenbildung Jugendlicher anzusehen." Er forderte in seinem Armeebereich nachdrücklich eine *„grundsätzliche Rücksichtnahme auf die ukrainische Bevölkerung*, sofern sich diese loyal verhält". Stülpnagel zeigte sich mit diesem Befehl als Verfechter der „Sündenbockmethode"[230], die Partisanenbekämpfung und ihre Vergeltungsaktionen nicht „wahllos" gegen alle, sondern gezielt gegen bestimmte Bevölkerungsteile, bevorzugt gegen Kommunisten und Juden, zu richten. Diese Einstellung begünstigte

[228] Befehl Stülpnagels (AOK 17, Ic/AO, Nr. 2784/41 geh.) „Behandlung feindlicher Zivilpersonen und russischer Kriegsgefangener", 30. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–17/276.

[229] „Die Truppe muss, mehr als bisher, gegen jede Art Freischärlerei, Sabotage und passiven Widerstand einschreiten und schon erste Ansätze dazu niederschlagen." „Als Freischärler sind anzusehen alle Zivilisten, die mit Schusswaffen oder Sprengmunition angetroffen werden."

[230] DRZW, Bd. 4, S. 1040 (Beitrag Förster).

den Holocaust[231]. Die anderen Armeeführer verzichteten auf so aufschlussreiche Kommentare und beschränkten sich meist darauf, den unterstellten Verbänden eine Abschrift der OKH-Richtlinien zu senden[232]. Oft ging getrennt davon, aber ungefähr zeitgleich die Aufforderung an die Truppe, die gutwillige Bevölkerung „anständig" und „vernünftig" zu behandeln. Diese abmildernden Befehle korrespondierten verdeckt mit den scharfen Antipartisanen-Befehlen, sie bildeten sozusagen das zweite Bein des Spagatversuchs.

Da der Partisanenkampf zunächst kaum eine Rolle spielte, mussten sich die Oberbefehlshaber auch nicht weiter exponieren und konnten die Befehlsgebung in der Regel ihren Mitarbeitern überlassen. Konkrete Schritte bestanden in dieser Phase geringer Partisanengefahr weitgehend aus prophylaktischen Maßnahmen, vor allem aus der Suche nach versprengten Rotarmisten und der Überwachung der Bevölkerung. Der wirkliche Freischärler blieb vielerorts lange eine Schimäre. So konnten ausgerechnet die Großverbände der Heeresgruppe Mitte, die später besonders stark vom Partisanenkrieg betroffen waren, im August 1941 feststellen, „daß entgegen den Erwartungen Freischärlerei nur in geringem Umfange vorgekommen ist und infolgedessen die strengen Strafen nur vereinzelt zur Anwendung kommen brauchten"[233]. Die angedrohten kollektiven Strafmaßnahmen waren 1941 noch bei weitem nicht so häufig wie in den folgenden Jahren[234]. Auch bei der Heeresgruppe Süd traten neben den versprengten Rotarmisten lange kaum organisierte Partisanen in Erscheinung[235]. Das Oberkommando der 6. Armee konnte sich am 14. August 1941 damit begnügen, eher allgemein vor einer angeblichen Erhöhung der Partisanentätigkeit zu warnen, um die Wachsamkeit der Soldaten zu schärfen[236]: „Die *deutsche Führung* und *Truppe* muss sich auf diese ihr ungewohnte Kampfform rasch *einstellen* und ohne Rücksicht und falsche Humanität auftretende Partisanengruppen und ihre Erkunder vernichten." Dieser Befehl war immer noch mehr auf die Möglichkeit als auf die Tatsache eines stärkeren Partisanenkriegs gerichtet – was auch dadurch unterstrichen wurde, dass die 11. Armee ihn noch einige Wochen später wörtlich übernehmen konnte[237].

[231] Vgl. Kapitel II,5.

[232] Vgl. etwa das Begleitschreiben des AOK 2 (O.Qu./Qu. 2, Nr. 454/41 geh.), 3. 8. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 349.

[233] Pz.Gr.Kdo. 3, Tätigkeitsbericht Ic, Januar–Juli 1941, 14. 8. 1941 (von Hoth gesehen am 25. 8. 1941), in: BA-MA, RH 21–3/423. In diesen Bemerkungen aus „rückschauender Betrachtung am 14. 8 ." stand anstelle von „nur vereinzelt" ursprünglich „nicht". Das AOK 9 zog am 18. 8. 1941 (Ia/Ic/AO/O.Qu./Qu.2, Nr. 3600/41 geh., gez. Weckmann), in: BA-MA, RH 20–9/23, die Zwischenbilanz, dass im Armeebereich „bisher nur kleinere Partisanen-Gruppen" aufgetreten seien. Das AOK 4 resümierte noch am 28. 8. 1941 (Ic/AO/Abw. III, Nr. 9219/41, gez. Blumentritt), in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1564: „Bisher ist im Armeebereich eine umfangreichere Tätigkeit von Partisanen nicht festgestellt worden."

[234] Das konstatiert Gerlach, Morde, S. 870f., auch für Weißrussland.

[235] Vgl. AOK 17, Tätigkeitsbericht Ic/AO, 11. 8. 1941, in: NA, T 312/674: „Im Gegensatz zur Heeresgruppe Nord kann in unserem Bereich von einer starken Partisanentätigkeit hinter der Front nicht gesprochen werden. Bei der grösstenteils vom bolschewistischen Joch sich befreit fühlenden Bevölkerung werden zunächst diese Kampfmethoden noch keine Verbreitung finden. Im Armeebereich wurden bisher nur einzelne wenige Freischärler bekannt und erledigt."

[236] Befehl des AOK 6 (Ic/AO/Abw. III, Nr. 2757/41 geh., gez. Heim) „Verhalten gegenüber feindlichen Spionage- und Sabotagetrupps", 14. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/491, Bl. 215.

[237] Befehl des AOK 11 (Abw.Offz., Nr. 586/41 geh., gez. Wöhler) „Verhalten gegenüber feindlichen Spionage- und Sabotagetrupps", 5. 9. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-501.

Dagegen machte sich der gezielte Einsatz von Partisanen bei der Heeresgruppe Nord bereits um die Monatswende Juli/August 1941 störend bemerkbar[238]. Von Leningrad aus wurden ganze Partisanen-Bataillone ins Hinterland geschleust, so dass sich die Oberbefehlshaber des nördlichen Frontabschnitts früher mit diesem Problem beschäftigen mussten. Georg v. Küchler sah sich schon am 1. August genötigt, die Soldaten der 18. Armee nicht allein auf die Gefahr von Angriffen versprengter sowjetischer Truppenteile hinzuweisen, sondern hinzuzufügen, dass „der Russe" auch Banden organisiert habe, „die den Auftrag haben, hinter der kämpfenden Truppe Überfälle auf den Nachschub und die rückwärtigen Verbindungen auszuführen, um die Versorgung der kämpfenden Truppe zu schädigen und die Gefechtshandlungen lahm zu legen"[239]. Dieses erstmalige „Auftreten von Partisanen-Abteilungen", die jetzt sehr wohl von den zahlreichen Gruppen versprengter Rotarmisten unterschieden wurden, veranlasste Küchler zum Befehl, „mit aller Energie und Schärfe" Gegenmaßnahmen einzuleiten[240]. Das Heeresgruppenkommando Nord wurde konkreter, beschrieb die verschiedenen Gliederungen der Partisanen und forderte in Anlehnung an die zentralen Anordnungen ein hartes Vorgehen[241]. Die „den Deutschen eigentümliche Vertrauensseligkeit und Harmlosigkeit und Gleichgültigkeit" müsse bekämpft und die Truppe „zum *Misstrauen* gegen die Bevölkerung erzogen werden". Zur Abschreckung sollten Kollektivmaßnahmen nicht nur angedroht, sondern auch durchgeführt, Partisanen öffentlich aufgehängt und einige Zeit mit einem warnenden Schild hängen gelassen werden. Dieser Bestätigung des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses bedurfte es kaum. Küchler persönlich hatte bereits einen Monat zuvor als Vergeltung für 15 ermordete Wehrmachtsangehörige angeordnet, „alle Russen, die in Riga ergriffen werden, zu erschießen"[242]. Und ebenfalls vor dem Heeresgruppenbefehl hatte Generaloberst Erich Hoepner, der Befehlshaber der Panzergruppe 4, am 3. August 1941 das Dorf Straševo, in dessen Nähe deutsche Soldaten von Partisanen überfallen worden waren, „dem Erdboden gleichmachen" lassen[243]. Kollektive Vergeltungen solchen Ausmaßes blieben aber in diesen Wochen eher selten, da selbst im Norden die Partisanen noch längst kein Massenphänomen waren[244]. Allerdings

[238] Vgl. auch den Tätigkeitsbericht Ic des Pz.Gr.Kdo. 3, August 1941–Januar 1942, in: NA, T 313/253: „Anfang August kamen die ersten Berichte über Auftreten von Partisanen bei Heeresgruppe Nord. Erst am 24. 8. wurde im Gebiet der Panzergruppe [3, also bei der Heeresgruppe Mitte] ein Überfall auf einen deutschen Kradfahrer durch einen Partisanen-Späher ausgeführt."

[239] Befehl Küchlers (AOK 18, Ia, Nr. 1759/41 geh.), 1. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1207.

[240] Befehl Küchlers (AOK 18, Ic/AO), 9. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/101.

[241] Befehl des H.Gr.Kdo. Nord (Ic, Nr. 4590/41 geh., gez. Brennecke) „Gliederung und Arbeitsweise der Partisanen nach bisherigen Feststellungen und Vorschläge für ihre Bekämpfung", 6. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-3007. Es wurde zwischen Partisanen-Bataillonen, kleineren Partisanentrupps der Roten Armee und territorial gegliederten Partisanengruppen der Partei unterschieden.

[242] AOK 18, KTB Ia, 2. 7. 1941, 22.15 Uhr, in: NA, T 312/781, über einen Bericht Küchlers aus Riga.

[243] Bekanntmachung Hoepners, 4. 8. 1941, in: BA-MA, RH 21–4/578. „In Zukunft wird das Gleiche mit jedem Dorfe geschehen, in dessen Nähe sich Partisanen oder andere Verbrecher aufhalten und deren Bevölkerung in irgend einer Weise mit diesen in Verbindung steht, ohne dass hiervon sofort der nächsten deutschen militärischen Stelle Meldung gemacht wurde." Vgl. auch Pz.Gr.Kdo. 4, KTB Ia, 2. 8. 1941, in: BA-MA, RH 21–4/14. Der Partisanenüberfall, dem fünf Soldaten zum Opfer gefallen waren, hatte sich nahe beim Gefechtsstand Hoepners ereignet.

[244] Zu den Relationen vgl. das Feindnachrichtenblatt des AOK 16 (Ic, gez. Wuthmann), 6. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2375: „Im Bereich der Armee wurden bereits 27 Partisanen un-

schätzte Generalfeldmarschall v. Leeb das „Partisanentum" Ende August 1941 als „nunmehr sehr ernst zu nehmende Gefahr" ein und befahl seinen Truppenführern Busch, Hoepner und Küchler, die Bekämpfung dieser Gefahr „planmäßig zu gestalten und mit drastischen und drakonischen Mitteln gegen die Partisanen selbst und ihre Helfershelfer vorzugehen"[245].

Auch im Bereich der Heeresgruppe Mitte begann man sich nun gezielter gegen die Partisanengefahr zu wappnen. Der Oberbefehlshaber der 9. Armee, Generaloberst Adolf Strauß, ergänzte am 10. September 1941 die bisherigen Befehle, die noch recht allgemein gehalten waren und kaum über die zentralen Anweisungen hinausgingen, um einige pragmatische Hinweise[246]. Hier zeigte sich, dass jetzt der Übergang zu einem wirklichen Partisanenkrieg erwartet wurde. Der Befehl begrenzte den Partisanenbegriff auf bewaffnete oder am Tatort ergriffene Zivilisten bzw. Rotarmisten in Zivil[247] und steckte die Verantwortlichkeitsbereiche ab[248]. Vor allem aber ging Strauß ausführlich auf das heikelste Problem der Partisanenbekämpfung ein, die Vorbeuge- und Strafmaßnahmen gegen die Bevölkerung. Er griff die bisherigen Richtlinien auf und verschärfte sie noch. Ab dem 16. September sollten „die Schuldigen oder der Tat dringend Verdächtigen am *Tatort* als abschreckendes Beispiel" erhängt werden. Konnten die Täter „nicht sofort" ermittelt werden, seien „aus dem uns nicht günstig gesinnten Teil der Bevölkerung, den der uns günstig gesinnte Bevölkerungsteil erfahrungsgemäß auf Anfrage bezeichnet, eine Anzahl Geiseln festzunehmen; diese sind zu erhängen, wenn die Täter oder der Tat dringend Verdächtigen oder sonstige Spießgesellen der Täter nicht binnen 24 Stunden beigebracht werden."[249] Damit waren dem willkürlichen Terror erneut Tür und Tor geöffnet, was auch dadurch nicht gemildert wurde, dass der „überwiegend gutwillige Bevölkerungsteil" geschont und für seine Hilfe gegen die Partisanen belohnt werden sollte. Die Gefahren dieser Abschreckungsstrategie waren auch dem Armeeoberkommando 9 klar, so dass Strauß seine Trup-

schädlich gemacht. Pz.-Gruppe 4 meldet in der Zeit vom 1.–6. 8. 152 versprengte Soldaten festgenommen und 63 Partisanen erschossen."

[245] Befehl Leebs (H.Gr.Kdo. Nord, Ia, Nr. 5777/41 geh.), 24. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/107.

[246] Befehl Strauß' (AOK 9, Ic/AO/Ia/O.Qu./Qu. 2, Nr. 254/41 geh.) „Partisanenbekämpfung", 10. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20–9/24. Vgl. auch AOK 9, KTB Ia, 10. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20–9/12: „Die Armeeführung hat sich, veranlaßt durch Ereignisse der letzten Zeit, der Partisanenbekämpfung mit besonderem Nachdruck angenommen."

[247] Dagegen galt jetzt für diesen Armeebereich: „Rotarmisten, auch Fallschirmjäger, in *Uniform* sind bei der Gefangennahme als Soldaten, das heißt als Kriegsgefangene zu behandeln." In welchem Fall hinter der Front gefangen genommene Rotarmisten als Freischärler erschossen werden konnten, blieb eine von Armee zu Armee unterschiedlich beantwortete Frage. Daran konnte auch der OKH-Befehl vom 13. 9. 1941 wenig ändern, da er den Truppenbefehlshabern „nach taktischer Lage" die Entscheidung ließ.

[248] Im Gefechtsgebiet waren die Armeekorps für die Partisanenbekämpfung verantwortlich, im rückwärtigen Armeegebiet der Korück. Das AOK konnte die Maßnahmen koordinieren und zusätzliche Kräfte (Eingreifgruppe der Armee, Geheime Feldpolizei, Sonderkommandos der Sicherheitspolizei und des SD) einsetzen.

[249] „Wird die feindselige Haltung an der gleichen Stelle oder in nächster Nähe wiederholt, so ist jeweils die doppelte Anzahl von Geiseln festzunehmen bzw. zu erhängen." Diese verschärften Bestimmungen wurden der Bevölkerung bekannt gegeben. Vgl. den anliegenden Aufruf. Ein OKW-Befehl Keitels sah am 16. 9. 1941 für die übrigen Kriegsschauplätze bei „kommunistischen Umtrieben" die Hinrichtung „von 50 bis 100 Kommunisten als angemessene Sühne für ein deutsches Soldatenleben" an. Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 1051 f. (Beitrag Förster).

pen ermahnte: „Schlechte Behandlung der Bevölkerung durch die eigene Truppe treibt die Bevölkerung in die Arme der Partisanen."

Dieser Aspekt wurde nur einen Tag später, am 11. September 1941, vom Heeresgruppenkommando Mitte deutlich hervorgehoben. Auch dieser Befehl konstatierte, dass anders als bisher jetzt auch im Mittelabschnitt mit einer organisierten Partisanenbewegung zu rechnen sei, gegen die Jagdkommandos und ein engmaschiges Nachrichtennetz eingesetzt werden müssten[250]. Allerdings warnte das Heeresgruppenkommando vor überzogenen Maßnahmen: „Termine, bis zu denen Partisanen zur freiwilligen Meldung aufgefordert werden, sind in Zukunft nicht mehr zu setzen. Die Todesstrafe ist nur möglich gegen Freischärler. Sich ergebende Partisanen in voller Uniform sind als Kriegsgefangene zu behandeln, sofern ihnen nicht völkerrechtswidrige Handlungen nachgewiesen werden können. [...] Ortsfremde Personen, die sich nicht ausreichend ausweisen können, sind vorläufig festzunehmen." Selbst wenn man bedenkt, dass der Hinweis auf „völkerrechtswidrige Handlungen" die Schonung versprengter Rotarmisten faktisch dem Ermessen einzelner Offiziere überließ, stand der Befehl doch im Widerspruch zur gängigen Praxis, Versprengte und „Ortsfremde" ohne viel Federlesens zu exekutieren sowie scharfe Meldefristen zu setzen. Um es vorweg zu nehmen: Große Wirkung hatte dieser Appell selbst im Bereich der Heeresgruppe Mitte nicht. Doch immerhin wurde hier aus der Gefahr, durch zu große Brutalität in der Partisanenbekämpfung und überhaupt durch Übergriffe der Truppe[251] die Bevölkerung gegen die Besatzungsmacht aufzubringen, eine partielle Mäßigung der Anti-Partisanen-Maßnahmen abgeleitet.

Diese Frage trieb zu selben Zeit auch Generalfeldmarschall Günther v. Kluge um, den Oberbefehlshaber der 4. Armee. Als ihm am Abend des 14. September 1941 ein Partisanenüberfall dicht beim Gefechtsstand des XII. Armeekorps und die geplanten Vergeltungsmaßnahmen gemeldet wurden, rief er umgehend den Kommandierenden General an und „fragte, ob die angedrohte Erschiessung aller männlichen Einwohner im dienstpflichtigen Alter Zweck habe, schon weil man nicht wisse, ob diese Leute wirklich mit den Partisanen in Verbindung gestanden hätten"[252]. Auch der Verdacht General Schroths, von den Russen seien alle Wehrpflichtigen evakuiert worden bis auf diejenigen, die Partisanenbanden aufbauen sollten, konnte ihn nicht von dieser harten kollektiven Maßnahme überzeugen. „Es sei natürlich misslich, evtl. Unschuldige totschiessen zu lassen, z.B. auch die ortsansässigen Leute. Es sei nicht angezeigt, zu rigoros vorzugehen. Vielleicht genüge es, diejenigen zu erschiessen, die nicht in die Dörfer gehören, weil man von ihnen annehmen könne, dass sie entweder Soldaten in Zivil oder für Kampfaufga-

[250] Befehl des H.Gr.Kdo. Mitte (Ic/AO, Nr. 174/41 geh., gez. Greiffenberg) „Abwehr der Partisanentätigkeit hinter der Front", 11. 9. 1941, in: BA-MA, RH 21-2/656: „Während bisher die Partisanentätigkeit im Bereich der Heeresgruppe Mitte im wesentlichen durch Versprengte, entwichene Kriegsgefangene und nur in geringem Umfange durch Zivilpersonen ausgeübt wurde, scheint in letzter Zeit der Aufbau einer ähnlichen Organisation, wie sie hinter der Front der Heeresgruppe Nord bereits seit längerer Zeit besteht, in Bildung begriffen zu sein. Mit weiterer Verstärkung und immer planmässigerem Einsatz ist zu rechnen."

[251] „Nicht zuletzt wird gutes militärisches Auftreten der Truppe und das Aufhören ‚wilder Beitreibungen' die Stimmung der Bevölkerung günstig beeinflussen und damit der Partisanentätigkeit die Grundlagen und Stützpunkte entziehen."

[252] AOK 4, KTB Ia, 14. 9. 1941, 20.55 Uhr, in: NA, T 312/143.

ben zurückgelassen seien." Kluge konnte sich allerdings nicht entschließen, seinem Unterführer Schroth den Verzicht auf eine „zu rigorose" Vergeltung zu befehlen. Stattdessen überließ er ihm ausdrücklich die weiteren Maßnahmen. Obwohl Kluge wusste, welche negativen Auswirkungen die Hinrichtung unbeteiligter Zivilisten auf die Stimmung der Bevölkerung haben musste, war seine Haltung – sehr charakteristisch für diesen wichtigen Oberbefehlshaber – nicht eindeutig genug, um klar gegen solch überzogene Repressalien im Partisanenkrieg Stellung zu nehmen.

Das Oberkommando der von Generaloberst Weichs geführten 2. Armee versuchte den Widerspruch von Härte und Kooperation aufzulösen, indem es am 2. Oktober 1941 stärker als Strauß zwischen den Partisanen und der unbeteiligten Bevölkerung unterschied. Der Befehl betonte, dass die Wehrmacht sich „keiner bewaffneten Volksbewegung" gegenüber sehe, sondern von „aktivistischen Kommunisten" organisierten Partisanenabteilungen und Diversionsgruppen[253]. „Das im Rücken der deutschen Wehrmacht gegen sie auftretende bolschewistische Gesindel ist daher nicht nach Rotarmisten, Uniformierten oder Zivilisten zu trennen, sondern es bildet eine organische, *besondere* Einheit." Wer dieser Einheit angehöre, könne nicht mehr als regulärer Kombattant gelten, sondern müsse als Freischärler erschossen werden, gleichgültig ob er uniformierter Rotarmist sei oder nicht[254]. Diese weitgehende Interpretation des Freischärlerbegriffs wurde aber mit dem Versuch einer Differenzierung verbunden: „Da die Masse des russ. Volkes die Waffen gegen die deutsche Wehrmacht nicht ergriffen hat, die Partisane [!] fürchtet, ja sogar zu ihrer Ergreifung beiträgt, besteht bei geschickter und freundlicher Behandlung die Möglichkeit, aus der Bevölkerung zweckdienliche Angaben über die Partisanentätigkeit und ihre Führer zu erhalten. Dazu gehört Verständnis, Geschicklichkeit und Ausdauer. Kollektivmaßnahmen gegen Dörfer oder Bevölkerung müssen die Ausnahme bilden und sind nur da anzuwenden, wo die Masse der Bevölkerung eine derartige, im Erfolg stets zweifelhafte Maßnahme unumgänglich herausfordert." Entsprechend bezogen sich die näheren Bestimmungen ausschließlich auf die Bekämpfung der eigentlichen Partisanen und nicht auf Vorbeuge- oder Repressalmaßnahmen gegen die Bevölkerung.

Die Verschärfung der Antipartisanenmaßnahmen durch Strauß auf der einen Seite, der relativ gemäßigte, den Kriegsgerichtsbarkeitserlass und seine Folgebestimmungen sogar vorsichtig kritisierende und relativierende Befehl des Armeeoberkommandos 2 auf der anderen Seite markierten die Bandbreite, die zu dieser Zeit in der Befehlsgebung der höchsten Frontdienststellen möglich war. Gemeinsam war ihnen die Unsicherheit, wie sich die aufkeimende Partisanengefahr entwickelt und wie ihr zu begegnen sei. Der Freibrief der zentralen Instanzen, mit

[253] Befehl des AOK 2 (Ic/AO/Abw. III, Nr. 2075/41 geh., gez. Witzleben) „Partisanenbekämpfung", 2. 10. 1941, in: BA-MA, RH 20–2/1093. Die Wehrmacht habe es „demzufolge auch nicht mit offen und ehrlich, nach den Regeln des Völkerrechts kämpfenden Freiheitshelden wie etwa Schill, Lützow oder Andreas Hofer zu tun. Wenn das in russ. Flugzetteln so dargestellt wird, so ist das eine echt jüdische Unverschämtheit und kommunistische Begriffsverdrehung."

[254] „Da die russ. Partisane auch ein aus der Ferne erkennbares Abzeichen absichtlich nicht tragen, *ihre Waffen nicht offen führen* und bei ihren hinterlistigen Überfällen die Gesetze und Gebräuche des Krieges wissentlich nicht beachten, sind sie als *Freischärler* zu erschießen. Auch wer Partisane in irgendeiner Weise Vorschub leistet (Werber, Gehilfen), ist als Freischärler zu behandeln."

abschreckender Brutalität vorzugehen, bestand unverändert, musste in den ersten drei, vier Monaten jedoch nicht häufig genutzt werden. Die abwartende, vielerorts sogar freundliche Haltung großer Teile der Bevölkerung sowie das geringe Auftreten organisierter Partisanen drängten die schlimmen Befürchtungen in den Hintergrund und veranlassten das eine oder andere Oberkommando sogar, etwas von den Vorgaben Hitlers und seiner militärischen Berater abzuweichen. Solange die Partisanengefahr sich meist nur ankündigte und selten greifbar war, fehlten den Anordnungen die Erfahrungswerte und der Realitätsbezug. Der Partisanenkrieg war im ersten Vierteljahr des Ostfeldzugs mehr Theorie als Praxis.

Das änderte sich freilich mit der Zeit. Die allzu begründete Angst, von den Deutschen erschossen, zumindest aber schlecht behandelt zu werden, ließ immer mehr versprengte Rotarmisten und geflohene Kriegsgefangene in den Untergrund, besser gesagt: ins Unterholz gehen und von dort aus einen an sich nicht politisch motivierten Kampf ums tägliche Überleben führen. Diese abgeschnittenen Soldaten verbanden sich teilweise mit den zurückgebliebenen oder durch die Front geschleusten Aktivisten zu ersten schlagkräftigen Partisanengruppen. In Weißrussland etwa verstärkte sich die Zahl der Partisanen nach sowjetischen Angaben von ca. 12000 im August 1941 auf ca. 30000 am Ende des Jahres[255]. Auch wenn der Partisanenkampf damit noch lange keine Massenbewegung war und bis zur Jahreswende keine größere militärische Bedeutung erlangte, waren diese aktiven Partisanen doch eine lästige Bedrohung der Nachschubwege und bildeten eine Keimzelle für das spätere Anwachsen der Guerilla. Spätestens im Herbst 1941 konnte jedenfalls bei allen drei Heeresgruppen von einem „Partisanenkrieg ohne Partisanen"[256] nicht mehr gesprochen werden. Zur selben Zeit tauchte das Wort „Partisanen" immer häufiger in den militärischen Dienstakten auf. Die Partisanenfrage rückte im Oktober und November auch deutlicher in das Bewusstsein der Generale, bevor sie während der Winterkrise als militärisches Problem ohnehin nicht mehr zu übersehen war. Zugleich drohten sich auch die Gegenmaßnahmen zu radikalisieren. In dem Maße, wie die alten Befürchtungen wieder auflebten und häufiger als zuvor bestätigt wurden, bekannte sich auch die Truppenführung wieder stärker zur Doktrin der Härte und des Terrors. Diese von der Wehrmachts- und Heeresleitung vorgegebene Option war ständig präsent und konnte jederzeit umgesetzt werden.

Der zweite Abschnitt des Partisanenkriegs[257], der sich im Herbst 1941 an mehr als einer Stelle der besetzten Ostgebiete bemerkbar machte, führte zu einer deut-

[255] Gerlach, Morde, S. 861. Bis Frühjahr 1942 sank die Zahl wieder auf 23000, um dann immer weiter anzuwachsen und bis zum März 1944 auf 180000 anzuschwellen. Bonwetsch, Partisanen, S. 101, hält für die gesamte Partisanenbewegung ebenfalls nach sowjetischen Angaben die Zahl von 90000 aktiven Partisanen Ende 1941 und 280000 im Sommer 1944 für relativ glaubwürdig. Amstrong, Partisans, S. 151, nennt dagegen niedrigere Zahlen: 30000 Anfang Januar 1942, 150000 im Sommer 1942, 200000 im Sommer 1943 und 150000–175000 im Juni 1944.

[256] So irreführend Heer, Logik, S. 119; Greiner, Partisanenkampf.

[257] Richter, Herrenmensch, S. 6–27, teilt den Partisanenkrieg in drei Phasen ein: die Zeit des ersten Aufkeimens der Partisanenbewegung bis zum Dezember 1941, die Zeit ihrer Reorganisation und Zentralisierung bis Sommer 1943 sowie die Zeit ihrer größten Wirksamkeit bis Sommer 1944. Gerlach, Morde, S. 862–864, unterscheidet für Weißrussland vier Phasen: bis zum Frühjahr 1942 provisorische Partisanentätigkeit, bis zum Herbst 1942 Reorganisation, bis Herbst 1943 erste Partisanenaktionen aus einer Position der Stärke, bis Mitte 1944 Höhepunkt der Partisanenbewegung.

lichen Verschärfung der deutschen Gegenmaßnahmen[258]. Endlich kamen nun vom OKH nach den vielen eher allgemein gehaltenen Appellen zur „Rücksichtslosigkeit" genaue Anweisungen zum Vorgehen gegen die Partisanen. Die Heeresleitung nahm diese Gefahr jetzt sehr ernst, vor allem weil sich der Vormarsch inzwischen erheblich verlangsamt hatte und ein langer Winter im besetzten Osten drohte. Brauchitschs „Richtlinien zur Partisanenbekämpfung" vom 25. Oktober 1941 fassten die bisherigen Erfahrungen zusammen und gaben den teilweise unterschiedlichen Auffassungen der Oberkommandos eine Generallinie vor[259]. Dabei stand die gezielte „Vernichtung" der Partisanen, ihrer Helfer und der Verdächtigen weiterhin im Mittelpunkt, während Großunternehmen zum Durchkämmen ganzer Landstriche und ihrer Dörfer noch als wenig erfolgversprechend galten. Außerdem gerieten verstärkt die städtischen Flüchtlinge ins Visier, die so genannten Wanderer und Ortsfremden, die auf den Straßen und in den Dörfern vorsorglich „ausgeschaltet" werden sollten, um den Partisanen eine potentielle Unterstützung zu entziehen[260]. Das Vokabular der Härte durfte auch diesmal nicht fehlen: „Der Feind muß *vollständig vernichtet* werden. Die ununterbrochene Entscheidung über Leben und Tod gestellter Partisanen oder Verdächtiger ist auch für den härtesten Soldaten schwer. Es muß gehandelt werden. Richtig handelt, wer unter vollkommener Hintansetzung etwaiger persönlicher Gefühlsanwandlungen rücksichtslos und unbarmherzig zupackt." Die Zahl getöteter „Partisanen" ging im Oktober und November erheblich in die Höhe, wobei die Hauptopfer neben aktiven Partisanen weiterhin untergetauchte Rotarmisten und umherziehende Flüchtlinge aus den Städten waren[261]. Dagegen wurden die Bauern und ihre Dörfer erst stärker in Mitleidenschaft gezogen, als sich im Frühjahr 1942 die deutsche Taktik von der gezielten Verfolgung der Partisanen auf Großaktionen gegen „partisanenverseuchte" Gebiete verlagerte.

Das Anwachsen der Partisanengefahr im Herbst 1941 alarmierte auch die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen, die dieses Problem umso stärker wahrnahmen, je schwächer die Hoffnung auf ein schnelles Ende des Ostfeldzugs wurde. Der berüchtigte „Reichenau-Befehl" vom 10. Oktober 1941 richtete sich sehr scharf gegen die „völlige Gedankenlosigkeit" der Truppe im Kampf gegen „heimtückische, grausame Partisanen", „entartete Weiber", „Heckenschüt-

Diese Einteilungen haben viel für sich, verwischen aber den hier beschriebenen Übergang von einer kaum existenten zur zwar noch nicht übermäßig starken, doch spürbaren Partisanengefahr im Herbst 1941.

[258] Vgl. dazu auch die schlüssige Darstellung von Gerlach, Morde, S. 875–884.

[259] Der Befehl Brauchitschs (OB.d.H./Gen.St.d.H., Ausb.Abt., Nr. 1900/41), 25. 10. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1209, wurde bis zu den Bataillonen verteilt.

[260] Ziel war nach ebd.: „Straße frei von jedem Russen" und „Ausschaltung von Ortsfremden in den Gemeinden".

[261] Vgl. Gerlach, Morde, S. 883 f. Nach ebd., S. 875, wurden laut der Meldungen des Berück Mitte im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte bis einschließlich September 1941 24668 angebliche Partisanen „erledigt" (das heißt vermutlich nicht immer getötet, sondern teilweise auch gefangengenommen, vgl. zu dieser Problematik Arnold, Wehrmacht, S. 474–477), im Oktober aber allein 14265 und im November 14037. Im Dezember (6063) sowie Januar und Februar (zusammen 4224) sanken dann die Zahlen wieder – bedingt auch durch die Einwirkungen des Winters. Den Partisanenverlusten von insgesamt 63257 bis zum 1. 3. 1942 standen deutsche Verluste von 638 Gefallenen gegenüber.

zen und Herumtreiber"[262]. Reichenau warnte: „Der Kampf gegen den Feind hinter der Front wird noch nicht ernst genug genommen." Er forderte „drakonische Maßnahmen" nicht allein gegen die Partisanen, sondern auch gegen die männliche Bevölkerung, „die in der Lage gewesen wäre, Anschläge zu verhindern", denn: „Der Schrecken vor den deutschen Gegenmaßnahmen muß stärker sein als die Drohung der umherirrenden bolschewistischen Restteile." Auch die beiden bekannten Befehle Hoths und Mansteins, die den Wortlaut Reichenaus teils übernahmen, teils variierten, wandten sich gegen die *„deutsche Sorglosigkeit* und Gutmütigkeit" hinter der Front und verlangten, „jede Spur aktiven oder passiven Widerstands" sofort „erbarmungslos auszurotten"[263]. Rundstedt versandte den „Musterbefehl" Reichenaus mit der Bemerkung[264]: „Mit Rücksicht auf die bevorstehende Überwinterung und die geringen Kräfte in den rückwärtigen Gebieten ist die noch vielfach anzutreffende Sorglosigkeit und Weichheit nach dem eigentlichen Kampf nicht tragbar." Die erneute Verschärfung der Tonart gegen die sowjetischen Funktionäre, Soldaten, Zivilisten und besonders gegen die Juden als angebliche Träger des „jüdischen Bolschewismus" hatte ihren Ursprung ganz wesentlich auch in der militärisch sehr berechtigten[265] Sorge, dass die Partisanen nach dem Stillstand der Operationen zu einer ernsten Gefahr werden könnten. Noch nach dem Krieg rechtfertigte Hermann Hoth einen Befehl vom Herbst 1941, jeden Zivilisten, der in den Wäldern angetroffen wurde, sofort zu erschießen, mit dem Argument[266]: „Das mag sehr hart sein, aber im Kriege, das ist nun mal keine Spielerei, da muss man hart sein." All das zeigt, wie sehr in dieser Phase des Ostkriegs, als die Illusionen über einen schnellen Sieg endgültig zerstoben, eine stärkere Anwendung der rechtswidrigen und terroristischen Prinzipien des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses auch von den Oberkommandos akzeptiert wurde.

Die Oberbefehlshaber und höchsten Frontkommandostellen kamen nun auch häufiger direkt mit irregulärem Widerstand in Berührung, zumal die Hauptquartiere in den rückwärtigen Gebieten lagen. So wurde der Generalstabschef der 9. Armee, Oberst i.G. Kurt Weckmann, am 14. Oktober 1941 auf seinem abendlichen Spaziergang „von russ. Gesindel (offenbar zurückgebliebene Kommissare) angefallen und durch Messerstiche und Knüppelschläge erheblich verletzt (Gehirnerschütterung)"[267]. Als Feldmarschall v. Bock diesen Vorfall mit seinem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets besprach, griff General Max v. Schenckendorff die Nachricht „mit Freuden" auf, „denn die Bekämpfung der ausge-

[262] Befehl Reichenaus (AOK 6, Ia, Az. 7) „Verhalten der Truppe im Ostraum", 10. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 339f.

[263] Befehl Hoths (AOK 17, Ia, Nr. 973/41 geh.) „Verhalten der deutschen Soldaten im Ostraum", 17. 11. 1941, ebd., S. 341–343. Vgl. auch den Befehl Mansteins (AOK 11, Ic/AO, Nr. 2379/41 geh.), 20. 11. 1941, ebd., S. 343f.

[264] Befehl Rundstedts (H.Gr.Kdo. Süd, Ia, Nr. 2682/41 geh.), 12. 10. 1941, ebd., S. 340.

[265] Auch Gerlach, Morde, S. 882f., muss zugeben: „In Wirklichkeit konnten der Wehrmacht Partisaneneinheiten in ihrem Rücken in einer Stärke von 20000 bis 30000 Mann allein in Weißrußland zu jener Zeit ebensowenig egal sein wie jeder anderen Armee der Welt."

[266] Aussage Hoths vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 4. 5. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 3198. „Die Partisanen steckten nicht in den Ortschaften im allgemeinen, [...] sondern sie steckten in den Wäldern, und das Durchsuchen der Wälder scheiterte daran, dass wir dabei dann harmlose Leute fanden, so dass wir uns sagten, was haben überhaupt die Bauern der Gegend um diese Zeit in den Wäldern zu suchen."

[267] AOK 9, KTB Ia, 14. 10. 1941, in: BA-MA, RH 20-9/13.

dehnten, gut organisierten Partisanenbewegung ist zur Zeit seine Hauptaufgabe"[268]. Die „Partisanensorge"[269] erfasste jetzt viele Kommandeure. Die zuvor mehr angenommene als existente Gefahr erhielt ein Gesicht.

Der Kommandierende General Gotthard Heinrici etwa erlebte den Partisanenkampf im November 1941 aus nächster Nähe, als bei seinem Quartierort Lichvin verstärkt Partisanen und „herumstromernde" Rotarmisten auftauchten[270]. „Immer wieder erleben wir Überfälle auf einzelne Wagen oder Leute, die meist dabei ums Leben kommen, Schienen werden gesprengt, Fernsprechleitungen zerschnitten. [...] Wir kämpfen gegen diese Pest einen andauernden Kampf. Aber er ist schwer zum Ende zu bringen, da die Räume unendlich, die Wälder groß, die Versteckmöglichkeiten zu viele sind."[271] Kleine Jagdkommandos aus seinem Hauptquartier – Feldgendarme und vor allem sein Dolmetscher mit drei Kriegsgefangenen – beteiligten sich an diesem Kampf und erschossen oder erhängten täglich mehrere Männer und Frauen. So stieß Heinrici selbst in seinem Quartier immer wieder auf die stummen Zeugen der Partisanenbekämpfung, auf die an Galgen, Bäumen und Masten hängenden Leichen der exekutierten Partisanen oder „Partisanenverdächtigen". Er befahl schließlich seinem Dolmetscher, er solle „Partisanen nicht 100 m vor meinem Fenster aufhängen. Am Morgen kein schöner Anblick."[272] Heinrici verglich diesen Krieg, der „immer häßlichere Formen" annahm[273], mit dem Dreißigjährigen Krieg – „Es herrschen Sitten und Gebräuche, genauso wie im 30-jährigen Kriege" – und folgerte[274]: „Nur der allein hat Recht, der sich im Besitz der Macht befindet." Er zeigte sich vom Mut der Partisanen beeindruckt, umso mehr, da sie genau wussten, „daß sie ohne Rücksicht vernichtet werden"[275]. Das erbarmungs- und rücksichtslose Vorgehen gegen diese „Pest" war für Heinrici und die anderen höchsten Truppenführer eine selbstverständliche Voraussetzung, dem Problem Herr zu werden und eine abschreckende Wirkung zu erzielen.

[268] Bock, Kriegstagebuch, S. 296 (17. 10. 1941).

[269] Tagebuch Reinhardts, 22. 11. 1941, in: BA-MA, N 245/3, Bl. 15.

[270] Vgl. die Tagebücher und Briefe Heinricis, 2. 11.–19. 11. 1941, in: Hürter, General, S. 104–113. Zur damals häufigen Vermischung dieser beiden Gruppen vgl. den Kriegsbericht an seine Familie, 5. 11. 1941, ebd., S. 106: „Neben den Partisanen treiben sich auch noch zahlreiche Rotarmisten in der Gegend herum, die aus den Kämpfen zurückgeblieben sind und teils mit, teils ohne Waffen herumvagabundieren, oft auch die Partisanen unterstützen."

[271] Kriegsbericht Heinricis an seine Familie, 19. 11. 1941, ebd., S. 111.

[272] Tagebuch Heinricis, 7. 11. 1941, ebd., S. 107. Über das rigorose Vorgehen dieses Leutnants Beutelsbacher schreibt Heinrici an anderer Stelle (Tagebuch, 2. 11. 1941, ebd., S. 104): „Er rächt seinen Vater u. seine Mutter, seine Geschwister am Kommunismus, der diese alle ins Grab oder die Verbannung gebracht hat. Er ist ein unerbittlicher Rächer." Dass dabei keineswegs nur Partisanen seine Opfer waren, legt Heinrici selbst nahe, wenn er berichtet, Beutelsbacher komme von seinen täglichen Streifzügen „nie nach Hause, ohne mehrere Räuber erschossen oder aufgehängt zu haben" (Kriegsbericht an seine Familie, 19. 11. 1941, ebd., S. 112). Diese vermutlich recht wahllose „Partisanenbekämpfung" wurde von ihm aber geduldet.

[273] Tagebuch Heinricis, 6. 11. 1941, ebd., S. 107.

[274] Kriegsbericht Heinricis an seine Familie, 19. 11. 1941, ebd., S. 112. „6½ Jahre meines Lebens habe ich ja nun im Kriege zugebracht, aber so etwas habe ich doch nicht erlebt." Der Vergleich mit dem Dreißigjährigen Krieg war ein verbreiteter Topos. Vgl. etwa das Tagebuch Jüngers, Maikop 2. 1. 1943, in: Jünger, Strahlungen I, S. 475: „Überhaupt wird man eher an den Dreißigjährigen Krieg erinnert als an den vorigen, nicht nur durch die Formen, sondern auch durch die Religionsfragen, die deutlich durchleuchten."

[275] Kriegsbericht Heinricis an seine Familie, 5. 11. 1941, in: Hürter, General, S. 105.

Solche Eindrücke festigten den Willen zur „Rücksichtslosigkeit", der auch weiterhin die Haltung der Truppenführung zur Partisanenfrage im Herbst und Winter 1941/42 bestimmte. Allerdings gab es auch weiterhin graduelle Unterschiede. Die schärfste Ausprägung des Gegenterrors vertrat die Führung der 6. Armee unter Generalfeldmarschall Walter v. Reichenau und seinem Generalstabschef, Oberst i.G. Ferdinand Heim. Als sich die Partisanentätigkeit und Sabotage im Armeegebiet verstärkten, sorgte Reichenau persönlich dafür, dass sein radikaler Befehl vom 10. Oktober 1941 auch eingehalten wurde. Einen Partisanenangriff, dem fünf Angehörige der Organisation Todt zum Opfer fielen, wollte er durch „eine Strafaktion größeren Ausmaßes" gesühnt wissen[276]: „Die Armee steht auf dem Standpunkt, daß im Hinblick auf die Schwere des Verbrechens neben dem Erschießen der Täter noch etwa weitere 50 Geiseln aus den in der Nähe der Tatstelle liegenden Ortschaften als Kollektivmaßnahme zu exekutieren sind, da ohne Unterstützung der Zivilbevölkerung sich in der jetzigen Jahreszeit kaum Partisanen längere Zeit halten können." Außerdem ließ Reichenau einen sehr scharfen Aufruf an die Ukrainer und Russen drucken, in dem er nicht nur den Partisanen mit „furchtbaren Strafen" drohte, sondern auch ankündigte, die Bevölkerung zur Rechenschaft zu ziehen[277]. Diese Bekanntmachung wurde wenige Tage später, mit einem kleinen Seitenhieb gegen die OKH-Richtlinien vom 25. Oktober 1941, dem Heeresgruppenkommando Süd vorgelegt[278]: „Die Armee ist nach ihren bisherigen Erfahrungen der Auffassung, daß man nur zum Ziele kommt, wenn die Bevölkerung vor unseren Vergeltungsmaßnahmen mehr Angst hat als vor den Partisanen. ‚Vertrauen', wie es in den ‚Richtlinien für Partisanenbekämpfung' des OKH [...] empfohlen wird, ist dem Volk ein fremder Begriff."

Reichenau gingen demnach die Methoden in der Partisanenbekämpfung noch nicht weit genug. Als der Pionierführer des LI. Armeekorps, Oberst Sinz, von Partisanen getötet wurde, bot ihm dies den willkommenen Anlass, die Partisanenbekämpfung erneut zu verschärfen. Reichenaus Armeebefehl vom 9. November 1941 nahm den Duktus seines Befehls über das „Verhalten der Truppe im Ostraum" auf, indem er den Soldaten der 6. Armee für den Antipartisanenkampf einschärfte[279]: „Ihr habt als Rächer anzutreten zum organisierten Kampf gegen die gewissenlosen Mordbestien! Zweierlei ist dazu nötig. Einmal müßt ihr eure Sorglosigkeit in diesem heimtückischen Lande aufgeben, und zweitens müßt ihr Mittel zur Vernichtung dieser Mörder anwenden, die weder unserer Art entsprechen, noch jemals von deutschen Soldaten gegen eine feindliche Bevölkerung angewendet worden sind." Deutlicher war der bewusste Eintritt in moralisches und rechtliches Niemandsland kaum auszusprechen. Dem folgte ein Maßnahmenkatalog

[276] Fernschreiben AOK 6 (Ic/AO) an 62. I.D., 1. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/140, Bl. 16. „Der Herr Oberbefehlshaber der Armee bittet, ihn über die von der Division durchgeführten Maßnahmen zu unterrichten."

[277] AOK 6, KTB Ia, 2. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/131, und der Aufruf in: BA-MA, RH 20–6/140, Bl. 39f.: „Die deutsche Wehrmacht wird *in allen Orten*, in denen Partisanen beherbergt oder verpflegt wurden, *die Lebensmittel einziehen* und *die Häuser niederlegen*. Sie wird ausserdem in all den Orten, in deren Nähe Verbrechen oder Anschläge gegen die deutsche Wehrmacht geschehen, je *10 Geiseln aus der männlichen Bevölkerung* erschießen."

[278] AOK 6 (Ia, Az. 7, gez. Heim) an H.Gr.Kdo. Süd (Ia), 6. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/141, Bl. 117.

[279] Armeebefehl Reichenaus (AOK 6, OB), 9. 11. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1321.

des Schreckens: „Alle ergriffenen Partisanen beiderlei Geschlechts in Uniform oder Zivil" sollten öffentlich aufgehängt, „Widersetzlichkeiten" bei der Vernehmung oder auf dem Transport durch „härteste Mittel" – also auch durch Folter – gebrochen, alle Dörfer und Gehöfte, in denen Partisanen versorgt wurden, durch harte Vergeltung „zur Rechenschaft" gezogen, umherwandernde männliche Zivilisten ohne deutsche Papiere erschossen werden. Reichenau wollte über alle Unternehmen, in denen mehr als zehn Partisanen „vernichtet" wurden, informiert werden und behielt sich vor, „die Tapferkeit im Partisanenkampf ebenso auszuzeichnen wie auf dem regulären Schlachtfeld".

Das Armeeoberkommando 6 verfolgte nun konsequent die „restlose Vernichtung der im Armeegebiet auftretenden Partisanen" und errichtete ein zentrales Meldesystem, um diesen Kampf besser überblicken und koordinieren zu können[280]. Grundsätzlich sollte die „nächstliegende Truppe" gegen die gemeldeten Partisanen vorgehen, wobei die schwachen Sicherungskräfte im rückwärtigen Armeegebiet teilweise durch Fronteinheiten verstärkt werden mussten[281]. Wie bei anderen Armeen auch konnte außerdem auf einheimische Hilfskräfte und Sonderkommandos der Sicherheitspolizei und des SD zurückgegriffen werden. Die Hauptlast der Partisanenbekämpfung trugen in dieser Phase, die noch nicht durch Großaktionen gekennzeichnet war, jedoch die Ordnungs- und Sicherungseinheiten der Wehrmacht, vor allem die Feldgendarmerie und mehr noch die Geheime Feldpolizei. Im Bereich der 6. Armee führten die radikalen Vorgaben des Oberbefehlshabers zu einer gleichermaßen brutalen wie effizienten Eindämmung der Partisanengefahr. Die Haltung Reichenaus drang Stufe für Stufe nach unten durch. In den Ausführungsbestimmungen des LI. Armeekorps zum Armeebefehl vom 9. November 1941 hieß es[282]: „Die Verfolgung und Vernichtung der Partisanen und ihrer Helfershelfer ist mit *rücksichtsloser Schärfe* durchzuführen. Es ist unvermeidbar, daß dabei gelegentlich auch Unschuldige mit betroffen werden." Außerdem wurde „nochmals nachdrücklich" auf den Reichenau-Befehl über das „Verhalten der Truppe im Ostraum" hingewiesen, dessen „Gedankengänge jedem Soldaten *eingeimpft* werden müssen"[283]. Die Truppen der 6. Armee setzten die verordnete Härte sofort ganz nach den Intentionen ihres Oberbefehlshabers um, wie das Beispiel der 79. Infanteriedivision zeigt[284]: „Im Rahmen der ergangenen Befehle für Partisanenbekämpfung wurden herumstreunende Zivilisten, Saboteure und Spionageverdächtige erschossen bzw. erhängt." Wie viele Unschuldige dabei im Sinne des Korpsbefehls „mitbetroffen" waren, kann man nur ahnen.

Unschuldige traf es auch in Charkov, nach Kiev die zweite Großstadt, die von

[280] Befehl des AOK 6 (Ia/Ic/AO/Abw. III, Nr. 3451/41 geh., gez. Heim), 15. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/494.

[281] AOK 6, KTB Ia, 8. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/131.

[282] Befehl General Hans-Wolfgang Reinhards (Gen.Kdo LI. A.K., Ic, Nr. 2677/41 geh.), 12. 11. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1613. Damit waren vor allem die kollektiven Vergeltungsmaßnahmen angesprochen, die zwar „nicht zu einem allgemeinen Niedermetzeln und Niederbrennen von Dörfern durch einzelne Soldaten führen" sollten, jedoch auf Befehl der Kommandeure diese Ausmaße annehmen konnten: „Ob ganze Dörfer niederzubrennen sind, ist von Fall zu Fall zu entscheiden."

[283] „Die Verfügung ist von Zeit zu Zeit durch Kp.-usw. Führer erneut zu besprechen."

[284] 79. I.D., Tätigkeitsbericht Ic, 1. 10.–30. 11. 1941, ebd., NOKW-1545, mit Bezug auf den eben zitierten Befehl des vorgesetzten LI. A.K.

der 6. Armee erobert wurde und in der sowjetische Sabotageanschläge zu deutschen Vergeltungsaktionen führten[285]. Die Sprengstoffattentate, denen in der besetzten Stadt u. a. der Divisionskommandeur der 68. Infanteriedivision zum Opfer fiel, wurde einer „Partisanenschule Charkow" angelastet[286]. Als Reichenau am 25. November 1941 Charkov besuchte, orientierte er sich auch über die Partisanenbekämpfung und konnte über den Feldkommandanten zufrieden feststellen[287]: „Sehr energisch, hängt rücksichtslos. [...] Im Augenblick sind 800 Geiseln festgenommen, von denen jeweils 200 gehängt werden, falls neue Sabotageakte auftreten." Diese „rücksichtslose Schärfe", mit der die Armeekorps, Divisionen und rückwärtigen Kommandanturen der 6. Armee auf Befehl Reichenaus gegen Partisanen, Verdächtige, „Ortsfremde" und „Wanderer" vorgingen, blieb nicht ohne den gewünschten Erfolg. Bereits am 7. Dezember 1941 konnte Heim der Heeresgruppe Süd mit spürbarer Genugtuung melden[288]: „Im Armeebereich ist das Partisanenwesen so gut wie beseitigt. Die Armee schreibt dies den rigorosen Massnahmen zu, die angewandt wurden." Neben den eigentlichen Partisanen seien auch die vielen „im Land herumstreichenden Elemente" beseitigt worden. „Im Zuge dieser Aktion sind im Armeebereich mehrere Tausend öffentlich gehängt und erschossen worden. Der Tod durch den Strang wirkt erfahrungsgemäss besonders abschreckend. In Charkow sind mehrere hundert Partisanen und verdächtige Elemente in der Stadt aufgehängt worden. Die Sabotageakte haben seither aufgehört." Die wichtigste Erkenntnis, die das Armeeoberkommando 6 aus diesem „Erfolg" zog, formulierte Heim so grundsätzlich, als ob sie auch für die anderen Armeen gültig und vorbildlich sei: „Nur solche Massnahmen führen zum Ziel, vor denen die Bevölkerung noch mehr Furcht hat, als vor dem Terror der Partisanen." Das Heeresgruppenkommando verwies die übrigen Armeen im Süden anschließend mit den Worten Heims auf diese Erfolge und empfahl, „nötigenfalls die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen"[289].

Die Partisanenbekämpfung im Bereich der 6. Armee belegt, wie sehr das persönliche Engagement eines willensstarken Oberbefehlshabers die Maßnahmen einer ganzen Armee beeinflussen und darüber hinaus zum Vorbild für die gesamte Ostfront erhoben werden konnte. Von allen Oberbefehlshabern näherte sich Reichenau in seiner Befehlsgebung wohl am meisten den Intentionen Hitlers und

[285] Zu Kiev vgl. Kapitel II,5,c.

[286] AOK 6, KTB Ia, 14. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-6/131.

[287] Bericht über die Fahrt Reichenaus nach Charkov am 25. 11. 1941, 26. 11. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1645.

[288] Heim (AOK 6, Ia, Az. 1) an H.Gr.Kdo. Süd, 7. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20-6/145, Bl. 197. Derselbe Text ging als Befehl des AOK 6 (Ia/Ic/AO/Abw. III, Nr. 3609/41 geh., gez. Heim), 9. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20-6/495, Bl. 200f., auch an die untergeordneten Dienststellen, wurde aber mit dem Zusatz versehen: „Trotz dieses Erfolges wäre es falsch, in der Aufmerksamkeit gegenüber der Partisanengefahr nachzulassen." Mit einer Wiederbelebung des Partisanenkampfes im Laufe des Winters müsse gerechnet werden. Tatsächlich tauchten im Januar 1942 wieder stärkere Partisanengruppen im Armeegebiet auf, zu deren Bekämpfung das AOK 6 Teile der 454. Sicherungsdivision beantragen musste. Vgl. AOK 6, KTB Ia, 17. 1. 1942, in: BA-MA, RH 20-6/131. In diesem Monat wurden 504 Partisanen, Verdächtige und „unliebsame Personen" erschossen oder erhängt. Vgl. das Feindnachrichtenblatt Nr. 36/42 des AOK 6 (Ic/AO, Nr. 328/42 geh.), 13. 2. 1942, in: BA-MA, RH 20-6/612, Bl. 38. Selbst bei der 6. Armee kam das Hinterland trotz des fast ungehemmten Gegenterrors nicht vollständig zur Ruhe.

[289] H.Gr.Kdo. Süd (Ic/AO, Nr. 2260/41 geh.) an AOK 11, AOK 17, Pz.AOK 1, Berück Süd, 8. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-616. Die Meldung Heims wurde wörtlich übernommen.

dem Geist des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses, nicht nur im Antipartisanenkampf, sondern überhaupt im Verhalten gegenüber der Bevölkerung. Seine Befehle galten Hitler und Teilen der militärischen Führung als geradezu modellhaft. Reichenau handelte ideologisch und pragmatisch zugleich. Seine Brutalität gegen Rotarmisten, Partisanen und Zivilisten war rassistisch begründet, diente aber keinem ideologischen Selbstzweck, sondern dem verbreiteten militärischen Pragmatismus, durch Terror die Stimmung eines Konzentrationslagers und Ruhe eines Friedhofs zu schaffen. Dieses Sicherungskonzept wurde von vielen Generalen prinzipiell geteilt, wenn auch nicht mit derselben Entschiedenheit verfochten. Es ist gewiss nicht nur auf die äußeren Bedingungen, sondern auch auf die personelle Veränderung zurückzuführen, dass die Partisanenbekämpfung der 6. Armee nach dem Wechsel des Oberbefehls von Reichenau auf Paulus im Januar 1942 weit weniger durch spektakuläre Grausamkeiten auffiel als zuvor[290]. Überhaupt wurde nicht überall so unterschiedslos gemordet wie im Befehlsbereich Reichenaus. Die 6. Armee unter diesem Oberbefehlshaber, die immer wieder als Beleg für die Verbrechen der Wehrmacht herangezogen wird[291], markierte auf der Skala zwischen Mäßigung und Radikalisierung den äußersten Punkt in letztere Richtung. Dies darf nicht zur Verallgemeinerung verleiten, allerdings auch nicht zur Folgerung, der Kurs dieses Oberkommandos sei untypisch für die deutsche Kriegführung im Osten gewesen. Die Frage war nicht, ob gegen die Partisanen und ihre vermeintlichen „Helfershelfer" außergewöhnliche, völkerrechtswidrige Mittel angewandt werden sollten oder nicht, sondern nurmehr, wieweit diese Mittel als Prävention oder Vergeltung auch Verdächtige und Unschuldige treffen dürften. Mit der Partisanengefahr wuchs auch die Bereitschaft der Truppenführung, den Freibrief zur „rücksichtslosen Schärfe" radikal zu nutzen.

Das zeigt auch das Beispiel Krim. Nach ihrer fast vollständigen Eroberung durch die 11. Armee bis Mitte November 1941 drohte die Halbinsel zu einem Zentrum des Partisanenwiderstands zu werden. Das Armeeoberkommando befürchtete schon am 10. November, dass „sich in dem weit verzweigten Jaila-Gebirge grössere Partisanengruppen befinden, die laufend durch geflüchtete Soldaten, Kommissare und Juden verstärkt werden"[292]. Diese Befürchtung bestätigte sich. Schon bald war die Partisanenbewegung auf der Krim die wohl bestorganisierte und effizienteste an der gesamten Ostfront im Jahr 1941 und verlangte die Bekämpfung durch Teile der Truppe, durch die Geheime Feldpolizei, die Feldgendarmerie und Abwehrtrupps, durch die Einsatzgruppe D der Sicherheitspolizei und des SD, ein rumänisches Gebirgskorps und seit Januar 1942 auch durch Hilfskontingente der tatarischen Bevölkerungsgruppe[293]. Auch hier war es der Ober-

[290] Der frühere Adjutant von Paulus, Wilhelm Adam, behauptet in seinen Memoiren sogar, Paulus habe Anfang März 1942 auf eine Geiselerhängung in Belgorod mit den Worten reagiert (Adam, Entschluß, S. 22): „Und damit glauben Sie die Partisanentätigkeit unterbinden zu können? Ich bin der Ansicht, daß mit einer solchen Methode genau das Gegenteil erreicht wird. Der Befehl Reichenaus über Verhalten der Truppe im Ostraum ist von mir aufgehoben worden. Sorgen Sie dafür, daß dieses Schandmal sofort vom Platz verschwindet!" Dieses Verhalten wird durch die militärischen Akten nicht belegt, allerdings ist evident, dass sich die Befehle des AOK 6 nach dem Wechsel auf Paulus deutlich mäßigten, obwohl Ferdinand Heim Chef des Generalstabs blieb.

[291] Vgl. etwa Boll/Safrian, Weg.

[292] Befehl des AOK 11 (Ic/AO, gez. Wöhler), 10. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-11/341.

[293] Manstein rechnete am 5. 12. 1941 in einer Meldung an die Heeresgruppe Süd mit etwa 8000 Parti-

befehlshaber, General Erich v. Manstein, der die Richtung vorgab, indem er in Anlehnung an den Befehl Reichenaus „schärfste Maßnahmen" und „harte Sühne" forderte[294]. Wie ernst er die Partisanengefahr einschätzte, verdeutlichte auch die Errichtung eines „Stabs für Partisanenbekämpfung" unter Major i.G. Stephanus, der ihm unmittelbar unterstellt war und in seinem Auftrag zentrale und koordinierende Anordnungen geben konnte[295]. Noch im November 1941 wurde auch auf der Krim die übliche Strategie aus Vorbeugung, Verfolgung und Vergeltung eingeschlagen. So musste etwa die Bevölkerung von Simferopol', dem Hauptort der Krim und Quartierort des Oberkommandos, in ständiger Furcht vor der angedrohten Repressalie leben, dass für jeden Sprengstoffanschlag einhundert Zivilisten erschossen werden sollten[296]. Besonders „energisch" verfuhr das XXX. Armeekorps, dessen Einsatzraum im Süden der Krim ein Kerngebiet des Partisanenkampfes war. Das Generalkommando befahl u.a., „verdächtige" Einwohner als Geiseln zu nehmen, in Konzentrationslagern zu sammeln und aus diesem Menschenreservoir jeweils zehn für jeden getöteten und einen für jeden verwundeten deutschen oder rumänischen Soldaten zu erschießen und öffentlich aufzuhängen[297].

Doch auch das vorgesetzte Armeeoberkommando schreckte nicht vor radikalen Methoden zurück. Charakteristisch dafür und überhaupt für die Partisanenbekämpfung im Osten war das „Merkblatt über Truppeneinsatz gegen Partisanen", das Major Stephanus am 15. Dezember 1941 herausgab. Danach genügte schon der „geringste Verdacht", um „mit schärfsten Mitteln gegen die Bevölkerung vorzugehen (Erschießen aller kommunistischen Elemente, Erschießen von Geiseln, Niederbrennen der Ortschaft usw.)"[298]. Generell galt: „Falsches Mitleid schadet dem Leben der eigenen Kameraden." Der eigentliche Antipartisanenkampf sollte in die Abschnitte Aufklärung, Vernichtung, Sicherung gegliedert sein und in „konzentrisch überfallartigen Unternehmen" erfolgen. Im Kampf gefangene Partisanen waren nach Verhör „zu erschießen (ehem. Rotarmisten) oder aufzuhängen (Nichtsoldaten)", aufgegriffene Partisanen „stets zu erhängen". Lediglich Überläufer und ehemalige Rotarmisten, die bereit waren, gegen die Partisanen zu kämpfen, konnten als Gefangene behandelt werden. Ein weiteres Merkblatt ein-

sanen, hauptsächlich im Gebirge und bei Kerč, bestehend aus „ausgesuchten Kommunisten, ehemaligen Rotarmisten und NKWD-Leuten", in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1655.

294 Befehl Mansteins (AOK 11, Ic/AO, Nr. 2379/41 geh.), 20. 11. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 343 f.

295 Armeebefehl Mansteins (AOK 11, Ic/Ia) „Organisation und Durchführung der Partisanenbekämpfung", 29. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–11/341.

296 Bekanntmachung der 11. Armee, 16. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–11/407.

297 Befehl des Gen.Kdo. XXX. A.K. (Ic, Nr. 754/41 geh.) „Partisanenbekämpfung", 26. 11. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2538. Vgl. auch den Befehl vom 21. 11. 1941 (Ia/Ic, Nr. 744/41 geh.) „Partisanenbekämpfung", ebd.: „Im Südteil der Krim ist das Partisanenunwesen in weitgehendem Umfange vorbereitet worden. Zu den Partisanen haben sich noch tausende von Soldaten der zersprengten russischen Küstenarmee mit voller Bewaffnung gesellt. Die Vorfälle der letzten Tage zeigen, daß der Gegner bereits zur aktiven Partisanentätigkeit übergegangen ist. Verluste an Toten und Verwundeten sind bereits zu beklagen. Dies erfordert ein scharfes Zugreifen und eine rücksichtslose Bekämpfung." Vgl. auch die weiteren Dokumente ebd. und NOKW-1584.

298 AOK 11 (Stab für Partisanenbekämpfung/Ic/Ia), 15. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-502. Und auch hier wurde betont: *„Die Bevölkerung muß mehr Angst vor unseren Vergeltungsmaßnahmen haben, als vor den Partisanen."*

einhalb Monate später ergänzte[299]: „Der Kampf der Partisanen wird *hinterhältig* und *heimtückisch* geführt. Ihm kann daher *nur* in *derselben Weise* erfolgreich begegnet werden." Diese bewusste Abkehr von soldatischen Traditionen und kriegsrechtlichen Regeln prägte die Partisanenbekämpfung auch dieser Armee. Ein juristisch geschulter Beobachter wie der Gesandte Werner Otto v. Hentig, der Vertreter des Auswärtigen Amts beim Armeeoberkommando 11, war schließlich entsetzt über dieses Vorgehen. Dass nicht allein überführte Partisanen – wobei er anmerkte, dass eine klare Bestimmung des Begriffs „Partisan" nie erfolgt sei –, sondern auch deren Angehörige sowie im Hinterland aufgegriffene Rotarmisten, etwa Fallschirmjäger, unterschiedslos erschossen und erhängt wurden, hielt er für ebenso fatal wie rechtswidrig[300]: „Es wird ausnahmslos kurzer Prozess gemacht und dies trotzdem, obwohl das natürliche Rechtsgefühl den Ausführenden der Feldgendarmerie oder G.F.P. sagt, dass dieses Verfahren nicht richtig ist."

Der Antipartisanenkampf nach den Schlagworten „kurzer Prozeß" und „keine Gefangenen" wurde vom Oberkommando der 11. Armee nicht nur gedeckt, sondern überhaupt erst initiiert. Dass die Befehle Mansteins und seiner Mitarbeiter wesentlich zur Verschärfung des deutschen Vorgehens beitrugen, zeigt der Fall Evpatorija, der einen traurigen Höhepunkt der unterschiedslosen Bekämpfung angeblicher Partisanen auf der Krim markierte. Am 5. Januar 1942 landeten in der Hafenstadt sowjetische Truppen, die in den nächsten Tagen erst nach schweren Kämpfen wieder ins Schwarze Meer getrieben werden konnten. Am 6. Januar telegraphierte Oberst Müller, der Führer der deutschen Kampfgruppe, an Manstein, dass die Feindkräfte „von Partisanen (Zivilbevölkerung) durch Vorbereitung der Landung unterstützt worden" seien und außerdem „die Zivilbevölkerung teilweise am Kampf teilgenommen" habe[301]. Daraufhin erteilte der Oberbefehlshaber seinem Abwehroffizier, Major Hans-Wolf Riesen, den Auftrag, umgehend eine Vergeltungsaktion durchzuführen[302]. Riesen erschien bereits am 7. Januar mit drei Offizieren der Einsatzgruppe D in Evpatorija und ließ unter „vor unserem Eintreffen in einem grossen Hof zusammengetriebenen Männern 1184" auswählen. „Diese wurden in geschlossenem Zuge unter Bewachung von 90 Flaksoldaten, einigen SS-Führern und mir in über einstündigem Marsche zu dem Exekutionsplatz geführt und dort erschossen."[303] Die Wahl der Opfer war größtenteils völlig willkürlich, wie überhaupt zwischen Partisanen und Zivilisten an diesem Ort kein

[299] Merkblatt „Partisanen im Gebirge" des Stabs für Partisanenbekämpfung beim AOK 11, 31. 1. 1942, in: BA-MA, RH 20–11/456.

[300] Bericht Hentigs (VAA beim AOK 11) Nr. 327, 22. 5. 1942, in: PA-AA, R 60740. Er mahnte „die strengste Einhaltung der Kriegsregeln" an und wies darauf hin: „Unter den Partisanen, die immerhin militärisch organisiert und geführt sind, befinden sich nicht selten reguläre Soldaten in Uniform."

[301] Fernschreiben Müllers an AOK 11 (Verteiler: OB, Chef, Ia), 6. 1. 1942, aufgenommen 22.35 Uhr, in: BA-MA, RH 20–11/455.

[302] Vgl. die Stellungnahme Riesens zu einer Ordensvorschlagsliste, 30. 12. 1942, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-584, in der er sich für die Aktion in Evpatorija ausdrücklich auf einen „Auftrag des Herrn Oberbefehlshabers" berief. Vgl. auch Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 266 f.

[303] Vgl. auch die Stellungnahme Riesens (wie oben): „Auf dem Marsch über freies Feld versuchten ca. 20 bis 30 Männer nach den Seiten auszureissen, die sodann von dem gesamten Begleitkommando niedergeschossen wurden."

Unterschied mehr gemacht wurde[304]. Diese Methode der Vergeltung stieß selbst bei einigen deutschen Stellen auf Kritik, am deutlichsten erneut beim Gesandten v. Hentig, der solche Vorgänge ein Vierteljahr später für die gedrückte Stimmung der Bevölkerung mitverantwortlich machte[305]: „Sehr schlecht haben auch die unterschiedslosen Erschiessungen – so in Eupatoria – gewirkt, wo 1200 Zivilpersonen, vorwiegend Eisenbahner, die für die Armee aufopfernd tätig gewesen waren, als Gegenmassnahme gegen die dort von den Bolschewisten begangenen Greuel erschossen wurden, ohne auf ihre Bitten und die von militärischen Stellen gegebenen Zeugnisse zu achten."

Die von Hentig kritisierte Methode der „unterschiedslosen Erschießungen", die von den Armeen Reichenaus und Mansteins in den Antipartisanen- und Vergeltungsaktionen angewandt wurde, war bereits im ersten Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges ein allgemeines Charakteristikum des deutschen Vorgehens im Partisanenkrieg. „Rücksichtslose Schärfe" wurde überall dort befohlen, wo sich größere Partisanengruppen bemerkbar machten, und das war Ende 1941 keineswegs nur im Süden der Fall, sondern etwa auch bei der Heeresgruppe Nord. Der Oberbefehlshaber der 16. Armee, Generaloberst Busch, gab den „Reichenau-Befehl" am 6. November 1941 an seine Truppen weiter und verband dies mit einer Mahnung vor „Oberflächlichkeit und Gleichgültigkeit" gegenüber der steigenden Partisanengefahr[306]. Auch in seinem Armeegebiet sei „aufgefallen, daß der deutsche Soldat gegenüber hinterhältigen und brutalen Maßnahmen des Gegners zu gleichgültig ist". Die „Ausrottung des Spionage- und Partisanenwesens" erfordere „dauernde Wachsamkeit", besonders gegenüber der Bevölkerung. Busch lenkte also die radikalen Worte Reichenaus auf die Partisanenbekämpfung. Der „Musterbefehl" Reichenaus kam zu einem Zeitpunkt, als der Partisanenkrieg gerade erst auflebte. Er wurde daher von anderen Truppenführern vor allem mit dieser Stoßrichtung aufgegriffen und trug vielleicht häufiger zur Radikalisierung der deutschen Partisanenbekämpfung bei als zum Verständnis des Judenmords, mit dem er heute in erster Linie in Zusammenhang gebracht wird. Diese Radikalität konnte bei Bedarf Stufe für Stufe nach unten weitergegeben werden. Sie wurde an der Staatsspitze von Hitler vertreten, von OKW und OKH an die Truppenführung als ständige Option weitergereicht und von den Oberkommandos des Ostheeres bei der geringsten Gefahr im Verzug sofort als willkommenes Mittel militärischer Sicherungspolitik eingesetzt.

So war es auch bei der 16. Armee. Als im rückwärtigen Armeegebiet rund um den Polistosee stärkere, auf 1500 Mann geschätzte Partisanengruppen auftauchten und die Nachschubwege bedrohten, befahl das Armeeoberkommando Ende November 1941 erstmals eine größere „Säuberungsaktion"[307]. Ziel war nicht nur die

[304] Vgl. auch die Meldung des AOK 11 (Ia, Nr. 173/42 geh.) an H.Gr.Kdo. Süd, 11. 1. 1942, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1312: „Erschossene Zivilisten (Partisanen) 1308."

[305] Bericht Hentigs (VAA beim AOK 11) Nr. 276 „Krise der Propaganda", 7. 4. 1942, in: PA-AA, R 60739. Auch nach Meinung der Ortskommandantur von Evpatorija hätte „eine genauere Überprüfung der zum Erschießen Verurteilten erfolgen sollen". Bericht vom 14. 1. 1942, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1687.

[306] Befehl Buschs (AOK 16, O.Qu., Nr. 180/41 geh.), 6. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–16/1015.

[307] Befehl des AOK 16 (O.Qu./Qu. 2, Nr. 403/41 geh., gez. Wuthmann) „Säuberungsunternehmen

Vernichtung der Partisanen, sondern auch, „gegen die Teile der Zivilbevölkerung, die die Partisanen unterstützt haben, *strenge Vergeltungsmaßnahmen* durchzuführen" und das Gebiet auf diese Weise zu „befrieden". Um den Kurs des Oberkommandos zu verdeutlichen, kritisierte Oberquartiermeister Oberst i.G. Erwin Gerlach einen Tag später, dass aufgegriffene Partisanen in einigen Fällen wie Kriegsgefangene behandelt worden seien, und betonte[308]: „Bei dem Unternehmen Polißto-See kann derartige Milde nicht angewandt werden. [...] Auch frühere Rotarmisten, die in diesem Gebiet angetroffen werden, sind ohne weiteres zu den Partisanen zu rechnen und als Partisanen zu erschießen." Er forderte, „für das gesamte Gebiet jede Milde" auszuschließen, und ergänzte: „Mit gleicher Strenge ist gegen alle Ortschaften zu verfahren, die der Duldung oder Förderung der Partisanen verdächtig erscheinen. [...] Es ist besser, bei vorliegendem Verdacht ein Dorf mehr abzubrennen, als die Vernichtung eines Dorfes zu versäumen, in dem Partisanen geduldet wurden und Unterschlupf fanden." Nach diesen Richtlinien ihres Oberkommandos gingen die Sicherungskräfte der 16. Armee gegen die Partisanen und ihre vermeintlichen Helfer vor. Bei dem Unternehmen am Polistosee wurden bei geringen eigenen Verlusten etwa 250 Partisanen erschossen, 15 Lager vernichtet und „über 16 Dörfer abgebrannt"[309]. Hier hatte die Befehlskette von der menschenverachtenden Ideologie Hitlers über den Kriegsgerichtsbarkeitserlass und die anderen zentralen Weisungen, über den „Reichenau-Befehl" und seine Weitergabe durch Busch, über die Anordnungen des Armeeoberkommandos und des zuständigen Korück bis zur radikalen Partisanenbekämpfung durch die Truppe ebenso reibungslos wie schrecklich funktioniert.

Sie funktionierte auch bei der Heeresgruppe Mitte, in deren Operationsgebiet der Partisanenkrieg im Herbst 1941 ebenfalls an Bedeutung gewann, besonders im rückwärtigen Heeresgebiet, aber auch bei den Armeen, die sich in ihrer Offensive auf Moskau festliefen, erschöpften und den Partisanen ein immer besseres Ziel boten. Die dünnen Nachschublinien und schlechten Wetterverhältnisse trugen zusätzlich dazu bei, dass etwa die 4. Armee immer stärker von Partisanen behelligt wurde. Am 8. November 1941 sah sich Generalfeldmarschall v. Kluge zu einem Armeebefehl zum „Schutz der Eisenbahnen gegen Partisanen" genötigt, in dem er anordnete, alle Zivilisten, die „unberechtigt auf dem Bahnkörper" angetroffen werden, zu erschießen[310]: „In jedem Falle ist rücksichtslos durchzugreifen." Auch bei dieser Armee wurde nun ganz auf „rücksichtslose Schärfe" gesetzt. Das Oberkommando zeigte sich durch den „immer mehr auflebenden Partisanenkrieg" beunruhigt und reagierte nach bekanntem Muster[311]: „Jede Weichheit in der Par-

gegen Partisanen um den Polißto-See", 26. 11. 1941, ebd. Die Aktion war für die Zeit vom 30. 11. bis 6. 12. 1941 angesetzt.

[308] Befehl des AOK 16 (O.Qu./Qu. 2, Nr. 403/41 geh., gez. Gerlach) „Unternehmen Polißto-See", 27. 11. 1941, ebd. „Alle Partisanen, die während des Unternehmens Polißto-See gefangen genommen werden, sind daher zu erschießen mit Ausnahme vereinzelter Führer, die für Vernehmungszwecke nicht sogleich erschossen werden."

[309] „Vorläufige Meldung" des AOK 16, O.Qu./Qu. 2, 9. 12. 1941, ebd. Die deutschen Verluste betrugen 6 Tote und 8 Verwundete.

[310] Armeebefehl Kluges (AOK 4, Ia/Bv.T.O.), 8. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–4/221, Bl. 28.

[311] Befehl des AOK 4 (Ia, Nr. 149/41 geh.), 9. 11. 1941, ebd., Bl. 41. „Der immer mehr auflebende Partisanenkrieg erfordert straffe Bekämpfung." Dieser Befehl wurde vom Kommando der Panzer-

tisanenbekämpfung muß schwinden. Partisanenverdächtige Elemente sind zu erschießen und nicht an die Gefangenen-Sammelstellen abzugeben." Selbst das Oberkommando der 2. Armee, das unter Generaloberst v. Weichs gewiss zu den gemäßigteren an der Ostfront gehörte, bildete im Radikalisierungsprozess der Partisanenbekämpfung keine Ausnahme. Ihr Generalstabschef, Generalmajor Gustav Harteneck, befahl am 6. November 1941, alle „Partisanen in Zivil und Halbzivil und solche in Uniform, die mit Partisanen in Zivil zusammen kämpfen" sowie alle „Helfer der Partisanen" nicht zu erschießen, sondern zu erhängen[312]. Außerdem sollte die Bevölkerung verstärkt zu ihrer Bekämpfung herangezogen werden. „Wo das nicht mit freundlichen Mitteln, was erwünscht ist, gelingt, muß schärfster Terror das Ziel erreichen." Diese harte Linie setzte sich auch bei der 2. Armee von oben nach unten durch[313].

Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. Sie belegen das Einschwenken der höchsten Truppenführung auf ein brutales Sicherungskonzept, als im Herbst 1941 „im Rücken der gesamten Ostfront [...] zunehmende Partisanentätigkeit festgestellt" wurde[314]. Sobald sich die Partisanenbewegung im Operationsgebiet von einer meist nur eingebildeten zu einer immer häufiger greifbaren Gefahr entwickelte, zeigte sich jedes Oberkommando sofort bereit, den bereits vor dem deutschen Überfall ausgestellten Freibrief zu nahezu unbeschränktem Gegenterror auch zu nutzen. Allerdings hatte die Radikalisierung noch nicht solche verheerenden Auswirkungen wie in den folgenden Jahren. Der Kampf gegen die Partisanen wurde von der Wehrmacht in dieser Phase noch vorwiegend durch schnelle, gezielte Vorstöße kleiner Einheiten gegen einzelne „Partisanennester" geführt. Dazu wurden in den Herbstwochen „Jagdkommandos" aus einem Offizier und wenigen Dutzend Mann gebildet, die sich auf die „Partisanenjagd" spezialisierten[315], daneben auch Kommandos aus Dolmetschern und entlassenen Kriegsgefangenen[316]. Größere Unternehmungen wie die der 16. Armee am Polistosee, bei denen ein weites Gebiet systematisch durchkämmt und die Bevölkerung viel stärker in Mitleidenschaft gezogen wurde, blieben bis Anfang 1942 die Ausnahme. Die meisten Oberkommandos hielten ein solches Vorgehen für wenig erfolgverspre-

gruppe 4 wörtlich übernommen (Ia, Nr. 2539/41 geh.), 12. 11. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-712.

[312] Befehl Hartenecks (AOK 2, Chef), 6. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–2/229, Bl. 8, als Ergänzung der „Richtlinien für Partisanenbekämpfung", die das AOK 2 am 5. 11. 1941 übersandt hatte (Ia, Nr. 183/41). Interessant auch die Anweisung Hartenecks: „Partisanen in Uniform, welche ihre Waffen offen führen, sind nur dann wie fechtende Truppe zu behandeln, wenn sie nachweisen oder wenn in der Gegend bekannt ist, daß sie nach Kriegsbrauch und Kriegsrecht gekämpft haben. Ist das nicht der Fall, dann sind sie zu erschießen." Das AOK 2 schloss also immerhin nicht aus, dass Partisanen unter bestimmten Bedingungen wie Kriegsgefangene behandelt werden konnten.

[313] Vgl. etwa die Meldung der 95. I.D. (Ic), 28. 11. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1539, dass zur Sühne für zwei aus dem Hinterhalt angeschossene Soldaten und einen niedergeschlagenen Truppenarzt „auf Befehl des Stadtkommandanten in Kursk 20 aus einem Gefangenenlager entnommene Zivilisten als Geiseln erschossen" wurden.

[314] Befehl Falkenhorsts (AOK Norwegen/Befehlsstelle Finnland, Ia, Nr. 2564/41 geh.) „Schutz gegen Partisanentätigkeit", 4. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20–20/206.

[315] Vgl. etwa den Befehl des AOK 4 (Ia, Nr. 149/41 geh.), 9. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–4/221, Bl. 41.

[316] Vgl. etwa den Befehl des AOK 9 (Ia, Nr. 4272/41 geh.) „Partisanen-Bekämpfungsgruppen aus Dolmetschern und russ. Kriegsgefangenen", 12. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–9/24.

chend. So resümierte das Armeeoberkommando 9 Anfang Dezember[317]: „Nach den bisherigen Erfahrungen hat es sich gezeigt, daß Großunternehmen (z.B. Einsatz eines Rgts. oder sogar einer Div.) zur Einkesselung mehrerer Partisanengruppen innerhalb eines größeren Raumes zu keinem Erfolg geführt haben." Man müsse vielmehr die „überfallartige" Kampfweise der Partisanen übernehmen und mit schlagkräftigen Trupps einen „Buschkrieg" gegen sie führen.

Diese Taktik wurde im Winter 1941/42 nachhaltig in Frage gestellt. Nach Beginn der sowjetischen Gegenoffensive am 5. Dezember 1941 gewann die – zu diesem Zeitpunkt in die Defensive gedrängte und dezimierte – Partisanenbewegung eine neue und bisher nicht gekannte Schlagkraft. Besonders die Front der Heeresgruppe Mitte war nun so zerrissen und durchlässig, ihr Hinterland wegen des gesteigerten Frontbedarfs so von kampffähigen Truppen entblößt, dass die Partisanen mit neuem Material und Personal versorgt werden konnten. Die Partisanengruppen, die den Herbst überlebt hatten, wurden teilweise durch Rotarmisten, vor allem Kavallerie und Fallschirmjäger, ergänzt und zu straff organisierten Kampfformationen ausgebaut. Die sowjetische Führung versuchte in den Wintermonaten das gesamte Partisanenwesen effizienter und planmäßiger zu gestalten. Schon während dieser Reorganisationsphase bildeten sich im Rücken der Front hier und dort regelrechte Partisanenarmeen, gegen die das bisher favorisierte Konzept der gezielten Bekämpfung durch kleine Kampfgruppen wirkungslos werden musste. Während etwa die 2. Armee bis zum Spätherbst 1941 ihre Partisanenbekämpfung mit geringen Kräften – weitgehend mit einem Polizeibataillon, einem Wachbataillon, einer Abteilung Feldgendarmerie, einer Gruppe der Geheimen Feldpolizei, einem Sonderkommando der Sicherheitspolizei und des SD – führen konnte[318], musste sie im Februar 1942 einen lauten Hilferuf ausstoßen. Generaloberst v. Weichs unterstützte persönlich einen Bericht seines Oberquartiermeisters, der die Zunahme der Partisanentätigkeit in düstersten Farben schilderte und den Schluss zog[319]: „Die Vernichtung der Partisanengruppen ist nur unter Heranziehung weiterer *kampfkräftiger* Truppenteile möglich." Als diese Verstärkungen – trotz der Einsicht des Heeresgruppen-Oberbefehlshabers Fedor v. Bock in die veränderte Partisanenlage[320] – zu schwach ausfielen und sich die Situation im

[317] Befehl des AOK 9 (Ia/Ic/AO, Nr. 4395/41 geh.) „Erfahrungen und Hinweise für den Kampf gegen Partisanen", 1. 12. 1941, ebd.: „Eine lückenlose Umstellung dieser meist zu großen Räume ist nicht möglich, so daß es den gelände- und wegekundigen Partisanen ohne große Mühe gelingt, durch die Absperrlinien hindurchzuschlüpfen. Die erfolgreichsten Unternehmungen werden aus [...] *‚Stützpunkten'* gegen einzelne oder gleichzeitig gegen mehrere aufgeklärte Schlupfwinkel geführt."

[318] Befehl des AOK 2 (Ic/AO/Abw. III, Nr. 2377/41 geh., gez. Harteneck) „Erfahrungsbericht über Partisanenbekämpfung für die Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1941", 17. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-2/1094. In diesem Zeitraum wurden im Armeegebiet 1836 Personen festgenommen, von denen 1179 (darunter 2 Frauen) als Partisanen erschossen und 657 als Rotarmisten den Gefangenenlagern zugeführt wurden. 59 Soldaten wurden durch Partisanenüberfälle getötet.

[319] Weichs (AOK 2, Ia, Nr. 431/42 geh.) an H.Gr.Kdo. Süd, 11. 2. 1942, mit dem Bericht Oberquartiermeister Prüters über die Partisanenbewegung vom selben Tag als Anlage, in: BA-MA, RH 20-2/292.

[320] Bock, Kriegstagebuch, S. 369 (29. 1. 1942): „Da starke Sicherungskräfte aus den rückwärtigen Gebieten an die Front geworfen werden müssen, lebt das Bandenwesen hinten wieder auf." Ebd., S. 376 (9. 2. 1942): „Die Partisanen werden frecher, sie treten zum Teil mit Geschützen auf." Ebd., S. 409 (27. 3. 1942): „Die Schwere der Kämpfe gegen die Freischärler im rückwärtigen Gebiet der 2. Armee wird durch folgende Zahlen beleuchtet: In der Zeit vom 25. Februar bis zum 25. März wurden 1936 Partisanen erschossen, zwei Geschütze, 4 Pak, 15 Maschinengewehre und viel Gerät

rückwärtigen Armeegebiet weiter verschlechterte, hakte Weichs nach und stellte dem Heeresgruppenkommando Süd die provokante Frage, „ob im Armeegebiet die wachsende Bedrohung weiter in Kauf genommen oder der Feind niedergekämpft werden soll"[321]. Für die zweite Option sei „der Einsatz eines gut ausgestatteten deutschen Verbandes in etwa Divisionsstärke erforderlich". Deutlicher konnte kaum ausgedrückt werden, welche neuen Dimensionen der Partisanenkampf in wenigen Monaten angenommen hatte.

Die größten Schwierigkeiten traten bei der Heeresgruppe Mitte und ihren Armeen sowie den angrenzenden Großverbänden, der 16. und 2. Armee, auf[322]. Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe, Generalfeldmarschall Günther v. Kluge, fasste die dramatische Entwicklung in seinem Befehlsbereich am 24. Februar 1942 in einem alarmierenden Schreiben an Generalstabschef Halder zusammen[323]: „Die ständige Verstärkung der Feindgruppen hinter der Heeresgruppenfront und das damit in Zusammenhang stehende Anwachsen der Partisanenbewegung im gesamten rückwärtigen Gebiet nehmen einen derart bedrohlichen Umfang an, daß ich mit großem Ernst auf diese Gefahr hinweisen muß." Bisher habe sich die Partisanentätigkeit auf die Störung der Nachschubverbindungen und kleinere Aktionen beschränkt, doch jetzt träten immer stärker geschlossene Partisanenverbände auf, „die unter tatkräftiger Führung russischer Offiziere, gut organisiert und mit Waffen ausgestattet, bestimmte Gebiete unter ihre Oberhoheit zu bringen versuchen und aus diesen Gebieten heraus Kampfaufträge auch größeren Ausmaßes durchführen"[324]. Das Gesetz des Handelns drohe vielerorts auf die Partisanen überzugehen, die bereits große Gebiete beherrschten und der wirtschaftlichen Ausnutzung durch die Wehrmacht entzögen. Der gesteigerten „Kampfkraft" und „Dreistigkeit" der Partisanen könnten die in erster Linie betroffenen Großver-

erbeutet. Die eigenen Verluste betragen 95 Mann tot, 143 Mann verwundet einschließlich der Verluste von 3 eingesetzten Kosaken-Hundertschaften, die sich in diesen Kämpfen bewährten." Ebd., S. 418 (1. 5. 1942): „Die Partisanen im Rücken der 2. Armee sind unbequem." Ebd., S. 435 (24. 5. 1942): „Meine Sorge vor dem Wiederaufleben der Partisanen hinter der 2. Armee hat sich schon heute bestätigt."

321 Weichs (AOK 2, Ia, Nr. 320/42 g.Kdos.) an H.Gr.Kdo. Süd, 29. 4. 1942, in: BA-MA, RH 20–2/401, Bl. 25 f. Weichs betonte, „daß es sich bei den Feindkräften in den Waldgebieten an der Deßna nicht um Partisanenbanden, sondern um ausgebildete, mit schweren Waffen, Granatwerfern und Geschützen ausgestattete Verbände unter zielbewußter Führung handelt, die auf dem Funk- und Luftwege in ständiger Verbindung mit der Roten Armee stehen. Sie sind im Laufe des Winters durch Ausheben aller Wehrfähigen der Bevölkerung laufend verstärkt und planmäßig ausgebildet worden."

322 Daneben blieben freilich auch das rückwärtige Heeresgebiet Nord und die Krim ausgesprochene Partisanengebiete. Vgl. etwa den Befehl von General Franz v. Roques (Berück Nord, Ia, Nr. 587/42 geh.), 29. 3. 1942, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2070: „Generaloberst v. Küchler wünscht, daß vor Eintreten der Schlammperiode die Partisanenbekämpfung energisch durchgeführt wird. Die Ortschaften sind zu umstellen und sämtliche Einwohner, die sich nicht ausweisen können, zu erschießen."

323 Kluge (H.Gr.Kdo. Mitte, OB, Ia, Nr. 1430/42 g.Kdos.Chefs.) an Halder, 24. 2. 1942, in: BA-MA, RH 21–4/52.

324 „Aufstellung von Führungsstäben, Aushebungen und Musterungen, planmäßige Ausbildungstätigkeit kennzeichnen das Anwachsen der Partisanenbewegung. In Erkenntnis unserer Schwäche in den rückw. Armeegebieten sucht die Partisanenbewegung sich zunächst eine sichere Basis zu schaffen, um von hier aus dann die großen Verbindungswege der deutschen Versorgung nachhaltig zu sperren und zu stören sowie durch Angriffe in den Rücken der deutschen Front taktisch mit der Roten Armee zusammenzuarbeiten."

bände aber nur völlig unzureichende Kräfte entgegensetzen[325]. Kluge wünschte daher eine Entscheidung Hitlers, mehrere Divisionen für die „notwendige Bereinigung im rückwärtigen Gebiet" einzusetzen. Er beließ es aber keineswegs dabei, nur eine militärische Lösung zu fordern, sondern wies zugleich darauf hin, dass die Bevölkerung die Partisanen immer häufiger freiwillig unterstütze: „Die ungenügende propagandistische Beeinflussung, das Ausbleiben positiver wirtschaftlicher und kultureller Zugeständnisse im Gegensatz zu den überall bekannten Versprechen Stalins sowie nicht zuletzt das die Bevölkerung tief beeindruckende Gefangenenelend verschärfen den Widerstand im gesamten rückw[ärtigen] Gebiet mehr und mehr."

Kluge hatte damit den Weg aufgezeigt, den die Truppenführung nun in dieser neuen Phase des Partisanenkriegs einschlagen wollte: eine großräumige „Vernichtung" der Partisanen durch kampferprobte Verbände und zugleich ein stärkeres Bemühen um die Mitarbeit der Bevölkerung. Diese beiden Aspekte der neuen Antipartisanenstrategie – der zweite wird uns im nächsten Kapitel näher beschäftigen – drohten sich freilich gegenseitig in die Quere zu kommen, da ein offensives Vorgehen geschlossener Verbände in großen Räumen die Zivilbevölkerung viel stärker belasten musste als der gezielte Zugriff kleiner Kommandos. Das Polistose-Unternehmen der 16. Armee hatte davon bereits einen ersten Vorgeschmack gegeben. Kluge gab mit seiner Denkschrift an Halder den entscheidenden Anstoß für die Wende zur großräumigen und offensiven Partisanenbekämpfung, wie sie besonders das Operationsgebiet der Heeresgruppe Mitte von da an zu prägen begann – sofern die Kräfte vorhanden waren. Das OKH beauftragte den Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte, General Max v. Schenckendorff, umgehend mit der Ausarbeitung eines „Programms zur Vernichtung der Partisanen". Auch Schenckendorffs Zustandsbericht fiel ernüchternd aus[326]: „Während bis zum Dezember 1941 das Gebiet des Befh. rückw. H.G. Mitte als ziemlich partisanenfrei gelten konnte, ist es in vielen Teilen jetzt als partisanenverseucht zu bezeichnen. [...] Es sind z.Zt. die reichsten Gebiete des Landes der wirtschaftlichen Ausnützung entzogen, wichtige Bahnen und Straßen und wichtigste Zufahrtswege der Armeen ernstlich bedroht." Daher hielt er ganz im Sinne seines Oberbefehlshabers v. Kluge sowohl die „militärische Vernichtung der Partisanen" als auch die „propagandistische Bearbeitung der russischen Bevölkerung" für unbedingt notwendig und beantragte Verstärkung an Truppen und Material für eine „aktive Bekämpfung im größeren Stil".

Nach dem Anstoß Kluges und den Vorschlägen Schenckendorffs, die das Placet Hitlers und der Zentralstellen fanden, wurde vom 26. März bis 6. April 1942 im

[325] „Bei 2. Pz.Armee etwa 12 schwache Kompanien mit geringer Ausstattung an schweren Waffen und ohne Artillerie. Bei 4. Armee 2 Wach- und 3 Gendarmerie-Kompanien. Bei 4. Pz.Armee 1 Wach-Bataillon. Beim Bef.r.H.Geb.Mitte 15 Landesschützen-Bataillone. Die Masse der Sicherungskräfte musste den Armeen zum Einsatz an der Front zugeführt werden. An eine *aktive* Partisanenbekämpfung kann mit diesen Kräften nicht gedacht werden."

[326] Denkschrift Schenckendorffs (Berück Mitte, Ia, Nr. 708/42 geh.) „Vorschläge zur Vernichtung der Partisanen im rückw. Heeresgebiet und in den rückw. Armeegebieten", 1. 3. 1942, in: BA-MA, RH 22/231. Vgl. auch Gerlach, Morde, S. 884 f. (ohne Kenntnis der Denkschrift Kluges), und den Antrag Schenckendorffs „auf Zuweisung von Truppen zur offensiven Partisanenbekämpfung" (Berück Mitte, Ia, Nr. 152/42 g.Kdos.), 16. 4. 1942, in: BA-MA, RH 22/231, der sich auf die Denkschrift Kluges beruft.

rückwärtigen Heeresgebiet Mitte südlich von Bobrujsk mit dem Unternehmen „Bamberg" das „Pilotprojekt"[327] für alle künftigen Großunternehmen gegen Partisanen durchgeführt. Dabei kreiste die 707. Infanteriedivision, verstärkt durch das Polizeibataillon 315 und das slowakische Infanterieregiment 102, das Partisanengebiet weiträumig ein, bildete dann durch Vormarsch einen engeren Kessel, „vernichtete" die Partisanengruppen in einem konzentrischen Angriff und „säuberte" schließlich die umliegenden Dörfer, um das Gebiet zu „befrieden" und Vieh und Getreide zu erfassen. Bei diesem Mord- und Raubzug wurden nicht nur aktive Partisanen, sondern deutlich mehr „Partisanenhelfer" und „Partisanenangehörige" getötet, also überwiegend unbeteiligte Landesbewohner, deren Dörfer man zerstörte, deren Hab und Gut man raubte[328]. Kluge ließ sich von Schenckendorff über das Unternehmen unterrichten[329], dessen militärischer Erfolg fragwürdig blieb, das aber dennoch zum Vorbild für die weiteren Großaktionen im Bereich der Heeresgruppe Mitte wurde. Die aktive Partisanenbekämpfung durch größere Verbände gewann in der folgenden Zeit immer mehr an Bedeutung. Da diese Unternehmen sehr aufwändig waren und teilweise fronttaugliche Kräfte banden, musste daneben der tägliche Kleinkrieg mit schwachen Sicherungskräften fortgeführt werden. Viele Armeen konnten sich die meiste Zeit nicht viel mehr leisten, als mit kleinen „Jagdkommandos" weiterhin punktuell und gezielt gegen die Partisanen vorzugehen oder nur defensiv die wichtigsten Verbindungen zu sichern. Im Schatten der Großunternehmen tobte ein ständiger, zermürbender „Schienenkrieg", in dem sich überforderte Wehrmachtseinheiten gegen einen meist unsichtbaren Feind um Bahnsicherung und Streckenschutz mühten.

Neben dem rückwärtigen Heeresgebiet Mitte war vor allem das Operationsgebiet der 4. Armee ein Brennpunkt des Partisanenkriegs im Winter und Frühjahr 1942. Der neue Oberbefehlshaber, General Gotthard Heinrici, warnte am 21. Januar 1942 eindringlich vor der „große[n] Gefahr im Rücken der fechtenden Truppe" und befahl „scharfe Strafmaßnahmen", soweit feststehe, „daß die Bevölkerung Partisanen oder Luftlandetruppen unterstützt"[330]. In diesen Wochen bildete sich im Dreieck zwischen Smolensk, Vjaz'ma und dem Armeehauptquartier Spas-Demensk aus Teilen des sowjetischen I. Gardekavalleriekorps, Luftlande-

[327] Gerlach, Morde, S. 885. Zum Unternehmen „Bamberg" vgl. ebd., S. 885–893; Heer, Logik, S. 120f.; Lieb, Täter, S. 550–552.

[328] Die genaue Zahl der Opfer ist schwer zu bestimmen. Gerlach, Morde, S. 899, stützt sich bei seiner Angabe von mindestens 4396 Todesopfern auf sowjetische Ermittlungen (Beute: 5061 Stück Vieh, 115 Tonnen Getreide, 120 Tonnen Kartoffeln). Die deutschen Stellen gaben die Zahl der erschossenen Partisanen und Zivilisten mit etwa 3500 an. Allein das slowakische Regiment meldete: „Die Partisanen verloren im Kampf etwa 650 Mann, bei Befriedungsaktionen wurden rd. 2500 Partisanen, Partisanenhelfer und -angehörige liquidiert." Monatsbericht Nr. 7 des Wehrmachtbefehlshabers Ukraine, Abt. Ia, 21. 4. 1942, Anlage, in: BA-MA, RW 41/1. Die eigenen Verluste waren äußerst gering, die Angaben schwanken zwischen sieben (Gerlach, Morde, S. 899) und 33 Toten (Lieb, Täter, S. 551). Schenckendorff meldete Kluge am 10. 4. 1942 die Erfolgszahlen der 707. Infanteriedivision, wobei der genaue Zeitraum nicht klar ist, vgl. die Besprechungspunkte, in: BA-MA, RH 22/231: „3622 erschossene Partisanen. 2 J.G., 5 Pak, 2 GTW, 2 MP, 1 Krad, 1 Feldküche, Handfeuerwaffen und viel Munition erbeutet. 68 Bunker und Partisanenlager zerstört. 73 Pferde, 203 Schlitten (davon 60 mit Proviant) erbeutet. 5548 Stück Schlachtvieh eingebracht. 6 to Getreide und 5 to Rauhfutter sichergestellt. *Eigene Verluste:* 6 Tote, 10 Verwundete, 5 Kranke."

[329] Ebd., und Berück Mitte, KTB Ia, 3. 4. 1942, über einen Vortrag Schenckendorffs bei Kluge, in: BA-MA, RH 22/229.

[330] Befehl Heinricis (AOK 4, Ia, Nr. 492/42 geh.), 21. 1. 1942, in: BA-MA, RH 20–4/287.

truppen und Partisanen eine gefährliche Streitmacht von etwa 20000 Mann unter Befehl des Generals Belov. „Im ganzen Rücken der Armee, das schmale Band von der anderen Seite her anfassend, sitzen Luftlandetruppen, Ski Bat[aillone], u. Haufen über Haufen von Partisanen", klagte Heinrici am 9. März[331]. Und zwei Wochen später[332]: „Am meisten macht uns persönlich der Feind im Rücken besorgt, der allmählich zu einer Armee angewachsen ist. Wir haben nicht nur eine Front nach vorn, sondern auch nach hinten, und keine Truppen, um sie genügend abzudichten. Wir schwimmen gewissermaßen wie eine blaue Landzunge im roten Meer, und dies wird, nachdem es genügend aufgefüllt ist, von rückwärts her täglich wilder." Die Soldaten der 4. Armee konnten in keinem ihrer Quartierorte und Stützpunkte mehr sicher sein, selbst ihr Oberbefehlshaber nicht[333], und wenn Feldmarschall v. Kluge Mitte März 1942 auf die „hohen Verluste im rückwärtigen Armee- und Heeresgebiet durch *Überfälle von Partisanen*" verwies[334], dann war damit besonders auch dieses Armeegebiet angesprochen. Die Folge war ein verstärktes Misstrauen gegen nahezu alle Zivilisten. Das Armeeoberkommando befahl zeitweilig sogar, alle „verdächtigen Elemente" als Partisanen zu behandeln[335], und forderte andauernd die „schärfste Überwachung der Zivilbevölkerung", da die „vermehrte Partisanentätigkeit" den „Stimmungsumschwung eines Teiles der Bevölkerung" herbeigeführt habe[336]. Die Willkür der deutschen Besatzer gegen die Zivilisten kannte weiterhin kaum Grenzen und stand im Widerspruch zur Absicht, die Bevölkerung zu gewinnen.

Um die Bedrohung durch die Rotarmisten und Partisanen Belovs zu bannen, musste auch die 4. Armee zum neuen Konzept der Großunternehmen greifen. Am 24. Mai 1942 begann die bisher größte Säuberungsaktion, das Unternehmen „Hannover", an dem insgesamt sieben reguläre Frontdivisionen beteiligt waren[337]. Die Operation währte einen Monat und führte zum Erfolg, dass die Truppen Belovs in ihrer Masse zerschlagen und zersprengt wurden. Die sowjetischen Verluste betrugen nach deutschen Angaben 4093 Tote und 5361 Gefangene, die deutschen immerhin 468 Gefallene, etwa 200 Vermisste und 1300 Verwundete[338]. Wie hoch der Anteil „partisanenverdächtiger" Zivilisten unter den Opfern war, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Die recht hohen deutschen Verluste deuten darauf hin, dass die Kämpfe mit Partisanen und Regulären einen ungleich größeren Umfang

[331] Tagebuch Heinricis, 9. 3. 1942, in: Hürter, General, S. 151. „Es ist dort nicht mehr eine Beunruhigung, sondern eine neue Armee, die durch luftgelandete Offiziere u. Kommissare aus der Bevölkerung, aus ehemaligen Gefangenen, aus Partisanen aufgebaut wird."

[332] Heinrici an seine Frau, 25. 3. 1942, ebd., S. 153.

[333] Vgl. Heinrici an seine Frau, 21. 4. 1942, ebd., S. 158: „Gestern Nacht erwachte ich durch M.G. Feuer. Partisanen versuchten 1000 m von meinem Haus eine Leitung zu zerstören."

[334] Befehl Kluges (Heeresgruppe Mitte, OB, Ia, Nr. 1933/42 g.Kdos.), 15. 3. 1942, in: BA-MA, RH 21–4/52. „Jeder deutsche Mann im ganzen Heeresgruppenbereich muß wissen, daß er jederzeit zu plötzlicher Abwehr gezwungen sein kann, und dementsprechend im voraus seine Maßnahmen treffen."

[335] Befehl des AOK 4 (Ia, Nr. 235/42 geh., gez. Bernuth), 31. 1. 1942, in: BA-MA, 20–4/288.

[336] Befehl des AOK 4 (O.Qu./Ic/AO/Abw. III, Nr. 761/42 geh., gez. Bernuth) „Partisanenbekämpfung", 6. 4. 1942, in: BA-MA, RH 20–4/320. „Es muss erreicht werden, dass sämtliche verdächtigen Elemente erfasst und isoliert werden."

[337] Vgl. Weinberg, Area, S. 437–448; DRZW, Bd. 6, S. 865 f. (Beitrag Wegner); Richter, Herrenmensch, S. 12 f. Eingesetzt wurden die 23., 34., 131., 191. und 197. Infanteriedivision sowie die 5. und 19. Panzerdivision.

[338] Weinberg, Area, S. 445 f., in Auswertung der deutschen Akten.

einnahmen als beim Unternehmen „Bamberg". Auch jetzt kam es freilich zu abschreckenden und vorbeugenden Gewaltmaßnahmen gegen die Bevölkerung. Das Oberkommando der 4. Armee befahl, die gesamte männliche Bevölkerung im wehrpflichtigen Alter zunächst in Kriegsgefangenenlager abzuschieben[339]. Am Ende der Aktion schärfte Oberbefehlshaber Heinrici seinen Soldaten aber ein[340]: „Die Bevölkerung des von den Bolschewisten wieder gesäuberten Gebietes muss den Unterschied in dem Verhalten der Bolschewisten und der deutschen Soldaten an dem guten Benehmen jedes einzelnen deutschen Soldaten fühlbar erkennen." Heinrici besann sich also doch noch auf den Vorsatz, die Bevölkerung besser zu behandeln, um sie nicht in die Arme der Partisanen zu treiben. Wie sein Befehl umgesetzt wurde und ob es auch diesem zuzuschreiben war, dass sich im Gebiet des Unternehmens „Hannover" keine große Partisanenbewegung mehr entwickelte, muss offen bleiben.

Keinen anhaltenden Erfolg hatte dagegen die Bekämpfung der großen Partisanengruppen im Gebiet der 2. Panzerarmee. Um Brjansk hatte sich im Frühjahr 1942 eine Partisanenarmee von vermutlich bis zu 10000 Mann gebildet, die zeitweilig wohl an die 400 Ortschaften mit 200000 Einwohnern unter ihre Kontrolle bringen konnte[341]. Nach zahlreichen Hilferufen und Anträgen des Armeeoberkommandos[342] genehmigte Kluge endlich ein großes Unternehmen, das vom 5. Juni bis Anfang Juli 1942 vom XXXXVII. Panzerkorps unter dem Decknamen „Vogelsang" nördlich von Brjansk konzentrisch durchgeführt wurde. Die deutschen Verbände stießen auf einen „immer unsichtbaren, mit allen Tücken kämpfenden Feind", der „unter energischer, zielbewußter Führung" stand und „einsatzbereit bis zur Selbstvernichtung" aus dem Hinterhalt kämpfte. Die Art des Widerstands vermittelte „den Eindruck eines bewaffneten Volksaufstandes", an dem sich auch Jugendliche und Frauen beteiligten[343]. Auf Befehl des Armeeoberkommandos wurden die besetzten Partisanengebiete evakuiert und alle nicht selbst genutzten Unterkünfte zerstört[344]. Dieses Unternehmen traf offenbar die Bevölkerung viel stärker als „Hannover", das weniger den Charakter der Be-

[339] Befehl des AOK 4 (Ia, Nr. 1292/42 geh.), 22. 5. 1942, in: BA-MA, RH 20–4/343.

[340] Befehl Heinricis (AOK 4, OB, Ic/AO/Abw. III, Nr. 1870/42 geh.) „Befriedung des besetzten Gebietes, Aufrechterhaltung der Manneszucht", 22. 6. 1942, in: BA-MA, RH 20–4/346.

[341] Vgl. DeWitt/Moll, Area, S. 503–506; DRZW, Bd. 6, S. 916 f. (Beitrag Wegner).

[342] Vgl. etwa Schmidt (Pz.AOK 2, OB, Ia, Nr. 682/42 geh.) an Kluge, 7. 5. 1942, in: BA-MA, RH 21–2/335: „Alle erdenklichen Maßnahmen zum Schutz der Bahnen sind, soweit die vorhandenen Kräfte ausreichen, getroffen worden. Jede weitere aktive Bekämpfung der Partisanen abseits der Bahnen ist dazu eingestellt. Das Unternehmen zum Zerschlagen der Partisanenzentrale Djatkowo – Iwot – Bytosch ist bis auf weiteres aufgeschoben. Damit ist allerdings der von der Roten Armee geleiteten Partisanenbewegung volle Freiheit des Handelns gegeben. An ihrer späteren endgültigen Zerschlagung muß meiner Ansicht nach festgehalten werden, da sonst nie Ruhe im rückwärtigen Gebiet herrschen wird." Noch zwei Wochen später wollte das Heeresgruppenkommando aber die Kräfte für ein größeres Unternehmen nicht freigeben, vgl. die Notiz über eine Besprechung des Generalstabschefs der 2. Panzerarmee, Oberst i.G. v. Kurowski, mit dem Generalstabschef der Heeresgruppe Mitte, Generalmajor Wöhler, am 19./20. 5. 1942 in Smolensk, in: BA-MA, RH 21–2/336: „Erlaubnis zur aktiven Partisanenbekämpfung wird nicht erteilt. Im Gegensatz zur Auffassung der Armee stehen die H.Gruppe und OKH auf dem Standpunkt, dass alle freien Kräfte zur unmittelbaren Bahnsicherung verwandt werden müssen."

[343] Pz.AOK 2 (Ia, Nr. 1230/42 geh.) an H.Gr.Kdo. Mitte, 4. 7. 1942, in: BA-MA, RH 21–2/901.

[344] Befehl des Pz.AOK 2 (Ia, Nr. 338/42 g.Kdos., gez. i.V. Lemelsen) „Weisung für das Unternehmen Vogelsang", 28. 5. 1942, ebd.

kämpfung eines „Volksaufstands" als einer „normalen" militärischen Operation gegen eine semireguläre Armee hatte. Dafür sprechen auch die von der 2. Panzerarmee gemeldeten „Erfolgszahlen"[345]: 1582 getötete, 519 im Kampf gefangene Partisanen, 3249 festgenommene Männer von 16 bis 50 Jahren („ein grosser Teil Waffenträger bei den Partisanen"), 8587 in den Wäldern aufgegriffene Frauen und Kinder, 12531 evakuierte Menschen. Auf deutscher Seite waren 58 Tote und 130 Verwundete zu beklagen[346]. Das Verhältnis der eigenen Verluste zu den getöteten Partisanen war also wesentlich günstiger als bei „Hannover".

Dass die Opfer des Unternehmens „Vogelsang" nicht allein aktive Partisanen, sondern auch willkürlich getötete oder drangsalierte Zivilisten waren, belegt der Appell, den der Oberbefehlshaber der 2. Panzerarmee am 19. Juni 1942, also noch vor Ende der Aktion, an seine Soldaten richtete. Als Generaloberst Rudolf Schmidt erfuhr, dass an einer Stelle „wahllos auf Menschen, Vieh und Geflügel geschossen" worden sei, befahl er, seine Auffassung zu dieser Art von Partisanenbekämpfung „unmissverständlich allen Truppenteilen bis herunter zu den Kompanien schnellstens bekanntzugeben"[347]: „Der Kampf gegen die Partisanen erfordert schonungslose Härte da, wo sie am Platze ist. Ich erwarte aber, dass die Truppe es versteht, Unterschiede zwischen den Partisanen und der im Partisanengebiet teilweise unter starkem Terror lebenden Bevölkerung zu machen. Es kommt darauf an, diese auf unsere Seite zu bringen." Auch da, wo es erforderlich sei, die Bevölkerung zu evakuieren und ihre Häuser zu zerstören, müsse menschlich vorgegangen werden[348]. „Auch im Partisanenkrieg bleiben wir Soldaten und führen nicht den Kampf gegen Frauen und Kinder." Dieser Befehl kam freilich für das Unternehmen „Vogelsang" zu spät. Nicht nur dem geschickten Ausweichen der eigentlichen Partisanen, sondern auch der allgemeinen Erbitterung über die deutschen Zwangsmaßnahmen war es zuzuschreiben, dass der Raum um Brjansk bis zum Ende der deutschen Besatzungszeit ein Schwerpunkt des Partisanenkriegs blieb.

Schmidts Befehl verdeutlicht, vor welchem Dilemma die Truppenführung im Frühjahr 1942 stand. Einerseits erkannten die meisten Oberbefehlshaber in diesen Monaten gesteigerter Partisanenaktivität die unbedingte Notwendigkeit, die Bevölkerung besser zu behandeln und für die „deutsche Sache" zu gewinnen. Andererseits jedoch besaßen die konzentrischen Großunternehmen, auf die man sich mehr und mehr verlegen musste, eine Tendenz zur Eigendynamik, die diesem Ziel und den „propagandistischen" Absichten der höchsten Truppenkommandeure widersprach. Die unübersichtliche Gefechtslage, die Brutalität der Kämpfe, das Durchkämmen, Plündern und Brandschatzen ganzer Landstriche, die anhaltende Verhetzung der deutschen Soldaten durch manche Befehle des Vorjahrs, all das

[345] Pz.AOK 2 (Ia, Nr. 1230/42 geh.) an H.Gr.Kdo. Mitte, 4. 7. 1942, ebd. Außerdem wurden u.a. vier Geschütze, 15 Pak, 15 Granatwerfer, 26 MG, 6 MP und zwei Flugzeuge erbeutet sowie „262 ausgebaute Partisanen- und Munitionslager" zerstört.

[346] Vgl. DRZW, Bd. 6, S. 917 (Beitrag Wegner).

[347] Befehl Schmidts (Pz.AOK 2, OB, Nr. 1102 geh.) „Verhalten gegen die Zivilbevölkerung", 19. 6. 1942, in: BA-MA, RH 21-2/338

[348] „Jede andere Handlungsweise treibt die Bevölkerung den Partisanen geradezu in die Hände. Abgesehen von diesen Auswirkungen weise ich auf die schweren Schäden für die Disziplin hin, die Willkürhandlungen einzelner Truppenteile nach sich ziehen müssen."

musste unweigerlich zu „Willkürhandlungen einzelner Truppenteile“[349] führen. Wie war aber eine Bevölkerung „propagandistisch“ zu gewinnen, die dieser Willkür wehrlos unterworfen war, deren Männer man verschleppte und Wohnstätten man zerstörte, die teilweise ermordet, bestenfalls evakuiert wurde? Noch hielt die Truppenführung wenigstens in ihren Befehlen an der von Kluge formulierten Doppelstrategie „Vernichtung“ und „Propaganda“ fest. Doch in Wirklichkeit zeichnete sich bereits im Frühjahr und Sommer 1942 die Strategie ab, in rücksichtslos durchgeführten Großaktionen die Partisanengebiete in „tote Zonen“ zu verwandeln. So sehr man auch betonte, die Zivilbevölkerung durch eine gerechte Behandlung von einer Unterstützung der Partisanen abhalten zu wollen: Wirkliche Sicherheit schien immer mehr nur die Friedhofsruhe zu gewähren. Die Weisung Hitlers Nr. 46 vom 18. August 1942, „Richtlinien für die verstärkte Bekämpfung des Bandenunwesens im Osten“, war dann ein weiterer Schritt zur „totalen“ Radikalisierung des Partisanenkriegs[350]. Durch sie wurde der Widerspruch zwischen den „härtesten Maßnahmen“ zur „Vernichtung des Bandentums“ und der als „unentbehrlich“ bezeichneten „Mitarbeit der Bevölkerung“ nicht aufgelöst, sondern noch verschärft. Dieser wachsende Widerspruch blieb bis zum Spätsommer 1944 das grundlegende Dilemma des letztlich so erfolglosen deutschen Antipartisanenkampfes.

Schon die Bilanz des ersten Jahres war für beide Seiten erschreckend genug. Allein die Zahlen legen Zeugnis davon ab. Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte etwa wurden von Kriegsbeginn bis Ende Februar 63257, bis Ende Mai 1942 ca. 80000 Menschen als Partisanen „erledigt“[351]. Die deutschen Verluste betrugen bis Ende Februar 638, bis zum 10. Mai 1942 aber 1094 gefallene Soldaten[352]. Das Verhältnis der eigenen zu den feindlichen „Totalverlusten“ im Partisanenkampf lag also im ersten Dreivierteljahr des Ostfeldzugs bei annähernd 1:100, um dann in den drei Monaten von März bis Mai 1942 auf etwa 1:40 abzusinken. Von Juni bis Dezember 1942 lag die Quote dann sogar nur noch bei ca. 1:10[353]. Diese Zahlen, die in den Meldungen aus den übrigen rückwärtigen Heeres- und Armeegebieten ihre Entsprechung finden[354], bestätigen die hier nachgezeichnete Entwicklung. Bis in den Winter 1941/42 hinein war die Partisanenbewegung noch zu schwach, um der Wehrmacht ernsthafte Verluste beibringen zu können. Die brutalen deutschen Gegenmaßnahmen trafen nicht nur aktive und wehrhafte Partisanen, sondern überwiegend „Partisanenverdächtige“, meist also willkürlich herausgegriffene Zi-

[349] Ebd.

[350] Hubatsch (Hrsg.), Weisungen, S. 201–205. Die Partisanenbekämpfung wurde jetzt endgültig zur „Führungsangelegenheit“, für die im Operationsgebiet der Chef des Generalstabes des Heeres und die Ia-Abteilungen der Kommandobehörden zuständig waren. Vgl. auch DRZW, Bd. 6, S. 918f. (Beitrag Wegner).

[351] Denkschrift Schenckendorffs (Stab Berück Mitte, Ia, Nr. 708/42 geh.) „Vorschläge zur Vernichtung der Partisanen im rückw. Heeresgebiet und in den rückw. Armeegebieten“, 1. 3. 1942, in: BA-MA, RH 22/231; Aufzeichnung des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete über den Lagebericht Schenckendorffs gegenüber Rosenberg in Smolensk am 29. 5. 1942, 2. 6. 1942, in: BAB, R 6/217, Bl. 1–6, in: BAB, R 6/217. Vgl. auch Mulligan, Cost, S. 32; DRZW, Bd. 6, S. 923 (Beitrag Wegner). Zur Problematik der Verlustzahlen vgl. aber Arnold, Wehrmacht, S. 462–480.

[352] Dazu kamen bis Februar 1942 1174 Verwundete und 181 Vermisste, bis zum 10. 5. 1942 1862 Verwundete und 328 Vermisste.

[353] Vgl. die Tabelle bei Mulligan, Cost, S. 34.

[354] Ebd., passim.

vilisten. Diese Terrorpolitik erreichte allerdings das Gegenteil von der gewollten „Vernichtung" der Partisanen. Sie schuf erst den Nährboden, auf dem sich die Partisanenbewegung seit der Jahreswende 1941/42 zu einer wirklichen Gefahr entwickeln konnte. Dass die Verlustrelationen für die Wehrmacht so schnell ungünstiger wurden, bewies die neue Stärke der Partisanen, die jetzt mehr aktiv als vorbeugend, d.h. häufiger im Gefecht als durch Abschreckung bekämpft werden mussten. Die Hauptlast dieses schmutzigen Krieges trug freilich weiterhin, ja stärker als zuvor die Zivilbevölkerung, die immer mehr zwischen den Hammer der Wehrmacht und den Amboss der Partisanen geriet. Dies galt besonders für das neue Kampfmittel der Großunternehmen, durch das in vielen Landstrichen die Infrastruktur zerstört und die Bevölkerung entwurzelt wurde.

Bereits im ersten Jahr des Ostfeldzugs zeigten sich alle Formen des Partisanenkriegs, in dem die Wehrmacht verhängnisvoll früh und einseitig auf Terror und Repression setzte. Auch hier war dieses Jahr richtungweisend. Und wieder fragt sich: Wie groß war der Anteil der Oberbefehlshaber an dieser Entwicklung? Allein schon ihre formale Verantwortung für die zigtausend unschuldigen Opfer der deutschen Partisanenbekämpfung war sehr hoch, bildeten sie doch die höchsten Instanzen im Operationsgebiet. Darüber hinaus luden sie eine große unmittelbare Verantwortung auf sich, denn sie trugen die von Hitler, der Wehrmachtsführung und Heeresleitung formulierte Strategie des abschreckenden Terrors im Hinterland von vornherein mit. Mehr noch: Erst ihre Befehle ermöglichten die konkrete Umsetzung der radikalen Maßnahmen gegen die Partisanen vor Ort. Das Verhalten dieser maßgeblichen Truppenführer war dabei zum einen von rassistischen Vorurteilen sowie den althergebrachten Ressentiments gegen Freischärler, zum anderen vom militärischen Kalkül geprägt, größtmögliche Sicherheit der Nachschubwege durch kleinstmöglichen Einsatz zu erreichen. Aus diesem Denken heraus waren die Oberbefehlshaber weder bereit, zwischen irregulären und illegalen Kämpfern noch zwischen wirklichen Partisanen und „partisanenverdächtigen" Rotarmisten und Zivilisten zu unterscheiden. Der weitgehend unterschiedslose Partisanenkrieg schuf Räume, in denen jegliche Rechtssicherheit aufgehoben und jeder Einheimische oder Fremde willkürlich dem Tod durch die Besatzungsmacht ausgeliefert war.

Auch wenn manche Oberbefehlshaber über die Wirkung der zahlreichen Freibriefe zur Willkür erschraken und mäßigend einzugreifen versuchten, indem sie ihren Soldaten die Einhaltung der Disziplin und eine gerechte Behandlung der Bevölkerung befahlen, wurden aus der höchsten Truppenführung kaum prinzipielle Einwände gegen das brutale Sicherungskonzept der Wehrmacht im Osten laut. Je nachdem, wie sich in den einzelnen Abschnitten des Operationsgebiets die Partisanengefahr bemerkbar machte, wurde dieses Konzept mehr oder weniger betont und umgesetzt. Nicht alle Oberkommandos gingen dabei so weit wie das der 6. Armee unter Reichenau, doch waren alle bereit, die Sicherheit in ihren rückwärtigen Gebieten mit größter Härte durchzusetzen. Als im Herbst 1941 die Partisanentätigkeit erstmals bedrohlich zunahm, verstärkte sich in der Befehlsgebung sofort die Forderung nach „rücksichtsloser Schärfe" und „schärfstem Terror". Während die Oberbefehlshaber sich in den ersten Monaten des Feldzugs, in denen die wenigen organisierten Partisanen keine ernsthafte Gefahr bildeten, kaum mit die-

ser Frage beschäftigt hatten, griffen sie jetzt das – vor allem durch den Kriegsgerichtsbarkeitserlass – längst vorgegebene Konzept der Sicherung durch Abschreckung verstärkt auf. Die Folgen wurden hingenommen. So sehr sich mancher General über die „Sitten und Gebräuche, genauso wie im 30-jährigen Krieg" auch im Stillen empören mochte[355], so wenig war man doch bereit, grundsätzlich gegen die Abkehr von Recht und Moral im Partisanenkrieg einzuschreiten. Das gnadenlose Recht des Stärkeren schien durch die Notwendigkeiten des „Totalen Krieges" legitimiert zu sein. Und das oft nicht weniger brutale Vorgehen der Partisanen schien diese vermeintliche Kriegsnotwendigkeit zusätzlich als Notwehr zu rechtfertigen[356].

Trotz oder besser gesagt: nicht zuletzt wegen dieser Gegenmaßnahmen wuchs die Partisanenbewegung seit der Jahreswende 1941/42 zu einem gefährlichen Gegner heran. Der zu dieser Zeit wichtigste Truppenführer im Osten, Günther v. Kluge, gab nun den Anstoß zu neuen Methoden der Partisanenbekämpfung. Der Schwerpunkt lag von da an nicht mehr auf gezielten Einzelaktionen kleiner Kampfgruppen und der abschreckenden Wirkung punktueller Vergeltung, sondern auf konzentrischen Großunternehmen zur „Befriedung" ausgedehnter Räume. Die höchste Truppenführung betonte zwar immer wieder, dass die „Vernichtung" der Partisanen durch eine „Propaganda" in die Bevölkerung ergänzt werden müsse, doch in der Eigendynamik und Eskalation der großen Aktionen trat der zweite Aspekt völlig in den Hintergrund. Das Vertrauen der Bevölkerung war nach all den schrecklichen Ereignissen seit dem Sommer 1941 ohnehin kaum mehr zu gewinnen. Der Widerspruch zwischen Vernichtung und Kollaboration konnte nicht aufgelöst werden. Die Besinnung einiger Truppenführer auf die möglichen Vorzüge einer anstatt räuberischen und zerstörerischen erkennbar positiven Besatzungsherrschaft kam zu spät. Die Sicherungspolitik an der Ostfront bewegte sich von der Strategie des Terrors zur Strategie der Friedhofsruhe und nicht zur möglichen Alternative, die Ruhe und Sicherheit des besetzten Gebiets dadurch zu erreichen, dass man die Bevölkerung nicht mit Schwert und Galgen „befriedete", sondern durch Zugeständnisse und Fürsorge befriedigte.

Damit sind im Zusammenhang mit der Partisanenbekämpfung bereits einige zentrale Probleme der deutschen Besatzungsherrschaft angesprochen worden, die in den nächsten Kapiteln ausführlicher zu behandeln sind. Der Krieg gegen die Partisanen war ein wesentlicher Bestandteil der Befriedung des besetzten Landes und eng mit dem Verhalten gegenüber der Bevölkerung verknüpft. Die begleitenden Gewaltmaßnahmen gegen Zivilisten und besonders auch gegen Juden waren vom Vorgehen gegen wirkliche und vermeintliche Partisanen kaum zu trennen. Der Partisanenkrieg bildete gewissermaßen die Übergangszone zwischen dem mehr oder minder regulären Kampf gegen feindliche Kombattanten und der Behandlung der Zivilbevölkerung. Bereits das Verhältnis der Wehrmacht zu allen

[355] Heinrici an seine Familie, 19. 11. 1941, in: Hürter, General, S. 112.

[356] Vgl. auch die Aussage Reinhardts vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 6. 5. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 3476f.: „Meine Truppe hat den Bandenkrieg führen müssen nur aus reiner, zwingender Notwehr gegen den uns aufgezwungenen Bandenkrieg, unter dem wir schwer genug gelitten haben, und gegen den wir uns wehren mussten. Und wenn dieser Bandenkrieg Opfer gekostet hat, ich sage ausdrücklich schwere Opfer auf beiden Seiten, dann liegt die Schuld bei denen, die ihn organisiert haben, aber nicht bei meinen Soldaten, die sich dagegen gewehrt haben."

Kombattanten, die auf dem östlichen Kriegsschauplatz auftraten, gleichgültig ob reguläre Kämpfer und Kriegsgefangene, nicht als regulär anerkannte Kommissare oder irreguläre Partisanen, war vor allem durch eines gekennzeichnet: durch eine beispiellose Rücksichtslosigkeit. Das Ostheer und seine Generale machten daraus kein Geheimnis.

„Rücksichtslos": Kaum ein anderer Begriff erscheint in den dienstlichen und privaten Dokumenten der Truppenführung so häufig zur Charakterisierung des deutsch-sowjetischen Krieges, und kaum ein anderes Wort trifft den wirklichen Charakter dieses „Totalen Krieges" so gut. Die Übergänge von der – teils ideologisch, teils militärisch-pragmatisch motivierten – Rücksichtslosigkeit zu den Kriegs- und NS-Verbrechen waren fließend, und indem die Oberbefehlshaber diese Rücksichtslosigkeit viel zu häufig nicht nur duldeten, sondern förderten, machten sie sich an entscheidender Stelle mitschuldig an den Verbrechen, die in ihren Befehlsbereichen an den feindlichen Soldaten und „Partisanen" begangen wurden. Der Leitsatz Reichenaus, dass „im Ostraum Maßnahmen getroffen werden" müssten, „die in kultivierten Ländern nicht zur Anwendung kommen"[357], wurde von den anderen Oberbefehlshabern nicht so offen ausgesprochen, traf aber mehr oder weniger auch ihre Auffassung. Das galt für die Erbitterung des Kampfes gegen die Rotarmisten ebenso wie für die Mangelversorgung der Kriegsgefangenen, für die Ermordung der militärischen Kommissare ebenso wie für die „Vernichtung" der Partisanen und ihrer angeblichen und tatsächlichen Helfer. Und schon die teilweise unterschiedslose Bekämpfung der Partisanen deutete darauf hin, dass auch die Bevölkerung nicht mit der Rücksicht der deutschen Truppen und ihrer Oberbefehlshaber rechnen konnte. Die sowjetischen Zivilisten waren der Besatzungsmacht am häufigsten und wehrlosesten ausgeliefert.

[357] Befehl Reichenaus (AOK 6, Ia, Az. 7) „Verhalten der Truppe im Ostraum", 1. 11. 1941, in: BA-MA, RH 26–100/23, Bl. 6.

4. Bevölkerung

a. In einem fremden Land

Der Krieg im Osten vermittelte den deutschen Soldaten ein Gefühl der Fremdheit – in der harten Auseinandersetzung mit den feindlichen Kämpfern ebenso wie in der Konfrontation mit Land und Leuten. Auch wenn die Wehrmacht die Armee einer radikalen Diktatur war, lag ihr doch die traditionelle Kriegführung des Westfeldzugs mehr als der ideologisch aufgeheizte Kampf mit der Roten Armee und seine schrecklichen Begleiterscheinungen. Die Exzesse in der Gefechtszone, die Ermordung der Kommissare oder die Gräuel des Partisanenkriegs bestätigten den Ausnahmecharakter dieses Krieges, der in seiner Radikalität schon im militärischen Bereich alles andere als herkömmlich war. Ebenso fremd und außergewöhnlich wirkten die Verhältnisse in den besetzten Gebieten. Sie verstärkten den Eindruck, in einer fremden Welt unter fremden Bedingungen mit fremden, aber notwendigen Mitteln zu kämpfen. Diese Wahrnehmung der Fremdheit war nicht von der Neugier des Reisenden geprägt, sondern vom Misstrauen des Eroberers, für den das Fremde bedrohlich und das Andersartige minderwertig war. Daher kam ihr eine große Bedeutung für das Verhalten des Ostheeres und seiner Führer zu. Sie war eine wesentliche mentale Grundlage für die Akzeptanz der Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik gegenüber der sowjetischen Bevölkerung.

Gerade die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen mussten sich die Fragen stellen: Was ist das für ein Land, was wollen wir hier, und wie verhalten wir uns? Die verbreiteten Ressentiments gegen Kommunisten, Juden und überhaupt gegen die angeblich moralisch wie kulturell rückständigen „Ostvölker" und ihre Lebensformen, die Sorge vor der „halbasiatischen" Grausamkeit der Rotarmisten und das Misstrauen gegenüber der „bolschewistisch durchseuchten" Bevölkerung waren bereits vor dem 22. Juni 1941 angelegt und keineswegs spezifisch nationalsozialistisch. Schon vor dem deutschen Angriff verbanden sich in der Befehlsgebung die ideologischen Vorstellungen Hitlers mit konservativer Mentalität und militärischer Professionalität. Nun kam es darauf an, ob die Vorurteile beim Vormarsch in das unbekannte Land bestärkt wurden oder sich relativierten, vielleicht sogar auflösten. Der erbitterte Widerstand der Roten Armee, die Übergriffe gegen deutsche Kriegsgefangene und die Massenmorde durch den NKVD passten vom ersten Kampftag an genau in das Bild, das man sich allgemein vom bewaffneten Feind gemacht hatte. Doch wie sah man die Zivilisten, auf die man traf und zwischen denen man lebte, wie sah man die Landschaften, Städte und Dörfer, durch die man zog und in denen man einen Teil seines Lebens verbrachte?

Bereits die ersten Eindrücke schienen an allen Fronten – ganz gleich ob in Weißrussland, Russland oder der Ukraine, nur das Baltikum machte eine Aus-

nahme – das zu bestätigen, was sich nicht nur die nationalsozialistische Propaganda unter der Symbiose von Bolschewismus, Slawentum und Judentum vorstellte. Die privaten Aufzeichnungen der Generale sprechen eine gleichermaßen eindeutige wie einseitige Sprache. Im Süden bedachte Rundstedt jeden seiner vier Quartierorte im Juli 1941 mit denselben oder ähnlichen abwertenden Epitheta: „dreckiges Judennest", „bodenlos verkommen und dreckig", „unvorstellbarer Dreck und Verwahrlosung", „sagenhaftes Drecknest"[1]. Im mittleren Frontabschnitt registrierte Heinrici mit einigem Abscheu, wie „verkommen, zerstört, verwahrlost" und „im Zustand greulicher Verkommenheit" alles sei[2]. Guderian schrieb etwas zurückhaltender vom „ziemlich trüben Eindruck", den die „ersten russischen Orte" auf ihn machten[3]. Im Norden sprach Reinhardt drastisch von einem „Saulande"[4], und Hoepner berichtete nach Hause[5]: „Jetzt bin ich zum ersten Male im alten Rußland. Es ist ziemlich trostlos. Wir liegen auf einem ehem. Gut, wo die Bolschewisten eine landw[irtschaftliche] Schule eingerichtet hatten. Die ehem. Wohnhäuser sind entsetzlich verwahrlost, dreckig, nicht betretbar." Auch Manstein beschrieb das „eigentliche Rußland" als fremdes Land jenseits westlicher Zivilisation[6]: „Unendliche Weite, kümmerliche Bestellung, elende Dörfer, greuliche Wege, unsagbarer Staub und Wasser, das bestenfalls zum Waschen geht."

In dieses Bild eines rückständigen und „verwahrlosten", insgesamt unheimlichen und fremden Landes passte das Bild, das man sich von seinen Einwohnern machte. Der „Volkscharakter" der „Russen", wie teilweise alle ostslawischen Bewohner der Sowjetunion genannt wurden, schwankte nach den stereotypen Einschätzungen der meisten Deutschen zwischen gutmütiger Stumpfheit und grausamem Fanatismus hin und her[7]. Die höchsten Truppenführer des Ostheers dachten kaum differenzierter und fühlten sich bereits in den ersten Tagen des Feldzugs in ihren Vorurteilen bestätigt. Die sowjetischen Soldaten wurden als „der Russe" zu typischen Repräsentanten ihrer Nation erhoben, so dass die allgemeine Empörung über den „verschlagenen", „heimtückischen" und „grausamen" Widerstand von Teilen der Roten Armee[8] das Urteil über die Bevölkerung der Sowjetunion

[1] Rundstedt an seine Frau, 1. 7., 9. 7., 17. 7. und 26. 7. 1941, in: BA-MA, MSg 1/1893.

[2] Heinrici an seine Frau, 5. 7. 1941, in: Hürter, General, S. 65; Heinrici an seine Frau, 11. 7. 1941, ebd., S. 67, als zwei Beispiele für viele in Heinricis Aufzeichnungen.

[3] Guderian an seine Frau, 1. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77. Vgl. auch Guderian an seine Frau, 29. 6. 1941, ebd.: „Ein armes, einförmiges Land hier."

[4] Reinhardt an seine Frau, 16. 7. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 8.

[5] Hoepner an seine Frau, 13. 7. 1941, in: BA-MA, N 51/9, Bl. 56.

[6] Manstein an seine Frau, 9. 7. 1941, in Privatbesitz.

[7] Vgl. Geyer, Ostpolitik; Volkmann (Hrsg.), Rußlandbild, passim. Stärker als diese Untersuchungen betont Koenen, Russlandkomplex, die Widersprüchlichkeit der deutschen Russlandbilder. Vgl. ebd., S. 17f.: „Mal hatten die Russen den Nachteil ihrer Vorzüge und mal den Vorzug ihrer Nachteile. Wenn man sie (um einige scheinbar freundliche Klischees der Zeit zu zitieren) für ‚kindlich', ‚ursprünglich', ‚unverbildet', ‚träumerisch', ‚lernfähig' und ‚formbar' erklärte, für eine Spezies von Menschen, die dem Boden und der Natur wie den Urgründen der Seele oder des Unbewussten noch näher stünden und daher auf eine besondere Weise ‚seelenhaft' und ‚ursprünglich religiös' seien, so bleibt offen, ob das positive Zuschreibungen waren, oder ob sie nicht eher kultureller Herablassung und dem Wunsch nach imperialer Bevormundung entsprangen. Dasselbe galt allerdings umgekehrt für solche scheinbar negativen Epitheta wie ‚barbarisch', ‚grausam', ‚anarchisch', ‚fanatisch', ‚fatalistisch' oder ‚asiatisch', die ebenso gut als Ausweis von Stärke und potentieller Machtentfaltung gewertet werden konnten, welche je nach Standpunkt und Interessenlage mehr gefürchtet oder mehr bewundert wurden."

[8] Vgl. Kapitel II,3,a.

insgesamt beeinflusste. Hier schien sich die eine, die „fanatische" Seite des russischen „Volkscharakters" zu zeigen, begünstigt durch die andere, die „passive" Seite, da „der Russe als stumpfer Halbasiat" offenbar um so leichter von den bolschewistischen Kommissaren gelenkt werden konnte[9]. Für die Generale waren die teilweise „freundlichen Bewohner" und die teilweise „fanatischen Leute" in der Roten Armee[10] gleichermaßen typische Russen. Dieses Volk war ihnen unberechenbar und fremd, so fremd, dass sie es nicht mit europäischen Maßstäben messen wollten, sondern sich mit dem Hinweis auf einen fremden Kontinent behalfen und die Begriffe „asiatisch" oder „halbasiatisch" verwendeten. Vom Topos des „asiatischen" Sowjetmenschen, der im Sommer 1941 besonders häufig auf die Rotarmisten bezogen wurde, war bereits die Rede[11]. Die vermeintliche Kluft zwischen der abendländischen Zivilisation und der Bevölkerung im Grenzraum Europas und Asiens erleichterte die Übernahme der nationalsozialistischen Vorstellung eines existentiellen Kampfes „von Rasse gegen Rasse", die Brauchitsch der Truppenführung im März 1941 erläutert hatte[12].

Die Stereotype über „den" Russen, die sich in den privaten und dienstlichen Papieren der Oberbefehlshaber immer wieder finden, waren bereits vor 1941 verbreitet – und blieben auch nach 1945 lange bestehen. So notierte Ewald v. Kleist Ende 1945 in seiner Nürnberger Haft[13]: „Der Russe tritt als Asiat auf." Und Leeb äußerte noch im April 1948 vor dem amerikanischen Militärtribunal, dass der russische Soldat – anders als der deutsche – „als Slawe mit vielfach asiatischem Einschlag vor Grausamkeit nicht zurückschreckt"[14]. Hoth meinte seinen Richtern in Nürnberg deutlich machen zu können, wie man dieses Volk einzuschätzen habe und wie mit ihm umzugehen sei[15]: „Die russische Bevölkerung ist seit Jahrhunderten an ein strenges Regiment, eine harte Regierung gewöhnt. Eigentliche demokratische Einrichtungen kannte sie nicht, und der Russe neigte deswegen dazu, Gutmütigkeit auszulegen als Schwäche." Durch diese vermeintliche nationale Wesensart schien sich die Härte der deutschen Besatzungsherrschaft noch im Nachhinein rechtfertigen zu lassen.

Ausführlicher ging Weichs rückblickend auf seine Erfahrungen mit dem Land und der Bevölkerung im Ostkrieg ein[16]. Er habe, so erinnerte er sich, im Juli 1941 in Weißrussland „zum erstenmale russisches Land und russische Menschen" kennen gelernt. Die Landschaft sei ihm „freudlos und eintönig" erschienen, wobei dem gläubigen Katholiken besonders die Verwahrlosung und Zweckentfremdung von Kirchenbauten im Gedächtnis geblieben war. Über die Einwohner urteilte er

[9] Armeebefehl Kluges „Barbarossa Nr. 4" (AOK 4, Ia, Nr. 2608/41 geh.), 1. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–2/1433.

[10] Guderian an seine Frau, 1. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77: „Die Bewohner, Weißruthenen, sind freundlich und legen scheinbar wenig Wert auf ein Weiterbestehen der Sowjets. Es gibt aber auch fanatische Leute anderer Denkungsart, besonders in der Truppe, die zäh und tapfer kämpft."

[11] Vgl. Kapitel II,3,a.

[12] Aufzeichnung Strachwitz', (AOK 18, Ia) über die Besprechung Brauchitschs mit den Oberbefehlshabern am 27. 3. 1941, in: NA, T 312/805.

[13] Tagebuch Kleists, 20. 11. 1945, in: BA-MA, N 354/27, Bl. 9.

[14] Aussage Leebs vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 20. 4. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/36, S. 2335.

[15] Aussage Hoths vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 3. 5. 1948, ebd., MB 31/37, S. 3133.

[16] Weichs, Erinnerungen, Bd. 5, in: BA-MA, N 19/9, Bl. 18–21.

differenzierter. Weichs räumte ein, dass die deutschen Soldaten von der nationalsozialistischen Propaganda gegen den „Untermenschen" beeinflusst gewesen seien. Im direkten Kontakt habe man aber „einen Teil der russischen Bevölkerung in ganz anderem Lichte sehen" gelernt. Allerdings blieb auch das Urteil dieses konservativen Generals von groben rassistischen Kategorien und Misstrauen gegenüber dem Fremden geprägt[17]: „Die Psyche des russischen Menschen ist wohl für den Mittel- und West-Europäer kaum zu verstehen: eine merkwürdige Mischung von Gegensätzen, hemmungsloser Haß und brutale Grausamkeit, andererseits oft Gutmütigkeit, Langmut, Geduld und Leidensfähigkeit, dann rücksichtslose Widersetzlichkeit, Fleiß und Arbeitswilligkeit neben lethargischer Gleichgültigkeit. Vieles von diesen Widersprüchen mag auf die unglückliche Rassemischung mit asiatischem, mongolischem Blut, manches auf die Verhetzung durch den östlichen Kommunismus zurückzuführen sein." Auch ein anderer früherer Oberbefehlshaber, Richard Ruoff, nannte die sowjetische Bevölkerung, der ein „stumpfer Fatalismus" innewohne, rückblickend ein „europäisch-asiatisches Rassengemisch"[18].

Die Beobachtungen deutscher Generale während des Feldzugs unterschieden sich kaum von diesen nachträglichen Reflexionen. Wieder sind es die dichten Aufzeichnungen Gotthard Heinricis, die den besten Einblick in die Gedanken eines „ganz normalen" hohen Truppenführers vermitteln. Auch er zeigte sich schockiert und bestätigt zugleich, in welch einem „grauenhaften Zustand der Verkommenheit, Verwüstung und Verschmutzung durch den Bolschewismus" sich besonders die Städte den deutschen Besatzern präsentierten[19]. Dadurch wurde das antikommunistische Weltbild der Militärelite bestärkt[20]: „Vom Bolschewismus hat jeder Deutsche genug, der ihn hier kennen gelernt hat." Weniger eindeutig fiel das Urteil über die Bevölkerung aus. Heinrici bemerkte wie nahezu alle Generale schnell, dass die meisten sowjetischen Bürger und Soldaten keine „überbegeisterten Bolschewiken" waren und es keine „wahre Volksgemeinschaft" gab[21]. Dennoch erkannte auch er „2 Haltungen, die sich aufs Schlechteste vereinigen lassen", einmal die „fanatische Zähigkeit" der Russen im Kampf, zum anderen ihre erklärte „Kriegsmüdigkeit" und Abneigung gegen den Bolschewismus[22]. Den heftigen Widerstand und die Stabilität des ungeliebten stalinistischen Systems erklärte er mit einer Mischung aus Terror und Patriotismus[23], aber auch mit dem wider-

[17] Ebd., Bl. 20f.

[18] Bericht Ruoffs über „meine Teilnahme am 2. Weltkrieg und meine Erfahrungen auf dem russischen Kriegsschauplatz", 27. 8. 1946, in: BA-MA, MSg 1/1225.

[19] Heinrici an seine Familie, 19. 9. 1941, in: Hürter, General, S. 85f. Vgl. auch Heinrici an seine Frau, 11. 7. 1941, ebd., S. 67: „Wir sind nun im richtigen Rußland, Kopyl heißt heute das Nest. Alles ist im Zustand greulicher Verkommenheit. Wir lernen die Segnungen bolschewistischer Kultur schätzen." Heinrici an seine Familie, 8. 10. 1941, ebd., S. 92: „Was in diesem so unschönen Land von Schönheit vorhanden war, hat der Bolschewismus gründlich zerstört. Die wenigen Reste, die er übrig gelassen hat, vernichtet nun als Letztes dieser Krieg."

[20] Heinrici an seine Frau, 24. 9. 1941, ebd., S. 89.

[21] Heinrici an seine Frau, 5. 7. 1941, ebd., S. 65.

[22] Tagebuch Heinricis, 30. 7. 1941, ebd., S. 71.

[23] Heinrici an seine Frau, 23. 8. 1941, ebd., S. 76: „Es scheint in Rußland alles unter einem furchtbaren Terror zu stehn, der vorläufig keine andere Meinung aufkommen läßt. Nachdem wir die Russen so unerwartet überfallen haben mit dem Krieg, kann man sich auch vorstellen, daß viele, auch ihm nicht gleichdenkende, aus Vaterlandsliebe auf Stalins Seite treten."

sprüchlichen „Nationalcharakter". Heinrici übernahm bald die Meinung seines Dolmetschers[24]: „Der Russe ist eben völlig passiv, er tut was ihm befohlen wird und ist, angeleitet und geführt, ein williger und vorzüglicher Arbeiter. Aber aus und von sich heraus unternimmt er nichts, findet sich mit den jammervollsten Umständen ab und kennt überhaupt kein Bestreben, sie zu bessern." An anderer Stelle beschrieb er den „Panje, wie wir ihn täglich sehen" mit den Eigenschaften „gutmütig, ergeben, aber ohne jede Initiative", um dann zu folgern[25]: „Mit solchen Leuten kann man natürlich nicht vorwärtskommen." Den schlechten Zustand des Landes, aus dem eigentlich „Unendliches herausgeholt werden" könnte[26], lastete Heinrici also nicht nur dem Bolschewismus, sondern auch den vermeintlichen nationalen Eigenarten der Russen an. Zwischen den Zeilen zeigte er sogar Verständnis für die harte Unterdrückung der Einwohner durch das stalinistische System, indem er auf überzeugte Kommunisten verwies, „die auf dem Standpunkt stehen, ein primitives Volk wie das russische braucht derartige Regierungsmethoden"[27].

Heinrici brachte seine Einschätzung, in einem unzivilisierten Land fernab von west- oder mitteleuropäischen Standards und christlich-abendländischen Normen Krieg zu führen, unmissverständlich zum Ausdruck[28]: „Dies Volk ist schon garnicht mehr mit unseren Maßstäben zu messen. Ich glaube, man könnte ihm nur wirklich gerecht werden, wenn man nicht wie wir allmählich zu Fuß zu ihm vordränge, sondern wie in einem fremden Erdteil mit dem Schiff zu ihm führe und, indem man von unsern Ufern abstieße, innerlich jede Verbindung mit dem löste, das wir zu Hause gewohnt sind." Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben mussten, dass sich die deutschen Truppenführer beinahe wie frühneuzeitliche Konquistadoren auf Eroberungszug durch einen fernen und fremden Kontinent fühlten, waren allerdings weitreichend. Solche Auffassungen hatten die Tendenz, den eigenen Zivilisationsbruch nicht allein mit der neuen Militärdoktrin des „Totalen Krieges" oder der Härte des bolschewistischen Erzfeindes, sondern auch mit der Fremdheit von Land und Leuten zu rechtfertigen. War man in dieser unzivilisierten Umgebung nicht gezwungen, einen unzivilisierten Krieg im Stil der Kolonialkriege vergangener Zeiten zu führen? Legitimierten diese besonderen Verhältnisse nicht eine besondere Kriegführung, die den „ritterlichen" Umgang mit dem militärischen Gegner und die „anständige" Behandlung der Bevölkerung durch einen gnadenlosen Kampf gegen die Rote Armee und eine rücksichtslose Ausbeutung der besetzten Gebiete ersetzte? Die Menschen der Sowjetunion galten auf deutscher Seite allgemein als unmündig und initiativlos, als unberechenbar und – nach einer Formulierung Georg v. Küchlers – „rassefremd"[29]. Eine beinahe zwin-

[24] Heinrici an seine Familie, 23. 10. 1941, ebd., S. 97.
[25] Heinrici an seine Familie, 11. 12. 1941, ebd., S. 127.
[26] Heinrici an seine Familie, 23. 10. 1941, ebd., S. 97. „Wieviel Land liegt hier ungenützt brach. Wie dünn besiedelt sind hier unendliche Flächen. Wie ungepflegt, in keiner Weise nutzbringend bewirtschaftet ist der Wald."
[27] Heinrici an seine Familie, 19. 9. 1941, ebd., S. 87.
[28] Heinrici an seine Familie, 23. 10. 1941, ebd., S. 97. Ebd., S. 96, erinnerten die Bewohner der Gegend um Kaluga den General in ihrer Kleidung gar an Eskimos.
[29] Befehl Küchlers (AOK 18, O.Qu./Qu. 2, Nr. 2078/41 geh.), 6. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/1209.

gende Folgerung schien zu sein, diesem Volk mit Misstrauen zu begegnen und ihm den eigenen Willen aufzuzwingen. Die Vorstellung, dass „der Russe" unfähig zu selbständigem Handeln sei und daher eine „straffe Zügelführung" brauche, war sehr verbreitet und begünstigte den Aufbau einer autoritären Besatzungsherrschaft ohne echte Mitsprache der Bevölkerung.

So kündigte sich bereits in der Mentalität der deutschen Eroberer die Repression und Ausbeutung der besetzten Ostgebiete als riesiger Kolonialraum an. Die meisten Generale wussten, dass die verfrühte Hoffnung großer Teile der sowjetischen Bevölkerung, die Wehrmacht komme als Befreier, schnell enttäuscht werden musste[30]. Die Oberbefehlshaber, die Hitlers Ansprache am 30. März 1941 in der Reichskanzlei beigewohnt hatten, kannten die „gigantischen"[31] Pläne der Staatsführung und unterrichteten ihre Kommandierenden Generale über sie. Der deutsche Überfall zielte nicht darauf, nach den gewohnten Spielregeln von Krieg und Frieden ein anderes, nichtstalinistisches, anhaltend geschwächtes, aber immerhin noch selbständiges Russland zu schaffen, sondern auf die Vernichtung einer feindlichen Weltanschauung und ihrer Träger, die Ausschaltung der alten „Gefahr aus dem Osten", die Eroberung von „Lebensraum" und den Raub der wirtschaftlichen Ressourcen – kurzfristig für die Wehrmacht, mittelfristig für das Deutsche Reich und langfristig für das gesamte deutsch beherrschte Europa. Aus sowjetischer und besonders aus russischer Sicht ging es also tatsächlich um „Sein oder Nichtsein", um die Existenz als eigenständige Nation.

Es wurde bereits darauf eingegangen, dass die höchste Truppenführung am Vorabend des deutschen Überfalls die eigentlichen Kriegsziele und Feindbilder zumindest in ihren Umrissen nicht nur kannte, sondern häufig akzeptierte, zumindest teilweise mit ihnen übereinstimmte und sie in Befehlen, Besprechungen und Privatdokumenten thematisierte[32]. Allerdings war und blieb auch nach Feldzugsbeginn unklar, wie die deutsche Herrschaft in den besetzten Ostgebieten im Sinne dieser Ziele und Feindbilder im und nach dem Krieg genau zu gestalten sei. Zwar war man durch Hitler und die Heeresleitung über die geplante „Zerschlagung" der Sowjetunion in Protektorate und rückständige Satellitenstaaten informiert. Doch änderte selbst die Einrichtung des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete am 17. Juli 1941 und die Begründung einer Zivilverwaltung, indem am selben Tag das Reichskommissariat Ostland und am 20. August 1941 das Reichskommissariat Ukraine geschaffen wurden[33], wenig am diffusen Bild, das man sich im Osten vom weiteren Weg und Ziel der deutschen Besatzungsherrschaft machte. Vor allem zerstob mit der Illusion des schnellen Sieges auch die Erwartung einer räumlich wie zeitlich sehr begrenzten Militärverwaltung. Der größere Teil der besetzten Sowjetunion konnte nicht an die Zivilverwaltung übergeben werden und blieb als Operationsgebiet des Ostheeres unter der vollziehenden Gewalt der Oberbefehlshaber und ihrer Dienststellen. Was aus diesen vor allem

[30] Vgl. etwa Guderian an seine Frau, 29. 6. 1941, in: IfZ-Archiv, ED 100/77: „Die Bevölkerung bisher ganz freundlich. Heute z.B. findet hier Dankgottesdienst in der orthodoxen Kirche statt, weil wir als Befreier gelten. Hoffentlich erleben die Leute keine Enttäuschung."

[31] Bock, Kriegstagebuch, S. 181 (30. 3. 1941).

[32] Vgl. Kapitel II,1,a.

[33] Vgl. Dallin, Herrschaft, passim; DRZW, Bd. 5/1, S. 85–95 (Beitrag Umbreit).

russischen und ukrainischen Regionen werden sollte, war offen – von den noch nicht eroberten Gebieten der Sowjetunion ganz zu schweigen. Wie sollten aber die Generale mehr als nur verschwommene Vorstellungen über die Organisation des „Ostraums" haben, wenn es selbst bei den politischen Instanzen die unterschiedlichsten Konzeptionen gab? Neben die Fremdheit gegenüber Land und Leuten in der Sowjetunion trat bei den militärischen Professionals eine Fremdheit gegenüber der politischen Frage, was künftig mit den besetzten Gebieten anzufangen sei. Die politischen Projektionen für eine Neuordnung des Ostens gingen bei ihnen über recht unbestimmte koloniale Auffassungen wohl kaum hinaus. Ein gewisser Anknüpfungspunkt bot sich im überspannten Maximalziel der deutschen Militärelite nach dem Frieden von Brest-Litovsk im Jahr 1918, das aber jetzt durch das Ausgreifen nach Leningrad, Moskau, der Kaukasusregion und darüber hinaus noch übertroffen zu werden drohte.

Schon früh zeigte sich eine gewisse Hilflosigkeit gegenüber den großen Räumen, die kaum zu besetzen und zu kontrollieren waren. Auch Brauchitsch sprach am 25. Juli 1941 gegenüber den Generalstabschefs der Heeresgruppen von der „Unmöglichkeit, den Raum zu beherrschen"[34]. Wenn dieses Dilemma aber bereits während des Feldzugs eines Drei-Millionen-Heeres bestand, mussten die besatzungspolitischen Probleme nach seinem Abschluss schier unlösbar sein, sofern man an den Plänen eines deutschen Herrschaftsgebiets bis zum Ural festhalten wollte. Ein hoher Frontgeneral wie Gotthard Heinrici wusste jedenfalls nicht, wie sich die Dinge im besetzten und noch unbesetzten Russland gestalten sollten[35]: „Im Führerhauptquartier wird man dazu wahrscheinlich Pläne haben. Ich selbst habe kein rechtes Bild, was da werden soll." Im Dezember 1941 kam er jedoch den Plänen Hitlers recht nahe, als er über die Russen schrieb[36]: „Mit solchen Leuten kann man natürlich nicht vorwärtskommen. Auf Grund dieser Einsicht sagt mein Dolmetscher: Die beiden deutschen Protektorate sind ja nun gebildet. Sie werden gute Kolonialländer werden. Den Rest Rußlands löse man in selbständige Republiken auf. Die Sowjet-Regierung hat dies ja schon vorbereitet. Bis zum Baikal mache man sie von Deutschland, dahinter von Japan abhängig. Damit wäre das Problem Rußland gelöst." Mit einer solchen „Problemlösung", wie Heinrici sie mit spürbarer Zustimmung zitierte, hätten sich wohl sehr viele Generale identifizieren können. Das Streben nach Hegemonie und Kolonialbesitz war den überwiegend nationalkonservativen und ohne Ausnahme in der Kaiserzeit sozialisierten Offizieren unserer Gruppe alles andere als fremd. Und schon 1918 hatte sich die Begierde der deutschen Militärelite auf den Osten gerichtet. Außerdem war man seit dem Machtantritt Hitlers Schritt für Schritt an die immer anspruchsvolleren Ziele einer aggressiven Expansionspolitik gewöhnt worden: Aufrüstung,

[34] Aufzeichnung über eine Besprechung beim H.Gr.Kdo. Mitte am 28. 7. 1941, in der die unterstellten Armeen und Panzergruppen über die Ausführungen Brauchitschs unterrichtet wurden, in: BA-MA, RH 21-3/47.

[35] Heinrici an seine Familie, 23. 10. 1941, in: Hürter, General, S. 98. Im Monat zuvor räsonierte er über die „Vorbereitung von neuen Randstaaten": „Die Engländer vermuteten einmal, wir würden eine selbständige Ukraine, ein ebensolches Weißrußland und Baltikum schaffen. Jetzt sind wir weit genug vorn, um derartiges allmählich einleiten zu können." Heinrici an seine Familie, 19. 9. 1941, ebd., S. 87.

[36] Heinrici an seine Frau, 11. 12. 1941, ebd., S. 127.

staatliche Ausdehnung bis zu den deutschen Sprachgrenzen, „Zerschlagung" der Tschechoslowakei, Ausschaltung Polens, dauernde Schwächung Frankreichs, Auflösung der Sowjetunion und schließlich Kampf Europas unter deutscher Vorherrschaft gegen die angelsächsischen Mächte.

Daher schien es im deutschen Interesse eine schiere Selbstverständlichkeit zu sein, dass man die beiden Reichskommissariate und die anderen besetzten oder noch zu besetzenden sowjetischen Gebiete weder im noch nach dem Krieg in die Souveränität entlassen dürfe. Weniger selbstverständlich war freilich die genaue Gestaltung der deutschen Vorherrschaft im Osten. Insgesamt bestanden in der höchsten Truppengeneralität nur recht grobe Vorstellungen und Kenntnisse über eine künftige Ostpolitik. Das war übrigens ganz im Sinne Hitlers, der den deutschen Kommandobehörden in der Ukraine im Herbst 1941 mitteilen ließ[37]: „Die künftige *staatspolitische Gestaltung* der von ukrainischer Bevölkerung bewohnten Gebiete behält sich der Führer vor. Seitens der militärischen Dienststellen sind derartige Fragen grundsätzlich nicht zu erörtern." Die Truppenführung hatte aber ohnehin in der Regel keine Einwände dagegen, sich auf ihren militärischen Auftrag zu konzentrieren und die besatzungs- und außenpolitischen Weiterungen der Politik sowie der Zivilverwaltung nach Ende des Feldzugs zu überlassen. Entsprechend selten wurde dieses Thema in den privaten Aufzeichnungen der Oberbefehlshaber aufgegriffen. Im Grunde blieb ihnen nicht nur das Land fremd, sondern auch die Frage nach seiner Zukunft.

b. Grundsatzpapiere

So unklar den Oberbefehlshabern die Zukunft dieses fremden Landes auch war, so deutlich musste ihnen sehr bald ein folgenreiches Charakteristikum der deutschen Besatzung vor Augen treten: der eklatante Widerspruch zwischen dem Unterdrückungs- und Ausbeutungsprogramm und einem einigermaßen erträglichen, vor allem kooperativen und ruhigen Verhältnis zur Zivilbevölkerung. Dieses Verhältnis berührte nicht erst die für später vorgesehene „planmäßige Verwaltung und Ausnutzung des Landes", sondern schon die vom Ostheer durchzuführende „Sicherung der großen Verkehrswege und die Ausnutzung des Landes für die Bedürfnisse der Truppe zur Entlastung des Nachschubs"[38]. Dies war keine Cura posterior, sondern ein aktuelles Problem der Kriegführung und Besatzung, mit dem sich die Truppenführung auf jeden Fall schon vor der geplanten Übergabe an die zivilen Stellen befassen musste. Es ist auffällig, wie häufig sich die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen in, teilweise selbst verfassten, grundsätzlichen Befehlen und Denkschriften allgemein mit dem Verhalten der Wehr-

[37] Befehl des AOK 11 (O.Qu./Qu. 2, Nr. 890/41 geh.) „Behandlung der Ukrainer", 4. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20–11/407, mit der Anlage „Richtlinien für das Verhalten gegenüber der ukrainischen Bevölkerung", die „nach Anweisung des Führers von OKW/WFSt im Einvernehmen mit dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete" aufgestellt worden waren.

[38] Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/0315/41 g.Kdos., gez. Halder) „Besondere Anordnungen für die Versorgung, Anl. 6, Teil C", 3. 4. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 299–304, hier S. 299.

macht gegenüber der Bevölkerung auseinandersetzten. Diese Dokumente sind für ihre Vorstellungen von Besatzungsherrschaft sehr aufschlussreich.

Die von Generalfeldmarschall Fedor v. Bock am 22. Juli 1941 geäußerte Überzeugung, „daß wir eine haßerfüllte Bevölkerung in unserem Rücken nicht brauchen können und daß wir suchen müssen, die Leute zu williger Mitarbeit zu bringen"[39], war die Leitlinie der vor allem militärisch motivierten Argumentation für eine „korrekte" Behandlung der Bevölkerung. Günther v. Kluge sah sich schon am 8. Juli 1941 durch „Vorkommnisse der letzten Tage" veranlasst, „darauf hinzuweisen, daß sich die Truppe der Zivilbevölkerung gegenüber unbedingt korrekt zu verhalten hat"[40]. Dass gleichzeitig befohlen wurde, „Fälle von *feindseliger Haltung*" – nach der deutschen Definition im Ostkrieg ein weiter Begriff! – „scharf" zu ahnden, gehörte zu den üblichen ambivalenten Zutaten solcher Befehlsgebung. Auch machte man zwischen den verschiedenen Ethnien Unterschiede. Alle nichtslawischen Bevölkerungsteile wurden grundsätzlich weniger misstrauisch betrachtet als die slawischen. Unter letzteren galten die Ukrainer am ehesten als „zuverlässig", gefolgt von der Bevölkerung Weißrusslands, während die slawischen Bewohner der altrussischen Gebiete, die so genannten Großrussen[41], am unteren Ende dieser groben Bewertungsskala standen. Eine Kategorie für sich bildeten natürlich die Juden und Kommunisten. So bezeichnete Kluge das Verhalten der weißrussischen Zivilisten als „einwandfrei" und beschwor, dass ihr „Zutrauen" und ihre „Freude, vom Sowjetregime befreit worden zu sein", nicht ins Gegenteil verkehrt werden dürfe, nahm aber „jüdische und kommunistische Elemente" von dieser positiven Beurteilung aus[42]. General Carl-Heinrich v. Stülpnagel nannte die ukrainische Bevölkerung am 24. August 1941 „freundlich" und „gutwillig", um dann anzumerken[43]: „Auftretende Partisanen und Saboteure finden sich nur unter den zurückgebliebenen kommunistischen Elementen; vor allem sind es Juden und Soldaten in Zivil."

Der Oberbefehlshaber der 17. Armee führte die „Bewirtschaftung des Landes für unsere Aufgaben", die „Sicherheit der Truppe" und die „Aufrechterhaltung der Disziplin" als Argumente für eine gute Behandlung der Bevölkerung ins Feld. Bereits einen Monat zuvor hatte Stülpnagel Ausschreitungen, wilde Beitreibungen und Plünderungen verurteilt und seine Truppen ermahnt[44]: „Die Landesbevölkerung soll in uns die Befreier vom bolschewistischen Joch sehen." Diese Auf-

[39] Bock, Kriegstagebuch, S. 227 (22. 7. 1941), über ein Gespräch mit General v. Schenckendorff, dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte.

[40] Befehl Kluges (AOK 4, Ic/AO), 8. 7. 1941, in: BA-MA, RH 21–4/483.

[41] Vgl. etwa den Befehl Weichs' (AOK 2, OB, Ic/AO, Nr. 1923/41 geh.) „Verhalten der Truppen in der Ukraine", 9. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20–2/1092: „Die Ukrainer fühlen sich ihrer Tradition nach vielfach als Vorkämpfer der christlichen Zivilisation, sind besonders scharf gegen das Kolchos-System eingestellt und heben sich kulturell von den Weiß- und Großrussen ab."

[42] Befehl Kluges (AOK 4, Ic/AO), 8. 7. 1941, in: BA-MA, RH 21–4/483.

[43] Befehl Stülpnagels (AOK 17, OB) „Behandlung der Bevölkerung und Aufrechterhaltung der Disziplin", 24. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20–17/276.

[44] Befehl Stülpnagels (AOK 17, OB), 19. 7. 1941, ebd. „Es liegt in unserem Interesse, vor allem im Sinne der Einbringung der Ernte und der Sicherung unserer weiten rückwärtigen Verbindungen, dass diese Einstellung der Bevölkerung aufrecht erhalten und sogar noch günstiger in unserem Sinne beeinflusst wird. [...] Besonders ist der Besitz der kleinen, einfachen Leute (Kleinvieh und kleine Felder) zu schonen." Zugleich betonte Stülpnagel aber: „Gegen bolschewistische Elemente jeder Art ist nach wie vor schärfste Achtsamkeit und entsprechendes Einschreiten erforderlich."

fassung wurde in den ersten Monaten von den meisten höchsten Truppenführern geteilt, wobei die Kritik zu dieser Zeit allerdings noch nicht so weit ging, die Methoden deutscher Besatzungsherrschaft im Osten grundsätzlich durch konstruktive und kooperative Elemente ergänzen zu wollen oder gar insgesamt in Frage zu stellen. Vielmehr handelte es sich zunächst vor allem um eher punktuelle als generelle Reaktionen auf Übergriffe von Wehrmachtsangehörigen, die ihren Generalen zur Kenntnis kamen. Immer wieder und an allen Abschnitten der Ostfront wandten sich die Generale unserer Gruppe scharf gegen einzelne Einheiten und Soldaten, die „verschiedenenorts dazu übergegangen" seien, „ganze Dörfer auszurauben und Eier, Hühner, Enten, Gänse, Kälber, Schweine, Kühe (sogar tragende und auch Milchkühe) und Pferde ohne Bezahlung, allenfalls nach Hinterlassung nichtssagender Zettel mitzunehmen", die teilweise sogar „unter Gewaltanwendung in unbesetzten Dörfern sich plündernd und schändend zu betätigen versuchten"[45]. Selbst die verbündete finnische Bevölkerung an der äußersten Nordostfront war vor deutschen Übergriffen nicht sicher[46]. Die Truppenführung erkannte die Folge dieser Verstöße gegen die Disziplin[47]: „Die Bauern, die den deutschen Soldaten zunächst als Befreier begrüßt haben, beginnen von Einzeltaten auf allgemein sich anbahnende Zustände schließend im deutschen Heer den Feind zu sehen." Auch wenn „die große Masse der Soldaten sich einwandfrei gegen die russische Zivilbevölkerung" verhalten haben mag und die „Straftaten übelster Art" wohl von „einzelnen verbrecherischen Elementen" zu verantworten waren[48], so scheinen die wilden Requirierungen, Plünderungen und Gewalttaten doch vom ersten Tag an ein insgesamt sehr verbreitetes Phänomen gewesen zu sein. Die Notwendigkeit, immer wieder von höchster Kommandostelle dagegen anzugehen, spricht eine eindeutige Sprache. Bedenklich war vor allem, dass alle Appelle zunächst wenig fruchteten.

Als Kluge im September 1941 zu seinem „größten Befremden" feststellen musste, „daß trotz ergangener Befehle immer wieder Plünderungen, teilweise übelster Art, wie Wegnahme unter Bedrohung der Bevölkerung, Fortnahme der einzigsten [!] Kuh, Herumstrolchen und Diebstähle in Abwesenheit der Bewohner und andere gemeine Verbrechen, wie übelste Vergewaltigungen, besonders im *rückwärtigen* Gebiet vorkommen", entschloss er sich zu einem drastischen Son-

[45] Befehl Hoths (Pz.Gr.Kdo. 3, Befehlshaber), 21. 7. 1941, in: BA-MA, RH 21-3/437, als ein Beispiel für die Heeresgruppe Mitte. Vgl. für die Heeresgruppe Süd den genannten Befehl Stülpnagels vom 24. 8. 1941 und für die Heeresgruppe Nord den Befehl Küchlers (AOK 18, O.Qu./IIa), 12. 10. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/1208: „Im Armeebereich mehren sich die Fälle, in denen einzelne Soldaten ohne Berechtigung und Bezahlung, zum Teil unter Androhung von Waffengewalt der Bevölkerung Vieh und Lebensmittel wegnehmen." Zum häufigen Missverständnis der Truppe über das befohlene „Leben aus dem Lande" vgl. auch das Kapitel II,4,d.

[46] Befehl Falkenhorsts (Armee Norwegen, OB), 11. 10. 1941, in: BA-MA, RH 20-20/204: „Finnischen Bauern wurde Heu und Hafer entwendet, nachdem die Türen der Scheunen aufgebrochen oder die Dächer aufgerissen waren; Einspruch erhebende Bauern wurden sogar bedroht. Die Zäune von Gehöften wurden niedergerissen und verbrannt; an Wegen aufgeschichtetes Brennholz der Bauern wurde auf Kraftwagen abgefahren; Fahrräder wurden gestohlen und mit Farbe überstrichen [...]." Diese „zahlreichen Vorkommnisse" drohten „das gute Verhältnis zwischen dem deutschen Soldaten und der finnischen Bevölkerung zu zerstören".

[47] Befehl Hoths (Pz.Gr.Kdo. 3, Befehlshaber), 21. 7. 1941, in: BA-MA, RH 21-3/437. „Wird in der Ausplünderung fortgefahren, so besteht Gefahr, daß die Bauern zur Selbsthilfe gezwungen, einzelne Soldaten angreifen und Versprengten und Hetzern jede Hilfe leisten."

[48] Befehl Weichs' (AOK 2, OB, Nr. 2943/41 geh.), 8. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20-2/1445.

derbefehl, um „mit den unberechtigten Versorgungsmethoden, den Raubzügen, den Plünderungsfahrten auf große Entfernungen, allem sinnlosen und verbrecherischen Treiben *restlos Schluß zu machen*"[49]. Er drohte mit „drakonischen Maßnahmen" bis zur Todesstrafe gegen Plünderer[50] und befahl, seine Anordnungen der Truppe in geschlossenen Appellen bekannt zu geben. Kluge verlangte nachdrücklich „ein *anständiges Auftreten* gegenüber der zumeist gut eingestellten Bevölkerung in den eroberten Gebieten", die deutsches Wirtschaftsland seien und daher nicht nach Gutdünken von einzelnen Truppenteilen oder Soldaten ausgeplündert werden dürften. „Solche Handlungen sind ein Verbrechen und richten sich in ihrer Auswirkung auch gegen die anderen anständigen Soldaten. Denn die Stimmung der an sich überwiegend gutartigen Bevölkerung schlägt durch solches Verhalten in Haß um. Vermehrte Teilnahme an Partisanen- und Sabotage-Tätigkeit besonders im Winter und eigene *Verluste* sind dann zu erwarten." Je mehr die Illusionen über ein erfolgreiches Ende des Ostfeldzugs vor Winterbeginn verflogen, desto stärker wurden bei der Truppenführung solche Sorgen vor den militärischen, wirtschaftlichen und disziplinarischen Folgen eines zu rücksichtslosen Auftretens der Wehrmacht gegenüber der Bevölkerung, wie es durch den Kriegsgerichtsbarkeitserlass und andere Vorgaben der zentralen Instanzen durchaus gedeckt war.

In eine andere Richtung als der Befehl Kluges, nämlich auf der Linie Hitlers und seiner Berater, bewegte sich einen Monat später der berüchtigte „Reichenau-Befehl", der gegen „mißverstandene Menschlichkeit" auch gegenüber der Zivilbevölkerung polemisierte und allein schon durch seinen radikalen Ton nahezu jeglichen Terror gegen sowjetische Zivilisten rechtfertigte[51]. Dass der „Reichenau-Befehl" auch in dieser Hinsicht kein erratischer Block war, zeigen die entsprechenden Befehle Hoths und Mansteins, die Reichenaus Forderungen übernahmen und teilweise noch näher begründeten. So betonte der Oberbefehlshaber der 17. Armee, dass *„Mitleid und Weichheit gegenüber der Bevölkerung* [...] völlig fehl am Platz" seien und man sich an die Verbrechen der Rotarmisten erinnern solle, „wenn die Bevölkerung, die einst das bolschewistische Joch geduldet hat, uns jetzt mit Freundlichkeit und Unterwürfigkeit für sich einnehmen will"[52]. Wie Reichenau verbanden Hoth und Manstein ihre Ablehnung „mißverstandener Menschlichkeit" mit den drohenden Ernährungsproblemen gerade der städtischen Bevölkerung als Folge der Ausnutzung des Landes für die Wehrmacht und die Heimat, doch anders als bei Reichenau enthielten ihre Befehle am Ende auch konstruktive und disziplinierende Elemente. Hoth verwies darauf, dass die be-

[49] Sonderbefehl Kluges „zur Aufrechterhaltung der Manneszucht" (AOK 4, OB, O.Qu./III/IIa/Ic, Nr. 2000/41 geh.), 11. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20–4/884.

[50] Vgl. auch den begleitenden Befehl des Oberquartiermeisters der 4. Armee an die Versorgungstruppen (AOK 4, O.Qu., Nr. 1959/41 geh., gez. Krumpelt), 14. 9. 1941, ebd.: „Der Herr Feldmarschall hat mir erklärt, daß er beim nächsten ihm gemeldeten Fall mit den härtesten Maßnahmen (Todesstrafe) durchgreifen wird, um durch das abschreckende Beispiel ungefestigte Charaktere von solchen Taten abzuhalten. Er hat weiter erklärt, daß er gegen die zuständigen Disziplinarvorgesetzten rücksichtslos einschreiten wird."

[51] Befehl Reichenaus (AOK 6, Ia, Az. 7) „Verhalten der Truppe im Ostraum", 10. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 339 f.

[52] Befehl Hoths (AOK 17, Ia, Nr. 0973 geh.) „Verhalten der deutschen Soldaten im Ostraum", 17. 11. 1941, ebd., S. 341–343, hier S. 342.

setzten Gebiete nicht nur das Ostheer ernähren, sondern genügend Saatgut liefern und eine Hungersnot der Bevölkerung verhindern sollten[53]. Daher dürfe die wirtschaftliche Ausnutzung nur planmäßig durch die zuständigen Stellen und nicht planlos durch wilde Beitreibungen erfolgen. Noch deutlicher wandte sich Manstein gegen „Willkür und Eigennutz, [...] Verwilderung und Undisziplin, [...] jede Verletzung der soldatischen Ehre" und sprach sich für die „freiwillige Mitarbeit" von Ukrainern, Russen und Tataren am Aufbau des Landes sowie für „eine gerechte Behandlung aller nichtbolschewistischen Teile der Bevölkerung" aus[54]. Während ein großer Teil der Stadtbevölkerung nach Ansicht Mansteins zum Hungern verurteilt war, gab er für das Verhalten seiner 11. Armee gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung zu bedenken: „Nimmt der Soldat auf dem Lande dem Bauern die letzte Kuh, die Zuchtsau, das letzte Huhn oder das Saatgut, so kann eine Belebung der Wirtschaft nicht erreicht werden."

Diese moderaten Töne waren die Kehrseite der ansonsten radikalen Befehle Hoths und Mansteins. Wie sollten aber die Soldaten dieser beiden Armeen in solch einem widersprüchlichen Hin und Her von Aufhetzung und Disziplinierung eine Orientierung finden? Ein kritischer Beobachter der deutschen Besatzungsherrschaft wie der Vertreter des Auswärtigen Amts bei der 11. Armee, Gesandter Werner Otto v. Hentig, stellte den Soldaten Mansteins noch im Frühjahr 1942 ein äußerst schlechtes Zeugnis aus, indem er die Willkür und den Vandalismus der Besatzer sowie den Hunger und das Elend der Besetzten sehr offen beschrieb[55]. Die uneindeutige Haltung des Armeeoberkommandos hatte maßgeblichen Anteil daran, dass die Dinge zunächst einfach so weiterliefen, wie man sie in der Vorbereitungszeit und ersten Phase des Feldzugs angelegt hatte. Dabei war vielen Generalen bald nach den großen Grenzschlachten bewusst geworden, dass man sich auf ein längeres Zusammenleben mit der Bevölkerung einstellen musste und daher auch längerfristig zu denken und zu planen hatte. Selbst in den Nachahmungen des „Reichenau-Befehls" fand diese neue Nachdenklichkeit einen gewissen, wenn auch durch den aufgeheizten Kontext stark relativierten Einschlag, besonders im zweiten Teil der Ausführungen Mansteins.

Bei anderen höchsten Truppenführern neigte das Umdenken stärker in eine weniger widersprüchliche, in eine konstruktivere Richtung, häufig angeregt und flankiert durch die Berater aus dem nichtmilitärischen Bereich, die in ihre unmittelbare Umgebung kommandiert waren, etwa die Vertreter des Auswärtigen Amts und des Rosenberg-Ministeriums oder die den Stäben beigegebenen Dolmetscher und Ostexperten. Schon dem erwähnten Befehl Kluges vom 8. Juli 1941 über das unbedingt „korrekte" Verhalten gegenüber Zivilisten war eine Denkschrift des diplomatischen Vertreters im Armeeoberkommando 4 vorausgegangen, in der gefordert wurde[56]: „Gerechte u. gutmütige Behandlung der Bevölkerung, d.h.

[53] Ebd.

[54] Befehl Mansteins (AOK 11, Ic/AO, Nr. 2379/41 geh.), 20. 11. 1941, ebd., S. 343 f., hier S. 344. Außerdem forderte er „Achtung vor den religiösen Gebräuchen, besonders der mohammedanischen Tataren".

[55] Vgl. etwa den Bericht Hentigs (VAA beim AOK 11) Nr. 276 „Krise der Propaganda", 7. 4. 1942, in: PA-AA, R 60739. Näheres über die Berichterstattung Hentigs in: Hürter, Nachrichten.

[56] Denkschrift Schattenfrohs (VAA beim AOK 4) für Generalfeldmarschall v. Kluge „Behandlung

selbstverständlich der nichtjüdischen und nichtkommunistischen. Vermittlung des Gefühls einer positiven Mitbestimmung, Mitarbeit u. eines Orientiertseins." Stand dieses frühe Beispiel noch recht vereinzelt, so tauchten im Herbst 1941 einige Denkschriften auf, in denen – wenn auch in der Regel noch vorsichtig – die Möglichkeiten einer besatzungspolitischen Wende im Osten erörtert wurden. Der Oberbefehlshaber der 1. Panzerarmee, Generaloberst Ewald v. Kleist, erinnerte seine Kommandeure am 16. November 1941 daran, „wie wichtig das Verhalten des einzelnen deutschen Soldaten gegenüber der Bevölkerung für die Einstellung der Ukraine gegen Deutschland ist", und legte zwei „beachtenswerte Aufsätze" über eine bessere Gestaltung der Besatzungsherrschaft bei[57]. Bekannt wurden auch die Denkschriften des Oberleutnants d.R. und späteren Bundesministers für Vertriebene, Theodor Oberländer, die zu ähnlichen Vorschlägen kamen und in den Oberkommandos der Heeresgruppe Süd die Runde machten[58].

Einige wenige Kommandeure wagten sogar den Schritt, mit entsprechenden Vorstellungen an Hitler heranzutreten. So sandte Rudolf Schmidt bereits Mitte September 1941, noch als Kommandierender General, sowohl auf dem Dienstweg als auch auf privaten Kanälen eine Denkschrift „über die Möglichkeiten einer Erschütterung des bolschewistischen Widerstandes von Innen her" an das Staatsoberhaupt, die sich nicht nur gegen den „Kommissarbefehl" wandte, sondern vor allem betonte[59]: „Auf weite Sicht ist aber noch viel wichtiger, dem russischen Volke eine positive Zukunft zu zeigen." Auch Feldmarschall v. Bock nutzte bei einem Gespräch mit Hitler die Gelegenheit, „für die freundliche und hilfsbereite Bevölkerung einzutreten"[60]. Größerer Erfolg war diesen wenigen Vorstößen aus der Truppenführung, die obersten Instanzen zu einer anderen Politik gegenüber der Bevölkerung in der besetzten Sowjetunion zu bewegen, zunächst nicht beschieden[61], doch immerhin bestätigen sie, dass man sich in manchen Frontkommandobehörden seit Herbst 1941 und vereinzelt sogar schon vorher ernsthafte

und Stimmung der Bevölkerung in Minsk und im Allgemeinen notwendige Maßnahmen", 7. 7. 1941, in: PA-AA, R 60759.

[57] Befehl Kleists (Pz.AOK 1, OB, Nr. 4981/41 geh.), 16. 11. 1941, in: BA-MA, RH 21-1/475. „Bei dem grossen, weiten Raum in dem von uns besetzten Hintergelände kann diese Einstellung die Kriegführung ausschlaggebend beeinflussen." Die beiden Anlagen waren eine undatierte und ungezeichnete Denkschrift über die „Voraussetzungen für die Sicherheit des Nachschubes und die Gewinnung höchster Ernährungsüberschüsse in der Ukraine" sowie der Erfahrungsbericht Hauptmanns Professor Hans Koch über den „Sowjet-Nachlass in der Ukraine", 30. 9. 1941. Beide Aufzeichnungen setzten sich für positive Signale an die Bevölkerung ein – aus wohlverstandenem eigenem Interesse. Vgl. etwa das Fazit der erstgenannten Denkschrift: „Die Sicherung der Nachschubwege und der Ernährungsüberschüsse verlangt zwingend, einer Gefahr zu begegnen, die auf kurze wie auf lange Sicht katastrophale Folgen haben kann. Ehre und Ansehen des deutschen Volkes verlangen außerdem, daß ein Volk, das in keiner Weise feindlich gegen uns eingestellt ist, eine Behandlung erfährt, die es ihm ermöglicht, mit uns aus Überzeugung zusammenzuarbeiten und die Vergangenheit innerlich zu überwinden."

[58] Vgl. Oberländer, Osten, besonders die Denkschrift vom 28. 10. 1941, ebd., S. 51–62.

[59] Schmidt (XXXIX. A.K., K.G.) an AOK 16, 17. 9. 1941, mit der Denkschrift, die nach dem Kriegstagebucheintrag vom selben Tag aus der Feder eines Wachtmeisters Hertel stammt, als Anlage, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 394 f.

[60] Bock, Kriegstagebuch, S. 239 (4. 8. 1941).

[61] Schmidt erinnerte sich nach dem Krieg, dass er auf seine Eingabe keine Antwort erhalten habe. „Endlich [...] erhielt ich, meiner Erinnerung nach von Gen. Oberst Busch, ein Schreiben, ich möchte endlich mit dem dummen Geschreibsel aufhören, es flöge doch nur in den Papierkorb." Schmidt an Uhlig, 15. 3. 1957, in: Vollmacht des Gewissens, Bd. 2, S. 321.

Gedanken um eine längerfristige und daher notgedrungen konstruktivere Besatzung der sowjetischen Gebiete durch das Ostheer machte.

Nach unten blieben die Signale aber nach wie vor widersprüchlich, nicht allein dadurch, dass es etwa zwischen zwei benachbarten Armeeoberkommandos unterschiedliche Auffassungen über die Behandlung der Zivilbevölkerung gab, sondern auch durch die Widersprüche in der Befehlsgebung ein- und desselben Oberbefehlshabers. Interessant etwa ist das Beispiel der 9. Armee. Generaloberst Adolf Strauß unterzeichnete am 16. November 1941 einen Befehl, der eine wirksame Propaganda in die Bevölkerung bezweckte und sich daher deutlich gegen die bekannten Missstände wandte: die katastrophalen Verhältnisse in den Kriegsgefangenenlagern, die Übergriffe gegen Zivilisten, die schwierige Ernährungslage der Landeseinwohner[62]. „Rücksichtslose und ungerechte Behandlung der Bevölkerung schafft der Truppe selbst Schwierigkeiten und ist dazu angetan, die Dauer des Krieges zu verlängern", war jetzt auch das Credo dieses Truppenführers, und als ein negatives Beispiel erwähnte er, „dass z.B. der Bevölkerung Winterbekleidung für Frauen und Kinder und ähnliche Dinge weggenommen werden". Nur etwas mehr als einen Monat später, als seine Armee vom sowjetischen Gegenschlag stark erschüttert war und im Wintersturm unterzugehen drohte, wollte Strauß von dieser moderaten Haltung nichts mehr wissen. Das Motto war nun[63]: „Jegliche Rücksicht ist fehl am Platze." In diesem Sinne forderte Strauß seine Soldaten nicht nur auf, gefangenen Rotarmisten Pelze, Pelzmützen und Filzstiefel abzunehmen, sondern verwies dabei ausdrücklich auch auf die Bevölkerung: „Es muß daher – da die Zuführung ausreichender und zweckmäßiger Winterbekleidung zeitlich und mengenmäßig nicht zu schaffen ist – an Ort und Stelle das Äußerste geschehen, um die Truppe gegen den russischen Winter zu schützen. Dafür zu sorgen, daß das unter rücksichtsloser Verwendung dessen, was das Land und die Zivilbevölkerung besitzt, geschieht, ist im Augenblick mit die wichtigste Aufgabe der Führer aller Grade." Dieser Befehl lag ganz auf der Linie Hitlers, der am 20. Dezember 1941 als eine der ersten Maßnahmen gegen die Winterkrise befohlen hatte[64]: „Gefangene und Einwohner rücksichtslos von Winterbekleidung entblößen. Alle aufgegebenen Gehöfte niederbrennen."

Der deutsche Soldat, der erst den Strauß-Befehl von Mitte November und dann denjenigen von Ende Dezember 1941 erhielt, musste denken, das Verhalten gegenüber der sowjetischen Bevölkerung dürfe immer ad hoc den militärischen Bedingungen angepasst werden und sei keineswegs von grundsätzlichen Geboten der Humanität bestimmt. Die Trumpfkarte, eine rassisch als minderwertig eingestufte Bevölkerung „rücksichtslos" zu behandeln, konnte bei Bedarf immer gezo-

[62] Befehl Strauß' (AOK 9, Ic/AO/O.Qu., Nr. 3085/41 geh.) „Propaganda in der Bevölkerung des besetzten Gebietes", 16. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–9/257. Zugleich schränkte Strauß ein: „Ich weiss, dass derartige Übergriffe meist nicht bei der fechtenden Truppe, sondern im Raum der rückwärtigen Dienste und im rückwärtigen Armeegebiet auftreten." Vgl. auch das von Dallin, Herrschaft, S. 343, Anm. 2, zitierte Schreiben an das H.Gr.Kdo. Mitte, 1. 12. 1941, in dem sich Strauß dagegen aussprach, „einen Kurs zu verfolgen, der uns die Zivilbevölkerung 100%ig zum Feind macht", und eine Aufteilung von Kolchosland an die Bauern vorschlug.

[63] Befehl Strauß' (AOK 9, OB), 27. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20–9/24.

[64] Fernschreiben des OKW (WFSt, Abt. L/I Op., Nr. 442217/41 g.Kdos.Chefs.) an OKH/Op.Abt., 21. 12. 1941, in: KTB/OKW, Bd. 1, S. 1085.

gen werden. War die Frontlage stabil und die Situation im Hinterland ruhig, wurden positive besatzungspolitische Maßnahmen erwogen. Brannte es an allen Ecken und Enden, hielt man es wieder für notwendig, zu den üblichen Gewaltmaßnahmen zurückzukehren, die bereits im Frühjahr und Sommer 1941 von höchster Stelle sanktioniert worden waren.

Manchmal kam es allerdings überraschend auch – sozusagen antizyklisch – zu einer umgekehrten Widersprüchlichkeit als in den beiden Befehlen von Strauß. Ausgerechnet Reichenau konterkarierte seinen fanatischen Befehl vom 10. Oktober 1941 während der Krise der sowjetischen Gegenoffensive durch eine Denkschrift, die er bei seinem frühen Tod am 17. Januar 1942 als Entwurf hinterließ und die dann von seinem Nachfolger in der Führung der Heeresgruppe Süd, Generalfeldmarschall v. Bock, an das OKH und Hitler weitergereicht wurde[65]. Reichenau beklagte jetzt – angesichts der „Tatsache, daß mit einer baldigen Entscheidung im Osten, wie überhaupt des ganzen Krieges, nicht mehr gerechnet werden kann" – das Fehlen von „politische[n], wirtschaftliche[n] und kulturelle[n] Richtlinien", das ein „propagandistisches Vakuum" und „z.T. sogar ein Neben- und Gegeneinander amtlicher Auslassungen" mit sich gebracht habe. Die anfangs günstige Stimmung der ukrainischen Bevölkerung habe sich im ersten halben Jahr der Besatzungszeit erheblich verschlechtert: „Der letzte Bauer hat schließlich begriffen, daß der Deutsche nicht als selbstloser Befreier ins Land kam, sondern neben der Niederringung der bolschewistischen Gefahr sehr reale Ziele verfolge. Äußerungen und Maßnahmen führender Beauftragter des Reiches haben zudem den Eindruck aufkommen lassen, daß der Ukraine nur die Bedeutung eines kolonial auszubeutenden Gebietes zukomme, daß keine Rücksicht auf die Existenz der Bevölkerung genommen werden solle und daß der Hungertod oder die Vernichtung von Millionen von Ukrainern für den deutschen Eroberer keine Rolle spiele." Eine Bevölkerung, die „teilnahmslos und mißtrauisch daneben steht oder gar in zunächst passive, später u.U. auch aktive Resistenz gedrängt wird, wird nicht nur keine Arbeitshöchstleistungen im Interesse der Besatzungsmacht erzielen, sondern bildet auch eine schwere Gefahr für die kämpfende Truppe und ihre überempfindlichen, rückwärtigen Verbindungen". Reichenau empfahl daher eine aktive Propaganda in die Bevölkerung, u.a. durch eine Agrarreform, eine beschränkte Autonomie, eine Nothilfe gegen den Hunger, die Bildung nationalukrainischer Kampfeinheiten unter deutscher Führung und die Entlassung aller ukrainischen Kriegsgefangenen. Nur so meinte er die „schwersten Gefahren für die Kriegführung" abwenden zu können, die eine deutschfeindliche Ukraine be-

[65] Denkschrift Reichenaus, o.D. [Januar 1942], in: BA-MA, RW 31/203. Vgl. Bock, Kriegstagebuch, S. 365 (24. 1. 1942): „In Reichenaus Nachlaß befindet sich der Entwurf eines Vorschlages an den Führer mit dem Ziel, die ukrainische Bevölkerung durch zweckmäßige Maßnahmen zu positiver Mitarbeit zu bringen und so zum Mitkämpfer gegen die Bolschewiken zu machen. Der Vorschlag deckt sich im Grundgedanken mit der Ansicht, die ich schon in Smolensk einem Mitarbeiter Rosenbergs gegenüber vertrat. Ich lege deshalb Reichenaus Schreiben dem Oberkommando des Heeres vor, um es zur Kenntnis des Führers zu bringen." Ob die Denkschrift aus der Feder Reichenaus oder eines seiner Mitarbeiter stammt, ist nicht ganz klar. Ein Bericht des Vertreters des Auswärtigen Amts beim AOK 6 vom 26. 3. 1942 über die „Stimmung in der ukrainischen Bevölkerung und propagandistische Einwirkungsmöglichkeiten", in: PA-AA, R 60763, stimmt in Teilen wörtlich mit der Reichenau-Denkschrift überein, so dass auch eine Urheberschaft des Legationsrats Conrad v. Schubert denkbar ist.

deuten würde. Diese Denkschrift war eine Abkehr von der Strategie des Terrors und der Friedhofsruhe, für die ausgerechnet dieser Oberbefehlshaber im ersten Feldzugshalbjahr wie kein Zweiter gestanden hatte.

Die überraschenden Ausführungen Reichenaus markierten den Beginn einer neuen Phase von Denkschriften und Befehlen, die sich für die Wende zu einer konstruktiven Besatzungsherrschaft einsetzten. Die Argumente waren an sich nicht neu – schließlich hatte etwa Feldmarschall v. Bock bereits ein halbes Jahr vorher auf die Notwendigkeit einer Kooperation der Bevölkerung hingewiesen[66]. Doch erhielten solche Vorschläge, die aus der Truppenführung schon zuvor hin und wieder – wenn auch in gedämpftem Ton – laut geworden waren, nun eine neue Qualität. Sie wurden wesentlich häufiger und grundsätzlicher, nachdrücklicher und dringlicher vorgetragen als zuvor. Der Grund für diese Intensivierung der Gegenentwürfe zum blanken Besatzungsterror lag auf der Hand. Im Januar/Februar 1942 wurde der Höhepunkt der militärischen Krise überschritten. Das deutsche Ostheer war schwer geschlagen, aber nicht vernichtet worden, es zeichnete sich eine allmähliche Stabilisierung der Front ab. Mit einem baldigen Ende des Krieges und der militärischen Besatzung konnte nicht gerechnet werden, ebenso wenig mit Ruhe, Sicherheit und effizienter Ausbeutung in den rückwärtigen Gebieten, in denen Industrie und Landwirtschaft brach lagen und die Partisanen immer wirksamer die Schwäche der deutschen Sicherungskräfte ausnutzten, die wegen des Frontbedarfs ständig reduziert wurden.

Diese prekäre Lage veranlasste nach Reichenau und Bock auch die Oberbefehlshaber der anderen beiden Heeresgruppen zu alarmierenden Eingaben an höchster Stelle. Generaloberst Georg v. Küchler, der nun die Heeresgruppe Nord führte, rang sich zum Eingeständnis durch, dass die Sicherung der Flanken und rückwärtigen Verbindungen „niemals, so wirksam dieses Mittel auch ist, durch die Furcht allein erreicht werden" könne[67]. Neben die „Verbreitung von Furcht und Schrecken" müsse daher „das Streben treten, das materielle Interesse aller übrigen Teile der Bevölkerung, insbesondere der Bauern, unlösbar mit den deutschen Lebensinteressen zu verknüpfen", wobei Küchler vor allem eine Landverteilung im Auge hatte[68]. Generalfeldmarschall Günther v. Kluge, der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, verwies auf das Anwachsen der Partisanenbewegung und mahnte[69]: „Die ungenügende propagandistische Beeinflussung, das Ausbleiben positiver wirtschaftlicher und kultureller Zugeständnisse im Gegensatz zu den überall bekannten Versprechen Stalins sowie nicht zuletzt das die Bevölkerung tief beeindruckende Gefangenenelend verschärfen den Widerstand im gesamten rückw. Gebiet mehr und mehr."

[66] Bock, Kriegstagebuch, S. 227 (22. 7. 1941). Vgl. oben.

[67] Küchler (H.Gr.Kdo. Nord, Ia/Ib, Nr. 1420/42 geh.) an OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., 6. 2. 1942, in: BA-MA, RW 31/883.

[68] „Der Bauer wird in diesem Fall nicht nur einen weit aktiveren Beitrag als bisher dazu leisten, um in den weiten Räumen der rückw. Armee- und Heeresgebiete Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, sondern er wird auch, arbeitsam wie er im Grunde ist, zum unmittelbaren Nutzen der Ernährung der Truppe weit mehr aus dem Boden herauswirtschaften als wenn ihm keine klare Lösung der Besitzverhältnisse in dem angeregten Sinne geboten wird."

[69] Kluge (H.Gr.Kdo. Mitte, OB, Ia, Nr. 1430/42 g.Kdos.Chefs.) an Halder, 24. 2. 1942, in: BA-MA, RH 21–4/52.

Auch die Armeeoberbefehlshaber standen mit grundsätzlichen Auslassungen im Frühjahr 1942 nicht zurück, ganz gleich, ob sie im Norden, in der Mitte oder im Süden der Ostfront eingesetzt waren. Der Oberbefehlshaber der 4. Armee, General Gotthard Heinrici, trat am 12. März 1942 mit detaillierten Vorschlägen „zur Behandlung der Bevölkerung in den eroberten Ostgebieten" hervor, die auch in den Zentralstellen kursierten[70]. Er fasste dabei „die praktischen Erfahrungen aus den letzten 8 Monaten" zusammen. Auch Heinrici konstatierte, dass die nicht mehr absehbare Dauer des Ostkriegs und die unbedingte Notwendigkeit einer Befriedung des Landes sowie politische und wirtschaftliche Gründe die „Erwerbung des Vertrauens der Einwohner" unabdingbar machten. Dem stehe aber nach wie vor die „zum Teil fehlerhafte Behandlung von deutscher Seite" entgegen: überflüssige Härten, rücksichtslose Requirierungen, eine „zur Schau getragene Verachtung" gegenüber der russischen Bevölkerung, die mangelnde Fürsorge für die Kriegsgefangenen[71], die schlechte Ernährungslage. Aus diesem Sündenkatalog wurden die notwendigen Gegenmaßnahmen entwickelt: aktive, „positive" Propaganda mit klaren politischen Perspektiven, ausreichende Ernährung der Bevölkerung und der Gefangenen, Landverteilung, Förderung von Handel und Gewerbe, begrenzte Selbstverwaltung, Förderung der Religion, stärkere Einbindung von Hilfspolizisten und Selbstschutzverbänden. Besonders eine behutsame, „freundliche" Behandlung der Russen lag Heinrici am Herzen, um so mehr, da auch er die russische Lebens- und Wesensart für „völlig fremd" hielt[72] und die Gefahren erkannte, die aus diesem Gefühl der Fremdheit erwuchsen. Um Konflikte durch ein zu häufiges Aufeinandertreffen von Besatzern und Besetzten zu meiden, schlug er vor, das Gefechtsgebiet in einer Tiefe von fünf bis zehn Kilometern von der Bevölkerung zu räumen. Dort, wo die meisten Soldaten des Ostheeres untergebracht waren, sollten sie weitgehend unter sich sein, da ein gutes Auskommen mit der Bevölkerung unter diesen Bedingungen nicht vorauszusetzen war.

Die Argumente Heinricis für eine bessere Behandlung der Zivilbevölkerung flossen – teilweise wörtlich – in das Merkblatt „Der deutsche Soldat im Osten" ein, das er kurze Zeit darauf an die Soldaten seiner Armee ausgeben ließ[73]. Dabei bestätigte er unverhohlen die politisch-ideologische Parole, dass die deutschen Truppen im Osten die Aufgabe hätten, „dem deutschen Volk *den Lebensraum*

[70] Denkschrift Heinricis (AOK 4, Ia/Ic, Nr. 144/42 geh.) „Vorschläge zur Behandlung der Bevölkerung in den eroberten Ostgebieten", 12. 3. 1942, in: BAB, R 6/429, Bl. 13–19.

[71] „Beim Gegner wurde sie als willkommene Propaganda für die schlechte Behandlung der Gefangenen durch die Deutschen zur Einschüchterung und Warnung der Rotarmisten vor Überlaufen aufgegriffen. Schlagartig sank die Zahl der Überläufer ab. Eine erhebliche Verschärfung der Kampfesweise war die weitere Folge. Zur Reinerhaltung der Ehre des deutschen Soldaten und aus Gründen der Manneszucht und der Aussenpolitik muss unter allen Umständen dafür gesorgt werden, dass die Behandlung der Gefangenen einwandfrei bleibt."

[72] „Schon früher haben wir bei den russischen Menschen mit einer anderen uns unverständlichen Lebensart, anderen Auffassungen z. B. über ‚Ordnung', ‚Sauberkeit', ‚Schnelligkeit der Arbeit' usw. rechnen müssen. Ganz besonders aber ist dem Deutschen das Wesen des asiatisch-bolschewistischen Systems, das die breite Masse verproletarisiert und willenlos gemacht hat, die Art der Menschen zu leben und zu sterben, völlig fremd." Vgl. auch Heinricis Beschreibungen dieser „Fremdheit" in seinen Briefen und Tagebüchern, in: Hürter, General, passim.

[73] Merkblatt Heinricis (AOK 4, OB) „Der deutsche Soldat im Osten", 21. 3. 1942, in: BA-MA, RH 20-4/294. „Unnötige Härten, Ungesetzlichkeiten oder zur Schau getragene Mißachtung sind ebenso schädlich wie hemmungslose Vertrauensseligkeit."

[zu] schaffen, den es zu seiner Existenz und Sicherung braucht". Der Kampf gegen den zähen „jüdisch-bolschewistischen" Gegner müsse „hart und mit allen Mitteln" geführt werden. Zugleich müssten Kriegsgefangene und Zivilisten aber dennoch menschlich behandelt werden, denn der deutsche Soldat habe im Osten „außer den rein militärischen Aufgaben auch einen politisch-wirtschaftlichen Auftrag zu erfüllen". Hier wurde die Argumentation des „Reichenau-Befehls" ins Kooperative, Positive gewendet. Der Wehrmachtsangehörige sollte nach den Vorstellungen Heinricis über sein „einseitiges Soldatentum" hinaus nicht „Träger einer unerbittlichen völkischen Idee" und „Rächer" sein[74], sondern Propagandist einer überlegenen Moral, der den Bewohnern der besetzten Gebiete eine Perspektive an der Seite der deutschen Eroberer aufzeigte: „Wir aber brauchen das Vertrauen, den guten Willen und die Mitarbeit dieser Menschen in militärischer, wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Das Vorbild, das sie an den deutschen Soldaten, mit denen sie zusammenkommen, sehen, soll ihnen unsere Überlegenheit in geistiger und seelischer Hinsicht vor Augen führen. Durch dieses Vorbild sollen sie vom Bolschewismus abgezogen und für die Anschauung des deutschen Menschen gewonnen werden."

Wie ernst es der Oberbefehlshaber der 4. Armee mit diesen Vorstellungen meinte und gleichzeitig: wie schwierig es war, seine Soldaten damit zu erreichen und davon zu überzeugen, zeigte der Befehl, mit dem er drei Monate später, ausgerechnet am Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, nachdrücklich an „die Anständigkeit und ordentliche Gesinnung der Masse unserer Soldaten" appellierte[75]: „Die endgültige Befriedung des besetzten Gebietes erfordert, dass die russische Bevölkerung sich den eigenen Aufbaumassnahmen willig einfügt und bei den weiter durchzuführenden Sicherungsaufgaben mitarbeitet. Sie muss empfinden, dass die Besetzung des Landes durch die eigenen Truppen für sie Befreiung von Druck und wirtschaftlicher Not bedeutet. Voraussetzung hierfür ist ein diszipliniertes Verhalten der eigenen Truppe. Die Ehre des deutschen Soldaten verlangt ein anständiges Auftreten gegenüber der Bevölkerung in den besetzten Gebieten." Daher dürfe sich der einzelne Soldat keinesfalls nach Gutdünken aus dem Land versorgen. Unberechtigte Wegnahme sei Plünderung, und Plünderer würden als Verbrecher verurteilt, ja in schweren Fällen mit dem Tod bestraft. Am Ende des ersten Jahres eines Feldzugs, der im Juni 1941 mit größter Rücksichtslosigkeit begonnen worden war, stand somit bei dieser Armee der Appell, dass sich jeder einzelne deutsche Soldat in den besetzten Gebieten gut zu benehmen habe.

Die verschiedenen Bekenntnisse Heinricis zu einer moderaten und kooperativen Linie waren bezeichnend für die Haltung der Truppenoberbefehlshaber im Frühjahr und Frühsommer 1942. Die Beispiele ließen sich fortsetzen. So forderte etwa Rudolf Schmidt, jetzt Oberbefehlshaber der 2. Panzerarmee, selbst gegen diesen „unmenschlichen Gegner" den Hass zu unterdrücken und die Überlegenheit „in Disziplin und geistiger Haltung" zu wahren, auf die sich der „Führungs-

[74] So der Befehl Reichenaus (AOK 6, Ia, Az. 7) „Verhalten der Truppe im Ostraum", 10. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 339.

[75] Befehl Heinricis (AOK 4, OB, Ic/AO/Abw. III, Nr. 1870/42 geh.) „Befriedung der besetzten Gebiete, Aufrechterhaltung der Manneszucht", 22. 6. 1942, in: BA-MA, RH 20–4/346.

anspruch des deutschen Volkes" begründe[76]. Der Kampf gelte „lediglich den Verfechtern des bolschewistischen Systems, der Roten Armee, den Partisanen und den aktiven Parteifunktionären, nicht hingegen der Bevölkerung und den gefangenen Soldaten"[77]. Daher plädierte auch er mit Blick auf „die weitere Kampfführung, die Partisanenbekämpfung und den späteren Aufbau des Landes" für ein gutes Verhältnis zur Bevölkerung und befahl, Vergewaltigungen und Notzucht sowie wildes Beitreiben und Plündern streng zu bestrafen. Jeder Bauernfamilie müsse „das zum Leben notwendige (eine Kuh!)" belassen werden. Auch der beschwörende Ton dieser Richtlinien machte deutlich, dass Verfehlungen der Truppe gegenüber Zivilisten und Kriegsgefangenen immer noch gang und gäbe waren: „Es muss jedem Soldaten klar sein, dass ein durch falsche Behandlung in die Arme der Partisanen getriebener Einwohner ihm morgen mit der Waffe in der Hand entgegenstehen kann." Bezeichnenderweise ordnete Schmidt an, den Befehl allen Armeeangehörigen bekannt zu geben, dann aber zu vernichten und den Vollzug der Vernichtung zu melden. Außerdem wurden alle entgegenstehenden Befehle aufgehoben und widerrufen. Das Oberkommando dieser Armee wusste sehr wohl, wie es inzwischen um die „Disziplin und geistige Haltung" ihrer Soldaten durch die ideologischen Freibriefe und widersprüchlichen, teils aufhetzenden, teils mäßigenden Befehle bestellt war. Noch am Ende des ersten Feldzugsjahres musste Generaloberst Schmidt seine Soldaten daran erinnern, dass selbst im Partisanenkrieg nicht „wahllos auf Menschen, Vieh und Geflügel" geschossen werden dürfe und der Kampf nicht gegen Frauen und Kinder geführt werde[78].

Schmidt griff im Frühjahr und Sommer 1942 verstärkt die Gedanken wieder auf, die er bereits im September 1941 ohne große Wirkung zu Papier gebracht hatte, und spann sie angesichts der veränderten militärischen Lage fort. Als ihn am 26. Juni 1942 die beiden wehrwirtschaftlichen Generale Wolfgang Weigand (Wirtschaftsinspektion Mitte) und Hans Nagel (Wirtschaftsstab Ost) in seinem Hauptquartier in Orel besuchten, sprach er „sehr ausführlich und interessant" über seine Ideen[79]: „Er will darauf hinaus, die Russen in stärkster Form für uns zu gewinnen und will alle Mittel dafür angewendet haben, da wir nicht in der Lage sind, eine Front hinter unserem Rücken, wie sie jetzt schon entstanden ist, weiterhin zu dulden. Er erinnert an das Verfahren der Türken, die ihre Janitscharen, ihre besten Vorkämpfer, dadurch gewonnen haben, daß sie die besten Söhne der besiegten Völker diesen weggenommen und in türkischem Geiste und Sinn erzogen und eingesetzt haben. Er glaubt das auch mit den Russen machen zu können. [...] Er will auch auf ein Salzmonopol heraus in seinem Bereich, um damit die Ernährung der Zivilbevölkerung besser zu gestalten, die sich sehr schwierig in Orel anläßt."

[76] Befehl Schmidts (Pz.AOK 2, Ic/AO, Nr. 83/42 geh.) „Behandlung von Kriegsgefangenen, Partisanen, Feindkundschaftern und der Bevölkerung", 3. 3. 1942, in: BA-MA, RH 21–2/867a.

[77] „Das Reich führt den Krieg nicht gegen die Russen, sondern gegen den Deutschland bedrohenden Bolschewismus."

[78] Befehl Schmidts (Pz.AOK 2, OB, Nr. 1102/42 geh.) „Verhalten gegen die Zivilbevölkerung", 19. 6. 1942, in: BA-MA, RH 21–2/338.

[79] Wirtschaftsinspektion Mitte, KTB, 26. 6. 1942, in: BA-MA, RW 31/557. Für den Hinweis auf dieses Dokument danke ich Herrn Jörn Hasenclever, Berlin.

Schmidt zielte, wenn auch mit seinem Janitscharen-Vergleich eher krude und gewissen SS-Phantasien recht nahe[80], auf eine erhebliche Ausweitung der Kooperation und Kollaboration, die besonders in den russischen und weißrussischen, aber auch in den ukrainischen und selbst in den baltischen Besatzungsgebieten im ersten Jahr des Feldzugs teils zu wenig, teils gar nicht gefördert worden war. Zwar war vor allem im Baltikum und in der Ukraine der Bevölkerung schon frühzeitig ein begrenzter Selbstschutz und eine untere Selbstverwaltung gestattet worden, doch darüber hinaus fehlten größere Zugeständnisse an die Autonomiebestrebungen und Nationalbewegungen. Das galt besonders für das Operationsgebiet. Zu einer echten Kooperation oder gar „Waffenbrüderschaft" kam es nicht. Da Hitler eine tiefe Abneigung gegen das Waffenbündnis mit den „Sowjetvölkern" hegte und lange Zeit namentlich die „slawischen Untermenschen" über die notwendigste Ausstattung der für die Deutschen tätigen Ordnungsdienste (Hilfspolizei) hinaus nicht bewaffnen und uniformieren lassen wollte, konnten ab August 1941 lediglich einige estnische Sicherungsbataillone durch die 18. Armee[81] und ab Januar 1942 einige krimtatarische Hilfstruppen durch die 11. Armee[82] aufgestellt werden. Erst als sich die militärische Lage an der Ostfront weiter verschlechterte, waren die Besatzungsherren mehr und mehr bereit, die Völker der Sowjetunion und auch die Russen nicht nur durch Druck und Zwang, sondern auch durch Werbung und Entgegenkommen für die deutsche Sache einzuspannen. Doch das liegt bereits jenseits des Zeitraums dieser Studie[83]. Auf das erste Jahr des Ostfeldzugs werfen die Vorschläge ein bezeichnendes Licht, die General Max v. Schenckendorff, der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte, am 29. Mai 1942 gegenüber Ostminister Alfred Rosenberg äußerte[84]: „Die führenden Schichten der Bevölkerung bewegt die Sorge um die Zukunft des Landes. Der Befehlshaber bittet, der Bevölkerung Ziele einfachster Art zu geben, die zeigen, dass sich der Kampf gegen den Bolschewismus für die Bevölkerung lohne. Als sehr erwünscht wird die Einsetzung von Scheinregierungen bezeichnet. Bei der Bekanntgabe derartiger Ziele werde die Aufstellung von grösseren Kontingenten gegen den Bolschewismus leicht sein. Es wird gebeten, den Begriff der Kolonisation zu vermeiden."

Die Geister, die man – d. h. in erster Linie die Staats-, Wehrmachts- und Heeresführung, aber teilweise auch die Truppenführung – gerufen hatte, wollte man wie-

[80] Das wurde auch ebd. erkannt: „Tatsächlich hörten wir, daß die SS auf dem besten Wege dazu ist. Das bewies später auch ein Besuch des Arbeitsamtes in Bobruisk, wo die dort arbeitenden vorzüglichen Blondinen von ganz germanischem Äusseren waren."

[81] Vgl. den Befehl Küchlers (AOK 18, O.Qu./Qu. 2/Ic/IVa, Nr. 1236/41) „Aufstellung von estnischen Sicherungs-Batl. für Rußland", 21. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1207. Nicht nur in Estland, sondern auch in Litauen und Lettland stützte sich die deutsche Herrschaft auf die Mitarbeit der nationalen Eliten, die auch dort zur Aufstellung von Schutzmannschaftsbataillonen zur Unterstützung der Ordnungspolizei im Zivilverwaltungsgebiet führte. Insgesamt wurden aber die nationalen Aspirationen im Baltikum bitter enttäuscht. Vgl. Myllyniemi, Neuordnung.

[82] Vgl. Hoffmann, Ostlegionen, S. 39–50. Zur Sonderrolle der Muslime unter deutscher Besatzungsherrschaft vgl. auch Mühlen, Hakenkreuz, passim.

[83] Das Thema Kollaboration kann hier ohnehin nur gestreift werden, da es in den größeren Zusammenhang der wechselseitigen Beziehungen gestellt werden muss. Vgl. die Hinweise von Chiari, Hoffnung; DRZW, Bd. 9/2, S. 877–976 (Beitrag Chiari).

[84] Aufzeichnung des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete über den Lagebericht Schenckendorffs in Smolensk am 29. 5. 1942, 2. 6. 1942, in: BAB, R 6/217, Bl. 1–6, hier Bl. 3.

der loswerden. Das erwies sich trotz aller Vorschläge, Appelle und Befehle als äußerst schwierig, und gerade die sich in diesen Monaten beinahe stereotyp und an allen Abschnitten der Ostfront wiederholenden Bemühungen um eine Kehrtwende zeigen, *wie* schwierig es war. In den besetzten Ostgebieten hatte sich sowohl bei den Besatzern als auch bei den Landesbewohnern die Vorstellung festgesetzt, dass der eroberte Teil der Sowjetunion nichts weiter als ein Objekt kolonialer Ausbeutung sei. Diese Überzeugung trug zum Auftreten der Soldaten wie zum Misstrauen der Zivilisten bei. Auch diesen – mit den Zielen Hitlers und der NS-Ideologie ja durchaus konformen – Eindruck versuchten manche Oberbefehlshaber zu relativieren. So untersagte Hermann Hoth den Soldaten der 17. Armee „falschverstandenes Herrentum" und Äußerungen, „die das Ehrgefühl und den Nationalstolz der großen Masse verletzen wie z. B.: ‚Die Ukraine ist eine deutsche Kolonie.' [...] Vielmehr ist zu betonen, daß die Ukraine unter deutscher Anleitung und unter Mitarbeit des ukrainischen Volkes in die politische und wirtschaftliche Neuordnung Europas eingezogen werden soll."[85] Daher sollte die Bevölkerung auch, anders als durch den Kriegsgerichtsbarkeitserlass vermittelt, nicht mehr rechtlos der Willkür der deutschen „Kolonialherren" ausgeliefert sein[86]. Auch Rudolf Schmidt wandte sich deutlich gegen die Äußerungen verschiedener Dienststellen, „dass die von uns besetzten Ostgebiete deutsches Kolonialland seien, und dass auch die Bevölkerung wie die Einwohner von *Kolonien* zu behandeln sei"[87]. Dieser Oberbefehlshaber im mittleren Frontbereich sprach teilweise – ob bewusst oder unbewusst – gegen die eigentlichen Intentionen Hitlers und seiner Wirtschafts- und Raumplaner, um die Angehörigen seiner Armee zu größerer Zurückhaltung zu mäßigen: „Eine Behandlung der besetzten Ostgebiete wie überseeische Kolonien ist in keiner Weise beabsichtigt. Die geplanten Siedlungen können im Osten auch ohne eine weitgehende Beeinträchtigung der Interessen des Landes vorgenommen werden. Was die Erträgnisse des Landes angeht, so sollen diese von Deutschland und dem übrigen Europa später im Austausch gegen Fertigprodukte erworben werden."

Diesen Dokumenten ist deutlich anzumerken, wie unheimlich der höchsten Truppenführung jetzt, nach dem endgültigen Scheitern aller Hoffnungen auf einen baldigen Sieg, die eigene Hybris war, mit der man weniger als ein Jahr zuvor militärisch, politisch und ideologisch das „Unternehmen Barbarossa" begonnen hatte. Trotz aller frühen Bemühungen, die eigenen Soldaten an die Kandare zu

[85] Befehl Hoths (AOK 17, Ic/AO), 3. 4. 1942, in: BA-MA, RH 20–17/341. „Die Sicherheit der kämpfenden Truppe verlangt Ruhe und Ordnung in den rückwärtigen Gebieten. Dazu ist es notwendig, die Bevölkerung trotz Krieg und Entbehrungen zur freiwilligen Mitarbeit zu gewinnen. Psychologisch richtige Behandlung kann bei der Veranlagung der ukrainischen Bevölkerung die Stimmung entscheidend zu unseren Gunsten beeinflussen, Ungerechtigkeit und Verletzung des Nationalstolzes umgekehrt die Masse zur Ablehnung und damit zu Sabotage und Partisanentum treiben."

[86] „Gerechtigkeit ist die Grundlage des Vertrauens. Die Bevölkerung muß hart angefaßt werden, aber sie muß das Gefühl haben, nicht rechtlos zu sein."

[87] Befehl Schmidts (Pz.AOK 2, O.Qu./Qu. 2/Ic, Nr. 973/42 geh.) „Propaganda", 7. 5. 1942, in: BA-MA, RH 21–2/897. „Die Gegenpropaganda hat sich bereits weitgehend zur Stärkung des Widerstandswillens der Bevölkerung und der Truppe des Arguments bedient, dass Deutschland ja garnicht gegen den Bolschewismus kämpfe, sondern die besetzten Ostgebiete nicht nur für immer behalten wolle, um sie weitgehend zu besiedeln, sondern sie auch noch wirtschaftlich rücksichtslos auszubeuten gedenke."

nehmen und von eigenmächtigen Übergriffen auf Zivilisten und ihr Eigentum abzubringen: Am Anfang hatte man geglaubt, die Interessen der Bevölkerung weitgehend ignorieren zu können. Dagegen wurde die Truppe nun immer wieder belehrt, wie wesentlich ihre Haltung gegenüber der Zivilbevölkerung zur endgültigen Befriedung der besetzten Gebiete beitrage[88]. Ging es in der zweiten Jahreshälfte 1941 vor allem um den disziplinarischen Aspekt „korrekten" Auftretens, das rücksichtslose Härte auf Befehl eines verantwortlichen Offiziers freilich nicht ausschloss, so war den Oberbefehlshabern in der ersten Jahreshälfte 1942 stärker als zuvor daran gelegen, durch eine nicht nur im einzelnen korrekte, sondern insgesamt konstruktive Behandlung der Bevölkerung auch politische Signale zu setzen – im wohlverstandenen Interesse der alten Ziele Sicherung und Ausbeutung. Auch wenn ihnen die Probleme der Besatzungsherrschaft oder gar Besatzungspolitik nicht lagen und sie ihre Armeen am liebsten in menschenleeren Räumen bewegt hätten, erkannten sie jetzt doch, dass der überraschend langwierige Krieg gegen die Sowjetunion ohne Berücksichtigung der Einwohner und ihrer Lebensinteressen kaum zu gewinnen sei.

Das Umdenken vollzog sich nicht über Nacht, sondern war schon kurz nach Beginn des Feldzugs in der Argumentation einiger Befehle angelegt. An diesen Befehlen lässt sich ersehen, dass manche Generale des Ostheeres die brutalen Vorgaben der obersten Führung zwar akzeptierten, dass ihnen aber bei diesem blanken Bruch mit den herkömmlichen Regeln des Krieges nicht wohl war. Bei allen Unterschieden, je nach Person, Frontabschnitt und Zeitpunkt, lässt sich aber feststellen, dass von der höchsten Truppengeneralität die Beschäftigung mit Fragen jenseits der eigentlichen taktischen und operativen Führung eher als Luxus aufgefasst wurde, den man sich nur in Zeiten relativ ruhiger und stabiler Frontlagen meinte leisten zu können. In den Phasen des wilden Vorpreschens oder verzweifelten Abwehrkampfes spielten die Rücksicht auf die Bevölkerung oder gar das Durchdenken langfristiger Pläne höchstens eine untergeordnete Rolle. Nach der Niederlage vor Moskau gewannen die vorher eher zaghaften und in ihrem Schwanken zwischen Mäßigung und Härte häufig widersprüchlichen Vorstöße der Truppenführung aber an Intensität und Perspektive. Der Tenor der zahlreichen Grundsatzbefehle und Denkschriften über die Behandlung der Zivilbevölkerung war nun so gleichlautend und eindringlich, dass im Frühjahr und Sommer 1942 das allgemeine Votum der Oberbefehlshaber zugunsten einer Neuorientierung der Besatzungsherrschaft nicht mehr zu überhören war. Auch das OKH reagierte und gab am 10. Mai 1942 neue „Richtlinien für die Behandlung der einheimischen Bevölkerung im Osten" heraus, um die *„arbeits- und aufbauwillige Einstellung der Bevölkerung"* als Voraussetzung der „Befriedung" und des „Wiederaufbaus" der rückwärtigen Gebiete zu erhalten[89]. Allerdings strotzten diese Richtlinien nur so vor Arroganz und Überhebung, die allen positiven Ansätzen in der Besatzungspolitik Hohn sprechen mussten[90].

[88] Befehl Kluges (H.Gr.Kdo. Mitte, OB, Ic/AO, Nr. 695/42 geh.), 9. 6. 1942, in: BA-MA, RH 20–4/346.

[89] Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/303342 geh.) „Behandlung der einheimischen Bevölkerung im Osten", 10. 5. 1942, in: BAB, R 6/429, Bl. 9.

[90] „Richtlinien für die Behandlung der einheimischen Bevölkerung im Osten", ebd. Bl. 10f., als An-

Auch die Vorstellungen und Vorschläge der maßgeblichen Truppenführer waren und blieben insgesamt grob und holzschnittartig. Rassistische Stereotype und teilweise geradezu primitive Vorstellungen von den Aufgaben in einem besetzten Land, zumindest aber ein eklatantes Unverständnis für diese Gebiete und ihre Bewohner wie überhaupt für Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft außerhalb der deutschen Grenzen prägten beinahe jeden Satz. Damit bestätigen diese dienstlichen Äußerungen der Oberbefehlshaber den Kern ihrer privaten Aufzeichnungen: die völlige Fremdheit gegenüber den im Osten vorgefundenen Verhältnissen, die nach den Verwüstungen durch Stalinismus und Krieg vielen Klischees deutscher Propaganda zu entsprechen schienen, aber auch die völlige Hilflosigkeit gegenüber der Frage, was aus diesem wüsten Land und seiner Bevölkerung werden solle. Diese Fremdheit begünstigte die Bereitschaft, in einem fremden Land zu fremden Mitteln der Kriegführung und Besatzungsherrschaft greifen zu müssen und zu dürfen. Eine schonende oder gar fürsorgliche Behandlung der Zivilisten wurde daher mehr als Gnade und weniger als Selbstverständlichkeit angesehen. Das Ziel größtmöglicher Ausnutzung des Landes für die deutschen Interessen, sowohl jetzt wie auf lange Sicht, stand ohnehin nicht ernsthaft zur Debatte, sollte höchstens verschleiert und gemildert werden. Außerdem wurde sehr wohl auch von der höchsten Truppenführung zwischen den unterschiedlichen Ethnien der Sowjetunion, zwischen der Stadt- und Landbevölkerung, zwischen den einzelnen Gesellschaftsschichten so differenziert, dass die – letztlich mörderische – Einteilung in „gutwillige" und „feindselige", in „wertvolle" und „nutzlose" Zivilisten mit allen Konsequenzen bestehen blieb.

Eins bleibt trotz dieser Einschränkungen immerhin bemerkenswert: Früher als die militärischen Zentralstellen OKH und OKW, früher als Hitler und seine Umgebung[91], früher als die zivilen Ministerien und Behörden, ja früher selbst als Rosenbergs Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und das Auswärtige Amt, die sich am ehesten für eine konstruktive Besatzungs- und Ostpolitik einsetzten[92], schlugen die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen relativ moderate Töne gegenüber der Bevölkerung an. Sie griffen dabei keine höheren Befehle aus Berlin oder dem „Führerhauptquartier" auf, sondern kamen vor Ort selbständig zur Erkenntnis, dass ein Hinwegfahren über alle Bedürfnisse der an-

lage: Der deutsche Soldat „soll als Herr im Osten empfunden werden. Herrentum darf niemals in Verachtung gegenüber wehrlosen Besiegten ausarten. Der Russe ist folgsam und willig, wenn er hart, aber gerecht behandelt wird. Für eine schnelle Befriedung der eroberten Gebiete ist das hierauf beruhende Vertrauen der Bevölkerung unerlässlich. [...] Auf der anderen Seite erfordert die Beherrschung der besetzten Gebiete und die Ausnutzung des Landes Härte. Jede Weichheit und Nachgiebigkeit wäre fehl am Platze. [...] Der Soldat muss durch strenge aber gerechte Behandlung der Bevölkerung der beste Propagandist des Grossdeutschen Reiches sein."

[91] Dass auch dort nach der Winterkrise vor Moskau ein Umdenken einsetzte, zeigt u.a. das Tagebuch des Propagandaministers Goebbels vom 29. 4. 1942, in: Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 4, S. 201: „Die neue Parole: ‚Land für die Bauern!' hat unter der bäuerlichen Bevölkerung außerordentlich stark gewirkt. Wir hätten das viel früher haben können, wenn wir eine etwas klügere und weitsichtigere Politik betrieben hätten. Aber wir waren allzu sehr auf einen kurzen Feldzug eingestellt und haben den Sieg so greifbar nahe vor Augen gesehen, daß wir geglaubt haben, uns mit solchen psychologischen Fragen nicht besonders beschäftigen zu müssen. Was wir damit versäumten, müssen wir heute in schwerer Arbeit nachzuholen versuchen."

[92] Vgl. Dallin, Herrschaft, passim. Die „Reformer" besonders im Ostministerium richteten ihre Anstrengungen, die seit Ende 1941 intensiviert wurden, vor allem auf die Nationalitätenfrage und die Agrarfrage.

geblich „minderwertigen" Landesbewohner und ihre Kujonierung nach Maßgabe des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses zwar in einem kurzen, heftigen Feldzug, nicht aber in einem langwierigen Ringen tief in Feindesgebiet möglich seien. Oder mit den Worten eines dieser Generale, Adolf Strauß[93]: „Wäre der Rußlandfeldzug ein Blitzkrieg gewesen, hätten wir die Zivilbevölkerung nicht in Rechnung zu ziehen brauchen. Aber ein Ende ist nicht abzusehen. [...] Unter diesen Umständen ist es unvernünftig, einen Kurs zu verfolgen, der uns die Zivilbevölkerung 100%ig zum Feind macht." Im Vordergrund stand auch hier weniger eine berechenbare politische oder moralische Überzeugung, sondern ein militärischer Pragmatismus, der je nach Stand der Dinge Angst und Schrecken über die Bevölkerung der besetzten Ostgebiete bringen oder sie davor bewahren konnte.

Doch wie gestaltete sich die Umsetzung all dieser Befehle und Denkschriften in der Realität? Blieben die Kundgebungen der Oberbefehlshaber für eine gemäßigtere Form der Besatzungsherrschaft Lippenbekenntnisse? Wie sahen neben diesen mehr oder weniger guten Vorsätzen die konkreten Maßnahmen aus? Zur Beantwortung dieser Fragen ist über die Auswertung der privaten Zeugnisse und dienstlichen Grundsatzpapiere hinaus ein Blick auf die Mechanismen von Unterdrückung und Ausbeutung in den Befehlsbereichen der Heeresgruppen und Armeen notwendig.

c. Unterdrückung

Die erste Befriedung und Sicherung der eroberten Gebiete gehören zu den klassischen Aufgaben einer Armee, die in „Feindesland" vorstößt. Das preußisch-deutsche Militär war bei der Durchführung dieses Auftrags traditionell wenig zimperlich, wie zahlreiche Beispiele aus den friderizianischen Kriegen, den Kriegen gegen Napoleon, den Einigungskriegen und dem Ersten Weltkrieg zeigen. Zur Abschreckung von Sabotage, Guerilla und Aufständen schienen Terror und Vergeltung auch gegen unbeteiligte Zivilisten schon immer die probaten Mittel zu sein. Die Feldzüge der Wehrmacht gegen Polen und Jugoslawien haben diese Tradition nicht nur fortgeführt, sondern in der Terrorisierung und Einschüchterung der Bevölkerung neue, schreckliche Maßstäbe gesetzt. Bei einem ideologisierten Krieg wie dem „Unternehmen Barbarossa", das sich nach den Worten des Oberbefehlshabers des Heeres „von Rasse gegen Rasse" richtete[94], war eine weitere Verschärfung der Maßnahmen zur Befriedung des Hinterlands fast zwangsläufig. Dies zeichnete sich bereits in der Vorbereitung des Ostfeldzugs ab[95]. So redete der grundlegende Befehl des OKH vom 3. April 1941 nicht lange um die Absicht einer rigiden Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion herum, als er das Ostheer mit der „Sicherung der großen Verkehrswege" beauftragte und erläuterte[96]: „Ak-

[93] Strauß (AOK 9) an Bock (H.Gr.Kdo. Mitte), 1. 12. 1941, in: Dallin, Herrschaft, S. 343, Anm. 2.
[94] Aufzeichnung Strachwitz' (AOK 18, Ia) über die Besprechung Brauchitschs mit den Oberbefehlshabern am 27. 3. 1941, in: NA, T 312/805.
[95] Vgl. das Kapitel II,1,c.
[96] Befehl des Oberbefehlshabers des Heeres (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. III/0315/41 g.Kdos., gez. Halder) „Besondere Anordnungen für die Versorgung Anl. 6, Teil C", 3. 4. 1941, in: Fall Barbarossa, S. 299–304, hier S. 299 und 301.

tiver oder passiver Widerstand der Zivilbevölkerung ist mit scharfen Strafmaßnahmen im Keime zu ersticken. Selbstbewußtes und rücksichtsloses Auftreten gegenüber den deutschfeindlichen Elementen wird ein wirksames Vorbeugungsmittel sein." Der Kurs, Sicherheit nicht durch konstruktive Besatzungspolitik, sondern durch brutale Unterdrückung zu erreichen, wurde anschließend in weiteren zentralen Weisungen und Besprechungen bestätigt. Den Höhepunkt bildete dabei am 13. Mai 1941 der Kriegsgerichtsbarkeitserlass Hitlers, der den gezielten Terror gegen die Zivilbevölkerung, etwa durch „kollektive Gewaltmaßnahmen", als Mittel der Abschreckung und Unterdrückung in einen nahezu rechtsfreien Raum stellte.

Diese Wege und Ziele, mit kleinsten Mitteln größte Wirkung zu erreichen, also mit den wenigen Sicherungskräften des Ostheeres Ruhe, wenn es sein musste: Friedhofsruhe, im Rücken der Front zu schaffen, wurden als militärische Notwendigkeit angesehen und daher von der höchsten Truppenführung trotz aller disziplinarischen Bedenken letztlich akzeptiert. Die Sicherung des Operationsgebiets war die Domäne der Wehrmacht, auch wenn von vornherein geplant war, neben den neun Sicherungsdivisionen und anderen Heeresformationen auch größere Einheiten der SS und Polizei einzusetzen – allerdings unter Befehl der übergeordneten militärischen Kommandostellen. Anders als die eigentlichen Sicherungsaufgaben wurden die sicherheitspolizeilichen Aufgaben der militärischen Kompetenz zum großen Teil entzogen. Das berüchtigte „Wagner-Heydrich-Abkommen" vom 28. April 1941 regelte den Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD, die im Operationsgebiet „außerhalb der Truppe" auf eigene Verantwortung ihren Beitrag zum Vernichtungskrieg der Ideologien leisten und „Exekutivmaßnahmen gegenüber der Zivilbevölkerung" durchführen durften[97]. Dass damit das Monopol der militärischen Sicherheits- und Ordnungspolizei, also der Geheimen Feldpolizei und der Feldgendarmerie, erneut gebrochen wurde, nahm die Truppenführung hin. Sie war im Grunde zufrieden, für das „weltanschauliche" Morden in ihrem Befehlsbereich nicht direkt verantwortlich zu sein. Dennoch gab es von vornherein keine klare Trennung der Aufgaben, sondern immer wieder Kooperation und Interaktion zwischen der Wehrmacht und den Einsatzgruppen. Außerdem besaßen die Oberbefehlshaber sehr wohl die Handhabe, auf die Machenschaften der SS-Kommandos Einfluss zu nehmen. Das soll in einem anderen Kapitel beschrieben werden[98].

Es wurde bereits im Zusammenhang mit der Partisanenbekämpfung erläutert, dass vom ersten Feldzugstag an nahezu alle sowjetischen Zivilisten unter den Generalverdacht gestellt wurden, potentielle Freischärler, Saboteure oder Partisanenhelfer zu sein[99]. Die erhöhte Nervosität nach Stalins Aufruf zum Partisanenkrieg, die allgemeine Freischärlerphobie und die Bekämpfung von teils eingebildetem, teils tatsächlichem Widerstand von ziviler Seite gefährdeten schon in den ersten Wochen Leib und Leben von zigtausend unbeteiligten Zivilisten. Hitler begrüßte

[97] Befehl Brauchitschs (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/2101/41 geh.) „Regelung des Einsatzes der Sicherheitspolizei und des SD im Verbande des Heeres", 28. 4. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 303 f. Vgl. Kapitel II,1,c.

[98] Vgl. Kapitel II,5.

[99] Vgl. Kapitel II,3,d.

und förderte jede Gelegenheit zur Terrorisierung der seiner Überzeugung nach „total verhetzten bolschewistischen Bevölkerung“[100]. Auf seine Initiative bestätigten OKW und OKH im Juli 1941 den Kurs des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses, indem sie „hartes und schonungsloses Durchgreifen“[101], „drakonische Maßnahmen“ sowie die Verbreitung eines Schreckens befahlen, „der allein geeignet ist, der Bevölkerung jede Lust zur Widersetzlichkeit zu nehmen“[102]. Da weder die militärischen Zentralinstanzen noch die Truppenführung des Ostheeres wirklich mit einem baldigen Auftreten großer Partisanengruppen rechneten, ging es in dieser Phase des Feldzugs vor allem um Prävention durch Abschreckung, um Sicherheit durch Terror. Diese Strategie war allerdings geeignet, nicht allein den feindseligen Teil der Bevölkerung vom Widerstand abzuhalten, sondern den gutwilligen oder gleichgültigen Teil gegen die Besatzungsmacht aufzubringen. Die Oberbefehlshaber, die ihre Soldaten zu Disziplin und Mäßigung im Verhalten gegenüber Zivilisten aufforderten, erkannten dieses Dilemma, ohne aber schon jetzt gegen die grundsätzliche Scharfmacherei einzuschreiten. Während der heftigen Grenzschlachten und tiefen Vorstöße setzten auch sie noch auf das Prinzip „Rücksichtslosigkeit“.

Ein spezielles Kapitel der deutschen Militärgeschichte sind die im Kriegsgerichtsbarkeitserlass sowie im OKH-Befehl vom 25. Juli 1941 angeordneten „kollektiven Gewaltmaßnahmen“. Auch davon war bereits die Rede[103]. Da das Verhältnis der Wehrmacht zur Bevölkerung dadurch besonders betroffen wurde, lohnt sich ein zweiter Blick. Die Oberkommandos der Armeen im Osten gaben die OKH-Richtlinien meist kommentarlos weiter, ermahnten die Truppe aber oft zur selben Zeit in anderen Befehlen, den „gutwilligen“ Teil der Bevölkerung zu schonen. In welche Richtung diese widersprüchliche Haltung ging, wurde in einem Befehl Carl-Heinrich v. Stülpnagels deutlich. In Anlehnung an die Vorgaben des OKH vom 25. Juli 1941 sprach auch er sich für Repressalmaßnahmen aus, befahl den Soldaten der 17. Armee aber, die kollektiven Maßnahmen *„nicht wahllos“* zu treffen[104]. Vielmehr sollten Kommunisten und Juden als Sündenböcke herhalten, während loyale ukrainische Zivilisten anständig behandelt und durch die Vergeltungsaktionen möglichst nicht beeinträchtigt werden sollten. Stülpnagel versuchte eine zugleich pragmatische und ideologische Kanalisierung der Gewalttaten, die aus den völkerrechtswidrigen Richtlinien der Heeresleitung entstehen mussten, „daß eine vorherige Festnahme von Geiseln zur Haftung für *zukünftiges* Unrecht nicht erforderlich ist. Auch *ohne* besondere Bekanntmachung und Festnahme haftet die Bevölkerung für die Ruhe in ihren Gebieten.“[105] Dass dabei –

[100] Keitel (OKW/WFSt, Abt. L, Nr. 441158/41 g.Kdos.) an Fromm, 5. 7. 1941, in: Müller (Hrsg.), Okkupation, S. 104f.

[101] Weisung des OKH (Gen.z.b.V. beim OB.d.H., Az. 453/Gr.R.Wes., Nr. 1332/41 geh., gez. Müller) „Behandlung feindlicher Zivilpersonen und russischer Kriegsgefangener“, 25. 7. 1941, ebd., S. 106–109, hier S. 106.

[102] Weisung Keitels (Chef OKW, Nr. 441254/41 g.Kdos. Chefs.) „Ergänzung zur Weisung Nr. 33“, 23. 7. 1941, in: Hubatsch (Hrsg.), Weisungen, S. 142–144, hier S. 144.

[103] Vgl. ebenfalls Kapitel II,3,d.

[104] Befehl Stülpnagels (AOK 17, Ic/AO, Nr. 2784/41 geh.), 30. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–17/276.

[105] Weisung des OKH (Gen.z.b.V. beim OB.d.H., Az. 453/Gr.R.Wes., Nr. 1332/41 geh., gez. Müller) „Behandlung feindlicher Zivilpersonen und russischer Kriegsgefangener“, 25. 7. 1941, in: Müller (Hrsg.), Okkupation, S. 106–109, hier S. 107.

nicht nur nach der Interpretation Stülpnagels – zuerst Parteileute und Juden willkürlich aufgegriffen und zur Vergeltung für irregulären Widerstand erschossen werden sollten, konnte auch die Truppe entlasten, da die Verfolgung dieser beiden Gruppen ohnehin von der Geheimen Feldpolizei und vor allem den Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD übernommen wurde.

In anderer Weise und weitergehend als Stülpnagel bemühte sich das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte am 7. August 1941 um eine bedachte Auswahl der Opfer solcher Vergeltungsaktionen. Generalstabschef Hans v. Greiffenberg verwies auf kollektive Gewaltmaßnahmen gegen Ortschaften, *„in deren Nähe* Überfälle stattgefunden haben", und kritisierte diese Methode, indem er die freundliche Haltung der weißrussischen Bauern hervorhob[106]. Dann wurde er noch deutlicher: „Die Erregung der Truppe wegen derartiger Überfälle und wegen der Auffindung der Leichen ermordeter Soldaten ist zu verstehen. Sie darf jedoch nicht dazu führen, daß Gewaltmaßnahmen an Einwohnern vorgenommen werden, *falls nicht einwandfrei erwiesen ist, daß diese die Täter waren oder in Verbindung mit den Tätern standen.*"[107] Dieser Befehl erging vermutlich auf Anweisung, zumindest aber mit Kenntnis und Einverständnis Generalfeldmarschalls v. Bock, der sich gerade in diesen Tagen bei Hitler „für die freundliche und hilfsbereite Bevölkerung" Weißrusslands einsetzte[108]. Das Heeresgruppenkommando Mitte stellte sich in diesem Dokument so deutlich gegen die negativen Auswirkungen – keineswegs grundsätzlich gegen den Inhalt – des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses und seiner Folgebefehle wie kein zweites Oberkommando. Große Wirkung wird dies kaum gehabt haben. Dazu blieben die Befehle der höchsten Truppenführung an der Ostfront insgesamt und auch im Bereich der Heeresgruppe Mitte zu widersprüchlich.

Sehr aufschlussreich war etwa der Kommentar, mit dem das Armeeoberkommando 2 den Befehl Greiffenbergs an seine nachgeordneten Stellen weitergab. Generalstabschef v. Witzleben gestand dem Heeresgruppenkommando zu, dass die Partisanen und versprengten Rotarmisten „erfahrungsgemäß tatsächlich weniger durch die Masse der Bevölkerung" als „durch die noch vorhandenen politischen Funktionäre und sonstige aktivistisch eingestellte Kommunisten" unterstützt würden[109]. „Deren durchschlagende Bekämpfung ist mit den der Truppe zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln nicht möglich, zumal diese Elemente ihre Tätigkeit heimlich ausüben, sodaß sie meist nicht oder nur schwer zu überprüfen sind." Witzleben hatte deshalb bei der Heeresgruppe angeregt, die Sicherheitspo-

[106] Befehl Greiffenbergs (H.Gr.Kdo. Mitte, Ic/AO, Nr. 103/41 g.Kdos.) „Kollektive Gewaltmaßnahmen", 7. 8. 1941, in: BA-MA, RH 21–3/709, Bl. 13: „Die weißrussische Landbevölkerung tritt im allgemeinen dem deutschen Soldaten nicht feindlich gegenüber und begrüßt ihn vielfach als Befreier vom bolschewistischen Joch. Sie wird in den meisten Fällen mit den Partisanenbanden schon deshalb nicht in Verbindung stehen, weil sie selbst von diesen ausgeplündert und bedroht wird."

[107] Außerdem erinnerte der Befehl daran, dass kollektive Gewaltmaßnahmen *„nur auf Anordnung eines Offiziers in der Stellung mindestens eines Batls.- usw. Kommandeurs* durchgeführt werden dürfen". Damit wurden indirekt die spontanen Vergeltungsaktionen der Truppe angesprochen und kritisiert.

[108] Bock, Kriegstagebuch, S. 239 (4. 8. 1941).

[109] Befehl des AOK 2 (Ic/AO, Nr. 206/41 g.Kdos., gez. Witzleben), 11. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20–2/1091.

lizei im Armeegebiet zu verstärken. Darauf wird zurückzukommen sein[110]. Auch hier ging es um eine „nicht wahllose", sondern selektive „Gegnerbekämpfung" hinter der Front, die von der gesamten Truppenführung als unbedingt notwendig angesehen wurde, die aber – auch um die Truppe nicht zu sehr der Gefahr disziplinlockernder Exzesse auszusetzen – vor allem den Spezialisten von Himmlers Einsatzgruppen überlassen werden sollte. Solange aber jene Fahnder und Henker im Armeegebiet noch zu schwach vertreten waren, müsse die Truppe – so die Botschaft Witzlebens – „selbst durch energisches Einschreiten gegen alle *verdächtigen* Personen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten Abhilfe schaffen". Mit der Wendung gegen die Verdächtigen setzte sich Witzleben deutlich vom Befehl Greiffenbergs ab, der die „Gewaltmaßnahmen an Einwohnern" auf einwandfrei überführte Täter beschränken wollte[111]. Der Versuch einer Mäßigung war damit so gut wie abgeblockt.

Den verantwortlichen Offizieren vor Ort war ohnehin kaum zuzutrauen, dass sie bei den kollektiven Gewaltmaßnahmen, die „unverzüglich" zu vollziehen waren[112], sehr wählerisch sein konnten, zumal wenn in dem Dorf, aus dem der Anschlag erfolgte, nur anscheinend „gutwillige" Russen oder Ukrainer lebten. So vergleichsweise sporadisch größere Vergeltungsaktionen 1941 auch insgesamt noch waren[113], so lassen sich doch selbst für die ersten Monate, als der Widerstand durch Partisanen oder Saboteure noch relativ gering war, an nahezu allen Abschnitten des Operationsgebiets zahlreiche, wenn auch meistens von der Opferzahl noch überschaubare Repressalien gegen die Bevölkerung nachweisen. Die Opfer waren keineswegs nur Kommunisten und Juden, und sie konnten auch keineswegs immer mit der vorausgehenden Tat in Verbindung gebracht werden. Allein ein Blick in die für die Nürnberger Prozesse von den alliierten Ermittlungsbehörden gesammelten Beweisunterlagen, die NOKW-Dokumente, belegt eine Anzahl solcher kollektiven Strafen bereits für das erste Vierteljahr des Feldzugs. Recht aktiv in dieser Hinsicht waren vor allem die Verbände und Einheiten der Heeresgruppe Nord, die schon frühzeitig durch gezielte, aus Leningrad gesteuerte Sabotage-Unternehmen beunruhigt wurden. So wurden dem Oberkommando der 16. Armee allein am 23. Juli 1941 zwei kollektive Vergeltungsaktionen gemeldet, vom II. Armeekorps die Erschießung von zehn kommunistischen Funktionä-

[110] Vgl. Kapitel II,5,c.

[111] Dieser Gegensatz wurde auch dadurch nicht wesentlich gemildert, dass Witzleben anfügte: „Davon darf jedoch im Sinne der vorstehenden Verfügung nicht die *Masse* der Bevölkerung betroffen werden."

[112] Weisung des OKH (Gen.z.b.V. beim OB.d.H., Az. 453/Gr.R.Wes., Nr. 1332/41 geh., gez. Müller) „Behandlung feindlicher Zivilpersonen und russischer Kriegsgefangener", 25. 7. 1941, in: Müller (Hrsg.), Okkupation, S. 106–109, hier S. 107: „Wo sich *passive Widerstände* abzeichnen oder wo bei Straßensperren, Schießereien, Überfällen und sonstigen Sabotageakten die *Täter nicht sofort festgestellt* und in der bereits angeordneten Weise erledigt werden können, sind *unverzüglich kollektive* Gewaltmaßnahmen auf Befehl eines Offiziers in der Dienststellung mindestens eines Bataillons- usw. -kommandeurs durchzuführen."

[113] Vgl. die charakteristische Feststellung im Tätigkeitsbericht Ic des Pz.Gr.Kdo. 3, Januar–Juli 1941, 14. 8. 1941, in: BA-MA, RH 21-3/423, „daß entgegen den Erwartungen Freischärlerei nur in geringem Umfange vorgekommen ist und infolgedessen die strengen Strafen nur vereinzelt zur Anwendung kommen brauchten". Gerlach, Morde, S. 870f., verweist auf eine sowjetische Aufstellung von 1984 über angeblich insgesamt 5295 von der Wehrmacht hinter der Frontlinie zerstörte weißrussische Dörfer, unter ihnen aber lediglich drei Prozent (etwa 150) schon im Jahr 1941. Vgl. für die Ukraine das Beispiel einer Division: Anderson, 62. Infanterie-Division, S. 300–303.

ren und vom XXVIII. Armeekorps diejenige von 18 nicht näher genannten Personen[114]. Auch bei den Heeresgruppen Mitte und Süd kam es vom ersten Tag an zu heftigen, meist überzogenen Reaktionen der Wehrmacht auf irregulären Widerstand[115]. Die brutale Sprache der Befehle aus den Zentralbehörden hinterließ ihre Spuren. Die Hinrichtung von ad hoc aufgegriffenen „Geiseln" war in dieser ersten Phase noch wesentlich häufiger als das Einäschern ganzer Dörfer, das zwar vorkam[116], aber erst mit den Großunternehmen gegen „partisanenverseuchte" Gebiete ab Frühjahr 1942 zur bevorzugten Methode wurde. Doch ganz gleich, ob die Kollektivstrafen sich gegen wenige, Gruppen oder ganze Ortschaften richteten: Von Anfang an war die Reaktion der Wehrmacht unverhältnismäßig – ein durchgeschnittenes Telefonkabel kostete zehn Zivilisten das Leben[117]. Und von Anfang an traf es vor allem die Zivilbevölkerung.

Mit diesen Maßnahmen, deren Aufzählung lange fortgesetzt werden könnte, hatten die Oberbefehlshaber nur in Ausnahmen persönlich zu tun, da sie meist von der mittleren Truppenführung auf Regiments- oder Bataillonsebene angeordnet wurden. Nur selten geht aus den Akten ein direkter Bezug oder Befehl der höchsten Truppenführer zu Repressalaktionen hervor – wie etwa bei den bereits genannten und eher außergewöhnlichen Beispielen aus dem nördlichen Abschnitt: die Befehle Küchlers, als Vergeltung für 15 ermordete Wehrmachtsangehörige „alle Russen, die in Riga ergriffen werden, zu erschießen", und Hoepners, ein Dorf nach einem Partisanenüberfall „dem Erdboden gleichmachen" zu lassen[118]. Allerdings gaben viele Oberkommandos – auch das wurde bereits bei der Analyse der Partisanenbekämpfung geschildert – wegen der zunehmenden Gefährdung der immer längeren Nachschublinien verstärkt die Devise aus, die Kollektivmaßnahmen nicht nur anzudrohen, sondern auch durchzuführen, um die Bevölkerung, der man misstrauen müsse, wirkungsvoll einzuschüchtern und von Widersetzlichkeiten abzuschrecken – so der Tenor eines Befehls der Heeresgruppe Nord[119] am 6. August 1941, also fast zeitgleich mit dem Versuch des Heeresgruppenkommandos Mitte, die „gutwillige" weißrussische Landbevölkerung

[114] Abendmeldungen dieser beiden Korps an das AOK 16, 23. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2186.

[115] Vgl. etwa die Meldung der 167. I.D. (Heeresgruppe Mitte/2. Armee), 9. 7. 1941, ebd., NOKW-2159: Nach der Verwundung eines deutschen Soldaten durch einen Heckenschützen wurden neun „verdächtige" Zivilisten verhaftet und erschossen. Meldung der 56. I.D. (Heeresgruppe Süd/6. Armee), 24. 6. 1941, ebd., NOKW-1309: Nach einem (erfolglosen) Anschlag auf einen Wachtmeister wurden alle Männer der umliegenden Höfe zusammengetrieben und jeder fünfte, insgesamt acht, erschossen.

[116] Ein frühes Beispiel für die Heeresgruppe Nord findet sich im Tätigkeitsbericht des Jagdkommandos bei der 291. I.D. (18. Armee) für den 26. 6.–4. 7. 1941, ebd., NOKW-1170: ein Dorf als Vergeltung für den Überfall auf einen Versorgungskonvoi in der Nachbarschaft niedergebrannt. Vgl. etwa auch die Meldung AOK 16 (Ic/AO) an H.Gr.Kdo. Nord, 10. 8. 1941, ebd., NOKW-2179: als Kollektivmaßnahme ein Dorf niedergebrannt.

[117] Vgl. etwa – wieder für die Heeresgruppe Nord – die Beispiele: Meldung AOK 16 (Ic/AO) an H.Gr.Kdo. Nord, 14. 8. 1941, ebd., NOKW-2179: 11 Geiseln als Vergeltung für Telefonsabotage erschossen. Meldung der 121. I.D. (18. Armee), 7. 10. 1941, ebd., NOKW-1578: 10 Zivilisten als Vergeltung für Kabelsabotage erschossen.

[118] AOK 18, KTB Ia, 2. 7. 1941, 22.15 Uhr, in: NA, T 312/781, über einen Bericht Küchlers aus Riga; Bekanntmachung Hoepners, 4. 8. 1941, in: BA-MA, RH 21–4/578. Vgl. Kapitel II,3,d.

[119] Befehl des H.Gr.Kdo. Nord (Ic, Nr. 4590/41 geh., gez. Brennecke) „Gliederung und Arbeitsweise der Partisanen nach bisherigen Feststellungen und Vorschläge für ihre Bekämpfung", 6. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-3007.

vor den Kollektivmaßnahmen zu schützen. Die Anordnungen fielen weiterhin selbst bei den Armeen ein und derselben Heeresgruppe sehr unterschiedlich aus. Während der Oberbefehlshaber der 9. Armee kategorisch und radikal befahl, „aus dem uns nicht günstig gesinnten Teil der Bevölkerung" Geiseln zu nehmen und zu erhängen, „wenn die Täter oder der Tat dringend Verdächtigen oder sonstige Spießgesellen der Täter nicht binnen 24 Stunden beigebracht werden"[120], bemühte sich das Oberkommando der 2. Armee um Mäßigung[121]: „Kollektivmaßnahmen gegen Dörfer oder Bevölkerung müssen die Ausnahmen bilden und sind nur da anzuwenden, wo die Masse der Bevölkerung eine derartige, im Erfolg stets zweifelhafte Maßnahme unumgänglich herausfordert." Die Bandbreite der allgemeinen Befehle reichte von der eindeutigen Bestätigung des repressiven Vorgehens bis zu ihrer vorsichtigen Infragestellung. Am bedrückenden Zustand der Landeseinwohner, dass sie nach dem Gutdünken nachgeordneter deutscher Offiziere – Bataillone wurden bereits 1941 teilweise von Hauptleuten geführt – wie Freiwild erschossen werden konnten, änderte sich durch solche Nuancen in der Befehlsgebung der höchsten Truppenführung jedoch kaum etwas.

Ein Ende des Besatzungsterrors gegen Unschuldige hätte genauso wie der Beginn einer konstruktiven Besatzungspolitik wohl nur durch den unmissverständlichen Einsatz möglichst vieler hoher Generale des Ostheeres erreicht werden können. Dazu kam es aber nicht, schon gar nicht in der Phase des Bewegungskriegs von 1941. Die meisten Oberbefehlshaber waren viel zu unschlüssig, ob Härte oder Kooperation oder welcher Weg dazwischen in diesem fremden, ja unheimlichen, nach dem Urteil ihres radikalen Exponenten Reichenau durch und durch „heimtückischen"[122] Land zur Sicherheit ihrer Truppen führen könnte. Harte Repressalien gegen Zivilisten waren diesen in der Regel konservativen Offizieren der älteren Generation kaum sympathisch, doch mochten sie sich auch nicht entschieden gegen solche Unterdrückungsmaßnahmen stellen, nicht einmal gegenüber ihren Untergebenen. Das Verhalten Generalfeldmarschalls v. Kluge spricht Bände. Als er Mitte September 1941 vom Plan einer harten Kollektivmaßnahme als Vergeltung für einen Partisanenüberfall erfuhr, gab er dem dafür verantwortlichen Kommandierenden General zu bedenken, „ob die angedrohte Erschiessung aller männlichen Einwohner im dienstpflichtigen Alter Zweck habe, schon weil man nicht wisse, ob diese Leute wirklich mit den Partisanen in Verbindung gestanden hätten"[123]. Stattdessen regte er an, nur „diejenigen zu erschiessen, die nicht in die Dörfer gehören, weil man von ihnen annehmen könne, dass sie entweder Soldaten in Zivil oder für Kampfaufgaben zurückgelassen seien". Doch überließ er ausdrücklich dem ihm unterstellten General die Entscheidung. Kluge war also gegen ein „zu rigoroses" Vorgehen, wenn auch nicht grundsätzlich gegen eine Vergeltungsmaßnahme, mochte sich aber in dieser Frage nicht mit einem kla-

[120] Befehl Strauß' (AOK 9, Ic/AO/Ia/O.Qu./Qu. 2, Nr. 254/41 geh.) „Partisanenbekämpfung", 10. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20–9/24.

[121] Befehl des AOK 2 (Ic/AO/Abw. III, Nr. 2075/41 geh., gez. Witzleben) „Partisanenbekämpfung", 2. 10. 1941, in: BA-MA, RH 20–2/1093.

[122] Armeebefehl Reichenaus (AOK 6, OB), 9. 11. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1321.

[123] AOK 4, KTB Ia, 14. 9. 1941, 20.55 Uhr, über ein Ferngespräch zwischen Kluge und General Schroth, in: NA, T 312/143. „Es sei natürlich misslich, evtl. Unschuldige totschiessen zu lassen, z. B. auch die ortsansässigen Leute. Es sei nicht angezeigt, zu rigoros vorzugehen."

ren Befehl gegen seinen Unterführer durchsetzen. Dazu war er entweder zu indifferent gegenüber dem Nutzen oder Nachteil der eingeschlagenen Unterdrückungsstrategie oder zu gleichgültig gegenüber dem Leben und Sterben sowjetischer Zivilisten, vermutlich beides, eine durchaus charakteristische Haltung.

So fand das Erschießen und Erhängen von teilweise gezielt, teilweise wahllos herausgegriffenen, meist aber unschuldigen Zivilisten kein Ende. Im Herbst und Winter 1941/42, als die Aktivitäten der Partisanen zu einer wirklichen Gefahr anwuchsen, verstärkten sich diese Repressalien noch, die in ihrer Unverhältnismäßigkeit völkerrechtswidrig und daher mörderisch waren. Auch wenn bis zum Frühjahr 1942 die gezielte Bekämpfung von Partisanen und „Partisanenverdächtigen" im Vordergrund stand, bevor die Großaktionen gegen „partisanenverseuchte" Gebiete zu deutlich höheren Opfern unter der bäuerlichen Bevölkerung führten, ging die Zahl der zivilen Opfer bereits im ersten Dreivierteljahr dieses schmutzigen Krieges in die Zigtausende. Der Beitrag der Oberbefehlshaber zum alltäglichen Terror wurde im Zusammenhang mit der Partisanenbekämpfung ausführlich beschrieben, ebenso das schrecklichste Beispiel, die Radikalisierung der 6. Armee durch die Befehle Reichenaus und seines Generalstabschefs Heim, die im Herbst 1941 einen „rücksichtslosen" Kurs der Sicherung einschlugen und sich am Ende damit rühmten, dass in ihrem Armeebereich mehrere Tausend „Partisanen", sowie „herumstreichende" und „verdächtige Elemente" öffentlich gehängt oder erschossen worden seien[124]. Es wurde ebenfalls bereits belegt, dass dieses brutale Sicherungskonzept in der Armeeführung Reichenaus zwar seine schärfste Ausprägung erfuhr, aber tendenziell auch von den anderen Oberkommandos vertreten wurde. Der militärische Pragmatismus überzeugte auch „gemäßigte" Generale davon, bei Gefahr im Verzuge zu „drakonischen" Maßnahmen zu greifen, die auf Sicherung und Ruhe durch Unterdrückung und Abschreckung zielten. Dass der Terror kaum Unterschiede machte und auch Unschuldige traf, wurde dabei bewusst in Kauf genommen, ja häufig ganz nach den Intentionen des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses sogar gewollt.

Mit den Großunternehmen gegen „Partisanengebiete", die seit März 1942 zum bevorzugten Konzept der deutschen Partisanenbekämpfung wurden, erreichten die Kollektivmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung eine neue Stufe der Eskalation. Das grundsätzliche Dilemma der Besatzungsherrschaft im Osten, der Widerspruch zwischen Terror und Kooperation, wurde erneut unmissverständlich deutlich, als die Oberbefehlshaber ausgerechnet in den Monaten, in denen sie sich vielstimmig für ein besseres, konstruktiveres Verhältnis zur Bevölkerung einsetzten, brutale „Befriedungsaktionen" im Hinterland anordneten, denen zahllose unbeteiligte Zivilisten zum Opfer fielen. Die konzentrischen Großunternehmen sollten nicht nur die „Partisanennester" ausräumen, sondern auch die gesamte Infrastruktur der betreffenden Gebiete vernichten. Von da an wurde kaum ein „partisanenverseuchtes" Gebiet durchkämmt, ohne dass willkürlich und unterschiedslos Dörfer eingeäschert, die Einwohner ermordet oder verschleppt, ihr Besitz zerstört oder geraubt wurden. Die Gegenbefehle und Mahnungen der Oberbefehlshaber – „Auch im Partisanenkrieg bleiben wir Soldaten und führen nicht den

[124] Heim (AOK 6, Ia, Az. 1) an H.Gr.Kdo. Süd, 7. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/145, Bl. 197.

Kampf gegen Frauen und Kinder"![125] – zeigen, wie sehr sich die Gewaltspirale durch den Übergang zur großräumigen Partisanenbekämpfung beschleunigte. Stärker als je zuvor führte das militärische Bedürfnis nach Sicherheit nicht allein zur Unterdrückung irregulären Widerstands, sondern zu Kriegsverbrechen gegen Unschuldige unter dem Zeichen von Prävention und Vergeltung. Die höchste Truppenführung mag diese Entwicklung mit Unbehagen, teilweise mit Abscheu verfolgt haben, doch war diese Entwicklung maßgeblich auch von ihr gefördert worden. Die Generale des Ostheeres hatten den Kriegsgerichtsbarkeitserlass und seine Folgebefehle nicht allein passiv hingenommen, sondern aktiv aufgenommen. Das stand am Anfang. Die Folgen waren fast zwangsläufig. Die Freibriefe für kollektive Gewaltmaßnahmen forderten mehr Opfer als viele andere Befehle, die gegen das Kriegsvölkerrecht verstießen, wie etwa die Kommissar-Richtlinien. Und jeder getötete Bauer, jede brennende Kate, jede mitgeschleppte Kuh stand wie ein Fanal gegen alle Lippenbekenntnisse, wie notwendig es sei, die Zivilbevölkerung durch eine bessere Behandlung zur Mitarbeit zur gewinnen. Aus diesem Dilemma, das sie mitzuverantworten hatten, kamen auch die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen nicht mehr heraus.

Dieser Teil der Unterdrückungspolitik hatte uns bereits beschäftigt – beim Partisanenkrieg – und wird uns erneut beschäftigen – beim Judenmord. Doch traf die Gewalt die Zivilisten hinter der Front nicht nur bei Maßnahmen der Abschreckung und Vergeltung, sondern auch beim präventiven Vorgehen gegen Flüchtlinge[126]. Vor allem aus den Städten, die durch die abziehende Rote Armee oder die Kampfhandlungen teilweise beträchtlich zerstört worden waren und kaum mehr die lebensnotwendige Infrastruktur boten, strömten Abertausende Entwurzelte, Arbeitslose und Hungerleidende aufs Land, um bei Verwandten unterzukommen oder Lebensmittel zu erwerben. Sie standen als „Ortsfremde" und „Wanderer" im Generalverdacht, Spionage, Sabotage und Freischärlerei Vorschub zu leisten. Außerdem vermuteten die Deutschen unter ihnen – nicht ohne Grund – viele Rotarmisten in Zivilkleidung, die sich in ihre Heimat durchzuschlagen oder bei den Bauern unterzutauchen versuchten. Entsprechend wurden die Flüchtlinge von der Wehrmacht beargwöhnt, überwacht und verfolgt. Die vom Oberbefehlshaber des Heeres unterzeichneten OKH-Richtlinien zur Partisanenbekämpfung vom 25. Oktober 1941 forderten die „Ausschaltung von Ortsfremden in den Gemeinden"[127]. Doch bereits zuvor war die Flüchtlingsbewegung zu einem Problem geworden, dem die Oberkommandos mit unterschiedlicher Härte entgegentraten. Der erste Schritt war dabei in der Regel die Erfassung und Überwachung besonders der männlichen Zivilisten, um dann den Zivilverkehr zu kontrollieren und möglichst zu unterbinden.

Einige Beispiele mögen das illustrieren. Der Oberbefehlshaber der 18. Armee ordnete am 24. August 1941 an, „zur Abwehr von Partisanen und der sich hinter der Front herumtreibenden Russen" die gesamte männliche Bevölkerung Estlands

[125] Befehl Schmidts (Pz.AOK 2, OB, Nr. 1102 geh.) „Verhalten gegen die Zivilbevölkerung", 19. 6. 1942, in: BA-MA, RH 21-2/338.
[126] Vgl. Gerlach, Morde, S. 876–882.
[127] Befehl Brauchitschs (OB.d.H./Gen.St.d.H., Ausb.Abt., Nr. 1900/41) „Richtlinien für Partisanenbekämpfung", 25. 10. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/1209.

von 15 bis 65 Jahren zu registrieren und mit Blechmarken zu versehen[128]. Die heimatlichen Bezirke durften von ihnen nur noch mit schriftlicher Genehmigung verlassen werden. Das Oberkommando der 17. Armee ging etwa zur selben Zeit weiter und befahl den von der Wehrmacht eingesetzten Ortsvorstehern die Auflistung aller Ortsansässigen sowie aller ab dem 1. Juli 1941 Zugereisten und Abgereisten[129]. Darüber hinaus sollten alle nicht im Ort beheimateten Männer zwischen 16 und 55 Jahren verhaftet und dem nächsten deutschen Ortskommandanten vorgeführt werden. Als die Befürchtungen wuchsen, dass die Sowjets „unser bisheriges Verhalten der Zivilbevölkerung gegenüber" ausnutzten, „um Partisanen, Saboteure und Spione durch die vordere Linie hindurch in den Armeebereich und in das Hinterland zu bringen", bekräftigte Generalstabschef Vincenz Müller die Absicht, den Zivilverkehr „auf jede nur mögliche Weise auf das unbedingt notwendige Maß" zu beschränken, ja „unter Umständen ganz" zu unterbinden[130]. Dabei formulierte und betonte er eine Forderung, die symptomatisch für die gesamte Besatzungsherrschaft des Ostheeres war: *„Im Interesse der Sicherheit der deutschen Wehrmacht darf vor Härten gegenüber der Zivilbevölkerung nicht zurückgeschreckt werden."* Diesem Primat der Sicherheit wurden zahllose Landeseinwohner geopfert, überwiegend Unschuldige. Müller etwa nannte als per se verdächtige Personen neben „verkleideten NKWD-Milizen (Partisanen)" und „flüchtigen militärischen und zivilen politischen Kommissaren" ausdrücklich *„Juden beiderlei Geschlechts und jeden Alters"* sowie „Ortsfremde beiderlei Geschlechts". Schließlich wurde vom Armeeoberkommando 17 ein Konzentrationslager eingerichtet, in dem „verdächtige Wanderer und partisanenverdächtige Elemente" bis zur „einwandfreien" Klärung ihrer Schuld oder Unschuld verwahrt werden sollten[131].

In einigen Oberkommandos tauchte zeitweise die Überlegung auf, alle Zivilisten in wehrfähigem Alter dauerhaft festzusetzen. Wie wenig praktikabel das war, machte der Einwand des Armeeoberkommandos 9 deutlich[132]: „So sehr die Auffassung berechtigt ist, daß durch umherziehende Zivilpersonen die Partisanenbil-

[128] Befehl Generalmajor Knuths (Korück 583, Nr. 10545), 24. 8. 1941, „auf Befehl des Armeeoberbefehlshabers", in: BA-MA, RH 20–18/1207. Küchler wollte laufend über den Stand der Angelegenheit unterrichtet werden.

[129] Befehl des AOK 17 (Ic/AO, gez. Müller) „Vorläufige Überwachung der Zivilbevölkerung", 18. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20–17/276. „Es mehren sich Anzeigen, wonach russ. Offiziere, Kommissare usw. in *Zivil* Unterschlupf als Arbeiter usw. suchen, weil sie entweder die Gefangenschaft fürchten oder Sabotage, bzw. Beunruhigung der Bevölkerung vorhaben."

[130] Befehl Müllers (AOK 17, Ic/AO) „Überwachung des Zivilverkehrs", 7. 9. 1941, ebd.

[131] Befehl des AOK 17 (Ic/AO, Nr. 4055/41 geh., gez. Müller) „Bildung eines Konzentrationslagers beim A.O.K.", 25. 11. 1941, mit Anlage „Anweisung für die Behandlung der Insassen des Konzentrationslagers", ebd. Das Lager sollte etwa 1000 Zivilisten aufnehmen und auf 2000 Insassen erweitert werden können. Die Bestimmungen über ihre Behandlung waren denen für die Kriegsgefangenen angepasst. Auch in anderen Armeebereichen wurden, teilweise schon wesentlich früher, große Lager für Zivilgefangene eingerichtet. Manche Armeeoberkommandos verzichteten dagegen auf solche Maßnahmen, vgl. etwa den Befehl des AOK 16 (Ic/AO/O.Qu./Qu. 2, gez. Wuthmann) „Flüchtlingsbewegung", 20. 10. 1941, in: BA-MA, RH 20–16/1015: „Die Anlage von Konzentrationslagern für die Zivilbevölkerung ist untersagt."

[132] Befehl des AOK 9 (Ic/AO, gez. Weckmann) „Behandlung umherziehender Zivilpersonen im wehrfähigen Alter", 30. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20–9/256. Das AOK 9 empfahl vielmehr, „Zivilpersonen hinter eine zu bestimmende Linie zurückzuschicken und sie zur Arbeit einer bestimmten Gemeinde zuzuweisen, mit der Androhung, dass derjenige erschossen wird, der noch einmal vorwärts der Linie getroffen wird."

dung, sowie Spionage und Sabotage gefördert wird, so wenig läßt sich die Gefangensetzung aller männlichen Zivilisten im wehrfähigen Alter rechtfertigen, schon im Hinblick auf die notwendige Bestellung der Felder." Daher blieb man allgemein bei der gezielten Verfolgung der „Ortsfremden", die meist harmlose Flüchtlinge waren, also bei der gezielten Festsetzung – im Herbst 1941 wurden vereinzelt eigene Lager, häufiger aber Abteilungen für Zivilgefangene in den Dulags eingerichtet[133] – oder Tötung von „Verdächtigen". Dieser elende Teil der Bevölkerung war besonders der Willkür der Wehrmacht ausgesetzt, die über die Konsequenzen ihres „Verdachts", also über Leben und Tod entschied. Zwischen Laufenlassen über Gefangennahme und Überprüfung bis zum Erschießen war alles möglich.

Die Situation verschärfte sich für die Flüchtlinge noch, als sich die Armeeoberkommandos im Dezember 1941 dagegen aussprachen, verdächtige Zivilpersonen in Kriegsgefangenenlager einzuliefern[134]. Vielmehr wurde den Offizieren aufgetragen, sofort zu entscheiden, „ob der Zivilist zu erschiessen sei oder nicht". Auf diese Entscheidung dürfe nur „ausnahmsweise" verzichtet werden, mit anderen Worten: In der Regel sollte die Alternative nur noch zwischen Laufenlassen oder Hinrichtung bestehen. Und bei der zunehmenden Phobie vor Partisanen und Spionen konnten verdächtige Zivilisten, zu denen die Flüchtlinge bevorzugt gezählt wurden, weniger auf Schonung als auf Tötung „sicherheitshalber" rechnen. Vermutlich wurde dabei nirgends so rigoros vorgegangen wie im Bereich der 6. Armee, dessen Stabschef sich im Dezember 1941 damit brüstete, dass neben den eigentlichen Partisanen auch die vielen „im Land herumstreichenden Elemente" zu Tausenden erschossen oder gehängt worden seien[135]. Doch auch an den anderen Abschnitten der Ostfront wurden zahllose „Ortsfremde" willkürlich von der Wehrmacht oder den mitziehenden SS- und Polizeiorganen ermordet[136]. Der Erfolg war zweifelhaft, denn letztlich trieb die Verfolgung viele harmlose, aber als „partisanenverdächtig" eingestufte Flüchtlinge tatsächlich dorthin, wo sie nach deutschem Verdacht längst waren: Sie flüchteten in die Arme der Partisanen.

Die brutale „Sicherungspolitik" gegen „verdächtige" und „ortsfremde" Zivilisten wurde von den Oberkommandos gedeckt. Zugleich versuchte die Truppenführung allerdings, die Flüchtlingsbewegung wie überhaupt die einheimische Bevölkerung durch Registrierung und Passpflicht mit bürokratischen Mitteln unter Kontrolle zu bringen. Die Verwaltungs- und Versorgungsvorschriften der Armeen und rückwärtigen Kommandobehörden waren von den ersten Wochen an voll von Bestimmungen, Empfehlungen und Mustern für die Ausgabe von Ausweisen. Die Folge war zunächst ein geradezu konfuses Passwesen, in dem Vordrucke und Handzettelchen wild neben- und übereinander wucherten, mit unterschiedlichsten Ausprägungen von Verband zu Verband und teils sogar von Einheit

[133] Vgl. Gerlach, Morde, S. 880f.

[134] Vgl. etwa AOK 16 (O.Qu./Qu. 2), Besondere Anordnungen für die Versorgung Nr. 147, 6. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20–16/1015; AOK 9 (O.Qu./Qu. 2), Beitrag für Besondere Anordnungen, 19. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20–9/359. „Wenn *derjenige*, der einen Zivilisten festnimmt, nicht entscheiden kann, ob ein begründeter Verdacht feindseliger Handlung gegen die Wehrmacht vorliegt, kann es die Gefangenensammelstelle oder das Dulag noch viel weniger."

[135] Heim (AOK 6, Ia, Az. 1) an H.Gr.Kdo. Süd, 7. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/145, Bl. 197.

[136] Vgl. etwa die Beispiele bei Gerlach, Morde, S. 880.

zu Einheit. Die unkoordinierte Erfassung der Zivilisten durch einheimische Bürgermeister und ihre nicht weniger unkoordinierte Ausstattung mit Pässen durch die deutschen Besatzer dienten kaum dem Ziel einer möglichst lückenlosen Überwachung der Bevölkerung. Die Missstände wurden immer offensichtlicher. Als Generaloberst Ernst Busch Anfang November 1941 in der 16. Armee den „Reichenau-Befehl" verbreiten ließ, bemerkte er, dass auch in seinem Armeegebiet „der deutsche Soldat gegenüber hinterhältigen und brutalen Maßnahmen des Gegners zu gleichgültig" sei, und nannte als ein Beispiel „für die Oberflächlichkeit und Gleichgültigkeit"[137]: „Der Führer einer Einheit hat an Einwohner und Flüchtlinge ohne Kontrolle Ausweise ausstellen lassen. Ein Inhaber wurde zufällig bei einem Unternehmen gegen Partisanen trotz des gestempelten Ausweises angehalten. Er wurde als Vertrauensmann des Partisanenführers überführt!" Das OKH erkannte erst spät, dass „Partisanenbekämpfung, Steuerung der Flüchtlings- bzw. Bevölkerungsbewegung usw." eine einheitliche Regelung im gesamten Operationsgebiet des Ostheeres erforderlich machten. Am 14. Februar 1942 erging endlich ein Befehl Wagners zur einheitlichen Registrierung und Ausweispflicht der Einwohner[138]. Dabei wurde auch ein generelles „Wanderverbot" ausgesprochen, das nur in Ausnahmen umgangen werden durfte. Welche Nachteile die weitgehende Unterbindung des Zivilverkehrs für die teilweise hungernde Bevölkerung hatte, ist ein anderes Kapitel.

Neben der Registrierung, Festsetzung und Tötung von verdächtigen Zivilisten, neben Überwachung und Mord also, schlug die Wehrmacht noch einen weiteren Weg ein, die Gefahr zu bannen, die in der bloßen Anwesenheit einer einheimischen, von „Ortsfremden" durchsetzten Bevölkerung gesehen wurde. Es bot sich an, die Einwohner ganz aus den Zonen zu evakuieren, in denen sich das Ostheer konzentrierte, vor allem also aus dem Gefechtsgebiet. Dabei sollten nicht nur potentielle Spione, Saboteure oder Partisanen, sondern auch lästige Esser und Hausbewohner aus den Standorten und Quartieren entfernt werden. Der Aspekt der Sicherheit verband sich mit demjenigen der Ausbeutung und Mangelversorgung der Zivilbevölkerung, der uns an anderer Stelle beschäftigen wird. Allerdings war das Mittel der Evakuierung mit recht großem logistischem und organisatorischem Aufwand verbunden. Die höchste Truppenführung wollte ihre Verbände daher lange Zeit nicht mit diesem Aufwand belasten und war dazu auch während der Monate des Vormarsches nicht gezwungen. Erst im Stellungskrieg wurde das Wohnen und Wandern von Zivilisten zwischen der kämpfenden Truppe zu einer ständigen Last und einem unkalkulierbaren Risiko. Dieses Problem konnte durch die bisherigen Sicherungskonzepte nicht mehr gelöst werden. Je größer und frontnäher die Orte waren, in denen deutsche Soldaten und einheimische Zivilisten nebeneinander lebten, desto stärker wurden die Sorge und das Bedürfnis, diese Menschen loszuwerden. Dies war im großen Stil nur durch Evakuierung möglich.

[137] Befehl Buschs (AOK 16, O.Qu., Nr. 180/41 geh.), 6. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–16/1015.

[138] Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/1950/42) „Ausgabe von Ausweisen für die Zivilbevölkerung im Operationsgebiet", 14. 2. 1942, in: BA-MA, RH 20–9/374. Die Einwohnerlisten sollten von den Bürgermeistern aller Ortschaften geführt, Juden und Ausländer in den Registern und Pässen mit „J" bzw. „A" gekennzeichnet werden.

Die erste Armee, deren Fronten erstarrten und die sich auf unbestimmte Zeit in ein und demselben Gebiet einrichten musste, war im September 1941 die 18. Armee vor Leningrad. Daher musste sich das Oberkommando dieser Belagerungsarmee als erstes intensiv mit der Frage befassen, was mit den zahlreichen – die Frontlinie verlief durch die Leningrader Vorstädte – Landesbewohnern geschehen sollte, die zwischen den deutschen Soldaten lebten[139]. Interessant ist, dass sich hier der Oberbefehlshaber, Generaloberst Georg v. Küchler, persönlich mit den Problemen der Anwesenheit, Bewegung und Evakuierung von Zivilisten befasste. Während sich an anderen Frontabschnitten insgesamt nur selten ein direktes Einwirken der Oberbefehlshaber auf Besatzungsfragen nachweisen lässt und das relative Desinteresse an solchen „Verwaltungsaufgaben", die in den Ic-Bereich oder das Ressort des Oberquartiermeisters fielen, sowie die ständige Beanspruchung durch das taktisch-operative Tagesgeschäft zu evident waren, fand Küchler im Stellungskrieg vor Leningrad früher und leichter die Zeit für solche Probleme. Die Reaktion dieses konservativen, dem Nationalsozialismus gegenüber eher distanzierten Generals[140] war hart und entsprach seinen rassenideologischen Vorstellungen über „die Fortsetzung eines seit Jahrhunderten durchgeführten Kampfes zwischen Germanentum und Slaventum", die er bei Feldzugsbeginn vor seinen Offizieren ausgebreitet hatte[141]. Im Vorgelände Leningrads wähnte er sich „mitten in einer rohen und feindlichen Umwelt", in der allein die Zarenschlösser als angebliche „Zeugen der unüberwindlichen Kraft deutscher Kultur" herausragten[142].

Küchler bot seinen Fronttruppen am 28. September 1941 an, die männliche Bevölkerung im wehrfähigen Alter von 15 bis 50 Jahren aus der vordersten Kampfzone in Zivilgefangenenlager des rückwärtigen Armeegebiets abzuführen, „wenn sie die Kampfhandlungen stört und Nachrichtendienst mit der Feindseite unterbunden werden soll"[143]. Das Heeresgruppenkommando Nord war jedoch mit dieser Maßnahme nicht einverstanden und wollte allein den „Abschub auf Leningrad" genehmigen[144]. Dagegen beharrte Küchler auf seinem Standpunkt[145]: „Die Sicherheit der Truppe erfordert, daß bei den schwachen Gefechtsstärken der Truppe die männliche Bevölkerung aus den Orten der Kampfzone entfernt wird, um zu verhindern, daß bei russischen Angriffen Unruhen bewaffneter Zivileinwohner im Rücken der Truppen ausbrechen. Ein Abschub der auf etwa 20–25 000 geschätzten männlichen Bevölkerung auf Leningrad ist während der Kampfhandlungen praktisch unmöglich." Er konnte sich durchsetzen, so dass es bei seinem

[139] Vgl. zu Folgendem auch Hürter, Wehrmacht, vor allem S. 411–417.
[140] Vgl. zur Persönlichkeit Küchlers auch Hürter, Mentalität.
[141] Ansprache Küchlers, 22. 6. 1941, 7.30 Uhr an die Führungsabteilung, 9.00 Uhr an die O.Qu.-Abteilung, in: NA, T 312/799. Vgl. auch die handschriftlichen Notizen Küchlers für einen Vortrag vor seinen Divisionskommandeuren am 25. 4. 1941, in: Wilhelm, Rassenpolitik, S. 133–139.
[142] So Küchlers merkwürdige Argumentation in seinem Befehl (AOK 18, Ia, Nr. 5016/41 geh.) vom 3. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1209, mit dem er den „Reichenau-Befehl" weitergab und dabei lediglich anmerkte, daß Gebäude, die sich als Truppenunterkünfte eigneten, sowie eben die Zarenschlösser geschont werden müssten.
[143] Befehl Küchlers, 28. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/118.
[144] H.Gr.Kdo Nord (Ib, gez. Brennecke) an AOK 18, 28. 9. 1941, ebd.
[145] Vermerk Küchlers, 28. 9. 1941, ebd., mit der Ankündigung, Generalfeldmarschall v. Leeb die Angelegenheit am 29. 9. 1941 mündlich vorzutragen.

Befehl blieb[146], doch erwies sich die Gefangenhaltung so vieler männlicher Zivilisten als ebenfalls kaum durchführbar, zumal sie dann von der Armee versorgt werden mussten. Daher wurden weit weniger Zivilgefangene genommen als ursprünglich geplant und die meisten von ihnen bis zum Jahresende wieder entlassen[147]. Außerdem zeigte sich bald, dass in der statischen Gefechtszone der 18. Armee nicht allein die männlichen Einwohner, sondern überhaupt alle Zivilisten zu einem immer größeren Problem wurden. Neben das Sicherheitsrisiko traten der Hunger und die Seuchengefahr. Als Anfang Oktober 1941 die Zustände in der Leningrader Vorstadt Puškin, die direkt an der Hauptkampflinie lag, unerträglich wurden, befahl Küchler die Evakuierung der etwa 20000 hungernden Zivilisten, ganz überwiegend Frauen und Kinder, die ohne Verpflegung in zerstörten Wohnungen und Kellern hausten[148].

Die Evakuierung dieser ersten größeren Bevölkerungsgruppe war der Beginn einer von Küchler verantworteten Besatzungspolitik, die über die Bedürfnisse der Landeseinwohner hinwegging und darauf abzielte, im gesamten Gefechtsgebiet die Zivilisten von der Truppe zu trennen und dann so zahlreich wie möglich ganz zu entfernen – nicht aus humanitären Gründen, sondern aus Misstrauen gegen die Bevölkerung und Gleichgültigkeit ihrem weiteren Schicksal gegenüber. Von Oktober 1941 bis Mai 1942 wurden über 75000 Zivilisten aus dem Gefechtsgebiet der 18. Armee in karge Wald- und Sumpfgegenden des rückwärtigen Armee- und Heeresgebiets evakuiert und in diesen Reservaten weitgehend ihrem Hunger und Elend überlassen[149]. Damit war diese Evakuierungsaktion ein Teil des grausamen Hungerkalküls der deutschen Besatzer, auf das im nächsten Kapitel noch näher eingegangen wird. Oberbefehlshaber v. Küchler förderte sowohl die Trennung und Evakuierung als auch das Misstrauen und die Gleichgültigkeit, wo und wie er konnte. Am 6. November 1941 befahl er „ab sofort" die „scharfe Trennung zwischen Truppe und Zivilbevölkerung", da die „Bevölkerungsbewegung" inzwischen solche Ausmaße angenommen habe, „dass sie eine Gefahr für die Sicherheit der Truppe bildet"[150]. Die Einwohner sollten aus allen Gebäuden, die von der Wehrmacht genutzt wurden, hinausgeworfen werden, durften aber ihre Wohnbezirke nicht mehr verlassen, sondern sollten „in bestimmte, aussen gekennzeichnete Häuser und Höfe" zusammengedrängt werden. „Lästige Zivilbevölkerung" konnte auch ganz aus dem Gefechtsgebiet abgeschoben werden. Küchler verbot nun ausdrücklich jeden außerdienstlichen Verkehr zwischen seinen Soldaten und

[146] Vermerk des AOK 18, 29. 9. 1941, ebd.: „O.B. hat am 29/9. morgens entschieden, daß es bei den gegebenen Befehlen verbleiben soll."

[147] Vgl. etwa den Befehl Küchlers (AOK 18, Ic/AO/Qu. 2, Nr. 1334/41 geh.) „Zivilgefangene", 3. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/957: „Die in den Gefangenenlagern vorhandenen Zivilgefangenen sind mit sofortiger Wirkung abwehrmäßig und polizeilich zu überprüfen. [...] Es ist beabsichtigt, möglichst viele dieser Zivilgefangenen zu entlassen."

[148] AOK 18, KTB O.Qu., 8. 10. 1941, 9.30 Uhr (Vortrag O.Qu. beim OB und Chef), in: BA-MA, RH 20–18/1204. Vgl. auch Hürter, Wehrmacht, S. 411.

[149] Vgl. ebd., S. 412f.

[150] Befehl Küchlers (AOK 18, O.Qu./Qu. 2, Nr. 2078 geh.), 6. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1209: „Durch das Umherziehen und Herumschweifen der Bevölkerung wird dem feindlichen Kundschafterdienst die Möglichkeit gegeben, unbehelligt Spionage zu treiben, Nachrichten zu befördern und das Partisanenunwesen zu unterstützen." Welche Bedeutung er diesem Befehl beimaß, wurde dadurch unterstrichen, dass er ihn persönlich ausarbeitete. Vgl. AOK 18, KTB O.Qu., 6. 11. 1941, 11.30 Uhr (Vortrag O.Qu. beim OB), in: BA-MA, RH 20–18/1204.

den Einheimischen, da dies der Spionage Vorschub leiste. Um seinen Anweisungen Nachdruck zu verleihen, rief er die ideologische Komponente des Feldzugs in Erinnerung, die im zurückliegenden Sommer – auch von ihm – so stark betont worden war, inzwischen aber offenbar in der Wirklichkeit des Besatzungsalltags zu verblassen drohte: „Alle Soldaten müssen sich darüber klar sein, dass die Zivilbevölkerung in dem Raum, in dem wir Krieg führen, einer uns rassefremden, feindlich gesinnten Art angehört."

Trotz aller Bedenken, die sich an der Front gegen seinen harten Trennungs- und Evakuierungskurs regten[151], hielt Küchler unbeirrbar daran fest und überprüfte im November 1941 auf mehreren Fahrten zur Truppe mit eigenen Augen, ob seine Befehle umgesetzt wurden[152]. Da er dabei auf „unhaltbare Zustände"[153], nämlich immer noch auf Unterkünfte stieß, „die von der Truppe belegt sind und in denen noch Zivileinwohner hausen"[154], sah er sich noch zweimal zur schriftlichen Ermahnung genötigt, „daß die von mir befohlene Absonderung der Zivileinwohner von der Truppe" im gesamten Armeegebiet „mit aller Schärfe und schnellstens" durchzuführen sei[155]. Wie entschlossen und treibend Küchler in dieser Frage war, zeigte der Zusatz[156]: „Immer wieder muß der deutsche Soldat darüber belehrt werden, daß die Sicherheit der Truppe allem vorzugehen hat, daß Rücksichtnahme und Weichheit gegenüber der Zivilbevölkerung fehl am Platz ist." Welche Wirkung solche Befehle ihres Oberbefehlshabers auf die Soldaten der 18. Armee hatten, ist schwer abzuschätzen. Die durch sein persönliches Engagement noch verstärkten Appelle mussten wie ein Freibrief rücksichtslosen Verhaltens aufgefasst werden und sind wohl kaum ohne Einfluss geblieben. Eine völlige Trennung der Bevölkerung von den Soldaten war freilich ebenso wenig zu erreichen wie ein gänzliches Unterbinden der „Wanderungen"[157] – das galt für das Gebiet der 18. Armee genauso wie für den Operationsraum im Osten insgesamt. Immerhin gelang es vor Leningrad, das Gefechtsgebiet nach und nach weitgehend und die Kampfzone vollständig von Zivilisten zu räumen. Die Zwangsevakuierung der Bevölkerung in Gebiete, die keine besseren Lebensgrundlagen boten, aber nicht von deutschen Truppen belegt waren, wurde hier erstmals in größerem Umfang vollzogen. Das war maßgeblich dem Einsatz Küchlers zuzuschreiben, der am 13. November 1941 bei der Heeresgruppe Nord beantragt hatte, die restliche „verhungernde Zivilbevölkerung" – nach den 34000 bereits Evakuierten noch-

[151] So wandte etwa der Generalstabschef des XXVI. Armeekorps ein: „Wenn die Leute aus ihren Häusern und Dörfern verdrängt würden und man sich garnicht um sie kümmere, würden sie den Partisanen geradezu zugetrieben [...]." AOK 18, KTB O.Qu., 13. 11. 1941, 22.00 Uhr, ebd.

[152] Vgl. z. B. die Berichte über die Fahrten Küchlers vom 9. 11., 20. 11., 25. 11. und 3. 12. 1941, in: NA, T 312/799.

[153] Befehl Küchlers (AOK 18, OB), 16. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1209.

[154] Befehl Küchlers (AOK 18, Ia, Nr. 5835/41 geh.), 29. 11. 1941, ebd.

[155] Ebd. (1. Zitat), und wie vorletzte Anm. (2. Zitat).

[156] Befehl Küchlers (AOK 18, Ia, Nr. 5835/41 geh.), 29. 11. 1941, ebd.

[157] Das musste man schließlich auch im AOK 18 erkennen, vgl. KTB O.Qu., 5. 12. 1941, 11.00 Uhr (Vortrag O.Qu. beim OB und Chef), in: BA-MA, RH 20–18/1205: „Das Land ist leergefressen, die Bevölkerung hungert und wandert deshalb in fettere Gegenden. Durch Befehle läßt sich dies nicht unterbinden, nur mit Waffengewalt." Dazu fehlten aber die Mittel. „Also ist es das Beste, nur Auswüchse in der Völkerwanderung zu verhindern, z. B. Straßen für Truppenbewegungen freizumachen."

mals etwa 50 000 Zivilisten – aus dem Gefechtsgebiet in das rückwärtige Heeresgebiet abtransportieren zu lassen[158].

Bei anderen Armeen ist weder ein solches persönliches Engagement des Oberbefehlshabers nachzuweisen, noch wurde unbedingt immer derselbe Weg eingeschlagen. Schon beim Nachbarn der 18. Armee, der 16. Armee unter Generaloberst Ernst Busch, der dem Nationalsozialismus an sich näher stand als Küchler, wurde lange ein weniger rücksichtsloser Kurs gegen das Zusammenleben mit der Bevölkerung eingeschlagen. Noch am 20. Oktober 1941 untersagte das Armeeoberkommando, „Zivilpersonen, deren Aufenthalt im Gefechtsgebiet der Truppe z. B. wegen Quartiermangel lästig ist, in die Kgf.-Lager abzuschieben. Bei Quartiermangel für die Truppe hat die Zivilbevölkerung entsprechend zusammenzurücken. Eine Evakuierung aus den Orten heraus hat im allgemeinen zu unterbleiben."[159] Als sich aber die 16. Armee im Winter festrannte und am Volchov eine Dauerstellung beziehen musste, wichen die Kommandobehörden auch hier von der Duldung der Ortsansässigen ab. Zuerst befahl am 3. Dezember 1941 das X. Armeekorps, das Gefechtsgebiet „in gewissem Umfange" von der Zivilbevölkerung zu räumen und den verbleibenden Teil streng zu überwachen[160]. Im „Kampfgebiet", einem Streifen von etwa zehn Kilometern Tiefe hinter der Hauptkampflinie, wurde jeder Aufenthalt von Zivilisten untersagt. „Jeder Zivilist, ob Mann, Frau oder Kind, der nach Durchführung der Räumung im Kampfgebiet angetroffen wird, ist – wenn möglich nach vorheriger Vernehmung – zu erschießen." Außerdem sollten nun die üblichen Trennungs- und Überwachungsmaßnahmen greifen: Entfernung der „Ortsfremden" aus belegten Orten, Registrierung sämtlicher Einwohner durch die Ortsältesten, Unterbindung des zivilen Verkehrs, Vertreibung der Zivilisten aus den von deutschen Truppen belegten Häusern. Am 20. Dezember 1941 genehmigte das Armeeoberkommando generell, die Bevölkerung wenigstens aus der „unmittelbaren Feuerzone" (etwa bis vier Kilometer hinter der Hauptkampflinie) zu evakuieren[161]. Dass diese Regelung zu kurz griff, wurde sehr bald deutlich. Schon Anfang Januar 1942 sah sich das Oberkommando genötigt, den Abtransport von 6000 Landarbeiterfamilien aus dem rückwärtigen Armeegebiet „auf bestimmte Arbeitsplätze ausserhalb des Operationsgebiets" zu organisieren, da die sonst drohende Hungersnot „auch eine Gefahr für die Armee wäre"[162]. Hier verbanden sich also – recht frühzeitig – bei einer größeren Evaku-

[158] Küchler (AOK 18, O.Qu./Qu. 2, Nr. 2146/41 geh.) an H.Gr.Kdo. Nord, 13. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1209.

[159] Befehl des AOK 16 (Ic/AO/O.Qu./Qu. 2, gez. Wuthmann) „Flüchtlingsbewegung", 20. 10. 1941, in: BA-MA, RH 20–16/1015. Bemerkenswert ist auch die Ankündigung: „Für die Ingangsetzung der Wirtschaft, die Sicherung der Ernährung, die Beruhigung des öffentlichen Lebens und die abwehrmäßige Sicherung wird *später* angestrebt werden, die Bevölkerung [d.h. die Flüchtlinge] in ihre Wohngebiete zurückzuführen oder für den Wirtschaftsbedarf zu verteilen." Das AOK 16 sprach der Bevölkerung also eher ein Lebensrecht zu als zur selben Zeit das AOK 18.

[160] Befehl General Hansens (Gen.Kdo X. A.K., Ic), 3. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2035.

[161] Befehl des AOK 16 (O.Qu./Qu. 2, gez. Wuthmann) „Räumung der Feuerzone durch die Zivilbevölkerung", 20. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20–16/1015.

[162] Befehl des AOK 16 (O.Qu./Qu. 2/IV Wi) „Verbringung von 6000 Landarbeiterfamilien nach rückwärts", 5. 1. 1942, in: BA-MA, RH 20–16/1016, mit dem Hinweis auf eine Absprache mit den „zuständigen Reichsstellen", da „im übrigen Reichsgebiet Mangel an Arbeitskräften für die Frühjahrsbestellung besteht".

ierung die Motive der Sicherheit und Ernährung mit dem Bedarf an Zwangsarbeitern im Reich. Auch sonst ging das Oberkommando dieser Armee immer mehr von seiner ursprünglichen Reserve gegen Evakuierungen ab und genehmigte beispielsweise, dass aus dem Bereich des X. Armeekorps die gesamte verbliebene Zivilbevölkerung – 277 Männer, 867 Frauen und 1608 Kinder – umgesiedelt wurde[163].

Das Beispiel der 16. Armee zeigt genauso wie das der 18. Armee, dass die Entscheidung, inwieweit die Bevölkerung im Operationsgebiet geduldet oder entfernt, in Ruhe gelassen oder überwacht und unterdrückt wurde, sehr stark von der jeweiligen Belegung der Räume durch deutsche Truppen und von der Bewegung oder dem Stillstand der Front abhing. Je länger sich eine Armee, ein Korps und eine Division an einem bestimmten Frontstreifen und in einem bestimmten Raum einrichten mussten, sei es zur Überwinterung oder zum Stellungskrieg, desto größer wurde das Bedürfnis, die einheimischen Zivilisten bis auf diejenigen, die für Hilfsdienste gebraucht wurden, als potentielle Spione und lästige Esser loszuwerden. Dabei war zunächst das Argument der Sicherheit vorrangig, ehe infolge der schlechten Versorgungslage im Winter 1941/42 das Argument der Ernährung eine immer wichtigere Rolle spielte. Nach und nach wurden überall dort Evakuierungen von Zivilisten aus dem Gefechtsgebiet und teilweise auch aus dem rückwärtigen Armeegebiet durchgeführt, wo die Fronten für längere Zeit erstarrten, also zuerst bei der Heeresgruppe Nord und dann vor allem im Bereich der Heeresgruppe Mitte. Die Form der Evakuierung war aber ebenso unterschiedlich wie die Schärfe der Überwachungs- und Unterdrückungsmaßnahmen, etwa die Aufhebung der Freizügigkeit. So befahl der Befehlshaber der Panzergruppe 3, General Hans-Georg Reinhardt, am 18. Dezember 1941, die Bevölkerung aus dem Kampfgebiet zu entfernen, indem die Wehrfähigen in Gefangenenlager gebracht und die übrigen Zivilisten „nach Osten", also über die Hauptkampflinie ins Feindesgebiet abgeschoben wurden[164]. Dagegen bestimmte das Oberkommando der 4. Armee Anfang März 1942 vor der Räumung des Gefechtsgebiets[165]: „Unnötige Härten sind zu vermeiden. Die Truppe hat die Bevölkerung, soweit es in ihren Kräften steht, zu unterstützen." Die Zivilisten kamen in diesem Fall in vorbereitete Unterkünfte im rückwärtigen Armeegebiet.

Der Befehl „Evakuierung" konnte für die Bevölkerung ganz unterschiedliche Konsequenzen haben, je nachdem ob sie wie bei der 18. Armee in Hungergebiete verschleppt, wie bei der 4. Armee in Ausweichquartiere gebracht, wie bei der 16. Armee zum Arbeitseinsatz nach Deutschland geschickt oder wie bei der Panzergruppe 3 durch die feindlichen Linien gedrückt wurde. Den deutschen Stellen

[163] Befehl des AOK 16 (O.Qu./Qu. 2) „Evakuierung der Zivilbevölkerung aus dem Bereich des X. A.K.", 5. 6. 1942, in: BA-MA, RH 20–16/1016.

[164] Befehl Reinhardts (Pz.Gr.Kdo. 3, Ic/AO) „Behandlung der Bevölkerung, Sicherung des Panzergruppengebietes gegen Partisanen, Sabotageakte und gegen Spionage", 18. 12. 1941, in: NA, T 313/254 (2). Als Kampfzone wurde ein Streifen von fünf Kilometern Tiefe hinter der Hauptkampflinie angesehen. Außerdem wurden den Zivilisten u.a. das Zusammenwohnen mit Soldaten sowie das Verlassen der Dörfer verboten und ihr Arbeitseinsatz in geschlossenen Kolonnen zum Schneeräumen, Holzschlagen und Stellungsbau verfügt.

[165] Befehl des AOK 4 (Ia/Ic/O.Qu., gez. Bernuth) „Räumung des Gefechtsgebietes von der Zivilbevölkerung", 8. 3. 1942, in: BA-MA, RH 20–4/292.

kam es nicht darauf an, die Zivilisten an der Front vor Kriegsschäden und Hunger zu schützen, sondern sie wollten sich eines lästigen Sicherheits- und Versorgungsproblems entledigen. Wenn es durchführbar gewesen wäre, hätte die Wehrmacht in der Sowjetunion neben den Gefechtsgebieten noch weit größere Teile des Operationsgebiets räumen lassen und zwar nicht nur – wie vor allem ab Frühjahr 1942 – im Rahmen der Partisanenbekämpfung. Dennoch war die Zwangsevakuierung von Zivilisten nicht per se ein Kriegsverbrechen und konnte selbst unter den inhumanen Bedingungen des Ostkriegs zum Schutz und Überleben der von den Kampfhandlungen bedrohten Landeseinwohner beitragen. Die Oberbefehlshaber kannten solche Maßnahmen schon aus dem Ersten Weltkrieg, als besonders der Stellungskrieg in Frankreich überwiegend in geräumtem Gelände geführt wurde. Sie werden daher an sich kaum etwas Außergewöhnliches darin gesehen haben. Außergewöhnlich war freilich sehr häufig die Brutalität der Durchführung, die darüber entschied, ob der Verlust der Heimat, so schmerzhaft er auch war, wenigstens den Schutz vor Verelendung und Tod brachte oder das Elend sogar noch vergrößerte. Auch in dieser Frage waren die Bewohner der besetzten Gebiete ganz der Willkür des Ostheeres und seiner Führung ausgeliefert.

Die beschriebenen Evakuierungen resultierten aus vermeintlichen und tatsächlichen „Kriegsnotwendigkeiten", vor allem aus einem, meist überzogenen, militärischen Sicherheitsdenken sowie aus, meist hausgemachten, Versorgungsnöten. Entsprechend ging die Initiative in der Regel von den Armeeoberkommandos und den ihnen untergeordneten Kommandostellen aus. Dagegen spielten die verbrecherischen Germanisierungspläne Hitlers und seiner Umgebung bei diesen Maßnahmen keine Rolle. Eine Ausnahme wäre beinahe die Krim geworden, die für die nationalsozialistischen „Großraumplaner" ein Lieblingsobjekt ihrer Kolonisationsphantasien war und als sonniges „Gotenland" von deutschen Siedlern aus Transnistrien und Südtirol bevölkert werden sollte[166]. Am 3. Juli 1942, also kurz vor dem Fall Sevastopol's und der vollständigen Eroberung der Krim, wurde dem überraschten Oberkommando der 11. Armee von der Heeresgruppe Süd mitgeteilt, auf „Führerbefehl seien *sofort* ‚alle Russen, Armenier und sonstigen Bolschewisten' von der Krim zu entfernen. Es blieben auf ihr nur noch Tataren und Volksdeutsche."[167] Dieser Befehl einer rassenpolitischen Evakuierung von ungefähr 700 000 der noch etwa 900 000 auf der Krim lebenden Zivilisten löste im gewiss nicht zimperlichen Armeeoberkommando blankes Entsetzen aus. Generaloberst v. Manstein protestierte umgehend gegen eine solche Entvölkerung der Krim und verwies auf die katastrophalen wirtschaftlichen wie – wegen der gesteigerten Partisanengefahr – militärischen Folgen[168]. Er hielt „die Aussiedlung praktisch nur in der Form für durchführbar, dass entsprechend der Zuführung von [deutschen] Neusiedlern überraschend einzelne Ortschaften usw. geräumt werden". Zur Erleichterung des Armeeoberkommandos wurde der „Führerbefehl"

[166] Vgl. Dallin, Herrschaft, S. 265–269. Sevastopol' sollte in Theoderichhafen, Simferopol' in Gotenburg umbenannt werden. Im Ersten Weltkrieg hatte bereits Ludendorff von einer deutschen Kolonisierung der geostrategisch und klimatisch so attraktiven Halbinsel geträumt. Vgl. Baumgart, Ludendorff.

[167] AOK 11, KTB O.Qu., 3. 7. 1942, in: BA-MA, RH 20–11/422.

[168] Aufzeichnung Mansteins (AOK 11, Ia, Nr. 2906/42 geh.Kdos.), 3. 7. 1942, in: BA-MA, RH 20–11/424.

noch in der folgenden Nacht zurückgezogen und statt dessen angeordnet, „dass zunächst das ‚Großstadtgesindel' vom S.D. entfernt werde"[169]. Die nationalsozialistischen Umsiedlungspläne auf der Krim konnten bis Kriegsende nicht verwirklicht werden, doch zeigte dieser Sonderfall, welche erschreckenden Dimensionen die Evakuierung und Umsiedlung der Landeseinwohner anzunehmen drohten, sobald sie über das unmittelbare militärische Zweckdenken hinausgingen, das ein hoher General der älteren Generation wie Erich v. Manstein vertrat.

Die scharfe Wendung Hitlers gegen das „Großstadtgesindel" verweist auf das besondere Problem, das die eroberten und noch zu erobernden Großstädte für die deutschen Eroberer darstellten. Besaß die Landbevölkerung immerhin noch den Ruf, teilweise deutschfreundlich oder zumindest eigenständig und – besonders in den Schwarzerdegebieten im Süden – für die Ausbeutung der agrarischen Ressourcen nützlich, ja unentbehrlich zu sein, wurde in der Stadtbevölkerung beinahe ausschließlich ein Sicherheits- und Versorgungsproblem gesehen. Je größer die frontnahen und damit von deutschen Truppen belegten Ortschaften waren, desto gefährlicher, unkontrollierbarer und lästiger waren den Besatzern die Einwohner, gegen die daher um so härter vorgegangen wurde. Die rüde Absperrungs- und Evakuierungspraxis gegen die Zivilbevölkerung in den Leningrader Vorstädten weist auch auf eine Ungleichbehandlung von Städtern und Bauern hin. Während sich bei der deutschen Beurteilung der Bauern Misstrauen gegen den „rassefremden" Menschen und Hoffnung auf seine Arbeitskraft ungefähr die Waage hielten, überwogen gegenüber den Städtern eindeutig die rassistisch und ideologisch motivierten Ressentiments. So stand das Ostheer vor dem Dilemma, dass die Städte mit ihren zahlreichen Steinbauten zwar günstige Quartiermöglichkeiten boten und außerdem wegen mancher Betriebe interessant waren, die Bevölkerung aber wegen ihrer großen Zahl, ihrer angeblichen „bolschewistischen Verhetzung" und ihres Bedarfs an Nahrungsmitteln als Risikofaktor eingeschätzt wurde. Am liebsten hätte man die Zivilisten fortgejagt, doch war eine Räumung der besetzten Großstädte kaum durchzuführen. Bezeichnend war die Haltung des Armeeoberkommandos 9, das am 20. November 1941 die Evakuierung von Kalinin auf Anfrage eines Korps als „nicht möglich" bezeichnete[170], dann jedoch der Heeresgruppe Mitte eine Woche später die Räumung der Großstadt vorschlug, in der noch 120000 Menschen lebten[171]. Dieser Vorschlag war kaum realistisch, zeigte

[169] AOK 11, KTB O.Qu., 3. 7. 1942, in: BA-MA, RH 20–11/422. „Das A.O.K. hat also zunächst mit der Räumung der Krim nichts zu tun." Einige Tage später folgte der Erlass Keitels, dass Hitler die Absicht geäußert habe, „die Halbinsel Krim, sobald die weitere Entwicklung der Lage es erlaubt, von den dort ansässigen Russen und Ukrainern zu räumen". Zunächst seien aber lediglich „für eine etwaige spätere Räumung die notwendigen *Vorbereitungen* zu treffen". Befehl Keitels (OKW/WFSt/Qu. II, Nr. 2303/42 geh.Kdos.) „Aussiedlung aus der Krim", 12. 7. 1942, in: PA-AA, Nachlass Hentig, Bd. 2. Zur vehementen Kritik des VAA beim AOK 11, des Gesandten Werner Otto v. Hentig, an den Plänen Hitlers vgl. Hürter, Nachrichten, S. 383 f.

[170] Befehl des AOK 9 (Ia), 20. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–9/24: „Vom XXVII. A.K. wurde angeregt, die Zivilbevölkerung hinter der Front in einer Tiefe von 25 km zu evakuieren. Der Armee scheint das zu weitgehend, eine Tiefe von höchstens 10 km wird für ausreichend gehalten. Räumung von Kalinin ist nicht möglich. Ein Abschub der Bevölkerung auf die Feindseite kommt nicht in Frage." Kalinin lag dicht hinter der Hauptkampflinie.

[171] AOK 9 (O.Qu., Nr. 3139/41 geh.) an H.Gr.Kdo. Mitte, 29. 11. 1941, ebd.: „Im Bereich des A.O.K. 9 sind besondere Schwierigkeiten in der Ernährung der Zivilbevölkerung von Rshew und Kalinin zu erwarten. In Rshew befinden sich z.Zt. etwa 30000, in Kalinin etwa 120000 Einwohner. Da

aber, wie belastend und entbehrlich der höchsten Truppenführung die Stadtbevölkerung schien.

Das größte Misstrauen und die schärfste Haltung gegen das „Großstadtgesindel" in der Sowjetunion hegte Hitler selbst. Besonders die Metropolen Leningrad und Moskau waren für ihn über ihre strategische Bedeutung hinaus die verhassten Symbole und Zentren russischer und sowjetischer Macht. Bereits unmittelbar nach Feldzugsbeginn teilte er der Heeresleitung seinen „feststehenden Entschluß" mit, „Moskau und Leningrad dem Erdboden gleich zu machen, um zu verhindern, daß Menschen darin bleiben, die wir dann im Winter ernähren müßten", und schwelgte in der grausigen Vorstellung einer „Volkskatastrophe, die nicht nur den Bolschewismus, sondern auch das Moskowitertum der Zentren beraubt"[172]. Das erste Opfer sollte Leningrad sein. Doch als sich die 18. Armee Mitte September 1941 auf die Eroberung der Neva-Stadt vorbereitete, wusste sie nichts von diesen schrecklichen Plänen[173]. Das Oberkommando unter Generaloberst v. Küchler begann sich bereits auf die Probleme der Verwaltung, Sicherung und Versorgung einer Dreimillionenstadt einzustellen. Hier ist zunächst der Sicherheitsaspekt interessant. Das Misstrauen gegen die Bevölkerung Leningrads war besonders ausgeprägt. Nach den Plänen der Armeeführung sollten die deutschen Truppen gefolgt von Polizei- und SD-Kräften in die Stadt einrücken und gemeinsam mit ihnen auch zu „systematischen Säuberungsaktionen" eingesetzt werden[174]. Zur Unterdrückung zivilen Widerstands und Überwachung der Bevölkerung war geplant, neben den Rotarmisten auch alle Polizisten, Kommunisten, Kommissare, Juden (also etwa 200000 Menschen!) und „verdächtigen Elemente" in Gefangenen- und Konzentrationslagern festzusetzen[175] sowie alle Männer zu registrieren und mit einem Abzeichen zu versehen, „da mit feindlichen Terrorakten jederart bestimmt zu rechnen ist"[176]. Allerdings blieben diese Sicherungskonzepte in der Schublade. Bereits am 22. September 1941 wurden alle Vorbereitungen der 18. Armee „zum Besetzen und Ausnutzen der Stadt" eingestellt[177], da sich Hitler und die Wehrmachtsführung inzwischen endgültig dafür entschieden hatten, „dass wir die Stadt nicht betreten und dass wir die Stadt nicht ernähren können"[178]. Sehr zur Enttäuschung ihrer Generale wurde diese Armee für Jahre hinaus zu einer reinen Belagerungs- und Absperrungsarmee degradiert.

beide Orte für die Unterbringung von Truppen und vor allem Ausnutzung von Betrieben unbedingt benötigt sind, wird Evakuierung der Bevölkerung vorgeschlagen."

[172] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 53 (8. 7. 1941). Vgl. auch KTB/OKW, Bd. 1, S. 1021 (Sonderakte, 8. 7. 1941). Weitere Beispiele für Hitlers Zerstörungswillen gegen Leningrad und Moskau bei Ueberschär, Angriff, S. 96, 101 f.

[173] Vgl. zum Folgenden Hürter, Wehrmacht, S. 390–404.

[174] AOK 18, KTB Ia, 13. 9. 1941, 24.00 Uhr, in: NA, T 312/782.

[175] Merkblatt des AOK 18 „Behandlung der Petersburger Bevölkerung", 15. 9. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1571.

[176] Bericht über die Fahrt Küchlers zum L. A.K., das die Stadt gemeinsam mit der SS-Polizei-Division besetzen sollte, am 17. 9. 1941, in: NA, T 312/799. „Jeder Mann erhält alsdann zur leichteren Kontrolle für die Posten ein sichtbares Abzeichen."

[177] AOK 18, KTB Ia, 22. 9. 1941 (Notiz Küchlers über seine Besprechung mit Leeb), in: NA, T 312/782. „Petersburg soll nicht angegriffen und nicht besetzt werden. Nur abschließen, durch Art.-Feuer und Fliegerangriffe vernichten."

[178] H.Gr.Kdo. Nord, KTB Ia, 20. 9. 1941, 12.00 Uhr, über ein Ferngespräch Brenneckes mit Keitel, in: BA-MA, RH 19 III/167.

Zur selben Zeit wie die 18. Armee auf Leningrad rückte die 6. Armee auf die ukrainische Metropole Kiev zu, doch waren hier die Voraussetzungen anders als im Norden[179]. Hitlers Vernichtungswillen gegen die sowjetischen Millionenstädte, dem OKW-Chef Wilhelm Keitel willfährig assistierte, richtete sich viel stärker auf die russischen „Bolschewistenhauptstädte" Leningrad und Moskau als auf Kiev. Außerdem wurde die Stadt nach der verheerenden Niederlage der Roten Armee in der Ukraine von vergleichsweise schwachen Kräften verteidigt und besaß mit den Brücken über den Dnepr auch militärisch wichtige Objekte. So konnte sich die höchste Truppenführung – Rundstedt (Heeresgruppe Süd) und Reichenau (6. Armee) – mit Rückendeckung des OKH gegen die Skepsis Hitlers durchsetzen und das XXIX. Armeekorps in das Stadtzentrum vorstoßen lassen. Am 19. September 1941, dem Tag der Eroberung Kievs, befahl das Armeeoberkommando 6, möglichst alle wehrfähigen Männer zu verhaften und zu überprüfen[180]. Da sich nach Einschätzung der Besatzungstruppen die Zivilbevölkerung größtenteils freundlich und hilfsbereit verhielt[181], wurde jedoch auf diese große Verhaftungs- und Überprüfungsaktion verzichtet. Stattdessen richteten sich die Maßnahmen zur Sicherung und „Säuberung" Kievs gegen die üblichen „verdächtigen Personen", also vor allem gegen Parteileute und die gesamte jüdische Bevölkerung. Darauf wird zurückzukommen sein. Eine weitaus größere Gefahr als die Zivilbevölkerung bildeten die zahlreichen Sprengsätze, die von der Roten Armee in der Stadt zurückgelassen worden waren und ab dem 24. September 1941 ferngezündet wurden[182]. Diese Sprengungen und ein durch sie ausgelöster Großbrand führten zu beträchtlichen Verlusten, sowohl unter den deutschen Soldaten als auch unter den sowjetischen Zivilisten – nicht zuletzt beim Löscheinsatz, der Kiev vor einer weitergehenden Zerstörung bewahrte.

Schlimmer als diese Verluste waren die Folgen für das deutsche Verhalten gegenüber Großstädten und ihren Bewohnern. In Kiev war das Massaker von Babij Jar gegen den jüdischen Bevölkerungsteil auch eine Vergeltungsaktion für die sowjetischen Fernsprengungen[183]. Ebenso wurde der „Reichenau-Befehl" vom 10. Oktober 1941 nicht zuletzt von den Kiever Erfahrungen inspiriert – darauf deutet der Hinweis, die Truppe habe „nur soweit ein Interesse an Löscharbeiten, als notwendige Truppenunterkünfte erhalten werden müssen" – und deckte den Judenmord von Babij Jar mit der angeblichen „Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum"[184]. Vor allem aber fühlte sich Hitler in seiner Antipathie gegen eine Besetzung sowjetischer Großstädte vollauf bestätigt. Am 7. Oktober 1941 entschied er „erneut", „daß eine Kapitulation von Leningrad oder später von Moskau nicht anzunehmen ist", und verwies auf „die schwersten Gefahren für die Truppe" durch Sprengungen mit Zeitzündern wie in

[179] Zum Folgenden vgl. Arnold, Eroberung, vor allem S. 25–31, 49–53.
[180] Befehl des AOK 6 (O.Qu./Qu. 2, gez. Heim) „Behandlung der im Wehrdienstalter stehenden männlichen Bevölkerung Kiews", 19. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/126, Bl. 100.
[181] Notiz des AOK 6 (Ic/AO), 22. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/492, Bl. 52.
[182] Vgl. auch DRZW, Bd. 4, S. 515 (Beitrag Klink); Friedrich, Gesetz, S. 805 f.
[183] Vgl. Kapitel II,5.
[184] Befehl Reichenaus (AOK 6, Ia, Az. 7) „Verhalten der Truppe im Ostraum", 10. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 339 f.

Kiev[185]. Kein deutscher Soldat dürfe diese beiden Millionenstädte betreten und niemand aus ihnen durch die deutschen Linien, wohl aber nach „Innerrußland" herausgelassen werden. Auch für alle übrigen noch nicht eroberten Städte sollte jetzt gelten, „daß sie vor der Einnahme durch Artilleriefeuer und Luftangriffe zu zermürben sind und ihre Bevölkerung zur Flucht zu veranlassen ist. Das Leben deutscher Soldaten für die Errettung russischer Städte vor einer Feuersgefahr einzusetzen oder deren Bevölkerung auf Kosten der deutschen Heimat zu ernähren, ist nicht zu verantworten." Die auf Moskau vorgehenden Verbände erhielten unverzüglich den Befehl, nicht in den Stadtkern vorzudringen[186]. Ein Kommandierender General ließ diese Entscheidung Ende Oktober 1941 in einem Privatbrief durchblicken[187]: „Ob wir in das Kommunistennest aber hineingehn oder es verhungern und erfrieren lassen, statt wilde Straßenkämpfe aufzuführen, werden wir erst noch mal sehn."

Diese Reaktion war charakteristisch für viele der höchsten Truppengenerale, die nach den – sie tief empörenden[188] – Ereignissen in Kiev mehr Verständnis für die Haltung Hitlers zeigten, Leningrad und Moskau überhaupt nicht und die übrigen Großstädte nur unter bestimmten Bedingungen, nämlich ohne Rücksicht auf eine dezimierte, eingeschüchterte und hungernde Bevölkerung zu besetzen. Dabei spielte die Sicherheitsfrage zunächst eine größere Rolle als das Ernährungsproblem, wie ja auch die Vorgänge in Kiev zunächst vor allem verdeutlichten, in welche unmittelbaren Gefahren die Besatzer einer großen Stadt geraten konnten. Die Tatsache, dass die städtische Zivilbevölkerung an den Fernsprengungen der Roten Armee völlig schuldlos war, wurde ihr kaum gutgeschrieben. Vielmehr nutzten einige Oberkommandos den neuen „Führerbefehl" zur Einnahme von Großstädten, um erneut einem nahezu ungehemmten militärischen Utilitarismus das Wort zu reden. So gab das Heeresgruppenkommando Süd die neuen Richtlinien nicht nur weiter, sondern verschärfte sie teilweise noch und schloss mit den bezeichnenden Worten[189]: „Alle Massnahmen der Truppe dürfen *nur* von dem Gesichtspunkt des *militärisch* Notwendigen ausgehen." Auch das Oberkommando der 17. Armee interpretierte den Befehl Hitlers eigenständig und zwar zum noch größeren Schaden der sowjetischen Stadtbewohner[190]: Kein deutscher

[185] Schreiben Jodls an Brauchitsch, 7. 10. 1941, ebd., S. 334 f.

[186] Vgl. etwa den Befehl des AOK 4 (Ia, Nr. 3566/41 geh., gez. Blumentritt), 14. 10. 1941, in: BA-MA, RH 21–4/31: „Auf *ausdrücklichen Befehl des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht* darf der Stadtkern von *Moskau* von der Truppe *nicht betreten* werden. *Begrenzungslinie* für *Angriff und Spähtrupps* ist der Verlauf der *Ringbahn*."

[187] Heinrici an seine Frau, 24. 10. 1941, in: Hürter, General, S. 100.

[188] Vgl. etwa Heinrici an seine Frau, 29. 9. 1941, ebd., S. 91: „In Kiew sollen insofern unerfreuliche Verhältnisse sein, als laufend von den Russen versteckte und zurückgelassene Minen u. Brandladungen in die Luft gehen. Die Art u. Weise der Kriegführung hierzulande hat mit anständigem Kampf nichts mehr zu tun."

[189] Befehl des H.Gr.Kdo. Süd (Ia, Nr. 2040/41 geh.Kdos.), 22. 10. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2317. So hieß es jetzt nicht mehr nur für Leningrad und Moskau, sondern generell für Großstädte: „Kapitulationen von Städten, die verteidigt werden, sind nicht anzunehmen. Solche Städte sind durch Artilleriefeuer und Luftangriffe zu zermürben und auszuhungern." Außerdem sollten Großstädte möglichst nicht mit Kommandobehörden oder höheren Stäben belegt werden. „Es muss vermieden werden, dass deutschen Kdo.-Behörden die moralische Verpflichtung zur Erhaltung der durch eigene Schuld hungernden Bevölkerung auferlegt wird."

[190] Befehl des AOK 17 (Ia, Nr. 0836/41 geh., gez. Müller), 21. 10. 1941, in: BA-MA, RH 20–17/44. Dieser Befehl sollte für „*verteidigte* sowjetrussische Städte" gelten.

Soldat dürfe „aus Schonungsrücksichten für die sowjetrussische Bevölkerung" zum Kampf eingesetzt werden, daher sei vor Betreten von Großstädten nicht nur die militärische Verteidigung, sondern auch „der Widerstandswille der Bevölkerung in diesen Städten durch Artillerie-Feuer planmässig und abschnittweise zu zermürben und zu brechen". Außerdem befahl Generalstabschef Vincenz Müller zur Erkundung und Räumung von Minen ein „rücksichtsloses Heranziehen der Bevölkerung". Mit anderen Worten: Zum militärischen Zweck der Schonung eigener Kräfte durfte auf diesem Kriegsschauplatz die städtische Bevölkerung erst durch planmäßigen Beschuss eingeschüchtert und dezimiert, dann nach der Besetzung brutal als lebende Minensuchgeräte eingesetzt oder sonstwie terrorisiert werden. Solche Befehle der Truppenführung lagen vollkommen auf der Linie Hitlers. Abmilderungen seiner Richtlinien waren dagegen die Ausnahme[191].

Nun kam es darauf an, wie diese neuen Vorgaben umgesetzt wurden. Die nächste Großstadt, die ins deutsche Visier geriet, war Charkov, und das Schicksal meinte es nicht gut mit der ukrainischen Stadt, als ausgerechnet jene Armee zu ihrer Eroberung antrat, die durch die Vorgänge in Kiev zusätzlich radikalisiert war und immer noch unter der Führung ihres besonders „rücksichtslosen" Oberbefehlshabers stand: Reichenaus 6. Armee. Schon der Befehl des Armeeoberkommandos, der dem LV. Armeekorps die Einnahme und erste Besetzung Charkovs übertrug, ließ für die Bevölkerung Schlimmes befürchten[192]. Die Sicherung und Säuberung der Stadt sollte „im Sinne" des Reichenauschen Armeebefehls über das „Verhalten der Truppe im Ostraum" vom 10. Oktober 1941 durchgeführt werden, also „von einer *bedenkenlosen Härte* erfüllt sein. Jüdische und bolschewistische Personen sind in erster Linie für die kollektive Sühne heranzuziehen. Saboteure oder Personen, die mit der Waffe Widerstand leisten, sind sichtbar aufzuhängen." Für die „Entminung" der Stadt sollten vor allem sowjetische Kriegsgefangene und Zivilisten herangezogen werden. „Um die Anzeige verminter Gebäude zu beschleunigen, können die großen gefährdeten Gebäude mit Geiseln oder Juden belegt werden." Dagegen wurden die übrigen Besatzungsaufgaben sehr klein gehalten. „Irgendwelche Instandsetzungen oder Verschönerungen als Selbstzweck" waren zu unterlassen, ebenso deutsche Maßnahmen zur Versorgung und Unterbringung der Bevölkerung, für die „ausschließlich die provisorische Stadtverwaltung verantwortlich zu machen" sei. Die Instrumente und Mittel der Unterdrückung sollten also ausgebaut, die traditionellen Fürsorgepflichten des Besatzers jedoch nahezu völlig vernachlässigt werden. Bezeichnend für die geplante Terrorpolitik in Charkov war, dass die Armeeführung von vornherein Sonderkommandos der Abwehrabteilung, des SD und des Auswärtigen Amts in die Stadt schickte[193] und bald auch eine Geheimpolizei aufbauen ließ[194].

[191] Das H.Gr.Kdo. Mitte (Ia, Nr. 1968/41 geh.Kdos.Chefs., gez. Greiffenberg), 15. 10. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1743, übermittelte den Befehl Hitlers vom 7. 10. 1941 wörtlich, ergänzte aber wenigstens: „Jedes willkürliche Abbrennen von Ortschaften, das auch die Unterbringung der eigenen Truppe gefährden würde, ist zu unterbinden."

[192] Befehl des AOK 6 (Ia/O.Qu., Az. 2, gez. Heim) „Charkow", 17. 10. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/136, Bl. 198f.

[193] Befehl des AOK 6 (Ic/AO/Abw. I/Abw. III, Nr. 3276/41 geh., gez. Heim) „Charkow: Einsatz von Ic-Sonderkommandos", 18. 10. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/493, Bl. 71.

[194] Befehl des AOK 6 (Ia/Ic/AO/Abw. III, Nr. 3431/41 geh., gez. Heim) „Errichtung einer Geheimpolizei in Charkow", 14. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/494, Bl. 170.

Wenigstens wurde, weil der Widerstand aus Charkov heraus nur schwach war, auf eine artilleristische „Zermürbung" der am 24. Oktober 1941 eingenommenen Stadt verzichtet. Allerdings hatte das Armeeoberkommando 6 keine Skrupel, für die Kämpfe um Charkov und Belgorod zu befehlen, „auch gegen bewohnte Stadtteile zu feuern"[195]. Außerdem ließ Reichenau an seinen Befehl erinnern, Brände nur bei Gefahr für die eigene Sache zu löschen. Auch sollte ganz im Sinne der Richtlinien Hitlers eine Flucht der Bevölkerung nach Osten, also in das feindliche Gebiet gefördert werden. All dies zeigt, dass dem Oberkommando der 6. Armee die Inbesitznahme der Großstadt Charkov, vor allem auch als Quartier für den bevorstehenden Winter, wichtig war, man aber auf die Anwesenheit und das Überleben der gleichermaßen lästigen wie beargwöhnten Bevölkerung keinen Wert legte. Am liebsten hätte man sie aus der Stadt vertrieben, und so wundert es nicht, dass aus der Oberquartiermeisterabteilung tatsächlich der Vorschlag einer weitgehenden Evakuierung kam. Der Abschub von über einer halben Million Einwohner[196] nach Osten war freilich ebenso schwer durchzuführen wie ihre Verteilung auf das Umland, die dem Quartiermeister 2 vorschwebte. Der Nachrichtenoffizier der 6. Armee äußerte gegen eine Zwangsevakuierung schwere Bedenken, da sie die Zivilisten gegen die Besatzer aufbringen und der sowjetischen Propaganda zuarbeiten würde[197]. Dagegen hielt er den Ausbau der Überwachungs- und Unterdrückungsmaßnahmen für „Ic-mäßig erwünscht und für durchführbar", nämlich die „alsbaldige" Feststellung, Festsetzung und „weitere Behandlung" aller „Juden, politischen Kommissare, politisch Verdächtigen und aller nicht Ortsansässigen (besonders bolschewistischer Flüchtlinge aus dem Raum ostwärts Kiew)"[198].

Der „sicherheitsmäßige" Standpunkt der Abwehrabteilung setzte sich im Armeeoberkommando 6 zunächst gegen den „versorgungsmäßigen" Evakuierungswunsch der Oberquartiermeisterabteilung durch, so dass in Charkov weiter auf Terror statt auf Vertreibung gesetzt wurde. Am 25. November 1941 konnte sich Generalfeldmarschall Walter v. Reichenau bei einem Besuch in der Stadt mit eigenen Augen davon überzeugen, dass seine brutalen Vorgaben über das Verhalten im „Ostraum" umgesetzt wurden. Über den Feldkommandanten hieß es mit spürbarer Befriedigung im Fahrtbericht[199]: „Sehr energisch, hängt rücksichtslos

[195] Befehl des AOK 6 (Ia, Nr. 2527/41 geh.Kdos.), 20. 10. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-3559.

[196] Nach Angaben der 6. Armee waren von den ursprünglich etwa 850000 Einwohnern noch etwa 550000 Menschen in der Stadt verblieben. Aktennotiz Heims (AOK 6, Chef), 19. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20-6/147, Bl. 192f.

[197] Major i.G. Paltzo (AOK 6, Ic/AO) an Hauptmann i.G. v. Bila (AOK 6, Qu. 2), 6. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-6/494, Bl. 263f. Allerdings konnte der Bevölkerung nach Ansicht Paltzos vorgeschlagen werden, freiwillig zu „Verwandten, Freunden und Bekannten auf dem Lande [zu] gehen, wo die Ernährungsmöglichkeiten leichtere seien".

[198] „Festsetzen und weitere Behandlung dieser Elemente wäre Aufgabe des SD, der aber selbst zu schwach ist und deshalb der Unterstützung durch die Truppe bedarf."

[199] Bericht über die Fahrt Reichenaus nach Charkov am 25. 11. 1941, 26. 11. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1645. Vgl. auch die „Richtlinien für die Behandlung der Zivilbevölkerung" der Stadtkommandantur Charkov, 23. 10. 1941, in: BA-MA, RH 24-55/13, Bl. 23, abgedruckt in: Verbrechen der Wehrmacht, S. 333, in denen u.a. befohlen wurde: „Alle Mittel des Siegers sind recht, die Ruhe und Ordnung in Charkow wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten. [...] Aufsässige Elemente, Saboteure und Partisanen, die fast ausschließlich in Judenkreisen zu suchen sind, sind mit dem Tode zu bestrafen. Gegebenenfalls öffentliche Hinrichtung durch Erhängen und Hängen-

[...]. Im Augenblick sind 800 Geiseln festgenommen, von denen jeweils 200 gehängt werden, falls neue Sabotageakte auftreten, diese Leute sind durch die Bezirksbürgermeister genannt worden, haben sich also irgendwie schuldig gemacht." Die Dienststellen der 6. Armee sahen in dieser Großstadt, die durchgehend unter Militärverwaltung blieb, zunächst in der Abschreckung und Niederhaltung der Zivilisten das geeignetere Mittel als in ihrer „Umsiedlung". Mit dem Einbruch des Winters geriet dann auch hier das Ernährungsproblem immer stärker in den Vordergrund, so dass schließlich erneut über eine Evakuierung der Bevölkerung nachgedacht werden musste. Die erste Sorge der Besatzer galt aber der Sicherheit der eigenen Truppen. Dass sich dieser Aspekt später immer drängender mit dem der Versorgung verknüpfte, wird im nächsten Abschnitt zu behandeln sein. Doch bereits die vorstehenden Beispiele zeigen, dass die sowjetische Stadtbevölkerung, von der deutschen Führung als „Großstadtgesindel" deklassiert, so und so zu bedauern war. Sie war noch stärker als die Landbewohner den Repressalien, dem Terror und der Mangelversorgung durch die deutschen Eroberer ausgesetzt. Dass diese elenden Menschen als ernsthafte Gefahr für die Sicherheit der Wehrmacht angesehen wurden, musste bei Kenntnis der Verhältnisse vor Ort immer mehr auf Unverständnis stoßen. So meinte nach Ende des ersten Feldzugsjahrs ein Beobachter des Elends der Stadtbevölkerung auf der Krim – mit unmissverständlicher Anspielung auf das Verdikt Hitlers und seiner Umgebung[200]: „Von Großstadtgesindel kann gerade bei dieser außerordentlich mitgenommenen, verschüchterten, meist aus Mangel an Abzugsmöglichkeiten zurückgebliebenen Bevölkerung nicht gesprochen werden."

Die Zivilbevölkerung in den besetzten sowjetischen Gebieten musste im ersten Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges die harte, ja brutale Hand der Besatzungsmacht erdulden. Die deutschen Eroberer kamen nicht als Befreier, sondern als Unterdrücker, die den stalinistischen Terror lediglich durch den landesfremden Terror der deutschen „Rassenideologen" und Militärs ersetzten. Diese selbst nach den entgrenzten Maßstäben des „Totalen Krieges" ungewöhnliche Unterdrückungspraxis im „Ostraum" resultierte aus dem militärischen Anspruch, um jeden Preis „Ruhe und Ordnung" hinter der Front zu erzwingen, sowie aus einer rassistischen Geringschätzung der slawischen Bevölkerung und einer tiefen Abneigung gegen den „Bolschewismus". Diese Ressentiments konnten auch bei den konservativsten Vertretern der Truppenführung jederzeit angesprochen werden. Das militärische Sicherheitsdenken, das durch solche Ressentiments zusätzlich verschärft wurde, führte zu dauerndem Misstrauen gegen die sowjetischen Zivilisten, die den deutschen Soldaten noch so viel Jubel, Blumen, Brot und Salz entgegenbringen konnten. Nicht nur ein so radikaler Exponent der höchsten Truppengeneralität wie Reichenau sah das deutsche Ostheer in einem „Kolonialkrieg"[201], in dem eigene Gesetze galten, die mit den Regeln konventioneller Waffengänge brechen

lassen zur Abschreckung. Bewachung der Hingerichteten durch Hilfspolizei. [...] Äusserste Härte in der Behandlung der Bevölkerung ist notwendig und erforderlich."

200 Bericht Hentigs (VAA beim AOK 11) Nr. 368, 2. 8. 1942, in: PA-AA, Nachlass Hentig, Bd. 2.

201 Vgl. neben den bekannten „verbrecherischen Befehlen" Reichenaus auch seine Formulierungen in anderen Befehlen, etwa dem vom 17. 10. 1941 (AOK 6, Ia, Az. 1), in: BA-MA, RH 20–6/136, Bl. 206: „Wie in Kolonialkriegen muß der Soldat heute Entbehrungen ertragen."

mussten. Welchen verabsolutierten Stellenwert die militärische Führung im Osten einer solchen Eigengesetzlichkeit jenseits rechtlicher und moralischer Gepflogenheiten zusprach, zeigte das Diktum des Heeresgruppenkommandos Süd, alle Maßnahmen der Truppe gegenüber der Bevölkerung dürften *„nur* von dem Gesichtspunkt des *militärisch* Notwendigen ausgehen"[202].

Und eine militärische Notwendigkeit schien es auf diesem besonderen Kriegsschauplatz zu sein, die Sicherheit der Truppe zu bewahren, indem man die Landesbewohner überwachte, bespitzelte, in ihren Orten absperrte oder in unwirtliche Reservate abschob, sie durch öffentliche Hinrichtungen und kollektive Repressalien einschüchterte, kurzum: sie unaufhörlich mit dem Verlust ihrer Freiheit oder gar ihres Lebens bedrohte. Dieses Klima ständiger Unterdrückung wurde von den Oberkommandos nicht nur mitgetragen, sondern miterzeugt – trotz aller graduellen Unterschiede zwischen den einzelnen Kommandobehörden. Auch wenn sich die meisten Oberbefehlshaber an der „Verwaltung" der rückwärtigen Gebiete in der Regel eher desinteressiert zeigten, entband sie dieses bewusste oder unbewusste Wegschauen und Delegieren nicht von der Gesamtverantwortung für die Vorgänge in ihrem Befehlsbereich. Teilweise verschärften die Generale unserer Gruppe sogar noch den Unterdrückungskurs durch ihr persönliches Engagement, wie an den Beispielen der an sich recht unterschiedlichen Armeeoberbefehlshaber Küchler und Reichenau deutlich wurde. Abmilderungen der Terrorpraxis durch ihr unmittelbares Eingreifen vor Ort sind dagegen kaum überliefert. Die theoretischen Bekenntnisse zu einer konstruktiven Besatzungspolitik gegenüber der „gutwilligen" Mehrheit der Bevölkerung, die sich nach der Jahreswende 1941/42 häuften, wurden durch die Realien der oft auch von ihnen beschworenen „Rücksichtslosigkeit" im Besatzungsalltag konterkariert und relativiert. Wie sollte der teils gezielte, teils unterschiedslose Terror der Besatzungsmacht gegen „verdächtige" Gruppen und Einzelpersonen auf die „gutwillige" Masse der Bevölkerung, die „gut" behandelt werden sollte, auch anders wirken als abschreckend und abstoßend? Und was konnte in den „positiven" Verlautbarungen, die aus den Oberkommandos der Heeresgruppen und Armeen kamen, anderes gesehen werden als verlogene Propaganda und bloße Lippenbekenntnisse? Und wie verheerend mussten neben den täglichen Zeichen der Unterdrückung erst die wirtschaftliche Ausbeutung und schlechte Versorgung wirken, die massenhaft und unterschiedslos nahezu die gesamte Bevölkerung bedrohten?

d. Hunger

Die Geißel der Lebensmittelnot traf die Einwohner der besetzten Ostgebiete wohl noch öfter als die unmittelbaren Drangsalierungen oder Erschießungen durch die Besatzungsmacht. Die Mangelernährung war eine Folge des Kriegsgeschehens und der deutschen Ausbeutungspolitik. Es wurde bereits beschrieben, dass der Ostfeldzug als kolonialer Raubkrieg von vornherein auf eine rücksichts-

[202] Befehl des H.Gr.Kdo. Süd (Ia, Nr. 2040/41 geh.Kdos.), 22. 10. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2317.

lose Ausnutzung der wirtschaftlichen Ressourcen abzielte[203]. Die Wehrmacht sollte in der Sowjetunion nach und nach vollständig „aus dem Lande" leben. Die Überschüsse über diesen Bedarf hinaus waren dann in erster Linie für das Reich und Europa reserviert. Dass eine solche radikale wirtschaftliche Ausplünderung die Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung zerstören und das Verhungern von „zig Millionen" Russen nach sich ziehen würde, war zwar nicht fest einprogrammiert, doch bewusst einkalkuliert. Schließlich sollten die Zuschussgebiete, also die „Waldzone" Weißrusslands und Russlands bis zum Ural, von den Überschussgebieten, also der „Schwarzerdezone" der Ukraine und der Kaukasusregion, sowie vom Baltikum abgeriegelt und ernährungspolitisch weitgehend sich selbst überlassen werden. Dieses grausame Wirtschaftsprogramm wurde in der Literatur als „Hungerpolitik" und „Hungerstrategie" bezeichnet[204]. Es sollte aber besser von einem „Hungerkalkül" gesprochen werden, denn der Hunger wurde – mit Ausnahme der Belagerung Leningrads – nicht als Waffe oder als Mittel zum Ziel der Ausnutzung des besetzten Landes eingesetzt, sondern als „zwangsläufige" Folge einer wirtschaftlichen Besserstellung der eigenen Truppe und Heimat gesehen. Die deutsche Politik kennzeichnete nicht eine gezielte Vernichtung durch Hunger, sondern eine eher planlose Inkaufnahme des Hungers und seiner Folgen. Die verbrecherischen Konsequenzen dieser Politik, in der sich militärstrategisches und wirtschaftliches Kalkül mit der nationalsozialistischen Rassen- und Lebensraumideologie verband, werden dadurch freilich nicht relativiert.

Das Ostheer und seine Kommandobehörden waren eigentlich nur für die erste provisorische Selbstversorgung zuständig, während die planmäßige wirtschaftliche Ausnutzung den Dienststellen des Wirtschaftsstabs Ost übertragen wurde. Die Oberkommandos, genauer gesagt ihre Oberquartiermeisterabteilungen, konnten sich also zunächst darauf konzentrieren, die Requirierungen für den Sofortbedarf ihrer Truppen zu organisieren und in geordnete Bahnen zu lenken. Dabei meldeten sich die Oberbefehlshaber immer wieder mit grundsätzlichen Befehlen zu Wort. Einerseits ermunterten sie ihre Soldaten, wenn möglich *„vollständig* aus dem Lande zu leben und dadurch die Ernährungslage in der Heimat zu entlasten"[205], zumindest aber sich „durch noch mehr planmäßige Beschaffung und Bewirtschaftung der im Lande vorzufindenden Lebensmittel selbst zu helfen"[206] und sich notfalls, etwa in der Winterkrise 1941/42, „unter rücksichtsloser Verwendung dessen, was das Land und die Zivilbevölkerung besitzt", gegen Hunger und Kälte

[203] Vgl. Kapitel II,1,c.

[204] Diese Begriffe wurden von Rolf-Dieter Müller geprägt, in: DRZW, Bd. 4, passim. Gerlach, Morde, spricht sogar von einem „Völkermordplan" (S. 48), ja vom „größte[n] Massenmordplan der Geschichte" (S. 1128). Auch wenn Gerlach in seiner zugespitzten These von einem alles bestimmenden und allgegenwärtigen „Hungerplan" zu weit geht, kann über die erschreckend kriminellen Ausmaße dieser Planungen kein Zweifel bestehen. Dazu und generell zur deutschen Wirtschaftspolitik in der besetzten Sowjetunion vgl. vor allem DRZW, Bd. 4, S. 98–189, 936–1029 (Beiträge Müller); Gerlach, Morde, S. 231–501 (bisher umfassendste Analyse am Beispiel Weißrussland); Eichholtz, Geschichte, Bd. 2, passim; Arnold, Wehrmacht, S. 242–325.

[205] Befehl Kleists (Pz.Gr.Kdo. 1, OB [sic!]), 20. 9. 1941, in: BA-MA, RH 21-1/464. Die Panzergruppe sei „durch Eroberung der Ukraine in den Besitz eines Landes gekommen, dessen Reichtum an Getreide, Vieh usw." dies ermögliche.

[206] Befehl Weichs' (AOK 2, Ia, Nr. 2654/41 geh.), 1. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20-2/226.

zu schützen[207]. Andererseits sahen sie sich immer wieder genötigt, die Selbstversorgung der Truppe zu bremsen, da die „Beitreibungen" oft in regelrechte Plünderzüge ausarteten. Einige Beispiele dieser zahlreichen und geradezu stereotypen Versuche, das Landsknechtsgebahren aus disziplinarischen, ökonomischen und besatzungspolitischen Gründen zu unterbinden, wurden bereits im Zusammenhang mit den grundsätzlichen Befehlen und Denkschriften zur Besatzungspolitik gegeben[208]. Viele andere könnten folgen. Generaloberst Strauß etwa wandte sich bereits Mitte Juli 1941 scharf gegen die „Plünderung und Zerstörung für uns lebenswichtiger Güter durch die Truppe". Kurz darauf beklagte sich auch Hoth über „einzelne Trupps von Soldaten", die „verschiedenerorts dazu übergegangen" seien, „ganze Dörfer auszurauben und Eier, Hühner, Enten, Gänse, Kälber, Schweine, Kühe (sogar tragende und auch Milchkühe) und Pferde ohne Bezahlung, allenfalls nach Hinterlassung nichtssagender Zettel mitzunehmen"[209]. Auch Leeb musste Mitte August 1941 feststellen, dass „die Aufbauarbeit der Wirtschafts-Dienststellen durch sinnloses ‚Organisieren' der Truppe zunichte gemacht worden ist"[210]. Und noch am ersten Jahrestag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion sah sich Kluge zum Befehl gezwungen, „der ‚wilden Selbstbeschaffung' endgültig einen Riegel vorzuschieben"[211]: „Immer wieder erfahre ich von jetzt noch erfolgten Selbstbeschaffungen unter Ausgabe von Quittungen, die jeder Beschreibung spotten. Es ist Sabotage am knapp gewordenen Lebensbedarf unseres Heeres und auch unseres Volkes, wenn solche Dinge immer noch geschehen! Sie muß exemplarisch bestraft werden!"

Doch all die immer wiederkehrenden Androhungen harter Strafen konnten nicht verhindern, dass die Truppe die Aufforderung, „aus dem Lande" zu leben, nur zu häufig als Blankovollmacht zur hemmungslosen Selbstbedienung verstand[212]. Die Anordnungen der Zentralbehörden und der höchsten Truppenführung waren allerdings tatsächlich widersprüchlich. Denn auch die Oberkommandos forderten umfassende Requirierungen, und die Grenzen zur Plünderung waren keineswegs so klar gezogen, wie es in manchen Befehlen erschien. Die Aus-

[207] Befehl Strauß' (AOK 9, OB), 27. 12. 1941, in: BA-MA, RH 20-9/24.

[208] Vgl. Kapitel II,4,b.

[209] Befehl Hoths (Pz.Gr.Kdo. 3, Befehlshaber), 21. 7. 1941, in: NA, T 313/254 (2). „Als Vorwand wird angegeben, man habe Befehl, sich selbst zu versorgen, außerdem gehöre in Rußland alles dem Staat. Ein solches Vorgehen ist unzulässig. [...] Die Bauern zwangsweise dieses Viehs berauben, heißt, sie demnächst dem Hunger auszusetzen. *Darüber hinaus schädigt solches Vorgehen auf das Schwerste die Versorgung der Truppen und der Heimat.*"

[210] Befehl Leebs (H.Gr.Kdo. Nord, Ib, Nr. 930/41), 16. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20-18/1207.

[211] Befehl Kluges (H.Gr.Kdo. Mitte, Ib, Nr. 1334/42 g.Kdos.), 22. 6. 1942, in: BA-MA, RH 20-4/346. Kluge war auch mit seinen Truppenführern unzufrieden: „Bei dem tatsächlichen Ernst der Lage ist der hier angeschnittenen Ernährungsfrage das größte Interesse entgegenzubringen, das ich nun aber auch bei *allen* Führern bei meinen Frontbesuchen erkennen und spüren will, was leider bisher nur vereinzelt der Fall war. Es hängt ganz und gar von der Einstellung der Armeeführung ab, ob in dieser Richtung ein Erfolg zu erzielen ist oder nicht."

[212] Das erkannten und monierten zunehmend auch die Wirtschaftsdienststellen. So äußerten sie beispielsweise „schwere Bedenken" gegen einen Befehl des Oberkommandos der 6. Armee vom 26. 10. 1941, im kommenden Winter rücksichtslos aus dem Lande zu leben. Die Wirtschaftsinspektion Süd und die Wirtschaftskommandos fürchteten, „dass die Truppe, und zwar nicht nur die Wirtschaftseinheiten, sondern jeder Zug und jedes kleine Kommando, den Befehl als Freibrief ansehen würde, auf Grund dessen sie willkürlich Vieh und andere Lebensmittel entnehmen könnten". Aufzeichnung über eine Besprechung über Wirtschaftsfragen am 7. 11. 1941, in: BA-MA, RW 46/151.

saugung des Landes durch die Truppe nahm schon sehr bald solche Ausmaße an, dass die Vertreter der Wehrwirtschaft befürchteten, nichts mehr für die Heimat aus den eroberten Regionen herausholen zu können. Der Wirtschaftsoffizier bei der 4. Armee, Oberstleutnant Fach, klagte schon nach wenigen Wochen[213]: „Nach den Panzerdivisionen, die bereits ihre eigenen Erkunderstäbe haben, folgen dann die Panzerarmee [gemeint ist die 4. Armee mit den Panzergruppen 2 und 3] und die in dem Abschnitt eingesetzte 2. und 9. Armee. Da befehlsgemäss der Verbindungsoffizier [Fach] in erster Linie für den Sofortbedarf der Truppe zu sorgen hat, saugen sich nun erst diese 3 Armeen mit allem voll, was sie noch irgendwie brauchen können. Was dann noch in dieser völlig verarmten Gegend übrig bleibt und der Verbindungsoffizier dem Wi Kommando als meldereife Beute übergeben kann, ist nur noch das, was die Truppe beim besten Willen nicht verbrauchen oder mitschleppen konnte." Die Armeen des Ostheeres glichen einem Heuschreckenschwarm. Besonders schlimm war es ausgerechnet im Operationsgebiet der Heeresgruppe Süd, also in einem „Überschussgebiet", von dem sich der Wirtschaftsstab Ost besonders viel versprach. Ende Januar 1942 kehrte Ministerialdirektor Hans-Joachim Riecke von einer Reise in die Ukraine mit der alarmierenden Nachricht zurück[214]: „Hinter der Front bildet sich in einer sich über etwa 150 km erstreckenden Breite ein Gebiet, in dem völliger ‚Kahlfraß' eingetreten ist, bezw. noch eintritt." Und nur etwas über drei Monate später hieß es über diesen südlichen Abschnitt sogar[215]: „Hinter unserer Front hat sich das kahlgefressene Gebiet auf rd. 300 km erweitert."

Vor diesem Hintergrund wurden die Landesbewohner nur als Quantité négligeable gesehen, besonders wenn sie der deutschen Kriegswirtschaft nicht nützlich sein konnten. Die radikale wirtschaftspolitische Grundlinie, nur die Überschussgebiete „in Ordnung zu halten" und die arbeitende Bevölkerung zu ernähren, dagegen aber die anderen Landesteile, „die sich nicht selbst ernähren können", und die „unnützen Esser" nach „Ausnutzung der vorgefundenen Vorräte" sich selbst zu überlassen[216], wurde von den Zentralstellen bis zuletzt verfolgt und gerade in den ersten Monaten des Ostfeldzugs mehrmals von den Hauptverantwortlichen – Göring, Staatssekretär Backe (Reichsernährungsministerium), General Thomas (OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt) – bekräftigt[217]. So legte der „Reichsmarschall" etwa am 16. September 1941 nochmals die „Abstufung in der Ernährung" fest: 1. die Truppe, 2. die deutsche Zivilbevölkerung, 3. der für die Deutschen arbeitende Teil der einheimischen Bevölkerung[218]. Am 4. September und am 5. November 1941 erließ der Wirtschaftsstab Ost in Abstimmung mit Generalquartiermeister Wagner jeweils „Rations-Höchstsätze" für die „Stadtversorgung" in den besetzten Ostgebieten (mit Ausnahme des Baltikums), die schon für die ar-

[213] Bericht von Major v. Payr (H.Gr.Kdo. Mitte) über eine Besprechung mit Fach, 21. 7. 1941, in: BA-MA, RW 19/473, Bl. 116.
[214] Wirtschaftsstab Ost, KTB, 26. 1. 1942, in: BA-MA, RW 31/16.
[215] Aufzeichnung über eine Besprechung des Wirtschaftsführungsstabs Ost am 6. 5. 1942, Bemerkung Rieckes, in: BA-MA, RW 19/555, Bl. 130f.
[216] Vgl. Kapitel II,1,c, und die „Grüne Mappe".
[217] Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 989–1015 (Beitrag Müller).
[218] Aufzeichnung Nagels, Verbindungsstab des OKW/WiRüAmt beim Reichsmarschall, 16. 9. 1941, über eine Besprechung bei Göring, in: IMT, Bd. 36, S. 105–109, hier S. 107.

beitenden Zivilisten kaum zum Überleben reichten. Der nichtarbeitenden Stadtbevölkerung wurde nur etwa die Hälfte dieser ohnehin schon dürftigen Verpflegung zugestanden, den Kindern unter 14 Jahren und den Juden selbst davon wiederum nur die Hälfte. Außerdem wurden die Wirtschaftsdienststellen im Operationsgebiet angewiesen, die Ernährung der Zivilbevölkerung nur sicherzustellen, *„soweit es ohne Beeinträchtigung der deutschen Belange* möglich ist. Für die Landbevölkerung sind besondere Ernährungsvorschriften nicht vorgesehen, weil diese im allgemeinen in der Lage ist, sich selbst zu versorgen. Die Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung muß insbesondere hinter die Bedarfsdeckung der Wehrmacht, den deutschen Behörden und die Lieferungsauflagen ins Reich zurücktreten."[219]

Der Hunger wurde zum Synonym der deutschen Besatzungsherrschaft, vor allem in den großen Städten, deren Einwohner dramatisch schlechtere Voraussetzungen zur Selbstversorgung besaßen als die Bauern und Kleinstädter. Die Verantwortung für die sich anbahnende Hungerkatastrophe versuchte die Heeresleitung auf den Wirtschaftsstab Ost und seine Dienststellen im Operationsgebiet, also die Wirtschaftsinspektionen, Wirtschaftskommandos und Gruppen IV Wi, abzuwälzen. Als Wagner am 4. November 1941 die Oberkommandos des Ostheeres über den erwähnten Befehl des Wirtschaftsstabs Ost vom selben Tag unterrichtete, legte er besonderen Wert auf die Feststellung, dass „für die Ernährung der Zivilbevölkerung ausschließlich die Wirtschaftsdienststellen verantwortlich" seien[220]. Zugleich untersagte er die Abgabe aus der Truppenverpflegung an die Bevölkerung. Wenige Tage später eröffnete ihm Göring, dass ihm das Schicksal der Großstädte „völlig schleierhaft" sei[221]. „In diesem Kriege werde das grösste Sterben seit dem dreissigjährigen Kriege sein." Mit dieser Botschaft reiste der Generalquartiermeister zur großen Besprechung mit den Generalstabschefs der Heeresgruppen und Armeen am 13. November 1941 in Orša. Dort informierte er die Oberkommandos im Osten nochmals über die Richtlinien der deutschen „Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsorganisation in den neubesetzten Gebieten", wie sie in der Besprechung mit Göring am 8. November 1941 erneut festgelegt worden waren. Nach dem Protokoll des Generalstabschefs der 18. Armee, Oberst Hasse, führte er u. a. aus[222]:

[219] Wirtschaftsstab Ost, Besondere Anordnung Nr. 44, 4. 11. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/638, Bl. 58f. „Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, daß a) die Ernährungs- und Transportlage eine großzügige Behandlung der Zivilbevölkerung nicht zuläßt und jede Überschreitung der festgesetzten Höchstsätze untragbare Nachteile für die Ernährung der Heimat nach sich zieht, b) Wehrmacht oder für Wehrmachts- bzw. Reichsbedarf vorgesehene Bestände auf keinen Fall zur Verpflegung der Zivilbevölkerung herangezogen werden dürfen und c) die Bevölkerung zunächst vielfach noch über Vorräte verfügt, weil mit dem Abzug der russ. Wehrmacht die vorhandenen Lebensmittelvorräte verteilt oder von ihr geplündert wurden. Eine wirkliche Notlage tritt deshalb im allgemeinen erst später ein."

[220] Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/7732/41 geh.) „Ernährung der Zivilbevölkerung im Operationsgebiet", 4. 11. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/638, Bl. 57. Aufgabe der Wirtschaftsdienststellen sei es, „im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten aus den im Lande verfügbaren Beständen den Verpflegungsbedarf der Bevölkerung zuzuteilen. Dabei muss es ihnen im Einzelfall überlassen bleiben, die Zuteilung für die Bevölkerung mit dem Bedarf von Truppe und Heimat abzustimmen."

[221] Aktennotiz über eine Besprechung bei Göring am 8. 11. 1941, in: BA-MA, WI ID/1222.

[222] Aufzeichnung Hasses „Merkpunkte aus der Chefbesprechung in Orscha am 13. 11. 1941", in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1535.

„Die Frage der Ernährung der Zivilbevölkerung ist katastrophal. Um überhaupt zu einem Ergebnis zu kommen, mußte man zu einer Klassifizierung schreiten. Es ist klar, daß innerhalb dieser Klassifizierung an oberster Stelle die Truppe und ihre Bedürfnisse stehen müssen. Der Bevölkerung kann nur ein Existenzminimum zugebilligt werden. Dabei wird das flache Land noch einigermaßen erträglich dastehen. Unlösbar dagegen ist die Frage der Ernährung der Großstädte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß insbesondere Leningrad verhungern muß, denn es ist unmöglich, diese Stadt zu ernähren. Aufgabe der Führung kann es nur sein, die Truppe hiervon und von den damit verbundenen Erscheinungen fern zu halten. [...] I. Für die Dauer des Krieges sind die *Erfordernisse der Kriegswirtschaft das oberste Gesetz* jedes wirtschaftlichen Handelns in den neubesetzten Ostgebieten. II. Auf lange Sicht gesehen werden die *neubesetzten Ostgebiete unter kolonialen Gesichtspunkten* und mit kolonialen Methoden wirtschaftlich ausgenutzt. Eine Ausnahme gilt nur für die Teile des Ostlandes, die nach dem Auftrag des Führers zur Eindeutschung bestimmt sind, auch sie unterliegen jedoch dem Grundsatz der Ziffer I. III. Das Schwergewicht aller wirtschaftlichen Arbeit liegt bei der Nahrungsmittel- und *Rohstoffproduktion.* [...] *Versorgung der Bevölkerung*: 1. Die Versorgung der bäuerlichen Bevölkerung wird keine besonderen Schwierigkeiten machen. 2. Die städtische Bevölkerung kann nur ganz geringfügige Lebensmittelmengen erhalten. Für die Großstädte (Moskau, Leningrad, Kiew) kann einstweilen überhaupt nichts getan werden. Die sich hieraus ergebenden Folgen sind hart, aber unvermeidlich. 3. Die in unmittelbarem deutschen Interesse arbeitenden Menschen sind durch unmittelbare Nahrungsmittelzuteilungen in den Betrieben so zu ernähren, daß ihre Arbeitskraft einigermaßen erhalten bleibt."

Diese Bemerkungen Wagners wurden so ausführlich wiedergegeben, weil in ihnen die Grundsätze der rigorosen Ausplünderung der besetzten sowjetischen Gebiete nochmals prägnant und offen ausgesprochen wurden – und das nicht in einem internen Papier der kriegswirtschaftlichen Stellen, sondern vor Vertretern der höchsten Truppenführung, die anschließend ihre Oberbefehlshaber und Oberquartiermeister darüber unterrichteten. So wurde etwa die zitierte Aufzeichnung Hasses sowohl seinem Oberbefehlshaber, Generaloberst v. Küchler, als auch dem Oberquartiermeister der 18. Armee, Oberst i.G. Bucher, zur Kenntnis gegeben[223]. Vermutlich wird der Vortrag des Generalquartiermeisters sehr unterschiedlich aufgenommen worden sein. In den Vormonaten waren einige Oberkommandos von ihren unterstellten Verbänden gedrängt worden, etwas gegen das Notleiden der städtischen Bevölkerung – und das Verhungern der Kriegsgefangenen – zu unternehmen, da man mit Recht befürchtete, die schlechte Lebenssituation der Einheimischen könne die Befriedung und Ausbeutung des Landes erschweren. Manche Militärdienststellen an der Ostfront, vor allem kleinere Einheiten und einzelne Soldaten, verteilten Lebensmittel aus Heeresbeständen an hungernde Zivilisten, was den Vorstellungen der Zentralbehörden eindeutig widersprach[224]. Wagner lehnte daher dieses Verhalten und entsprechende Anträge ab

[223] Vgl. ebd. die Paraphen Küchlers vom 17. 11. 1941 und Buchers vom 18. 11. 1941.
[224] Vgl. die Beispiele in DRZW, Bd. 4, S. 1002–1015 (Beitrag Müller); Gerlach, Morde, S. 265–278.

und betonte immer wieder, allein die Wirtschaftsdienststellen seien für die Versorgung der Bevölkerung zuständig und die verfügbaren Kontingente reichten nur für die Truppe[225]. Lediglich die für die Deutschen arbeitenden Zivilisten sollten besser als bisher versorgt werden. Wie erwähnt, untersagte er etwa in seinem Befehl vom 4. November 1941 nachdrücklich „jede Abgabe von Truppenverpflegungsmitteln an die Bevölkerung": „Die Truppe ist hierüber eingehend zu belehren."

Die Einstellung der Oberbefehlshaber zu dieser Frage war offenbar uneinheitlich. Während in einigen Armeegebieten stillschweigend hingenommen oder sogar gefördert wurde, dass die Truppe, die durch den „Kahlfraß" der besetzten Landstriche erheblich zur Unterversorgung der Bevölkerung (und der Kriegsgefangenen) beigetragen hatte, nun teilweise notdürftigste Abhilfe gegen den Hunger schaffen wollte, wandten sich andere Oberbefehlshaber eindeutig gegen diese Anzeichen einer gewissen Humanität. Besonders bekannt und richtungweisend wurde auch hier der „Reichenau-Befehl" vom 10. Oktober 1941[226]: „Das *Verpflegen von Landeseinwohnern und Kriegsgefangenen*, die nicht im Dienste der Wehrmacht stehen, an Truppenküchen ist eine ebenso mißverstandene Menschlichkeit wie das Verschenken von Zigaretten und Brot. Was die Heimat unter großer Entsagung entbehrt, was die Führung unter größten Schwierigkeiten nach vorne bringt, hat nicht der Soldat an den Feind zu verschenken, auch nicht, wenn es aus der Beute stammt. Sie ist ein notwendiger Teil unserer Versorgung." Manstein griff in seinem Befehl vom 20. November 1941 diese Formulierung von der „mißverstandenen Menschlichkeit" auf und ergänzte[227]: „Die Ernährungslage der Heimat macht es erforderlich, daß sich die Truppe weitgehendst aus dem Lande ernährt und daß darüberhinaus möglichst große Bestände der Heimat zur Verfügung gestellt werden. Besonders in den feindlichen Städten wird ein großer Teil der Bevölkerung hungern müssen." Auch Hoth und Küchler intervenierten in diesem Sinne bei ihren Truppen[228].

Die Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung im Operationsgebiet, zumal der städtischen, blieb im ersten Jahr des Ostkriegs und darüber hinaus ein Problem, das die deutschen Besatzer erst verschärften, dann nicht lösen wollten und schließlich kaum mehr lösen konnten. Das Fazit der ersten Besatzungszeit war erschreckend: Die Wirtschaftsinspektion Süd konstatierte im Februar 1942 eine „katastrophale Ernährungslage der Bevölkerung"[229], die Wirtschaftsinspektion

[225] Vgl. noch das Schreiben Wagners an den Wirtschaftsführungsstab Ost, 3. 8. 1942, in: BA-MA, RW 31/310, in dem er erneut die sich häufenden Anträge der Armeeoberkommandos und Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete ablehnte, „Lebensmittel aus Heeresbeständen für die Zivilbevölkerung freizugeben, um die Arbeitskraft der Bevölkerung zu erhalten und ein weiteres Überhandnehmen des Partisanenunwesens zu unterbinden."

[226] Befehl Reichenaus (AOK 6, Ia, Az. 7) „Verhalten der Truppe im Ostraum", 10. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 339f., hier S. 339.

[227] Befehl Mansteins (AOK 11, Ic/AO, Nr. 2379/41 geh.), 20. 11. 1941, ebd., S. 343f., hier S. 344.

[228] Vgl. den Befehl Hoths (AOK 17, Ia, Nr. 0973/41 geh.) „Verhalten der deutschen Soldaten im Ostraum", 17. 11. 1941, ebd., S. 341–343, hier S. 342: „Die Bekämpfung eintretender Ernährungsschwierigkeiten ist der Selbstverwaltung der Feindbevölkerung zu überlassen." Zu Küchler vgl. weiter unten in diesem Kapitel.

[229] Generalmajor v. Nostitz-Wallwitz (Wirtschaftsinspekteur Süd) in einer Besprechung im OKW (Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt) am 23. 2. 1942, in: BA-MA, RW 19/555.

Nord für den April 1942 eine „immer katastrophaler werdende Ernährungslage“[230]. Der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte berichtete Ende Mai[231]: „Die Ernährung der Landbevölkerung wird als durchweg gut bezeichnet, die der Stadtbevölkerung als katastrophal.“ Und Generalquartiermeister Wagner resümierte Anfang August 1942 für das gesamte Operationsgebiet in der Sowjetunion, es sei „bisher nicht gelungen“, „auch nur die notdürftigste Ernährung der Bevölkerung, die zum großen Teil für die Wehrmacht arbeitet, sicherzustellen“[232]. Erst in der zweiten Jahreshälfte 1942 entspannte sich allmählich die Ernährungslage, weil die wachsenden Sicherheitsprobleme mit einer hungernden und enttäuschten Bevölkerung die deutschen Besatzungsorgane immer stärker zum Umdenken drängten und sich die Wirtschaftsdienststellen, vor allem die Landwirtschaftsführer, teilweise nicht ohne Erfolg um eine ertragreiche Ernte im Herbst 1942 bemühten. Der landwirtschaftliche Wiederaufbau wurde dabei durch eine Agrarreform vom 16. Februar 1942 gefördert, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann[233]. Zum Teil befahlen auch die Oberbefehlshaber ihren Truppen, bei der Frühjahrsbestellung und Ernteeinbringung mitzuhelfen[234]. Dies alles kam aber wiederum vor allem der Landbevölkerung zugute. Die nichtarbeitenden Zivilisten in den großen und mittleren Städten waren und blieben das Hauptopfer der deutschen Ausbeutungspolitik. Wie viele von ihnen an den Folgen des Hungers starben, ist unbekannt. „Zig Millionen“, wie von den inhumanen Wirtschaftsplanern in Berlin einkalkuliert, waren es nicht, doch bleibt die Zahl von vermutlich Hunderttausenden Toten schrecklich genug.

Eine nähere Beschreibung der Kriegs- und Ernährungswirtschaft in den einzelnen Regionen des Operationsgebiets würde hier zu weit führen. Auch darf nicht übersehen werden, dass sich die Oberbefehlshaber in der Regel gar nicht oder höchstens nebenbei mit wirtschaftlichen Fragen befassten. Sie überließen dieses Feld ihren Oberquartiermeistern und konnten sich außerdem darauf zurückziehen, dass die systematische Wirtschafts- und Ernährungspolitik in den Besatzungsgebieten ja ohnehin Aufgabe der Wirtschaftsdienststellen sei. Um den vorstehenden Überblick zu vertiefen, soll daher lediglich ein Fallbeispiel gegeben werden, das gut dokumentiert und sehr aufschlussreich für die Einstellung der höchsten Truppenführung zur Ausbeutung des Landes und zur Versorgung der Bevölkerung ist: die Hungerblockade Leningrads und die Besatzungsherrschaft der 18. Armee vor der Neva-Metropole.

Es war schon die Rede davon, dass die Truppenführung der Verbände, die im September 1941 kurz davor standen, Leningrad zu besetzen, zunächst nicht über den längst „feststehenden Entschluß“ Hitlers informiert war, „Moskau und Le-

[230] Wirtschaftsinspektion Nord, Monatsbericht für den April 1942, 1. 5. 1942, in: NA, T 501/14. Damit wurde vor allem das Gebiet vor Leningrad angesprochen.

[231] Aufzeichnung des Reichsministeriums der besetzten Ostgebiete über den Lagebericht Schenckendorffs gegenüber Rosenberg am 29. 5. 1942 in Smolensk, 2. 6. 1942, in: BAB, R 6/217, Bl. 1–6, hier Bl. 2. „Die angespannte Lebensmittellage bedeute eine weitere Förderung des Partisanen-Unwesens und gefährde die Produktion.“

[232] Schreiben Wagners an den Wirtschaftsführungsstab Ost, 3. 8. 1942, in: BA-MA, RW 31/310.

[233] Zur „Neuen Agrarordnung“ vgl. Gerlach, Morde, S. 342–371.

[234] Vgl. etwa die Befehle Ruoffs (Pz.AOK 4, O.Qu./IV Wi/Qu. 2) „Beteiligung der Truppe an den Frühjahrsbestellungsarbeiten“, 16. 3. 1942, in: BA-MA, RH 21–4/348, Kluges (Hgr. Mitte, OB), 17. 3. 1942, und Heinricis (AOK 4, O.Qu., Nr. 952/42 geh.), 2. 4. 1942, in: BA-MA, RH 20–4/899.

ningrad dem Erdboden gleich zu machen, um zu verhindern, daß Menschen darin bleiben, die wir dann im Winter ernähren müßten"[235]. Obwohl mit der Verlegung der Panzertruppen, des VIII. Fliegerkorps und eines Großteils der schweren Artillerie zur Heeresgruppe Mitte, also der Verlagerung des Schwerpunkts auf die geplante Offensive gegen Moskau, in den ersten Septemberwochen bereits eine Vorentscheidung gefallen war, spekulierten die Oberkommandos der Heeresgruppe Nord immer noch darauf, die vor ihnen liegende Großstadt zu erobern, und planten bereits für die Besatzungsherrschaft. Dabei wurde vom in erster Linie zuständigen Armeeoberkommando 18 unter Generaloberst Georg v. Küchler die Ernährung der schlecht versorgten, teilweise schon Hunger leidenden Dreimillionenstadt von vornherein als ein zentrales Problem erkannt, das auch die Befriedung und Sicherung Leningrads wesentlich beeinflussen musste. Küchler und sein Generalstabschef Hasse betonten am 11. September 1941 ausdrücklich die „Notwendigkeit der Versorgung der ausgehungerten Bevölkerung Leningrads durch A.O.K. mit einfachsten Mitteln"[236]. Als die Armee jedoch wenige Stunden später bei der Heeresgruppe wegen der Verpflegung Leningrads nachfragte, erhielt sie die unverblümte Auskunft, „dies sei gar nicht vorgesehen. Es liege der H.Gr. daran, nicht die ganze Stadt über den Winter durchfüttern zu müssen. Die Entscheidung liegt aber höheren Orts."[237] Auch das Heeresgruppenkommando begann sich mit dem Gedanken einer Hungerstrategie gegen Leningrad anzufreunden. Damit näherte sie es den Vorstellungen der obersten Führung und entfernte sich zugleich vom traditionellen Verantwortungsbewusstsein einer Besatzungsmacht.

Das Armeeoberkommando ließ es damit zunächst nicht auf sich beruhen und beantragte noch am selben Abend, „falls A.O.K. 18 mit Versorgung der Zivilbevölkerung von Leningrad beauftragt wird", die Zuführung des berühmten Hilfszugs „Bayern" und zehn weiterer Züge „mit minderwertiger Verpflegung"[238]. Als sich bestätigte, dass die Heeresgruppe keine Lebensmittel für Leningrad bereitstellen wollte, wurde dieser Antrag dem Generalquartiermeister zur Entscheidung vorgelegt[239]. Die Antwort Eduard Wagners, die schließlich am 18. September eintraf, konnte angesichts der Stimmungslage in den zuständigen Abteilungen des OKH kaum überraschen[240]: „A.O.K. 18 hat keine Vorbereitung zur Versorgung der Bevölkerung Leningrads zu treffen." Der 18. Armee musste es freilich

[235] Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3, S. 53 (8. 7. 1941). Vgl. Kapitel II,4,c. Zum Folgenden auch ausführlicher Hürter, Wehrmacht, S. 390–404. Dort auch weitere Literatur.

[236] AOK 18, KTB O.Qu., 11. 9. 1941, 12.00 Uhr (Vortrag O.Qu. beim Chef und OB), in: BA-MA, RH 20–18/1203. Die Berechnungen des Oberquartiermeisters – „bei 100 gr. Mehl für Mehlsuppe sind dies 500 to Mehl täglich" – gingen allerdings von völlig unzureichenden Mengen aus.

[237] AOK 18, KTB Ia, 11. 9. 1941, 18.10 Uhr (Ferngespräch Ia/Ia der Heeresgruppe), in: NA, T 312/782.

[238] AOK 18, KTB O.Qu., 11. 9. 1941, 23.00 Uhr, in: BA-MA, RH 20–18/1203. Der Hilfszug „Bayern", ein Verpflegungszug, hatte die Teilnehmer der Nürnberger Parteitage versorgt.

[239] Ebd., 14. 9. 1941, 9.30 Uhr (Vortrag O.Qu. beim Chef). Bereits am 13. 9. 1941 hatte Wagner eine Bereitstellung des Hilfszugs „Bayern" kategorisch abgelehnt. Es kämen höchstens Züge „mit Gütern aus dem Lande, wie Hirse oder ähnl." in Frage. Mit dieser vagen ersten Antwort war wenig anzufangen. Vgl. Befehlsstelle Nord des Generalquartiermeisters, KTB, 13. 9. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/776, Bl. 110.

[240] AOK 18, KTB O.Qu., 18. 9. 1941, 9.30 Uhr (Vortrag O.Qu. beim Chef und OB), in: BA-MA, RH 20–18/1203. Vgl. auch Wagners Brief an seine Frau, 9. 9. 1941, in: BA-MA, N 510/48: „Zunächst muß man sie in Petersburg schmoren lassen, was sollen wir mit einer 3 1/2 Mill. Stadt, die sich nur auf unser Verpflegungsportemonnaie legt. Sentimentalitäten gibt's dabei nicht."

ein Rätsel bleiben, wie sich der Besatzungsalltag in einer verhungernden Millionenstadt gestalten sollte. Es zeichnete sich immer deutlicher ab, dass die Zentralinstanzen die Besetzung Leningrads gar nicht mehr wollten.

Da die Infanteriespitzen der 18. Armee in diesen Tagen bereits in den Vororten Leningrads kämpften, drängte die Armeeführung jetzt auf eine Entscheidung. Doch bereits am 20. September 1941 eröffnete OKW-Chef Wilhelm Keitel der Heeresgruppe Nord, „dass wir die Stadt nicht betreten und dass wir die Stadt nicht ernähren können“[241]. Außerdem wurde den Oberkommandos der Heeresgruppe und der 18. Armee untersagt, selbständig eine Kapitulation anzunehmen[242]. So zerschlugen sich alle Hoffnungen, Leningrad doch noch in die Hand zu bekommen. Zwei Tage später, am 22. September 1941, fuhr Heeresgruppen-Oberbefehlshaber v. Leeb in das Hauptquartier der 18. Armee, um mit Küchler die neue Lage zu erörtern. Dabei legte er nach den Vorgaben der obersten Führung fest[243]: „Petersburg soll nicht angegriffen und nicht besetzt werden. Nur abschließen, durch Art.-Feuer und Fliegerangriffe vernichten. Alle Vorbereitungen zum Besetzen und Ausnutzen der Stadt können eingestellt werden.“ Wenige Tage darauf wurde an der gesamten Leningrader Front zur Abwehr übergegangen. Für Monate und Jahre entstand hier eine starre Front mit Schützengräben, die an den Ersten Weltkrieg erinnerte. Aufgabe der 18. Armee war es nun, Leningrad durch Artillerie und Luftangriffe möglichst großen Schaden zuzufügen, vor allem aber die Stadt abzuriegeln, damit keine Lebensmittel hinein und keine Hungerflüchtlinge hinaus kamen. Während sich bei Feldmarschall v. Leeb wenigstens gewisse moralische Skrupel wegen des Schicksals der Leningrader Bevölkerung bemerkbar machten[244], vertrat Generaloberst v. Küchler nun eine harte Linie und befahl seinen Truppen, bei Ausbruchsversuchen hungernder Zivilisten „rücksichtslos von der Waffe Gebrauch [zu] machen“[245]. Schließlich wurden Minenfelder angelegt, „um der Truppe den unmittelbaren Kampf gegen die Zivilbevölkerung zu ersparen“[246].

Wie sich die oberste Führung die Zukunft Leningrads vorstellte, wurde am 21. September 1941 auch schriftlich fixiert: erst hermetische Abschließung sowie Zermürbung durch Hunger, Artillerie und Luftwaffe, dann Entvölkerung durch Vertreibung und Gefangennahme der überlebenden Einwohner, schließlich vollständige Zerstörung der Stadt und Übergabe an den finnischen Bundesgenossen[247]. Hier verbanden sich Ideologie und Kalkül, der Vernichtungswillen Hitlers

[241] H.Gr.Kdo. Nord, KTB Ia, 20. 9. 1941, 12.00 Uhr, über ein Ferngespräch Brenneckes mit Keitel, in: BA-MA, RH 19 III/167.

[242] Bereits zwei Tage zuvor: Ebd., 18. 9. 1941, 19.10 Uhr, über ein Gespräch Leebs mit Keitel um 11.00 Uhr.

[243] AOK 18, KTB Ia, 22. 9. 1941 (Notiz Küchlers über seine Besprechung mit Leeb), in: NA, T 312/782.

[244] Vgl. Hürter, Wehrmacht, S. 401 f., mit den entsprechenden Belegen.

[245] Bericht über die Fahrt Küchlers zum L. A.K. am 17. 9. 1941, in: NA, T 312/799. „Während der Einschließung von Petersburg besteht die Möglichkeit, daß die Zivilbevölkerung, in erster Linie Frauen und Kinder, herausgeschickt werden bzw. flüchten, um dem Hunger und Elend zu entgehen. Diese Flüchtlinge bedeuten eine große Gefahr für die Truppe. Sie verlängern durch ihr Abströmen die Ernährungsbasis von Petersburg und öffnen dem Agentenwesen Tor und Tür.“

[246] H.Gr.Kdo. Nord, KTB Ia, 27. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 336.

[247] „Vortragsnotiz Leningrad“ der Abteilung L. im OKW/WFSt, 21. 9. 1941, ebd., S. 333 f. Dass in dieser Notiz die offizielle Richtlinie des OKW formuliert wurde, beweist nicht nur die Mitteilung

und die Abneigung der militärischen Zentralstellen, die knappen Ressourcen zur Eroberung, Besetzung und Verpflegung Leningrads einzusetzen, zu einem Plan von erschreckenden Ausmaßen. Und ausgerechnet die 18. Armee, die zuerst durchaus die Rolle einer relativ „normalen" Eroberungs- und Besatzungsarmee spielen wollte, sollte nach der definitiven Entscheidung vom 22. September 1941 Handlanger und Vollstrecker eines Kriegsverbrechens sein. Dieser mörderische Plan wurde bekräftigt, als die sowjetischen Fernsprengungen im besetzten Kiev Hitler einen willkommenen Anlass boten, am 7. Oktober 1941 erneut zu entscheiden, „daß eine Kapitulation von Leningrad oder später von Moskau nicht anzunehmen ist"[248]. Kein deutscher Soldat dürfe diese Städte betreten und niemand aus ihnen durch die deutschen Linien herausgelassen werden. Es sei außerdem nicht zu verantworten, die „Bevölkerung auf Kosten der deutschen Heimat zu ernähren". Leningrad war von den Deutschen ein schreckliches Schicksal zugedacht. Das bestätigte Generalquartiermeister Wagner – wie erwähnt – am 13. November 1941 auch auf der großen Generalstabsbesprechung in Oršа[249].

Zur unmittelbaren Konfrontation der Wehrmacht mit drei Millionen dem Hungertod preisgegebenen Menschen kam es allerdings nicht. Leningrad zeigte eine größere Widerstandskraft und innere Geschlossenheit als erwartet, zumal die belagerte Stadt über den Ladogasee versorgt werden konnte. Dennoch starben mindestens 632000, vermutlich sogar über eine Million Leningrader an den Folgen von Hunger und Kälte. Da das erklärte Ziel der deutschen Belagerung nicht die Eroberung und völkerrechtskonforme Besatzung, sondern die systematische Vernichtung der Metropole und ihrer Bevölkerung war, gehen diese Opfer eindeutig auf das Schuldkonto einer verbrecherischen Kriegführung, die in diesem Fall das Verhungern einer Millionenstadt mehr als nur einkalkulierte, nämlich fest einplante.

Die Behandlung Leningrads war höchst charakteristisch für die Entscheidungsprozesse und Grundlinien der deutschen Kriegführung im Osten. Hitler wollte sein ideologisches Hassobjekt Leningrad erst erobern, dann dem Erdboden gleichmachen und fand für seinen Vernichtungswillen in der Wehrmachtsführung

an Leeb, sondern auch ein Brief Keitels an den finnischen Oberbefehlshaber Mannerheim vom 22. 9. 1941, in dem genau dieses Vorgehen angekündigt wurde. Vgl. DRZW, Bd. 4, S. 843 (Beitrag Ueberschär).

[248] Schreiben Jodls an Brauchitsch, 7. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 334f. „Kleinere, nicht gesperrte Lücken, die ein Herausströmen der Bevölkerung nach Innerrußland ermöglichen", seien aber zu begrüßen.

[249] Aufzeichnung Hasses „Merkpunkte aus der Chefbesprechung in Orscha am 13. 11. 1941", gesehen von Küchler (17. 11. 1941) und Oberquartiermeister Bucher (18. 11. 1941), in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1535: „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß insbesondere Leningrad verhungern muß, denn es ist nicht möglich, diese Stadt zu ernähren. Aufgabe der Führung kann es nur sein, die Truppe hiervon und von den damit verbundenen Erscheinungen fern zu halten." Vgl. auch die Äußerung Buchers gegenüber dem Ib der 212. I.D.; AOK 18, KTB O.Qu., 14. 11. 1941, 10.30 Uhr, in: BA-MA, RH 20–18/1204: „Abwehr der Flüchtlinge aus Oranienbaum und Petersburg durch Feuer notwendig (auf weite Entfernung), da Ernährung nicht in Frage kommt. In Frage steht nur wo, nicht ob Zivilisten verhungern." Generalquartiermeister Wagner erwies sich in dieser Frage auch weiterhin als der Hardliner im OKH. Seine Dienststelle arbeitete im Dezember 1941 sogar den Vorschlag aus, Leningrad durch einen flächendeckenden Giftgasangriff zu vernichten. Vgl. Gellermann, Krieg, S. 146–149. Zu späteren Plänen, die Stadt doch noch zu erobern und zu zerstören, vgl. Hillgruber, Nordlicht.

um Keitel und Jodl willige Helfer. Die Heeresleitung um Brauchitsch und Halder war ganz auf den Angriff auf Moskau fixiert und keineswegs bereit, für die Eroberung und Zerstörung Leningrads den erforderlichen personellen und materiellen Einsatz zu zahlen. Die Wirtschaftsdienststellen und der für die Heeresversorgung zuständige Generalquartiermeister Wagner im OKH sahen in der Verpflegung einer Millionenstadt eine zu große Hypothek für die angespannte deutsche Ernährungslage und Logistik und zogen daher den Hungertod der Bevölkerung in ihr Kalkül. Zwischen diesen unterschiedlichen, teils ideologisch[250], teils militärisch, teils wirtschaftlich motivierten Erwägungen wurde ein Kompromiss gefunden, indem im September 1941 beschlossen wurde, Leningrad mit so wenig Kräften wie möglich zu zernieren und verhungern zu lassen, ohne in die Stadt hineinzugehen. Diese Aufgabe wurde der 18. Armee zugedacht. Die beiden höchsten Truppenführer vor Ort, die Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord und der 18. Armee, wollten dagegen die greifbar vor ihnen liegende Stadt besetzen lassen, mit allen Konsequenzen einer geregelten Besatzung. Die zentralen Instanzen ließen Leeb und Küchler über ihre wirklichen Absichten lange im Unklaren, fielen ihnen aber schließlich in den Arm und verdarben ihnen den Triumph eines spektakulären militärischen Erfolgs. Stattdessen sahen sich Heeresgruppe und Armee unmittelbar mit verbrecherischen Kriegszielen konfrontiert und in die Rolle der Exekutoren von Kriegsverbrechen gedrängt. Selbst das traditionelle Vorrecht des Heerführers, über die Kapitulation zu verhandeln und zu entscheiden, wurde ihnen aus der Hand genommen und dem Diktator reserviert. Es ist bezeichnend, auf wie wenig Widerstand all diese Zumutungen stießen.

Die Entscheidung für die Nichternährung Leningrads beeinflusste auch die Besatzungsherrschaft vor der Stadt, wo die kämpfende Truppe in mehreren Vorstädten der Neva-Metropole lag[251]. Nachdem sich das Oberkommando der 18. Armee mit der Hungerblockade abgefunden hatte, fand es sich schnell dazu bereit, auch die Bevölkerung im Operationsgebiet weitgehend dem Hunger zu überlassen. Treibende Kraft einer höchst selektiven Ernährungspolitik war der Oberquartiermeister der Armee, Oberst i.G. Wolfgang Bucher, der schnell erkannte, dass nicht einmal die eigenen Truppen aus dem kargen „Zuschussgebiet" vor Leningrad ernährt werden konnten und ein Heranführen von Lebensmitteln für die städtische Bevölkerung nicht erwünscht war. Dies hatten ihm neben den allgemeinen Wirtschaftsrichtlinien auch die Beschlüsse über das Schicksal Leningrads deutlich vor Augen geführt. So beantwortete er am 3. Oktober 1941 die Anfrage eines Generalkommandos über die Versorgung der Zivilisten im Gefechtsgebiet mit dem Hinweis, dass Generalquartiermeister Wagner „für Petersburg alle vorbereitenden Maßnahmen zur Versorgung der Zivilbevölkerung abgelehnt" habe[252]. Daher galt auch für das unmittelbare Vorgelände: „Jeder Verpfl[egungs]-Zug aus der Heimat verknappt dort die Lebensmittel. Besser ist, unsere Angehörigen haben

[250] Dabei muss allerdings auch hier wieder berücksichtigt werden, dass die ideologischen Raster die Richtung des pragmatischen Denkens und Handelns bestimmten. Eine deutsche Kriegführung und Besatzungsherrschaft wie in der Sowjetunion wäre in Frankreich oder Norwegen kaum vorstellbar gewesen.

[251] Zum Folgenden vgl. auch eingehend Hürter, Wehrmacht, S. 404–424.

[252] AOK 18, KTB O.Qu., 3. 10. 1941, 19.30 Uhr, in: BA-MA, RH 20–18/1204.

etwas und die Russen hungern. Auch Zuführung von Lebensmitteln z.B. aus der Ukraine ist gesperrt."

Generaloberst v. Küchler schwenkte nicht sofort auf diesen groben Verstoß gegen die traditionelle Verantwortung der Besatzungsmacht für die fremde Bevölkerung ein. Als Bucher ihm bereits am 24. September 1941 den Abschub der Zivilisten aus dem Gefechtsgebiet vorschlug, „um die Bevölkerung nicht ernähren zu müssen", entgegnete der Oberbefehlshaber erstaunt, „daß die Ernährung doch keine Rolle spielen könne, wenn andere Armeen 300000 Gefangene machten"[253]. Küchler machte den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord am 5. Oktober auf das Problem der hungernden Bevölkerung aufmerksam und schlug vor, „die Bevölkerung in Regie zu übernehmen, um nach Möglichkeit die Nahrungsmittel gleichmäßig zu verteilen, da sonst Unruhen und Schädigungen unserer Verpflegungsbasis nicht ausbleiben"[254]. Den Gegenvorschlag Leebs, die Zivilisten nach Leningrad oder auf das Land abzuschieben, lehnte er dagegen als unausführbar ab. Auch sein Generalstabschef hielt es an diesem Tag immer noch für möglich, die Bevölkerung „in gewissem Umfange" zu ernähren[255]. Doch noch am selben Nachmittag überzeugte sich Oberst Hasse durch eine Fahrt ins Gefechtsgebiet von dem Wunsch der Truppe, „die gesamte Bevölkerung zu evakuieren. Die Bevölkerung hungert, es werden 14 Tage alte Pferde[kadaver] zerschnitten und gegessen."[256] Statt einer Ernährung der Zivilisten zeichnete sich immer mehr ihre Trennung von der Truppe und schließlich ihre Evakuierung in unwirtliche Reservate ab.

Diese Lösung wurde am 7. Oktober 1941 zwischen Hasse und Bucher grundsätzlich vereinbart[257]. Der Oberquartiermeister setzte sich mit seinem Standpunkt durch, dass die hungernde Bevölkerung in den Leningrader Vorstädten nur auf Kosten der Heimat ernährt werden könne und dies abzulehnen sei. Lediglich die Zivilisten, die für die Wehrmacht arbeiteten, sollten „einigermaßen" versorgt werden. Die restliche Bevölkerung sollte nach und nach aus dem Gefechtsgebiet in ein nicht von der Truppe belegtes Gebiet abgeschoben werden. „Alle aus dem Gebiet herausführenden Straßen werden überwacht. Also Bildung eines großen Ghetto. Am Rande des Gebiets Ortskommandanturen, die Streifendienst ausüben."[258] Welche Zustände in diesem abgeriegelten, sich selbst überlassenen und ertragslosen, von Flüchtlingen und Evakuierten überfüllten „Ghetto" herrschen würden, konnte man sich ohne große Phantasie ausmalen. Dennoch stieß der Plan des Oberquartiermeisters, im rückwärtigen Armee- und Heeresgebiet ein Hungerreservat zu bilden, nicht mehr auf den Widerspruch seiner Vorgesetzten. Auch Hasse hielt es nun „in jedem Fall für am besten", „wenn die Zivilbevölkerung aus dem Bereich der Truppe entfernt wird"[259].

[253] AOK 18, KTB O.Qu., 24. 9. 1941, 13.00 Uhr, in: BA-MA, RH 20–18/1203.
[254] AOK 18, KTB Ia, 5. 10. 1941, 10.30 Uhr, in: NA, T 312/782.
[255] Ebd., 5. 10. 1941, 11.50 Uhr (Ferngespräch mit Ia und O.Qu.).
[256] AOK 18, KTB Ia, 5. 10. 1941, 16.20 Uhr (Orientierungsfahrt Hasses zur 58. I.D.), in: NA, T 312/782.
[257] Vgl. AOK 18, KTB O.Qu., 7. 10. 1941, 10.30 Uhr (Vortrag O.Qu. beim Chef, da OB im Gelände), in: BA-MA, RH 20–18/1204; KTB Ia, 7. 10. 1941, 12.10 Uhr, in: NA, T 312/782.
[258] AOK 18, KTB O.Qu., 7. 10. 1941, 10.30 Uhr, in: BA-MA, RH 20–18/1204.
[259] AOK 18, KTB Ia, 7. 10. 1941, 12.10 Uhr, in: NA, T 312/782.

Bei dieser Grundsatzentscheidung blieb es. So wurden im September und Oktober 1941 in wenigen Wochen erst über die Behandlung der Bevölkerung Leningrads und dann der Zivilisten im Operationsgebiet vor der Stadt Entscheidungen getroffen, die ganz auf der Linie der vor dem Feldzug in den Zentralbehörden vereinbarten Wirtschaftspolitik lagen. Obwohl das Armeeoberkommando sich zunächst durchaus dafür ausgesprochen hatte, alle Zivilisten in seinem Befehlsbereich zu ernähren, fügte es sich ohne großen Widerstand dem Hungerkalkül der obersten Führung. Während die Einnahme der Millionenstadt an der Neva jedoch bloße Theorie blieb, wurde der Hunger im Operationsgebiet zu einem sehr gegenwärtigen Problem. Und hier entschied sich das Oberkommando, beeinflusst durch die Beschlüsse über Leningrad, aber letztlich aus eigenem Antrieb und ohne sich nachhaltig bei der Heeresgruppe oder dem OKH um eine andere Lösung zu bemühen, ebenfalls für eine Nichtversorgung der Bevölkerung. Man ging also bewusst den Weg der geringsten Probleme und des vorauseilenden Gehorsams, da die Ernährung der Zivilisten die größten logistischen wie wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu verursachen und auf die Ablehnung der vorgesetzten Stellen zu stoßen drohte.

Zuerst befahl Küchler die Evakuierung von Puškin, das direkt an der Hauptkampflinie lag und weitgehend zerstört war[260]. In den Ruinen vegetierten 20000 Einwohner, meist Frauen und Kinder, ohne Verpflegung dahin. Insgesamt wurden von Oktober 1941 bis Mai 1942 über 75000 hungernde Zivilisten aus dem Gefechtsgebiet der 18. Armee abgeschoben, auf ihrem Marsch und Transport geringfügig versorgt und dann in trostlosen Wald- und Sumpfgebieten auf die Dörfer verteilt und weitgehend ihrem Schicksal überlassen. Von dieser Evakuierungspolitik war bereits unter dem Aspekt der „Sicherheit" die Rede[261]. Da sich die Abschiebung der Zivilbevölkerung aus dem Gefechtsgebiet aber über einen relativ langen Zeitraum hinzog, blieb die Truppe – anders als das abgeschieden in einem ehemaligen Sanatorium residierende Armeeoberkommando – noch viele Monate mit hungernden, abgemagerten und um ein Stückchen Brot bettelnden Elendsgestalten konfrontiert. Die Korps und Divisionen beantragten daher wiederholt, die Zivilisten in ihren Bereichen wenigstens notdürftig mit minderwertigen Lebensmitteln zu versorgen. Da diese Anträge vom Armeeoberkommando abgelehnt wurden, bemühten sich viele Frontdienststellen und Soldaten eigenmächtig, die Not etwas zu lindern. So wurden der Bevölkerung, „die in den gleichen Häusern teilweise wohnt und hungert wie die Truppe"[262], immer wieder Speisereste aus der Truppenküche und Pferdekadaver überlassen. Diese Hilfe war offenbar keines-

[260] AOK 18, KTB O.Qu., 8. 10. 1941, 9.30 Uhr (Vortrag O.Qu. beim OB und Chef), in: BA-MA, RH 20–18/1204. Vgl. auch ebd., 8. 10. 1941, 18.00 Uhr (Besprechung O.Qu. mit Ib/H.Gr. Nord Hauptmann v. Bonin, Wi.Kdo. Görlitz Oberstleutnant Becker und IV Wi Kapitän Angermann): „Evakuierung der hungernden Frauen und Kinder aus dem Gefechtsgebiet. Zustand für Truppe untragbar, Ernährung nicht möglich, ebenso Abschub nach Petersburg. Also fort. Im Konzentrationslager muß Verpflg. übernommen werden. Ansiedlung zwischen beiden Bahnlinien von Krasnogwardeisk nach Pleskau. Vergrößerung der Partisanengefahr in diesem Gebiet möglich. [...] Zunächst wird Puschkin geräumt. Ansiedlung beschränkt sich auf r[ückwärtiges] A[rmee]G[ebiet]."

[261] Vgl. Kapitel II,4,c.

[262] AOK 18, KTB Ia, 6. 11. 1941, 10.00 Uhr (Vortrag Id über Fahrt zum XXVIII. A.K.), in: NA, T 312/782.

wegs die Ausnahme, denn bald sah sich die Armeeführung zu Gegenmaßnahmen veranlasst.

Nachdem sich das Armeeoberkommando einmal zum Import des Hungerkalküls in seinen Befehlsbereich durchgerungen hatte, blieb seine Haltung hart und unbeweglich. Diese schwerwiegende besatzungspolitische Entscheidung wurde zusätzlich gefestigt, als Küchler Ende Oktober 1941 persönlich vom Oberbefehlshaber der Heeresgruppe ermahnt wurde, dass keine aus der Heimat zugeführte Truppenverpflegung abgegeben werden dürfe und die Ernährung der Bevölkerung Sache der Wirtschaftsdienststellen sei[263]. Kurz darauf bestätigte auch Generalquartiermeister Wagner nochmals die Zuständigkeit der Wirtschaftsstellen für die Ernährungsfrage im Operationsgebiet und verbot jede Abgabe von Truppenverpflegung[264]. Am 7. November 1941 wurde im Armeeoberkommando eine ernährungspolitische Dringlichkeitsliste aufgestellt, nach der zuerst die Zivilisten in Wehrmachtsdiensten, dann die arbeitenden Kriegsgefangenen, schließlich die nichtarbeitenden Kriegsgefangenen und zuletzt die Zivilbevölkerung verpflegt werden sollten[265]. Zugleich wurde festgestellt, dass die Verpflegung nur für die erste Gruppe ausreiche. Aktive Maßnahmen gegen das Verhungern der Zivilbevölkerung waren durch diese Regelung erneut abgelehnt worden. Oberbefehlshaber v. Küchler griff jetzt persönlich ein, um diesem Kurs endlich Geltung zu verschaffen. Am 6. November 1941 befahl er „eine scharfe Trennung zwischen Truppe und Zivilbevölkerung" und erinnerte seine Soldaten nachdrücklich daran, „dass die Zivilbevölkerung in dem Raum, in dem wir Krieg führen, einer uns rassefremden, feindlich gesinnten Art angehört"[266]. Am 29. November wiederholte er diesen Befehl und ergänzte, „daß die Sicherheit der Truppe allem vorzugehen hat, daß Rücksichtnahme und Weichheit gegenüber der Zivilbevölkerung fehl am Platze ist"[267].

Georg v. Küchler überprüfte im November 1941 auf mehreren Inspektionsfahrten ins Gefechtsgebiet, ob seine Befehle zur Isolierung und Nichtverpflegung der sowjetischen Zivilisten auch befolgt wurden. So überzeugte er sich bei der 122. Infanteriedivision, dass die Truppe in Krasnyj Bor „durch das Ziehen eines großen Stacheldrahtzaunes" endgültig von der Bevölkerung getrennt wurde, „so daß die Soldaten auch nicht dauernd in die Versuchung kämen, den Einwohnern von ihren Lebensmitteln abzugeben"[268]. Und bei einer Frontfahrt zur SS-Polizei-Divi-

[263] Leeb an Küchler, 31. 10. 1941, in: BA-MA, RW 46/299. „Es muß jedem einzelnen Soldaten klar werden, daß jetzige Ersparnisse dem Verbrauch im Winter zugute kommen und die Heimat entlasten."

[264] Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/7732/41 geh.) „Ernährung der Zivilbevölkerung im Operationsgebiet", 4. 11. 1941, mit Anlage: Wirtschaftsstab Ost, Besondere Anordnung Nr. 44, 4. 11. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/638, Bl. 57–59. Bucher setzte Generalstabschef Hasse am 9. 11. 1941 von diesen Bestimmungen in Kenntnis: AOK 18, KTB O.Qu., 11.00 Uhr, in: BA-MA, RH 20–18/1204.

[265] AOK 18, KTB O.Qu., 7. 11. 1941, 12.20 Uhr (Besprechung O.Qu. mit IV Wi), in: BA-MA, RH 20–18/1204.

[266] Befehl Küchlers (AOK 18, O.Qu./Qu. 2, Nr. 2078/41 geh.), 6. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1209. Dass Küchler diesen Befehl persönlich ausarbeitete, belegt das KTB O.Qu., 6. 11. 1941, 11.30 Uhr (Vortrag O.Qu. beim OB), in: BA-MA, RH 20–18/1204.

[267] Befehl Küchlers (AOK 18, Ia, Nr. 5835/41 geh.), 29. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1209.

[268] Bericht über die Fahrt Küchlers am 9. 11. 1941, in: NA, T 312/799.

sion mahnte er[269]: „An die Zivilbevölkerung dürfen unter keinen Umständen Lebensmittel abgegeben werden. Jeder Soldat muß sich darüber klar sein, daß letzten Endes diese Lebensmittel seinen Angehörigen in der Heimat entzogen werden." Es ist bemerkenswert, wie sehr der Armeeoberbefehlshaber die Argumentation der Zentralbehörden und seines Oberquartiermeisters übernommen hatte. Davon rückten Küchler und sein Stab auch dann nicht ab, als diese unbarmherzige Besatzungspolitik, die das Hungern und sogar Verhungern von Teilen der Bevölkerung in Kauf nahm, ja förderte, wiederholt auf die Kritik der Frontverbände, der rückwärtigen Kommandos und der Wirtschaftsdienststellen stieß. Selbst die Forderung des Kommandanten des rückwärtigen Armeegebiets, Generalmajor Knuth, von Mitte November 1941, man „gebe den Menschen zu essen, damit ist jede Frage gelöst"[270], konnte das Oberkommando nicht beeindrucken. Oberquartiermeister Bucher notierte unter die Denkschrift Knuths nur einen einzigen kurzen, aber sehr aufschlussreichen Satz: „Wir kämpfen mit 86 Millionen gegen 186 Millionen." Für diesen Generalstabsoffizier hatte das ressourcenschwache Deutsche Reich im „Überlebenskampf" mit der Sowjetunion keine andere Wahl, als gerade auch im wirtschaftlichen Bereich einen rücksichtslosen, einen „totalen" Krieg zu führen. Seine Auffassung war symptomatisch für viele Offiziere, die auf diese Weise ihre Lehren aus dem Ersten Weltkrieg zu ziehen glaubten. Bucher belehrte Knuth, dass man keine Rücksichten auf die Bevölkerung nehmen dürfe, „wenn es sich um die Erhaltung der Kampfkraft der Truppe handelt"[271], und dass die Ortskommandanturen im rückwärtigen Armeegebiet „nicht Vertreter der Bevölkerung gegenüber der Truppe", sondern für die Truppe da seien[272].

Zur selben Zeit wurde das Armeeoberkommando auch mit den Einwänden des Wirtschaftskommandos „Görlitz" in Pleskau konfrontiert. Hier sah man vor allem das längerfristige Ziel eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus zur besseren Ausbeutung des Landes gefährdet. Am 14. November 1941 beklagte sich das Wirtschaftskommando bitter über die wilden Beitreibungen der Truppe, die „verschiedentlich geradezu devastiert" habe, die katastrophale Dezimierung des Viehbestands und die gedrückte Stimmung der Bevölkerung[273]. Die Abwehr dieser Kritik überließ Küchler seinem Wirtschaftsoffizier, der für die Koordination von Armee- und Wirtschaftsstellen zuständig war. Kapitän Angermann schlug sich in

[269] Bericht über die Fahrt Küchlers am 20. 11. 1941, ebd. Diese an der Front eingesetzte Waffen-SS-Division hatte eineinhalb Monate zuvor Küchler berichtet, dass die Einwohner (hauptsächlich Finnen) sehr freundlich gesinnt seien und es der Truppe daher schwer falle, „zusehen zu müssen, daß die Bevölkerung Hunger leidet". Vgl. den Bericht über die Fahrt Küchlers am 3. 10. 1941, ebd.

[270] Korück 583 (Kdt., Nr. 217 geh.) an AOK 18, 15. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1448. Diese Denkschrift war eine Generalabrechnung mit der bisherigen Besatzungspolitik im Bereich der 18. Armee.

[271] AOK 18, KTB O.Qu., 17. 11. 1941, 11.00 Uhr (Besprechung O.Qu. mit Qu./Korück), in: BA-MA, RH 20–18/1204.

[272] Ebd., 19. 11. 1941, 12.00 Uhr (Besprechung O.Qu. mit Qu./Korück). „Ernährung der Bevölkerung reicht nicht aus. Es kommt darauf an, Truppe von hungernder Bevölkerung zu trennen. [...] Ortskommandanturen haben sich nicht um Ernährung der Bevölkerung zu kümmern. Das ist Sache der Ortsältesten mit Wi.-Dienststellen. Finger weg davon."

[273] Wirtschaftskommando Görlitz, Lagebericht Nr. 14 (1. 11.–13. 11. 1941), 14. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1448. „In Krasnoje Selo ist eine Feldküche bereits von Zivilisten überfallen und ausgeraubt worden." Der Bericht wurde Küchler (Sichtvermerk 29. 11.) und allen wichtigen Stabsoffizieren vorgelegt.

dieser Auseinandersetzung zwischen langfristiger Ausnutzung des Landes und Sofortbedarf der Truppe eindeutig auf die Seite der Armee. Seine von Küchler, Hasse und Bucher abgezeichnete Stellungnahme war zugleich Zusammenfassung und Rechtfertigung der Besatzungspolitik des Armeeoberkommandos[274]. Angermann beschrieb zunächst „dieses an sich arme und zudem ausgeplünderte Gebiet, das sich auch in normalen Zeiten nie selbst ernähren konnte", in dem sich aber schon seit drei Monaten „2 deutsche Armeen mit rund 500000 Köpfen und 100000 Pferden" aufhielten. Dann berief er sich ausdrücklich auf die „Grüne Mappe" und forderte, dass die Sicherung der Truppenversorgung allen Maßnahmen der Erhaltung oder des Wiederaufbaus der Wirtschaft vorgehen müsse[275]. „So fremd einem der Gedanke zunächst erscheint, ist es daher für die Ernährung der Truppe und damit für die Fortführung des Krieges das Richtige, sämtliche noch vorhandenen Vorräte jeder Art von Nahrungsmitteln durch eine große Zahl von Erfassungsstäben der Truppe – und sei es auch mit Gewalt – einsammeln und in stark bewachten Vorratslagern einlagern zu lassen. Das Erliegen der Wirtschaft in der Waldzone sowie das Darben vielleicht sogar Verhungern der dort ansässigen Zivilbevölkerung muß in Kauf genommen werden."

Dieses Plädoyer für eine kompromisslose Besatzung und Beitreibung zeigt, wie sehr sich das Oberkommando der 18. Armee unter Führung und Verantwortung Generaloberst Georg v. Küchlers inzwischen die wirtschaftsegoistische Argumentation der Berliner Zentralstellen zu Eigen gemacht hatte und bei Bedarf die entsprechenden Richtlinien nun sogar gegen die örtlichen Dienststellen des Wirtschaftsstabs Ost verwertete. In den nächsten Monaten wurden im Armeegebiet nach und nach fast alle Schlupflöcher geschlossen, um wenigstens einem größeren Teil der Bevölkerung über die schwierigen Wintermonate zu helfen. Erst im Laufe des Jahres 1942 besserte sich auch vor Leningrad die Ernährungsgrundlage für die Bevölkerung[276]. Diese Ansätze einer konstruktiven Besatzungspolitik verbesserten allerdings vorwiegend die Situation der Bauern und wurden durch die im März 1942 anlaufenden Werbungen, schließlich Zwangsrekrutierungen für den Arbeitseinsatz im Reich gestört. Die teils in ihren Orten verbliebene, teils evakuierte oder geflüchtete Stadtbevölkerung blieb entrechtet, enttäuscht und feindselig. Bei ihr hatten die ersten Monate der deutschen Besatzung unheilbare Wunden geschlagen. Das Vorgelände Leningrads wurde zu einem Brennpunkt des sowjetischen Partisanenkriegs[277]. Gerade aus den großen Flüchtlingsreservaten erhielten die Partisanen regen Zulauf. Lediglich das seit Frühjahr 1942 weitgehend entvölkerte Gefechtsgebiet blieb nahezu „partisanenfrei". Hier hatte das brutale Vorgehen des Armeeoberkommandos zu einer Ruhe geführt, die man wohl nur als

[274] Denkschrift Angermanns (O.Qu./IV Wi/La, Nr. 2292/41), 4. 12. 1941, ebd. Bezeichnenderweise wurde diese Stellungnahme auch Generalmajor Knuth zur Kenntnis gegeben.

[275] „Dieses einzusehen wird den Wirtschaftsdienststellen leichter sein, wenn sie sich klarmachen, daß mit hungrigen Soldaten und entkräfteten Pferden eine Armee keine Armee ist und daß ohne Armee das eroberte Gebiet wieder verloren gehen muß."

[276] Vgl. Zwei Jahre Kriegswirtschaft im russischen Nordraum. Ein Tätigkeits- und Leistungs-Bericht der Wirtschaftsinspektion Nord, Pleskau 1. 9. 1943, in: IfZ-Archiv, Druckschriftensammlung, Da 40.01.

[277] Vgl. neben den zahlreichen Hinweisen in den deutschen Akten das sowjetische Standardwerk über die Partisanenbewegung im Leningrader Oblast: Petrov, Partizanskoe.

Friedhofsruhe bezeichnen kann. Die Folgen blieben jedoch für das Armeegebiet insgesamt – und darüber hinaus für Teile des rückwärtigen Heeresgebiets – katastrophal.

Die Politik Küchlers und seiner Berater gegenüber der städtischen Bevölkerung des Operationsgebiets war symptomatisch für eine Besatzungsherrschaft, in der die Übergänge von der oft beschworenen „Rücksichtslosigkeit" zur verbrecherischen Behandlung der Zivilisten fließend waren. Auch in den meisten anderen Armee- und Heeresgebieten bedeutete Besatzungspolitik lange nicht viel mehr als Hunger, Vertreibung, Raub und Ausbeutung, von den Erschießungen zahlloser Einwohner im Zuge der Partisanenbekämpfung und Judenverfolgung ganz zu schweigen. Einige Oberkommandos wandten sich teilweise gegen diese „Politik" und ihre negativen Auswirkungen, doch kamen die Vorschläge einer Wende in der Regel sehr spät und blieben auf dem Papier. Häufiger waren die Hinnahme oder sogar Förderung der Ausplünderung der besetzten Gebiete sowie der Verelendung und Mangelernährung der Zivilbevölkerung, besonders in den Städten. Das Verhalten des Armeeoberkommandos 18 ist nur ein Beispiel dafür. Gut beschrieben sind inzwischen die Ernährungsprobleme der Bevölkerung im Bereich der Heeresgruppe Süd, etwa bei der 11. Armee auf der Krim[278], der 17. Armee im Donezbecken und im Kaukasus[279], der 6. Armee in Kiev[280] und Charkov[281]. Dort lagen die Dinge nicht viel anders, zumal auch in diesen Regionen die Oberkommandos lange nichts für die Stadtbevölkerung tun wollten. Besonders bemerkenswert ist der Fall Charkov, weil diese viertgrößte Stadt der Sowjetunion ab Ende Oktober 1941 für über ein Jahr im Operationsgebiet der 6. Armee blieb. Das Armeeoberkommando unter Generalfeldmarschall Walter v. Reichenau installierte in der ukrainischen Stadt ein rigoroses Ausplünderungssystem, das wenig Rücksichten auf die Bedürfnisse der verbliebenen 430000 Einwohner nahm. Auch hier erhielten nur die Zivilisten, die für die Wehrmacht arbeiteten, geringe Lebensmittelrationen, während die übrigen Städter sogar gehindert wurden, sich auf dem Land selbst Nahrung zu beschaffen. Charkov wurde zu einem abgeriegelten Hungerghetto, das Umland zur Kahlfraßzone der Wehrmacht. Bis Ende September 1942 starben mindestens 12000 Stadtbewohner an den Folgen des Hungers[282].

Trotz des Hungers in allen Teilen des östlichen Operationsgebiets blieb die große Hungerkatastrophe aus. Die Menschen verhungern nicht so schnell, wie das in den grausamen Plänen der deutschen Führung einkalkuliert und wohl auch erhofft wurde. Heimliche Reserven, Improvisation und Solidarität ließen die meis-

[278] Vgl. Hürter, Nachrichten, passim; Oldenburg, Ideologie, S. 68–107.
[279] Vgl. ebd., S. 228–239 (Donezbecken), 267–281 (Kaukasus).
[280] Vgl. Arnold, Eroberung.
[281] Vgl. Kunz, Beispiel Charkow; Arnold, Wehrmacht, S. 301–320.
[282] Vgl. auch das Tagebuch Jüngers, Maikop 12. 12. 1942, über das Gespräch mit einem General, offenbar dem früheren Stadtkommandanten von Charkov, in: Jünger, Strahlungen I, S. 445: „Dieser erzählte von den Schwierigkeiten, die er in Charkow gehabt hatte. Anfangs seien ihm täglich fünfundsiebzig Menschen verhungert, doch habe er diese Zahl auf fünfundzwanzig herabgedrückt." Zur Haltung dieses Generals vgl. ebd.: „Über Polizeimaßnahmen sprach er im Ton eines Hegemeisters, wie etwa: ‚Das halte ich für eine ganz irrige Annahme, daß man die dreizehn-, vierzehnjährigen Burschen, die mit den Banden aufgegriffen werden, nicht liquidieren soll. Wer derart ohne Vater und Mutter wild aufgewachsen ist, kommt niemals mehr zurecht. Da ist die Kugel das einzig Richtige."

ten der vom Hunger bedrohten Zivilisten überleben. Dennoch waren das Elend und die Opfer der Bevölkerung immens. Die höchste Truppenführung trug eine erhebliche Mitverantwortung daran. Die Oberbefehlshaber nutzten die Spielräume, die sie in ihren Operationsgebieten besaßen, zu wenig oder überhaupt nicht, um die Lebensbedingungen der Bevölkerung wenigstens in kleinen Schritten zu bessern und zu einem „normalen" Zusammenleben, einer „normalen" Besatzung zu gelangen. Die traditionelle Fürsorgepflicht der Besatzungsmacht für die Landesbewohner wurde besonders im ersten Dreivierteljahr des Ostfeldzugs und besonders in den Städten weitgehend vernachlässigt. Teilweise setzten sich die Oberbefehlshaber und ihre Berater sogar von sich aus für eine destruktive Besatzungsherrschaft ein, die das Los der Zivilbevölkerung nicht milderte, sondern noch verschlechterte. Dieser Traditionsbruch geschah nicht allein aus ideologischen Motiven, wenn diese auch eine wesentliche Voraussetzung blieben. Die daneben wichtigste Triebfeder war ein militärischer Utilitarismus, der den Erfolg auf diesem besonderen Kriegsschauplatz um jeden Preis und mit allen Mitteln wollte. Das Schicksal der fremden Bevölkerung, vor allem der „unnützen Esser", schien dagegen nicht ins Gewicht zu fallen. Wie kurzsichtig ein solches Verständnis der Besatzungsaufgaben war und wie widersinnig der stereotype Hinweis auf die Sicherheits- und Versorgungsbedürfnisse der Truppe, erschloss sich vielen (aber keineswegs allen) dieser Generale erst nach und nach. Doch da war es meist schon zu spät, den besatzungspolitischen Kahlschlag zu korrigieren.

Ein beträchtlicher Teil der Zivilbevölkerung im Operationsgebiet war zu diesem Zeitpunkt bereits nahezu vollständig verschwunden: die Juden. Obwohl sie vor allem in den Städten gelebt hatten, waren sie in der Regel nicht die Opfer des Hungers geworden. Die deutschen Besatzer hatten sie vielmehr massenhaft erschossen. Von diesem Völkermord und dem Anteil der höchsten Truppenführung an ihm muss das nächste und zugleich letzte Kapitel handeln.

5. Judenmord

a. Antisemitismus

Die Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion war von utilitaristischem Kalkül *und* rassenideologischem Dogma bestimmt. Schon der nichtjüdischen Bevölkerung wurde ein gleiches Lebensrecht wie den deutschen Besatzern abgesprochen – auch von den Oberkommandos des Ostheeres. Dabei ging es nicht nur um Quartiere und Lebensmittel, sondern auch um den Wahn vom unterschiedlichen Wert der Völker und „Rassen". Die rassistischen Vorbehalte gegen Slawen, Russen und Asiaten, verbunden mit einem vulgären Sozialdarwinismus und einem auf die Spitze getriebenen Antibolschewismus, erleichterten die Unterdrückung und Ausbeutung der Bevölkerung, waren aber insgesamt eher diffus und uneinheitlich. Dagegen hatte die Judenfeindschaft festere Konturen und war seit 1933 eine Staatsdoktrin des Deutschen Reiches. Die Behandlung der Juden in der besetzten Sowjetunion war daher vor allem eine ideologische Frage, vergleichbar nur den Maßnahmen gegen kommunistische Kader und den Morden an „lebensunwerten" Behinderten. Die Ideologisierung von Krieg und Besatzung fand im Holocaust, der in der Sowjetunion unter dem Schild der Wehrmacht seinen Anfang nahm, ihre schärfste und schrecklichste Ausprägung. Daher ist der Anteil der deutschen Offiziere und Soldaten am Judenmord bis heute der zentrale Aspekt ihrer historischen Beurteilung. Nach dem 22. Juni 1941 gerieten Hunderttausende, insgesamt – wenn auch zum Teil nur für kurze Zeit – 2,5 Millionen Juden in die Befehlsbereiche der Heeresgruppen- und Armeeführer. Ihr Schicksal hing u. a. auch an der Einstellung dieser Generale zur „Judenfrage". Bestimmte Prägungen trugen zur individuellen Entscheidung bei, ob die Oberbefehlshaber, also die höchsten Instanzen in den Militärverwaltungsgebieten, das mörderische Vorgehen gegen diesen Bevölkerungsteil tolerierten oder nicht.

Der Antisemitismus im preußisch-deutschen Offizierkorps unterschied sich bis in den Ersten Weltkrieg hinein nicht wesentlich von demjenigen anderer konservativer Eliten in Deutschland und in den meisten europäischen Staaten[1]. Zu einem Eklat wie der französischen Dreyfus-Affäre kam es nicht, allerdings gab es in Deutschland auch so gut wie keine jüdischen Offiziere. Juden gehörten in der Kaiserzeit nicht zu den „erwünschten Kreisen", aus denen der Offiziersnachwuchs rekrutiert wurde. Sie waren schlichtweg und stillschweigend ausgeschlos-

[1] Zu Rassismus und Antisemitismus im neuzeitlichen Europa vgl. Mosse, Rassismus; Katz, Vorurteil. Zur Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland vom 19. Jahrhundert bis 1945 vgl. Jochmann, Gesellschaftskrise; Berding, Antisemitismus; sowie die Gesamtdarstellungen der Judenfeindschaft in Deutschland von Ben-Chanan, Juden; Weiss, Weg. Zum Antisemitismus im deutschen Militär von der ausgehenden Kaiserzeit bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs vgl. den Überblick von Wette, Wehrmacht, S. 35–94.

sen[2]. Mehr oder weniger verdeckte Vorbehalte gegen „die" Juden entsprachen dem Zeitgeist und waren unterschiedlich motiviert, teils religiös (Antijudaismus), teils antikapitalistisch, teils auch schon rassistisch und sozialdarwinistisch (moderner Antisemitismus). Die jungen Offiziere, die später in Hitlers Wehrmacht zu den höchsten Rängen aufstiegen, werden diesen Geist aufgenommen haben, zumal er gerade in den monarchisch und nationalkonservativ gesinnten „erwünschten Kreisen" der adelig-bürgerlichen Amts- und Militäraristokratie wie selbstverständlich war und zur weitgehenden Abschottung dieser staatstragenden Schicht vor jüdischen Bewerbern führte. Radikale Antisemiten, wie sie sich im Kaiserreich politisch zu organisieren begannen[3], blieben freilich eine kleine Minderheit ohne wesentlichen Einfluss auf Militär und Bürokratie. Doch auch wenn antijüdische Ressentiments meist unterschwellig gärten und noch nicht in eine „eliminatorische"[4] Richtung wiesen, so war bereits in der Kaiserzeit und besonders auch im Offizierkorps ein gefährlicher Keim gelegt, der die fortschreitende Emanzipation und Assimilation der jüdischen Bevölkerung in Deutschland gefährdete. Die Anordnung des preußischen Kriegsministeriums im Oktober 1916, alle jüdischen Soldaten statistisch zu erfassen, um zu überprüfen, ob sich Juden unverhältnismäßig häufig vor dem Heeresdienst „drückten", war eine diskriminierende Maßnahme und zugleich ein alarmierender Nachweis von antisemitischen Tendenzen in den militärischen Stellen[5].

Am Ende des Ersten Weltkriegs trat der Antisemitismus in Deutschland in eine neue Phase. Die Radikalisierung der politischen Bewegungen rechts wie links unter dem Eindruck eines immer existentielleren Krieges verschärfte auch das antijüdische Denken. Die Alldeutschen erhielten Massenzulauf und wurden zu einem Sammelbecken für Antisemiten, mit Wirkung weit über 1918 hinaus. Die Propaganda dieser extremen Nationalisten wandte sich im Westen gegen den „jüdischen Kapitalismus" und im Osten seit der russischen Oktoberrevolution gegen den „jüdischen Bolschewismus". Niederlage und Revolution im Herbst 1918 sowie die Nachkriegswirren bis 1923 radikalisierten die Judenfeindschaft nochmals. „Dolchstoß", „Marxismus" und „Bolschewismus" wurden besonders „den Juden" angelastet, die in ihre traditionelle Sündenbockrolle zurückgeworfen wurden. Der offene Antisemitismus griff von den Alldeutsch-Völkischen auf die Nationalkonservativen über. Dass die liberale Weimarer Republik vielen assimilierten Juden eine exponierte Stellung in Politik und Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur ermöglichte, schien das Vorurteil von der „jüdisch-marxistischen" Republik zu bestätigen. Außerdem entzündeten sich heftige Auseinandersetzungen um die Zuwanderung von polnischen „Ostjuden", die eher dem Klischee des „rassefremden" Juden entsprachen als die deutschen Juden. Wie populär der Antisemitismus bereits vor Hitlers Machtübernahme in Teilen der Bevölkerung war, zeigten nicht erst die Erfolge seiner Partei seit Ende der 20er Jahre, sondern schon die

[2] Vgl. Demeter, Offizierkorps, S. 217–224; Messerschmidt, Juden. Das galt schließlich auch für die Reserveoffiziere, vgl. Angress, Army.

[3] Vgl. Pulzer, Entstehung.

[4] Die These, dass der deutsche Antisemitismus im Gegensatz zur Judenfeindschaft anderer Nationen schon frühzeitig „eliminatorisch" gewesen sei, ist von Goldhagen, Vollstrecker, vorgebracht worden, lässt sich aber in dieser Verallgemeinerung nicht halten.

[5] Vgl. Angress, Militär.

judenfeindlichen Bekundungen und Maßnahmen der völkischen, aber auch der nationalkonservativen Verbände und Parteien – wie etwa des Jungdeutschen Ordens, des Reichslandbunds und vor allem der Deutschnationalen Volkspartei, der die meisten monarchisch gesinnten Reichswehroffiziere nahe standen.

Bei den Offizieren unserer Gruppe ist seit dem Ende der Monarchie mehrheitlich von einer nationalkonservativen, nicht von einer radikalen völkischen Einstellung auszugehen – lediglich Busch, Dietl, Reichenau und Schobert sympathisierten früher oder später offen mit den Nationalsozialisten. Die Mehrheit der Oberbefehlshaber vertrat wohl nicht den extremen und letztlich mörderischen völkischen Antisemitismus, der in Hitlers Judenhass seine besondere Ausprägung erfuhr, sondern einen demgegenüber eher gemäßigten nationalkonservativen Antisemitismus. Diese Richtung befürwortete grundsätzlich eine Zurückdrängung der Juden aus der Gesellschaft, stand aber dem „Radau-Antisemitismus", wie ihn Anfang der 20er Jahre die verschiedenen völkischen Gruppierungen und dann vor allem die SA vertraten, kritisch sowie den ersten antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes skeptisch gegenüber. Das Unverständnis über solche „Auswüchse" führte aber nicht so weit, sich gegen die ersten Schritte zur Diskriminierung und Verfolgung der Juden zu engagieren. Denn trotz aller Unterschiede in der Radikalität verband die Nationalkonservativen mit den Alldeutschen, Völkischen und Nationalsozialisten ein antisemitischer Grundkonsens. Natürlich war nur den wenigsten klar, dass Hitlers Ideologie und Politik letztlich in den Versuch einer vollständigen Ausrottung der Juden im deutschen Machtbereich münden würde. Dass aber von Anfang an über das Kopfschütteln und Achselzucken nicht hinausgegangen wurde, barg die Gefahr in sich, die weiteren Stufen in Richtung Holocaust vielleicht innerlich abzulehnen, aber dennoch immer wieder und immer weiter hinzunehmen.

Ein charakteristisches Beispiel für die judenfeindlichen Stereotype nationalkonservativer Ausprägung vermitteln die Papiere Gotthard Heinricis. Dieser Offizier aus ostpreußisch-protestantischer Pastorenfamilie lehnte die Juden wohl zunächst vor allem aus religiösen Gründen ab. Im Ersten Weltkrieg verknüpften sich diese Ressentiments mit einem kulturellen Überlegenheitsgefühl gegenüber dem „Ostjudentum" und einer erbitterten Feindschaft gegen „Marxisten" und „Bolschewisten", unter denen nach verbreiteter Meinung besonders viele Juden waren. Heinrici mokierte sich 1914/15 auf dem polnischen Kriegsschauplatz über die „Kaftanjuden mit Ringellöckchen"[6] und beklagte bereits im Oktober 1918, dass Deutschland von einer „Clique von Juden und Sozialisten" regiert werde[7]. In den Weimarer Jahren stand er den Deutschnationalen nahe und hoffte nach dem Regierungswechsel vom 30. Januar 1933, „dass wir aus der marxistisch jüdischen Schweinerei nun endlich herauskommen"[8]. Die antisemitische Einstellung und Politik der neuen Regierung hielt er grundsätzlich für notwendig, doch gingen

[6] Aufzeichnung Heinricis „Meine dienstliche Verwendung im 1. Weltkrieg", ca. 1960, in: BA-MA, N 265/23, Bl. 59. Im Frühjahr 1941 besuchte er in Polen das „alte Judennest", in dem er 1914/15 stationiert war, und erinnerte sich an „soviel Scherereien", die man damals mit den Juden gehabt habe. Heinrici an General v. Selle, 15. 5. 1941, in: Hürter, General, S. 58.

[7] Tagebuch Heinricis, 17. 10. 1918, in: BA-MA, N 265/8.

[8] Heinrici an seine Eltern, Berlin 17. 2. 1933, in: BA-MA, N 265/148, Bl. 16f.

ihm die pogromartigen Übergriffe der SA und der Boykott vom 1. April 1933 zu weit[9]: „Die Juden aus ihrer sehr großen Einflußsphäre zurück zu drängen, war nötig. Das Mittel hierzu jedoch verfehlt." Die zahllosen diskriminierenden Maßnahmen gegen die Deutschen jüdischen Glaubens in den folgenden Monaten und Jahren registrierte Heinrici lange ohne Kritik oder gar Empörung. Erst der große Pogrom vom 9./10. November 1938 („Reichskristallnacht") schockierte ihn, wenn auch kaum nachhaltig. Kurz darauf erfuhr er aus einer Rede Alfred Rosenbergs in Detmold, welche Folgen und Ziele der Judenhass der Nationalsozialisten haben könnte[10]: „Die Judenfrage sei erst gelöst, wenn es keinen Juden mehr in Deutschland gebe und sie seien entschlossen, das auch durchzusetzen. Am besten wäre es überhaupt, wenn in ganz Europa kein Jude mehr sei." Dies mag ihn erschreckt haben, doch verdrängte er diese Perspektive offenbar sofort wieder. Jedenfalls behinderte die menschenverachtende Rassenpolitik nicht nachhaltig seine in den kommenden zwei Jahren wieder zunehmend positive Haltung gegenüber dem NS-Regime und seinem „Führer". Die antijüdischen Gräuel während des Polenfeldzugs erlebte Heinrici nicht, da er am „Westwall" eingesetzt war. Doch als er im Frühjahr 1941 nach Polen verlegt wurde, störten ihn in seinem Quartierort Siedlce neben Wanzen und Läusen vor allem „schreckliche Juden"[11]. Zu Beginn des Ostfeldzugs war der – an sich nicht „eliminatorische", wohl aber zur Akzeptanz auch weitgehender antijüdischer Maßnahmen neigende – Antisemitismus dieses Generals trotz seiner Kenntnis der nationalsozialistischen Judenpolitik offensichtlich ungebrochen.

Wenn auch nicht alle Oberbefehlshaber die dezidierte Abneigung Heinricis gegen Juden geteilt haben werden, so gibt es doch keinen stichhaltigen Nachweis dafür, dass die unübersehbare Entrechtung und Verfolgung der deutschen Juden bis 1941 für irgendeinen dieser Generale ein ausschlaggebendes Kriterium ihrer Beurteilung des NS-Regimes gewesen wäre. Dies gilt sogar für Hoepner, Stülpnagel und Kluge, die später im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 ums Leben kamen. Besser als gleichgültig und indifferent war die Meinung über den jüdischen Bevölkerungsteil in der Regel nicht. Das verbreitete Unbehagen über die „Reichskristallnacht" war daher ebenso wenig nachhaltig wie die Kritik Erich v. Mansteins im Frühjahr 1934 an dem „Arierparagraphen" in der Wehrmacht, die ohnehin ein Einzelfall blieb[12]. Eindeutiger fiel erst das Unverständnis über die Ausschreitungen und Morde an den polnischen Juden seit September 1939 aus. Wie bereits beschrieben[13], gingen einige Generale unserer Gruppe nicht nur gegen Soldaten der Wehrmacht (Manstein, Reichenau, Weichs), sondern auch gegen Angehörige von SS-Kampfeinheiten (Küchler, Reichenau) sowie in einem Fall sogar gegen Männer

[9] Heinrici an seine Eltern, Berlin 1. 4. 1933, ebd., Bl. 37. Doch schon wenige Tage später rechtfertigte er wieder „notwendige" Zwangsmaßnahmen, „auch manche Härten" und lobte Hitler und Goebbels: „Die Geschicklichkeit, mit der sie den Judenboykott durchgeführt u. doch abgedreht haben, war groß!" Heinrici an seine Eltern, Berlin 9. 4. 1933, ebd., Bl. 39. Weitere Beispiele für die antisemitische Haltung Heinricis: Kapitel I,3,a; Hürter, General, S. 24 f.

[10] Heinrici an seine Mutter, 16. 1. 1939, in: BA-MA, N 265/153, Bl. 6 f.

[11] Heinrici an seine Frau, 22. 4. 1941, in: Hürter, General, S. 56: „Wanzen u. Läuse laufen überall herum, ebenso schreckliche Juden mit Davidsstern am Ärmel."

[12] Vgl. Kapitel I,3,a.

[13] Vgl. Kapitel I,3,d.

der Sipo-Einsatzgruppen (Küchler) vor, die Juden umgebracht hatten. Auch nach dem Polenfeldzug kam es wegen der Mordaktionen von SS und Polizei in den besetzten Ostgebieten zu Unruhe in der Generalität. Generaloberst Johannes Blaskowitz informierte im Herbst und Winter 1939/40 die Oberbefehlshaber im Westen über die Brutalitäten der „Volkstumspolitik" im Osten. Zumindest Bock, Leeb, Kluge und Weichs reagierten besorgt oder sogar empört auf diese Berichte. Dem OKH gelang es aber bereits im Januar 1940, den scharfen Protest Leebs und die zaghafte Intervention Bocks abzufangen, indem die Gräuelnachrichten als übertrieben und die Probleme als bereits gelöst dargestellt wurden. Anschließend traten die beunruhigenden Zustände in Polen mehr und mehr hinter der Vorbereitung und Durchführung des Westfeldzugs zurück.

Immerhin: Von September 1939 bis Januar 1940 wandten sich nachweislich mehrere Heeresgenerale gegen die Morde in Polen, die vor allem die polnische „Intelligenz", aber auch Tausende von Juden trafen. Man kann darüber streiten, ob sie aus prinzipiellen politischen und ethischen Überlegungen intervenierten oder nur, weil sie um die Disziplin und Moral ihrer Truppen fürchteten. Dessen ungeachtet bleibt ihr Verhalten bemerkenswert. So sehr sich ihre antisemitischen Ressentiments gerade auch gegen die orthodoxen „Kaftan-Juden" richteten, über die viele die Nase rümpften[14] und die in Deutschland alles andere als willkommen waren[15], so wenig mochte man mit der Ermordung und Misshandlung dieser an sich als „harmlos" geltenden Juden konfrontiert werden. Der nationalkonservative Antisemitismus befürwortete eine Zurückdrängung und Diskriminierung der Juden, nicht aber rohe Gewalt gegen ihr Leben und ihren Besitz, selbst im „unkultivierten" Polen nicht. Als die Generale von den antijüdischen Untaten im Operationsgebiet und in ihren Befehlsbereichen erfuhren, fühlten sie sich – stärker als bei den Pogromen 1933 und 1938 im Reich – zum Einschreiten verpflichtet. Zugleich markierten ihre Proteste aber auch schon den äußersten Grad an Widerspruch, den sie gegen das verbrecherische Vorgehen des NS-Regimes und seiner Schergen zu leisten bereit waren. Dass ihre Gegenvorstellungen den Diktator verärgerten und wirkungslos verpufften, ermutigte nicht gerade, einen zweiten Anlauf zur Eindämmung der „volkstumspolitischen" Maßnahmen im Osten zu unternehmen. Tatsächlich sollte es ihn nicht geben, obwohl die Massenmorde in der besetzten Sowjetunion und der Holocaust alles weit in den Schatten stellten, was sich vor 1941 in Polen ereignete.

Was waren die Gründe dafür, dass die nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung im Osten von der Heeresgeneralität nur in den ersten Kriegsmonaten kritisiert, dann aber hingenommen wurden? Neben einer gewissen Resignation angesichts der begrenzten eigenen Möglichkeiten spielte die Korrumpierung durch den unerwarteten Erfolg im Frankreichfeldzug eine große Rolle. Die an diesem Erfolg beteiligten Generale erlebten nicht nur die Ge-

[14] Vgl. noch Weichs, Erinnerungen, Bd. 3, in: BA-MA, N 19/7, Bl. 18f., über das Ghetto in Lodz: „Äußerst schmutzige Häuser und Hütten. Der bekannte Typ des polnischen Kaftan-Juden war hier in Massen zu sehen."

[15] Guderian wandte sich noch rückblickend gegen die „Einwanderung unerwünschter jüdischer Elemente aus Zentral- und Osteuropa". Vernehmung Guderians, 31. 5. 1945, in: BAK, All.Proz. 2/ FC6176P.

nugtuung, als ruhmreiche Sieger in das Land zurückzukehren, das sie im Herbst 1918 so unrühmlich verlassen hatten. Sie erhielten auch Ehrungen und Rangerhöhungen sowie materielle Zuwendungen durch Dotationen. Die militärischen und politischen Zweifel am Kriegskurs Hitlers traten nun völlig zurück. Als die Generale unserer Gruppe aus Frankreich nach und nach wieder in den Osten versetzt wurden, um den Angriff auf die Sowjetunion vorzubereiten, war die Kritik an der Unterdrückung und Misshandlung der polnischen Bevölkerung und besonders ihres jüdischen Teils wie verflogen. Ausgerechnet Generaloberst Georg v. Küchler, der noch im Herbst 1939 so unmissverständlich gegen Judenmorde in seinem Befehlsbereich eingeschritten war und der mit seiner 18. Armee als erster Oberbefehlshaber bereits im Juli 1940 wieder nach Polen verlegt wurde, warb jetzt bei seinen Soldaten um Verständnis für den „im Generalgouvernement durchgeführten Volkstumskampf, z. B. Behandlung der polnischen Minderheiten, der Juden und kirchlichen Dinge", der „zur endgültigen völkischen Lösung einmaliger scharf durchgreifender Maßnahmen" bedürfe[16]. Diese „moralische Indifferenz" und „Lähmung eines Gewissens, dessen Regungen unbequem wurden"[17], waren symptomatisch für die Einstellung der Generalität nach dem Frankreichfeldzug. Dass namentlich die Versklavung, Ghettoisierung und Verelendung der polnischen Juden genau registriert wurden, zeigen die Briefe General Gotthard Heinricis aus Siedlce, dem Quartierort seines Generalkommandos im Frühjahr 1941. Mitleid oder Empörung lassen sich in diesen Dokumenten nicht erkennen, wohl aber Abscheu über den heruntergekommenen Zustand in diesem „Kehrichthaufen Europas", einen Zustand, den er vor allem mit den „schrecklichen Juden", den „Judennestern" und „Judengassen" verband[18]. Alte Abneigungen gegen die „Ostjuden" schienen sich zu bestätigen, ohne dass die Ursache des Elends, die deutsche Besatzungspolitik, reflektiert oder gar kritisiert wurde. Über die „Sklavendienste" der „Polen u. Juden" schrieb Heinrici nur kühl[19]: „Rücksichten werden hier zu Lande nicht auf sie genommen. Es ist hier etwa so wie im Altertum, wenn die Römer ein Volk niedergeworfen haben."

Die Ressentiments gegen die „Ostjuden" mussten sich auf dem sowjetischen Kriegsschauplatz mit dem Feindbild des „jüdischen Bolschewismus" verbinden. Tolerierten die nationalkonservativen Generale schon die Zurückdrängung sowie Entrechtung der assimilierten Juden im eigenen Land und nahmen nach der ersten Gewöhnung auch die brutale Unterdrückung der an sich als harmlos eingeschätzten „Kaftan-Juden" in Polen hin, so war von ihnen kaum ein prinzipieller Einwand dagegen zu erwarten, dass die sowjetischen Juden, die als Träger des kommunistischen Systems galten, von vornherein in das Visier der sicherheitspolizeilichen „Gegnerbekämpfung" gerieten. Im polnischen Aufmarschgebiet und zunächst auch noch in der Sowjetunion trafen die Generale auf orthodoxe „Ostjuden", an deren Lebensweise sie sich stießen – wie etwa Rundstedt, der Anfang Juli

[16] Befehl Küchlers (AOK 18, OB, Ic, Nr. 2489/40 geh.), 22. 7. 1940, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1531. Zur Haltung Küchlers vgl. auch Hürter, Mentalität.
[17] So Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 112, über den Befehl Küchlers.
[18] Vgl. die Briefe Heinricis vom 22. 4., 25. 4., 30. 4., 9. 5., 15. 5. und 17. 5. 1941, in: Hürter, General, S. 56–61.
[19] Heinrici an seine Frau, 25. 4. 1941, ebd., S. 56.

1941 den Ort seines Hauptquartiers als „dreckiges Judennest" bezeichnete[20]. Die jüdische Stetl-Kultur fand sich westlich und östlich der deutsch-sowjetischen Demarkationsgrenze, also auch im von der Sowjetunion annektierten Ostpolen und im ehemaligen zaristischen Ansiedlungsrayon bis in die altrussischen Gebiete hinein. So war die Wehrmacht nach dem Überfall auf die Sowjetunion noch einige Wochen mit dem traditionellen, nicht-assimilierten „Ostjudentum" konfrontiert. Doch bereits hier und um so mehr, je weiter die Deutschen nach Osten vorrückten, begegneten sie großstädtischen Juden, die im modernen Sowjetstaat als Funktionäre, Akademiker, Angestellte und Industriearbeiter ihren Platz gefunden hatten. Diese assimilierten Juden wurden allgemein als wesentlich gefährlicher eingeschätzt als die orthodoxen „Ostjuden", so dass sich die Judenfeindschaft im Ostheer und unter seinen Oberbefehlshabern nicht auf einen plumpen Antisemitismus gegen das „Ostjudentum" reduzieren lässt. Er allein hätte wohl kaum ausgereicht, das mörderische Vorgehen der SS und Polizei teils stillschweigend zu akzeptieren, teils sogar aktiv zu unterstützen.

Im Ostfeldzug radikalisierten sich also zwei Antisemitismen, die beide in der deutschen Gesellschaft sehr verbreitet, ja geradezu populär waren: zum einen der religiös und kulturell motivierte, nicht unbedingt mörderische Antisemitismus gegen die orthodoxen Juden Mittel- und Osteuropas, zum anderen der politisch und ideologisch motivierte, in diesem Feldzug hochgradig aggressive und unbedingt „eliminatorische" Antisemitismus gegen den so genannten jüdischen Bolschewismus, d.h. vor allem gegen die assimilierte „jüdische Intelligenz" in Staats- und Parteidiensten. Es ist davon auszugehen, dass die meisten Oberbefehlshaber vom Feindbild des „jüdischen Bolschewismus" tief durchdrungen waren. Dieses Feindbild verband Nationalkonservative und Nationalsozialisten. Es war in der Kriegs-, Revolutions- und Umbruchszeit von 1917 bis 1923 entstanden, als die Bedrohung durch „den" Marxismus und „den" Kommunismus als besonders existenziell empfunden und u.a. auch „dem" – angeblich ebenfalls international agierenden – Judentum angelastet wurde.

Ohne Frage steckte hinter dem Mythos auch eine Realität, denn tatsächlich nutzten viele assimilationswillige Juden die Chance, sich durch ihr Engagement in der Kommunistischen Partei und im sowjetischen Staat aus dem Ghetto der Diskriminierungen zu befreien[21]. In der deutschen Militärelite hatte man schon vor 1941 die Entwicklung der Sowjetunion mit Interesse beobachtet und den anscheinend großen jüdischen Anteil an ihr registriert. Allerdings führte der nationalkonservative Antisemitismus, verbunden mit den eigenen Erfahrungen während der Revolution von 1918/19, zu einer verzerrten Wahrnehmung der wirklichen Verhältnisse. Die Rolle der Juden in Staat, Armee und Gesellschaft der Sowjetunion wurde in der Regel weit überschätzt und einseitig negativ gesehen. So kritisierte Carl-Heinrich v. Stülpnagel im Mai 1935, zu dieser Zeit Leiter der Abteilung „Fremde Heere Ost" im Truppenamt, das „spitzelhafte Verhalten und Treiben der

[20] Rundstedt an seine Frau, 1. 7. 1941, in: BA-MA, MSg 1/1893: „Wir gehen morgen nach Zamosch, werden den Unterschied zwischen hier und dem dreckigen Judennest sehr merken."

[21] Vgl. den teilweise fragwürdigen Versuch, diesem Verhältnis von Mythos und Realität auf den Grund zu gehen, durch Rogalla von Bieberstein, Bolschewismus. Differenzierter: Slezkine, Century.

meist der jüdischen Rasse angehörenden unteren Politiker in der Truppe" als eine der „unerfreulichsten Erscheinungen" im Offizierkorps der Roten Armee, die an die „schlimmsten Anfangszeiten der kommunistischen Herrschaft" erinnere[22]. Hoth bestand noch nach dem Krieg darauf, „dass jüdischer Einfluss in Russland stark war. Auf meiner Reise 1927 nach Russland hatten wir in vielen Büros auffallend viel Juden angetroffen."[23] Und Reinhardt hielt kurz vor dem deutschen Angriff ohne weiteres die sowjetische Führung für „viel verjudet"[24].

Vor dem Hintergrund dieses Denkens war es für Hitler ein Leichtes, die höchste Generalität nicht nur gegen die stalinistische Sowjetunion zu mobilisieren, sondern auch gegen die „jüdisch-bolschewistische Intelligenz", die diesen Staat nach seiner Überzeugung trug und daher beseitigt werden musste[25]. Die antisemitischen Raster in der meist nationalkonservativen Vorstellungswelt der Oberbefehlshaber reichten aus, um in den Kadern des bolschewistischen Erzfeindes vor allem Juden zu sehen. Ein General wie Erich Hoepner nahm bereits am 2. Mai 1941 wie selbstverständlich die Floskel von der „Abwehr des jüdischen Bolschewismus" auf, um den „Daseinskampf" gegen die Sowjetunion zu begründen[26]. Und ein Armeeoberbefehlshaber wie Gotthard Heinrici betonte noch am 21. März 1942 im Rückblick auf die ersten neun Monate des Ostkriegs diesen Aspekt eines Abwehrkampfes gegen einen Feind, der beabsichtigt habe, „nicht nur Deutschland, sondern ganz Mittel- und Westeuropa seinen jüdisch-bolschewistischen Zwecken dienstbar zu machen"[27]. Zwischen diesen beiden Daten und danach wurde der Topos vom notwendigen Kampf gegen den „jüdischen Bolschewismus" immer wieder in den Befehlen der Oberkommandos im Osten aufgenommen. Der Mythos von einer internationalen Verschwörung von Juden und Kommunisten war über die nationalsozialistische Ideologie hinaus wirkungsmächtig.

Dass Hitlers Rassenwahn viel weiter ging, als „nur" die jüdischen Funktionäre und „Intelligenzler" zu beseitigen, und schon bald die Schwelle zum Völkermord überschreiten würde, sahen allerdings nur die wenigsten voraus. Dieses Ziel muss von dem, was in der höchsten Truppenführung als notwendig galt, unterschieden werden. Immerhin herrschte weitgehende Übereinstimmung darüber, dass die „Völker der Sowjetunion", wie es das Oberkommando der 17. Armee formulierte, „unter *bolschewistisch-jüdischer Führung*" standen[28]. Umso leichter gab man sich der Hoffnung hin, durch das gezielte Ausschalten der „jüdisch-bolsche-

[22] Denkschrift Stülpnagels „Fragen des Offiziers- und Unteroffizierskorps in der Roten Armee", 10. 5. 1935, zit. nach: Wilhelm, Eliten, S. 344. Vgl. auch Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 220.

[23] Aussage Hoths vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 3. 5. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 3137.

[24] Reinhardt an seine Frau, 19. 6. 1941, in: BA-MA, N 245/2, Bl. 7.

[25] So Hitler gegenüber Jodl am 3. 3. 1941, in: KTB/OKW, Bd. 1, S. 341.

[26] Befehl Hoepners (Pz.Gr.Kdo. 4, Ia, Nr. 20/41 g.Kdos.Chefs., Anl.) „Kampfführung", 2. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 305.

[27] Merkblatt Heinricis (AOK 4, OB) „Der deutsche Soldat im Osten", 21. 3. 1942, in: BA-MA, RH 20–4/294. „Dieses Ziel ist infolge der Wachsamkeit und der Voraussicht des Führers sowie durch den Heldenmut und die fast übermenschlichen Leistungen der Truppe gescheitert."

[28] Befehl des AOK 17 (Chef, gez. Vincenz Müller), 16. 6. 1941, mit anliegendem Merkblatt „Wichtig für alle Führer und Soldaten im Falle eines Krieges mit der Sowjetunion!", in: BA-MA, RH 20–17/276.

wistischen" Kader den feindlichen Widerstand seiner Grundlage zu berauben und zu brechen. Das war nicht nur politisch und ideologisch, sondern auch militärisch und pragmatisch gedacht. Vor Härten wollte man in diesem Feldzug ohnehin nicht zurückschrecken und eher zu gründlich als zu wenig gründlich die „bolschewistische Gefahr" aus der Welt schaffen. Die in der konservativen Generalität verbreiteten Antisemitismen – sowohl der religiös-kulturelle Antisemitismus, der die Ostjuden generell als minderwertig ansah, als auch der politisch-ideologische Antisemitismus, der zumindest Teile der jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion als gefährlich einstufte – erleichterten es den Oberbefehlshabern, der Forderung Hitlers vom 30. März 1941 nachzukommen und ihre moralischen Bedenken gegen ein rücksichtsloses Vorgehen zu überwinden. Bis zu welcher Stufe des Judenmords war dies aber möglich?

b. Grundzüge der Zusammenarbeit mit der SS und Polizei

Die antisemitische Disposition in weiten Kreisen der Generalselite sowie die verbreitete Vorstellung, der Kommunismus im Allgemeinen und die Sowjetunion im Besonderen stützten sich vor allem auf Juden, waren wesentliche Voraussetzungen für die Einbindung der Oberbefehlshaber in die nationalsozialistische Mordpolitik gegen die sowjetischen Juden. Die Mordaktionen erreichten allerdings schon bald nach dem deutschen Angriff eine Dimension, die sich weder mit den militärischen oder polizeilichen Notwendigkeiten noch mit den politisch-ideologischen Prägungen und Vorurteilen der Generale begründen ließ, sondern jeden Rahmen sprengte. Wie sich die einzelnen Oberbefehlshaber gegenüber dieser beispiellosen Eskalation eines rassistischen Judenhasses verhielten, war daher trotz ihrer grundsätzlichen Antipathie gegen den „jüdischen Bolschewismus" zu Beginn des Feldzugs durchaus noch offen und dürfte auch von der SS-Führung mit einiger Spannung erwartet worden sein. Schließlich besaßen die höchsten Truppenführer, besonders die Armeeoberbefehlshaber, in ihren Kommandobereichen einige Spielräume, die sie auch gegen das Vorgehen der SS- und Polizeikräfte nutzen konnten. Von ihrer Einstellung hing ab, wie hemmungslos und reibungslos die Männer Himmlers und Heydrichs ihr blutiges Handwerk verrichten konnten. Bevor von Nordosten bis Südosten nach dieser Einstellung und ihren Folgen zu fragen ist, sollen die Grundlagen und Grundzüge des Zusammenwirkens zwischen der Wehrmacht und dem SS- und Polizeiapparat überblickt werden.

Auch wenn die Ausmaße des Mordens schließlich alle Vorahnungen übertrafen, so war doch schon vor dem deutschen Angriff nicht daran zu zweifeln, dass neben den kommunistischen Funktionären und besonders den Juden unter ihnen auch viele weitere als politisch gefährlich eingeschätzte jüdische Männer in das Fadenkreuz einer brutalen „Gegnerbekämpfung" geraten würden[29]. Die Truppenführung des Ostheeres wurde recht früh über die sicherheitspolizeilichen Pläne un-

[29] Auch der Ic-Offizier der Heeresgruppe Mitte, Major v. Gersdorff, räumte rückblickend die naheliegende Ahnung seinerzeit ein, „daß diese Einsatzgruppen auch zu Aktionen gegen die im westlichen Rußland zahlreichen Juden eingesetzt werden könnten" (Gersdorff, Soldat, S. 84).

terrichtet. Das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte etwa erfuhr bereits am 6./7. März 1941, dass SS-Einsatzkommandos unmittelbar hinter der Front, jedoch „möglichst abseits der Truppe", „Executionen" vornehmen sollten[30]. Bald darauf folgte das so genannte Wagner-Heydrich-Abkommen über den „Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD im Verbande des Heeres", das den höheren Stäben durch Brauchitsch am 28. April 1941 bekannt gegeben wurde. Davon war bereits die Rede[31]. Die Polizeikommandos konnten demnach im kommenden Feldzug „in eigener Verantwortlichkeit" Maßnahmen gegen „führende Emigranten, Saboteure, Terroristen usw.", gegen „staats- und reichsfeindliche Bestrebungen" sowie überhaupt gegen die Zivilbevölkerung durchführen, sofern sie dadurch die Operationen nicht störten[32]. Auch wenn – anders als bei der entsprechenden Regelung für den Balkanfeldzug[33] – weder die „jüdische Intelligenz" noch die Juden insgesamt genannt wurden, musste die Stoßrichtung dieser Vereinbarung nach den Erfahrungen mit der „völkischen Flurbereinigung" in Polen und dem Gegensatz zum „jüdischen Bolschewismus" klar sein. Das wurde den zuständigen Generalstabsoffizieren des Ostheeres im Mai und Juni 1941 in mehreren Besprechungen beim OKH verdeutlicht. So erklärte ihnen SS-Standartenführer Hans Nockemann am 6. Juni in Berlin, es sollten „mit äußerster Härte und Schärfe"[34] „die Grundlagen für die endgültige Beseitigung des Bolschewismus" geschaffen werden, und nannte dabei als „politisch gefährliche Persönlichkeiten" u.a. „Juden, Emigranten, Terroristen"[35]. Bedenken oder Proteste gegen solche unverhohlenen Ankündigungen der SS und Polizei sind nicht überliefert. Das wäre auch kaum konsequent gewesen, denn schließlich verlangten auch die Richtlinien der Wehrmachtsführung von der Truppe „rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven und passiven Widerstandes"[36].

Die Oberkommandos des Ostheeres mussten sich also über außergewöhnlich harte, ja mörderische Aktionen gegen sowjetische Juden im Klaren sein. Es konnte kein Zweifel bestehen, dass die vier Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, insgesamt nicht mehr als 3500 Mann, die auf das gesamte Operationsgebiet von Norden nach Süden verteilt werden sollten[37], vor allem zu diesem

[30] Notiz des stellvertretenden Ic-Offiziers der Heeresgruppe Mitte, Rittmeisters Schach v. Wittenau, über eine Besprechung mit Oberst i.G. Oster und Oberstleutnant i.G. v. Bentivegni (OKW/Amt Ausland/Abwehr) am 6./7. 3. 1941 mit dem Vermerk: „*Chefsache*: Nur zur Orientierung von Oberstlt. v. Tresckow, *Persönlich*." In: Verbrechen der Wehrmacht, S. 57. Vermutlich wurden zur selben Zeit auch die anderen beiden Heeresgruppenkommandos informiert.

[31] Vgl. Kapitel II,1,c.

[32] Befehl Brauchitschs , 28. 4. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 303 f.

[33] Der OKH-Befehl Halders vom 2. 4. 1941 bezeichnete neben „Emigranten, Saboteuren, Terroristen usw." ausdrücklich auch „Juden und Kommunisten" als Gegner. Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 137.

[34] Aktennotiz des AOK Norwegen (Ic) über die Besprechung in Berlin am 6. 6. 1941, zit. nach: DRZW, Bd. 4, S. 425 (Beitrag Förster).

[35] Aufzeichnung des H.Gr.Kdo. Nord (Ic/AO) über diese Besprechung, in: BA-MA, RH 19 III/722, Bl. 84.

[36] „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland", als Anlage 3 der Besonderen Anordnungen Nr. 1 des OKW zur Weisung Nr. 21 (Fall „Barbarossa"), 19. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 312 f.

[37] Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe; Ogorreck, Einsatzgruppen; Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen; Angrick, Besatzungspolitik.

Zweck aufgestellt wurden. So war es nur konsequent, wenn das Armeeoberkommando 4 seine Verbände bereits am 8. Juni 1941 darauf vorbereitete, dass die Kommandos der Einsatzgruppen „grundsätzliche Sondermaßnahmen gegen Juden" durchführen würden[38]. Auch musste man zumindest argwöhnen, dass die anderen für das Hinterland vorgesehenen Einheiten von SS und Polizei – die (etwas später aufgestellten) drei Waffen-SS-Brigaden des „Kommandostabs Reichsführer SS", die Polizeibataillone der Höheren SS- und Polizeiführer sowie die neun Polizeibataillone, die den Sicherungsdivisionen direkt unterstanden, insgesamt nochmals über 30000 Mann[39] – über ihre vorwiegend militärischen Sicherungsaufgaben hinaus die sicherheitspolizeiliche Tätigkeit der Einsatzgruppen unterstützen und ebenfalls – wie bereits im Polenfeldzug – gegen die jüdische Bevölkerung aktiv werden könnten. Wie weit die angekündigten Maßnahmen tatsächlich gehen würden und wie der genaue Auftrag an die Einsatzgruppen sowie die übrigen SS- und Polizeiformationen lautete, konnte die Truppenführung im Osten allerdings noch nicht wissen.

Das „Wagner-Heydrich-Abkommen" und seine Erläuterungen ließen Schlimmes erwarten, deckten aber nicht – außer bei Repressalien – den Massenmord an unbeteiligten jüdischen Männern und schon gar nicht den Völkermord an allen Juden. Für die frontnahen Armeegebiete wurde lediglich angekündigt, gegen „besonders wichtige Einzelpersonen" vorzugehen[40]. Hier hatten die Oberkommandos noch die größten Einflussmöglichkeiten, da die Armeeoberbefehlshaber den Einsatz der SS und Polizei ausschließen konnten, sofern er die Operationen zu stören drohte. Von einem Einsatz im Gefechtsgebiet war überhaupt nicht die Rede. Außerdem waren die Sonderkommandos den Armeen „hinsichtlich Marsch, Versorgung und Unterbringung unterstellt" – disziplinarisch und gerichtlich unterstanden sie allerdings anders als im Polenfeldzug nicht der Wehrmacht, sondern Reinhard Heydrich. In den rückwärtigen Heeresgebieten war die Tätigkeit der SS-Einheiten weiter gesteckt („Erforschung und Bekämpfung der staats- und reichsfeindlichen Bestrebungen") und von den militärischen Stellen unabhängiger[41]. Immerhin waren die Einsatzgruppen auch hier der Truppenführung, also die Einsatzkommandos dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets, „hinsichtlich Marsch, Unterkunft und Versorgung unterstellt". So gab es im Operationsgebiet insgesamt und speziell in den Armeebereichen genug Ansatzpunkte, unliebsame Aktionen der Sicherheitspolizei, die deutlich über den Wortlaut der Vorabsprachen hinausgingen, einzudämmen oder sogar zu unterbinden. Die SS-Führung begab sich also auf eine Gratwanderung. Einerseits ließ sie die drohenden Ausmaße der Mordpolitik und die Zahl ihrer Opfer im Unbestimm-

[38] Befehl des AOK 4 (O.Qu./Qu. 2, Nr. 501/41 g.Kdos.) „Besondere Anordnungen für das Operationsgebiet", 8. 6. 1941, in: BA-MA, RH 24-53/190. Für den Hinweis auf dieses Dokument danke ich Felix Römer, Freiburg i.Br.

[39] Vgl. Kwiet, Auftakt. Zum Beitrag der Ordnungspolizei am Holocaust vgl. Mallmann, Fußvolk; Matthäus, Beteiligung. Vgl. auch das Fallbeispiel eines Polizeibataillons bei Browning, Männer.

[40] Befehl Brauchitschs (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/2101/41 geh.) „Regelung des Einsatzes der Sicherheitspolizei und des SD im Verbande des Heeres", 28. 4. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 303 f.

[41] „Bei Gefahr im Verzuge ist der Befehlshaber im rückw. Heeresgebiet berechtigt, einschränkende Weisungen zu erteilen, die allen übrigen Weisungen vorgehen."

ten, andererseits bestand sie nicht auf einer klaren Trennung der sicherheitspolizeilichen Aufgaben von der Wehrmacht. Nach den Protesten einiger Generale im Polenfeldzug konnte sie keineswegs sicher davon ausgehen, dass die höchste Truppenführung Massaker „im Verbande des Heeres" hinnehmen und die ihr verbliebenen Kompetenzen nicht gegen sie wenden würde.

Die genauen Mordpläne Hitlers und der SS-Führung sind bis heute umstritten[42]. Vieles spricht dafür, dass sich der Befehl an die Einsatzgruppen zunächst auf die Ermordung der Sowjetfunktionäre und der „jüdischen Intelligenz", vielleicht auch schon auf die Beseitigung aller jüdischen Männer im wehrfähigen Alter beschränkte[43]. Tatsächlich durchlief die Mordtätigkeit im ersten Vierteljahr des Ostkriegs mehrere Eskalationsstufen, wobei dynamische Prozesse vor Ort und Entscheidungen der Zentrale offenbar zusammenwirkten. Erst wurden fast nur jüdische Männer ermordet, dann vermehrt auch Frauen und Kinder, ehe man von Mitte August bis Anfang Oktober 1941 dazu überging, unterschiedslos alle Juden in der besetzten Sowjetunion umzubringen. Vor dem deutschen Angriff hatte Generalquartiermeister Eduard Wagner der Truppenführung im Osten eingeschärft, sich für den „politischen Einsatz" von SS und Polizei nicht weiter zu interessieren, solange es die militärische Lage nicht unbedingt erfordere[44]. Auch einzelne Oberbefehlshaber äußerten sich in diesem Sinne[45]. Jedoch wurde dieses bewusste Beiseite-Sehen umso schwieriger, je weitere Kreise das Morden zog. Ein Massenmord an Teilen der Zivilbevölkerung im Operationsgebiet ließ sich unmöglich von den Zuständigkeiten und Aufgaben der Wehrmacht isolieren, so dass eine strikte Arbeitsteilung von vornherein Illusion war. Außerdem waren Himmlers Mordkommandos nach dem „Wagner-Heydrich-Abkommen" ohnehin auf eine „ständige enge Zusammenarbeit" mit den Ic-Offizieren der Heeresgruppen und Armeen angewiesen, um die militärischen und polizeilichen Aufgaben „in Einklang zu

[42] Dazu und zum Folgenden vgl. den Überblick über den Forschungsstand durch Pohl, Verfolgung, S. 70–79. Grundlegend Longerich, Politik, S. 293–418. Zum Auftrag und zur Tätigkeit der Einsatzgruppen vgl. auch Krausnick/Wilhelm, Truppe; Ogorreck, Einsatzgruppen; Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen; Angrick, Besatzungspolitik. Der genaue Zeitpunkt einer „Führerweisung" zur systematischen Ermordung aller Juden in der Sowjetunion und dann in ganz Europa ist ebenfalls umstritten. Vieles spricht für September oder Anfang Oktober 1941. Dessen ungeachtet ist der Radikalisierungsprozess der Judenmorde in den besetzten sowjetischen Gebieten deutlich zu erkennen und stand offenbar im engen Zusammenhang mit der militärischen Entwicklung an der Ostfront. Vgl. dazu auch Gerlach, Ausweitung; Gerlach, Morde, S. 503–655; Jersak, Interaktion; DRZW, Bd. 9/1, S. 275–318 (Beitrag Jersak).

[43] Vgl. die Wiederholung früherer Instruktionen im Schreiben Heydrichs an die Höheren SS- und Polizeiführer, Berlin 2. 7. 1941, in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 325: „Zu exekutieren sind alle Funktionäre der Komintern (wie überhaupt die kommunistischen Berufspolitiker schlechthin), die höheren, mittleren und radikalen unteren Funktionäre der Partei, der Zentralkomitees, der Gau- und Gebietskomitees, Volkskommissare, Juden in Partei- und Staatsstellungen, sonstige radikale Elemente (Saboteure, Propagandeure, Heckenschützen, Attentäter, Hetzer usw.), *soweit* sie nicht im Einzelfall nicht oder nicht mehr benötigt werden, um Auskünfte in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu geben, die für die weiteren sicherheitspolizeilichen Maßnahmen oder für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der besetzten Gebiete besonders wichtig sind." Das „usw." ließ einigen Spielraum und verwies vielleicht auf mündliche Absprachen.

[44] Aufzeichnung des Generalstabschefs der 18. Armee über die Besprechung am 4. 6. 1941 beim OKH in Zossen, 9. 6. 1941, in: NA, T 312/805.

[45] Vgl. etwa die Notizen Küchlers für die „Besprechung mit den Divisionskommandeuren" am 25. 4. 1941, in: Wilhelm, Rassenpolitik, S. 139, über den Sondereinsatz von SS-Formationen bei der 18. Armee: „Wir wollen uns um ihre Tätigkeit nicht kümmern."

bringen"[46]. Wie gestaltete sich aber die Zusammenarbeit zwischen dem SS- und Polizeiapparat, besonders den Einsatzgruppen, und den Oberkommandos in der schrecklichen Wirklichkeit des Ostkriegs?

Sollte es – unverständlich genug – vor Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges bei den militärischen Stellen noch Zweifel gegeben haben, dass die Tätigkeit der SS- und Polizeiformationen im Rücken der Front unter den Bedingungen eines Aufeinanderpralls zweier Weltanschauungen etwas anderes als massenhaften Mord an wirklichen, potentiellen und angeblichen Gegnern bedeutete, so wurden diese Zweifel sehr bald zerstreut. Generell lässt sich sagen, dass die Kenntnis der höheren Stäbe über das Vorgehen der Leute Himmlers von vornherein gut gewesen sein muss. Der genaue Grad der Informierung ist allerdings nur in seltenen Fällen zu bestimmen. Das liegt vor allem an der ungünstigen Quellenlage, an den offensichtlich sehr beträchtlichen Aktenverlusten. Zwar sind die berühmt-berüchtigten „Ereignismeldungen UdSSR", in denen die – weitgehend verlorenen – Berichte der Einsatzgruppen an das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) zur Unterrichtung verschiedener Dienststellen von SS und Polizei zusammengefasst wurden, vollständig erhalten, doch geben sie nur ein lückenhaftes und zudem einseitiges Bild von der Zusammenarbeit mit der Wehrmacht[47]. In den bisher bekannten militärischen Akten wird das blutige Geschäft der SS und der Polizei hingegen auffällig selten und sporadisch angesprochen. Offenbar wurden belastende Dokumente und Aktenbände teils vor, teils vielleicht auch erst nach Kriegsende systematisch gesäubert oder vernichtet. Außerdem wird man in den Kommandobehörden des Ostheeres ohnehin nur das Notwendigste über diesen – den Militärs unangenehmen – Aufgabenbereich schriftlich fixiert haben. Die wenigen Akten über die Zusammenarbeit zwischen Heer und SS in der besetzten Sowjetunion, die Reißwolf, Selbstzensur und Kriegseinwirkung bis heute überstanden haben, belegen freilich zum einen die Gewohnheit schriftlicher Aufzeichnungen und zum anderen den ständigen Kontakt, wie er nach dem „Wagner-Heydrich-Abkommen" ja auch von vornherein selbstverständlich war[48].

Es ist bisher überhaupt nur ein Aktenbestand über die Kooperation eines Oberkommandos mit einer Einsatzgruppe annähernd vollständig überliefert,

[46] Befehl Brauchitschs (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/2101/41 geh.) „Regelung des Einsatzes der Sicherheitspolizei und des SD im Verbande des Heeres", 28. 4. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 303 f.

[47] Zu dieser Überlieferung des RSHA, zu der auch die für einen größeren Empfängerkreis außerhalb des SS- und Polizeiapparats bestimmten und daher entschärften „Tätigkeits- und Lageberichte" gehören, vgl. Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 9–11; Headland, Messages.

[48] Vgl. Befehl Brauchitschs (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/2101/41 geh.) „Regelung des Einsatzes der Sicherheitspolizei und des SD im Verbande des Heeres", 28. 4. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 304, über die Zusammenarbeit in den Armeegebieten: „Für die zentrale Steuerung dieser Kommandos wird im Bereich jeder Armee ein Beauftragter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD eingesetzt. Dieser ist verpflichtet, die ihm vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD zugegangenen Weisungen dem Oberbefehlshaber der Armee rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen. [...] Die Beauftragten sind auf ständige enge Zusammenarbeit mit dem Ic angewiesen; Abstellung eines Verbindungsbeamten des Beauftragten zum Ic kann von den Kommandobehörden gefordert werden." Ähnlich lautete auch der Passus über die Zusammenarbeit in den rückwärtigen Heeresgebieten: „Der Beauftragte und gegebenenfalls die Kommandoführer der Einsatzkommandos bei den Sicherungsdivisionen sind verpflichtet, die ihnen zugegangenen Weisungen den militärischen Befehlshabern rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen. [... Die Einsatzgruppen bzw. -kommandos] sind zu engster Zusammenarbeit mit der Abwehr verpflichtet."

nämlich der Schriftwechsel des Armeeoberkommandos 11 mit der Einsatzgruppe D[49]. Und zumindest für ein weiteres Oberkommando, das Heeresgruppenkommando Mitte, ist wenigstens für die ersten beiden Monate des Ostfeldzugs ein reger Informationsaustausch mit der Einsatzgruppe B dokumentiert[50]. Ansonsten sind lediglich Splitter der Korrespondenz beider Partner übrig geblieben, die freilich auch für andere Oberkommandos die teilweise enge Zusammenarbeit nachweisen[51]. Die beiden erhaltenen Bestände zeigen – zusammen mit den Informationen aus den „Ereignismeldungen" – zwei unterschiedliche Arten des Umgangs der höchsten Truppenführung mit den SS-Sonderformationen. Damit sind sie symptomatisch für die Bandbreite und den Spielraum der Beziehungen zwischen diesen ungleichen Partnern, für die das „Wagner-Heydrich-Abkommen" lediglich Richtlinien gegeben hatte. Vor Ort kamen die jeweiligen Realien der Kriegführung und „Gegnerbekämpfung" sowie die individuellen Handschriften der Oberbefehlshaber und ihrer Mitarbeiter stärker zur Geltung, als das anscheinend in den Vorabsprachen eingeschätzt worden war. Das soll an diesen beiden verhältnismäßig gut dokumentierten Beispielen erläutert werden.

Die Einsatzgruppe B operierte bei der Heeresgruppe Mitte[52]. Ihr Chef, SS-Brigadeführer Arthur Nebe, kam Mitte Juli 1941 auf die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht in den ersten Wochen des Ostfeldzugs zu sprechen. Sein Bericht hat sich als einer der wenigen einer einzelnen Einsatzgruppe eher zufällig erhalten und wirft ein interessantes Licht auf das Miteinander von Heer und SS. Die Plausibilität der Ausführungen Nebes wird dadurch erhöht, dass sie ganz offensichtlich auch dem Heeresgruppenkommando vorgelegt wurden und dieses offenbar nichts zu beanstanden hatte[53]. Das Unterstellungs- und Kooperationsgeflecht, in das die Einsatzgruppe B – neben dem Stab zwei Einsatzkommandos und drei Sonderkommandos, insgesamt etwa 650 Mann – eingebunden war, nahm sich nach den Absprachen recht kompliziert aus. Nebes Bericht musste daher auf verschiedene Abhängigkeiten eingehen[54]. Er äußerte sich positiv über die Zusammenarbeit mit beiden vorgesetzten Instanzen im rückwärtigen Heeresgebiet, dem Höheren

[49] Kopien aus verschiedenen Aktenbänden des AOK 11 sind gesammelt in: IfZ-Archiv, Fb 112. Zum Teil sind die Originale aus den Armeeakten, in: BA-MA, RH 20–11, entwendet worden, so dass das Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i.Br. aus den Kopien von Benutzern einen Ersatzband (RH 20–11/488) eingerichtet hat. Vermutlich fehlen bis heute noch einige Dokumente. Vgl. Angrick, Besatzungspolitik, S. 24. Die erhaltenen Dokumente sind ebd. und bereits von Krausnick/Wilhelm, Truppe, ausgewertet.

[50] In den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR fanden sich als Kopien aus einem unbekannten ehemals sowjetischen Archiv mehrere Berichte der Einsatzgruppe B an die Heeresgruppe Mitte von Juli und August 1941, in: BStU, ZUV 9; RHE 4/85, SU, Bd. 7). Vgl. Gerlach, Männer, S. 429f.; Gerlach, Morde, S. 1105f.; Hürter, Weg.

[51] Auch die erhaltenen Tätigkeitsberichte der Abwehroffiziere belegen teilweise die laufende Kooperation der Oberkommandos und der Geheimen Feldpolizei mit der Sicherheitspolizei, vgl. etwa AOK 16, Tätigkeitsberichte Ic/AO, in: BA-MA, RH 20–16/473.

[52] Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 179–186; Gerlach, Einsatzgruppe B.

[53] Der Tätigkeitsbericht Nebes für die Zeit vom 23. 6. bis 13. 7. 1941, 14. 7. 1941, ist eines der erwähnten Dokumente aus BStU, ZUV 9, Bd. 31, und abgedruckt in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 375–386. Er befand sich ursprünglich offenbar in den Akten der Heeresgruppe Mitte und wurde mit Teilen der Korrespondenz zwischen dem Heeresgruppenkommando und der Einsatzgruppe B von der Roten Armee erbeutet.

[54] Zum Folgenden vgl. den Abschnitt „Zusammenarbeit mit dem höheren SS- und Polizeiführer und der Wehrmacht", ebd., S. 379–381.

SS- und Polizeiführer, SS-Gruppenführer Erich v.d. Bach-Zelewski, und dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte, General Max v. Schenckendorff. Bezeichnenderweise wurde von Nebe bei beiden Stellen derselbe Verbindungsoffizier eingesetzt, ein weiteres Indiz für die gute Kommunikation zwischen SS-Führung, Einsatzgruppe und den militärischen Kommandobehörden. Auch über die Kooperation im rückwärtigen Armeegebiet zeigte sich Nebe sehr zufrieden, nachdem es anfänglich Abstimmungsschwierigkeiten gegeben habe. Er habe schließlich durch „persönliche Fühlungnahme und sachliche Arbeitsleistungen [...] erreicht, daß die Tätigkeit meiner Einsatzgruppe von sämtlichen Wehrmachtstellen in jeder Weise anerkannt und gefördert wird". Nebe verwies dabei besonders auf seine „persönlichen Vorstellungen" bei den Oberkommandos der Heeresgruppe und ihrer wichtigsten, der 4. Armee. Gespräche mit den Oberbefehlshabern Fedor v. Bock und Günther v. Kluge sind tatsächlich belegt[55].

So wichtig das gute Verhältnis zu den Armeeoberbefehlshabern und zum Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets auch war: Nebe legte besonderen Wert auf enge Beziehungen zum übergeordneten Heeresgruppenkommando Mitte, „der für sämtliche Aktionen ausschlaggebenden militärischen Führung" und damit für ihn ersten Anlaufstelle. Dabei kam es ihm vor allem darauf an, eine größere Bewegungs- und Handlungsfreiheit für seine Mordkommandos zu erlangen. Nebe kritisierte an dem „Wagner-Heydrich-Abkommen" die „sehr hemmend[e]" Beschränkung der Sonderkommandos auf die rückwärtigen Armeegebiete und bemühte sich bei den militärischen Stellen um „Anschluß an die kämpfende Truppe", also um eine Tätigkeit der Sonderkommandos auch im Gefechtsgebiet[56]. Es ist erstaunlich, auf welch offene Ohren er im eher konservativen, ja teilweise oppositionellen Oberkommando der Heeresgruppe Mitte stieß. Nicht ohne Stolz konnte Nebe berichten, dass die Heeresgruppe Mitte – namentlich erwähnte er Bock, Generalstabschef Generalmajor Hans v. Greiffenberg sowie den Ic-Offizier, Major i.G. Rudolf-Christoph Frhr. v. Gersdorff – „meinen Maßnahmen das vollste Verständnis entgegengebracht" habe. So konnte er, gegen anfänglichen Widerstand aus dem Armeeoberkommando 4, durchsetzen, dass Teile seiner Sonderkommandos entgegen den Absprachen zwischen RSHA und OKH „möglichst im Verbande der kämpfenden Truppe", das hieß auch im Gefechtsgebiet, „an die für uns wichtigen Objekte herankommen". Nach dem Bericht Nebes gelang ihm diese Erweiterung des Einsatzes auch deswegen, weil die getroffenen Vereinbarungen „auch nach Auffassung der Heeresgruppe nur formelle Bedeutung" hat-

[55] Vgl. Kapitel II,5,c.

[56] Das war auch eine Antwort auf die Kritik Heydrichs, er habe bei einem Besuch in Grodno noch keine Angehörigen der Einsatzgruppe B angetroffen, obwohl dieser Ort schon vier Tage von deutschen Truppen besetzt gewesen sei. Der Chef des RSHA hatte deshalb in seinem Einsatzbefehl Nr. 3 vom 1. 7. 1941, in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 321f., gefordert, „mit der militärischen Entwicklung Schritt zu halten" und „wenigstens Vorauskommandos an besonders wichtige Einsatzpunkte zur rechten Zeit zu bringen", damit nicht der militärischen Abwehr, die mit der „kämpfenden Truppe" vorgehe, alles in die Hände falle. Nebe griff das auf und regte seinerseits an, dass Teile der Sonderkommandos sowie ein „Vorkommando Moskau" unmittelbar hinter der Front operierten. Heydrich genehmigte ihm das in seinem Einsatzbefehl Nr. 6 vom 4. 7. 1941, ebd., S. 329f., so dass es eigentlich keinen Dissens mehr gab. Nebe wollte aber offenbar noch einmal klarstellen, dass er in den unzureichenden Vorabsprachen mit der Wehrmacht die Ursache für das „Nachhängen" seiner Leute sah.

ten. Diese bemerkenswerte Haltung und Toleranz der maßgeblichen Kommandobehörde führte dazu, dass Nebe und seine Leute „nach eigenem taktischem Ermessen freizügig im Bereich der Heeresgruppe operieren" konnten[57].

Für welche „sachlichen Arbeitsleistungen" und „Maßnahmen" das Heeresgruppenkommando unter Feldmarschall v. Bock solches Verständnis zeigte, kam in Nebes Bericht nur nebenbei zum Ausdruck, indem er „größere sicherheitspolizeiliche Maßnahmen" und namentlich die „Liquidierungs-Aktionen in Bialystok und Minsk" erwähnte. Andere Notizen und Berichte, die dem Heeresgruppenkommando im Juli, August und September 1941 nachweislich vorlagen und teilweise von Bock und seinen vier wichtigsten Mitarbeitern Greiffenberg (Chef), Tresckow (Ia), Gericke (Ib) und Gersdorff (Ic) abgezeichnet wurden, gingen dagegen näher auf die sicherheitspolizeilichen Aktivitäten ein[58]. Besonders ein vor kurzem entdeckter Bericht über die Tätigkeit der Einsatzgruppe B von etwa 9. bis 16. Juli 1941, der in der zweiten Julihälfte von Bock und seinem Stab gesehen wurde, informierte die Militärs mit großer Offenheit über die „Liquidierungen" von Juden und Kommunisten[59]. Dabei wurde kein Hehl daraus gemacht, dass sich die Aktionen von SS und Polizei keineswegs nur – wie vor dem Angriff abgesprochen – gegen kommunistische Funktionäre und „politisch gefährliche" Juden, die so genannte jüdische Intelligenz, sondern zunehmend gegen alle wehrfähigen jüdischen Männer und auch bereits gegen andere Teile der jüdischen Bevölkerung richteten. Ganz unverblümt war die Rede davon, dass sich die Schergen Himmlers gezielt darum bemühten, Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung anzuzetteln, dass bei angeblichen „Repressalmaßnahmen" jeweils Hunderte von Juden erschossen wurden und dass im Zivilgefangenenlager Minsk alle jüdischen Männer im wehrfähigen Alter, die „nicht unbedingt zu dringenden wirtschaftlichen Arbeiten benötigt werden", „laufend liquidiert" wurden. Gerade dieses Dokument zeichnete ein Bild von der Tätigkeit einer Einsatzgruppe, das schlichtweg erschreckend war und weit über das hinausging, was man aufgrund der Vorbesprechungen erwarten konnte. Für einen Zeitraum von einigen Tagen wurde die Zahl von 1330 „Liquidierten" angegeben, wie Ic-Offizier v. Gersdorff am Rand und am Ende des Berichts buchhalterisch vermerkte. Dadurch ist zugleich belegt, dass die maßgeblichen Offiziere des Heeresgruppenkommandos Mitte bereits sehr frühzeitig und weit mehr als bisher bekannt über die Massenmorde der SS und Polizei in ihrem Befehlsbereich unterrichtet waren.

Das hinderte sie aber keineswegs daran, laufende und gute Beziehungen zu Arthur Nebe zu pflegen und ihm auch weiterhin größere Bewegungsfreiheit zu lassen, als es durch das „Wagner-Heydrich-Abkommen" nötig gewesen wäre. Die

[57] Er habe sich „deshalb vom Befehlshaber des rückw. Heeresgebietes leicht gelöst, um die notwendigen Verbindungen nach vorn aufrechtzuerhalten".

[58] Dazu und zu Folgendem vgl. ausführlich Hürter, Weg. In BStU, ZUV 9, Bd. 31, befinden sich sechs Notizen und Berichte der Einsatzgruppe B für das Heeresgruppenkommando Mitte von Mitte Juli bis Anfang September 1941, die bereits von Christian Gerlach ausgewertet wurden. Vgl. Gerlach, Männer; Gerlach, Morde, S. 1105 f. Drei von ihnen sind von Bock abgezeichnet. Sie werden ergänzt durch zwei weitere Berichte, die dem Heeresgruppenkommando vorgelegt wurden, in BStU, RHE 4/85, SU, Bd. 7, abgedruckt in: Hürter, Weg, S. 552–562.

[59] Polizeilicher Tätigkeitsbericht der Einsatzgruppe B für das H.Gr.Kdo. Mitte für die Zeit von ca. 9. bis 16. 7. 1941, ebd., S. 552–556. Abzeichnungen von Bock o.D., Greiffenberg 20. 7., Tresckow 20. 7., Gericke 22. 7., Gersdorff o.D.

erhaltenen Vorlagen für das Heeresgruppenkommando beweisen, dass Nebe diese militärische Instanz laufend unterrichtete und regelmäßig auch persönlich zum Vortrag im Hauptquartier erschien. Das wird in den Lebenserinnerungen Gersdorffs, des zuständigen 3. Generalstabsoffiziers (Ic) der Heeresgruppe Mitte, bestätigt. Dieser enge Mitarbeiter, dann Vertraute und schließlich Mitverschwörer des 1. Generalstabsoffiziers Henning v. Tresckow, räumte rückblickend ein vertrauensvolles Verhältnis zu Nebe ein, behauptete aber, der SS-Offizier habe das Heeresgruppenkommando dennoch, besonders in den ersten Wochen, über die Verbrechen der Einsatzgruppe getäuscht[60]. Dieser Legende ist auch die ältere Widerstandsforschung aufgesessen[61]. Sie passte auch gut in eine Geschichtspolitik, die den Vorbildcharakter der Männer des 20. Juli auf möglichst unbescholtene Lebenswege vor dem Attentat ausdehnen und aufbauen wollte. Daher sollte die Opposition der Stauffenbergs, Tresckows, Gersdorffs und der anderen Offiziere, die sich in der zweiten Kriegshälfte zum Staatsstreich entschlossen, auf eine möglichst früh datierte moralische Empörung über die Untaten des Regimes gegründet werden. Die ethischen Motive wurden besonders betont, die militärischen und politischen Beweggründe eher in die zweite Reihe gestellt.

Mit der Wirklichkeit des Ostfeldzugs im Sommer 1941 hatte das wenig gemein. Über die erste Phase der Massenmorde der SS- und Polizeikräfte waren Fedor v. Bock und seine Generalstabsoffiziere, namentlich auch die spätere Militäropposition um Tresckow, entgegen nachträglicher Behauptungen von vornherein gut informiert. Dennoch ist aus den ersten Monaten kein grundsätzlicher Widerstand oder Protest gegen dieses mörderische Treiben bekannt. Im Gegenteil: Das Heeresgruppenkommando Mitte pflegte ein gutes Verhältnis zum Massenmörder Arthur Nebe, der später wegen seiner Verstrickung in den 20. Juli zum verkappten Widerstandskämpfer stilisiert werden konnte, und ließ ihn weitgehend „freizügig" schalten und walten, anstatt den Aktionen der Einsatzgruppe Schranken zu setzen. Dieses „verständnisvolle" Entgegenkommen ermöglichte es ihrem Chef, den Aktionsradius seiner Leute auf nahezu jeden Winkel des Operationsgebiets einschließlich des Gefechtsgebiets unmittelbar hinter der Hauptkampflinie auszudehnen. Die Aufzeichnungen Nebes sind in ihrer positiven Bewertung der Zusammenarbeit mit der Heeresgruppe Mitte durchaus glaubwürdig. Zum reibungslosen Verlauf dieser Kooperation gehörte es anscheinend auch, dass die Einsatzgruppe B nach den ersten zwei Monaten weniger engmaschig über ihre Aktionen Bericht erstatten musste. Auch in dieser Hinsicht bewegte sie sich wohl immer freier. Zugleich gingen die Einsatzgruppen, SS-Brigaden und Polizeiformationen immer radikaler gegen den jüdischen Bevölkerungsteil vor. Erst als deutlich wurde, dass SS und Polizei nicht nur massenhaft jüdische Männer, sondern immer häufiger auch Frauen und Kinder, schließlich sogar systematisch alle Juden umbrachten, waren viele Offiziere und manche höheren Stäbe über diese neue Phase

[60] Gersdorff, Soldat, S. 90f. Vgl. auch Schlabrendorff, Offiziere, S. 76.

[61] Vgl. vor allem Hoffmann, Widerstand, S. 332–336; Scheurig, Tresckow, S. 91–120; Fest, Staatsstreich, S. 179–183. Kritisch zur Einstellung der späteren Militäropposition zum Judenmord im Sommer 1941: Gerlach, Männer; Gerlach, Morde, S. 1104–1126; Gerlach, Hitlergegner; Hürter, Weg; Römer, Heeresgruppenkommando. Dagegen Heinemann, Kriegführung; Arnold, Verbrecher; Ringshausen, Aussagewert.

des Judenmords erschreckt. Jetzt machte sich Kritik bemerkbar. Darauf wird zurückzukommen sein.

Dass die höchste Truppenführung die Einsatzgruppen auch anders behandeln konnte als bei der Heeresgruppe Mitte, wo Oberbefehlshaber Fedor v. Bock ein Laisser-faire verantwortete, zeigt das zweite dieser beiden recht gut belegten Beispiele. Das Verhältnis zwischen der Einsatzgruppe D und der 11. Armee, in deren Operationsgebiet sie – als einzige der vier Einsatzgruppen nur einer Armee und nicht einer Heeresgruppe mit mehreren Armeen zugeteilt – vorgehen sollte, war in den ersten Monaten vom Bemühen des Armeeoberkommandos und besonders seines Generalstabschefs, Oberst Otto Wöhler, geprägt, diese Sonderformation wie am Gängelband zu führen[62]. Dabei setzte sich Wöhler sogar über die großzügigere Haltung seines Oberbefehlshabers hinweg. Generaloberst Eugen Ritter v. Schobert wollte die Einsatzgruppe D zunächst so gewähren lassen, wie das auch in anderen Armeebereichen üblich war und von als „konservativ" geltenden Oberkommandos geduldet wurde – daher wird man der bekannten NS-Nähe Schoberts keine ausschlaggebende Bedeutung für seine Toleranz gegenüber den SS-Einheiten zusprechen können. Zunächst konnte Einsatzgruppenchef Otto Ohlendorf zufrieden nach Berlin melden, dass Schobert ihm in einer Besprechung am 12. Juli 1941 zugestanden habe, die Kommandos „elastisch", mit „freier Hand" und möglichst frontnah einzusetzen[63]. Eine Regelung wie bei der Heeresgruppe Mitte schien sich abzuzeichnen.

Umso überraschender musste es für den SS-Standartenführer sein, als Generalstabschef Wöhler kurz darauf die Tätigkeit der Einsatzgruppe im Armeegebiet drastisch einschränkte, indem er den Gruppenstab sowie die zwei Einsatzkommandos „bis auf Abruf" an ihren Standort Pietra Neamt band und die drei Sonderkommandos ebenfalls auf bestimmte, eng eingegrenzte Einsatzorte festlegte[64]. Auf die verständnislose Nachfrage von Ohlendorfs Verbindungsoffizier bestätigte der Ic-Offizier der 11. Armee, Major i.G. Werner Ranck, dass diese Regelung bewusst „entgegen der Abmachung mit dem Oberbefehlshaber" getroffen worden sei, „weil sachliche und juristische Gründe ein jeweiliges Nachziehen der in Pietra Neamt liegenden Gruppe unmöglich machen"[65]. Dabei verwies Ranck ausdrücklich auf das „Wagner-Heydrich-Abkommen", nach dessen Wortlaut in den rückwärtigen Armeegebieten nur die Sonderkommandos und nicht die Einsatzkommandos zugelassen waren. Für das Armeeoberkommando 11 hatten diese Vereinbarungen also – anders als für das Heeresgruppenkommando Mitte – mehr als nur „formale Bedeutung", sofern sie ihnen zu nützen schienen.

Allerdings diente Wöhler und Ranck diese – an sich richtige – Begründung in erster Linie als Vorwand, die Einsatzgruppe D an die Kandare zu nehmen und ihr eigenständiges Agieren im Armee- oder gar Gefechtsgebiet zu verhindern. In den nächsten Wochen behandelte Wöhler die SS-Kommandos wie unterstellte Hilfs-

[62] Zum Folgenden vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 195–205, besonders S. 196–199, und 212–216; Angrick, Einsatzgruppe D (1997), passim; Angrick, Besatzungspolitik, S. 139–206, passim.

[63] „Ereignismeldung UdSSR" (künftig: EM) Nr. 22 vom 14. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1.

[64] AOK 11(Ic/AO, Nr. 92/41 g.Kdos.) an Einsatzgruppe D, 14. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, Fb 112.

[65] Vermerk des Verbindungsoffiziers der Einsatzgruppe D beim AOK 11, SS-Sturmbannführer Gmeiner, über eine Besprechung mit Major Ranck am 16. 7. 1941, ebd.

truppen, schrieb ihnen minutiös jeden Einsatzort, jeden Marschweg, ja teilweise auch die Aufgabengebiete vor und versuchte sie ausschließlich im Interesse der Armee zu verwenden. Seine Intention war aber nicht, die Morde der Sicherheitspolizei zu vereiteln, sondern vor allem, nicht ohne selbstherrliche Attitüde, diese Sonderformationen Himmlers je nach Bedarf zur Unterstützung der Geheimen Feldpolizei, der Abwehrtrupps und der Feldgendarmerie seiner Armee instrumentalisieren zu können. Ohlendorf setzte dagegen alle Hebel in Bewegung, um sich aus der Bevormundung der Armee zu befreien und möglichst ungebunden bis unmittelbar hinter der Front tätig zu werden. Es entspann sich ein regelrechter Machtkampf, in dem die Einsatzgruppe lange das Nachsehen hatte, weil sowohl das OKH als auch das Heeresgruppenkommando Süd das Vorgehen der 11. Armee deckten[66].

Wie wenig sich im Grunde auch Schobert und Wöhler um das „Wagner-Heydrich-Abkommen" scherten, wurde deutlich, als sie der Einsatzgruppe D am 7. August 1941 befahlen, „neben den bisherigen Aufgaben die abwehrmäßige Sicherung des Gefechtsgebietes hinter der kämpfenden Truppe" zu übernehmen[67]. Dieser Auftrag war nicht im Interesse Ohlendorfs, der sich auf seine sicherheitspolizeilichen Aktionen konzentrieren wollte. Doch wurde dadurch das Gefechtsgebiet für seine Kommandos geöffnet und gleichzeitig die gesamte Einsatzgruppe stärker in das Armeegebiet hineingezogen. Ohnehin verbesserten sich jetzt die Bedingungen für die „Arbeit" der Sipo- und SD-Männer zusehends. Die Armeeführung akzeptierte allmählich die Sonderrolle dieser Polizeieinheit, genehmigte immer häufiger die von Ohlendorf beantragten Wege und ließ der Einsatzgruppe nun doch zunehmend freie Hand. Das trug dazu bei, dass die Zahl der von der Einsatzgruppe D exekutierten Juden und Kommunisten erheblich anstieg: Während in den ersten knapp zwei Monaten des Feldzugs „nur" 4425 Personen erschossen wurden, schnellte die Tötungsrate bis Ende September 1941 auf insgesamt 35782 Menschen hoch[68] – ein massenhaftes Morden, das auch in diesem Ab-

[66] Vgl. Funkspruch H.Gr.Kdo. Süd an AOK 11, 24. 7. 1941, ebd.: „Einsatzgruppe D hat bei AOK 11 den Einsatz der gesamten Gruppe im Armeegebiet beantragt. OKH hat entsprechend der Vereinbarung über Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD im Operationsgebiet vom 28. 4. 41 angeordnet, dass nur ein Sonderkommando im Bereich des AOK 11 eingesetzt wird. Es wird gebeten, die Einsatzgruppe D mit den restlichen Einsatzkommandos entweder in den jetzigen Unterkunftsorten zu belassen, bis weitere Aufgaben an sie herantreten, oder sie dem Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD beim Bef. Rückw.H.Geb. Süd zum Einsatz im Rückw.H.Geb. Süd zu unterstellen."

[67] AOK 11 (Ic/AO/Abw. III, Nr. 567/41 geh.) an Einsatzgruppe D, „Säuberung des Gefechtsgebiets", 7. 8. 1941, ebd. Als Aufgabe wurde genannt: „Zur Verhinderung der Bildung von Partisanengruppen ist das gesamte Gefechtsgebiet nach geflüchteten Russen in Uniform und Zivil durchzukämmen [...]." Zugleich ließ Schobert persönlich Ohlendorf ausrichten, dass beim weiteren Vormarsch „die große Gefahr der Bildung von Partisanengruppen" bestehe. Er bat deshalb, „alle Personen, die sich nicht einwandfrei ausweisen können, festzunehmen, notfalls zu erschießen. Lieber sollen zuviel als zuwenig Personen festgenommen werden." Vermerk Gmeiners über eine telefonische Mitteilung Schoberts, 7. 8. 1941, ebd.

[68] Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 201. Diese Entwicklung wurde von Heydrich sehr begrüßt, hatte er doch schon am 29. 6. 1941 die Einsatzgruppenchefs in einem Fernschreiben darauf hingewiesen, dass „die Einsatzgruppen und -kommandos der SP und des SD im Benehmen mit den militärischen Dienststellen möglichst bestrebt zu sein [haben], raschestens in die neu besetzten Gebiete wenigstens mit einem Vorkommando einzurücken, damit sie das Erforderliche [gemeint ist die Förderung und Lenkung von Pogromen] veranlassen können". Abgedruckt in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 319.

schnitt der Wehrmacht und besonders dem übergeordneten Armeeoberkommando nicht verborgen blieb.

Die auffälligen Unterschiede im Verhalten der Heeresgruppe Mitte und der 11. Armee gegenüber den Einsatzgruppen in den ersten beiden Monaten des Ostfeldzugs zeigen, welchen Spielraum die Oberkommandos trotz aller Vorabsprachen in der Gestaltung der Zusammenarbeit besaßen. Allerdings hatte lediglich die Einsatzgruppe D schwerwiegende Anfangsschwierigkeiten zu überwinden, um eine weitgehend freie Bewegung und Tätigkeit – und das hieß neben der schnellen sicherheitspolizeilichen Erfassung von Personen und Dokumenten immer auch ein ungehindertes Morden – gegenüber den militärischen Stellen durchzusetzen. Bei den anderen drei Einsatzgruppen funktionierte die Kooperation mit dem Ostheer und seiner Führung viel früher ohne Konflikte, was vor allem der Toleranz, Passivität oder Gleichgültigkeit der obersten Kommandobehörden zuzuschreiben war. Das Modell Bock-Greiffenberg-Gersdorff-Nebe war die Regel, das Modell Schobert-Wöhler-Ranck-Ohlendorf die Ausnahme. Die Einsatzgruppe A (SS-Brigadeführer Walther Stahlecker) konnte bei der Heeresgruppe Nord ähnlich „freizügig" agieren wie die Einsatzgruppe B bei der Heeresgruppe Mitte. Schon Anfang Juli 1941 konnte sie befriedigt feststellen[69]: „Zusammenarbeit mit AOK [18] hervorragend. Eingliederung in Vorausabteilungen reibungslos möglich." Auch die Einsatzgruppe C (SS-Brigadeführer Otto Rasch) hatte keine Mühe, ihre Vorverlegung bis an die Front und volle Betätigungsfreiheit zu erlangen. Mitte Juli meldete sie nach Berlin[70]: „Nach einer Rücksprache mit der Heeresgruppe Süd besteht auch weiterhin Einigkeit darüber, daß sämtliche Einsatzkommandos und auch der Gruppenstab sich möglichst in der Nähe der kämpfenden Truppen bewegen."

So lässt sich grundsätzlich sagen, dass nach und nach – und meist früher als später – alle vier Einsatzgruppen und die sie unterstützenden Einheiten größere Freiräume erhielten als ursprünglich geplant. Anstatt die gewissen Interpretationsmöglichkeiten in den Vorabsprachen zur Beschränkung der Aktionsradien von SS und Polizei zu nutzen, ließen es die Oberkommandos zu, dass entgegen dem „Wagner-Heydrich-Abkommen" die Einsatzgruppen nicht nur im rückwärtigen Heeresgebiet, sondern auch und teilweise sogar ausschließlich im Armeegebiet, die Sonderkommandos nicht nur im rückwärtigen Armeegebiet, sondern auch im Gefechtsgebiet ihr Unwesen treiben konnten[71]. Damit förderten die Heeresgruppen- und Armeeführungen den verbrecherischen Aktionismus der SS-Formationen, die nun meist ungehindert mit der kämpfenden Truppe vorrücken und bis unmittelbar hinter der Hauptkampflinie morden konnten. Dass dies aus freien

[69] EM Nr. 12 vom 4. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1.

[70] EM Nr. 28 vom 20. 7. 1941, ebd. Vgl. auch den positiven Rückblick der Einsatzgruppe C auf die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht in EM Nr. 128 vom 3. 11. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/3. Dort wird u. a. angeführt: „Es ist der Einsatzgruppe gelungen, zu sämtlichen Wehrmachtsdienststellen vom ersten Tage an ein ganz ausgezeichnetes Einvernehmen herzustellen. Hierdurch wurde auch ermöglicht, dass die Einsatzgruppe von Beginn des Einsatzes an sich niemals im Raume des rückwärtigen Heeresgebietes aufgehalten hat, dass vielmehr sogar von der Wehrmacht immer wieder die Bitte ausgesprochen wurde, die Einsatzkommandos möchten sich möglichst weit vorne bewegen."

[71] Vgl. auch Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 209–212.

Stücken und ohne Zwang von außen geschah, dafür tragen letztlich die Oberbefehlshaber die Verantwortung.

So kann die überwiegend positive Bewertung des Verhältnisses zur Wehrmacht in den Berichten der Einsatzgruppen, die im RSHA zu den „Ereignismeldungen" zusammengestellt wurden, kaum überraschen. Die vergebenen Prädikate lauteten weiterhin und in nahezu allen Gebieten[72]: „ausnehmend gut", „nach wie vor ohne Trübung", „äußerst befriedigend und reibungslos, [...] äußerst fruchtbringend", „z.T. derartig eng, daß jeweils regelmäßig [...] Besprechungen [...] stattfinden". Darin vor allem Renommiersucht der SS-Offiziere zu sehen, geht am Kern der Dinge vorbei. Selbst Halder erinnerte sich nach dem Krieg an die geradezu enthusiastische Reaktion der Generalstabschefs der Heeresgruppen und Armeen während der großen Chefbesprechung in Orša Mitte November 1941, als er fragte, „was mit den Leuten Himmlers nun eigentlich los sei. Mir wurde geantwortet: ‚Diese Leute sind für uns Goldes wert, denn sie sichern die rückwärtigen Verbindungen und ersparen so die Heranziehung von Truppen für diese Aufgabe'."[73] Auch auf der militärischen Seite wurde die Zusammenarbeit also sehr geschätzt. Die Oberkommandos sahen in den Spezialisten der Sicherheitspolizei und des SD vor allem nützliche Helfer bei der „Gegnerbekämpfung" und „Sicherung" hinter der Front. Daher öffneten sie ihnen die Tür zu den Armeegebieten weiter als vorgesehen und ließen sie sogar in die Gefechtsgebiete hinein.

Zum Zeitpunkt der Besprechung in Orša war die restlose Ermordung aller Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten schon weit fortgeschritten. Generalstabschef Franz Halder und das OKH wussten längst davon. Einem Mitarbeiter des Generalquartiermeisters, der die Meldungen des RSHA im Vortrag zusammenzufassen hatte, blieb es „unvergessen, wenn General Wagner zuhörte oder wenn er die Zahlen der vom SD gemeldeten Ermordeten, in der Sprache der SS ‚Liquidierten', addierte und Kenntnis nahm von jenen Gebieten, die als ‚judenfrei' gemeldet wurden"[74]. Hatten dagegen die Oberbefehlshaber an der Front und ihre Stäbe keine Kenntnis von den Morden in ihren Befehlsbereichen? Bekamen sie davon tatsächlich so wenig mit, wie sie rückblickend ebenso übereinstimmend wie einsilbig behaupteten? Diese Legende wird durch die erhaltenen Akten eindeutig widerlegt. Allein schon die Berichte Nebes an das Heeresgruppenkommando Mitte beweisen den hohen Grad der Informierung, wenigstens für dieses Oberkommando und wenigstens für die ersten beiden Monate des Feldzugs. Im nächs-

[72] Die folgenden Beispiele, als Ergänzung der bereits zitierten Beispiele aus den Ereignismeldungen, in ihrer Reihenfolge: EM Nr. 43 vom 5. 8. 1941 (Einsatzgruppe B), in: IfZ-Archiv, MA 91/1; EM Nr. 58 vom 20. 8. 1941 (Einsatzgruppe C), ebd.; EM Nr. 90 vom 21. 9. 1941 (Einsatzgruppe B), ebd., MA 91/2; EM Nr. 150 vom 2. 1. 1942 (Einsatzgruppe A), ebd., MA 91/3.

[73] Bor, Gespräche, S. 197f. Dann verfiel Halder aber doch wieder in die übliche Verteidigungsstrategie der Wehrmachtselite nach 1945: „Erst in Nürnberg erfuhren mein Oberbefehlshaber und ich, daß diese Einsatzkommandos einen ganz anderen Auftrag hatten und daß, neben dem uns präsentierten Befehl, noch ein zweiter Befehl vorlag, den man uns sorglich verschwiegen hatte."

[74] Bußmann, Politik, S. 11. Gelegentlich war auch Halder bei den Vorträgen Walter Bußmanns anwesend. Vgl. auch die Bemerkungen Bußmanns zu den Absprachen vor dem Ostfeldzug: „Ich vermag die Frage nicht zu beantworten, ob sich das OKH zu jenem Zeitpunkt, d.h. in der Vorbereitung von ‚Barbarossa' im klaren über die Folgen war, die bekanntermaßen in der ‚Endlösung' gipfelten. Wer das ‚Programm' kannte, und das war in den verschiedenen Publikationen und Kundgebungen allgemein zugänglich, konnte und durfte sich keinen Täuschungen hingeben, auch wenn für die Durchführung eines Genocids die Vorstellung nicht ausreichte."

ten Kapitel werden viele weitere Belege angeführt. Außerdem erhielten die Kommandobehörden nicht nur von den SS- und Polizeioffizieren persönlich, in schriftlichen Berichten und – wohl teilweise noch offenherzigeren – mündlichen Vorträgen, sondern auch von den ihnen unterstellten Verbänden und Einheiten immer wieder Informationen.

Die Massenexekutionen ereigneten sich nicht im Verborgenen. Manche Soldaten beteiligten sich an ihnen, viele andere beobachteten sie als Augenzeugen. Das Phänomen des Zuschauens und Fotografierens, wenn nicht sogar der eigenmächtigen Mithilfe von Soldaten bei Erschießungen der Einsatzgruppen oder der Ordnungspolizei war so verbreitet, dass die höchsten Kommandostellen immer wieder um die Disziplin fürchteten und Befehle ausgaben, die solches Verhalten untersagten[75]. Auch das RSHA störte schließlich die relative Öffentlichkeit der Mordaktionen, so dass Heydrich die Einsatzgruppen Ende August 1941 anweisen ließ, „auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen, nach Möglichkeit bei Massen-Exekutionen das Ansammeln von Zuschauern, auch wenn es sich um Wehrmachtsoffiziere handelt, zu verhindern"[76]. Es gab also genügend Zeugen, deren Eindrücke teilweise bis in die Oberkommandos weitergetragen wurden und die Routinemeldungen der Ic-Abteilungen, Abwehrtrupps, Geheimen Feldpolizei, Feldgendarmerie und anderen Dienststellen, die mit der Sicherheitspolizei zusammenarbeiteten, sehr sprechend ergänzten.

Ein weiterer Faktor, der für einen ständigen Austausch und guten Kenntnisstand spricht, ist die häufige örtliche Nachbarschaft. Oft waren die Einsatzgruppenstäbe und ihre Kommandos entweder direkt in den oder dicht an den Orten stationiert, in denen auch die Hauptquartiere der Heeresgruppen und Armeen lagen. Neben den offiziellen konnten sich daher vielfältige informelle Kontakte ergeben, persönliche Beziehungen, gegenseitige Einladungen, gemeinsame Feiern. Das außerdienstliche Verhältnis zu den SS-Leuten und Polizisten war offenbar teils distanziert, teils nur freundlich, teils betont „kameradschaftlich", bot aber auf jeden Fall gute Möglichkeiten, noch mehr über die Aufgaben und Aktionen dieser Kommandos zu erfahren. Natürlich findet man von diesen Informationskanälen in den Dienstakten so gut wie nichts. Und rückblickend wurden solche Kontakte von den Wehrmachtsoffizieren heruntergespielt oder ganz verleugnet. Doch die Beteuerungen vieler SS-Offiziere nach dem Krieg, sie hätten in der Regel auch persönlich ein gutes Verhältnis zu ihren „Kameraden" von der Wehrmacht unterhalten, sind mehr als nur prozesstaktische Schutzbehauptungen. Allerdings dürften die regelmäßigen Beziehungen der Einsatzgruppen und anderer SS- und Polizeieinheiten bis in die Oberkommandos hinein nur selten über die Ebene der Ic-Abteilungen hinausgekommen sein. Die Oberbefehlshaber trafen zwar mit den Einsatzgruppenchefs, Höheren SS- und Polizeiführern und anderen SS-Offizieren gelegentlich auch persönlich zusammen, doch beschränkte sich dieser Kontakt wohl weitgehend auf dienstliche Besprechungen. Dennoch wird auch ihr Wissen über die Polizeiaktionen davon profitiert haben, dass enge Mitarbeiter wie etwa

[75] Vgl. die Beispiele in DRZW, Bd. 4, S. 1047–1049 (Beitrag Förster).
[76] Heinrich Müller (RSHA) an die Einsatzgruppen, 30. 8. 1941, in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 349.

die Ic-Offiziere gut informiert waren. Außerdem ereigneten sich manche der Massenerschießungen in der Nähe ihrer Standorte. Nicht selten waren die Schüsse bis in die Hauptquartiere zu hören. Diese Vorgänge konnten weder übersehen noch überhört werden und waren offenbar immer wieder ein Gesprächsthema in den Oberkommandos.

Alle diese Belege und Indizien, auf die im nächsten Kapitel noch näher einzugehen sein wird, deuten darauf hin, dass die Oberbefehlshaber und ihre Generalstabsoffiziere über genügend Informationen verfügten, um sich zumindest ein realitätsnahes Bild vom mörderischen Treiben der SS- und Polizeikräfte machen zu können. Auf dieser Grundlage konnten die Oberkommandos der Heeresgruppen und Armeen entscheiden, wie weit sie ihre – zwar begrenzten, aber bei selbstbewusster Auslegung sehr wirkungsvollen – militärischen Weisungsbefugnisse gegenüber den Einsatzgruppen und teilweise auch den Bataillonen der Ordnungspolizei und Brigaden der Waffen-SS gebrauchen wollten. Besonders in den Armeegebieten konnten sie zulassen oder ausschließen, die „Leute Himmlers" tolerieren und unterstützen oder ihre Bewegungsfreiheit drastisch einschränken[77]. Außerdem besaßen sie die Möglichkeit, den Rahmen der Zusammenarbeit auf unterer Ebene abzustecken und damit die Voraussetzungen für die Ermordung der sowjetischen Juden mitzubestimmen. Die Verwaltungsanweisungen und Befehle, die von den Oberquartiermeister- und Ic-Abteilungen der Oberkommandos an die unterstellten Verbände und Einheiten gingen, hatten große Bedeutung für die regionale Gestaltung der Besatzungsherrschaft und waren keineswegs immer durch die Verordnungen der zentralen Instanzen vorgegeben. Auch in diesem Punkt besaß die höchste Truppenführung einigen Spielraum. Auch hier markiert es den Grad ihrer Mitverantwortung, dass sie ihn so wenig gegen die Mordpolitik im Operationsgebiet nutzte, obwohl deren Ausmaße immer deutlicher und erschreckender wurden.

Die Haltung der höheren Stäbe wirkte sich naturgemäß auf die Zusammenarbeit der nachgeordneten Stellen mit der Sicherheitspolizei aus, deren reibungsloser Verlauf ein Reflex der Politik des Gewährenlassens oder gar des Förderns durch die Oberkommandos war. Anders als beim Miteinander mit den Oberbefehlshabern und ihren Generalstäben, bei dem es mehr um Informierung, Absprachen, Koordination und Abstecken des Rahmens als um praktische Hilfen ging, war die Kooperation unterhalb dieser Ebene so handfest und pragmatisch, dass trotz der offiziellen Vorgaben spätestens hier von einer klaren Aufgabenteilung nicht mehr gesprochen werden kann. Ohne die tatkräftige Mithilfe der Wehrmacht an der „Front" oder in der „Etappe" hätte das große Judenmorden in der besetzten Sowjetunion nicht so schnell und wirkungsvoll durchgeführt werden können. Schon der zitierte Tätigkeitsbericht Nebes vom 14. Juli 1941 legte daher

[77] Vgl. dazu neben den bereits erörterten Beispielen aus den Bereichen der Heeresgruppe Mitte und der 11. Armee die weiteren Angaben im folgenden Kapitel. Zu diesen und den folgenden Bemerkungen über die Grundzüge der Zusammenarbeit zwischen Ostheer, SS und Polizei vgl. auch die Überblicke von DRZW, Bd. 4, S. 1030–1078, passim (Beitrag Förster); Petter, Wehrmacht; Förster, Wehrmacht; Pohl, Wehrmacht; Pohl, Militär; Pohl, Kooperation; Hartmann, Krieg, S. 30–36. Eine umfassende Studie zur Beteiligung der Wehrmacht im allgemeinen oder des Ostheeres im besonderen am Holocaust fehlt noch immer. Ausführliche Analyse am Beispiel Weißrussland: Gerlach, Morde, S. 503–774. Zu einseitig und knapp: Arnold, Wehrmacht, S. 486–530.

im Anschluss an die Betonung des guten Verhältnisses zur höchsten Truppenführung besonders großen Wert auf die ebenfalls reibungslose Kooperation mit den untergeordneten Stellen[78]: „Die Zusammenarbeit der EKs mit den Sicherungs-Divisionen, den Feld- und Ortskommandanturen ist ausgezeichnet. [...] Die Zusammenarbeit mit der GFP [Geheimen Feldpolizei] und den Abw. III-Trupps [...] ist die denkbar beste. Das von diesen Stellen sichergestellte politische Material wird loyal und in vollem Umfange an die Einsatzgruppe abgeliefert. Die GFP stellt sogar Trupps zur Unterstützung bei unseren Liquidierungen ab." Der Chef der Einsatzgruppe B, dessen positive Bewertung charakteristisch für viele andere Meldungen der Einsatzgruppen war, nannte damit die wichtigsten Kooperationspartner der SS und Polizei: die zunächst neun Sicherungsdivisionen in den drei rückwärtigen Heeresgebieten, die zahlreichen Feld-, Orts- und Stadtkommandanturen im gesamten Operationsgebiet sowie die militärische Polizei, die den Oberkommandos direkt unterstellt war, also die Abwehrtrupps und vor allem die Geheime Feldpolizei als „militärische Sicherheitspolizei" – hinzufügen muss man noch die von Nebe nicht erwähnte Feldgendarmerie, die als militärische Ordnungspolizei fungierte und die Arbeit der SS und Polizei teilweise ebenfalls unterstützte.

Die üblichen Formen der Zusammenarbeit auf unterer Ebene seien kurz skizziert, weil hier sonst nicht näher auf sie eingegangen werden kann[79]. Die insgesamt nur etwa 3500 Sicherheitspolizisten und SD-Leute konnten an der riesigen Ostfront nicht überall sofort zur Stelle sein, wo die Wehrmacht eine Stadt oder einen Ort eroberte und besetzte. Daher gingen die ersten Maßnahmen gegen Juden und Kommunisten sehr häufig von der Wehrmacht aus. Besonders die Geheime Feldpolizei, seltener die Abwehr III und die Feldgendarmerie, ging dabei manchmal ähnlich rigoros und mörderisch vor wie die Sicherheitspolizei. Diese Verbrechen fielen direkt in den Verantwortungsbereich der Oberkommandos, denen die militärische Polizei unterstand – dem Nachrichtenoffizier und dem Ic/AO die Geheime Feldpolizei und Abwehr III, dem Oberquartiermeister und dem Qu. 2 die Feldgendarmerie. Die Juden wurden anschließend von der Militärverwaltung – vor allem den Feld- und Ortskommandanturen – registriert, gekennzeichnet, in Ghettos gesperrt, entrechtet, enteignet, unterversorgt und zur Zwangsarbeit eingesetzt, häufig beraubt, teilweise auch ohne Mitwirkung der Sicherheitspolizei als „Repressalie" und als „Geiseln" ermordet. Parallel dazu begannen nahezu vom ersten Feldzugstag an die Massenerschießungen durch die SS und Polizei. Wie erwähnt, wurden aber wegen des schnellen Vormarsches und der großen Räume zunächst viele jüdische Gemeinden von den Einsatzgruppen und anderen SS-Einheiten ausgespart. Doch die Mörder kamen schließlich auch in diese Orte bzw. kehrten ein zweites Mal dorthin zurück, wo zunächst nur jüdische Männer erschossen worden waren, um ihr Mordwerk zu vollenden. Dann konnten sie von der organisatorischen Vorarbeit der militärischen Stellen profitieren, da die Juden und anderen „Gegner" bereits erfasst waren. Umso schneller wurden die Opfer ihren

[78] Tätigkeitsbericht des Chefs der Einsatzgruppe B für die Zeit vom 23. 6. bis 12. 7. 1941, 14. 7. 1941, in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 381.

[79] Vgl. die in der vorletzten Anm. genannten Überblicke sowie Geßner, Geheime Feldpolizei; Kunz, Feld- und Ortskommandanturen.

Henkern „übergeben", also ausgeliefert. Die weitere Hilfe der Militärs bezog sich vor allem auf die logistische Unterstützung. Bei Bedarf wurden Lkws, Munition und Absperrungsdienste gestellt. Auch bei der Sammlung und Selektion der Juden, ihrer Eskortierung zum Exekutionsplatz und dem Verscharren ihrer Leichen leisteten die örtlichen Dienststellen der Wehrmacht teilweise Handlangerdienste. Manchmal beteiligten sich ihre Soldaten auch direkt an den Erschießungen der SS-Kommandos, doch ging der Truppenführung diese Art der Waffenhilfe am Massenmord zu weit, so dass es zu den erwähnten Gegenbefehlen kam. Wenigstens in dieser Hinsicht sollte die geplante Arbeitsteilung aufrecht erhalten bleiben. Die Verflechtung des Ostheeres in das Mordprogramm der SS und Polizei blieb tiefgreifend genug. Die institutionelle Kooperation funktionierte – trotz einiger Konflikte und vereinzelter Widerstände – bis zuletzt. Sie wurde ideologisch erleichtert und flankiert durch eine jahrelange antisemitische Indoktrination in den internen Schulungen und Schriften der Wehrmacht sowie in der offiziellen Propaganda in den besetzten Gebieten[80].

Von all dem wusste man in den Oberkommandos der Heeresgruppen und Armeen natürlich recht genau Bescheid, auch wenn die höheren Stäbe nur selten unmittelbar mit dieser „Dreckarbeit" in den unteren Bereichen der Militärverwaltung in Berührung kamen. Es stellt sich bereits hier, bei diesem Überblick über die unselige Allianz zwischen Ostheer, SS und Polizei, die grundsätzliche Frage, die sich auch bei den Einzelbeispielen im nächsten Kapitel laufend aufdrängen wird: Warum nahmen es die höchsten Kommandobehörden und namentlich die Oberbefehlshaber hin, ja akzeptierten es teilweise sogar, dass in ihren Operationsgebieten, also unter ihrer Hoheit, Hunderttausende von Juden kaltblütig ermordet wurden? Eine mögliche Antwort gibt die Nachkriegsaussage des Majors i.G. Rudolf-Christoph v. Gersdorff, eines Offiziers also, der als einer der ganz wenigen Soldaten des Ostheeres in einer dienstlichen Aufzeichnung Empörung über den Völkermord zum Ausdruck gebracht[81] und dann eine aktive Rolle in der Militäropposition um Henning v. Tresckow gespielt hatte, eines Offiziers freilich auch, der als Ic-Offizier der Heeresgruppe Mitte schon im Juli 1941 umfassend über die Mordaktionen der Einsatzgruppe B informiert war und am Rand eines besonders drastischen Berichts Nebes nüchtern die Zahl der in wenigen Tagen 1330 „liquidierten", ganz überwiegend jüdischen Männer notiert hatte[82]. Bereits diese Aktionen, und nicht erst der systematische Mord an jüdischen Frauen und Kindern wenige Monate später, waren nichts anderes als Massenmord, gegen den sich allerdings noch kein eindeutig dokumentierter Protest eines Oberkommandos regte. Psychologisch ist es daher verständlich, dass Gersdorff und andere Offiziere des Heeresgruppenkommandos Mitte nach dem Krieg ihren wirklichen Kenntnisstand von den Vorgängen in der ersten Phase des Ostfeldzugs leugneten. Eine Aussage gegenüber der Staatsanwaltschaft München über die angeblich nur ganz

[80] Vgl. DRZW, Bd. 9/1, S. 469–640, passim (Beitrag Förster).

[81] Vgl. den Bericht Gersdorffs über eine Frontreise vom 5.–8. 12. 1941, als Anlage des Kriegstagebuchs der Heeresgruppe Mitte vom 9. 12. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 397f.

[82] Vgl. dazu ausführlich Hürter, Weg. Der Tätigkeitsbericht der Einsatzgruppe B für das H.Gr.Kdo. Mitte für die Zeit von ca. 9. bis 16. 7. 1941 ebd., S. 552–556.

niedrigen Zahlen von Judenerschießungen in den Berichten Nebes wirft bei aller Verschleierungstaktik jedoch ein bezeichnendes Licht auf eine Einstellung zu den Judenmorden im Sommer 1941, die Gersdorff mit vielen anderen nationalkonservativen Offizieren teilte[83]: „Die Zahlen hielten sich in einer Größenordnung, die im Hinblick auf die Größe des Operationsgebietes von Nebe durchaus begreiflich waren, d. h. man konnte ohne weiteres der Auffassung sein, dass es sich um kriegsbedingte Erschießungen handelte. Dies umsomehr, als ich persönlich auch die Erfahrung gemacht habe, dass sich unter den Agenten sehr viele Juden befanden und dass sich unter der jüdischen Bevölkerung eine größere und aktivere Kriminalität ergab, als bei der übrigen russischen Bevölkerung."

Hier entlarvte sich ein antisemitischer Blickwinkel, aus dem heraus in der partiellen Verfolgung und gezielten Beseitigung von Juden eine militärische Notwendigkeit im Kampf gegen den „jüdischen Bolschewismus" gesehen wurde. Nicht allein die „Juden in Partei- und Staatsstellungen", sondern überhaupt die wehrfähigen jüdischen Männer der Mittel- und Oberschicht, der immer wieder – pauschal und unbestimmt – zitierten „jüdischen Intelligenz", wurden als potentielle Gegner eingestuft, die jederzeit eine große Gefahr im Rücken der Front bilden könnten und deshalb von den geringen Sicherungskräften rechtzeitig durch abschreckenden Terror, sozusagen „prophylaktisch", bekämpft werden müssten, um dem Sowjetregime und seiner Gegenwehr im Hinterland die Grundlage zu entziehen. Solange sich die rassistische „Sicherungssarbeit" der SS und Polizei vor allem gegen „jüdisch-bolschewistische" Funktionäre, „Freischärler" und „Saboteure" sowie gegen die „jüdische Intelligenz" richtete und außerdem auch noch als „Repressalie" für Verbrechen an deutschen Soldaten gerechtfertigt werden konnte, regte sich kaum Widerstand gegen sie. Die Einsatzgruppen bemühten sich in ihren Berichten nach Berlin und an die militärischen Kommandobehörden nach Kräften, ihren Morden eine solche Pseudo-Legitimität zu geben, obwohl die Dimensionen der Erschießungen von Anfang an jeder Verhältnismäßigkeit Hohn sprachen[84]. Dennoch stellten die Offiziere der Oberkommandos und überhaupt des Ostheeres ihre Bedenken gegen die schon jetzt offenkundig verbrecherischen Polizeiaktionen in den ersten Monaten zurück – selbst diejenigen, die nicht mit dem NS-Regime sympathisierten und es später sogar aktiv bekämpften. Neben ideologischen Vorbehalten und militärischen Nützlichkeitserwägungen spielten dabei offenbar die Hoffnungen auf einen „Blitzkrieg" im Osten eine entscheidende Rolle. Die Oberbefehlshaber und ihre Mitarbeiter wollten diesen höchst riskanten Feldzug rücksichtslos, mit allen Mitteln und ohne interne Querelen durchschlagen und zügig zu einem siegreichen Ende bringen. Das militärische Denken besaß zunächst absoluten Vorrang vor politischen und moralischen Überlegungen. Das Schicksal einer skeptisch beäugten Minderheit in einem fremden Land fiel dabei nicht so sehr ins Gewicht. Im Gegenteil: Viele Offiziere schauten nicht nur beiseite, sondern sahen in der Exekution von angeblich gefährlichen Gegnern, für die jüdische Funktionäre und „Intelligenzler" allgemein gehalten

[83] Aussage Gersdorffs vom 6. 5. 1959, zit. nach: Gerlach, Morde, S. 1121. Vgl. auch ebd.: „Ich glaube nicht, dass jemals über 100 Liquidierungen in den Einzelmeldungen aufgeführt waren. [...] Von Massenaktionen ist mir von Nebe niemals etwas erzählt worden."

[84] Vgl. auch Pohl, Wehrmacht, S. 43.

wurden, einen unangenehmen, aber notwendigen Baustein zur Durchsetzung und Sicherung des Kriegserfolgs. Schließlich setzte man in diesem „totalen" Kampf gegen einen ideologischen Erzfeind ja auch in anderen Bereichen auf ein rücksichtslos brutales Vorgehen.

Erst als sich die Hoffnungen auf einen kurzen Feldzug als Illusion erwiesen und zugleich, ab Mitte August 1941, der Übergang zum unterschiedslosen Völkermord einsetzte, schwand teilweise das Verständnis. Schon das massenhafte und immer willkürlichere Erschießen von fast allen wehrfähigen jüdischen Männern wird hier und dort Unbehagen ausgelöst haben. Doch als die SS- und Polizeikräfte nun immer häufiger auch jüdische Frauen und Kinder, schließlich sogar, spätestens ab Anfang Oktober 1941, vielerorts aber schon früher, systematisch alle Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten umbrachten, war mancher Offizier über diese neue Dimension des Judenmords beunruhigt oder sogar entsetzt. Jetzt – erst jetzt – regte sich teilweise das vorher abgestumpfte Gewissen, jetzt – erst jetzt – änderte sich teilweise die indifferente oder gar billigende Haltung zur Ablehnung der antijüdischen Aktionen – zumal zur selben Zeit Nachrichten aus der Heimat drangen, dass sich nicht nur die Verfolgung der „östlichen", sondern auch jene der assimilierten deutschen Juden deutlich verschärfte und zu ersten Deportationen aus dem Reich in den Osten führte. Es kam im Ostheer und auch in den Kommandobehörden zu internen Diskussionen, deutlich seltener auch zu eindeutigem Widerspruch. Allerdings war die Reaktion auf die stufenweise Eskalation der Judenmorde weder überall gleich noch überall kritisch, wie noch zu zeigen sein wird. Die Mehrheit rechtfertigte und unterstützte weiter die Morde – oder nahm sie zumindest widerspruchslos hin. Neben das Argument der „Gegnerbekämpfung" trat zunehmend das der schlechten Versorgungs- und Unterkunftslage, die sich durch eine Dezimierung der Bevölkerung zu verbessern schien.

Insgesamt blieben besonders die Oberkommandos und die Militärverwaltung ohne große Gegenwehr direkt oder indirekt, durch aktive Teilnahme oder passive Tolerierung, in die Mordpolitik eingebunden, teils widerwillig und mit Unbehagen, teils aber auch aus Überzeugung und eigener Initiative – bis bald nach der Jahreswende 1941/42 die meisten Juden im Hoheitsgebiet der Oberbefehlshaber des Ostheeres, etwa eine halbe Million Menschen, tot waren. Wie es dazu kam, soll nun – nach diesem ersten Überblick – im Einzelnen und mit stärkerer Konzentration auf die Generale unserer Gruppe dargelegt werden.

c. Die Oberbefehlshaber und der Judenmord – eine Topographie

Die rassenideologische „Gegnerbekämpfung" vor allem durch die Sicherheitspolizei, aber auch durch andere Formationen der SS und Polizei erstreckte sich über das gesamte Operationsgebiet des Ostheeres. Daher ist es sinnvoll, systematisch von Nord nach Süd danach zu fragen, inwieweit die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen in die Massenmorde an den Juden involviert waren. Gelegentlich werden dabei auch andere Verbrechen erwähnt, etwa die „Liquidierung" psychiatrischer Kliniken. Nach den einzelnen militärischen Hoheitsgebie-

ten sollen am Ende übergreifend die „Aussonderungen" aus den Kriegsgefangenenlagern der Wehrmacht, also vor allem die Ermordung der jüdischen Rotarmisten, behandelt werden. Natürlich macht sich auch in diesem Kapitel das Problem der nur sporadischen Quellenüberlieferung bemerkbar. Gerade die Generale waren bemüht, möglichst wenig mit solch unangenehmen Vorgängen außerhalb ihrer taktisch-operativen Führungsaufgaben „zu tun" zu haben. Dennoch gibt es insgesamt genügend Belege und Indizien für die Einstellung, Kenntnis und Mitwirkung der höchsten Truppenführung.

Sehr gering waren die Berührungspunkte lediglich im äußersten Nordosten, bei der *Armee Norwegen*, da in den unwirtlichen, fast menschenleeren Gegenden Nordkareliens und Lapplands kaum politisch-ideologische „Gegner" zu ermitteln waren. Selbst wenn es hier Juden in nennenswerter Zahl gegeben hätte, wäre ihre Verfolgung wegen der Haltung des finnischen Bündnispartners sehr schwierig gewesen[85]. Immerhin wurde ein „Verbindungsführer des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD beim AOK Norwegen" bestellt, der sich am 23. Juni 1941 beim Oberbefehlshaber, Generaloberst Nikolaus v. Falkenhorst, in Rovaniemi meldete und ein kleines Kommando um sich sammelte. Seine Aktionen blieben begrenzt und konzentrierten sich auf die Unterstützung der Wehrmacht bei der Überprüfung der Kriegsgefangenen[86]: „Bei der geringen Anzahl von Männern muß ich mich auf das Kampfgebiet der deutschen Divisionen beschränken, von Salla-Kandalakscha im Süden bis Murmansk. In den Kampfberichten der dem AOK. unterstellten finnischen Divisionen wurden bisher keine Gefangennahmen gemeldet. Da Murmansk der wichtigste Ort des Bezirks ist, werde ich möglichst mit dem Gebirgskorps in Murmansk einrücken. Die praktische Arbeit besteht in der Aussonderung der Kommissare und der führenden Kommunisten." Murmansk wurde nicht erobert, so dass die interessante Frage, wie sich General Eduard Dietl, der Führer des Gebirgskorps und spätere Armeeoberbefehlshaber, als überzeugter Nationalsozialist nach der Besetzung einer sowjetischen (Klein-) Stadt verhalten hätte, unbeantwortet bleiben muss. Allerdings kam es in seinem Befehlsbereich zu „Aussonderungen" und „Liquidationen" in den Gefangenenlagern, an denen sich offenbar auch die Sicherheitspolizei beteiligte[87].

Heeresgruppe Nord

Die Verbände der *Heeresgruppe Nord* wurden auf ihrem Vormarsch durch die drei baltischen Staaten in Richtung Leningrad von der Einsatzgruppe A mit ihren zwei Einsatzkommandos (Ek 2, Ek 3) und zwei Sonderkommandos (Sk 1a, Sk 1b) begleitet[88]. Diese von SS-Brigadeführer Walther Stahlecker geführte Einheit war

[85] Finnland war der einzige Verbündete des Deutschen Reichs, der seine, nur sehr kleine, jüdische Minderheit nicht diskriminierte. In der finnischen Armee kämpften einige jüdische Offiziere und Soldaten ebenso gegen die Rote Armee wie ihre deutschen Bundesgenossen. Vgl. Förster, Verbündete.

[86] EM Nr. 27 vom 19. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1.

[87] Vgl. Knab, Dietl, S. 34.

[88] Zur Tätigkeit der Einsatzgruppe A vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 173–179 und passim, sowie 279–617; Wilhelm, Einsatzgruppe A; Scheffler, Einsatzgruppe A. Zum Judenmord in Litauen au-

mit knapp 1000 Angehörigen die größte der vier Einsatzgruppen. Der Einsatz dieser und anderer SS- und Polizeikräfte wurde vom Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) Rußland-Nord, Generalleutnant der Polizei Hans-Adolf Prützmann, koordiniert. Hier wie anderswo wurde die Einsatzgruppe teilweise von Bataillonen der Ordnungspolizei unterstützt, die dem HSSPF, manchmal auch direkt den Sicherungsdivisionen unterstellt waren. Und hier wie anderswo bildete die Einsatzgruppe die Kerntruppe des nationalsozialistischen Weltanschauungskriegs.

Der Judenmord im Baltikum wies zwei Besonderheiten auf, die auch Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen dem Ostheer und dem SS- und Polizeiapparat hatten. Zum einen waren an den Mordaktionen in Litauen und Lettland einheimische „Aktivisten" und Hilfspolizeieinheiten in einem Umfang beteiligt wie in keinem anderen Gebiet der besetzten Sowjetunion[89]. Die angebliche Bevorzugung des jüdischen Bevölkerungsteils während der sowjetischen Herrschaft, also seit Juni 1940, sowie die Deportation oder Ermordung vieler politischer Gefangener durch den NKVD vor und kurz nach dem deutschen Überfall hatten einen Hass genährt, der sich nun ungehemmt Bahn brechen und von den deutschen Sicherheitskräften instrumentalisiert werden konnte, sowohl in Form von Pogromen als auch durch die starke Einbeziehung der einheimischen „Schutzmannschaften". Lediglich in Ostpolen bzw. der Westukraine und in Bessarabien gab es vergleichbare Vorgänge[90]. Die andere Besonderheit war, dass die von der Heeresgruppe Nord eroberten Regionen mit dem höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil relativ früh an die Zivilverwaltung abgegeben wurden: Litauen, Kurland und Lettland bis zur Düna bereits am 25. Juli 1941, das restliche lettische Gebiet und der nördliche Zipfel Weißrusslands am 1. September[91]. In Estland, das bis zum 5. Dezember 1941 unter Militärverwaltung blieb, trafen die Deutschen nur noch sehr wenige Juden an, da wohl 80 Prozent der ohnehin nicht mehr als etwa 5000 Juden geflohen waren. Dasselbe galt für das altrussische Gebiet südlich von Leningrad. Daher verlagerte sich die Arbeit der SS und Polizei hier schneller als anderswo auf die zivilen Verwaltungsgebiete (Reichskommissariat Ostland).

Auch die Ermordung der baltischen Juden durchlief mehrere Etappen. Bereits in den ersten Feldzugstagen tötete die Gestapo Tilsit, teilweise mit Unterstützung der Wehrmacht, die wehrfähigen jüdischen Männer im deutsch-litauischen Grenzgebiet. In Litauen begannen schon vor dem Eintreffen der deutschen Truppen die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung, die von den deutschen Polizeikräften zynisch als „Selbstreinigungsaktionen" bezeichnet und auf Befehl Heydrichs systematisch gefördert wurden[92]. Bereits während und erst recht nach den ersten „wilden" Pogromen kam es vielerorts zu „Säuberungsaktionen" der Sicher-

ßerdem Dieckmann, Krieg, sowie die Sammelbände: Benz/Neiss (Hrsg.), Judenmord; Bartusevičius/Tauber/Wette (Hrsg.), Holocaust.

89 Vgl. Gasparaitis, Verrätern; Reichelt, Kollaboration; Dieckmann, Einsatz.

90 Vgl. Dean, Collaboration, und weiter unten.

91 Vgl. Myllyniemi, Neuordnung, S. 72–86.

92 Vgl. das Fernschreiben Heydrichs an die Einsatzgruppenchefs, 29. 6. 1941, in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 319: „Den Selbstreinigungsbestrebungen antikommunistischer oder antijüdischer Kreise in den neu zu besetzenden Gebieten ist kein Hindernis zu bereiten. Sie sind im Gegenteil, allerdings spurlos auszulösen, zu intensivieren wenn erforderlich und in die richtigen Bahnen zu lenken, ohne daß sich diese örtlichen ‚Selbstschutzkreise' später auf Anordnungen oder auf gegebene politische Zusicherungen berufen können."

heitspolizei gegen Kommunisten und männliche Juden. An diesen wie auch an den folgenden Massenmorden waren von Anfang an manchmal die deutsche Ordnungspolizei und sehr häufig litauische oder lettische Polizeikräfte beteiligt, die zum Teil sogar autonom vorgingen. Mitte August 1941 begann in den besetzten baltischen Gebieten, unter Zivilverwaltung, die totale Ermordung der gesamten jüdischen Bevölkerung auf dem Land, vor allem in den Kleinstädten[93]. In den großen Städten (Wilna, Kaunas, Schaulen, Dünaburg, Riga) wurden Ghettos eingerichtet, die im Spätherbst ebenfalls „geräumt" wurden. Schon um die Jahreswende 1941/42 war die jüdische Bevölkerung im Baltikum – 230000 in Litauen, 70000 in Lettland und wenige tausend in Estland – so gut wie ausgelöscht. Allein die Einsatzgruppe A und ihre einheimischen Helfer töteten bis Ende Januar 1942 etwa 230000 Juden[94].

Der Anteil der Wehrmacht am Holocaust im Norden der besetzten Sowjetunion war nicht gering, konnte sich aber stärker als in der Mitte und im Süden auf den organisatorischen und logistischen Rahmen beschränken, da der Sicherheitspolizei genügend einheimische Hilfskräfte zur Verfügung standen und in weiten Teilen bald die zivilen Besatzungsbehörden die Geschäfte übernahmen. Auffällig ist allerdings, wie frühzeitig von den Feld- und Ortskommandanturen mit der Registrierung, Kennzeichnung und Zwangsarbeit der jüdischen Bevölkerung im Baltikum begonnen wurde[95]. Diese willige Hilfestellung der unteren Wehrmachtdienststellen wurde ergänzt durch die passive oder sogar verständnisvolle Haltung der höchsten Truppenführung.

Die Einstellung der Oberbefehlshaber im Bereich der Heeresgruppe Nord gegenüber dem Unheil, das über die baltischen Juden hereinbrach, wurde schon in den ersten Tagen des Feldzugs deutlich, wobei erneut kaum Unterschiede zwischen einem „NS-nahen" Armeeführer wie Generaloberst Ernst Busch (16. Armee), betont konservativen Generalen wie Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter v. Leeb (Heeresgruppe Nord) und Generaloberst Georg v. Küchler (18. Armee) oder sogar einem späteren Widerständler des 20. Juli wie Generaloberst Erich Hoepner (Panzergruppe 4) zu erkennen sind. Unmittelbar nachdem Truppen der 16. Armee am 24. Juni 1941 in die litauische Hauptstadt Kaunas (Kowno) eingedrungen waren, wurden – nach einem Bericht Stahleckers – „über 1500 Juden von litauischen Partisanen beseitigt, mehrere Synagogen angezündet oder anderweitig zerstört und ein jüdisches Wohnviertel mit rund 60 Häusern niedergebrannt"[96].

[93] Zum effizientesten Mordtrupp, dem Rollkommando Hamann des Ek 3 der Einsatzgruppe A, und der Beteiligung der litauischen Hilfspolizei vgl. Stang, Kollaboration.

[94] Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 605–609.

[95] So ordnete der Feldkommandant von Wilna bereits am 3. 7. 1941 die Kennzeichnung aller Juden in der Stadt an. Vgl. Scheffler, Einsatzgruppe A, S. 47, Anm. 21. Zur Rolle der Wehrmacht in Litauen vgl. auch Priemel, Sommer 1941. Allerdings erhoben Wehrmacht und Zivilverwaltung in den größeren Städten wiederholt Einwände gegen die Ermordung von schwer zu ersetzenden jüdischen Facharbeitern, so dass sich wenigstens das Überleben von etwa 35000 „Arbeitsjuden" in Kaunas, Wilna und Schaulen etwas verlängerte. Vgl. ebd., S. 37f. Vgl. auch EM Nr. 11 vom 3. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1: „Schaulen: 35000 Einwohner (12–15000 Juden). Etwa noch 2000 Juden vorhanden. Die übrigen geflüchtet. Gefängnis leer. Wehrmacht kann zwecks Weiterführung der Kriegs- und für die Bevölkerung lebenswichtigen Betriebe auf die noch vorhandenen arbeitsfähigen Juden zunächst nicht verzichten."

[96] Bericht Stahleckers über die Tätigkeit der Einsatzgruppe A bis zum 31. 10. 1941 (der so genannte Stahlecker-Bericht), in: IMT, Bd. 37, S. 670–717, hier S. 682. Vgl. die abweichenden Zahlenangaben

Die neue Besatzungsmacht schützte den jüdischen Bevölkerungsteil nicht, sondern ließ den litauischen „Selbstschutz" und Mob ungehindert wüten, ehe die Litauer – viel zu spät – am 27. Juni entwaffnet wurden[97]. Aus den Reihen dieser „Aktivisten" rekrutierte man die litauische Hilfspolizei, die sofort aufgestellt wurde. Das Oberkommando der 16. Armee bezog sein Hauptquartier in der Stadt, als die Morde noch und teilweise nur wenige hundert Meter von seinem Standort entfernt im Gange waren. Durch einen Generalstabsoffizier auf diese schockierenden Ereignisse angesprochen, antwortete Oberbefehlshaber Busch[98]: „Das sind innerpolitische Angelegenheiten Litauens, die uns Soldaten nichts angehen." Das Kriegstagebuch seiner Armee resümierte nüchtern[99]: „Am 24., 25., 26. 6. macht sich die Wut der Bevölkerung in Judenpogromen Luft, denen etwa 2½–3000 Juden zum Opfer fallen."

Die Judenmorde in Kaunas wurden vom Armeeoberkommando hingenommen. Allerdings spielten sich vor den Augen zahlreicher Wehrmachtsangehöriger solch schreckliche Szenen ab[100], dass die Truppenführung schließlich um die „Manneszucht" fürchtete und daher die Öffentlichkeit dieser Verbrechen einschränken wollte. Am 28. Juni 1941 vermerkte das Kriegstagebuch der 16. Armee eine Besprechung über die „Vermeidung der Judenpogrome auf offener Strasse". Ansprech- und vielleicht auch Gesprächspartner war Einsatzgruppenchef Stahlecker[101], der frühestens am 25. Juni mit einem Vortrupp in Kaunas eingetroffen war und einige Tage später das Sonderkommando 1b sowie das Einsatzkommando 3 nachzog[102]. Die Männer der Einsatzgruppe A übernahmen nun in Absprache mit dem Armeeoberkommando 16 die „sicherheitspolizeilichen Aufgaben" in der li-

des AOK 16 weiter unten. Zum Folgenden vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 205–209; Steinkamp, Haltung, S. 50f.; sowie die gute Zusammenfassung der Vorgänge in Kaunas in: Mallmann/Rieß/Pyta (Hrsg.), Deutscher Osten, S. 61–67. Vgl. auch Kwiet, Rehearsing.

[97] AOK 16, KTB Ia, 27. 6. 1941, „Zusammenfassung der Kämpfe um Kowno", in: BA-MA, RH 20–16/45. Die pogromartigen Ausschreitungen gingen allerdings noch einige Tage weiter. Vgl. den Tagebucheintrag von Leebs Ordonnanzoffizier, Major Frhr. v. Grießenbeck, 29. 6. 1941, über den Bericht eines Propagandaoffiziers des AOK 16, in: Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 63, Anm. 146: „Unsere deutschen Soldaten waren ruhige Zuschauer; hatten keinen Befehl, das Blutgericht irgendwie aufzuhalten. Die Verfolgung dauerte Tag und Nacht vom 24. Juni bis 29. Juni abends. Dann trat allmählich Ruhe ein."

[98] Bischoffshausen (damals IIa der Heeresgruppe Nord und offenbar am Abend des 27. 6. 1941 zu Gast bei Busch) an Brennecke, Starnberg 23. 1. 1959, in: BA-MA, MSg 1/2188. Vgl. auch seine Erklärung vom 13. 10. 1956, in: IfZ-Archiv, ZS/A 28, S. 59, zit. auch bei Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 206. Danach verwies Busch außerdem eher resignierend darauf, dass er nichts unternehmen *dürfe*. „Was sollen wir denn machen?"

[99] AOK 16, KTB Ia, 27. 6. 1941, „Zusammenfassung der Kämpfe um Kowno", in: BA-MA, RH 20–16/45.

[100] Traurige Berühmtheit erlangten die fotografisch dokumentierten Morde an der Lietukis-Garage („Tankstellen-Mord"), wo ein junger Litauer mit einer Eisenstange Dutzende von Juden erschlug – vor einer gaffenden Menge, in ihr zahlreiche deutsche Soldaten.

[101] AOK 16, KTB Ia, 28. 6. 1941, 11.45 Uhr, ebd.: „Besprechung mit [Leerraum] wegen: a) Neubildung der Regierung, Beschlüsse in Berlin. b) Übernahme des Sicherheitsdienstes, Uniformierung d. lit. Hilfspolizei. c) Vermeidung d. Judenpogrome auf offener Strasse." Der Leerraum wurde nicht ausgefüllt und das Wort „mit" handschriftlich gestrichen, so dass offen bleiben muss, ob Stahlecker persönlich oder sein Verbindungsoffizier an dieser Besprechung teilnahm. Der Tätigkeitsbericht Ic des AOK 16 vermerkte bereits für den 26. 6. 1941 die „Verlegung des Hauptquartiers nach Kowno" und eine „Besprechung mit dem SS-Brigadeführer Stahlecker", in: BA-MA, RH 20–16/473.

[102] Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 173f. Das Sk Ib traf am 28. 6. 1941 in Kaunas ein und wurde am 2. 7. vom Ek 3 abgelöst.

tauischen Metropole, unterstützt von der neu aufgestellten einheimischen Hilfspolizei. Damit war das Morden längst nicht beendet, verlagerte sich aber, ganz im Interesse des Oberkommandos, von den Pogromen in den Straßen der Stadt auf die Exekutionen an weniger öffentlichen Orten. Zunächst wurden weitere „2300 Juden unschädlich gemacht"[103] und schließlich am 4. und 6. Juli im Fort VII der alten Festung 2930 jüdische Männer und 47 Jüdinnen unter Leitung des jetzt zuständigen Ek 3 (SS-Standartenführer Karl Jäger) von litauischen Hilfskräften erschossen[104]. Nach diesem vorläufigen Schlusspunkt konnte Stahlecker zufrieden nach Berlin melden[105]: „In Kowno wurden nunmehr insgesamt 7800 Juden erledigt, teils durch Pogrom, teils durch Erschießungen von litauischen Kommandos." Der symptomatische Vorgang, dass die zunächst spontanen, dann inszenierten pogromartigen Aktionen einheimischer „Partisanen" oder „Aktivisten" von der Sicherheitspolizei in „geordnete" Bahnen gelenkt wurden, blieb dem Armeeoberkommando nicht verborgen – er war ganz offensichtlich mit ihm abgesprochen.

Wenige Tage nach Busch wurde auch Feldmarschall v. Leeb mit den Judenmorden in Kaunas konfrontiert, nachdem am 1. Juli 1941 auch sein Oberkommando Quartier in der Stadt bezogen hatte. Offensichtlich waren die Vorgänge bald ein Gesprächsthema in seinem Stab, jedenfalls wurde Hitlers Chefadjutant bei einem Besuch im Hauptquartier am 3. Juli vom Ia der Heeresgruppe, Oberstleutnant i.G. Paul Herrmann, nach den „Ausschreitungen der litauischen Freischärler" gefragt. Oberst Schmundt antwortete nicht sofort, sondern erkundigte sich offenbar zunächst in Berlin nach der offiziellen Sprachregelung, bevor er dem Heeresgruppenkommando telefonisch mitteilte, „der Soldat solle nicht mit diesen politischen Fragen belastet werden; es handle sich dabei um eine notwendige ‚Flurbereinigung'."[106] Solche Äußerungen aus dem Umkreis Hitlers gaben den Oberbefehlshabern wie Busch und Leeb eine kommode Argumentationslinie, hinter der man sich resignierend und achselzuckend zurückziehen konnte, ohne zu sehr sein Gewissen zu belasten. Ob Leeb wirklich, wie er es nach dem Krieg behauptete, beim OKW und OKH gegen die Gräuel protestierte und mit welchem Nachdruck er dies tat, ist sehr fraglich[107]. Als kurze Zeit später auch der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Nord in Kaunas eintraf und von den antijüdischen Massakern erfuhr, kam es am 8. Juli 1941 zu einem denkwürdigen Gespräch mit Leeb, über das der konservative Generalfeldmarschall und bekennende Katholik in sein Tagebuch schrieb[108]: „General [Franz] v. Roques [...] klagt über die massenhaften

[103] Bericht Stahleckers über die Tätigkeit der Einsatzgruppe A bis zum 31. 10. 1941, in: IMT, Bd. 37, S. 670–717, hier S. 682f.

[104] Bericht Jägers „Gesamtaufstellung der im Bereich des EK. 3 bis zum 1. Dez. 1941 durchgeführten Exekutionen", 1. 12. 1941, in: Bartusevičius/Tauber/Wette (Hrsg.), Holocaust, S. 303–311, hier S. 303.

[105] EM Nr. 19 vom 11. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1.

[106] H.Gr.Kdo. Nord, KTB Ia, 3. 7. 1941, in: BA-MA, RH 19 III/767.

[107] Vgl. die durchweg einseitige und apologetische Darstellung des Herausgebers Georg Meyer in Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 62–64. Dagegen Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 208f.

[108] Leeb, Tagebuchaufzeichnungen, S. 288 (8. 7. 1941). General Franz v. Roques stand dem Judenmord und dem Vorgehen der SS-Kommandos angeblich noch verhältnismäßig kritisch gegenüber (vgl. Kleist, Hitler, S. 156). Aktenkundig geworden ist die Ablehnung der Judenerschießungen („eines Deutschen unwürdig") durch seinen Generalstabschef, Oberstleutnant Arno Kriegsheim,

Erschießungen von Juden in Kowno (Tausende!) auf Veranlassung der deutschen Polizeibehörden durch litauische Schutzverbände. Wir haben auf diese Maßnahmen keinen Einfluß. Es bleibt nur übrig, daß man sich fern hält. Roques meinte wohl zutreffend, daß auf diese Weise die Judenfrage wohl nicht gelöst werden kann. Am sichersten wäre sie durch Sterilisierung aller männlicher Juden zu lösen."

Zustimmung zum Massenmord an den Juden ist aus diesen Zeilen – der einzigen bisher bekannten zeitgenössischen Äußerung Leebs zu diesem Thema – nicht herauszulesen, ebenso wenig allerdings deutliche Ablehnung, höchstens Unbehagen, auf jeden Fall aber eine moralisch äußerst fragwürdige und dezidiert antisemitische Einstellung. Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord war über die Judenmorde in Kaunas gut informiert, auch über den Beitrag der Sicherheitspolizei. Beiden Generalen war bewusst, dass die Untaten im Zusammenhang mit der angestrebten und vielleicht auch von ihnen als Ziel akzeptierten „Lösung" der „Judenfrage" gesehen werden mussten, also keineswegs nur zufällig und isoliert waren. Umso merkwürdiger mutet die zweimalige Abschwächung in den Aufzeichnungen Leebs an, es sei „wohl [!] zutreffend, daß auf diese Weise die Judenfrage wohl [!] nicht gelöst werden kann". Noch entlarvender ist der Vorschlag einer „sichersten" (!) Lösung dieser Frage. Ob die Massensterilisation als „sicherere" Alternative zum Massenmord von Roques oder von Leeb erwogen wurde, ist unklar. Im Original stand ursprünglich „ist", was auf die Meinung Leebs deuten würde. Das Wort ist erst später (wann?) durch „wäre" ersetzt worden. Doch dessen ungeachtet macht dieser unmittelbare Tagebucheintrag deutlich, dass der höchste Truppenführer im Norden des sowjetischen Kriegsschauplatzes bereits nach wenigen Feldzugstagen die Ermordung der jüdischen Bevölkerung hinnahm und sich auf eine Position der „Einflusslosigkeit" und des „Fernhaltens" zurückzog. Damit wurden die – wohl hin und wieder laut werdenden – Bedenken seiner Unterführer abgeblockt und den Aktionen der SS, Polizei und ihrer Helfer Tür und Tor geöffnet. Anstatt den energischen Versuch zu unternehmen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die traditionelle Verantwortung der Besatzungsmacht für die Bevölkerung durchzusetzen und dem Treiben der Einsatzgruppe A schon frühzeitig einen Riegel vorzuschieben, scheuten erst Busch und dann Leeb bereits bei der ersten Konfrontation mit NS-Verbrechen im „Unternehmen Barbarossa" den Konflikt mit den politischen und polizeilichen Instanzen. Dadurch waren im Baltikum die Weichen gestellt. Die ausgeprägte antisemitische Disposition selbst eines sonst eher gemäßigten Generals wie Leeb erleichterte es zusätzlich, sich nicht für das Überleben der sowjetischen Juden zu engagieren. Umso glaubwürdiger ist die Bemerkung eines engen Mitarbeiters Himmlers, der nach einer Inspektionsreise durch Litauen am 11./12. Juli 1941 berichtete, die Zusam-

der wegen seiner „defaitistischen" Auffassungen im Februar 1942 aus der Allgemeinen SS und im Mai 1942 aus der Wehrmacht entlassen wurde. Im Stab des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebiets Nord war diese Einstellung, die sich für die Oberkommandos nicht nachweisen lässt, wohl kein Einzelfall. Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 257. Vgl. auch Myllyniemi, Neuordnung, S. 75.

menarbeit mit der Wehrmacht verlaufe „nach den bisherigen Erfahrungen reibungslos“[109].

Ähnlich „reibungslos“ entwickelten sich die Dinge in Lettland, wo die 18. Armee unter Generaloberst v. Küchler nach Norden vorrückte – und mit ihr zunächst das Sonderkommando 1a und das Einsatzkommando 2 der Einsatzgruppe A. Bereits am 1. Juli 1941 wurde die lettische Hauptstadt Riga besetzt. Und auch hier wütete schon seit dem Vortag der einheimische „Selbstschutz“ gegen den jüdischen Bevölkerungsteil. Die Ausschreitungen dauerten bis zum 4. Juli an und wurden von der Wehrmacht ebenso wenig unterbunden wie die Pogrome in anderen litauischen und lettischen Städten. Bald wurden auch in Riga die Judenmorde von den Männern Stahleckers, der am 3. Juli gemeinsam mit dem Einsatzkommando 2 in der Stadt eintraf, in die Hand genommen, wie anderswo unterstützt durch eine schnell aufgestellte Hilfspolizei, die den „Selbstschutz“ der lettischen Nationalisten ersetzte. Bis Mitte Juli waren bereits 2700 Juden Rigas durch Letten und das Einsatzkommando 2 getötet, in den nächsten Monaten folgten Zehntausende weitere Opfer in Riga und ganz Lettland[110]. Diese Vorgänge können dem Oberbefehlshaber der 18. Armee nicht unbekannt geblieben sein, auch wenn anders als für Kaunas die Belege fehlen. Küchler besichtigte Anfang Juli mehrmals seine Truppen in Riga, etwa am 2. Juli, kurz nach Besetzung der Stadt, als die Judenverfolgungen auf den Straßen noch andauerten. Dass er dabei befahl, als Vergeltung für den Mord an 15 Wehrmachtssoldaten „alle Russen, die in Riga ergriffen werden, zu erschießen“[111], wird die aggressive Stimmung in der Stadt nicht gerade entspannt haben. Auch die zufriedene Feststellung der Kerntruppe des Judenmords in Lettland, des Einsatzkommandos 2, aus diesen Tagen, die Zusammenarbeit mit dem Armeeoberkommando sei „hervorragend[112], spricht nicht für übermäßige Distanz oder gar Widerstand. Ungewollt selbstentlarvend ist auch Küchlers Nachkriegsaussage[113]: „Die Juden sind erschossen worden, nicht weil sie Juden sind, sondern weil sie mit den Partisanen in Verbindung gebracht worden waren.“

Während in den litauischen und lettischen Operationsgebieten der 16. und 18. Armee die Ermordung zunächst der jüdischen Männer immer weitere Kreise zog, stürmte die Panzergruppe 4 deutlich vor den beiden Infanteriearmeen auf die russische Stadt Pleskau zu. Doch selbst dieser Verband kam auf seinem schnellen Vorstoß mit den Judenmorden in Berührung, etwa in der lettischen Stadt Rositten, wo sich kurz nach der deutschen Besetzung ein Pogrom ereignete. Als Generaloberst Hoepner von einer Beteiligung deutscher Soldaten an diesen Ausschreitun-

[109] Bericht des SS-Hauptsturmführers Rudolf May, Ic-Offizier des Kommandostabs Reichsführer SS, 16. 7. 1941, zit. nach: Mallmann/Rieß/Pyta (Hrsg.), Deutscher Osten, S. 62.

[110] Zu Riga vgl. den Überblick ebd., S. 89–93. Ende September 1941 meldete das Ek 2 für ganz Lettland 29246 „Liquidierte“, überwiegend Juden. Am 30. 11. und 8./9. 12. 1941 wurden schließlich 26000 Juden des Rigaer Ghettos ermordet. Zum Holocaust in Lettland vgl. auch Press, Judenmord; Ezergailis, Holocaust; Reichelt, Kollaboration.

[111] AOK 18, KTB Ia, 2. 7. 1941, in: NA, T 312/781.

[112] EM Nr. 12 vom 4. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1. „Eingliederung in Vorausabteilungen reibungslos möglich.“

[113] Aussage Küchlers vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), April 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 2846.

gen erfuhr, ermahnte er die Kommandierenden Generale seiner Panzergruppe[114]: „Die Zivilbevölkerung hat am 5. 7. in Rositten nach der Auffindung von Leichen lettischer Einwohner, die durch Bolschewisten ermordet wurden, *Hinrichtungen an Juden* vorgenommen. Es ist beobachtet worden, daß sich daran auch deutsche Soldaten dadurch beteiligt haben, indem sie entwichene Juden einfangen halfen und in einem Falle einem schwerverwundeten Juden den ‚Gnadenschuß' gaben. Ich bitte, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß sich die Truppe diesen innerpolitischen Auseinandersetzungen fernhält und sie unter keinen Umständen unterstützt." Damit vertrat Hoepner den für die Truppenführung charakteristischen Standpunkt gegenüber den Judenerschießungen: Man behinderte diese „Flurbereinigung" nicht, hielt sich aber möglichst von der unmittelbaren Exekution des Mordprogramms fern und schützte die eigenen Soldaten vor der „Verrohung", die durch eine zu große Nähe zu solchen Massakern an wehrlosen Zivilisten drohte. Eine grundsätzliche Ablehnung der antijüdischen Maßnahmen darf auch in diesem Fall nicht unterstellt werden. Gerade Hoepner hatte seine Truppen bereits viele Wochen vor Beginn des Ostfeldzugs auf den bevorstehenden Kampf gegen den „jüdischen Bolschewismus" eingeschworen, der mit „unerhörter Härte" und ohne Schonung „für die Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems" geführt werden müsse[115]. Umso eher wird man die „Beseitigung" männlicher Juden, die a priori als Träger dieses Systems galten, hingenommen haben, wobei der Heeresgeneralität die geordneten deutschen Polizeiaktionen gewiss lieber waren als die oft chaotischen Übergriffe der Litauer und Letten. Die Einsatzgruppe A hatte keinen Grund zu klagen. Stahlecker konnte in seinem großen Bericht zum 31. Oktober 1941 feststellen[116]: „Von vornherein kann betont werden, dass die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht im allgemeinen gut, in Einzelfällen, wie z.B. mit der Panzergruppe 4 unter Generaloberst Höppner [!], sehr eng, ja fast herzlich war."

Diese Zusammenarbeit verlagerte sich spätestens Mitte Juli 1941, nicht nur räumlich, sondern auch in ihrem Inhalt. Litauen und Lettland waren erobert, die 18. Armee rückte in Estland nach Norden vor, die 16. Armee und die Panzergruppe 4 operierten im „altrussischen" Gebiet am Velikaja und östlich des Peipus-Sees. Während die Einsatzkommandos 2 und 3 weiterhin Litauen und Lettland „befriedeten", beteiligten sich die Sonderkommandos 1a und 1b am Vormarsch der 18. und 16. Armee. Damit entfernten sich die Verbände der Heeresgruppe Nord mit ihren todbringenden Begleitern von den Zentren des Judenmords im Baltikum, die bald unter Zivilverwaltung kamen, und näherten sich zugleich einem neuen, potentiellen Zentrum dieses Verbrechens, dem militärischen und politischen Hauptziel Leningrad[117]. Die Mehrheit der kleinen jüdischen Gemeinde Estlands und auch die meisten Juden aus dem russischen Vorgelände Leningrads waren in die Neva-Metropole geflüchtet, so dass die Deutschen in diesen Gebie-

[114] Befehl Hoepners (Pz.Gr. 4, Befehlshaber) an die Kommandierenden Generale des XXXXI. (Reinhardt) und LVI. A.K. (Manstein), 8. 7. 1941, in: BA-MA, RH 21–4/439.

[115] Befehl Hoepners (Pz.Gr.Kdo. 4, Ia, Nr. 20/41 g.Kdos.Chefs., Anl.) „Kampfführung", 2. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 305.

[116] Bericht Stahleckers über die Tätigkeit der Einsatzgruppe A bis zum 31. 10. 1941, in: IMT, Bd. 37, S. 670–717, hier S. 671.

[117] Dazu und zum Folgenden vgl. Hürter, Wehrmacht.

ten nur noch wenige Juden antrafen. Entsprechend wenig war die Sicherheitspolizei hier mit Judenerschießungen beschäftigt: In Estland wurden im ersten Jahr der deutschen Besatzung 468 männliche und 453 weibliche Juden vom Sonderkommando 1a und estnischer Polizei ermordet, dagegen 4691 Kommunisten[118]. Für das „altrussische" Gebiet zwischen Peipus-See, Ilmen-See und Leningrad, in dem das Sonderkommando 1b tätig wurde, ist bis zum Frühjahr 1942 von mindestens 4000 Exekutionen auszugehen, unter ihnen aber wohl nur der geringere Teil an Juden[119]. Ein umso lohnenderes Ziel war Leningrad, wo etwa 200000 Juden und viele tausend kommunistische Funktionsträger lebten. Nur ein Teil von ihnen konnte evakuiert werden.

Mitte Juli 1941 schien eine handstreichartige Besetzung der 3-Millionen-Metropole in greifbarer Nähe. Die Panzergruppe 4 hatte sich in ihren schnellen Panzerraids bis auf weniger als hundert Kilometer an die Stadt herangekämpft. Die Einsatzgruppe A, die ihren Stab in das frontnahe Pleskau verlegte, sah sich schon unmittelbar vor einem riesigen Betätigungsfeld und nahm sofort Kontakt zum Kommando der Panzergruppe auf, in dessen Bereich die Sicherheitspolizei zuvor noch nicht in dem Umfang tätig geworden war wie bei den beiden Armeen[120]: „Mit dem Fall von Petersburg ist frühestens in 3–5 Tagen zu rechnen. Mit der auf Petersburg angesetzten Panzergruppe Höppner ist der Einsatz der Sicherheitspolizei durch Besprechung mit Ic, Chef des Stabes und Generaloberst Höppner vereinbart. Danach werden den vordersten Teilen der Einmarschdivision nach einem im einzelnen aufzustellenden Plane Kommandos der Sicherheitspolizei beigegeben. Da die Vorauskommandos Ek 1a und Ek 1b bei der 18. bezw. 16. Armee nicht entbehrlich sind, zieht die Einsatzgruppe alle nicht unbedingt in Kowno und Riga benötigten Kräfte vom Ek 2 und Ek 3 zum Einmarsch nach Petersburg in Pleskau zusammen. Von hier aus gehen sie zu den Divisionen." Stahlecker hatte sich sogar schon seinen Standort in Leningrad ausgewählt[121]. Welche Auswirkungen die „sehr enge, ja fast herzliche" Zusammenarbeit zwischen seiner Einsatzgruppe und dem Panzergruppenkommando bei einer Besetzung der Stadt für die Leningrader Bevölkerung gehabt hätte, kann man sich vorstellen.

So weit kam es jedoch nicht[122]. Die Hoffnungen auf eine schnelle Eroberung Leningrads erwiesen sich als illusionär. Die Panzerspitzen blieben zunächst im sumpfigen Gelände östlich des Peipus-Sees stecken. Erst einen Monat später konnte die Offensive wieder aufgenommen werden und führte die deutschen Truppen bis vor die Tore der Stadt, ehe die Panzergruppe 4 Mitte September 1941 im Zuge der erneuten Schwerpunktverlagerung an die Front vor Moskau abtrans-

[118] Vgl. Scheffler, Einsatzgruppe A, S. 42, nach einem Bericht des Sk 1a-Chefs Sandberger.

[119] Vgl. Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 262. Die Schätzung ebd., S. 258, dass darunter „nicht wesentlich über hundert Juden" waren, ist aber fraglich. Vgl. auch Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 608.

[120] EM Nr. 26 vom 18. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1. Die Sks 1a und 1b werden in den Ereignismeldungen teilweise auch als Einsatzkommandos bezeichnet. Bereits einige Tage zuvor hatte Stahlecker angekündigt, sich „unmittelbar zur Panzergruppe" zu begeben, da „Petersburg voraussichtlich in kürzester Frist fallen" würde. Vgl. EM Nr. 24 vom 16. 7. 1941, ebd. Vgl. auch Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 175.

[121] EM Nr. 26 vom 18. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1: „Nach Eroberung von Petersburg nehmen diese mit der voraussichtlichen Befehlsstelle der E-Gruppe in Petersburg, Sowjethaus, Verbindung auf, um die zentrale Steuerung der sicherheitspolizeilichen Arbeit zu gewährleisten."

[122] Vgl. zum Folgenden auch Hürter, Wehrmacht, S. 390–404.

portiert wurde. Zugleich übernahm das Oberkommando der 18. Armee die Hauptlast der Belagerung Leningrads und die Verantwortung für die Besetzung der Stadt, auf die in den Kommandostellen der Heeresgruppe Nord noch immer spekuliert wurde. Zum Einmarsch in die Metropole bestimmte Generaloberst v. Küchler das L. Armeekorps und die SS-Polizei-Division, denen weitere SS- und Polizeieinheiten folgen sollten[123]. Als Stadtkommandant war der Kommandierende General des L. A.K. und spätere Oberbefehlshaber der 18. Armee, General Georg Lindemann, vorgesehen. Das Armeeoberkommando plante eine enge Kooperation mit der SS und Polizei, vor allem also mit der Einsatzgruppe A, die ihr Hauptquartier bald ebenso wie die Armee in Krasnogvardejsk aufschlug[124]. Es war beabsichtigt, „zunächst mit möglichst starken Kräften auf möglichst vielen Straßen in die Stadt einzurücken, die Truppe sofort zur Unterstützung der Pol[izei-]Kräfte zu systematischen Säuberungsaktionen einzusetzen und erst dann nach und nach Kräfte wieder herauszuziehen"[125]. Am 15. September 1941 lag im Oberkommando ein Merkblatt zur „Behandlung der Petersburger Bevölkerung" vor, nach dem alle Rotarmisten, Polizisten, Kommunisten, Kommissare, Juden und überhaupt die „verdächtigen Elemente" in Gefangenen- und Konzentrationslager abzuliefern waren[126]. Für die jüdische Bevölkerung war ausdrücklich von „Juden jeden Alters und Geschlechts" die Rede, deren Schicksal, die physische Vernichtung, damit und durch den Zusatz „zur Verfügung des SD." hinreichend angedeutet wurde.

Küchler und seine Mitarbeiter machten sich und ihre Truppen bewusst zu Handlangern der Sicherheitspolizei, die natürlich wegen ihrer relativ geringen Personalstärke von der „Unterstützung" der 18. Armee bei der Erfassung aller „verdächtigen Elemente" und bei den „Säuberungsaktionen" nur profitieren konnte, ja in einer Millionenstadt wie Leningrad auf sie angewiesen war. Zu diesem Verhalten des Armeeoberkommandos passte auch, dass die Einsatzgruppe A kurze Zeit darauf mit spürbarer Befriedigung berichten konnte, dass Küchler die Kennzeichnung der Juden in seinem Operationsgebiet durch den Davidsstern angeordnet habe[127]. Die maßgebliche militärische Kommandobehörde, geführt von einem eher als NS-fern geltenden General, der sich noch im Polenfeldzug gegen Übergriffe auf Juden gewandt hatte[128], war zu einer engen Zusammenarbeit mit der SS und Polizei im besetzten Leningrad bereit. Gerade für den jüdischen Teil der Stadtbevölkerung hätte das schreckliche Folgen gehabt. Leningrad wäre ähnlich wie Kiev, Charkov und andere sowjetische Städte zu einem Hauptschauplatz

[123] Vgl. den Bericht über die Fahrt Küchlers zum L. A.K. am 17. 9. 1941, in: NA, T 312/799. Vgl. auch AOK 18, KTB Ia, 18. 9. 1941, 19.15 Uhr (Ferngespräch Leeb/Küchler), in: NA, T 312/782.

[124] Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 176. Das AOK 18 war dort (bzw. in unmittelbarer Nähe) seit dem 20. 9. 1941, Stahlecker seit dem 7. 10. 1941.

[125] AOK 18, KTB Ia, 13. 9. 1941, 24.00 Uhr (Besprechung Chef/Ic), in: NA, T 312/782.

[126] Merkblatt vom 15. 9. 1941, vermutlich aus der Abt. Ic/AO des AOK 18, mit dem Vermerk „Chef hat Abdruck", in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1571.

[127] EM Nr. 94 vom 25. 9. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/2: „Die Wehrmacht gibt im allgemeinen jetzt nach Besetzung altsowjetrussischer Gebiete schon Anordnungen zur Kennzeichnung der Juden heraus. Dabei hat der Befehlshaber der 18. Armee z.B. angeordnet, dass Juden sich durch weisse Armbinden mit dem Davidsstern auf beiden Armen zu kennzeichnen haben."

[128] Zu diesem scheinbaren Widerspruch vgl. Hürter, Mentalität.

des Holocaust und anderer Verbrechen geworden – unter Mitverantwortung der 18. Armee und ihres Oberkommandos.

Doch auch diese Planungen blieben auf dem Papier. Leningrad wurde belagert, aber nicht erobert, und die Heeresgruppe Nord hing mit ihren beiden Armeen jahrelang im relativ dünn besiedelten Raum zwischen der Ostsee und den Flüssen Volchov und Lovat' fest. Dort gab es für die Sicherheitspolizei immer weniger „Personen zu erfassen", so dass sich ihr Wirken im Militärverwaltungsgebiet auf andere Aufgaben beschränken konnte, ehe die vor Leningrad eingesetzten Polizeikräfte im November 1941 größtenteils nach Weißrussland verlegt wurden. Die Tätigkeit der SS-Kommandos erstreckte sich ohnehin nicht nur auf die Erfassung und „Liquidierung" von Juden, Kommunisten und anderen „verdächtigen" oder „nutzlosen" Elementen. So befasste sich das Sonderkommando 1b (SS-Obersturmbannführer Erich Ehrlinger), das mit nur 110 Mann bis Ende 1941 für weite Teile des Operationsgebiets im Norden zuständig war, auch mit der Partisanenbekämpfung, der Überprüfung der Bevölkerung und der Gefangenen, der Gegenspionage, dem Agenteneinsatz, der Feindaufklärung gegen Leningrad, der Sicherstellung von Dokumenten und der Regelung von „Volkstumsfragen" (Volksdeutsche, Esten, Finnen)[129]. Die Kooperation mit den Heeresdienststellen funktionierte dabei allem Anschein nach weiterhin gut, routiniert und reibungslos[130]. Die Oberkommandos ließen der Einsatzgruppe A und dem Sonderkommando 1b offenbar recht große Freiheiten[131] und interessierten sich außerhalb der Ic/AO-Abteilungen nicht weiter für deren Arbeit, die nach der Ermordung der relativ wenigen Juden auch nicht mehr so spektakulär war. Die Zusammenarbeit spielte sich vornehmlich auf den unteren Ebenen ab. Nur an ganz wenigen Punkten ist ihr direktes Interesse an dieser kleinen, bei Bedarf mörderischen, Sondereinheit und ihren „Dienstleistungen" nachzuweisen, etwa bei der „Beseitigung" von Behinderten, die neben dem Judenmord ein weiteres NS-Verbrechen war, das in den Militärgebieten immer wieder vorkam und ebenfalls das Zusammenwirken der Wehrmacht mit SS und Polizei zeigt[132].

[129] Vgl. dazu ausführlich Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 252–307. Vgl. auch Hürter, Wehrmacht, S. 433–438. Als weiteres SS-Kommando neben dem Sk 1b war vor Leningrad noch das Einsatzkommando „Hamburg" des Sonderkommandos Künsberg tätig, das im Auftrag des Auswärtigen Amts Schriftgut beschlagnahmte und in den wertvollen Bibliotheken der Zarenschlösser reiche Beute machte. Vgl. Hartung, Raubzüge.

[130] Vgl. etwa EM Nr. 130 vom 7. 11. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/3: „Die auf Grund der nachrichtendienstlichen Arbeit über die Lage in L[eningrad] erstellten Berichte fanden nach wie vor das besondere Interesse des AOK 18 und der Korps. Z.B. erklärte der Ic des 50. AK, der kommandierende General (Lindemann) habe ‚grösstes Interesse an allen Berichten, die vom SD kämen'." Vgl. auch die Anerkennung für den Anteil der Einsatzgruppe A an der Partisanenbekämpfung, z.B. EM Nr. 48 vom 10. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1: „Sämtliche Wehrmachtsdienststellen haben hierfür mehrfach ihren besonderen Dank zum Ausdruck gebracht." EM Nr. 86 vom 17. 9. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/2: „Die [16.] Armee hat dem Sonderkommando 1b ihre Anerkennung ausgesprochen."

[131] Vgl. für den Abwehrdienst im Bereich der 18. Armee Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 456.

[132] Zum „Euthanasie"-Mord in der besetzten Sowjetunion fehlt noch eine umfassende Darstellung. Vgl. daher vorerst den Aufsatz von Ebbinghaus/Preissler, Ermordung. Ernst Jünger etwa beschreibt in seinem Tagebuch, Vorošilovsk 1. 12. 1942, in: Jünger, Strahlungen I, S. 432 f., einen Fall im kaukasischen Operationsgebiet der Heeresgruppe A (Ewald v. Kleist): „Besuch des Pestinstituts, das mit russischen Gelehrten und Angestellten arbeitet. [...] Da im Pestinstitut auch große Mengen von Impfstoff gewonnen werden, wurde es nach dem Einmarsch der deutschen Truppen unter Schutz gestellt. Man teilte ihm zur Versorgung eine Kolchose zu, auf welcher der russische

Im Nürnberger „OKW-Prozess" wurde dem Angeklagten Georg v. Küchler vorgeworfen, er habe als Oberbefehlshaber der 18. Armee am 26. Dezember 1941 einem Antrag des XXVIII. Armeekorps zugestimmt, 230 bis 240 geisteskranke bzw. an Syphilis und Epilepsie erkrankte Frauen einer Anstalt in dem ehemaligen Kloster Makarevskaja Pustin' nahe Schlüsselburg durch die Sicherheitspolizei töten zu lassen[133]. Das Generalkommando begründete seinen Antrag mit der Seuchengefahr und verwies im Übrigen darauf, „daß die Insassen der Anstalt auch im Sinne deutscher Auffassung Objekte nicht mehr lebenswerten Lebens darstellen". In Wirklichkeit ging es wohl vor allem um Unterkunftsraum für die Truppe. In Nürnberg und später[134] bestritt Küchler seine Einwilligung zu diesem Mord und vermutete einen Irrtum im Ic-Tätigkeitsbericht des Korps, in dem dieser Vorgang überliefert ist. Ein ähnlicher, in Nürnberg noch nicht bekannter „Euthanasie"-Mord führt aber eindeutig zu Küchler und erhöht die Plausibilität seiner Zustimmung im Makarevskaja-Fall. Er wirft ein Schlaglicht auf die Beteiligung höchster Frontdienststellen an NS-Verbrechen und ist eines der seltenen überlieferten Beispiele für die direkte Verantwortung eines Oberbefehlshabers für eine Mordaktion der Sicherheitspolizei.

Ganz in der Nähe des Armeehauptquartiers befand sich eine große psychiatrische Anstalt, die Kaščenko-Klinik in Nikolskoe mit über tausend Patienten. Da die Verpflegung dieser Einrichtung sehr bald zu einem Problem wurde, bat die zuständige Ortskommandantur Krasnogvardejsk (Land) am 11. Oktober 1941 das Armeeoberkommando „um Beseitigung der Irren durch S.D., der hierfür bereit sein soll"[135]. Der Oberquartiermeister der 18. Armee, Oberst i.G. Bucher, lehnte diesen Antrag zunächst ab, da Küchler bereits entschieden hatte, die Verpflegung der Anstalt auf die Gemeinde Krasnogvardejsk abzuwälzen. Bei der zunehmend schlechten Ernährungslage der Bevölkerung war das jedoch nur schwer zu realisieren. Außerdem machte der Mangel an festen Unterkünften die Anstaltsgebäude für die Armee immer attraktiver. Daher wurde am 30. Oktober ein anderer Ausweg gesucht und bei der Heeresgruppe Nord beantragt, „den Abtransport von etwa 1000 Geisteskranken aus der Irrenanstalt Nikolskoje ins r[ückwärtige] H[eeres]-G[ebiet] zu verfügen, da ihre Verpflegung schwer durchführbar ist und weil die Räume für das in Nikolskoje liegende Kr[iegs]-L[azarett] gebraucht werden"[136]. Offenbar hoffte das Armeeoberkommando, durch einen Abschub der Pa-

Staat bis dahin achthundert Geisteskranke beschäftigt und ernährt hatte. Diese Kranken wurden nun, um das Gut für das Pestinstitut zu räumen, durch den Sicherheitsdienst umgebracht. In einem solchen Zuge verrät sich die Neigung des Technikers, die Moral durch Hygiene zu ersetzen, ganz ähnlich, wie er die Wahrheit durch Propaganda ersetzt."

[133] Zu diesem in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2268, dokumentierten Fall vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 269f.; Friedrich, Gesetz, S. 447–451. Diese Angelegenheit trug erheblich zu Küchlers Verurteilung zu 20 Jahren Haft am 27. 10. 1948 bei.

[134] Vernehmung Küchlers im Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Konstanz gegen Dr. Hubig, 23. 2. 1967, in: BAL, 207 AR 2142/66.

[135] AOK 18, KTB O.Qu., 11. 10. 1941, 13.00 Uhr, in: BA-MA, RH 20-18/1204.

[136] Ebd., 30. 10. 1941, 9.00 Uhr. Vgl. auch ebd., 4. 11. 1941, 9.50 Uhr: „O.K. I 305 fragt an, wo für die Geisteskranken und ihre Wärter (i.Sa. 1700 Personen) in Nikolskoje Verpflegung zu empfangen sei. Entscheid: Truppenverpflegung ist lt. Verfügung O.K.H. hierfür nicht auszugeben, die Verpflegung ist aus Landesbeständen zu entnehmen. Im übrigen läuft ein Antrag des A.O.K. 18 bei der Heeresgruppe auf Abbeförderung der Geisteskranken, da Anstalt für Kriegslazarett gebraucht wird."

tienten aus seinem Befehlsbereich die „Beseitigung der Irren durch S.D." zu umgehen oder doch wenigstens nichts mehr mit ihr zu tun zu haben. Man näherte sich aber immer mehr der schrecklichen Lösung, die von vornherein gefordert worden war. Denn dass die Übergabe dieses Falls an die Sicherheitspolizei den Vollzug der „Euthanasie", also die „Beseitigung" der Geisteskranken bedeutete, musste jedem klar sein.

Das Heeresgruppenkommando verzögerte zunächst die Entscheidung über diese lästige Angelegenheit. Da sich die Zustände in Nikolskoe weiter verschlechterten, entschloss sich das Armeeoberkommando am 15. November 1941 daher aus eigenen Stücken doch zu der Gewaltlösung, die es einen Monat zuvor noch abgelehnt hatte. Um 10.30 Uhr meldete der Oberquartiermeister dem Chef des Generalstabs, dass die „Ernährung der 1200 Irren in Nikolskoje nicht mehr möglich" sei, und schlug die „Übergabe an S.D. zum Abtransport" vor[137]. Dass der unverblümte Begriff „Beseitigung" nun durch das unbestimmtere Wort „Abtransport" ersetzt wurde, hatte rein kosmetische Bedeutung. Um 11.00 Uhr trug Bucher diese Angelegenheit auch Küchler vor und erhielt vom Oberbefehlshaber die „Genehmigung, die Irren in Nikolskoje dem S.D. zu übergeben"[138]. Damit war das Todesurteil über die psychisch kranken Menschen der Kaščenko-Klinik gesprochen. Bereits einen Tag später traf sich Bucher mit Stahlecker, vermutlich um die Einzelheiten zu besprechen[139]. Am 18. November informierte der Oberquartiermeister die zuständigen Sachbearbeiter über die „Durchführung der Aktion in Nikolskoje" und den Anteil der Armee an ihr[140]: „A[rmee]-Nachschub-F[ührer] stellt 5–6 Lkw. zum Transport. Teile Nachr[ichten]-Rgt. in Nikolskoje die äußere Absperrung. Sonst nichts."

Als Oberbefehlshaber v. Küchler wenige Tage später, am 24. November, das Kriegslazarett in Nikolskoe besichtigte[141], war das Mordwerk bereits getan. So konnte sich der Generaloberst mit eigenen Augen vom „Erfolg" der von ihm genehmigten und verantworteten Aktion überzeugen. Nach sowjetischen Quellen wurden am 20. November 1941 etwa 850 bis 900 Patienten der Kaščenko-Klinik durch Giftinjektionen getötet und in einem Panzergraben bei einem nahegelegenen Dorf verscharrt[142]. Diese Zahl wird durch die Meldung der 18. Armee an die Heeresgruppe Nord vom 13. Dezember 1941 bestätigt, dass sich „in der Irrenanstalt Nikolskoje mit Nebenanstalten" von den ursprünglich wohl 1200 Patienten noch 310 Personen befänden[143]. Doch auch diese zunächst Verschonten werden

[137] Ebd., 15. 11. 1941, 10.30. Uhr (Vortrag O.Qu. beim Chef).
[138] Ebd., 15. 11. 1941, 11.00 Uhr (Vortrag O.Qu. beim O.B.).
[139] Ebd., 16. 11. 1941, 17.00 Uhr.
[140] Ebd., 18. 11. 1941, 10.00 Uhr (Besprechung O.Qu. mit Qu. 2, Stabsarzt Dr. Wikulill und Hauptmann Blumschein).
[141] Ebd., 24. 11. 1941, 10.15 Uhr.
[142] Vgl. die Unterlagen der sowjetischen Staatlichen Sonderkommission zur Feststellung von Kriegsverbrechen, Akte Gatčina, ca. 1944, in: U.S. Holocaust Memorial Museum, Washington D.C., RG-22002M, reel 16. Den Hinweis auf diese Dokumente verdanke ich meinem Kollegen Dr. Dieter Pohl. Besonders tragisch ist, dass ein Brief der Anstaltsärztin Orlova an den Ortskommandanten vom 6. 11. 1941, in dem sie die elenden Lebensbedingungen der Patienten schilderte, vermutlich zum deutschen Entschluss zur Gewaltlösung beigetragen haben wird. Ebbinghaus/Preissler, Ermordung, S. 80, stützen sich ebenfalls auf sowjetische Unterlagen, geben aber für die Ermordung der Patienten ein falsches Datum (29. 11. statt richtig 20. 11. 1941) an.
[143] AOK 18, KTB O.Qu., 13. 12. 1941, 23.30 Uhr, in: BA-MA, RH 20–18/1205.

dem in diesem Fall von einem Armeeoberkommando nicht nur hingenommenen, sondern initiierten Export des „Euthanasie"-Mords in den besetzten Teil der Sowjetunion letztlich zum Opfer gefallen sein[144]. Ausschlaggebend für die Initiative Küchlers und seiner Mitarbeiter waren nicht nur ideologische Überlegungen über „unwertes Leben", sondern zunächst vor allem Nützlichkeitserwägungen. Man wollte sich nicht mit der Verpflegung von Zivilisten belasten, spekulierte auf die Steinbauten der Anstalt und hoffte sich mit Hilfe der Sicherheitspolizei eines Problems entledigen zu können. Die Schwierigkeiten der Ernährung und Unterkunft im Operationsgebiet spielten – je länger der Feldzug andauerte und je schlechter die Versorgungslage in der kalten Jahreszeit wurde, desto mehr – eine immer größere Rolle für das Verhalten der Wehrmacht und ihre Einstellung zu den NS-Verbrechen gegen Juden und andere Bevölkerungsteile, die nicht allein im nationalsozialistischen Denken als „gefährlich" oder „unnütz" eingestuft wurden. Diese fatale Verbindung zwischen militärischem Utilitarismus und ideologischen, vor allem antisemitischen Rastern prägte nicht nur im Norden, sondern auch an den anderen Frontabschnitten das Verhältnis der höchsten Truppenführung zu den Mordaktionen der SS und Polizei.

Heeresgruppe Mitte

Der Judenmord im Bereich der *Heeresgruppe Mitte*, also zunächst vor allem in Weißrussland, wies dieselbe etappenweise Radikalisierung auf wie im Norden und Süden, allerdings teilweise mit zeitlicher Verzögerung und mit regionalen Unterschieden[145]. Zunächst wurden auch hier vorrangig die männliche „jüdische Intelligenz" – Staatsbedienstete, KP-Funktionäre, Akademiker mit Ausnahme der Ärzte – und oft überhaupt alle wehrfähigen jüdischen Männer ermordet, dann ab Ende Juli/Anfang August 1941 immer häufiger auch jüdische Frauen und Kinder, bevor die deutschen SS- und Polizeikräfte Ende August/Anfang September dazu übergingen, in kleineren Orten ganze jüdische Gemeinden zu vernichten, und schließlich Anfang Oktober mit den systematischen Massakern in den Städten die ausnahmslose Ermordung aller Juden begann. An diesem Massenmord beteiligten sich Bataillone der Ordnungspolizei, Waffen-SS-Einheiten, Dienststellen und Einheiten der Wehrmacht sowie – wenn auch nicht in dem Umfang wie im Baltikum und in der Ukraine – einheimische Hilfspolizisten. Doch der Hauptanteil und die „Federführung"[146] lag bei der Einsatzgruppe B, die aus zwei Einsatzkommandos (Ek 8, Ek 9) und drei Sonderkommandos (Sk 7a, Sk 7b, Vorkommando Moskau), anfangs 655 Mann, bestand und von einem besonders hochrangigen Polizeioffizier, dem Chef des Reichskriminalpolizeiamts, SS-Brigadeführer Arthur Nebe, geführt wurde. Allein diese Formation der Sicherheitspolizei und des SD verzeichnete bis Ende Februar 91012 „Liquidierte", unter ihnen ganz überwie-

[144] Nach den sowjetischen Angaben betrug die Gesamtzahl der Opfer der Kaščenko-Klinik 1300 Menschen. Im September/Oktober 1943 wurden die Leichen „enterdet" und verbrannt, um die Spuren zu verwischen. Die zu dieser Arbeit eingesetzten sowjetischen Kriegsgefangenen wurden anschließend ermordet.

[145] Grundlegend zum Folgenden: Gerlach, Einsatzgruppe B; Gerlach, Ausweitung; Gerlach, Morde, S. 503–774.

[146] Gerlach, Einsatzgruppe B, S. 61.

gend Juden[147]. Dabei war sie wegen ihrer geringen Stärke auf die Zusammenarbeit mit dem Höheren SS- und Polizeiführer Russland-Mitte, SS-Gruppenführer Erich v. d. Bach-Zelewski, und der Ordnungspolizei sowie vor allem auch mit der Wehrmacht, besonders mit den Kommandanturen und der Geheimen Feldpolizei, angewiesen.

Die Einheiten Himmlers begleiteten den Vormarsch der Heeresgruppe Mitte in drei Säulen, die den drei wichtigsten West-Ost-Verbindungen in diesem Bereich entsprachen[148]. Im Norden war das Sonderkommando 7a der 9. Armee (Generaloberst Adolf Strauß) zugeordnet und rückte über Bialystok, Wilna und Vilejka nach Vitebsk und darüber hinaus vor. Ihm folgten das Einsatzkommando 9 und dahinter das Polizei-Reservebataillon 131. In der Mitte marschierte, der 4. Armee (Generalfeldmarschall Günther v. Kluge) zugeteilt, das Sonderkommando 7b von Brest über Baranoviči nach Minsk, Bobrujsk und Mogilev, dann weiter Richtung Smolensk, gefolgt vom Einsatzkommando 8 und den Polizeibataillonen 316 und 322. Teilkommandos der Einsatzgruppe B wurden bei Bedarf und auf Wunsch der militärischen Stellen auch den erst zwei (2, 3), dann drei Panzergruppen (2, 3, 4) dieser schlagkräftigsten Heeresgruppe des Ostheeres beigegeben – eine bezeichnende Erweiterung des „Wagner-Heydrich-Abkommens," in dem zwar von den Armeen, nicht aber von den Panzergruppen die Rede war. Die dritte Kolonne des SS- und Polizeiapparats bestand aus einer „Einsatzgruppe z.b.V.", die der Befehlshaber der Sicherheitspolizei (BdS) Krakau zusammengestellt hatte, und den SS-Kavallerie-Regimentern 1 und 2, die dann die berüchtigte SS-Kavallerie-Brigade bildeten. Sie ging am südlichen Rand der Heeresgruppe von Brest aus nach Pinsk und Gomel' vor, operierte also vor allem im Gebiet der Pripjat'-Sümpfe.

Von dem nachweislich guten Zusammenwirken Nebes mit dem Oberkommando der Heeresgruppe Mitte zumindest in den ersten beiden Monaten des Ostfeldzugs war bereits die Rede[149]. Der Einsatzgruppenchef unterrichtete die höchste Kommandobehörde seines Bereichs relativ offen über die Aktionen seiner Leute, besonders unverblümt in einem Tätigkeitsbericht, der von Oberbefehlshaber Fedor v. Bock und seinen wichtigsten Generalstabsoffizieren Greiffenberg (Chef), Tresckow (Ia), Gericke (Ib) und Gersdorff (Ic) in der zweiten Julihälfte abgezeichnet wurde[150]. Darin war von den – in Weißrussland allerdings „wegen des starken Übergewichts der jüdischen Bevölkerung und wegen der Stumpfheit der Weißrussen nahezu unmöglich[en]" – Bemühungen, antijüdische Pogrome anzuzetteln, ebenso die Rede wie von der Ermordung von jüdischen Männern in den Städten Bialystok, Wilna und Minsk, die selbst dann als „Vergeltungsmaßnahmen" deklariert wurden, wenn die Unverhältnismäßigkeit zwischen dem Vorwand und der „Sühne" geradezu groteske Züge annahm[151]. Dieses Miss-

[147] Vgl. die Aufstellung ebd., S. 62.
[148] Vgl. ebd., S. 54, und Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 179–186.
[149] Vgl. Kapitel II,5,b.
[150] Polizeilicher Tätigkeitsbericht der Einsatzgruppe B für das H.Gr.Kdo. Mitte für die Zeit von ca. 9. bis 16. 7. 1941, in: Hürter, Weg, S. 552–556.
[151] Vgl. ebd., S. 554: „Nach einer Meldung des z.Zt. in Wilna befindlichen E.K. [9] fand auf das Dienstgebäude der Polizei in der Nacht vom 12. auf 13. 7. ein Feuerüberfall statt, durch den jedoch niemand [!] verletzt wurde. Als Vergeltungsmaßnahme wurden 408 Juden festgenommen und nach Beschlagnahme ihres Vermögens erschossen. Am 15. 7. wurde in Zusammenarbeit mit dem

verhältnis muss auch Bock und seinen Mitarbeitern ins Auge gefallen sein. Ebenso dürften ihnen die Massaker der Ordnungspolizei in Bialystok am 27. Juni (ca. 2000 jüdische Männer und auch Frauen) und in Brest am 6./7. Juli 1941 (über 4000 jüdische Männer) bekannt geworden sein, da das Polizeibataillon 309 in Bialystok direkt der 221. Sicherungsdivision unterstellt war und das Polizeibataillon 307 in Brest gemeinsam mit der Feldkommandantur und Teilen der 162. Infanteriedivision vorging[152]. Auch erfuhren sie – allerdings ohne Angabe der Opferzahlen – durch eine Notiz Nebes von einem weiteren Massenmord dieser ersten Phase, „einer Großaktion des Höheren SS- und Polizeiführers gegen Juden und andere kommunistische Elemente und Plünderer", bei der am 17. Juli 1941 in Slonim an die 1200 Menschen, meist Angehörige der „jüdischen Intelligenz", von einem Teilkommando des Ek 8 und dem Polizeibataillon 316 erschossen wurden[153].

Die Einsatzgruppe B legte den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit zunächst auf die Großstädte Wilna, das alte Streitobjekt zwischen Polen und Litauern, und Minsk, die weißrussische Metropole. Das kam auch in den Berichten Nebes für das Heeresgruppenkommando deutlich zum Ausdruck. Allein der zitierte Tätigkeitsbericht von Mitte Juli nennt für drei Tage (12., 13., 15. Juli) 627 erschossene Juden in Wilna, wo das Einsatzkommando 9 mit Unterstützung von 150 litauischen Hilfspolizisten zwischen dem 4. und 20. Juli 1941 bis zu 5000 jüdische Männer umbrachte[154]. Ebenso offen wurden in den Berichten für Bock und seinen Stab die Aktivitäten in Minsk angesprochen, die im Juli und August die meisten Kräfte der Einsatzgruppe B banden und zu den relativ höchsten Opfern unter der jüdischen Bevölkerung führten. Voraussetzung war ein enges Zusammenwirken mit der Wehrmacht, die Minsk schon am 28. Juni erobert hatte[155]. Wenige Tage später ließ der Standortkommandant alle Männer im wehrfähigen Alter, etwa zwischen 18 und 45 Jahren, in einem großen Zivilgefangenenlager internieren. Da diese ca. 40 000 Zivilisten kaum versorgt werden konnten und auch zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft bald wieder entlassen werden mussten, bat das zuständige Oberkommando der 4. Armee die Einsatzgruppe B um den 10. Juli herum, das Lager gemeinsam mit der Geheimen Feldpolizei „durchzukämmen", also die Insassen zu überprüfen[156]. Vermutlich wurde Nebe dieser Auftrag direkt von Generalfeldmarschall v. Kluge erteilt, der gerade in diesen Tagen mit dem Einsatzgruppenchef zusammentraf[157] und sich einem Vertreter der Organisation Todt gegenüber die Entscheidung über Entlassungen aus dem Interniertenlager persönlich vorbe-

litauischen Ordnungsdienst eine gleiche Maßnahme gegen weitere 219 Juden durchgeführt. [...] In Minsk wurden in der Zeit vom 14. bis 16. 7. 349 Angehörige der jüdischen Intelligenz als Vergeltungsmaßnahme wegen der täglich von Juden in Minsk vorgenommenen Brandstiftungen liquidiert."

[152] Zu Bialystok vgl. Mallmann/Rieß/Pyta (Hrsg.), Deutscher Osten, S. 70–74; zu Brest vgl. Gerlach, Morde, S. 546–548. In beiden Städten folgten weitere Morde durch die Sicherheitspolizei und die Ordnungspolizei. Über den Beitrag der Ordnungspolizei zu den Judenmorden bei der Heeresgruppe Mitte vgl. auch Angrick [u.a.], Tagebuch.

[153] Notiz Nebes für das H.Gr.Kdo. Mitte, 22. 7. 1941, in: BStU, ZUV 9, Bd. 31, Bl. 21. Vgl. auch Gerlach, Morde, S. 548.

[154] Vgl. ebd., S. 545.

[155] Zum Folgenden vgl. auch Gerlach, Einsatzgruppe B, S. 54–56; Gerlach, Morde, S. 506–510, 549f.

[156] EM 21 vom 13. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1. Vgl. auch Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 236.

[157] Vgl. EM Nr. 23 vom 15. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1.

hielt[158]. Nach einem Bericht an das Reichssicherheitshauptamt gelangten nur Personen zur Entlassung, „die sich einwandfrei ausweisen konnten und die weder politisch noch kriminell belastet sind. Der im Lager verbliebene Rest wird einer sorgfältigen Überprüfung unterzogen und jeweils nach Maßgabe des Ermittlungsergebnisses behandelt werden. 1050 Juden wurden zunächst liquidiert. Weitere werden täglich laufend zur Exekution gebracht. Hinsichtlich der noch im Lager verbliebenen Nichtjuden wurde mit der Liquidierung der Kriminellen, der Funktionäre, der Asiaten usw. begonnen."[159]

Auch wenn die katastrophalen Zustände eine Freilassung Tausender nicht überprüfter Zivilgefangener erzwangen, unter ihnen auch zahlreiche Juden, bestand das Lager noch bis Oktober 1941. Besonders im Juli und August wurden vor allem von der Sicherheitspolizei, aber ebenso von der Geheimen Feldpolizei, vielleicht auch von anderen Polizei- und Wehrmachtseinheiten, laufend Juden sowie „Funktionäre, Agenten, Kriminelle, Asiaten usw." erschossen – Ende Juli war von „täglich etwa 200 Personen" die Rede[160]. Die genaue Zahl der Ermordeten ist unbekannt. Nach dem Krieg wurden am Exekutionsort, einem Graben nahe Minsk, etwa 10000 Leichen gefunden. Vermutlich wurden allein im Juli 1941 an die 5000 Zivilgefangene erschossen, überwiegend Juden. Dieses Massenverbrechen geschah unter den Augen, in der Verantwortung und mit Hilfe der Oberkommandos der 4. Armee und der 2. Armee (Generaloberst Maximilian v. Weichs), die vom 3. bis 10. bzw. vom 10. bis 16. Juli 1941 ihre Hauptquartiere in Minsk hatten und deren Oberquartiermeister nacheinander für das Lager zuständig waren[161]. Wahrscheinlich öffnete Oberbefehlshaber Günther v. Kluge der Einsatzgruppe B sogar persönlich den Zugang zu diesem Zivilgefangenenlager der Wehrmacht. Auf jeden Fall hatten die militärischen Stellen der Sicherheitspolizei, bevor sie mit ihren Erschießungen beginnen konnte, „die wehrfähigen Männer konzentriert, bewacht, vorsortiert und quasi noch frei Haus geliefert"[162]. Außerdem beteiligte sich auch die Geheime Feldpolizei, die den Ic-Abteilungen der Oberkommandos direkt unterstellt war, an den „laufenden" Morden.

Bei dieser guten Kooperation wundert es nicht, dass Nebe keine Bedenken hatte, auch dem Heeresgruppenkommando über die Mordaktionen reinen Wein einzuschenken. Im erwähnten, von Bock und seinen Mitarbeitern gelesenen Tätigkeitsbericht hieß es[163]: „Der sich noch im Minsker Zivilgefangenenlager befindliche Rest von 2500 Juden wird laufend weiter aussortiert. Jüdische Intelligenz ist nicht mehr darunter [...]. Soweit die noch im Lager vorhandenen Juden nicht unbedingt zu dringenden wirtschaftlichen Arbeiten benötigt werden, erfolgt weiter eine laufende Liquidierung." Damit war auch klar, dass sich die Einsatzgruppe B

[158] Bericht von Ministerialrat Xaver Dorsch (OT), 10. 7. 1941, in: IMT, Bd. 25, S. 81–83, hier S. 82. Dorsch hatte sich über die untragbaren Zustände im Lager und den Entzug von Arbeitskräften beklagt.

[159] EM Nr. 21 vom 13. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1.

[160] EM Nr. 36 vom 28. 7. 1941, ebd.

[161] Vgl. Gerlach, Morde, S. 507: bis zum 14. 7. 1941 der Oberquartiermeister der 4. (Panzer-)Armee, anschließend der Oberquartiermeister der 2. Armee.

[162] Gerlach, Einsatzgruppe B, S. 56.

[163] Polizeilicher Tätigkeitsbericht der Einsatzgruppe B für das H.Gr.Kdo. Mitte für die Zeit von ca. 9. bis 16. 7. 1941, in: Hürter, Weg, S. 555.

keineswegs nur auf die „Beseitigung" der „jüdischen Intelligenz" beschränkte, sondern nach und nach alle wehrfähigen jüdischen Männer tötete, sofern sie nicht im Interesse der deutschen Kriegführung unabkömmlich waren. In einer Meldung Nebes vom 22. Juli 1941 erfuhr das Heeresgruppenkommando[164]: „In Minsk gibt es keine jüdische Intelligenz mehr." So mussten sich seine Berichte im nächsten Monat, die von Bock und seinen Generalstabsoffizieren abgezeichnet wurden, über eine „weitere Sonderaktion gegen die Minsker Juden"[165] und eine „größere Judenaktion in Minsk"[166] auf die „Liquidierung" eines größeren als des ursprünglich ins Visier genommenen Opferkreises beziehen. Schon die Exekution der jüdischen Funktionäre und Akademiker war nichts anderes als ein ideologisch und politisch motivierter Massenmord. Dass nun immer häufiger fast alle jüdischen Männer erschossen wurden, bedeutete eine zusätzliche Steigerung. Bis zu welchem Grad waren die Oberbefehlshaber und ihre Stäbe bereit, diese ihnen sehr wohl bekannten Verbrechen der SS- und Polizeikräfte in ihrem Befehlsbereich hinzunehmen und teilweise sogar zu unterstützen?

Wie bei der Heeresgruppe Nord so waren auch bei der Heeresgruppe Mitte gleich die ersten Wochen entscheidend für das Verhältnis zwischen der höchsten Truppenführung und dem SS- und Polizeiapparat. Das Heeresgruppenkommando, die Armeeoberkommandos und der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets ließen der Einsatzgruppe B und den Polizeibataillonen von Anfang an viel Freiraum, obwohl sie genau wussten, zu welcher Art von „Aktionen" dieser Freiraum genutzt wurde. Die brutale „Beseitigung" der Kommunisten und Funktionäre, der „jüdischen Intelligenz" und darüber hinaus der wehrfähigen jüdischen Männer wurde oft mehr als nur hingenommen. Diese Kreise galten auch in der Wehrmacht als Stützen des „bolschewistischen Systems", die man gezielt herausschlagen müsse, um dieses System zum Einsturz zu bringen. So regte das Oberkommando der 4. Armee (Kluge) am 6. Juli 1941 beim OKH an, die Verbände des Ostheeres nochmals darauf hinzuweisen, „einer guten und *gerechten* Behandlung der loyalen Bevölkerung ein besonderes Augenmerk zuzuwenden" und Sabotagefälle „einzelnen kommunistischen Elementen, vor allem Juden, anzulasten"[167]. Teilweise wurden die militärischen Stellen selbst aktiv und töteten nicht nur Kommissare, sondern auch jüdische Zivilisten, wie etwa eine Meldung des Generalstabschefs der Panzergruppe 3 von Mitte Juli 1941 belegt[168].

[164] Notiz Nebes für das H.Gr.Kdo. Mitte, 22. 7. 1941, in: BStU, ZUV 9, Bd. 31.

[165] Polizeilicher Tätigkeitsbericht der Einsatzgruppe B für das H.Gr.Kdo. Mitte für die Zeit von 17. bis 23. 8. 1941, 25. 8. 1941, abgezeichnet von Bock, Greiffenberg, Tresckow, Gericke und Gersdorff, in: BStU, ZUV 9, Bd. 31.

[166] Polizeilicher Tätigkeitsbericht der Einsatzgruppe B für das H.Gr.Kdo. Mitte für die Zeit von 24. bis 31. 8. 1941, 3. 9. 1941, abgezeichnet von Greiffenberg, Tresckow und Gersdorff, ebd.

[167] AOK 4 an OKH, 6. 7. 1941, mitgeteilt in: Befehl des OKH (Gen.St.d.H., Abt. K.Wes./Abw. III, Nr. 2111/41), 12. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–17/276. Vgl. auch den Befehl Kluges (AOK 4, Ic/AO), 8. 7. 1941, in: BA-MA, RH 21–4/483, in dem „jüdische und kommunistische Elemente" von einer an sich positiven Beurteilung der weißrussischen Bevölkerung ausdrücklich ausgenommen wurden.

[168] Pz.Gr.Kdo. 3 (Ic, Abendmeldung, gez. Hünersdorff) an (Pz.)AOK 4, 17. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2283: „In Dzisna wurden 8 Juden und 2 Polen als Vergeltung für Sabotage an Telefonleitungen erschossen. 2 Kommissare in Zivil vom Stab Panzergruppe 3 ergriffen und erschossen."

Viele militärische Befehlshaber und Generalstabsoffiziere werden gerade in der ersten Phase des Feldzugs, in der ganz auf einen schnellen und entscheidenden Erfolg gesetzt wurde, das Herausbrechen solcher „Korsettstangen", für die man kommunistische und jüdische „Aktivisten" und „gefährliche Elemente" hielt, als eine zwar höchst unangenehme, aber notwendige Maßnahme in diesem besonderen Krieg gesehen haben[169]. Man war der Sicherheitspolizei regelrecht dankbar, dass sie diese Aufgabe übernahm und damit die militärischen Operationen flankierte. Das Wirken der Einsatzgruppen galt als wichtiger Beitrag zur Befriedung des Hinterlands. Das Oberkommando der 2. Armee (Weichs), das soeben noch für die Selektionen und Erschießungen in Minsk mitverantwortlich war, betonte am 10. August 1941 beispielsweise, wo das ihr zugeteilte Sonderkommando 7b „fest durchgegriffen" habe, sei dies „von der Truppe immer dankbar empfunden worden"[170]. Allerdings sei das Kommando unter Führung von SS-Sturmbannführer Günther Rausch wegen seiner geringen Stärke allein zu schwach, „die dringend notwendigen Massnahmen (z.B. rechtzeitige Errichtung von Konzentrationslagern) gegen alle Elemente durchzuführen, die zu einer heimlichen Unterstützung von Banden befähigt sind". Daher bat der Generalstabschef der Armee, Oberst i.G. Hermann v. Witzleben, das Heeresgruppenkommando Mitte sogar, noch „stärkere Einheiten des SD zur unmittelbaren Zusammenarbeit mit dem Armee-Oberkommando über die Grenze des rückwärtigen Heeresgebietes hinaus in den Armeebereich vorzuschieben". Das Armeeoberkommando verkenne zwar nicht die Gründe, „die dazu geführt haben, den SD vorwiegend im rückw. Heeresgebiet einzusetzen. Die politischen Verhältnisse liegen aber in Sowjet-Russland wesentlich anders als in den bisherigen Feindstaaten." Deshalb wollte Witzleben ein „weiteres Vorziehen des SD", „zumal auch die Truppe sofortige Massnahmen dringend wünscht, die zu ergreifen und durchzuführen sie selbst nicht in der Lage ist". Sehr entlarvend war der abschließende Satz des Schreibens: Die Truppe werde auch eher von der durch das Heeresgruppenkommando am 7. August 1941 beanstandeten[171] „zu weitgehenden Ergreifung von Kollektivmassnahmen Abstand nehmen, wenn sie die Gewähr hat, dass von besonders dazu eingesetzten Organen energisch gegen die dicht in ihrem Rücken noch befindlichen gefährlichen Elemente vorgegangen wird".

Dass Zivilgefangenenlager, wie sie nicht nur in Minsk, sondern auch in anderen Städten im Operationsgebiet der Heeresgruppe Mitte entstanden[172], vor allem auch als Reservoir für „Repressalmaßnahmen" und Judenerschießungen dienten, war bekannt, störte aber offenbar nicht. Im Gegenteil, man half der Sicherheitspo-

[169] Zu diesen Beweggründen vgl. auch Hürter, Weg, passim.

[170] AOK 2 (Ic/AO, Nr. 1662/41 geh., gez. Witzleben) an H.Gr.Kdo. Mitte, „Bekämpfung des Bandenwesens", 10. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20-2/1091.

[171] Gemeint ist der Befehl des H.Gr.Kdo. Mitte (Ic/AO, Nr. 103/41 g.Kdos., gez. Greiffenberg) „Kollektive Gewaltmaßnahmen", 7. 8. 1941, in: BA-MA, RH 21-3/709, Bl. 13. Vgl. Kapitel II,4,c. Witzleben gab diesen Befehl am 11. 8. 1941 an die unterstellten Verbände weiter und erwähnte in seinem aufschlussreichen Zusatz den Antrag der Armee, „stärkere Einheiten des SD über die Grenze des rückwärtigen Heeresgebietes hinaus in den Armeebereich vorzuziehen. Ihre Aufgabe wird es sein, gegen alle die Partisanen heimlich unterstützenden Elemente vorzugehen, um dadurch die Sicherheit für die rückwärtigen Verbindungen der Truppe zu erhöhen." Befehl des AOK 2 (Ic/AO, Nr. 206/41 g.Kdos., gez. Witzleben), 11. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20-2/1091.

[172] Vgl. die Beispiele bei Gerlach, Morde, S. 503–514.

lizei weiterhin bei der Selektion. So wurden in Vitebsk dem Einsatzkommando 9 in der zweiten Augusthälfte „von der Wehrmacht bei der Durchkämmung des Zivilgefangenenlagers 397 Juden übergeben", die angeblich – die Vorwände waren immer gleich – gegen die deutschen Truppen gearbeitet hatten. Diese Aktion blieb dem Oberkommando der 9. Armee, das zur selben Zeit am selben Ort sein Hauptquartier hatte, nicht verborgen. Major Brotbrück, der Adjutant von Generaloberst Strauß, sah sich mit einem weiteren Offizier auf eigenen Wunsch die „Sonderbehandlung" an und dürfte anschließend seinem Oberbefehlshaber vom Verlauf der Erschießung Hunderter jüdischer Männer genau berichtet haben. Nebe konnte das Heeresgruppenkommando mit Genugtuung über die Eindrücke dieses Offiziers informieren[173]: „Die Sonderbehandlung wurde in der üblichen Form durchgeführt. Major Brotbrück sprach sich über die soldatische Haltung des Kommandos anerkennend aus und äußerte, daß die von der Sicherheitspolizei geübte Praxis der Liquidierungen zweifellos eine ‚humane Durchführungsart' sei." Auch diese Meldung wurde von Feldmarschall v. Bock und seiner engsten Umgebung zur Kenntnis genommen.

Anders als das Armeeoberkommando 9 in Vitebsk, verwahrte sich der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte allerdings dagegen, unmittelbar mit Massenerschießungen der Sicherheitspolizei konfrontiert zu werden. Ab der zweiten Julihälfte kam es in Borisov, dem Standort des Oberkommandos, wiederholt zu „Liquidierungen" von Juden[174]. Die Nähe seines Hauptquartiers zu diesen Morden war Fedor v. Bock lästig, jedenfalls notierte er am 4. August 1941 in sein Tagebuch[175]: „Auf Grund mir vorgetragener, später als übertrieben erwiesener Gerüchte, lasse ich den für mein rückwärtiges Gebiet zuständigen, mir aber nicht unterstellten Polizeigeneral Nebel [!] bitten, Anweisungen zu geben, daß Exekutionen im engeren Bereich meines Oberkommandos nur soweit durchgeführt werden, als es sich um bewaffnet aufgegriffene Banditen oder um Verbrecher handelt. Gersdorff meldet, daß Nebel [!] dies zugesagt habe." Diese „Bitte" – Bock formulierte hier sehr vorsichtig, obwohl er ja durchaus Möglichkeiten besaß, den Einsatz der Sicherheitspolizei auszuschließen – bezog sich freilich nur auf die nähere Umgebung des Hauptquartiers in Borisov, denn dass anderswo nicht nur bewaffnete „Banditen" getötet wurden, sondern viele Tausende jüdische Zivilisten, wusste der Oberbefehlshaber längst[176]. Die Exekutionen sollten aber möglichst unauffällig und abseits durchgeführt werden, eben nicht vor den eigenen Augen, den eigenen Ohren, der eigenen Nase, eine für die Generalität sehr charakteristische Haltung. Ebenso charakteristisch ist es, dass Bock in seinem Tagebucheintrag die Beziehungen zu Nebe, die er größtenteils Gersdorff überließ, herunterspielte und sonst nicht weiter auf sie einging. Vielleicht kann man aus diesen Sätzen auch eine gewisse Kritik an der Radikalität der sicherheitspolizeilichen Maßnahmen herauslesen. Das Heeresgruppenkommando war eventuell doch erschreckt über

[173] Polizeilicher Tätigkeitsbericht der Einsatzgruppe B für das H.Gr.Kdo. Mitte für die Zeit von 17. bis 23. 8. 1941, 25. 8. 1941, mit den Paraphen von Bock, Greiffenberg, Tresckow, Gericke und Gersdorff, in: BStU, ZUV 9, Bd. 31.

[174] Vgl. Gerlach, Morde, S. 550.

[175] Bock, Kriegstagebuch, S. 239.

[176] Daher ist es verfehlt, in diesem Eintrag einen Beleg für die „beschränkten Kenntnisse von Bocks über die Tätigkeit der Einsatzgruppen" zu sehen, wie Arnold, Verbrecher, S. 23, das versucht.

die hohe Zahl der ihm gemeldeten Erschießungen. Es könnte sich bei Bock das schlechte Gewissen gerührt haben, diese offensichtlichen Morde in seinem Operationsgebiet zuzulassen. Eine solche Irritation mag ein Grund dafür gewesen sein, dass die Berichte Nebes an die Heeresgruppe im August und September nicht mehr so offen waren wie zuvor[177]. Vielleicht aber wollte der Feldmarschall dem Einsatzgruppenchef wirklich nichts weiter mitteilen als: Exekutiert, wen, wie und wo Ihr wollt, nur bitte nicht in meiner Nähe!

Zu welcher Spekulation man auch immer neigen mag, so steht doch fest, dass dieses kleine Zeichen von Unbehagen über die „Arbeit" der Sicherheitspolizei ebenso schwach wie folgenlos war. Bestimmend blieb vielmehr das weiterhin reibungslose Zusammenwirken zwischen SS, Polizei und Wehrmacht bei der Heeresgruppe Mitte, in das auch die Oberkommandos eingebunden waren. Sie erhielten weiterhin die Berichte der Einsatzgruppe, werteten sie aus und gaben sie teilweise an ihre Truppen weiter[178]. Und sie duldeten nach wie vor Mordaktionen und ihre Unterstützung durch die Kommandanturen und die militärische Polizei, die ihnen direkt unterstellt war. Anfang August 1941 konnte Nebe dem RSHA erneut melden[179]: „Die Zusammenarbeit mit den Orts- und Feldkommandanturen, mit der Geheimen Feldpolizei, den Abwehrtrupps und der Feldgendarmerie war ausnahmslos gut. In zahllosen Fällen erfolgte eine gegenseitige Unterrichtung über beabsichtigte Maßnahmen oder eine gegenseitige Unterstützung bei notwendigen Aktionen." Es seien „im Einvernehmen mit den zuständigen Orts- und Feldkommandanturen Ghettos eingerichtet, jüdische Ältestenräte gebildet, die äussere Kennzeichnung der Juden durchgeführt, Arbeitsgruppen gebildet usw." worden. Die Kennzeichnung, Ghettoisierung und Entrechtung der jüdischen Bevölkerung, die vor allem durch die militärischen Besatzungsorgane durchgeführt wurden, erleichterten die Exekutionen jüdischer Männer, mehr noch: Sie waren eine Voraussetzung für die spätere Ermordung aller Juden. Eine Kommandobehörde wie das Kommando der Panzergruppe 3, das in umherwandernden Juden „ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht" eine „ausserordentlich groß[e]" Gefahr sah und daher am 13. August 1941 befahl, die Juden „innerhalb einer geschlossenen Gemeinde in nur von Juden bewohnten Unterkünften zusammenzufassen"[180], machte sich damit – ob bewusst oder unbewusst – zum Gehilfen des Holocaust.

Seit August 1941 wurden Himmlers Sonderformationen immer öfter auch zur Bekämpfung der jetzt häufiger auftretenden und noch häufiger nur vermuteten Partisanen herangezogen. Die Einsatzgruppe B etwa vermerkte stolz, dass „auf Bitten des Abwehroffiziers AOK 2" das Sonderkommando 7b in die Partisanenbekämpfung eingegriffen habe[181] und „dass die Wehrmacht uns weitestgehendst

[177] Vgl. Hürter, Weg, S. 535–541.

[178] Vgl. neben den genannten Berichten für das Heeresgruppenkommando etwa den Bericht der Einsatzgruppe B, 29. 7. 1941, in den Akten der Panzergruppe 3, in: BA-MA, RH 21–3/437. Als Beispiel für die Weitergabe: H.Gr.Kdo. Mitte (Ic/AO, gez. Gersdorff) an die unterstellten Armeen und Panzergruppen, 14. 8. 1941, in: Hürter, Weg, S. 557–562.

[179] EM Nr. 43 vom 5. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1.

[180] Pz.Gr.Kdo. 3, Verwaltungsanordnungen Nr. 12 (Intendant, Nr. 358/41 geh.), 13. 8. 1941, in: BA-MA, RH 21–3/692.

[181] EM Nr. 67 vom 29. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/2.

zur Aufklärung feindlicher Partisanentätigkeit anfordert"[182]. Dass sich wegen der bekannten Feindraster der Sicherheitspolizei auch diese Aktivitäten vor allem „vorbeugend" und „vergeltend" gegen Juden richten würden, musste den militärischen Stellen, die ihr Mitwirken verantworteten, klar sein, wurde aber offenbar in Kauf genommen, da man wegen der geringen eigenen Sicherungskräfte auf fast jede Hilfe angewiesen war. Die Einsatzgruppe B operierte im August und September 1941 schwerpunktmäßig um Vitebsk und Mogilev. Trotz der Aktionen gegen Juden in vielen Orten stagnierten ihre Mordzahlen, gingen im August sogar leicht zurück[183]. Das lag auch an der Inanspruchnahme für die Partisanenbekämpfung und an der desto geringeren Zahl an Juden, je weiter die Heeresgruppe Mitte nach Osten in die russische Föderation vordrang, wo einem großen Teil der jüdischen Bevölkerung rechtzeitig die Flucht gelungen war. Der Hauptgrund war aber vermutlich der vorübergehende Abzug der meisten SS- und Polizeikräfte, die die Sicherheitspolizei bisher unterstützt hatten, in den Süden des Heeresgruppengebiets. Dort lag im August 1941 der Schwerpunkt der Judenmorde, die erstmals unter dem Deckmantel der Partisanenbekämpfung neue, erschreckende Ausmaße annahmen.

Die Heeresgruppe Mitte hatte bei ihrem Vormarsch die schwer zugänglichen Pripjat'-Sümpfe an ihrer südlichen Flanke weitgehend ausgelassen – ebenso wie die Heeresgruppe Süd an ihrer nördlichen Flanke. Die Sümpfe galten den Militärs nunmehr als ein gefährliches Reservoir der Partisanenbewegung. So kam es dem Heeresgruppenkommando Mitte sehr gelegen, dass Himmler am 19. Juli 1941 die beiden SS-Kavallerie-Regimenter, aus denen jetzt die SS-Kavallerie-Brigade unter SS-Standartenführer Hermann Fegelein gebildet wurde, mit der „systematischen Durchkämmung" der Sümpfe beauftragte[184]. Die Brigade wurde für diese Aktion dem HSSPF Russland-Mitte (Bach-Zelewski) taktisch und dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte (Schenckendorff) versorgungsmäßig unterstellt. Den Flankenschutz übernahmen die Polizeibataillone 307 und 316. Unmittelbar darauf wurde der Ic der Heeresgruppe, Major v. Gersdorff, in Borisov von Abwehroffizieren des Kommandostabs Reichsführer SS über den geplanten Einsatz informiert, mit dem Ergebnis[185]: „Der Einsatz von Einheiten der Waffen-SS zur Befriedung des rückwärtigen Heeresgebietes wird von der Heeresgruppe sehr begrüßt."

Es muss offen bleiben, ob das Heeresgruppenkommando bei diesen Vorbesprechungen vom genauen Auftrag an die SS-Kavallerie erfuhr, der mit einer militärischen Aktion wenig zu tun hatte, sondern nichts als Massenmord an Zivilisten, vor allem an Juden, bedeutete. Himmler gab am 31. Juli persönlich den „aus-

[182] EM Nr. 90 vom 21. 9. 1941, ebd.

[183] Vgl. die Aufstellung bei Gerlach, Einsatzgruppe B, S. 62: Die Einsatzgruppe meldete bis Ende Juli 1941 11084 Exekutierte, 16964 bis zum 20. 8., 23804 bis zum 13. 9. und 30094 bis zum 28. 9. Erst mit dem Beginn der totalen Vernichtung Anfang Oktober 1941 verdoppelten sich dann die Zahlen.

[184] Zum „Mordfeldzug" der SS-Kavallerie-Brigade im Polesje vgl. vor allem Gerlach, Morde, S. 555–566; Mallmann/Rieß/Pyta (Hrsg.), Deutscher Osten, S. 143–149; Cüppers, Wegbereiter, S. 142–165. Vgl. auch Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 222f.; Birn, Wirklichkeit, S. 275–284.

[185] Kommandostab Reichsführer SS, Tätigkeitsbericht Ic, Nr. 7 für 20.–27. 7. 1941, 28. 7. 1941, zit. nach: Gerlach, Männer, S. 431. Vgl. auch Gerlach, Morde, S. 559.

drücklichen Befehl"[186]: „Sämtliche Juden müssen erschossen werden. Judenweiber in die Sümpfe treiben." Bach-Zelewski nannte das Unternehmen unverhohlen eine „Judenaktion"[187], der Kommandeur des Regiments 1 sprach von „Entjudung"[188], und der Kommandeur des Regiments 2 berichtete[189]: „Jüdische Plünderer wurden erschossen. Nur wenige Handwerker, welche in Reparaturwerkstätten der Wehrmacht beschäftigt waren, wurden zurückgelassen. Weiber und Kinder in die Sümpfe zu treiben, hatte nicht den Erfolg, den er haben sollte, denn die Sümpfe waren nicht so tief, daß ein Einsinken erfolgen konnte." Bereits am 13. August konnte Fegelein die „Befriedung" des Westteils der Sümpfe und eine Opferzahl von 13788 Menschen bei eigenen Verlusten von zwei Toten und 15 Verwundeten melden[190]. Über 90 Prozent der Opfer waren Juden. Schenckendorff und sein Stab wurden laufend über den Fortgang und die „Erfolge" dieser reinen Mordkampagne unterrichtet und billigten sie. Der Generalstabschef des rückwärtigen Heeresgebiets, Oberstleutnant i.G. Friedrich Rübesamen, stellte auf Grund dieser Meldungen schon am 10. August für die westlichen Sumpfgebiete zufrieden fest[191]: Durch die „Niederdrückung der Juden dürfte das Gebiet als befriedet angesehen werden". In den folgenden Wochen durchkämmte die SS-Kavallerie-Brigade auch den östlichen Teil der Pripjat'-Sümpfe, wiederum mit dem Ergebnis Tausender getöteter Juden.

So gut die Vernetzung des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebiets in diese Art von „Partisanenbekämpfung" dokumentiert ist[192], so umstritten bleibt der genaue Kenntnisstand des Heeresgruppenkommandos. Es lässt sich nicht belegen, dass Oberbefehlshaber v. Bock von den Judenmorden der SS-Kavallerie-Brigade wusste, als er am Abend des 3. August 1941 Bach-Zelewski anrief und zur Leistung seiner Einheiten beglückwünschte[193]. Allerdings ist es – gelinde gesagt – wenig wahrscheinlich, dass Bock von seinen Untergebenen Schenckendorff und Gersdorff nichts Näheres über diese große und vom militärischen Standpunkt aus keineswegs unbedeutende „Befriedungsaktion" an der Südflanke seines Operationsgebiets erfuhr. Ob er aber erkannte, dass die Judenmorde in den Pripjat'-Sümpfen, die nicht nur die „Intelligenz" und auch nicht nur Wehrfähige, sondern teilweise ganze Gemeinden trafen, die Vorboten einer generellen Ausweitung der antijüdischen Maßnahmen waren, ist sehr fraglich. Im September 1941 mehrten sich jedoch auch in seinem Operationsgebiet die Anzeichen für eine neue Dimension des Judenmords. Die Einsatzgruppe B begann in diesem Monat, auf dem

[186] Funkspruch SS-Kavallerie-Regiment 2 an seine Reitende Abteilung, 1. 8. 1941, in: BA-MA, RS 3–8/36.
[187] Lagebericht HSSPF Russland-Mitte, 1. 8. 1941, in: BAB, NS 33/40.
[188] Bericht des SS-Kavallerie-Regiments 1/Reitende Abteilung, 11. 8. 1941, in: BA-MA, RS 4/441.
[189] Bericht des SS-Kavallerie-Regiments 2/Reitende Abteilung, 12. 8. 1941, zit. nach: Mallmann/Rieß/Pyta (Hrsg.), Deutscher Osten, S. 144.
[190] SS-Kavallerie-Brigade an HSSPF Russland-Mitte, 13. 8. 1941, ebd.
[191] Berück Mitte, 10-Tagesmeldung, 10. 8. 1941, in: BA-MA, RH 22/227.
[192] Dazu gehörte auch die Verteilung von Orden an die SS-Offiziere. Schenckendorff ließ sich persönlich über die Aktion vortragen und stellte sie seinen Untergebenen als vorbildlich heraus. Vgl. Gerlach, Morde, S. 566.
[193] Tagebuch Bach-Zelewskis, 3. 8. 1941, in: BAB, R 20/45b, Bl. 6. Vgl. die gegensätzlichen Interpretationen durch Gerlach, Männer, S. 431 f., und Gerlach, Morde, S. 565 f., einerseits, Arnold, Verbrecher, S. 21 f., andererseits.

Land östlich von Minsk kleinere jüdische Gemeinden vollständig zu vernichten[194]. Das betraf zum Teil auch das Gebiet der Heeresgruppe Mitte. Konnte der Oberbefehlshaber davor die Augen verschließen?

Schenckendorff und sein Generalstabschef Rübesamen waren vom Ergebnis der Pripjat'-Operation so beeindruckt, dass sie die wichtigsten SS- und Polizeigenerale sowie die zuständigen Offiziere aus dem Bereich der Heeresgruppe Mitte für den 24. bis 26. September 1941 zu einem „Erfahrungsaustausch" über die Partisanenbekämpfung in ihr Hauptquartier nach Mogilev einluden[195]. Organisationsleiter dieses Lehrgangs war der Kommandeur des Polizei-Regiments Mitte, Oberstleutnant Max Montua. Als Referenten traten die regionalen Spitzen des SS- und Polizeiapparats auf: Bach-Zelewski („Erfassen von Kommissaren und Partisanen"), Nebe („Zusammenarbeit von Truppe und SD bei der Partisanenbekämpfung", „Die Judenfrage mit besonderer Berücksichtigung der Partisanenbewegung") sowie mit eigenen Erfahrungsberichten die „Sieger" des Gemetzels in den Pripjat'-Sümpfen: Fegelein und sein Unterführer SS-Sturmbannführer Gustav Lombard, der Kommandeur des SS-Kavallerie-Regiments 1. Der Vortrag Lombards ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig[196]: „Über die Juden auch nur ein weiteres Wort zu verlieren, ist wohl überflüssig. Man kann vielleicht über die Maßnahmen verhandeln, wie der Jude am zweckmäßigsten aus den uns anvertrauten Gebieten verschwinden soll, aber daß er beseitigt werden muß, steht fest, denn der Jude ist der Partisane!" Die Losung „Wo der Partisan ist, ist der Jude, und wo der Jude ist, ist der Partisan" galt bei den Kursteilnehmern dann als die „Quintessenz" des Kurses[197]. Was damit gemeint war und welche Folgen das hatte, wurde am Nachmittag des zweiten Tages an einem praktischen Beispiel, einer grausamen „Polizei-Schulübung", demonstriert. Vor den Augen der Kursteilnehmer „überprüften" Angehörige des Einsatzkommandos 8 und des Polizeibataillons 322 ein nahegelegenes Dorf und erschossen neben einigen anderen „Verdächtigen" an die dreißig Juden, etwa je zur Hälfte Männer und Frauen[198].

Das Kommando des rückwärtigen Heeresgebiets war mit dem Lehrgang sehr zufrieden. Der Kursus sei „befruchtend" gewesen, meldete Rübesamen an OKH und Heeresgruppenkommando[199]. Und Schenckendorff konstatierte nach einem Bericht Fegeleins als Ergebnis, „daß gegenüber der Bevölkerung nicht energisch und rücksichtslos genug durchgegriffen wird"[200]. Daher müssten weiterhin gemeinsam mit SS und Polizei die Partisanen und „schlimmsten" Kommunisten öffentlich gehängt, Verdächtige erschossen werden. Und: „Falls eine Einheit längere Zeit in einem Orte liegt, sind unmittelbar Judenviertel bezw. Ghettos anzulegen,

[194] Vgl. den Überblick bei Gerlach, Einsatzgruppe B, S. 58 f. „Die Opfer gingen in die Tausende."

[195] Berück Mitte (Ia), Korpsbefehl Nr. 53, 16. 9. 1941, in: BA-MA, RH 26–221/13; außerdem Berück Mitte (Ia) „Tagesordnung für den Kursus ‚Bekämpfung von Partisanen'", 23. 9. 1941, in: BA-MA, RH 22/225. Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 248; DRZW, Bd. 4, S. 1043 f. (Beitrag Förster); Gerlach, Männer, S. 431–433; Gerlach, Morde, S. 643 f.; Mallmann/Rieß/Pyta (Hrsg.), Deutscher Osten, S. 144 f.

[196] Vortragsmanuskript Lombards für den Lehrgang vom 24.–26. 9. 1941, in: BA-MA, RS 4/420.

[197] Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 248.

[198] Die im Detail widersprüchlichen Quellen bei Gerlach, Morde, S. 644, Anm. 773.

[199] Berück Mitte (Ia, Nr. 1006/41 geh., gez. Rübesamen) an OKH und H.Gr.Kdo. Mitte, 13. 10. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/123.

[200] Brigadebefehl Fegeleins Nr. 8, 28. 9. 1941, zit. nach: Gerlach, Morde, S. 644.

falls sie nicht sofort ausgerottet werden können." Selbst wenn dieses Dokument vielleicht eher Fegeleins Interpretation als Schenckendorffs Worte wiedergeben sollte, legen doch alle Zeugnisse über den Mogilever „Erfahrungsaustausch" nahe, dass die beteiligten Wehrmachtsoffiziere tatsächlich auf die bevorstehende „Ausrottung" der Juden eingeschworen wurden. Das Heeresgruppenkommando Mitte war in Mogilev durch ihren Versorgungsoffizier (Ib), Major i.G. Günther v. Gericke, sowie den Adjutanten Bocks, Major Carl-Hans Graf v. Hardenberg, vertreten[201]. Gericke legte anschließend im Heeresgruppenkommando einen knappen Bericht vor, der vor allem auf die „Polizei-Schulübung" einging, dabei aber die Zahl der erschossenen Juden unbestimmt ließ[202]. Darüber hinaus blieb die Notiz, die von Gersdorff abgezeichnet wurde, merkwürdig farblos und ohne nähere Beschreibung der eigentlichen Tagungsergebnisse. Vermutlich wollten Gericke und Hardenberg die Schilderung ihrer Eindrücke lieber der mündlichen Berichterstattung vorbehalten, doch das muss Spekulation bleiben. Dass Bock von diesen engsten Mitarbeitern nichts über den Lehrgang in Mogilev und seine antisemitische Stoßrichtung erfuhr, darf aber wiederum als unwahrscheinlich gelten.

Der Zeitpunkt der Mogilever Antipartisanen-Schulung ist sehr aufschlussreich. Nur wenige Tage später, am 2. Oktober 1941, eröffneten die Verbände der Heeresgruppe Mitte ihre große Offensive auf Moskau, die Operation „Taifun"[203]. Seit Anfang September hatten sie sich fieberhaft auf diese letzte „Entscheidungsschlacht" vor Einbruch des Winters vorbereitet. Die Hoffnungen waren ebenso groß wie die militärischen Anstrengungen. Zwar glaubten die wenigsten an ein schnelles Ende des Ostkriegs, doch zumindest sollte Moskau erobert und die Schlagkraft der Roten Armee für Monate gebrochen werden, um für das nächste Jahr eine günstige Ausgangsbasis zu schaffen. Im selben Monat September, in dem sich die ganze Konzentration der Heeresgruppe Mitte auf diese bevorstehende, von der Truppenführung lange herbeigesehnte Offensive richtete, radikalisierte sich hinter ihrer Frontlinie erneut die Judenverfolgung. Nach der richtungweisenden Mordkampagne der SS-Kavallerie im August erprobte nun auch die Einsatzgruppe B in kleineren Orten die Vernichtung ganzer jüdischer Gemeinden. Dies war ebenso ein Vorbote des totalen Judenmords bei der Heeresgruppe Mitte, der dann im Oktober begann, wie die Erkenntnis von Mogilev, dass die Juden gleichbedeutend mit den Partisanen seien und deshalb „ausgerottet" werden müssten.

Wieder verband sich die nationalsozialistische Rassenideologie in auffälliger Weise mit angeblichen militärischen Notwendigkeiten. Seitdem am 1. September 1941 ein letzter großer Teil des mittleren Operationsgebiets an das Reichskommissariat Ostland abgetreten worden war, blieb die Westgrenze des Heeresgruppenbereichs konstant bei einer Linie etwa 50 Kilometer östlich von Minsk. Dieses schon jetzt riesige Militärgebiet sollte beim geplanten schnellen Vormarsch auf Moskau noch größer werden. Das barg zwei Gefahren in sich: Erstens mussten

[201] Vgl. Gerlach, Männer, S. 432. Auch Tresckow war eingeladen, konnte aber offenbar nicht kommen.

[202] Aktennotiz Gerickes „Kursus Bekämpfung von Partisanen beim Bef.rückw.H.Geb. Mitte (25. u. 26. 9. 1941)", zit. ebd. „Es wurden neben einigen Juden verdächtige Ortsfremde vorgefunden (32 Exekutionen)."

[203] Vgl. Kapitel II,2,a.

die schwachen militärischen Sicherungskräfte immer größere Räume kontrollieren, so dass die Bedrohung der Nachschublinien durch Partisanen wuchs; zweitens hatten die Angriffstruppen ihrerseits zu wenig Zeit und Personal, sich lange mit der Sicherung ihrer Vormarschgebiete aufzuhalten, so dass möglichst schnell und rigoros jeder Widerstand der Bevölkerung im Keim erstickt werden sollte. Wegen dieser beiden Gefahren mussten die militärischen Stellen für die „sachlichen" Argumente zugunsten einer rücksichtslosen und abschreckenden Vorbeugung des „Partisanenübels" durch eine Vernichtung der größten Gruppe angeblich potentieller Feinde, der Juden, gerade jetzt besonders zugänglich sein. Offenbar wollte Himmlers Apparat diese günstige Gelegenheit ausnutzen, um das ideologische Ziel der totalen Beseitigung der sowjetischen Juden endlich auch in der Mitte der Ostfront mit letzter Konsequenz verfolgen zu können – nachdem sie im Norden und Süden bereits eingesetzt hatte.

Tatsächlich zeigte man nicht nur beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets, sondern auch bei den Armeen schon im September 1941 viel Verständnis für eine Verschärfung der Judenverfolgung. Das Oberkommando der 9. Armee griff einen OKW-Erlass[204] auf und bläute seinen Truppen am 22. September in einem Befehl ein[205]: „Der Kampf gegen den Bolschewismus verlangt ein rücksichtsloses und energisches Durchgreifen vor allem auch gegen die Juden, die Hauptträger des Bolschewismus." Die gesamte jüdische Bevölkerung sei „offen oder versteckt in ihrer Einstellung deutschfeindlich". Dieser Befehl, der praktisch jedes Vorgehen gegen die Juden rechtfertigte, wurde von den Kommandos der vordersten Angriffsverbände unmittelbar vor und während der Operation „Taifun" an ihre Soldaten weitergegeben[206]. Entsprechend eng gestaltete sich die Zusammenarbeit mit der Einsatzgruppe B, die so früh wie möglich über den genauen Angriffstermin informiert wurde. Den drei Panzergruppen, also den Stoßkeilen der Offensive, wurden Vorkommandos zugeteilt, so dass die Sicherheitspolizei auch bei diesem Vormarsch schon im Gefechtsgebiet tätig werden konnte[207]. Die Einsatzgruppe B meinte bereits an der Vorbereitung der Offensive einen bedeutsamen Anteil gehabt zu haben, indem sie die Einsatzkommandos 8 und 9 zur „Befriedung des rückwärtigen Armee- und Heeresgebietes" eingesetzt hatte[208]. So konnte die Ausweitung der Judenmorde im September gut begründet werden, denn natürlich galt die „Ruhe" im Rücken der Front als Vorbedingung einer erfolgreichen militärischen Operation. Wie gut sich das Verhältnis zwischen der Wehrmacht und der Sicherheitspolizei zu dieser Zeit gestaltete, lässt das Loblied Arthur Nebes auf die „äusserst befriedigend[e] und reibungslos[e]" Zusammenarbeit mit den „militärischen Führungsstellen" in der Ereignismeldung vom 21. September 1941 erahnen[209]. Unmittelbar vor einem neuen Radikalisierungs-

[204] Erlass des OKW (WFSt, Abt. L./IV/Qu., Nr. 02041/41 geh., gez. Keitel), 12. 9. 1941, in: Müller (Hrsg.), Okkupation, S. 72.

[205] AOK 9 (Ic/AO, Nr. 278/41 geh.), 22. 9. 1941, eingeschlossen in: 6. Pz.Div. (Ic), 20. 10. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-3399.

[206] Vgl. ebd., und: 1. Pz.Div. (Ic), 30. 9. 1941, ebd., NOKW-3394.

[207] Vgl. etwa für die Panzergruppe 3: Befehl des AOK 9 (Ic/AO, Nr. 1409/41 g.Kdos.), 28. 9. 1941, in: BA-MA, RH 21–3/743; für die Panzergruppe 4: Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 184.

[208] EM Nr. 106 vom 7. 10. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/2.

[209] EM Nr. 90 vom 21. 9. 1941, ebd.: „Bei den Wehrmachtsstellen besteht ein allgemeiner Ruf nach der

schub nicht nur des Ostfeldzugs, sondern auch des Judenmords war diese positive Bilanz freilich ein sehr schlechtes Omen für die jüdische Bevölkerung im Operationsgebiet der Heeresgruppe Mitte.

Der fanatische Aufruf Hitlers an die „Soldaten der Ostfront" zum „Beginn der letzten großen Entscheidungsschlacht dieses Jahres", der am Angriffstag des 2. Oktober 1941 der Truppe bekannt gegeben wurde, stimmte auf eine weitere Steigerung der antisemitischen Maßnahmen ein[210]. Der „Führer" richtete seinen ganz Hass auf die „nunmehr bald 25jährige jüdische Herrschaft" in der Sowjetunion, „die als Bolschewismus im tiefsten Grund nur der allergemeinsten Form des Kapitalismus gleicht", um dann drohend fortzufahren: „Die Träger dieses Systems sind aber auch in beiden Fällen die gleichen: Juden und nur Juden." Der Appell Hitlers, der von der höchsten Truppenführung keineswegs kritisiert, sondern von einem Kommandierenden General und späteren Armeeoberbefehlshaber wie General Heinrici als „hervorragender Erlaß" gelobt wurde[211], legitimierte damit zwischen den Zeilen auch die Vernichtung dieses Todfeindes und das keineswegs nur in der Sowjetunion.

So konnte es kaum überraschen, dass die Schwelle zwischen den immer hemmungsloseren Judenmorden bis Ende September 1941 und der systematischen Ermordung *aller* Juden bei der Heeresgruppe Mitte auf den Tag genau mit Beginn der Operation „Taifun" überschritten wurde[212]. Die Einsatzgruppe B begann mit der totalen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung ausgerechnet in Mogilev, dem Hauptquartier Schenckendorffs und seiner Leute, wo nur eine Woche zuvor die Notwendigkeit eines „Verschwindens" der Juden erörtert worden war. Das Einsatzkommando 8 erschoss am 2. und 3. Oktober 1941 gemeinsam mit dem Polizeibataillon 322 auf Befehl Bach-Zelewskis 2273 Juden in Mogilev, Männer, Frauen und Kinder. Weitere 3726 Juden wurden bald darauf allein in dieser Stadt erschossen. Nach diesem „Fanal"[213] folgten in den kommenden Wochen weitere „Liquidierungen" der großen Ghettos – Gomel', Bobrujsk, Borisov, Orša, Polock und Vitebsk – und dann auch der kleineren Ghettos, teilweise „in engster Zusammenarbeit mit der Feldgendarmerie"[214] und anderen Heeresdienststellen. In den beiden Monaten Oktober und November 1941, in denen der Massenmord im Wesentlichen vollzogen wurde, verdoppelten sich die „Erfolgsquoten" der Einsatzgruppe B und ihrer Helfer. Nur in den neu eroberten Gebieten zwischen Smolensk und Moskau konnten die SS- und Polizeikräfte nicht im gewohnten Umfang

Sicherheitspolizei. Man bedient sich gern unserer Hilfe, unserer Erfahrungen und Anregungen. Bei einzelnen grösseren von uns durchgeführten Aktionen sind sogar ohne weiteres Truppeneinheiten unserer Führung unterstellt worden. Die Wirtschaftsdienststellen, wie überhaupt die militärische Verwaltung verlangen nach unserem Rat und machen sich gern unsere Vorschläge zu eigen. Wie bereits mehrfach erwähnt, hat sich die laufende gegenseitige Unterrichtung zwischen der Einsatzgruppe einerseits und der Heeresgruppe, dem Befehlshaber des rückw. Heeresgebietes, den AOKs, den Feld- und Ortskommandanturen andererseits äusserst fruchtbringend ausgewirkt. Unsere Wünsche sind bisher jedesmal erfüllt worden."

210 Aufruf Hitlers „Soldaten der Ostfront!", 2. 10. 1941, in: Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1756–1758.

211 Tagebuch Heinricis, 1. 10. 1941, in: Hürter, General, S. 91.

212 Zum Übergang zur unterschiedslosen Ermordung der Juden im Bereich der Einsatzgruppe B vgl. Longerich, Politik, S. 369–376; Gerlach, Einsatzgruppe B, S. 58–60; Gerlach, Morde, S. 555–655.

213 Gerlach, Einsatzgruppe B, S. 59.

214 So die EM Nr. 133 vom 14. 11. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/3, über die „Liquidierung" von „insgesamt 2200 Juden aller Alterklassen" in Gor'kij (nordöstlich von Mogilev) und Umgebung.

morden, weil dort den meisten Juden die Flucht gelungen war. Gleichzeitig mit dieser neuen Dimension des Judenmords bei der Heeresgruppe Mitte begannen die ersten Deportationen deutscher Juden aus dem Reich nach Osten. Der Weg zur „Endlösung" war beschritten.

Das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte war wie die Armeeoberkommandos und Panzergruppenkommandos in der ersten Phase der Offensive ganz mit den dramatischen militärischen Ereignissen an der Hauptkampflinie beschäftigt, so dass sie sich offenbar nicht weiter um die Mordaktionen in ihren rückwärtigen Gebieten kümmerten und vermutlich auch wenig von ihnen erfuhren. Erst das Massaker in Borisov vom 20./21. Oktober 1941 erregte größere Aufmerksamkeit. Dort – in unmittelbarer Nähe zum ehemaligen Hauptquartier der Heeresgruppe – ermordete ein Trupp der Sicherheitspolizei aus Minsk gemeinsam mit weißrussischer Miliz über 7000 Juden jeden Alters und Geschlechts auf besonders grausame Weise[215]. Dieses Gemetzel wurde dem Heeresgruppenkommando wohl von mehreren Augenzeugen gemeldet und machte dort – nach den Erinnerungen Gersdorffs und des Tresckow-Adjutanten Fabian v. Schlabrendorff – den „nachhaltigsten Eindruck", ja beseitigte bei den späteren Widerstandskämpfern um Tresckow „die letzen Hemmungen im Kampf gegen Hitler und sein Regime"[216]. Auch wenn diese Interpretation übertrieben sein mag[217], dürfte doch außer Frage stehen, dass diese – und wohl erst diese[218] – Massenerschießung auf die Ablehnung einiger Offiziere des Heeresgruppenkommandos stieß. Gersdorff ließ den besonders eindrucksvollen Bericht des Oberwachtmeisters Soennecken, eines Dolmetschers im Oberkommando, der zufällig die Ereignisse in Borisov beobachtet hatte, vervielfältigen und bat den Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets um Überprüfung des Vorgangs[219]. General v. Schenckendorff besprach die Angelegenheit mit Nebe. Der Chef der Einsatzgruppe B konnte sich von der Aktion in Borisov formal distanzieren, weil das Mordkommando offenbar nicht unter seinem Befehl stand und außerdem seine Kompetenzen überschritten hatte[220].

Gersdorff ließ die Dinge damit aber nicht auf sich beruhen, sondern gab auch den militärischen Zentralstellen vom Massaker in Borisov Kenntnis, nicht nur durch schriftliche Meldung, sondern auch in Gesprächen, etwa am 28. Oktober

[215] Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 576–580; Gerlach, Morde, S. 597–599.

[216] Gersdorff, Soldat, S. 99. Vgl. auch ebd., S. 96–99; Schlabrendorff, Offiziere, S. 77f.

[217] Zweifel an dieser Version äußern auch Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 604; Gerlach, Männer, S. 429f.; Gerlach, Morde, S. 593f. und 598.

[218] Dazu Hürter, Weg.

[219] Der Bericht des Oberwachtmeisters Soennecken, Dolmetscher beim Abwehrkommando B, vom 24. 10. 1941 wurde im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess verwendet und ist abgedruckt in: Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 576–578. Eine, im Wortlaut teilweise abweichende, Abschrift des Berichts mit der Abzeichnung Gersdorffs (in Kopie) findet sich in: BStU, RHE 61/73, SU, Bl. 8–11. Dort auch, in einer fehlerhaften Rückübersetzung der russischen Übertragung, ein Schreiben Schenckendorffs an die Heeresgruppe Mitte (Ic/AO), o.D., mit Bezug auf ein Schreiben des H.Gr.Kdo. Mitte (Ic/AO, Nr. 279/41 geh.) vom 26. 10. 1941.

[220] Ebd.: „Aus Anlaß dieser Ereignisse fand eine Besprechung zwischen dem Befehlshaber und dem Bevollmächtigten des Chefs der Sipo und des SD, *General Nebe*, statt. Dabei wurde allgemein die Meinung geäußert, daß die Nichtübergabe der Polizeidienststelle von Borissow an den Stadtkommandanten durch Hauptsturmführer *Schönemann* bei seinem Weggang sowie auch die Tätigkeit des Operativkommandos Nr. 3-A aus Minsk in jeder Beziehung Tadel verdienen." Nach der Untersuchung Schenckendorffs hatte der Leiter des genannten Sipo-Kommandos in Minsk, Obersturmführer Schlegel, den Befehl zur Liquidierung des Ghettos in Borisov gegeben.

1941 mit Oberst Erwin Lahousen aus dem Amt Ausland/Abwehr im OKW[221]. Im OKH wussten Ende des Monats selbst nachgeordnete Offiziere von dieser Untat, wie die Tagebuchnotizen von zwei Mitarbeitern Adolf Heusingers in der Operationsabteilung belegen[222]. Besonders die Bemerkung Soenneckens über das in Borisov umgehende Gerücht, „daß die nunmehr frei gewordenen Häuser der Juden für Juden aus Deutschland hergerichtet werden sollen, die dann ebenso liquidiert werden sollen, wie die Borissower Juden"[223], wird manchen erschreckt haben. Schließlich wurden gerade in diesen Wochen die ersten jüdischen Nachbarn in Berlin und anderen „reichsdeutschen" Städten mit unbekanntem Ziel nach Osten verladen. Aus den Briefen ihrer Angehörigen erfuhren auch viele Soldaten an der Ostfront von diesen Vorgängen. Es mehrten sich die Anzeichen dafür, dass nicht allein die „artfremden" und „gefährlichen" sowjetischen Juden, sondern auch die schon jahrelang diskriminierten, aber wenigstens am Leben gelassenen assimilierten und „harmlosen" deutschen Juden umgebracht werden sollten. Konnte die pervertierte „Sicherheitspolitik", durch die Beseitigung erst der wehrfähigen, schließlich aller Juden dem „bolschewistischen Widerstand" im Rücken der Front eine vermeintliche Basis zu entziehen, noch mit dem Verständnis weiter Teile der Wehrmacht rechnen, so gingen den Tätern bei der Ermordung der Juden aus Deutschland und den besetzten Gebieten, die längst als „befriedet" galten, die militärischen Argumente aus – sie war zu offensichtlich nur noch ein gigantisches Verbrechen. Vielen – aber nicht allen – wurde diese Entwicklung nun doch unheimlich, und einige – aber nicht viele – äußerten Kritik daran.

Die höchsten Offiziere, die jetzt zuerst gefragt waren, reagierten bestenfalls defensiv, hilflos und resignativ auf den Beginn des systematischen Völkermords in ihrem Befehlsbereich. Das galt in der Heeresleitung für Brauchitsch und Halder, die sich weiterhin nicht in diese politisch-ideologischen Angelegenheiten einmischen wollten[224]. Und das galt in der Truppenführung für den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte und seinen Generalstabschef. Bock vermied jede klare Stellungnahme oder gar Intervention, und Greiffenberg sprach lediglich von einer „sehr unangenehme[n] Sache"[225]. Nur einmal, als die antisemitischen Gewaltmaß-

[221] Vgl. die Notizen Lahousens über einen Besuch beim Heeresgruppenkommando Mitte in Smolensk am 28. 10. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-3146: „Bei der Besprechung mit dem Ic [Gersdorff] werden die Judenerschiessungen von Borissow vorgebracht [...]. Dort wurden 7000 Juden auf ‚Oelsardinenmanier' liquidiert. Die Szenen, die sich hierbei abspielten, sind nicht wiederzugeben. Auch der SD kann vielfach nicht mehr mit und hält sich nur durch stärksten Alkoholgenuss aufrecht."

[222] Tagebuch von Hauptmann d.R. Georg-Heino Frhr. v. Münchhausen, dem Ordonnanzoffizier Heusingers, 13.–31. 10. 1941, zit. in: Meyer, Heusinger, S. 220f. Tagebuch von Hauptmann i.G. Karl-Wilhelm Thilo, 2. 11. 1941, in: BA-MA, N 664/3: „Vor kurzem wurden in Borissow (HGr Mitte) auf Veranlassung des SD und unter dessen Leitung im Anschluß an ein ‚Polizeifest' 6500 Juden innerhalb von 2 Tagen hingeschlachtet. Die Durchführung war viehisch. – Die grundsätzliche Entschlussfassung maßgeblicher Männer zu dieser Handhabung des Judenproblems ist mir unerklärlich und unterscheidet unsere ‚Zivilisation' kaum von Stalinschen Methoden. Als vernünftiger Ausweg böte sich eine Austreibung der Juden über die Kampffront nach Osten an."

[223] Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 578.

[224] Obwohl die „Planmäßigkeit des Mordens [...] schließlich für den Blindesten ersichtlich werden" musste (Leyen, Mauerwald, S. 63), blieben im OKH „Gespräche über dieses Thema verpönt" (Zeugenaussage Hasso v. Etzdorfs, des Vertreters des Auswärtigen Amts im OKH, 9. 6. 1948, zit. nach: Hartmann, Halder, S. 252; vgl. auch ebd., S. 252f.).

[225] Tagebuch Münchhausens, 13.–31. 10. 1941, zit. nach: Meyer, Heusinger, S. 221.

nahmen die militärischen Operationen zu behindern drohten, rang sich der Generalfeldmarschall zu Protest und Widerstand durch. Am 12. November 1941 erfuhr Bock, „daß mehrere Züge mit Juden aus der Heimat in das rückwärtige Gebiet der Heeresgruppe geführt werden sollen! Ich lasse Halder melden, ich würde dies mit allen Mitteln verhindern, da durch das Hereinfahren dieser Züge die entsprechende Zahl für die Versorgung des Angriffs lebensnotwendiger Züge ausfallen müßte."[226] Bock ging es wohl tatsächlich nur darum, „daß der für die Angriffsvorbereitungen notwendigste Zugzulauf für die Heeresgruppe weiter sichergestellt werden soll". Jedenfalls deutet nichts auf eine taktische Finte, auf eine militärfachliche Begründung einer ethisch fundierten Rettungstat für die deutschen Juden, über deren weiteres Schicksal sich der Oberbefehlshaber kaum mehr Illusionen machen konnte. Sein ganzes Verhalten in diesem Feldzug lässt nur die Vermutung zu, dass dieser oberste Truppenkommandeur angesichts der „welthistorischen Aufgabe", den sowjetischen Erzfeind zu besiegen, die immer radikalere Judenverfolgung höchstens als eine zwar sehr unangenehme, aber nicht zu ändernde Marginalie betrachtete.

Mit diesem stillschweigenden Achselzucken oder Wegschauen wollten sich einige jüngere Offiziere seiner Umgebung aber offenbar nicht länger begnügen. Für sie war mit dem systematischen Mord an jüdischen Frauen und Kindern eine Grenze überschritten. Das besonders abstoßende Massaker von Borisov scheint bei einem Offizier wie Gersdorff das Gewissen aufgerüttelt zu haben, das in diesem stark radikalisierten und ideologisierten Krieg völlig abzustumpfen drohte. Diesen Wandel reflektierte auch sein bekannter Bericht über eine Frontreise Anfang Dezember 1941, den er in das Kriegstagebuch der Heeresgruppe aufnehmen ließ[227]: „Bei allen längeren Gesprächen mit Offizieren wurde ich, ohne darauf hingedeutet zu haben, nach den Judenerschießungen gefragt. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Erschießungen der Juden, der Gefangenen und auch der Kommissare fast allgemein im Offizierkorps abgelehnt wird [...]. Es ist hierzu festzustellen, daß die vorhandenen Tatsachen in vollem Umfang bekannt geworden sind und daß im Offizierkorps der Front weit mehr darüber gesprochen wird, als anzunehmen war." Gersdorff beschrieb damit wohl vor allem seine eigene Erschütterung, die allerdings recht spät kam. Das Heeresgruppenkommando Mitte, und gerade sein Ic-Offizier, wusste längst, dass die Aktionen der SS und Polizei über jede politisch und militärisch sinnvolle „Gegnerbekämpfung" hinausgingen. Psychologisch ist es daher verständlich, wenn sich Gersdorff und Schlabrendorff später an diese frühe Kenntnis von Verbrechen nicht mehr erinnern wollten und stattdessen das Massaker von Borisov als dramatischen Einschnitt ansetzten, um ihre moralische Indifferenz in den Sommermonaten zu verdrängen. Das schlechte Gedächtnis war bei diesen späteren „Männern des 20. Juli" offensichtlich auch Ausdruck des schlechten Gewissens, erst durch den Übergang zum systematischen Völkermord aufgeschreckt worden zu sein.

[226] Bock, Kriegstagebuch, S. 316 (12. 11. 1941). Vgl. auch H.Gr.Kdo. Mitte, KTB Ia, 12. 11. 1941, in: BA-MA, RH 19 II/121.

[227] Bericht Gersdorffs über eine Frontreise vom 5.–8. 12. 1941, als Anlage des KTB der Heeresgruppe Mitte vom 9. 12. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 397f., hier S. 398.

Die von Gersdorff geschilderte Ablehnung – war sie wirklich „fast allgemein", wofür es keine weiteren Indizien gibt, oder übertrieb der Verfasser hier, um seiner Kritik größeres Gewicht zu geben? – wurde vermutlich dadurch verstärkt, dass im Oktober und November die „Taifun"-Offensive erst im Schlamm versackte und dann im Eis erstarrte, bevor schließlich im Dezember der Gegenangriff der Roten Armee vor Moskau die Heeresgruppe Mitte an den Rand der Katastrophe führte. Diese Entwicklung rückte einen günstigen Ausgang in weite Ferne und die Möglichkeit näher, dass der Krieg verloren gehen könnte und die Massenverbrechen dann als umso schwerere Hypothek auf den Verlierern, also den Deutschen, lasten würden. Diese Interpretation der militärischen und politischen Lage war wohl für die Militäropposition ein wesentlicher Beweggrund zum Widerstand. Allerdings ist sehr fraglich, wie verbreitet diese Verbindung von pessimistischer Lagebeurteilung und moralischer Empörung wirklich war. Schließlich ließ die Situation an der Ostfront auch genau die entgegengesetzte Argumentation zu: Je länger und erbitterter die Wehrmacht den „Existenzkampf" im riesigen „Ostraum" führen musste, desto notwendiger war es, sich im Rücken der Front Ruhe zu verschaffen, indem man den freundlichen und unentschiedenen Teil der Bevölkerung für sich gewann, die potentiellen Gegner und Partisanen, für die nicht nur die NS-Propaganda die Juden hielt, aber rücksichtslos ausschaltete.

Die Quellenüberlieferung legt nahe, dass die zweite Position häufiger war als die erste – die häufigste Haltung zur „Judenfrage" in den Oberkommandos, im Offizierkorps und in der Wehrmacht überhaupt war jedoch wohl vor allem: Attentismus. Die ganz wenigen Dokumente, die das Unbehagen Gersdorffs und eventuell weiterer Offiziere der Heeresgruppe Mitte an den Massenerschießungen seit Oktober 1941 belegen, bilden eine Ausnahme. Über diese beiden Fälle – Borisov und die Frontreise Gersdorffs – hinaus fehlt nahezu jedes Anzeichen dafür, dass sich das Verhältnis zwischen der höchsten Truppenführung und den Polizeistellen im Herbst und Winter 1941/42 verschlechterte. Die Oberkommandos ließen Himmlers Schergen weiterhin ungehindert morden – und auf unterer Ebene ging die Kooperation unverändert weiter. In den Wintermonaten verlagerten sich die Judenmorde im Heeresgruppengebiet von den großen Städten auf kleinere Orte und das flache Land. Die Behörden und Truppen der Heeresgruppe Mitte unterstützten die Sicherheitspolizei dabei nicht nur organisatorisch und logistisch, sondern auch mit der Waffe, so dass allein im Februar 1942 etwa 2200 getötete Juden auf ihr Konto gingen[228]. Das spricht ebenfalls nicht gerade für eine distanziertere Einstellung. Schließlich profitierte die Heeresgruppe unmittelbar davon, dass in ihrem Operationsgebiet zigtausend Zivilisten weniger ernährt werden mussten und zigtausend Quartiere zusätzlich zur Verfügung standen[229]. Und auch hier traf die mörderische Verbindung von Ideologie und Utilitarismus nicht nur Juden, sondern etwa auch Behinderte[230]. Wie überall an der Ostfront galten der

[228] Vgl. Gerlach, Einsatzgruppe B, S. 60.

[229] Diese Zusammenhänge werden ebd., S. 62, am Beispiel Mogilev aufgezeigt.

[230] Vgl. etwa EM Nr. 148 vom 19. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/3: „In Schumjatschi wurden 16 geisteskranke jüdische und russische Kinder erschossen, die in einem Kinderheim untergebracht waren, das von den sowjetischen Behörden in einem vollkommen verwahrlosten Zustande zurückgelassen war. [...] Der hinzugezogene deutsche Oberstabsarzt vom Lazarett in Schumjatschi

Truppenführung die Anwesenheit und Tätigkeit von SS- und Polizeikräften schlichtweg als „nützlich". So wundert es nicht, wenn das Oberkommando der 9. Armee, jetzt unter Oberbefehl von Generaloberst Walter Model, noch Ende Mai 1942 „Wert auf eine reibungslose Zusammenarbeit aller militärischen Dienststellen mit dem SD und auf weitgehendste gegenseitige Unterstützung" legte[231]. Zu diesem Zeitpunkt war im Bereich der Heeresgruppe Mitte fast das gesamte jüdische Leben ausgelöscht.

Heeresgruppe Süd

Dass der Widerspruch gegen die antisemitische Mordpolitik in der besetzten Sowjetunion, der sich wenigstens ansatzweise im Heeresgruppenkommando Mitte bemerkbar machte, alles andere als charakteristisch für die Haltung der Oberkommandos im Osten war, zeigt auch das Beispiel der *Heeresgruppe Süd*. Dieser Großverband der Wehrmacht spielt in der Geschichte des Holocaust eine maßgebliche Rolle. Die Heeresgruppe eroberte bis Ende 1941 den größten Teil der Ukraine einschließlich der 1939 annektierten ostpolnischen Gebiete (Westukraine) sowie der (damals noch zur russischen Föderation gehörenden) Krim. In diesem riesigen Gebiet lebten die meisten Juden der besetzten Sowjetunion. Besonders die großen Städte hatten einen hohen jüdischen Bevölkerungsanteil – mit Kiev und Charkov wurden die drittgrößte und die viertgrößte sowjetische Stadt von den Truppen der Heeresgruppe Süd besetzt, was katastrophale Folgen für Zehntausende jüdische Einwohner hatte. Etwa einem Drittel der ukrainischen Juden – im Westen insgesamt deutlich weniger, im Osten teilweise erheblich mehr – gelang die Flucht, doch schätzungsweise 1,4 Millionen fielen in die Hände der Deutschen. Nur eine geringe Zahl von ihnen überlebte. Allein im Operationsgebiet der Heeresgruppe Süd – also vor Abgabe an die Zivilverwaltung – wurden bis zum Frühjahr 1942 an die 300000 Juden ermordet[232]. Unter deutscher Militärverwaltung lebten zu dieser Zeit, am Ende des hier behandelten ersten Feldzugjahrs, nur noch wenige tausend jüdische Zwangsarbeiter und ihre Familien.

Diese Dimension markiert den Grad der Verantwortung. Der Anteil des Ostheeres am Genozid im Süden des sowjetischen Kriegsschauplatzes glich demjenigen im Norden und in der Mitte. Nur ein relativ kleiner Teil der jüdischen Opfer wurde von Wehrmachtseinheiten erschossen – geschätzt wird eine Zahl von einigen tausend[233]. Doch auch ohne die Schützen zu stellen, war die Beteiligung der Wehrmacht im Militärverwaltungsgebiet unverzichtbar. Sie bildete „gleichsam den Schirm" und bot die Infrastruktur für die Erfassung, Entrechtung und Er-

erklärte, dass das Kinderheim mit seinen Insassen einen Seuchenherd erster Ordnung darstelle, und dass daher ihre Erschiessung geboten sei."

[231] AOK 9 (Ic/AO, Nr. 258/42 geh., gez. Krebs), Abwehrnachrichten Nr. 2, 20. 5. 1942, in: BA-MA, RH 20–9/276.

[232] Diese Angaben stützen sich auf die Schätzungen von Pohl, Schauplatz, S. 155, 169f., und beziehen die ca. 24000 in den Pogromen von Juni/Juli 1941 ermordeten Juden mit ein, nicht aber die vermutlich kaum höhere Zahl an Juden, die 1941 im Reichskommissariat Ukraine der Mordpolitik zum Opfer fiel. Hier wurden die meisten Juden, etwa 350000, erst 1942/43 ermordet. Etwa 530000 Juden starben im Distrikt Galizien des Generalgouvernements, ca. 185000 im rumänisch besetzten Transnistrien.

[233] Ebd., S. 151.

mordung der Juden in der Ukraine[234]. Auch hier waren vor allem die Kommandanturen und die militärische Polizei, besonders die Geheime Feldpolizei, in die Judenmorde involviert. Und auch hier bildeten die Oberkommandos die höchste Instanz der Zusammenarbeit. Und natürlich lag auch hier die Exekutive dieser kooperativen und arbeitsteiligen Vernichtungspolitik weitgehend in den Händen des SS- und Polizeiapparats. Der Höhere SS- und Polizeiführer war die Schaltzentrale, die Einsatzgruppen bildeten die Kerntruppe, Einheiten der Waffen-SS fungierten als eine Art Eingreifreserve, die Bataillone der Ordnungspolizei und die einheimische Hilfspolizei stellten das „Fußvolk der Endlösung"[235].

Im Bereich der Heeresgruppe Süd wurden gleich zwei Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD in Marsch gesetzt. Da das Operationsgebiet der Heeresgruppe anfangs durch ungarisches Staatsgebiet geteilt war, wurde ihrer Südflanke, der von Rumänien aus operierenden 11. Armee, wie bereits erwähnt, eine eigene Einsatzgruppe (D) beigegeben. Dieser Sonderfall wird später behandelt. Den Vormarsch der 6. Armee, der 17. Armee und der Panzergruppe 1 in der Ukraine begleitete die Einsatzgruppe C unter Leitung von SS-Brigadeführer Otto Rasch[236]. Die etwa 700 bis 800 Mann starke Einheit gliederte sich in zwei Einsatz- und zwei Sonderkommandos, von denen sich im Nordabschnitt das Sonderkommando 4a an der 6. Armee, südlich davon das Sonderkommando 4b an der 17. Armee orientierte, während die Einsatzkommandos 5 und 6 dahinter folgten[237]. Die Einsatzgruppe C bildete das Rückgrat und die erste Welle des Judenmords in der Ukraine. Hinter und häufig auch mit ihr mordeten – zum Teil und auch insgesamt mit noch höheren Opferzahlen – die sechs Bataillone der Ordnungspolizei, die dem Höheren SS- und Polizeiführer Russland-Süd, SS-Standartenführer Friedrich Jeckeln, unterstanden[238], sowie Einheiten der Waffen-SS, vor allem die 1. SS-Infanterie-Brigade. Der Judenmord in der Ukraine, der von diesen SS- und Polizeikräften in Zusammenarbeit mit der Wehrmacht und der einheimischen Hilfspolizei exekutiert wurde, durchlief die signifikanten Radikalisierungsstufen – erst die „jüdische Intelligenz", dann alle wehrfähigen Männer, schließlich alle Männer (bis auf „unabkömmliche Arbeitskräfte") und vereinzelt auch Frauen und Kinder, zuletzt alle Juden – nicht so schnell wie bei der Heeresgruppe Nord, aber schneller als bei der Heeresgruppe Mitte.

Wie in Litauen und Lettland und anders als in Weißrussland begann der Judenmord in der Ukraine Ende Juni 1941 mit umfangreichen Pogromen[239]. Kurz vor dem Rückzug der Roten Armee hatte der NKVD auch in der Westukraine viele Tausende politische Häftlinge ermordet. Allein in den Lemberger Gefängnissen und ihrer Umgebung stapelten sich die Leichen von 5300 Menschen. Für diese

[234] Ebd., S. 172.
[235] Mallmann, Fußvolk.
[236] Da eine umfassende Gesamtdarstellung des Judenmords in der Ukraine noch immer fehlt, ist man für die Einsatzgruppe C nach wie vor auf die kenntnisreichen Überblicke von Dieter Pohl angewiesen: Pohl, Einsatzgruppe C; Pohl, Schauplatz. Zur nur bis zum 1. 8. 1941 währenden Zeit Ostgaliziens unter Militärverwaltung vgl. Pohl, Judenverfolgung, S. 43–74.
[237] Zu den Marschwegen der Einsatzgruppe C vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 186–195.
[238] Drei weitere Polizeibataillone waren direkt den drei Sicherungsdivisionen des Berück Süd unterstellt, beteiligten sich teilweise aber ebenfalls an Mordaktionen.
[239] Vgl. Pohl, Judenverfolgung, S. 54–67; Musial, Elemente.

schrecklichen Massaker wurden sowohl von den deutschen Eroberern als auch von den ukrainischen Nationalisten „die Juden" verantwortlich gemacht. So begann in den meisten Städten, teilweise noch vor dem deutschen Einmarsch, eine mörderische „Vergeltung" vor allem an jüdischen Männern. Diese Pogrome waren, obwohl sich viele Zivilisten für sie mobilisieren ließen, in der Regel keineswegs spontane Racheakte der Bevölkerung, sondern meist von den schnell aufgestellten Milizen der „Organisation Ukrainischer Nationalisten" (OUN) organisiert und häufig von der deutschen Sicherheitspolizei angezettelt. RSHA-Chef Heydrich hatte bereits frühzeitig das „spurlose Auslösen" dieser „Selbstreinigungsbestrebungen antikommunistischer und antijüdischer Kreise" angeordnet[240]. So entfaltete besonders das Sonderkommando 4b, das mit der 17. Armee in Ostgalizien einrückte, eine rege Tätigkeit, um Pogrome zu initiieren oder zumindest zu fördern. Die größten Massaker fanden in Lemberg mit etwa 4000 getöteten Juden sowie in Zloczov und Tarnopol statt. Insgesamt forderte die Pogromwelle in der Westukraine wohl an die 24000 Opfer. Nach der ersten Juliwoche und dem Überschreiten der alten Grenze von 1939 verebbten die Pogrome, die trotz der vielen Ermordeten nicht die erwünschten Ausmaße angenommen hatten, wie die Einsatzgruppe C Anfang August 1941 enttäuscht resümierte[241].

Die Pogrome fanden nicht nur unter den Augen, sondern im Hoheitsbereich, meist sogar noch im Gefechtsgebiet der 17. Armee statt. Wiederholt beteiligten sich Wehrmachtssoldaten spontan an den Ausschreitungen. Solch selbständiges Mitmorden wollte die stets um die „Manneszucht" besorgte Truppenführung unbedingt verhindern und erließ entsprechende Befehle[242]. Ansonsten unternahmen die Kommandobehörden der deutschen Besatzungsmacht aber auch in der Westukraine wenig bzw. nichts, um die Juden zu schützen. Mehr noch: Die Inszenierung von Pogromen fand offenbar den Beifall des Oberkommandos der 17. Armee, das sich über die Absichten des Reichssicherheitshauptamts auffällig gut informiert zeigte. Jedenfalls meldete die Einsatzgruppe C bereits Ende Juni nach Berlin, das Armeeoberkommando 17 selbst habe „angeregt, zunächst die in den neu besetzten Gebieten wohnhaften anti-jüdisch und anti-kommunistisch eingestellten Polen zu Selbstreinigungsaktionen zu benutzen"[243]. Heydrich nahm diese Anregung in seinem Einsatzbefehl vom 1. Juli 1941 auf und wies Rasch an, „sofort das in Lemberg befindliche EK 4b entsprechend zu verständigen, da sich für diesen Bereich das AOK. anher gewandt hat"[244]. Das Sonderkommando 4b, der wichtigste deutsche Antreiber der Pogrome in Ostgalizien, berichtete kurz darauf

[240] Fernschreiben Heydrichs an die Einsatzgruppenchefs, Berlin 29. 6. 1941, in Erinnerung an seine „bereits am 17.VI. in Berlin gemachten mündlichen Ausführungen", in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 319.

[241] EM Nr. 47 vom 9. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1: „Die seinerzeitig unternommenen Versuche, Judenpogrome in vorsichtiger Weise zu inspirieren, haben leider nicht den erhofften Erfolg gezeigt."

[242] Vgl. etwa die Befehle des Berück Süd, General Karl v. Roques, besonders vom 29. 7. 1941, aber auch noch vom 1. 9. 1941, paraphrasiert und zitiert bei Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 229.

[243] EM Nr. 10 vom 2. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1. Vgl. dazu auch Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 167, 207. Die Datierung auf vor 1. 7. 1941 ergibt sich aus dem folgenden Befehl Heydrichs.

[244] Einsatzbefehl Heydrichs Nr. 2, 1. 7. 1941, mit einem Zusatz für die Einsatzgruppe C, in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 320f.

aus Tarnopol[245]: „Wehrmacht erfreulich gute Einstellung gegen die Juden." Dieses Lob richtete sich bestimmt nicht nur auf die Beteiligung der örtlichen Dienststellen an den Pogromen – nach einem anderen Bericht des Sk 4b geschah die „Vergeltung" an den Juden in Zloczov sogar „im Auftrage der Wehrmacht"[246] –, sondern schloss wohl auch die Haltung des übergeordneten Armeeoberkommandos mit ein.

Wie war aber die grundsätzliche Einstellung dieser Armeeführung, an deren Spitze mit General Carl-Heinrich v. Stülpnagel[247] ein späterer Widerständler des 20. Juli und mit Generalstabschef Vincenz Müller[248] ein späterer Aktivist des „Nationalkomitees Freies Deutschland" standen? Der Ic-Offizier der Armee und sein Abwehroffizier (Ic/AO) wurden offensichtlich laufend über die Polizeiaktionen unterrichtet und arbeiteten eng mit der Sicherheitspolizei zusammen[249]. Aus dem Tätigkeitsbericht des Abwehroffiziers geht hervor, dass aus dem Armeeoberkommando „Vergeltungsaktionen" des Sonderkommandos 4b gegen die jüdische Bevölkerung angeregt wurden, wobei die „Bitten" des Oberkommandos für die Polizisten der Einsatzgruppe natürlich geradezu verbindlichen Charakter besaßen. Für den 25. Juli 1941 findet sich der Eintrag[250]: „SD-Verbindung hergestellt. Nach Zmierinka wird ein SD-Kommando gelegt (Kabelsabotage durch Juden – Vergeltung)." Eindeutiger ist die Initiative der Armee zwei Monate später. Am 22. September wurde vermerkt[251]: „Sonderkommando IVb wird um Repressalien gegen die Krementschuger Juden gebeten, da dort 3 Kabelsabotagefälle vorkamen." Dass eine solche „Bitte" zu diesem Zeitpunkt der Auslöschung von ganzen jüdischen Gemeinden Vorschub leisten konnte, musste dem Armeeoberkommando nach den großen Mordaktionen der letzten Wochen sehr wohl bewusst sein. Dennoch scheute man sich nicht, dem Morden der Einsatzgruppe C in die Hände zu spielen. Tatsächlich begann wenige Tage später, am 28. September, die Ermordung der Juden von Kremenčug, der bereits am ersten Tag 1600 Menschen zum Opfer fielen[252]. Als sich am 10. Oktober 1941 mit Sturmbannführer Günther Herrmann, dem Führer des Sonderkommandos 4b, einer der Protagonisten des

[245] EM Nr. 14 vom 6. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1

[246] EM Nr. 24 vom 16. 7. 1941, ebd. Zum Massaker von Zloczov am 3./4. 7. 1941 vgl. Boll, Wehrmacht, der die Frage der Verantwortung allerdings nicht endgültig klären kann. Angehörige der Waffen-SS-Division „Wiking", damals der Panzergruppe 1 unterstellt, beteiligten sich an den Morden der ukrainischen Nationalisten, und das zuständige AOK 17 sowie der Stadtkommandant schritten gegen sie nicht ein, während sich die 295. Infanteriedivision (Ia: Oberstleutnant i.G. Helmuth Groscurth) schließlich um eine „Wiederherstellung der Ordnung" bemühte.

[247] Die apologetische Biographie von Heinrich Bücheler behandelt die folgenden Fragen völlig unkritisch, vgl. Bücheler, Stülpnagel, S. 320–322. Dagegen Streit, Angehörige.

[248] Zu dieser interessanten Persönlichkeit – in der Reichswehr ein enger Mitarbeiter Kurt v. Schleichers, dann ein General Hitlers, schließlich einer der „Väter" der Nationalen Volksarmee – vgl. jetzt die Biographie von Lapp, General.

[249] Vgl. die verschiedenen Einträge im Tätigkeitsbericht Ic/AO des AOK 17, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2272, z. B. am 5. 7. 1941, das Ek 6 habe aus Lemberg gemeldet: „Mehr als 400 Juden erschossen als Vergeltung für ermordete Ukrainer, weitere 200 folgen."

[250] Ebd., 25. 7. 1941. Vgl. auch Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 220f.

[251] AOK 17, Tätigkeitsbericht Ic/AO, 22. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2272. Die Bitte, sämtliche Juden in Kremenčug „auszurotten", wie es noch Oldenburg, Ideologie, S. 48, nach Hilberg, Vernichtung, Bd. 2, S. 316, vermutet, ist dagegen nicht belegt, doch musste das AOK 17 zu dieser Zeit wissen, dass sein Antrag zu einer Massenerschießung vermutlich aller Juden in Kremenčug führen würde.

[252] Enzyklopädie des Holocaust, Bd. 2, S. 813.

Judenmords in der Sowjetunion bei den zuständigen Offizieren des Armeeoberkommandos verabschiedete, wurde ihm ausdrücklich „für die vertrauensvolle und tatkräftige Mitarbeit" gedankt[253].

Dem Oberbefehlshaber der 17. Armee wird diese Kooperation ebenso wenig verborgen geblieben sein wie ihre schrecklichen Ergebnisse. Auch wenn offen bleiben muss, ob Stülpnagel persönlich an den Anregungen von antijüdischen Pogromen und Repressalmaßnahmen beteiligt war, so gibt es doch keinen Hinweis darauf, dass er diese Initiativen seiner Mitarbeiter abgelehnt hätte. Im Gegenteil: Seine eigenen Befehle sprechen für eine weitgehende Übereinstimmung mit gezielten Aktionen gegen die sowjetischen Juden, in denen auch er die Stützen des stalinistischen Regimes sah. Wie erwähnt, hatte er sich bereits im Mai 1935 sehr kritisch über die politischen Kommissare der Roten Armee geäußert, die seiner Einschätzung nach „meist der jüdischen Rasse" angehörten[254]. So wundert es nicht, dass Stülpnagel einen klaren Unterschied zwischen den nichtjüdischen und den jüdischen Bevölkerungsteilen der besetzten Ukraine machte. Der OKH-Befehl vom 25. Juli 1941 über die „Behandlung feindlicher Zivilpersonen und russischer Kriegsgefangener", der die brutalen Vorgaben des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses nochmals bestätigte[255], bot ihm einen Anlass, auf diesen Unterschied hinzuweisen und die nichtjüdischen Ukrainer gegen die Juden auszuspielen – im übrigen zugleich ein Indiz dafür, dass Stülpnagel tatsächlich hinter der Anregung an das RSHA stand, Pogrome in der Westukraine anzuzetteln. Am 30. Juli teilte er den unterstellten Verbänden den Inhalt der neuen OKH-Richtlinien mit, ergänzte aber den Befehl zu „kollektiven Gewaltmaßnahmen" um die Mahnung, diese Maßnahmen *„nicht wahllos"* zu treffen und grundsätzlich auf die *„ukrainische Bevölkerung*, sofern sich diese loyal verhält", Rücksicht zu nehmen[256]. „Soweit die auslösende Tat der *ukrainischen* Ortseinwohnerschaft nicht nachgewiesen werden kann, sind die Ortsvorsteher anzuweisen, in erster Linie jüdische und kommunistische Einwohner zu nennen. [...] Dabei muss berücksichtigt werden, dass die aktiven älteren Kommunisten zum grössten Teil geflohen sind oder sich in benachbarter Gegend so verborgen halten, dass sie für *raschen* Zugriff nicht erreichbar sind. Zahlreicher zurückgeblieben sind die Angehörigen der *russ. Staatsjugend* (Komsomolzen). [...] Besonders die *jüdischen Komsomolzen* sind als Träger der Sabotage und Bandenbildung Jugendlicher anzusehen." Dieser Befehl verknüpfte eine Mäßigung der Vorgaben aus dem OKH mit einer gleichzeitigen Verschärfung, indem die deutsche Vergeltung für Sabotageakte nicht wahllos die gesamte Bevölkerung, sondern gezielt Kommunisten und Juden treffen sollte. Da Stülpnagel selbst feststellte, dass die meisten Kommunisten sich einem *„raschen*

[253] AOK 17, Tätigkeitsbericht Ic/AO, 10. 10. 1941, in: NA, T 312/674.

[254] Denkschrift Stülpnagels „Fragen des Offiziers- und Unteroffizierskorps in der Roten Armee", 10. 5. 1935, zit. nach: Wilhelm, Eliten, S. 344.

[255] Weisung des OKH (Gen.z.b.V. beim Ob.d.H., Az. 453/Gr.R.Wes., Nr. 1332/41 geh., gez. Müller), 25. 7. 1941, in: Müller (Hrsg.), Okkupation, S. 106–109. Der Befehl richtete sich ausdrücklich auch gegen das *„hetzerische Wirken* der Träger des jüdisch-bolschewistischen Systems" (ebd., S. 107), was wohl auch der Legitimierung der Judenmorde diente.

[256] Befehl Stülpnagels (AOK 17, Ic/AO, Nr. 2784/41 geh.) „Behandlung feindl. Zivilpersonen (Partisanen, jugendliche Banden) und der russ. Kriegsgefangenen", 30. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–17/276.

Zugriff" entzogen hatten, blieben als Sündenböcke in erster Linie die Juden. Diese „Sündenbockmethode", die den Judenmord begünstigte und etwa zur erwähnten Initiative des Armeeoberkommandos gegen die Juden in Kremenčug führte, war vielleicht durch das Schreiben der 4. Armee von Anfang Juli inspiriert, das dem AOK 17 vorlag und in dem vorgeschlagen wurde, die loyale (weißrussische) Bevölkerung „gut und gerecht" zu behandeln und Sabotagefälle „einzelnen kommunistischen Elementen, vor allem Juden, anzulasten"[257].

Die Haltung Stülpnagels, der den jüdischen Teil ausdrücklich von der Notwendigkeit einer „maßvollen" Behandlung der ukrainischen Bevölkerung ausnahm, war unverkennbar von Antisemitismus geprägt. Besonders deutlich wurde dies in einer Denkschrift vom 12. August 1941 an das Heeresgruppenkommando Süd über „Stellung und Einfluss des Bolschewismus", zu der ihn die Aussagen gefangener Offiziere der Roten Armee inspirierten[258]. Um den sowjetischen Widerstand weiter zu erschüttern, forderte Stülpnagel *„für unsere Propaganda und die Behandlung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten"* einen noch stärkeren antijüdischen Akzent in der deutschen Propaganda: *„Vermehrter* Kampf gegen den Bolschewismus und das vor allem in seinem Sinne wirkende internationale Judentum. [...] Unter der Bevölkerung des besetzten Gebietes ist vielfach eine gereizte Stimmung gegen die *Juden*. [...] Andererseits wurde auch schon festgestellt, dass drakonische Massnahmen gegen Juden bei einzelnen Bevölkerungskreisen Mitleid und Sympathie für sie erzeugt haben. Nachdrückliche *Aufklärung über das Judentum* unter der Bevölkerung gerade in der Ukraine ist daher erforderlich, um zunächst eine entschlossenere und einheitlichere Ablehnung zu erzielen. Dadurch kann auch der Gefahr vorgebeugt werden, dass die Juden über kurz oder lang unter der Hand wieder Einfluss gewinnen auf das Wirtschaftsleben, vor allem im freien Handel, oder sich als Zentrum einer Widerstandsbewegung betätigen können." Diese antijüdischen Überlegungen, die Stülpnagel aus eigenem Antrieb für seine vorgesetzte Dienststelle anstellte, zeigen, dass selbst dieser konservative und letztlich oppositionelle General in den sowjetischen Juden eine politische und ökonomische Gefahr sah, die es auszuschalten galt. Am 24. August 1941 betonte er nochmals, dass die ukrainische Bevölkerung „freundlich" und „gutwillig" sei – und lenkte erneut die Antipathien auf die jüdische Minderheit[259]: „Auftretende Partisanen und Saboteure finden sich nur unter den zurückgebliebenen kommunistischen Elementen; vor allem sind es Juden und Soldaten in Zivil."

Wie die jüdische „Gefahr" in der besetzten Sowjetunion beseitigt werden sollte, musste allerdings der höchsten Truppenführung der Heeresgruppe Süd im August 1941 als noch nicht endgültig entschieden erscheinen. Die Denkschrift Stülpnagels vom 12. August legt nahe, dass dieser Oberbefehlshaber vielleicht von einer Dezi-

[257] AOK 4 an OKH, 6. 7. 1941, mitgeteilt in: Befehl des OKH (Gen.St.d.H., Abt. K.Wes./Abw. III, Nr. 2111/41), 12. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–17/276.

[258] Stülpnagel (AOK 17, OB) an das H.Gr.Kdo. Süd, 12. 8. 1941, in: NA, T 312/674 (2). Dass diese Denkschrift wohl von Stülpnagel persönlich verfasst wurde, legt die Etikettierung mit „Der Oberbefehlshaber der 17. Armee" ohne Verweis auf eine nachgeordnete Stelle des Armeeoberkommandos nahe. Die Ausführungen Stülpnagels gelangten bereits am 16. 8. 1941 an die Abteilung Wehrmachtpropaganda des OKW, vgl. Streit, Angehörige, S. 94.

[259] Befehl Stülpnagels (AOK 17, OB) „Behandlung der Bevölkerung und Aufrechterhaltung der Disziplin", 24. 8. 1941, in: BA-MA, RH 20–17/276.

mierung, aber noch nicht von einer vollständigen Vernichtung des jüdischen Bevölkerungsteils ausging – sonst hätte er kaum ein mögliches Wiedererstarken des jüdischen Einflusses und Widerstands thematisiert. Tatsächlich hatte der Judenmord in der Ukraine bis Mitte August noch nicht alle Eskalationsstufen durchlaufen[260]. Nach dem Verebben der Pogrome in der Westukraine stagnierten die antijüdischen Aktionen seit Anfang Juli zunächst. Offenbar forderte Himmler daher bei einem Besuch in Lemberg am 21. Juli und bei einem Treffen mit Jeckeln am 12. August, die Exekutionen auszuweiten und zu forcieren. Die Morde der Einsatzgruppe C, der Polizeibataillone und der 1. SS-Brigade trafen in der zweiten Julihälfte zunehmend alle wehrfähigen jüdischen Männer und seit Ende des Monats vereinzelt auch Frauen und Kinder. Seit Mitte August 1941 gingen die SS- und Polizeieinheiten in der Ukraine dazu über, immer häufiger jüdische Frauen und Kinder, schließlich systematisch alle Juden zu töten.

Die Wende von der selektiven Mordpolitik zum totalen Völkermord in der Ukraine und zugleich überhaupt einen „qualitativen Sprung im Vernichtungsprozess"[261] markierte das Massaker von Kamenez-Podolsk vom 26. bis 28. August 1941. Dorthin hatten die Ungarn weit über 10000 Juden aus der Karpato-Ukraine abgeschoben, so dass der ohnehin schon hohe jüdische Bevölkerungsanteil in der Kleinstadt auf etwa 26000 Menschen anschwoll. Die deutsche Feldkommandantur drang wegen des Ernährungsproblems und der Seuchengefahr auf eine Lösung, und der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets, General Karl v. Roques, wollte offenbar bis zur Abgabe der Stadt an die Zivilverwaltung am 1. September klare Verhältnisse schaffen. Schließlich wurde der Höhere SS- und Polizeiführer Jeckeln mit der Angelegenheit betraut – sicher in enger Absprache mit Roques und mit Kenntnis des Oberkommandos der Heeresgruppe Süd unter Generalfeldmarschall Gerd v. Rundstedt. Auf einer Besprechung bei Generalquartiermeister Wagner im OKH konnte am 25. August festgestellt werden, dass Jeckeln angekündigt habe, „die Liquidation dieser Juden bis zum 1. 9. 1941 durchgeführt zu haben"[262]. Unter seiner persönlichen Leitung ermordeten das Polizeibataillon 320 und seine Stabskompanie in nur drei Tagen 23600 jüdische Männer, Frauen und Kinder, sowohl einheimische als auch abgeschobene. Damit war der rassenideologische Vernichtungsfeldzug gegen die sowjetischen Juden endgültig in eine neue Phase eingetreten und zugleich ein besatzungspolitisches „Problem" der Wehrmacht gelöst.

Das Heeresgruppenkommando Süd wurde unmittelbar nach diesem Massenmord der neuen Dimension von den Vorgängen in Kamenez-Podolsk und die Zahl der Opfer unterrichtet[263]. Auch das Oberkommando der 17. Armee erfuhr offenbar von dem Massaker und wurde von der erheblichen Verschärfung der antijüdischen Maßnahmen in Kenntnis gesetzt. Jedenfalls ist es auffällig, dass diese

[260] Zur stufenweisen Verschärfung der Judenverfolgung im Bereich der Heeresgruppe Süd vgl. Pohl, Einsatzgruppe C, S. 71–77; Pohl, Schauplatz, S. 137–152.

[261] So der Titel des grundlegenden Aufsatzes von Klaus-Michael Mallmann über dieses Massaker. Vgl. auch Pohl, Schauplatz, S. 140–143; Mallmann/Rieß/Pyta (Hrsg.), Deutscher Osten, S. 85–87.

[262] Vermerk des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete (gez. Labs) über eine Besprechung im OKH am 25. 8. 1941, Berlin 27. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, Nürnberger Dokumente, PS-197.

[263] Notiz über eine Besprechung beim H.Gr.Kdo. Süd am 2. 9. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1554.

Kommandobehörde ihre Truppen ausgerechnet jetzt, am 7. September 1941, darauf hinwies[264]: *„Im Interesse der Sicherheit der deutschen Wehrmacht darf vor Härten gegenüber der Zivilbevölkerung nicht zurückgeschreckt werden."* Als „verdächtig" wurden in diesem Zusammenhang u.a. nachdrücklich genannt: *„Juden beiderlei Geschlechts und jeden Alters."* In einer solchen Formulierung war ebenso ein Hinweis auf die Ausweitung der Exekutionen auf *alle* Juden zu sehen wie in der Forderung des OKW an das Ostheer vom 12. September, der „Kampf gegen den Bolschewismus" verlange „ein rücksichtsloses und energisches Durchgreifen vor allem auch gegen die Juden, die Hauptträger des Bolschewismus"[265], und wie in der antisemitischen Hetze Hitlers zur Einstimmung der „Soldaten der Ostfront" auf die Herbstoffensive am 2. Oktober[266]. Diese immer schärferen Wendungen gegen die „jüdische Gefahr" in der Sowjetunion sollten der unterschiedslosen Ermordung der Juden eine scheinbare Legitimation geben.

Mit dem Massaker von Kamenez-Podolsk setzte die systematische Vernichtung der jüdischen Gemeinden in der Ukraine ein. Während in den zwei Monaten zuvor etwa 40000 Juden von den SS- und Polizeieinheiten erschossen worden waren, betrug die Mordrate in den nur fünf Wochen vom 26. August bis zum 30. September 1941 über 100000 Juden, mehrheitlich Frauen und Kinder[267]. Damit begann der totale Genozid im Süden schon einen Monat früher als in der Mitte des sowjetischen Kriegsschauplatzes. Und anders als bei der mittleren Heeresgruppe, wo sich zumindest im Heeresgruppenkommando Ansätze von Widerspruch gegen den systematischen Völkermord regten, ist aus den Oberkommandos der Heeresgruppe Süd nicht die leiseste Kritik am Übergang zur totalen „Ausrottung" der Juden überliefert. Die Reaktion bzw. ausbleibende Reaktion der maßgeblichen Heeresdienststellen auf das Pilotunternehmen von Kamenez-Podolsk zeigte dem SS- und Polizeiapparat, dass die Truppenführung nicht nur die Ermordung wehrfähiger jüdischer Männer, sondern schließlich auch den Massenmord an allen Juden tolerierte und teilweise sogar forderte und förderte. Diese Haltung gab Himmler und seinen Leuten freie Bahn, die Vernichtung der jüdischen Gemeinden jetzt entscheidend voranzutreiben.

Auch Carl-Heinrich v. Stülpnagel bildete keine Ausnahme im Kartell des Geschehenlassens. Ob seine antisemitische Disposition ausreichte, um den Holocaust in der Sowjetunion auch innerlich zu akzeptieren, bleibt fraglich, jedoch trat er ihm nicht entgegen. Sein Stab stieß beim Sonderkommando 4b trotz der neuen Ausmaße der Vernichtungspolitik weiterhin Aktionen gegen Juden an, wie das Beispiel Kremenčug vom 22. September 1941 zeigt. Dass in Stülpnagels Befehlsbereich letztlich deutlich weniger Juden umgebracht wurden als in den Operati-

[264] Befehl des AOK 17 (Ic/AO, gez. Vincenz Müller) „Überwachung des Zivilverkehrs", in: BA-MA, RH 20-17/276.

[265] Erlass des OKW (WFSt, Abt. L./IV/Qu., Nr. 02041/41 geh., gez. Keitel), 12. 9. 1941, in: Müller (Hrsg.), Okkupation, S. 72. Daher sollte „jegliche Zusammenarbeit der Wehrmacht mit der jüdischen Bevölkerung, die offen oder versteckt in ihrer Einstellung deutschfeindlich ist", unterbleiben – ausgenommen „lediglich die Verwendung von Juden in besonders zusammengefaßten Arbeitskolonnen, die nur unter deutscher Aufsicht einzusetzen sind".

[266] Aufruf Hitlers „Soldaten der Ostfront!", 2. 10. 1941, in: Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 1756–1758. Vgl. oben.

[267] Vgl. Pohl, Schauplatz, S. 143.

onsgebieten der 6. und der 11. Armee[268], ist kein Indiz für seinen mäßigenden Einfluss, sondern hängt wohl einzig und allein daran, dass die 17. Armee nach Lemberg keine Großstädte mehr eroberte, während die 6. Armee Städte mit großen jüdischen Gemeinden wie Žitomir, Berdičev, Kiev und Charkov einnahm und auch die 11. Armee auf der Krim noch viele Juden antraf. Auch unter Generaloberst Hermann Hoth, der die 17. Armee am 10. Oktober 1941 von Stülpnagel übernahm, erreichten die Mordquoten nicht die Höhe der anderen beiden Armeebereiche der Heeresgruppe Süd. Dennoch war dieser Oberbefehlshaber alles andere als „gemäßigt", sondern berief sich noch nach dem Krieg auf den starken jüdischen Einfluss in der Sowjetunion[269] und trat besonders durch seinen berüchtigten Nachfolgebefehl (17. November 1941) des noch berüchtigteren „Reichenau-Befehls" (10. Oktober 1941) hervor. In der antijüdischen Hasspropaganda wurde das Vorbild fast übertroffen[270]: „Jede Spur aktiven oder passiven Widerstandes oder irgendwelcher Machenschaften bolschewistisch-jüdischer Hetzer ist sofort erbarmungslos auszurotten. *Die Notwendigkeit harter Maßnahmen gegen volks- und artfremde Elemente muß gerade von den Soldaten verstanden werden.* Diese Kreise sind die geistigen Stützen des Bolschewismus, die Zuträger seiner Mordorganisation, die Helfer der Partisanen. Es ist die gleiche jüdische Menschenklasse, die auch unserem Vaterlande durch ihr volks- und kulturfeindliches Wirken so viel geschadet hat, heute in der ganzen Welt deutsch-feindl. Strömungen fördert und Träger der Rache sein will. Ihre Ausrottung ist ein Gebot der Selbsterhaltung. Wer als Soldat an diesen Maßnahmen Kritik übt, hat kein Gedächtnis für die frühere jahrelange, zersetzende und verräterische Tätigkeit jüdisch-marxistischer Elemente in unserem eigenen Volke."

Dieser Befehl rechtfertigte die „Ausrottung" der „jüdischen Menschenklasse" ebenso wie das Vorbild des „Reichenau-Befehls" und der spätere Befehl Mansteins, auf die noch einzugehen sein wird. Diese Appelle aller drei südlichen Armeeoberbefehlshaber traten damit zugleich der Kritik entgegen, die es offenbar – anders als in den Oberkommandos – in der Truppe gegen den Radikalisierungsschub zur totalen Vernichtungspolitik gab. An den eigenständigen Argumenten des Befehls Hoths sind vor allem der Rückgriff auf den angeblichen Gegensatz zu den deutschen Juden, wohl vor allem in der Revolutionszeit 1918/19, sowie das Motiv, vorausschauend mögliche Rächer zu beseitigen, bemerkenswert. Das letztere Argument belegt auch, wie tief die Truppenführung inzwischen in den Judenmord involviert war und wie genau Generale wie Hoth wussten, dass die sowjeti-

[268] So der etwas irreführende Hinweis in dem sonst überzeugenden Aufsatz von Streit, Angehörige, S. 99. Die geschätzte Mindestzahl von 6329 Opfern des Sk 4b, unter ihnen der größere Teil nach Ablösung Stülpnagels, beziffert keineswegs alle Opfer der Mordpolitik im Bereich der 17. Armee, die nicht nur von der Einsatzgruppe C exekutiert wurde. So forderten allein die vom AOK 17 gewünschten Pogrome in der Anfangsphase mehr Tote.

[269] Aussage Hoths vor dem Nürnberger Militärtribunal (Fall 12), 3. 5. 1948, in: IfZ-Archiv, MB 31/37, S. 3137.

[270] Befehl Hoths (AOK 17, Ia, Nr. 0973/41 geh.) „Verhalten der deutschen Soldaten im Ostraum", 17. 11. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 341–343, hier S. 342. Vgl. auch ebd., S. 341: „Es ist uns in diesem Sommer immer klarer geworden, daß hier im Osten *zwei innerlich unüberbrückbare Anschauungen* gegeneinander kämpfen: Deutsches Ehr- und Rassegefühl, Jahrhunderte altes deutsches Soldatentum gegen asiatische Denkungsart und ihre, durch eine kleine Anzahl, meist jüdischer Intellektueller aufgepeitschten primitiven Instinkte."

schen Juden bereits tausendfachen Anlass zur „Rache" hatten. Nachdem das Oberkommando der 17. Armee widerspruchslos auch die letzte Radikalisierungsstufe hingenommen hatte, gab es kaum mehr einen Weg zurück. So kooperierte man weiterhin eng mit dem Sonderkommando 4b, das den Abwehroffizier der Armee offenbar laufend über die einzelnen Mordaktionen informierte. Die Einsatzgruppe C konnte im November 1941 für das Operationsgebiet der 17. Armee zufrieden feststellen[271]: „Im Bereich des Sonderkommandos 4b wurde seitens der Wehrmacht der sicherheitspolizeilichen Tätigkeit des Sonderkommandos überall volles Verständnis entgegengebracht." Wie gut das Armeeoberkommando unterrichtet war und welche Möglichkeiten die höchste Truppenführung tatsächlich besaß, die Judenerschießungen in ihrem Bereich mit militärisch-operativen Argumenten zu verhindern oder zumindest zu stören, zeigte sich, als am 14. Dezember 1941 „auf Anordnung des Chefs des Generalstabes" Vincenz Müller „die Judenaktionen in Artemowsk bis zur Bereinigung der Lage an der Front aufgeschoben" wurden[272]. Dies war allerdings nicht mehr als ein rein militärisch begründeter Aufschub, denn Ende Januar 1942, nachdem sich die militärische Lage bei der Stadt wieder beruhigt hatte, „durfte" die Sicherheitspolizei die Juden von Artemovsk in Abstimmung mit dem Nachrichtenoffizier des XXXXIV. Armeekorps und mit Unterstützung der Feldkommandantur umbringen[273]. Auch über das Massaker am 26. Januar 1942 in Kramatorskaja wusste das Oberkommando der 17. Armee Bescheid, ohne dagegen etwas zu unternehmen[274]. Damit waren die einzigen beiden größeren jüdischen Gemeinden im Donezbecken vom Sonderkommando 4b mit Billigung und Unterstützung der Militärverwaltung ausgelöscht worden[275]. Am 9. Februar 1942 meldete der Oberquartiermeister der 17. Armee, dass im Armeegebiet lediglich noch 340 Juden lebten[276].

Es ist unbestritten, dass der Judenmord im Bereich der südlichen Heeresgruppe bei der 6. Armee seine größten und schrecklichsten Ausmaße erreichte. Hier trafen zwei Faktoren zusammen: einmal der trotz Flucht und Evakuierung immer noch beträchtliche jüdische Bevölkerungsanteil in den ukrainischen Großstädten, die in das Operationsgebiet dieser Armee gerieten, zum anderen die besondere Radikalität des Armeeoberbefehlshabers Generalfeldmarschall Walter v. Reichenau sowie des Führers des in seinem Befehlsbereich operierenden Sonderkommandos 4a, SS-Standartenführer Paul Blobel, der immer wieder im Hauptquartier auftauchte, um sich mit dem Oberkommando abzustimmen[277]. Die Gründe für die nicht nur antikommunistische und wohl auch antislawische, sondern dezidiert antisemitische Radikalität Reichenaus, der bereits vor 1933 mit den Nationalso-

[271] EM Nr. 132 vom 12. 11. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/3.
[272] AOK 17, Tätigkeitsbericht Ic/AO, 14. 12. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-3350.
[273] EM Nr. 177 vom 6. 3. 1942, in: IfZ-Archiv, MA 91/4. Vgl. auch Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 273; Pohl, Schauplatz, S. 149; Oldenburg, Ideologie, S. 253 f.
[274] AOK 17, Tätigkeitsbericht Ic/AO, 26. 1. 1942, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2203: „SD führt Großsäuberung in Kramatorskaja durch."
[275] In Artemovsk hatten die deutschen Truppen noch 4300, in Kramatorskaja 1500 Juden angetroffen, vgl. Oldenburg, Ideologie, S. 252.
[276] AOK 17, Meldung O.Qu., 9. 2. 1942, in: BA-MA, RH 20–17/575.
[277] Vgl. auch die Vernehmung Paltzos durch die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt a.M., 27. 5. 1965, in: BAL, 204 AR-Z 3/67: „Der SS-St-Führer Blobel erschien mehrere Male bei uns im Hauptquartier vom Beginn der Operation bis zur Einnahme von Kiew."

zialisten sympathisierte, aber trotz aller NS-Nähe durchaus eigenständige Züge aufwies, müssten in einem größeren biographischen Versuch analysiert werden[278]. Seine radikale militärische, politische und ideologische Einstellung entlastet keineswegs einen zwar deutlich weniger radikalen, jedoch deswegen noch lange nicht „maßvollen" Armeeführer wie Stülpnagel, muss aber natürlich in Rechnung gestellt werden. Vor allem zeigt sich am Beispiel Reichenaus, wie stark die Ausrichtung des Oberbefehlshabers den Kurs des gesamten Oberkommandos prägen konnte, denn seine maßgeblichen Mitarbeiter wie der „Chef" Oberst i.G. Ferdinand Heim[279] oder der Ic-Offizier Major i.G. Rudolf Paltzo traten in dieser Zeit an menschenverachtender Radikalität kaum hinter das Vorbild ihres Kommandierenden zurück, während sie sich anschließend unter seinem Nachfolger, General Friedrich Paulus, weitgehend zurückhielten. Der Anteil des Armeeoberkommandos 6 am Judenmord in der Ukraine ist bereits recht gut beschrieben[280], so dass sich der folgende Überblick auf die wichtigsten bzw. einige bisher vernachlässigte Aspekte beschränken kann.

Zu Beginn des Ostfeldzugs kam es, anders als bei der weiter südlich im Zentrum Ostgaliziens um die Metropole Lemberg operierenden 17. Armee, bei der 6. Armee deutlich weniger zu Pogromen. Stattdessen setzten hier umso früher die Massenerschießungen von Juden durch die Sicherheitspolizei ein, für die ebenfalls der Vorwand der Vergeltung für NKVD-Morde, sowjetische Kriegsverbrechen und Sabotageakte herhalten musste. Die Beteiligung der 6. Armee und ihrer Führung ist von Anfang an nachweisbar. Nachdem die deutschen Truppen Ende Juni 1941 in Luck 2800 vom NKVD erschossene ukrainische Häftlinge aufgefunden hatten, meldete die Ic/AO-Abteilung des Oberkommandos[281]: „SS-Sonderkommando und Prop[aganda-]Komp[anie] sind angesetzt." Die Männer des Sonderkommandos 4a rückten bereits am 27. Juni in die brennende Stadt ein. „Für die Brandlegung kommen nach Auskunft des Ortskommandanten nur Juden in Frage", die auch für die NKVD-Exekutionen und Plünderungen verantwortlich gemacht wurden[282]: „Nachdem am 2. 7. die Leichen von insgesamt 10 deutschen Wehrmachtsangehörigen aufgefunden waren, wurden zur Vergeltung für die Er-

[278] Bisher liegt an ernsthaften Auseinandersetzungen mit dieser schillernden Gestalt der deutschen Militärgeschichte lediglich die kleine, gehaltvolle biographische Skizze von Brendan Simms vor (Simms, Reichenau). Demnächst ist eine umfassende wissenschaftliche Biographie von Timm C. Richter zu erwarten.

[279] Zur antisemitischen Haltung solcher Offiziere vgl. auch den Abhörbericht des britischen CSDIC über kriegsgefangene deutsche Generale, 24. 9.–9. 10. 1945, in: Neitzel, Abgehört, S. 319: „In einem Gespräch zwischen [Generalleutnant] Elfeldt und Generalleutnant Heim hieß es, dass zu viel Aufhebens über die Misshandlung der Juden durch die Deutschen gemacht worden sei: ‚Schließlich starben viel mehr Deutsche in diesem Krieg als Juden in Gaskammern.'" Heim bezeichnete sich nach dem Attentat auf Hitler in einem Brief an Schmundt am 21. 7. 1944 als „alte[n] Gefolgsmann des Führers", zit. nach ebd., S. 448.

[280] Vgl. – neben den wiederholten Hinweisen in der älteren Literatur (etwa Krausnick/Wilhelm, Truppe, passim) und den im Folgenden genannten Spezialuntersuchungen zu Kiev und Charkov – vor allem Boll/Safrian, Weg, besonders S. 269–281 (allerdings S. 271 f. mit falscher Zuordnung des Judenmords in Tarnopol, der sich im Bereich der 17. Armee ereignete); Pohl, Schauplatz; Richter, Handlungsspielräume. Die Beteiligung der 6. Armee am Judenmord bildete auch einen Schwerpunkt der beiden so genannten Wehrmachtsausstellungen.

[281] AOK 6, Ic-Abendmeldung, 1. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/515.

[282] EM Nr. 24 vom 16. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1.

mordung der deutschen Soldaten und Ukrainer unter Hinzuziehung eines Zuges Ordnungspolizei und eines Zuges Infanterie 1160 Juden erschossen."

Die 6. Armee kooperierte nicht nur laufend mit dem Sonderkommando 4a, das vermutlich Ende Juli erstmals neben jüdischen Männern auch Frauen und Kinder erschoss[283], sondern bei Bedarf auch mit anderen SS- und Polizeieinheiten in ihrem Operationsgebiet. Auf Anforderung Reichenaus[284] stellte Himmler am 22. Juli 1941 die 1. SS-Brigade zur „Befriedung" des rückwärtigen Armeegebiets zur Verfügung, nachdem besonders im Raum um Zwiahel „fortgesetzt Sabotage getrieben" wurde, wie das dort eingesetzte Sk 4a zu berichten wusste[285]. Am 24. Juli besprach Generalstabschef Heim mit dem Höheren SS- und Polizeiführer Jeckeln, dem die SS-Brigade unterstellt war, die geplante „Säuberungsaktion" im großen Waldgebiet bei Zwiahel[286]. Das Unternehmen wurde vom 28. bis 30. Juli durchgeführt, und am 1. August sandte Jeckeln an das Armeeoberkommando seine „Erfolgsmeldung", die von Reichenau und Heim gelesen und abgezeichnet wurde[287]: „Insgesamt wurden gefangen genommen: 135 Soldaten ukrainischer Volkszugehörigkeit, abgegeben an Dulag; erschossen: 73 russische Soldaten (Freischärler). 165 Funktionäre und sonstige Personen, die dem bolschewistischen System erheblich Vorschub geleistet haben, darunter 4 Frauen. 1658 Juden, die dem bolschewistischen System erheblich Vorschub geleistet haben und Ukrainer den bolschewistischen Machthabern auslieferten."

Die Massenerschießungen jüdischer Männer in Sluck und bei Zwiahel verdeutlichten Reichenau und seinen Mitarbeitern den Umfang und die Richtung der Judenmorde. Am 7. August 1941 konnten mehrere Angehörige des Armeeoberkommandos mit eigenen Augen beobachten, wie die Sicherheitspolizei in Žitomir, dem Sitz des Armeehauptquartiers, zur Vergeltung für angebliche sowjetische Gräueltaten in aller Öffentlichkeit zwei kommunistische Funktionäre jüdischer Herkunft erhängte und anschließend 402 weitere Juden erschoss[288]. Die Einsatzgruppe C war hochzufrieden über diese „vorbildliche" Aktion, bei der zahlreiche Zivilisten und Soldaten anwesend waren, und resümierte[289]: „Das Verhältnis zur Wehrmacht ist nach wie vor ohne jede Trübung. [...] Dies war gerade bei den Exekutionen in besonderem Maße zu beobachten. Zum anderen ist die Wehrmacht auch selbst bemüht, die Durchführung sicherheitspolizeilicher Aufgaben zu fördern. So laufen zur Zeit bei sämtlichen Dienststellen der Einsatzgruppe fortge-

[283] Vgl. Boll/Safrian, Weg, S. 272.

[284] Vgl. den Bericht Jeckelns (HSSPF Süd), 1. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1165. Zum Vorgehen der 1. SS-Brigade in der Ukraine im Sommer 1941 vgl. Cüppers, Wegbereiter, S. 165–175.

[285] EM Nr. 38 vom 20. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1. „Wehrmacht treibt nunmehr sämtliche Zivilisten zusammen und führt als Vergeltungsmaßnahme Exekutionen durch."

[286] Aktennotiz Paltzos (AOK 6, Ic/AO), 24. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/490, mit Abzeichnung Reichenaus.

[287] Bericht Jeckelns (HSSPF Süd), 1. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1165. „Die Juden nehmen eine kriecherische, teils auch deutschfeindliche Haltung ein."

[288] Vgl. EM Nr. 58 vom 20. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1, sowie die Zeugenaussagen aus der Nachkriegszeit, in: Boll/Safrian, Weg, S. 272f.

[289] EM Nr. 58 vom 20. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/1. „Vor allem zeigt sich in Wehrmachtskreisen ein ständig wachsendes Interesse und Verständnis für die Aufgaben und Belange sicherheitspolizeilicher Arbeit. [...] Mitunter ist sogar die Sicherheitspolizei der letzte Rettungsanker für die Wehrmacht."

setzt Meldungen der Wehrmacht über festgestellte kommunistische Funktionäre und Juden ein." Allerdings wandte sich jetzt das Oberkommando der 6. Armee – wie später auch der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, Generalfeldmarschall v. Rundstedt[290] – aus disziplinarischen Gründen gegen die Anwesenheit oder sogar Teilnahme von Wehrmachtssoldaten an den „notwendige[n] Exekutionen an verbrecherischen, bolschewistischen, meist jüdischen Elementen"[291]. Unmittelbar nach den Ereignissen von Žitomir verbot Reichenau „jede Teilnahme von Soldaten der Armee als Zuschauer oder Ausführende bei Exekutionen, die *nicht* von einem militärischen Vorgesetzten befohlen sind", besonders auch jedes Photographieren. Reichenaus Formulierung legte aber zugleich nahe, dass es auf Befehl eines Vorgesetzten sehr wohl zur Teilnahme an Exekutionen kommen konnte. Am Ende des Befehls wurde die Kooperation mit der Sicherheitspolizei zudem ausdrücklich gefördert: „Tritt der SD an Ortskommandanten mit der Bitte heran, einen für eine Exekution des SD vorgesehenen Raum durch Absperrmannschaften gegen Zuschauer zu sichern, so ist dieser Bitte Folge zu leisten."

Dass Reichenau und sein Stab auch weiterhin bereit waren, mit der SS und Polizei zusammenzuarbeiten und sogar noch eine weitere Radikalisierung des Judenmords mitzutragen, erwies sich recht früh und richtungweisend beim berühmten und oft beschriebenen Fall der jüdischen Kinder von Belaja Cerkov'[292]. Dort intervenierte am 20. August 1941 der Ia der 295. Infanteriedivision, Oberstleutnant i.G. Helmuth Groscurth, gegen die geplante Ermordung von 90 jüdischen Kindern, die das Sonderkommando 4a im Einvernehmen mit dem örtlichen Feldkommandanten in den Tagen zuvor zu Waisen gemacht hatte. Der Fall ging an die maßgebliche militärische Instanz vor Ort, den Oberbefehlshaber der 6. Armee, was erneut die Einflussmöglichkeiten und Handlungsspielräume der höchsten Truppengeneralität in ihren Befehlsbereichen belegt. Doch Feldmarschall v. Reichenau nutzte sie nicht zu einem humanitären Signal, sondern ließ Groscurth am 21. August über Paltzo und Blobel ausrichten, dass er „die Notwendigkeit der Beseitigung der Kinder anerkenne und durchgeführt wissen wolle, nachdem diese Maßnahmen in vorliegendem Falle einmal eingeleitet seien"[293]. Als Groscurth diese schrecklichen Geschehnisse an das Heeresgruppenkommando Süd meldete – auch diese Kommandobehörde war also über den Massenmord an jüdischen Männern, Frauen und Kindern im Bilde! –, rechtfertigte Reichenau seine Einwilligung zum Kindermord in einer groben Stellungnahme[294]. Bemerkenswert an

[290] Befehl Rundstedts (H.Gr.Kdo. Süd, Ic/AO/Abw. III) „Bekämpfung reichsfeindlicher Elemente", 24. 9. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-541: „Eigenmächtiges Vorgehen einzelner Wehrmachtangehöriger oder Beteiligung von Wehrmachtangehörigen an Exzessen der ukrainischen Bevölkerung gegen die Juden ist verboten, ebenso das Zuschauen oder Photographieren bei der Durchführung der Maßnahmen der Sonderkommandos."

[291] AOK 6 (O.Qu./Qu. 1), Besondere Anordnungen für die Versorgung und für die Versorgungstruppen Nr. 50, 10. 8. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1654, mit dem nachfolgend zitierten Befehl Reichenaus als Anlage.

[292] Vgl. die Dokumente in: Groscurth, Tagebücher, S. 534–542, sowie als eingehendste Darstellung: Boll/Safrian, Weg, S. 275–278. Weitere Dokumente zu diesem Fall in: BA-MA, RH 20–6/491.

[293] Bericht Groscurths an den Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Süd, General der Infanterie v. Sodenstern, über die Vorgänge in Belaja Cerkov', 21. 8. 1941, in: Groscurth, Tagebücher, S. 534–537, hier S. 537.

[294] Reichenau (AOK 6, OB, Ic/AO, Nr. 2845/41) an H.Gr.Kdo. Süd und Groscurth, 26. 8. 1941, ebd., S. 541: „Ich gab den Auftrag, daß am 21. 8. früh Standartenführer Blobel und der Vertreter des

diesem ganzen Vorgang war vor allem, dass der Armeeoberbefehlshaber und die meisten anderen beteiligten Offiziere in einer Stadt ihres Operationsgebiets die „Erschießung der gesamten Judenschaft" einschließlich der Frauen und Kinder akzeptierten und förderten – „wobei der Feldkommandant mehrfach erklärte, diese Brut müsse ausgerottet werden"[295]. Bereits einige Tage vor dem großen Massaker von Kamenez-Podolsk befürwortete es das Oberkommando der 6. Armee, dass nicht nur selektiv als gefährlich eingestufte jüdische Männer, sondern unterschiedslos alle Juden „ausgerottet" wurden.

Nach Kamenez-Podolsk begann die systematische Vernichtung der jüdischen Gemeinden in der Ukraine, die vor allem das Gebiet der 6. Armee betraf, wo die meisten Juden lebten[296]. Dabei spielte sich ein geradezu routinierter Ablauf des Mordens und seiner Organisation ein[297]: Blobels Sonderkommando 4a rückte unmittelbar hinter der kämpfenden Truppe in die eroberte Stadt ein und begann sofort mit der Exekution jüdischer Männer, bevor die Militärverwaltung alle Juden registrierte und man gemeinsam die „Liquidierung" der gesamten jüdischen Bevölkerung vereinbarte, die dann mit Billigung des Armeeoberkommandos und logistischer Hilfe der örtlichen Wehrmachtsstellen von der Sicherheitspolizei, Polizeikräften des HSSPF und ukrainischen Hilfspolizisten vollzogen wurde. Als äußerer Vorwand für den Völkermord diente weiterhin die angeblich „freche" und „deutschfeindliche" Haltung der Juden, denen die Verantwortung für nahezu sämtliche Sabotageakte gegen die deutschen Besatzer und ihre Helfer in die Schuhe geschoben wurde. So fand etwa in Žitomir am 18. September 1941 zwischen Blobel und der Feldkommandantur eine Besprechung über „das freche Verhalten von Juden" statt, „in deren Ergebnis beschlossen wurde, die Judenschaft von Shitomir endgültig und radikal zu liquidieren"[298]. Bereits am kommenden Tag erschoss das Sonderkommando 3145 Juden.

Das größte Massaker im Gebiet der 6. Armee und überhaupt auf dem sowjetischen Kriegsschauplatz ereignete sich gegen die Juden von Kiev in der Schlucht von Babij Jar. Dieser bereits ausführlich untersuchte[299] Massenmord an 33771 Menschen, die am 29. und 30. September 1941 vom Sonderkommando 4a, Ordnungspolizei sowie Angehörigen der Stäbe des HSSPF Jeckeln und der Einsatzgruppe C erschossen wurden, steht bis heute als Chiffre für den Genozid an den sowjetischen Juden insgesamt. Dienststellen und Einheiten der 6. Armee hatten erheblichen Anteil an diesem unvorstellbaren Verbrechen. Die Einsatzgruppe C

AOK sich nach Bialacerkiew begeben sollten, um die Verhältnisse zu prüfen. Grundsätzlich habe ich entschieden, daß die einmal begonnene Aktion in zweckmäßiger Weise durchzuführen sei. In der abschließenden Stellungnahme steht der Satz: ‚Im vorliegenden Falle sind aber Maßnahmen gegen Frauen und Kinder ergriffen, die sich in nichts unterscheiden von Greueln des Gegners, die fortlaufend der Truppe bekanntgegeben werden.' Ich muß diese Feststellung als unrichtig und im höchsten Maße ungehörig und unzweckmäßig bezeichnen. Sie steht zudem in einem offenen Schreiben, das durch viele Hände geht. Der Bericht wäre überhaupt besser unterblieben."

295 Bericht Groscurths (wie oben), 21. 8. 1941, ebd., S. 537.

296 Vgl. den Überblick über die großen Massaker bei Pohl, Einsatzgruppe C, S. 73–77; Pohl, Schauplatz, S. 143–152.

297 Vgl. auch ebd., S. 145f.

298 EM Nr. 106 vom 7. 10. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/2. Die Feldkommandantur stellte dem Sk 4a Lastwagen zum Transport der Opfer zum Exekutionsort.

299 Vgl. neben der älteren Literatur die detaillierten Untersuchungen Rüß, Massaker; Arnold, Eroberung.

und das Sk 4a vereinbarten schon frühzeitig mit dem Armeeoberkommando 6, dass die Sicherheitspolizei „sofort bei dem Fall von Kiew an der Spitze der Truppe in Kiew einmarschiert"[300]. Als die sowjetischen Fernzündungen und andere Anschläge zu erheblichen Bränden in der eroberten Metropole führten, waren Blobels Leute sofort zur Stelle[301]: „Nachgewiesenermaßen Juden an den Brandstiftungen maßgeblich beteiligt. [...] Maßnahmen eingeleitet zur Erfassung des gesamten Judentums. Exekution von mindestens 50000 Juden vorgesehen. Wehrmacht begrüßt Maßnahmen und erbittet radikales Vorgehen." Selbst wenn diese Angabe übertrieben gewesen sein mag, deuten doch alle Indizien darauf hin, dass die örtlichen militärischen Stellen den Kiever Judenmord als Repressalie und wohl auch wegen der angespannten Ernährungs- und Quartiersituation zumindest akzeptierten. Am 26. September besprachen Jeckeln, Einsatzgruppenchef Rasch und Blobel mit dem Stadtkommandanten, Generalmajor Kurt Eberhard, das Vorgehen gegen die Juden, und am 27. September wurden in einer weiteren Besprechung offenbar die übrigen zuständigen Wehrmachtsdienststellen informiert, u.a. der Ic-Offizier des XXIX. Armeekorps. Die Propagandakompanie 637 druckte 2000 Maueranschläge, in denen die jüdische Bevölkerung aufgefordert wurde, sich am 29. September um 8.00 Uhr zu versammeln, und unterrichtete auch das Armeeoberkommando darüber[302]. Am 30. September sprengten schließlich Pioniere die Ränder der Babij Jar-Schlucht, um die Leichen zu bedecken. Auch nach diesem Massenmord wurden noch laufend Tausende Kiever Juden aufgegriffen und erschossen, bis man am 1. April 1942 nur noch 20 Juden in der Stadt zählte[303].

Ob und inwieweit Reichenau persönlich in die Entscheidung über das Schicksal der jüdischen Bevölkerung in Kiev eingeschaltet wurde, lässt sich nur vermuten. Dass er und sein Stab genaue Kenntnis von den Vorgängen erhielten und in sie einwilligten, darf als sicher gelten. Das Armeeoberkommando wurde regelmäßig schon in weniger große Mordvorhaben der Sicherheitspolizei eingeweiht[304] – und versuchte zu keiner Zeit, diese zu verhindern. Im Gegenteil: Reichenau selbst schwor die Offiziere und Soldaten seiner Armee kurz nach dem Massaker von Babij Jar auf „die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Un-

[300] EM Nr. 86 vom 17. 9. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/2. Ein Vorkommando des Sk 4a befand sich dann seit dem 15. 9., der Gruppenstab seit dem 24. 9. 1941 in Kiev, vgl. EM Nr. 97 vom 28. 9. 1941, ebd.

[301] EM Nr. 97 vom 28. 9. 1941, ebd. „Stadtkommandant öffentliche Hinrichtung von 20 Juden befürwortet."

[302] Tätigkeitsbericht der Propagandakompanie (mot.) 637 an AOK 6 (Ic), 27. 9. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/494.

[303] Pohl, Schauplatz, S. 147, Anm. 68. Vermutlich wurden insgesamt etwa 50000 Juden in Kiev erschossen. Der Rest der ursprünglich 220000 Kiever Juden war vor dem deutschen Einmarsch geflohen oder konnte sich sonstwie retten.

[304] Vgl. etwa AOK 6, Meldung des Ic/AO vom 3. 10. 1941 (laut Vermerk des Ic/AO vom 4. 10. 1941 auch von Reichenau gelesen), zit. in: Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 243: „Am 4. 10. 41 um 6.00 Uhr Juden-Razzia in Pjerejeslaw. Man erwartet etwa 400 Verhaftungen zur Liquidierung." EM Nr. 119 vom 20. 10. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/3: „Von einem Vorkommando des Sonderkommandos 4a wurde am 4. 10. 1941 in Perejeslaw mit Hilfe ukrainischer Vertrauensmänner eine Judenaktion durchgeführt. Es wurden insgesamt 537 Juden (Männer, Frauen und Jugendliche) erfasst und liquidiert. Von der ukrainischen Bevölkerung und der Wehrmacht wurde diese Aktion mit Genugtuung aufgenommen."

termenschentum" ein, für die „der Soldat [...] volles Verständnis" haben müsse[305]. Er begründete diese „Notwendigkeit" des Völkermords zum einen mit dem Ziel der „völligen Zerschlagung" des „jüdisch-bolschewistischen Systems" und der „Ausrottung des asiatischen Einflusses im europäischen Kulturkreis", zum anderen mit dem „Zweck, Erhebungen im Rücken der Wehrmacht, die erfahrungsgemäß stets von Juden angezettelt wurden, im Keime zu ersticken". Der deutsche Soldat habe als „Träger einer unerbittlichen völkischen Idee" und „Rächer für alle Bestialitäten, die deutschem und artverwandtem Volkstum zugefügt wurden", „zweierlei zu erfüllen: *1. die völlige Vernichtung der bolschewistischen Irrlehre, des Sowjetstaates und seiner Wehrmacht, 2. die erbarmungslose Ausrottung artfremder Heimtücke und Grausamkeit und damit die Sicherung des Lebens der deutschen Wehrmacht in Rußland.* Nur so werden wir unserer geschichtlichen Aufgabe gerecht, das deutsche Volk von der *asiatisch-jüdischen Gefahr ein für allemal zu befreien.*" Dass mit den Begriffen „harte Sühne", „völlige Vernichtung" und „erbarmungslose Ausrottung" die systematische Beseitigung aller Juden im Armeegebiet angesprochen und gerechtfertigt wurde, musste zumindest jenen Soldaten – der Befehl wurde bis zu den Kompanien verteilt – klar sein, die von den großen Massakern des Vormonats mit Babij Jar als ihrem grauenvollem Höhepunkt wussten.

Der so berüchtigte wie häufig zitierte „Reichenau-Befehl" entsprang, wie sich Generalstabschef Heim nach dem Krieg erinnerte, der „persönlichen Initiative" Reichenaus und wurde von ihm „spontan" niedergeschrieben, nachdem er auf einer Frontfahrt „neue Beweise für die ‚dumme deutsche Gutmütigkeit'" glaubte gesehen zu haben[306]. Vor allen anderen Motiven[307] sprach jedoch aus dem Befehl der Unmut über „vielfach noch unklare Vorstellungen" hinsichtlich „des Verhaltens der Truppe gegenüber dem bolschewistischen System" – so die Formulierung Reichenaus zu Beginn des Befehls. Ganz offensichtlich verfasste der Oberbefehlshaber seinen Appell als eine Art Stellungnahme zu den Ereignissen in Kiev, also zu den sowjetischen Anschlägen und ihrer vermeintlichen Vergeltung in Babij Jar – auch der Hinweis auf das mangelnde Interesse der Wehrmacht an Löscharbeiten nach Brandstiftungen verwies auf Kiev[308]. Aus diesem Kontext und dem Inhalt des Befehls geht hervor, dass Reichenau zwar auch die „völlige Gedankenlosigkeit" gegenüber der Partisanengefahr[309] und die „mißverstandene Menschlichkeit" gegenüber der Zivilbevölkerung[310] im Visier hatte, sich besonders aber gegen

[305] Armeebefehl Reichenaus (AOK 6, Ia, Az. 7) „Verhalten der Truppe im Ostraum", 10. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 339f.

[306] Eidesstattliche Erklärung Heims, Mai 1946, in: BA-MA, MSg 1/3153. „Auf Einwände, dass der Befehl über das hinausginge, was notwendig sei, vertrat er die eigenwillige Auffassung, dass man dem deutschen Soldaten schon ziemlich deutlich kommen müsse, um ihm den Ernst der Lage klarzumachen. Erfahrungsgemäß werde ein Befehl immer mehr abgeschwächt, je weiter er nach unten gelange."

[307] Vgl. Richter, Handlungsspielräume, S. 49–52, der daneben die Nähe Reichenaus zur NS-Ideologie, sein Bemühen, sich im Kampf um seine (schwindende) eigene Stellung wieder stärker bei der NS-Führung zu profilieren sowie originär militärische Probleme nennt.

[308] „Die Sowjets haben bei ihrem Rückzug häufig Gebäude in Brand gesteckt. Die Truppe hat nur soweit ein Interesse an Löscharbeiten, als notwendige Truppenunterkünfte erhalten werden müssen."

[309] Vgl. Kapitel II,3,d.

[310] Vgl. Kapitel II,4,b.

das Unverständnis über die unterschiedslose Erschießung der gesamten jüdischen Bevölkerung wandte, wie sie ihm einige Wochen zuvor in der Auseinandersetzung mit Groscurth deutlich vor Augen geführt worden war. Offenbar gab es noch andere Anzeichen interner Kritik an der Ausweitung des Judenmords, denn auch die Einsatzgruppe C bemängelte bei aller Zufriedenheit über die Kooperation mit der Wehrmacht und namentlich mit Reichenau[311]: „Lediglich in der Judenfrage war bis in die jüngste Zeit kein restloses Verständnis bei den nachgeordneten Wehrmachtsdienststellen zu finden."[312] Das Wort „restlos" deutet darauf hin, dass die Erschießung jüdischer Männer auf keinen Widerspruch stieß, die Tötung von Frauen und Kindern jedoch mancherorts Aufsehen und Abscheu erregte – auch in der Reaktion Groscurths oder etwa der oppositionellen Offiziere beim Heeresgruppenkommando Mitte lässt sich dieses abgestufte Einsetzen der Moral erkennen. Allerdings hatten Reichenau und die Einsatzgruppe C wohl weniger die höheren Stäbe im Visier ihrer „Aufklärungsarbeit" als die „nachgeordneten Wehrmachtsdienststellen" und die Truppe. Und auch dort lässt sich viel häufiger Mithilfe oder sogar spontanes Mitwirken am Judenmord – wie etwa, sehr zum Ärger der Sicherheitspolizei, gerade in diesen Tagen in Uman'[313] – nachweisen als Ablehnung oder gar Obstruktion.

Reichenaus Plädoyer für den Völkermord und generell für eine Verschärfung der Besatzungsherrschaft im Osten fand den Beifall der vorgesetzten Instanzen. Generalfeldmarschall Gerd v. Rundstedt reagierte sofort und sandte bereits am 12. Oktober 1941 den übrigen höchsten Kommandostellen seiner Heeresgruppe Süd, also den Oberkommandos der 17. Armee, der 11. Armee und der 1. Panzerarmee sowie dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Süd, den „Reichenau-Befehl", mit dem er sich „voll einverstanden" erklärte und den er zur Nachahmung empfahl[314]. Die Folge waren die gleichfalls radikalen Befehle Hoths

[311] EM Nr. 128 vom 3. 11. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/3: „Die erfolgreiche Arbeit der Einsatzgruppe hat auch dazu geführt, dass die Sicherheitspolizei ein hohes Ansehen vor allem bei den Stäben der Wehrmacht geniesst. Die bei den AOKs. eingesetzten Verbindungsführer werden in loyalster Weise über sämtliche militärischen Operationen unterrichtet, und es wird ihnen ausserdem weitgehendste Unterstützung zuteil. Der Befehlshaber des AOK 6, Generalfeldmarschall von Reichenau, hat auch wiederholt die Arbeit der Einsatzkommandos in anerkennender Weise gewürdigt und die Interessen des SD seinen Stäben gegenüber in entsprechender Weise vertreten." Mit dem letzten Satz war offenbar ein Fall wie der von Belaja Cerkov' gemeint.

[312] Ebd. „Dies wirkte sich vor allem bei der Überholung der Gefangenenlager aus. [...] Nur zu oft mußten die Einatzkommandos in mehr oder minder versteckter Form Vorwürfe über ihre konsequente Haltung in der Judenfrage über sich ergehen lassen." Vgl. unten.

[313] EM 119 vom 20. 10. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/3: „Entgegen der Planung kam es in Uman bereits am 21. 9. 1941 zu Ausschreitungen gegen die Juden durch Angehörige der Miliz unter Beteiligung zahlreicher deutscher Wehrmachtsangehöriger. [...] Durch die planlosen Ausschreitungen gegen die Juden in Uman hat die Systematik der Aktion des Einsatzkommandos 5 naturgemäss ausserordentlich gelitten. [...] Die Auswirkungen dieser Ausschreitungen wurden vom Einsatzkommando 5 sofort nach Eintreffen bereinigt. Im übrigen wurden am 22. und 23. 9. 41 durch das Einsatzkommando 5 in Uman 1412 Juden exekutiert. Über die Beteiligung der Wehrmacht an den Ausschreitungen gegen die Juden wurde Heeresgruppe Süd entsprechend unterrichtet."

[314] Befehl Rundstedts (H.Gr.Kdo. Süd, Ia, Nr. 2682/41 geh.), 12. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 340: „Ich stelle zur Erwägung, im dortigen Befehlsbereich, sinngemäße, den örtlichen Verhältnissen angepaßte Weisungen zu erlassen, sofern dies noch nicht geschehen ist. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Überwinterung und die geringen Kräfte in den rückwärtigen Gebieten ist die noch vielfach anzutreffende Sorglosigkeit und Weichheit nach dem eigentlichen Kampf nicht tragbar."

(17. Armee) vom 17. November und Mansteins (11. Armee) vom 20. November 1941 – der erste wurde bereits erwähnt, auf den zweiten wird noch näher einzugehen sein. Der „Reichenau-Befehl" gelangte bald auch zur Kenntnis Hitlers, der ihn als „ausgezeichnet" bezeichnete und ihn über das OKH gewissermaßen als „Musterbefehl" an die höchste Truppenführung des Ostheeres schicken ließ, „mit der Bitte – soweit nicht bereits geschehen – im gleichen Sinne entsprechende Anordnungen zu erlassen"[315]. Der „Reichenau-Befehl" wurde daraufhin an der ganzen Ostfront bekannt gegeben, im Bereich der Heeresgruppe Nord von den beiden Armeeführern Küchler[316] und Busch[317], bei der Heeresgruppe Mitte etwa von Guderian[318] und Hoepner[319]. Die ergänzenden Erläuterungen dieser Generale schwächten die rassenideologischen Hasstiraden Reichenaus keineswegs ab. Nicht der Ermordung von „Untermenschen", sondern lediglich der Zerstörung von Gebäuden trat man entgegen, sofern dadurch geeignete Unterkunftsräume für die Wehrmacht gefährdet würden, oder aber – so der Zusatz Küchlers – „Zeugen der unüberwindlichen Kraft deutscher Kultur mitten in einer rohen und feindlichen Umwelt", wie er die Zarenschlösser vor Leningrad nannte.

Dass Hitler den Armeebefehl Reichenaus begeistert begrüßte, überrascht nicht. Dass aber nicht er, sondern Rundstedt der erste war, der einer Verbreitung dieses verbrecherischen Befehls über den Bereich der 6. Armee hinaus die Tür öffnete, dass Hoth und Manstein sich dadurch zu ähnlichen, aber eigenständig formulierten Befehlen inspirieren ließen, dass schließlich das OKH die Verteilung über die Heeresgruppe Süd hinaus anordnete und dass viele, vielleicht sogar alle Oberbe-

[315] Befehl des OKH (Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II 7498/41 g., gez. Wagner) „Verhalten der Truppe im Ostraum", 28. 10. 1941, ebd., S. 340f. Das geschah „auf Anordnung" von Brauchitsch.

[316] Befehl Küchlers (AOK 18, Ia, Nr. 5016/41 geh.), 3. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–18/1209.

[317] Befehl Buschs (AOK 16, O.Qu., Nr. 180/41 geh.), 6. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–16/1015.

[318] Befehl Guderians (Pz.AOK 2, Ia, Nr. 288/41 geh.), 6. 11. 1941, in: BA-MA, RH 24–24/95, Bl. 18: „Anliegenden Befehl der 6. Armee mache ich mir zu eigen. Er hat auch für den Bereich der 2. Panzer-Armee Gültigkeit." Vgl. auch den ausdrücklichen Bezug auf diesen Vorgang im Schreiben des Kommandos der 4. Pz.Div. (Ia, gez. Heidkämper) an Gen.Kdo. XXXXVII. Pz.A.K., 20. 3. 1942, in: NA, T 315/198, mit – auch für die in den vorigen Kapiteln behandelten Fragen – höchst aufschlussreichen und selbstentlarvenden Ausführungen, die sich gegen die Kritik des Oberbefehlshabers Rudolf Schmidt (Schreiben an Gen.Kdo. XXXXVII. Pz.A.K., 10. 3. 1942, ebd.) richteten, „eine Reihe von Divisionsbefehlen" sei mit den in seinem Armeebefehl vom 3. 3. 1942 (vgl. Kapitel II,4,b) „aufgestellten Grundsätzen nicht zu vereinen": „Die Division hat diesen Befehl [den Reichenau-Befehl] im Augenblick des Eindringens in das Industriegebiet von Tula und des damit auch in der Front beginnenden Partisanenunwesens sehr begrüsst, sofort mit den Ic-Offz. eingehend besprochen und bis zu den Kompanien verteilt. Sie hat sich mit allen Mitteln bemüht, die Gedanken dieses Befehls zum Gemeingut der Truppe zu machen. Aus diesem Befehl sind die Gedanken genommen, die in den ‚Parolen des Tages' ihren Ausdruck fanden. Immer wieder sollte durch diese Parolen der tiefste Sinn unseres gegenwärtigen Kampfes allen Soldaten eingeimpft werden. Die Division hielt dies auch deshalb für erforderlich, weil den Leuten die Notwendigkeit der oft harten, ja roh erscheinenden eigenen Maßnahmen verständlich gemacht werden musste. Wenn die Angehörigen der Division während des Rückzuges im Dezember viele hunderte von russ. Gefangenen an der Strasse elend verrecken sahen, oder wenn sie auf höheren Befehl zahlreiche Dörfer zwischen den Fronten oder im Partisanengebiet niederbrennen und dabei die den Brand zu verhindern suchende Bevölkerung umlegen, die übrige Bevölkerung bei 40 Grad Kälte in die Wälder, also in den sicheren Tod treiben mussten, so war es notwendig, den Soldaten klar zu machen, warum dies alles sein musste. Hätte man es nicht getan, so wären die Leute innerlich zerbrochen. Dies allein war der Hauptgrund, die Angehörigen der Div. immer von neuem gegen das bolschewistische System aufzuhetzen, ihnen – wie der Befehl der 6. Armee sagt – volles Verständnis für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum beizubringen."

[319] Befehl Hoepners (Pz.Gr.Kdo. 4, Ic, Nr. 1423/41 geh.), 7. 11. 1941, in: BA-MA, RH 21–4/33.

fehlshaber im Norden und Süden der Ostfront für eine im Wesentlichen vorbehaltlose Weitergabe an ihre Truppen sorgten, zeigte in erschreckender Weise, wie sehr die Heeresleitung und besonders auch die Führung der östlichen Heeresgruppen, Armeen und Panzergruppen zu Komplizen einer „unbarmherzigen" Politik der „Ausrottung" geworden waren. Nachdem der vielwöchige Übergang zur systematischen Ermordung der sowjetischen Juden inzwischen überall abgeschlossen war, bildete der Völkermord den Kern dieser Politik, die scheinbar auch den militärischen Sicherheits- und Versorgungsinteressen diente. Alle Oberbefehlshaber, die den „Reichenau-Befehl" bereitwillig übernahmen oder doch wenigstens widerspruchslos weitergaben, mussten wissen, was mit der „harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum" gemeint war. So war es nicht allein dieser eine, zweifellos besonders radikale und ideologisierte Armeeführer, der den Holocaust in der besetzten Sowjetunion deckte.

Reichenau selbst war allerdings mit der Wirkung seines Befehls in der 6. Armee unzufrieden und schärfte seinen Untergebenen drei Wochen später nochmals ein[320]: „Alle Vorgesetzten haben dafür zu sorgen, daß auch der letzte Mann weiß, worum es geht und weshalb im Ostraum Maßnahmen getroffen werden, die in kultivierten Ländern nicht zur Anwendung kommen." Ob auch die Einstellung zum Judenmord weiterhin zu wünschen übrig ließ, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Das Verhalten seines Oberkommandos und vieler nachgeordneter Stellen, die damit konfrontiert wurden, lag jedenfalls ganz auf der Linie seiner radikalen Befehle. Das zeigte sich auch in Charkov, der viertgrößten Stadt der Sowjetunion, die in der zweiten Oktoberhälfte 1941 von der 6. Armee erobert wurde[321]. Kurz vor Besetzung der Stadt beauftragte Generalstabschef Heim das Generalkommando des LV. Armeekorps vorläufig mit den Aufgaben des Stadtkommandanten und schärfte ihm ein[322]: „Alle *Abwehrmaßnahmen* des Gen.Kdos. gegen feindselige Elemente müssen von einer *bedenkenlosen Härte* erfüllt sein. Jüdische und bolschewistische Personen sind in erster Linie für die kollektive Sühne heranzuziehen. Saboteure oder Personen, die mit der Waffe Widerstand leisten, sind sichtbar zu hängen." Große durch Minen gefährdete Gebäude sollten mit „Geiseln oder Juden" belegt werden[323]. Um das Prinzip „Abschreckung durch Terror" von vornherein durchzusetzen, öffnete das Armeeoberkommando die Stadt sofort für die Sonderkommandos der Abwehrabteilung und der Sicherheitspolizei[324]. Bereits am 26. Oktober trafen sich die Nachrichten- und Abwehroffiziere des Oberkommandos mit Blobel und seinen Leuten, um den Einsatz des Sonder-

[320] Befehl Reichenaus (AOK 6, Ia, Az. 7) „Verhalten der Truppe im Ostraum", 1. 11. 1941, in: BA-MA, RH 26–100/23, Bl. 6.

[321] Vgl. Boll/Safrian, Weg, S. 279–281; Pohl, Schauplatz, S. 147f.; Angrick, Beispiel Charkow.

[322] Befehl des AOK 6 (Ia/O.Qu., Az. 2, gez. Heim) „Charkow", 17. 10. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/136, Bl. 198f.

[323] Ebd.: „Zur Entminung sind in erster Linie gefangene Pioniere, ortsansässige Ingenieure und Spezialarbeiter heranzuziehen. Um die Anzeige verminter Gebäude zu beschleunigen, können die großen gefährdeten Gebäude mit Geiseln oder Juden belegt werden."

[324] Befehl des AOK 6 (Ic/AO/Abw. I/Abw. III, Nr. 3276/41 geh., gez. Heim) „Charkow: Einsatz von Ic-Sonderkommandos", 18. 10. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/493, Bl. 71. Außerdem wurde einen Monat darauf die „Errichtung einer Geheimpolizei in Charkow" befohlen, vgl. den Befehl des AOK 6 (Ia/Ic/AO/Abw. III, Nr. 3441/412 geh., gez. Heim), 14. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/494, Bl. 170.

kommandos 4a in Charkov abzustimmen[325]. Schon drei Tage zuvor hatte das LV. Armeekorps „Richtlinien für die Behandlung der Zivilbevölkerung" ausgegeben, in denen sich das schreckliche Schicksal des jüdischen Bevölkerungsteils andeutete[326]: „Aufsässige Elemente, Saboteure und Partisanen, die fast ausschließlich in Judenkreisen zu suchen sind, sind mit dem Tode zu bestrafen. [...] Juden, jüdische Geschäfte und jüdische Unternehmen sind kenntlich zu machen."

Nach den Vorgängen in Kiev und den anderen großen Massakern im Bereich der Heeresgruppe Süd – besonders schrecklich etwa am 13./14. Oktober 1941 in Dnepropetrovsk mit ca. 11 000 Opfern[327] – war von vornherein abzusehen, dass unter dem Vorwand der „Sühne" für Sabotageakte systematisch alle Charkover Juden umgebracht werden sollten. Vermutlich war dieses Ziel am 26. Oktober ein wesentlicher Punkt der Besprechung zwischen dem Armeeoberkommando und dem Sk 4a. Wie gut sich inzwischen die Kooperation zwischen Armeeführung und Sicherheitspolizei eingespielt hatte, zeigte sich auch in der Haltung des Ic-Offiziers Major i.G. Rudolf Paltzo, der am 6. November 1941 – anstelle einer Teilevakuierung der hungernden Zivilbevölkerung – für „Ic-mäßig erwünscht und für durchführbar" erklärte[328]: „Alsbaldige Feststellung aller Juden, politischen Kommissare, politisch Verdächtigen und aller nicht Ortsansässigen (besonders bolschewistischer Flüchtlinge aus dem Raum ostwärts Kiew). Festsetzen und weitere Behandlung dieser Elemente wäre Aufgabe des SD, der aber selbst zu schwach ist und deshalb der Unterstützung durch die Truppe bedarf." Das Oberkommando der 6. Armee arbeitete inzwischen viel enger mit der Sicherheitspolizei zusammen, als das in den Absprachen zwischen dem OKH und RSHA vorgesehen war, und machte sich selbst sowie unterstellte Einheiten mehr und mehr zum Handlanger des Völkermords. Tatsächlich benötigte das Sk 4a zur „Behandlung" der Charkover Juden noch einige Zeit und Hilfe. „Da Juden grossenteils noch versteckt, Aktion gegen Juden erst in einiger Zeit vorgesehen", wurde am 4. November bei einer Besprechung bei der Feldkommandantur festgestellt[329]. Und auch noch zwei Wochen später berichtete die Wehrmacht aus Charkov[330]: „Von irgendwelchen *Massnahmen gegen die Juden* wurde bisher Abstand genommen, um diese vorerst aus ihren Schlupfwinkeln zu locken und vor Eintreffen der nötigen Kräfte nicht zu stören." Über die Ermordung der Juden durch das Sk 4a bestand freilich „Einvernehmen" zwischen dem Sonderkommando und „dem zuständigen General-

[325] AOK 6, Tätigkeitsbericht Ic/AO, 26. 10. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/494.

[326] Gen.Kdo. LV. A.K. (Qu.), Stadtkommandantur Charkov, 23. 10. 1941, in: BA-MA, RH 24–55/13, Bl. 23, abgedruckt in: Verbrechen der Wehrmacht, S. 333.

[327] Vgl. Pohl, Schauplatz, S. 148 f.

[328] Major i.G. Paltzo (AOK 6, Ic/AO) an Hauptmann i.G. v. Bila (AOK 6, Qu. 2), 6. 11. 1941, in: BA-MA, RH 20–6/494, Bl. 263 f. Aufgrund dieses Dokuments wurde 1967 gegen Paltzo ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Beteiligung an NS-Gewaltverbrechen eröffnet. Dieses – äußerst seltene – Verfahren gegen einen ehemaligen Wehrmachtsoffizier in der Bundesrepublik wurde 1970 von der Staatsanwaltschaft München I mangels Beweise wieder eingestellt. Vgl. die Unterlagen in BAL, 204 AR-Z 3/67.

[329] Notiz der 57. I.D. (Ib) über diese Besprechung, 4. 11. 1941, in: BA-MA, RH 26–57/113, zit. nach: Boll/Safrian, Weg, S. 280.

[330] Bericht der Stadtkommandantur Charkov, 19. 11. 1941, in: BA-MA, RH 24–55/71, Bl. 127, abgedruckt in: Verbrechen der Wehrmacht, S. 183.

stab und der Feldkommandantur", so dass die „Vorbereitungsarbeiten zu einer größeren Judenaktion" bald eingeleitet werden konnten[331].

Paltzos Notiz vom 6. November 1941 verwies auf zwei wesentliche pragmatische Motive des Judenmords, die immer wieder die ideologischen Beweggründe fatal ergänzten: erstens die Lösung eines vermeintlichen Sicherheitsproblems, zweitens die Entlastung der teilweise prekären Unterkunfts- und Versorgungslage, wobei in den Großstädten der Ernährung der Bevölkerung eine besondere Bedeutung zukam. Am 25. November erkundigte sich Reichenau vor Ort persönlich über die Sicherungs- und Versorgungssituation[332]. Er überzeugte sich von der Brutalität des „sehr energischen" Feldkommandanten – „hängt rücksichtslos" – und machte sich ein Bild von den Schwierigkeiten: „*Engpaß*: Verpflegung der arbeitenden Bevölkerung". Doch auch die Versorgung der eigenen Truppe war noch mangelhaft. Besonders fehlte es an sanitären Einrichtungen und Lazaretten: „Bis auf 1 Krankenhaus noch *kein Bettzeug* vorhanden. Verbesserung durch beabsichtigte ‚Judenaktion' zu erwarten." Über diese geplante Mordaktion erfuhr der Oberbefehlshaber: „*Judenaktion:* noch nicht durchgeführt. S.D. (von Kiew und Lubny) mit der Lösung dieser Frage noch beschäftigt. (Man rechnet mit 30–50000 Juden)." Vermutlich gab Reichenau bei dieser Gelegenheit seine Zustimmung zur „Lösung" der „Judenfrage" in Charkov. Das Mordprogramm lief jetzt nach bekanntem Muster ab[333]. Die Besatzungsmacht wartete noch auf die Verstärkung des SS- und Polizeiapparats durch das Polizeibataillon 314, dann wurden die Juden am 16. Dezember nach einem Aufruf des Stadtkommandanten auf dem Gelände des ehemaligen Traktorenwerks konzentriert[334] und vom 26. Dezember 1941 bis etwa zum 7. Januar 1942 von den Männern des Sk 4a in der Drobickij-Schlucht erschossen bzw. zu einem kleineren Teil in Gaswagen ermordet. Insgesamt verloren in diesen Tagen an die 15000 Charkover Juden ihr Leben.

Nach diesem Massenmord gab es kaum mehr große jüdische Gemeinden im Bereich der Heeresgruppe Süd. Das Massaker von Charkov bildete damit eine Zäsur in der Tätigkeit der Einsatzgruppe C und der sie unterstützenden Polizei- und SS-Einheiten. Unter den Tätern ragt das Sonderkommando 4a hervor, das allein bis Ende Oktober 1941 nicht weniger als 55432 Exekutionen meldete[335]. Diese schreckliche Bilanz kennzeichnet zugleich die hohe Mitverantwortung des eng mit dieser Einheit kooperierenden Oberkommandos der 6. Armee unter Generalfeldmarschall Walter v. Reichenau, dem Hitler nach seinem frühen Tod nachrühmte, in seiner Person sei es zur „Verbindung eines wahren Soldatentums mit den nationalsozialistischen Idealen" gekommen[336]. Doch auch die 17. Armee unter ihren Oberbefehlshabern Carl-Heinrich v. Stülpnagel und Hermann Hoth beteiligte sich nachweislich und aus eigener Initiative am Judenmord. Allein die Panzergruppe 1 bzw. die 1. Panzerarmee (Generaloberst Ewald v. Kleist) wurde

[331] So rückblickend EM Nr. 156 vom 16. 1. 1942, in: IfZ-Archiv, MA 91/3.
[332] Bericht über die Fahrt Reichenaus nach Charkov am 25. 11. 1941, 26. 11. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-1645. Von 13.30 bis 16.00 Uhr fand eine Besprechung mit den zuständigen Kommandeuren und Stellen des LV. Armeekorps über die „Lage in Charkow" statt.
[333] Zum Folgenden vgl. am besten Angrick, Beispiel Charkow, S. 110–112.
[334] Vgl. EM Nr. 164 vom 4. 2. 1942, in: IfZ-Archiv, MA 91/3.
[335] EM Nr. 132 vom 12. 11. 1941, ebd.
[336] Tagesbefehl Hitlers, 17. 1. 1942, in: BA-MA, RH 1/90.

offenbar weniger mit diesen Verbrechen konfrontiert, da ihr nur vorübergehend Kommandos der Sicherheitspolizei zugeordnet waren[337]. Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, Generalfeldmarschall Gerd v. Rundstedt, besaß offenbar gute Kenntnisse von der systematischen Ausrottung der jüdischen Gemeinden in den Armeegebieten und dem rückwärtigen Heeresgebiet Süd – und deckte, ja förderte sie, indem er den „Reichenau-Befehl" guthieß und verbreiten ließ. In seinem Stab war der bevorstehende Untergang des jüdischen Lebens im Süden der besetzten Sowjetunion längst kein Geheimnis mehr. In einem der Sammelbriefe, die regelmäßig an die Angehörigen der Offiziere des Heeresgruppenkommandos in die Heimat gingen, waren die Juden am 22. November 1941 mit „welkem Laub" verglichen worden[338]: „Ihre Macht ist gebrochen, ihre Kraft hier in schnellem Schwinden, ihr Schicksal besiegelt."

Im letzten Abschnitt unserer Topographie der Beteiligung der Oberkommandos am Judenmord muss nun auf den äußersten Süden des sowjetischen Kriegsschauplatzes eingegangen werden. Dort bewegte sich die Einsatzgruppe D „im Windschatten der 11. Armee"[339], die zunächst von Generaloberst Eugen Ritter v. Schobert geführt wurde. Sie war mit 600 Mann die kleinste der vier Einsatzgruppen und als einzige weitgehend nur einer Armee zugeteilt. Geführt von SS-Standartenführer Otto Ohlendorf, bestand sie aus den Sonderkommandos 10a und 10b sowie den Einsatzkommandos 12 und 11, das dann wiederum in die Sonderkommandos 11a und 11b aufgegliedert wurde. Wegen der komplizierten deutsch-rumänischen Bündnispartnerschaft und aufgrund des bereits beschriebenen Anspruchs des Armeeoberkommandos, die Sicherheitspolizei wie eine Hilfstruppe der militärischen Polizei herumzukommandieren[340], konnte die Einsatzgruppe D erst relativ spät Wirksamkeit entfalten. Als das Oberkommando Anfang August 1941 die straffen Zügel endlich lockerte und sich die SS-Kommandos freier bewegen konnten, ging die Zahl der Exekutionen in die Höhe. Seit dieser Zeit erschossen Ohlendorfs Männer teilweise neben der „jüdischen Intelligenz" und wehrfähigen Männern auch jüdische Frauen und Kinder, etwa in Kišinev und Thigina. Bei einigen Aktionen kooperierten sie direkt mit Dienststellen oder Truppen der 11. Armee. Bekannt wurde der Fall der ukrainischen Stadt Kodyma, wo am 1. August 1941 das Sonderkommando 10a und Wehrmachtssoldaten 98 jüdische Funktionäre erschossen, nachdem das Gerücht über einen bevorstehenden Aufstand der Juden aufgekommen war und das Generalkommando des XXX. Armeekorps (General Hans v. Salmuth) sich zu dieser abschreckenden Maßnahme entschieden hatte[341]. Das Armeeoberkommando ließ sich – allerdings erst nachträglich – ein-

[337] Vgl. Angrick, Besatzungspolitik, S. 309–318, über die Morde des Sonderkommandos 10a der Einsatzgruppe D im Bereich der 1. Panzerarmee im Oktober 1941.

[338] Sammelbrief des Heeresgruppenkommandos Süd „Die Wagenburg", 22. 11. 1941, in: BA-MA, N 654/19, hier als Brief des Ia, Oberstleutnant i.G. August Winter, an seine Familie.

[339] So der Titel eines Aufsatzes von Andrej Angrick über die Einsatzgruppe D. Zur Tätigkeit dieser Einsatzgruppe vgl. vor allem die grundlegende Studie von Angrick, Besatzungspolitik. Vgl. daneben die Überblicke von Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 195–205; Angrick, Einsatzgruppe D (1997; 2002); Mallmann/Rieß/Pyta (Hrsg.), Deutscher Osten, S. 151–158.

[340] Vgl. Kapitel II,5,b.

[341] Dazu ausführlich Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 238–241; Friedrich, Gesetz, S. 610–620; Angrick, Besatzungspolitik, S. 219–223.

gehend über diesen Vorgang berichten[342], vermutlich, weil Schobert und Wöhler die unmittelbare Beteiligung ihrer Soldaten an Exekutionen doch störte.

In den ersten beiden Monaten des Ostfeldzugs wurden die meisten Juden in Bessarabien und Transnistrien, also dem Operationsgebiet der 11. Armee und ihrer rumänischen Verbündeten, allerdings nicht von der deutschen Sicherheitspolizei, sondern von der rumänischen Armee, Gendarmerie und Sicherheitspolizei ermordet[343]. Die ungezügelten Pogrome und wilden Erschießungen durch die rumänischen Truppen waren dem auf Disziplin bedachten Oberkommando der 11. Armee ein Stein des Anstoßes, so dass sich der Ic-Offizier Major i.G. Werner Ranck schon bald gegen „die von den Rumänen durchgeführten unsachgemäßen und sadistischen Exekutionen" wandte[344]. Dass sich dieser Einwand lediglich gegen die Art der Durchführung und nicht gegen den Judenmord an sich richtete, zeigte dann die Akzeptanz der „sachgemäßen" Erschießungen unter Regie der Einsatzgruppe D. Als die Rumänen Ende Juli 1941 begannen, einen Teil ihres „Judenproblems" dadurch zu lösen, dass sie Zehntausende von Juden aus Bessarabien und der Bukowina über den Dnestr in das rückwärtige Gebiet der 11. Armee abschoben, entzündete sich ein langwieriger Streit mit dem Armeeoberkommando, das mehrmals gegen diese Praxis protestierte – mit dem Höhepunkt von zwei Beschwerdebriefen Schoberts über die rumänische Abschiebe- und Besatzungspolitik am 31. Juli und 15. August 1941 – und die jüdischen Trecks von der Einsatzgruppe D wieder in das rumänische Hoheitsgebiet zurücktreiben ließ[345]. Die Krise wurde erst beigelegt, als sich beide Seiten am 30. August 1941 in Tighina einigten, dass Rumänien die volle Souveränität über das ehemals ukrainische Gebiet zwischen Dnestr und Bug (Transnistrien) erhalten, aber dafür auf weitere Abschiebungen von Juden verzichten sollte.

Das Gebiet jenseits des südlichen Bug, den die 11. Armee inzwischen überschritten hatte, war nun deutsches Interessengebiet. Hier brauchte die Einsatzgruppe D keine Rücksicht mehr auf die komplizierte Bündnispolitik zu nehmen, musste aber andererseits die „Lösung der Judenfrage" nun selbst stärker in die Hand nehmen. Sie tat dies ab September 1941 mit einer deutlichen Ausweitung der Mordaktionen, zunächst zwischen Bug und Dnestr[346]. Am 14. September wurde erstmals eine große jüdische Gemeinde vollständig ausgelöscht, als der Gruppenstab, das Sk 11a und das Ek 12 in Nikolaev 5000 Menschen erschossen. Es folgten die Morde in Cherson durch das Sk 11a mit ebenfalls etwa 5000 Toten. Am 5. Oktober besuchte Himmler die Einsatzgruppe D in Nikolaev und betonte bei dieser Gelegenheit vermutlich, dass die restlose Ermordung der sowjetischen Juden beschlossen sei. Noch im selben Monat tötete das Sk 10a in den von der

[342] Vgl. die Dokumente in: BA-MA, RH 20–11/488.

[343] Vgl. dazu vor allem die Beiträge in: Hausleitner/Mihok/Wetzel (Hrsg.), Rumänien. Vgl. auch Ioanid, Holocaust. Auf die Massenmorde unter rumänischer Besatzung kann hier nicht näher eingegangen werden. Sie erreichten ihren Höhepunkt im Massaker von Odessa vom 23.–25. 10. 1941, bei dem etwa 25000 Juden umgebracht wurden. Rumänien beteiligte sich bis in den Sommer 1942 am Holocaust und war für die Ermordung von etwa 350000 Juden verantwortlich.

[344] Aufzeichnung Gmeiners (Verbindungsoffizier der Einsatzgruppe D beim AOK 11) über eine Besprechung mit Ranck, 16. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20–11/488.

[345] Vgl. Angrick, Einsatzgruppe D (1997), S. 95–97; Angrick, Besatzungspolitik, S. 191–206.

[346] Zum Folgenden vgl. vor allem ebd., S. 225–323.

11. Armee mit der 1. Panzerarmee eroberten Städten zwischen Dnepr und Asowschem Meer Tausende Juden, 2000 in Melitopol', 1000 in Berdjansk, 8000 in Mariupol' und 1500 in Taganrog. Einwände des Oberkommandos der 11. Armee gegen all diese Massaker im September und Oktober 1941 gab es nicht. Spätestens seit dem tödlichen Unfall Schoberts und der Übernahme der Armeeführung durch General Erich v. Manstein am 17. September 1941 gestaltete sich das Verhältnis zur Einsatzgruppe vollkommen reibungslos, da das Oberkommando der Sicherheitspolizei nunmehr nahezu jede Bewegungsfreiheit ließ und ihre Tätigkeit unterstützte, obwohl es über ihre eigentlich Aufgabe – den Völkermord – keine Zweifel mehr gab[347]. Immer effizienter wurde nun auch die Mithilfe der Divisionen, der Kommandanturen und der Geheimen Feldpolizei am Judenmord, die immer wieder in den Dokumenten hervorgehoben wird. Die Wehrmacht half der SS und Polizei auch in diesem Raum vor allem organisatorisch und logistisch, in Einzelfällen sogar mit der Waffe[348].

Als die 11. Armee in der ersten Novemberhälfte den größten Teil der Krim besetzte, intensivierte sich diese gute Zusammenarbeit noch. Von den etwa 65 000 Juden, die vor dem Krieg auf der Halbinsel gelebt hatten, trafen die Deutschen weniger als die Hälfte an. Als die Einsatzgruppe D Anfang April 1942 meldete, dass nunmehr nahezu alle Juden auf der Krim getötet seien, waren nach ihren Angaben rund 28 000 Menschen ermordet worden[349]. Ohne die vielfältige Unterstützung der Militärverwaltung wäre dieser Massenmord durch die zahlenmäßig geringen SS- und Polizeikräfte nicht möglich gewesen. Die Mitwirkung der 11. Armee und ihrer Organe an der Ermordung der Juden auf der Krim ist inzwischen so genau untersucht worden wie kaum ein anderes Beispiel für die Beteiligung der Wehrmacht am Genozid[350]. Die Feld- und Ortskommandanturen erfassten und ghettoisierten die Juden, die Geheime Feldpolizei und die Feldgendarmerie übergaben der Einsatzgruppe D aufgegriffene Juden oder erschossen sie selbst, das Armeeoberkommando verfügte die Kennzeichnung der Juden mit dem Davidsstern[351], stellte der Sicherheitspolizei teilweise Gerät, manchmal sogar Personal, und initiierte in Einzelfällen Massenexekutionen[352].

Oberbefehlshaber v. Manstein stimmte seine Truppen in seinem Armeebefehl vom 20. November 1941 auf die Ermordung der Juden ein, indem er nach Vorbild

[347] Diesen Wandel konstatiert auch ebd., S. 231. Zur Rolle Mansteins im Genozid vgl. auch Wallach, Manstein.

[348] Vgl. Angrick, Besatzungspolitik, passim.

[349] Vgl. EM Nr. 190 vom 8. 4. 1942, in: IfZ-Archiv, MA 91/4; Oldenburg, Ideologie, S. 159.

[350] Vgl. jetzt vor allem die Studie von Manfred Oldenburg: Ideologie, S. 159–224. Außerdem Angrick, Besatzungspolitik, S. 323–361; Kunz, Feld- und Ortskommandanturen.

[351] Befehl des Gen.Kdo. XXXXII. A.K. (Ia, Nr. 1247/41 geh.), 10. 12. 1941, der sich auf eine Anordnung Mansteins beruft, in: BA-MA, RH 24–42/240, zit. in: Oldenburg, Ideologie, S. 163f. und Anm. 655.

[352] Oldenburg, Ideologie, S. 160, nennt Beispiele. Auf die Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust auf der Krim bezieht sich offenbar auch die Bemerkung von General Dietrich v. Choltitz, 1941/42 Regimentskommandeur bei der 11. Armee, in britischer Kriegsgefangenschaft. Vgl. das Abhörprotokoll des CSDIC, 29. 8. 1944, in: Neitzel, Abgehört, S. 258: „Choltitz: Den schwersten Auftrag, den ich je durchgeführt habe – allerdings dann mit grösster Konsequenz durchgeführt habe –, ist die Liquidation der Juden. Ich habe diesen Auftrag allerdings auch *bis zur letzten Konsequenz durchgeführt*."

des „Reichenau-Befehls" suggerierte[353]: „Das Judentum bildet den Mittelsmann zwischen dem Feind im Rücken und den noch kämpfenden Resten der Roten Wehrmacht und der Roten Führung. Es [...] bildet weiter die Zelle für alle Unruhen und möglichen Erhebungen. Das jüdisch-bolschewistische System muß ein für allemal ausgerottet werden. Nie wieder darf es in unseren europäischen Lebensraum eingreifen. [...] Für die Notwendigkeit der harten Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des bolschewistischen Terrors, muß der Soldat Verständnis aufbringen. Sie ist auch notwendig, um alle Erhebungen, die meist von Juden angezettelt werden, im Keime zu ersticken." Auch hier wurden die antijüdischen Aktionen – und das hieß zu diesem Zeitpunkt längst: der Genozid – mit der pauschalen Gleichsetzung von Judentum, Bolschewismus, Sabotage und Widerstand gerechtfertigt. Welche Wirkung dieser Appell zum Kampf gegen die „jüdische Gefahr" bei den untergeordneten Stellen und Soldaten haben musste, lässt sich nur ahnen. Dass unter dem Schirm des Oberkommandos das systematische Mordwerk der Einsatzgruppe D reibungslos vollzogen werden würde, lag aber nach dieser Verlautbarung des obersten Besatzungsherrn sehr nahe.

Besonders effizient und schrecklich funktionierte das Zusammenwirken von Wehrmacht und Sicherheitspolizei beim Massaker in der Krim-Hauptstadt Simferopol', wo die meisten Juden lebten[354]. Die deutsche Ortskommandantur wusste schon am 14. November 1941 zu melden[355]: „Die verbliebenen 11 000 Juden werden durch den S.D. exekutiert." Wie in Charkov verzögerte sich der Vollzug, da die Einsatzgruppe zunächst nicht genügend Personal für diese Großaktion zusammenziehen konnte. Vieles spricht dafür, dass nun das Armeeoberkommando, das in der nur 15 Kilometer entfernten Kleinstadt Sarabus residierte, auf eine Lösung dieses „Problems" noch vor Weihnachten drängte[356]. Die Motivation lag offenbar in der angespannten Wohnraum- und Ernährungslage in Simferopol', dem zentralen Quartierort und Nachschubplatz der 11. Armee. Der Oberquartiermeister, Oberst i.G. Friedrich Hauck, erhoffte sich von einer Dezimierung der Bevölkerung Abhilfe und stellte der Sicherheitspolizei schließlich LKWs, Munition und Personal für die „Judenaktion" zur Verfügung. Am 9. Dezember 1941 erschossen das Sonderkommando 11b sowie Angehörige der Ordnungspolizei und der Geheimen Feldpolizei 1500 Krimtschaken, eine tatarisch-jüdische Minderheit, vom 11. bis zum 13. Dezember bis zu 13 000 Juden und anschließend bis zum 15. Dezember noch weitere Juden und wohl einige hundert „Zigeuner". Der Besitz der Ermordeten wurde teilweise der 11. Armee übergeben. Am 21. Dezember veranstaltete der Stab der Einsatzgruppe D in Simferopol' eine Sonnenwendfeier, zu der auch einige Offiziere des Armeeoberkommandos erschienen, nachweislich der Oberquartiermeister. Ohlendorf beklagte bei dieser Gelegenheit ge-

[353] Armeebefehl Mansteins (AOK 11, Ic/AO, Nr. 2379/41 geh.), 20. 11. 1941, in: Ueberschär/Wette (Hrsg.), Unternehmen, S. 343 f.

[354] Vgl. zum Folgenden auch Friedrich, Gesetz, S. 655–673; Angrick, Besatzungspolitik, S. 335–345; Oldenburg, Ideologie, S. 167 f.

[355] Tätigkeitsbericht der Ortskommandantur I/853 von Simferopol', 14. 11. 1941, in: BA-MA, RH 23/72, Bl. 71–73, abgedruckt in: Verbrechen der Wehrmacht, S. 176.

[356] Vgl. Friedrich, Gesetz, S. 661–665; Angrick, Besatzungspolitik, S. 335–338; Oldenburg, Ideologie, S. 167 f., die sich allerdings vor allem auf Nachkriegsaussagen (u.a. von Oberquartiermeister Hauck selbst) stützen.

genüber dem gelernten Artilleristen Hauck, „daß es viel schwerer zu ertragen sei, auf 2 m Distanz einen Juden erschießen zu müssen als mit der Artillerie ganze Gegenden zu beschießen"[357]. Am 12. Februar 1942 teilte Ohlendorf dem Oberkommando mit, er habe vom Ortskommandanten von Simferopol' erfahren, „dass der Herr Oberbefehlshaber die aus der Judenaktion noch vorhandenen Uhren für dienstliche Zwecke der Armee anfordert", übergab der Armee 120 Uhren und bot ihr weitere 50 Uhren nach Reparatur an – Mansteins Generalstabschef Wöhler notierte zu diesem Angebot ein „ja" an den Rand des Schreibens[358].

Vor diesem Hintergrund sind die wiederholten Beteuerungen Mansteins und Wöhlers nach dem Krieg, teilweise unter Eid, sie hätten von den Mordaktionen der Einsatzgruppe D und namentlich auch vom großen Massaker in Simferopol' nichts gewusst[359], vollkommen unglaubwürdig. In Mansteins Hauptquartier wusste man genau Bescheid. So berichtete der Armeewirtschaftsführer Ende März 1942 von den „unsinnigsten Gerüchten", die in der Bevölkerung von Simferopol' über eine Beseitigung aller Männer und Frauen über 50 kursierten, und fügte hinzu[360]: „Da die restlose ‚Umsiedlung' der jüdischen Bevölkerung und die Liquidierung einer Irrenanstalt mit etwa 600 Insassen natürlich auf die Dauer nicht verborgen bleiben können, gewinnen solche Gerüchte in der Bevölkerung an Wahrscheinlichkeit." Als der Vertreter des Auswärtigen Amts beim Armeeoberkommando 11, Gesandter Werner Otto v. Hentig, Anfang April 1942 nach einer Abwesenheit von über fünf Monaten auf die Halbinsel zurückkehrte, zeigte er sich bereits nach wenigen Tagen genau über den inzwischen vollzogenen Völkermord an den Juden der Krim informiert. Entsetzt berichtete er über „die Folgen der Judenerschiessungen, die allein hier in Simferopol 12000 betrugen", nach Berlin[361]:

[357] Vernehmung Haucks durch die Staatsanwaltschaft München I, 18. 12. 1961, in: BAL, 213 AR 1897/66. Bei diesem Gespräch gewann Hauck „den Eindruck, daß es sich bei Ohlendorf um keinen blutdürstigen Mann gehandelt hat, sondern vielmehr um einen Menschen, der an diese Position gestellt worden war und der sie ausfüllte, weil er glaubte, hierzu seinem Vaterland gegenüber verpflichtet zu sein". In einer späteren Vernehmung (23. 3. 1965, ebd.) erinnerte sich Hauck, „dass ich spätestens im Dezember 1941 durch eine persönliche Unterredung mit dem SD-Führer Ohlendorf Kenntnis von der speziellen Aufgabe des SD, nämlich Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, Kenntnis erlangt habe".

[358] Ohlendorf (Beauftragter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD beim Berück Süd, Einsatzgruppe D) an AOK 11, 12. 2. 1942, in: BA-MA, RH 20–11/488. Vgl. auch Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 226f.; Angrick, Besatzungspolitik, S. 509; Oldenburg, Ideologie, S. 171f.

[359] Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 226f., 271–273. Zur Verteidigungsstrategie Mansteins gegenüber den alliierten Anklägern vgl. Wrochem, Rehabilitation; Wrochem, Auseinandersetzung. Vgl. auch die Rechtfertigungsschrift seines Anwalts Paget, Manstein, S. 196–203, der überdies behauptet, die Zahl der in Simferopol' ermordeten Juden könne nicht höher als 300 und auf der Krim insgesamt nicht höher als 3000 gewesen sein.

[360] AOK 11, Tätigkeitsbericht IV Wi, 31. 3. 1942, in: BA-MA, RH 20–11/415. Vgl. auch seinen Tätigkeitsbericht vom 1. 2. 1942, ebd., wo er die Ereignisse bei den sowjetischen Landungen um die Jahreswende resümiert: „Besonders grauenvolle Szenen sollen sich in Feodossia abgespielt haben. Die Bewohner, die für die Deutschen gearbeitet hatten, wurden zusammengetrieben und von den Russen, z.Teil jüdischen Kommissaren aus dem Kaukasus, mit Spitzhacken und anderen Mordwerkzeugen mit den Worten umgebracht: ‚Warum habt ihr es geduldet, daß die Deutschen alle Juden erschießen.' Diese Berichte wurden von den Generalstabsoffizieren der Abteilung O.Qu. abgezeichnet.

[361] Hentig (VAA beim AOK 11) an Legationsrat v. Rantzau, 8. 4. 1942, in: PA-AA, R 60739. Auch vom noch weiter zurückliegenden Massaker in Nikolaev wusste er: „Durch die Judenermordungen in Nikolajew sind beispielsweise – wie übrigens auch hier in der Stadt und damit auch unserer

„Die Wirkungen einer solchen Schlächterei beschränken sich ja keineswegs auf die Opfer selbst; sie berühren einmal die gesamte Bevölkerung des besetzten Gebietes, weil natürlich keiner für möglich gehalten hat, dass wir Frauen und Kinder töten. Sie berühren aber auch die Moral der Truppen und weiterhin auch unsere wirtschaftliche Stellung. Von den Wirkungen im weiteren Ausland natürlich vollkommen abgesehen." So wie Hentig – trotz seiner langen Abwesenheit – wird auch jeder andere Angehörige des Oberkommandos und natürlich erst recht der Oberbefehlshaber gewusst haben, was der Gesandte bald darauf konstatierte[362]: „Die Juden sind vollständig vernichtet." Der Vertreter des Auswärtigen Amts befand sich in der unmittelbaren Umgebung Mansteins und besprach mit ihm häufiger politische Fragen. Vermutlich galt gerade für das Thema Judenmord das, was Hentig nach dem Krieg über diese Unterredungen berichtete[363]: „Herr v. Manstein hörte sich alles an; wenn es aber zu dem Punkte kam, wo er selbst hätte Stellung nehmen oder mich verhaften lassen müssen, vertagte er die Fortsetzung des Gesprächs."

Es ist demnach alles andere als vermessen, die genaue Kenntnis und stillschweigende Hinnahme, wenn nicht sogar ausdrückliche Billigung der Judenmorde durch den höchsten Repräsentanten der Wehrmacht auf der Krim vorauszusetzen. Allein der Grad der Akzeptanz ist fraglich, aber nicht wirklich relevant. Relevant ist das Ergebnis der Ausrottungspolitik, die das Oberkommando der 11. Armee tolerierte, teilweise auch förderte und durch seine nachgeordneten Dienststellen unterstützen ließ. Schon Anfang Januar 1942 meldete die Einsatzgruppe D eine Gesamtzahl von 79276 „Liquidierten" nach Berlin[364].

Unter den insgesamt etwa 500000 sowjetischen Juden, die unter militärischer Hoheit – größtenteils bereits bis Ende 1941 – ermordet wurden[365], befanden sich auch mindestens 50000 kriegsgefangene Rotarmisten[366]. Wie man die jüdischen Kriegsgefangenen in den ersten Wochen des Ostfeldzugs behandelte, lässt sich schwer rekonstruieren, doch bereits in dieser Phase wurden sie von der Wehrmacht teilweise separiert und in manchen Fällen sogar erschossen[367]. Eine vorübergehende Regelung erfolgte erst am 24. Juli 1941, als Generalquartiermeister Wagner in den Kriegsgefangenenlagern des Operationsgebiets nur der Wehrmacht gestattete, Verdächtige, Kommissare und „Hetzer" zu erschießen und neben „Asiaten" und deutsch sprechenden Russen vor allem auch Juden von den ande-

Heeresverwaltung – sämtliche Handwerker entzogen worden." Zur Tätigkeit und Berichterstattung Hentigs bei der 11. Armee vgl. Hürter, Nachrichten.

362 Bericht Hentigs Nr. 297, 27. 4. 1942, in: PA-AA, R 60740.

363 Hentig, Leben, S. 356. Vgl. auch die Erinnerung von Ulrich Gunzert, 1941/42 Hauptmann im Hauptquartier der 11. Armee, an ein Gespräch mit Manstein über die Judenmorde auf der Krim, in: Knopp, Krieger, S. 203; sowie Stahlberg, Pflicht, S. 343–345.

364 EM Nr. 153 vom 9. 1. 1942, in: IfZ-Archiv, MA 91/3.

365 So die Schätzung von Pohl, Wehrmacht, S. 47; Pohl, Militär, S. 52.

366 Zum Folgenden vgl. auch Kapitel II,3,c; Streim, Behandlung, S. 35–155; Streit, Kameraden, S. 87–105; DRZW, Bd. 4, S. 1066f. (Beitrag Förster); Krakowksi, Fate; Gerlach, Morde, S. 837–843; Pohl, Wehrmacht, S. 40–42; Pohl, Militär, S. 53–55.

367 Gerlach, Morde, S. 840f., belegt dies für das Dulag 131 in Slonim.

ren Gefangenen abzusondern[368]. Auch wenn damit die Sicherheitspolizei zunächst von den Kriegsgefangenenlagern im OKH-Bereich – zu den Zivilgefangenenlagern[369] sowie zu den Lagern im OKW-Bereich[370] hatte sie bereits Zugang – ferngehalten wurde, schuf die Registrierung und Isolierung der jüdischen Rotarmisten doch eine wesentliche Voraussetzung ihrer späteren Ermordung. Diesem Verbrechen wurde am 7. Oktober 1941 im wahrsten Sinne des Wortes Tür und Tor geöffnet. Ohne erkennbaren Grund änderte Wagner seine alte Verfügung ab und erlaubte den Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD nun doch *„in eigener Verantwortlichkeit"* die „Aussonderung untragbarer Elemente" in den Dulags des Operationsgebiets[371]. Die „Liquidierungen" sollten „ohne Verzug und so weit abseits von den Dulags und von Ortschaften durchgeführt werden, daß sie den sonstigen Kriegsgefangenen und der Bevölkerung nicht bekanntwerden". Welche Gruppe von Kriegsgefangenen davon neben den Kommissaren in erster Linie betroffen war, hatte Reinhard Heydrich bereits Mitte Juli 1941 in den Richtlinien für die „Aussonderungen" in den Stalags des OKW deutlich aussprechen lassen[372]: „alle Juden".

Das ungehinderte Schalten und Walten der Sicherheitspolizei im traditionellen militärischen Hoheitsbereich der Kriegsgefangenenlager war freilich eine Zumutung, die von den Heeresdienststellen im Operationsgebiet erst einmal verkraftet werden musste. Der Protest Fedor v. Bocks bei Brauchitsch gegen diesen „Eingriff in Pflichten und Rechte des Heeres" ist bereits erwähnt worden, ebenso, dass er sich keineswegs gegen die „Aussonderungen" und „Liquidierungen" an sich richtete. Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte wandte sich in erster Linie dagegen, dass nicht wie bisher die Lagerkommandanten, sondern „Angehörige der Polizei über Tod und Leben von Kriegsgefangenen in militärischen Lagern entschieden"[373]. Bock forderte daher das „Einvernehmen" der Sicherheitspolizei mit dem Kommandanten und schlug außerdem vor, mit den „so ausgesonderten Kriegsgefangenen" erst *„außerhalb* des Heeresgebietes" so zu verfahren, „wie die politischen Notwendigkeiten und die Sicherheit des Reiches es erfordern". Es ging also erstens um die Wahrung der eigenen Kompetenzen und zweitens – sehr charakteristisch für die Haltung Bocks und vieler anderer Generale – darum, möglichst nicht direkt mit den Erschießungen konfrontiert zu werden. Ein grundsätzlicher Widerstand gegen den systematischen Judenmord, der auch bei der

[368] Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/4590/41 geh.), 24. 7. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1564, NOKW-2423.

[369] Vgl. etwa das bereits geschilderte Beispiel der gemeinsamen Aussonderungen von Juden durch Sicherheitspolizei und Wehrmacht im Zivilgefangenenlager Minsk.

[370] Vgl. Heydrichs Einsatzbefehl Nr. 8 „Richtlinien für die in die Stalags und Dulags abzustellenden Kommandos des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD", Berlin 17. 7. 1941, mit Anlagen, in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 331–340.

[371] Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/41 g.Kdos.), 7. 10. 1941, ebd., S. 359f. Vgl. dazu auch den Einsatzbefehl Heydrichs Nr. 14, Berlin 29. 10. 1941, mit Richtlinien, die im Einvernehmen mit dem OKH ausgearbeitet worden sind, ebd., S. 354–359.

[372] Richtlinien des RSHA, Amt 4, „für die in die Stalags abzustellenden Kommandos des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD", Berlin 17. 7. 1941, als Anlage zu Heydrichs Einsatzbefehl Nr. 8 vom selben Tag, ebd., S. 336–339, hier S. 337.

[373] Bock, Kriegstagebuch, S. 313 (9. 11. 1941). Vgl. Kapitel II,3,c.

Heeresgruppe Mitte längst im vollen Gange war, kann in dieser Intervention nicht gesehen werden. Entsprechend folgenlos blieb dieser Schritt.

Ebenso folgenlos und im Großen gesehen die Ausnahme waren die anfänglichen Weigerungen einiger Lagerkommandanten, der Sicherheitspolizei ihre jüdischen Kriegsgefangenen auszuliefern. Bekannt ist der Fall des Kommandanten des Dulag 185 in Mogilev, Major Wittmer, der die Ermordung von 196 Juden und Funktionären aus seinem Lager letztlich nur um einige Wochen verzögern konnte[374]. Die Kooperation beim Judenmord musste sich in den Kriegsgefangenenlagern zunächst noch einspielen, ehe sie so reibungslos funktionieren konnte wie bei den Aktionen gegen die jüdischen Gemeinden. Das noch nicht „restlose" Verständnis der nachgeordneten Wehrmachtsdienststellen für den Völkermord, über das sich die Einsatzgruppe C im Oktober 1941 beklagte, „wirkte sich vor allem bei der Überholung der Gefangenenlager aus. Als besonders krasses Beispiel ist das Verhalten eines Lagerkommandanten in Winniza zu erwähnen, der die durch seinen Vertreter erfolgte Überstellung von 362 jüdischen Kriegsgefangenen restlos mißbilligte und sogar gegen diesen sowie gegen zwei weitere Offiziere ein kriegsgerichtliches Verfahren eingeleitet hatte."[375] An anderen Orten gab es dagegen von Anfang an keinerlei Probleme, wie die Einsatzgruppe C ebenfalls melden konnte[376]: „In Borispol wurden auf Anforderung des Kommandanten der dortigen Kriegsgefangenenlager durch einen Zug des Sonderkommandos 4a am 14.10.41 752 und am 16. 10. 41 357 jüdische Kriegsgefangene, darunter einige Kommissare und 78 vom Lagerarzt übergebene jüdische Verwundete erschossen."

Offenbar gewöhnten sich die Lagerkommandanten sehr bald an den Zugriff der Sicherheitspolizei in ihrem Befehlsbereich oder resignierten zumindest, jedenfalls verstummten nach diesen Anfangsschwierigkeiten die Beschwerden der Polizei über mangelndes Entgegenkommen. Dem couragierten Verhalten einzelner Lagerkommandanten fehlte wie dem Widerstand einzelner Truppenoffiziere gegen den Judenmord eine wesentliche Voraussetzung, um erfolgreich das Leben zahlreicher Menschen schützen zu können: der Rückhalt der vorgesetzten Instanzen. Nach all dem, was in diesem Kapitel für die einzelnen Bereiche der Ostfront festgestellt wurde, wundert es nicht, dass die Oberbefehlshaber ohne Ausnahme auch in dieser Frage keinerlei Anstalten machten, ihre Möglichkeiten zugunsten der Juden auszuschöpfen. Dabei hatte die fatale Verfügung Wagners vom 7. Oktober 1941 immerhin ihr Recht bestätigt, „den Einsatz der Sonderkommandos in Teilen des rückwärtigen Heeresgebietes mit Rücksicht auf die Operationen aus[zu]schließen"[377]. Doch warum sollte die vollständige Ermordung der sowjetischen Juden, die von den Oberkommandos der Heeresgruppen und Armeen gerade zu dieser Zeit hingenommen wurde, vor den Kriegsgefangenenlagern Halt machen? Die höchste Heeresgeneralität hatte sich inzwischen so stark auf das radikale Vorgehen gegen die Juden eingelassen, dass der SS- und Polizeiapparat eine Behinderung seiner Mordpolitik von dieser Seite nicht mehr befürchten musste.

[374] Vgl. Streit, Kameraden, S. 102f.; Gerlach, Morde, S. 842.
[375] EM Nr. 128 vom 3. 11. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 91/3.
[376] EM Nr. 132 vom 12. 11. 1941, ebd.
[377] Befehl Wagners (OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu., Abt. KV, Nr. II/41 g.Kdos.), 7. 10. 1941, in: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 359f., hier S. 360.

d. Verantwortung

Die Ermordung von etwa 500000 Männern, Frauen und Kindern jüdischer Herkunft im östlichen Operationsgebiet wäre ohne die, überwiegend logistische und administrative, Mitwirkung der Wehrmacht kaum möglich gewesen. Selbst wenn insgesamt wohl „nur" einige zehntausend Angehörige des viele Millionen Mann zählenden Ostheeres „an Selektion, Organisierung, Durchführung, Absperrung bei Erschießungen oder Abgabe an die Sicherheitspolizei" beteiligt waren[378], und selbst wenn es „nur ganz bestimmte Teile des Ostheeres: Geheime Feldpolizei, Feldgendarmerie, Orts- und Feldkommandanturen oder einzelne Sicherungsverbände" und nur in Ausnahmen auch Fronttruppen[379] waren, „die in der Praxis des Mordens systematisch mit Himmlers Leuten kooperierten"[380], selbst wenn man also diese Aspekte und die formal festgelegte, in der Praxis allerdings häufig aufgeweichte Arbeitsteilung zwischen dem Heer und dem SS-Polizeiapparat in Rechnung stellt, bleibt die Beteiligung der Wehrmacht am Völkermord in der besetzten Sowjetunion evident und umfassend. Und sowohl der Umfang und die räumliche Ausdehnung des Mordens als auch der Grad und die funktionale Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Ostheer, SS und Polizei wurden maßgeblich vom Verhalten der Oberbefehlshaber und ihrer Stäbe beeinflusst. Auch hier, in diesem Grenzbereich zwischen Kriegführung und Rassenpolitik, bildeten die Oberkommandos der Heeresgruppen und Armeen die Spitze in der Hierarchie des Operationsgebiets. Wenn ein Einschreiten gegen den Judenmord überhaupt Aussicht auf Erfolg haben konnte, dann zuerst und vor allem von Seiten dieser kleinen, exklusiven und höchsten Gruppe der Truppenführung. Es wurde gezeigt, dass die Oberbefehlshaber trotz aller Einschränkungen in der vollziehenden Gewalt grundsätzlich noch genügend formelle Kompetenzen und informelle Möglichkeiten besaßen, um von Fall zu Fall zuzulassen oder auszuschließen, zu behindern oder zu fördern, zu protestieren oder zu schweigen.

Dass sie die verbleibenden Handlungsspielräume nicht zugunsten der schutzlosen Opfer nutzten, ja in der Regel noch nicht einmal den Versuch dazu unternahmen, bemisst die Verantwortung aller 25 Oberbefehlshaber von Juni 1941 bis Juni 1942 an diesem Teil des Holocaust. Sicher ist es richtig, dass der Judenmord und die „Euthanasie" staatliche Massenverbrechen waren und in den Arkanbereich der politischen Führung fielen, dass also jeder ernst zu nehmende Versuch, die grundsätzlichen Entscheidungen der Staatsführung zu verhindern, rückgängig zu machen oder zumindest abzuschwächen, den energischen Protest oder gar einen Putsch weiter Teile der Wehrmacht erfordert hätte und selbst dann noch nicht ohne weiteres erfolgreich gewesen wäre. Für ein geschlossenes Auftreten der militärischen Führung oder doch wenigstens der Truppenführung an der Ostfront

[378] So die vage Schätzung von Pohl, Wehrmacht, S. 50; Pohl, Militär, S. 59.

[379] Die bekannteste Ausnahme ist die der berüchtigten 707. Infanteriedivision. Vgl. Lieb, Täter; Heer, Normalität.

[380] Hartmann, Krieg, S. 32. Vgl. auch das abschließende Urteil ebd., S. 35: „Viele Soldaten haben diese Entwicklung hingenommen, manche haben sie auch dezidiert gebilligt. Doch waren die meisten dieser Soldaten – wenn überhaupt – nicht mehr als Zeugen des Holocaust. Die Zahl der Komplizen scheint dagegen sehr klein geblieben zu sein, noch kleiner die der Täter selbst."

fehlten wohl längst die Voraussetzungen, nachdem sich die Generalität insgesamt so tief auf Hitler und sein Regime eingelassen hatte.

Vor Ort aber, also in ihren Heeresgruppen- und Armeegebieten, hätten die Oberbefehlshaber durchaus eine gezielte Obstruktion der rassenideologischen Morde betreiben können. Und der deutliche Protest oder Widerstand einzelner Spitzengenerale hätte immerhin ein Zeichen gesetzt und vielleicht auch andere Befehlshaber zur Obstruktion ermutigt. Nach den Erfahrungen im Polenfeldzug werden Hitler, Himmler, Heydrich und ihre Polizeioffiziere eine gewisse Opposition gegen ihre Pläne befürchtet haben. In den ersten Wochen des „Unternehmen Barbarossa" verhielten sich die SS und Polizei so, als ob sie nach und nach testen wollten, was auf dem neuen Kriegsschauplatz möglich war. Die Anfangsphase des Ostfeldzugs war daher von entscheidender und richtungweisender Bedeutung für die weitere Mordpolitik. Doch als die Oberkommandos vom Massenmord an jüdischen Männern erfuhren, schwiegen sie oder rechtfertigten und förderten ihn sogar. Damit zeichnete sich deutlich ab, dass die ausschlaggebenden Kommandobehörden der Wehrmacht an der Ostfront der Judenverfolgung keinen Widerstand entgegensetzen würden. Diese Haltung war zugleich ein verhängnisvolles Signal für die schrittweise Radikalisierung und Ausdehnung der Exekutionen. Im „Beseitigen" der jüdischen „Intelligenzler" und wehrfähigen Männer kündigte sich bereits die systematische „Ausrottung" an, denn die zunächst noch überlebenden Juden konnten anschließend umso leichter als potentielle „Rächer" oder „unnütze Esser" kategorisiert werden – erst recht, als der Feldzug viel länger andauerte als erwartet. Dies unterstreicht die evidente wie eminente Tragweite des Versäumnisses, dem Morden in der ersten Phase des deutsch-sowjetischen Krieges Grenzen gesetzt zu haben. Hier liegt die größte Verantwortung und Mitschuld der Oberbefehlshaber an der Ermordung der sowjetischen Juden.

Statt Protest und Obstruktion ist von diesen Generalen und ihren Stäben fast nur Duldung, Kooperation und Unterstützung überliefert. Natürlich konnte nicht jede Handlung und schon gar nicht jedes Wort gegen die von höchster Stelle verordnete Judenpolitik Eingang in die Dienstakten oder Privataufzeichnungen finden. Allein, was nutzten interne Diskussionen in vertrauter Runde und geballte Fäuste in der Tasche, wenn – bis auf die wenigen bekannten Ausnahmen unterhalb der Elite der Oberbefehlshaber (Gersdorff, Groscurth, Wittmer) – aus allem Unmut kein Handeln folgte, zumindest keines, das sich irgendwie bemerkbar gemacht hätte oder gar irgendwie wirksam geworden wäre. Nur für Fedor v. Bock sind drei ganz zaghafte Interventionen nachgewiesen, einmal gegen Exekutionen in der Nähe seines Hauptquartiers, dann gegen die „Aussonderungen" durch die Sicherheitspolizei in den Dulags und schließlich gegen die Belastung der Nachschublinien durch Eisenbahntransporte von Juden. Doch in allen drei Fällen stand nicht der Schutz von Menschenleben im Vordergrund, sondern das Motiv, möglichst wenig mit diesen Dingen belastet zu werden. Der Fall Bock, der seinem „Führer" bis zuletzt loyal war, ist ein Beispiel dafür, dass sich selbst ein nationalkonservativer Oberbefehlshaber, dessen Umgebung immer mehr zur Opposition, schließlich sogar zum Widerstand tendierte, nicht zu einer entschlossenen Haltung gegen die beispiellosen Verbrechen unter Schutz und Schirm seiner Truppen aufraffen konnte. Vor diesem Hintergrund ist es umso höher einzuschätzen, dass

der Kreis jüngerer Offiziere um Henning v. Tresckow ganz andere Konsequenzen aus ihrer – an sich recht späten, im Vergleich aber eher frühen[381] – Empörung über das große Morden zogen als ihre älteren Vorgesetzten. Bei den drei Generalen unserer Gruppe, die später ebenfalls aktiv (Stülpnagel, Hoepner) oder zumindest am Rande (Kluge) am Staatsstreich gegen Hitler beteiligt waren und deswegen ihr Leben lassen mussten, lässt sich dagegen nicht erkennen, dass die Ermordung der sowjetischen Juden eine tiefere Wirkung auf ihre Einstellung gegenüber dem Diktator und seinem Regime gehabt hätte. Ihr Verhalten im Jahr 1941 spricht eher dagegen.

Manche Oberbefehlshaber gingen sogar noch über eine passive Duldung des Judenmords hinaus. Die Hetz- und Mordbefehle Reichenaus, die Anregungen zu Pogromen und zu antisemitischer Propaganda durch Stülpnagel, Küchlers Zustimmung zur Ermordung von tausend Psychiatriepatienten und andere Beispiele belegen, dass nicht unbedingt die Nähe (Reichenau), der Attentismus (Küchler) oder die Opposition (Stülpnagel) zum NS-Regime ausschlaggebend waren. Entscheidend waren – neben menschlichen Schwächen wie Subordination, Anpassung, Ehrgeiz, Konfliktscheu oder Gleichgültigkeit – andere Dinge. Nationalkonservative Generale und nationalsozialistische Funktionäre besaßen in ihrem Denken einen gemeinsamen Bestand an ideologischen Rastern, von denen sich die tief verwurzelten antibolschewistischen und antisemitischen Einstellungen auf dem östlichen Kriegsschauplatz unheilvoll verbanden. Die judenfeindlichen Stereotype allein hätten aber wohl nicht ausgereicht, um die eliminatorische Politik des NS-Regimes in der besetzten Sowjetunion hinzunehmen oder gar zu unterstützen. An die Seite der ideologischen Komponente trat das militärische Kalkül, in diesem „Totalen Krieg" um „Sein oder Nichtsein", als der die Kampagne im Osten von Anfang an und je länger sie dauerte, desto mehr eingestuft wurde, sowohl die Sicherheit als auch die Versorgung der eigenen Truppe über alle humanen Rücksichten stellen zu müssen. Mit dem jüdischen Bevölkerungsteil schienen auch ein Sicherheitsrisiko sowie darüber hinaus auch einige der gravierenden Unterkunfts- und Ernährungsprobleme zu verschwinden. Eine solche Rechtfertigung des Judenmords deckte sich zwar teilweise mit der nationalsozialistischen Ideologie und Propaganda, war aber nicht unbedingt nur dort begründet, sondern konnte sich auch auf nationalkonservative Mentalitäten und militärische Motive stützen. Gleichzeitig bleibt aber unbestritten, dass es ohne Hitler und seine fanatischen Parteigänger nicht zum Genozid an den sowjetischen Juden gekommen wäre.

Alles in allem muss man eine erschreckend reibungslose Integration der Oberbefehlshaber (und ihrer Berater) in das nationalsozialistische Mordprogramm konstatieren. Sie besaßen wohl auch Kenntnis vom weiteren Verlauf des Holocaust, der im Jahr 1942 von den sowjetischen Juden auf alle Juden im deutsch besetzten Europa ausgedehnt wurde, zunächst vor allem auf die polnischen. Die Deportationen deutscher Juden seit Oktober 1941 nach Osten waren ohnehin schon lange ein Thema in der Kommunikation mit der Heimat. Wann und inwieweit die höchste Truppengeneralität von der fabrikmäßigen Massentötung von Menschen

[381] Vgl. Hürter, Weg.

im Generalgouvernement erfuhr, muss offen bleiben. Maximilian Frhr. v. Weichs gab nach dem Krieg zu, er habe Gerüchte über die Vernichtungslager in Polen gehört und Himmler bei einer Zusammenkunft persönlich darauf angesprochen[382]. Der Reichsführer SS habe geantwortet: „Das sind keine Gerüchte, es ist die Wahrheit." Himmler habe mit einem gewissen Stolz berichtet, dass die Tötung auf eine sehr humane Art und Weise vollzogen werde. Die Opfer würden in Waggons verladen, ohne zu wissen, dass sie in einen schmerzlosen und plötzlichen Tod führen. Diese schrecklichen Informationen hinderten Weichs ebenso wenig wie die überwältigende Zahl der anderen Feldmarschalle, Generalobersten und Generale, Hitlers Staat bis zuletzt treu zu dienen. Himmler musste am 26. Januar 1944 auf einer indoktrinären Tagung für Oberbefehlshaber und Kommandeure aller Wehrmachtsteile, unter ihnen nachweislich Heinrici und Model[383], vielleicht auch noch weitere Generale unserer Gruppe, längst kein Blatt mehr vor den Mund nehmen. „Judenfrage [...] totale Lösung, nicht Rächer für unsere Kinder entstehen lassen", heißt es in seinem Redemanuskript[384]. Die versammelte Generalität bedachte Himmlers Vortrag mit starkem Beifall.

Die Kenntnis von diesem gigantischen Staatsverbrechen, das bereits unmittelbar nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Operationsgebiet der Wehrmacht seinen Anfang genommen hatte, hinterließ in der höchsten Truppengeneralität und namentlich bei den ehemaligen Oberbefehlshabern des Ostheeres von 1941/42 kaum erkennbare Spuren. Am 26. Juli 1945, als die Gaskammern von Auschwitz schon längst zum Thema der Weltöffentlichkeit geworden waren, hörte die US-Army ein Gespräch ab, in dem sich zwei besonders prominente und jetzt kriegsgefangene Vertreter unserer Gruppe über die Vorzüge und Nachteile des nationalsozialistischen Systems unterhielten. Der Meinungsaustausch endete mit dem Ergebnis[385]: „GUD[ERIAN]: Die grundlegenden Prinzipien waren gut. L[EEB]: Das ist wahr."

[382] Vernehmung von Weichs durch die 7. US-Army, 30. 5. 1945, in: BAK, All.Proz. 2/FC 6180 P (Weichs), Original in englischer Sprache.

[383] Vgl. Goebbels, Tagebücher, Bd. II/11 (26. 1. 1944).

[384] Himmler, Geheimreden, S. 201. Zu dieser Veranstaltung und Himmlers Rede vgl. auch DRZW, Bd. 9/1, S. 602–605 (Beitrag Förster); Gersdorff, Soldat, S. 146. Heinrici nannte die Tage in Posen „interessant", wenn auch „auf einen ernsten Ton gestimmt". Privatbrief vom 27. 1. 1944, in: BA-MA, N 265/158.

[385] Abhörprotokoll der 7. US-Army, 26. 7. 1945, in: NA, RG 238. Original in englischer Sprache: „GUD: The fundamental principles were fine. L: That is true." Ich danke Herrn Dr. Jürgen Förster (Freiburg i.Br.) für die Kopie dieses Dokuments.

Ausblick

Wie gestalteten sich die deutsche Kriegführung und Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion nach dem Juni 1942, der den Zeitraum dieser Untersuchung beendet? Und welchen weiteren Anteil hatten die Oberbefehlshaber, deren Profil und Handeln vorstehend analysiert wurden, an den Ereignissen auf diesem Kriegsschauplatz, der sich erst nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Juli 1944 von Osteuropa und der Sowjetunion auf Mitteleuropa und das Deutsche Reich verlagerte? Diese Fragen liefern das Thema für neue, umfangreiche Forschungen und können hier nicht näher beantwortet werden. Eine künftige Forschung müsste sich stärker als bisher mit dem zweiten und dritten Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges befassen. Die Konzentration auf das erste Jahr hatte aber – neben arbeitsökonomischen Motiven – ihre Berechtigung in der grundlegenden Bedeutung dieser ersten zwölf Feldzugsmonate für die Radikalisierung des Zweiten Weltkriegs auf allen Gebieten: militärisch, politisch, wirtschaftlich, ideologisch und moralisch. Diese Radikalisierung spiegelte sich im Verhalten der kleinen Gruppe höchster Truppenführer an der Ostfront.

In jenem zentralen Jahr – oder, wenn man so will, in jenen beiden Halbjahren 1941 und 1942 – wurden aber nicht nur Maßnahmen eingeleitet, die auch noch die folgenden Kriegsjahre prägten, sondern auch manche Verbrechen bereits weitgehend zum Abschluss gebracht. Am Ende dieses Jahres lebten so gut wie keine sowjetischen Juden mehr im Militärverwaltungsgebiet. Das war der Beginn und erste Abschnitt des Holocaust. Auch die Ermordung der Armeekommissare, das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen und die Mangelversorgung der städtischen Bevölkerung fanden in dieser Zeit ihre schrecklichen Höhepunkte, um dann im weiteren Verlauf des Ostkriegs eine geringere Rolle zu spielen. Dafür machten sich nach dem ersten Jahr einige Phänomene stärker bemerkbar als zuvor oder traten überhaupt erst in Erscheinung[1]. Vor allem der Partisanenkrieg nahm nach und nach einen Umfang an, gegen den die meisten Kämpfe in den rückwärtigen Gebieten bis zum Sommer 1942 eher wie Vorgeplänkel wirkten. Das lag zum einen in der militärischen Gesamtlage begründet, die sich immer mehr zu Ungunsten der Deutschen neigte, zum anderen war sie eine Folge der brutalen deutschen Besatzungsherrschaft. Diese Herrschaft wurde in den kommenden zwei Besatzungsjahren immer widersprüchlicher. Zwar bemühten sich die deutschen Stellen mehr als zuvor um kleine positive Signale und eine freiwillige Kollaboration der Landesbewohner, doch wurden solche zaghaften Ansätze vor allem durch zwei Merkmale des anhaltenden Besatzungsterrors zunichte gemacht, die anders

[1] Kriegführung und Besatzungspolitik in der Sowjetunion von 1942 bis 1944 sind insgesamt noch nicht hinreichend untersucht. Vgl. für die Zeit von Mitte 1942 bis Anfang 1943 DRZW, Bd. 6, S. 761–1102 (Beitrag Wegner); für Weißrussland bis 1944 Gerlach, Morde, passim.

als im ersten Feldzugsjahr jetzt eine große und nahezu flächendeckende Bedeutung erhielten: erstens den gewaltsamen Arbeitseinsatz von Millionen sowjetischen Zivilisten im Operationsgebiet und im Reich (Zwangsarbeit), zweitens das systematische Verwüsten ganzer Regionen auf dem Rückzug der deutschen Truppen („Verbrannte Erde").

So blieben Verlauf und Bilanz der deutschen Kriegführung und Herrschaft in der Sowjetunion auch in den zwei Jahren von Mitte 1942 bis Mitte 1944 katastrophal. Letztlich gelang es weder militärisch noch politisch, die Fehler und Verbrechen des ersten Feldzugsjahrs zu korrigieren. Das notwendige Gegensteuern wurde durch die unverändert vorherrschende Haltung erschwert, die ein „energischer" Oberbefehlshaber wie Walter Model im Januar 1944 gegenüber Propagandaminister Goebbels durchblicken ließ[2]: „Er [Model] ist politisch ausgerichtet, plädiert für einen rücksichtslosen Krieg im Osten, hat das Problem des Bolschewismus erkannt und weiß auch, daß wir mit den Sowjets nicht viel Federlesen machen dürfen." Militärische „Rücksichtslosigkeit" und die „Unbegrenztheit des deutschen Herrschaftsanspruches"[3] drückten dem sowjetischen Kriegsschauplatz bis zuletzt ihren Stempel auf. Welchen Anteil die Heeresgeneralität und besonders jene Generale unserer Gruppe, die auch nach dem Juni 1942 im Osten eingesetzt waren, an der weiteren Entwicklung hatten, in welche Richtung sie sich in ihren Befehlsbereichen engagierten und ob sie ihre Einstellung überdachten, vielleicht sogar änderten – das könnte hier nur oberflächlich beantwortet werden, denn auch diese Fragen erfordern einen tiefen Einstieg in die Quellen, der in einer anderen Studie geleistet werden muss. Daher hat sich der Ausblick weitgehend auf eine knappe Skizzierung ihrer Laufbahnen und Biographien nach dem Jahr 1941/42 zu beschränken[4].

Von den 25 Spitzenmilitärs, die von Juni 1941 bis Juni 1942 Heeresgruppen und Armeen an der Ostfront führten, waren am Ende dieses Jahres bereits zwei ums Leben gekommen: Generaloberst[5] Eugen Ritter v. Schobert im September 1941 durch eine Minenexplosion, Generalfeldmarschall Walter v. Reichenau im Januar 1942 durch einen Schlaganfall. Sieben weitere waren abgelöst worden und kehrten nicht mehr auf den sowjetischen Kriegsschauplatz zurück. Generaloberst Erich Hoepner war aus der Wehrmacht entfernt, Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter v. Leeb und Generaloberst Adolf Strauß blieben „Ruheständler", die übrigen wurden sofort (Generaloberst Nikolaus v. Falkenhorst in Norwegen), bald (Generalfeldmarschall Gerd v. Rundstedt und General der Infanterie Carl-Heinrich v. Stülpnagel in Frankreich) oder nach geraumer Zeit (Generaloberst Heinz Guderian als Generalinspekteur der Panzertruppen) an anderer Stelle wiederverwendet.

Anders als diese neun verstorbenen oder abgelösten Generale sahen sich fast alle jene sechszehn Truppenführer, die wir in dieser Studie im Juni 1942 als amtierende Oberbefehlshaber an der Ostfront verlassen haben, noch lange und zum

[2] Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 11, S. 176 (26. 1. 1944). Es wundert nicht, dass Model auf Goebbels „einen ausgezeichneten Eindruck" machte.

[3] So ein zentraler Kritikpunkt des Erfahrungsberichts der Militärverwaltung beim Oberkommando der Heeresgruppe Mitte für die Zeit vom 22. 6. 1941 bis August 1944, 10. 8. 1941, in: RH 19 II/334, Bl. 2–29, hier Bl. 25.

[4] Vgl. dazu die Biogramme am Ende dieser Studie.

[5] Angegeben sind im folgenden Überblick jeweils die letzten Ränge.

Teil sogar nur noch mit dem Kampf gegen die Sowjetunion konfrontiert. Lediglich Generalfeldmarschall Fedor v. Bock musste bereits kurz darauf, Mitte Juli 1942, den Oberbefehl über die Heeresgruppe Süd abgeben und blieb den Rest des Krieges im Wartestand. Generalfeldmarschall Friedrich Paulus fungierte bis zur Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad im Januar 1943 als Armeeoberbefehlshaber, ebenso Generaloberst Eduard Dietl im äußersten Nordosten bis zu seinem Unfalltod im Juni 1944. Mehrere andere wurden zwischen Mitte 1943 und Mitte 1944 als Armee- oder Heeresgruppenführer an der Ostfront abgelöst und nicht wieder (oder nur ganz geringfügig) verwendet: Generaloberst Richard Ruoff im Juni 1943, Generaloberst Rudolf Schmidt im Juli 1943, Generaloberst Hermann Hoth im Dezember 1943, Generalfeldmarschall Georg v. Küchler im Januar 1944, Generaloberst Ewald v. Kleist und Generalfeldmarschall Erich v. Manstein im März 1944. Sie blieben also seit dem „Barbarossa-Tag" ausschließlich „Ostgenerale".

Entscheidend für ihre Abberufungen waren ganz überwiegend militärfachliche Gründe oder physischer und psychischer Verschleiß, nicht die Kritik an Kriegs- und NS-Verbrechen oder gar eine politische Opposition. Allein Rudolf Schmidt wurde abgelöst, weil er bei Hitler in Ungnade gefallen war, nachdem die Gestapo seinen Bruder im Frühjahr 1943 wegen Landesverrats verhaftet und bei ihm einige diskreditierende Briefe des Generalobersten gefunden hatte, „die sehr scharf gegen den Führer gerichtet waren"[6]. Es muss allerdings offen bleiben, ob diese Kritik auch die nationalsozialistische Politik betraf oder sich vor allem auf die militärische Führung Hitlers beschränkte[7]. Schmidt blieb im übrigen unbehelligt und war im Sommer 1944 sogar für einen Augenblick als möglicher Chef des Generalstabs im Gespräch[8]. So sehr Hitler gerade über den Fall Schmidt enttäuscht war

[6] Vgl. Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 8, S. 266 (10. 5. 1943), über das Unverständnis der Heeresgeneralität: „Beispielsweise ist jetzt beim Bruder des Generalobersten Schmidt, der wegen Landesverrats verhaftet werden musste, eine ganze Serie von Briefen des Generalobersten selbst gefunden worden, die sehr scharf gegen den Führer gerichtet waren. Das ist nun einer der Generalobersten, auf die der Führer besonders viel gesetzt hatte. Er hat also wieder einmal eine schwere Enttäuschung erlebt. Allerdings meint er, dass ein General ihn nicht mehr beleidigen könne. Er stehe dieser Menschenklasse vollkommen fremd gegenüber und bleibe ihnen in Zukunft mehr denn je fern." Nach Bötsch, Sack, S. 159, war es vor allem dem Chef der Heeresjustiz Karl Sack zu verdanken, dass „von der Durchführung eines Strafverfahrens gegen Schmidt vor dem Reichskriegsgericht Abstand genommen wurde". Die beschlagnahmten Briefe konnten bisher nicht aufgefunden werden, so dass ihr genauer Inhalt nicht bekannt ist.

[7] Vgl. den Tätigkeitsbericht des Chefs des Heerespersonalamts, 10. 7. 1943, in: Bradley/Schulze-Kossens (Hrsg.), Tätigkeitsbericht, S. 80f.: „Generaloberst Schmidt, OB des Panzer-AOK 2, wird in die Führerreserve OKH versetzt. Anlass dazu bildet ein Hoch- und Landesverratsverfahren gegen seinen Bruder, der der aktiven Spionage mit dem französischen Nachrichtendienst überführt worden ist. Bei der Beschlagnahme des Schriftwechsels kamen Briefe zutage, die Generaloberst Schmidt an seinen Bruder geschrieben hatte, die politisch für ihn so belastend sind, daß ein Verbleiben in seiner Stellung unmöglich ist. Unter anderem übte er Kritik an der Obersten Führung und wirft ihr Fehler vor, die zu den schweren Rückschlägen der letzten Zeit geführt haben sollen."

[8] Vgl. Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 13 (15. 7. 1944): „Ich finde es geradezu absurd, dass Schmundt als Nachfolger für Zeitzler Manstein vorschlägt, und wenn der nicht genehm wäre, Generaloberst Schmidt, der seinerzeit durch defaitistische Briefe aufgefallen und seines Amtes enthoben worden ist. Beide halte ich für gänzlich ungeeignet. Auch der Führer hat diese Kandidaturen abgelehnt. Es wird ihm noch Generaloberst Reinhardt vorgeschlagen, der an sich aus besserem Holz geschnitten sein soll." Schmidt selbst versuchte über die Protektion Heinrich Himmlers, reaktiviert zu werden. Vgl. den Tätigkeitsbericht des Chefs des Heerespersonalamts, 22. 8. 1943, in: Bradley/Schulze-Kossens (Hrsg.), Tätigkeitsbericht, S. 89: „Nachdem Generaloberst Schmidt ent-

und sich durch solche Vorgänge in seinem Misstrauen gegen die Heeresgeneralität bestätigt sah, so sehr erkannte er doch, dass er für die Dauer des Krieges auf die ältere Generation der Truppenführer angewiesen blieb. Daher ließ er seine Heerführer – anders als Stalin während der „großen Säuberung" – nicht „beseitigen", sondern bedachte sie trotz seiner pauschalen Vorbehalte weiterhin mit Geschenken[9] und Rangerhöhungen. Aus unserer Gruppe brachten es Paulus, Busch, Kleist, Weichs und Model noch in den Krisenjahren 1943 und 1944 bis zum höchsten soldatischen Rang des Generalfeldmarschalls. Neben den abfälligen Urteilen Hitlers über die Heeresgeneralität, die sich nach der Katastrophe von Stalingrad häuften, sind auch Äußerungen überliefert, die belegen, dass der Diktator doch auf die Loyalität und das „Funktionieren" der Oberbefehlshaber baute. Im Zusammenhang mit der Rolle der italienischen Generalität beim Sturz Mussolinis wurde Hitler im September 1943 von Goebbels gefragt, „was augenblicklich unsere Marschälle machen. Er ist mit ihrer Haltung sehr zufrieden. Er äußert sich sehr positiv über Kluge, Küchler und auch Manstein, wenngleich er ihn für etwas übertrieben ehrgeizig hält. Kleist schließt sich sehr eng an den Führer und an die nationalsozialistische Bewegung an. Bock führt ein etwas kränkliches Pensionärsdasein. [...] Sehr lobend äußert sich der Führer über Generalfeldmarschall Busch [...]. Jedenfalls ist unsere gesamte Generalität in toto gar nicht mit der italienischen zu vergleichen. Ein Verrat, wie ihn die italienische Generalität an Mussolini begangen hat, wäre bei der ganzen Mentalität der deutschen, vor allem auch der preußischen Generalität vollkommen ausgeschlossen."[10]

Der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 zeigte, dass Hitler von dieser Elite „in toto" tatsächlich wenig zu befürchten hatte, denn nur ein verschwindend kleiner Teil der Generalität und kein einziger aktiver Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe oder Armee unterstützte die Attentäter. Auch Generalfeldmarschall Günther v. Kluge lässt sich nicht zum Widerstandskämpfer stilisieren[11]. Er war im Oktober 1943 bei einem Autounfall schwer verletzt worden und hatte allein aus diesem Grund den Oberbefehl über die Heeresgruppe Mitte abgeben müssen. Im Juli 1944 versetzte ihn Hitler nach langem Krankenurlaub als Oberbefehlshaber an die Westfront, ehe Kluge nach unentschlossenem Lavieren zwischen Widerstand und Anpassung nach dem 20. Juli das Vertrauen seines „Führers" verlor und seinem Leben im August 1944 selbst ein Ende bereitete. Die übrigen Oberbefehlshaber

lassen worden war, richtete er einen Brief an den Reichsführer SS und bat, unter Berücksichtigung besonders angeführter Gründe sich für eine Wiederverwendung von ihm einzusetzen. Reichsführer SS antwortete, daß er ihm nur den dringenden Rat geben könne, sein Vertrauen gegenüber dem Führer zu beweisen. Der Krieg gibt noch solche Möglichkeiten, daß eine Wiederverwendung nicht ausgeschlossen ist." 2. 9. 1944, ebd., S. 234: „Auf Wunsch des Reichsführers SS holt Gen.Lt. Burgdorf nochmals die Entscheidung des Führers ein, ob Gen.Oberst a.D. Schmidt wieder verwendet werden kann. Der Führer lehnt eine Wiederverwendung grundsätzlich ab." Auf das erneute „Bitten" Himmlers lehnte Hitler am 13. 9. 1944 „endgültig ab", ebd., S. 248.

[9] Zur Frage der Dotationen vgl. Kapitel I,3,c.

[10] Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 9, S. 74 f. (23. 9. 1943).

[11] Vgl. Steinbach, Kluge. Vgl. auch schon die Charakteristik im Tagebuch von Faber du Faur, Smolensk 1. 4. 1942, in: Faber du Faur, Macht, S. 263 f.: „Ich habe mich bei Generalfeldmarschall von Kluge gemeldet. Er ist gerade in Gunst, der ‚kluge Hans'. Er ist wirklich klug, und er ist überzeugt von sich, daß er das, was er sagt, auch glaubt. Aber er glaubt gar nichts; nur für sich will er ‚la gloire à tout prix', und dafür ist er der rechte Mann. Er weiß genau, was möglich und was unmöglich ist, aber er behält es für sich."

beeilten sich nach dem Attentat, Ergebenheitstelegramme an Hitler zu senden. Selbst ein pensionierter Feldmarschall wie Leeb versäumte es nicht, sein Dankschreiben für eine üppige Dotation zu nutzen, um dem Diktator „für die wunderbare Errettung vor dem ruchlosen Anschlage meine tiefgefühlten Glückwünsche auszusprechen"[12]. Von dem einen oder anderen sind die privaten Zeugnisse einer echten Empörung über den Staatsstreich überliefert, etwa von Reinhardt, der sich angesichts dieses Ereignisses als „völlig gebrochen" bezeichnete[13], oder von Weichs, der die Tat eher mit rationalen Argumenten strikt verurteilte[14]. Rundstedt und Guderian gaben sich sogar dazu her, ihre verdächtigen Kameraden den NS-Henkern auszuliefern. Sie ließen sich am 2. August 1944 in den „Ehrenhof des deutschen Heeres" berufen, der zu entscheiden hatte, welche Offiziere aus der Wehrmacht ausgestoßen und dem Volksgerichtshof überantwortet wurden[15]. In dieser unrühmlichen Rolle stellten sie sich auch gegen zwei Kameraden, die in jenen Tagen die beiden einzigen Ausnahmen in der hier untersuchten Gruppe höchster Truppengenerale bildeten. Hoepner und Stülpnagel hatten sich vorbehaltlos und aktiv am Staatsstreich des 20. Juli beteiligt und bezahlten nun ihren patriotischen Mut mit dem Tod durch den Strang[16]. Ob allerdings ihre Eindrücke als Oberbefehlshaber an der Ostfront von 1941 ausschlaggebend für ihr Widerstandshandeln waren, darf nach dem, was in dieser Studie über ihr Verhalten im „rassenideologischen Vernichtungskrieg" festgestellt wurde, sehr bezweifelt werden.

Mit Ausnahme von Kluge und Stülpnagel dienten alle Oberbefehlshaber unserer Gruppe, die zum Zeitpunkt des Attentats aktive Generale waren, dem NS-Regime bis in die letzten Kriegsmonate: Generalfeldmarschall Maximilian Frhr. v. Weichs bis Juli 1943 an der Ostfront, dann bis März 1945 als Oberbefehlshaber

[12] Handschriftliches Schreiben Leebs an Hitler, 26. 7. 1944, zit. nach: Ueberschär/Vogel, Dienen, S. 156. Das Schreiben schloss: „Sieg dem deutschen Heere, Heil Hitler, Leeb."

[13] Tagebuch Reinhardts, 20. 7. 1944, in: BA-MA, N 245/3, Bl. 75: „Attentat auf Führer, Gott sei Dank ist er gerettet. Nachts seine Rede. Unfassbare Tat. Warum auch das noch?" Tagebuch Reinhardts, 21. 7. 1944, ebd.: „Völlig gebrochen. Unfassbar! Was hat man mit dieser Tat unserem Off. Stande angetan? Wir können uns nur tiefst schämen."

[14] Tagebuch Weichs', 21. 7. 1944, in: BA-MA, N 19/3, Bl. 187f.: „Putsch. Furchtbare Lage, auch diese Unruhe im Innern. Ein Gelingen hätte das Chaos herbeigeführt. Ein wahnsinniger Gedanke, zu glauben, durch solche Maßnahmen einen raschen Frieden herbeiführen zu können. Ein Dolchstoß wie 1918, doch schlimmer, da er von einer Seite kommt, von der man das Gegenteil zu erwarten gehabt hätte. Erschütternd, welche Namen in dieser Revolte beteiligt waren. Wie wird die Armee, die, namentlich Offizierkorps und Generale, jedes Vertrauen einbüßen wird, diese schlimme Erschütterung aussitzen? Wie wird dieser Schlag auf die Bundesgenossen wirken? Die Folgen sind noch nicht abzusehen." Tagebuch Weichs', 22. 7. 1944, ebd., Bl. 189: „Jedenfalls ist es unverständlich, wie ehemalige Gen[eral]st[abs]off[ie]z[iere] eine solche nicht nur verbrecherische, sondern auch furchtbar dumme Idee haben konnten, ein Unternehmen, das in nichts vorbereitet war. Man hat sich nicht einmal davon überzeugt, wen man eigentlich hinter sich hat. Denn auch wenn der Mordanschlag gelungen wäre, wäre auch so der Putsch in sich zusammengebrochen, da kein Soldat den Befehlen dieser Führer Folge geleistet hätte."

[15] Vgl. Domarus, Hitler, Bd. 2, S. 2137f. Der „Ehrenhof" bestand überhaupt nur aus vier Mitgliedern, neben Rundstedt, der den Vorsitz übernahm, und Guderian aus den Generalen Walter Schroth und Karl-Wilhelm Specht (als Vertreter die Generale Karl Kriebel und Heinrich Kirchheim). Die Beweisunterlagen kamen ausschließlich von der Gestapo.

[16] Zuvor hatte der „Ehrenhof" Stülpnagel aus der Wehrmacht ausgestoßen. Über Hoepner hieß es in einem Kommuniqué vom 4. 8. 1944, ebd., S. 2138: „Ein Antrag auf Ausstoßung des ehemaligen Generalobersten Hoeppner [!] erübrigt sich, da Hoeppner – als im Jahre 1942 bereits aus der Wehrmacht ausgestoßen – dem Heer nicht mehr angehört."

auf dem Balkan, Generalfeldmarschall Ernst Busch und Generaloberst Georg Lindemann bis Mitte 1944 in der Sowjetunion, dann 1945 in den letzten Monaten bis zum Kriegsende als Oberbefehlshaber in Norddeutschland und Dänemark, Generalfeldmarschall Walter Model bis August 1944 als Oberbefehlshaber im Osten, dann bis zu seinem Freitod im Ruhrkessel im April 1945 als Oberbefehlshaber im Westen, Generaloberst Hans-Georg Reinhardt bis Januar 1945 an der Ostfront, Generaloberst Gotthard Heinrici bis April 1945 im dauernden Kampf gegen die Rote Armee in der Sowjetunion, in Ungarn und schließlich vor Berlin. Von den im ersten Ostkriegsjahr abgelösten Oberbefehlshabern standen Falkenhorst bis Januar 1945 als Oberbefehlshaber in Norwegen, Rundstedt (mit Unterbrechungen) bis März 1945 als Oberbefehlshaber West und Guderian vom 20. Juli 1944 bis März 1945 als Generalstabschef des Heeres im aktiven Dienst der Wehrmacht und des NS-Staates. Auch wenn letztlich nur noch zwei Generale dieser Gruppe von 25 Generalen, Busch und Lindemann, bei der deutschen Kapitulation am 8./9. Mai 1945 einen Oberbefehl innehatten, so lässt sich doch trotz der zahlreichen Versetzungen in den Ruhestand oder in die Führerreserve des OKH konstatieren, dass diese kleine Militärelite bis auf wenige Ausnahmen einem verbrecherischen Regime ungebrochen die Treue hielt. Dass sie sich nach dem 22. Juni 1941 so tief auf eine radikale Kriegführung und Besatzungsherrschaft im Osten eingelassen hatte, wird dazu beigetragen haben, dass sie bis zuletzt, also selbst in der zugleich sinnlosen und opferreichen Endphase des Krieges, nicht gegen Hitler aufbegehrte und eine bewusste Distanz zu Widerstandskreisen hielt[17].

Da Bock kurz vor dem Kriegsende den Folgen eines Tiefflegerangriffs erlag und Busch kurz nach Kriegsende in britischer Gefangenschaft verstarb, hatten neun der 25 Oberbefehlshaber keine Nachkriegsbiographie (Bock, Busch, Dietl, Hoepner, Kluge, Model, Reichenau, Schobert und Stülpnagel). Die übrigen standen nun in jeder Hinsicht, materiell und ideell, auf einem Trümmerfeld[18] und sahen sich fortan mit dem Vorwurf der eigenen Schuld konfrontiert[19]. Zunächst führte sie der Weg in eine mehrjährige Kriegsgefangenschaft. Am schlimmsten traf es Kleist und Schmidt, die schließlich in sowjetischem Gewahrsam landeten. Kleist wurde von den Amerikanern zunächst Ende 1946 an Jugoslawien und dann von dort im März 1949 an die Sowjetunion ausgeliefert, wo er im Oktober 1954 in einem Lager starb. Schmidt wurde im Dezember 1947 bei einem Besuch in der SBZ verhaftet und kehrte erst 1955 aus der Sowjetunion zurück. Auch Paulus war

[17] Vgl. dazu auch den Vorwurf, den nach dem 20. Juli 1944 ein deutscher Oberst in britischer Kriegsgefangenschaft äußerte. Abhörprotokoll des CSDIC, 31. 8.–3. 9. 1944, in: Neitzel, Abgehört, S. 133: „Jawohl, Bock, Manstein, Leeb, Rundstedt, die haben die grosse Schuld; denn es darf ja an sich gegen den obersten Befehlshaber immer nur die erste Garnitur aufstehen."

[18] Vgl. etwa das Tagebuch Reinhardts, 7.–9. 6. 1945, in: BA-MA, N 245/3, Bl. 91: „Durch Erzählungen usw. beginnt auch mein Glaube an die Person von Hitler zu wanken. Oder war, wie wir bisher glaubten, doch nur seine Umgebung schuldig? Furchtbar, wenn man an allem irre werden soll, dem man bisher geglaubt und gedient hat." Tagebuch Reinhardts, 27. 7. 1945, ebd. Bl. 95: „Hat das Leben noch Sinn? Alle Ideale, alles Gute, wofür wir gelebt und gearbeitet haben, ist zerstört."

[19] Charakteristisch für die Strategie der Heeresgeneralität, mit diesem Vorwurf umzugehen, war eine (vom CSDIC heimlich aufgezeichnete) Äußerung des Generals Edwin Graf von Rothkirch und Trach in britischer Kriegsgefangenschaft: „Bei allem was ich aussage, habe ich mir vorgenommen, [es] immer so zu drehen, dass das Offizierskorps reingewaschen wird. Rücksichtslos! Rücksichtslos!" Britisches Abhörprotokoll, 9. 3. 1945, zit. nach: Neitzel, Abgehört, S. 58.

bis 1953 sowjetischer Kriegsgefangener, hatte allerdings dort wie anschließend in der DDR einen Sonderstatus[20]. Dies ist ebenso ein Kapitel für sich wie die alliierten Kriegsverbrecherprozesse, in denen acht ehemalige Oberbefehlshaber des Ostheeres von 1941/42 angeklagt wurden. In diesen Verfahren waren die Verbrechen in der Sowjetunion von ausschlaggebender Bedeutung[21]. Britische Militärgerichte verurteilten Falkenhorst im August 1946 zum Tode (dann in 20 Jahre Haft umgewandelt) und Manstein im Dezember 1949 zu 18 Jahren Zuchthaus, doch beide Generale wurden bereits 1953 amnestiert und aus der Haft in Werl entlassen. Ähnlich erging es Hoth, Küchler, Leeb und Reinhardt, die vom amerikanischen Militärtribunal in Nürnberg (Fall 12: „OKW-Prozess") im Oktober 1948 zu 15, 20, drei und 15 Jahren Haft verurteilt wurden. Leeb kam sofort frei, während Reinhardt, Küchler und Hoth ihre Strafen nur bis 1953/54 in Landsberg absitzen mussten. Weichs stand ebenfalls in Nürnberg vor Gericht (Fall 7: „Geiselprozess"), wurde aber bereits vor dem Urteil wegen Krankheit für verhandlungsunfähig erklärt. Die übrigen überlebenden Oberbefehlshaber wurden Mitte 1948 aus amerikanischer oder britischer Kriegsgefangenschaft entlassen und blieben unbehelligt – auch von der bundesdeutschen Justiz.

Alle diese ehemaligen Oberbefehlshaber spielten in der Bundesrepublik bis zu ihrem Tod militärisch oder politisch keine Rolle mehr, wohl aber in gewisser Weise gesellschaftlich, indem sie zu Mittelpunkten einer „Traditionspflege" (auch der Bundeswehr) wurden oder sich öffentlich in Memoiren, Artikeln und Interviews zur Vergangenheit und Gegenwart äußerten. In dieser Hinsicht am interessantesten ist zweifellos der Fall Manstein. Auf diese Aspekte der Nachkriegsgeschichte kann und soll hier nicht näher eingegangen werden. Die Aufarbeitung der NS-Ära und ihrer Verbrechen nach 1945, sei es juristisch, sei es politisch, sei es individuell, ist in den letzten Jahren zu einem zentralen Thema der Forschung geworden. Auch die Nachkriegsbiographien einige Generale sind im Zuge des neuen wissenschaftlichen Interesses an Kriegsverbrecherprozessen, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur untersucht worden[22], teilweise unter Anwendung von psychologischen und kulturhistorischen Methoden. So interessant die Ergebnisse solcher Forschungen auch sein können, so wenig darf aus dem Blick verloren werden, dass neben der Perzeption und Nachwirkung historischen Handelns das historische Handeln selbst von, wohl doch höherer, Relevanz bleibt. Die deutschen Oberbefehlshaber an der Ostfront erlebten 1941/42 und teilweise auch noch in den Jahren danach den Höhepunkt ihrer militärischen Laufbahn und zugleich auch ihre größte Machtentfaltung – mit sehr realen Auswirkungen auf das Leben und Sterben zahlloser Soldaten und Zivilisten. Dagegen war die Wirkung dieser „Ehemaligen" nach 1945 sehr begrenzt. Dieses Faktum rechtfertigt die Konzentration auf ihre Jahre als aktive Generale, wie sie hier verfolgt wurde.

[20] Dazu ausführlich Reschin, Feldmarschall.

[21] Für den „OKW-Prozess" vgl. vor allem Friedrich, Gesetz. Vgl. auch Herde, Responsibility.

[22] Vgl. zu Manstein: Wrochem, Rehabilitation; Wrochem, Auseinandersetzung; zu Kesselring: Lingen, Schlacht. Zum Versuch der Generalität, in der amerikanischen „Historical Division" die operative Geschichte besonders auch des Ostfeldzugs umzuschreiben, vgl. Wegner, Siege. Zur Integration von Wehrmachtsoffizieren in die frühe Bundesrepublik vgl. Meyer, Situation; Meyer, Soldaten; Searle, Generals.

Schlussbetrachtung

„Man fragt sich, ob der Mensch, der einmal vom Zwang der Gesetze, durch welche Ursache es auch sei, befreit ist, nicht viel schlimmer ist, als der, der sie niemals gekannt hat?"[1] Diese Überlegung des großen französischen Aufklärers Denis Diderot von 1780, die sich auf das Verhalten der europäischen Eroberer und Besatzer in den Kolonien „beider Indien" bezog, lässt sich auch auf die Geschichte des NS-Staates und besonders auf seine Kriegführung und Mordpolitik in der Sowjetunion, dem präsumtiven „deutschen Indien", übertragen. Während Ernst Fraenkel im Jahr 1940 in seiner Analyse der Verhältnisse in Deutschland noch von einem „Doppelstaat" ausgehen konnte, von einem „Nebeneinander eines seine eigenen Gesetze im allgemeinen respektierenden ‚Normenstaates' und eines die gleichen Gesetze mißachtenden ‚Maßnahmenstaates'"[2], lässt sich ab Juni 1941 für den sowjetischen Kriegsschauplatz fast nur noch das Wüten eines entfesselten „Maßnahmenstaates" erkennen. Durch die „verbrecherischen Befehle" war bereits vor dem deutschen Angriff nahezu jede Rechtssicherheit in den besetzten Gebieten außer Kraft gesetzt, und auch für den Kampf gegen die Rote Armee legte sich die deutsche Seite so gut wie keine rechtlichen und moralischen Fesseln an. Keineswegs nur die politische Exekutive, der SS- und Polizeiapparat, sondern auch die militärische Exekutive, die Wehrmacht, war im Ostkrieg weitestgehend „vom Zwang der Gesetze befreit". Beide zentralen Exekutivorgane des Deutschen Reichs folgten allein dem politischen Willen eines verbrecherischen Regimes, den ideologischen Gegner, seinen Staat, seine Nomenklatura, seine Armee und Teile seiner Bevölkerung zu vernichten und die eroberten Räume wie eine Kolonie zu beherrschen und auszupressen. Die Folgen wurden in dieser Studie ausgiebig behandelt.

Der Transformation vom bürgerlichen Rechts- und Normenstaat zum totalitären Maßnahmenstaat, der seine schrecklichste Konsequenz in der deutschen Herrschaft über Osteuropa und im Holocaust fand, entsprach die Transformation wohl aller Institutionen und Eliten des NS-Staates. Besonders gut erforscht, evident und folgenreich ist dieser Transformationsprozess bei der politischen Polizei, die sich schließlich ganz vom Recht abkoppelte und eine neue staatliche Ordnung vertrat, in der das Politische und sein Terror dominierten[3]. Freilich lassen sich die Loslösung der Exekutive aus traditionellen Bindungen und die Entgrenzung des Handelns, der „Maßnahmen", nicht allein für die Polizei feststellen. Auch die

[1] Raynal/Diderot, Geschichte, S. 168. Zur Zuschreibung dieser Stelle an Denis Diderot vgl. ebd., S. 346f.

[2] Fraenkel, Doppelstaat, S. 13. Fraenkel hatte seine Untersuchung 1940 im amerikanischen Exil abgeschlossen und 1941 zuerst in englischer Sprache veröffentlicht.

[3] Vgl. für die Elite des Reichssicherheitshauptamts Wildt, Generation, besonders S. 209–214, ebenfalls in Anlehnung an Ernst Fraenkel.

Wehrmacht entfernte sich im Ostfeldzug weit von den herkömmlichen Gesetzen und Gebräuchen, in die die Militärkaste seit dem 18. Jahrhundert eingebunden war. Die Entgrenzung militärischen Handelns bedeutete zugleich eine Beteiligung an politisch motivierten Verbrechen. In der vorliegenden Studie wurde versucht, diese Radikalisierung der bewaffneten Macht zu analysieren und zu erklären. Es ist deutlich geworden, dass ein – und zwar ein wesentlicher – radikalisierender Faktor die erstaunliche Wandlung von konservativen Generalen alter Schule zu Komplizen einer rassenideologischen Raub-, Eroberungs- und Mordpolitik war. Die kleine Positionselite der höchsten Truppenführung, also der Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen, nicht mehr als 25 Personen im hier behandelten ersten Jahr des Ostkriegs, saß an einer Schlüsselstelle zwischen dem Zentrum der Macht und der Praxis im Operationsgebiet. Nicht nur, aber auch auf sie kam es an, wie sich die Dinge vor Ort gestalteten. Entsprechend groß war ihre Verantwortung.

Und entsprechend bedeutsam und folgenschwer war ihre Transformation, wobei dieser Begriff hier nicht nur Umwandlung, sondern Wandel, nicht nur Manipulation, sondern Anpassung meint. Fragen wir also zusammenfassend und abschließend, wie sich die militärische Elite der deutschen Heerführer an der Ostfront strukturell (generationell, sozial, institutionell) und individuell (militärfachlich, politisch, moralisch) veränderte und verändern musste, um in diesem verbrecherischen Feldzug zu „funktionieren".

1) Am wenigsten, nämlich überhaupt nicht, wirkte sich die Transformation *generationell und sozial* aus (Kapitel I). Die Gruppe der Oberbefehlshaber war sowohl im Juni 1941 als auch im Juni 1942, nachdem die Winterkrise zu einigen Umbesetzungen geführt hatte, von großer Homogenität des Alters, der Herkunft, der Bildung, Ausbildung und Karriere geprägt. Alle diese Generale waren über 50 Jahre alt, die meisten in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts geboren, fast alle kamen aus den „erwünschten Kreisen" der höheren Offiziere, Beamten und Akademiker, alle hatten ein Humanistisches Gymnasium oder eine Kadettenanstalt durchlaufen und sofort nach der Schule den Offiziersberuf gewählt, alle waren von der späten Kaiserzeit bis zum Schicksalsjahr 1941 durchgehend im Militärdienst und hatten über zwei Systemwechsel hinweg eine hervorragende, aber geregelte Karriere bis in die höchsten Generalsränge absolviert, meist ausgehend von Generalstabsverwendungen vor dem und im Ersten Weltkrieg. Ihr Sozialprofil, ihr Bildungsprofil und ihr Berufsprofil waren so exklusiv wie traditionell. Dass diese 25 Generale im ersten Jahr des Ostfeldzugs mit dem Oberbefehl über Heeresgruppen und Armeen betraut wurden, damit also die Spitze der Truppenführung des deutschen Heeres bildeten, war nicht das Resultat der gezielten Personalpolitik eines Diktators, sondern das Ergebnis einer herkömmlichen militärischen Führerauslese und Selbstrekrutierung, die sich seit der Kaiserzeit nicht wesentlich geändert hatte.

Die generationelle, soziale und professionelle Homogenität dieser Gruppe war charakteristisch für die Struktur der gesamten Heeresgeneralität im „Dritten Reich". Bei der Machtübernahme Hitlers im Januar 1933 gab es keine zweite Funktionselite, die so tief in der Tradition wurzelte und zugleich so unentbehrlich

war wie das höhere Offizierkorps der Reichswehr. Während etwa die Verwaltung, die Polizei und die Justiz in den nächsten Jahren recht schnell gleichgeschaltet und durch neue Personen und Institutionen ergänzt oder ersetzt werden konnten, blieb der NS-Staat deutlich länger auf die Kompetenz der alten Militärelite angewiesen. Lediglich das Führerkorps der neuaufgebauten, hochtechnisierten und von Göring beherrschten Luftwaffe öffnete sich bereits frühzeitig jüngeren Generationen, anderen Schichten und besonderen Karrieren. Die einzige ernst zu nehmende Maßnahme Hitlers zur Elitenmanipulation im Heer kam mit der Ernennung seines Adjutanten Rudolf Schmundt zum Chef des Heerespersonalamts im Oktober 1942 reichlich spät. Zwar wurde nun die Offiziersbeförderung reformiert, indem man das Leistungsprinzip über Alter und Herkunft stellte, doch diese gezielte Verjüngung und soziale Öffnung konnte bis zum Kriegsende nicht mehr nachhaltig auf die Generalsränge durchschlagen. So weit die Entwicklung zum nationalsozialistischen Volksheer sonst auch gedieh: Die Generalität blieb weitgehend ein Produkt traditioneller Auslesekriterien und zumindest in ihren Spitzenpositionen vom Typus des nationalkonservativen Generalstabsoffiziers der Kaiserzeit und der Reichswehr geprägt. Das galt in ganz besonderem Maße für die Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion[4].

Die abwartende Haltung Hitlers gegenüber der konservativen Struktur dieser Elite ist um so bemerkenswerter, wenn man bedenkt, wie häufig er sein tiefes Misstrauen gegen die „reaktionäre" Kaste der höchsten Truppenführung äußerte. Der mehrfach verwundete Frontsoldat des Ersten Weltkriegs sah in diesen ehemals königlichen Offizieren vor allem das Zerrbild des verwöhnten, arroganten und frontfremden Generalstabsoffiziers meist adeliger Herkunft. Doch ließ er seinen zahlreich überlieferten Schmähworten kaum Taten folgen. Die häufigen Revirements wurden nicht zu einer grundlegend neuen Personalpolitik genutzt. Während der schweren Krise vor Moskau im Winter 1941/42 kam es bei zehn der insgesamt 16 Oberkommandos des Ostheeres zu Veränderungen. Dennoch protegierte Hitler keine Günstlinge oder Troupiers, geschweige denn Außenseiter oder Seiteneinsteiger, etwa aus der SS oder Polizei. Anstatt den Weg zu einer neuen, nationalsozialistischen Generalselite zu beschreiten, setzte Hitler weiterhin auf die „Generalstabs-Generale". Das änderte sich an der Ostfront auch nach dem ersten Feldzugsjahr nicht[5]. Von den 50 Oberbefehlshabern, die vom Juni 1941 bis zum Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Juli 1944 die deutschen Heeresgrup-

[4] Die anderen Teile der Generalselite an der Ostfront, vor allem die Kommandierenden Generale der Armeekorps und die Kommandeure der Divisionen, konnten hier nicht berücksichtigt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass man für diese „jüngeren" Gruppen der oberen Truppenführung zu einem teilweise abweichenden Ergebnis käme. Vor allem für das erste Jahr des Ostfeldzugs dürften diese Abweichungen jedoch ganz unerheblich sein.

[5] Einige Beispiele: Der unbefriedigende Verlauf der Sommeroffensive von 1942 provozierte die Ablösung der Heeresgruppenführer Bock und List, doch ihre Nachfolger Weichs und Kleist waren von Alter, Herkunft, Laufbahn und Gesinnung nicht anders. Selbst Hitlers Ausfälle gegen die Generale nach der Katastrophe von Stalingrad hatten kaum personelle und organisatorische Konsequenzen. Die wiederholten Ankündigungen des Diktators, in diesem Krieg keine Feldmarschalle mehr zu ernennen, hinderten ihn nicht, von 1942 bis 1944 Generalstäbler alter Schule wie Küchler, Manstein, Paulus, Kleist, Weichs und Model in diesen höchsten Rang zu erheben. Die Niederlage von Kursk und der endgültige Verlust der Initiative im Sommer 1943 führten noch nicht einmal mehr zur Ablösung der verantwortlichen Oberbefehlshaber.

pen und Armeen im Osten führten, gehörten alle zur älteren Generation des Offizierkorps und hatten eine traditionelle Karriere als militärische Professionals vom alten Heer bis in die höchsten Positionen der Wehrmacht hinter sich. Bis auf wenige Ausnahmen waren sie bereits im Ersten Weltkrieg vorwiegend im Generalstab oder der höheren Adjutantur eingesetzt und gehörten damit nicht zur von Hitler so geschätzten „Frontkämpfergemeinschaft"[6]. So stark die gefühlsmäßige Abneigung des ehemaligen Meldegängers Hitler gegen die konservative Generalskaste auch war, so sehr erkannte er doch, dass er sich militärisch-professionell auf sie stützen musste und politisch-ideologisch von ihr nichts zu befürchten hatte. Die Wehrmachts- und Heeresführung traute er sich immer mehr allein zu, doch für die Truppenführung im Operationsgebiet benötigte er erfahrene Helfer und nicht „fanatische" Emporkömmlinge. Auf längere Sicht sollte zwar eine neue Militärelite geschaffen werden, von der sich Hitler eine höhere militärische Effizienz und ideologische Zuverlässigkeit erhoffte. Doch um seine nächsten militärischen und politischen Ziele durchzusetzen, schien das Personal an Generalen zu genügen, das ihm die preußisch-deutsche Militärgeschichte hinterlassen hatte.

2) Dagegen machte sich bereits im ersten Jahr des Ostfeldzugs eine gewisse *institutionelle* Transformation bemerkbar, wenn auch die Kommandostruktur – d. h. die Organisation der Oberkommandos und der Befehlsweg der militärischen Führung – im Wesentlichen unangetastet blieb (Kapitel Exkurs). Immerhin wurde aber die Kompetenz der Oberbefehlshaber in zwei gravierenden besatzungspolitischen Ressorts stärker beschnitten als je zuvor. Ihr traditionelles Vorrecht, im Operationsgebiet unangefochten die vollziehende Gewalt auszuüben, wurde durch Sonderregelungen im sicherheitspolizeilichen und wirtschaftlichen Bereich eingeschränkt. Die Unterdrückungs- und Ausbeutungspraxis im Besatzungsgebiet wurde nicht mehr allein von den Oberkommandos gelenkt und von ihren Abwehroffizieren bzw. Oberquartiermeistern verwaltet, sondern musste zu beträchtlichen Teilen neugeschaffenen Polizei- und Wirtschaftsdienststellen überlassen werden, die ihre grundsätzlichen Weisungen direkt von der politischen Führung erhielten, formal also weitgehend unabhängig von der Truppenführung waren. Diese Veränderung der vollziehenden Gewalt im militärischen Hoheitsgebiet diente den Generalen nachträglich als Entlastung und Ablenkung ihrer Verantwortung für die Schrecken der deutschen Besatzungsherrschaft. In der vorliegenden Untersuchung konnte jedoch eindeutig nachgewiesen werden, dass die institutionelle Transformation keineswegs so weit ging, die Oberbefehlshaber und ihre Stäbe zu „lame ducks" in den Bereichen außerhalb ihrer logistischen, taktischen und operativen Führungsaufgaben zu machen.

[6] Lediglich sieben von ihnen (Balck, Busch, Hube, Raus, Schobert, Schörner, Wöhler) mussten sich im Ersten Weltkrieg durchgehend an der Front bewähren. Vgl. Hürter, Kriegserfahrung. Diese Dominanz alter Generalstabs- und Karriereoffiziere galt allerdings vorwiegend für die höchste Truppenführung im Osten. Im Westen etwa kamen Ende August 1944 vier der sieben Oberbefehlshaber aus ungewöhnlichen Karrieren: Eberbach, Wiese und Zangen waren zwischen den Weltkriegen lange im Polizeidienst, Dietrich gehörte der Waffen-SS an. Dagegen ging von den insgesamt 60 Oberbefehlshabern von Heeresgruppen und Armeen an der Ostfront von Juni 1941 bis Mai 1945 nur ein einziger aus einer Sonderlaufbahn hervor: Friedrich Wilhelm Müller, der erst 1936 aus dem Polizeidienst in das Heer übernommen worden war.

Die Oberbefehlshaber und ihre Kommandobehörden, die Heeresgruppenkommandos und Armeeoberkommandos, waren und blieben die höchsten Instanzen im militärischen Operations- und Verwaltungsgebiet. Das wurde faktisch und prinzipiell auch von den Vertretern des Polizeiapparats und der Wirtschaftsorganisation Ost akzeptiert. Dabei spielte auch der immense Unterschied an Rang und Ansehen eine Rolle, der den Polizei- oder Wirtschaftsoffizier vom Generalfeldmarschall, Generaloberst und selbst vom nachgeordneten Generalstabsoffizier trennte. Und nicht nur die faktische Machtposition der höchsten Truppenführung bot genug Ansatzpunkte für ein Eingreifen in alle polizeilichen und wirtschaftlichen Besatzungsfragen. Schon der formale Hinweis auf „militärische Notwendigkeiten", denen ausdrücklich Vorrang gegeben wurde, hätte oft genügt, um die Dinge stärker in die Hand zu nehmen und zu steuern. Die Verweigerung oder Obstruktion jeglicher logistischen, administrativen und personellen Hilfe hätte ihr Übriges getan. Dafür gibt es Beispiele – ebenfalls und weit zahlreicher für die „erfolgreichen" Bemühungen der Oberkommandos, die Besatzungsherrschaft einschließlich ihrer polizeilichen und wirtschaftlichen Aspekte zu gestalten oder zumindest mitzugestalten. Dies alles zeigt, welche Handlungsspielräume und Kompetenzen das Institut des Truppenoberbefehlshabers trotz aller Einschnitte noch besaß. Das galt nicht nur gegenüber den im Osten eingesetzten Leuten Himmlers und der Wirtschaftsplaner, sondern auch gegenüber den höchsten Zentralinstanzen. Natürlich hatten diese Generale nur einen sehr geringen Einfluss auf die grundsätzlichen Richtlinien und großen Entscheidungen der nationalsozialistischen Politik und Kriegführung. Doch in ihren Befehlsbereichen fernab von Berlin und dem „Führerhauptquartier" blieben die Freiräume zur Gestaltung einer besseren oder schlechteren Besatzungsherrschaft beträchtlich. Besonders die Armeeoberbefehlshaber agierten in einem breiten Streifen hinter der Front wie kleine „Warlords". Sie besaßen Macht und konnten Macht ausüben. Darüber können die Hinweise auf die – unbestreitbare – Verschiebung institutioneller Zuständigkeiten nicht hinwegtäuschen.

3) Schwerwiegend war die Transformation im engeren militärisch-professionellen, also im *taktisch-operativen* Bereich (Kapitel II,2). Die Realität des Ostkriegs war maßgeblich von den militärischen Operationen bestimmt. Deren Führung war auch der zentrale Bezugspunkt der Oberbefehlshaber, die ihre eigentliche Aufgabe darin sahen, die Rote Armee zu besiegen. Diesem Ziel waren letztlich alle übrigen Fragen untergeordnet. Die preußisch-deutsche Militärtradition wies dem „oberen Führer" ein hohes Maß an taktischer und operativer Selbständigkeit zu. Diese Flexibilität von fachlich hoch qualifizierten „Unterfeldherrn" an der Front wurde von vielen ausländischen Beobachtern als Geheimnis der deutschen Kampfkraft bewundert[7]. Doch bereits in den Feldzügen der Jahre 1939 bis 1941 machte sich eine schleichende Entmündigung der höchsten Truppenführung bemerkbar. Dass Hitler den Westfeldzug gegen die Bedenken der wichtigsten Heeresgruppen- und Armeeführer durchsetzte und triumphal bestätigt wurde, war der wohl wichtigste Markstein dieser Entwicklung. Außerdem korrumpierten die militärischen Erfolge bis 1941, die mit Beförderungen, Ehrungen und Geldge-

[7] Vgl. etwa Creveld, Kampfkraft.

schenken verbunden waren. Auch das begünstigte die letztlich bedingungslose Unterwerfung der meisten Generale unter den Willen einer verbrecherischen Staatsführung.

In der Vorbereitung und den ersten Monaten des Ostfeldzugs beschleunigte sich der militärisch-professionelle Kompetenzverlust, um dann in den Krisenmonaten vor Moskau einen Höhepunkt zu erreichen. Hitler setzte seine starren Haltebefehle energisch durch und statuierte an den wenigen renitenten Generalen seine Exempel. Die Überwindung der Krise schien ihn erneut zu bestätigen. Von nun an glaubte er, in jeder kritischen Situation als Feldherr eingreifen und über die kleinste Truppenbewegung entscheiden zu müssen. Selbst die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen konnten unter diesen Bedingungen fast nur noch durchführen und Befehle umsetzen statt führen und befehlen. Sie drohten in ihrem professionellen Kernbereich von selbstbewussten militärischen Führern zu uniformierten Gehilfen eines offenbar stets Recht behaltenden Diktators zu werden. Die fatale Unschlüssigkeit der Truppenführung in und vor Stalingrad und andere militärische Fehler zeigen die Folgen dieses grundlegenden Wandels der militärischen Führungsgrundsätze.

Die Generalität ist nach dem Krieg nicht müde geworden, allein Hitler die Verantwortung für diesen Wandel zuzuschreiben[8]. Man verständigte sich auf die Konstruktion des Gegensatzpaares: hier der militärische Dilettant Hitler, dort die von ihm ständig behinderten Fachleute. Dabei wurde geflissentlich verschwiegen, dass die Militärelite an dem beklagten Kompetenzverlust zu guten Teilen selbst schuld war. Die Heeresleitung, also das OKH, hatte sich unter dem Einfluss des ehrgeizigen Generalstabschefs und Zentralisten Franz Halder bereits vor dem massiven Eingriff Hitlers um eine straffe Unterordnung der Truppenführung bemüht. Zugleich zeigten sich Halder und der schwache Oberbefehlshaber des Heeres Walther v. Brauchitsch den Ansprüchen des Ostfeldzugs fachlich nicht gewachsen. Und die Oberbefehlshaber im Operationsgebiet, deren Gegenstimmen in dieser Situation nötig gewesen wären, erwiesen sich als zu uneinig, wenig selbstbewusst und konzeptionslos, um eine dritte Kraft zu bilden. So hatte Hitler leichtes Spiel.

Aufs Ganze gesehen konnte von einer fachlichen Opposition der Militärelite gegen den Diktator keine Rede sein. Damit fehlte ein wesentliches Korrektiv für seine immer realitätsfremderen strategischen und operativen Entscheidungen. Das hatte gravierende Folgen für den weiteren Kriegsverlauf. Anstatt zu mahnen, zu protestieren oder zu putschen, fügten sich die meisten Generale unserer Gruppe in die Fortsetzung und Radikalisierung des Krieges, obwohl bei nüchterner Analyse der eigenen und gegnerischen Mittel spätestens im Laufe des Jahres 1943 nicht mehr zu übersehen war, dass beides unter gewaltigen Opfern geradewegs in eine nationale Katastrophe führen musste[9]. Selbst ein Ludendorff hat im Herbst 1918 mehr Verantwortung und Vernunft gezeigt als etwa ein Rundstedt, ein Guderian, ein Model oder ein Lindemann, der Anfang Mai 1945 als Oberbefehlshaber in Dänemark sogar noch nach Hitlers Selbstmord die „letzte anständige Schlacht dieses

[8] Vgl. Wegner, Siege.

[9] Vgl. Wegner, Defensive, der mit Recht „einen – nur eine Generation zuvor noch kaum vorstellbaren – Verfall professionellen Selbstverständnisses" konstatiert (S. 209).

Krieges" schlagen wollte[10]. Tatsächlich lässt sich hier nicht allein von Transformation und Entprofessionalisierung, sondern von Deformation sprechen.

Und mit Recht wurde gefragt, ob dieser Prozess professioneller Deformation mit den übrigen Deformationen der Generalität zusammenhänge[11]. Die Geschichte der bewaffneten Macht und ihrer Elite im Deutschen Reich seit Bismarck zeigt, dass die militärische Kompetenz in enger Beziehung zum politischen und gesellschaftlichen Einfluss steht. Nur eine selbstbewusste Generalität, die sich als Schaltzentrum von Rüstungen, Mobilisierungen, Feldzügen, Schlachten profiliert und alle Belange des Militärwesens auf sich vereint, kann auch eine gewisse Mitsprache auf nichtmilitärischem Gebiet beanspruchen. Das gilt besonders für die Wehrmachtsführung und Heeresleitung, aber auch für die Truppenführung. Doch den Oberbefehlshabern im Osten gelang es schon in ihrem taktisch-operativen Kernbereich nicht, ein eigenes Profil und Selbstverständnis gegenüber der obersten Führung zu behaupten. Bis auf wenige Ausnahmen scheuten sie bereits hier den Widerstand und Konflikt. Dies schwächte ihre Position und ihr „Rückgrat" letztlich mehr, als das zum Beispiel ein lauter Protest, im November 1941 mit abgekämpften Truppen weiter gegen Moskau anzurennen, vermocht hätte. Das Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Leben ihrer Soldaten war zweifellos sehr groß, aber offenbar doch nicht groß genug, um entschlossen und geschlossen gegen die fragwürdigen Angriffsbefehle Halders und Haltebefehle Hitlers zu handeln. Wie war es dann erst mit ihrem Selbstbewusstsein, ihrer Eigenständigkeit und ihrer Konfliktfähigkeit bestellt, wenn es um das Schicksal der Kriegsgefangenen und der Landeseinwohner ging?

4) Besonders gravierend und aus heutiger Sicht am erschreckendsten gestaltete sich die *politische* und (nicht zuletzt militär-) *ideologische* Transformation der Heerführer an der Ostfront. Dieser Aspekt stand daher auch im Mittelpunkt dieser Untersuchung. Der Wandel der politischen und militärischen Mentalität begann nicht erst im Juni 1941, auch wenn er sich ab diesem Zeitpunkt erheblich beschleunigte, ja in ein neues Stadium trat. Er machte sich bereits vor 1941, vor 1939, vor 1933 und sogar vor 1918 bemerkbar (Kapitel I). Die Oberbefehlshaber von 1941/42 waren von ihrer Herkunft und Sozialisation tief im starren politischen und ethischen Normensystem der Kaiserzeit verwurzelt – und zugleich tief beunruhigt durch das Erlebnis des Ersten Weltkriegs und die Jahre der Revolution, des Umbruchs und der Unruhe nach dieser „Urkatastrophe". Die bereits in den Vorkriegsjahren angelegte Verengung ethischer Grundsätze wurde durch die radikale Entwertung des Individuums und seiner Rechte in Krieg und Revolution erheblich gefördert. Zugleich festigten und verschärften sich die politischen und rassis-

[10] Vgl. Schwendemann, Strategie, S. 243.

[11] Vgl. Wegner, Defensive, S. 209: „In der lebhaften öffentlichen Diskussion der letzten Jahre über die Streitkräfte im ‚Dritten Reich', die sich fast ausschließlich auf die Frage nach der Verantwortung der Militärs für die von der Wehrmacht selbst bzw. in ihrem Umfeld begangenen Massenverbrechen verengt hat, haben die ‚déformations professionnelles' auf dem ureigensten militärischen Betätigungsfeld, eben jenem der strategischen und operativen Kriegführung, obgleich sie Millionen Menschen das Leben kosteten, indes nur wenig Beachtung gefunden. Dies erscheint umso bedauerlicher, als die Frage, ob und ggf. in welcher Weise die Prozesse professioneller und moralischer Deformation miteinander zusammenhängen, zu den spannendsten einer künftigen Wehrmachtsgeschichtsschreibung gehören dürfte."

tischen Feindbilder. Mindestens genauso explosiv war die Radikalisierung der Militärdoktrin als Erfahrungswert des Ersten Weltkriegs: Im sozialdarwinistisch definierten „Totalen Krieg" wurden die „Kriegsnotwendigkeiten" verabsolutiert und über rechtliche und moralische Normen gestellt. Und die „totale" Rüstung und Kriegführung schien einen autoritären, wenn nicht sogar totalitären Staat zu fordern, der die Nation einte und militarisierte. Entsprechend schnell arrangierten sich die militärischen Professionals mit dem NS-Staat. In ihm erfüllten sich nicht nur persönliche Karrierewünsche, sondern bis 1941 auch einige innenpolitische und viele außenpolitische Träume. Die schnellen politischen und militärischen Erfolge betäubten das Gewissen und überdeckten die „Schattenseiten", die zahllosen Verstöße gegen Recht und Moral.

Diese verschiedenen Dispositionen, Prägungen und Erfahrungen im bewegten „Zeitalter der Weltkriege" erleichterten es dem nationalsozialistischen Regime, die konservative Elite der höchsten Truppenführer in einem Feldzug zu verwenden, der den gewohnten Rahmen völlig sprengte. Schon die Vorbereitung des „Unternehmen Barbarossa" zeigte, dass sich Hitler in seiner Spekulation auf nahezu bedingungslose Gefolgschaft nicht täuschte (Kapitel II,1). Die Oberbefehlshaber der gewaltigen Streitmacht, die gegen die Sowjetunion aufgeboten wurde, fügten sich nicht nur in die strategischen und operativen Planungen, die teilweise von völlig falschen Voraussetzungen ausgingen und in fahrlässiger Weise gänzlich auf einen „Blitzfeldzug" von wenigen Wochen setzten. Sie nahmen auch gleichmütig und gehorsam die ungeheure Zumutung hin, dass Hitler und seine militärischen Berater das Ostheer in ein verbrecherisches rassenideologisches und koloniales Programm integrierten. Sie schwiegen, als der Diktator sie offen über sein Konzept eines Raub- und Vernichtungskriegs informierte oder informieren ließ, sie schwiegen ebenfalls, als Anordnungen an sie ergingen, die eine entgrenzte Kriegführung und Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion begründeten: die Radikalisierung der militärischen und politischen „Gegnerbekämpfung", die Ermordung der sowjetischen Politoffiziere, die wirtschaftliche Auspressung der besetzten Gebiete, die Unterversorgung der Kriegsgefangenen und großer Teile der Bevölkerung. Die Oberbefehlshaber akzeptierten, dass auf diesem besonderen Kriegsschauplatz von vornherein ein rechtsfreier Raum für die Behandlung der feindlichen Kombattanten und Zivilisten geschaffen wurde. Vielleicht war das Unbehagen darüber verbreiteter als überliefert, allein: Dieses Denken machte sich nicht oder zumindest kaum im Handeln bemerkbar.

Wenn die höchste Truppengeneralität Hitlers Forderung erfüllte, die traditionellen rechtlichen und moralischen Bedenken zur Seite zu stellen, so wurde ihre Haltung gewiss wesentlich von der Hoffnung bestimmt, in einem radikalen, wilden, rücksichtslosen, aber dadurch um so schneller erfolgreichen Feldzug alles auf eine Karte zu setzen und dann nach kurzer Zeit der lästigen Besatzungsaufgaben in diesem fremden, geradezu unheimlichen Land entledigt zu sein. Doch auch als diese Illusion nach spätestens zwei Monaten so gut wie zerstoben war, änderten die Oberbefehlshaber ihre Haltung entweder überhaupt nicht oder nur langsam und nicht nachhaltig genug. Zwar gab es, besonders nach der Winterkrise 1941/42, wiederholt Ansätze und Vorschläge der Oberkommandos, die Kommissare der Roten Armee nicht mehr zu ermorden, die Kriegsgefangenen besser zu versorgen,

die Bevölkerung durch eine positive Besatzungspolitik für die deutsche Seite zu gewinnen, doch alle diese Signale eines gewissen Umdenkens kamen zu spät, waren zu schwach und zeigten kaum Wirkung.

Viel wirkungsmächtiger und richtungweisender war das Verhalten der Oberbefehlshaber in den ersten Feldzugsmonaten, in denen ihre Befehle oder auch ihre stillschweigende Hinnahme entscheidend dazu beitrugen, dass die Rotarmisten entweder erbittert „niedergemacht" oder als Kriegsgefangene schlecht behandelt, die Kommissare erschossen, die wirklichen und vermeintlichen Partisanen gnadenlos und immer häufiger unterschiedslos bekämpft wurden (Kapitel II,3), die Zivilisten als „Verdächtige" oder „zur Sühne" ermordet, als „lästige Nachbarn" oder „potentielle Spione" aus ihren Häusern gejagt und in unwirtliche Reservate getrieben, als Bauern oder Arbeitssklaven ausgebeutet, als „unnütze Esser" in den Städten ihrem Schicksal überlassen wurden (Kapitel II,4), die jüdische Bevölkerung – sie in erster Linie, aber daneben häufig auch Sinti und Roma, Kranke und andere „Minderwertige" – erst selektiv, dann umfassend und schließlich systematisch umgebracht wurde (Kapitel II,5). In den ersten Monaten förderten es diese Generale teils, teils nahmen sie es passiv in Kauf, dass sich Rücksichtslosigkeit und Rechtlosigkeit ein für alle Mal als militärische und politische Doktrin in ihren Operationsgebieten etablierten. Darin liegt ihre größte Verantwortung für die Errichtung eines Terror- und Ausbeutungssystems in den besetzten Ostgebieten, dem letztlich Millionen Menschen zum Opfer fielen. Und nachdem die Weichen so im wahrsten Sinne des Wortes „verheerend" gestellt wurden, hielten die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen bis Mitte 1942 an diesem einmal eingeschlagenen Kurs fest – trotz aller gelegentlichen Nachdenklichkeit und Kritik. Die Menschen in der besetzten Sowjetunion blieben der Willkür eines Militärapparats ausgeliefert, dessen höchste Repräsentanten sich dem politisch-ideologischen Willen des NS-Regimes angepasst hatten.

Von all dem war ausführlich die Rede. Dabei wurden erschreckende Beispiele für die politische, ideologische und moralische Transformation, ja Deformation einer vor dem Angriff auf die Sowjetunion noch relativ „normalen" und wenig belasteten Gruppe von höchsten Truppengeneralen gegeben, während die Gegenbeispiele, die es auch gab, rar sind. Das erste Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges war für die 25 Generale, die das „Sample" dieser Untersuchung bilden, *das* Schicksalsjahr ihrer Karriere, ein Jahr der höchsten Bewährung, Verantwortung und Schuld. An ihrem Verhalten in diesem Feldzug mussten und müssen sie sich messen lassen. Dass sie sich insgesamt ohne großen Widerspruch so weitgehend in einen „rassenideologischen Vernichtungskrieg" einspannen ließen, lag in einem eigenartigen Gemisch aus Ideologie und Kalkül begründet. Eine wesentliche Voraussetzung für ihre Mitwirkung waren jene antikommunistischen, antisemitischen und rassistischen Überzeugungen, die nicht nur die nationalsozialistischen Überzeugungstäter, sondern auch die meisten nationalkonservativen Offiziere prägten. Der Krieg gegen die Sowjetunion brachte sie zur vollen Entfaltung. Entsprechend radikalisierte sich die politisch-ideologische Einstellung. Diese grundlegende Voraussetzung, die eine vergleichbare Kriegführung in Frankreich oder Norwegen wenig wahrscheinlich machte, darf bei aller Betonung der pragmatischen, etwa der wirtschaftlichen Motive von NS- und Kriegsverbrechen nicht aus den Augen verloren werden.

Ein anderer Grund war ein schrankenloser militärischer Utilitarismus, der den Erfolg auf diesem besonderen Kriegsschauplatz um jeden Preis und mit allen Mitteln wollte. Die bisherigen Kriegserfahrungen, die verbreitete Militärdoktrin von der Verdrängung des konventionellen, normierten Waffenkriegs durch den „totalen Krieg", die plumpen Vorurteile über die „östlichen Verhältnisse" sowie der bisherige Siegeszug des NS-Staates und seines skrupellosen „Führers" hatten die Bereitschaft erhöht, das militärische Interesse an einer effizienten Kriegführung über Recht und Herkommen zu stellen. Hitler zerschlug die rechtlichen und moralischen Fesseln des „Totalen Krieges" wie einen gordischen Knoten und gab dem militärischen Nützlichkeitsdenken einen Freibrief. Dieser Freibrief wurde von der höchsten Truppenführung im Osten angenommen. Die teils gleichgültige, teils grausame Behandlung von Kriegsgefangenen und Zivilisten, die unterschiedslose Bekämpfung der Partisanen und sogar die Mordaktionen gegen die Juden wurden häufig als „Kriegsnotwendigkeiten" gerechtfertigt. Jedes Mittel schien erlaubt, die Kampfkraft der Truppe zu bewahren, indem man ihre Bedürfnisse an Verpflegung, Unterkunft und Sicherheit brutal durchsetzte. Rücksichtslose Exekutivmaßnahmen traten an die Stelle von rechtlichen Normen. Der Wandel vom „Normenstaat" zum „Maßnahmenstaat" fand seine Entsprechung im Wandel von der Beachtung des Kriegsvölkerrechts zu den rechtsfreien Zonen des „Totalen Krieges". Die Generalselite an der Ostfront vollzog diesen Wandel mit – ganz gleich ob vor Leningrad oder auf der Krim, ob im Verantwortungsbereich eines konservativen oder eines mit dem Nationalsozialismus sympathisierenden Oberbefehlshabers. „Man fragt sich, ob der Mensch, der einmal vom Zwang der Gesetze, durch welche Ursache es auch sei, befreit ist, nicht viel schlimmer ist, als der, der sie niemals gekannt hat?"

Von den beiden grundlegenden Wandlungen zum Schlechten wollten die wichtigsten Exponenten der Truppenführung nach dem Krieg nur die Transformation im taktisch-operativen Bereich einräumen, zumal man hier leichter die eigentliche Schuld auf Hitler und die militärischen Zentralstellen abschieben konnte. Hans-Georg Reinhardt etwa schrieb noch dreißig Jahre nach den Ereignissen über den operativen Verlauf des Ostfeldzugs[12]: „Ein Rest bleibt für mich offen, dass bei allen Eingriffen Hitlers, die zum Teil neu sind, Gewissen und Verantwortung doch dem Gehorsam hätten vorangestellt werden sollen. Ich selbst gehöre auch zu den betroffenen hohen Führern und kann Ihnen nicht versagen, dass ich mich noch heute frage und darunter leide, ob nicht z.B. auch ich das eine oder andere Mal noch schärfer mich hätte gegen Bevormundung und gegen das tragische ‚Zu spät' hätte einsetzen sollen." Dass die Oberbefehlshaber aber gerade auch gegenüber den schrecklichen Vorgängen hinter der Hauptkampflinie, wo sich eine zerstörerische politisch-ideologische und militärisch-ideologische Radikalität austobte, an „Gewissen und Verantwortung" fehlten, blieb unausgesprochen. Dabei gilt gerade für diese maßgeblichen Exponenten der traditionellen Eliten das, was Andreas Hillgruber mit allgemeinen Phänomenen wie der Radikalisierung militäri-

[12] Reinhardt an Heim, Tegernsee 21. 10. 1962, in: BA-MA, MSg 1/3153. „Voran gilt diese Kritik schon Halder."

scher Gewalt, dem religiösen und moralischen „Substanzverlust" sowie einer „‚Tradition' ohne klaren Wertebezug" begründete[13]: „Ohne aktive Hilfe oder passive Hinnahme von seiten einer relativ großen Gruppe der alten Führungsschicht aber wäre der in den Jahren 1941–1944 in den besetzten sowjetischen Gebieten weitgehend verwirklichte Versuch Hitlers, bisher nur in außereuropäischen Kolonialkriegen geübte Vernichtungspraktiken auf eine Auseinandersetzung zwischen zwei Großmächten zu übertragen, nicht durchführbar gewesen."

Die höchste militärische Elite des deutschen Ostheeres musste in ihrer personellen und institutionellen Struktur nicht verändert werden, um sich für eine radikale Kriegführung und Besatzungsherrschaft einspannen zu lassen. Für das eigentliche Mordwerk an den sowjetischen Juden benötigte Hitler die Brutalität junger Funktionäre, fanatischer Parteisoldaten und neuer Institutionen. Für die Exekution militärischer Macht jenseits rechtlicher und moralischer Schranken genügte aber die konservative Generalität. Die Entgrenzung militärischen und besatzungspolitischen Handelns im Krieg gegen die Sowjetunion wurde erheblich dadurch begünstigt, dass sich die Oberbefehlshaber militärisch-professionell und politisch-ideologisch den Intentionen Hitlers anpassten. Seine Heerführer wandelten sich von kleinen Feldherrn zu funktionalen Befehlsempfängern, von traditionsbewussten Offizieren zu „totalen Kriegern". Es ist erschreckend, wie verhältnismäßig leicht es einem verbrecherischen Regime gelang, konservative Akteure und traditionelle Institutionen auf seine Hegemonie- und Mordpläne auszurichten. Ob sich die Anfälligkeit der Militärelite für autoritäre und radikale Konzepte auf bestimmte Systeme und Zeiten beschränkt, ist ein interessantes wie brisantes Thema künftiger Forschung über das Zeitalter der Gewalt, das längst nicht abgeschlossen zu sein scheint.

[13] Hillgruber, Endlösung, S. 274 f.

Biogramme

Die biographischen Angaben stützen sich auf die Personalunterlagen im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i.Br., besonders auf die Personalakten (Pers 6) und die „Sammlung Krug" (MSg 109), außerdem auf die bisher erschienenen Bände des Handbuchs von Bradley [u.a.] (Hrsg.), Generale, sowie auf verstreute andere Hinweise in den Archivalien und der Literatur.

Die Biogramme umfassen jeweils vier Abschnitte:

- *Persönliche Daten* (Geburt, Tod, Konfession, V = Vater, Beruf des Vaters, M = Mutter, EF = Ehefrau, K = Kinder)
- *Schulbildung*
- *Laufbahn* (Dienstgrade/Ränge [kursiv]: Genannt wird jeweils – tagesgenau – das Ernennungsdatum und nicht die Vor- oder Rückdatierung des Patents bzw. Rangdienstalters. Dienststellungen/Funktionen: Genannt wird in der Regel – für den Untersuchungszeitraum der Studie, Juni 1941 bis Juni 1942, tagesgenau, sonst monatsgenau – der Zeitpunkt des Dienstantritts und nicht das Datum des Erlasses.)
- *Wichtigste Orden und Auszeichnungen* (EK = Eisernes Kreuz)

Generalfeldmarschall Fedor v. Bock bei Kerč auf der Krim, Mai 1942; Bayerische Staatsbibliothek München

1) Fedor von Bock

* 3. 12. 1880 Küstrin, †4. 5. 1945 Oldenburg/Holstein (Tieffliegerangriff); evangelisch.

(V) Moritz, Königlich preußischer Generalmajor, 1873 erblicher Adelsstand; (M) Olga, geb. von Falkenhayn; (EF) I. 1905 Mally, geb. von Reichenbach, II. 1936 Wilhelmine, geb. von Boddien; (K) I. 1906 Ursula.

Vorschulen in Graudenz und Wiesbaden, Gymnasien in Wiesbaden und Charlottenburg, Kadettenanstalt Potsdam, Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde – Selekta, zuletzt Portepée-Unteroffizier.

15. 3. 1898 Eintritt in das Königlich preußische 5. Garde-Regiment zu Fuß (Berlin-Spandau) als *Seconde-Lieutenant*; Juli 1904 Bataillonsadjutant, Januar 1906 Regimentsadjutant; *10. 9. 1908 Oberleutnant*; April 1910 Kommandierung zum Großen Generalstab; *22. 3. 1912 Hauptmann*; Großer Generalstab, Oktober 1913 Generalstab des Gardekorps (Ib, September 1914 Ia); Erster Weltkrieg: Verwendung an der Westfront, Mai 1915 bis September 1915, Oktober 1916 bis März 1917 Ostfront; Mai 1915 Generalstab der 11. Armee, August 1916 Generalstab der 200. Infanterie-Division (Ia); *30. 12. 1916 Major*; März 1917 Generalstab des Gar-

dekorps (Ia), April 1917 Generalstab der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz (Ib, Juli 1917 Ia), Januar 1919 Generalstab des III. Armeekorps bzw. der Heeresfriedenskommission, dann des Gardekorps, Februar 1919 Großer Generalstab, März 1919 Mitglied der militärischen Vertretung bei der deutschen Friedensgesandtschaft, Mai 1919 5. Garde-Regiment zu Fuß, Zuteilung zum Reichswehr-Gruppenkommando 1 (Generalkommando Lüttwitz), Mai 1920 Chef des Stabes des Wehrkreis-Kommandos III (Berlin), Oktober 1920 Chef des Stabes der 3. Division (Berlin); *18. 12. 1920 Oberstleutnant*; April 1924 Kommandeur des II. Bataillons des Infanterie-Regiments 4 (Kolberg); *1. 5. 1925 Oberst*; Februar 1926 Stab des Infanterie-Regiments 4, Juni 1926 Kommandeur des Infanterie-Regiments 4; *1. 2. 1929 Generalmajor*; November 1929 Stab des Gruppenkommandos 1 (Berlin), Dezember 1929 Kommandeur der 1. Kavallerie-Division (Frankfurt/Oder); *1. 2. 1931 Generalleutnant*; Oktober 1931 Kommandeur der 2. Division (Stettin); *1. 3. 1935 General der Infanterie*; April 1935 Befehlshaber der Heeresdienststelle Dresden, Mai 1935 Beauftragung mit der Führung des Gruppenkommandos 3 (Dresden), Oktober 1935 Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 3, März/April 1938 Oberbefehlshaber der 8. Armee beim „Anschluss" Österreichs; *15. 3. 1938 Generaloberst*; November 1938 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe 1 (Berlin), August 1939 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, Oktober 1939 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B; *19. 7. 1940 Generalfeldmarschall*; 22. 6. 1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, 19. 12. 1941 Abberufung, Führerreserve OKH, 16. 1. 1942 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, 15. 7. 1942 Abberufung, Führerreserve OKH „zur Verfügung des Führers".

18. 9. 1914 EK II, 30. 10. 1914 EK I, 25. 10. 1916 Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 1. 4. 1918 Pour le mérite, 30. 9. 1939 Ritterkreuz.

Generaloberst Ernst Busch, August 1941; Bayerische Staatsbibliothek München

2) Ernst Busch

*6. 7. 1885 Steele bei Essen, †17. 7. 1945 Kriegsgefangenenlager Aldershot bei London; katholisch.

(V) Wilhelm, Königlich preußischer Oberleutnant, Direktor eines Militär-Waisenhauses; (M) Clementine, geb. Evens; (EF) 1917 Katharina, geb. Kaiser; (K) 1919 Liselotte, 1926 Ernst Wilhelm.

1891 bis 1895 Volksschule in Steele, 1895 bis 1897 Progymnasium in Steele, 1897 bis 1901 Kadettenanstalt Bensberg, 1901 bis 1904 Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde – Selekta.

10. 3. 1904 Eintritt in das Königlich preußische (1. Westfälische) Infanterie-Regiment 13 (Münster) als *Leutnant*; November 1906 Infanterie-Regiment 57 (Wesel); *16. 6. 1913 Oberleutnant*; Erster Weltkrieg: Verwendung an der Westfront, Mai 1915 und März 1917 Verwundungen; August 1914 Chef der 11. Kompanie des Infanterie-Regiments 56; *27. 1. 1915 Hauptmann*; Juni 1916 Kommandeur des II. Bataillons des Infanterie-Regiments 56, September 1918 Kompaniechef im Infanterie-Regiment 56, Dezember 1918 zugleich Beauftragung mit der Führung des Infanterie-Regiments 56, Januar 1919 Chef der 2. (MG-)Kompanie des Infanterie-Regiments 56, August 1919 MG-Offizier beim Stab der Reichswehr-Brigade 7 (Münster), September 1919 Chef der Kompanie Habermann des Regiments Li-

bau, Mai 1920 Chef der 3. Kompanie des Reichswehr-Schützen-Regiments 13, Oktober 1920 Kompaniechef im Infanterie-Regiment 18 (Münster), August 1921 Stab der 6. Division (Hannover), Oktober 1924 Gruppenkommando 1 (Berlin); *1. 4. 1925 Major*; Oktober 1925 Reichswehrministerium (In 6: Inspektion der Verkehrstruppen), Oktober 1928 Stab der 2. Division (Stettin); *1. 2. 1930 Oberstleutnant*; März 1930 Kommandeur des III. Bataillons des Infanterie-Regiments 9 (Potsdam), Januar 1932 Regimentskommandeur; *1. 12. 1932 Oberst*; *1. 9. 1935 Generalmajor*; Oktober 1935 Kommandeur der 23. Infanterie-Division (Potsdam); *1. 10. 1937 Generalleutnant*; *10. 2. 1938 General der Infanterie*; März 1938 Kommandierender General des VIII. Armeekorps (Breslau), Oktober 1939 Oberbefehlshaber der 16. Armee; *19. 7. 1940 Generaloberst*; *1. 2. 1943 Generalfeldmarschall*; November 1943 Führerreserve OKH und zugleich Beauftragung mit der stellvertretenden Führung der Heeresgruppe Mitte, Januar 1944 Beauftragung mit der Führung der Heeresgruppe Mitte, Mai 1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Juni 1944 Beurlaubung, August 1944 Führerreserve OKH, März 1945 Oberbefehlshaber des Führungsstabs Nordküste, ebenfalls März 1945 Oberbefehlshaber Nordwest, Mai 1945 Oberbefehlshaber Nord, dann britische Kriegsgefangenschaft.

20. 9. 1914 EK II, 6. 3. 1915 EK I, 14. 6. 1917 Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 4. 10. 1918 Pour le mérite, 26. 5. 1940 Ritterkreuz, 21. 8. 1943 Eichenlaub.

General Eduard Dietl in der lappländischen Tundra, Juli 1941; Bundesarchiv

3) Eduard Dietl

*21. 7. 1890 Bad Aibling, †23. 6. 1944 bei Hartberg/Steiermark (Flugzeugabsturz); evangelisch.

(V) Eduard, Königlich bayerischer Rentamtmann; (M) Lina, geb. Holzhausen; (EF) Gerda-Luise, geb. Haenicke; (K) 1927 Gertrud, 1928 Gunta Klara Augusta, 1931 Elsa Babette, 1936 Walther Karl Eduard.

1896 bis 1900 Volksschule in Bad Aibling, 1900 bis 1909 Gymnasium in Rosenheim – Abitur.

1. 10. 1909 Eintritt in das Königlich bayerische 5. Infanterie-Regiment (Bamberg) als *Fahnenjunker*; *29. 1. 1910 Fahnenjunker-Gefreiter; 11. 3. 1910 Fahnenjunker-Unteroffizier; 4. 5. 1910 Fähnrich*; Oktober 1910 bis August 1911 Kommandierung zur Kriegsschule München; *26. 10. 1911 Leutnant*; Oktober 1911 Zugführer in der MG-Kompanie des 5. Infanterie-Regiments, August 1914 Adjutant des I. Bataillons des 5. Infanterie-Regiments; Erster Weltkrieg: Verwendung an der Westfront, Oktober 1914 und Oktober 1918 Verwundungen; Januar 1915 Ersatz-Bataillon des 1. bayerischen Infanterie-Regiments, März 1915 Ersatz-Bataillon des 5. Infanterie-Regiments, dann als Adjutant des I. Bataillons im Feld; *9. 7. 1915 Oberleutnant*; November 1916 Kommandierung zur 7. bayerischen Infanterie-

Brigade als 2. Adjutant, Oktober 1917 Adjutant des 5. Infanterie-Regiments, Dezember 1917 Adjutant der 7. Infanterie-Brigade, Februar 1919 zurückversetzt in das 5. Infanterie-Regiment, April 1919 Reichswehr-Schützen-Regiment 41 (Freikorps Epp, München); *19. 8. 1919 Hauptmann;* September 1920 Chef der 1. Kompanie des Infanterie-Regiments 19 (München), April 1924 Infanterie-Schule (München), Oktober 1924 bis März 1925 und Oktober 1925 bis März 1926 Kommandierung zum Infanterie-Regiment 19, Oktober 1928 Stab des III. Bataillons des Infanterie-Regiments 19; *1. 2. 1930 Major*; Februar 1931 Kommandeur des III. Bataillons des Infanterie-Regiments 19; *1. 2. 1933 Oberstleutnant*; April 1934 Stab des Infanterie-Regiments 19, November 1934 Kommandeur des Infanterie-Regiments 20 (Regensburg); *1. 1. 1935 Oberst*; Oktober 1935 Kommandeur des Gebirgsjäger-Regiments 99 (Füssen); *1. 4. 1938 Generalmajor*; Mai 1938 Kommandeur der 3. Gebirgs-Division (Graz); *1. 4. 1940 Generalleutnant*; April 1940 Kommandeur der Gruppe Narvik; Juni 1940 Kommandierender General des Gebirgskorps Norwegen; *19. 7. 1940 General der Infanterie* (später General der Gebirgstruppe); 15. 1. 1942 Oberbefehlshaber der Armee Lappland; *1. 6. 1942 Generaloberst*; 20. 6. 1942 Oberbefehlshaber der 20. Gebirgsarmee.

16. 9. 1914 EK II, 3. 9. 1916 EK I, 9. 5. 1940 Ritterkreuz, 19. 7. 1940 Eichenlaub, 1. 7. 1944 Schwerter.

Generaloberst Nikolaus v. Falkenhorst mit finnischen Krankenschwestern, Sommer 1941; Bundesarchiv

4) Nikolaus von Falkenhorst

(bis 1911 Nikolaus von Jastrzembski)

*17. 1. 1885 Breslau, †18. 6. 1968 Holzminden; evangelisch.

(V) Louis, Königlich preußischer Oberstleutnant; (M) Elisabeth, geb. von Werder; (EF) 1908 Margarethe, geb. Ulrich; (K) 1909 Harriet, 1914 Gisela.

1891 bis 1897 Vorschule und Gymnasium in Liegnitz, 1897 bis 1900 Kadettenhaus Wahlstatt, 1900 bis 1903 Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde – Abitur.

22. 3. 1903 Eintritt in das Königlich preußische (2. Westpreußische) Grenadier-Regiment Nr. 7 „König Wilhelm I." (Liegnitz) als *Fähnrich*; Juli 1903 bis März 1904 Kommandierung zur Kriegsschule Potsdam; *24. 4. 1904 Leutnant*; Februar 1911 Adjutant des Füsilier-Bataillons des Grenadier-Regiments 7; *18. 4. 1913 Oberleutnant*; Februar 1914 Stab des Grenadier-Regiments 7 (Gerichtsoffizier); Erster Weltkrieg: Verwendung an der Westfront, August 1914 bis Juni 1917, Juli 1917 bis Februar 1918 Ostfront, April bis Dezember 1918 Finnland; August 1914 Chef der 5. Kompanie des Grenadier-Regiments 7, Dezember 1914 Adjutant der 18. Infanterie-Brigade; *24. 12. 1914 Hauptmann*; Dezember 1916 Generalstab der Armeeabteilung v. Strantz, März 1917 Generalstab der 2. Division, Oktober 1917 Generalstab der Armee, November 1917 Generalstab der 12. Landwehr-Division,

Juni 1918 Generalstab des deutschen Generals in Finnland (Ia), Dezember 1918 bis Januar 1920 Grenzschutz in Schlesien, Juni 1919 Stab der Reichswehr-Brigade 29, Februar 1920 Stab der Reichswehr-Brigade 6 (Liegnitz), Oktober 1920 Stab des II. Bataillons des Infanterie-Regiments 8 (Liegnitz), März 1922 Reichswehrministerium (T 1: Heeres-Abteilung); *1. 2. 1925 Major*; Februar 1928 Kommandeur des I. Bataillons des Infanterie-Regiments 1 (Königsberg); *1. 1. 1930 Oberstleutnant*; Oktober 1930 Stab der 4. Division (Ia; Dresden), Oktober 1931 Chef des Stabes der 4. Division; *1. 10. 1932 Oberst*; März 1933 Stab des Infanterie-Führers V (Stuttgart), April 1933 Militärattaché bei den Gesandtschaften in Prag, Belgrad und Bukarest mit Sitz in Prag, April 1935 Chef des Stabes der Heeresdienststelle Dresden; *1. 8. 1935 Generalmajor*; Oktober 1935 Chef des Generalstabs des Gruppenkommandos 3 (Dresden), Oktober 1936 Kommandeur der 32. Infanterie-Division (Köslin/Pommern); *1. 8. 1937 Generalleutnant*; August 1939 Kommandierender General des XXI. Armeekorps; *1. 10. 1939 General der Infanterie*; April 1940 Oberbefehlshaber der Armeegruppe XXI und der Operationen gegen Dänemark und Norwegen; *19. 7. 1940 Generaloberst*; 19. 12. 1940 Oberbefehlshaber der Armee Norwegen, 19. 6. 1941 bis 31. 12. 1941 zugleich Oberbefehlshaber in Nordfinnland, 1. 1. 1942 zugleich Wehrmachtsbefehlshaber Norwegen, Januar 1945 Führerreserve OKH, Mai 1945 britische Kriegsgefangenschaft, August 1946 Verurteilung zum Tode durch ein britisches Militärgericht, November 1946 Begnadigung zu 20 Jahren Haft, Juli 1953 vorzeitige Haftentlassung.

16. 9. 1914 EK II, 27. 6. 1915 EK I, 30. 4. 1940 Ritterkreuz.

Generaloberst Heinz Guderian auf dem Gefechtsstand eines Panzerregiments, August 1941; Bundesarchiv

5) Heinz Guderian

* 17. 6. 1888 Kulm/Westpreußen, † 14. 5. 1954 Schwangau/Allgäu; evangelisch.

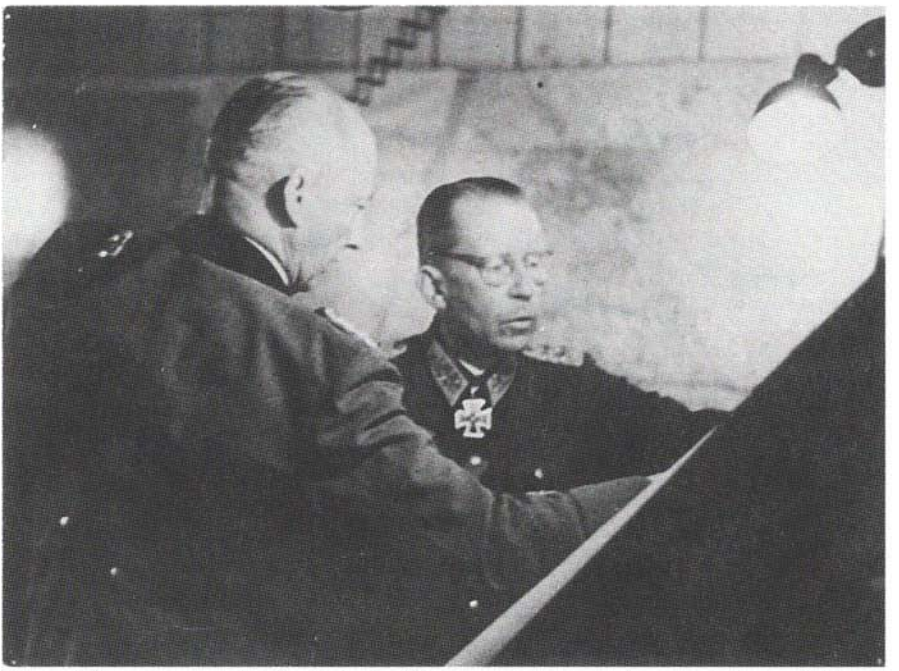
(V) Friedrich, Königlich preußischer Generalleutnant; (M) Klara, geb. Kirchhoff; (EF) 1913 Margarete, geb. Goerne; (K) 1914 Heinz, 1918 Kurt.

1894 bis 1897 Vorschule, 1897 bis 1901 Gymnasium in Colmar, 1901 bis 1903 Kadettenhaus Karlsruhe, 1903 bis 1907 Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde – Abitur.

Eintritt in das Königlich preußische (Hannoversche) Jäger-Bataillon 10 (Bitsch/Elsaß, Goslar) als *Fähnrich*; *27. 1. 1908 Leutnant*; Oktober 1912 bis September 1913 Kommandierung zum Telegraphen-Bataillon 3 (Koblenz), Oktober 1913 Kommandierung zur Kriegsakademie (Berlin); Erster Weltkrieg: Verwendung an der Westfront; August 1914 Führer der Schweren Funkenstation 3 der 5. Kavallerie-Division, Oktober 1914 Führer der Schweren Funkenstation 14 der 4. Armee; *8. 11. 1914 Oberleutnant*; Mai 1915 Geheimer Nachrichtendienst beim Armee-Oberkommando 4 (Hilfsoffizier); *18. 12. 1915 Hauptmann*; Januar 1916 Geheimer Nachrichtendienst beim Armee-Oberkommando 5 (Hilfsoffizier), Juli 1916 Armee-Oberkommando 4 (Nachrichtenoffizier), April 1917 Generalstab der 4. Infanterie-Division (Ib), ebenfalls April 1917 Armee-Oberkommando 1, August

1917 Generalstab der 4. Infanterie-Division, Oktober 1917 Generalstab der Armee-Abteilung C (Ia), Januar bis Februar 1918 Kommandierung zum Generalstabs-Lehrgang in Sedan, Februar 1918 Generalstab der Armee, Mai 1918 Generalstab des XXXVIII. Reservekorps (Quartiermeister), September 1918 Generalstab der Deutschen Vertretung im besetzten Italien (Ia), November 1918 Stellvertretendes Generalkommando des X. Armeekorps, ebenfalls November 1918 Stellvertretendes Generalkommando des I. Armeekorps z.b.V., Kommandierung zum Kommando Heimatschutz Ost, Dezember 1918 Kriegsministerium, Zentralstelle Grenzschutz Ost, Januar 1919 Oberkommando Grenzschutz Süd, März 1919 Oberkommando Grenzschutz Nord z.b.V., Mai 1919 Kommandierung zum Stab der „Eisernen Division" (Ib, zeitweilig auch Ia), August 1919 Oberkommando Grenzschutz Nord, Oktober 1919 Kommandierung zur Reichswehr-Brigade 10 (Hannover), Januar 1920 Chef der 3. Kompanie des Jäger-Bataillons 10 (Goslar), Mai 1920 Chef der 11. Kompanie des Infanterie-Regiments 20 bzw. (seit September 1920) 17 (Braunschweig), Januar 1922 Kommandierung zur Kraftfahrabteilung 7 (München), März 1922 Gruppenkommando 1 (Berlin), April 1922 Reichswehrministerium (In 6 K: Inspektion der Kraftfahrtruppen), Oktober 1924 Generalstab der 2. Division (Stettin); *1. 2. 1927 Major*; Oktober 1927 Reichswehrministerium (T 1: Heeres-Abteilung), Februar 1930 Kommandeur der Kraftfahrabteilung 3 (Berlin-Lankwitz); *1. 2. 1931 Oberstleutnant*; Oktober 1931 Chef des Stabes der Inspektion der Kraftfahrtruppen (In 6) im Reichswehrministerium; *1. 10. 1933 Oberst*; Oktober 1934 Chef des Stabes des Kommandos der Kraftfahrtruppen, Oktober 1935 Kommandeur der 2. Panzer-Division (Würzburg); *1. 8. 1936 Generalmajor*; Februar 1938 Kommandierender General des Kommandos der Panzertruppen; *10. 2. 1938 Generalleutnant*; April 1938 Kommandierender General des XVI. Armeekorps (mot.) (Berlin), November 1938 Chef der Schnellen Truppen; *23. 11. 1938 General der Panzertruppe*; August 1939 Kommandierender General des XIX. Armeekorps (mot.) (Berlin), Juni 1940 Befehlshaber der Panzergruppe Guderian, Juli 1940 Kommandierender General des XIX. Armeekorps (mot.); *19. 07. 1940 Generaloberst;* November 1940 Befehlshaber der Panzergruppe 2, 5. 10. 1941 Oberbefehlshaber der 2. Panzerarmee, 26. 12. 1941 Abberufung, 11. 1. 1942 Führerreserve OKH, April 1943 Generalinspekteur der Panzertruppen, Juli 1944 zugleich Beauftragung mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Chefs des Generalstabs des Heeres, März 1945 Beurlaubung, Mai 1945 Stab der Generalinspektion der Panzertruppen, Mai 1945 bis Juli 1948 amerikanische Kriegsgefangenschaft.

17. 9. 1914 EK II, 18. 11. 1916 EK I, 27. 10. 1939 Ritterkreuz, 17. 10. 1941 Eichenlaub.



Generaloberst Gotthard Heinrici (rechts) bei einer Lagebesprechung mit Generalfeldmarschall Günther v. Kluge, September 1943; Bundesarchiv

6) Gotthard Heinrici

* 25. 12. 1886 Gumbinnen/Ostpreußen, †10. 12. 1971 Karlsruhe; evangelisch.

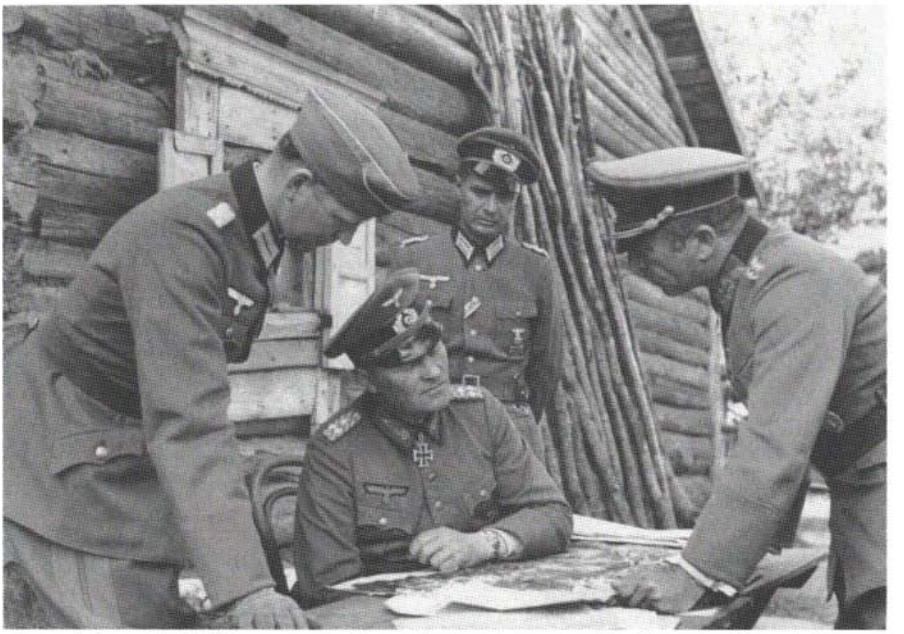
(V) Paul, Superintendent in Königsberg; (M) Gisela, geb. von Rauchhaupt; (EF) 1920 Gertrud, geb. Strupp; (K) 1921 Hartmut, 1926 Gisela.

Privatunterricht, 1897 bis 1905 Friedrichs-Gymnasium in Gumbinnen – Abitur.

8. 3. 1905 Eintritt in das Königlich preußische (6. Thüringische) Infanterie-Regiment 95 (Gotha/Hildburghausen/Coburg) als *Fahnenjunker; 19. 7. 1905 Fahnenjunker-Unteroffizier; 19. 12. 1905 Fähnrich*; 1905/06 Kommandierung zur Kriegsschule Hannover; *18. 8. 1906 Leutnant;* Mai 1910 Adjutant des II. Bataillons des Infanterie-Regiments 95 (Hildburghausen); *17. 2. 1914 Oberleutnant;* Erster Weltkrieg: August 1914 bis Oktober 1916 Ostfront, September 1916 bis März 1917 Westfront, September 1916 bis März 1917 Ostfront, Oktober 1917 bis November 1918 Westfront; November 1914 Regimentsadjutant, 1915 Kompaniechef und zeitweilig auch Kommandeur des II. Bataillons; *18. 6. 1915 Hauptmann*; Mai 1916 Adjutant der 83. Infanterie-Brigade, August 1916 Generalstab des XXIV. Reservekorps, Dezember 1916 Generalstab der 115. Infanterie-Division, März

1917 Generalstab der Armee, dann Generalstab der Etappen-Inspektion 15, September 1917 Kommandierung zum Generalstabs-Lehrgang in Sedan, Oktober 1917 Generalstab des VII. Armeekorps z.b.V. (Ib), Dezember 1917 Oberkommando der Armee-Abteilung B z.b.V. (beim VIII. Armeekorps), Februar 1918 Generalstab der 203. Infanterie-Division (Ia), Januar 1919 Infanterie-Regiment 95, Februar 1919 Generalstab des I. Armeekorps (Ia; Königsberg), Oktober 1919 Stab des Wehrkreis-Kommandos I (Königsberg), Oktober 1920 Taktiklehrer beim Stab der 1. Division (Königsberg), September 1924 Chef der 14. Kompanie des Infanterie-Regiments 13 (Schwäbisch Gmünd); *1. 2. 1926 Major*; Oktober 1927 Reichswehrministerium (T 2: Heeres-Organisations-Abteilung); *1. 8. 1930 Oberstleutnant*; Oktober 1930 Infanterie-Regiment 3 (Osterode), November 1930 Kommandeur des III. Bataillons des Infanterie-Regiments 3, Oktober 1932 Gruppenkommando 1 (Ia; Berlin), März 1933 Chef der Allgemeinen Abteilung des Wehramts im Reichswehrministerium; *1. 3. 1933 Oberst; 1. 1. 1936 Generalmajor*; Juni 1937 Chef der Gruppe Ersatz- und Heerwesen des Allgemeines Heeresamts im Reichskriegsministerium; Oktober 1937 Kommandeur der 16. Infanterie-Division (Münster); *1. 3. 1938 Generalleutnant*; Februar 1940 Führerreserve OKH, zugleich für wenige Tage Beauftragung mit der Führung des VII. Armeekorps, April 1940 Beauftragung mit der Führung des XII. Armeekorps; *1. 6. 1940 General der Infanterie*; 18. 6. 1940 Kommandierender General des XXXXIII. Armeekorps, 20. 1. 1942 Oberbefehlshaber der 4. Armee (Übernahme: 21. 1. 1942); *30. 1. 1943 Generaloberst*; August 1944 Oberbefehlshaber der 1. Panzerarmee, März bis April 1945 Beauftragung mit der Führung der Heeresgruppe Weichsel, April 1945 Führerreserve OKH, Mai 1945 bis Mai 1948 britische Kriegsgefangenschaft.

27. 9. 1914 EK II, 24. 7. 1915 EK I, 9. 8. 1918 Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 18. 9. 1941 Ritterkreuz, 24. 12. 1943 Eichenlaub, 3. 3. 1945 Schwerter.



Generaloberst Erich Hoepner mit Generalmajor Franz Landgraf vor Leningrad, Sommer 1941; Bundesarchiv

7) Erich Hoepner

* 14. 9. 1886 Frankfurt/Oder, † 8. 8. 1944 Berlin-Plötzensee (hingerichtet); evangelisch.

(V) Kurt, Königlich preußischer Militärarzt (Geheimer Sanitätsrat), dann praktischer Arzt; (M) Elisabeth, geb. Kienast; (EF) 1910 Irma, geb. Gebauer; (K) 1913 Joachim, 1917 Ingrid.

Kaiserin-Auguste-Viktoria-Gymnasium in Charlottenburg – 1905 Abitur.

10. 3. 1905 Eintritt in das Königlich preußische (Schleswig-Holsteinische) Dragoner-Regiment 13 (Metz) als *Fahnenjunker; 18. 11. 1905 Fähnrich; 18. 8. 1906 Leutnant*; 1911 bis 1913 Regimentsadjutant, Oktober 1913 Kommandierung zur Kriegsakademie (Berlin); *17. 2. 1914 Oberleutnant*; Erster Weltkrieg: Verwendung an der Westfront; August 1914 Generalstab des XVI. Armeekorps (Ordonnanzoffizier beim Ia); *18. 6. 1915 Rittmeister*; Oktober 1915 Generalstab des XVI. Armeekorps, Mai 1916 Chef der 4. Kompanie des Infanterie-Regiments 144, 1916 Generalstab der 1. Armee, 1917 Generalstab der 7. Armee, Frühsommer 1918 Generalstab der 105. Infanterie-Division (Ia), Januar 1919 Generalstab der 36. Infanterie-Division (Grenzschutz Ost), Mai 1919 Stab der Reichswehr-Brigade 17, Mai

1920 Chef der 3. Eskadron des Reichswehr-Reiter-Regiments 2 (Allenstein), Oktober 1921 Reichswehrministerium (Inspektion der Kavallerie), April 1923 Stab der 1. Kavallerie-Division (Ia; Frankfurt/Oder); *1. 2. 1926 Major*; Oktober 1927 Stab der 1. Division (Ia; Königsberg); *1. 4. 1930 Oberstleutnant*; April 1930 Kommandeur des I. Bataillons des Infanterie-Regiments 17 (Braunschweig), Herbst 1932 Kommandeur des Reiter-Regiments 4 (Potsdam); *1. 2. 1933 Oberst*; Februar 1933 Chef des Stabes der 1. Division (Königsberg), Oktober 1934 Chef des Generalstabs des I. Armeekorps (Königsberg), Oktober 1935 Chef des Generalstabs des Gruppenkommandos 1 (Berlin); *1. 1. 1936 Generalmajor*; Oktober 1937 Kommandeur der 1. leichten Brigade, Oktober 1938 Kommandeur der 1. leichten Division (Wuppertal); *30. 1. 1938 Generalleutnant*; November 1938 Kommandierender General des XVI. Armeekorps (mot.) (Berlin); *20. 4. 1939 General der Kavallerie; 19. 7. 1940 Generaloberst*; Februar 1941 Befehlshaber der Panzergruppe 4, 1. 1. 1942 Oberbefehlshaber der 4. Panzerarmee, 8. 1. 1942 Enthebung von seinem Kommando (Übergabe: 9. 1. 1942), Ausstoßung aus der Wehrmacht, dann Verabschiedung zum 30. 6. 1942, 20. 7. 1944 Verhaftung wegen Beteiligung am Staatsstreich gegen Hitler, 7. 8. 1944 Verurteilung durch den Volksgerichtshof zum Tode.

EK II, EK I, Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 27. 10. 39 Ritterkreuz.

Generaloberst Hermann Hoth (rechts) im Gespräch mit Generaloberst Heinz Guderian, Sommer 1941; Bundesarchiv

8) Hermann Hoth

* 12. 4. 1885 Neu-Ruppin, †25. 1. 1971 Goslar; evangelisch.

(V) Hermann, Königlich preußischer Oberstabsarzt; (M) Margarethe, geb. Hübener; (EF) 1918 Lola, geb. Schubering; (K) 1913 Hans Joachim, 1923 Hermann.

Privatunterricht, 1894 bis 1896 Gymnasium in Demmin, Kadettenhaus Potsdam, 1900 bis 1904 Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde – Abitur.

27. 2. 1904 Eintritt in das Königlich preußische (4. Thüringische) Infanterie-Regiment 72 (Torgau/Eilenburg) als *Fähnrich*; April bis Dezember 1904 Kommandierung zur Kriegsschule Danzig; *27. 1. 1905 Leutnant*; 1907 Adjutant des II. Bataillons des Infanterie-Regiments 72, Oktober 1910 bis Juli 1913 Kommandierung zur Kriegsakademie (Berlin); *19. 6. 1912 Oberleutnant*; Juli bis September 1913 Kommandierung zum Fußartillerie-Regiment 3 (Mainz), Oktober 1913 Adjutant des Infanterie-Regiments 72, April 1914 Kommandierung zum Großen Generalstab; Erster Weltkrieg: August 1914 bis Mai 1916 Ostfront, Juni 1916 bis November 1918 Westfront; August 1914 Stellvertretender Generalstab der Armee, zu-

gleich Generalstab der 8. Armee; *8. 11. 1914 Hauptmann*; Dezember 1914 zugleich Generalstab der Armee, Februar 1915 Generalstab der 10. Armee (Ic), September 1915 Generalstab des XVII. Reservekorps, März 1916 Kommandierung als Bataillonskommandeur zum Infanterie-Regiment 342, Mai 1916 Kommandierung zum Feldflugchef (Versuchs- und Übungsflugpark 1, West Tergnion), Juni 1916 Führer der Flieger-Ausbildungs-Abteilung 49 beim Generalstab des Kommandierenden Generals der Luftstreitkräfte, August 1916 Kommandierung zum Armee-Oberkommando 3, Oktober 1916 Stab des Kommandierenden Generals der Luftstreitkräfte, August 1918 Generalstab der 30. Infanterie-Division (Ia), August 1919 Chef der 14. Kompanie der V. Abteilung des Landesjäger-Korps, Dezember 1919 Kommandierung zur Befehlsstelle des VI. Armeekorps als Generalstabsoffizier, März 1920 Kompaniechef im Reichswehr-Infanterie-Regiment 32 (Halle), Oktober 1920 Kompaniechef im Infanterie-Regiment 18 (Paderborn), Dezember 1920 Reichswehrministerium (T 2: Heeres-Organisations-Abteilung), Oktober 1923 Stab des Infanterie-Führers II (Ia; Stettin); *11. 1. 1924 Major*; Mai 1925 Kommandierung zum Reichswehrministerium (T 2), Oktober 1925 Reichswehrministerium (T 4: Heeres-Ausbildungs-Abteilung), Januar 1929 Kommandeur des I. Bataillons des Infanterie-Regiments 4 (Stargard/Pommern); *1. 2. 1929 Oberstleutnant*; November 1930 Stab des Gruppenkommandos 1 (Ia; Berlin); *1. 2. 1932 Oberst*; Oktober 1932 Kommandeur des Infanterie-Regiments 17 (Braunschweig), August 1933 Infanterie-Regiment 6 (Lübeck), Oktober 1933 Wehrgauleitung Lübeck, Februar 1934 Kommandant von Lübeck; *1. 10. 1934 Generalmajor*; Oktober 1934 Infanterie-Führer III (Liegnitz), Oktober 1935 Kommandeur der 18. Division (Liegnitz); *2. 10. 1936 Generalleutnant*; November 1938 Kommandierender General des XV. Armeekorps (mot.) (Jena); *10. 11. 1938 General der Infanterie; 19. 7. 1940 Generaloberst*; November 1940 Befehlshaber der Panzergruppe 3, 5. 10. 1941 Oberbefehlshaber der 17. Armee (Übernahme: 10. 10. 1941), 15. 5. 1942 Oberbefehlshaber der 4. Panzerarmee, November 1943 Beurlaubung, Dezember 1943 Führerreserve OKH, April 1945 Befehlshaber Saale, dann Befehlshaber Erzgebirge unter Armee-Oberkommando 7, Mai 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft, Oktober 1948 Verurteilung zu 15 Jahren Haft durch das amerikanische Militärtribunal in Nürnberg (Fall 12), April 1954 vorzeitige Haftentlassung.

20. 9. 1914 EK II, 2. 8. 1915 EK I, 16. 8. 1918 Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 27. 10. 1939 Ritterkreuz, 17. 7. 1941 Eichenlaub, 15. 9. 1943 Schwerter.

Generaloberst Ewald v. Kleist (links) bei der Besichtigung eines eroberten Eisen- und Hüttenwerks in der Ukraine, November 1941; Bundesarchiv

9) Ewald von Kleist

* 8. 8. 1881 Braunfels/Lahn; † 16. 10. 1952 Lager Vladimirovka (UdSSR); evangelisch.

(V) Hugo, Königlich preußischer Geheimer Studienrat, Gymnasialdirektor; (M) Elisabeth, geb. Gley; (EF) 1910 Gisela, geb. Wachtel; (K) 1917 Ewald, 1921 Heinrich.

1888 bis 1899 Vorschule und Gymnasium in Leer, 1899/1900 Gymnasium in Aurich – Abitur.

13. 3. 1900 Eintritt in das Königlich preußische (1. Brandenburgische) Feldartillerie-Regiment Nr. 3 „General-Feldzeugmeister" (Brandenburg/Havel) als *Fahnenjunker*; *18. 10. 1900 Fähnrich; 18. 8. 1901 Leutnant*; Januar 1904 Adjutant und Gerichtsoffizier der Reitenden Abteilung, Oktober 1909 bis September 1910 Kommandierung zum Militärischen Reitinstitut; *27. 1. 1910 Oberleutnant*; Oktober 1910 bis Juli 1913 Kommandierung zur Kriegsakademie (Berlin), Dezember 1911 Husarenregiment 14 (Kassel); *22. 3. 1914 Rittmeister*; März 1914 Stab des

Leibhusaren-Regiments 1 (Danzig) und Chef der 3. Eskadron; Erster Weltkrieg: Verwendung an der Ostfront; August 1914 Chef der Ersatz-Eskadron des Husaren-Regiments 1, Oktober 1915 Kommandierung zur 85. Landwehr-Division (Vertretung des Ia), Dezember 1915 Kommandierung zur 86. Infanterie-Division (Vertretung des Ia), Januar 1916 Adjutant der 171. Infanterie-Brigade, ebenfalls Januar 1916 Kavallerie-Regiment 85, Februar 1916 Kommandierung zur 85. Landwehr-Division (Vertretung des Ia), März 1916 Kommandierung zum XVII. Reservekorps (Vertretung eines Generalstabsoffiziers), April 1916 Kommandierung zur 85. Landwehr-Division (Vertretung des Ia bzw. des 1. Adjutanten), Juli 1916 Kommandierung zur 86. Infanterie-Division (Vertretung des Ia), August 1916 Kavallerie-Regiment 85, Oktober 1916 Generalstab des XVII. Reservekorps (Ordonnanzoffizier), März 1917 zugleich Hauptmann im Generalstab der Armee, August 1917 Generalstab der Garde-Kavallerie-Division (Ia), April 1918 Generalstab der 225. Infanterie-Division (Ia), September 1918 Generalstab des VII. Armeekorps (Ia), Mai 1919 Stab der Reichswehr-Brigade 7 (Ia; Münster), Juni 1920 Stab des Infanterie-Führers 10 (Ia; Hannover), Oktober 1921 Generalstab des Infanterie-Führers VI (Ia; Münster); *1. 2. 1922 Major*; April 1922 Eskadron-Chef im Reiter-Regiment 13 (Hannover), Oktober 1923 Kommandierung zur Kavallerie-Schule (Hannover), Januar 1924 Generalstabsoffizier und Taktiklehrer an der Kavallerie-Schule; *1. 12. 1926 Oberstleutnant*; März 1928 Kommandierung zum Stab der 2. Kavallerie-Division (Breslau), April 1928 Chef des Stabes der 2. Kavallerie-Division, Juli 1929 Chef des Stabes der 3. Division (Berlin); *1. 10. 1929 Oberst*; Februar 1931 Kommandeur des 9. Infanterie-Regiments (Potsdam), *27. 11. 1931 Charakter als Generalmajor;* November 1931 2. Kavallerie-Division (Breslau), Januar 1932 Kommandeur der 2. Kavallerie-Division; *1. 10. 1932 Generalmajor*; *1. 10. 1933 Generalleutnant*; Oktober 1933 Befehlshaber des Wehrgaus Breslau, November 1934 Befehlshaber der Heeresdienststelle Breslau, Juni 1935 Kommandierender General des VIII. Armeekorps und Befehlshaber im Wehrkreis VIII (Breslau); *2. 8. 1936 General der Kavallerie*; Februar 1938 Verabschiedung, Juli 1938 zur Verfügung des Heeres, August 1939 Kommandierender General des XXII. Armeekorps (mot.); *19. 7. 1940 Generaloberst*; November 1940 Befehlshaber der Panzergruppe 1, 25. 10. 1941 Oberbefehlshaber der 1. Panzerarmee, November 1942 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe A; *30. 1. 1943 Generalfeldmarschall*; März 1944 Abberufung, Führerreserve OKH, April 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft, September 1946 Auslieferung an Jugoslawien, August 1948 Verurteilung zu 15 Jahren Zwangsarbeit, März 1949 Auslieferung an die UdSSR, Verurteilung zu lebenslanger Haft.

4. 10. 1914 EK II, 27. 1. 1915 EK I, 15. 5. 1940 Ritterkreuz, 17. 2. 1942 Eichenlaub, 30. 3. 1944 Schwerter.

Generalfeldmarschall Günther v. Kluge (sitzend) mit Generaloberst Heinz Guderian, August 1941; Bayerische Staatsbibliothek München

10) Günther von Kluge

* 30. 10. 1882 Posen, † 19. 8. 1944 bei Metz (Freitod); evangelisch.

(V) Max, Königlich preußischer Generalleutnant, 1913 erblicher Adelsstand; (M) Elise, geb. Kühn-Schuhmann; (EF) 1907 Mathilde, geb. Briesen; (K) 1909 Esther, 1910 Günther, 1917 Marie.

Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde – Selekta.

22. 3. 1901 Eintritt in das Königlich Preußische (Niedersächsische) Feldartillerie-Regiment 46 (Wolfenbüttel) als *Leutnant*; Adjutant der II. Abteilung des Feldartillerie-Regiments 46, Oktober 1908 bis Juli 1911 Kommandierung zur Kriegsakademie (Berlin); *16. 6. 1910 Oberleutnant*; April 1913 Kommandierung zum Großen Generalstab; *2. 8. 1914 Hauptmann*; Erster Weltkrieg: Verwendung an der Ostfront, in Italien und an der Westfront, Oktober 1918 schwere Verwundung; August 1914 Generalstab des XXI. Armeekorps, November 1915 Bataillonskommandeur, April 1916 Generalstab der Küstenverteidigung, Oktober 1916 Generalstab der 89. Infanterie-Division, Januar 1918 Generalstab des Alpenkorps, Frühjahr 1918 Generalstab der 236. Infanterie-Division (Ia), Oktober 1919 Heeres-Friedenskommission, Oktober 1921 Stab der 3. Division (Berlin); *1. 4. 1923*

Major; Oktober 1923 Reichswehrministerium (T 4: Heeres-Ausbildungs-Abteilung), 1. 8. 1926 Kommandeur der V. (reitenden) Abteilung des Artillerie-Regiments 3 (Sagan); *1. 7. 1927 Oberstleutnant*; 1. 11. 1928 Chef des Stabes der 1. Kavallerie-Division (Frankfurt/Oder); *1. 2. 1930 Oberst*; März 1930 Kommandeur des Artillerie-Regiments 2 (Schwerin), Oktober 1931 Artillerie-Führer III (Berlin); *1. 2. 1933 Generalmajor*; Oktober 1933 Inspekteur der Nachrichtentruppen (In 7) im Reichswehrministerium; *1. 4. 1934 Generalleutnant;* Oktober 1934 Kommandeur der 6. Division und Befehlshaber im Wehrkreis VI (Münster), April 1935 Kommandierender General des VI. Armeekorps und Befehlshaber im Wehrkreis VI (Münster); *1. 8. 1936 General der Artillerie*; November 1938 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe 6 (Hannover), August 1939 Oberbefehlshaber der 4. Armee; *1. 10. 1939 Generaloberst; 19. 7. 1940 Generalfeldmarschall*; 19. 12. 1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Oktober 1943 schwerer Autounfall, anschließend Führerreserve OKH, Juli 1944 Oberbefehlshaber West und Oberbefehlshaber der Heeresgruppe D, Juli 1944 zugleich Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, August 1944 Abberufung, Führerreserve OKH.

1914 EK II, EK I, Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 30. 9. 1939 Ritterkreuz, 18. 1. 1943 Eichenlaub, 29. 10. 1943 Schwerter.

Generaloberst Georg v. Küchler besichtigt Reval, August 1941; Bundesarchiv

11) Georg von Küchler

* 30. 5. 1881 Schloß Philippsruh (Kreis Hanau), †25. 5. 1968 Garmisch-Partenkirchen; evangelisch.

(V) Karl, Großherzoglich hessischer Oberst, Flügeladjutant und Hofmarschall; (M) Maria, geb. von Scholten; (EF) 1921 Lisa, geb. von Enckevort; (K) 1926 Dieter, 1929 Felicitas.

Ludwig-Georg-Gymnasium in Darmstadt – Abitur.

12. 3. 1900 Eintritt in das (1. Großherzoglich hessische) Feldartillerie-Regiment 25 (Darmstadt) als *Fahnenjunker*; *18. 10. 1900 Fähnrich*; November 1900 bis Juli 1901 Kommandierung zur Kriegsschule Metz; *18. 8. 1901 Leutnant*; Oktober 1907 bis August 1909 Kommandierung zum Militär-Reitinstitut (Hannover); *18. 8. 1910 Oberleutnant*; Oktober 1910 bis Juli 1913 Kommandierung zur Kriegsakademie (Berlin), Juli bis September 1913 Kommandierung zum Luftschifferbataillon Nr. 1, März 1914 Kommandierung zum Großen Generalstab (topographische Abteilung), August 1914 Kommandierung zum Generalstab des Feldheeres; Erster Weltkrieg: Verwendung an der Westfront; Oktober 1914 Generalstab des Feldheeres; *8. 10. 1914 Hauptmann*; ebenfalls Oktober 1914 Batteriechef im Reserve-Feldartillerie-Regiment 43, November 1914 2. Adjutant der 43.

Reserve-Division, Februar 1915 Generalstab der Etappeninspektion 7, Juni 1915 Generalstab des IV. Armeekorps, April 1916 Generalstab des VIII. Armeekorps, August 1916 Generalstab der 206. Infanterie-Division (Ia), Februar 1918 Generalstab der 9. Reserve-Division (Ia), Februar 1919 Feldartillerie-Regiment 25 (Darmstadt), März 1919 Garnisonskommando Hanau, April 1919 Stab der „Brigade Kurland" (Ia), Juli 1919 Stab der 2. Reichswehr-Brigade (Ia; Stettin), Oktober 1919 Stab des Wehrkreiskommandos I (Königsberg), ebenfalls Oktober 1919 Stab des VI. Reservekorps in Lettland und Litauen, Oktober 1919 bis März 1920 Kommandierung zur Interalliierten Kommission zur Räumung des Baltikums, November 1919 Lehrer an der Infanterie-Schule in München, Oktober 1921 Reichswehrministerium (T 4: Heeres-Ausbildungs-Abteilung), Juli 1922 Kommandierung zur 7. Division (München), April 1923 Chef der 5. Batterie des 5. Artillerie-Regiments (Ulm); *17. 3. 1924 Major*; Februar 1926 Kommandantur Münster, März 1926 Kommandierung zur Infanterie-Schule (Ohrdruf; ab Herbst 1926 Dresden), Februar 1927 Versetzung dorthin, März 1928 Reichswehrministerium (In 1: Inspektion der Waffenschulen); *1. 1. 1929 Oberstleutnant*; Februar 1930 Artillerieschule (Jüterborg); *1. 5. 1931 Oberst*; Oktober 1932 Artillerie-Führer I (Königsberg); *1. 4. 1934 Generalmajor*; April 1935 Inspekteur der Waffenschulen im Reichskriegsministerium; *1. 12. 1935 Generalleutnant*; Oktober 1936 Stellvertretender Präsident des Reichskriegsgerichts, April 1937 Kommandierender General des I. Armeekorps und Befehlshaber im Wehrkreis I (Königsberg); *20. 4. 1937 General der Artillerie*; September 1939 Oberbefehlshaber der 3. Armee, dann Oberbefehlshaber des Grenzabschnitts Nord und Wehrkreises I, November 1939 Oberbefehlshaber der 18. Armee; *19. 7. 1940 Generaloberst*; 16. 1. 1942 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord; *30. 6. 1942 Generalfeldmarschall*; Januar 1944 Abberufung, Mai 1944 Führerreserve OKH „zur Verfügung des Führers", Mai 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft, Oktober 1948 Verurteilung zu 20 Jahren Haft durch das amerikanische Militärtribunal in Nürnberg (Fall 12), Februar 1952 vorzeitige Haftentlassung.

20. 11. 1914 EK II, 8. 1. 1915 EK I, 11. 7. 1917 Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 30. 9. 1939 Ritterkreuz, 21. 8. 1943 Eichenlaub.

Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter v. Leeb (rechts) bei einer Lagebesprechung mit Hitler, Juli 1941; Bayerische Staatsbibliothek München

12) Wilhelm Ritter von Leeb

* 5. 9. 1876 Landsberg/Lech, † 29. 4. 1956 Füssen; katholisch.

(V) Adolf Leeb, Königlich bayerischer Major; (M) Katharina, geb. Leeb; (EF) 1912 Maria, geb. Schratt; (K) 1914 Luitpold, 1917 Alfred, 1927 Hermann.

Gymnasium in Passau – Abitur.

16. 7. 1895 Eintritt in das 4. Königlich bayerische Feldartillerie-Regiment „König" (Augsburg) als *Fahnenjunker; 18. 1. 1896 Fähnrich*; März 1896 bis Januar 1897 Kommandierung zur Kriegsschule München; *3. 3. 1897 Leutnant*; Oktober 1898 bis Juli 1899 Kommandierung zur Artillerie- und Ingenieurschule München, Februar/März 1900 Kommandierung zur Gewehrfabrik Amberg, August 1900 Zugführer in der 1. Gebirgs-Batterie des ostasiatischen Feldartillerie-Regiments (Expeditionskorps China), September 1901 4. bayerisches Feldartillerie-Regiment (Augsburg), Oktober 1903 bis September 1906 Kommandierung zur bayerischen Kriegsakademie (München); *13. 5. 1905 Oberleutnant*; Oktober 1907 Kommandierung zur Zentralstelle des bayerischen Generalstabs (München), Oktober 1909 bis September 1911 Kommandierung zum preußischen Großen Generalstab (Berlin), März 1912 Batteriechef im 10. bayerischen Feldartillerie-Regiment (Erlan-

gen); *5. 4. 1912 Hauptmann*; Januar 1914 Zentralstelle des bayerischen Generalstabs (München), März 1914 Generalstab des I. bayerischen Armeekorps (Quartiermeister; München); Erster Weltkrieg: Verwendung an der Ostfront und Westfront; März 1915 Generalstab der 11. bayerischen Infanterie-Division (Ia); *19. 5. 1916 Major*; Mai 1917 Generalstab der Heeresgruppe „Kronprinz Rupprecht" (erst Ib, dann Oberquartiermeister), Dezember 1918 Zentralstelle des bayerischen Generalstabs (München), 1919 Chef des Generalstabs des Oberkommandos Ulm, Mai 1919 Chef der Armee-Abteilung im Bayerischen Ministerium für militärische Angelegenheiten, Oktober 1919 Chef der Heeres-Abteilung (T 1) im Reichswehrministerium; *1. 10. 1920 Oberstleutnant*; Juni 1921 Chef des Stabes der 2. Division (Stettin), Oktober 1923 Chef des Stabes der 7. Division (München), Oktober 1924 Kommandeur der II. Gebirgsabteilung des Artillerie-Regiments 7 (Landsberg); *1. 2. 1925 Oberst*; Februar 1926 Kommandeur des Artillerie-Regiments 7 (Nürnberg), März 1928 Artillerie-Führer V (Stuttgart), Januar 1929 Artillerie-Führer VII (München); *1. 2. 1929 Generalmajor*; *1. 12. 1929 Generalleutnant*; Februar 1930 Kommandeur der 7. Division und Befehlshaber im Wehrkreis VII (München), Oktober 1933 Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 2 (Kassel); *1. 1. 1934 General der Artillerie*; Februar 1938 Verabschiedung; *28. 2. 1938 Charakter als Generaloberst*; September/Oktober 1938 und März 1939 vorübergehende Reaktivierungen als Oberbefehlshaber der 12. Armee, August 1939 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe C; *19. 7. 1940 Generalfeldmarschall*; 22. 6. 1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, 16. 1. 1942 Abberufung, Führerreserve OKH, Mai 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft, Oktober 1948 Verurteilung zu drei Jahren Haft durch das amerikanische Militärtribunal in Nürnberg (Fall 12), durch Untersuchungshaft der Vorjahre abgebüßt.

EK II, EK I, Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 2. 5. 1915 Königlich bayerischer Militär-Max-Joseph-Orden, 24. 6. 1940 Ritterkreuz.

Generaloberst Georg Lindemann im Schützengraben vor Leningrad, März 1942; Bundesarchiv

13) Georg Lindemann

* 8. 3. 1884 Osterburg/Altmark, †25. 9. 1963 Freudenstadt; evangelisch.

(V) Hermann, Königlich preußischer Landesgerichtsrat, Geheimer Justizrat; (M) Elsbeth, geb. Placke; (EF) I. 1907 Annemarie, geb. von der Osten, II. 1944 Maria, geb. Woller; (K) I. 1908 Ernst, 1910 Rosemarie, 1912 Erika.

Kaiser-Wilhelms-Gymnasium Hannover – Abitur.

26. 2. 1903 Eintritt in das Königlich preußische (Magdeburgische) Dragoner-Regiment 6 (Mainz) als *Fahnenjunker*; *18. 10. 1903 Fähnrich*; Oktober 1903 bis Juni 1904 Kommandierung zur Kriegsschule Hersfeld; *18. 8. 1904 Leutnant*; *18. 8. 1912 Oberleutnant*; Oktober 1913 Jäger-Regiment zu Pferde 13 (Saarlouis), April 1914 Kommandierung zum Großen Generalstab; Erster Weltkrieg: August bis Oktober 1914 Westfront, November 1914 bis Oktober 1915 Ostfront, November 1915 bis März 1916 Balkan, April 1916 bis November 1918 Westfront, August 1918 leichte Verwundung; Oktober 1914 Eskadronchef; *28. 11. 1914 Rittmeister*; Dezember 1914 Kommandierung zum Generalstab des Korps Posen, Februar 1915 Generalstab der Armee, August 1915 Generalstab der 12. Armee, Oktober 1915 Generalstab der 11. Armee, März 1916 Kommandierung zum Generalstab

des VII. Reservekorps, Juli 1916 Generalstab der 1. Armee, Mai 1918 Versetzung zu den Offizieren von der Armee und Zuteilung z.b.V. zum Oberkommando der Heeresgruppe „Kronprinz Rupprecht von Bayern", September 1918 Generalstab der 200. Infanterie-Division (Ia), Januar 1919 Offizier von der Armee und Zuteilung z.b.V. zum Oberbefehlshaber Ost, zugleich Kommandierung zum Generalstab des XXII. Reservekorps, Februar 1919 Jäger-Regiment zu Pferde 13 (Colmar), März 1919 Eskadronchef im Grenadier-Regiment zu Pferde 3, ebenfalls März 1919 Generalstab der Freiwilligen-Division v. Lettow-Vorbeck, dann Versetzung zu den Offizieren von der Armee und Zuteilung z.b.V. zur Garde-Kavallerie-Schützendivision, Juni 1919 Kommandierung als Generalstabsoffizier zum Freiwilligen-Korps v. Lettow-Vorbeck, August 1919 Kommandierung als Generalstabsoffizier zum Garnisonsältesten von Hamburg, Altona und Wandsbek, Oktober 1919 Offizier von der Armee, weiterhin z.b.V. des Garnisonsältesten von Hamburg, Altona und Wandsbek, November 1919 Lehrer an der Infanterie-Schule (München), September 1922 Reiter-Regiment 7 (Breslau), Februar 1923 Chef der 2. Eskadron, März 1925 Stab der 2. Kavallerie-Division (Breslau); *6. 4. 1926 Major*; April 1928 Lehrgangsleiter an der Kavallerie-Schule (Hannover); *1. 2. 1931 Oberstleutnant*; Oktober 1931 Kommandeur des Reiter-Regiments 13 (Hannover); *1. 6. 1933 Oberst*; Oktober 1934 Kavallerie-Schule (Hannover), Oktober 1935 Kommandeur der Kriegsschule Hannover; *20. 4. 1936 Generalmajor*; Oktober 1936 Kommandeur der 36. Infanterie-Division (Kaiserslautern); *1. 4. 1938 Generalleutnant*; Oktober 1940 Kommandierender General des L. Armeekorps; *1. 11. 1940 General der Kavallerie*; 16. 1. 1942 Oberbefehlshaber der 18. Arme (Übernahme: 18. 1. 1942); *5. 7. 1943 Generaloberst*; März 1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, Juli 1944 Abberufung, Führerreserve OKH, Januar 1945 Wehrmachtsbefehlshaber in Dänemark und Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark, Mai 1945 Oberbefehlshaber der Armee Lindemann, Juni 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft, September 1947 Auslieferung an Dänemark und dänische Kriegsgefangenschaft, Mai 1948 Entlassung.

9. 9. 1914 EK II, 28. 7. 1915 EK I, 20. 5. 1917 Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 5. 8. 1940 Ritterkreuz, 21. 8. 1943 Eichenlaub.

Generalfeldmarschall Erich v. Manstein im Gespräch mit Landsern bei Sevastopol', Juli 1942; Bayerische Staatsbibliothek München

14) Erich von Lewinski, gen. von Manstein

* 24. 11. 1887 Berlin, † 10. 6. 1973 Irschenhausen, evangelisch.

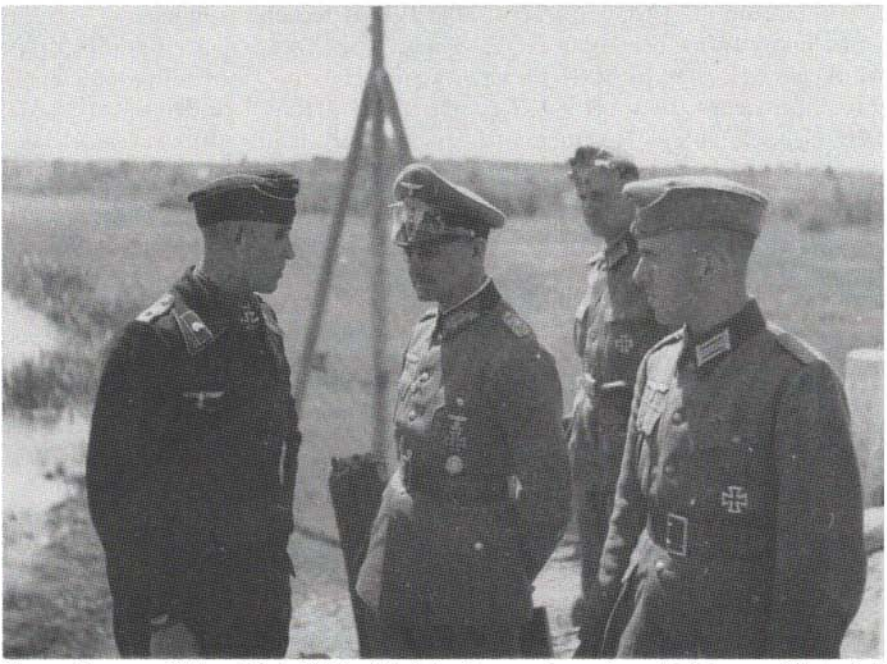
(V) Eduard, Königlich preußischer General der Artillerie; Adoptivvater: Georg von Manstein, Königlich preußischer Generalleutnant; (M) Helena, geb. von Sperling; Adoptivmutter: Hedwig von Manstein, geb. von Sperling; (EF) 1920 Jutta-Sybilla, geb. von Loesch; (K) 1921 Gisela, 1922 Gero, 1929 Rüdiger.

Lyzeum in Straßburg, Kadettenhaus Plön, Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde – Abitur.

6. 3. 1906 Eintritt in das Königlich preußische 3. Garde-Regiment zu Fuß (Berlin) als *Fähnrich*; *27. 1. 1907 Leutnant*; Juli 1911 Bataillonsadjutant und Gerichtsoffizier; *19. 6. 1912 Oberleutnant*; Oktober 1913 Kommandierung zur Kriegsakademie (Berlin); Erster Weltkrieg: August 1914 Westfront, September 1914 bis September 1915 Ostfront, Oktober 1915 bis März 1916 Balkan, April 1916 bis November 1918 Westfront, November 1914 schwere Verwundung; August 1914 Adjutant des 2. Garde-Reserve-Regiments, Juni 1915 Generalstab der Armeeabteilung v. Gallwitz (Ordonnanzoffizier); *24. 7. 1915 Hauptmann*; Juli 1915 Kommandeur der Feldgrenadiertruppe des Garde-Reservekorps, August 1915 Armee-

oberkommando 12 (Adjutant), September 1915 Armeeoberkommando 11 (Adjutant), Januar 1916 Generalstab der 11. Armee, März 1916 Stab der Angriffsgruppe westliches Maasufer, Juli 1916 Generalstab der 1. Armee, September 1916 Generalstab der Armee, Oktober 1917 Generalstab der 4. Kavallerie-Division (Ia), Mai 1918 Generalstab der 213. Infanterie-Division (Ia), Januar 1919 3. Garde-Regiment zu Fuß, ebenfalls Januar 1919 z.b.V. des Generalkommandos des XVI. Armeekorps (Magdeburg), Februar 1919 Generalstab des Grenzschutz-Oberkommandos Süd, August 1919 Stab des Reichswehr-Gruppenkommandos 2 (Kassel), Oktober 1921 Chef der 6. Kompanie des Infanterie-Regiments 5 (Angermünde), Oktober 1923 Stab der 2. Division (Stettin), Oktober 1924 Stab der 4. Division (Dresden), Oktober 1927 Stab des Infanterie-Führers IV (Dresden); *1. 2. 1928 Major*; September 1929 Reichswehrministerium (T 1: Heeres-Abteilung); *1. 4. 1931 Oberstleutnant*; Oktober 1932 Kommandeur des II. Bataillons des Infanterie-Regiments 4 (Kolberg); *1. 12. 1933 Oberst*; Februar 1934 Chef des Stabes der 3. Division (Berlin), Oktober 1934 Wehrkreiskommando III (Berlin), Juli 1935 Chef der Operationsabteilung im Generalstab des Heeres, Oktober 1936 Oberquartiermeister I im Generalstab des Heeres; *2. 10. 1936 Generalmajor*; April 1938 Kommandeur der 18. Division (Liegnitz); *1. 4. 1938 Generalleutnant*; August 1939 Chef des Generalstabs des Oberbefehlshabers Ost, Oktober 1939 Chef des Generalstabs der Heeresgruppe A, Februar 1940 Kommandierender General des XXXVIII. Armeekorps; *1. 6. 1940 General der Infanterie*; März 1941 Kommandierender General des LVI. Armeekorps (mot.), 13. 9. 1941 Oberbefehlshaber der 11. Armee (Übernahme: 17. 9. 1941); *6. 3. 1942 Generaloberst*; *1. 7. 1942 Generalfeldmarschall*; November 1942 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Don, Februar 1943 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, März 1944 Abberufung, Dezember 1949 Verurteilung zu 18 Jahren Haft durch ein britisches Militärgericht in Hamburg, 1953 vorzeitige Haftentlassung.

5. 10. 1914 EK II, 13. 11. 1915 EK I, 22. 4. 1918 Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 19. 7. 1940 Ritterkreuz, 14. 3. 1943 Eichenlaub, 30. 3. 1944 Schwerter.



Generalleutnant Walter Model (Mitte) bei der Panzerspitze seiner Division vor Sluck, Juli 1941; Bundesarchiv

15) Walter Model

* 24. 1. 1891 Genthin (Sachsen), † 21. 4. 1945 Lintorf bei Duisburg (Freitod); evangelisch.

(V) Otto, Seminaroberlehrer und Königlich preußischer Musikdirektor; (M) Marie, geb. Demmer; (EF) 1921 Herta, geb. Huyssen; (K) 1923 Hella, 1927 Hansgeorg, 1929 Christa.

Progymnasium in Genthin, Gymnasium in Erfurt, Domgymnasium zu Naumburg – Abitur.

27. 2. 1909 Eintritt in das Königlich preußische (6. Brandenburgische) Infanterie-Regiment 52 (Cottbus) als *Fahnenjunker*; *19. 11. 1909 Fähnrich*; *22. 8. 1910 Leutnant*; Oktober 1913 Adjutant des I. Bataillons (Crossen); Erster Weltkrieg: Verwendung an der Westfront, Verwundungen Oktober 1915 und Februar 1916; Dezember 1914 Regimentsadjutant; *25. 2. 1915 Oberleutnant*; April 1916 Führer der 11. Kompanie des Infanterie-Regiments 52, September 1916 Führer der MG-Kompanie, Oktober 1916 Adjutant der 10. Infanterie-Brigade, Mai 1917 Führer der 6. Kompanie des Leib-Grenadier-Regiments 8 „König Friedrich Wil-

helm III.", Juni 1917 Stab des Chefs des Generalstabs des Feldheeres (Ordonnanzoffizier in der Operationsabteilung); *18. 12. 1917 Hauptmann*; Februar 1918 Kommandierung zum Generalstabs-Lehrgang in Sedan, März 1918 Generalstab der Garde-Ersatz-Division (Ib), August 1918 Generalstab der Armee, ebenfalls August 1918 Generalstab der 36. Reserve-Division (Ib), Dezember 1918 Generalkommando des XVII. Armeekorps (Westpreußen), Juli 1919 Stab des Reichswehr-Infanterie-Führers 7 (Münster), August 1919 Kommandierung nach Stade zur Regelung der Weiterleitung der Freiwilligenverbände aus dem Kurland, November 1919 Chef der 3. Kompanie des Reichswehr-Infanterie-Regiments 14 (Villingen), Januar 1920 Kommandierung zum Abschnittskommando II der neutralen Zone (Vertretung des Ia), Juni 1920 Führer der MG-Kompanie des II. Bataillons des Reichswehr-Infanterie-Regiments 13 (Stuttgart-Cannstatt), Oktober 1920 Chef der MG-Kompanie des Infanterie-Regiments 18 (Münster), Oktober 1921 Stab des Artillerie-Führers VI (Münster), Oktober 1925 Chef der 9. Kompanie des Infanterie-Regiments 8 (Görlitz), Oktober 1928 Stab der 3. Division (Berlin), Oktober 1929 Reichswehrministerium (T 4: Heeres-Ausbildungs-Abteilung, Lehrer für Kriegsgeschichte in der Führergehilfenausbildung); *1. 10. 1929 Major*; September 1932 bis September 1933 Kommandierung als Chef des Stabes des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung; *1. 11. 1932 Oberstleutnant*; Oktober 1933 Kommandeur des II. Bataillons des Infanterie-Regiments 2 (Allenstein); *1. 10. 1934 Oberst*; Oktober 1934 Kommandeur des Infanterie-Regiments 2, Oktober 1935 Chef der 8. Abteilung (Technik) im Generalstab des Heeres; *28. 2. 1938 Generalmajor*; November 1938 Chef des Generalstabs des VI. Armeekorps (Dresden), Oktober 1939 Chef des Generalstabs der 16. Armee; *16. 3. 1940 Generalleutnant*; November 1940 Kommandeur der 3. Panzer-Division, 1.10. bis 13. 10. 1941 Beauftragung mit der Führung des XXXXI. Armeekorps (mot.); *26. 10. 1941 General der Panzertruppe*; 26. 10. 1941 Kommandierender General des XXXXI. Armeekorps (mot.), 16. 1. 1942 Oberbefehlshaber der 9. Armee (Übernahme: 18. 1. 1942); *28. 1. 1942 Generaloberst*; Juli/August 1943 gleichzeitig Beauftragung mit der Führung der 2. Panzerarmee, November 1943 Führerreserve OKH, Januar 1944 Beauftragung mit der Führung der Heeresgruppe Nord; *30. 3. 1944 Generalfeldmarschall*; März 1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nordukraine, Juni 1944 gleichzeitig Beauftragung mit der Führung der Heeresgruppe Mitte, August 1944 Oberbefehlshaber West und Oberbefehlshaber der Heeresgruppe D sowie der Heeresgruppe B, September 1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B.

20. 9. 1914 EK II, 19. 10. 1915 EK I, 26. 2. 1917 Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 9. 7. 1941 Ritterkreuz, 17. 2. 1942 Eichenlaub, 2. 4. 1943 Schwerter, 17. 8. 1944 Brillanten.

General der Panzertruppe Friedrich Paulus auf einem Feldflughafen, Januar 1942; Bundesarchiv

16) Friedrich Paulus

* 23. 9. 1890 Breitenau/Kreis Melsungen, † 1. 2. 1957 Dresden; evangelisch.

(V) Ernst, Buchhalter, Königlich preußischer Kreisverwaltungsinspektor; (M) Bertha, geb. Nettelbeck; (EF) 1912 Elena, geb. Rosetti-Solescu; (K) 1914 Olga, 1918 Friedrich und Ernst Alexander.

Wilhelms-Gymnasium in Kassel – Abitur, 1 Semester Jurastudium in Marburg.

18. 2. 1910 nach Ablehnung bei der Kaiserlichen Marine Eintritt in das (3. Großherzoglich badische) Infanterie-Regiment 111 „Markgraf Ludwig Wilhelm" (Rastatt) als *Fahnenjunker*; *18. 10. 1910 Fähnrich*; *18. 8. 1911 Leutnant*; Oktober 1913 Adjutant des 3. Bataillons; Erster Weltkrieg: Verwendung an der Westfront, an der Ostfront und auf dem Balkan; 1915 Stab des Jägerregiments 2 (Ordonnanzoffizier); *18. 8. 1915 Oberleutnant*; Mai 1916 Regimentsadjutant, 1917 Generalstab des Alpenkorps (Ic), Mai 1918 Generalstab der 48. Reserve-Division; *20. 9. 1918 Hauptmann*; Dezember 1918 Infanterie-Regiment 111, Oktober 1919 Reichswehr-Schützen-Regiment 113 (Grenzschutz Ost), Oktober 1920 Regimentsadjutant des Infanterie-Regiments 14 (Konstanz), Juni 1922 Stab des Gruppenkommandos 2 (Kassel), Oktober 1923 Reichswehrministerium (T 1: Heeres-Abtei-

lung), April 1925 Stab des Infanterie-Führers V (Stuttgart), Oktober 1926 Stab des Artillerie-Führers V (Stuttgart), Oktober 1927 Chef der 2. Kompanie des Infanterie-Regiments 13 (Stuttgart), Oktober 1930 Taktiklehrer beim Stab der 5. Division (Stuttgart); *1. 2. 1931 Major*; Oktober 1931 Reichswehrministerium (T 4: Heeres-Ausbildungs-Abteilung); *1. 6. 1933 Oberstleutnant*; April 1934 Kommandeur der Kraftfahrabteilung 3 (Berlin-Lankwitz); *1. 6. 1935 Oberst*; Oktober 1935 Chef des Generalstabs des Kommandos der Panzertruppen (Berlin), November 1938 Chef des Generalstabs des XVI. Armeekorps (mot.) (Berlin); *1. 1. 1939 Generalmajor*; Mai 1939 Chef des Generalstabs des Gruppenkommandos 4 (Leipzig), August 1939 Chef des Generalstabs der 10. Armee, Oktober 1939 Chef des Generalstabs der 6. Armee, Mai 1940 Oberquartiermeister I im Generalstab des Heeres; *19. 8. 1940 Generalleutnant*; *5. 1. 1942 General der Panzertruppe*; 5. 1. 1942 Oberbefehlshaber der 6. Armee (Übernahme: 20. 1. 1942); *1. 1. 1943 Generaloberst; 31. 1. 1943 Generalfeldmarschall*; am selben Tag Kapitulation, bis 1954 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft.

EK II und EK I, 26. 8. 1942 Ritterkreuz, 15. 1. 1943 Eichenlaub.

Generalfeldmarschall Walter v. Reichenau, Juli 1941; Bundesarchiv

17) Walter von Reichenau

* 8. 10. 1884 Karlsruhe, †17. 1. 1942 beim Transport von Poltava in die Heimat (Schlaganfall); evangelisch.

(V) Ernst, Königlich preußischer Generalleutnant; (M) Elisabeth, geb. Greve; (EF) 1919 Alexandrine, geb. Gräfin Maltzan; (K) 1921 Karl Friedrich, 1925 Joachim, 1928 Erika, 1932 Britta.

Volksschule in Jüterbog, ab 1893 Gymnasien in Berlin, Karlsruhe und Allenstein, Königliches Gymnasium in Düsseldorf – 1903 Abitur.

14. 3. 1903 Eintritt in das Königlich preußische 1. Garde-Feldartillerie-Regiment (Berlin) als *Fahnenjunker*; *18. 10. 1903 Fähnrich*; 1903/04 Kommandierung zur Kriegsschule Metz; *18. 8. 1904 Leutnant*; Adjutant der I. Abteilung, Oktober 1910 bis Juli 1913 Kommandierung zur Kriegsakademie (Berlin); *18. 8. 1912 Oberleutnant*; Juli 1914 Kommandierung zum Leib-Husaren-Regiment (Danzig); Erster Weltkrieg: Verwendung an der Westfront und Ostfront; August 1914 Regimentsadjutant des 1. Garde-Reserve-Feldartillerie-Regiments; *28. 11. 1914 Hauptmann*; Dezember 1914 Führer der 1. Batterie des 1. Garde-Reserve-Feldartillerie-Regiments, April 1915 Generalstab der 47. Reserve-Division (Ib, ab Au-

gust 1915 Ia), Dezember 1915 Generalstab der Etappeninspektion Woyrsch, Mai 1916 Generalstab des Armeeoberkommandos Woyrsch, Dezember 1916 Generalstab der 87. Infanterie-Division, März 1917 Generalstab der 3. Landwehr-Division, Oktober 1917 Generalstab der 119. Infanterie-Division, September 1918 Generalstab der 7. Kavallerie-Schützen-Division (Ia), November 1918 Generalstab des Grenzschutzkommandos des VI. Armeekorps (Breslau), August 1919 Stab des Grenzschutzkommandos IV (Kolberg), Oktober 1919 Stab des Wehrkreises VI (Münster), Oktober 1920 Stab des Artillerie-Führers VI (Münster), Oktober 1921 Chef der 8. (MG-)Kompanie des Infanterie-Regiments 18 (Paderborn), Oktober 1923 Taktiklehrer beim Stab der 3. Division (Berlin); *1. 6. 1924 Major*; Oktober 1926 Stab des Gruppenkommandos 1 (Berlin), November 1927 Kommandeur der 5. Nachrichtenabteilung (Stuttgart-Cannstatt); *1. 4. 1929 Oberstleutnant*; April 1929 Chef des Stabes der Inspektion der Nachrichtentruppen (In 7) im Reichswehrministerium, Februar 1931 Chef des Stabes der 1. Division (Königsberg); *1. 2. 1932 Oberst*; Februar 1933 Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, Februar 1934 Chef des Wehrmachtsamts (Umbenennung); *1. 2. 1934 Generalmajor*; *1. 10. 1935 Generalleutnant*; Oktober 1935 Kommandierender General des VII. Armeekorps (München); *1. 10. 1936 General der Artillerie*; März 1938 Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 4 (Leipzig), August 1939 Oberbefehlshaber der 10. Armee; *1.10. 1939 Generaloberst*; Oktober 1939 Oberbefehlshaber der 6. Armee; *19. 7. 1940 Generalfeldmarschall*; 1. 12. 1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd (Übernahme: 3. 12. 1941), bis Anfang Januar 1942 daneben weiterhin Führung der 6. Armee.

EK II, EK I, Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 30. 9. 1939 Ritterkreuz.

General der Panzertruppe Hans-Georg Reinhardt (2. von links) mit Generalmajor Walter Krüger, Sommer 1941; Bundesarchiv

18) Hans-Georg Reinhardt

* 1. 3. 1887 Bautzen, † 22. 11. 1963 München; evangelisch.

(V) Georg, Bankier; (M) Lisbeth, geb. Marbach; (EF) 1919 Eva, geb. Prüfer; (K) 1920 Eva Gisela, 1922 Eva Rosemarie.

Gymnasium in Bautzen – Abitur.

25. 3. 1907 Eintritt in das (8. Königlich sächsische) Infanterie-Regiment 107 (Leipzig) als *Fahnenjunker*; *19. 11. 1907 Fähnrich*; *14. 8. 1908 Leutnant*; Januar 1912 Adjutant und Gerichtsoffizier des III. Bataillons, November 1912 bis Februar 1913 Kommandierung zum Ulanen-Regiment 18 (Leipzig), Juli 1913 Regimentsadjutant; Erster Weltkrieg: August 1914 bis Dezember 1916 Westfront, Januar 1917 bis September 1917 Ostfront, September 1917 bis November 1918 Westfront; *25. 9. 1914 Oberleutnant*; Mai 1916 Adjutant der Brigade Nord; *22. 5. 1916 Hauptmann*; Mai bis Juli 1916 Kommandierung zum Generalstab der 58. Infanterie-Division, Juli 1916 Kommandierung zum Generalstab der Division Fortmüller (Ordonnanzoffizier), Juli bis August 1916 Kommandierung zum Generalkommando XIX zur Ausbildung im Generalstabsdienst, August 1916 Etappen-Kommando XX (Ib), Dezember 1916 Generalstab der 23. Reservedivision (Ib), Januar 1917 Generalstab der 8. Kavallerie-Division (Ib), Oktober 1917 General-

stab der 192. Infanterie-Division (Ia), Januar 1919 Kompaniechef im Infanterie-Regiment 107, zeitweise stellvertretender Kommandeur des I. Bataillons, März 1919 Stab der 24. Infanterie-Division, Oktober 1919 Stab der Reichswehr-Brigade 19 (Chemnitz), Oktober 1920 Reichswehr-Regiment 37, zugleich Kommandierung zum Artillerie-Führer 19 (Chemnitz), Januar 1921 Chef der 6. Kompanie des Infanterie-Regiments 11 (Leipzig), Oktober 1921 Kommandeur des II. Bataillons, April 1922 Stab der 4. Division (Dresden), Oktober 1922 Stab des Artillerie-Führers IV (Dresden), Oktober 1923 Stab der 4. Division (Dresden); *5. 9. 1925 Rittmeister*; Oktober 1925 Chef der 4. Eskadron des 12. Reiter-Regiments (Großhain), März 1926 Kommandierung zur Infanterie-Schule (Dresden); *1. 3. 1927 Major*; Oktober 1927 Reichswehrministerium (T 4: Heeres-Ausbildungs-Abteilung), Oktober 1931 Kommandeur des III. Bataillons des Infanterie-Regiments 10 (Dresden); *1. 10. 1931 Oberstleutnant*; März 1933 Chef des Stabes der 4. Division (Dresden), Oktober 1933 Chef der Heeres-Ausbildungs-Abteilung (T 4) im Reichswehrministerium; *25. 2. 1934 Oberst*; *20. 4. 1937 Generalmajor*; Oktober 1937 Kommandeur der 1. Schützen-Brigade (Weimar), November 1938 Kommandeur der 4. Panzer-Division (Würzburg); *1. 1. 1939 Generalleutnant*; Februar 1940 Kommandierender General des XLI. Armeekorps (mot.); *1. 6. 1940 General der Panzertruppe*; 5. 10. 1941 Befehlshaber der Panzergruppe 3 (Übernahme: 9. 10. 1941), 1. 1. 1942 Oberbefehlshaber der 3. Panzerarmee; *16. 3. 1942 Generaloberst*; August 1944 Beauftragung mit der Führung der Heeresgruppe Mitte, Januar 1945 Abberufung, Führerreserve OKH, Juni 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft, Oktober 1948 Verurteilung zu 15 Jahren Haft durch das amerikanische Militärtribunal in Nürnberg (Fall 12), Juli 1953 vorzeitige Haftentlassung, 1954 bis 1963 Vorsitzender der Gesellschaft für Wehrkunde.

14. 9. 1914 EK II, 8. 8. 1915 EK I, 30. 8. 1918 Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 29. 10. 1939 Ritterkreuz, 17. 2. 1942 Eichenlaub, 26. 5. 1944 Schwerter, November 1962 Großes Bundesverdienstkreuz.

Generalfeldmarschall Gerd v. Rundstedt mit Mussolini und Hitler im Hauptquartier der Heeresgruppe Süd in Uman, August 1941; Bundesarchiv

19) Gerd von Rundstedt

* 12. 12. 1875 Aschersleben/Saale, †24. 2. 1952 Hannover, evangelisch.

(V) Gerd, Königlich preußischer Generalmajor; (M) Adelheid, geb. Fischer; (EF) 1902 Luise, geb. von Götz; (K) 1903 Hans Gerd.

1884 bis 1886 Vorschule und Gymnasium in Mainz, 1888 bis 1890 Oberrealschule in Frankfurt a.M., 1888 bis 1890 Kadettenanstalt Oranienstein, 1890 bis 1892 Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde – Primareife.

22. 3. 1892 Eintritt in das Königlich Preußische (3. Kurhessische) Infanterie-Regiment 83 (Kassel) als *Portepée-Fähnrich*; September 1892 bis März 1893 Kommandierung zur Kriegsschule Hannover; *17. 6. 1893 Seconde-Lieutnant*; Oktober 1896 Bataillonsadjutant, März 1900 Regimentsadjutant; *22. 9. 1902 Oberleutnant*; Oktober 1903 bis Juli 1906 Kommandierung zur Kriegsakademie (Berlin), April 1907 Kommandierung zum Großen Generalstab; *24. 3. 1909 Hauptmann*; 1909 Generalstab des XVIII. Armeekorps (Frankfurt a.M.), Oktober 1910 Generalstab des XI. Armeekorps (Kassel), Oktober 1912 Chef der 6. Kompanie des Infanterie-Regiments 171 (Colmar); Erster Weltkrieg: Verwendung an der Westfront und Ostfront; August 1914 Generalstab der 22. Reserve-Infanterie-Division (Ia);

28. 11. 1914 Major; November 1914 Offizier von der Armee, Dezember 1914 Generalstab des Gouvernements Antwerpen, April 1915 Generalstab der 86. Infanterie-Division (Ia), September 1915 Generalstab des Generalgouvernements Warschau (Ib), November 1916 Generalstab des XXV. Reservekorps (Ia), Oktober 1917 Chef des Generalstabs des LIII. Armeekorps, August 1918 Chef des Generalstabs des XV. Armeekorps, Oktober 1919 Stab des Wehrkreiskommandos V (Stuttgart); *1. 10. 1920 Oberstleutnant*; Mai 1920 Chef des Stabes der 3. Kavallerie-Division (Kassel); *1. 2. 1923 Oberst*; Oktober 1923 Chef des Stabes der 2. Division (Stettin), März 1925 Kommandeur des Infanterie-Regiments 18 (Paderborn), Oktober 1926 Chef des Stabes des Gruppenkommandos 2 (Kassel); *1. 11. 1927 Generalmajor*; November 1928 Kommandeur der 2. Kavallerie-Division (Breslau); *1. 3. 1929 Generalleutnant*; Januar 1932 Kommandeur der 3. Division und Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin); *1. 10. 1932 General der Infanterie*; Oktober 1932 Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 1 (Berlin); *15. 3. 1938 Generaloberst*; Oktober 1938 Verabschiedung, November 1938 Ernennung zum Chef des Infanterie-Regiments 18 ehrenhalber, Juni 1939 Reaktivierung als Offizier zur Verfügung des Oberbefehlshabers des Heeres, August 1939 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, Oktober 1939 Oberbefehlshaber Ost, Oktober 1939 Oberbefehlshaber West und Oberbefehlshaber der Heeresgruppe A; *19. 7. 1940 Generalfeldmarschall*; 22. 6. 1941 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, 1. 12. 1941 Abberufung (Übergabe: 3. 12. 1941), Führerreserve OKH, 15. 3. 1942 Oberbefehlshaber West und Oberbefehlshaber der Heeresgruppe D, Juli 1944 Abberufung, Führerreserve OKH „zur Verfügung des Führers", August 1944 Vorsitzender des „Ehrenhofes" nach dem Attentat des 20. Juli, September 1944 Oberbefehlshaber West und Oberbefehlshaber der Heeresgruppe D, März 1945 Abberufung, Führerreserve OKH „zur Verfügung des Führers", Mai 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft, 1947 britische Kriegsgefangenschaft, Mai 1949 Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft.

EK II, EK I, Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 30. 9. 1939 Ritterkreuz, 1. 7. 1944 Eichenlaub, 18. 2. 1945 Schwerter.

General der Infanterie Richard Ruoff und sein Generalstabschef Oberst i.G. Hans Röttiger im Gespräch mit einem verwundeten Soldaten, Anfang 1942; Bundesarchiv

20) Richard Ruoff

* 18. 8. 1883 Meßbach (Württemberg), †20. 3. 1967 Tübingen; katholisch.

(V) Fritz, Königlich württembergischer Oberamtmann, Domänenpächter; (M) Maria, geb. Thomm; (EF) 1909 Martha, geb. Fuchs; (K) 1919 Elfriede, 1921 Gerhard, 1922 Irmgard, 1930 Arnold.

Lateinschule in Mergentheim, Gymnasien in Tübingen und Heilbronn – Abitur.

15. 4. 1903 Eintritt in das (10. Königlich württembergische) Infanterie-Regiment 180 (Tübingen) als *Fahnenjunker*; *14. 11. 1903 Fähnrich*; *18. 8. 1904 Leutnant*; Oktober 1910 Bataillonsadjutant; *18. 8. 1912 Oberleutnant*; Februar 1913 Regimentsadjutant; Erster Weltkrieg: Verwendung an der Westfront, August 1914 Verwundung; *28. 11. 1914 Hauptmann*; Dezember 1914 Kompaniechef, März 1915 Adjutant der 51. Reserve-Infanterie-Brigade, Dezember 1917 bis Januar 1918 und Juli/August 1918 Kommandierung zum Generalstab der 26. Reserve-Division (Vertretung Ia), Dezember 1918 Kompaniechef im Infanterie-Regiment 180, Januar 1919 Bataillonskommandeur, April 1919 Organisationsstab Tübingen, August 1919 Adjutant bei der Reichswehr-Brigade 13 (Stuttgart), Oktober 1919 Adjutant beim Wehrkreis-Kommando V (Stuttgart), Oktober 1920 Adjutant bei

der 5. Division (Stuttgart), Januar 1922 Stab der 5. Division, Oktober 1923 Chef der 11. Kompanie des Infanterie-Regiments 14 (Konstanz), Oktober 1925 Stab des Infanterie-Führers V (Stuttgart); *1. 7. 1926 Major*; Januar 1927 Stab der 5. Division (Ia), Oktober 1931 Kommandeur des III. Bataillons des Infanterie-Regiments 13 (Ulm); *1. 7. 1933 Oberst*; Oktober 1933 Kommandeur des Infanterie-Regiments 13 (Ludwigsburg), Oktober 1934 Chef des Generalstabs des Wehrkreiskommandos V; *1. 4. 1936 Generalmajor*; Oktober 1936 Chef des Generalstabs des Gruppenkommandos 3 (Dresden); *1. 3. 1938 Generalleutnant*; 1. 4. 1938 Chef des Generalstabs des Gruppenkommandos 5 (Wien); *1. 5. 1939 General der Infanterie*; Mai 1939 Kommandierender General des V. Armeekorps und Befehlshaber im Wehrkreis V (Stuttgart), 8. 1. 1942 Oberbefehlshaber der 4. Panzerarmee (Übernahme: 12. 1. 1942); *1. 4. 1942 Generaloberst*; 15. 5. 1942 Oberbefehlshaber der 17. Armee (Übernahme: 2. 6. 1942), Juni 1943 Abberufung, Führerreserve OKH.

16. 9. 1914 EK II, 1. 4. 1915 EK I, 15. 7. 1941 Ritterkreuz.

Generaloberst Rudolf Schmidt, März 1942; Bundesarchiv

21) Rudolf Schmidt

* 12. 5. 1886 Berlin, † 7. 4. 1957 Krefeld; evangelisch.

(V) Rudolf, Dr. phil., Königlich preußischer Geheimer Studienrat, Gymnasialdirektor; (M) Johanna, geb. Freiin von Könitz; (EF) 1917 Fridel, geb. Leitholf.

Humanistisches Gymnasium – Abitur.

25. 9. 1906 Eintritt in das Königlich preußische (3. Kurhessische) Infanterie-Regiment 83 (Kassel) als *Fahnenjunker*; *18. 5. 1907 Fähnrich*; *27. 1. 1908 Leutnant*; November 1911 bis September 1912 Kommandierung zum Telegraphen-Bataillon 4, April 1913 Telegraphen-Bataillon 5 (Berlin), Mai 1914 Fernsprechabteilung des I. Reservekorps; Erster Weltkrieg: Verwendung zunächst an der Ostfront, dann an der Westfront; *28. 11. 1914 Oberleutnant*; April 1915 Führer der Fernsprechabteilung der 1. Landwehr-Division, Oktober 1915 Adjutant der Telegraphentruppe bei der 12. Armee; *18. 12. 1915 Hauptmann*; April 1916 Kommandeur der Garde-Fernsprech-Abteilung und Kommandeur der Fernsprechtruppe des Garde-Korps, April 1917 Kommandierung zum Stab des Chefs der Feldtelegraphen im

Großen Hauptquartier, Juni 1917 Generalstab der 28. Reserve-Division, September 1917 Führer des II. Bataillons im Reserve-Grenadier-Regiment 110, Oktober 1917 Generalstab der 28. Reserve-Division, Januar 1918 Generalstab des XIV. Reservekorps und des VII. Reservekorps (Ic), September 1918 Kommandierung zum Generalstabs-Lehrgang in Sedan, Oktober 1918 Generalstab der 4. Armee, November 1918 Verwendung bei einem Sonderbataillon in Hamburg, Dezember 1918 Garde-Nachrichten-Ersatz-Abteilung, März 1919 Preußisches Kriegsministerium, Oktober 1919 Reichswehrministerium, Oktober 1923 Chef der 1. Kompanie der Nachrichtenabteilung 3 (Potsdam), Oktober 1925 Reichswehrministerium (In 7: Inspektion der Nachrichtentruppen); *1. 2. 1927 Major*; Oktober 1928 Lehrgangsleiter und Taktiklehrer beim Stab der 6. Division (Münster), Oktober 1929 Lehrgangsleiter und Taktiklehrer beim Stab der 3. Division (Berlin); *1. 4. 1931 Oberstleutnant*; Juni 1931 Chef des Stabes der Inspektion der Nachrichtentruppen im Reichswehrministerium (In 7), Juli 1932 Kommandeur der Offizierslehrgänge (Berlin); *1. 10. 1933 Oberst*; Oktober 1934 Kommandeur des Infanterie-Regiments 13 (Ludwigsburg), November 1935 Quartiermeister III im Generalstab des Heeres; *1. 10. 1936 Generalmajor*; Oktober 1937 Kommandeur der 1. Panzer-Division (Weimar); *1. 6. 1938 Generalleutnant*; 1. 2. 1940 Kommandierender General des XXXIX. Armeekorps (mot.); *1. 6. 1940 General der Panzertruppe*; 26. 11. 1941 bis 15. 1. 1942 Beauftragung mit der Führung der 2. Armee, 25. 12. 1941 Oberbefehlshaber der 2. Panzerarmee; *1. 1. 1942 Generaloberst*; Juli 1943 Abberufung, Führerreserve OKH, September 1943 Verabschiedung, Dezember 1947 Verhaftung in Ellerich/Harz und bis 1955 sowjetische Kriegsgefangenschaft.

EK II, EK I, 3. 6. 1940 Ritterkreuz, 10. 7. 1941 Eichenlaub.

Generaloberst Eugen Ritter v. Schobert am Pruth, Juli 1941; Bundesarchiv

22) Eugen Ritter von Schobert

* 13. 3. 1883 Würzburg, †12. 9. 1941 Kachovka bei Kiev (gefallen); evangelisch.

(V) Karl Schobert, Königlich bayerischer Major; (M) Anna, geb. Michaely; (EF) 1921 Alice, geb. Rieder-Gollwitzer; (K) zwei Söhne, eine Tochter.

1893 bis 1896 Wilhelms-Gymnasium in München, 1896 bis 1902 Königlich bayerisches Kadetten-Korps in München – Abitur.

14. 7. 1902 Eintritt in das 1. Königlich bayerische Infanterie-Regiment „König" (München) als *Fähnrich*; *9. 3. 1904 Leutnant*; April 1910 Bataillonsadjutant, Juni bis Dezember 1911 Ausbildung als Flugzeugführer in der Luftschifferabteilung; *7. 3. 1912 Oberleutnant*; Erster Weltkrieg: Verwendung an der Westfront, Juli 1918 schwere Verwundung; *9. 8. 1915 Hauptmann*; Regimentsadjutant, Kompaniechef, Oktober 1917 Bataillonskommandeur, Mai 1919 Kommandeur der 8. (MG-)Kompanie des Reichswehr-Schützen-Regiments 42; *22. 2. 1924 Major*;

Oktober 1924 Bataillonskommandeur im Infanterie-Regiment 19 (Kempten), Januar 1926 Kommandantur Ingolstadt, Januar 1926 Kommandierung zum Stab der 7. Division (München), Februar 1927 Reichswehrministerium (In 2: Inspektion der Infanterie), Februar 1929 Kommandeur des II. Bataillons des Infanterie-Regiments 19 (Augsburg); *1. 4. 1929 Oberstleutnant*; November 1930 Stab des Gruppenkommandos 2 (Kassel); *1. 4. 1932 Oberst*; April 1933 Chef des Stabes der Inspektion der Infanterie im Reichswehrministerium, Dezember 1933 Inspekteur der Infanterie im Reichswehrministerium, August 1934 Infanterie-Führer VII (München); *1. 10. 1934 Generalmajor*; Oktober 1935 Kommandeur der 17. Infanterie-Division (Nürnberg), März 1936 Kommandeur der 33. Infanterie-Division (Mannheim); *1. 1. 1937 Generalleutnant*; *1. 2. 1938 General der Infanterie*; März 1938 Kommandierender General des VII. Armeekorps und Befehlshaber im Wehrkreis VII (München); *19. 7. 1940 Generaloberst*; Oktober 1940 Oberbefehlshaber der 11. Armee.

14. 9. 1914 EK II, 11. 11. 1915 EK I, 6. 5. 1918 Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 23. 3. 1918 Königlich bayerischer Militär-Max-Joseph-Orden, 29. 6. 1940 Ritterkreuz.

Generaloberst Adolf Strauß in den ersten Tagen des Ostfeldzugs, Juni 1941; Bundesarchiv

23) Adolf Strauß

* 6. 9. 1879 Schermke/Kreis Oschersleben, † 30. 3. 1973 Lübeck; evangelisch.

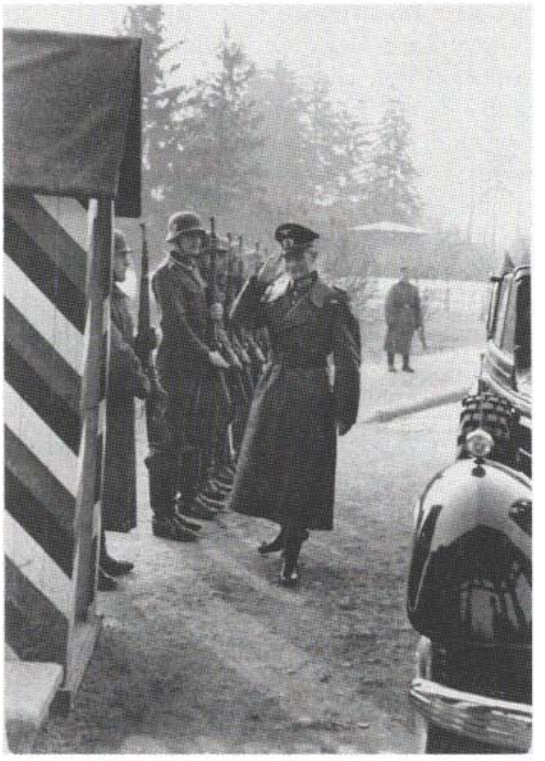
(V) Karl, Königlich preußischer Oberamtmann, Domänenpächter; (M) Amalie, geb. Gutknecht; (EF) 1921 Hanna, geb. von Schröder; (K) 1921 Ingeborg, 1924 Helga.

Gymnasium in Bernburg, Kadettenanstalt in Bensberg, Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde – Primareife.

15. 3. 1898 Eintritt in das Königlich Preußische (2. Unterelsässische) Infanterie-Regiment 137 (Hagenau) als *Fähnrich*; Oktober 1898 bis Juni 1899 Kommandierung zur Kriegsschule Hersfeld; *17. 10. 1899 Leutnant*; Mai 1901 bis April 1902 Kommandierung zum Train-Bataillon 15 (Straßburg), April 1902 Überführung zu den Reserve-Offizieren des Regiments, Februar 1904 Kommandierung zum Infanterie-Regiment 71 (Erfurt/Sondershausen), Mai 1905 Infanterie-Regiment 162 (Lübeck); *16. 6. 1910 Oberleutnant*; Oktober 1911 bis Juli 1914 Kommandierung zur Kriegsakademie (Berlin); Erster Weltkrieg: Verwendung an der Westfront,

Juni 1918 leichte Verwundung; August 1914 Generalstab der 17. Reserve-Division (Ordonnanzoffizier); *8. 10. 1914 Hauptmann*; Januar 1915 Adjutant bei der 15. Landwehr-Division, Juli bis November 1915 Kompaniechef im Infanterie-Regiment 52, Dezember 1915 Adjutant bei der 15. Landwehr-Division, Mai bis Juni 1917 Kommandierung als Kommandeur des II. Bataillons des Österreichisch-ungarischen Infanterie-Regiments 4, Januar 1918 Kommandeur des III. Bataillons des Infanterie-Regiments 99, März bis April 1919 Adjutant in der Freiwilligen 81. Infanterie-Brigade, April 1919 Chef der 6. Kompanie des Reichswehr-Schützen-Regiments 18, Oktober 1920 Chef der 6. Kompanie des Infanterie-Regiments 6 (Lübeck), November 1920 Stab des II. Bataillons (Ratzeburg), Januar 1921 Stab des A/Bataillons, März 1921 Chef der 14. Kompanie, Oktober 1921 Stab des A/Bataillons, November 1923 Kommandierung zur Schiffsstammdivision der Ostsee; *1. 2. 1924 Major*; Februar 1924 Kommandantur des Truppenübungsplatzes Hammerstein, März 1926 Taktiklehrer an der Infanterie-Schule (Dresden), Oktober 1928 Kommandeur des III. Bataillons des Infanterie-Regiments 6 (Lübeck); *1. 5. 1929 Oberstleutnant*; November 1930 Stab des Infanterie-Regiments 6; *1. 4. 1932 Oberst*; Oktober 1932 Kommandeur des Infanterie-Regiments 4 (Kolberg), September 1934 Inspekteur der Infanterie im Reichswehrministerium; *1. 12. 1934 Generalmajor*; September 1935 Infanterie-Führer VI (Münster), Oktober 1935 Kommandeur der 22. Infanterie-Division (Bremen); *20. 4. 1937 Generalleutnant; 10. 11. 1938 General der Infanterie;* November 1938 Kommandierender General des II. Armeekorps, Juni 1940 Oberbefehlshaber der 9. Armee; *19. 7. 1940 Generaloberst*; 16. 1. 1942 Abberufung (Übergabe: 17. 1. 1942), Führerreserve OKH, August 1944 Leitung des Festungsausbaus der Oder-Warthe-Stellung, Januar 1945 Kommandant des Festungsbereichs Ost, Mai 1945 bis Mai 1948 britische Kriegsgefangenschaft.

22. 9. 1914 EK II, Oktober 1915 EK I, Juli 1918 Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 29. 10. 1939 Ritterkreuz.



General der Infanterie Carl-Heinrich v. Stülpnagel in Paris, nach 1942; Bundesarchiv

24) Carl-Heinrich von Stülpnagel

* 2. 1. 1886 Berlin, † 30. 8. 1944 Berlin-Plötzensee (hingerichtet); evangelisch.

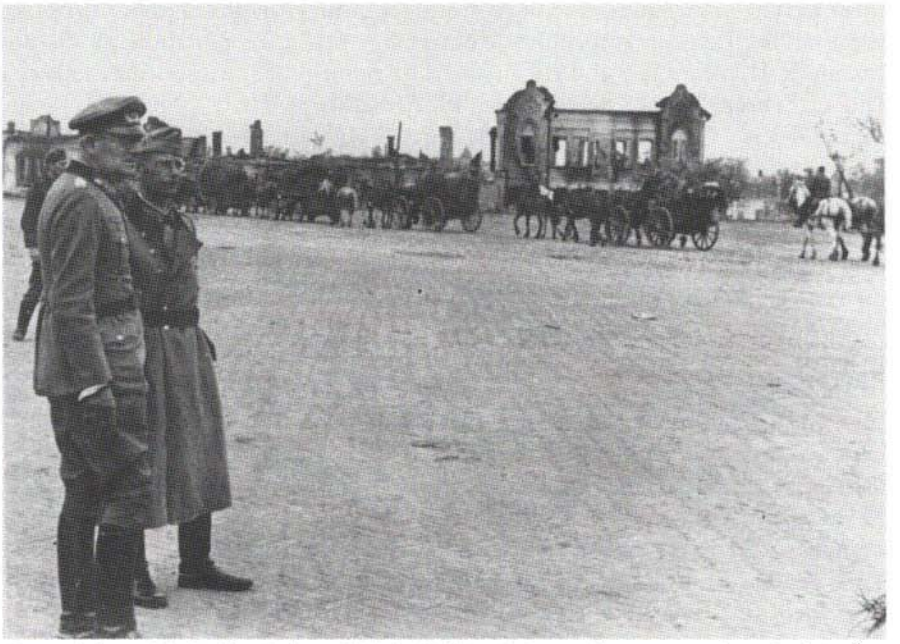
(V) Hermann, Königlich preußischer Generalleutnant; (M) Luise, geb. Freiin von der Tann-Rathsamhausen; (EF) 1916 Helene, geb. Freiin von Pentz; (K) 1917 Joachim, 1919 Walter, 1923 Marie-Luise.

Lessing-Gymnasium in Frankfurt a. M. – Abitur.

1. 10. 1904 Eintritt in das (1. Großherzoglich hessische) Leibgarde-Infanterie-Regiment 115 (Darmstadt) als *Fahnenjunker*; *18. 5. 1905 Fähnrich*; *27. 1. 1906 Leutnant*; Oktober 1911 bis Juli 1914 Kommandierung zur Kriegsakademie (Berlin); *19. 7. 1913 Oberleutnant*; Erster Weltkrieg: Westfront, ab Herbst 1915 Balkan und Rumänien, Frühjahr 1917 Westfront, Herbst 1917 Ostfront, dann wieder Westfront, Sommer 1918 Verwundung; August 1914 Chef der 12. Kompanie des Leibgarde-Infanterie-Regiments 115, September 1914 Regimentsadjutant; *26. 1. 1915 Hauptmann*; März 1915 Generalstab des IV. Reservekorps (Ic), April 1916 Generalstab des Karpatenkorps, Frühjahr 1917 Generalstab der 18. Division (Ia), Ok-

tober 1918 Kommandierung zum Auswärtigen Amt, ebenfalls Oktober 1918 Generalstab der Etappen-Inspektion 7, November 1918 Generalstab der 3. Garde-Infanterie-Division, Januar 1919 Infanterie-Regiment 115, dann beim Freikorps Faupel, Februar 1919 Generalstab des VI. Armeekorps, Mai 1920 Stab des Infanterie-Führers 7 (Münster), Juli 1920 Stab der 3. Division (Berlin), April 1922 Stab des Infanterie-Führers VI (Münster), März 1924 Kompaniechef im Infanterie-Regiment 3 (Deutsch-Eylau); *1. 5. 1925 Major*; Februar 1926 Reichswehrministerium (T 2: Heeres-Organisations-Abteilung), Februar 1927 Stab der 6. Division (Münster), Juni 1929 Kommandeur des II. Bataillons des Infanterie-Regiments 5 (Stettin); *1. 2. 1930 Oberstleutnant*; August 1931 Infanterie-Regiment 4 (Kolberg), zugleich Kommandierung zur 4. Division (Dresden), Februar 1932 Stab des Reiter-Regiments 7 (Breslau), zugleich Kommandierung als Lehrgangsleiter zur Infanterie-Schule (Dresden); *1. 12. 1932 Oberst*; März 1933 Chef der Abteilung Fremde Heere (T 3) im Reichswehrministerium; *1. 10. 1935 Generalmajor*; Oktober 1936 Kommandeur der 30. Infanterie-Division (Lübeck); *1. 10. 1937 Generalleutnant*; Februar 1938 Oberquartiermeister II im Generalstab des Heeres; *1. 4. 1939 General der Infanterie*; Oktober 1939 Oberquartiermeister I im Generalstab des Heeres, Mai 1940 Kommandierender General des II. Armeekorps, Juni 1940 Vorsitzender der Kommission für den Waffenstillstand mit Frankreich (Wiesbaden), Februar 1941 Oberbefehlshaber der 17. Armee, 5. 10. 1941 Abberufung (Übergabe: 9. 10. 1941), 25. 11. 1941 Führerreserve OKH, 13. 2. 1942 Militärbefehlshaber in Frankreich, 20. 7. 1944 wegen Beteiligung am Staatsstreich gegen Hitler seiner Stellung enthoben, 21. 7. 1944 Selbstmordversuch, August 1944 vom „Ehrenhof des deutschen Heeres" aus der Wehrmacht ausgestoßen, 30. 8. 1944 Verurteilung durch den Volksgerichtshof zum Tode.

EK II, EK I, 21. 8. 1941 Ritterkreuz.



Generaloberst Maximilian Frhr. v. Weichs (links) mit Generalleutnant Herbert Loch in Černigov, September 1941; Bundesarchiv

25) Maximilian Freiherr von Weichs

* 12. 11. 1881 Dessau, † 27. 9. 1954 Burg Rösberg/Bonn; katholisch.

(V) Otto, Oberstallmeister des Herzogs von Anhalt; (M) Auguste, geb. Freiin von Redwitz; (EF) 1928 Maria Margarete, geb. von Nieswand.

1895 bis 1900 Wilhelms-Gymnasium in München – Abitur.

15. 7. 1900 Eintritt in das Königlich bayerische 2. Schwere-Reiter-Regiment (Landshut) als *Fahnenjunker*; *1. 12. 1900 Unteroffizier*; *8. 2. 1901 Fähnrich*; März 1901 bis Februar 1902 Kommandierung zur Kriegsschule München; *9. 3. 1902 Leutnant*; Februar 1906 Regimentsadjutant, Oktober 1908 bis September 1910 Kommandierung zur Militär-Reitschule, Oktober 1910 bis September 1913 Kommandierung zur bayerischen Kriegsakademie (München); *3. 9. 1911 Oberleutnant*; *22. 2. 1914 Rittmeister*; Erster Weltkrieg: August 1914 Westfront, September 1914 bis September 1915 Ostfront, Oktober 1915 bis März 1916 Balkan, April 1916 bis November 1918 Westfront; August 1914 Generalstab der bayerischen Kavallerie-Division (Ordonnanzoffizier), Oktober 1914 Adjutant der 4. bayerischen Kavallerie-Brigade, Mai 1915 Generalstab der 5. bayerischen Infanterie-Division (Ib), Dezember 1916 bis April 1917 Kommandierung zum Oberkom-

mando der Armee-Abteilung A, Juni 1917 Stellvertretendes Generalkommando des II. bayerischen Armeekorps, April bis Mai 1918 Kommandierung zum Generalkommando des XV. bayerischen Reserve-Armeekorps, Dezember 1918 Generalstab des II. bayerischen Armeekorps, Mai 1919 Stab der Reichswehr-Brigade 23 (Würzburg), April 1920 Stab der 3. Kavallerie-Division (Kassel), April 1922 Eskadronchef im Reiter-Regiment 18 (Stuttgart-Cannstatt); *5. 2. 1923 Major*; Februar 1925 Taktiklehrer an der Infanterie-Schule (Ohrdruf, ab 1926 Dresden), Oktober 1925 bis Februar 1926 Kommandierung zum Reiter-Regiment 18, Oktober 1927 Stab des Reiter-Regiments 18; *1. 2. 1928 Oberstleutnant*; Februar 1928 Kommandeur des Reiter-Regiments 18, März 1930 Chef des Stabes der 1. Kavallerie-Division (Frankfurt/Oder); *1. 11. 1930 Oberst*; Dezember 1932 Stab des Gruppenkommandos 2 (Kassel), Februar 1933 Infanterie-Führer III (Berlin); *1. 4. 1933 Generalmajor*; Oktober 1933 Stab der 3. Kavallerie-Division (Weimar), Dezember 1933 Kommandeur der 3. Kavallerie-Division; *20. 4. 1935 Generalleutnant*; Oktober 1935 Kommandeur der 1. Panzer-Division (Weimar), Mai bis Oktober 1936 Kommandierung zur Vertretung des Kommandierenden Generals des VII. Armeekorps (München); *2. 10. 1936 General der Kavallerie*; Oktober 1937 Kommandierender General des VIII. Armeekorps (Nürnberg), Oktober 1939 Oberbefehlshaber der 2. Armee; *19. 7. 1940 Generaloberst*; Juli 1942 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B; *1. 2. 1943 Generalfeldmarschall*; Juli 1943 Führerreserve OKH, August 1943 Oberbefehlshaber Südost und Oberbefehlshaber der Heeresgruppe F, März 1945 Abberufung, Führerreserve OKH, Mai 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft, Angeklagter vor dem amerikanischen Militärtribunal in Nürnberg (Fall 7), November 1948 Haftentlassung.

5. 10. 1914 EK II, 13. 11. 1915 EK I, 22. 4. 1918 Ritterkreuz des Königlich preußischen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern, 29. 6. 1940 Ritterkreuz, 5. 2. 1945 Eichenlaub.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
Abw.	Abwehr
ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945
A.K.	Armeekorps
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
AOK	Armeeoberkommando
AWA	Allgemeines Wehrmachtsamt
Az.	Aktenzeichen
BAB	Bundesarchiv Berlin
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BAL	Bundesarchiv Ludwigsburg
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i.Br.
Bd., Bde.	Band, Bände
Berück	Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets
BHStA-KA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Abt. Kriegsarchiv
Bl.	Blatt
BStU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Berlin, Zentralarchiv
Chefs.	Chefsache
CSDIC	Combined Services Detailed Interrogation Center
Ders.	Derselbe
Div.	Division
Dok.	Dokument
DRZW	Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg
Dulag	Durchgangslager
Ebd.	Ebenda
EK	Eisernes Kreuz
Ek	Einsatzkommando
EM	Ereignismeldung
f.	folgende
g.	geheim
geh.	geheim
geh.Kdos.	geheime Kommandosache
Gen.Kdo.	Generalkommando
Gen.Qu.	Generalquartiermeister

Gen.St.	Generalstab
Gen.St.d.H.	Generalstab des Heeres
Gestapo	Geheime Staatspolizei
gez.	gezeichnet
GFP	Geheime Feldpolizei
GPU	Gosudarstvennoe Političeskoe Upravlenie (Staatliche Politische Verwaltung)
Gr.	Gruppe
H.Dv.	Heeresdruckvorschrift
H.Dv.g.	Heeresdruckvorschrift geheim
H.Gr.Kdo.	Heeresgruppenkommando
HLKO	Haager Landkriegsordnung
Höh.Kdo.	Höheres Kommando
Hrsg.	Herausgeber
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer
HStA	Hauptstaatsarchiv
I.D.	Infanteriedivision
IfZ	Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
i.G.	im Generalstab
IMT	Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (International Military Tribunal)
i.V.	in Vertretung
Kdo.	Kommando
Kdos.	Kommandosache
Kdr.	Kommandeur
Kdt.	Kommandant
K.G.	Kommandierender General
Kgf.	Kriegsgefangene
Korück	Kommandant des rückwärtigen Armeegebiets
Kp.	Kompanie
KTB	Kriegstagebuch
KTB/OKW	Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht
KV	Kriegsverwaltung
KZ	Konzentrationslager
L	Landesverteidigung
La	Landwirtschaft
MG, M.G.	Maschinengewehr
mot.	motorisiert
MP	Maschinenpistole
NA	National Archives Washington D.C.
NKVD	Narodnyj Komissariat Vnutrennych Del (Volkskommissariat des Innern)
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OB, O.B.	Oberbefehlshaber

OB.d.H.	Oberbefehlshaber des Heeres
Oberkdo.	Oberkommando
o.D.	ohne Datum
Offz.	Offizier
OKH	Oberkommando des Heeres
OKL	Oberkommando der Luftwaffe
OKM	Oberkommando der Marine
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
Op.Abt.	Operationsabteilung
O.Qu.	Oberquartiermeister
OT	Organisation Todt
PA-AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Berlin
Pak	Panzerabwehrkanone
pp.	perge, perge (und so weiter)
Prop.	Propaganda
Pz.AOK	Panzerarmeeoberkommando
Pz.Div.	Panzerdivision
Pz.Gr.Kdo.	Panzergruppenkommando
Qu.	Quartiermeister
RFSS	Reichsführer SS
Rgt.	Regiment
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
rückw.H.Geb.	rückwärtiges Heeresgebiet
R.Wes.	Rechtswesen
S.	Seite
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst
Sipo	Sicherheitspolizei
Sk	Sonderkommando
SS	Schutzstaffel
SU	Sowjetunion
t, to.	Tonne
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
u.U.	unter Umständen
VAA	Vertreter des Auswärtigen Amts
vgl.	vergleiche
VO	Verbindungsoffizier
WFSt	Wehrmachtführungsstab
Wi	Wirtschaft
WiRüAmt	Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt
z.b.V.	zur besonderen Verwendung
zgl.	zugleich
zit.	zitiert
z.Zt.	zur Zeit

Abteilungen und Offiziere in den Oberkommandos des Heeres:

OB	Oberbefehlshaber
Chef	Chef des Generalstabs
Ia	Führungsabteilung, 1. Generalstabsoffizier
O.Qu.	Oberquartiermeisterabteilung, Oberquartiermeister (bei Armeeoberkommandos, später auch bei Heeresgruppenkommandos; bei sonstigen Kommandobehörden: Ib, Qu. = Quartiermeisterabteilung, 2. Generalstabsoffizier)
Qu. 2	Unterabteilung für Nachschub und Versorgung, 2. Generalstabsoffizier
Qu. 2	Unterabteilung für Sicherungs- und Ordnungsdienste, vollziehende Gewalt, Kriegsgefangenenwesen, 5. Generalstabsoffizier
Ic	Feindnachrichtenabteilung, 3. Generalstabsoffizier
Ic/AO	Unterabteilung für Abwehr, Abwehroffizier
Id	Ausbildungsabteilung, 4. Generalstabsoffizier
IIa	1. Adjutant (Offizier-Personalien)
IIb	2. Adjutant (Unteroffiziere und Mannschaften)
III	Gericht
IVa	Intendant
IVb	Arzt
IVc	Veterinär
IVd	Geistlicher
IV Wi	Wehrwirtschaftsoffizier, Verbindungsoffizier zum WiRüAmt
V	Kraftfahrwesen

Quellen- und Literaturverzeichnis

A. Archivalien

1. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Abt. Kriegsarchiv (BHStA-KA München)

OP-61621 Personalakte Eugen Ritter v. Schobert

2. Bundesarchiv Berlin (BAB)

BDC-Akte, Nr. 1938 Parteikorrespondenz Dietl
NS 33 SS-Führungshauptamt
R 6 Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
R 20 Einheiten und Schulen der Ordnungspolizei

3. Bundesarchiv Koblenz (BAK)

All. Proz. 2 Nürnberger Nachkriegsprozesse, Akten der Anklage FC6176P, FC6177P, FC6180P: Interrogations

4. Bundesarchiv Ludwigsburg (BAL; früher: Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen)

204 AR-Z 3/67 Verfahren gegen Rudolf Paltzo (AOK 6)
207 AR 2142/66 Verfahren gegen Hermann Hubig (Einsatzgruppe A, Ek 1b)
213 AR 1897/66 Verfahren gegen Walter Bierkamp u. a. (Einsatzgruppe D, Stab)

5. Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br. (BA-MA)

a. Militärgeschichtliche Sammlung (MSg)

MSg 1/47 Günther Blumentritt, Manuskript zu Gerd v. Rundstedt
MSg 1/534 Günther v. Kluge, Auszüge aus Briefen, 1939–1944
MSg 1/1225 Erfahrungsbericht Richard Ruoff, 1946
MSg 1/1893 Gerd v. Rundstedt, Auszüge aus Briefen an seine Frau, 1941–1943
MSg 1/2188 Korrespondenz Kurt Brennecke
MSg 1/2741 Philipp Frhr. v. Boeselager, Lebenserinnerungen, ca. 1985
MSg 1/3153 Ferdinand Heim, Unterlagen
MSg 109 Biographische „Sammlung Krug“

b. Nachlässe (N)

N 19	Maximilian Frhr. v. Weichs
N 22	Fedor v. Bock
N 28	Ludwig Beck
N 51	Erich Hoepner
N 67	Hans Felber
N 145	Wilhelm Ritter v. Leeb
N 231	Hermann v. Witzleben
N 245	Hans-Georg Reinhardt
N 252	Günther Blumentritt
N 260	Rudolf v. Bünau
N 265	Gotthard Heinrici
N 300	Nikolaus v. Falkenhorst
N 354	Ewald v. Kleist
N 372	Friedrich Paulus
N 431	Hans Laternser
N 503	Hermann Hoth
N 510	Eduard Wagner
N 543	Walther K. Nehring
N 594	Georg v. Sodenstern
N 654	August Winter
N 664	Karl Wilhelm Thilo
N 671	Wolfram Frhr. v. Richthofen

c. Personalakten (Pers)

Pers 6/2	Fedor v. Bock
Pers 6/4	Ernst Busch
Pers 6/7	Ewald v. Kleist
Pers 6/8	Georg v. Küchler
Pers 6/9	Wilhelm Ritter v. Leeb
Pers 6/12	Walter Model
Pers 6/13	Walter v. Reichenau
Pers 6/16	Gerd v. Rundstedt
Pers 6/22	Eduard Dietl
Pers 6/24	Nikolaus v. Falkenhorst
Pers 6/27	Heinz Guderian
Pers 6/30	Gotthard Heinrici
Pers 6/33	Erich v. Manstein
Pers 6/36	Erich Hoepner
Pers 6/38	Hermann Hoth
Pers 6/45	Georg Lindemann
Pers 6/50	Hans-Georg Reinhardt
Pers 6/52	Richard Ruoff
Pers 6/54	Eugen Ritter v. Schobert
Pers 6/56	Adolf Strauß
Pers 6/62	Maximilian Frhr. v. Weichs

d. Heeresdienststellen (RH)

RH 1	Oberbefehlshaber des Heeres, Adjutantur
RH 2	Oberkommando des Heeres/Generalstab des Heeres
RH 3	Oberkommando des Heeres/Generalquartiermeister
RH 7	Oberkommando des Heeres/Heerespersonalamt

RH 19 I	Heeresgruppe Süd
RH 19 II	Heeresgruppe Mitte
RH 19 III	Heeresgruppe Nord
RH 20–2	Armeeoberkommando 2
RH 20–4	Armeeoberkommando 4
RH 20–6	Armeeoberkommando 6
RH 20–9	Armeeoberkommando 9
RH 20–11	Armeeoberkommando 11
RH 20–16	Armeeoberkommando 16
RH 20–17	Armeeoberkommando 17
RH 20–18	Armeeoberkommando 18
RH 20–20	Gebirgsarmeeoberkommando 20
RH 21–1	Panzerarmeeoberkommando 1
RH 21–2	Panzerarmeeoberkommando 2
RH 21–3	Panzerarmeeoberkommando 3
RH 21–4	Panzerarmeeoberkommando 4
RH 22	Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete
RH 23	Kommandanten der rückwärtigen Armeegebiete
RH 24	Generalkommandos
RH 26	Infanteriedivisionen
RH 27	Panzerdivisionen

e. SS-Dienststellen

RS 3	Divisionen der Waffen-SS
RS 4	Brigaden, Legionen, Standarten sowie Kampfgruppen und Einheiten der Waffen-SS

f. Wehrmachtsdienststellen (RW)

RW 2	Oberkommando der Wehrmacht/Rechtsabteilung
RW 4	Oberkommando der Wehrmacht/Wehrmachtführungsstab
RW 19	Oberkommando der Wehrmacht/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt
RW 31	Wirtschaftsstab Ost
RW 41	Wehrmachtbefehlshaber Ostland und Ukraine
RW 46	Nachgeordnete Dienststellen des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts bei Stäben des Heeres, u. a. Armeewirtschaftsführer
WI ID	Wirtschaftsbestände

6. Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Berlin, Zentralarchiv (BStU)

RHE 4/85, SU
RHE 61/73, SU
ZUV 9

7. Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStA Stuttgart)

M 430/2	Personalakte Richard Ruoff
M 660/025	Nachlass Hubert Lanz, Lebenserinnerungen „Im Zweiten Weltkrieg", 1972

8. Institut für Zeitgeschichte München, Archiv (IfZ-Archiv)

ED 60	Aufzeichnungen Otto Wagener
ED 100	Sammlung David Irving
ED 133	Nachlass Fedor v. Bock
ED 368	Sammlung Godfrey Hornung
F 37	AOK 11, Ic/AO-Meldungen über Partisanen
Fb 112	Ausgewählte Dokumente des Armeeoberkommandos 11
MA 91/1–4	Ereignismeldungen UdSSR der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, Nr. 1–195 [EM]
MA 113	Manstein-Prozess
MA 261	Oberbefehlshaber des Heeres
MA 1563	Nürnberger Dokumente, NG-Serie
MA 1564	Nürnberger Dokumente, NOKW-Serie
MA 1569	Nürnberger Dokumente, Interrogations
MB 31	Nürnberger Prozesse, Fall 12
Ms 306	Berichte der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei im Polenfeldzug
NO	Nürnberger Dokumente, NO-Serie
PS	Nürnberger Dokumente, PS-Serie
ZS/A 28	Sammlung Hermann v. Witzleben
ZS 66	Zeugenschrifttum Gotthard Heinrici
ZS 75	Zeugenschrifttum Hermann Hoth
ZS 129	Zeugenschrifttum Gerd v. Rundstedt
ZS 182	Zeugenschrifttum Maximilian Frhr. v. Weichs
ZS 196	Zeugenschrifttum H.J.W. v. Witzleben
ZS 240	Zeugenschrifttum Franz Halder

9. National Archives Washington D.C. (NA)

RG 238	World War II Crimes Records
Mikrofilme:	
T 312/116, 143, 158	Armeeoberkommando 4
T 312/674	Armeeoberkommando 17
T 312/781, 782, 799, 805	Armeeoberkommando 18
T 313/18	Panzerarmeeoberkommando 1
T 313/225, 237, 253, 254	Panzerarmeeoberkommando 3
T 313/344	Panzerarmeeoberkommando 4
T 315/198	4. Panzerdivision
T 501/3, 37	Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Süd
T 501/14	Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Nord

10. Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Berlin (PA-AA)

R 105177	Abt. Pol. XIII, Allgemeine Akten, Eigene und Feindpropaganda, Zivilverwaltung, Partisanen, Behandlung der Kommissare, Lageberichte usw.
R 105181	Abt. Pol. XIII, Allgemeine Akten, Studentenvereinigung der Ukrainer, Propaganda, Kriegsgefangene, Verschiedene Berichte usw.
R 60739, R 60740	Abt. Inf., VAA bei den AOKs, Werner Otto v. Hentig, Lageberichte Osten, Propagandamaterial und Schriftwechsel

R 60759 Abt. Inf., VAA bei den AOKs, Franz Schattenfroh, Lageberichte Osten, Propagandamaterial, Meldungen u. Schriftwechsel

R 60760 Abt. Inf., VAA bei den AOKs, Josef Schlemann, Lageberichte Baltikum, Schriftwechsel

R 60763 Abt. Inf., VAA bei den AOKs, Conrad v. Schubert, Lageberichte Osten, Schriftwechsel u. Meldungen

Nachlass Werner Otto v. Hentig

11. U.S. Holocaust Memorial Museum, Washington D.C.

RG-22002 M Dokumente aus dem Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii (GARF)

12. Privatarchiv Rüdiger v. Manstein, Irschenhausen

Briefe und Tagebücher Erich v. Mansteins aus seiner Zeit als Kommandierender General des LVI. Armeekorps (mot.), Juni bis September 1941

B. Gedruckte Quellen und Literatur

Absolon, Rudolf: Das Offizierkorps des Deutschen Heeres 1935–1945, in: Hanns H. Hofmann (Hrsg.), Das deutsche Offizierkorps 1860–1960. Büdinger Vorträge 1977, Boppard a.Rh. 1980, S. 247–268

Absolon, Rudolf: Die Wehrmacht im Dritten Reich. Aufbau, Gliederung, Recht, Verwaltung, Bd. 1-6, Boppard a.Rh. 1969–1995

Adam, Wilhelm: Der schwere Entschluß, Berlin [Ost] ^{4}1965

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 [ADAP]
Serie C, Bd. 2/1, Göttingen 1973
Serie E, Bd. 1, Göttingen 1969

Aly, Götz: „Endlösung". Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1995

Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005

Anderson, Truman O.: Die 62. Infanterie-Division. Repressalien im Heeresgebiet Süd, Oktober bis Dezember 1941, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, Hamburg 1995, S. 297–314

Angress, Werner T.: Prussia's Army and the Jewish Reserve Officer Controversy before World War I, in: Year Book of the Leo Baeck Institute, London 1972, S. 19–42

Angress, Werner T.: Das deutsche Militär und die Juden im Ersten Weltkrieg, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 19 (1976), S. 77–146

Angrick, Andrej: Das Beispiel Charkow: Massenmord unter deutscher Besatzung, in: Christian Hartmann/Johannes Hürter/Ulrike Jureit (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005, S. 117–124

Angrick, Andrej: Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943, Hamburg 2003

Angrick, Andrej: Die Einsatzgruppe D, in: Peter Klein (Hrsg.), Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 1997, S. 88–110

Angrick, Andrej: Die Einsatzgruppe D und die Kollaboration, in: Wolf Kaiser (Hrsg.), Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden, Berlin/München 2002, S. 71–84

Angrick, Andrej [u. a.]: „Da hätte man schon ein Tagebuch führen müssen". Das Polizeibataillon 322 und die Judenmorde im Bereich der Heeresgruppe Mitte während des Sommers und Herbstes 1941. Mit einer Auseinandersetzung über die rechtlichen Konsequenzen, in: Helge Grabitz [u. a.] (Hrsg.), Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektive der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Festschrift für Wolfgang Scheffler, Berlin 1994, S. 325–385

Angrick, Andrej: Im Windschatten der 11. Armee. Die Einsatzgruppe D, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront" und besetztes Europa, Darmstadt 2000, S. 481–502

Armstrong, John A. (Hrsg.): Soviet Partisans in World War II, Madison, Wisc. 1964

Arnold, Dietmar: Neue Reichskanzlei und Führerbunker. Legenden und Wirklichkeit, Berlin 2005

Arnold, Klaus Jochen: Die Eroberung und Behandlung der Stadt Kiew durch die Wehrmacht im September 1941. Zur Radikalisierung der Besatzungspolitik, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 58 (1999), S. 23–63

Arnold, Klaus Jochen: Verbrecher aus eigener Initiative? Der 20. Juli und die Thesen Christian Gerlachs, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 53 (2002), S. 20–31

Arnold, Klaus Jochen: Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Kriegführung und Radikalisierung im „Unternehmen Barbarossa", Berlin 2004

Assmann, Aleida: Externalisierung, Internalisierung und kulturelles Gedächtnis, in: Walter Sprondel (Hrsg.), Die Objektivität der Ordnungen und ihre kommunikative Konstruktion. Festschrift für Thomas Luckmann, Frankfurt a. M. 1994, S. 422–435

Bald, Detlef: Der deutsche Generalstab 1859–1939. Reform und Restauration in Ausbildung und Bildung, München 1977

Bald, Detlef: Vom Kaiserheer zur Bundeswehr. Sozialstruktur des Militärs: Politik der Rekrutierung von Offizieren und Unteroffizieren, Frankfurt a. M./Bern 1981

Bald, Detlef: Der deutsche Offizier. Sozial- und Bildungsgeschichte des deutschen Offizierskorps im 20. Jahrhundert, München 1982

Bald, Detlef (Hrsg.): Militärische Verantwortung in Staat und Gesellschaft. 175 Jahre Generalstabsausbildung in Deutschland, Koblenz 1986

Bald, Detlef/Bald-Gerlich, Gerhild/Ambros, Eduard (Hrsg.): Tradition und Reform im militärischen Bildungswesen. Von der preußischen Allgemeinen Kriegsschule bis zur Führungsakademie der Bundeswehr. Eine Dokumentation 1810–1985, Baden-Baden 1985

Banach, Jens: Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936–1945, Paderborn 1998

Barnett, Correlli (Hrsg.): Hitler's Generals, London 1989

Barth, Boris: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933, Düsseldorf 2003

Bartov, Omer: Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges, Reinbek bei Hamburg 1995

Bartusevičius, Vincas/Tauber, Joachim/Wette, Wolfram (Hrsg.): Holocaust in Litauen. Krieg, Judenmorde und Kollaboration im Jahre 1941, Köln/Weimar/Wien 2003

Baumgart, Winfried: Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939. Eine quellenkritische Untersuchung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), S. 120–149

Baumgart, Winfried: Ludendorff und das Auswärtige Amt zur Besetzung der Krim, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 14 (1966), S. 529–538

Beck, Birgit: Wehrmacht und sexuelle Gewalt. Sexualverbrechen vor deutschen Militärgerichten 1939–1945, Paderborn 2004

Beer, Albert M.: Der Fall Barbarossa. Untersuchung zur Geschichte der Vorbereitung des deutschen Feldzuges gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Jahre 1941, Ellwangen 1978

Ben-Chanan, Yaakow: Juden und Deutsche. Der lange Weg nach Auschwitz, Kassel 1993

Benz, Wolfgang/Kwiet, Konrad/Matthäus, Jürgen (Hrsg.): Einsatz im „Reichskommissariat Ostland". Dokumente zum Völkermord im Baltikum und in Weißrußland, Berlin 1998

Benz, Wolfgang/Neiss, Marion (Hrsg.): Judenmord in Litauen. Studien und Dokumente, Berlin 1999

Berding, Helmut: Moderner Antisemitismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988

Berger, Peter/Luckmann, Thomas: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt a. M. 1974

Birn, Ruth Bettina: Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986

Birn, Ruth Bettina: Zweierlei Wirklichkeit? Fallbeispiele zur Partisanenbekämpfung im Osten, in: Bernd Wegner (Hrsg.), Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum „Unternehmen Barbarossa", München/Zürich 1991, S. 275–290

Bitzel, Uwe: Die Konzeption des Blitzkrieges bei der deutschen Wehrmacht, Frankfurt a. M. 1991

Blumentritt, Günther: Moscow. The Fatal Decisions, New York 1956

Blumentritt, Günther: Von Rundstedt. The Soldier and the Man, London 1952

[Bock, Fedor von:] Generalfeldmarschall Fedor von Bock. Zwischen Pflicht und Verweigerung. Das Kriegstagebuch, hrsg. v. Klaus Gerbet, München/Berlin 1995

Bödecker, Hans Erich: Biographie. Annäherungen an den gegenwärtigen Forschungs- und Diskussionsstand, in: Ders. (Hrsg.), Biographie schreiben, Göttingen 2003, S. 9–63
Boemeke, Manfred E./Chickering, Roger/Förster, Stig (Hrsg.): Anticipating Total War: The German and American Experiences, 1871–1914, Cambridge 1999
Boll, Bernd: „Aktionen nach Kriegsgebrauch". Wehrmacht und 1. SS-Infanteriebrigade 1941, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 775–788
Boll, Bernd: Generalfeldmarschall Erich von Lewinski, gen. von Manstein, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Hitlers militärische Elite, Bd. 2: Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, Darmstadt 1998, S. 143–152
Boll, Bernd: Generalfeldmarschall Walter von Reichenau, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Hitlers militärische Elite, Bd. 1: Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, Darmstadt 1998, S. 195–202
Boll, Bernd: Zloczow, Juli 1941: Die Wehrmacht und der Beginn des Holocaust in Galizien, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50 (2002), S. 899–917
Boll, Bernd/Safrian, Hans: Auf dem Weg nach Stalingrad. Die 6. Armee 1941/42, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, Hamburg 1995, S. 260–296
Bonwetsch, Bernd: Sowjetische Partisanen 1941–1944. Legenden und Wirklichkeit des „allgemeinen Volkskrieges", in: Gerhard Schulz (Hrsg.), Partisanen und Volkskrieg. Zur Revolutionierung des Krieges im 20. Jahrhundert, Göttingen 1985, S. 92–124
Bor, Peter: Gespräche mit Halder, Wiesbaden 1950
Bötsch, Hermann: Dr. Karl Sack. Wehrmachtsrichter in der Zeit des Nationalsozialismus, Bonn 1993
Bradley, Dermot [u. a.] (Hrsg.): Deutschlands Generale und Admirale. Reihe 4: Die Generale des Heeres 1921–1945, bisher 7 Bde. (Abberger – Luz), Osnabrück 1993–2004
Bradley, Dermot: Generaloberst Heinz Guderian und die Entstehungsgeschichte des modernen Blitzkrieges, Osnabrück 1978
Bradley, Dermot/Schulze-Kossens, Richard (Hrsg.): Tätigkeitsbericht des Chefs des Heerespersonalamtes General der Infanterie Rudolf Schmundt, fortgeführt von General der Infanterie Wilhelm Burgdorf, 1. 10. 1942–29. 10. 1944, Osnabrück 1984
Breit, Gotthard: Das Staats- und Gesellschaftsbild deutscher Generale beider Weltkriege im Spiegel ihrer Memoiren, Boppard a.Rh. 1973
Breker, Arno: Im Strahlungsfeld der Ereignisse. Leben und Wirken eines Künstlers. Porträts, Begegnungen, Schicksale, Preußisch Oldendorf 1972
Breymayer, Ursula/Ulrich, Bernd/Wieland, Karin (Hrsg.): Willensmenschen. Über deutsche Offiziere, Frankfurt a. M. 1999
Bröckling, Ulrich: Disziplin. Soziologie und Geschichte militärischer Gehorsamsproduktion, München 1997
Broszat, Martin: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961
Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 91981
Broucek, Peter (Hrsg.): Ein General im Zwielicht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau, Bd. 2: Minister im Ständestaat und General im OKW, Wien [u. a.] 1983
Browning, Christopher: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung" in Polen, Hamburg 1993
Bruch, Rüdiger vom: Wilhelminismus. Zum Wandel von Milieu und politischer Kultur, in: Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht (Hrsg.), Handbuch zur „Völkischen Bewegung" 1871–1918, München [u. a.] 1996, S. 3–21
Bubnys, Arknas: Die litauischen Hilfspolizeibataillone und der Holocaust, in: Vincas Bartusevičius/Joachim Tauber/Wolfram Wette (Hrsg.), Holocaust in Litauen. Krieg, Judenmorde und Kollaboration im Jahre 1941, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 117–131
Buchbender, Ortwin: Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978

Bücheler, Heinrich: Hoepner. Ein deutsches Soldatenschicksal des Zwanzigsten Jahrhunderts, Herford 1980
Bücheler, Heinrich: Carl-Heinrich von Stülpnagel. Soldat – Philosoph – Verschwörer. Biographie, Berlin/Frankfurt a. M. 1989
Bucholz, Arden: Moltke, Schlieffen, and Prussian War Planning, New York 1991
Burdick, Charles B.: Vom Schwert zur Feder. Deutsche Kriegsgefangene im Dienst der Vorbereitung der amerikanischen Kriegsgeschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 10 (1971), S. 69–80
Busch, Ernst: Ist die schlachtentscheidende Rolle der Infanterie zu Ende? In: Jahrbuch für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften 1937/1938, S. 11–27
Bußmann, Walter: Politik und Kriegführung. Erlebte Geschichte und der Beruf des Historikers, in: Fridericiana. Zeitschrift der Universität Karlsruhe, 1983, Heft 32, S. 3–16

Carsten, Francis L.: Reichswehr und Politik 1918–1933, Köln/Berlin ²1965
Chales de Beaulieu, Walter: Generaloberst Erich Hoepner. Militärisches Porträt eines Panzer-Führers, Neckargemünd 1969
Chiari, Bernhard: Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944, Düsseldorf 1998
Chiari, Bernhard: Zwischen Hoffnung und Hunger. Die sowjetische Zivilbevölkerung unter deutscher Besatzung, in: Christian Hartmann/Johannes Hürter/Ulrike Jureit (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005, S. 145–154
Chickering, Roger/Förster, Stig (Hrsg.): Great War, Total War: Combat and Mobilization on the Western Front, 1914–1918, Cambridge 2000
Chickering, Roger/Förster, Stig (Hrsg.): The Shadows of Total War: Europe, East Asia, and the United States, 1919–1939, Cambridge 2003
Chickering, Roger/Förster, Stig/Greiner, Bernd (Hrsg.): A World at Total War: Global Conflict and the Politics of Destruction, 1937–1945, Cambridge 2005
Clasen, Christoph: Generaloberst Hans-Georg Reinhardt (1887–1963), Freiburg i.Br. 1996
Clausewitz, Carl von: Vom Kriege, Berlin/Leipzig ¹²1915
Conze, Werner: Konstitutionelle Monarchie – Industrialisierung. Deutsche Führungsschichten um 1900, in: Hanns Hubert Hofmann/Günther Franz (Hrsg.), Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit. Eine Zwischenbilanz. Büdinger Vorträge 1978, Boppard a.Rh. 1980, S. 173–201
Cooper, Matthew: The Phantom War. The German Struggle against Soviet Partisans 1941–1944, London 1979
Corni, Gustavo/Gies, Horst: Brot – Butter – Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers, Berlin 1997
Creveld, Martin van: Kampfkraft. Militärische Organisation und militärische Leistung 1939–1945, Freiburg i.Br. 1982
Cüppers, Martin: Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer SS und die Judenvernichtung 1939–1945, Darmstadt 2005

Dallin, Alexander: Deutsche Herrschaft in Russland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958
Datner, Szymon: 55 dni Wehrmachtu w Polsce. Zbrodnie dokonane na polskiej ludnosci cywilnej w okresie 1.IX-25.X.1939, Warszawa 1967
Datner, Szymon: Crimes against POWs. Responsibility of the Wehrmacht, Warschau 1964
Datner, Szymon: Crimes committed by the Wehrmacht during the September Campaign and the Period of Military Government (1. Sept. 1939–25. Oct. 1939), in: Polish Western Affairs 3 (1962), S. 294–338
Dean, Martin C.: Collaboration in the Holocaust. Crimes of the local police in Belorussia and Ukraine, 1941–44, New York 2000
Dean, Martin C.: Jewish Property seized in the occupied Soviet Union in 1941 and 1942. The

Records of the Reichshauptkasse Beutestelle, in: Holocaust and Genocide Studies 14 (2000), S. 83–101

Deist, Wilhelm: Zur Geschichte des preußischen Offizierkorps 1888–1918, in: Hanns H. Hofmann (Hrsg.), Das deutsche Offizierkorps 1860–1960. Büdinger Vorträge 1977, Boppard a.Rh. 1980, S. 39–57

Demeter, Karl: Das deutsche Offizierskorps in Gesellschaft und Staat 1650–1945, Frankfurt a.M. ^{4}1965

Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg [DRZW], hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart/München
Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, 1979
Bd. 2: Die Erreichung der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent, 1979
Bd. 3: Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Von der „non belligeranza" Italiens bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, 1984
Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, 1983
Bd. 5/1: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941, 1988
Bd. 5/2: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944/45, 1999
Bd. 6: Der Globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941–1943, 1990
Bd. 9/1: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Politisierung, Vernichtung, Überleben, 2004
Bd. 9/2: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung, 2005

DeWitt, Kurt/Moll, Wilhelm: The Bryansk Area, in: John A. Armstrong (Hrsg.), Soviet Partisans in World War II, Madison, Wisc. 1964, S. 458–516

Dieckmann, Christoph: Der Einsatz „geeigneter Landeseinwohner" am Beispiel Litauens, in: Christian Hartmann/Johannes Hürter/Ulrike Jureit (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005, S. 155–162

Dieckmann, Christoph: Der Krieg und die Ermordung der litauischen Juden, in: Ulrich Herbert (Hrsg.), Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt a.M. 1998, S. 292–329

Diederich, Torsten: Friedrich Paulus – Patriot in zwei Diktaturen, in: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, Berlin ^{2}1998, S. 388–405

Doerry, Martin: Übergangsmenschen. Die Mentalität der Wilhelminer und die Krise des Kaiserreichs, Weinheim/München 1986

Domarus, Max (Hrsg.): Hitler – Reden und Proklamationen, Bd. 2: Untergang (1939–1945), Würzburg 1963

Driftmann, Hans H.: Grundzüge des militärischen Erziehungs- und Bildungswesens in der Zeit 1871–1939, Regensburg 1980

Dülffer, Jost: Kriegserwartung und Kriegsbild in Deutschland vor 1914, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München/Zürich 1994, S. 778–798

Duppler, Jörg/Groß, Gerhard P. (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999

Düsterberg, Rolf: Soldat und Kriegserlebnis. Deutsche militärische Erinnerungsliteratur (1945–1961) zum Zweiten Weltkrieg. Motive, Begriffe, Wertungen, Tübingen 2000

Ebbinghaus, Angelika/Preissler, Gerd: Die Ermordung psychisch kranker Menschen in der Sowjetunion. Dokumentation, in: Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren, Berlin 1985, S. 75–107

Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd 2: 1941–1943, Berlin [Ost] 1985

Eliasberg, George: Der Ruhrkrieg von 1920, Bonn-Bad Godesberg 1974

Endres, Franz Carl: Soziologische Struktur und ihr entsprechende Ideologien des deutschen Offizierkorps vor dem Weltkriege, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 58 (1927), S. 282–319

Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, hrsg. v. Eberhard Jäckel, Peter Longerich u. Julius H. Schoeps, Bd. 1-4, München/Zürich ^{2}1998

Erger, Johannes: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967

Erickson, John: Soviet Women at War, in: John Garrard/Carol Garrard (Hrsg.), World War 2 and the Soviet People. Selected Papers from the Fourth World Congress for Soviet and East European Studies (Harrogate, 1990), London/New York 1993, S. 50–76

Ezergailis, Andrew: The Holocaust in Latvia 1941–1944. The Missing Center, Riga/Washington 1996

Faber du Faur, Moritz von: Macht und Ohnmacht. Erinnerungen eines alten Offiziers, Stuttgart 1953

Fall 12. Das Urteil gegen das Oberkommando der Wehrmacht, gefällt am 28. Oktober 1948 in Nürnberg vom Militärgerichtshof V der Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin [Ost] 1960

Fall Barbarossa. Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht auf die Aggression gegen die Sowjetunion (1940/41), ausgewählt u. eingel. v. Erhard Moritz, Berlin [Ost] 1970

Fest, Joachim: Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli, Berlin 1994

Fischer, Joachim: Das württembergische Offizierkorps 1866–1918, in: Hanns H. Hofmann (Hrsg.), Das deutsche Offizierkorps 1860–1960. Büdinger Vorträge 1977, Boppard a.Rh. 1980, S. 99–138

Fogt, Helmut: Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell, Opladen 1982

Foerster, Roland G. (Hrsg.), Generalfeldmarschall von Moltke. Bedeutung und Wirkung, München 1991

Förster, Gerhard [u.a.]: Der preußisch-deutsche Generalstab 1640–1965. Zu seiner politischen Rolle in der Geschichte, Berlin [Ost] 1966

Förster, Gerhard: Totaler Krieg und Blitzkrieg. Die Theorie des totalen Krieges und des Blitzkrieges in der Militärdoktrin des faschistischen Deutschlands am Vorabend des zweiten Weltkrieges, Berlin [Ost] 1967

Förster, Jürgen: Vom Führerheer der Republik zur nationalsozialistischen Volksarmee. Zum Strukturwandel der Wehrmacht 1935–1945, in: Jost Dülffer/Bernd Martin/Günter Wollstein (Hrsg.), Deutschland in Europa. Kontinuität und Bruch. Gedenkschrift für Andreas Hillgruber, Frankfurt a. M./Berlin 1990, S. 311–328

Förster, Jürgen: Der historische Ort des Unternehmens „Barbarossa", in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München/Zürich 1989, S. 626–640

Förster, Jürgen: Zum Rußlandbild der Militärs 1941–1945, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln/Weimar/Wien 1994, S. 141–163

Förster, Jürgen: Hitlers Verbündete gegen die Sowjetunion 1941 und der Judenmord, in: Christian Hartmann/Johannes Hürter/Ulrike Jureit (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005, S. 91–97

Förster, Jürgen: Wehrmacht, Krieg und Holocaust, in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 948–963

Förster, Jürgen/Mawdsley, Evan: Hitler and Stalin in Perspective: Secret Speeches on the Eve of Barbarossa, in: War in History 11 (2004), S. 61–103

Förster, Stig: Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges, 1871–1914. Metakritik eines Mythos, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 54 (1995), S. 61–95
Förster, Stig: Der Krieg der Willensmenschen. Die deutsche Offizierselite auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg, 1871–1914, in: Ursula Breymayer/Bernd Ulrich/Karin Wieland (Hrsg.), Willensmenschen. Über deutsche Offiziere, Frankfurt a. M. 1999, S. 23–36
Förster, Stig: Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-Quo-Sicherung und Aggression 1890–1913, Stuttgart 1985
Förster, Stig (Hrsg.): An der Schwelle zum Totalen Krieg. Die militärische Debatte über den Krieg der Zukunft 1919–1939, Paderborn [u. a.] 2002
Förster, Stig: Totaler Krieg, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/I. Renz (Hrsg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn 2003, S. 924–926
Förster, Stig: Das Zeitalter des totalen Kriegs, 1861–1945. Konzeptionelle Überlegungen für einen historischen Strukturvergleich, in: Mittelweg 36, Jg. 8 (1999), H. 6, S. 12–48
Förster, Stig/Nagler, Jörg (Hrsg.): On the Road to Total War: The American Civil War and the German Wars of Unification, 1861–1871, Cambridge 1997
Fraenkel, Ernst: Der Doppelstaat. Recht und Justiz im „Dritten Reich", Frankfurt a. M. 1984 [amerikanische Originalausgabe 1941]
Fraser, David: Rommel. Die Biographie, Berlin 1995
Friedrich, Jörg: Das Gesetz des Krieges. Das deutsche Heer in Rußland 1941 bis 1945. Der Prozeß gegen das Oberkommando der Wehrmacht, München/Zürich 1993
Frieser, Karl-Heinz: Blitzkrieg-Legende. Der Westfeldzug 1940, München ²1996
Fritsch-Seerhausen, Thomas Freiherr von: Das sächsische Offizierkorps, in: Hanns H. Hofmann (Hrsg.), Das deutsche Offizierkorps 1860–1960. Büdinger Vorträge 1977, Boppard a.Rh. 1980, S. 59–73
Funck, Marcus: In den Tod gehen. Bilder des Sterbens im 19. und 20. Jahrhundert, in: Ursula Breymayer/Bernd Ulrich/Karin Wieland (Hrsg.), Willensmenschen. Über deutsche Offiziere, Frankfurt a. M. 1999, S. 227–236

Gasparaitis, Siegfried: „Verrätern wird nur dann vergeben, wenn sie wirklich beweisen können, daß sie mindestens einen Juden liquidiert haben". Die „Front Litauischer Aktivisten" (LAF) und die antisowjetischen Aufstände 1941, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), S. 886–904
Gebel, Ralf: „Heim ins Reich!" Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland (1938–1945), München 2000
Gedanken von Moltke, Berlin 1941
Gellermann, Günther W.: Der Krieg, der nicht stattfand. Möglichkeiten, Überlegungen und Entscheidungen der deutschen Obersten Führung zur Verwendung chemischer Kampfstoffe im Zweiten Weltkrieg, Koblenz 1986
Gerlach, Christian: Die Ausweitung der deutschen Massenmorde in den besetzten sowjetischen Gebieten im Herbst 1941. Überlegungen zur Vernichtungspolitik gegen Juden und sowjetische Kriegsgefangene, in: Ders., Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998, S. 10–84
Gerlach, Christian: Die Einsatzgruppe B, in: Peter Klein (Hrsg.), Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 1997, S. 52–70
Gerlach, Christian: Hitlergegner bei der Heeresgruppe Mitte und die „verbrecherischen Befehle", in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, Darmstadt 2000, S. 62–76
Gerlach, Christian: Kontextualisierung der Aktionen eines Mordkommandos – die Einsatzgruppe B, in: Wolf Kaiser (Hrsg.), Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden, Berlin/München 2002, S. 85–95
Gerlach, Christian: Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998

Gerlach, Christian: Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, Hamburg 1995, S. 427–446

Gerlach, Christian: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999

Gerlach, Christian: Militärische „Versorgungszwänge", Besatzungspolitik und Massenverbrechen. Die Rolle des Generalquartiermeisters des Heeres und seiner Dienststellen im Krieg gegen die Sowjetunion, in: Norbert Frei/Sybille Steinbacher/Bernd C. Wagner (Hrsg.), Ausbeutung – Vernichtung – Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, München 2000, S. 175–208

Gersdorff, Rudolf-Christoph Freiherr von: Soldat im Untergang, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1977

Gersdorff, Ursula von: Zum Bild des Kadettenhauses in der deutschen Literatur, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 15 (1965), S. 524–528

Gessner, Klaus: Geheime Feldpolizei. Zur Funktion und Organisation des geheimpolizeilichen Exekutivorgans der faschistischen Wehrmacht, Berlin [Ost] 1986

Gestrich, Andreas: Vergesellschaftungen des Menschen. Einführung in die Historische Sozialisationsforschung, Tübingen 1999

Geyer, Dieter: Ostpolitik und Geschichtsbewußtsein in Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), S. 147–158

Geyer, Michael: Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924–1936, Wiesbaden 1980

Geyer, Michael: Die Geschichte des deutschen Militärs von 1860 bis 1945. Ein Bericht über die Forschungslage (1945–1975), in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Die moderne deutsche Geschichte in der internationalen Forschung 1945–1975, Göttingen 1978, S. 256–286

Geyer, Michael: The Past as Future. The German Officer Corps as Profession, in: Geoffrey Cocks/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), German Professions, 1800–1950, New York/Oxford 1990, S. 183–212

Geyer, Michael: Das Stigma der Gewalt und das Problem der nationalen Identität in Deutschland, in: Christian Jansen/Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod (Hrsg.), Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1995, S. 673–698

[Goebbels, Joseph:] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Russlands hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, München [u.a.]
Bd. 1: Juli – September 1941, 1996
Bd. 2: Oktober – Dezember 1941, 1996
Bd. 3: Januar – März 1942, 1994
Bd. 4: April – Juni 1942, 1995
Bd. 7: Januar – März 1943, 1993
Bd. 8: April – Juni 1943, 1993
Bd. 9: Juli – September 1943, 1993
Bd. 11: Januar – März 1944, 1994
Bd. 12: April – Juni 1944, 1995
Bd. 13: Juli – September 1944, 1995
Bd. 15: Januar – April 1945, 1995

Goeldel, Peter: Die Charaktererziehung im Preußischen Kadettenkorps, in: Archiv für Körpererziehung 1 (1936), S. 73–96

Goffman, Erving: Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen, Frankfurt a.M. 1973

Goldhagen, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996

Goltz, Colmar von der: Offizierstand und Beamtentum, Berlin 1884

Gordon, Harold J.: Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919–1926, Frankfurt a.M. 1959
Görlitz, Walter: Der Deutsche Generalstab. Geschichte und Gestalt, Frankfurt a.M. 21953
Görlitz, Walter: Model. Strategie der Defensive, Wiesbaden 1975
Görlitz, Walter: Paulus – Ich stehe hier auf Befehl. Lebensweg des Generalfeldmarschalls Friedrich Paulus. Mit Aufzeichnungen aus dem Nachlaß, Briefen und Dokumenten, Frankfurt a.M. 1960
Gornig, Gilbert H.: Das nördliche Ostpreußen. Gestern und heute. Eine historische und rechtliche Betrachtung, Bonn 21996
Gorodetsky, Gabriel: Die große Täuschung. Hitler, Stalin und das Unternehmen „Barbarossa", Berlin 2001
Goure, Leon: The Siege of Leningrad, London 1962
Graml, Hermann: Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939, München 1990
Greiner, Bernd: „Die Beschäftigung mit der fernen Vergangenheit ist nutzlos": Der „Totale Krieg" im Spiegel amerikanischer Militärzeitschriften, in: Stig Förster (Hrsg.), An der Schwelle zum Totalen Krieg. Die militärische Debatte über den Krieg der Zukunft 1919–1939, Paderborn [u.a.] 2002, S. 443–467
Greiner, Bernd: Partisanenkampf ohne Partisanen. Über die Rückkehr der Moral in die Geschichte, in: Mittelweg 36, Jg. 7 (1998/99), H. 4, S. 19–27
Greiner, Helmuth: Die oberste Wehrmachtführung 1939–1943, Wiesbaden 1951
Grenkevich, Leonid D.: The Soviet Partisan Movement 1941–1944. A Critical Historiographical Analysis, ed. by David M. Glantz, London/Portland, Or. 1999
Groscurth, Helmuth: Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler, hrsg. v. Helmut Krausnick u. Harold C. Deutsch, Stuttgart 1970
Guderian, Heinz: Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951
Guderian, Heinz: Panzer-Marsch! Aus dem Nachlass des Schöpfers der deutschen Panzerwaffe, bearb. v. Generalmajor a.D. Oskar Munzel, München 1956
Guderian, Heinz: Bewegliche Truppenkörper. Eine kriegsgeschichtliche Studie, in: Militär-Wochenblatt 112 (1927), S. 650–653, 687–694, 728–731, 772–776, 819–822
Guderian, Heinz: Der Panzerangriff in Bewegung und Feuer, in: Zeitschrift des Reichsverbandes Deutscher Offiziere 16 (1937)

Halbwachs, Maurice: Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt a.M. 1991
[Halder, Franz:] Generaloberst Halder. Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, hrsg. v. Arbeitskreis für Wehrforschung, Stuttgart
Bd. 1: Vom Polenfeldzug bis zum Ende der Westoffensive (14. 8. 1939–30. 6. 1940), bearb. v. Hans-Adolf Jacobsen, 1962
Bd. 2: Von der geplanten Landung in England bis zum Beginn des Ostfeldzuges (1. 7. 1940–21. 6. 1941), bearb. v. Hans-Adolf Jacobsen, 1963
Bd. 3: Der Rußlandfeldzug bis zum Marsch auf Stalingrad (22. 6. 1941–24. 9. 1942), bearb. v. Hans-Adolf Jacobsen, 1964
Hammerstein, Kunrat Freiherr von: Spähtrupp, Stuttgart 1963
Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 4: 1870–1918. Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, hrsg. v. Christa Berg, München 1991
Handbuch für Heer und Flotte. Enzyklopädie der Kriegswissenschaften und verwandter Gebiete, hrsg. v. Georg von Alten, Bd. 1-6, Berlin [u.a.] 1911–1914
Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648–1939, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München
Abschnitt IV: Militärgeschichte im 19. Jahrhundert, Teil 1–2, München 1975/76
Abschnitt V: Von der Entlassung Bismarcks bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1890–1918, München 1968

Abschnitt VI: Reichswehr und Republik 1918–1933, 1970
Abschnitt VII: Wehrmacht und Nationalsozialismus, 1978
Abschnitt IX: Grundzüge der militärischen Kriegführung, 1979
Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften, hrsg. v. Hermann Franke, Bd. 1-3, Berlin 1936–1939
Hartmann, Christian: Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, Paderborn [u. a.] 1991
Hartmann, Christian: Verbrecherischer Krieg – verbrecherische Wehrmacht? Überlegungen zur Struktur des deutschen Ostheeres, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 52 (2004), S. 1–78
Hartmann, Christian: Massensterben oder Massenvernichtung? Sowjetische Kriegsgefangene im „Unternehmen Barbarossa". Aus dem Tagebuch eines deutschen Lagerkommandanten, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 97–158
Hartmann, Christian/Hürter, Johannes/Jureit, Ulrike (Hrsg.): Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005
Hartung, Ulrike: Raubzüge in der Sowjetunion. Das Sonderkommando Künsberg 1941–1943, Bremen 1997
[Hassell, Ulrich von:] Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Ulrich von Hassell. Aufzeichnungen vom Andern Deutschland, nach der Handschrift revidierte und erweiterte Ausgabe unter Mitarb. v. Klaus Peter Reiß hrsg. v. Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Berlin 1988
Haupt, Werner: Heeresgruppe Mitte 1941–1945, Dorheim 1968
Haupt, Werner: Heeresgruppe Nord 1941–1945, Bad Nauheim 1966
Hausleitner, Mariana/Mihok, Brigitte/Wetzel, Juliane (Hrsg.): Rumänien und der Holocaust. Zu den Massenverbrechen in Transnistrien 1941–1944, Berlin 2001
Headland, Ronald: Messages of Murder. A Study of the Reports of the Einsatzgruppen of the Security Police and the Security Service, 1941–1943, London/Toronto 1992
Heer, Hannes: Einübung in den Holocaust: Lemberg Juni/Juli 1941, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), S. 409–427
Heer, Hannes: Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, Hamburg 1995, S. 104–138
Heer, Hannes: Extreme Normalität. Generalmajor Gustav Freiherr von Mauchenheim gen. Bechtolsheim. Umfeld, Motive und Entschlussbildung eines Holocaust-Täters, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), S. 729–753
Heer, Hannes/Naumann, Klaus (Hrsg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, Hamburg 1995
Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Majors Engel, hrsg. u. kommentiert v. Hildegard von Kotze, Stuttgart 1974
Heeresdruckvorschrift Nr. 3/13 (H.Dv. 3/13): Kriegssonderstrafrechtsverordnung und Kriegsstrafverfahrensordnung, Berlin 17. 8. 1938
Heeresdruckvorschrift Nr. 300/1 (H.Dv. 300/1): Truppenführung, Teil 1, Berlin 1936
Heeresdruckvorschrift geheim Nr. 90 (H.Dv.g 90): Versorgung des Feldheeres, Teil 1, Berlin 1. 6. 1938
Heeresdruckvorschrift geheim Nr. 92 (H.Dv.g 92): Handbuch für den Generalstabsdienst im Kriege, Teil 1, Berlin 1939
Heiber, Helmut (Hrsg.): Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942–1945, Stuttgart 1962
[Heims, Heinrich:] Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, hrsg. v. Werner Jochmann, Hamburg 1980
Heinemann, Winfried: Eduard Dietl – Lieblingsgeneral des „Führers", in: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, Berlin ²1998, S. 99–112
Heinemann, Winfried: Kriegführung und militärischer Widerstand im Bereich der Heeres-

gruppe Mitte an der Ostfront, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, Darmstadt 2000, S. 77–89
Held, Thomas: Vom Pogrom zum Massenmord. Die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Lembergs im Zweiten Weltkrieg, in: Peter Fäßler/Thomas Held/Dirk Sawitzki (Hrsg.), Lemberg – Lwów – Lviv. Eine Stadt im Schnittpunkt europäischer Kulturen, Köln/Weimar/Wien 1993, S. 113–166
Hentig, Werner Otto von: Mein Leben eine Dienstreise, Göttingen 1962
Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989, Bonn 1996
Herbert, Ulrich (Hrsg.): Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt a. M. 1998
Herde, Robert: Command Responsibility. Die Verfolgung der „Zweiten Garde" deutscher und japanischer Generäle im alliierten Prozeßprogramm nach dem Zweiten Weltkrieg, Baden-Baden 2001
Hesse, Erich: Der sowjetrussische Partisanenkrieg 1941 bis 1944 im Spiegel deutscher Kampfanweisungen und Befehle, Göttingen [u. a.] 1969
Heuer, Gerd F.: Die deutschen Generalfeldmarschälle und Großadmirale 1933–1945, o.O./o.J.
Heuer, Gerd F.: Die Generaloberste des Heeres. Inhaber höchster deutscher Kommandostellen 1933–1945, o.O./o.J.
Heusinger, Adolf: Befehl im Widerstreit. Schicksalsstunden der deutschen Armee 1923–1945, Tübingen/Stuttgart 1950
Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Bd. 1–3, Frankfurt a. M. 1990
Hildebrand, Karl-Friedrich/Zweng, Christian: Die Ritter des Ordens Pour le mérite des 1. Weltkriegs, Bd. 1: A-G, Osnabrück 1999
Hildebrand, Klaus: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945, Stuttgart 1995
Hill, Leonidas E. (Hrsg.): Die Weizsäcker-Papiere 1900–1931, Berlin [u. a.] 1982
Hill, Leonidas E. (Hrsg.): Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950, Frankfurt a. M. [u. a.] 1974
Hillgruber, Andreas: Die Bedeutung der Schlacht von Smolensk in der zweiten Julihälfte 1941 für den Ausgang des Ostkrieges, in: Inge Auerbach/Andreas Hillgruber/Gottfried Schramm (Hrsg.), Felder und Vorfelder russischer Geschichte. Studien zu Ehren von Peter Scheibert, Freiburg i.Br. 1985, S. 266–279
Hillgruber, Andreas: Die „Endlösung" und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus, in: Ders., Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1977, S. 252–275 [zuerst: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 20 (1972), S. 133–153]
Hillgruber, Andreas: Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt, in: Ders., Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1977, S. 316–332
Hillgruber, Andreas: Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941, Frankfurt a. M. 1965
Hillgruber, Andreas: „Nordlicht" – Die deutschen Pläne zur Eroberung Leningrads im Jahre 1942, in: Festschrift Percy Ernst Schramm, Bd. 2, Wiesbaden 1964, S. 269–287
Hillgruber, Andreas: Das Rußland-Bild der führenden deutschen Militärs vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln/Weimar/Wien 1994, S. 125–140
Hillgruber, Andreas (Hrsg.): Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes, Frankfurt a. M.
Bd. 1: 1939–1941, 1967
Bd. 2: 1942–1944, 1970
Hillmann, Jörg (Hrsg.): Der „Fall Weiß". Der Weg in das Jahr 1939, Bochum 2001
Himmler, Heinrich: Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen, hrsg. v. Agnes F.

Petersen u. Bradley F. Smith, mit einer Einleitung v. Joachim C. Fest, Frankfurt a. M. [u. a.] 1974
Hinz, Uta: Gefangen im Großen Krieg. Kriegsgefangenschaft in Deutschland 1914–1921, Essen 2005
Hirschfeld, Gerhard/Krumeich, Gerd/Langewiesche, Dieter/Ullmann, Hans-Peter (Hrsg.): Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs, Essen 1997
Hofer, Walther: Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939, Frankfurt a. M. [3]1964
Hoffmann, Joachim: Die Ostlegionen 1941–1943. Turkotataren, Kaukasier und Wolgafinnen im deutschen Heer, Freiburg i.Br. 1976
Hoffmann, Peter: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1969
Hofmann, Hanns H. (Hrsg.), Das deutsche Offizierkorps 1860–1960. Büdinger Vorträge 1977, Boppard a.Rh. 1980
Höhn, Reinhard: Scharnhorsts Vermächtnis, Frankfurt a. M. [2]1972
Horne, John/Kramer, Alan: German Atrocities, 1914. A History of Denial, New Haven/London 2001
Hoth, Hermann: Panzer-Operationen. Die Panzergruppe 3 und der operative Gedanke der deutschen Führung Sommer 1941, Heidelberg 1956
Hubatsch, Walther (Hrsg.): Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939–1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, Frankfurt a. M. 1962
Hubatsch, Walther: „Weserübung". Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940, Göttingen [u. a.] [2]1960
Huber, Rudolf Günter: Gerd von Rundstedt. Sein Leben und Wirken im Spannungsfeld gesellschaftlicher Einflüsse und persönlicher Standortbestimmung, Frankfurt a. M. [u. a.] 2004
Hughes, Daniel J.: The King's Finest. A Social and Bureaucratic Profile of Prussia's General Officers, 1871–1914, New York [u. a.] 1987
Huntington, Samuel P.: The Soldier and the State. The Theory and Politics of Civil-Military Relations, Cambridge, Mass. 1957
Hürter, Johannes: Ein deutscher General an der Ostfront. Die Briefe und Tagebücher des Gotthard Heinrici 1941/42, Erfurt 2001
Hürter, Johannes: Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928–1932), München 1993
Hürter, Johannes: Kriegserfahrung als Schlüsselerlebnis? Der Erste Weltkrieg in der Biographie von Wehrmachtsgeneralen, in: Bruno Thoß/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich, Paderborn 2002, S. 759–771
Hürter, Johannes: Konservative Mentalität, militärischer Pragmatismus, ideologisierte Kriegführung. Das Beispiel des Generals Georg von Küchler, in: Gerhard Hirschfeld/Tobias Jersak (Hrsg.), Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionseliten zwischen Mitwirkung und Distanz, Frankfurt a. M./New York 2004, S. 239–253
Hürter, Johannes: Nachrichten aus dem „Zweiten Krimkrieg" (1941/42). Werner Otto v. Hentig als Vertreter des Auswärtigen Amts bei der 11. Armee, in: Wolfgang Elz/Sönke Neitzel (Hrsg.), Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Winfried Baumgart zum 65. Geburtstag, Paderborn [u. a.] 2003, S. 361–387
Hürter, Johannes: „Es herrschen Sitten und Gebräuche, genauso wie im 30-jährigen Krieg". Das erste Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges in Dokumenten des Generals Gotthard Heinrici, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 329–403
Hürter, Johannes: „Vor lauter Taktik schlapp"? Die Personalunion von Wehr- und Innenministerium im Zweiten Kabinett Brüning, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 57 (1998), S. 465–481
Hürter, Johannes: Auf dem Weg zur Militäropposition. Tresckow, Gersdorff, der Vernich-

tungskrieg und der Judenmord. Neue Dokumente über das Verhältnis der Heeresgruppe Mitte zur Einsatzgruppe B im Jahr 1941, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 52 (2004), S. 527–562
Hürter, Johannes: Die Wehrmacht vor Leningrad. Krieg und Besatzungspolitik der 18. Armee im Herbst und Winter 1941/42, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 377–440

Ioanid, Radu: The Holocaust in Romania. The Destruction of Jews and Gypsies under the Antonescu Regime, 1940–1944, Chicago 2000
Irving, David: Göring, München/Hamburg 1987
Irving, David: Hitler's War, London 1977

Jäckel, Eberhard: Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Tübingen 1969
Jacobsen, Hans-Adolf: Fall Gelb. Der Kampf um den deutschen Operationsplan zur Westoffensive 1940, Wiesbaden 1957
Jacobsen, Hans-Adolf: Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener, in: Hans Buchheim/Martin Broszat/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick (Hrsg.), Anatomie des SS-Staates, München ^{6}1994, S. 449–544
Jacobsen, Hans-Adolf: Der deutsche Luftangriff auf Rotterdam (14. Mai 1940).Versuch einer Klärung, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 8 (1958), S. 257–284
Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): „Spiegelbild einer Verschwörung". Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, Bd. 1-2, Stuttgart 1984
Jaeger, Hans: Generationen in der Geschichte. Überlegungen zu einer umstrittenen Konzeption, in: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 429–452
Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hrsg. v. Kaiserlichen Statistischen Amt, Berlin 1907
Janowitz, Morris/Little, Roger W.: Militär und Gesellschaft, Boppard a.Rh. 1961
Jansen, Christian/Weckbecker, Arno: Der „Volksdeutsche Selbstschutz" in Polen 1939/40, München 1992
Janssen, Karl-Heinz/Tobias, Fritz: Der Sturz der Generäle. Hitler und die Blomberg-Fritsch-Krise 1938, München 1994
Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft. Probleme und Möglichkeiten, Düsseldorf 1976
Jersak, Tobias: Die Interaktion von Kriegsverlauf und Judenvernichtung. Ein Blick auf Hitlers Strategie im Spätsommer 1941, in: Historische Zeitschrift 268 (1999), S. 311–374
Jochmann, Werner: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945, Hamburg 1988
Jünger, Ernst: Strahlungen I. Gärten und Straßen. Das erste Pariser Tagebuch. Kaukasische Aufzeichnungen, München 1988 [Taschenbuchausgabe]
Jürgs, Michael: Der kleine Frieden im Großen Krieg. Westfront 1914: Als Deutsche, Franzosen und Briten gemeinsam Weihnachten feierten, München 2003

Kaltenegger, Roland: Generaloberst Dietl. Der Held von Narvik. Eine Biographie, München 1990
Kardorff, Ursula von: Berliner Aufzeichnungen 1942–1945. Unter Verwendung der Original-Tagebücher neu hrsg. u. kommentiert v. Peter Hartl, München 1992
Katz, Jacob: Vom Vorurteil bis zur Vernichtung. Der Antisemitismus 1700–1933, München 1989
Kesselring, Albert: Soldat bis zum letzten Tag, Bonn 1953
Kieser, Egbert: „Unternehmen Seelöwe". Die geplante Invasion in England 1940, Esslingen/München 1987
Kitchen, Martin: The German Officer Corps, 1890–1914, Oxford 1968

Klee, Ernst/Dressen, Willi/Rieß, Volker (Hrsg.): „Schöne Zeiten". Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, Frankfurt a. M. 1988

Klee, Karl: Das Unternehmen „Seelöwe". Die geplante deutsche Landung in England 1940, Göttingen 1958

Klein, Christian (Hrsg.): Grundlagen der Biographik. Theorie und Praxis des biographischen Schreibens, Stuttgart/Weimar 2002

Klein, Peter (Hrsg.): Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 1997

Kleist, Peter: Zwischen Hitler und Stalin, 1939–1945. Aufzeichnungen, Bonn 1950

Knab, Jakob: Generaloberst Eduard Dietl, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Hitlers militärische Elite, Bd. 2: Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, Darmstadt 1998, S. 28–36

Knopp, Guido: Hitlers Krieger, München 2000 [Taschenbuchausgabe]

Koch, Georg Friedrich: Speer, Schinkel und der preußische Stil, in: Albert Speer. Architektur. Arbeiten 1933–1942, Frankfurt a. M. 1978, S. 136–150

Kodalle, Klaus M. (Hrsg.): Tradition als Last, Köln 1981

Koenen, Gerd: Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945, München 2005

Kosthorst, Erich: Die Geburt der Tragödie aus dem Geist des Gehorsams. Deutschlands Generäle und Hitler – Erfahrungen und Reflexionen eines Frontoffiziers, Bonn 1998

Krakowski, Shmuel: The Fate of the Jewish POWs of the Soviet and Polish Armies, in: Asher Cohen (Hrsg.), The Shoah and the War, New York 1992, S. 217–231

Kramer, Alan: „Greueltaten". Zum Problem der deutschen Kriegsverbrechen in Belgien und Frankreich 1914, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.), „Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch ...". Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, Essen 1993, S. 85–114

Kraul, Margret: Das deutsche Gymnasium 1780–1980, Frankfurt a. M. 1984

Krausnick, Helmut: Kommissarbefehl und „Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa" in neuer Sicht, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 682–738

Krausnick, Helmut: Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, in: Vollmacht des Gewissens, hrsg. v.d. Europäischen Publikation e.V., Frankfurt a. M./Berlin 1956, S. 175–380

Krausnick, Helmut/Wilhelm, Hans-Heinrich: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981

Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Frankfurt a. M. [KTB/OKW]
Bd. 1: 1. August – 31. Dezember 1941, hrsg. v. Hans-Adolf Jacobsen, 1965
Bd. 2/1–2: 1. Januar – 31. Dezember 1942, hrsg. v. Andreas Hillgruber, 1963

Kroener, Bernhard R.: Generaloberst Friedrich Fromm. „Der starke Mann im Heimatkriegsgebiet". Eine Biographie, Paderborn 2004

Kroener, Bernhard R.: Generationserfahrungen und Elitenwandel. Strukturveränderungen im deutschen Offizierkorps 1933–1945, in: Rainer Hudemann/Georges-Henri Soutou (Hrsg.), Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert. Strukturen und Beziehungen, Bd. 1, München 1994, S. 219–233

Kroener, Bernhard R.: Strukturelle Veränderungen in der militärischen Gesellschaft des Dritten Reiches, in: Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt ²1994, S. 267–296

Kroener, Bernhard R.: Auf dem Weg zu einer „nationalsozialistischen Volksarmee". Die soziale Öffnung des Heeresoffizierkorps im Zweiten Weltkrieg, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 651–682

Kuhn, Axel: Hitlers außenpolitisches Programm. Entstehung und Entwicklung 1919–1939, Stuttgart 1970

Kühne, Thomas: Der nationalsozialistische Vernichtungskrieg und die „ganz normalen"

Deutschen. Forschungsprobleme und Forschungstendenzen der Gesellschaftsgeschichte des Zweiten Weltkrieges, Teil 1, in: Archiv für Sozialgeschichte 39 (1999), S. 580–662
Kühne, Thomas: Der nationalsozialistische Vernichtungskrieg im kulturellen Kontinuum des Zwanzigsten Jahrhunderts. Forschungsprobleme und Forschungstendenzen der Gesellschaftsgeschichte des Zweiten Weltkrieges, Teil 2, in: Archiv für Sozialgeschichte 40 (2000), S. 440–486
Kunz, Norbert: Das Beispiel Charkow: Eine Stadtbevölkerung als Opfer der deutschen Hungerstrategie 1941/42, in: Christian Hartmann/Johannes Hürter/Ulrike Jureit (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005, S. 136–144
Kunz, Norbert: Die Feld- und Ortskommandanturen auf der Krim und der Judenmord 1941/42, in: Wolf Kaiser (Hrsg.), Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden, Berlin/München 2002, S. 54–70
Kwiet, Konrad: Auftakt zum Holocaust. Ein Polizeibataillon im Osteinsatz, in: Wolfgang Benz/Hans Buchheim/Hans Mommsen (Hrsg.), Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft, Frankfurt a. M. 1993, S. 191–208
Kwiet, Konrad: Rehearsing for Murder: The Beginning of the Final Solution in Lithuania in June 1941, in: Holocaust and Genocide Studies 12 (1998), S. 3–26

Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945, im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung hrsg. v. Gerhard Wagner, München 1972
Lange, Sven: Der Fahneneid. Die Geschichte der Schwurverpflichtung im deutschen Militär, Bremen 2003
Lapp, Peter Joachim: General bei Hitler und Ulbricht. Vincenz Müller – eine deutsche Karriere, Berlin 2003
Latzel, Klaus: Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis – Kriegserfahrung 1939–1945, Paderborn ²2000
Leeb, Wilhelm Ritter von: Die Abwehr. Teil 1: Die Abwehr vor dem Weltkriege, in: Militärwissenschaftliche Rundschau 1 (1936), S. 683–694
Leeb, Wilhelm Ritter von: Die Abwehr. Teil 2: Die Abwehr im Weltkriege, in: Militärwissenschaftliche Rundschau 2 (1937), S. 13–43, 155–187
Leeb, Wilhelm Ritter von: Die Abwehr. Teil 3: Die Abwehr in der Gegenwart, in: Militärwissenschaftliche Rundschau 2 (1937), S. 278–303
[Leeb, Wilhelm Ritter von:] Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb. Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen, aus dem Nachlaß hrsg. und mit einem Lebensabriß versehen v. Georg Meyer, Stuttgart 1976
Leistenschneider, Stephan: Auftragstaktik im preußisch-deutschen Heer 1871 bis 1914, Hamburg 2002
Leixner, Leo: Generaloberst Eugen Ritter von Schobert. Lebensbild eines deutschen Armeeführers, München 1942
Lepenies, Wolf: Von der Geschichte zur Politik der Mentalitäten, in: Historische Zeitschrift 261 (1995), S. 673–694
Leppa, Konrad: Generalfeldmarschall Walter Model. Von Genthin bis vor Moskaus Tore, Nürnberg 1961
Leyen, Ferdinand Prinz von der: Rückblick zum Mauerwald. Vier Kriegsjahre im OKH (1941–1945), München 1965
Lieb, Peter: Täter aus Überzeugung? Oberst Carl von Andrian und die Judenmorde der 707. Infanteriedivision 1941/42, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 50 (2002), S. 523–557
Lindemann, Georg: Feuer und Bewegung im Landkrieg der Gegenwart, in: Militärwissenschaftliche Rundschau 2 (1937), S. 362–377
Lindemann, Georg: Die staatserhaltende Kraft des deutschen Soldatentums, in: Militärwissenschaftliche Rundschau 1 (1936), S. 291–308
Lingen, Kerstin von: Konstruktion von Kriegserinnerung: Der Prozeß gegen Generalfeldmarschall Albert Kesselring vor einem britischen Militärgericht in Venedig (1947) und das

Bild vom Krieg in Italien. Eine Projektskizze, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 59 (2000), S. 435–450

Lingen, Kerstin von: Kesselrings letzte Schlacht. Kriegsverbrecherprozesse, Vergangenheitspolitik und Wiederbewaffnung: Der Fall Kesselring, Paderborn 2004

Liulevicius, Vejas Gabriel: Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg, Hamburg 2002

Löffler, Jürgen: Walther von Brauchitsch (1881–1948), Frankfurt a. M. [u. a.] 2001

Longerich, Peter: Politik und Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998

Ludendorff, Erich: Der Totale Krieg, München 1935

Ludendorff, Erich: Mein militärischer Werdegang. Blätter der Erinnerung an unser stolzes Heer, München 1933

Ludewig, Joachim: Walter Model – Hitlers bester Feldmarschall? In: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, Berlin ^{2}1998, S. 368–387

Macksey, Kenneth: Guderian der Panzergeneral, Düsseldorf/Wien 1976

MacLean, French L.: The unknown Generals. German Corps Commanders in World War II, Diss. Fort Leavenworth, Kans. 1988

Mallmann, Klaus-Michael: Vom Fußvolk der „Endlösung". Ordnungspolizei, Ostkrieg und Judenmord, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 1997, S. 355–391

Mallmann, Klaus-Michael: Der qualitative Sprung im Vernichtungsprozeß. Das Massaker von Kamenez-Podolsk Ende August 1941, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 10 (2001), S. 239–264

Mallmann, Klaus-Michael/Rieß, Volker/Pyta, Wolfram (Hrsg.): Deutscher Osten 1939–1945. Der Weltanschauungskrieg in Photos und Texten, Darmstadt 2003

Mannheim, Karl: Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 7 (1928), S. 157–185, 309–330

Manoschek, Walter: „Wo der Partisan ist, ist der Jude, und wo der Jude ist, ist der Partisan". Die Wehrmacht und die Shoah, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche? Göttingen 2002, S. 167–185

Manstein, Erich von: Verlorene Siege, Bonn 1955

Manstein, Erich von: Aus einem Soldatenleben, 1887–1939, Bonn 1958

Manstein, Rüdiger von/Fuchs, Theodor: Manstein. Soldat im 20. Jahrhundert. Militärisch-politische Nachlese, München 1981

Matthäus, Jürgen: Die Beteiligung der Ordnungspolizei am Holocaust, in: Wolf Kaiser (Hrsg.), Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden, Berlin/München 2002, S. 166–185

Matuschka, Edgar Graf von: Die Beförderung in der Praxis, in: Untersuchungen zur Geschichte des Offizierkorps. Anciennität und Beförderung nach Leistung, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1962, S. 153–176

McClelland, Charles: The German Experience of Professionalization. Modern Learned Professions and their Organizations from the Early Nineteenth Century to the Hitler Era, Cambridge 1991

Mearsheimer, John: Liddell Hart and the Weight of History, London 1988

Megargee, Geoffrey P.: Inside Hitler's High Command, Lawrence, Kans. 2000

Meier-Welcker, Hans: Seeckt, Berlin 1967

Menschenführung im Heer, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Herford/Bonn 1982

Messenger, Charles: The last Prussian. A Biography of Field Marshal Gerd von Rundstedt, London [u. a.] 1991

Messerschmidt, Manfred: Juden im preußisch-deutschen Heer, in: Deutsche jüdische Solda-

ten. Von der Epoche der Emanzipation bis zum Zeitalter der Weltkriege, Hamburg/Berlin/Bonn 1996, S. 39–62

Messerschmidt, Manfred: Menschenführung im preußischen Heer von der Reformzeit bis 1914, in: Menschenführung im Heer, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Herford/Bonn 1982, S. 81–112

Messerschmidt, Manfred: Militär und Politik in der Bismarckzeit und im wilhelminischen Deutschland, Darmstadt 1975

Messerschmidt, Manfred: Militär und Schule in der Wilhelminischen Zeit, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 23 (1978), S. 51–76

Messerschmidt, Manfred: Das preußisch-deutsche Offizierkorps 1850–1890, in: Hanns H. Hofmann (Hrsg.), Das deutsche Offizierkorps 1860–1960. Büdinger Vorträge 1977, Boppard a.Rh. 1980, S. 21–38

Messerschmidt, Manfred: Harte Sühne am Judentum. Befehlswege und Wissen in der deutschen Wehrmacht, in: Jörg Wollenberg (Hrsg.), „Niemand war dabei und keiner hat's gewußt". Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung 1933–1945, München 1989, S. 113–128

Messerschmidt, Manfred: Völkerrecht und „Kriegsnotwendigkeit" in der deutschen militärischen Tradition seit den Einigungskriegen, in: German Studies Review 6 (1983), S. 237–269

Messerschmidt, Manfred: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969

Messerschmidt, Manfred: Werden und Prägung des preußischen Offizierkorps – ein Überblick, in: Offiziere im Bild von Dokumenten aus drei Jahrhunderten, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1964, S. 11–104

Meyer, Georg: Adolf Heusinger. Dienst eines deutschen Soldaten 1915 bis 1964, Hamburg 2001

Meyer, Georg: Zur Situation der deutschen militärischen Führungsschicht im Vorfeld des westdeutschen Verteidigungsbeitrages 1945–1950/51, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 1, München/Wien 1982, S. 577–736

Meyer, Georg: Soldaten ohne Armee. Berufssoldaten im Kampf um Standesehre und Versorgung. in, Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 683–750

Der königlich bayerische Militär-Max-Joseph-Orden. Kriegstaten und Ehrenbuch 1914–1918, München 1966

Mitcham, Samuel W.: Generalfeldmarschall Ernst Busch, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Hitlers militärische Elite, Bd. 2: Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, Darmstadt 1998, S. 20–27

Model, Hansgeorg: Der deutsche Generalstabsoffizier. Seine Auswahl und Ausbildung in Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr, Frankfurt a. M. 1968

Model, Hansgeorg/Bradley, Dermot: Generalfeldmarschall Walter Model (1891–1945). Dokumentation eines Soldatenlebens, Osnabrück 1991

Mohr, Eike: Heeres- und Truppengeschichte des Deutschen Reiches und seiner Länder 1806 bis 1918. Eine Bibliographie, Osnabrück 1989

Moll, Otto E.: Die deutschen Generalfeldmarschälle 1935–1945, Rastatt 1961

Moltke, Helmuth James von: Briefe an Freya 1939–1945, hrsg. v. Beate Ruhm von Oppen, München 1988

Mommsen, Hans: Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland beim Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase, in: Wolfgang Schieder (Hrsg.), Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg 1976, S. 157–181

Moncure, John: Forging the King's Sword. Military Education between Tradition and

Modernization: The Case of the Royal Prussian Cadet Corps, 1871–1918, New York [u. a.] 1993
Mosse, George L.: Rassismus. Ein Krankheitssymptom in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Königstein/Ts. 1978
Mühleisen, Horst: Fedor von Bock – Soldat ohne Fortune, in: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, Berlin ²1998, S. 66–82
Mühlen, Patrik von zur: Zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern. Der Nationalismus der sowjetischen Orientvölker im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf 1971
Müller, Klaus-Jürgen: Armee und Drittes Reich 1933–1939. Darstellung und Dokumentation, unter Mitarbeit v. Ernst Willi Hansen, Paderborn 1987
Müller, Klaus-Jürgen: Armee und Drittes Reich. Versuch einer historischen Interpretation, in: Ders., Armee, Politik und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945. Studien zum Verhältnis von Armee und NS-System, Paderborn 1979, S. 11–50
Müller, Klaus-Jürgen: Armee, Politik und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945. Studien zum Verhältnis von Armee und NS-System, Paderborn 1979
Müller, Klaus-Jürgen: Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940, Stuttgart 1969
Müller, Klaus-Jürgen: Deutsche Militär-Elite in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, in: Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hrsg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989, S. 226–290
Müller, Klaus-Jürgen: Zu Vorgeschichte und Inhalt der Rede Himmlers vor der höheren Generalität am 13. März 1940 in Koblenz, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 18 (1970), S. 95–120
Müller, Norbert (Hrsg.): Okkupation, Raub, Vernichtung. Dokumente zur Besatzungspolitik der faschistischen Wehrmacht auf sowjetischem Territorium 1941 bis 1944, Berlin [Ost] 1980
Müller, Rolf-Dieter: Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, Frankfurt a. M. 1991
Müller, Rolf-Dieter: Das „Unternehmen Barbarossa" als wirtschaftlicher Raubkrieg, in: Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa". Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn 1984, S. 173–196
Müller, Rolf-Dieter/Ueberschär, Gerd R.: Hitlers Krieg im Osten 1941–1945. Ein Forschungsbericht, Darmstadt 2000
Müller, Rolf-Dieter/Volkmann, Hans-Erich (Hrsg.): Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999
Müller-Hillebrand, Burkhart: Das Heer 1933–1945, Bd. 1-3, Darmstadt/Frankfurt a. M. 1954–1969
Mulligan, Timothy P.: Reckoning the Cost of People's War. The German Experience in the Central USSR, in: Russian History 9 (1982), S. 27–48
Mundt, Hans: Das Offizierskorps des deutschen Heeres von 1918–1935, in: Das deutsche Offizierskorps in historisch-soziologischer Sicht, Frankfurt a. M. [u. a.] 1957, S. 115–126
Musial, Bogdan: „Konterrevolutionaere Elemente sind zu erschiessen". Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941, Berlin 2000
Musial, Bogdan (Hrsg.), Sowjetische Partisanen in Weißrußland. Innenansichten aus dem Gebiet Baranoviči. Eine Dokumentation, München 2004
Musial, Bogdan: Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944, Wiesbaden 1999
Myllyniemi, Seppo: Die Neuordnung der baltischen Länder 1941–1944. Zum nationalsozialistischen Inhalt der deutschen Besatzungspolitik, Helsinki 1973

Nacht über Europa. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938–1945), Bd. 2:

Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939–1945). Dokumentenauswahl u. Einleitung v. Werner Röhr, Berlin [Ost] 1989
Neitzel, Sönke: Abgehört. Deutsche Generäle in britischer Kriegsgefangenschaft 1942–1945, Berlin 2005
Neugebauer-Wölk, Monika: Wählergenerationen in Preußen zwischen Kaiserreich und Republik. Versuch zu einem Kontinuitätsproblem des protestantischen Preußen in seinen Kernprovinzen, Berlin 1987
Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992
Nittner, Ernst: Menschenführung im Heer der Wehrmacht und im Zweiten Weltkrieg, in: Menschenführung im Heer, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Herford/Bonn 1982, S. 139–182
Noack, Winfried: Die NS-Ideologie, Frankfurt a.M. 1996

Oberländer, Theodor: Der Osten und die Deutsche Wehrmacht. Sechs Denkschriften aus den Jahren 1941–43 gegen die NS-Kolonialthese, Asendorf 1987
Oetting, Dirk W.: Auftragstaktik. Geschichte und Gegenwart einer Führungskonzeption, Frankfurt a.M./Bonn 1993
Offiziere im Bild von Dokumenten aus drei Jahrhunderten, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1964
Ogorreck, Ralf: Die Einsatzgruppen und die Genesis der „Endlösung", Berlin 1996
Oldenburg, Manfred: Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942, Köln 2004
Olshausen, Klaus: Zwischenspiel auf dem Balkan. Die deutsche Politik gegenüber Jugoslawien und Griechenland von März bis Juli 1941, Stuttgart 1973
O'Neill, Robert J.: The German Army and the Nazi Party 1933–1939, London 1966
Ostertag, Heiger: Der soziale Alltag eines Offiziers im Kaiserreich 1913 – ein militärsoziologisches Zeitbild, in: Zeitschrift für Geschichte 38 (1990), S. 1069–1080
Ostertag, Heiger: Bildung, Ausbildung und Erziehung des Offizierskorps im deutschen Kaiserreich 1871–1918. Eliteideal, Anspruch und Wirklichkeit, Frankfurt a.M. 1990
Ottmer, Hans-Martin: „Weserübung". Der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen im April 1940, München 1994
Otto, Reinhard: Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998
Overmans, Rüdiger: Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg, München ^{2}2000

Paget, Reginald T.: Manstein. Seine Feldzüge und sein Prozeß, Wiesbaden 1952
Papke, Gerhard: Offizierkorps und Anciennität, in: Untersuchungen zur Geschichte des Offizierkorps. Anciennität und Beförderung nach Leistung, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1962, S. 177–206
Pennington, Reina: Offensive Women: Women in Combat in the Red Army, in: Paul Addison/Angus Calder (Hrsg.), Time to Kill. The Soldier's Experience of War in the West 1939–1945, London 1997, S. 249–262
Petrov, I.P.: Partizanskoe dviženie v Leningradskoj oblasti, 1941–1944, Leningrad 1973
Petter, Wolfgang: Wehrmacht und Judenverfolgung, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Hamburg 1992, S. 161–178
Peukert, Detlev J.K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Moderne, Frankfurt a.M. 1987
Philippi, Alfred/Heim, Ferdinand: Der Feldzug gegen Sowjetrussland 1941 bis 1945, hrsg. v. Arbeitskreis für Wehrforschung, Stuttgart 1962
Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, hrsg. von Percy E. Schramm in Zusammenarbeit mit Andreas Hillgruber u. Martin Vogt, Stuttgart ^{2}1965

Pietrow-Ennker, Bianka (Hrsg.), Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt a. M. 2000

Pohl, Dieter: Die Einsatzgruppe C, in: Peter Klein (Hrsg.), Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 1997, S. 71–87

Pohl, Dieter: Ukrainische Hilfskräfte beim Mord an den Juden, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche? Göttingen 2002, S. 205–234

Pohl, Dieter: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996

Pohl, Dieter: Die Kooperation zwischen Heer, SS und Polizei in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: Christian Hartmann/Johannes Hürter/Ulrike Jureit (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005, S. 107–116

Pohl, Dieter: Das deutsche Militär und die Verbrechen an den Juden im Zweiten Weltkrieg, in: Clemens Vollnhals (Hrsg.), Wehrmacht – Verbrechen – Widerstand. Vier Beiträge zum nationalsozialistischen Weltanschauungskrieg, Dresden 2003, S. 45–61

Pohl, Dieter: Schauplatz Ukraine: Der Massenmord an den Juden im Militärverwaltungsgebiet und im Reichskommissariat 1941–1943, in: Norbert Frei/Sybille Steinbacher/Bernd C. Wagner (Hrsg.), Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, München 2000, S. 135–173

Pohl, Dieter: Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit 1933–1945, Darmstadt 2003

Pohl, Dieter: Die Wehrmacht und der Mord an den Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: Wolf Kaiser (Hrsg.), Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden, Berlin/München 2002, S. 39–53

Praun, Albert: Soldat in der Telegraphen- und Nachrichtentruppe, Würzburg 1965

Preradovich, Nikolaus von: Die militärische und soziale Herkunft der Generalität des deutschen Heeres am 1. Mai 1944, Osnabrück 1978

Press, Bernhard: Judenmord in Lettland 1941–1945, Berlin ^{2}1995

Priemel, Kim C.: Sommer 1941. Die Wehrmacht in Litauen, in: Vincas Bartusevičius/Joachim Tauber/Wolfram Wette (Hrsg.), Holocaust in Litauen. Krieg, Judenmorde und Kollaboration im Jahre 1941, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 26–39

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (International Military Tribunal), Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, 42 Bde., Nürnberg 1947–1949 [IMT]

Pulzer, Peter G.J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914. Mit einem Forschungsbericht des Autors, Göttingen 2004 [englische Originalausgabe 1964]

Radkau, Joachim: Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler, München 1998

Raithel, Thomas/Strenge, Irene: Die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 413–460

Rass, Christoph: „Menschenmaterial": Deutsche Soldaten an der Ostfront. Innenansichten einer Infanteriedivision 1939–1945, Paderborn 2003

Rauh-Kühne, Cornelia: Gelegentlich wurde auch geschossen: Zum Kriegserlebnis eines deutschen Offiziers auf dem Balkan und in Finnland, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Dieter Langewiesche/Hans-Peter Ullmann (Hrsg.), Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs, Essen 1997, S. 146–169

Rauschning, Hermann: Makers of Destruction. Meetings and Talks in Revolutionary Germany, London 1942

Raynal, Guillaume/Diderot, Denis: Die Geschichte beider Indien, ausgew. u. erläutert v. Hans-Jürgen Lüsebrink, Nördlingen 1988

Rebentisch, Dieter: Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1986

Reichelt, Katrin: Kollaboration und Holocaust in Lettland 1941–1945, in: Wolf Kaiser (Hrsg.), Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden, Berlin/München 2002, S. 110–124
Reichenau, Walter von: Der Soldat des Dritten Reiches, in: Wehrmacht-Fachschule 11 (1935), S. 241–242
Reinhardt, Klaus: Die Wende vor Moskau. Das Scheitern der Strategie Hitlers im Winter 1941/42, Stuttgart 1972
Reschin, Leonid: Feldmarschall im Kreuzverhör. Friedrich Paulus in sowjetischer Gefangenschaft 1943–1953, Berlin 1996
Reulecke, Jürgen (Hrsg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003
Reuth, Ralf G.: Entscheidung im Mittelmeer. Die südliche Peripherie Europas in der deutschen Strategie des Zweiten Weltkrieges 1940–1942, Koblenz 1985
Reynolds, Nicholas: Beck. Gehorsam und Widerstand. Das Leben des deutschen Generalstabschefs 1935–1938, München 1977
Rhode, Horst: Politische Indoktrination in höheren Stäben und in der Truppe – untersucht am Beispiel des Kommisarbefehls, in: Hans Poeppel/Wilhelm-Karl Prinz von Preußen/Karl-Günter von Hase (Hrsg.), Die Soldaten der Wehrmacht, München ^{3}1998, S. 124–158
Richter, Timm C.: Handlungsspielräume am Beispiel der 6. Armee, in: Christian Hartmann/Johannes Hürter/Ulrike Jureit (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005, S. 60–68
Richter, Timm C.: „Herrenmensch" und „Bandit". Deutsche Kriegführung und Besatzungspolitik als Kontext des sowjetischen Partisanenkrieges (1941–44), Münster 1998
Riefenstahl, Leni: Memoiren, München/Hamburg 1987
Ringshausen, Gerhard: Der Aussagewert von Paraphen und der Handlungsspielraum des militärischen Widerstandes. Zu Johannes Hürter: Auf dem Weg zur Militäropposition, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53 (2005), S. 141–147
Rogalla von Bieberstein, Johannes: „Jüdischer Bolschewismus". Mythos und Realität, Dresden 2002
Römer, Felix: Das Heeresgruppenkommando Mitte und der Vernichtungskrieg im Sommer 1941. Eine Erwiderung auf Gerhard Ringshausen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53 (2005), S. 451–460
Rönnefarth, Helmuth K.G.: Die Sudetenkrise in der internationalen Politik, Wiesbaden 1961
Rossino, Alexander B.: Hitler strikes Poland. Blitzkrieg, Ideology, and Atrocity, Lawrence, Kans. 2003
Ruck, Michael: Bibliographie zum Nationalsozialismus, Köln 1995
Rückerl, Adalbert: NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung, Heidelberg ^{2}1984
Rumschöttel, Hermann: Bildung und Herkunft der bayerischen Offiziere 1866 bis 1914. Zur Geschichte von Mentalität und Ideologie des bayerischen Offizierkorps, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2 (1970), S. 81–131
Rumschöttel, Hermann: Das bayerische Offizierkorps 1866–1914, Berlin 1974
Rüß, Hartmut: Wer war verantwortlich für das Massaker von Babij Jar? In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 57 (1998), S. 483–508
Ryan, Cornelius: Der letzte Kampf, München/Zürich 1966

Safrian, Hans: Komplizen des Genozids. Zum Anteil der Heeresgruppe Süd an der Verfolgung und Ermordung der Juden in der Ukraine 1941, in: Walter Manoschek (Hrsg.), Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Der Vernichtungskrieg hinter der Front, Wien 1996, S. 90–115
Salomon, Ernst von: Die Kadetten, Berlin 1933
Sandkühler, Thomas: „Endlösung" in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996

Sawicki, Jerzy: Vor dem polnischen Staatsanwalt, Berlin [Ost] 1962
Schäfer, Kirstin A.: Werner von Blomberg – Hitlers erster Feldmarschall. Eine Biographie, Paderborn 2006
Schall-Riaucour, Heidemarie Gräfin: Aufstand und Gehorsam. Offizierstum und Generalstab im Umbruch. Leben und Wirken von Generaloberst Franz Halder, Generalstabschef 1938–1942, Wiesbaden 1972
Scharfenort, Hauptmann a.D. von: Die Königlich Preußische Kriegsakademie 1810–1910, Berlin 1910
Schausberger, Norbert: Der Griff nach Österreich. Der Anschluss, Wien/München 1978
Scheffler, Wolfgang: Die Einsatzgruppe A, in: Peter Klein (Hrsg.), Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 1997, S. 29–51
Scheurig, Bodo: Alfred Jodl. Gehorsam und Verhängnis, Frankfurt a. M. 1991
Scheurig, Bodo: Henning von Tresckow, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1980
Schlabrendorff, Fabian von: Begegnungen in fünf Jahrzehnten, Tübingen 1979
Schlabrendorff, Fabian von: Offiziere gegen Hitler, Neuaufl. Zürich/Wien/Konstanz 1951
Schmidt, Ernst-Heinrich: Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart 1981
Schmitz, Klaus: Militärische Jugenderziehung. Preußische Kadettenhäuser und Nationalpolitische Erziehungsanstalten zwischen 1807 und 1936, Frankfurt a. M. 1997
Schobert, Eugen Ritter von: Die Einheitsgruppe, in: Militär-Wochenblatt 120 (1935), S. 103
Schönberger, Angela: Die Neue Reichskanzlei von Albert Speer. Zum Zusammenhang von nationalsozialistischer Ideologie und Architektur, Berlin 1981
Schöttler, Peter: Mentalitäten, Ideologien, Diskurse. Zur sozialgeschichtlichen Thematisierung der „dritten Ebene", in: Alf Lüdtke (Hrsg.), Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt a. M. 1989, S. 85–136
Schreiber, Gerhard: Der Mittelmeerraum in Hitlers Strategie 1940. „Programm" und militärische Planung, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 28 (1980), S. 69–99
Schüler, Klaus A. Friedrich: Logistik im Russlandfeldzug. Die Rolle der Eisenbahn bei Planung, Vorbereitung und Durchführung des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion bis zur Krise vor Moskau im Winter 1941/42, Frankfurt a. M. [u. a.] 1987
Schulte, Bernd-Felix: Die deutsche Armee 1900–1914. Zwischen Beharren und Verändern, Düsseldorf 1977
Schulte, Theo J.: The German Army and Nazi Policies in Occupied Russia, Oxford/New York/Munich 1989
Schulz, Andreas: Individuum und Generation – Identitätsbildung im 19. und 20. Jahrhundert, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 52 (2001), S. 406–414
Schulze, Hagen: Freikorps und Republik 1918–1920, Boppard a.Rh. 1969
Schwendemann, Heinrich: Strategie der Selbstvernichtung. Die Wehrmachtführung im „Endkampf" um das „Dritte Reich", in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 224–244
Schwertfeger, Bernhard: Die großen Erzieher des deutschen Heeres. Aus der Geschichte der Kriegsakademie, Potsdam 1936
Searle, Alaric: Wehrmacht Generals, West German Society, and the Debate on Rearmament, 1949–1959, Westport, Conn./London 2003
Seaton, Albert: Der russisch-deutsche Krieg 1941–1945, hrsg. v. Andreas Hillgruber, Frankfurt a. M. 1973
Seidler, Franz W.: Frauen zu den Waffen? Marketenderinnen, Helferinnen, Soldatinnen, Bonn 1998
Seidler, Franz W. (Hrsg.): Verbrechen an der Wehrmacht. Kriegsgreuel der Roten Armee 1941/42, Selent 1997
Showalter, Dennis E.: Army, State and Society in Germany, 1870–1914. An Interpretation, in:

Jack R. Dukes/Joachim Remak (Hrsg.), Another Germany. A Reconsideration of the Imperial Era, Boulder 1988

Siebert, Detlef: Die Durchführung des Kommissarbefehls in den Frontverbänden des Heeres. Eine quantifizierende Auswertung der Forschung, unveröffentlichtes Manuskript 2000

Simms, Brendan: Walter von Reichenau. Der Politische General, in: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), Die Militärelite des Dritten Reiches, Berlin ²1998, S. 423–445

Slepyan, Kenneth D.: „The PeopleÛs Avengers". Soviet Partisans, Stalinist Society and the Politics of Resistance, 1941–1944, Ann Arbor 1994

Slezkine, Yuri: The Jewish Century, Princeton 2004

Smelser, Ronald/Syring, Enrico (Hrsg.): Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, Berlin ²1998

Speer, Albert: Architektur. Arbeiten 1933–1942, Frankfurt a. M. 1978

Stahl, Friedrich-Christian: Generalfeldmarschall Ewald von Kleist, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Hitlers militärische Elite, Bd. 2: Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, Darmstadt 1998, S. 100–106

Stahl, Friedrich-Christian: Generaloberst Rudolf Schmidt, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Hitlers militärische Elite, Bd. 2: Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, Darmstadt 1998, S. 218–225

Stahlberg, Alexander: Die verdammte Pflicht, Erinnerungen 1932 bis 1945, Berlin 1987

Stang, Knut: Kollaboration und Massenmord. Die litauische Hilfspolizei, das Rollkommando Hamann und die Ermordung der litauischen Juden, Frankfurt a. M. 1996

Stein, Marcel: Generalfeldmarschall Walter Model. Legende und Wirklichkeit, Bissendorf 2001

Stein, Marcel: Der Januskopf. Feldmarschall von Manstein – eine Neubewertung, Bissendorf 2004

Steinbach, Peter: Hans Günther Kluge – Ein Zauderer im Zwielicht, in: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, Berlin ²1998, S. 288–324

Steinkamp, Peter: Generalfeldmarschall Friedrich Paulus. Ein unpolitischer Soldat, Erfurt 2001

Steinkamp, Peter: Die Haltung der Hitlergegner Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb und Generaloberst Erich Hoepner zur verbrecherischen Kriegführung bei der Heeresgruppe Nord in der Sowjetunion 1941, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, Darmstadt 2000, S. 47–61

Stieff, Hellmuth: Briefe, hrsg. u. eingel. v. Horst Mühleisen, Berlin 1991

Stone, Norman: The Eastern Front. 1914–1917, London ²1998

Storz, Dieter: Kriegsbild und Rüstung vor 1914. Europäische Landstreitkräfte vor dem Ersten Weltkrieg, Herford [u. a.] 1992

Storz, Dieter: Die Schlacht der Zukunft. Die Vorbereitungen der Armeen Deutschlands und Frankreichs auf den Landkrieg des 20. Jahrhunderts, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München/Zürich 1994, S. 252–278

Strachan, Hew: European Armies and the Conduct of War, London 1983

Streim, Alfred: Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa". Eine Dokumentation, Heidelberg/Karlsruhe 1981

Streim, Alfred: Sowjetische Gefangene in Hitlers Vernichtungskrieg. Berichte und Dokumente 1941–1945, Heidelberg 1982

Streit, Christian: Angehörige des militärischen Widerstandes und der Genozid an den Juden im Südabschnitt der Ostfront, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, Darmstadt 2000, S. 90–103

Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Neuausgabe Bonn 1997

Stumpf, Reinhard: Die Wehrmacht-Elite. Rang- und Herkunftsstruktur der deutschen Generale und Admirale 1933–1945, Boppard a.Rh. 1982
Sydnor, Jr., Charles W.: Soldaten des Todes. Die 3. SS-Division „Totenkopf" 1933–1945, Paderborn [u.a.] 2002
Syring, Enrico: Erich von Manstein – Das operative Genie, in: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, Berlin ²1998, S. 325–348

Thaer, Albrecht von: Generalstabsdienst an der Front und in der O.H.L. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915–1919, hrsg. v. Siegfried A. Kaehler, Göttingen 1958
Theweleit, Klaus: Männerphantasien, Bd. 2, Hamburg 1987
Thies, Jochen: Architekt der Weltherrschaft. Die „Endziele" Hitlers, Düsseldorf 1976
Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10, Nuernberg October 1946 – April 1949, Vol. 10–11 (Case 12 and Case 7), Washington, D.C. 1950/51

Ueberschär, Gerd R.: Der Angriff auf Leningrad und die Blockade der Stadt durch die deutsche Wehrmacht, in: Antje Leetz (Hrsg.), Blockade. Leningrad 1941–1944. Dokumente und Essays von Russen und Deutschen, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 94–105
Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.): Hitlers militärische Elite, Bd. 1: Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, Bd. 2: Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, Darmstadt 1998
Ueberschär, Gerd R.: Hitlers Entschluß zum „Lebensraum"-Krieg im Osten. Programmatisches Ziel oder militärstrategisches Kalkül? In: Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa". Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn 1984, S. 83–110
Ueberschär, Gerd R./Bezymenskij, Lev A. (Hrsg.): Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Die Kontroverse um die Präventivkriegsthese, Darmstadt 1998
Ueberschär, Gerd R./Vogel, Winfried: Dienen und Verdienen. Hitlers Geschenke an seine Eliten, Frankfurt a.M. 2000 [Taschenbuchausgabe]
Ueberschär, Gerd R./Wette, Wolfram (Hrsg.): „Unternehmen Barbarossa". Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn 1984
Uhlig, Heinrich: Der verbrecherische Befehl, in: Vollmacht des Gewissens, hrsg. v.d. Europäischen Publikation e.V., Bd. 2, Frankfurt a.M./Berlin 1965, S. 287–410
Umbreit, Hans: Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940–1944, Boppard a.Rh. 1968
Umbreit, Hans: Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977
Umbreit, Hans: Das unbewältigte Problem. Der Partisanenkrieg im Rücken der Ostfront, in: Jürgen Förster (Hrsg.), Stalingrad. Ereignis, Wirkung, Symbol, München/Zürich 1992, S. 130–150
Untersuchungen zur Geschichte des Offizierkorps. Anciennität und Beförderung nach Leistung, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1962

Velten, Wilhelm: Das deutsche Reichsheer und die Grundlagen seiner Truppenführung – Entwicklung, Hauptprobleme und Aspekte. Untersuchungen zur deutschen Militärgeschichte der Zwischenkriegszeit, Bergkamen 1994
Venner, Dominique: Baltikum. Dans le Reich de la défaite, le combat des Corps-francs, 1918–1923, Paris 1974
Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944, hrsg. v. Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 2002
Verhey, Jeffrey: Der „Geist von 1914" und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000
Vidalenc, Jean: L'exode de mai-juin 1940, Paris 1957

Vogel, Detlef: Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Hitlers militärische Elite, Bd. 1: Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, Darmstadt 1998, S. 223–233

Vogelsang, Thilo: Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2 (1954), S. 397–436

Vogelsang, Thilo: Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932, Stuttgart 1962

Volkmann, Hans-Erich (Hrsg.): Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln/Weimar/Wien 1994

Die Vollmacht des Gewissens, hrsg. v.d. Europäischen Publikation e.V., Bd. 1, Bonn 1956, Bd. 2, Frankfurt a. M./Berlin 1965

Voss, Heinrich: „Das neue Haus der Reichswehr". Militärische Sozialisation im politischen und militärischen Übergang. Der Aufbau der Vorläufigen Reichswehr 1919–1920 und ihre politische Funktion in der Republik, dargestellt an ihren badischen Truppenteilen, St. Katharinen 1992

Wagener, Carl: Heeresgruppe Süd. Der Kampf im Süden der Ostfront 1941–1945, Bad Nauheim 1967

Wagner, Elisabeth (Hrsg.): Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres General der Artillerie Eduard Wagner, München/Wien 1963

Waite, Robert G. L.: Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918–1923, Cambridge, Mass. 1969

Walde, Karl J.: Guderian, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1976

Wallach, Jehuda L.: Das Dogma der Vernichtungsschlacht. Die Lehren von Clausewitz und Schlieffen und ihre Wirkungen in zwei Weltkriegen, Frankfurt a. M. 1967

Wallach, Jehuda L.: Feldmarschall Erich von Manstein und die deutsche Judenausrottung in Rußland, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 4 (1975), S. 457–472

Warlimont, Walter: Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939–1945. Grundlagen, Formen, Gestalten, Frankfurt a. M. 1962

Watt, Donald Cameron: How War came. The immediate Origins of the Second World War, 1938–1939, New York 1989

Wegner, Bernd: Defensive ohne Strategie. Die Wehrmacht und das Jahr 1943, in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 197–209

Wegner, Bernd: Wozu Operationsgeschichte? In: Thomas Kühne/Benjamin Ziemann (Hrsg.), Was ist Militärgeschichte? Paderborn [u. a.] 2000, S. 105–113

Wegner, Bernd: Erschriebene Siege. Franz Halder, die „Historical Division" und die Rekonstruktion des Zweiten Weltkrieges im Geiste des deutschen Generalstabes, in: Ernst Willi Hansen/Gerhard Schreiber/Bernd Wegner (Hrsg.), Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs, München 1995, S. 287–302

Wehler, Hans-Ulrich: Absoluter und totaler Krieg. Von Clausewitz zu Ludendorff, in: Politische Vierteljahresschrift 10 (1969), S. 220–248

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution" bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914, München 1995

Weinberg, Gerhard L.: The Yelnya-Dorogobuzh Area of Smolensk Oblast, in: John A. Armstrong (Hrsg.), Soviet Partisans in World War II, Madison, Wisc. 1964, S. 389–457

Weiss, John: Der lange Weg zum Holocaust. Die Geschichte der Judenfeindschaft in Deutschland und Österreich, Hamburg 1997

Welcker, Fritz/Zelenka, Ingrid F.: Qualifikation zum Offizier? Eine Inhaltsanalyse der Einstellungsvoraussetzungen für Offiziere vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, Frankfurt a. M./Bern 1982

Der Weltkrieg 1914 bis 1918, bearb. im Reichsarchiv. Die militärischen Operationen zu Lande, Bd. 2: Die Befreiung Ostpreußens, Berlin 1925

Wette, Wolfram: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden, Frankfurt a. M. 2002

Widerstand als „Hochverrat" 1933–1945. Die Verfahren gegen deutsche Reichsangehörige vor dem Reichsgericht, dem Volksgerichtshof und dem Reichskriegsgericht. Microfiche-Edition, München 1998

Wieland, Lothar: Belgien 1914. Die Frage des belgischen „Franktireurkrieges" und die deutsche öffentliche Meinung von 1914 bis 1936, Frankfurt a. M. [u. a.] 1984

Wildt, Michael: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002

Wilenchik, Witalij: Die Partisanenbewegungen in Weißrußland 1941–1944, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 34 (1984), S. 129–297

Wilhelm, Hans-Heinrich: Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42, Frankfurt a. M. [u. a.] 1996

Wilhelm, Hans-Heinrich: Die „nationalkonservativen Eliten" und das Schreckgespenst vom „jüdischen Bolschewismus", in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43 (1995), S. 333–349

Wilhelm, Hans-Heinrich: Heinz Guderian – „Panzerpapst" und Generalstabschef, in: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, Berlin 1998, S. 187–208

Wilhelm, Hans-Heinrich: Rassenpolitik und Kriegsführung. Sicherheitspolizei und Wehrmacht in Polen und in der Sowjetunion 1939–1942, Passau 1991

Wirsching, Andreas: „Man kann nur Boden germanisieren". Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 517–550

World War II German Military Studies. A collection of 213 special reports on the Second World War prepared by former officers of the Wehrmacht for the United States Army, hrsg. v. Donald S. Detwiler in Verb. mit Charles B. Burdick u. Jürgen Rohwer, 24 Bde., New York/London 1979

Wrochem, Oliver von: Die Auseinandersetzung mit Wehrmachtsverbrechen im Prozeß gegen Generalfeldmarschall Erich von Manstein 1949, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 46 (1998), S. 329–353

Wrochem, Oliver von: Rehabilitation oder Strafverfolgung. Kriegsverbrecherprozeß gegen Generalfeldmarschall Erich von Manstein im Widerstreit britischer Interessen, in: Mittelweg 36, Jg. 6 (1997), H. 3, S. 26–36

Zabel, Jürgen-Konrad: Das preußische Kadettenkorps. Militärische Jugenderziehung als Herrschaftsmittel im preußischen Militärsystem, Frankfurt a. M. 1978

Zapf, Wolfgang: Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen, 1919–1961, München 1965

Zayas, Alfred M. de: Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, München 1980

Zehnpfennig, Barbara: Hitlers „Mein Kampf". Eine Interpretation, München 2000

Zeidler, Manfred: Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993

Ziemke, Earl F.: Franz Halder at Orsha: The German General Staff seeks a consensus, in: Military Affairs 39 (1975), S. 173–176

Ziemke, Earl F.: Gerd von Rundstedt – Des „Führers" gehorsamer Diener, in: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, Berlin ²1998, S. 476–496

Zmarzlik, Hans-Günter: Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 11 (1963), S. 246–273

Register

Personenregister

Die Hinweise für die 25 Oberbefehlshaber sind thematisch nach den Kapiteln der Studie gegliedert. Bei den Heeresoffizieren, die ihnen 1941/42 unterstellt waren, werden jeweils der Rang und die Funktion zur erwähnten Zeit genannt.
Nicht aufgenommen wurden: Adolf Hitler, Autoren der Forschungsliteratur.
Namen in den Anmerkungen sind *kursiv* gesetzt.

Adam, Wilhelm *425*
Alexander der Große 2
Angermann, Kapitän, IV Wi AOK 18 *385*, *503f.*, 505f.
Antonescu, Ion *344*

Bach-Zelewski, Erich v.d. 523, 550, 557–559, 562
Backe, Herbert 243, 392, 493
Balck, Hermann *610*
Beck, Ludwig 14, 63, 123, *139f.*, 146, 149–152, 201
Becker, Oberstleutnant, Wi.Kdo. „Görlitz" in Pleskau *503*
Belov, Pavel Alekseevič 435
Bentivegni, Franz Eccard v. *518*
Bermondt, Fürst Pavel Michajlovič *90*
Bernuth, Julius v., Generalmajor, Chef AOK 4 *370*, *392*, *435*, *481*
Beutelsbacher, Leutnant, Dolmetscher beim Gen.Kdo. XXXIII. A.K. 421, 446, 448
Bila, Ernst v., Hauptmann i.G., Qu. 2 AOK 6 488, *586*
Bischoffshausen, Lothar v., Major, IIa H.Gr.Kdo. Nord *539*
Bismarck, Otto Fürst v. 23–25, 87f., 613
Bissing, Moritz Ferdinand Frhr. v. *247*
Blaskowitz, Johannes *4*, *180*, 184–186, 201, 513
Blobel, Paul 576, 579–581, 585
Blomberg, Werner v. 14, 107, 114, 123, 130, 139, 146, 148f., 152f., *348*
Blumenschein, Hauptmann, AOK 18 *548*
Blumentritt, Günther, Oberst i.G., Chef AOK 4 *137*, 220, *226*, 229, *231*, *234*, *246*, *252*, *310*, *366f.*, *369*, *413*, *486*
Bock, Fedor v. *270*, *609*
- Kaiserreich 30, 32, 36, 38, 41, *44*, 45, 47, 49, 53, *54*, 55, *56*, 57f.
- Erster Weltkrieg 70f., 73, 78
- Revolution und Republik 89, 93, 101, *103*, 104
- NS-Diktatur bis 1939 123, 125, 127, 129, 135–137, 140, 142f., 147, 149, *150*, 153–155
- Feldzüge 1939/40 158f., *160*, 161–163, 165f., 167–169, *170*, 171, *172*, 173f., *175f.*
- Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 *178*, 179, 182, 185–187, 190, *193f.*
- Vorbereitung „Barbarossa" 4f., *7*, 10, 207–210, 213, *214*, 217, *221*, 224–227, *228*, 230, 251f., *260*
- Operationen 1941/42 280, *281*, 284f., *286*, 291, 294, 297–299, *300*, 301, 306–308, 312–316, 322–329, *332*, 334, 341, 347, *348*, 349, 353, 356
- Rotarmisten 361, 363, *365f.*
- Kriegsgefangene 381–383, 388
- Kommissare 394, 402f.
- Partisanen 408, 420, *421*, 431
- Zivilbevölkerung *447*, 450, 454, 456f., *465*, 468
- Judenmord 511, 513, 523–526, 528, 550–553, 555f., 558, 560, 564f., 594, 597
- Nach 1942 602f., 605
- Biogramm 620f.

Boeselager, Philipp Frhr. v. *128*
Bonin, Benno v., Hauptmann i.G., Ib H.Gr.Kdo. Nord *503*

Bormann, Martin *410*
Bossi-Fedrigotti, Anton Graf, Legationsrat, VAA AOK 2 *389*
Brauchitsch, Walther v. 3, 10, 14, 123, *136*, 146f., 150, 156, *157*, 165f., 169, 179, 182, 185–188, 206f., 209f., 210, 212f., 223, 225, *226*, *229f.*, 231, 237f., *239f.*, *242*, 245, 250–252, *253*, 255, 259, *263*, 282, 284f., *287*, 289, 292, 294, 300, 304, 309, 324f., *326*, 327, *328*, 330, 341, 355, 359, 364f., 369, *383*, 401f., 411, 419, 444, 448, 465, *466*, 473, *486*, *500*, 501, 518, *519*, *521*, 564, *584*, 594, 612
Braun, Georg, Generalleutnant, Kdr. 68. I.D. 424
Breker, Arno 2
Brennecke, Kurt, Generalleutnant, Chef H.Gr.Kdo. Nord *245*, *267*, 271, *396*, 400f., *414*, *470*, *477*, *484*, *499*, *539*
Brotbrück, Major, Ordonnanzoffizier von Strauß (AOK 9) 555
Brüning, Heinrich 111, 116
Bruns, Rolf, Major i.G., Ic Pz.Gr.Kdo. 4 544
Bucher, Wolfgang, Oberst i.G., O.Qu. AOK 18 *385*, 386f., 495, *500*, 501f., *503f.*, 505f., 547f.
Burgdorf, Wilhelm *603*
Busch, Ernst *112*, 117, 119f., *610*
– Kaiserreich 28, 32, 36, 38f., 41, *44*, 45, 49, 53, *56*, 58f.
– Erster Weltkrieg 71–73, 76f., 80
– Revolution und Republik 97, 103, *104*, 105
– NS-Diktatur bis 1939 130, 135, 138, 143, 150
– Feldzüge 1939/40 157, 161, *165*, 169, 171, 174, *175*
– Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 178, *186*, 187, 193
– Vorbereitung „Barbarossa" 4, *210*, 224
– Operationen 1941/42 280, *281*, 287, 307f., 340, 342, *347f.*, 349
– Partisanen 415, 428f.
– Zivilbevölkerung *454*, 476, 480
– Judenmord 538–541, 584
– Nach 1942 603, 605
– Biogramm 622f.
Buschenhagen, Erich, Oberst i.G., Chef AOK Norwegen *4*, *209*
Bußmann, Walter *529*

Canaris, Wilhelm *158*, *177*, *180*
Caulaincourt, Armand Augustin Louis, marquis de *252*
Chales de Beaulieu, Walter, Oberst i.G., Chef Pz.Gr.Kdo. 4 *268*, *337*, *396f.*, 544
Chamberlain, Neville 163
Choltitz, Dietrich v., Oberstleutnant, Kdr. I.R. 16 *590*
Churchill, Winston *6*
Clausewitz, Carl v. 70, 112, 118, 317

Daladier, Edouard 163
Darlan, François *5*
Diderot, Denis 607
Dietl, Eduard 14
– Kaiserreich 23, 25, 28, 32, 35f., 39, 47, *54*, *56*, 58
– Erster Weltkrieg 70–73, 76, *77*, 80
– Revolution und Republik 89, 93, 97, 100f., *102*, 103, 107
– NS-Diktatur bis 1939 124, 126f., 130, 136, 142, 155
– Feldzüge 1939/40 161, *168*, 170f., *175*
– Vorbereitung „Barbarossa" 11, 224
– Operationen 1941/42 280, *281*, *348*, 349
– Judenmord 511, 536
– Nach 1942 602, 605
– Biogramm 624f.
Dietrich, Sepp 182, *610*
Dollmann, Friedrich *4*
Dorsch, Xaver *552*
Douhet, Giulio *114*
Dreyfus, Alfred 509
Dschingis Khan 219

Eberbach, Heinrich *162*, *610*
Eberhard, Kurt, Generalmajor, Feldkommandant 195, Stadtkommandant von Kiev 581
Egorov, Aleksandr Ivanovič 106
Ehrlinger, Erich 546
Eicke, Theodor 189
Elfeldt, Otto *577*
Elser, Georg 167
Epp, Franz Xaver Ritter v. 89
Etzdorf, Hasso v. *564*

Faber du Faur, Moritz v., Generalleutnant, Korück 593 (Pz.AOK 4) *31*, *603*
Fach, Oberstleutnant, IV Wi AOK 4 493
Falkenhayn, Erich v. 49
Falkenhorst, Nikolaus v.
– Kaiserreich 30, 32, 36, 41, *44*, 45, 48, *52*, *54*, *56*, *58*
– Erster Weltkrieg 71, 73f., 78, 80

- Revolution und Republik *86*, 87, *89*, *99*, 104
- NS-Diktatur bis 1939 *149*, *155*
- Feldzüge 1939/40 157, 161, *164*, 167, 170f., 174, *175*
- Vorbereitung „Barbarossa" 4, 12, *210*, *212*, 216, 224, 228, 233
- Operationen 1941/42 280, *281f.*, *348*
- Partisanen 430
- Zivilbevölkerung 451
- Judenmord 536
- Nach 1942 601, 605f.
- Biogramm 626f.

Fegelein, Hermann 557–560
Felber, Hans, General der Infanterie, K.G. XIII. A.K. *321*
Förster, Helmuth *3*
Foertsch, Hermann *133*, *147*
Frank, Hans 186
Fraenkel, Ernst 256, 607
Frauenfeld, Alfred, Generalkonsul, VAA AOK 16 384, *399*
Friedrich II., König von Preußen 8, 63, 465
Fritsch, Werner Frhr. v. 14, 123, *131*, 146–149, 152f., 201
Fromm, Friedrich 14, *410*, *467*
Fuller, John Frederick Charles *114*, 118

Gaulle, Charles de *5*
Gericke, Günther v., Major i.G., Ib H.Gr.Kdo. Mitte 524, 550, *553*, *555*, 560
Gerlach, Erwin, Oberst i.G., O.Qu. AOK 16 429
Gersdorff, Rudolf-Christoph Frhr. v., Major i.G., Ic H.Gr.Kdo. Mitte 403, *517*, 523–525, 528, 533f., 550, *553*, 555, *556*, 557f., 560, 563, *564*, 565f., 597
Glaise v. Horstenau, Edmund *89*, *124*
Gmeiner, Josef 526, *527*, *589*
Goebbels, Joseph *124*, 126, 130, *137*, 140, *323*, *342*, *344*, *348*, *464*, *512*, 601, *602*, 603
Goerdeler, Carl Friedrich *263*
Göring, Hermann 3, 137, 147, 153, 238f., 242, *244*, 245, 264, *277*, *329*, 378, *410*, 493f., 609
Greiffenberg, Hans v., Generalmajor, Chef H.Gr.Kdo. Mitte *304*, 306, *323f.*, *329f.*, *333*, *335f.*, *367*, 388f., *416*, 468f., *487*, 523f., 528, 550, *553–555*, 564
Greim, Robert Ritter v. *3*
Greiner, Helmuth 5
Grießenbeck, Robert Frhr. v., Major, Ordonnanzoffizier Leebs (H.Gr.Kdo. Nord) *100*, *210*, *539*
Groener, Wilhelm 91, 96–99, 105, 109, 114, 118, 125
Groppe, Theodor *187*
Groscurth, Helmuth, Oberstleutnant i.G., Ia 295. I.D. 169, *179–181*, 185, *570*, 579, *580*, 583, 597
Guderian, Heinz 14, 17, 118–120, 612
- Kaiserreich 32, 36, 41, 43, *44*, 45, 48, 50, 52, 54, 56, *57*, 58, 66
- Erster Weltkrieg 71, 73f., 79f., 80, 84
- Revolution und Republik 86, 88–95, 97, *99*, 101, 104f., 108
- NS-Diktatur bis 1939 123f., 129f., 134, *135*, 136, 138f., 143–145, 147, 149, *150*, 151f., 154
- Feldzüge 1939/40 160f., *162*, 163f., 168f., 171, 174f.
- Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 194
- Vorbereitung „Barbarossa" 4, *10*, *207*, *210*, *215*, 217, 220, 224, 227, 229, *230*, *252*, *259*
- Operationen 1941/42 280, *281f.*, 283f., *285*, 286f., 291, 293f., *298*, 299–301, 304–206, 310–312, 314, 317, *320*, 323–326, 328–334, 337f., 347, 354
- Kommissare 395, *396*
- Zivilbevölkerung 443, *444*, *447*
- Judenmord *513*, 584, 599
- Nach 1942 601, 604f.
- Biogramm 628f.

Gunzert, Ulrich, Hauptmann, AOK 11 *593*

Haase, Curt *4*
Halder, Franz *3*, 5, *8*, 9f., 10, 12, 14, *72*, 123, 151, 156, 161, *166*, 167, 169, 182, 185f., 206, *207*, 209f., 212, 223–226, *229f.*, 234, 237, *239*, *241f.*, 245, 250, 258, *261*, *263*, *276*, 281f., 284, 287, 289f., 292–294, 297f., 301, 303–310, 312f., *314*, 315f., 322–324, 327, *329*, 330f., *332*, 333f., *335*, 336, 341f., *344*, 345, *349*, 355f., 358, *378f.*, 388, *390*, *401*, *410*, 432f., *449*, *457*, *465*, 501, *518*, 529, 564f., 612f., *616*
Hamann, Joachim *538*
Hammerstein-Equord, Kurt Frhr. v. 48, *49*, *131*
Hansen, Christian, General der Artillerie, K.G. X. A.K. *192*, *342*, *480*
Hardenberg, Carl-Hans Graf v., Major, Ordonnanzoffizier Bocks (H.Gr.Kdo. Mitte) 560
Harteneck, Gustav, Generalmajor, Chef AOK 2 *305*, 430, *431*
Hartmann, Otto 106

Hasenclever, Otto 94
Hasse, Wilhelm, Oberst i.G., Chef AOK 18 *386–388*, 400f., 494f., 498, *500*, 502, *503f.*, *545*, 548
Hassell, Ulrich v. 174f., *263*
Hauck, Friedrich, Oberst i.G., O.Qu. AOK 11 591f.
Heidkämper, Otto, Oberstleutnant i.G., Ia 4. Pz.Div. *584*
Heim, Ferdinand, Oberst i.G., Chef AOK 6 *131*, *214*, *254*, *257*, *361*, *367*, *397*, *408*, *413*, 422, *423*, 424, *425*, 472, 475, *485*, *487f.*, 577f., 582, 585, *616*
Heines, Edmund *133*
Heinrici, Gotthard 116f., 271f.
– Kaiserreich 32, 36f., 50, *52*, *54*, 56, 58, 65
– Erster Weltkrieg 71, 73–76, *77*, 81–85, 87f., *89*
– Revolution und Republik 91, 93, *99*, *101*, 104, 108, 110
– NS-Diktatur bis 1939 *125*, *129*, 131–133, 135, *137*, 138–140, *141*, 144, *147*, 148, *149*, *151*, 154f.
– Feldzüge 1939/40 156, *157*, *159*, 160f., 163, 168, 170f., 173, *175*
– Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 190, 193
– Vorbereitung „Barbarossa" 12, *208*, *211*, 214f., 217, 221, 224, 230, *259*
– Operationen 1941/42 280, *282*, *285*, 290–292, 295, 297, *298–300*, 305, 311f., *314*, *317*, *320f.*, *326*, *334*, 340, 344, *345*, 349
– Rotarmisten 361–363, *366f.*, *370*, *375f.*
– Kriegsgefangene 391f.
– Kommissare 394f., *396*, *398*, 403
– Partisanen *409*, 421, 434–436, *440*
– Zivilbevölkerung 443, 445f., 448, 458f., 486, *497*
– Judenmord 511f., 514, 516, 562, 599
– Nach 1942 605
– Biogramm 630f.
Helmdach, Erich, Major i.G., Ic AOK 4 *252*, *363*, *392*
Hentig, Werner Otto v., Gesandter, VAA AOK 11 427f., 453, *483*, *489*, 592f.
Herrmann, Günther 570
Herrmann, Paul, Oberstleutnant i.G., Ia H.Gr.Kdo. Nord 341, *498*, 540
Hertel, Wachtmeister *400*, *454*
Hessen, Prinz v., Rittmeister, Qu. 2 AOK Norwegen 381
Heusinger, Adolf *212*, 237, *314*, 564
Heydrich, Reinhard 183, 240, *402*, 517, 530, 537, 569, 594, 597, siehe auch „Wagner-Heydrich-Abkommen"
Heye, Wilhelm *108*, 109
Himmler, Heinrich *138*, 147, *148*, 182–188, 217, 238, 240f., 245, 264, 277, 359, 401f., 469, 517, 520f., 527, 529, 531, 541, 550, 556f., 561, 573f., 578, 589, 596f., 599, *602f.*, 611
Hindenburg, Paul v. Beneckendorff und v. 49, 78, 81, 110, 116, 125–127, 132, 134
Hochrein, Max *214*
Hofer, Andreas *417*
Hoefs, Major i.G., Ic AOK 17 570
Hollidt, Karl *208*
Hölz, Max *94*
Hoepner, Erich 120, 201, *268*
– Kaiserreich 32, 36f., 40, 47, 50, *52*, *54*, 56, 58, 64
– Erster Weltkrieg 71–73, *77*, 80
– Revolution und Republik *89*, *104*
– NS-Diktatur bis 1939 129, 133f., 145, 151
– Feldzüge 1939/40 157, 161–164, 167, 170f., 173f., 176
– Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 177–179, 189, 193, 195
– Vorbereitung „Barbarossa" 4, 12, 35, *210f.*, *214*, 219f., 224, 227, 261
– Operationen 1941/42 280, *281*, 283, 287f., 291, 296, *297*, 298, *299f.*, 301, 305f., 310–312, 314, *320f.*, *324*, 326f., 332f., 336–338, 347, 351–354
– Rotarmisten *361*
– Kriegsgefangene 384
– Kommissare 393
– Partisanen 414f.
– Zivilbevölkerung 443, 470
– Judenmord 512, 516, 538, 542–544, 584, 598
– Nach 1942 601, 604f.
– Biogramm 632f.
Hoßbach, Friedrich *153*
Hoth, Hermann *19*, 120
– Kaiserreich 32, 36, 41, *44*, 45, *52–54*, 56, *57*, 58, 62, 66
– Erster Weltkrieg 72f., 78, 80f.
– Revolution und Republik *88*, 89, 93f., 99, *100*, 104–106
– NS-Diktatur bis 1939 124f., 129, 133, 135, 141, 145, 147f., *152*, *155*
– Feldzüge 1939/40 *157*, 160f., 164, 167, 171, 174
– Vorbereitung „Barbarossa" *3*, 4–6, 8, 10–12, *210f.*, 213–216, 218, 224, 227, *248*, *253*, *257f.*, 259f.

- Operationen 1941/42 280, *281*, 283 f., *286*, 293, 301, 308, *315*, 343, *346 f.*
- Rotarmisten 367, *368*, 372
- Kommissare 393, 395, *398*, 399
- Partisanen *413*, 420
- Zivilbevölkerung 444, *451*, 452 f., 462, 492, 496
- Judenmord 516, 575, 583, 587
- Nach 1942 602, 606
- Biogramm 634 f.

Hube, Hans *610*
Hubig, Hermann *547*
Hünersdorff, Walther v., Oberstleutnant i.G., Chef Pz.Gr.Kdo. 3/Pz.AOK 3 *363 f.*, *366*, *371*, *397–399*, 553

Ilsemann, Sigurd v. *76*, *79*

Jäger, Karl 540
Jaraczewski, Konstanz, Major d.R., Vertreter Qu. 2 AOK 18 *387*
Jeckeln, Friedrich 568, 573, 578, 580 f.
Jessel, Karl, Major i.G., Ic H.Gr.Kdo. Nord *400*
Jodl, Alfred 3, 14, 123, 211, 237 f., *248*, 258, *397*, *401*, *486*, *500*, 501, *516*
Jodl, Ferdinand, Generalmajor, Chef AOK Lappland *392*
Jünger, Ernst 351, *421*, *507*, *546*

Kapp, Wolfgang 92–94, 100
Kardorff, Ursula v. *137*
Keitel, Wilhelm 3, 14, *63*, 65, *115*, 170, 123, 146, *188*, 238, *244*, 249, *327*, *342*, *410 f.*, *415*, *467*, *483 f.*, 485, 499, *500*, 501, *561*, *574*
Keller, Alfred *3*
Kempf, Werner 182
Kesselring, Albert *3*, *18*, 149, *606*
Kirchheim, Heinrich *604*
Kleist, Ewald v. 120, *609*
- Kaiserreich 28, 30, 32, 36, 47 f., *54*, 56, 58, 66, 68
- Erster Weltkrieg 71–74, *77*, 80, 84
- Revolution und Republik 89, *99*, 101, 104
- NS-Diktatur bis 1939 127, *133*, 142 f., *145*, 147 f., *153*
- Feldzüge 1939/40 158, 161, *163*, 171 f., 174, *175*
- Vorbereitung „Barbarossa" *3*, 4 f., 12, *210*, *212*, *215*, *220*, 224 f., 227, *228*, 234
- Operationen 1941/42 280, 283, 288, 295, 301, 308 f., 343, *347*, 351
- Zivilbevölkerung 444, 454, *491*
- Judenmord *546*, 587
- Nach 1942 602 f., 605
- Biogramm 636 f.

Kluge, Günther v. 120
- Kaiserreich 30, 32, *36*, 38, 41, 45, 47, 49, 56, 58
- Erster Weltkrieg 72 f., 76, 78
- Revolution und Republik *86*, 104, 108
- NS-Diktatur bis 1939 127 f., 136, *142*, 144, 147, *150*, *153*, 154
- Feldzüge 1939/40 158 f., 161–163, *164*, 165 f., 171, *172*, 174, *176*
- Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 177, 179, 185, *186*, 187, *194*
- Vorbereitung „Barbarossa" 4, 12, 207, *210*, 220, 224, 229, *230 f.*, 251 f.
- Operationen 1941/42 280, 284–286, 290, 298, 300, 305 f., 310, *311*, 312 f., 316, 323–325, *326*, 328–339, 341, 344, *348*, 349, 352–354, 357
- Rotarmisten *361*, 363, 365, 368
- Partisanen 408, 416 f., 429, 432–436, 438, 440
- Zivilbevölkerung *444*, 450–453, 457, *463*, 471, 492, *497*
- Judenmord 512 f., 523, 550–553, 598
- Nach 1942 603, 605
- Biogramm 638 f.

Knöchlein, Fritz 189
Knüppel, Wilhelm, Major i.G., Ia XXXXIII. A.K. *211*
Knuth, Hans, Generalmajor, Korück 583 (AOK 18) 386, *474*, 505, *506*
Koch, Hans, Hauptmann, Dolmetscher *454*
Krebs, Hans, Generalmajor, Chef AOK 9 *567*
Kriebel, Karl *604*
Kriegsheim, Arno, Oberstleutnant i.G., Chef Berück Nord *540*
Krumpelt, Ihno, Oberstleutnant i.G., O.Qu. AOK 4 *452*
Kübler, Ludwig *16*, *328*, *334*, 336, 338, *339*, 340, *347*
Küchler, Georg v. 271, 277, 609
- Kaiserreich 28, 30, 32, 36, 47 f., 54, 56, 58, 67
- Erster Weltkrieg 72 f., 80
- Revolution und Republik 90, 104 f., 107 f.
- NS-Diktatur bis 1939 127 f., 144, 147, *150*
- Feldzüge 1939/40 *157*, 158 f., 161, *165*, *171*, 174, *175 f.*
- Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 182 f., *186*, 187, 189, 193
- Vorbereitung „Barbarossa" 4, 12, 207,

210f., 218f., 224, 229, 231, 237, 242, *246*, *259*, 260, *261*
- Operationen 1941/42 280, *281f.*, 287, 296, 340, 342, 344, 349
- Rotarmisten *371*, *373*, *376*
- Kriegsgefangene *385*, 386f.
- Kommissare 393, 395
- Partisanen 414f., *432*
- Zivilbevölkerung 446, *451*, 457, *461*, 470, 473, *474*, 477–480, 484, 490, 495f., 498f., *500*, 501–507
- Judenmord 512–514, *520*, 538, 542, 545, 547–549, 584, 598
- Nach 1942 602f., 606
- Biogramm 640f.

Künsberg, Eberhard Frhr. v. 546
Kuntzen, Adolf, General der Panzertruppe, K.G. LVII. A.K. (mot.) *12*
Kurowski, Eberhard v., Oberst i.G., Chef Pz.AOK 2 *436*

Labs, Walter *573*
Lahousen, Erwin 384, 564
Lammers, Hans Heinrich *410*
Lanz, Hubert, Generalmajor, Kdr. 1. Geb.Div. *341*
Laternser, Hans *225*
Lattmann, Erich 249, 258, *397*
Leeb, Hermann *353*
Leeb, Wilhelm Ritter v. 120, 201, *270*, 271
- Kaiserreich 23, 28, 30, 32, 36, 39f., 40, 47, *48*, *54*, 56, 58
- Erster Weltkrieg 70f., 73, *74*, 78–80, 84
- Revolution und Republik 86f., 100f., 104
- NS-Diktatur bis 1939 123, 127–129, 135–137, 139, 142f., 147f., 151, *152*, 153
- Feldzüge 1939/40 158–161, 165–167, 171, 173f., *175*, 176
- Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 185–187, 195
- Vorbereitung „Barbarossa" 4, 10, 208, 210, *211*, 213, *214*, 223–226, *228*, 230, 251, *259*
- Operationen 1941/42 280, *281f.*, 287, *288*, 296, 301, 307f., 316, 340–342, 347, *348*, 349, 352f., *354*, 355
- Rotarmisten 360
- Kriegsgefangene 384
- Kommissare 395
- Partisanen 415
- Zivilbevölkerung 444, *477*, *484*, 492, 499, *500*, 501f., 504
- Judenmord 513, 538, 540f., *545*, 599
- Nach 1942 601, 604, *605*, 606
- Biogramm 642f.

Lemelsen, Joachim, General der Artillerie, K.G. XXXXVII. A.K. (mot.) 363, *436*
Lewinski, Eduard v. *32*
Leyen, Ferdinand Prinz v. d. *564*
Liddell Hart, Basil *114*, 118
Liebenstein, Kurt Frhr. v., Oberstleutnant i.G., Chef Pz.Gr.Kdo. 2/Pz.AOK 2 304, *312*, *329*, *331*
Liebknecht, Karl 216
Liebmann, Kurt *158f.*, *165*, *153*, *165*
Lindemann, Georg 119f., 612
- Kaiserreich 32, 36, 47, 55, *56*, *58*, 62, 65
- Erster Weltkrieg 71–73, 76
- Revolution und Republik *86*, 89, 96, *104*, 107
- NS-Diktatur bis 1939 129, *133f.*, 135
- Feldzüge 1939/40 161, *168*, 171, *175*
- Vorbereitung „Barbarossa" 12, 221, 224, *225*, 234, *259*
- Operationen 1941/42 280, 342, 349
- Kommissare 395, *396*
- Judenmord 545, *546*
- Nach 1942 605
- Biogramm 644f.

Lindner, Major i.G., Ic Pz.Gr.Kdo. 3 397, 399
List, Wilhelm *4*, 201, 207, *210*, *212*, *609*
Löhr, Alexander *3*
Lombard, Gustav 558f.
Loerzer, Bruno *3*
Loßberg, Friedrich v. 80, 118
Ludendorff, Erich 77–79, 86, 112, 146, *482*, 612
Lüttwitz, Walther Frhr. v. 92–94, 100
Lützow, Ludwig Adolf Wilhelm Frhr. v. *417*
Lyncker, Moriz Frhr. v. 33, *34*

Mackensen, August v. 186
Mackensen, Eberhard v., General der Kavallerie, K.G. III. A.K. (mot.) *19*
Magill, Franz 558
Maginot, André 121
Mannerheim, Carl Gustav Emil Frhr. v. *500*
Manstein, Erich v. 14, 17, 115, 120, *609*
- Kaiserreich 30, 32, 35f., 41, 43–45, 47–49, *54*, 56, 58, 61, 65
- Erster Weltkrieg 71f., 74, 76, 80
- Revolution und Republik *89*, 94, 99, 102, 104–106, 108
- NS-Diktatur bis 1939 123, 126, *133*, 134–136, *138*, 139–141, 144, 146, *147*, 148–151

- Feldzüge 1939/40 *157*, 158, *159*, 161, 168f., *175*
- Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 181
- Vorbereitung „Barbarossa" 12, 224, 227, *259*
- Operationen 1941/42 280f., 288, 290f., 293, *296*, 301, 308, 343, 347, 351, 354, 356
- Rotarmisten 361, 363, *364*, *372*
- Kriegsgefangene 383f.
- Kommissare 394f., *396*
- Partisanen 420, *425*, 426–428
- Zivilbevölkerung 443, 452f., 483, 496
- Judenmord 512, *543*, 575, 584, 590, 592f.
- Nach 1942 602f., *605*, 606
- Biogramm 646f.

Manstein, Georg v. *32*
Marcks, Erich 207
Marwitz, Johann Friedrich Adolf v. d. 63
Matwijewitsch, Piotr *364*
May, Rudolf *542*
Model, Walter *609*, 612
- Kaiserreich 23, 25, 28, 32, 36, 40, 49, *54*, *56*, *58*
- Erster Weltkrieg 70f., 73, 76, *77*, 78, 80
- Revolution und Republik *89*, 93, *102*, 104–106, 108f., 110
- NS-Diktatur bis 1939 130, 143–146
- Feldzüge 1939/40 161, 171, *175*
- Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 191
- Vorbereitung „Barbarossa" 12, 211, 224
- Operationen 1941/42 280, 301, 340, 345, *348*, 349
- Judenmord 567, 599
- Nach 1942 601, 603, 605
- Biogramm 648f.

Molotov, Vjačeslav Michajlovič 209
Moltke, Helmuth Graf v. 55, 58, 63f., 70, 79, 112, 118, 146
Moltke, Helmuth v. *75*, 313
Moltke, Helmuth James Graf v. *357*
Montua, Max 559
Morretta, Rocco *114*
Müller, Eugen 253f., *257*, 258, *364*, *368*, *377*, 400f., *408*, 411, *467*, *469*, *571*
Müller, Friedrich Wilhelm, Oberst, Kdr. I.R. 105 *349*, 427, *610*
Müller, Heinrich *530*
Müller, Vincenz, Oberst i.G., Chef AOK 17 *128*, *230*, *232*, *245*, 474, *486*, 487, *516*, 570, *574*, 576
Münchhausen, Georg-Heino Frhr. v. *564*
Mussolini, Benito *5*, *152*, 603
Mylius, Major i.G., Qu. 2 AOK 16 *244*, *249*, *262*

Nagel, Hans *378*, 460, *493*
Napoleon I. 112, 118, *166*, 170, 215, 217, 252, *295*, 301, 321, *334*, 344, 465
Nebe, Arthur 522–525, 528f., 531–534, 549–553, 555f., 559, 561, 563
Nehring, Walther *101*, *129*
Neurath, Konstantin Frhr. v. 153
Nockemann, Hans 245, 518
Nostitz-Wallwitz, Gustav-Adolf v., Generalmajor, Wirtschaftsinspekteur Süd *496*

Oberländer, Theodor, Oberleutnant, Dolmetscher 454
Ohlendorf, Otto 526–528, 588, 591f.
Olbricht, Friedrich *136*
Orlova, Anstaltsärztin *548*
Oshima, Hiroshi *283*
Oster, Hans 68, *263*, *518*
Oswaldt, Wilhelm, Oberstleutnant, IV Wi AOK 11 592

Paltzo, Rudolf, Major i.G., Ic AOK 6 488, *576*, 577, *578*, 579, *581*, 586f.
Papen, Franz v. *49*, 110f., *131*
Paulus, Friedrich *609*
- Kaiserreich 23, *25*, 28, 31, 35f., 36, 39, 47, *52*, *54*, *56*, *58*
- Erster Weltkrieg 71, 73, *77*
- Revolution und Republik *89*, 101f., *103*, 104, 106–108
- NS-Diktatur bis 1939 142–146, 154
- Feldzüge 1939/40 158, 161, 171, *172*, *175*
- Vorbereitung „Barbarossa" 12, 208, 224, 236
- Operationen 1941/42 280, *286*, *288*, *290*, *296*, *301*, 308, *314*, 343, *348*, 349
- Rotarmisten 373
- Partisanen 425
- Judenmord 577
- Nach 1942 602f., 605
- Biogramm 650f.

Payr, v., Major, H.Gr.Kdo. Mitte *493*
Pezold, v., Major, Pz.Gr.Kdo. 1 *4*
Pflugbeil, Kurt *3*
Pfuel, Kurt Wolf v. 33, *34*
Pitschmann, Major i.G., Qu. 2 AOK 18 *548*
Popitz, Johannes *263*
Prüter, Friedrich-Wilhelm, Oberst i.G., O.Qu. AOK 2 *183*, 431, 552
Prützmann, Hans-Adolf 537

Raeder, Erich 3, 153
Ranck, Werner, Major i.G., Ic AOK 11 526, 528, 589
Rantzau, Josias v. *397*, *592*
Rasch, Otto 528, 568f., 581
Raus, Erhard *610*
Rausch, Günther 554
Rauschning, Hermann 107
Reichenau, Walter v. 14, 601, 605
- Kaiserreich 28, 30, 32, 36, 40, 47, 52, *54*, 56, 58
- Erster Weltkrieg 71f.
- Revolution und Republik *89*, *104*, 105–107, 110
- NS-Diktatur bis 1939 123, 125, 130f., 135f., *142*, 143–145, 147, 150, 153f.
- Feldzüge 1939/40 158, *159*, 161, *164*, 165–168, 171, 174
- Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 179–182, 185, *186*, 187, 193
- Vorbereitung „Barbarossa" 4, *7*, *210*, 214, *221*, 224, 228, 254
- Operationen 1941/42 280, *281*, *288*, 295f., 308f., 312, 316, *326*, 331, 343, *348*
- Rotarmisten 364, 367, 371f., 374f.
- Kriegsgefangene 383, 386
- Partisanen 419f., 422, 424–426., 428f., 439, 441
- Zivilbevölkerung 452f., 456f., 459, 471f., 476, *477*, 485, 487–490, 496, 507
- Judenmord 511f., 575–585, 587f., 591, 598
- Biogramm 652f.

Reinhard, Hans-Wolfgang, General der Infanterie, K.G. LI. A.K. *423*
Reinhardt, Hans-Georg 120, *268*, *272*, 616
- Kaiserreich 28, 31, 36, 47, *54*, *56*, *58*
- Erster Weltkrieg 71, 73f., *77*
- Revolution und Republik *89*, 104, 106–108, 110
- NS-Diktatur bis 1939 126, 129f., *133*, *135*, 136, *137*, *143*, 144f., *148f.*, 151f., 155
- Feldzüge 1939/40 *157f.*, 161f., 164, *168*, 171, *172f.*, *175f.*
- Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 178, 194
- Vorbereitung „Barbarossa" 12, 215, 219, *220*, 224f., 234, *259*, 261
- Operationen 1941/42 280, *281*, 283, 287f., 290, 296, *297*, *299f.*, 301, 305f., 310–312, 314, 317, *320*, 326, *328*, 336, 339, 345, *347*, 352f., 357
- Rotarmisten 361, *365*, *369–371*
- Kriegsgefangene 384
- Kommissare 393, 395, *396*
- Partisanen *421*, 423, *440*
- Zivilbevölkerung 443, 481
- Judenmord 516, *543*
- Nach 1942 *602*, 604–606
- Biogramm 654f.

Reinhardt, Walther 91, 96
Richter, Werner, Major i.G., Ic AOK 18 *545*
Richthofen, Wolfram Frhr. v. *3*, 313, 316, *324*, *329*, 339, *348*, 357
Riecke, Hans-Joachim 493
Riefenstahl, Leni *181*
Riesen, Hans-Wolf, Major, Ic/AO AOK 11 427
Röhm, Ernst 134, 139
Rommel, Erwin 14, *343*, *348*
Roosevelt, Franklin Delano *6*
Roques, Franz v., General der Infanterie, Berück Nord *432*, 540f.
Roques, Karl v., General der Flakartillerie, Berück Süd *369*, *569*, 573
Rosenberg, Alfred 141, 239, 245, 264, *410*, *438*, 453, *456*, 461, 464, *497*, 512
Rothkirch und Trach, Edwin Graf v. *605*
Rübesamen, Friedrich, Oberstleutnant i.G., Chef Berück Mitte 558f.
Rundstedt, Gerd v. 612
- Kaiserreich 23f., 28, 30, 32, 36, 38, 41, *44*, 45, 49, *54*, 56, 58, 64, *67*
- Erster Weltkrieg 70f., 73, 78
- Revolution und Republik 89, 101f., 104, 109f., *111*
- NS-Diktatur bis 1939 123, 127–129, 136f., 142f., 147f., 150, 151, 153
- Feldzüge 1939/40 158f., 161, *165*, 166–169, 171f., 174
- Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 180, 182–184, *186*, 187, 191–193
- Vorbereitung „Barbarossa" 4, *7*, 10, 210, *214*, 224–226, *228*, *251*, *259*
- Operationen 1941/42 280, *281f.*, 288, 290, 292, 295, *300*, 301, 308–310, *326*, 341, 343, 347, *348*, 352
- Rotarmisten 372
- Kriegsgefangene 383f.
- Kommissare 395
- Partisanen 420
- Zivilbevölkerung 443, 485
- Judenmord 514, *515*, 573, 579, 583, 588
- Nach 1942 601, 604f.
- Biogramm 656f.

Ruoff, Richard
- Kaiserreich 28, 32, 36, 47f., *54*, *56*, 58

- Erster Weltkrieg 71–73, 76, 80
- Revolution und Republik 103f.
- NS-Diktatur bis 1939 149, 154
- Feldzüge 1939/40 161, 171, *175*
- Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 187
- Vorbereitung „Barbarossa" 12, 224
- Operationen 1941/42 280, 338, 349
- Rotarmisten 373
- Zivilbevölkerung 445, *497*
- Nach 1942 602
- Biogramm 658f.

Rupprecht, Kronprinz von Bayern 78f.

Sack, Karl *602*
Salmuth, Hans v., General der Infanterie, K.G. XXX. A.K. *210*, 588
Salomon, Ernst v. 42
Sandberger, Martin *544*
Sauckel, Fritz *247*
Schach v. Wittenau, Hans, Rittmeister, Stellvertreter Ic/AO H.Gr.Kdo. Mitte *518*
Scharnhorst, Gerhard v. 56, 59
Schattenfroh, Franz, Generalkonsul, VAA AOK 4 453
Schenckendorff, Max v., General der Infanterie, Berück Mitte *369*, *419*, 420, 433f., *438*, *450*, 461, *497*, 523, 557–563
Schill, Ferdinand v. 90, *417*
Schinkel, Karl Friedrich 1
Schlabrendorff, Fabian v., Leutnant, Ordonnanzoffizier Tresckows (H.Gr.Kdo. Mitte) 563, 565
Schlegel, Rudolf *563*
Schleicher, Kurt v. 48, 98, 105, *110*, 111, 118, 125, *131*, *570*
Schlemann, Josef, Legationsrat, VAA AOK 9 397
Schlieffen, Alfred Graf v. 58, *74*, 118, 169
Schmidt, Rudolf 120
- Kaiserreich 30, 32, *36*, 40, 49, 54, 56, *58*
- Erster Weltkrieg 71, 73, 78, 80
- Revolution und Republik *104*, 105, 108
- NS-Diktatur bis 1939 *135*, *143*, 144f.
- Feldzüge 1939/40 161, *168*, 171, *175*
- Vorbereitung „Barbarossa" 12, 224, 227
- Operationen 1941/42 280, *286*, 290, 301, 308, 311, 328, 333, 349, 354
- Rotarmisten *373*, 374f.
- Kriegsgefangene 389, 391
- Kommissare 400
- Partisanen *436*, 437
- Zivilbevölkerung 454, 459–462, *473*
- Judenmord *584*
- Nach 1942 602, 605
- Biogramm 660f.

Schmidt v. Altenstadt, Johann 245, *262*
Schmundt, Hubert *3*
Schmundt, Rudolf *156*, 325f., *327*, 330, *348f.*, 540, *577*, *602*, 609
Schobert, Eugen Ritter v. *119*, 601, 605, *610*
- Kaiserreich 28, 32, *36*, 41, *44*, 45, 47f., 54, *56*, 58
- Erster Weltkrieg 71–73, 76f., 80, 82
- Revolution und Republik *86*, 89, 93, 97, 100, 103, *104*, 105
- NS-Diktatur bis 1939 124, 126f., 130, 144, 149
- Feldzüge 1939/40 161, *172*, 174, *175*
- Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 180
- Vorbereitung „Barbarossa" 4, *210*, 224
- Operationen 1941/42 280, *281*, *288*
- Judenmord 511, 526–528, 588–590
- Biogramm 662f.

Schönemann, Werner *563*
Schöpper, Mitglied des Soldatenrats in Königsberg *139*
Schörner, Ferdinand *610*
Schroth, Walter, General der Infanterie, K.G. XII. A.K. 416f., 471, *604*
Schubert, Conrad v., Legationsrat, VAA AOK 6 *456*
Seeckt, Hans v. *86*, 91, 96–100, 163, *108*, 109, 118, 146
Selle, v., General *511*
Sinz, Oberst 422
Sodenstern, Georg v., General der Infanterie, Chef H.Gr.Kdo. Süd *285*, *289*, 308f., *352*, *579*
Soennecken, Oberwachtmeister, Dolmetscher im H.Gr.Kdo. Mitte 563f.
Specht, Karl-Wilhelm *604*
Speer, Albert 1
Stahlecker, Walther 528, 536, 538–540, 542–544, *545*, 548
Stalin, Josef *5*, 7, *163*, *212*, 215f., *291*, 292, 319, 369, 374, 400, 409f., 433, *445*, 457, 466, 489, *564*, 571, 603
Stephanus, Konrad, Major i.G., Stab für Partisanenbekämpfung beim AOK 11 426
Stieff, Helmuth, Oberstleutnant i.G., Ia AOK 4 *392*
Stolze, Erwin *384*
Strachwitz, Mauritz Frhr. v., Oberstleutnant i.G., Ia AOK 18 *212*, *231*, *238*, *359*, *444*, *465*, *498*, *502*

Strauß, Adolf
- Kaiserreich 28, 32, 36, 38, 41, *44*, 45, 48, *54*, 56, 58
- Erster Weltkrieg 71–73, 76, *77*, 80
- Revolution und Republik 103, *104*, 107
- NS-Diktatur bis 1939 144
- Feldzüge 1939/40 161 f., *171*, 174, *175*
- Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 179, *180*, 183
- Vorbereitung „Barbarossa" 4, 12, *210*, *220*, 224, *259*
- Operationen 1941/42 280, *281*, 284, 306, 311 f., 333, 335 f., 338–340, 347, *357*
- Rotarmisten 364, *373*, 374 f.
- Kriegsgefangene 388–390, *391*
- Kommissare 395
- Partisanen 415, 417
- Zivilbevölkerung 455 f., 465, *471*, 492
- Judenmord 550, 555
- Biogramm 664 f.

Stülpnagel, Carl-Heinrich v. 201
- Kaiserreich 30, 32, 36 f., 40, 47 f., *54*, 56, 58
- Erster Weltkrieg 71–73, 76, 79
- Revolution und Republik *86*, *89*, 93, 104, 107
- NS-Diktatur bis 1939 123, 129, 133 f., 143 f., 151 f., 154 f.
- Feldzüge 1939/40 156–158, 160 f., 164, 167, 171, *172*, *174 f.*, 176
- Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 195
- Vorbereitung „Barbarossa" 4 f., *210*, 224, *261*
- Operationen 1941/42 280, *281*, *288*
- Rotarmisten 365
- Partisanen 412
- Zivilbevölkerung 450, *451*, 467 f.
- Judenmord 512, 515, *516*, 570–572, 574 f., 577, 587, 598
- Nach 1942 601, 604 f.
- Biogramm 666 f.

Stülpnagel, Helene v. *129*
Stülpnagel, Joachim v. *49*

Taysen, Adalbert v. 114
Thaer, Albrecht v. *78*
Thilo, Karl-Wilhelm *564*
Thomas, Georg 243, *387*, 392, 493
Tippelskirch, Kurt v. *182*, *186–188*
Tippelskirch, Werner v. *249*
Todt, Fritz 276, 278, 384, 422, 551, *553*
Tresckow, Henning v., Oberstleutnant i.G., Ia H.Gr.Kdo. Mitte *251*, *337*, *518*, 524 f., 533, 550, *555*, *560*, 563, 598
Trotzki, Leo 216

Unger, Oberstleutnant 381

Wagener, Otto *130*, *207*, *214*, *224*
Wagner, Eduard *212*, 237, 239 f., 242, 244 f., 249, *262*, *308*, 379, *380*, 385 f., *387*, 388–390, 392, 401 f., *463*, 476, 493–498, 500 f., 504, 520, 529, 573, *584*, 593–595
- „Wagner-Heydrich-Abkommen" 240 f., 466, 518–524, 526–528, 550

Warlimont, Walter *3*, 258
Weckmann, Kurt, Oberst i.G., Chef AOK 9 *413*, 420, *474*
Wedel, Hasso v. *252*
Weichs, Maximilian Frhr. v. *609*
- Kaiserreich 28, 30, 32, 36, 40, 47 f., *52*, *54*, 56, 58, 65, 67
- Erster Weltkrieg 71–74, 79 f., 84
- Revolution und Republik 93, 104, 107, 111
- NS-Diktatur bis 1939 123 f., 127, *132*, 133, 136, 139 f., *142*, 145, 147, 149, *150*, 151 f., *153*, 154 f.
- Feldzüge 1939/40 *158*, 161–163, *164–166*, *168*, *171 f.*, 174, *175*
- Kriegs- und NS-Verbrechen 1939/40 178, 181, 185, *186*, 187, *188*, *194*
- Vorbereitung „Barbarossa" *3*, 4, 12, *210*, *212*, *214*, 221, 224, *225*, *228*, 234, *259*
- Operationen 1941/42 280, *281*, 282, *285*, 294 f., 305 f., *311*, 312, *315*, 333, *338*, 345 f., *347*, 350, 352, *354*
- Rotarmisten *360*, 368
- Kriegsgefangene 382
- Kommissare 395, 400
- Partisanen 417, 430–432
- Zivilbevölkerung 444 f., *450 f.*, *491*
- Judenmord 512 f., 552, 554, 599
- Nach 1942 603 f., 606
- Biogramm 668 f.

Weigand, Wolfgang 460
Weizsäcker, Ernst Frhr. v. *172*
Werner, Karl Friedrich, Major, Ic/AO AOK 17 570, 576
Wiese, Friedrich *610*
Wikulill, Stabsarzt AOK 18 *548*
Wilhelm I., Deutscher Kaiser und König von Preußen 23, 61 f.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preußen 24–27, 33 f., 39 f., 42, 48, 50 f., 62, 66, *139*
Wilhelm, Kronprinz von Preußen 78

Winter, August, Oberstleutnant i.G., Ia H.Gr.Kdo. Süd *131*, *238*, *352*, *588*
Winterfeld, v., Oberstleutnant, IV Wi AOK 4 *246*
Wittmer, Major, Kommandant Dulag 185 595, 597
Witzleben, Erwin v. *4*, 201
Witzleben, Hermann v., Oberst i.G., Chef AOK 2 *126*, *270*, *399*, *417*, 468f., *471*, 554
Wöhler, Otto, Oberst i.G., Chef AOK 11, dann Chef H.Gr.Kdo. Mitte *255*, *413*, *425*, *436*, 526–528, 589, 592, *610*
Wuthmann, Rolf, Oberst i.G., Chef AOK 16 *414*, *428*, *474*, *480*

Yorck, Ludwig v. 63

Zangen, Gustav Adolf v. *610*
Zeitzler, Kurt, Oberst i.G., Chef Pz.Gr.Kdo. 1 *228*, *602*

Ortsregister

Nicht aufgenommen wurden: Deutschland/Deutsches Reich, Russland/Sowjetunion, Weimar in Weimarer Republik, Nürnberg in Nürnberger Prozesse bei Dokumentenbelegen, Archivorte, Absendeorte, Orte in den Biogrammen.
Orte in den Anmerkungen sind *kursiv* gesetzt.

Allenstein *253*
Andenne 83
Anklam *49*
Ardennen 169
Ärmelkanal 169, 171
Artemovsk 576
Asowsches Meer 590
Aurich 36f.
Auschwitz 599

Babij Jar 485, 580–582
Baden-Württemberg 410
Bad Harzburg *125*
Baikalsee 448
Baltenland, Reichskommissariat (geplant) *239*
Baltikum *7*, 82, 89f., 96f., *156*, 198, 219, 243, 259, 384, 393, 405, 407f., 442, *448*, 461, 491, 493, 537, 541, 543, 549
Baranoviči 550
Bautzen 36
Bayern 124, 410
Belaja Cerkov' 579, *580*, *583*
Belgien 83, 85, 165, 171, 177f., 189, 192, *218*, 237, *247*, 405, 407f.
Belgorod *425*, 488
Bensberg 44
Berchtesgaden 159
Berdičev 575
Berezina *284*
Berlin 1, *4*, *6*, 14, 35–37, 44, 47f., 55, 57f., *63*, 72, 81, 90, 93, 104f., *107*, 108, 110, 137, *140*, 144–148, *152*, 156, 170, *207f.*, 209, 212, *221*, 228, 245, 247, *251*, 263, 278, *290*, *294*, 328, *332*, 381, 386, 397, 401, 412, 464, 497, 506, 518, 526, 528, 534, *539*, 540, 564, 569, 592f., 605, 611
Bernburg *36*
Bessarabien 537, 589
Bialystok 283, *284f.*, 286, 381, 524, 550f.
Blonie 182
Bobrujsk 434, *461*, 550, 562
Borisov 555, 557, 562–566
Borispol 595
Brandenburg 48
Brandenburg, Provinz *110*
Braunschweig 133
Breslau *133*
Brest-Litovsk 80, 448, 550f.
Brjansk 298, 302, 382, 436f.
Bromberg 178f., 183
Budapest 12
Bug 190, 235, 589
Bukowina 589
Bulgarien *5*, 12, *210*, 225
Bytoš *436*
Bzura 162

Cannae *295*
Černi 331

Champagne *77*, 80
Charkov 106, 423 f., 487–489, 507, 545, 567, 575, *577*, 585–587, 591
Charlottenburg 36
Cherson 589
China *54*
Cholm 343
Colmar 36 f.
Compiègne 172
Cöslin 44
Crozat-Kanal *77*

Dänemark 169, 177, *237*, 605, 612
Danzig *49*, 107, *156*, 157
Darmstadt 36, 48
Demjansk 341–343
Demmin 36 f.
Den Haag 253, 256, 405 f.
Desna *432*
Dessau 36
Detmold 141, 512
Djatkovo *436*
Dnepr 224 f., 227, 282, *284*, 285 f., *287*, 288 f., 294, *295*, *310*, 343, 485, 590
Dnepropetrovsk 586
Dnestr 589
Don 308 f.
Donez 292, *299*, 309, 507, 576
Dresden 42, *104*, 108
Drobickij-Schlucht 587
Düna 225, 227, 282, 285 f., 289, 537
Dünaburg 538
Dünkirchen *6*, 172
Düsseldorf 36 f.
Dzisna *553*

Eismeer 16
Elsass-Lothringen 157
Engers *49*
England 5–8, 10, 68, 150 f., 153, 156, 158–160, 162–165, 169, 171 f., 175 f., 189, 195, 206, 208, 209 f., *214*, 215, *218*, *220*, 221, 236, 321, *448*
Erfurt 36
Estland 461, 473, 536–538, 543 f.
Evpatorija 427 f.

Feodosija *592*
Finnland 7 f., 16, 78, 80, *86*, 87, 170, 225, 228, *230*, 233, *282*, *303*, 307, 381, 451, 499, 536
Flandern 80
Frankfurt a. M. 36 f., *576*
Frankreich 3, 5 f., *66*, 68, 77, 79 f., 82, 110, 116, 118, *132*, 150 f., 153, 156, 158–160, 162–165, 171–173, 175–177, 189, 192 f., 195, 206, *211*, *214*, *218*, 237, 251, 304, 372, 384, *397*, 408, 449, 482, *501*, 513 f., 601, 615

Galizien 7, *254*, *567*
Genf 116, 262, 378, 381
Gibraltar 176
Glogau 47, *49*
Gomel' 550, 562
Gor'kij *305*, *562*
Gorlice-Tarnow 78
Goslar 48
Griechenland 4, *6*, *210*, *212*, 234
Grodno *523*
Großbritannien, siehe: England
Gumbinnen 36 f., *253*
Gžatsk 337, 339

Hagenau 48
Halle a.d. Saale 89
Hamburg 89
Hannover 36 f., *49*, 50, 108
Heilbronn *36*
Hersfeld *49*
Hessen 410
Hubertusburg 63

Ilmen-See 341, *342*, 544
Insterburg *253*
Italien 5, 6, *86*, *88*
Ivot *436*,
Izjum 343

Jaila-Gebirge 425
Japan 321, 448
Jaroslavl' 305
Juchnov 338–340
Jugoslawien 4, *6*, *212*, 225, 234, 465, 605
Jüterbog 108

Kalinin *305*, 483
Kaluga *335*, *446*
Kama *105*
Kamenez-Podolsk 573 f., 580
Kandalakša 536
Karlsbad 152
Karlsruhe 36, 44
Karpato-Ukraine 573
Kassel 36 f., *49*
Kaukasus 106, 243, 292, 304, 308, 347, 351, 448, 491, 507, *546*, *592*
Kaukasus, Reichskommissariat (geplant) *239*

Kaunas 538–542
Kerč 343, *426*
Kiev 106, 223f., 228, 293, 295f., *297*, 298, 383, 423, *424*, 485–488, 495, 500, 507, 545, 567, 575, *576f.*, 580–582, 586f.
Kirov 319
Kišinev 588
Koblenz 167, 187
Kodyma 588
Königsberg 89, 93, 128, *207*
Konskie 181
Konstanz *547*
Kopyl *445*
Kowno, siehe: Kaunas
Krakau *207*, 550
Kramatorskaja 576
Krasnyj Bor 504
Krasnogvardejsk *503*, 545, 547
Krasnoje Selo *505*
Kremenčug 570, 572, 574
Kreta *6*
Krim 16, 292, 308, 343, 374, 425–427, *432*, 482f., 489, 507, 567, 575, 590–593, 616
Kummersdorf *151*
Kupjansk *309*
Kurland 90f.
Kursk *430*, *609*

Ladogasee 500
Landsberg/Lech 162, 606
Landshut 48
Langemarck *172*
Lappland 267, 536
Leer 36
Lemberg 568f., *570*, 573, 575, 577
Leningrad 4, 7, 106, 223f., 243, 283, 287, *288*, 292f., 295f., *299*, 340, 355, 384f., 387, 414, 448, 469, 477–479, 483–486, 491, 495, 497–503, 506, 536f., 543–546, 584, 616
Le Paradis 189
Lettland 7, 89, *461*, 536–538, 542f., 568
Libyen 6
Lichterfelde 44, *50*
Lichvin 421
Liegnitz 36, 48, 150
Linz 149
Lipeck *105*,
Litauen 7, 89, 407, *461*, 536–543, 551, 568
Livny 333, *373*
Lodz 181, *513*
Lovat' 546
Lübeck 133, *135*
Lublin 185
Lubny 587
Luck 577
Luxemburg 165, *237*

Maas 171
Mainz 36f.
Majkop 308, *309*
Makarevskaja Pustin' 547
Mariupol' *309*, 590
Marne 118, *172*, 307, 312f.
Mazedonien 79
Mecklenburg-Vorpommern 410
Medyn 338, *339*
Melitopol' 590
Memelgebiet 153
Metz *49*, 50
Minsk 283–286, 381, *454*, 524, 550–554, 559f., 563, *594*
Mitau 90
Mittelmeer *6*
Mius 309, *310*
Mlawa 183
Mogilev 550, 557, 559f., 562, *566*, 595
Moskau 4, 106, 215, 223f., 243, 286, *287*, 288f., 292–300, 302–307, 310–319, 321f., 325–328, 332f., *338*, 340, 343, 345, 347, 351, 354–356, 373, 429, 448, 463, *464*, 484–486, 495, 497f., 500f., *523*, 544, 549, 560, 562, 566, 609, 612f.
Moskowien, Reichskommissariat (geplant) *239*
Moskva 306, 310
München *10*, 36f., 42, *44*, 48f., 55, 57, 72, 89, 93, *96*, 100, 124, *126*, 127f., 151, 533, 592
Münster *135*, 148, *321*
Murmansk 4, 228, 536

Narvik 170
Naumburg 36, 44
Neiße 47, *49*
Neva 503
Niederlande 165, 177, 192, *218*, *237*, *239*
Niederschlesien 174
Nikolaev 589
Nikolskoe 547f.
Nordafrika *5*, 176
Norddeutschland 605
Nordkarelien 536
Norwegen 7, 169f., 176f., *218*, 233, *237*, *239*, *501*, 601, 605, 615
Nürnberg 64f., 67, 115, *126*, 127, *132*, 140, 213, 271, 277, 393, 444, 469, *498*, *529*, 547, 606

Oberrhein *6*
Obersalzberg *151*, 158f., 206
Oberschlesien *254*
Odessa *589*
Oka 310, 328–330, *331*
Oranienbaum 307, *500*
Oranienstein 44
Orel *328*, 460
Orša 304–306, 316, 386, 388, 390, 494, 500, 529, 562
Oslo 4, *348*
Ostaškov 319
Österreich *5*, *28*, 149f., *152*
Ostgalizien 569, *577*
Ostland, Reichskommissariat *239*, *274*, 276, 410, 447–449, 537, 560
Ostpolen (Westukraine) 515, 537, 567–569, 571, 573
Ostpreußen 75, 81, 85, 89, 91, 125, 157, *225*, 253, *254*, 328, *335*
Ostsee *221*, *226*, 546

Paris 190
Passau 36f., 174
Peipus-See 287, 544f.
Perejeslav *581*
Pietra Neamt 526
Pinsk 550
Pleskau *270*, *287*, *503*, 505, 542, 544
Plön 44
Polen 7, 9, 76, 80–82, 84, 87, 89, 95f., 110, 116, 123, 143, 156–164, *166*, *169*, 176–181, 183–194, 198f., *211*, 219f., 233f., 236, 241f., 246f., 251, 254, 264, 320, 334, 405f., 408, 412, 449, 465, 511–514, 518–520, 545, 551, 597, 599
Polistosee 428–430, 433
Polesje *557*
Polock 562
Poltava *309*
Pommern 125
Posen 89, 91, *207*, *599*
Potsdam 44, 47, *49*, 127
Pripjat'-Sümpfe 550, 557–559
Pultusk 190
Puškin 478, 503

Rheinland 193
Rheinland-Pfalz 410
Riga 90, 414, 470, 538, 542, 544
Rosenheim 35f.
Rositten 542f.
Rostov 309f., 318, 343
Rotterdam 177, 193
Rovaniemi 536
Rozan 182
Ruhrgebiet 89, 93f., *96*, 100, 605
Rumänien *5*, 8, 80–82, 84f., *224*, 225, *255*, *282*, 568, 588f.
Rybinsk 305
Ržev 319, 338f., *483*

Sachsen *94*, *96*, 100
Salla 536
Salzburg 137
Sarabus 591
Schaulen 538
Schlesien 89
Schleswig-Holstein 410
Schlüsselburg 547
Schwarzes Meer 16, *221*, *226*, 427
Schweden *218*
Schweiz *218*
Sedan *73*
Seližarovo *305*
Serbien 81
Sevastopol' 482
Sibirien *243*, *291*
Siedlce *230*, 512, 514
Simferopol' 426, *482*, 591f.
Slonim 551, *593*
Sluck 578
Smolensk 286, *287*, *299*, 304, 319, 325, 328, 381, 383, 434, *436*, *438*, *456*, *461*, *497*, 550, 562, *564*
Somme 80, 84, *331*
Spanien *218*
Spas-Demensk 434
Stalingrad 137, 289, 305, 308, *309*, 318, 351, 602f., *609*, 612
Staraja Russa 342
Steele 36
Stettin 125
Straševo 414
Straßburg 36
Styr 228
Sudetengebiete *28*, 150–152
Südtirol 482
Suezkanal *6*, 221
Šumjači *566*
Suša *331*
Svir 307

Taganrog 590
Tannenberg 81, *295*
Tarnobrzeg *221*
Tarnopol 569f., *577*
Tauroggen 63

Thigina 588f.
Thüringen 93, *96*
Tichvin 305, 307, 318, 340
Tilsit *253*, 537
Tomka *105*
Transnistrien 482, *567*, 589
Tschechoslowakei 87, 150f., *152*, 153, *166*, 449
Tschenstochau 179, *180*
Tübingen *36*, 48
Tula 310, 314, *317*, *584*
Tunis *5*
Türkei *5*, *218*

Ukraine *7*, 80, 82, 243, 284, 288, 292f., *297*, 299, 412, 442, *448*, 449f., 454, 456, 461f., 467, *469*, 485, 491, 493, 502, 549, 567–569, 571–574, 576f., *578*, 580, 588f.
Ukraine, Reichskommissariat *239*, *274*, 276, 410, 447–449, *567*
Ulm, 109
Uman' 288, 583
Ungarn 87, 568, 573, 605
Ural 217, 235, 243, 448, 491
USA, siehe: Vereinigte Staaten von Amerika

Vel'e-See 341
Velikaja 543
Verdun *77*, 80, 193, 312f., *331*
Vereinigte Staaten von Amerika 6–8, 10, 206, 208, 209, 222, 236, 318, 321, *607*
Versailles 90–92, 99, 103f., 107f., 111, 125, *129*, 144, 153, 157, 198, 201
Vilejka 550
Vilnius, siehe: Wilna
Vinnica 595
Vitebsk 550, 555, 557, 562
Vjaz'ma 298, 302, 382, 434
Vogtland 93
Volchov 307, 340, 343, 480, 546
Volga 291, 304, *305*, 306, 308, 310, 335, 347
Vologda 304f.
Voronež *305*, *309*
Vorošilovsk *546*

Wahlstatt *42*, 44
Warschau 161f., 177f., 191, *207*, *211*, 253, *408*
Warthe *162*
Warthegau 175, 185
Washington D.C. *6*
Weichsel 82, 162
Weimar *135*, 145
Weißrussland *7*, 82, 243, *409*, 418, *420*, 442, 444, *448*, 450, 461, 468, *469*, 470, 491, *531*, 537, 546, 549–551, *553*, 568, 572, *600*
Werl 606
Westpreußen 89, 157
Westukraine, siehe: Ostpolen
Wetter *94*
Wien 149
Wiesbaden 36
Wilna 538, 550f.

Ypern 84, *172*

Zamoš *515*
Žitomir 575, 578–580
Zloczov 569f.
Zmierinka 570
Zossen 212, *226*, *230*, 231, 238, 245, 247, *520*
Zwiahel 578

Ostfront - 22. Juni bis 23. Juli 1941
Finnland
Helsinki
Hanko
Finnischer Meerbusen
Viipuri (Wiborg)
Ladogasee
Onegasee
Leningrad
Volchov
Tichvin
Čerepovec
Tallinn (Reval)
Dagö
Narva
Estland
Ösel
Peipus See
Tartu (Dorpat)
Parnu (Pernau)
Luga
Novgorod
Ilmensee
Rybinsker Stausee (im Aufstau)
Volga
Rigaischer Meerbusen
Valga (Walk)
18.
4
Dno
Pskov (Pleskau)
Ventspils (Windau)
Riga
Heeresgruppe Nord
Demjansk
Višnij Voloček
Lettland
Liepaja (Libau)
Korsovka
Cholm
Ostaškov
Kalinin
Rezekne (Rositten)
Opočka
16.
Šiauliai (Schaulen)
Toropec
Kln
Volga
Memel
Daugavpils (Dünaburg)
Nevel
Ržev
Belyj
Moskau
Litauen
Tilsit
Polock
Westl. Dina
9.
3
Vitebsk
Vjaz'ma
Königsberg
Kaunas (Kowno)
Postavy
Ost-preussen
Heeresgruppe Mitte
Smolensk
Sowjetunion
Wilna
4.
2
Orša
Kaluga
Wolfsschanze
Suwalki
Spas-Demensk
Tula
Lida
Borisov
Grodno
Minsk
Roslavl'
Mosty
2.
Mogilev
Belev
Bialystok
Kričev
Baranovičі
Brjansk
Slutsk
Rogačev
Uniča
Orel
Warschau
Pružany
Dnepr
Gomel
Trubčevsk
Brest-Litovsk
Pinsk
Pripjat
Rečica
Don
General-
Bug
El'sk
Lublin
Sorny
Černigov
Desna
Kursk
Kovel'
Ryl'sk
Voronež
gouvernement
Korosten
Konotop
Luck
Rovno
Kiev
Belgorod
Lemberg
Heeresgruppe Süd
6.
Žitomir
1
Priluki
Char'kov
17.
Slo.
Proskurov
Poltava
Stanislau
Vinniza
Čerkassy
Dnjepr
Izjum
Kremenčug
Munkács
Dnjestr
Mogilev Pod.
Uman'
Černauti
Kirovograd
Dnjepropetrovsk
Gorlovka
Ungarn
11.
Pervomajsk
Balta
Stalino
Bel'cy
Krivoj Rog
Transnistrien
Klausenburg
Pașcani
Rostov
Mariupol'
Chișinău
Nikolaev
Tiraspol'
Melitopol'
Taganrog
Dnjepr
Tighina
Kachovka
Bacău
Bessarabien
Odessa
Cherson
Asowsches Meer
Alba (Akkerman)
Perekop
Rumänien
Krim
Ploești
Kerč
Krasnodar
Donau
Evpatorija
Simferopol'
Schwarzes
Bukarest
Konstanza
Feodosija
Sevastopol'
Meer
Donau
Heeresgruppenkommando
0
100
200
300km
Ausgangslage 22.6.1941
Sofia
Bulgarien
Varna
Armeeoberkommando
Panzergruppenkommando
Operationsgebiet
Frontverlauf 23.7.1941
© Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Herstellung (2006): Kartographie Peckmann D-84437 Ramsau

Ostfront - 2. Oktober 1941
Finnland
Helsinki
Hanko
Finnischer Meerbusen
Ostsee
Dagö
Tallinn (Reval)
Osel
Estland
Parnu (Pernau)
Rigaischer Meerbusen
Ventspils (Windau)
Riga
Liepaja (Libau)
Lettland
Šiauliai (Schaulen)
Reichs-
Memel
Litauen
kommissariat
Tilsit
Königsberg
Kaunas (Kowno)
Postavy
Ost-
preussen
Wolfsschanze
Suwalki
Wilna
Ostland
Lida
Grodno
Mosty
Bialystok
Baranovičі
Minsk
Sluck
Warschau
Pružany
Brest-Litovsk
Pinsk
Pripjat
Bug
Lublin
Reichs-
Kovel'
Sorny
General-
Luck
Rovno
kommissariat
Lemberg
gouvernement
Slo.
Ukraine
Stanislau
Proskurov
Munkács
Mogilev-Pod.
Ungarn
Cernăuti
Dnjestr
Pruth
Klausenburg
Paşcani
Chişinău
Tighina
Tiraspol'
Transnistrien
Bessarabien
Bacău
Rumänien
Ploeşti
Donau
Bukarest
Konstanza
Sofia
Bulgarien
Varna
Balta
Alba (Akkerman)
Odessa
Schwarzes Meer
Evpatorija
Simferopol'
Sevastopol'
Feodosija
Krim
Kerč
Asowsches Meer
Perekop
Cherson
Kachovka
Nikolaev
Melitopol'
Mariupol'
Taganrog
Rostov
Krasnodar
Kirovograd
Pervomajsk
Krivoj Rog
Dnjepropetrovsk
Gorlovka
Stalino
Izjum
Char'kov
Poltava
Kremenčug
Belgorod
Kursk
Ryl'sk
Voronež
Don
Konotop
Černigov
Desna
Dnjepr
Rečica
Gomel
Rogačev
Uniča
Brjansk
Orel
Trubčevsk
Kričev
Mogilev
Belev
Roslavl'
Smolensk
Orša
Borisov
Lepel'
Vitebsk
Polock
Nevel'
Belyj
Ržev
Moskau
Sowjetunion
Kaluga
Tula
Spas-Demensk
Vjaz'ma
Klin
Kalinin
Volga
Rybinsker Stausee (im Anstau)
Tichvin
Čerepovec
Onegasee
Ladogasee
Leningrad
Volchov
Viipuri (Wiborg)
Narva
Peipus-See
Luga
Pskov (Pleskau)
Dno
Novgorod
Ilmensee
Demjansk
Višnij Voloček
Cholm
Ostaškov
Opočka
Rezekne (Rositten)
Daugavpils (Dünaburg)
Teropec
Heeresgruppe Nord
Heeresgruppe Mitte
Heeresgruppe Süd
18.
16.
9.
3.
4.
2.
1.
6.
17.
11.
Heeresgruppenkommando
Armeeoberkommando
Panzergruppenkommando
Operationsgebiet
Frontverlauf
0 100 200 300km
© Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Herstellung (2006): Kartographie Peckmann D-84437 Ramsau

Ostfront - 5. Dezember 1941 bis 31. März 1942
Finnland
Helsinki
Hanko
Finnischer Meerbusen
Ostsee
Dagö
Tallinn (Reval)
Estland
Osel
Narva
Peipus-See
Parnu (Pernau)
Tartu (Dorpat)
Rigaischer Meerbusen
Valga (Walk)
Ventspils (Windau)
Riga
Liepaja (Libau)
Lettland
Šiauliai (Schaulen)
Reichs-
Rezekne (Rositten)
Memel
Litauen
Daugavpils (Dünaburg)
Tilsit
kommissariat
Königsberg
Kaunas (Kowno)
Postavy
Ost-
preussen
Wilna
Wolfsschanze
Suwałki
Ostland
Lida
Grodno
Minsk
Mosty
Bialystok
Baranovičі
Sluck
Warschau
Pružany
Brest-Litovsk
Pinsk
Pripjat
Bug
Lublin
Kovel'
Sorny
General-
Reichs-
Korosten
Luck
Rovno
Lemberg
gouvernement
Žitomir
kommissariat
Slo.
Stanislau
Proskurov
Vinniza
Munkács
Mogilev-Pod.
Uman'
Ukraine
Cernăuti
Ungarn
Dnjestr
Balta
Pervomajsk
Pruth
Transnistrien
Klausenburg
Paşcani
Chişinău
Tighina
Tiraspol'
Bessarabien
Bacău
Rumänien
Ploeşti
Donau
Bukarest
Konstanza
Donau
Sofia
Bulgarien
Varna
Schwarzes Meer
Evpatorija
Simferopol'
Sevastopol'
Feodosija
Kerč'
Krasnodar
Krim
11.
Asowsches Meer
Perekop
Cherson
Odessa
Alba (Akkerman)
Nikolaev
Kachovka
Dnjepr
Melitopol'
Mariupol'
Taganrog
Rostov
Dnjepropetrovsk
17.
Gorlovka
Stalino
Krivoj Rog
Kirovograd
Kremenčug
Poltava
6.
Char'kov
Izjum
Belgorod
Heeresgruppe Süd
Kiev
Priluki
Černigov
Desna
Ryl'sk
Kursk
2.
Voronež
Don
Konotop
Trubčevsk
Orel'
Belev
Brjansk
Kaluga
Tula
Rogačev
Uniča
Gomel
Rečica
Dnjepr
Mogilev
Kričev
Roslavl'
Orša
Spas-Demensk
Borisov
Heeresgruppe Mitte
4.
Smolensk
Vjaz'ma
Vitebsk
3.
Lepel'
Polock
Nevel'
Toropec
Belyj
Ržev
9.
Moskau
Klin
Kalinin
Ostaškov
Cholm
Opočka
Demjansk
Pskov (Pleskau)
Dno
16.
Novgorod Ilmensee
Heeresgruppe Nord
18.
Luga
Peipus-See
Narva
Leningrad
Volchov
Tichvin
Čerepovec
Rybinsker Stausee (im Anstau)
Volga
Višnij Voloček
Onegasee
Ladogasee
Viipuri (Wiborg)
Sowjetunion
Heeresgruppenkommando
Armeeoberkommando
Panzerarmeeoberkommando
0 100 200 300km
Operationsgebiet
Frontverlauf 5.12.1941
Frontverlauf 31.3.1942
Frontverlauf gleichbleibend
© Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Herstellung (2006): Kartographie Peckmann D-84437 Ramsau

Ostfront - 27. Juni 1942
Finnland
Helsinki
Hanko
Finnischer Meerbusen
Ostsee
Dagö
Tallinn (Reval)
Narva
Estland
Ösel
Peipus See
Parnu (Pernau)
Tartu (Dorpat)
Rigaischer Meerbusen
Valga (Walk)
Ventspils (Windau)
Riga
Liepaja (Libau)
Lettland
Šiauliai (Schaulen)
Reichs-
Rezekne (Rositten)
Memel
Litauen
Daugavpils (Dünaburg)
kommissariat
Tilsit
Königsberg
Kaunas (Kowno)
Postavy
Ost-
preussen
Wilna
Wolfsschanze
Suwałki
Ostland
Lida
Minsk
Grodno
Mosty
Bialystok
Baranovičі
Warschau
Sluck
Pružany
Brest-Litovsk
Pinsk
Pripjat
Lublin
Bug
Kovel'
Sorny
General-
Reichs-
Korosten
Luck
Rovno
Žitomir
Lemberg
gouvernement
kommissariat
Slo.
Stanislau
Proskurov
Vinniza
Munkács
Mogilev-Pod.
Uman'
Ukraine
Cernäuti
Ungarn
Dnjestr
Balta
Pervomajsk
Prut
Transnistrien
Krivoj Rog
Klausenburg
Paşcani
Chişinău
Tighina
Tiraspol'
Nikolaev
Bacău
Bessarabien
Kachovka
Odessa
Cherson
Alba (Akkerman)
Perekop
Asowsches Meer
Rumänien
Krim
Ploeşti
Donau
Evpatorija
Simferopol'
Kerč
Krasnodar
Feodosija
Schwarzes Meer
Bukarest
Konstanza
Sevastopol'
Donau
Sofia
Bulgarien
Varna
Heeresgruppe Nord
Heeresgruppe Mitte
Heeresgruppe Süd
18.
16.
1.
9.
3.
4.
2.
6.
17.
Leningrad
Volchov
Tichvin
Onegasee
Ladogasee
Viipuri (Wiborg)
Luga
Pskov (Pleskau)
Dno
Demjansk
Novgorod
Ilmensee
Cherepovec
Rybinsker Stausee (im Anstau)
Volga
Višnij Voloček
Cholm
Ostaškov
Kalinin
Opočka
Toropec
Ržev
Klin
Moskau
Nevel'
Polock
Belyj
Vitebsk
Vjaz'ma
Lepel'
Smolensk
Sowjetunion
Orša
Spas-Demensk
Kaluga
Tula
Borisov
Mogilev
Roslavl'
Belev
Kričev
Brjansk
Rogačev
Uniča
Orel
Dnjepr
Gomel
Trubčevsk
Rečica
Černigov
Desna
Ryl'sk
Kursk
Voronež
Don
Konotop
Priluki
Kiev
Belgorod
Char'kov
Poltava
Čerkassy
Dnjepr
Kremenčug
Izjum
Gorlovka
Stalino
Dnjepropetrovsk
Rostov
Mariupol'
Taganrog
Melitopol'
Nikolaev
Dnjepr
Kirovograd
Donau
Sulina
Armeeoberkommando
Panzerarmeeoberkommando
Heeresgruppenkommando
Operationsgebiet
Frontverlauf
0
100
200
300km
© Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Herstellung (2006): Kartographie Peckmann D-84437 Ramsau